

**Europa als politisches Konkurrenzthema zwischen christdemokratischen und sozialdemokratischen Parteien in Italien und Deutschland zwischen 1945 und dem Beginn der 60er Jahre**

Inauguraldissertation  
zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie  
im Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaften  
der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität  
zu Frankfurt am Main

vorgelegt von

Patrick Bredebach  
aus Siegen

im Februar 2012

1. Gutachterin: Frau Professor Marie Luise Recker
2. Gutachter: Herr Professor Gustavo Corni

Tag der mündlichen Prüfung:

## **Vorwort**

Eine Dissertation zu schreiben benötigt Muße und Ausdauer. Um eine solche Arbeit zu verfassen, benötigt ein Autor immer wieder die notwendige Unterstützung, eine fruchtbare und Kraft gebende persönliche und fachliche Umgebung, die eine erste, lange wissenschaftliche Arbeit ermöglicht. Dies nicht einfach als gegeben hinzunehmen, sondern sich der unterschiedlichen Hilfestellungen bewusst zu werden und den dafür Verantwortlichen hierfür zu danken, ist mir ein besonderes Anliegen.

Als Institutionen danke ich der Konrad-Adenauer-Stiftung für ihre Unterstützung im Studium an den Universitäten Marburg und Mailand, dem Internationalen Graduiertenkolleg „Politische Kommunikation von der Antike bis in das 20. Jahrhundert“, insbesondere den Universitäten Frankfurt und Trient, und dem Deutschen Historischen Institut in Rom für die Gelegenheiten, die mir die Promotion zu einem vergleichenden Thema der italienischen und deutschen Zeitgeschichte ermöglicht haben. Den Archivaren und Bibliothekaren der von mir besuchten Institutionen danke ich für Rat, Geduld und Nachsicht, den Diskussionspartnern auf Tagungen und im persönlichen Gespräch für immer wieder gezeigtes Interesse und weiterbringende Ratschläge.

Für Zuspruch und Aufmunterung, für sachliche Kritik und weitergehende Bemerkungen möchte ich an dieser Stelle vielen Personen danken. Natürlich meinen beiden Betreuern, Frau Professor Recker und Herrn Professor Corni, den Angehörigen des Internationalen Graduiertenkollegs für anregende Diskussionen, meinen Mitdoktoranden für die wirklich angenehme gemeinsame Zeit und denjenigen Leidgeprüften, die immer wieder einige Teile meiner Dissertation ohne zu klagen gegengelesen haben. Schlussendlich gebührt mein Dank meinen Freunden und meiner Familie, die mich stets in meinem Bestreben ermuntert haben. Hier sei besonders meine Frau Miriam erwähnt, die auch schlecht gelaunte Tage ertragen musste und mich stets aufzumuntern verstand.

## Inhalt

|         |   |     |
|---------|---|-----|
| I.      | Einleitung.....   | 1   |
|         | Europa als Konkurrenzthema? Zur Fragestellung .....   | 2   |
|         | Literaturlage.....  | 6   |
|         | Quellenlage, Quellenauswahl, Methode .....  | 10  |
| II.     | Europa im Zeichen des Wiederaufbaus (1945-1949).....  | 15  |
| II.1    | Der Europabegriff in Deutschland 1945-1949 .....  | 16  |
| II.1.1  | Die SPD und das sozialistische Europa.....  | 16  |
|         | Parteienkooperation und Europäische Bewegungen.....   | 24  |
|         | Entwicklung zur Staatlichkeit – die SPD, Europa und die Gründung des westlichen Staates .....                 | 27  |
| II.1.2  | Die christlich-demokratischen Parteien und ihr Europabegriff.....   | 33  |
|         | Parteienkooperation und Europäische Bewegungen.....   | 45  |
|         | Entwicklung zur Staatlichkeit – die CDU, Europa und die Gründung des Weststaats.....                          | 48  |
| II.2    | Die Debatte in Italien .....  | 54  |
| II.2.1  | Die Debatte in Italien von 1945 bis 1947.....   | 54  |
| II.2.2  | Zuspitzung und Entwicklung zu einem Begriff mit Konfliktpotenzial – Vom Sommer 1947 bis zum Sommer 1948 ..... | 74  |
| II.2.3  | Europa als Teil einer „Blockpolitik“ .....  | 95  |
| II.3    | Der Vergleich der beiden Debatten .....   | 120 |
| 3.3.1   | Erste Anzeichen einer Konkurrenz in Deutschland .....   | 121 |
| 3.3.2   | Europa als zentrales Feld der Auseinandersetzung in Italien .....   | 126 |
| III.    | Die Diskussionen 50/51 – Europa im Zeichen des Friedens und der Sicherheit ...                                | 135 |
| III. 1  | Die Debatte um Europa in der Bundesrepublik .....   | 135 |
| III.1.1 | Die Saarfrage und der Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat .....   | 135 |
| III.1.2 | Schumanplan und Plevenplan versus einem idealen Europa? .....   | 152 |
| III.1.3 | Volle Konfrontation – Die Zuspitzung der europapolitischen Konkurrenzsituation ab dem Frühjahr 1951 .....     | 169 |
| III. 2  | Die Europadebatte in Italien .....  | 198 |
| III.2.1 | Die Diskussion im Jahr 1950 – Zuspitzung durch den Vorschlag Schumans und den Koreakrieg.....                 | 198 |
| III.2.2 | Aufkommender Druck – De Gasperis Ausweg Europa .....  | 220 |
| III. 3  | Vergleich der Debatten 50/51 .....  | 236 |
|         | Europa als Teil von Polarisierung und Homogenisierung .....   | 236 |
| IV.     | Europa des Fortschritts und des Wohlstands .....  | 247 |
| IV.1    | Die Europadiskussion in Deutschland .....   | 247 |
| IV.1.1  | Die laue Europadiskussion 1956.....   | 252 |

|  |     |
|--|-----|
| Europa als Konkurrenzthema zwischen Christ- und Sozialdemokraten   |     |
| IV.1.2 Mitarbeit der SPD bei Monnet.....   | 266 |
| IV.1.3 Ungarn, Suez und der Pragmatismus als Katalysatoren .....   | 268 |
| IV.1.4 Internationale Kooperation .....  | 286 |
| IV.1.5 Europa spielt im Wahlkampf keine Rolle.....   | 289 |
| IV.2 Die Europadiskussion in Italien .....   | 298 |
| IV.2.1 Europa und die Rede Chrustschows .....  | 301 |
| IV.2.2 Polen, Ungarn, Suez und Europa.....   | 311 |
| IV.2.3 Die Debatte über die Römischen Verträge .....   | 318 |
| IV.2.4 Vorboten des Wahlkampfes.....   | 339 |
| IV.3 Vergleich der beiden Konkurrenzsituationen .....  | 344 |
| Die Europadiskussion 1957 – Wenig Elan trotz Meinungsverschiedenheiten .....   | 344 |
| V. Die Diskussionen 62-63 – Europa im atlantischen Bündnis.....  | 357 |
| V. 1 Die Europadebatte in der Bundesrepublik .....   | 358 |
| V.1.1 1962 – Die politische Konkurrenzsituation in Bewegung .....  | 360 |
| V.1.2 1963 – Konfliktlinien in der Europapolitik jenseits der Parteigrenzen.....   | 383 |
| V. 2 Die Europadebatte in Italien.....   | 408 |
| V.2.1 Die Europapolitik zwischen de Gaulle und dem <i>centro-sinistra</i> .....  | 411 |
| V.2.2 Wie reagiert man auf de Gaulle? – Europa zwischen den <i>correnti</i> .....  | 440 |
| V. 3 Der Vergleich der Debatten.....   | 460 |
| Europa als Katalysator – De Gaulle als Spalter – Verschiebung der Konfliktlinien<br>weg von den Parteigrenzen in die Parteien selbst ..... | 460 |
| VI.    Fazit.....  | 473 |
| Europa – Ein Kontinent als Wertegemeinschaft mit offenen Grenzen .....   | 474 |
| Europa – Allgemein anerkannte Notwendigkeit der Einigung und Streit um den<br>internationalen Rahmen .....                                 | 476 |
| Europa – Ein Politikfeld <i>sui generis</i> mit unzähligen Abhängigkeiten und Spiegelbild<br>interner Auseinandersetzungen .....           | 478 |
| Anhang .....   | 483 |
| Abkürzungen .....  | 483 |
| Quellen und Literaturverzeichnis.....  | 485 |
| Gesichtete Bestände in Archiven .....  | 485 |
| Gedruckte Quellen und schriftliche Selbstzeugnisse.....  | 488 |
| Sekundärliteratur .....  | 494 |

---

I.

**Einleitung**

---

## Europa als Konkurrenzthema? Zur Fragestellung

„Es ist oft schwierig, manchmal sogar unmöglich, den tatsächlichen Beginn einer Geschichte, einer Serie oder Folge von Ereignissen genau zu datieren, deren Beziehungen zueinander, deren gegenseitige Einflüsse, deren dunkle Zusammenhänge sich, wenn sie auf den ersten Blick auch zufällig wirken, dann als stark strukturiert erweisen, um schließlich einen solchen Grad an bestimmter Kohärenz zu erreichen, daß sie dadurch den Nimbus der Evidenz erwerben – wie illusorisch er auch sein mag.“<sup>1</sup>

Am Anfang und am Ende vieler politischer Reden nach 1945 steht Europa. Der Appell an die europäische Einigung und die Zukunft des gemeinsamen Kontinents, aufbauend auf einer gemeinsamen europäischen Vergangenheit, gehört zu den klassischen Argumenten politischer Akteure. Der Begriff Europa ist dabei stets unterschiedlich konnotiert worden und wurde von dem jeweiligen Rednern mit Attributen belegt. Die ideengeschichtlichen Wurzeln des Begriffs „Europa“ sind höchst unterschiedlich und sich teilweise widersprechend.<sup>2</sup> Europa war und ist ein konstruierter Begriff, der in den letzten Jahren auf seine ideengeschichtliche Dimension untersucht wurde.<sup>3</sup> Folge dieser unterschiedlichen Wurzeln ist die stets aufkommende Frage nach einer europäischen Identität,<sup>4</sup> die in politischen Diskussionen mit dem oftmals angeführten Identitätsdefizit stets wiederkehrt.<sup>5</sup> Die ideengeschichtlichen Werke ergänzen die klassische, umfassende Geschichtsschreibung der Europäischen Integration,<sup>6</sup> die durch Werke zu den „Gründervätern“ der Europäischen Integration maßgeblich beeinflusst worden sind, wobei auch zunehmend die Debatte um Europa in den nationalen Kontexten gesehen wurde.<sup>7</sup>

Diese Ansatzpunkte sollen durch die Einbettung der Europadiskussionen in die parteipolitische Landschaft ergänzt werden. Die hier vorgelegte Studie untersucht die Umsetzung der verschiedenen Europabegriffe im politischen Tagesgeschäft. Die zentrale Fragestellung dieser Arbeit lautet: 1. Wie wurde der „Begriff“ von den Parteien benutzt? 2. Mit welchen weiteren Begriffen wurde der diskursiv geprägte Begriff Europa beschrieben und schlussendlich mit Bedeutung gefüllt? 3. Welche Bedeutung hatte der Begriff Europa in der politi-

---

<sup>1</sup> Semprún, Jorge: „Was für ein schöner Sonntag!“ Ausgabe der Süddeutschen Zeitung 2004. S. 17.

<sup>2</sup> Conze, Eckart: "Al di là di miti e leggende. Il posto di Alcide De Gasperi nella storia europea", in: Conze, Eckart u.a. (Hg.): Alcide De Gasperi: un percorso europeo. Bologna 2005. S. 291-306. Hier: S. 293 ff.

<sup>3</sup> Für die deutschsprachige Literatur sei verwiesen auf Conze, Vanessa: Das Europa der Deutschen. München 2005.

<sup>4</sup> Trunk, Achim: Europa, ein Ausweg. Politische Eliten und europäische Identität in den 1950er Jahren. München 2007.

<sup>5</sup> So beklagt insbesondere Habermas immer wieder ein Demokratiedefizit der Europäischen Union. Siehe hier zum Beispiel Habermas, Jürgen: Ach, Europa. Frankfurt 2008. Dabei ist die Klage über mangelnde Demokratie in der Europäischen Integration (fast) so alt wie die Integration selbst. Sie wird nicht zuletzt ein Argument in der Konkurrenzsituation zwischen den Parteien sein, die hier untersucht werden.

<sup>6</sup> Hier ist keineswegs der geeignete Ort, um die Literatur zur europäischen Integration auch nur ansatzweise wiedergeben zu können. Ein guter Forschungsüberblick und weiterführende Literatur findet sich in: Dülffer, Jost und Kruke, Anja: "Von der Geschichte der europäischen Integration zur Gesellschaftsgeschichte Europas nach 1945", in: Archiv für Sozialgeschichte 49 (2009). S. 3-24.

<sup>7</sup> Zur These der nationalen Motive für die europäische Integration siehe Milward, Alan S.: The European rescue of the nation state. London 1992. Maximilian Müller-Härlin hat überzeugend nachgewiesen, dass in den Parlamentsdebatten zur EGKS und zum Maastricht-Vertrag in der Bundesrepublik und in Frankreich maßgeblich nationale Motive überwogen. Müller-Härlin, Maximilian: Nation und Europa in Parlamentsdebatten zur europäischen Integration. Baden-Baden 2008.

schen Debatte und welche Rolle spielte die damit verbundene und geforderte Europapolitik in den einzelnen Parteien? Die Arbeit untersucht also nicht primär, welche Gründe wie und wann welchen Politiker bewogen haben, für oder gegen ein integrationspolitisches Vertragswerk zu stimmen, obwohl die Motive der einzelnen Politiker in den Parteien ein wichtiger Ausgangspunkt für die Beantwortung der oben genannten Fragen sind und sich leider nicht sauber von diesen analytisch trennen lassen.<sup>8</sup> Stattdessen soll das Feld der Europapolitik mit seinen Wandlungen in Perzeption, Konstruktion und Behandlung von Seiten der politischen Parteien beschrieben werden. Dabei ergibt sich das Problem, dass Europa jeweils als geographischer Begriff, als Wertegemeinschaft, als Bezeichnung für die geschaffenen europäischen Institutionen und als Zukunftsvision gebraucht wurde. Die unterschiedlichen Stränge auseinanderzuhalten erscheint dabei geradezu unmöglich. Mit der Untersuchung des propagierten und angewendeten Europabegriffs befindet sich die Arbeit an der Schnittstelle zwischen der Ideen- und einer klassischen Politikgeschichte. Sie untersucht die Konkurrenz um die Determinanten einer imaginierten Gemeinschaft Europa, die wandelbar waren und mit der imaginierten Gemeinschaft Nation in Einklang gebracht werden mussten.<sup>9</sup>

Die unterschiedlichen Interpretationen dieses einen Begriffs haben nicht zuletzt dazu geführt, dass die ersten europäischen Integrationsschritte in zwei der Gründungsmitgliedern der EGKS, der Bundesrepublik und in Italien, umstritten waren, obwohl die Forderung nach einer europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg populär war und die verschiedenen europäischen Organisationen, die in den 40er und 50er Jahren gegründet worden sind, bis heute die Politik prägen – allen voran die Organisationen der europäischen Integration, die in der Europäischen Union ihre Fortsetzung gefunden haben. Trotz umfassender Literatur zur Europäischen Integration, den Europavorstellungen einzelner Politiker und deren Wurzeln fehlen Studien zur parteipolitischen Konkurrenz um Europa. Eine verwundernde Feststellung, ist doch Parteikonkurrenz ein Wesensmerkmal westlicher Demokratien.

Die vorliegende Arbeit will diese Lücke schließen. Ausgehend von der Annahme, dass die Beschlüsse für und gegen die Integrationsschritte sich im Wettbewerb zwischen den Parteien bewähren und von diesen durchgesetzt werden mussten, soll die politische Konkurrenzsituation um den Europabegriff zwischen den christdemokratischen, sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in Italien und Deutschland von 1945 bis 1964 nachgezeichnet und analysiert werden. Neben Gemeinsamkeiten und Unterschieden der beiden Untersuchungsobjekte liegt der Reiz des Themas auch in der Ergänzung der üblichen Fokussierung auf Frankreich. In Deutschland soll somit die Europapolitik der Unionsparteien mit dem Schwerpunkt auf der CDU und der SPD, in Italien die der DC, der PSI und der von ihr abgespaltenen Sozialdemokraten untersucht werden. Der Zeitraum ergibt sich dabei nicht so sehr aus den integrationspolitischen Entscheidungen, sondern aus den innenpoliti-

---

<sup>8</sup> Der Begriff Partei soll hier nicht in einer engführenden Variante verstanden werden. Er steht plakativ für die Konkurrenz zwischen verschiedenen politischen Richtungen. Das bedeutet konkret, dass bei der Herangehensweise oftmals Äußerungen von Regierungspolitikern und der Mitglieder der unterschiedlichen Fraktion als Äußerungen für jene oder diese politische Richtung und für die sie repräsentierende Parteien aufgefasst werden. Dennoch wird an bestimmten Punkten auch auf Gegenspieler von Teilen der Parteien und der Fraktionen zum Beispiel gegen die jeweilige Regierung eingegangen werden. Eine einfache Unterscheidung scheint zudem schwierig, weil zwischen den hier beschriebenen Organisationen häufig eine personelle Kontinuität festgestellt werden kann.

<sup>9</sup> Müller-Härlin, Nation und Europa. S. 24 ff. Hier mit weiteren Literaturangaben.

schen Entwicklungen in den beiden Ländern.<sup>10</sup> Während der Anfang mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs einher geht, wird das Ende des Jahres 1963 als Schlusspunkt der Betrachtungen genommen, da hier in beiden Ländern sich politische Entwicklungen durchgesetzt hatten. Die neue Regierung des *centro-sinistra* in Italien, erstmalig mit der Beteiligung der Sozialisten an einer italienischen Regierung seit 1947, und das Ende der Ära Adenauer markierten den Schlusspunkt jeweiliger politischer Ären. Beide Länder haben dabei die faschistische/nationalsozialistische Erfahrung und die direkte Grenze mit dem Ostblock, die wirtschaftlichen Problemen nach dem Zweiten Weltkrieg und die Niederlage in diesem gemein. Daraus ergab sich in Italien und Deutschland die Notwendigkeit einer Debatte über eine politische Ordnung mit besonderer Orientierung an Werten, wobei sich in beiden Staaten die Politiker auf die Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts zurückbezogen mit der wieder auftretenden Gemeinsamkeit, dass Italien und Deutschland als Paradebeispiel für verspätete Nationen genannt wurden. Beide Staaten konsolidierten in dem Zeitraum ihr politisches und ökonomisches System. Sie sind Gründungsmitglieder der EGKS gewesen und somit des Vorläufers der heutigen Europäischen Union. Daraus kann auf ähnliche Argumente und auf eine ähnliche Gewichtung der Konkurrenz um Europa in dem Zeitraum geschlossen werden. Nicht zuletzt sind beide Länder in der Nachkriegszeit entscheidend durch christdemokratische Parteien geprägt worden, mit der wiederum zwar graduell verschiedenen, aber dennoch konstatierbaren Stärke des Katholizismus in beiden Ländern in den 40er und 50er Jahren. Eine weitere Gemeinsamkeit besteht in der sich entwickelnden Öffnung der sozialdemokratischen und sozialistischen Partei zum Thema Europa innerhalb des Zeitraums. Dieser Annäherungsprozess lässt einen Wandel der Konkurrenzsituation um Europa erwarten.<sup>11</sup> Wichtige Unterschiede ergaben sich durch die Flüchtlingsproblematik in Deutschland und die Frage der deutschen Einheit, die unterschiedliche Intensität der Schuldfrage am Zweiten Weltkrieg und am Völkermord, die unterschiedlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen und regionale Diversität vor allem in Italien. Ferner ergaben sich Unterschiede durch die besondere Rolle der katholischen Kirche in Italien und der konfessionellen Spaltung in Deutschland sowie durch die Stärke der kommunistischen Partei in Italien. Italien wurde darüber hinaus relativ schnell durch die westlichen Mächte in ihre Gemeinschaft aufgenommen, was der Friedensvertrag, aber vor allem die Gründungsmitgliedschaft in der NATO nahe legen. Durch den Vergleich der Konkurrenzsituationen in den beiden Staaten unter der Berücksichtigung dieser Grundkonstellation sollen die Wandelbarkeit und die Determinanten der Europapolitik herausgearbeitet werden, wobei verschiedene Diskussions-, Entscheidungs- und Einflussebenen unterschieden werden müssen.

---

<sup>10</sup> Der Zeitraum passt auch zur Periodisierung des Kalten Kriegs. Siehe hierzu die Einteilung in: Van Dijk, Ruud: *Encyclopedia of the Cold War*. 2 Bände. New York 2008. Hier ist von vier Zyklen des Kalten Krieges die Rede, wobei der erste von 45 bis 53 und der zweite von 54 bis 64 reichten.

<sup>11</sup> Für eine kurze Einordnung siehe die entsprechenden Artikel in: Rusconi, Gian-Enrico und Woller, Hans (Hg.): *Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945-2000*. Berlin 2006. Für die Konsolidierung der politischen Systeme: Schlemmer, Thomas: *Zwischen Weimar und Bonn. Das westdeutsche Parteiensystem 1945 bis 1961*. Ebd. S. 235-259. Pombeni, Paolo: *Die politische Stabilisierung in Italien und Deutschland (1945-1958)*. Ebd. S. 261-289. Zur wirtschaftlichen Entwicklung: Buchheim, Christoph: *Vom Wirtschaftswunder zur Krise des Wohlfahrtsstaates in (West-) Deutschland*. Ebd. S. 361-374. Zu Italien: Mori, Giorgio: *Die italienische Wirtschaft 1948-1963. Von der Aufholjagd bis zum Ende des „Golden Age“*. Ebd. S. 375-411. Zur italienischen Wirtschaft sei auf das Werk Petri, Rolf: *Von der Autarkie zum Wirtschaftswunder*. Tübingen 2001, verwiesen, zur Entwicklung der deutschen Außenwirtschaft auf Buchheim, Christoph: *Die Wiedereingliederung der Bundesrepublik in die Weltwirtschaft 1945-1958*. München 1990.



Die vorliegenden Betrachtungen beschränken sich vornehmlich auf die beiden nationalen Kontexte, berücksichtigen aber die komplexe Situation, die sich aus internationalen Entwicklungen sowie wirtschaftlicher und politischer Gründung in den beiden Staaten ergab. Der Parteienwettbewerb spielte sich maßgeblich im nationalen Kontext ab – was angesichts der national stattfindenden Wahlen nicht verwunderlich ist. Der Einfluss der internationalen Entwicklungen war aber unverkennbar. Die europäischen Organisationen waren ein Kind des Kalten Krieges. Die sich verschärfende Tonlage und Formierung der beiden Lager sollte entscheidende Auswirkungen auf die europäische Integration selbst und auf die Einstellung der Parteien zu dieser haben. Die europäischen Integrationsschritte und die jeweiligen Debatten über die Europapolitik waren immer auch Reaktionen auf jeweilige Phasen der Entspannung oder der Verschärfung des Ost-West-Konflikts. Folglich muss eine adäquate Beschreibung die internationalen Entwicklungen als Hintergrund berücksichtigen.<sup>12</sup> Europapolitik war und ist ein komplexes Zusammenspiel außen- und innenpolitischer Entscheidungen.

Auch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen wie die zunehmende Westernisierung in dem Behandlungszeitraum müssen neben den persönlichen Vorstellungen der handelnden Politiker einbezogen werden.<sup>13</sup> Die Ebene der nationalen Betrachtungsweise der Diskussion bedarf dabei nicht nur einer Erweiterung nach oben, sondern auch nach unten, indem die unterschiedlichen innerparteilichen Entwicklungen berücksichtigt werden. Wenn die Europapolitik Teil des Wettbewerbs zwischen den Parteien gewesen ist, dann kann sie es auch grundsätzlich in den Parteien selbst gewesen sein. Entwicklungen in den Parteien spiegelten sich in der jeweils vertretenen Europapolitik. Hinzu kommt eine vierte Ebene: die europäische Ebene selbst. Durch die Schaffung der parlamentarischen Gremien aber auch durch die internationale Parteienkooperation entwickelte sie sich in dem Betrachtungszeitraum. Europa war demnach für die Parteien nicht nur ein Politikfeld, sondern entwickelte sich zu einem Teil des Systems selbst, zu einer Ebene, auf der agiert wurde.

Die Dissertation ist chronologisch strukturiert und nach 1949 auf drei Biennien – 1950/51, 1956/57 und 1962/63 - beschränkt. Dabei orientieren sich die jeweiligen Grenzen der Kapitel an den europäischen Integrationsschritten, da sie die Parteien vor die Frage stellten, wie sie mit den neuen Plänen, Gedanken und internationalen Anforderungen umgehen mussten. In den Doppeljahren mussten die Parteien in den beiden Ländern zur Europapolitik aufgrund der Diskussionen zur EGKS und EVG, zur EWG und Euratom, zur Politik de Gaulles und dem Beitritt Großbritanniens, Stellung beziehen. In diesen Jahren war die Europapolitik auf der politischen Agenda so stark vertreten, dass ein Vergleich der europapolitischen Positionen der Parteien möglich wird. Gleichzeitig ermöglicht der Zeitraum

---

<sup>12</sup> Zum komplexen Zusammenwirken unterschiedlicher nationaler und internationaler Entwicklungen am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland und ihrem Hineinwachsen in die „Atlantische Gemeinschaft“ siehe die kurze Synthese: Conze, Eckart: Wege in die Atlantische Gemeinschaft. Amerikanisierung, Westernisierung und Europäisierung in der internationalen Politik der Bundesrepublik Deutschland, in: Rusconi, Gian-Enrico und Woller, Hans: Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945-2000. Berlin 2006. S. 307-329.

<sup>13</sup> Conze, Al di là di miti e leggende. 297 ff. Zum Begriff der Westernisierung, der die Herausbildung eines westlichen Gesellschaftsbildes beschreibt und insbesondere den Begriff der Amerikanisierung ergänzt, welcher stärker einen einseitigen Kulturtransfer von den USA nach Europa annahm, siehe Doering-Manteuffel, Anselm: Wie westlich sind die Deutschen? Göttingen 1999. S. 11 f.

zwischen den Längsschnitten, dass gesellschaftliche und innenpolitische Entwicklung klar erkennbar werden. Ferner befindet sich die europäische Ebene in ständiger Entwicklung, so dass auch hier jedes Mal ein neuer *status quo* konstatiert werden kann, vor dessen Hintergrund die Europabegriffe der Parteien und deren Konkurrenzsituationen analysiert werden können.

Innerhalb der Kapitel ergibt sich ein zweiteiliger Aufbau. So kann man einen darstellenden Teil und einen vergleichenden, analytischen Teil unterscheiden. In dem darstellenden Teil wird jeweils für den Zeitraum die europapolitische Konkurrenzsituation in den beiden Ländern beschrieben. Dabei werden auch die internationalen Kontakte der Parteien berücksichtigt. Anschließend werden in einem analytisch vergleichenden Teil Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beiden Konkurrenzsituationen aufgezeigt. Der Aufbau hat eine gewisse Fülle zur Folge, ermöglicht es aber unterschiedlichen Lesergruppen, das Werk selektiv zu lesen. Wer möchte, kann zur Information nur allein die darstellenden Teile lesen, um einen Eindruck von der europapolitischen Situation in den Ländern zu bekommen. Verspürt der Leser aufgrund seiner schon zuvor gemachten Kenntnisse den Drang, nur eine Analyse der jeweiligen Situation präsentiert zu bekommen, sei er auf die jeweiligen zweiten Abschnitte der Kapitel verwiesen. Die analytischen Teile skizzieren die Konkurrenzsituation in benachbarten Politikfeldern der Europapolitik, wobei hier die Wirtschaftspolitik, die Verteidigungspolitik oder auch die Kulturpolitik gemeint sein können. Die Einbettung in die internationale Situation, die nationale Konkurrenz und die innerparteiliche Entwicklung wird bereits im darstellenden Text vorgenommen. Im analytischen Teil wird wiederum auf das sich wandelnde Bild der wichtigsten geographischen Bezugspunkte des Europabilds der Parteien (Vorstellung und Probleme in den Beziehungen zu den vier Siegermächten, zu den direkten Nachbarn, etc.) und die Betonung bestimmter Werte und verschiedener Integrationsmethoden thematisiert. Mithilfe dieses Ansatzes soll die Konkurrenzsituation der Parteien mit den ihr zugrunde liegenden strategischen Überlegungen in den Parteiführungen untersucht und beschrieben werden. Dabei wird über die Jahre deutlich, wie sich Intensität und Anzahl von Argumenten wandelten und je von unterschiedlichen Parteien in den taktischen Kontexten genutzt wurden.

#### Literaturlage

Diese Studie konnte bei ihrer Anlage auf eine überwiegend gute Lage der Sekundärliteratur aufbauen. So füllt allein die Adenauerliteratur einige Regalmeter.<sup>14</sup> Dank neuerer For-

<sup>14</sup> Hier seien nur die Hauptwerke genannt, die sich direkt mit dem Europabegriff Adenauers beschäftigen. Schwarz, Hans Peter: "Adenauer und Europa", in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 27 (1979). S. 471-523. Ders.: Adenauer und Europa. Melle 1985. Baumgart, Winfried: Adenauers Europapolitik, in: Festgabe Heinz Hürten zum 60. Geburtstag. (Hg. v. Harald Dickerhof). Frankfurt a. M. 1988. S. 609-631. Geiger, Tim: "Konrad Adenauer e l'Europa", in: Conze, Eckart u.a. (Hg.): Alcide De Gasperi: un percorso europeo. Bologna 2005. S. 231-261. Küsters, Hanns Jürgen: "Adenauers Europapolitik in der Gründungsphase der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft", in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 31 (1983). S. 646-673. Ders.: "Konrad Adenauers und Walter Hallsteins Vorstellungen vom zukünftigen Europa", in: Durchhardt, Heinz (Hg.): Europäer des 20. Jahrhunderts. Wegbereiter und Gründer des 'modernen Europa'. Mainz 2002. S. 91-114. Lappenküper, Ulrich: "Adenauer, die CDU/CSU und Europa (1949-1963)", in: Cahn, Jean-Paul (Hg.): La République Fédérale d'Allemagne et la construction de l'Europe (1949-1963). Paris 1999. S. 123-137. Weidenfeld, Werner: Konrad Adenauer und Europa. Die geistigen Grundlagen der westeuropäischen Integrationspolitik des ersten Bonner Bundeskanzlers. Bonn 1976.

schungen erscheint die Geschichte der CDU in den 50er Jahren immer klarer, doch findet sich für den gesamten hier betrachteten Zeitraum keine zusammenhängende Darstellung der Europapolitik von Seiten der CDU.<sup>15</sup> Glücklicherweise kann für den Zeitraum in starkem Maße auf gedruckte Quellen, wie auf die veröffentlichten Vorstandsprotokolle der CDU und Fraktionsprotokolle der CDU/CSU, zurückgegriffen werden.<sup>16</sup> Hinzu kommen zahlreiche Biographien auch neueren Datums, teilweise mit explizitem Bezug auf die Außenpolitik einzelner Politiker.<sup>17</sup> Ferner wurde in unterschiedlichen Arbeiten auf die parteiinterne Konkurrenz abgehoben.<sup>18</sup> Hier ist insbesondere das Werk Tim Geigers zum Atlantiker-Gaullisten Streit hervorzuheben.<sup>19</sup> Besondere Positionen der bayerischen Schwesterpartei wurden am Rande thematisiert und über die Sekundärliteratur erfasst. Geigers Arbeit behandelt gerade eine Periode, in der sich die Schwerpunktsetzung in der Außenpolitik zwischen den beiden Unionsparteien unterschied. So waren die Gaullisten in der CSU relativ stark vertreten, was allerdings auch innenpolitische Gründe hatte und nicht allein auf eine unterschiedliche außen- und europapolitische Orientierung zurückzuführen ist.

Die Europapolitik der SPD ist bis 1957 sehr gut untersucht worden.<sup>20</sup> Ebenso sind Schumacher, aber auch Erler, Schmid und Brandt umfassend thematisiert worden.<sup>21</sup> Sieht man von der Biographie Seebacher-Brandts über Ollenhauer ab, die leider den hier untersuchten Zeitraum nur touchiert, fehlt für den zweiten Vorsitzenden der Sozialdemokratie eine zusammenfassende Darstellung.<sup>22</sup> Ferner erscheint auch heute noch das Werk Klotzbachs als geeignete Einstiegsliteratur, die fundiert die Fakten der innerparteilichen Entwicklung des dieser Studie zugrunde liegenden Zeitraumes wiedergibt.<sup>23</sup> Leider fehlt hier ein ähnlich fundiertes, unabhängiges Werk, wie es für die CDU von Bösch vorgelegt worden ist, doch

---

<sup>15</sup> Bösch, Frank: Die Adenauer-CDU. Stuttgart 2001.

<sup>16</sup> Hier sei auf die vierte Reihe der „Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien verwiesen.

<sup>17</sup> Oppelland, Torsten: Gerhard Schröder (1910-1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession. Düsseldorf 2002. Eibl, Franz: Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961-1966. München 2001. Gassert, Philipp: Kurt Georg Kiesinger: 1904-1988; Kanzler zwischen den Zeiten. Düsseldorf 2006. Kosthorst, Daniel: Brentano und die deutsche Einheit: die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955-1961. Düsseldorf 1993. Hentschel, Volker: Ludwig Erhard. München 1996. Siehe als ältere Publikation die kommentierte Sammlung Mayer, Tilman (Hg.): Jakob Kaiser: Gewerkschafter und Patriot. Köln 1988.

<sup>18</sup> Koerfer, Daniel: Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer. Stuttgart 1987. Marcowitz, Reiner: Option für Paris. München 1996.

<sup>19</sup> Geiger, Tim: Atlantiker gegen Gaullisten. München 2008.

<sup>20</sup> Als neueste Publikationen sei nur auf Rogosch, Detlef: Vorstellungen von Europa. Europabilder in der SPD und bei den belgischen Sozialisten 1945-1957. Hamburg 1996, und leider in vielen Punkten übertreibend Ramuschkat, Dietmar: Die SPD und der europäische Integrationsprozess: Kontinuität und Wandel in der sozialdemokratischen Europapolitik 1949-1955. Niebüll 2003, verwiesen. Das relativ große Interesse an der Europapolitik der SPD durch Historiker bereits in den 60er Jahren lässt sich wohl mit dem offensichtlichen Paradoxon erklären, dass die SPD seit jeher eine europäische Einigung gefordert hatte, die ersten konkreten Schritte allerdings ablehnte.

<sup>21</sup> Zu Fritz Erler immer noch: Soell, Hartmut: Fritz Erler – Eine politische Biographie. 2 Bände. Bonn 1976. Für Schumacher siehe die sehr detaillierte Studie Merseburger, Peter: Der schwierige Deutsche: Kurt Schumacher; eine Biographie. Stuttgart 1995. Zu Brandt siehe die Bände der Berliner Ausgabe sowie zu Schmid Weber, Petra: Carlo Schmid 1896-1979. Eine Biographie. München 1996.

<sup>22</sup> Seebacher-Brandt, Brigitte: Biedermann und Patriot. Erich Ollenhauer - ein sozialdemokratisches Leben. Rheinbreitenbach 1984.

<sup>23</sup> Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Berlin/Bonn 1982. Zur Veränderung der SPD in den 60er Jahren: Bouvier, Beatrix: Zwischen Godesberg und großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Bonn 1990.

lässt sich die innerparteiliche Entwicklung dank der bereits aufgeführten Biographien nachvollziehen. Was die innerparteilichen Entscheidungsprozesse angeht, so sind im Gegensatz zur CDU/CSU nur die Protokolle der Fraktion und des SPD-Vorstands der ersten Legislatur sowie für den Parlamentarischen Rat und den Wirtschaftsrat für den untersuchten Zeitraum vorgelegt worden. Insbesondere durch das Werk von Bellers lässt sich aber die Europapolitik von 57 bis 63 sehr gut nachvollziehen.<sup>24</sup>

Die Entscheidungsprozesse, die zu den ersten europäischen Integrationsprozessen geführt haben, sind vor allem auf diplomatischer Ebene hinreichend untersucht worden. So im Rahmen des Marshallplans, der als Beginn der europäischen Integration angesehen wird und somit die Zentralität der USA für den Europäischen Integrationsprozess herausstreicht.<sup>25</sup> Dies gilt ebenso für die Verhandlungen zur EGKS, sowohl von der deutschen als auch von der italienischen Seite.<sup>26</sup> Gleiches lässt sich von der Gründung der EWG nachvollziehen. Für den Beginn der 60er Jahre ist hier allerdings festzustellen, dass insbesondere die europapolitischen Entscheidungen in der Bundesrepublik erforscht worden sind,<sup>27</sup> während die italienische Europapolitik der 60er Jahre weitgehend unbeleuchtet geblieben ist.<sup>28</sup> Da die Diplomatiegeschichte in der Sekundärliteratur relativ umfassend beschrieben worden ist, ist auf eine Konsultation in Archiven in diesem Bereich verzichtet worden.

Für Italien lässt sich insbesondere ein starkes Forschungsinteresse an der DC feststellen. Die Geschichte der DC ist im mehrbändigen, von Malgeri herausgegebenen Werk minutiös nachgezeichnet worden.<sup>29</sup> Die PSI ist mittlerweile ebenfalls eingehend untersucht worden.<sup>30</sup> Für beide Parteien lässt sich jedoch feststellen, dass die Forschungen ihren Schwerpunkt auf den frühen 50er Jahren haben. Die Sozialdemokraten wurden fast ausschließlich als Teil der sozialistischen Partei mit beschrieben, so dass deren Geschichte weitgehend ein Forschungsdesiderat ist.<sup>31</sup>

<sup>24</sup> Bellers, Jürgen: EWG und die "Godesberger" SPD. Siegen 2003.

<sup>25</sup> So insbesondere Neuss, Beate: Geburtshelfer Europas? Die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozess 1945-1958. Baden-Baden 2000.

<sup>26</sup> Für Italien siehe beispielsweise zusammenfassend die Einleitung von Lorenzini, Sara in: De Gasperi, Alcide: Alcide De Gasperi e la stabilizzazione della Repubblica, 1948-1954. Teil 2. La politica estera di De Gasperi fra Alleanza atlantica e Comunità europea di difesa, 1948-1954 (a cura di Sara Lorenzini e Barbara Taverni). Bologna 2009.

<sup>27</sup> Hier sei für Italien summarisch auf einige Werke von Ballini und Varsori verwiesen. Für die Europapolitik der Bundesrepublik siehe zum Beispiel immer noch Herbst, Ludolf (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt. München 1990. Speziell zur Diplomatie: Müller-Roschach, Herbert: Die deutsche Europapolitik. 1949-1977; eine politische Chronik. Bonn 1980. Ebenso Küsters, Hanns Jürgen: Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Baden-Baden 1982.

<sup>28</sup> Eine Ausnahme stellt Varsori, Antonio und Ballini, Pier-Luigi (Hg.): L'Italia e l'Europa (1947-1979). Soveria Mannelli 2004, dar.

<sup>29</sup> Die vier hier zitierten Bände sind: Malgeri, Francesco (Hg.): Le origini: la Dc dalla Resistenza alla Repubblica. Rom 1987. Ders. (Hg.): De Gasperi e l'età del Centrisimo. Rom 1988. Ders. (Hg.): La stagione del Centro Sinistra. Rom 1988. Ders. (Hg.): Dal centro sinistra agli "anni di piombo". Rom 1989. Stärker auf die *correnti* der DC der 40er und 50er Jahre bis zur Übernahme des Parteisekretariats durch Fanfani zielend: Capperucci, Vera: Il partito dei cattolici. Soveria Mannelli 2010.

<sup>30</sup> Unter den vielen Werken sei verwiesen auf Corina, Rocco Aldo: Breve storia del PSI. Foggia 2008. Mattera, Paolo: Il partito inquieto: organizzazione, passioni e politica dei socialisti italiani dalla Resistenza al miracolo economico. Rom 2004. Degl'Innocenti, Maurizio, u.a. (Hg.): Storia del PSI. Rom 1993. 3 Bände. Galli, Giorgio: Storia del socialismo italiano: da Turati al dopo Craxi. Mailand 2007.

<sup>31</sup> Eine Ausnahme zur Europapolitik stellt Donno, Michele: Giuseppe Saragat e la socialdemocrazia italiana 1947-1952. Bologna 2007, (2009 bei Rubbettino erschienen), dar. Dessen Darstellung bezieht sich aber vornehmlich auf die 40er Jahre und behandelt die beginnenden 50er Jahre nur noch am Rande.

Die Historiographie stellt De Gasperi in den Vordergrund. Ähnlich wie bei Adenauer sind die Publikationen kaum zu überschauen.<sup>32</sup> Nach dessen Tod 1954 finden sich allerdings kaum Werke über die parteipolitischen Vorstellungen zur Europapolitik. Sofern die italienische Europapolitik beschrieben wird, dann in einer Fokussierung auf die Regierung und die diplomatischen Zirkel.<sup>33</sup> Daneben lassen sich zahlreiche Biographien nennen, die das Bild vervollständigen.<sup>34</sup> Ferner wird die Literatur in beiden Ländern durch Forschungen zur internationalen Parteienkooperation ergänzt.<sup>35</sup> Während in der italienischen Literatur immer wieder auf die Wurzeln des Europabegriffs in der Zeit des Widerstands rekurriert wird,<sup>36</sup> lässt sich für Deutschland mittlerweile eine differenzierte Betrachtung der Argumentationslinien für eine europäische Einigung nachzeichnen.<sup>37</sup> So hat insbesondere Schildt den Abendlandbegriff hervorgehoben.<sup>38</sup> Vanessa Conze hat die unterschiedlichen Traditionen für die Europa-Union und die Abendländer ausgehend von der Weimarer Republik beschrieben.<sup>39</sup> Darüber hinaus ist ein enger Konnex der Europäischen Integration mit der Herausbildung einer westlichen Kultur zu verzeichnen.<sup>40</sup> Ähnlich wie in Deutschland ist auch der Wandel der Außenpolitik der PSI in den letzten Jahren aufgearbeitet worden.<sup>41</sup>

Politische Entscheidungen zu treffen und eine Dissertation zu schreiben haben eine Gemeinsamkeit: Beide Prozesse bedeuten, süße Träume mit der bitteren Realität in Einklang zu bringen. So auch in dem vorliegenden Beispiel. Wie beschrieben, soll Europa als Konkurrenzthema zwischen den Parteien analysiert werden. Hierzu wird in dem vorliegenden Werk vor allem die Sicht der Parteispitzen wiedergegeben werden. Es werden einige Beispiele genannt werden, in denen die jeweiligen Parteizentralen Vorgaben an die unteren Gliederungen gaben, diese oder jene Schriften zu verbreiten, diese oder jene Plakate zu kleben, dass diese oder jene Reden bedeutender Politiker verbreitet werden sollten. Zu Beginn der Recherchetätigkeiten wollte der Autor noch die Umsetzung der von den Parteizent-

---

<sup>32</sup> Einen guten Überblick zu den verschiedenen Schulen bietet Lorenzini, Sara: "L'impegno di De Gasperi per un'Europa unita", in: Conze, Eckart u.a. (Hg.): Alcide De Gasperi: un percorso europeo. Bologna 2005. S. 195-230. Hier S. 195-200.

<sup>33</sup> So sei auf die Werke Antonio Varsoris verwiesen.

<sup>34</sup> Unter den zahlreichen Biographien sei verwiesen auf Martelli, Evelina: *L'altro atlantismo. Fanfani e la politica estera italiana (1958-1963)*. Mailand 2008. Guerzoni, Corrado: *Aldo Moro*. Palermo 2008. Fornaro, Federico: *Giuseppe Saragat*. Venedig 2003. Santarelli, Enzo: *Pietro Nenni*. Turin 1998.

<sup>35</sup> Gehler, Michael, Kaiser, Wolfram: *Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten 1945-1965*. München 2003. Kaiser, Wolfram, Gehler, Michael (Hg.): *Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945-1965*. München 2004. Kaiser, Wolfram: *Christian Democracy and the origins of European Union*. Cambridge 2007. Steininger, Rolf: *Deutschland und die sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg*. Bonn 1979. Eine gute Übersicht zu den Parteien auf europäischer Ebene bietet Mittag, Jürgen (Hg.): *Politische Parteien und europäische Integration*. Essen 2006, mit Hiepel, Claudia: "Europa gehört keiner Partei": Die SPD und der Weg vom Socialist Information and Liaison Office zur Sozialdemokratischen Partei Europas, in: Mittag, Jürgen (Hg.): *Politische Parteien und europäische Integration*. Essen 2006. S. 271-288.

<sup>36</sup> Siehe als ältere Publikation Colombo, Arturo (Hg.): *La Resistenza e l'Europa*. Florenz 1983.

<sup>37</sup> Loth, Wilfried (Hg.): *Die Anfänge der Europäischen Integration 1945-1950*. Bonn 1990.

<sup>38</sup> Schildt, Axel: *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*. München 1999.

<sup>39</sup> Conze, *Das Europa der Deutschen*.

<sup>40</sup> Zur These der Westernisierung siehe Doering-Manteuffel, *Wie westlich. Zur Anwendung der These auf die Gewerkschaften und die SPD: Angster, Julia: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB*. München 2003.

<sup>41</sup> Hier sei als wichtigstes Werk und Autor Scirocco, Giovanni: *"Politique d'abord". Il psi, la guerra fredda e la politica internazionale (1948-1957)*. Mailand 2010, zu nennen.

ralen vorgegebenen Strategien sichtbar machen – doch wurde mit dem Voranschreiten der Recherchen dieses Vorhaben erst aufgeschoben und schließlich aus der Arbeit verbannt, da angesichts der Fülle von Parteien (immerhin stehen mindestens fünf Parteien im Fokus) eine adäquate Bearbeitung dieses Themas nicht angegangen werden konnte. Ebenso war geplant, die Bedeutung des Themas für „normale Abgeordnete“, für Politiker der zweiten Reihe, zu untersuchen. Auch diese Recherchen fielen dem Zeitplan zum Opfer. Hier bleibt nur die erste Mutmaßung, die entfernt in den Quellen bestätigt wurde: die europäische Integration spielte in der täglichen Arbeit der Abgeordneten keine übergeordnete Rolle. Welche Rolle daher die Europapolitik in der Konkurrenzsituation im einzelnen Wahlkreis gespielt hat, muss daher auch weiterhin als Forschungsdesiderat angesehen werden.

#### Quellenlage, Quellenauswahl, Methode

In beiden Ländern kann auf eine relativ dichte historiographische Beschäftigung mit der Einstellung der Parteien zum europäischen Integrationsprozess für die Zeit bis einschließlich 1957 verwiesen werden. Ab 1957 dünnt dies im italienischen Fall leider aus beziehungsweise beschränkt sich auf eine Analyse der Regierungspolitik, während bei der Bundesrepublik auf explizite Studien zurückgegriffen werden kann.<sup>42</sup> Da es sich um einen Vergleich von Europapolitiken von im Grunde mindestens fünf verschiedenen Parteien handelt, ist stärker auf bereits publizierte Quellen, die veröffentlichten Texte in den Zeitschriften der *correnti* vor allem für den Zeitraum 62/63 und auf die Sekundärliteratur zurückgegriffen worden. Diese Vorarbeiten wurden durch Besuche der Archive der großen Parteien (SPD, CDU, DC, PSDI, PSI) und der Durchsicht von Nachlässen einiger Politiker ergänzt, sofern diese in der Sekundärliteratur noch nicht besonders aufgearbeitet worden waren und noch weitergehende Erkenntnisse vermuten ließen. Ferner sind besonders für den italienischen Fall nur die großen Strömungen innerhalb der Parteien bei der Europadiskussion berücksichtigt worden. Alle außenpolitischen Profile der *correnti* oder wie im Falle der PSI, wo die bedeutenden Protagonisten je unterschiedlich nuancierte Positionen vertraten, nachzuzeichnen, wäre über diesen großen Zeitraum nicht möglich gewesen.

Auf die verzichteten Archivaufenthalte in den Archiven des Auswärtigen Amts und des *Archivio Storico del Ministero degli Affari Esteri* ist bereits weiter oben eingegangen worden. Aufgrund organisatorischer Schwierigkeiten wurde auch auf einen eingehenden Besuch des Archivs der *Fondazione Turati* verzichtet. Entweder waren die Bestände (für Doktoranden) noch nicht zugänglich, sind glücklicherweise gescannt online verfügbar (so einige Bestände des Vorstandes der PSI) oder wurden größtenteils editiert (so wie bei Riccardo Lombardi). Darüber hinaus konnte auf die privaten Nachlässe von Pietro Nenni und Lelio Basso in Rom zurückgegriffen werden. Bei den italienischen Sozialdemokraten konnten nur die Bestände Roberto Tremellonis konsultiert werden. Hier ergibt sich leider ein lückenhaftes Bild, das verstärkt von Pressezeugnissen leben muss.

Durch die oben beschriebenen zahlreichen Veröffentlichungen über die Parteien in der Bundesrepublik, wobei die Europapolitik der einzelnen Parteien entweder wiedergegeben wurde oder zumindest teilweise thematisiert wurde, beschränkten sich die Archivbesuche in

<sup>42</sup> Hier sei für die CDU auf die Studie von Geiger, für die SPD auf die weniger bekannte Studie von Bellers verwiesen (siehe Anmerkungen 19 und 24).

deutschen Archiven im Grunde auf die Konsultation der Parteibestände der CDU und der SPD selbst. Bei der SPD selbst wurde noch der Bestand der Fraktion hinzugenommen, da diese für eine Oppositionspartei von eminent wichtiger Bedeutung war. Die Handlungsabläufe innerhalb der Parteien und die Europapolitik im Konkurrenzverhältnis ließ sich über die einschlägige Literatur und publizierte Quellen - wie zum Beispiel die Ausgaben der Rhöndorfer Ausgabe, die CDU-Vorstandsprotokolle und Protokolle der Fraktion, die Protokolle des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages - gut nachvollziehen.

Eine Grundlage der vorliegenden Studie ist die Analyse von Parlamentsdebatten. Dabei wurden vor allem die Debatten zu den europäischen Verträgen, aber auch anlässlich von Regierungserklärungen herangezogen. Darüber hinaus stellten die jährlichen Debatten zum Außenhaushalt in Italien einen besonderen Fundus dar, da hier regelmäßig die gesamte Außenpolitik und darin eingeordnet auch die Europapolitik diskutiert wurde. In der Bundesrepublik war diese Diskussion nicht so ausführlich. Die Debatten zu den Einzelplänen des Kanzlers und des Außenetats ab 1952 waren entweder nur kurz gehalten oder beschäftigten sich kaum mit Europa. Dafür liegen die Protokolle des Auswärtigen Ausschusses ausführlich editiert vor, die mit den regelmäßigen Berichten des Außenministers zur politischen Lage und den daran anschließenden Diskussionen ein umfassendes Bild der Europapolitik und ihrer Einordnung in die gesamte Außenpolitik zu geben vermögen. Ein Vergleich zwischen den beiden Debattentypen ist aber schwierig, ist die Parlamentsdebatte doch vornehmlich eher an einem öffentlichen Schlagabtausch interessiert, während im nicht öffentlich tagenden Ausschuss bei den Reden andere Akzente gesetzt werden. Speziell die von Adenauer immer wieder angeführte Vertraulichkeit des Ausschusses und dessen Klage, dass der Ausschuss diese Vertraulichkeit missbrauche, relativiert dies jedoch. Den Rednern war klar, dass das gesprochene Wort im Ausschuss keineswegs geheim blieb. Sowohl das Plenum als auch die Ausschüsse waren in beiden Ländern Bühnen für den Austausch von Argumenten.<sup>43</sup> Über die Analyse unterschiedlicher Reden, wie den jährlich stattfindenden Haushaltsdiskussionen und den regelmäßig stattfindenden Debatten im Auswärtigen Ausschuss, lässt sich relativ gut ein diachroner Vergleich ermöglichen. Die in diesen Zusammenhängen stattfindende Generalrevision der Außenpolitik mit der Einordnung der Europapolitik in das Gesamtbild der Außenpolitik bietet die Möglichkeit einer ganzheitlichen Einschätzung. Von einer quantifizierten Überprüfung gerade dieser Reden mithilfe einer Spracherkennungssoftware wurde dabei allerdings abgesehen. Die Erkenntnisse aus einer quantitativen Untersuchung der Benutzung eines Schlagwortes sind doch äußerst gering. Einer qualitativen Untersuchung wurde hier der Vorzug gegeben. Somit geht diese Arbeit eigentlich klassisch hermeneutisch vor, lässt sich aber von unterschiedlichen Theorien inspirieren, beschränkt sich keineswegs aber auf eine sozialwissenschaftliche Methode oder einen theoretischen Ansatz.

So fragt die Dissertation natürlich auch nach Auswirkungen von Mehrebenensystemen, von politischer Kultur und dem Parteiensystemen in den beiden Ländern. Sie stellt automatisch die Frage, wie sich die Parteien in der Konkurrenzsituation verhalten können, das heißt, ob sie verstärkt an einem Konsens orientiert sind oder eher im Bereich der Europapo-

---

<sup>43</sup> Müller-Härlin beschreibt als dominante Funktionen der Parlamentsdebatte Distinktion und Legitimation, die durch die Reden hergestellt werden soll. Gleichzeitig widerspricht er einer weit verbreiteten Annahme, dass eine persuasive Funktion im Vordergrund stehe. Dem ist zuzustimmen. Das Plenum ist durchaus nicht der Ort politischer Entscheidungen. Es ist vielmehr Bühne. Siehe bei Müller-Härlin die einleitenden Worte zum methodischen Vorgehen (wie Anmerkung 7).

litik die Konfrontation suchen. Natürlich fragt die Arbeit nach der Bedeutung von Worten, nach positiven und negativen Konnotation von Europa, wie in der politischen Auseinandersetzung der 40er bis 60er Jahre die unterschiedlichen Parteivertreter den Begriff Europa besetzt haben und eine Deutungshoheit erlangten - oder nicht. Die Wirkung der Debatten bleibt indes fraglich, wobei hier im Grunde jede historische Arbeit an ihre Grenzen stößt.

Politische Reden können wirkungsmächtig sein. Sie müssen es aber nicht. Daher könnte ein möglicher Schwachpunkt der Arbeit darin bestehen, dass dem gesprochenen Wort von Seiten der Parteien und einzelner Politiker zu viel Raum gegeben wird. Das Ziel der Arbeit soll die Beschreibung der Konkurrenzsituationen über den einen chimärenhaften Begriff und seiner Anwendung in einem Politikfeld sein. Der Diskurs und der Vergleich zwischen den beiden Diskursen im nationalen Kontext stehen im Mittelpunkt. Die Frage nach Rezeption und Wirkung ist eine andere. So stellte Fanfani auf dem *Consiglio Nazionale* der DC vom 23.7.56 fest, dass alle wichtigen Themen oder auch das Referat des politischen Sekretärs beim Abendessen besprochen worden seien - so wie 1947 in Neapel, „*alla trattoria ,Giuseppone a Mare*“.<sup>44</sup>

Da die „entscheidenden Momente“ folglich methodisch nicht zu erfassen sind, untersucht die Arbeit den sich wandelnden Rahmen europapolitischer Entscheidungen. Er war für die konkreten Positionen der Parteien in der Europapolitik und den angewendeten Europabegriff entscheidend. So hat Schildt eindringlich darauf hingewiesen, dass der Begriff Abendland in sehr unterschiedlichen Kontexten mit verschiedenen Konnotationen gebraucht wurde. Gerade der Abendlandbegriff wurde aber von einigen Intellektuellen und Politikern der Bundesrepublik Deutschland zur Definition eines Europabegriffs herangezogen.<sup>45</sup> Folglich oszillierte deren Europabegriff stark. Gleiches gilt für den italienischen Begriff der *civiltà*, häufig ergänzt um adjektivische Beschreibungen wie westlich oder europäisch. Über die Untersuchung des Rahmens lässt sich die Schwierigkeit, einerseits ereignisgeschichtliche Probleme und Entwicklungen und andererseits ideengeschichtliche Entwicklungen zu berücksichtigen, in den Griff bekommen.

Die Parteien konstituierten ein jeweils eigenes „gesellschaftliches Deutungssystem“<sup>46</sup>, das mit Hilfe der Wortfelder untersucht werden soll. So bewegen sich die politischen Akteure innerhalb gewisser „europäischer Identitäten“. Identitäten sind demnach gekennzeichnet durch „Selbstdefinitionen“ (von kollektiven Gruppen), die einen „Referenz- und Orientierungsrahmen“ dienen. Sie entstehen durch „Inklusions- und Exklusionsschemata“, haben eine wichtige Funktion des menschlichen Zusammenlebens, wirken integrierend und stellen „nicht zuletzt ein politisches Machtinstrument dar“. Letztendlich ist die europäische Identität eine „Konstruktion“, die sich in der Regel auf ältere kulturelle Errungenschaften und Merkmale bezieht.<sup>47</sup> Schmale betont: „Im Vordergrund steht die Frage nach der Existenz eines *Europäischen Kollektivs* in einer bestimmten historischen Zeit, nach den zentralen Identitätskonzepten und Identitätskonstruktionen, nach ihrer ikonographischen Manifestation, nach ihren wesentlichen zeitgebundenen Rahmungen, innerhalb derer sie zu ver-

<sup>44</sup> Archivio des Istituto Luigi Sturzo (künftig ALS), Fondo DC. Consiglio nazionale, Sc. 24, fasc. 43. Protokoll S. 121.

<sup>45</sup> Vgl. Schildt, Zwischen Abendland und Amerika. S. 22 f.

<sup>46</sup> Zitiert nach Jachtenfuchs, Markus: Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung. Baden-Baden 2002. S. 262.

<sup>47</sup> Schmale, Wolfgang: Geschichte und Zukunft der Europäischen Identität. Stuttgart 2008. S. 37 ff. Zitate S. 37 und 40.



orten sind, nach den Krisen, in denen sie sich wandeln. [...] Der Kern des Ansatzes liegt in der Frage nach einem Europäischen Kollektiv mit einer Selbstdefinition als europäisch.<sup>48</sup>

Ziel dieser Arbeit ist es folglich, die unterschiedlichen „europäischen Identitäten“, die von den Parteien und in den Parteien vertreten wurden, zu untersuchen. Methodisch wird hierbei die europapolitische Matrix jeder Partei beobachtet und analysiert. Die Parteien mussten sich in einer sich wandelnden Gesellschaft zum Thema „Europäische Einigung“ äußern. Sie waren dabei Akteure und Reagierende der gesellschaftlichen Veränderungen zugleich, die unter anderem geprägt waren durch eine „zunehmende Amerikanisierung der Alltagswelt, der politischen Westintegration und der Westernisierung gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen“.<sup>49</sup> In diesem Ordnungsrahmen musste ein gemeinsames Europa stets neu definiert werden, mit beschreibenden und ablehnenden Attributen, für das gewollte und das aktuelle Europa. Dies wird systematisch zu untersuchen sein. Darüber hinaus wird nach der Positionierung der Parteien in der Außenpolitik und zu anderen Staaten, aber auch in entscheidenden Politikfeldern gefragt. Dem ist eine Einordnung der internationalen, innenpolitischen und innerparteilichen Entwicklung vorangestellt. Die Frage, wie Europa geschaffen werden soll, wird dabei auch thematisiert, spielt aber in der parteipolitischen Auseinandersetzung eine untergeordnete Rolle. Es war vor allem ein taktisches Argument. Schon früh paarte sich die Forderung nach mehr Rechten auf europäischer Ebene mit der Feststellung eines europäischen Demokratiedefizits. Ein Argument, dass gerne parteiübergreifend benutzt wurde. Denn letztlich war ein geeintes Europa von 1945 bis 1963 eine parteiübergreifend artikulierte Forderung.

---

<sup>48</sup> Schmale, *Geschichte und Zukunft der Europäischen Identität*. S. 41.

<sup>49</sup> Doering-Manteuffel, *wie westlich*. S. 64.



---

## II. Europa im Zeichen des Wiederaufbaus (1945-1949)

Das Abendland wird sozialistisch sein, oder es wird nicht sein. (Dirks, 1946)

Europa wird christlich sein, oder es wird überhaupt nicht mehr sein. (Guardini 1946)

Die Vereinigten Staaten von Europa werden von sozialistischem Gedankengut erfüllt sein, oder sie werden nicht sein. (Brandt 1949)<sup>1</sup>

Jede Darstellung der deutschen und italienischen Nachkriegsgeschichte folgt dem Duktus des Wiederaufbaus.<sup>2</sup> Aber auch die politischen Parteien und deren Repräsentanten betrieben eine „Wiederaufbaurhetorik“, womit ich in diesem Falle die Forderungen und Vorstellungen der Parteien nach einem wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und moralischen Neuanfang subsummieren möchte. Diese Forderungen hatten auch eine europäische Perspektive mit zwangsläufig nationalem Bezugspunkt bei gleichzeitiger Einbettung in den Ost-West-Konflikt. Deutschland und Italien konnten auf internationale Entwicklungen nur reagieren. So markieren das Jahr 1947 mit seiner Verschärfung der Konfrontation zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion sowie die anschließenden Entscheidungen wichtige Bezugspunkte jeder europapolitischen Überlegung. Dabei brachte die Sechsmächte-Konferenz in London für Deutschland den Beginn einer provisorisch gedachten Staatlichkeit, für Italien mit dem Friedensvertrag sowie als Gründungsmitglied der NATO konkrete und tiefgreifende Ergebnisse mit sich.<sup>3</sup> Beiden Staaten war die Lage am Eisernen Vorhang gemein, wobei für Deutschland die Besetzung und die brennende Frage der deutschen Teilung hinzukamen. In Italien ergab sich schon früh die Möglichkeit der direkten Auseinandersetzung über die Außen- und Europapolitik, während es in den deutschen Westzonen bis zur Gründung der Bundesrepublik nur wenig Anlass gab, Europa zu einem Konkurrenzthema zwischen den Parteien werden zu lassen.

---

<sup>1</sup> Zitiert in: Kämper, Heidrun: Der Schulddiskurs in der frühen Nachkriegszeit: ein Beitrag zur Geschichte. Berlin 2005. S. 386.

<sup>2</sup> Siehe hierzu Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. München 2009. S. 21. Hier heißt es unter der Überschrift „Ein Land in Trümmern“: „Die Niederlage war eine Befreiung. Doch in ihr steckte nicht der Keim des Neubeginns.“ Conze distanziert sich in den folgenden Sätzen von der „Versuchung“, eine „Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik“ schreiben zu wollen, da dies den „Erfahrungen der Menschen“ nicht entsprechen habe. Siehe ebd. Dennoch haben die Parteien versucht, mit ihren Veröffentlichungen - mehr war diesen gerade im Jahr 1945 noch nicht möglich - einen Ausweg zu weisen.

<sup>3</sup> Alle deutschen Politiker und die Alliierten gingen von einer provisorischen Bundesrepublik aus. Geppert, Dominik: Die Ära Adenauer. Darmstadt 2002. S. 8-9. Geppert führt ebenso an, dass die seinerzeit schon von Barring vertretene Auffassung der überragenden Rolle Adenauers für den „engeren Bereich der Politik“ bis heute aufrecht zu erhalten ist. Für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die alltags-, kultur- und mentalitätsgeschichtlichen Überlegungen seien viel stärker die Kontinuitätslinien für die Zeit vor 1945 zu beachten. Ebd. S. 15.

## II.1 Der Europabegriff in Deutschland 1945-1949

Eine europäische Einigung war nach dem Zweiten Weltkrieg kein genuin neues Thema. Vielmehr bauten die Ideen nach 1945 auf den Ideen von vor 1945 auf. Politische Zäsuren können sehr genau datiert werden - die Entwicklung politischer Konzepte und politischer Idee hingegen nicht. Gerade in Deutschland lassen sich ideengeschichtliche Kontinuitätslinien zu der Weimarer Republik und der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur aufzeigen, im letzten Fall in stärkerem Maße zu dem Europabegriff des Widerstandes, in geringerem Maße aber auch zu Erfahrungen des Wirtschaftsraumes Europa unter der nationalsozialistischen Herrschaft, denen vor dem Hintergrund der späteren wirtschaftlichen, sektoralen Integration eine gewisse Rolle in der europäischen Integration zukam.<sup>4</sup>

Der in Deutschland in der Zeit von 1945 bis 1949 verwendete Europabegriff kann darüber hinaus nur vor dem Hintergrund der alliierten Besatzung sowie den sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges und der Diktatur erklärt werden. Obwohl die Politik maßgeblich von den Alliierten bestimmt wurde, konstituierten sich bereits 1945 wieder deutsche Parteien in den einzelnen Besatzungszonen. Erste Programme lassen sich auf den verwendeten Europabegriff untersuchen, der Teil der Wiederaufbauhetorik war.

### II.1.1 Die SPD und das sozialistische Europa

Die SPD konnte an alte Strukturen der Weimarer Republik, sofern diese die nationalsozialistische Diktatur überstanden hatten, anknüpfen. Schon im April 1945, in den letzten Tagen des Krieges, gab es Ansätze für eine Reorganisation der SPD. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Kurt Schumacher kristallisierte sich dabei bereits schnell als führende Person heraus. Schon im Mai 1945 konnte er sich bei der Reorganisation des Ortsverbandes Hannover durchsetzen und setzte sich innerhalb der Westzonen schnell an die Spitze der sich wieder in den einzelnen Bezirken konstituierenden SPD.<sup>5</sup> Sein „Büro Dr. Schumacher“ knüpfte die entscheidenden Kontakte zu den Bestrebungen innerhalb der Besatzungszonen sowie zu SPD-Politikern im Exil und wurde durch diese legitimiert.<sup>6</sup> Schumacher festigte

4 Zu diesem Ansatz siehe Conze, *Das Europa der Deutschen*. Für die Vorstellung der SPD in wenigen Sätzen siehe: Soell, Erler. S. 133 f. Zu den Europavorstellungen im Widerstand immer noch grundlegend: Lipgens, Walter: *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940-1945*. München 1968. Ebenso Prettenhaler-Ziegerhofer, Anita: "Die Männer des europäischen Widerstandes werden morgen das neue Europa bauen." Leitbilder für ein vereintes Europa, in: Elvert; Jürgen (Hg.): *Leitbild Europa? Europabilder und ihre Wirkungen in der Neuzeit*. Stuttgart 2009. S. 126-138. Dort auch weitere Literaturangaben.

5 Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei*. S. 39 ff. Zur Einstellung Schumachers gegenüber im Exil Zuflucht suchenden SPD-Politikern oder in Deutschland sich still verhaltenden Politikern: Albrecht, Willy (Hg.): *Kurt Schumacher. Reden-Schriften-Dokumente 1945-1952*. Bonn 1985. Hier die Einleitung. S. 81. Zur Führungsrolle in Hannover: S. 90 ff.

6 Siehe auch Rogosch, *Vorstellungen von Europa*. S. 27 f. Petra Weber spricht davon, dass innerhalb der SPD diejenigen Kreise an die Spitze rückten, die in Weimar innerhalb der SPD eine Außenseiterposition bekleidet hatten. Siehe hierzu Weber, Petra: *Einleitung*, in: *Die SPD-Fraktion im deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949-1957*. 1. Halbband (bearbeitet von Petra Weber) Düsseldorf 1993. S. XI-CXX. Hier: S. XI-XXII. Siehe hierzu ebenfalls die Einleitung von Albrecht in Schumacher, *Reden*. S. 58 ff.

seine Position durch die Herausgabe der „politischen Richtlinien“ im August 1945, über das Treffen in Wennigsen bei Hannover im Oktober 1945 bis schließlich zum ersten Nachkriegsparteitag im Mai 1946 in Hannover, wo er zum Vorsitzenden der SPD gewählt wurde. Er setzte von Beginn an seine strikt antikommunistische Haltung durch, wobei er durch die Zwangsvereinigung von SPD und KPD im April 1946 zur SED in der sowjetisch besetzten Zone bestärkt wurde, die somit das Büro in Berlin diskreditierte. Diese antikommunistische Haltung und ihr Selbstbewusstsein, bedeutende Widerstandskraft gegen das Dritte Reich gewesen zu sein, waren die Grundlagen für die Forderung neuer Strukturen, die sich sowohl auf die SPD selbst als auch auf die gesellschaftliche und politische Struktur Deutschlands beziehen sollten. In diesem Zusammenhang sind auch die Aussagen zu Europa zu sehen, bei denen in erster Linie die Aussagen von Schumacher berücksichtigt werden müssen, denn wie schon Hans-Peter Schwarz urteilte, war „Schumachers Meinung in erster und letzter Instanz die der SPD“.<sup>7</sup>

Die europäische Einigung wurde zu Beginn nur indirekt angesprochen. Hauptpunkte waren die Überwindung der nationalsozialistischen Diktatur und der Aufbau eines stabilen und demokratischen politischen Gemeinwesens. Eine richtige Demokratie mit der Garantie der Freiheiten des Einzelnen sei aber nur mit dem Sozialismus möglich. Er war dabei die Reaktion auf sowie Mittel zur Überwindung des Nationalsozialismus. Schumacher rekurrierte auf die amerikanisch-europäische Kultur, wobei insbesondere der New Deal den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SPD entgegen kam.<sup>8</sup> Die „angelsächsische politische Kultur“ wurde dabei zu einem Fixpunkt für seine Überlegungen. In Deutschland hätten hingegen besonders reaktionäre Kräfte geherrscht, die schon im Kaiserreich jeden Fortschritt verhinderten, imperialistisch seien und sich aus Angst vor Vergesellschaftungen gegen jede Demokratie wendeten.

„Durch einen Blick auf die angelsächsischen Demokratien und auf Westeuropa, wo Kapitalismus und Demokratie ein Nebeneinander gefunden hatten, ließen sie sich nicht beeindrucken.“ In der Tat seien die deutschen Verhältnisse wirtschaftlich und historisch anders, weshalb die „klassenpolitische Bedeutung“ in Deutschland besonders sei. „Ihrem Klassenkampf zugunsten des großen Geldsacks haben die besitzenden Kreise denn auch alles andere geopfert und zum Schluss auch ihr Vaterland.“<sup>9</sup> Europa habe die „Zeche“ für den von Hitler aus ökonomischen Gründen und zum Macherhalt angezettelten Krieg zahlen müssen.<sup>10</sup> In dieser Argumentation zeigen sich zwei typische Elemente: Die deutsche Entwick-

---

<sup>7</sup> Schwarz, Hans Peter: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949. Neuwied/Berlin 1966. S. 483. Ähnlich äußerte sich später Wehner: „Die SPD – und die hieß damals Kurt Schumacher“. Zitiert nach Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 30.

<sup>8</sup> Siehe hierzu Schumacher, Kurt: "Politische Richtlinien der SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren", in: Klotzbach, Kurt (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 1984. S. 257-292. Hier: S. 259. Schumacher legte dar, dass in der Realität der Unterschied zwischen dem in den USA praktizierten „Kapitalismus“ und einer sozialistischen Wirtschaftsordnung nicht sehr groß sei. Der *New Deal* habe zu einer Kraftverschiebung zwischen „Kapital und Arbeit“ geführt. Als weitere Vorbilder werden die Erfolge der *Labour Party* und erste Wahlerfolge der Linken in Frankreich genannt. Rede Schumachers vor sozialdemokratischen Funktionären Hannovers, in Schumacher, Reden. S. 231-232.

<sup>9</sup> Rede Schumachers vor sozialdemokratischen Funktionären in Hannover vom 6.5.45. Abgedruckt in Schumacher, Reden. S. 203-236. Hier S. 204-206.

<sup>10</sup> Ebd. S. 214.

lung wurde mit der in den anderen europäischen, vor allem den westeuropäischen Ländern verglichen, so dass man sich hiervon Erklärungen für die deutsche Katastrophe erhoffte.<sup>11</sup> Andererseits zeigt sich gerade in der letzten Aussage, dass Schumacher den Nationalsozialismus als Folge eines pervertierten Kapitalismus interpretierte. Zudem zeigte sich schon der dezidiert nationalistische Ton, den Schumacher in den folgenden Jahren anschlagen sollte, indem er von der Opferung des Vaterlandes zugunsten „des großen Geldsacks“ sprach. Eine beständige Demokratie brauchte folglich eine andere Wirtschaftsordnung, am besten in ganz Europa.<sup>12</sup>

Zur Durchsetzung dieser Ziele konnte die SPD auf ihre internationale Ausrichtung verweisen, wobei die „Vereinigten Staaten von Europa“ schon im Heidelberger Programm gefordert worden waren.<sup>13</sup> Denn die in dieser Zeit noch weit in der Sozialdemokratie verbreitete Vorstellung des Klassenkampfes hatte universellen und damit internationalen Charakter. Trotz dieser Ausrichtung betonte Schumacher die nationalen Bedingungen und den nationalen Primat seiner Politik, geradezu in Lassallescher Tradition, so dass Schumacher in einem Brief, der gegen die KPD gerichtet war, schreiben konnte:

„Wir deutschen Sozialdemokraten sind nicht britisch und nicht russisch, nicht amerikanisch und nicht französisch. Wir sind die Vertreter des deutschen arbeitenden Volkes und damit der deutschen Nation. Wir sind als bewusste Internationalisten bestrebt, mit allen internationalen Faktoren im Sinne des Friedens, des Ausgleichs und der Ordnung zusammenzuarbeiten. Aber wir wollen uns nicht von einem Faktor ausnützen lassen.“<sup>14</sup>

Schumachers SPD war strikt antikommunistisch ausgerichtet. Er sprach von „rot lackierten Nazis“, einfach nur von „Russen“ und von der Sowjetunion als einer imperialen Macht.<sup>15</sup> Dies verbat *per se* einen Europabegriff, der Europa als geeigneten Ort definieren sollte, wo der in der Sowjetunion angewendete Sozialismus verbreitet werden sollte. So unterschied er zwischen Europäern und Eurasiern, indem er auf die europäischen Wurzeln der Demokratie hinwies. „Der Geist der klassischen deutschen Philosophie, der englischen und französischen Revolution und der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung“ seien

<sup>11</sup> Damit griff Schumacher im Grunde auf die Argumentationsstrukturen zurück, die in der Geschichtswissenschaft mit der Debatte um den deutschen Sonderweg verknüpft sind. Nicht zufällig erschien nur ein Jahr später Meineckes Werk, das diese Debatte maßgeblich beeinflussen sollte. Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe. Wiesbaden 1946.

<sup>12</sup> In einem Vortrag auf dem Gründungskongress des SDS am 4.9.46 in Stuttgart betonte Schumacher die europäische Dimension der Machtergreifung Hitlers, mit dem nicht nur Deutschland, sondern auch in Westeuropa der „Hochkapitalismus“ zusammengebrochen sei. Schumacher, Reden. S. 463-474. Hier: S. 465. Folglich war der Aufbau des Sozialismus und der Demokratie in Gesamteuropa eine Antwort auf den konstatierten gesamteuropäischen Zusammenbruch.

<sup>13</sup> Siehe Schumacher in seiner Antwort auf die Regierungserklärung Adenauers vom 21.9.1949. In Schumacher, Kurt: Bundestagsreden (hg. von Annemarie Renger). Bonn 1972. S. 1-27. Hier S. 24. ff.

<sup>14</sup> Schumacher, Reden. S. 100. Hier Einleitung von Albrecht. Zu diesen Ausführungen siehe auch den Brief an Hans Vogel im Londoner Exil vom August 1945. Abgedruckt in Schumacher, Reden. S. 242-251. Hier S. 243-244. Demnach beharrte er auf einer „Deutschen Republik als eines nationalen und staatlichen Ganzen [...] Die Reichseinheit ist für uns ebenso sehr klassenpolitisches wie nationalpolitisches Ziel. [...] Eine solche Politik ist die einzige Möglichkeit, die passive Verfaulung des Herzens Europas zu vermeiden und zu verhüten, dass dieses brodelnde Chaos zu einer neuen Weltgefahr wird.“. Doch warnte er vor einem übersteigerten Nationalismus, mit dem vor allem die Jugend missbraucht worden sei. Mit dieser müsse aber vom Ausland aus zusammengearbeitet werden. Siehe: Schumacher, Reden. S. 251-255. Hier: S. 253.

<sup>15</sup> Hofmann, Robert: Geschichte der deutschen Parteien. München 1993. S. 248.

hier vorhanden. Nach Schumacher müsse ein eindeutig westliches Europa eigenständig sein, um den Faschismus zu überwinden und gleichberechtigt zwischen den Blöcken zu stehen. Die Ablehnung eines russischen Einbezugs in einen möglichen Verbund der Vereinigten Staaten von Europa blieb trotz anderslautender beschwichtigender Rhetorik Grundlage der sozialdemokratischen Außenpolitik.<sup>16</sup>

Direkt nach 1945 setzte man in der SPD vor dem Hintergrund, dass der Kalte Krieg noch nicht entfesselt war und der Sieg der Anti-Hitler-Koalition die politische Phantasie noch gewähren ließ, auf Pläne eines Europas mit sozialer Ausrichtung zwischen den beiden Blöcken, welches durch Großbritannien geführt werden sollte.<sup>17</sup> Die Politik der *Labour*-Regierung, die wichtige Wirtschaftszweige verstaatlichte und damit den gewünschten Weg der deutschen Sozialdemokratie ging, behinderte aber in den späten 40er Jahren ein weitergehendes Engagement Großbritanniens in Europa, zumal sie in einem integrierten Europa fürchtete, ihre Wirtschaftspolitik stärker abstimmen zu müssen.<sup>18</sup> Deren dort begonnene Politik der Vergesellschaftung wichtiger Basisindustrien war auch für die britische Besatzungszone vorgesehen und kam den deutschen Sozialdemokraten entgegen, wurde aber aus unterschiedlichen Gründen nicht verwirklicht.<sup>19</sup> Deutschland- und europapolitische Vorstellungen hingen in dem gesamten Behandlungszeitraum eng zusammen. Für Schumacher war die deutsche Frage zugleich eine europäische Frage. Deutschland müsse gleichberechtigt sein und, als Fernziel, in den Vereinigten Staaten von Europa aufgehen.<sup>20</sup> Wiedervereinigung, Gleichberechtigung und die Durchsetzung sozialistischer Strukturen bedurften nach Schumacher der europäischen Dimension. Sie konnten nur durch eine friedliche internationale Kooperation erreicht werden. Dabei ließ sich Schumacher von klassischen Gleichgewichtsvorstellungen leiten, die auf dem Kontinent herrschen müssten.<sup>21</sup>

Ein weiteres geradezu typisches Argument Schumachers, das sich aber auch bei fast allen Rednern jeder politischen Einstellung finden ließ, war die Forderung nach einer Kooperation im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Dieses zuerst abstrakt formulierte Ziel sollte sich dann jedoch als problematisch erweisen, denn Souveränitätsabtretungen stand Schuma-

---

<sup>16</sup>Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 42 f. Hier ist die Rede, dass von der SPD eine Brückenfunktion Europas nicht angestrebt worden sei. Es finden sich zu dieser Einstellung widersprüchliche Aussagen.

<sup>17</sup>Siehe hierzu Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 46 f.

<sup>18</sup>Vergleiche Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. S. 117-118. Zum Wunsch Großbritanniens in Europa stärker einzubinden siehe Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 41.

<sup>19</sup>Siehe hierzu Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. S. 140-145. Die SPD hegte zu Beginn große Hoffnungen, durch die *Labour*-Regierung Vorteile zumindest in der britischen Besatzungszone zu haben und unterstützt zu werden. Doch blieb zum Beispiel ein Memorandum des Exilvorstandes vom 6.8.1945 bei der *Labour Party* ohne erkennbare Wirkung. Vgl. Steininger, Sozialistische Internationale. S. 61. Vor allem Anmerkung 244. Die *Labour Party* wollte keineswegs ihren Sozialismus nach Deutschland exportieren und betrachtete dieses vornehmlich unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten. Für die Durchsetzung einer Sozialisierung wichtiger Industriezweige aus Sicherheitsgründen brauchte sie bald auch die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Ferner hätte eine einseitige Bevormundung der SPD auch nicht dem eigenen demokratischen Ideal entsprochen. Ebd. S. 61 f. Zur Einstellung der westlichen sozialistischen Parteien zur SPD direkt nach dem Krieg siehe ebd. S. 60-74.

<sup>20</sup>Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. S. 116.

<sup>21</sup>Siehe Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 32-35. Schumacher bei einem Vortrag auf der Konferenz von Wennigsen und in weiteren Reden des Jahres 1945. Zur problematischen Situation der Veranstaltungsmodalitäten der Konferenz von Wennigsen, die durch die britische Besatzungsmacht erlassen wurden, siehe Albrecht, Einleitung. S. 96 ff.

cher sehr reserviert gegenüber.<sup>22</sup> Man verzichte nur auf Souveränitätsrechte, wenn dies auch die anderen Staaten täten.<sup>23</sup> Dieser Gleichberechtigungsvorbehalt sollte im gesamten Betrachtungszeitraum schwer wiegen. Die Frage der Abgabe von Souveränitätsrechten stand stets im Spannungsfeld zwischen internationalem Anspruch einerseits und nationaler Repräsentation und Forderungen nach deutscher Gleichberechtigung, die ein einiges Deutschland implizierte, andererseits. Je nach Situation konnten die Aussagen mal in die eine, mal in die andere Richtung erfolgen. Dabei blieb die Diskussion über die Abgabe von Souveränitätsrechten bis zum Beginn der Verhandlungen für einen deutschen Teilstaat bei allen Parteien abstrakt und ohne jede Verhandlungsgrundlage.

Die Prämisse Schumachers, sich an keine Besatzungsmacht endgültig binden zu wollen, bildete zusammen mit der Einschätzung, dass Deutschland alleine keine international bedeutende Rolle mehr spielen würde, die Grundlage für Schumachers Vorstellungen eines „Europa als dritte Kraft“. Diese dritte Kraft wendete sich einerseits gegen einen „antirussischen Westblock“ und andererseits gegen die Sowjetunion selbst.<sup>24</sup> Diese Einschätzung war grundlegend für die Europapolitik Schumachers bis 1947. Daneben musste ganz Deutschland berücksichtigt werden:

„Träger der staatlichen Souveränität, soweit eine solche in den notwendigerweise Vereinigten Staaten von Europa noch möglich und nötig sind, kann nur das geeinigte Gesamtvolk sein. [...] Europa ist politisch, ökonomisch und sozial eine Einheit. Diese Einheit kann aber nur in einer Zusammenarbeit von Völkern sich auf die Dauer durchsetzen, wenn alle Völker den internationalen Notwendigkeiten Konzessionen machen. Falsch und entwicklungsfeindlich ist jede Parole, welche die Internationalisierung einzelner Teile Deutschlands fördert. Europa muss internationalisiert werden! Aber Deutschland muss auch sozialisiert werden.“<sup>25</sup> Deutlich wird an diesem Satz ebenfalls die Übertragung völkerrechtlicher Vorstellungen, wonach Staatsvolk, Territorium und Staatsgewalt die Grundlagen für einen Staat bildeten, auf die europäische Ebene. Der Jurist Schumacher konnte sich diesen Schemata nicht entziehen.

Diese wurden auf dem folgenden Parteitag im Mai 1946 in Hannover näher präzisiert, denn der Begriff der dritten Kraft bezog sich nicht nur machtpolitisch auf die Etablierung eines Blockes zwischen den beiden sich herausbildenden Supermächten. Die Idee bezog sich auch auf die soziale und politische Struktur des zu schaffenden Europa, das ein sozialistisches Gesamteuropa sein sollte, zumal er einen Konnex zwischen Demokratie und Sozialismus als aus den Ideen von 1789 betonte. Nur ein wiedervereinigtes Deutschland könne Teil der Vereinigten Staaten von Europa werden, denn nur dieses sei legitimiert, wie in seinem Referat für den Parteitag unter dem Titel „Aufgaben und Ziele der deutschen Sozial-

---

<sup>22</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 35. Hier ist von Überlegungen Andreas Gayks die Rede, der sich gar ein föderatives Europa in naher Zukunft vorstellen konnte. Das Angebot käme zu früh, um diskutiert zu werden, entgegnete Kriedemann, ein Mitarbeiter Schumachers. Dieser würde nur eine Internationalisierung im großen Stil in ganz Europa akzeptieren.

<sup>23</sup> Äußerungen Schumachers in Berlin vom Juli 46. Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 40.

<sup>24</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 35-36.

<sup>25</sup> Artikel Schumachers vom März 46 in der Neuen Zeitung. Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 37. Zum folgenden Abschnitt: Ebd. 37 ff.



demokratie“ hervorhob. Hier hieß dann ein Unterkapitel in der später veröffentlichten Broschüre „Ganz Europa soll internationalisiert werden“.<sup>26</sup>

Während die geographische Gestalt des Fernziels unklar blieb, war dessen föderale Grundstruktur deutlicher. So bezeichnete Schumacher das neue Land Niedersachsen als einen Baustein für das neu zu schaffende Europa, wobei sich diese Forderung mit den Verhandlungen in dem Parlamentarischen Rat verbinden sollte, in denen die SPD die Stärkung der Bundesebene forderte und dies auch mit dem Argument der europäischen Einbindung untermauerte.<sup>27</sup>

Neben der offiziellen Parteilinie forderten auch der noch recht unbekannte Fritz Erler Ende 1946 ein geeintes Europa. Einerseits zur Überwindung der bisher so tragischen Geschichte Europas, wobei Churchill ausnahmsweise Recht habe; andererseits für die wirtschaftliche Entwicklung, wobei er auf die nationalstaatliche Entwicklung in Deutschland im 19. Jahrhundert als Beispiel rekurrierte. Damit griff er ein typisches, parteiübergreifendes Argument auf, nämlich die nationalstaatliche Einigung des 19. Jahrhunderts als modifizierte Blaupause für die europäische Einigung des 20. Jahrhunderts zu sehen. Die Grenzen in Europa waren demnach ein Anachronismus. Gleichzeitig seien die Westmächte ein Garant dafür, dass Deutschland auch weiterhin als Ganzes gesehen werde.<sup>28</sup> Erler stemmte sich 1947 gegen den zuspitzenden Ost-West-Konflikt und sprach sich für eine vermittelnde Position Deutschlands zwischen den beiden „Blöcken“ in einem aufzubauenden Europa aus.<sup>29</sup>

In Erlers Artikel fanden sich Ansätze für eine „Westverschiebung“ des Europabegriffs, der durch die langsame Zuspitzung zum Kalten Krieg erforderlich wurde. Der SPD-Vorstand stellte die zunehmende Entfremdung der Siegermächte fest und warnte vor einer Blockbildung. Aus deutschlandpolitischen Gründen konnte er die deutsche Nachkriegspolitik und damit die SPD eine Spaltung Europas nicht akzeptieren, musste es aber. Eine erste Reaktion war die Forderung, dass Europa stark genug zwischen den beiden Blöcken sein müsse. Dies machte Schumacher am 1. Juni in einer Rede am Frankfurter Römerberg deutlich:

---

<sup>26</sup> Der komplette Text ist abgedruckt in Schumacher, Bundestagsreden. S. 105-134. Leicht gekürzt, dafür jedoch mit Zwischenüberschriften versehen, in Schumacher, Reden. S. 387-418. Ähnlich argumentierte Erler in seiner Schrift „Sozialismus als Gegenwartsaufgabe“, in der von Deutschland als einem Bindeglied zwischen Ost und West die Rede ist. „Ein Bindeglied, das ausgleicht, versöhnt, den Weg zum Sozialismus mutig beschreitet und damit auch dem Westen ein Beispiel gibt, wessen sozialen Fortschritts eine wirkliche Demokratie ist.“ Zitat und Ausführungen siehe bei Soell, Erler. S. 85. Dabei erging auch die Forderung nach einer deutsch-französischen Freundschaft, so dass ein sozialistisches Frankreich zusammen mit dem gesamten sozialistischen Deutschland den Neubau Europas zwischen Ost und West gestalten könne. Siehe Soell, Erler. S. 87

<sup>27</sup> Zitiert nach Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 39-40.

<sup>28</sup> AdsD. Nachlass Fritz Erler. 5 A.

<sup>29</sup> Erler, Fritz: Sozialismus als Gegenwartsaufgabe. Schwenningen 1947. Hier schreibt er in dem Kapitel „Westen und Osten“ von einer „geschäftigen Propaganda“, die von einem Zerwürfnis zwischen West und Ost spreche und wonach sich Deutschland eindeutig zum Westen zählen müsse. Nach den beiden Kriegen müsse ein dritter Krieg vermieden werden, weshalb er forderte: „Heraus aus jedem Block!“ Stattdessen müsse man ein Bindeglied sein, „das ausgleicht, versöhnt, den Weg zum Sozialismus mutig beschreitet und damit auch dem Westen ein Beispiel gibt, wessen sozialen Fortschritts eine wirkliche Demokratie fähig ist.“ Damit wolle man beitragen „zum Neuaufbau des blutenden Europas“. Ebd. S. 45 f.

„Europa wird entweder eine gemeinsame ökonomische und politische Grundlinie seiner Entwicklung finden, oder es wird zwischen zwei großen Mühlsteinen zerrieben werden. [...] Und es steht bei den Russen, zu erkennen, dass Europa demokratisch sein muss, wenn es europäisch sein will; und es steht bei den Vereinigten Staaten, zu erkennen, dass Europa sozialistisch sein muss, wenn es nicht der Diktatur unterliegen will.“

Deutschland verbinde mehr mit den Westmächten als mit der Sowjetunion. Er fuhr mit der Vision fort, dass ein freies Europa zwischen den Blöcken der Kern einer neuen, modernen Zivilisation sein könnte. Hier wird eine Veränderung im Europabild Schumachers deutlich: Während es noch im Januar 1947 Russland nicht ganz aus dem europäischen Kulturkreis ausschließen wollte, so war nun sein Europabild allein westlichen Werten verpflichtet und selbst osteuropäische Staaten schienen durch die kommunistische Herrschaft für ihn nicht mehr in der Lage zu sein, diesem Europa anzugehören.<sup>30</sup> Gerade hier wird aber auch die Inkonsistenz des Bildes deutlich, was mit der Umbruchsituation von 1947 erklärt werden kann.

Die Idee eines Europas einer dritten Kraft trat mit dem aufkommenden Kalten Krieg in den Hintergrund und wurde immer stärker an den Rand gedrängt.<sup>31</sup> Die Akzeptanz der Konfrontation wurde durch den Marshallplan befördert. Schumacher führte auf dem Nürnberger Parteitag Ende Juni 1947 aus, dass der Versuch der ökonomischen Gesundung Europas durch die Vereinigten Staaten zu begrüßen sei. Europa müsse konkret werden und daher begrüßte Schumacher den amerikanischen Ansatz, die europäischen Mächte zu einer stärkeren Kooperation zu zwingen. Dies sei auch für die Aussöhnung mit Frankreich von besonderer Bedeutung. Europa müsse dabei selbständig agieren können, ohne sich jedoch abzuschotten. Das Abendland lebe noch und damit Sozialismus und Demokratie, denn die amerikanischen Pläne würden keineswegs eine kapitalistische Ordnung präjudizieren. Vor allem aber wandte er sich gegen den „totalitaristischen Kommunismus“.<sup>32</sup> Damit definierte Schumacher seinen Abendlandbegriff mit demokratischen und sozialistischen Werten. Ein entscheidender Unterschied zu den Abendländern, wobei beide Gruppen den Begriff stärker in Abgrenzung nach Osten, aber auch nach Westen benutzten.<sup>33</sup> Dennoch blieb auch beim

<sup>30</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 71-73. Schumachers Zitat bei Schumacher, Bundestagereden. Im Anhang „Reden vor 1949“, S. 135-148. Ebenso Scholz, Arno, Oschilewski, Walter (Hg.): Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher. Berlin 1953-56. 2. Band. S. 425 ff.

<sup>31</sup> Zur Terminologie Kalter Krieg und Ost-West-Konflikt siehe die Ausführungen von Stöver, in: Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg. München 2007. S. 11 ff.

<sup>32</sup> Das Grundsatzreferat Schumachers auf dem Nürnberger Parteitag unter dem Titel „Deutschland und Europa“ ist abgedruckt in Schumacher, Reden. S. 486-517. Hier: S. 487-491. Zu den Argumenten gegen den „totalitaristischen Kommunismus“: Ebd. S. 511.

<sup>33</sup> Der Abendlandbegriff war keineswegs rein konservativ belegt, obwohl er von dieser politischen Richtung am stärksten vereinnahmt wurde. Er konnte somit auch als übergreifender Begriff aufgefasst werden. Siehe Schildt, zwischen Abendland und Amerika. S. 23 ff. Als „Abendländer“ fasst man den Personenkreis auf, in dem sich die Mitglieder und Sympathisanten der Zeitschrift „Neues Abendland“ sowie der „Abendländischen Aktion“ und der „Abendländischen Akademie“ versammelten. Dieser war vor allem durch katholische Provenienz geprägt und vertrat ständestaatliche Modelle. Seine Hochzeit erlangte die Bewegung in den frühen 50er Jahren. Siehe hierzu Schildt, zwischen Abendland und Amerika. S. 24-62. Vanessa Conze stellt in ihrer Studie den Europabegriff der Abendländer dem Begriff der Europa-Union gegenüber. In: Conze, Das Europa der Deutschen. Schumachers Abendlandbegriff wird nicht zuletzt am Schluss der Rede deutlich, als er anführte, dass „das Europa der französischen Revolution noch lange nicht tot [sei], sondern etwas Neues hinzutritt, das was Karl Marx einmal den „realen Humanismus“ genannt hat.“ Schumacher, Reden. S. 517.

Marshallplan ein deutschlandpolitischer Vorbehalt, trotz des Lobes für das Angebot der Erweiterung um osteuropäische Staaten. Neben wirtschaftlichen Argumenten betonte Schumacher strukturelle Argumente, wonach ein demokratisches Europa und ein demokratisches Deutschland sich gegenseitig bedingen würden.<sup>34</sup>

Nach der Absage der Sowjetunion zur Teilnahme der Staaten des „Ostblocks“ wurden allerdings auch innerhalb der SPD Stimmen laut, die die teilende Wirkung des Marshallplanes kritisierten. Darüber hinaus wurde betont, dass Reparationen und Demontagen nicht mit dem „europäischen Gedanken“ in Einklang gebracht werden könnten.<sup>35</sup> Europäische Eigenständigkeit in Anlehnung an die USA sollte nun das Motto sein, das die Forderung nach einem sozialistischen und demokratischen Europa zur Überwindung der Folgen des Nationalsozialismus und des Krieges erschweren musste, wobei die Lage durch die Realität der Besatzung und die sich entwickelnde deutsche Teilung noch komplizierter wurde. Dem Marshallplan wurde dabei von sozialdemokratischer Seite die Fähigkeit zugewiesen, die europäische Einigung voranzubringen, wobei Schumacher die Bedeutung für die deutsch-französische Aussöhnung hervorhob. Die sozialistische Internationale beschäftigte sich im März 1948 in London mit dem Marshallplan und begrüßte diesen als Ansatzpunkt für die Einigung (West) Europas.<sup>36</sup> Europa erschien als ein Kontinent *sui generis*, nicht als dritte Kraft im klassischen Sinne, sondern als der Kontinent, der maßgeblich von den Sozialdemokraten geprägt sei und Entwicklungsmöglichkeiten für eine neue Gesellschaftsordnung biete.<sup>37</sup> Dabei beraubte sich aber die SPD durch ihr Fernbleiben von der Konferenz in den Haag der Europäischen Bewegung ihrer Gestaltungsmacht, arbeitete allerdings bei der Durchführung der Bestimmungen zum Marshallplan im deutschen Wirtschaftsrat mit und ging im Zuge der Magnettheorie von einer positiven Wirkung für die deutsche Einheit aus.<sup>38</sup>

Für Schumacher war die Frage des Gleichgewichts auf zwei Ebenen angesiedelt: Einmal auf europäischer Ebene, auf der Deutschland gleichberechtigt mitwirken sollte, und einmal auf der globalen Ebene, die durch die beiden Weltmächte USA und Sowjetunion geprägt wurde, der eine dritte Kraft, Europa mit Großbritannien als Führungsmacht, hinzugefügt

---

<sup>34</sup> Schumacher, Reden. S. 491-496, sowie S. 499 ff. Ausdruck der unsicheren Haltung, ob der Marshallplan angenommen werden sollte, waren die Vorschläge Carlo Schmid, der den deutschen und europäischen Weg temporär voneinander trennen wollte. Demnach sollten sich die den Marshall-Plan ablehnenden Staaten zusammenschließen und vermittelnd wirken. Anschließend sollte sich um diesen Gravitationskörper ein vereintes Europa konstituieren, dem dann Deutschland beitreten könnte. Siehe Loth, Wilfried: "Die Europa-Diskussion in den deutschen Besatzungszonen", in: Loth, Wilfried (Hg.): Die Anfänge der Europäischen Integration 1945-1950. Bonn 1990. S. 103-128. Hier: S. 113 f.

<sup>35</sup> Zur Interpretation siehe Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 74 ff. Schumacher spricht in seiner Rede vor SPD-Parteitag 1948 in Düsseldorf gar von einer Verleugnung des Marshallplans durch die Politik der Demontage. In: Schumacher, Reden. S. 604. Der CDU warf er Doppelzüngigkeit vor. Der linke Flügel sei immer nur im Kampf gegen die SPD stark gewesen und kaschiere nur die kapitalistische Politik der CDU. „Man kann „Retter des Abendlandes“ nicht im Kampf gegen die SPD werden.“ S. 606-607.

<sup>36</sup> Siehe Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 77-81. Ebenso Steininger, Sozialistische Internationale. S. 93.

<sup>37</sup> Siehe Schumachers Rede auf dem Parteitag 1948. Siehe Schumacher, Reden. S. 606 f. „Sozialismus ist der Inhalt eines politischen Lebens in einem demokratischen Europa.“ Ebd. S. 607.

<sup>38</sup> Ebd. Siehe auch Loth, Wilfried: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas. Stuttgart 1977. S. 241-263. Die Magnettheorie Schumachers ging davon aus, durch eine demokratische Entwicklung den Westen so attraktiv zu machen, dass die ostdeutschen Gebiete automatisch sich zum Westen hingezogen fühlten und somit die Einheit hergestellt werden könnte.

werden sollte. Was Deutschland betraf, so führten die politischen Entwicklungen sukzessive zu einer Korrektur der Einschätzung einer gesamten westeuropäischen Integration, in der ein provisorischer Weststaat, der auf einer Vorstandssitzung am 15. November 1947 als „eine Reaktion auf eine Aktion des Ostens“ bezeichnet wurde, mitarbeiten sollte.<sup>39</sup> Dies sollte nicht zuletzt zu einer Modernisierung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft beitragen<sup>40</sup> und wurde mit der Kritik an einer ständestaatlichen Ordnung, die die CDU schaffen wolle, verbunden. Sie biete als Vertreter überholter kapitalistischer Strukturen dem Osten Angriffsfläche und legitimiere damit deren Versuche, ihren „Staatskapitalismus“ als sozialistisch zu verkaufen.<sup>41</sup>

#### Parteienkooperation und Europäische Bewegungen

Neben der Debatte in Deutschland selbst versuchte die SPD auch wieder international Kontakt mit den sozialistischen Schwesterparteien aufzunehmen. Vor der Versammlung sozialistischer Parteien in Zürich am 8.6.1947, der COMISCO (*Committee of the International Socialist Conference*, Vorläufer der 1951 wiedergegründeten Sozialistischen Internationalen, P.B.), argumentierte Schumacher für eine Aufnahme der SPD. Dabei beschwor er die Notwendigkeit europäischer Lösungen vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und einer notwendigen deutschen Hinwendung zum Sozialismus und zur Demokratie, welche „in der europäischen Kultur unlösbar verbunden“ seien.<sup>42</sup> Das aktuelle Spiel der Diplomatie, der Politik des Stärkeren über den Schwächeren, müsse überwunden werden: „Die USA müssen wissen, dass der Kontinent als ökonomisches Ganzes bloß in der Form eines demokratisch kontrollierten Sozialismus existieren kann. Und die Russen müssen begreifen, dass Europa demokratisch sein muss.“<sup>43</sup>

Die SPD orientierte sich an der Politik der anderen sozialdemokratischen Parteien Europas, wobei die skandinavischen Parteien besonders stark rezipiert wurden.<sup>44</sup> Die Aufnahme der SPD wurde auf dem Kongress in Zürich 1947 noch abgelehnt, was an der Ablehnung

<sup>39</sup> Rogosch, *Vorstellungen von Europa*. S. 81 ff.

<sup>40</sup> So Schumacher in einer Rede in Stuttgart im Dezember 1947. Rogosch, *Vorstellungen von Europa*. S. 83-84.

<sup>41</sup> So Schumachers Vorwurf in einem Bericht für den „Sozialdemokratischen Pressedienst“ am 25.7.1947 anlässlich der Besetzung der fünf Direktorenposten im bizonalen Wirtschaftsrat durch die CDU. In: Schumacher, *Reden*. S. 571-574. Hier: S. 574. Während im übrigen Europa demokratische Versuche gestartet würden, versuche man sich in Deutschland am „Naturschutzpark eines überholten Kapitalismus“. Diese Kritik verband Schumacher zuvor schon mit dem Vorwurf, dass die CDU und vor allem der Kölner Kardinal Frings ähnlich wie in „Italien, Spanien, Portugal“ eine „berufsständische Ordnung“ mit „antidemokratischen Charakter“ schaffen wolle. Ebd. S. 573. Zum SPD-Pressedienst siehe Sommer, Antje: *Vom Pressedienst zur Pressemitteilung. Der Wandel der politischen Kommunikation von Partei und Bundestagsfraktion der SPD (1946-1995)*, in: v. Mengersen, Oliver u.a. (Hg.): *Personen, Soziale Bewegungen, Parteien*. Festschrift für Hartmut Soell. Heidelberg 2004. S. 377-405. Sommer bestätigt hier den hohen Quellenwert des Pressedienstes aber auch des DUD, da diese versuchten, hochgradig aktuell politische Entwicklungen zu kommentieren und zu bewerten. Ebd. S. 393-395.

<sup>42</sup> In: Schumacher, *Reden*. S. 547-559. Hier: S. 548 und S. 551. Zur Konferenz in Zürich: Steininger, *Sozialistische Internationale*. S. 74 ff.

<sup>43</sup> Schumacher, *Reden*. S. 547-559. Hier: S. 553-554.

<sup>44</sup> Siehe hierzu den „Ein Manifest der Arbeiterparteien Nordeuropas“ in: AdsD. *Korrespondenz Wehner im Bestand Bundestagsfraktion 1949-1953*. Signatur 3.

durch die osteuropäischen Parteien, die unter dem Einfluss der Sowjetunion standen, lag. Diese verhinderten zusammen mit der Vertretung Palästinas die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit.<sup>45</sup> Stattdessen wurde ein Komitee gegründet, das den Beitritt der SPD untersuchen sollte.<sup>46</sup> Der Einbezug der SPD in die COMISCO gelang Ende 1947 auf der Konferenz in Antwerpen.<sup>47</sup> Die internationalen Kontakte der sozialistischen Parteien vermochten jedoch nicht zu einer abgestimmten europäischen Politik der unterschiedlichen nationalen sozialistischen Parteien zu führen, was sich schon in der Beratung innerhalb des *Socialist Office* bezüglich der OEEC zeigte. Auch konnte die sozialistische Europabewegung MSEUE nicht alle sozialistischen Politiker hinter sich versammeln, zumal sich diese für eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Europabewegungen entschied, während sich die SPD der *Labour Party* anschloss und der Konferenz in den Haag 1948 fern blieb.<sup>48</sup> In den Folgejahren nahmen Mitglieder der SPD an Veranstaltungen der Europäischen Bewegung teil, ohne diese jedoch maßgeblich zu beeinflussen.<sup>49</sup>

Mit der Aufnahme der SPD in die COMISCO wurde diese eine Möglichkeit, mittels derer die SPD ihre Politik verfolgte. So stand im Frühjahr 1948 die Ruhrfrage im Mittelpunkt der Diskussionen. Frankreich wünschte eine Herauslösung der „Waffenschmiede“ aus Deutschland und forderte dies auf der Londoner Außenministerkonferenz, wogegen vor allem Großbritannien intervenierte. Die Teilnahme der drei Westzonen am ERP, dem *European Recovery Program*, besser bekannt als Marshallplan, verlangte jedoch eine schnelle Lösung. Auf der internationalen Sozialistenkonferenz in Paris vom 24. und 25. April 1948 wurde eine Resolution auf der Basis französischer Vorschläge diskutiert, die eine Soziali-

---

<sup>45</sup> Siehe Merseburger, Schumacher. S. 359 ff.

<sup>46</sup> Steininger, Sozialistische Internationale. S. 83 f.

<sup>47</sup> Siehe auch den Bericht des Vorsitzenden der COMISCO, Brouckère, von dem Vortrag Schumachers vom 17.8.47, in: AdsD. SPD-Parteivorstand. Abteilung Internationale Beziehungen 2/PVBT0000001. Zu den Bemühungen der Gründung einer Internationalen nach dem Zweiten Weltkrieg und der Gründung der COMISCO sowie vorausgehend der Gründung eines Verbindungsbüros in London siehe Steininger, Sozialistische Internationale. S. 40-59.

<sup>48</sup> Siehe Hiepel, „Europa gehört keiner Partei. S. 281. Die MSEUE (=Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa) ist im November 1948 aus der Bewegung für die Sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa hervorgegangen. Die Europadebatte wurde bei den Sozialisten maßgeblich von der SFIO und freien Abgeordneten der *Labour Party* getragen. Waren bis 47/48 hier noch Vorstellung einer dritten Kraft stark verbreitet gewesen, wandelte sich dies durch die zunehmende internationale Zuspitzung und der Ablehnung einer europäischen supranationalen Organisation durch die britischen Teilnehmer. Nun wurde als erstes Ziel die europäische Einigung vor der Verwirklichung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung angesehen. Somit trat die neue MSEUE der Europäischen Bewegung bei und wurde ebenfalls Befürworter bei der Gründung des Europarates. Siehe Donno, Saragat la socialdemocrazia. S. 291-293. Zur Auseinandersetzung innerhalb der sozialistischen Parteien bezüglich einer europäischen Einigung: Steininger, Sozialistische Internationale. S. 135-152. Einen Überblick der Aktivitäten der Europäischen Bewegungen unterschiedlicher *Coleur* bieten die Aufsätze von Alan Hick, Heribert Gisch und Wilfried Loth in: Loth, Wilfried (Hg.): Die Anfänge der europäischen Integration 1945-1950. Bonn 1990. S. 189 ff.

<sup>49</sup> An der Konferenz von Interlaken nahm von Seiten des Frankfurter Wirtschaftsrates nur eine Person von der Union teil. SPD und CDU konnten sich anscheinend auf keinen gemeinsamen Vertreter einigen. Die SPD sandte Erich Altwein mit einem Ausweis des Frankfurter Büros der Europa-Union nach Interlaken. Er wurde dort aber von „Madame Coudenhove-Kalergi“ abgewiesen, da der Wirtschaftsrat nicht berechtigt sei. In: Stamm, Christoph: Die SPD-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat 1947-1949. Bonn 1993 (= 13. Beiheft des Archivs für Sozialgeschichte). S. 173, Anmerkung 2.

sierung der Schlüsselindustrien auf internationaler Basis vorsah, wobei das Ruhrgebiet politisch bei Deutschland verbleiben sollte. Diesen Vorschlag lehnte die Delegation der SPD ab, womit das Thema auf die nächste Konferenz in Wien vertagt wurde, für das man neue Vorschläge erarbeitete. Sie forderten das Eigentumsrecht des deutschen Volkes an der Ruhr, die Einbindung des Ruhrgebietes in eine internationale europäische Wirtschaft und eine internationale Kontrolle zur Verhinderung einer deutschen Aufrüstung. Das Ruhrgebiet sei ein integraler Bestandteil Deutschlands. Eine einseitige Internationalisierung der deutschen Gebiete stünde mit dieser deutschen Vorleistung einer späteren Internationalisierung anderer westeuropäischer Gebiete entgegen und verhindere somit eine zukünftige europäische Einigung. Statt ein sozialistisches Europa zu schaffen, würden die Vorschläge auf eine internationale Kontrolle Deutschlands hinzielen. Deutschland könne aber nicht in Vorleistung treten, denn dies würde den Kommunisten und Nationalisten helfen und die SPD und damit die Demokratie selbst unnötig belasten. Ferner war das Ruhrgebiet das einzig verbliebene Gebiet mit Rohstoffen, nach dem Abtreten Schlesiens, den Gebieten in der sowjetisch besetzten Zone und dem Saarland.<sup>50</sup> „Die SPD bejahte die internationale Sozialisierung, so wie sie sie verstand, als ein großes europäisches Ziel, warnte aber vor einer Internationalisierung im Sinne eines bloßen Macht- und Gewinndenken, die sie als seine schwerste Gefährdung und stärkste Bedrohung des Sozialismus ablehnte.“<sup>51</sup> Ollenhauer betonte bei der Konferenz in Wien, dass die SPD der Träger der europäischen Idee in Deutschland sei. Bei der Konferenz konnte sich die SPD durchsetzen. Die Konferenz beschloss, dass das Ruhrgebiet nicht mehr internationalisiert werden, sondern eine internationale Kommission zur Kontrolle eingesetzt werden sollte.<sup>52</sup> Dies geschah vor allem vor dem Hintergrund der Londoner Konferenz, auf der die Weichen für einen deutschen Weststaat gestellt wurden.<sup>53</sup> Die SPD lehnte ihren Einbezug in eine von Adenauer geforderte „nationale Protestbewegung“ gegen diese Beschlüsse ab, wobei Adenauer mit einem stark nationalistisch geprägten Artikel in der „Welt“ über das Ziel hinausgeschossen war und bei den Alliierten großes Misstrauen erregt hatte.<sup>54</sup> Die SPD nahm hingegen die Beschlüsse im Zuge der Schlussresolution der COMISCO positiv zur Kenntnis und beurteilte diese als einen „ersten praktischen Schritt in Richtung auf ein vereinigtes Europa“. Nachdem jedoch der genaue Wortlaut bekannt wurde, wurde die SPD zurückhaltender, bejahte den Text nur noch teilweise, sah ihn aber als Provisorium auf dem Weg hin zu einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland an.<sup>55</sup>

---

<sup>50</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 88-89. Steininger, Sozialistische Internationale. S. 106 ff.

<sup>51</sup> So Steininger, Sozialistische Internationale. S. 109.

<sup>52</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 90.

<sup>53</sup> Zu den Zusammenhängen siehe Steininger, Sozialistische Internationale. S. 109 ff.

<sup>54</sup> Benz, Wolfgang: "Kurt Schumachers Europa-Konzeption", in: Herbst, Ludolf u.a. (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt. München 1990. S. 47-61. Hier S. 50 f.

<sup>55</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 91.

## Entwicklung zur Staatlichkeit – die SPD, Europa und die Gründung des westlichen Staates

Die Vorstellung von der Einbindung eines deutschen Staates in einen europäischen Staat schlug sich auch in den Verhandlungen zur Gründung der Bundesrepublik im Parlamentarischen Rat nieder. Die SPD wollte dabei dafür sorgen, dass Deutschland nicht der Hort alter Ideen werde und eine effektive Verwaltung bekäme. Daher wies man einen „exzessiven“ Föderalismus zurück.<sup>56</sup> Das Ziel einer europäischen Zusammenarbeit wurde von der SPD begrüßt.<sup>57</sup> Dies konkretisierte sich mit dem Düsseldorfer Parteitag vom September 1948. Im Entwurf des Parteitags war von der Möglichkeit des Abtritts von Souveränitätsrechten an zwischenstaatliche Einrichtungen die Rede, die der Sicherung des Friedens dienen und auf Gegenseitigkeit beruhen sollten, wobei der Begriff des Europäischen Staatenbundes von den Richtlinien des Jahres 1947 nicht übernommen wurde. Ollenhauer betonte schon in seiner Eröffnungsrede die Möglichkeit einer europäischen Integration mittels wirtschaftlicher Kooperation und einmal mehr wurde in Schumachers Rede eine einseitige Internationalisierung verurteilt, ein Europa aufbauend auf einem gemeinsamem inneren Markt aber begrüßt und die Sogwirkung eines prosperierenden und sozialen Westeuropa auf die osteuropäischen Staaten beschworen.<sup>58</sup> Junge Delegierte wie Willy Brandt forderten die Partei zu praktischen Vorschlägen zur Entwicklung eines Weges nach Europa, jenseits des Paneuropagedankens, auf. Den konkreten Maßnahmen müsse man „das funktionelle Arbeitsprinzip zugrunde legen, auf allen Gebieten, wo gemeinsame Aufgaben zu lösen sind, die dafür notwendigen Organe schaffen, um daraus eine lebendige Gemeinschaft erwachsen zu lassen!“ Dennoch warnte vor allem Willi Eichler vor einem Stahlkartell. Das Schlusswort Ollenhauers und die in den Europafragen allgemein gehaltene Resolution teilten einerseits Brandts Ansichten und wiederholten die Bedingungen: Die Gleichberechtigung Deutschlands, ein soziales und demokratisches Europa, ein Verbund freier Völker, der nicht als bloßer „Anti-block“ angelegt sein dürfe.<sup>59</sup>

Beim Ruhrstatut zeigte sich dann jedoch der Spagat, den die deutsche Politik und die SPD vollführen mussten: Einerseits sollte die volle Souveränität mit der Gleichberechtigung

---

<sup>56</sup> So schlossen führende Gremien der SPD auf einer Sitzung in Kassel vom 18.2.1948, dass aufgrund der zentralen Verfassung der anderen Marshallplan-Länder sich Deutschland keinen „übertriebenen Föderalismus leisten“ könne, sondern seine politische Ausrichtung sich den Erfordernissen des Marshallplans anpassen müsse. „Der Marshall-Plan ist eine Frage der Ökonomie, aber nicht der einer mittelalterlichen geschichtlichen Präntention. Entscheidende Frage: ob die westeuropäischen Länder in Deutschland kooperieren (was uns nicht genügt) oder ob die 16 Marshall-Plan-Länder mit Ländern Europas kooperieren. [...] Im Westen [besteht] die Gefahr einer konservativen, katholischen Föderation kapitalistischer Staaten, aber die Weltgeschichte läßt sich nicht überlisten.“ In: Stamm, Die SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat. S. 93 f.

<sup>57</sup> Siehe die Erklärung der SPD-Fraktion vom 20.4.1948 zur Einsetzung eines Ausschusses des Frankfurter Wirtschaftsrates, der den europäischen Wiederaufbauplan begleiten sollte. Dort heißt es: „Die SPD bekennt sich gleichwohl (da die SPD nicht in die Beratungen einbezogen worden sei, wird „gleichwohl“ benutzt, P.B.) zu der so begonnenen europäischen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe, in der sie einen wesentlichen Schritt zu einem baldigen dauerhaften Frieden sieht. Dabei mitzuwirken hält sie für eine der positivsten Aufgaben deutscher Politik.“ In Stamm, Die SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat. S. 133, insbesondere Anmerkung 14.

<sup>58</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 96-102.

<sup>59</sup> Rogosch weist darauf hin, dass auch Kaisen einen eher pragmatischen Kurs einschlagen wollte. Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 103 f.

für Deutschland und insbesondere seine Arbeiterschaft erreicht werden, andererseits wollte man die Einbindung derselben in einen europäischen Verband mit der Anerkennung einer ökonomischen Buße für die deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs erreichen. Die Gleichberechtigung verbat nach Schumacher die Internationalisierung von Teilen Deutschlands, denn „...ganz Europa muss internationalisiert werden“, „da die Periode der uneingeschränkten Souveränität der Einzelstaaten vorüber“ sei.<sup>60</sup> Hier wurde das nationale Ziel der Vergesellschaftung großer Montanbetriebe auf die internationale Ebene verlagert und mit der Gleichberechtigung verbunden. „Wir wollen nicht den deutschen Kapitalisten gegen einen ausländischen Kapitalisten austauschen, sondern wir wollen die internationalen Regierungen und die internationalen Regierungen daran beteiligt sehen.“<sup>61</sup>

So verurteilte der SPD Vorstand das Ruhrstatut in einer am 28. Dezember 1948 verfassten Erklärung deutlich. Man forderte die Änderung des Statuts und kündigte an, auch weiterhin für die Durchsetzung der Sozialisierung zu kämpfen, da dies nicht nur im deutschen, sondern auch im europäischen Interesse liege – mit der Eingliederung einer deutschen Demokratie in Westeuropa.<sup>62</sup> Das Ruhrstatut konnte mit der nur beratenden deutschen Stimme und den weitgehenden Interventionsbefugnissen der Westmächte aus Sicht der SPD niemals die Grundlage für ein zu schaffendes Europa sein. Dabei kam es innerhalb des SPD-Vorstandes zu Kontroversen zwischen Schumacher und dem Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen, der in der aktuellen politischen Lage den scharfen Ton der Erklärung, aber auch die mangelnde Berücksichtigung der aktuellen politischen Situation durch den SPD Vorstand beklagte. Für Kaisen, der einen stärker pragmatischen Stil verfolgte, war die Politik Schumachers nicht flexibel genug und zu stark an unverrückbaren Prinzipien ausgerichtet.<sup>63</sup> So fand man sich nicht bereit, einen Fragebogen der Internationalen von 1948 mit Fragen zu Sozialisierungen mit seiner Verwaltung und weitergehenden Planungen in den einzelnen Staaten, auszufüllen. Dabei sollten die Fragen dazu dienen, eine detaillierte

---

<sup>60</sup> Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. S. 154-155. Schumacher, Bundestagsreden. S. 123.

<sup>61</sup> Schumacher, Bundestagsreden. S. 124.

<sup>62</sup> Zitiert nach Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. S. 155-156.

<sup>63</sup> Vergleiche hierzu Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 92-96. Siehe zu Kaisen und Schumacher: Müller, Hartmut (Hg.): Begegnungen mit Wilhelm Kaisen. Bremen 1980. S. 161 ff. Kaisen fragte Schumacher nach einem Zeitungsartikel Schumachers, wie er denn den scharfen Ton seiner Äußerungen rechtfertige, „die uns in Gegensatz zu allen Bruderparteien bringen und uns auch in Gegensatz zu allen europäischen Regierungen bringen.“ Mit seinem Vorwurf, der Marshallplan befördere keine europäischen, sondern nur nationale Pläne, missachte er alle Versuche „zur Vereinigung der europäischen Wirtschaft“. Die USA hätten die Einigung Europas maßgeblich gefördert und auf Nachbesserungen der ersten Verhandlungsergebnisse von Paris bestanden. Wenn Schumacher in der Verwaltung aktiv wäre, würde er merken, wie stark die USA konkret auf ein gemeinsames Europa drängen würden. Das Wirtschaftsprogramm werde zu einer „Zusammenfassung der europäischen Grundindustrien“ führen „und politisch gesehen die Vereinigung Europas“ bringen. Mit der „europäischen Union“ würden auch „alte Forderungen“ der SPD erfüllt, die das Ergebnis von „sehr bitteren Erfahrungen zweier Kriege“ seien. Er kritisierte Schumacher, wie dieser verbieten könne, wonach niemand legitimiert sei, für Deutschland Verzicht anzunehmen. Wer legitimiere eigentlich Schumacher, dies auszusprechen? Ferner zwingt er die SPD zum Schweigen, wo doch für Deutschland die historische Chance bestehe, voranzugehen und als Erstes Zugeständnisse zu machen. „Ich bin sehr in Sorge, daß uns diese Erklärung noch viel zu schaffen machen wird und letzten Endes auch in der Erbringung des Beweises, daß es uns ernst ist mit der Wiederaufrichtung Deutschlands im Rahmen Europas.“. Siehe Sommer, Karl-Ludwig: Wilhelm Kaisen. Bonn 2000. S. 149 ff. Zum Statut und dem Versuch der SPD, über die internationalen Beziehungen der SPD auf die *Labour Party* einzuwirken, siehe Steininger, Sozialistische Internationale. S. 116 ff.



Schrift über die Internationalisierung in Europa herausgeben zu können. Der besoldete Parteivorstand Putzrath sollte schreiben, dass es für Deutschland keinen Sinn mache, den Fragebogen zu beantworten, da es hier keine nationalisierten Betriebe gebe und dies erst eine gesamtdeutsche Regierung tun könne. Es habe keinen Sinn, umstrittene Teilplanungen an eine internationale Stelle zu geben.<sup>64</sup>

Ein Streitpunkt innerhalb der zukünftigen Europapolitik entzündete sich zwischen der SPD und CDU an der Frage des Umgangs mit der Saarregion. Schumacher und die SPD lehnten seit dem Krieg Annexionsansprüche Frankreichs an die Saarregion ab, sahen in ihr aber eine wichtige Rolle bei den Reparationen gegenüber Frankreich. So wurde die Vernetzung der Montanindustrie der Saar und Lothringens immer wieder betont. Für das Saarland sei indes nur eine europäische Lösung möglich, bei der die deutsche Einheit als das primäre Ziel sozialdemokratischer Politik angeführt wurde. Die französischen Bestrebungen, die auf eine Eigenständigkeit des Saargebietes ausgerichtet waren, belasteten die sozialdemokratische Kooperationsbereitschaft. Zusammen mit der kritisierten französischen Besatzungspolitik belasteten sie zusehends die Zusammenarbeit mit den französischen Sozialisten,<sup>65</sup> wobei Schumacher der SFIO Mitschuld an den instabilen französischen Verhältnissen gab.<sup>66</sup>

Dies wog umso schwerer, da Schumacher eine klare östliche Bedrohung formulierte und Überlegungen, wonach Deutschland eine Art Brückenfunktion zwischen Ost und West sein könne, nun klar ablehnte. Eine vermittelnde Rolle zwischen den beiden Blöcken sei eine verhängnisvolle Illusion.<sup>67</sup> Standhaftigkeit und Einigkeit des Westens sei gefragt, denn: „Das, was die Kommunisten freundlicherweise Sozialismus des Ostens nennen, gibt es nicht. Für europäische Begriffe handelt es sich um einen extremen autoritären Staatskapitalismus mit Entrechtung der Arbeiter, Terrorisierung des Volkes und Sklavenarmeen im Produktionsprozess. Was aber die Anhänger Moskaus die kapitalistische Demokratie nennen, braucht nicht kapitalistisch zu bleiben, wenn das Volk nicht auf die Lösung von außen wartet, sondern sein Schicksal selbst in die Hand nimmt. Die Entscheidung für den Osten wäre die letzte Entscheidung, die das deutsche Volk noch selbständig fällen könnte. [...] Die europäische Armut, die Geschichte und die politisch-psychologische Entwicklung unseres Kontinents lassen erkennen, dass die Abwehr der vom Osten drohenden Versklavung eine Frage der sozialen und moralischen Kraft der Demokratie auf deutschem Boden ist.“ Dies sei wiederum nur mit einer sozialistischen Wirtschaftsordnung möglich, wofür der Marshallplan eingesetzt werden müsse, um für den Osten eine Magnetwirkung zu entfalten.<sup>68</sup>

So hätten sich die Deutschen eindeutig für den Westen entschieden, wie die Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung während der Berlin-Blockade gezeigt hätten. Weder als Deutscher, Demokrat noch als Sozialist könne man „für den Osten optieren“. „Der Westen“ sei aber tatenlos, die Franzosen seien gar „Westrussen“, mit welchen eine von der SPD gewollte Aussöhnung schwer sein werde. Auch die „Angelsachsen“ hätten an Ansehen in Deutschland eingebüßt und „wenn die Russen nicht so von der Größe und dem Glanz ihres eigenen Vorbildes überzeugt wären“, wären diese eine noch größere Gefahr.

<sup>64</sup> AdsD. SPD-Parteivorstand. Abteilung Internationale Beziehungen 2/PVBT0000001.

<sup>65</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 84 ff.

<sup>66</sup> Benz, Schumachers Europakonzeption. S. 55.

<sup>67</sup> Artikel „Kampfjahr 1949“ von Schumacher im SPD-Pressedienst im Dezember 1948. Abgedruckt in Schumacher, Reden. S. 620-622. Hier S. 620.

<sup>68</sup> Ebd. S. 621 f.

„Sie haben aber bei aller Niedertracht eine Konzeption. Die einzige Konzeption des Westens aber ist primitiver Egoismus. Es gibt noch keine europäische Konzeption. Die formaljuristischen und politischen Gaukeleien helfen nicht über die Tatsachen hinweg, dass es keine europäische Marshallplan-Konzeption gibt, und dass alle europäischen Länder aus dem unerschöpflichen deutschen Topf nehmen. Die Position der Vereinigten Staaten wäre sehr gut, wenn – ja wenn sie nicht den Sieger- und Restaurationsvorstellungen der westlichen Mächte in Europa gar zu sehr folgen würden. Außerdem werden die USA jetzt wieder stärker von dem Odium der Unzuverlässigkeit und Unsicherheit umwittert.“<sup>69</sup>

Statt also einen wahren europäischen Geist zu entwickeln, werde Deutschland ausgenommen, geradezu missbraucht. Antieuropäische und antideutsche Politik deckten sich demnach. Nach Schumacher war also nichts von einer neuen internationalen Ordnung zu sehen, was am Ruhrstatut, deutlich werde. „Das alte Europa ist nicht mehr. Das neue gilt es aufzubauen. Jede entscheidende Maßnahme zur Errichtung dieses neuen Europa muss darum vom Willen zur Neuordnung getragen sein. Die Restauration der Kräfte und Ideen, die den Kontinent in ein Chaos verwandelt haben, ist der falsche Weg. Die Gestaltung des Friedens muss die Verwirklichung der Prinzipien zeigen, für die der Krieg geführt worden ist.“<sup>70</sup>

Der Weg nach Europa wurde zu einem Argument gegen die von der CDU und den Alliierten befürwortete föderalistische Ordnung, denn nach Schumacher war „die Erhebung des Begriffs Föderalismus zu einem Fetisch mit prähistorischem Inhalt ein kostspieliger Luxus und ein Umweg für ganz Europa.“ Dabei bezichtigte er die CDU, mit ihrem Föderalismus einen „klerikalen Partikularismus im Interesse Frankreichs“ zu betreiben.<sup>71</sup> Bei den Alliierten müsse man an deren „Willen zweifeln, ein lebens- und funktionsfähiges Staatswesen entstehen zu lassen. ... Weder die Sicherheit Frankreichs noch die Neuordnung Europas, am allerwenigsten aber die Demokratie in Deutschland, sind auf diesem Wege möglich.“ Dies konterkariere die Ziele des Marshallplans. „Damit nimmt man der Demokratie ihren politischen und moralischen Wert und macht den Platz frei für nationalistische und antidemokratische Bewegungen, die sich prorussisch auswirken müssen.“<sup>72</sup> Dies diskreditiert das „Europäertum“ der CDU noch mehr, das ohnehin „unglaublich“ sei. „Eine Internationalität, die mit einem Bein in der Kirche, mit dem anderen bei dem großindustriellen Geschäft steht, ist nicht das, was Europa als internationale Potenz im Zusammenleben der Staatsträger braucht. Ich will hier nicht die ganze Sündenliste der variablen Standpunkte und der auswechselbaren Gesinnung mit Gummizug im Einzelnen aufzählen. Ich möchte nur daran erinnern, dass man begann, uns als Nationalisten zu diskreditieren in dem Augenblick, in dem im Ausland diese Parole ausgegeben wurde.“<sup>73</sup>

<sup>69</sup> Brief Schumachers an Edith Baade vom Februar 1949, in: Schumacher, Reden. S. 624-626. Hier S. 624-625.

<sup>70</sup> Artikel Schumachers in „Die Gegenwart“ vom Februar 1949. In: Schumacher, Reden. S. 627-632. Hier: S. 627. Ebenso Turmwächter II. S. 355-362.

<sup>71</sup> Zitiert nach Merseburger, Schumacher. S. 421. Siehe auch S. 424. Hier zitiert Merseburger Forderungen Schumachers nach einem „gemeinsamen Vaterland der Völker“, das Europa werden könne.

<sup>72</sup> ACDP. 07 – 001 – 3221. Interview Schumachers „mit einer ausländischen Agentur“ vom 30.03.1949.

<sup>73</sup> So Schumacher in einer Rede vor Parteigremien vom 20.4.1949. Abgedruckt in Schumacher, Reden. S. 634-663. Hier S.642-643. S. 647. Zur Kritik am Föderalismus zum Beispiel S. 648. Ebenso S. 653 ff. Schumacher beklagte den sowjetischen Einfluss auf die KPD und den der katholischen Kirche: „Es ist weiter nicht zu bestreiten, dass aus der Tradition der römisch-katholischen Kirche, des lateinischen Kulturkreises, der eigenen Geschichte der westdeutschen Staaten, der ganzen Atmosphäre des Westens und seiner bürgerlichen

Das Thema Europa sollte aber im Wahlkampf 1949 keine Rolle spielen. In der Entgegnung auf die Regierungserklärung Adenauers sprach Schumacher am 21.9.49 von der grundsätzlichen Oppositionsrolle.<sup>74</sup> Dabei dienten europäische Staaten, vor allem Großbritannien mit seiner Wirtschaftspolitik, als Referenzpunkt für die politischen Maßnahmen.<sup>75</sup> Schumacher betonte die prinzipielle Bedeutung der Saarfrage für die Oder-Neiße-Linie. Er stellte fest, dass in den Beziehungen zwischen den europäischen Staaten zu viel von einem „alten Anti-Europageist“ und zu wenig von dem Geist des wirklichen Neubau „Europas“, der allein uns die großen kontinental-ökonomischen und politischen Probleme bewältigen lassen kann“, zu hören sei. An der internationalen Gesinnung der SPD und an dem Willen zur Aussöhnung mit Frankreich gebe es keinen Zweifel, aber einen „Blankowechsel“ dürfe es nicht geben, denn dieser fördere „hegemoniale Tendenzen in Europa“ und schwäche „den guten Willen der breiten Massen des deutschen Volkes zur internationalen Kooperation“. „Europa heißt Gleichberechtigung...!“<sup>76</sup> Die Ergebnisse eines endgültigen Friedensvertrages dürften nicht präjudiziert und auf den Sicherheitskomplex der anderen Völker müsse eingegangen werden. Dabei müssten auch die Demontagen angesprochen werden. Deutschland bleibe noch lange abhängig und müsse erst wieder wirtschaftlich erstarken.<sup>77</sup>

Neben der Meinung Schumachers und der um ihn gruppierten Parteiführung gab es natürlich auch abweichende Strömungen. Gerade in den ersten Jahren kam es zu Konflikten mit einzelnen Ministerpräsidenten und Schumacher musste energisch das Primat der Gesamtpartei einfordern.<sup>78</sup> Im Parlamentarischen Rat prägte Carlo Schmid für die Sozialdemokraten die Verhandlungen. Als Vorsitzender des Hauptausschusses und schon seit dem Jahr 1947 als begehrter Redner über europapolitische Themen vermochte er es, eine europäische Langzeitperspektive für die von ihm als „organisiertes Provisorium“ gedachte Bundesrepublik zu formulieren und dabei insbesondere zu Frankreich intensive Kontakte aufzubauen sowie in der Europapolitik einen Gegenpol zu Schumacher zu bilden. Unter seiner Ägide wurden Forderungen fallengelassen, wonach die neue Bundesrepublik nur dann Souveränitätsrechte an zwischenstaatliche Organisationen abtreten könne, wenn die „Gegenseitigkeit“ auch von anderen Staaten gewährleistet würde. Ferner schlug er in einer Sitzung im Oktober 1948 als mögliche supranationale Organisation die gemeinsame Verwaltung des europäischen Kohlebergbaus und auch die Energieversorgung als zu vergemeinschaftenden Wirtschaftszweig vor.<sup>79</sup> Daneben wurde in der frühen Phase der Beratungen des Parlamentari-

---

Oberschicht eine gewisse Neigung vorhanden ist, sich mehr mit dem westlichen als mit dem östlich des Limes liegenden Teil Deutschlands zu verständigen. [...] Ich habe einmal dem Vertreter einer fremden, nicht französischen, Macht gesagt: Mit einem französischen General und einem römischen Kardinal werden Sie die notwendige Potenz Westdeutschlands in der Politik und in der Sicherung der Demokratie nicht erreichen. [...]“ Trete nicht die SPD für die deutschen und demokratischen Interessen Deutschlands ein, werde eine andere Partei auf Kosten der SPD entstehen, „wahrscheinlich zum Unheil für Deutschland und zu einer großen Gefährdung Europas.“ S. 640.

<sup>74</sup> Schumacher, Bundestagsreden. S. 1-27. Hier: S. 3 f.

<sup>75</sup> Ebd. S. 14 ff.

<sup>76</sup> Ebd. S. 24 ff.

<sup>77</sup> Ebd. S. 26-27.

<sup>78</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 29-30. Als Beispiele seien hier die Konflikte mit Kaisen oder auch der Streit um die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz genannt.

<sup>79</sup> Bermanseder, Markus: Die europäische Idee im Parlamentarischen Rat. Berlin 1998. S. 129-134. Weber, Schmid. S. 319 ff.

schen Rates die Teilnahme des zu schaffenden Staates an einem „System der kollektiven Sicherheit“ diskutiert, wobei dies vor allem auf die Möglichkeiten im Rahmen der Vereinten Nationen hinwies, Gedanken einer weltweiten Kooperation er aber skeptisch gegenüberstand. Als vereinfachend und später für die SPD die Chancen minimierend sollte sich sein Einsatz auswirken, wonach ein Gesetz mit einfacher Mehrheit Hoheitsrechte übertragen konnte.<sup>80</sup>

Schmids Aussagen vom Januar 1949, wonach Europa mehr sein müsse als „eine Zusammenfassung kultureller Traditionen“, sondern „politisch, ökonomisch und konstitutionell“ aufgebaut werden müsse,<sup>81</sup> standen im Gegensatz zu den von Christdemokraten immer wieder herangezogenen, wertebasierten und kulturellen Gründen für eine europäische Einigung. Darüber hinaus zeigt es die Ungeduld Schmids, der offensichtlich endlich Ergebnisse auf europäischer Ebene sehen wollte. So sah er im Ruhrstatut den Kern eines möglichen europäischen wirtschaftlichen Organismus, dem die politische Einheit folge.<sup>82</sup>

Die Europavorstellungen und der zugrunde gelegte Begriff wurden bei der Diskussion über den Europarat deutlich, die auch innerparteiliche Gräben aufwerfen sollte. Während die SPD an der Konferenz in den Haag 1948 mit dem Verweis auf mangelnden möglichen Einfluss nicht teilgenommen hatte, brachten die europäische Entwicklung und die Unterzeichnung des Statuts des Europarates in London am 5. Mai 1949 die SPD unter Zugzwang, denn die Bundesrepublik sollte 1950 beitreten. Ferner hatte eine Kommission des Vorstands in der Umbildung des Ruhrstatuts und in der Konkretisierung des Sicherheits- und Besatzungsstatuts einen Ansatzpunkt für eine gleichberechtigte Position Deutschlands in Europa erkannt. Dies solle sich in ein europäisches Rechtssystem einpassen, um somit das „Gewaltssystem über Deutschland“ zu überwinden. Nur so könne man den „Verlockungen des Nationalismus widerstehen.“<sup>83</sup>

Die SPD vertrat keine einheitliche Position gegenüber den Europäischen Bewegungen. Einzelne Politiker, wie Max Brauer und Otto Suhr im März 49 in Brüssel, beeinflussten die Gestaltung des Europarates, der grundsätzlich von der SPD begrüßt wurde. Vor allem Schmid hatte dabei eine supranationale Organisation gefordert, die nach und nach mit Kompetenzen ausgestattet werden sollte.<sup>84</sup> Schmid äußerte zwar die Absicht, dass Deutschland beitreten solle, doch zugleich sah er auch die Probleme eines deutschen Beitritts. Er könne Europa und Deutschland weiter spalten und ein mögliches Hindernis für eine deutsche Wiedervereinigung sein. Auch Erler betonte im Sommer 1949, in dieser Zeit als Vorsitzender des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, dass Deutschland, trotz der Mängel im Statut, am Europarat gleichberechtigt teilnehmen solle. Er vertrat diese Position auch noch nach der Bundestagswahl vom 14. August 1949, obwohl schon während des Wahlkampfes aufgrund der Aussagen Schumans vom 1. August 1949, dass auch das Saar-

---

<sup>80</sup> Bermanseder, Parlamentarischer Rat. S. 139-149. Der Entschluss wurde damit begründet, dass das Grundgesetz nun einmal die grundlegende Entscheidung zur Abgabemöglichkeit bereits getroffen habe. Ähnlich wie bei der Forderung der SPD nach einer starken Bundesebene kam dies der Bundesregierung unter Adenauer zugute. Siehe ebd. S. 156.

<sup>81</sup> Bermanseder, Parlamentarischer Rat. S. 157.

<sup>82</sup> Ebd. S. 158 f.

<sup>83</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 107 ff. Schumachers Rede in Bremen vom 19.5.1946 hatte ebenfalls unter dem Titel „Deutschland und Europa“ gestanden. Siehe Müller, Kaisen. S. 163.

<sup>84</sup> Ramuschkat, Die SPD. S. 75 ff.

land an dem Europarat teilnehmen solle, die SPD zunehmend negativ gegen den Beitritt zum Europarat eingestellt war. Brill betonte gegenüber britischen Abgeordneten die grundsätzliche Bereitschaft zum Beitritt unter Berücksichtigung der weltpolitischen Lage, während Lützens hingegen klar den Beitritt der Saar als Hinderungsgrund ansprach.<sup>85</sup> Innerparteiliche Differenzen deuteten sich an. Doch wichtiger und grundsätzlicher erschienen die Gegensätze zu den christlichen Parteien.

#### II.1.2 Die christlich-demokratischen Parteien und ihr Europabegriff

Im Gegensatz zur SPD war die CDU eine Neugründung, die aber an Parteien der Weimarer Republik, gefördert durch das Fortbestehen althergebrachter Milieus, anknüpfen konnte.<sup>86</sup> Die entstehenden christlichen Parteien in den Besatzungszonen arbeiteten erst allmählich zusammen. Anders als bei der SPD und Schumacher fehlte den Christdemokraten eine maßgebliche Führungspersönlichkeit. Sie bestand aus verschiedenen Strömungen und Einzelpersonen, von denen sich letztendlich Adenauer durchsetzen konnte. Daher scheint die Formulierung von *der* Europapolitik der CDU nicht möglich.

Der in unterschiedlichen Publikationen auf Landesebene gebrauchte Europabegriff war maßgeblich von den tonangebenden Politikern aus der „inneren Emigration“, dem Widerstand und den Exponenten des christlichen Sozialismus, geprägt.<sup>87</sup> Zusammen mit der Verwurzelung der CDU im katholischen Milieu, der Unterstützung durch die katholische Kirche und der Tatsache, dass die BRD durch ihren Zuschnitt katholischer war als jeder deutsche Einheitsstaat zuvor, bestimmte dieses politische Vorfeld den Europabegriff maßgeblich. Die katholische Kirche hatte den Nationalsozialismus vergleichsweise gut überstanden, konnte sich als moralischer Sieger fühlen und unterstützte die neue CDU mit ihrer Infrastruktur – was nicht zuletzt ein Grund für starke Ressentiments von protestantischer Seite gegen neu gegründete konfessionsübergreifende Partei war.<sup>88</sup> Der Aufbau in den protestantisch geprägten Gebieten gestaltete sich durch geringere Bindekraft der Milieus und durch die Frage des Umgangs mit ehemaligen Nationalsozialisten schwieriger. Hier waren die christlichen Parteien stärker Honoratiorenparteien.<sup>89</sup>

Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Landesverbänden, in denen die Ämter stark nach Proporz zwischen den Konfessionen besetzt waren, gestaltete sich von Beginn an schwierig - trotz einigender Bemühungen wie der „Reichstagung“ in Bad Godesberg im Dezember 45, einberufen von der Berliner Zentrale der CDUD. Die CDU war keine Programmpartei. Die anfänglich noch stark pathetischen Gründungsaufrufe 1945/46 ebten

<sup>85</sup> Ebd. S. 77-79. Zur Rolle Brills auf dem Verfassungskonvent vom Herrenchiemsee: Bermanseder, Parlamentarischer Rat. S. 42.

<sup>86</sup> Siehe hierzu Hofmann, Geschichte der deutschen Parteien. S. 194. Auch Bösch, Adenauer-CDU. S. 31. Dieser argumentiert allerdings regional differenzierter. Zur CSU siehe Schlemmer, Thomas: Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955. München 1998.

<sup>87</sup> Eine ausführliche Beschreibung über die verschiedenen Bedingungen der Parteigründung, vor allem vor dem Hintergrund der konfessionellen Zusammensetzung in den einzelnen Regionen, bietet Bösch, Adenauer-CDU. S. 21 ff. Dies darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass sich auch in den christlichen Parteien ehemalige Sympathisanten des Dritten Reiches und Stützen des Regimes befanden. Bei der programmatischen Gestaltung waren sie in der direkten Nachkriegszeit offenkundig nicht bestimmend.

<sup>88</sup> Siehe hierzu Bösch, Adenauer-CDU. S. 21 ff. Ebenso S. 38 ff.

<sup>89</sup> Bösch, Adenauer-CDU. S. 35 ff und S. 41 ff.

schnell ab. Die praktische Politik wurde schnell zum Maßstab.<sup>90</sup> Sie griff bei ihrem Personal und ihren Konzeptionen auf Überlegungen und Erfahrungen von vor 1945 zurück, die mit der Realität der deutschen Teilung und der internationalen Situation des Kalten Krieges in Einklang gebracht werden mussten. Hinzu kamen Einschätzungen beider Konfessionen, die auf eine Überhöhung des Staates hinwiesen, der das Individuum bedrängt habe. Die Säkularisierung als Ursache müsse rückgängig gemacht und die internationale Zusammenarbeit zwischen den Völkern gefördert werden, wobei insbesondere Europa einen *modus vivendi* finden müsse.<sup>91</sup> Natürlich ist fraglich, inwiefern diese Texte rezipiert wurden und welchen Einfluss sie auf die Politik nach 1945 hatten. Dennoch waren sie Zeugnisse für den Rahmen politischen Denkens und Handelns. Zu nennen sind sehr heterogene europäische Pläne, die in der evangelischen Kirche unter Bischof Heckel bis zu den Plänen der Kirche im Widerstand mit einem ausgedehnten protestantischen Netzwerk in ganz Europa reichten, deren Europabild sich gegen dasjenige Hitlers und gegen den Bolschewismus richtete. Das neue Europa sollte erstens auf wirtschaftlicher Kooperation und einem Rechtsstaat aufbauen, der die Individualrechte garantieren sollte. Dieser Staat sollte zweitens einer sozialen Gesellschaftsordnung verpflichtet sein, die auf einem christlichen Menschenbild, „christlicher Sittlichkeit“ und humanistischer Bildung fußen sollte, wobei von unterschiedlichen Denominationen und Landeskirchen der säkularisierte, wenn nicht gar laizistische Staat, abgelehnt wurde. Topoi wie ein wirtschaftlich gesundes Europa als dritter Kraft machten hier ebenso die Runde wie die Überwindung einer moralischen Schuld nach dem Dritten Reich.<sup>92</sup> Die Erklärung totalitärer Systeme als Endpunkt eines Prozesses der Säkularisierung war dabei beiden Konfessionen gemeinsam. Für sie war die nationalsozialistische Diktatur Teil einer falschen allgemeinen Entwicklung, womit die deutsche Schuldfrage relativiert werden konnte. Vor allem konservative Schichten wie die Abendländer, die sich zwar aus beiden Konfessionen, stärker jedoch aus den Katholiken rekrutierten, benutzten jene Argumentationsstruktur.<sup>93</sup>

Sie bot darüber hinaus einen Anknüpfungspunkt für einen entscheidenden Topos der Gründungszeit der Union: den Antibolschewismus. So hieß es in einem CDU-Flugblatt vom September 1946: „Wir sind in der CDU, weil wir mit offenen Augen während des Krieges den bolschewistischen Osten gesehen haben: Materialistische stumpfe Menschen, die zum Werkzeug des Bolschewismus wurden. [...] Hierin erblicken wir eine große Gefahr, die allein gebannt werden kann durch einen großen christdemokratischen Block aller Völker Europas.“<sup>94</sup> Die CDU knüpfte in ihrer Rhetorik an Reflexe an, die durch die Propaganda der Nationalsozialisten hervorgerufen worden waren, die den Krieg gegen die Sowjetunion ab

<sup>90</sup> Siehe Bösch, Adenauer-CDU. S. 65 ff. und S. 73.

<sup>91</sup> Siehe Lippens, Walter: Zukunftsplanungen christlicher Kirchen und Gruppen während des Zweiten Weltkriegs, in: Loth, Wilfried und Greschat, Martin: Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft. Köln 1994. S. 13-23. Gerade Burgess weist in seinem Beitrag in demselben Buch auf die Besonderheit der CDU hin, die konfessionsübergreifend eine Partei bildete. Burgess, Michael: Politischer Katholizismus, europäische Einigung und der Aufstieg der Christdemokratie, in: Loth, Wilfried und Greschat, Martin: Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft. Stuttgart 1994. S. 125-137. Hier S. 130 f.

<sup>92</sup> Greschat, Martin: "Der Protestantismus und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft", in: Loth, Wilfried u.a. (Hg.): Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft. Köln 1994. S. 25-96. Hier: S. 25-30 und S. 37-43

<sup>93</sup> Schildt, zwischen Abendland und Amerika. S. 31 f.

<sup>94</sup> Siehe Bösch, Adenauer-CDU. S. 63.

1942 als Verteidigung gegen die „asiatischen Horden“, als Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei, des Abendlandes gegen die asiatischen Horden, hochstilisiert hatte.<sup>95</sup> Einige Bischöfe führten gar den Antibolschewismus als Begründung für die Gründung einer interkonfessionellen Partei an und sprachen sich somit gegen ein erneutes Zentrum aus. Und in der Tat wirkte der „Antimarxismus“, der sowohl gegen die KPD und SPD gewendet werden konnte, als überkonfessionelle Klammer, obwohl der Antimarxismus stärker in den protestantischen Gebieten betont wurde.<sup>96</sup>

Neben der antibolschewistischen Haltung waren die Gründungsaufrufe der Partei von der Forderung und der Notwendigkeit einer christlichen Fundierung des Staates geprägt, der sich gegen die Barbarei der zwölfjährigen Diktatur richten sollte.<sup>97</sup> Die Abkehr von Gott müsse nach dem Krieg nun behoben werden, wobei sich die Partei explizit auf ihre antinationalsozialistische Rolle, die sich innerhalb eines christlich motivierten Widerstands gezeigt habe, berief. Der Umgang mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern war dabei innerhalb der Partei umstritten. Einige Kreisverbände nahmen ehemalige Parteimitglieder auf, andere verweigerten dies oder forderten gar eine Einschränkung des Wahlrechts für ehemalige NSDAP-Mitglieder. Was die Verwendung christlicher Rhetorik angeht, so verwendeten die protestantisch geprägten Kreisverbände weitaus weniger häufig das Wort christlich, sprachen eher von „den Verdiensten des Christentums um die abendländische Kultur“ und hoben eher auf gutbürgerliche (Sekundär-)Tugenden wie der „Anständigkeit“ ab.<sup>98</sup>

Dieses Wertefundament war die Grundlage außenpolitischer Konzeptionen, wie der Konrad Adenauers, der sich 1946 an der Spitze der CDU im Rheinland etablierte und somit christlich-soziale Bestrebungen relativierte.<sup>99</sup> Taktisch klug vermochte er die unterschiedlichen Strömungen in Einklang zu bringen. So war das Ahlener Programm gerade Ausdruck dieser vermittelnden Position zwischen dem „christlichen Sozialismus“ und den marktwirtschaftlichen Forderungen innerhalb der CDU.<sup>100</sup> Der anfangs noch in Berlin von Kaiser und Hermes vertretene Führungsanspruch der sich neu konstituierenden christlichen Partei wur-

---

<sup>95</sup> Siehe Vanessa Conzes Ausführungen zum Abendlandbegriff in Conze, *Das Europa der Deutschen*. Zu den Einigungsbemühungen der Nationalsozialisten siehe die Dokumentensammlung von Hans Werner Neulen. Neulen, Hans Werner: *Europa und das 3. Reich*. München 1987. Hier auch Hinweise auf die Europagedanken im faschistischen Italien. Zur antibolschewistischen Propaganda Goebbels und dessen von Hitler abweichender Auffassung siehe Höver, Ulrich: *Joseph Goebbels*. Bonn/Berlin 1992. S. 456 ff.

<sup>96</sup> Siehe Bösch, *Die Adenauer-CDU*. S. 27 ff. Ebd. S. 40 f.

<sup>97</sup> Vergleiche hierzu Schwarz, *Adenauer und Europa*. S. 495.

<sup>98</sup> Bösch, *Die Adenauer-CDU*. S. 30 f. und S. 38 f.

<sup>99</sup> Die von Hofmann vertretene Auffassung, der von einer Marginalisierung der christlich-sozialen Linie spricht, ist meines Erachtens nicht haltbar, da insbesondere mit dem späteren Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens Karl Arnold gerade ein Repräsentant des sozialen Flügels der CDU in NRW in landespolitische Verantwortung kam. Siehe Hofmann, *Geschichte der deutschen Parteien*. S. 197. Als weiterer Beleg für diese zu starke Bewertung Hofmanns kann die umfangreiche Sozialgesetzgebung genannt werden, die insbesondere in den 50er Jahren ihren Ursprung hat. Gleichwohl wurde von der Verstaatlichung der zentralen Wirtschaftszweige Abstand genommen.

<sup>100</sup> Bösch, *Die Adenauer-CDU*. S. 59 ff. So auch Schwarz, Hans Peter: *Adenauer. Der Aufstieg: 1876-1952*. Stuttgart 1986. S. 537 ff.

de durch den Druck der sowjetischen Militär-Administration zunehmend in Frage gestellt und letztendlich aufgegeben. Beide Politiker siedelten 1947 in den Westen über.<sup>101</sup>

Trotz des im Vergleich zu Schumacher geringeren Einflusses Adenauers auf seine Partei soll hier vornehmlich Adenauers Sicht thematisiert werden, denn dessen europäischen Vorstellungen wurden erstens später umgesetzt und sind zweitens als Beispiel für den christdemokratischen Europabegriff zu sehen. Auch sein Europabild war maßgeblich durch die Deutschlandpolitik geprägt. Adenauer wurde in einigen Publikationen die Ablehnung des Preußischen nahe gelegt, was diesem die Abtretung der ostdeutschen Gebiete besser habe ertragen lassen als den in Kulm geborenen Schumacher oder dem ehemaligen Vorsitzenden der CDU in der SBZ, Kaiser, Bonmots, wonach er bereits in den 20er Jahren Berlin als eine heidnische Stadt wahrgenommen habe und dass hinter Braunschweig die asiatische Steppe beginne, blieben nicht ohne Wirkung. Die unterschiedlichen Sozialisationen bei dem Ostpreußen Schumacher und dem rheinischen Katholiken Adenauer sollten aber nicht zu stark betont werden, denn obwohl bei Adenauer Kritik am preußischen Staat konstatiert werden kann, ist der Begriff einer Ablehnung übertrieben, zumal Adenauer als Präsident des preußischen Herrenhauses eine nicht unbedeutende Rolle im preußischen Staat gespielt hatte. Darüber hinaus schmerzten ihn sicherlich die Verluste östlicher Gebiete. Wenn dies nicht so gewesen wäre, hätte sich Adenauer innerhalb der CDU wohl kaum durchsetzen können. Die Feststellung des Verlusts östlicher Gebiete war eher Ausdruck seines politischen Talents, neue Gegebenheiten pragmatisch zur Grundlage seiner Entscheidungen zu machen.

So sprach Adenauer in einem Brief vom 5.7.1945 von einem „Eisernen Vorhang“, den Russland herunterlasse, wovon auch die westlichen Mächte ausgingen. Diesen warf er wiederum mangelnde Sachkenntnis, Unwillen zur Verwaltung und zu große Nachgiebigkeit gegenüber Frankreich vor.<sup>102</sup> Den europäischen Zusammenhang seiner Überlegungen legte Adenauer in einem Brief an den Duisburger Oberbürgermeister Heinrich Weitz vom 31.10.1945 dar. Darin stellte er fest, dass „Rußland“ „die östliche Hälfte Deutschlands, Polen, den Balkan, anscheinend Ungarn, einen Teil Österreichs“ in den „Händen“ habe und sich nicht von den anderen Großmächten beschränken lassen. „In den von ihm beherrschten Ländern herrschen schon jetzt ganz andere wirtschaftliche und politische Grundsätze als in dem übrigen Teil Europas.“

Die Teilung Europas sei „eine Tatsache“, wobei aber der „nicht von Rußland besetzte Teil Deutschlands ein integrierender Teil Westeuropas sei“, das von Frankreich und Großbritannien geführte werde. Die Einheit Deutschlands könne nur in einem „Zusammenschluss“ Europas gelingen, was wiederum für gesamt Westeuropa notwendig sei. Deshalb wandte Adenauer sich auch gegen „eine Lostrennung Rheinlands und Westfalens von Deutschland“, denn dies würde eine „östliche politische Orientierung“ in Deutschland befördern, womit er auch auf alte gegen ihn erhobene Vorwürfe einging. Das Sicherheitsbedürfnis der westlichen Nachbarn könne langfristig nur durch eine „wirtschaftliche Verflechtung von Westdeutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Holland“ erreicht werden, am besten erweitert um England, um somit dem „doch so wünschenswerten Endziele Union der

<sup>101</sup> Adenauer war kein Begründer der ersten Stunde, sondern verhielt sich zuerst abwartend. Seine politische Karriere forcierte er ab Oktober 1945, indem er sukzessive verschiedene Ämter auf sich vereinte. Siehe Kleinmann, Hans-Otto: Geschichte der CDU. Stuttgart 1993. S. 123.

<sup>102</sup> Adenauer an Hans Rörig vom 5.7.45. In: Morsey, Rudolf, Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Adenauer: Briefe. 1945-1947 (bearbeitet von Hans Peter Mensing). München 1983. S. 50-52. Hier S. 51.



westeuropäischen Staaten' ein sehr großes Stück näherkommen.“ Hier könne Deutschland als Bundes-, nicht aber als zentralisierter Einheitsstaat, Mitglied sein.<sup>103</sup>

Neben Adenauers Analyse der realen Situation treten Lösungsvorschläge wie einer westeuropäischen Einbindung der nicht von der Sowjetunion besetzten Gebiete, wobei er wirtschaftliche Verknüpfungen als funktionale Grundlage für die Erfüllung von Sicherheitsbedürfnissen ansah. Adenauers Formulierungen blieben aber stets unpräzise und enthielten nur allgemeine Vorgaben, wie eine christliche Orientierung, die er verwirklicht sehen wollte. „Staatsführung nach christlichen Grundsätzen, wie sie sich im Laufe der europäischen Geschichte entwickelt haben, demokratisch, stark sozial.“ Dabei sollte dies auch dem langfristigen Ziel der Verteidigung gegen den „Osten“ und dem „außenpolitischen Anschluß an West-Europa“ dienen.<sup>104</sup> Adenauers Europavorstellungen sind in dieser frühen Phase anscheinend nicht von den Widerstandsvorstellungen beeinflusst worden,<sup>105</sup> sondern knüpften eher an seine Erfahrungen aus der Weimarer Republik an, als er als Oberbürgermeister Kölns immer wieder die wirtschaftliche Kooperation vor allem mit den westeuropäischen Staaten gefördert hatte. Adenauer hatte bereits in den 20er Jahren für eine friedliche, durch das Christentum motivierte Zusammenarbeit geworben.<sup>106</sup>

Adenauer selbst wurde durch seine Wahl zum Vorsitzenden der CDU in der Britischen Zone am 1.3.1946 immer wichtiger, trat mit programmatischen Reden immer stärker in den Vordergrund, dominierte die CDU aber nicht. In seiner ersten großen Rede vom 24. März 1946 in der Aula der Universität zu Köln stellte er in Deutschland eine Überhöhung des Staates fest, welche durch den preußischen Staat und die Philosophie Herders und Hegels befördert worden sei.<sup>107</sup> Mit dieser Überhöhung des Staates sei ein „Absinken in der Bewertung der Einzelperson“ verbunden gewesen, was sich am „sinnfälligsten und eindrucksvollsten“ im Heer gezeigt habe. „So wurde der Militarismus zum beherrschenden Faktor im Denken und Fühlen breiterer Volksschichten.“ Zusammen mit dem wirtschaftlichen Erfolg des Kaiserreiches und der „Vermassung und Entwurzelung“ des Menschen in den Städten habe dies zur Katastrophe im Kaiserreich geführt: der Ausbreitung „der materialistischen Weltanschauung im deutschen Volk.“ Sie habe „zwangsläufig zu einer weiteren Überhöhung des Staats- und Machtbegriffs, zur Minderbewertung der ethischen Werte und der Würde des einzelnen Menschen geführt.“

Hier habe der Marxismus angeknüpft, der mit der „Zentralisierung der politischen und wirtschaftlichen Macht“ „ein Feind der Freiheit der Einzelperson“ sei, was „zwangsläufig den Weg der Diktatur im Fühlen und Denken seiner Anhänger vor[bereite] [...]“.

---

<sup>103</sup> Morsey, Adenauer Briefe 45-47. S. 130 f.

<sup>104</sup> Morsey, Adenauer Briefe 45-47. S. 75. Siehe die Briefe an den Regierungspräsidenten Boden in Koblenz vom 18.8.45 und an den ehemaligen Oberbürgermeister Scharnagl in München vom 21.8.1945. Ebd. S. 77 ff. Hier betonte er, wie wichtig eine einheitliche christdemokratische Partei „gegenüber achristlichen Parteien“ sei. „... ich glaube, daß unser Volk nur dann wieder gesungen kann, wenn in ihm das christliche Prinzip wieder herrschen wird. Ich glaube weiter, daß lediglich dadurch ein starker Widerstand gegen die Staatsform und Ideenwelt des Ostens – Rußland – und ein gedankenmäßiger und kultureller und damit auch ein außenpolitischer Anschluß an West-Europa gesichert werden kann.“

<sup>105</sup> Schwarz, Adenauer und Europa. S. 489.

<sup>106</sup> Vgl. unter anderen Geiger, Adenauer e l'Europa. S. 231 ff.

<sup>107</sup> Abgedruckt in: Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Konrad Adenauer, Reden 1917-1967. Eine Auswahl. Stuttgart 1975. S. 82-106. Zur Interpretation siehe auch Schwarz, Adenauer 1. S. 514 ff.

Der Materialismus habe mit dem übertriebenen preußischen Staatsgedanken und der wirtschaftlichen Not den Nationalsozialismus ermöglicht, der die vorherigen Gedanken mit seiner Ablehnung des Individuums konsequent fortgesetzt habe. So konnte dieser „verhältnismäßig schnell eine Lehre durchsetzen, die nur den totalen Staat und die willenlos geführte Masse kannte [...].

Diese Auffassung von der Vormacht, von der Allmacht des Staates, von seinem Vorrang vor der Würde und der Freiheit des Einzelnen widerspricht dem christlichen Naturrecht. Wir wollen [stattdessen] die Grundsätze des christlichen Naturrechts wiederherstellen.“<sup>108</sup>

Das christliche Naturrecht sollt für Adenauers überkonfessionelles Europa konstituierend sein. Dies stand im Widerspruch zu seinen als antiprotestantisch ausgelegten preußenkritischen Ausführungen. Hier konnte die Kritik an einer mangelnden Bereitschaft des späteren Kanzlers für die Einheit Deutschlands und die Rechte der Vertriebenen ansetzen, die sich mit dem Vorwurf verband, dass Adenauer eine katholische Republik schaffen wollte. Vor diesem Hintergrund war sein Rückgriff auf die Konzeption des Abendlandes ambivalent. Einerseits bot er Anknüpfungspunkte, war dieser ja gerade durch die Mission der Heiden mit seinem Drang nach Osten gekennzeichnet gewesen, aber andererseits vornehmlich katholisch konnotiert. Die Zuwendung zu einem übernationalen Europa war zugleich eine Absage an das kleindeutsche Reich, was bis weit in die 60er Jahre zu Spannungen – auch entlang der Konfessionen – führte. Durch Adenauers Übernahme von katholischen Standpunkten der Staats- und Gesellschaftslehre provozierte er Widerspruch im evangelischen Lager, insbesondere der „deutschen Barthianer“, deren Haltungen das sozialdemokratische Selbstverständnis mit prägen sollten.<sup>109</sup> Der Antimarxismus half, über Konfessionsgrenzen hinweg Anhänger für seine Sammlungspartei zu gewinnen. Gerade die Ableitung der Rechte der Einzelperson aus einem christlichen Selbstverständnis ließ sich in einem Gegensatz zu totalitären Ordnungen bringen. Innerhalb der evangelischen Kirche fand Adenauer Unterstützung, so zum Beispiel mit dem Landesbischof von Berlin-Brandenburg, Otto Dibelius und innerhalb der eigenen Partei mit Hermann Ehlers.<sup>110</sup>

Doch nicht nur gegenüber dem Osten sah Adenauer im März 46 eine Trennlinie, sondern auch gegenüber den USA. Er konstatierte in einem Brief schlicht: „[Die] USA kennt Europa nicht“. Doch viel schlimmer wog ein Argument der Isolation und des Desinteresses durch die USA, das in dem gesamten Untersuchungszeitraum von Adenauer angebracht wurde. Angesichts des „Asien[s] steht an der Elbe“ sei dies gefährlich. Europa schien auf sich allein gestellt. Gegen das „geistige und machtmäßige Vordringen Asiens“ sollte sich ein „wirtschaftlich und geistig gesundes Westeuropa unter Führung Englands und Frankreichs“ unter Einschluss des „nicht von Rußland besetzte[n] Teil Deutschlands“ zusammenschlie-

---

<sup>108</sup> Adenauer, Reden. Hier S. 85 f. Zitiert bei Doering-Manteuffel, Anselm: "Rheinischer Katholik im Kalten Krieg. Das "christliche Europa" in der Weltsicht Adenauers", in: Loth, Wilfried (Hg.): Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft. Köln 1994. S. 237-246. Hier S. 241-242.

<sup>109</sup> Ebd. S. 242 f.

<sup>110</sup> Ebd. S. 242-243. Dem von Doering-Manteuffel suggerierten Bild eines relativ „kompakten innenpolitischen Christenblocks“ hat Bösch entschieden und überzeugend widersprochen, indem er immer wieder die fast krampfhaften Versuche beschreibt, die überkonfessionelle Partei zusammen zu halten. Bösch, Die Adenauer-CDU. Die antisozialistische Klammer war für die Christdemokraten entscheidend. Siehe hier das Kapitel zum EAK.

ßen.<sup>111</sup> Europa erschien also als Abwehrblock gegen den Osten, aber in einer Weise, in der Europa sich als „von den USA im Stich gelassen“ zusammenschließen sollte, da Europa von den USA weltanschauliche Grenzen trennten. In einem Brief vom 8.4.46 präziserte Adenauer seine Forderung. „Wesentliche Teile“ Deutschlands müsse zwingend zur Gründung der „Vereinigten Staaten von Europa“, gegründet durch die UNO, beitragen, da dieses sonst ein „Krankheitsherd“ in Europa würde. Für das gemeinsame Europa seien als führende Mächte Frankreich und Großbritannien notwendig.<sup>112</sup>

Trotz dieser antibolschewistischen Grundtendenz hielt sich Adenauer bis zum Jahr 1947 noch eine Hintertür auf, indem er seiner Europavorstellungen vage formulierte und bisweilen auf Veranstaltungen die östlichen Staaten auch als Teil einer europäischen Ordnung einbezog. „Warum sollten diejenigen Republiken Rußlands, die auf europäischem Boden liegen, nicht auch Mitglied der Vereinigten Staaten von Europa werden?“<sup>113</sup>

Ähnlich wie die SPD forderten die Christdemokraten für sich das moralische Primat, schon in den 20er Jahren für die europäische Einigung und die Aussöhnung mit Frankreich eingetreten zu sein. Es liege an Frankreich, nun das verständliche Misstrauen außer Acht zu lassen und einen Neuanfang zu wagen. Nur so könne eine „politische und wirtschaftliche und geistige Annäherung und Verständigung“ gelingen. Wieder betonte er, dass dies vor allem durch wirtschaftliche Verflechtungen am besten erreicht werden könne. Darüber hinaus argumentierte Adenauer bis 1947 für ein neutrales Deutschland, das aber über ein genügend großes eigenes militärisches Potenzial verfügen müsse, um sich selbst zu verteidigen. Doch bliebe die Gefahr, dass die Alliierten diesen neutralen Status Deutschland weder garantieren noch für ein gerüstetes Deutschland genügend Vertrauen aufbringen könnten.<sup>114</sup> Ausdruck des unklaren Schwebezustands waren Äußerungen Adenauers am 17.2.47 gegenüber Wilhelm Heile von der Europa-Union, wonach er die außenpolitische Lage Deutschlands noch nicht für geeignet halte, „eine feste Organisation zur Verbreitung der europäischen Ideen in Deutschland zu schaffen, wie sie Ihnen vorschwebt“.<sup>115</sup> Die Zweiteilung Europas blieb indes die zentrale Feststellung seiner Politik. Er schrieb am 30.5.1947 an seinen befreundeten Industriellen Paul Silverberg: „Sie wissen ja doch, daß letzten Endes nur zwei große Fronten in Europa und in der Welt noch vorhanden sind: die christlich-abendländische Front, deren stärkste Stütze hier in Deutschland die CDU und die CSU ist, und die asiatische Front.“<sup>116</sup> Deutschland sei ein integraler Bestandteil Europas, wobei große Teile der Unionsparteien in Frankreich einen möglichen Verhinderer einer solchen Politik

---

<sup>111</sup> Morsey, Adenauer Briefe 45-47. S. 189-191. Hier S. 191. Ebenso schrieb Adenauer am 15.9.1946 einen Brief an den Pater Paul Schulte in Texas mit der Bitte, in den USA für die Unterstützung Deutschlands und ganz Europas zu werben. „Europa könnte doch der Welt noch sehr viel geben, wenn es nur endlich gesunden würde.“ Ebd. S. 328.

<sup>112</sup> Morsey, Adenauer Briefe 45-47. S. 210-212. Hier: S. 210.

<sup>113</sup> Schwarz, Adenauer und Europa. Hier S. 489 f. Zitat S. 490. Rede in Wuppertal vom 5.5.46.

<sup>114</sup> Morsey, Adenauer Briefe 45-47. S. 433-435. Brief an Dr. Elsaesser vom 17.2.47.

<sup>115</sup> Morsey, Adenauer Briefe 45-47. S. 436. Nach Schwarz war sich Adenauer wahrscheinlich bewusst, dass die europäischen Befürworter eine äußerst heterogene Gruppe darstellten und er sich nicht binden wollte. Schwarz, Adenauer und Europa. Hier S. 493.

<sup>116</sup> Zitiert nach Schwarz, Adenauer und Europa. S. 476. Adenauers christliche Orientierung kam 1948 anlässlich des Dombaufestes in Köln noch stärker zur Geltung. Morsey, Rudolf, Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Adenauer. Briefe 1947-1949 (bearbeitet von Hans Peter Mensing). München 1984. S. 292.

sahen.<sup>117</sup> Eine gerechte Behandlung Deutschlands verband Kather mit der Vertriebenenfrage. Seine Rede auf dem Parteitag der CDU der britischen Zone in Recklinghausen 1947 endete mit der rhetorischen Frage: „Soll das die Grundlage sein für die Befriedung Europas?“<sup>118</sup> Europa erschien also als Schicksalsgemeinschaft.

Die Zuspitzung der internationalen Lage prägte auch die deutsche Politik. Bis zum Jahr 1947 kursierten innerhalb der christdemokratischen Parteien außenpolitische Vorstellungen, die für Europa die Möglichkeit eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Kommunismus sahen. Die Unterstützerkreise für solche Lösungen wurden in der Union kleiner, verschwanden allerdings nicht.<sup>119</sup> Das Jahr 1947 brachte für die christlich-demokratischen Parteien organisatorische Neuerungen: Im Februar 1947 wurden die Verbindungen zwischen den einzelnen Landesverbänden durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU verstärkt. Diesem Gremium wurde im Juni 1948 die Konferenz der Landesvorsitzenden hinzugefügt, woraus die Rückständigkeit der christdemokratischen Organisationsfähigkeit gegenüber der SPD offenkundig wird.<sup>120</sup> Die Arbeitsgemeinschaft begrüßte den Marshallplan und stellte fest, dass die europäische Wirtschaft innerhalb der Weltwirtschaft neu geordnet werden müsse. „Die internationale Kontrolle der europäischen Grundstoffindustrien gibt Europa und der Welt wirtschaftliche und politische Sicherheit.“ Das Scheitern der Pariser Außenministerkonferenz und die faktischen Ausschließung der östlichen Staaten wurde beklagt, denn man betonte die „natürliche Gemeinschaft aller europäischen Völker“. „Daß auch das deutsche Volk in den Gesundheitsplan [...] einbezogen sein soll, bestätigt uns die die enge Verflechtung unseres eigenen Schicksals mit der gesamteuropäischen Entwicklung.“<sup>121</sup>

Die oben genannte Verbindung zwischen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Aspekten war nach Adenauer am offenkundigsten bei den deutsch-französischen Beziehungen zu beachten, vor allem, wenn man die Bedeutung des Ruhrgebiets bedachte. „Wäre es nicht klug, wäre es nicht wahrhaft groß und edelmütig, wenn Frankreich jetzt dem am Boden liegenden Deutschland die hilfreiche Hand, die sich ihm von Amerika aus entgegenstreckt,

<sup>117</sup> Siehe hierzu die einleitenden Worte von Bruno Dörpinghaus zur zweiten Tagung des Zonenverbindungsausschusses vom 12.4.1946. Ebenso die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft der Unionsparteien der Tagung vom 4.-6.2.1947 sowie der Bericht Binders an den Ehard über diese Sitzung vom 7.2.47. Buchstab, Günter, Gotto, Klaus; Hockerts, Hans Günter; Morsey, Rudolf; Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die Unionsparteien 1946-1950 (bearbeitet von Brigitte Kaff). Düsseldorf 1991. S. 9, S. 32 und S. 40. Siehe Gerigks Bericht über die Bedenken des bayerischen Ministerpräsidenten Josef Müller, wonach es in Frankreich Kreise gebe, die einer „Richelieuschen Politik“ anhängen würden. Sie wollten nur Teile Deutschlands in einen großen Block gegen den Bolschewismus einbinden. Ebd. S. 41 f.

<sup>118</sup> Bericht zum Parteitag der CDU in Recklinghausen im August 1947. S. 4. ACDP. 07-001-3260. Kather weiter: „Eine vernünftige Grenzziehung ist die Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung Deutschlands und Europas.“ Ebd. S. 5. Zum Schluss erneut: „Es wird von unseren Politikern mit Recht darauf hingewiesen – auch auf dieser Tagung ist es schon geschehen –, daß es kein gesundes Europa geben wird, solange Deutschland elend und krank ist.“ S. 9.

<sup>119</sup> Kaiser, Wolfram: Begegnungen christdemokratischer Politiker in der Nachkriegszeit. In: Loth, Wilfried und Greschat, Martin: Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft. Stuttgart 1994. S. 139-157. Hier S. 145-146.

<sup>120</sup> Hofmann, Geschichte der deutschen Parteien. S. 197 f.

<sup>121</sup> Buchstab, Die Unionsparteien 1946-1950. S. 107 sowie S. 125 f. Zitate S. 126.

nicht beiseite schöbe?“ Churchill habe dies bereits erkannt, denn ohne Deutschland sei auch Europa nicht zu retten. England müsse erkennen, dass es trotz seines Imperiums „eine kontinentale Macht geworden ist und jetzt die weltgeschichtliche Bedeutung hat, zusammen mit Amerika der Retter Europas zu sein.“ Adenauer beschwor die Aufgabe, die Deutschland habe, das zwar kraftlos und ohne Anerkennung sei, aber noch existiere. Deutschland „liegt mitten in Europa; dies Land ist uns Deutschen von Gott anvertraut. [...] Das gilt vor allem für uns, für die CDU und CSU in Deutschland, weil wir uns auch als Hüter des christlich-abendländischen Geistes betrachten. Abendland, christliches Abendland ist kein geographischer Begriff; es ist ein geistesgeschichtlicher Begriff, der auch Amerika mit umfaßt. Dieses christliche Abendland wollen wir mit zu retten versuchen. Wir wollen alles tun, was in unserer Kraft steht, in der Hoffnung und in der Überzeugung, daß Gott das deutsche Volk nicht verlassen wird.“<sup>122</sup> Mit seinen unterschiedlichen Wurzeln - der Anknüpfung an katholisch-konservative Abendländer bereits der 20er Jahre, dem Rekurrieren auf die kulturpessimistischen Thesen Spenglers, der Interpretation der totalitären Systeme als Erfüllung von dessen Prognosen, der bereits im Kaiserreich angelegten „borussischen“ Definitionen des abendländischen Begriffs, der Instrumentalisierung des Abendlandbegriffs in antibolschewistischer Wendung in den letzten Jahren des Krieges, der Berufung des konservativen Widerstands auf jenen Begriff - eignete sich der Abendland-Begriff in den 40er Jahren für die Forderung nach einer gesellschaftlichen Neuordnung auf nationaler und internationaler Ebene für christdemokratische Politiker besonders. Adenauers Argumentation entsprach dabei der Erklärung beider Kirchen für das Aufkommen totalitärer Strukturen.<sup>123</sup>

Adenauers Reden sprachen von „Schicksal“, von einer „göttlichen Ordnung“, der „CDU und CSU als Hüter des christlichen Geistes“ und kreierte somit eine neue „Schicksalsgemeinschaft“ mit christlichen Vorzeichen, die es zu verteidigen galt, wobei diese nun die USA mit umfasste. Doch diese „Schicksalsgemeinschaft“ implizierte auch die Forderung nach Gleichberechtigung, weshalb sich Adenauer immer wieder über die Besatzungsmächte negativ äußerte. Dennoch sah Adenauer sie als für die europäische Einigung notwendig an, denn die aktuell als falsch empfundene Politik sollte ja durch ein Europa der gleichberechtigten Staaten ersetzt werden.<sup>124</sup> Diese gleichberechtigte Stellung sollte vor allem durch eine „organische Entwicklung“ erreicht werden. Gerade mit diesen Formulierungen aber bot Adenauer diejenigen Anknüpfungsmöglichkeiten, die eher aus der Denkschule der Romantik, des Verklärenden und des Anti-Rationalen stammten.<sup>125</sup>

Adenauer alleine konstituierte die CDU der 40er Jahre nicht. Als bedeutsam für die europäischen Positionen der CDU müssen ebenfalls die Positionen anderer Flügel in der CDU vertreten werden. So wären natürlich Überlegungen des Wirtschaftsflügels und hier zum Beispiel Günter Henles zu nennen.<sup>126</sup> Er veröffentlichte im Januar 1950 eine Zusammenfas-

---

<sup>122</sup> Erster Parteitag der CDU der britischen Zone am 14./15 August 1947. Eröffnungsrede Adenauers. S. 15 f. ACDP. 07-001-3260.

<sup>123</sup> Zu den Wurzeln des Abendlandbegriffs siehe erneut: Schildt, zwischen Abendland und Amerika. S. 24 ff.

<sup>124</sup> Vgl. hierzu Schwarz, Adenauer 1. S. 467.

<sup>125</sup> Ausführlicher hierzu: Weidenfeld, Adenauer und Europa. S. 48 ff.

<sup>126</sup> Kurz zur Biographie und zum Wirken Henles als Wirtschaftspolitiker in der Europa-Union siehe Conze, Das Europa der Deutschen. S. 285 f. und S. 333-335.

sung über seine Auffassungen von der deutschen Außenpolitik.<sup>127</sup> Auf konservativer Seite seien einmal mehr die Abendländer mit ihren unterschiedlichen Schattierungen erwähnt, wobei vor allem die CSU Bayern als „die Festung des abendländischen „Denkens“ auffassete.<sup>128</sup> Ferner muss man für die CDU einflussreiche Personen innerhalb der Europäischen Bewegungen um Eugen Kogon und Walter Dirks mit ihren Frankfurter Heften erwähnen, ebenso wie Hans Ehard von der CSU als europäischen Föderalisten.<sup>129</sup> Als bekanntestes Beispiel sei jedoch Jakob Kaisers Brücken-Konzeption zwischen Ost und West genannt. Für Deutschland konzipierte er einen Status der „Blockfreiheit“, wobei Kaiser diesen Begriff selbst nicht benutzte. Deutschland sollte als nationale Einheit und trotz der Zoneneinteilung erhalten bleiben.<sup>130</sup> Kaiser entwickelte entgegen den Vorstellungen Adenauers, aber auch entgegen Schumachers Gedanken eine Konzeption mit dem Ziel, Deutschland als Ganzes in dem Zwischenraum zwischen den beiden Blöcken zu erhalten. Kaiser pochte auf den Erhalt des Deutschen Reiches mit der Hauptstadt Berlin. Nach der Ausweisung von Andreas Hermes und Schreiber übernahmen Ende 1945 Kaiser und Lemmer als christliche Gewerkschafter die Führung der CDUD in Berlin. Aus ihrer besonderen Position heraus entwickelte Kaiser seine Konzeption der Brücke, was sich auch auf die Rolle der eigenen Partei bezog.<sup>131</sup> Die CDUD sollte Brückenkopf in der Zone bleiben und sich schichtübergreifend zu einer Volkspartei entwickeln. Darüber hinaus forderte er die SPD zur Zusammenarbeit für eine Politik der nationalen Einheit auf, was jedoch Schumacher mit dem Hinweis zurückwies, dass die Konzeption Kaisers illusionär sei und dem SBZ-Regime einen demokratischen Anstrich beschere. Diesen „Feigenblattvorwurf“ wies Kaiser mehrmals mit dem Hinweis zurück, wonach die Union für die zwanzig Millionen Menschen in der SBZ habe Konzessionen machen müssen. Doch sollte das Jahr 1947 auch für Kaiser ernüchternd werden.<sup>132</sup>

Kaiser erkannte für Deutschland in einer Brücke „zwischen Ost und West“, in einem „eigenen Weg [...] zu neuer sozialer Gestaltung“ eine geschichtliche Aufgabe. Dem schloss er europapolitische Vorstellungen an.<sup>133</sup> Die Frage nach der deutschen Existenz, der Mittel und Wege nach dem Kriege stelle sich vollkommen neu. Es gelte, den Opfern des Widerstandes einen nachträglichen Sinn zu geben, „den Sinn eines geläuterten Deutschlands und einer für immer befriedeten Welt.“<sup>134</sup> Mit der Gründung einer konfessionsübergreifenden Partei ließe sich aus dem christlichen Glauben heraus eine neue Gesellschaft aufbauen, wobei er sich gegen die von dem überholten Liberalismus gewollte Trennung von Religion und

<sup>127</sup> Henle, Günter: Grundfragen der deutschen Außenpolitik. Vortrag im Industrielle-Club e.V. Düsseldorf, gehalten am 16.1.1950. ACDP. 07-001-3377.

<sup>128</sup> Schildt, zwischen Abendland und Amerika. S. 31 f.

<sup>129</sup> Siehe hierzu Ehard, Hans: Die europäische Lage und der deutsche Föderalismus. München 1948.

<sup>130</sup> Mayer, Tilman: Einleitung. In: Ders. (Hg.): Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Köln 1988. S. 17-133. S. 55. Siehe ebenso die Einleitung von Christian Hacke in Hacke, Christian (Hg.): Wir haben Brücke zu sein. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik. Reden Jakob Kaisers. Köln 1988. S. 11-69. Loth weist zu Recht darauf hin, dass Kaisers oftmals nur in nationaler Sicht interpretierte Theorie der Brücke eben auch eine europäische Perspektive gehabt habe. Loth, Die Europa-Diskussion in den deutschen Besatzungszonen. S. 106 f.

<sup>131</sup> Mayer, Einleitung. S. 55 ff.

<sup>132</sup> Mayer Einleitung. S. 59 ff.

<sup>133</sup> Mayer, Einleitung. S. 64. Die Rede ist abgedruckt in Mayer, Kaiser. S. 250-269.

<sup>134</sup> Ebd. S. 250 f.

Politik wandte. Schumachers „demagogische Art“ gegen die christliche Politik griff er an, wobei er hoffe, dass die „große Partei“ sich ihrer Rolle bewusst werde und das „Überlebte über Bord werfe“.<sup>135</sup>

Das Christentum biete die wichtigste Grundlage „gegen alle Verirrungen und Übersteigerungen politischer Extreme“, weshalb der Nationalsozialismus dieses habe auslöschen wollen. „Das fühlt das deutsche Volk und das fühlen die Völker rundum. Daher der starke Zug zu christlichen Parteien in ganz Europa.“ Neben der Notwendigkeit von Umverteilungen des Reichtums und auch von Enteignungen,<sup>136</sup> warnte Kaiser vor einem zu starken deutschen Separatismus, der „kein guter Weg für die Gesundung Deutschlands und Europas“ sei. „Echte Demokraten“ seien hingegen die Gewähr „gegen Tyrannei und sinnlosen Zentralismus und Mechanismus“ und „gegen einen Zerfall des Reiches“. „Sie sind auch auf die Dauer gesehen die besten Europäer.“ Kaiser selbst nannte sich „kein Mann des Föderalismus“, da das deutsche Volk stark zur „Eigenbrötlei“ neige. Es müsse ein „gut gegliederter Nationalstaat“ mit einem föderalistischen Zwei-Kammer-System entstehen, ohne jedoch ein „Staatenbund“ zu werden. Deutschlands und Berlins Aufgabe sei es „Brücke zu sein zwischen Ost und West um Deutschlands, um Europas willen.“<sup>137</sup>

Er bekannte sich „zur europäischen Schicksalsgemeinschaft“, deren Notwendigkeit durch „das Erdbeben des letzten Jahrzehnts“ deutlich geworden sei. Er sei nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen für diese Gemeinschaft, sondern „um der geistigen Werte, um der Kultur des Abendlandes willen, denen die Vereinigten Staaten von Europa zu dienen, die sie zu erhalten, zu pflegen und weiterzugeben haben. Und doch empfinde ich immer ein inneres Widerstreben, wenn ich heute von deutschen Politikern den Ruf nach den Vereinigten Staaten von Europa höre.“ Denn Deutschland sei „kein Reich, kein Staat, keine Gemeinschaft, kein Volk. Eine gestaltlose Masse von Heimatlosen, Hungernden, Leidenden. Mir will scheinen, als sei dieser Zustand Deutschlands nicht der geeignete Augenblick, nach den Vereinigten Staaten von Europa zu rufen. Es gilt, vielmehr zunächst das Schicksal zu meistern, das Deutschland heißt.“

Es sei zwar bereit, vertrauensvoll mit den benachbarten Völkern zusammenzuarbeiten, doch könne Europa „kein Ausweg aus der deutschen Verzweiflung“ sein, sondern müsse auf einem neuen, fortschrittlichen Deutschland aufbauen. Das vereinte Europa dürfe keine „Flucht aus dem deutschen Schicksal“, „sondern [müsse] Bereitschaft zu engster europäischer Gemeinschaft aus einem gesunden und geläuterten Selbstbewusstsein heraus sein.“ Dabei dürfe weder Deutschland selbst noch dessen wirtschaftliches Potenzial geteilt werden, denn dessen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sei für ein freies und demokratisches Europa wichtig, das nur durch das freie Selbstbestimmungsrecht der Menschen erreicht werden könne. Eine willkürliche Grenzziehung sei hingegen das Merkmal einer „veralteten Doktrin“ und würde dem Ziel des „gerechten Friedens“ widersprechen.<sup>138</sup> Dies widerspräche dem Ziel, gerade der jungen Generation „Recht und Gerechtigkeit“ als Werte nahe zu bringen, was „Ausgangspunkt für moralische und politische Gesundung“ sei.<sup>139</sup>

---

<sup>135</sup> Ebd. S. 252.

<sup>136</sup> Ebd. S. 253 f.

<sup>137</sup> Ebd. S. 259 f.

<sup>138</sup> Ebd. S. 262 f.

<sup>139</sup> Ebd. S. 264.

Seine außen- und deutschlandpolitische Konzeption verband sich mit innenpolitischen Idealen, die eine Wirtschafts- und Sozialstruktur Deutschlands zwischen den beiden Blöcken als geeignet ansahen. Demnach half nach Kaiser auch keine Tabuisierung der sozialen Veränderungen in der Ostzone, sondern nur die aktive Auseinandersetzung mit diesen.<sup>140</sup>

Kaisers Überlegungen verloren aufgrund seiner Niederlage auf dem zweiten „Reichstreffen“ der CDU in Königstein im Februar 1947, bei dem Adenauer verhindern konnte, dass Kaiser zum außenpolitischen Sprecher gewählt wurde, und der gleichzeitigen außenpolitischen Verschärfung durch Trumandoktrin, Marshallplan und dem Scheitern der Moskauer Konferenz zunehmend an Bedeutung.<sup>141</sup> Dennoch hielt er an seiner Konzeption fest. Er lobte den Marshallplan als notwendigen Beitrag zum Wiederaufbau Deutschlands, thematisierte aber zugleich die Gefahren, die aus diesem drohten. Zunehmend kritisierte er die Politik in der SBZ und forderte für die SBZ eine Mittlerrolle. Die SED und die sowjetische Militäradministration reagierten mit Repressionen, so dass Kaiser Ende 1947 die SBZ verlassen musste. Die Position Deutschlands in Europa hatte Kaiser noch am 6.9.1947 auf der Jahrestagung der CDU in Berlin dargestellt.<sup>142</sup> Über Kaisers außenpolitische Konzeption kam es erneut im September 1947 zu erbitterten Diskussionen auf der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft in Koblenz.<sup>143</sup> In seiner Rede auf der Jahrestagung in Berlin mahnte Kaiser angesichts der internationalen Situation den „Bestand unseres Volkes“ an. Dabei verfüge gerade das deutsche Volk über die wirtschaftlichen Potenziale, die für die Gesundung und das Zusammenwachsen Europas vonnöten wären. Nur eine „ausgeglichene politische und wirtschaftliche Ordnung“ in Deutschland „zwischen Ost und West“ könne Europa befrieden.<sup>144</sup> Gerade weil man aus dem Dritten Reich gelernt habe, sei Deutschland bereit und habe die Aufgabe, vermittelnd zwischen den beiden Blöcken zu wirken, bei denen es sich um zwei sich anscheinend ausschließende „Ideenwelten“ handele.<sup>145</sup> Statt sich gegenseitig konkurrierende Pläne zu entwerfen sollten die Alliierten einen gemeinsamen Plan entwerfen. Nur so ließen sich Forderungen nach Reparationen erfüllen. Was die ostdeutschen Gebiete anging, beharrte er auf dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen.<sup>146</sup>

Kaiser forderte, dass parteiübergreifend für die Einheit Deutschlands gekämpft werden müsse. Klar sei jedoch, dass sich Deutschland sowohl im Westen wie im Osten gegen den „dogmatischen Marxismus“ entschieden habe. Fußend auf „den sittlichen Grundsätzen des christlichen Abendlandes“ „wollen [wir] Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus und

<sup>140</sup> Mayer, Einleitung. S. 69 ff. In der Rede vom Juni 1946 spricht Kaiser von einem notwendigen „Neubau unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung von Grund auf. Und zwar eines Neubaus, dessen Wesensmerkmal das Soziale ist.“ In: Ders., Kaiser. S. 255. Kaiser macht aber klar, dass sich die christliche Sozialauffassung und der Marxismus ausschließen würden, da sie grundverschieden seien, denn der Marxismus sei eine „materialistische Weltauffassung“. Die Wirtschaft dürfe niemals den Menschen beherrschen. Ebd. S. 256 f. Dort spricht er auch davon, dass es Aufgabe gerade der christlichen Arbeitnehmervertreter sei, das „Reich“ zusammenzuhalten. Ebd. S. 257.

<sup>141</sup> Mayer, Einleitung. S. 65 ff. Siehe zum Treffen von Königstein das Protokoll sowie die Aufzeichnungen von Gerigk, Kaiser und Adenauer. In Buchstab, Die Unionsparteien 1946-1950. S. 19-57.

<sup>142</sup> Mayer, Einleitung. S. 67 ff. Rede vom 6.9.47 in Mayer, Kaiser. S. 334-352.

<sup>143</sup> Siehe Buchstab, Die Unionsparteien 1946-1950. S. 128-144.

<sup>144</sup> Mayer, Kaiser. S. 334 f.

<sup>145</sup> Ebd. S. 339 ff.

<sup>146</sup> Ebd. S. 344-347.



seiner totalitären Tendenzen sein.“<sup>147</sup> Damit war allerdings keine reine Übernahme westlicher Vorstellungen verbunden, denn die Union müsse sich gegen die „Restauration alter Ordnungen“ wenden. „Sie ist sich in ihrer Gesamtheit bewußt, daß das Zeitalter liberalistischer, kapitalistischer Ordnungen hinter uns liegt. Ihr Ziel ist ein fortschrittliches Deutschland, in dem der Ausgleich zwischen Freiheit und Bindung in der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gestaltung gefunden werden muß.“ Für Deutschlands eigene Verfasstheit müsse im Osten und Westen Verständnis gefunden werden, womit Kaiser auch direkt schon die Grenzen und die Illusion seiner Konzeption deutlich machte. Man wolle „weder Kapitalismus noch Kommunismus“ sondern wolle „in Ruhe“ an der „Idee der gesunden Mitte“ arbeiten. „Sie entspringt der Einsicht, daß nur eine bestimmte Abgeklärtheit des politischen und sozialen Lebens unserem Volke wieder Ruhe, Ordnung und kulturellen Aufstieg ermöglichen. Deutschland zwischen Ost und West, ein solider Hort des Friedens und ein neu zusammenwachsendes Volk der Ordnung, des Fortschritts und der Aufgeschlossenheit für östliche und westliche Kultur.“<sup>148</sup>

Mit seiner „Emigration“ nach Westdeutschland verlor Kaiser zunächst sein ehemaliges Machzentrum, baute sich dieses jedoch mit dem Vorsitz der Sozialausschüsse und der Gründung der Tageszeitung „Der Tag“ wieder auf. Auch in den Jahren 1948 und 1949 sollte Kaiser ein Mahner für ein einiges Deutschland sein, wobei er dies mit der Forderung nach einer sozialen Neuordnung verband. „Alle Politik mußte sich daran messen lassen, auch die Europapolitik, die nicht auf Kosten der Nationalstaaten, sondern auf ihnen aufbauend entwickelt werden sollte.“<sup>149</sup> Kaiser pflegte eine enge Zusammenarbeit mit Gustav Heinemann. Als Oberbürgermeister von Essen bot er Kaiser einen Wahlkreis an, den Kaiser 1949 gewinnen konnte. Beide verband dabei eine gemeinsame soziale sowie deutschlandpolitische Ausrichtung, zumal Heinemann vom Juli 1946 bis Dezember 1947 mehrmals in Berlin gewesen war und Kaiser unterstützt hatte. Kaiser soll sich bei der Regierungsbildung 1949 für Heinemann stark gemacht haben. Während sich beide gegen den Beitritt Deutschlands zum Europarat aufgrund von Bedenken für die Wiedervereinigung aussprachen, folgte Kaiser Heinemann bei dessen Verlassen des Kabinetts Mitte 1950 nicht.<sup>150</sup>

#### Parteienkooperation und Europäische Bewegungen

Ab dem Sommer 1947 und in den folgenden Jahren blühte die Europäische Bewegung auf. Die Abendländer begrüßten in der Zeitschrift „Neues Abendland“ die europäischen Einigungsbemühungen, ließen sie sich doch mit ihrem Antibolschewismus und dem aufkommenden Kalten Krieg verbinden. Die katholischen Abendländer konnten dabei in den kommenden Jahren den überwiegenden Einfluss der USA für das westliche Bündnis leichter

<sup>147</sup> Ebd. S. 349 f. Letztes Zitat S. 350.

<sup>148</sup> Ebd. S. 352. Siehe hierzu auch die Ausführungen Kaisers auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Unionsparteien in Berlin vom 28. und 29.12.1947. In: Buchstab, Die Unionsparteien 1946-1950. Nr. 11. Insbesondere S. 154-156.

<sup>149</sup> Mayer, Einleitung. S. 79 ff. Kommentar von Mayer auf S. 81.

<sup>150</sup> Mayer, Einleitung. S. 81-84. Kaiser kommentierte das Verlassen Heinemanns in Essen am 19.11.1950 mit folgenden Worten: „Ich bedaure aufrichtig, daß ich den Freund und Kameraden im Kabinett verloren habe. Denn wir waren stets einig in unserem sozialen Willen.“

als die protestantischen Abendländer akzeptieren, die dem zukünftigen Partner von jenseits des großen Teiches mit einem kulturellen Überlegenheitsgefühl begegneten. In der konservativ katholischen Zeitschrift kursierten Artikel, die von einem geeinten Europa mit Kern in Süd- und Westeuropa einschließlich der iberischen Halbinsel gegen die bolschewistische Diktatur träumten.<sup>151</sup>

So forsch traten die deutschen Politiker indes nicht auf. Adenauers abwartende Einstellung gegenüber den Europäischen Bewegungen, die in seinem Brief an Heile von Anfang 1947 zum Ausdruck kam, änderte sich im Laufe des Jahres 1947. Ab 1948 nimmt Adenauer an unterschiedlichen europäischen Foren teil, wobei die Organisationen der Parteienkooperation zwischen den christdemokratischen Parteien Europas überwiegen.

Die offizielle Organisation für die christdemokratische Parteienkooperation stellten die Nouvelles Equipes Internationales (NEI) dar, zu der die CDU/CSU ab 1947 eingeladen wurde.<sup>152</sup> Diese verfügten bald über eine feste Struktur mit einer Administration, die für einen geregelten Austausch zwischen den christlichen Parteien sorgte. Programmatisch stellten die Teilnehmer an den Treffen der NEI in den 40er Jahren immer wieder fest, dass das Entstehen der totalitären Regime die Folge des Liberalismus mit seinem „Materialismus“ sei. Auf dem Kongress der NEI in den Haag im Mai und dem Kongress in Interlaken im September 1948 wurde deshalb eine Rückbesinnung auf christliche Individualrechte gefordert. Dieser könne nur durch einen „europäischen Geist“ erreicht werden, der durch „antike Weisheit“, dem Freiheitsideal und dem Rechtsstaatsprinzip gekennzeichnet sei. Eine christliche Erneuerung sei in Abgrenzung zum Liberalismus, dem demokratischen Sozialismus und insbesondere gegen den Totalitarismus vonnöten.<sup>153</sup> Der christlich demokratische Ansatz sei in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik die einzige „geistige und politische Alternative“. Die neue Wirtschaftsordnung sollte ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hervorbringen. Dabei sollte der Staat im Sinne des Subsidiaritätsprinzips in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen und seine Sozialpolitik daran ausrichten.<sup>154</sup>

Anfang 1948 nahm erstmals eine deutsche Delegation an einem NEI Kongress teil, die mit Adenauer, Jakob Kaiser aber auch mit Joseph Müller von der CSU hochkarätig besetzt war. Die vorerst beabsichtigte Einladung von Vertretern des Zentrums wurde von den Vertretern der Union verhindert. Vor dem Forum betonte Adenauer erneut die Notwendigkeit eines europaweiten Wiederaufbaus, der gleichberechtigten Eingliederung Deutschlands mit der Voraussetzungen der Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich. Mit seiner Kritik an Preußens Militär kam Adenauer den antimilitaristischen Aussagen der anderen europäischen Christdemokraten entgegen, die die Teilung Deutschlands unter dem Ge-

---

<sup>151</sup> Schildt, zwischen Abendland und Amerika. S. 41 ff.

<sup>152</sup> Daniela Preda beschreibt, dass 1947 neben der „*Mouvement socialiste pour les États-Unis d'Europe*“ (MSEUE) auch die NEI im März 1947 gegründet worden sei. Im September 1947 sei darüber hinaus die europäische Parlamentarier-Union von Coudenhove-Kalergi gefolgt. Preda, Daniela: Alcide De Gasperi federalista europeo. Bologna 2004. S. 151. Preda gibt einen guten Überblick über die europäischen Organisationen in den 40er Jahren. Ebd. S. 150 ff. Einen Überblick über die zahlreichen katholischen transnationalen Kontakte gibt Kaiser in Kaiser, Christian Democracy. S. 167-190. Zur NEI ebd. S. 191 ff. Zur Einladung der deutschen Christdemokraten. Ebd. S. 200 f.

<sup>153</sup> Kaiser, Begegnungen. S. 143-144.

<sup>154</sup> Ebd. S. 144-145. Ebenso S. 146 f.

sichtspunkt der eigenen Sicherheit sahen. Stattdessen wurde die Bedeutung eines christlichen Westdeutschlands mit der demokratischen Tradition der Reichsstädte betont.<sup>155</sup> Die NEI wurde Mitveranstalter des Kongresses in Den Haag im Jahr 1948, an dem auch Adenauer teilnahm.<sup>156</sup> Adenauer äußerte sich am 24.5.48 erfreut über den Kongress und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die „Europa-Föderation weitergehen“ möge und dass sich nun die „parlamentarische Union“ dem Projekt annehmen sollte.<sup>157</sup> Vor Mitgliedern der CDU fasste er die unterschiedlichen Argumente für einen europäischen Zusammenschluss zusammen: Er könne den anderen Ländern das Gefühl der Sicherheit gegen ein Ausbreiten Russlands geben und Europa, gestützt auf die kolonialen Besitzungen, helfen zu einer dritten Macht zu werden. Hier liege „wahrhaftig die Rettung Europas und die Rettung Deutschlands.“<sup>158</sup> Trotz allen Pathos wurde die Europäische Bewegung auch parteipolitisch bewertet. So bewertete Adenauer das Gründungstreffen des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung als „eine sorgfältig vorbereitete Kundgebung mit sozialistischem Hintergrund“, wobei er sich auf Aussagen von Jakob Kaiser stützte. Seebohm von der konservativen Deutschen Partei (DP) beklagte sich bei Adenauer im Juni 1949, dass „das Unternehmertum“ kaum vertreten sei.<sup>159</sup>

Die christdemokratischen Parteien selbst trafen sich in zwei verschiedenen Zirkeln auf europäischer Ebene. Die CDU versuchte ähnlich wie die SPD mit ihren christlichen Schwestern im Ausland Kontakte zu knüpfen. Dabei knüpfte man an die ehemaligen Widerstandserfahrungen an und wählte unter anderem Genf als einen Ort der Begegnung aus.<sup>160</sup> Nach Brentano, der in der Fraktionssitzung vom 30.11.1949 ausführlich über seine Reise nach Genf und Paris im Herbst 1949 berichtete, waren „alle Beteiligten“ entschlossen [...] eine wirklich echte und wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas mit allen Mitteln zu fördern“ und Hindernisse zu beseitigen. Es sei auch über einige Politikbereiche speziell geredet worden und man habe etwas über neue gesetzliche Regelungen in anderen Ländern erfahren habe. Grundsätzlich gebe es große Gemeinsamkeiten mit den Schwesterparteien.<sup>161</sup> Inwiefern sich die CDU an der Politik der Schwesterparteien orientierte und wie weit diese Rede Brentanos einfach nur einem europäischen Pathos gefolgt ist, bleibt fraglich. Dennoch ermöglichte der exklusive Genfer Kreis, an dem Adenauer 1948 und 1949 teilnahm, die Kontaktaufnahme mit den französischen Christdemokraten, wobei die Anwesenheit von Vertretern anderer westeuropäischer Parteien mit ihrem wirtschaftlichen Interesse an einem Wiederaufbau Deutschlands das Drängen Frankreichs aufgrund der eigenen Sicherheitsfragen zu relativieren halfen. An den Treffen des Genfer Kreises nahmen auch Brentano und

---

<sup>155</sup> Kaiser, *Begegnungen*. S. 142-143.

<sup>156</sup> Kaiser, *Begegnungen*. S. 152 f.

<sup>157</sup> Morsey, *Adenauer Briefe 47-49*. S.236 f. Brief an Paul Silverberg.

<sup>158</sup> Schwarz, *Adenauer 1*. S. 560 f. Zitat S. 561. Schwarz zitiert hier Adenauer auf einer Veranstaltung der CDU in der britischen Zone in Bad Meinberg am 19./20.5.48. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): *Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946-1949*. Bonn 1975. S. 497 bzw. S. 499.

<sup>159</sup> Morsey Rudolf und Schwarz, Hans-Peter (Hg.): *Adenauer. Briefe 1949-1951* (bearbeitet von Hans Peter Mensing). Berlin 1985. S. 52. Siehe auch die Anmerkungen zu Nr. 38 A.

<sup>160</sup> Siehe Gehler, Michael: *Der „Genfer Kreis“: Christdemokratische Parteienkooperation und Vertrauensbildung im Zeichen der deutsch-französischen Annäherung 1947-1955*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 49 (2001). S. 599-625.

<sup>161</sup> Bracher, Karl Dietrich (Hg.): *Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 1949-1966*. Sitzungsprotokolle 1949-1953. Düsseldorf 1998. Nr. 53. S. 111.

Fritz Schäffer regelmäßig teil.<sup>162</sup> Innerhalb des Genfer Kreises warnte Adenauer im Dezember 1948 eingängig vor einer von der SPD regierten und an Großbritannien angelehnten Bundesrepublik. Diesem größeren sozialistischen Europa stellte man im Rahmen des Genfer Kreises ein kleineres Kontinentaleuropa unter starkem christdemokratischem Einfluss entgegen.<sup>163</sup> Für Adenauer hatte dieses weitergehende sicherheitspolitische Überlegungen zur Folge. Seiner Meinung nach würde Großbritannien unterstellen, dass die sowjetischen Truppen am Ärmelkanal halt machen würden, weshalb man keinen ernsthaften britischen Beitrag zur Verteidigung Europas erwarten könne. Daher könne es nur eine Verbindung mit Frankreich geben. Adenauer erwähnte hier erstmals die Möglichkeit deutscher Truppen im europäischen Rahmen. Dörpinghaus führte jedoch im Juni 49 aus, dass Europa entweder mit Deutschland und Frankreich oder mit Deutschland und Großbritannien gebaut werden würde.<sup>164</sup> Die Kontakte im Bereich der internationalen Parteienkooperation schufen neues Vertrauen zwischen den Politikern und vor allem gegenüber den Deutschen. Dennoch war der konkrete Nutzen gering. So stellte Dr. Six in seinen Ausführungen auf einer Tagung der Jungen Union am 17.11.1948 in Königsstein fest: „Die Zusammenarbeit der christlichen Parteien Westeuropas läßt noch sehr zu wünschen übrig.“<sup>165</sup>

#### Entwicklung zur Staatlichkeit – die CDU, Europa und die Gründung des Weststaats

Mit der sich anbahnenden Weststaatsgründung im Jahr 1948 drängte sich die Frage nach dem Einbezug dieses neuen Deutschlands in eine europäische Ordnung auf.<sup>166</sup> Auf unterschiedlichen Ebenen kam es zu Äußerungen von Vorstellungen über eine mögliche europäische Ordnung. Im Deutschland-Union Dienst der CDU am 12.5.1948 wurde eine Proklamation des Landesverbandes der CDU Rheinland-Pfalz zu den zu berücksichtigenden Verfassungsgrundsätzen für das neue Grundgesetz veröffentlicht. Der Föderalismus sollte als „Ordnungsprinzip“ auch auf Europa angewendet werden, damit ein „nach den vorstehenden Grundsätzen gestaltetes föderalistisches Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied in die Konföderation der europäischen Staaten eintritt“. Vor allem mit den westeuropäischen Völ-

<sup>162</sup> Schwarz, Adenauer I. S. 558-560. Siehe zur christdemokratischen Parteienkooperation auch Gehler, Michael und Kaiser, Wolfram: "Transnationalism and early European Integration: the Nouvelles Equipes Internationales and the Geneva Circle, 1947-1957", in: *Historical Journal* 44 (2001). S. 773-798. Matl, Saskia: "Europäische Christdemokraten auf dem Weg zur transnationalen Zusammenarbeit?", in: Jürgen Mittag (Hg.), *Politische Parteien und europäische Integration*. Essen 2006. S. 289-312. Kaiser betont, dass Adenauer die transnationalen Kontakte nie genutzt habe, um territoriale Ansprüche geltend zu machen, sondern hier die Fordernden, wie zum Beispiel Jakob Kaiser, diskreditiert habe und somit die Außenpolitik der CDU kontrollieren wollte. Kaiser, *Christian Democracy*. S. 178. Sowie S. 209 ff. Die Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes stand im Vordergrund der christdemokratischen Parteienkooperation, zumal sich Adenauer und Schuman als zentrale Protagonisten wahrscheinlich schon von vor 1933 kannten. Ebd. S. 214.

<sup>163</sup> Kaiser, *Christian Democracy*. S. 232 f.

<sup>164</sup> Ebd. S. 233 sowie S. 272.

<sup>165</sup> ACDP. 07-001-3203. Vertrauliche Informationen Nr. 15. vom 6.12.1948 der Arbeitsgemeinschaft der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Union Deutschlands. Der vertrauliche Informationsdienst war nur für einen ausgewählten Kreis gedacht und keinesfalls für die Veröffentlichung. Siehe das Schreiben von Dörpinghaus an Eberhard von Blankenhagen vom 22.11.1948. In: ACDP. 07-001-3203.

<sup>166</sup> Kurz zusammenfassend zu der alliierten Politik und die Einbindung eines neuen Bundesstaates in ein gemeinsames Europa: Bermanseder, *Parlamentarischer Rat*. S. 30-37.

kern sollte eine „möglichst enge, politische, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit“ angestrebt werden. Nachdem in den letzten Jahrhunderten zwischen diesen so viele „Bruderkriege“ stattgefunden hätten, müsse „jegliche nationalistische Engherzigkeit“ überwunden „und eine dauerhafte Friedensordnung auf der Grundlage der Gerechtigkeit“ gestaltet werden.<sup>167</sup>

Für ein stabiles Europa müsse aber Deutschland mithilfe der ERP Gelder wirtschaftlich gesunden.<sup>168</sup> Doch die Einschätzung des Marshallplanes war bei den Christdemokraten nicht ungetrübt. Angesichts der Versorgungsprobleme im Winter 47/48 betonte Adenauer, dass der Marshallplan komplett zu scheitern drohe, „wenn nicht mit größter Schnelligkeit von Amerika erhebliche Nahrungsmittelmengen in die britische und amerikanische Zone gebracht“ würden. „Eine Rettung Europas ist ja überhaupt nur durch US möglich.“<sup>169</sup>

Kaiser hielt unvermindert an einer vermittelnden Rolle Deutschlands zwischen Ost und West fest. So lobte er am 2.2.48 in Köln, dass England erkannt habe, wie wichtig der Handel mit der Sowjetunion und mit Osteuropa für „die Gesundung Gesamteuropas“ sei. „Europa kann nicht gesunden, wenn sich Ost und West feindselig gegenüberstehen.“<sup>170</sup> Dennoch machte er für die Spaltung Deutschlands stärker die östlichen Machthaber verantwortlich, obwohl auch er bei den Westalliierten Versäumnisse sah. Vor allem Frankreich müsse für Deutschland mehr zulassen als einen „lockeren Staatenbund“, denn es gehe um die bloße „nackte europäische Existenz. Durch die Nichtbeachtung des deutschen Einheitsverlangens kann diese Rettung nur verzögert werden. Durch Behinderung wirtschaftlicher Gesundung könnte sie sogar vereitelt werden, „denn soziales Elend ist noch immer der Wegbereiter geistiger Verwirrung gewesen. Deshalb gilt noch einmal: Vertrauen.“

Wenn Berlin die Berlin-Blockade bestehe, die eine Reifeprüfung der Demokratie sei, dann könne Deutschland als „gleichberechtigter Faktor in die europäische Gemeinschaft aufgenommen“ werden. „Deutschland verlangt danach nicht nur um seiner selbst, sondern um Europas willen.“<sup>171</sup>

Neben diesem Misstrauen wies Kaiser den Westalliierten die Schuld zu, dass die Sowjetunion in Europa angekommen sei, da kein westalliiertes Staatsmann den Mut auf den Konferenzen des Krieges gehabt habe, der „neuen Bedrohung“ ins Gesicht zu sehen. Dies sei nur durch die „besonnene[n] Freiheitskämpfer in Deutschland“ geschehen. Die sollten aus diesem Fehler ihre Lehren ziehen und „Weisheit und Gerechtigkeit gegenüber Deutschland walten lassen. Sie mögen es tun um der Solidarität aller freiheitsliebenden Kräfte in Europa willen. Auf diese Weisheit und Gerechtigkeit warten nicht nur die freiheitsliebenden Kräfte im Westen Europas. Sie warten auch in der Ostzone. Sie warten im Osten Deutschlands. Sie warten in ganz Osteuropa“, wo die Völker von einem „Freiheitswillen ergriffen“ seien.<sup>172</sup> In Berlin aber werde „das Schicksal Europas“ entschieden, sei das „Schicksal des Abendlan-

<sup>167</sup> ACDP. 07-001-3226. DUD Nr. 39. Blatt 5. Verantwortlich zeichnete sich der Landesgeschäftsführer der CDU-Rheinland-Pfalz, Ludwig Wagner.

<sup>168</sup> Ebd. Blatt 3.

<sup>169</sup> Brief Adenauers an Simon J. Vogel vom 26.1.48. Morsey, Adenauer Briefe 47-49. S. 161 f.

<sup>170</sup> Rede Kaisers in Köln am 2.2.48. In: Mayer, Kaiser. S. 409-423. Zitat auf S. 420.

<sup>171</sup> Rede Kaisers in Berlin vom 16.7.48. In: Mayer, Kaiser. S. 439-450.

<sup>172</sup> Rede Kaisers in Bochum vom 19.9.48. In: Mayer, Kaiser. S. 454-465. Zitate: Ebd. S. 456. Ähnlich äußerte sich Kaiser auf dem Parteitag des CDU-Landesverbandes Berlin am 3.4.1949, als dieser von dem Fehler der Alliierten sprach, „Asien an die Elbe zu bringen“. In: Hacke, Kaiser. S. 406-413. Zitat S. 407.

des in voller Dramatik“ vorhanden. Berlin habe dies verstanden. „Was nützen europäische Tagungen und internationale Konferenzen, wenn sich einzelne europäische Länder noch immer in eine künstliche Angst vor dem deutschen Wiederaufstieg hüllen.“ Frankreich sei zwischen der Furcht vor Deutschland und der Gefahr des Kommunismus hin und her gerissen.<sup>173</sup> Auch Adenauer verstand es, auf der nationalistischen Klaviatur zu spielen. So bezeichnete er die Mitglieder der SED, die die Berlinblockade unterstützten und die „Vorgänge in der Ostzone billigten“ als „keine Deutschen mehr“. Man strebe mit Frankreich ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis an, aber es gebe in Frankreich Kreise, die ein erstarktes „Westdeutschland“ fürchteten, da dieses sich mit „Sowjet-Rußland“ verbünden könne.<sup>174</sup>

Wie freudig konnten da die Beschlüsse der Europäischen Bewegungen aufgefasst werden. So betonte Kaiser am 3.4.49 auf dem Parteitag der CDU in Berlin, dass die Büsseler Tagungen „die Selbstverständlichkeit künftiger deutscher Einheit feierlich proklamiert hat“, denn Deutschland könne nur geeint wirtschaftlich gesunden. „Es kann seine politische Aufgabe in einem geordneten Europa nur als Einheit erfüllen.“<sup>175</sup> Doch in der CDU äußerte man immer wieder Befürchtungen, dass die Kluft zwischen den europäischen Staaten noch groß sei.<sup>176</sup> Die bittere reale Machtpolitik bot somit eine optimale Kontrastfolie für rosarote europäische Visionen. Diese fanden parteiübergreifend – ohne die Kommunisten – grundsätzliche Zustimmung, wie an den Eröffnungsworten des Parlamentarischen Rates im September 1948 deutlich wurde.<sup>177</sup>

Im Verhältnis zu Frankreich wog vor allem das Ruhrstatut schwer, welches die Arbeitsgemeinschaft der Unionsparteien am 8. und 9.1.1949 als „einseitige, schwere Belastung“ verurteilte, die „mit dem erstrebten Ziel einer europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf die Dauer nur dann vereinbart werden [kann], wenn der Gedanke einer Kontrolle der Wirtschaftskraft eines Volkes auf übernationale genossenschaftliche Grundlagen erweitert wird.“

<sup>173</sup> Ebd. S. 458.

<sup>174</sup> Morsey, Adenauer Briefe 47-49. S. 387. So zumindest Adenauer in einen Brief an Erich Köhler vom 18.1.1949.

<sup>175</sup> Hacke, Kaiser. S. 409.

<sup>176</sup> So Adenauer auf einer Vorstandssitzung vom 3.8.48. ACDP. 07-001-3203. Vertrauliche Informationen Nr. 6. 6.8.1948. S. 3-4.

<sup>177</sup> Siehe hierzu Bermanseder, Parlamentarischer Rat. S. 117-126. Die Eröffnungsredner für die Sozialdemokraten und die Christdemokraten waren Schmid und Süsterhenn gewesen, die ein wieder „zu organisierendes“ deutsches Staatswesen mit einer europäischen Perspektive verbanden. Beide Hauptredner waren zu diesem Zeitpunkt für die Föderalisten aktiv und hatten sich bereits auf der Tagung der Europäischen Bewegung in Bad Homburg 1948 ein erbittertes Duell über die Frage geliefert, ob Westdeutschland direkt in Westeuropa integriert werden sollte oder ob, wie Schmid es forderte, eine Integration aufgeschoben werden sollte, um eine Zementierung der deutschen Teilung zu vermeiden. Schmid setzte sich auf der Tagung durch. Ebd. S. 120. Weber, Schmid. S. 323. Ein weiteres Indiz war die Forderung des Mitwirkens als gleichberechtigtes Mitglied in einer europäischen Gemeinschaft schon in der Präambel des Grundgesetzes. Ebd. S. 150 f. Ähnlich kann man die breite Zustimmung zu den Aussagen des Alterspräsidenten Löbes anlässlich der Eröffnungssitzung des Deutschen Bundestages 1949 bewerten. Demnach hob er den „Wunsch Deutschlands hervor, 'ein aufrichtiges, friedliebendes, gleichberechtigtes Glied der Vereinigten Staaten von Europa' zu werden“, was mit allgemeinem Beifall bedacht wurde. Zitiert bei: Burkhardt, Armin: Das Parlament und seine Sprache: Studien zu Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation. Tübingen 2003. S. 63.

Das deutsche Volk wünscht, im Rahmen einer solchen wahrhaften europäischen Gemeinschaft mitzuarbeiten, deren Schaffung allein die Vorleistungen rechtfertigen könnte, die dem deutschen Volk durch das ihm auferlegte Ruhrstatut zugemutet wird.“<sup>178</sup> Die Union sprach sich also ebenso wie die SPD gegen das Ruhrstatut aus und verband ihre Kritik direkt mit dem Ziel einer europäischen Zusammenarbeit, womit ein scharfer nationalistischer Ton vermieden werden konnte. Doch auch innerhalb der Union waren die Mittel nicht unumstritten, wie die Diskussion in der Arbeitsgemeinschaft über die Formulierung der Erklärung vor dem Hintergrund unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Vorstellungen und unterschiedlicher Akzentuierung des Verlusts deutscher Gebiete zeigte.<sup>179</sup> Dennoch versuchte die CDU sich in den Forderungen gegenüber Frankreich zurückzuhalten. So versicherte Adenauer am 19.3.1949, dass er die Saar im gesamten Wahlkampf nicht erwähnen wolle.<sup>180</sup> Die Verbindungen der SPD zur *Labour Party* waren hingegen stets Thema bei Adenauer seit 1946 und gingen gar soweit, dass er hiermit aufgrund einer Rede einen Besuch in Großbritannien absagen musste.<sup>181</sup> *Labour* unterstütze die SPD nicht nur aus ideologischen Gründen, sondern auch, um der britischen Industrie deutsche Konkurrenz vom Leibe zu halten.<sup>182</sup> Adenauer verband seine Kritik an der britischen Politik mit dem Vorwurf, die SPD stecke mit der britischen Regierung unter einer Decke. So habe die britische Regierung der sozialdemokratischen Führung schon im März mitgeteilt, dass die Alliierten die Bedenken gegenüber dem Grundgesetz revidieren würden, womit der Widerstand der SPD gegen den Einspruch der Alliierten gegen den Entwurf des Grundgesetzes nur gespielt gewesen sei. Dieser Vorwurf wurde im Wahlkampf breit gestreut.<sup>183</sup>

Nicht die Außenpolitik oder die Einbindung Deutschlands in ein geeintes Europa waren im Parlamentarischen Rat umstritten, sondern das Elternrecht und damit die Frage der konfessionellen Schulen bildeten einen Hauptstreitpunkt. Die europäische Einigung diente Adenauer als globales Argument für unterschiedliche Zwecke. So forderte er in einem Brief den Kölner Kardinal Frings auf, vor allem die Erfolge bei der Aushandlung des

---

<sup>178</sup> Buchstab, Die Unionsparteien 1946-1950. S. 369

<sup>179</sup> Ebd. S. 351-362.

<sup>180</sup> Ebd. S. 461.

<sup>181</sup> Schwarz, Adenauer 1. S. 611.

<sup>182</sup> Ebd. S. 535 f. Siehe hierzu auch die Ausführungen Adenauers auf der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft vom 26.4.1949 in Königswinter, worin er vor einem Wahlsieg der SPD warnt, da diese zusammen mit der *Labour Party* dann Europa sozialistisch gestalten könne. In: Buchstab, Die Unionsparteien 1946-1950. S. 474. Hier ist auch die Rede von einer „viel verständigeren europäischen Politik“ von Seiten Frankreichs im Vergleich zu der Politik Englands. Dies sei von einem amerikanischen Vertreter, wahrscheinlich Kennan, gegenüber Carlo Schmid geäußert worden. Die europäische „Frage“ sei für die USA entscheidend. Ferner biete sich durch den Europarat und die Annahme des Grundgesetzes in den drei Westzonen die Chance, direkt gleichberechtigt in den Europarat aufgenommen zu werden, was ein großer Schritt zur Gleichberechtigung sei. Ebd. S. 475.

<sup>183</sup> Schwarz, Adenauer 1. S. 612. Sonst beschränkte sich der Wahlkampf vornehmlich auf die wirtschaftspolitische Auseinandersetzung. Siehe: Koch-Wegener, Anette: "Der Bundestagswahlkampf 1949 von CDU und SPD im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft", in: Jakob, Nikolaus (Hg.): Wahlkämpfe in Deutschland: Fallstudien zur Wahlkampfkommunikation 1912 – 2005. Wiesbaden 2007. S. 97-111. Trotz der offensichtlich einseitigen Einsichtnahme nur in das Archiv der Christlichen Demokratie kommt die Autorin zu den richtigen Schlüssen, wonach der erste Wahlkampf der Bundesrepublik deutlich von der Wirtschaftspolitik bestimmt wurde. Die Aussagen der Sozialdemokraten werden aber einzig über das ACDP erfasst und fallen daher natürlich stark polarisierend aus.

Grundgesetzes zu sehen. „Ruhrbehörde, Sicherheitsbehörde, Grenzänderungen, westeuropäische Föderation“ seien Fragen von höchster Bedeutung, so dass man nicht fordern könne, aufgrund des Elternrechtes gegen das Grundgesetz zu stimmen.<sup>184</sup> Dies unterstreicht die Prioritäten Adenauer für eine Aussöhnungspolitik mit den westlichen Staaten und seiner Bereitschaft, hierfür auch Kompromisse einzugehen. Die Wahlen mussten nicht nur für Deutschland gewonnen werden, sondern auch für Europa. Für Adenauer war die Gründung der Bundesrepublik bereits eine eindeutige Entscheidung für den Westen, für die Mitglieder der NATO, wie er auf einer Sitzung Arbeitsgemeinschaft ausführte. „Das sind die Mächte, die sich zusammengeschlossen haben, um gegenüber Asien die christlichen und die europäischen Ideale hochzuhalten.“ Die Zuhörenden sollten die gesamten Handlungen und Beschlüsse unter der historischen Frage betrachten, die laute: „Soll Europa, das christliche Europa, wenigstens das auf christlicher Grundlage beruhende Europa, gerettet werden gegenüber dem bolschewistischen Asien oder nicht?“

Der Westen Deutschlands müsse als „deutscher Bund“ einen „festen Wall“ „gegenüber der bolschewistischen Infiltration“ bilden. Daher müssten auch Kompromisse mit der SPD, „zwischen zwei weltanschaulich so verschiedenen Parteien“ als Preis gezahlt werden, aber „fragen wir uns, ist der Preis, den wir bezahlen dadurch, daß wir Opfer bringen, nicht tatsächlich ein kleiner Preis gegenüber dem, daß wir mit dazu beitragen, Deutschland und Europa gegenüber dem bolschewistischen Asien zu schützen?“<sup>185</sup>

Auf europäischer Ebene nutzte er die Angst vor einem sozialistischen Deutschland, um die belgischen Christdemokraten weniger harte Forderungen an die Bundesrepublik zu stellen. Dies helfe nur der SPD, und wenn diese gewinne, werde Europa angesichts der bereits vorhandenen *Labour*-Regierung sozialistisch geprägt.<sup>186</sup> Die belgischen Christdemokraten reagierten offensichtlich, denn Adenauer bedankte sich bei Schrijver für dessen erfolgreiches Eingreifen. „Meine Freunde und ich geben zuversichtlich der Hoffnung Ausdruck, daß hierdurch ein wesentlicher Schritt zur Schaffung einer guten Atmosphäre für die europäische Zusammenarbeit geleistet worden ist.“<sup>187</sup>

Die Bundestagswahl brachte Adenauers Wunschkoalition eine knappe Mehrheit. In der Sitzung vor führenden Politikern der Union am 31.8.1949, einen Tag vor dem Zusammentreffen der neuen Bundestagsfraktion, musste ein gewünschtes christliches Europa als Argument gegen eine große Koalition dienen. Die Bundesregierung werde maßgeblichen Anteil an dem Aufbau Europas haben, weshalb sozialistische Minister für eine christliche Grundlage in Europa vermieden werden müssten.<sup>188</sup> Gleichzeitig dienten Adenauer beschworene mögliche Reaktionen des Auslands für innenpolitische Forderungen. Die Frankfurter Wirtschaftspolitik war demnach notwendig, um Bedenken des Auslands wegen deutscher sozialistischer Tendenzen zu zerstreuen. Sie wären für ein enges Verhältnis „zu den Nachbarstaaten der westlichen Welt, insbesondere auch zu den Vereinigten Staaten“, das hergestellt werden müsse, hinderlich. Deutschland müsse aber rasch ein gleichberechtigtes

<sup>184</sup> Morsey, Adenauer Briefe 47-49. S. 397-401. Wie sehr das Elternrecht polarisierte, ging unter anderem aus den Reden Süsterhenns hervor, so aus dem Papier „Ehe und Familie, uneheliches Kind und Elternrecht“ vom November 1948. In: ACDP. Bestand CDU-Bundespartei. 07-001-3201.

<sup>185</sup> Buchstab, Die Unionsparteien 1946-1950. S. 476 f.

<sup>186</sup> Brief Adenauers an Schrijver vom 12.4.49. In: Morsey, Adenauer Briefe 47-49. S. 440 f.

<sup>187</sup> Adenauer an Schrijver vom 27.4.49. In: Morsey, Adenauer Briefe 47-49. S. 444.

<sup>188</sup> Buchstab, Die Unionsparteien 1946-1950. S. 648.



und gleichverpflichtetes Mitglied“ des Europarats werden, wobei man „mit den anderen in den westeuropäischen Völkern sich immer stärker entwickelnden christlich-demokratischen Kräften zusammenarbeiten“ werde.<sup>189</sup> Gleichberechtigung war der Grund, weshalb sich Adenauer, trotz skeptischer Einschätzung,<sup>190</sup> um einen schnellen Beitritt Deutschlands zum Europarat bemühte.<sup>191</sup> Da passten die Demontagen nicht, die Adenauer als kontraproduktive Politik der Alliierten immer wieder monierte.<sup>192</sup> Trotz aller Forderungen werde die Bundesregierung aber dem Sicherheitsbedürfnis der Nachbarstaat „Rechnung tragen“.<sup>193</sup> Adenauer blickte nach vorn. Der gemeinsame Westen gegen den gefährlichen und bedrohlichen Osten, mit Berlin als „Bollwerk für Deutschland und Westeuropa“, hieß die einfache Losung.<sup>194</sup>

Die deutsche Verteidigung sollte also zusammen mit den westlichen Staaten im Verbund erfolgen. Daher lehnte Adenauer Schumachers Rhetorik als „nationalistisch“ ab. Adenauer versuchte über die Außenpolitik dessen Position in der SPD, den er im Zusammenhang mit der Einigung um den Sitz der Bundesorgane als „unberechenbar“ bezeichnete, zu schwächen. Er versuchte mit Carlo Schmid eine gemeinsame Linie in der Außen- und Besatzungspolitik zu vereinbaren und unterstützte Schmid gar bei dessen Ambitionen für den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuss - trotz Widerstands - in der eigenen Fraktion.<sup>195</sup> Gegenüber den Hohen Kommissaren versuchte Adenauer, die SPD als unzuverlässig hinzustellen, da die SPD gespalten sei,<sup>196</sup> obwohl andererseits Kaiser seine Differenzen mit Adenauer mit innerparteilicher Demokratie begründete. „Parteibefehl oder Fraktionszwang. Das überlassen wir Hannover.“<sup>197</sup>

---

<sup>189</sup> Brief Adenauers an Helene Wessel. Morsey, Adenauer Briefe 49-51. S. 96-97. Zitate S. 97.

<sup>190</sup> Morsey, Adenauer Briefe 49-51. S.33 f. Brief Adenauers an Dannie N. Heineman vom 12.6.49. Hier monierte er mangelndes britisches und amerikanisches Engagement sowie unzureichende parlamentarische Kompetenzen.

<sup>191</sup> Morsey, Adenauer Briefe 49-51. S. 134. In dem Brief an Lina Morino, Mitarbeiterin der DC, ging es eigentlich um die Teilnahme Adenauers an dem Genfer Kreis. Adenauer sprach erfreut über einen möglichen Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat.

<sup>192</sup> So in einem Interview mit Rudolf Junges vom 23.6.49. Morsey, Adenauer Briefe 49-51. S. 40 f. Direkt in einem Brief an Ernest Bevin vom 25.7.1949. Ebd. S. 66 f. An Schuman vom 26.7.49. Ebd. S. 67 f. Hier äußerte Adenauer: „Ich befürchte, daß die Demontagefrage in der Psyche unserer Bevölkerung eine dauernde, außerordentlich schädliche Verwirrung hervorruft und daß der Gedanke der europäischen Zusammenarbeit dadurch auf das empfindlichste geschädigt wird.“ Ebd. S. 68. Ebenso in einem Brief an Schuman vom 25.8.49. Eingehend auf das Demontageproblem bezeichnete er eine deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich von Kohle und Stahl als „Keimzelle [...] für eine umfassende internationale Zusammenarbeit“. Ebd. S. 94-96.

<sup>193</sup> Brief Adenauers an Robertson vom 1.11.49. Morsey, Adenauer Briefe 49-51. S. 133.

<sup>194</sup> Bracher, Karl Dietrich, Morsey, Rudolf und Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949-1957. Düsseldorf 1993 (bearbeitet von Petra Weber). Nr. 11. S. 32. Fußnote 26. Vgl. auch Frankfurter Rundschau vom 19.10.1949 und FAZ vom 19.10.1949.

<sup>195</sup> Bracher, Karl Dietrich, Morsey, Rudolf; Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Der Auswärtige Ausschuss des deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1949-1953 (bearbeitet von Wolfgang Hölscher). Düsseldorf 1998. Hier Hölscher, Einleitung. S. XXV f. Die Benennung Schmidts war dabei innerhalb der CDU-Fraktion nicht unumstritten, da sich auch CDU-Politiker um den Ausschussvorsitz bewerben wollten. Ebd. S. XXVI-XXIV.

<sup>196</sup> In Müller, Kaisen. S. 126. Dort werden Adenauers Erinnerungen zitiert.

<sup>197</sup> Rede Kaisers am 10.8.49 in Essen auf einer Wahlkampfveranstaltung. In Hacke, Kaiser. S. 427-433. Zitat: S. 428 f.

Trotz offensichtlicher Konfrontation und unterschiedlicher europapolitischer Vorstellungen finden sich kaum Dokumente bei den Parteien, in dem die europapolitische Position des Gegners angegriffen wurde. Es findet sich kaum eine Debatte, in der über eine mögliche Europapolitik diskutiert wurde. Im Wahlkampf 1949 spielte nicht die Außenpolitik, sondern die grundlegende wirtschaftspolitische Ausrichtung die entscheidende Rolle.<sup>198</sup> Neben dem Fehlen einer Bundesebene war eine grundsätzliche Westorientierung unumstritten, nur der Preis war fraglich. Dies gipfelte in der ersten Regierungserklärung Adenauers vom 20.9.1949 im Deutschen Bundestag: „Es besteht für uns kein Zweifel, daß wir nach unserer Herkunft und nach unserer Gesinnung zur westeuropäischen Welt gehören.“<sup>199</sup> Schumacher und die SPD hätten dies indes nicht bezweifelt, kritisierten aber bald mehrheitlich die ersten konkreten Schritte, die in die westeuropäische Welt führen sollten.

## II.2 Die Debatte in Italien

### II.2.1 Die Debatte in Italien von 1945 bis 1947

Im Anfang waren die Niederlage und der Sieg - das Ende des Zweiten Weltkrieges bedeutete für Italien beides. Auch die Geschichte Italiens muss vor dem Hintergrund der Kontinuität und des Wandels im Vergleich zu der Zeit vor 1945 gesehen werden. Zu dieser Ambiguität kamen regionale Unterschiede, wie die parteiübergreifenden antifaschistischen *Comitati di Liberazione Nazionale* (CLN) und der bereits erkennbare Gegensatz zwischen der DC und der PCI im Süden. Im Süden dominierten konservative Kräfte, während im Norden eher Kommunisten, Sozialisten und der *Partito d'azione* (PdA) von der Errichtung einer Art Räterepublik träumten. Diese stellte mit Feruccio Parri als Exponenten des Widerstands, der *Resistenza*, den ersten Ministerpräsidenten einer Mehrparteienregierung, die sich vornehmlich über ihre Mitwirkung an der *Resistenza* legitimierte. Trotz breiter Regierungsbeteiligung mit dem Kommunisten Togliatti als Justizminister, dem Sozialisten Nenni als stellvertretenden Ministerpräsidenten und De Gasperi als Außenminister, hatte die Regierung keinen Erfolg. Unterschiedliche Gründe waren für das Scheitern der Regierung verantwortlich, wobei mangelnde Professionalität und die Zusammensetzung aus heterogenen Kräften, die nur durch die gemeinsame Ablehnung des Faschismus zusammengehalten wurden, genannt werden können. Ferner war die Linke aufgrund der faschistischen Erfahrung sehr staats skeptisch, so dass sie, anders als in den anderen westeuropäischen Staaten, einen schwachen Staat forderte.<sup>200</sup> Daneben verhinderten die Alliierten weitergehende sozi-

<sup>198</sup> So schätzte dies auch Adenauer selbst in seiner Regierungserklärung vom 20.10.1953 ein. Der Erhard-Biograph Hentschel weist darauf hin, dass Adenauer auf der „Rhöndorfer Konferenz“ die Wahl als Entscheidung über die Wirtschaftspolitik Erhards hingestellt habe und deswegen eine Koalition mit der SPD ausgeschlossen habe. Siehe Hentschel, Erhard. S. 88 ff. Adenauer betonte dennoch propagandistisch, dass Europa, Christentum und Vaterland vor „dem kommunistischen Heidentum“ verteidigt werden müssten. Siehe Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. München 1999. S. 81.

<sup>199</sup> Schwarz, Adenauer und Europa. S. 480.

<sup>200</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen von Ennio Di Nolfo über die Verstaatlichungen während des Faschismus, in di Nolfo, Ennio: La Repubblica delle speranze e degli inganni: l'Italia dalla caduta del fascismo al crollo della Democrazia Cristiana. Florenz 1996. S. 269 ff.

alistische Reformen.<sup>201</sup> Parris Ende als Ministerpräsident im November 1945 war zugleich der Anfang für De Gasperi als dem ersten kirchennahen Regierungschef nach der Gründung des Nationalstaates 85 Jahre zuvor. Von nun an sollte die alte Ferne zwischen Kirche und Staat durch eine neue Nähe ersetzt werden.<sup>202</sup> Das gesamte Jahr 1946 hindurch sollte die Koalition aus den Christdemokraten (DC), den Sozialisten (PSIUP) und den Kommunisten (PCI) halten, mit dem Höhepunkt des Referendums vom 2. Juni 1946, an dem sich eine knappe Mehrheit für die Abschaffung der Monarchie und die Einführung der Republik entschied und für diese eine verfassungsgebende Versammlung wählte. Der gemeinsame „antifaschistische Konsens“ überwölbte während des gesamten Jahres schon auftretende Konflikte zwischen den Koalitionsparteien, die zum Jahreswechsel 1946/47 stärker zu Tage treten sollten.<sup>203</sup> Nach dem Historiker di Nolfo scheiterten die Koalition und letztendlich die Kommunisten an der Politik der *doppiezza*, indem sie versucht hätten, pragmatisch zu entscheiden, aber dennoch Kontakte nach Moskau zu halten - und damit ihre Position in Italien Preis gaben. Die Loyalität zu Stalin sei das Haupthindernis, stellten Gronchi und Nenni schon 1946 fest.<sup>204</sup> Italien befand sich von der Mitte 1945 bis Mitte 1947 in einer Phase des Übergangs, die von taktischen Überlegungen und der zögernden Politik der Westmächte gegenüber der Sowjetunion sowie wirtschaftlichen Problemen geprägt war.<sup>205</sup>

In allen Parteien fanden sich Aussagen zugunsten einer europäischen Föderation.<sup>206</sup> Stärker als in Deutschland basierten in Italien die europapolitischen Vorstellungen auf den Erfahrungen der *Resistenza*.<sup>207</sup> Europäische Vorstellungen spielten in den unterschiedlichen Widerstandsbewegungen eine wichtige Rolle. Hier sei nur auf das *Manifesto di Ventotene* von Altiero Spinelli und Ernesto Rossi verwiesen.<sup>208</sup> Die Erfahrungen des Widerstandes und der internationalen Kooperation der Zwischenkriegszeit führten zur Gründung der Europäischen Bewegungen nach 1945, die in bunter Gestalt in ganz Europa entstanden.<sup>209</sup>

<sup>201</sup> Zur Bedeutung der Alliierten siehe Woller, Hans: Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert. München 2010. S. 215.

<sup>202</sup> Jansen, Christian: Italien seit 1945. Göttingen 2007. S. 16-20.

<sup>203</sup> Woller, Hans: Geschichte Italiens. S. 216. Die Besatzungsmächte setzten vor allem die Volksabstimmung zur Monarchie durch und ersparten damit der DC eine Festlegung, die zu starken inneren Auseinandersetzungen geführt hätte. Ebd. S. 221 f.

<sup>204</sup> Di Nolfo, La Repubblica. S. 218 ff.

<sup>205</sup> Woller, Hans: "Amerikanische Intervention oder kommunistischer Umsturz? Die Entscheidungswahlen vom April 1948", in: Ders. (Hg.): Italien und die Großmächte 1943-1949. München 1988. S. 69-94. Hier S. 71-76.

<sup>206</sup> So Sergio Pistone, der eine Sonderausgabe der *Politica Estera* vom April/Mai 45 anführt, in dem Vertreter aller wichtigen Parteien das Problem einer europäischen Föderation kritisch beleuchteten. In: Pistone, Sergio: "Die Europadiskussion in Italien", in: Loth, Wilfried (Hg.): Die Anfänge der Europäischen Integration 1945-1950. Bonn 1990. S. 53-68. Hier S. 55. Besonders Anmerkung 9.

<sup>207</sup> Preda, De Gasperi. S. 143 ff. Insbesondere S. 145. Dies wird auch deutlich an den programmatischen Vorstellungen, die in den unterschiedlichen Kreisen ab ca. 1940 entwickelt wurden. Zu den verschiedenen historiographischen Ansätzen zur Politik De Gasperis siehe Lorenzini, De Gasperi. S. 195-200.

<sup>208</sup> Preda, De Gasperi. S. 146-149. Dort auch mit weiteren Literaturhinweisen.

<sup>209</sup> Siehe ebd. S. 149-153. Siehe ebenso die Darstellung Brunn, Gerhard: Die Europäische Einigung von 1945 bis heute. Lizenzausgabe der BpB. Bonn 2005. S. 52 ff.

Politisch wirksam wurden diese Gedanken erst durch das Aufgreifen durch sich etablierende Parteien, wie der *Democrazia Cristiana*.<sup>210</sup>

In Italien vollzogen sich seit 1940 Versuche, für die Zeit nach dem Faschismus wieder eine katholische Partei erstehen zu lassen. Dabei rekrutierte sich diese Partei aus unterschiedlichen Strömungen, wie ehemaligen Anhängern des *Partito Popolare*, den jungen Neo-Guelfen um Malvestiti oder den Christlich-Sozialen um Giovanni Gronchi. Diese unterschiedlichen Netzwerke intensivierten ihre Kontakte mit dem Jahr 1942 und verstärkten ihre programmatische Arbeit. Um die Integration dieser unterschiedlichen Gruppen nicht zu gefährden, verhinderten der führende Kreis um De Gasperi und der Vatikan eine zu frühe Rückkehr des Popularen Sturzos aus dem Londoner Exil.<sup>211</sup> Weitere Strömungen waren die akademisch gebildeten Sozialen um Dossetti und Fanfani sowie Akteure im Vorfeld oder in direkter Anstellung der katholischen Kirche wie der *Azione Cattolica (AC)*.<sup>212</sup>

Letztlich kristallisierte sich De Gasperi zwischen den unterschiedlichen Strömungen als entscheidender Politiker der DC heraus. In Aussagen während des Krieges berücksichtigte er noch die internationale Anti-Hitler-Koalition, indem er sowjetische Errungenschaften vorsichtig lobte. Während die Überwindung der sozialen, aber auch der „rassischen“ Unterschiede zwischen den Menschen geradezu dem christlichen Menschenbild entspräche, vermochte er den Kommunismus nicht endgültig zu bewerten, da dieser sich immer wieder gewandelt habe. Stattdessen rekurrierte er hier schon auf einen Freiheitsbegriff des Individuums.<sup>213</sup> Durch seine Tätigkeit als Außenminister bereits seit 1944 hielt er die wichtige außenpolitische Position in Italien und in der DC inne. Die ersten Jahre waren schwierig, denn Italien schlug Misstrauen entgegen. Ausdruck dessen war der Ausschluss Italiens von den Verhandlungen zur Gründung der UNO.<sup>214</sup>

<sup>210</sup> Zu den verschiedenen Faktoren, die De Gasperi die Führungsrolle in der DC und in der Regierung beschert haben, siehe: Pombeni, Paolo und Corni, Gustavo: "La politica come esperienza della storia", in: Conze, Eckart u.a. (Hg.): Alcide De Gasperi: un percorso europeo. Bologna 2005. S. 7-61. Hier: S. 7-21 sowie S. 44 ff.

<sup>211</sup> Siehe hierzu Preda, De Gasperi. S. 153 ff. Vgl. auch Malgeri, Francesco: Sturzo e la Dc: l'avvio di un rapporto difficile (1943-1946). In: Ders.: Storia della Democrazia Cristiana. Band 1. Rom 1987. S. 231-244.

<sup>212</sup> Eine detaillierte Aufstellung der verschiedenen Gruppen findet sich in Tramontin, Silvio: La Democrazia cristiana dalla Resistenza alla Repubblica. In: Malgeri, Storia della DC 1. S. 15-48. Hier S. 15-38. Ebenso Formigoni, Guido: La Democrazia cristiana e l'alleanza occidentale: (1943-1953). Bologna 1996. S. 35 ff.

<sup>213</sup> Siehe als Beispiel die Rede De Gasperis im *Teatro Brancaccio* in Rom vom 23.7.44. In: De Gasperi, Alcide: Discorsi politici. Rom 1956. S. 1-20. De Gasperis positive Haltung gegenüber der Sowjetunion sollte bis 1946 andauern. Bis dahin wies er immer wieder darauf hin, dass die Zeitungen keine antisowjetischen Artikel verfassen sollten. Sechi, Salvatore: "Die neutralistische Versuchung. Italien und die Sowjetunion 1943-1948", in: Woller, Hans (Hg.): Italien und die Großmächte 1943-1949. München 1988. S. 95-130. Hier: S. 104. Die Motivation war ob der offenen Verhandlungen zum Friedensvertrag und der Anti-Hitler Koalition bis Mitte 45 unübersehbar. Ebendort befindet sich auch eine Beschreibung der vergeblichen Versuche einer "äquidistanten Politik" im Jahr 1946 von Seiten der italienischen Diplomatie, wobei diese jedoch keine einheitliche Position vertrat. Ebd. S. 105-113.

<sup>214</sup> Lorenzini, Sara: "Alcide De Gasperi e il reinserimento dell'Italia nella scena internazionale, 1944-1948", in: Alcide De Gasperi, Scritti e discorsi politici. Alcide De Gasperi e la fondazione della democrazia italiana, 1943-1948. Edizione critica. Mailand 2008. S. 1335-1359. Hier: S. 1338-1343. Ebenso Formigoni, Guido: Alcide De Gasperi 1943-1948. Il politico vincente alla guida della transizione. In: De Gasperi, Alcide: Scritti e discorsi politici. Mailand 2008. Band 3, Teilband 1. S. 11-147. Hier: S. 47.

Sowohl De Gasperi als auch Papst Pius XII. forderten einen moralischen Neuanfang, der in den internationalen Beziehungen mit dem Aufbau geeigneter Strukturen zum friedlichen Nebeneinander der Nationen ergänzt werden sollte.<sup>215</sup> An diesen Vorstellungen knüpfte das erste „Programm“ der DC vom Juli 1943 an. Dieses gestand den Nationen die Selbstbestimmung zu, forderte aber zugleich die Beschränkung der Souveränität und die Schaffung einer internationalen Jurisdiktion, die bei Streitfällen zwischen den Staaten aktiv werden sollte, wobei De Gasperi eine genauere Umschreibung der Kompetenzen als beim Völkerbund forderte.<sup>216</sup> Die Neo-Guelfen forderten in ihrem Programm von Mailand gar eine europäische Staatsbürgerschaft und eine direkte europäische Volksvertretung, die jedoch von unten durch eine vertikale Gewaltenteilung durch die Regionen und Kommunen ergänzt werden sollte.<sup>217</sup> De Gasperi befand sich dabei in den Jahren 1943 bis 1945 in einer Findungsphase, in der er unterschiedliche Ideen wie die einer Brücke Italiens zwischen Europa und dem Mittelmeer skizzierte.<sup>218</sup> Die Erklärungen der DC 1945 sprachen von der Hoffnung auf eine internationale Kooperation, in die Italien eingebunden werden sollte.<sup>219</sup> Diese Kooperation sollte eine Art „Hobbesschen Urzustand“ zwischen den Völkern lösen helfen.<sup>220</sup>

Der Topos der Freiheit war in De Gasperis Ausführungen nach dem Kriege zentral, wie durch das Wort *libertas* auf dem Kreuzfahrerschild, dem Symbol der ehemaligen Popolaren und nun der DC, zum Ausdruck kam. Es schloss die eigene persönliche Freiheit und die Freiheit des italienischen Volkes nach innen und außen ein. Folglich müsste sich jede Partei gegen neue Diktaturen wehren und die Minderheiten vor der Mehrheit schützen.<sup>221</sup> De Gasperi fasste Freiheit als christlichen Wert auf, wobei die großen und wahren Probleme nur durch die christlichen Ideale, durch die *civiltà cristiana*, gelöst werden könnten. Nur das Christentum verspreche gegenüber den Einstellungen der „Sozialkommunisten“ das richtige Maß zwischen Individuum und Gesellschaft. Der Staat erschien dabei nur als eine Ebene

<sup>215</sup> Zu De Gasperis Überlegungen zur internationalen Ordnung in den 30er Jahren siehe Formigoni, Guido: "L'Europa vista dal Vaticano: De Gasperi commentatore della politica internazionale", in: Conze, Eckart u.a. (Hg.): Alcide De Gasperi: un percorso europeo. Bologna 2005. S. 169-193. De Gasperi negierte keineswegs die Nation, sondern seine Überlegungen einer friedlichen internationalen Ordnung fußten gerade auf starken Nationen zusammen mit dem universalistischen Anspruch der katholischen Kirche.

<sup>216</sup> Preda, De Gasperi. S. 197 ff. Siehe ebenso Lorenzini, De Gasperi. S. 201.

<sup>217</sup> Preda, De Gasperi. S. 200 f. Das Programm ist übersetzt abgedruckt bei Lipgens, Europa-Föderationspläne. S. 63-66.

<sup>218</sup> Preda, De Gasperi. S.201 ff.

<sup>219</sup> Siehe die Erklärungen des *Consiglio nazionale* der DC vom 28.2-3.3.45. In: Atti e documenti della Democrazia Cristiana 1943-1967 (a cura di Andrea Damilano). Rom 1968. S. 132-141.

<sup>220</sup> Das Guido Gonella zu geschriebene Programm vom Mai 1943 sprach von einer „Anarchie in den Beziehungen zwischen den Völkern“, die durch eine internationale Ordnung gebändigt werden müsse. In: Malgeri, storia della DC 1. S. 380-388. Hier S. 380 ff. Bei den meisten Programmen nehmen die internationalen Beziehungen allerdings eine nachgeordnete Rolle ein. Vgl. das Programm von Vicenza vom Dezember 1944. Ebd. S. 419-428. Der Punkt Nr. 29 beschäftigt sich mit der Außenpolitik, spricht aber von der Schaffung der Grundlagen für eine „*Federazione degli Stati Europei*“, um zukünftige Kriege zu verhindern. Ebd. S. 427 f. Gonella war der profilierteste Außenpolitiker der DC in der direkten Nachkriegszeit und stand einem ersten Ausschuss für die Außenpolitik in der DC vor. Siehe: Formigoni, l'alleanza occidentale. S. 49 f.

<sup>221</sup> So in einem Vortrag vor der Jugendorganisation der DC am 12.6.45. Siehe: De Gasperi, discorsi politici. S. 29-32. Zitat S. 32.

der gesellschaftlichen Beziehungen des Einzelnen, zu denen auch familiäre Beziehungen gezählt werden mussten.<sup>222</sup> Im Zuge der katholischen Soziallehre war die Beschränkung des Staates eine Schlussfolgerung aus dem Subsidiaritätsprinzip.

De Gasperi versuchte langsam Struktur und Ziele der italienischen Außenpolitik zu verändern. Im Vordergrund stand dabei der Wiederaufbau des im Faschismus verloren gegangenen Vertrauens gegenüber Italien. Europäische Pläne waren hier nicht prioritär. Ausdruck einer gewissen Vorsicht war die Besetzung der ersten diplomatischen Missionen durch „*laici*“ und eben nicht durch Christdemokraten. De Gasperi betonte die Interdependenz von Außen- und Innenpolitik. Forderungen nach einer Gleichberechtigung Italiens im internationalen Kontext wurden im gleichen Atemzug mit dem Lob föderaler Strukturen in der Schweiz und in den USA genannt.<sup>223</sup> Dennoch versuchte er in seiner Zeit als Außenminister seit dem Winter 1945 eine unabhängige Politik Italiens, mit gleichberechtigten Beziehungen zu den Siegermächten, zu betreiben. Primäres Ziel war die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität Italiens. Die parteiübergreifenden Hoffnungen auf eine Anerkennung der italienischen *Cobelligeranza* wurden jedoch auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Dezember 1945 enttäuscht. Italien wurde wie die deutschen Satelliten behandelt, mit denen auf einer Konferenz Frieden geschlossen werden sollte. De Gasperi verfolgte offiziell als Außenminister weiterhin das Ziel der Neutralität, doch wurde immer klarer, dass dies angesichts der ersten Anzeichen der Spaltung der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition immer schwieriger werden sollte, zumal er das Gewicht Italiens für eine ausgleichende und vermittelnde Kraft als zu klein ansah. Darüber hinaus scheiterten Versuche, besondere Beziehungen nach Großbritannien und zum „*latinischen Bruder*“ Frankreich zu knüpfen.<sup>224</sup>

Neben den Christdemokraten und den Kommunisten waren die Sozialisten die wichtigste politische Richtung der direkten Nachkriegszeit. Am Anfang war der PSIUP (*Partito socialista di unità proletaria*) die bestimmende Kraft im Arbeitermilieu, stärker noch als die PCI. Intellektuelle Unterstützung, Verwurzelung im Milieu und präfaschistische politische Erfahrung boten gute Startbedingungen. Dennoch näherte sie sich den Kommunisten an, was ihr schlussendlich die innere Geschlossenheit und den Verlust als bestimmende Kraft im Arbeiterlager kostete.<sup>225</sup> Dabei gab es ideologische und taktische Gründe für diesen prokommunistischen Kurs. Nenni nahm bis 1947 eine außenpolitisch neutralistische Haltung ein, indem er eine Äquidistanz zwischen Amerika und der Sowjetunion forderte, jedoch in Anlehnung an Moskau, denn sie sei „*die Hauptstadt der sozialistischen Revolution und Washington die Hauptstadt des Imperialismus*“.<sup>226</sup> Schematisch ließen sich drei verschiedene Richtungen innerhalb der PSIUP feststellen. Erstens die Reformer, die in der Oktoberrevolution das Ereignis sahen, das zum Sozialismus führen könne. Zweitens die kleinere Gruppe der gemäßigten Reformer, die in dem Wahlsieg der britischen *Labour Party* den

<sup>222</sup> Ebd. S. 33-35. Rede in Rom vom 18.6.45 vor einer regionalen Versammlung der DC.

<sup>223</sup> Preda, De Gasperi. S. 223 ff.

<sup>224</sup> Formigoni, *il politico vincente*. S. 76-79. Ebenso ders., *l'alleanza occidentale*. S. 64 f.

<sup>225</sup> Di Nolfo, *La Repubblica*. S. 226 f.

<sup>226</sup> Di Nolfo, *La Repubblica*. S. 232. Auf den Seiten zuvor beschreibt di Nolfo die Überlegungen innerhalb der Partei, wie man an die Macht gelangen sollte. Lelio Basso betonte dabei weiterhin in seinen Aussagen die Überlegungen des Klassenkampfes und führte dabei eine dialektische Argumentation. Luigi Preti und Ignazio Silone traten hingegen für Koalitionen ein, die alle Klassen *attorno la classe operaia* umfassen sollte. Ebd. S. 230 ff.

entscheidenden Schritt sahen und drittens eine kleinere Gruppe, die eher dem System Schwedens anhing, das gerecht sei und soziale Sicherheit biete.<sup>227</sup>

Der Europagedanke der italienischen Sozialisten hatte sich dabei im Widerstand gegen und in der Emigration vor dem Faschismus entwickelt. So kursierten in den 30er Jahren in Frankreich die Schriften Rosellis, der von einem faschistischen „Anti-Europa“ sprach und diesem ein „richtiges Europa“ - ein sozialistisches - entgegensetzte. Das bekannteste Beispiel für europäische Gedanken, die von den Sozialisten nahe stehenden Persönlichkeiten, der PSIUP oder dem *Partito d'azione* angehörenden Politikern getragen wurden, ist das Manifest von Ventotene der späteren Föderalisten Spinelli und Rossi.<sup>228</sup> Vittorio Foa war ein Begründer des *Movimento Federalista Europeo*, wobei dieser der PSIUP angehörte und später diese zeitweise verlassen sollte.<sup>229</sup> Dennoch sollten die Föderalisten innerhalb der sozialistischen Partei nach dem Krieg keine große Rolle spielen.<sup>230</sup>

Für die programmatische Grundlage war die antifaschistische Ausrichtung wichtiger. Nenni betonte für den PSIUP auf dessen Parteitag 1945, dass der Aufstand gegen die Deutschen die Schande der zwanzig faschistischen Jahre vertrieben und man hiermit „die eigene demokratische Fähigkeit“ „mit dem eigenen Blut im Kampf für die Freiheit und die Demokratie“ bewiesen habe. Trotz der Lasten des Krieges zeige der Erfolg der *Labour Party*, dass der Krieg „eine solch starke Einigkeit zwischen den arbeitenden Klassen“ geschaffen habe, „ein[en] solchen Willen zur Überwindung der alten bürgerlichen Gesellschaft“, dass selbst das Land, auf das die gesamten Konservativen Europas ihre Hoffnung gegen die „demokratische Revolution Westeuropas“ setzen würden, sich „an die Spitze der demokratischen Revolution“ gesetzt habe.<sup>231</sup> Europa erschien als Ort der Revolution, bei der man sich zu den Kommunisten positionieren musste. Nach dem Sozialisten Saragat sollte Italien eine „Situation des Gleichgewichts“ zwischen der Sowjetunion und den westlichen Ländern schaffen, denn der Sozialismus sei mit seinen zwei unverzichtbaren Forderungen nach politischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit besonders geeignet. Wenn dies unterbliebe, würde sich die Arbeiterklasse zu einem der beiden Extreme wenden und somit eine Aufspaltung derselben eine Polarisierung bewirken. Daher müsse die sozialistische Partei zwar unabhän-

<sup>227</sup> Di Nolfo, *La Repubblica*. S. 232 f.

<sup>228</sup> Eine kurze Beschreibung der italienischen Sozialisten im Exil und über den Europagedanken findet sich in Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 25-60. Genauer und instruktiver: Felisini, Daniela: "1943-1957. Il Partito socialista italiano e l'integrazione europea", in: *Annali dell'Istituto Ugo La Malfa*. 3 (1987). S. 213-350. Hier S. 213-238. Hier findet sich auch die Beschreibung, dass die beiden späteren Hauptprotagonisten der italienischen Sozialisten und Sozialdemokraten, Nenni und Saragat, keine dezidierten Befürworter eines gemeinsamen Europas in den 30er Jahren waren, sondern erst in den einzelnen Staaten den Sozialismus durchsetzen wollten und dann ein gemeinsames Europa als Ziel ansahen. Ebd. S. 219.

<sup>229</sup> Preda, De Gasperi. S. 151, Anmerkung 21.

<sup>230</sup> Ardia, Danilo: "Il rifiuto della potenza: il Partito Socialista Italiano e la politica di potenza in Europa (1943-1950)", in: di Nolfo, Ennio (Hg.): *L'Italia e la politica di potenza in Europa: (1945-50)*. Mailand 1990. S. 253-278. Hier S. 256. Siehe auch: Zagari, Mario: "Il socialismo italiano e l'Europeismo", in: *Fondazione Brodolini und Fondazione Filippo Turati (Hg.): I socialisti e l'Europa*. Mailand 1989. S. 245-261. Hier S. 246 f.

<sup>231</sup> Parteitag vom 27.7.-1.8.1945 in Rom. In: Pedone, Franco (Hg.): *Il socialismo italiano di questo dopoguerra*. Mailand 1968. Reihe: *Il Partito Socialista Italiano nei suoi Congressi*. Vol. V: 1942-1955. S. 44. Pedone hat in der Sammlung die Protokolle der Parteitage nicht wiedergegeben, sondern sie zusammengefasst, kommentiert und eingeordnet. Die Kommentierungen Pedones sind mit Vorsicht zu betrachten, da diese erheblich für die PSI-Politik der 50er Jahre positiv „eingefärbt“ sind.

gig sein, aber die gemeinsame Politik mit den Kommunisten aus dem Widerstand und dem Exil erhalten. Die Zeit einer Vereinigung sei dann gekommen, wenn man in Europa das nötige Klima geschaffen habe. Eine organische Einheit werde dann eintreten, wenn die Parteien die von der PSIUP vertretenen demokratischen Grundsätze teilen würden und gleichzeitig „diejenigen sozialen Konzeptionen übernehmen werden, die richtigerweise heute in Russland triumphieren.“<sup>232</sup> Trotz dieser Aussage sah der Kontrahent Basso in Saragats Äußerungen eine Gefahr für die Einheit der Arbeiterklasse. Damit drohe, die Partei von dem Proletariat zu entfernen, was „die Vernichtung, wenn auch nicht des Sozialismus, so doch der Sozialisten“ fürchten lasse.<sup>233</sup>

In den Aussagen wurde deutlich, dass Nenni die Durchsetzung der Demokratie, von ihm in einem „östlichen Sinne“ verstanden, als eine europäische Aufgabe ansah und dabei die neue *Labour*-Regierung, wie so viele Sozialisten in Europa, als den entscheidenden Akteur für Veränderungen in Gesellschaft und Politik in gesamt Europa ansah. Nennis Furcht bestand darin, dass die Anti-Hitler-Allianz auseinanderbrechen konnte. Die Aufgabe der europäischen Sozialisten war folglich, genau dies zu verhindern. Dabei unterschätzte er die Westorientierung der britischen Sozialisten.<sup>234</sup> Die Diskussion in der Partei drehte sich vornehmlich um die Behandlung der Kommunisten. Die Vertreter der PSIUP waren von der historischen Chance überzeugt, die das Ende des Zweiten Weltkriegs nach der Diktaturerfahrung bieten würde. Der Sozialismus sollte in ganz Europa durchgesetzt werden. Dabei schieden sich jedoch die Geister, ob denn der Osten Europas als Vorbild gesehen werden sollte oder ob Italien einen Mittelweg zwischen den USA und der Sowjetunion einnehmen sollte. Das Ziel des sozialistischen Staates war jedoch allen gleich, was aber keineswegs in der Wirtschaftspolitik die sofortige Verstaatlichung bedeuten sollte.<sup>235</sup>

Gerade in der Wirtschaftspolitik waren PSIUP und De Gasperi in dieser frühen Periode nicht weit auseinander. So warnte auch dieser vor „plutokratischen Strukturen“ in der Wirtschaft und mahnte eine stärkere Mitbestimmung an. Auch bei seiner Besorgnis ob amerikanischer Atombomben und sowjetischer Waffenarsenale sowie seinem Lamentieren über Beschränkungen für die italienische Marine und der Industrie konnte sich De Gasperi der Zustimmung der PSIUP sicher sein. Doch bei seinem Freiheitsbegriff, den er auf die Politik, die soziale Freiheit, die Religion und gegenüber den staatlichen Organisationen bezog, deuteten sich Differenzen an, denn nach De Gasperi war Freiheit einzig durch *l'insegnamento tradizionale della nostra civiltà cristiana* garantiert, wobei er gleichzeitig eine zunehmende Isolation der DC durch „antiklerikale Kräfte“ wie die PSIUP ausmachte.<sup>236</sup> Damit aber sah De Gasperi die Grundfesten der Gesellschaft angegriffen, half eine kirchliche Orientierung doch gegen totalitäre Vorstellungen, eine „Bürokratisierung“ der Wirtschaft und garantierte

<sup>232</sup> Pedone, Congressi S. 47 f.

<sup>233</sup> Pedone, Congressi. S. 50 f.

<sup>234</sup> Canavero, Alfredo: "Nenni, i socialisti italiani e la politica estera", in: di Nolfo, Ennio (Hg.): *L'Italia e la politica di potenza in Europa: (1945-50)*. Mailand 1990. S. 223-251. Hier S. 229 ff.

<sup>235</sup> In den unmittelbaren Nachkriegsjahren verteidigten die linken Parteien keineswegs technokratische Überlegungen als Ansatzpunkte für eine stärkere Wirtschaftslenkung. Bis 1947 war die antidirigistische Rhetorik vorherrschend. Petri, *Wirtschaftswunder*. S.430 f.

<sup>236</sup> De Gasperi, *discorsi politici*. S. 51-70. Erste Zitation S. 61-63, die zweite auf S. 68 f. Siehe ebenso De Gasperis Radiorede vom 4.12.1945, im *Popolo* vom 5.12.45 abgedruckt mit dem Titel: „Il nostro programma è la libertà“. In: De Gasperi, Alcide: *Scritti e discorsi politici*. Alcide de Gasperi e la stabilizzazione della Repubblica 1948-1954. Turin 2009. S. 812 f.



durch ihren Freiheitsbegriff den „Fortschritt des Pluralismus“. Die Kirche werde bereits seit Voltaire regelmäßig angegriffen. Gegen die aktuellen marxistischen Angriffe müsse man sich wehren, denn der Marxismus werde sich als Überbleibsel der Geschichte der *civiltà italica e cristiana* erweisen.<sup>237</sup> De Gasperi thematisierte Europa kaum, dafür aber die Grundlagen seines Europabilds. Neben dem Wert der Freiheit betonte er die Überwindung des Klassengedankens und eine Brückenposition Italiens zwischen Mitteleuropa und dem Mittelmeer.<sup>238</sup> Hinzu kamen christliche Grundwerte, was einerseits Hilfe für Italien und andererseits einen gerechten Frieden implizierte.<sup>239</sup> In seiner aktiven Politik versuchte er dabei die Kirche zu schützen.<sup>240</sup>

Trotz der spärlichen Präsenz des Topos „Europa“ schien De Gasperi schon im Jahr 1946 engeren Kontakt mit den Föderalisten gehabt zu haben, die ihre Ideen ausdrücklich gegen außenpolitische Vorstellungen der „forza“, also der Machtpolitik, stellten.<sup>241</sup> Auf diese persönlichen Kontakte konnte De Gasperi später zurückgreifen.<sup>242</sup> Diese Vorstellungen spielten in den Parteiprogrammen nur eine marginale Rolle. In der ersten Erklärung der DC auf dem Kongress im April 1946 wurde Europa nicht thematisiert. Hier hieß es lapidar, dass mit dem Ende des Totalitarismus auch die „unbegrenzte Souveränität“ ein Ende finden müsse. Der Staat habe die Pflicht, mit den anderen Staaten zu kooperieren. Man müsse nicht nur die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes verteidigen, sondern auch Beschränkungen der Souveränität hinnehmen, „*che sono rese necessarie da un organico funzionamento della comunità internazionale.*“

Die „Garantien gegen neue Kriege“ würden von der „Kooperation eines unabhängigen, freien und souveränen Italiens mit den anderen friedliebenden Nationen“ abhängen.<sup>243</sup> De Gasperis Äußerungen schwankten zu diesem Zeitpunkt angesichts der fehlenden Souveränität zwischen betont nationalistischen und angesichts der sich zuspitzenden internationalen Lage zurückhaltenden Äußerungen.<sup>244</sup>

Auch auf dem Parteitag des PSIUP in Florenz im April 1946 war Europa kein besonderes Thema. Nenni sprach von der Grenzposition, an der sich Italien zwischen dem Westen und dem Osten befinde. Gleichzeitig warnte er vor einem „Block“, der „unheilvoll für Europa,

<sup>237</sup> De Gasperi, discorsi politici. S. 71-98. Hier S. 93 ff.

<sup>238</sup> So De Gasperi im Januar 1944. In: De Gasperi, Scritti e discorsi politici. S. 663-672. Hier S. 671. Italien wird hierbei als fruchtbarer Boden für die Arbeit, die Religion und die Kultur beschrieben.

<sup>239</sup> De Gasperi betonte anlässlich einer Wahlveranstaltung am 26.5.46, dass Roosevelt, Churchill und sogar Tschiang Kai-schek den Nazismus nicht nur aus Gründen der Freiheit, sondern auch aufgrund der „*civiltà cristiana*“ bekämpft hätten. De Gasperi, Scritti e discorsi politici. S. 910-912. Hier s. 911 f. Auf S. 912 der Hinweis auf Hilfen durch die UNRA. Zum *pace giusta*. Ebd. S. 916. Rede vom 19.5.46.

<sup>240</sup> So wandte sich 1946 ein *Monsignore* an De Gasperi, wonach ein Buch mit blasphemischem Inhalt verbreitet werde. De Gasperi gab Anweisungen, dies zu untersuchen und dem Innenministerium weiterzuleiten. In: Archivio Centrale dello Stato, Roma (künftig ACS). Fondo Consiglio dei Ministri, segreteria particolare del Presidente del Consiglio dei Ministri Alcide De Gasperi. Busta 3, fasc. 17.

<sup>241</sup> ACS. Fondo Consiglio dei Ministri, segreteria particolare del Presidente del Consiglio dei Ministri Alcide De Gasperi. Busta 5, fasc. 28. Siehe den Brief der römischen Sektion der Föderalisten von 1946.

<sup>242</sup> Preda, De Gasperi. S. 174-196. Einer der stärksten Befürworter föderalistischer Ideen in der DC war Piero Malvestiti, dessen basisdemokratische Ideen jedoch nicht gegen die pessimistischen Einschätzungen De Gasperis und Gonellas durchsetzungsfähig waren. Siehe Formigoni, *l'alleanza occidentale*. S. 66 f.

<sup>243</sup> Preda, De Gasperi. S. 214.

<sup>244</sup> Formigoni, *l'alleanza occidentale*. S. 69.

aber besonders für unser Land“ sei. Man könne weder der Politik der Sowjetunion noch der Großbritanniens noch der Vereinigten Staaten, die Italien auf eine Kolonie zurückstufen wollten, zustimmen. Stattdessen wolle man sich in den Vereinten Nationen für den Frieden einsetzen. Regional müsse man sich mit Frankreich und Spanien einerseits und Jugoslawien und Griechenland andererseits einigen. Dafür sei ein Friedensvertrag Voraussetzung, für den man bezüglich „der Grenzen, der Kolonien und der Rohstoffe“ klare Vorschläge gemacht habe.<sup>245</sup>

Der Parteitag zeigte deutlich die Existenz unterschiedlicher Strömungen der Partei, wobei die Vertreter der *Critica Sociale*, die den Kern der späteren Sozialdemokraten bildete, mit einem Stimmenanteil von 11,4% marginalisiert wurden.<sup>246</sup> Aus ihren Reihen machte Saragat deutlich, dass er sich ein Europa als Synthese zwischen Ost und West wünsche, geprägt von der Sozialistischen Internationalen. Europa könne nur demokratisch aufgebaut werden, denn sonst laufe es Gefahr, reaktionär geeint zu werden.<sup>247</sup> International versuchte Nenni Anschluss zu finden, doch wurde bei seiner Londonreise ein Treffen mit Bevin von diesem aufgrund von „Terminschwierigkeiten“ abgesagt. Die *Labour Party* lehnte die enge Kooperation zwischen den italienischen Sozialisten und Kommunisten ab und somit verschlechterten sich die Verbindungen zwischen den Schwesterparteien.<sup>248</sup>

Die einsetzenden Europadebatten liefen aus zwei Gründen an der PSIUP vorbei. Sie verfolgte erstens eine betont nationalistische Außenpolitik, da sie für sich ein das moralisches Primat forderte, das die bürgerlichen Parteien mit der Unterstützung des Faschismus eingeübt hätten. Zweitens wurde durch Churchills Reden der Europabegriff bereits in einer westlichen Prägung besetzt, die die Sozialisten nicht akzeptieren konnten. Nenni bezeichnete Churchills Rede vom September 1946 als „eine Kriegserklärung“. Er wandte sich auch in den folgenden Monaten gegen eine Politik des Ost-West-Konflikts und beschwor stattdessen eine Politik der Gemeinschaft „aller demokratischen Kräfte für die gemeinsame Arbeit des Fortschritts“.<sup>249</sup> Demokratie und Fortschritt hießen die Parolen der PSIUP. Bei den Wahlen zur *Costituente* spielte die internationale Situation kaum eine Rolle. De Gasperi vermied schlicht und ergreifend Bemerkungen zum deutlicher zu Tage tretenden Ost-West-Konflikt.<sup>250</sup>

Gleichzeitig begannen die Friedensverhandlungen in Paris. De Gasperi appellierte an die Teilnehmerstaaten, sich an die italienische *Cobelligeranza* und an die Opfer Italiens zu erinnern. In seinen Ausführungen in Paris vom August 1946 versuchte er, den Blick auf eine Zukunft zu richten, die den Krieg überwinden sollte. De Gasperis Forderungen nach einer fairen Ordnung, in der die europäischen Staaten frei handeln könnten, die die Fehler von Versailles nicht wiederhole und die den demokratischen Prozess in Italien nicht behindere, blieben ohne Erfolg.<sup>251</sup> Die Friedensvertragsverhandlungen wurden als Diktat emp-

<sup>245</sup> Pedone, Congressi. S. 73.

<sup>246</sup> Siehe Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 115 ff.

<sup>247</sup> Sgambati, Valeria: "Saragat e la scelta dell'Occidente", in: Craveri, Piero und Quagliariello, Gaetano (Hg.): Atlantismo ed europeismo. Soveria Mannelli 2003. S. 463-483. Hier S. 469.

<sup>248</sup> Canavero, Nenni e la politica estera. S. 234 f.

<sup>249</sup> Felisini, Il PSI e l'integrazione europea. S. 239 f.

<sup>250</sup> Formigoni, il politico vincente. S. 91 f.

<sup>251</sup> Siehe hierzu die Rede De Gasperis vor der Versammlung in Paris vom 10.8.1946. In: De Gasperi, Alcide: L'Europa. Scritti e discorsi. A cura di Maria Romana De Gasperi. Brescia 2004. S. 31-45. Ebenso die Aus-

funden. In der DC wurden, stärker als bei den beiden Koalitionspartnern PSIUP und PCI, Stimmen laut, die diesen ablehnen wollten.<sup>252</sup>

Während De Gasperi für die DC zunehmend das Thema der Freiheit besetzte, betonte Lelio Basso für die PSIUP in einem Artikel vom 15.9.46 über den europäischen Sozialismus die historische Möglichkeit, die sich dem europäischen Sozialismus nach dem Weltkrieg biete. Nach der Diskreditierung der europäischen Bourgeoisie durch den Krieg war nach Basso die Machtübernahme durch die Arbeiterklasse nun keine theoretische Frage mehr, sondern eine „konkret politische“. Sie sei ein „Schlüsselproblem der europäischen Situation“, von dem die „Erneuerung in neuer Form oder das sich Verdunkeln der heutigen *civiltà*“ abhängen. Dafür wog Basso die einzusetzenden Methoden ab. Demnach konnte in Westeuropa die „Methode der parlamentarischen Demokratie“ effizient angewendet werden, während dies in Osteuropa aufgrund des geringen Entwicklungsstandes nichts anderes bedeutet hätte, als den „Priestern und Reaktionären“ Manipulationschancen zu eröffnen. Hier auf das Parlament zu setzen, bedeute, „die alten plutokratischen Kasten“ an der Macht zu halten. Dies würde die Verwirklichung des Sozialismus um Jahrhunderte zurückwerfen und die „materiellen und moralischen Bedingungen“ des Proletariats und der Landarbeiter erschweren. Was die Zusammenarbeit mit den Kommunisten anging, so war Basso hin und hergerissen. Einerseits erschien ihm ein „Aktionspakt“ in ganz Europa, mit der Ausnahme Englands, notwendig, doch andererseits erschwere die „von Furcht und Irrtümern“ geprägte sowjetische Außenpolitik die Ziele. Sie lieferten dem „imperialistischen Westen“ Vorwände. Und dennoch konnte er die Furcht um den Fortbestand der Ergebnisse der Oktoberrevolution verstehen. Wenn aber die Kommunisten die Zwangsvereinigung anstrebten, rief dies das Misstrauen der Sozialisten hervor und könne langfristig die Arbeiterklasse entzweien. Hiermit wiederhole man die Fehler der Zwischenkriegszeit und leiste der Reaktion Vor-schub. Daher strebe man eine einheitliche Politik „sowohl im Osten wie im Westen Europas, sowohl jenseits als auch diesseits der Demarkationslinie“ an, lehne aber jedwede Politik ab, die zum Schaden der *classe operaia* zu einer Spaltung dieser führen könne.

Noch setzte Basso in Großbritannien Hoffnung auf Bevins „kluge“ Politik, die gegen die Konservativen um Churchill angewandt würde. Bevins Politik stütze die „demokratischen und sozialistischen“ Kräfte in den anderen Ländern, während die USA eine imperialistische Kolonialpolitik gegen die Sowjetunion verfolgten, indem sie mit Japan zusammenarbeiteten und die anderen Länder als Konsumenten für amerikanische Produkte imperialistisch beherrschten. Schon Stresemann habe mit einer solchen Politik in Deutschland dem Faschismus den Boden bereitet. Es müsse dringend zu einem Ausgleich zwischen den USA und der Sowjetunion kommen. Eine weitere Gefahr stelle der Vatikan dar, denn er wolle gegen die „bolschewistische Gefahr“ ein Bündnis schmieden, wobei dieser sich auf reaktionäre und faschistische Kräfte wie Spanien stütze. „Die katholisch-sozialistische Allianz, in einer antikommunistischen Ausrichtung, wäre folglich das Meisterstück der vatikanischen Diplomatie.“ Dagegen helfe nur die internationale Solidarität der Arbeiter, die mittels sozialistischer

---

führungen bei Preda, De Gasperi. S. 226-247. Rede De Gasperis vom 1.4.48 in Sassari. In: De Gasperi, Alcide: *Scritti e discorsi politici*. Edizione critica. Alcide De Gasperi e la fondazione della democrazia italiana, 1943-1948. Mailand 2008. Band 3, Teilband 2. S. 1738-1746.

<sup>252</sup> Vgl. Formigoni, *il politico vincente*. S. 94 ff. ebenso ders., *l'alleanza occidentale*. S. 78 ff.

Regierungen der „Einheit der Arbeiterklasse“ den Frieden und die Solidarität in den internationalen Beziehungen herstellen könnten.<sup>253</sup>

Basso forderte also mit seinem klassenkämpferischen Duktus eine einheitliche, aber dennoch unabhängige Politik in ganz Europa zusammen mit den Kommunisten, die De Gasperi in seiner Rede in Rom vom 3.11.1946 angriff, nachdem die Kommunisten in einem Flugblatt De Gasperi als Befehlsempfänger des Vatikans und der USA hingestellt hatten.<sup>254</sup> Angesichts der administrativen Wahlen griff er den *patto d'azione d'azione* (Aktionspakt) der Sozialisten mit den Kommunisten an. De Gasperi zitierte europäische Sozialisten, die sich gegen eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ausgesprochen hatten. Dennoch lobte er die Zusammenarbeit im Kabinett mit der PSIUP und der PCI, beklagte aber Angriffe der Presse der linken Parteien.<sup>255</sup>

Die innenpolitische Lage spitzte sich zu. Stärker als zuvor positionierten sich die Lager. Dem von Basso skizzierten Europa der Revolution wurde ein christliches Europa gegenübergestellt, das Guido Gonella im August vor italienischen Diplomaten erläuterte.<sup>256</sup> Gonella beschrieb einen einfachen Zusammenhang, wonach Größe und „Dekadenz“ Europas mit der Einigkeit zwischen den Staaten zusammenhängen. Die Einheit Europas sei die Bedingung für seine Größe.<sup>257</sup> Gleichzeitig habe es schon immer Unterschiede in Europa gegeben, doch momentan sei Europa „balkanisiert“. Ein Grund hierfür könne eine Verlagerung der „politischen Achse von Europa weg“ sein, wie „seinerzeit von Athen nach Rom“.

Europa sei als kleinster Kontinent geteilt: In eine westliche Zone, die dem ehemaligen Gebiet des Römischen Reiches entspreche. Sie sei industriell geprägt, von Meeren umgeben und abgeschlossen. Die hier entwickelte antike Kultur sei der barbarischen Flut zum Opfer gefallen – und habe dennoch großen Einfluss auf Europa gehabt. Dem stellte Gonella eine östliche Zone entgegen, „geographisch offen, flach, mit kontinentalem Klima, überwiegend agrarisch, mit Sprachen slawischen Ursprungs“. Diese beiden Zonen würden durch das Baltische und das Schwarze Meer seit römischer Zeit durch einen barbarisch geprägten Bereich

<sup>253</sup> Archivio Lelio Basso. Fondo Basso. Serie I, Busta 1. Doc. 11. Der Artikel wurde veröffentlicht unter dem Titel: *Prospettive socialiste. Socialismo europeo*. In: *Quarto Stato*, 15.9.46. Nr. 16 und 18.

<sup>254</sup> Zur Rolle des Vatikans: di Nolfo, Ennio: "Von der Konfrontation zur Partnerschaft. Italien und der Vatikan 1943-1948", in: Woller, Hans (Hg.): *Italien und die Großmächte 1943-1949*. München 1988. S. 179-208.

<sup>255</sup> De Gasperi, *discorsi politici*. S. 107-129. Insbesondere S. 113-117. Ebenso: De Gasperi, *Scritti e discorsi politici*. S. 964-978.

<sup>256</sup> Gonella war nach den Aussagen von Giorgio Galli im Januar 1943 zu dem Gründerkreis der DC gestoßen und war ein Vertreter der „traditionellen katholischen Kultur“. Gonella hatte für den *Osservatore Romano* geschrieben und spielte für die sich neue etablierende Partei eine wichtige Rolle. Siehe: Galli, Giorgio: *Storia della DC*. Mailand 2007. S. 28 und S. 62. Im *Osservatore Romano* hatte Gonella schon in den 30er Jahren die Vision eines föderalen Europas vertreten. Siehe einige Artikel in Gonella, Guido: *Lo spirito europeo*. *Scritti e discorsi*. Rom 1979. S. 9 ff. Zur Gründung der DC siehe ebenso Capperucci, *Il partito dei cattolici*. S. 23 ff.

<sup>257</sup> Vortrag Gonellas im italienischen Außenministerium vom 7.8.46 mit dem Titel „Einheit Europas“. ALS, Fondo Gonella, Busta 140, Serie 8.3.5.5. Fasc. 1. Rede S. 3. Folgende Nummerierung ist dem Exemplar des Archivs entnommen. Die Rede wurde später vom *Ministero per l'istruzione pubblica* verlegt, dem Gonella vorstand. Von diesem erneut publiziert in Gonella, spirito. S. 87-96. Bereits in der Zeitschrift *Politica Estera* vom Mai 1945 hatte Gonella die kulturelle Einheit Europas mit dem Artikel „Unità spirituale dell'Europa“ betont. Ebd. S. 75-78. Hier ging er von dem *Congresso Volta* in Rom von 1932 aus, um schlussendlich zu schlussfolgern, dass vor allem das Christentum die trennenden Eigenschaften der Völker überwinde.

getrennt. Seit je her entscheide sich hier Krieg und Frieden, zuletzt in Sarajevo und in Danzig. Zu diesen Unterschieden sei seit 1914 die Entwicklung des nationalen Prinzips getreten, der die internationale Ordnung verkompliziert habe. Neben dem nationalen sei ein bürgerlicher Imperialismus getreten, mit dem vor allem die reichen Nationen durch das Abschotten von Grenzen eigene Interessen habe zufrieden stellen wollen.<sup>258</sup>

Gonella hielt zentrifugale Kräfte fest, die für Europa entscheidend seien: So England mit seiner alten Gleichgewichtspolitik, dem nun nichts anderes übrig bleibe, als in Europa einzugreifen und neue Kriege zu verhindern.<sup>259</sup> Die zweite zentrifugale Kraft sei Russland, das aus Byzanz das Christentum erhalten habe. Anders als die Nationalsozialisten gedacht hätten, könne es nicht aus Europa ausgeschlossen werden, denn es gehöre ökonomisch dazu und sei die Brücke zu Asien. Selbst der Kommunismus sei geistesgeschichtlich eine *idea occidentale*. Doch durch seine bloße Größe könne Russland gar nicht anders als interkontinentale Gedanken zu hegen.<sup>260</sup> Als dritte Macht könne die Türkei vernachlässigt werden.

Dann ging Gonella auf die geistigen Grundlagen Europas ein. Demnach waren die USA ein „überseeisches Europa“. Sie hätten „europäisches Blut, sprechen europäische Sprachen“ und schienen „das Beste ihrer Heimatländer mitgenommen und bewahrt zu haben“. Freiheit und Demokratie seien genuin europäisch und seit den ersten Siedlern seien sie auf Europa fixiert gewesen. Durch Kriegseintritte und Verbindungen der Emigration hätten die USA nun endgültig dem Isolationismus entsagt. Doch wichtiger sei die Politik der europäischen Staaten selbst, die nicht mehr gegeneinander kämpfen sollten, sondern den Kampf „zwischen Europa und Anti-Europa“ führen müssten. „Russland versucht, mit gefährlichen und gewichtigen Machenschaften, Asien nach Europa zu lenken.“ Trotz der Hilfe der USA müsse Europa seine Einheit wiederherstellen, um bei der „Jagd des Ostens“ auf Europa zu bestehen. Gonella beschrieb Europa als eine *unità di civiltà*. Schon Manzoni habe die europäische politische Einigung gefordert. Sie könne momentan durch die gemeinsame Misere und durch die Demokratie befördert werden.<sup>261</sup>

Europas Neuaufbau müsse dabei die Unterschiede respektieren, weil der Mensch „das komplexeste und einheitliche Wesen der Schöpfung“ sei. Weder Uniformität noch Standardisierung sondern Pluralität sei gefragt, denn Gonella schloss holistisch, dass *l'unità* eine „höhere Synthese“ sei. Die europäische Einigung bedürfe der Wiederherstellung der europäischen Traditionen. So bauten der Rechtsgedanken und die europäische Kultur auf das griechische, römische und christliche Erbe auf. Angelehnt an die Kontraktualisten forderte Gonella einen Souveränitätsverzicht, denn so wie jeder Einzelne auf sein Recht der Selbstverteidigung verzichtet habe, müssten auch die Nationen dies tun, um Frieden zu garantieren. Statt Rache müsse es eine aktive Friedenspolitik, eine aktive Solidarität und internationale Gerechtigkeit geben, um den Begriff der Nation mit dem der Menschlichkeit in Einklang zu bringen. Dies hätten Liberalismus und Sozialismus erkannt und Mazzini mit „ich liebe mein Vaterland, weil ich die Vaterländer der anderen liebe“ ausformuliert. Doch Gonella schloss auch rechtsphilosophisch auf einen Souveränitätsverzicht und die Etablierung einer internationalen Ordnung, denn: „Jeder Wille ist notwendigerweise beschränkt und diszipliniert; andernfalls ist es kein Wille, sondern Wunsch oder Willkür. Daher ist die

<sup>258</sup> ALS. Fondo Gonella. Busta140, Serie 8.3.5.5, Fasc. 1. Rede S. 4-7

<sup>259</sup> Ebd. S. 7

<sup>260</sup> Ebd. S. 7 f.

<sup>261</sup> Ebd. S. 8-10. Zitat auf S. 9 f.

so genannte absolute Souveränität ethisch und historisch ohne Konsistenz.“<sup>262</sup> Freiheit sei nur mit der Pflicht zur Solidarität denkbar. Dies schließe auf internationaler Ebene jede Unterordnung aus und somit „Heilige Allianzen, Lebensräume, bürgerlichen Imperien und internationale *classiste*, die die Nation im Namen der Klasse verneinen. [...] Nur mit diesen Grundlagen kann man den Weg zu einem neuen, nicht mehr konventionellen, aber institutionellen, europäischen Föderalismus eröffnen.“

Das Christentum erschien dabei mit seinem universalistischen Anspruch als wichtigster Helfer. Es könne eine Brücke zwischen Ost und West sein, denn bereits in der Gesellschaft wirke es integrierend. Italien komme dabei eine besondere Rolle zu. „Trotz des gerechtfertigten Pessimismus wird es, wenn Europa treu zu seinen christlichen Traditionen stehen wird, seine Funktion des Zentrums der *civiltà* bewahren können, diese eine doppelte Vermittlung ausüben: in seinem inneren – und dies ist heute das größte Problem Europas – wird es Vermittler zwischen den drei großen Stämmen (lateinisch, angelsächsisch und slawisch) sein können; nach außen wird es eine Funktion der Einigung zwischen dem Osten und dem Westen, zwischen Asien und Amerika, einnehmen können“.<sup>263</sup>

Von den Diplomaten erwartete er ein gewissenhaftes Eintreten für die Einigkeit Europas. Es werde gerade Aufgabe der italienischen Diplomatie sein, „mit seiner Kunst, seiner Kultur, seiner *opera di italianità* im Ausland“, „mit der christlichen Würde des Menschen, mit der Einheit und der geistigen Größe das neue Europa wiederaufzubauen“. Es sei zwar keine alleinige italienische Aufgabe, ein einiges Europa zu schaffen, doch hänge es in „nicht kleinem Maße von uns ab“, die „Europäer intellektuell und moralisch wiedererstehen“ zu lassen.<sup>264</sup> Diese Aufforderung erinnerte doch eindeutig an die Aussage Massimo d'Azeglios, wonach nach der Schaffung des italienischen Nationalstaates im Risorgimento nun auch der Italiener geschaffen werden müsste. Gonella nahm also Rückbezug auf die Nationalbewegung im 19. Jahrhundert und vertrat föderalistische Vorstellungen, wonach ein politisches Gebilde als erster Schritt geschaffen werden sollte. Die Forderung eines gemeinsamen Europas war in der DC bereits weit verbreitet, doch verbanden die Exponenten je unterschiedliche Ziele mit der Rolle Europas und der Italiens in diesem. Während Gonella von einer gemeinsamen Kultur mit den USA sprach, lehnte Dossetti eine zu enge Anlehnung an diese ab, um jeder Einbeziehung in einen zukünftigen Block entgegen zu wirken. Malvestiti sah einige Monate später in dem Pakt von Dünkirchen zwischen Großbritannien und Frankreich sogar den Ansatz eines unabhängigen Europas, das sich eben aus der Ost-West Konfrontation heraushalten könne.<sup>265</sup>

Kurz nach der Rede Gonellas übernahm im Oktober 1946 Nenni für drei Monate das Außenministerium, wobei sich allerdings De Gasperi in wichtigen Fragen wie den Verhandlungen über den Friedensvertrag die Federführung vorbehielt. Darüber hinaus reagierten die Diplomaten reserviert auf die Nominierung des Sozialisten Nenni. Einzelne versicherten gar dem amerikanischen Außenministerium, dass durch einen direkten Draht zu De Gasperi keine großen Veränderungen eintreten würden. Dennoch vermochte es Nenni, in seiner knappen Amtszeit Akzente zu setzen. Ferner verweigerten sich die Christdemokraten 1947

<sup>262</sup> Ebd. S. 11-13.

<sup>263</sup> Ebd. S. 14 f.

<sup>264</sup> Ebd. S. 16.

<sup>265</sup> Formigoni, *l'alleanza occidentale*. S. 119 f.

eine Politik der „Äquidistanz“ zwischen den sich etablierenden Blöcken keineswegs.<sup>266</sup> So forcierte Nenni den Abschluss von Handelsverträgen mit osteuropäischen Staaten, zumal er dies als wichtigen Teil der Kooperation zwischen den Staaten bezeichnet hatte. In Abkehr zur faschistischen Außenpolitik, die seiner Meinung nach von bürgerlichen Kreisen mitgetragen oder gar von diesen entwickelt worden war, sollte die Außenpolitik den inneren Veränderungen Italiens entsprechen. Nenni betonte immer wieder, dass die Innenpolitik maßgeblich von der Außenpolitik beeinflusst, wenn nicht gar determiniert werde.<sup>267</sup> Folglich versuchte er, das francistische Spanien zu isolieren, stieß dabei aber bei den westlichen Staaten auf wenig Gegenliebe. Nach Nennis Ausführungen im Herbst 1946 waren nur die italienischen Sozialisten in der Lage, eine neutrale Stellung Italiens in der Welt sicher zu stellen. Nur sie könnten die Hinwendung zu einem Block verhindern, die sich schon in der strikten Anlehnung der bürgerlichen Kräfte an die Vereinigten Staaten zeige, welche den Interessen Italiens und dessen Arbeiterklasse nicht gerecht werde.<sup>268</sup> Daneben setzte er sich schon in dieser frühen Phase für eine mögliche Revision des noch zu unterzeichnenden Friedensvertrags ein. Einerseits sah er die UdSSR nicht als Aggressor, zumal sie zu dieser Zeit auch aufgrund des amerikanischen Atommonopols noch unterlegen war. Andererseits finden sich Aussagen Nennis, die Italien in der westlichen Welt verorteten.<sup>269</sup> So bemühte er sich vor allem um eine Verbesserung der italienisch-britischen Beziehungen, die in den beiden vergangenen Jahren arg gelitten hatten.<sup>270</sup> In seiner ersten Rede als Außenminister bei der Enthüllung eines Monuments für Turati, dem Gründer der italienischen Arbeiterpartei, hatte Nenni eine neue Außenpolitik angekündigt. Europa werde einem Italien begegnen, das für den „Fortschritt“ arbeiten werde und „seine Aktion auf dem Prinzip der internationalen Solidarität“ aufbauen werde. Man wolle weder gegen die „Anglo-Amerikaner [noch] gegen die Sowjetunion“ Politik machen, „sondern auf die Union aller demokratischen Kräfte in Europa und der Welt [zielen], die auf die blutigen Mythen des Reiches oder der militärischen Kraft verzichten.“ Doch erhalte man seine Ansprüche schon aus Gerechtigkeitsgründen aufrecht.<sup>271</sup>

Der Ton zwischen der DC und den beiden linken Parteien wurde mit dem Jahreswechsel 1946/1947 schärfer. Aber auch in der PSIUP selbst wurde der Ton rauer und führte letztendlich zu einer ersten Abspaltung der Sozialdemokraten. Während Teile der PSIUP die Teilung von Livorno von 1921, in der sich die Sozialisten von den Kommunisten getrennt hatten, rückgängig machen wollten, lehnten andere Teile dies mit der Warnung vor einem zu starken sowjetischen Einfluss und der Ablehnung nicht-demokratischer Strukturen in der PCI ab. Saragat wurde allmählich der Fixpunkt dieser zweiten Gruppe. Nenni versuchte, einigend und ausgleichend auf die verschiedenen Gruppierungen zu wirken.<sup>272</sup> Versuche

<sup>266</sup> Formigoni, *il politico vincente*. S. 95 f. Ebendort auch das Zitat des direkten Kontaktes einzelner Diplomaten zu De Gasperi. S. 105 f.

<sup>267</sup> Vgl. Scirocco, *Politique d'abord*. S. 18 f.

<sup>268</sup> Canavero, *Nenni e la politica estera*. S. 241-251.

<sup>269</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 240. Zur Äquidistanz und Unabhängigkeit Italiens: Scirocco, *Politique d'abord*. S. 19.

<sup>270</sup> Siehe: Varsori, Antonio: "Bestrafung oder Aussöhnung? Italien und Großbritannien 1943-1948", in: Woller, Hans (Hg.): *Italien und die Großmächte 1943-1949*. München 1988. S. 131-160. Hier: S. 144-153. Zu Nenni: S. 150-152.

<sup>271</sup> Ardia, *Il rifiuto della potenza*. S. 260

<sup>272</sup> Siehe Donno, *Saragat e la socialdemocrazia*. S. 123 ff.

der USA und Großbritanniens, Nenni zu einer Aufgabe der Einheitsfront mit der PCI zu bewegen, blieben erfolglos.<sup>273</sup>

Der im Oktober 46 geschlossene *Patto di unità d'azione* zwischen den Sozialisten und den Kommunisten heizte den Streit zwischen *Fusionisti* und *Autonomisti*, also Befürwortern und Gegnern einer engen Zusammenarbeit mit den Kommunisten, an, da die Kommunisten bei den Regionalwahlen im November 46 stärker profitierten als die Sozialisten und diese gar überholten. Daraufhin griffen Saragat und Zagari im *Giornale d'Italia* Nenni und Vertreter der linken *correnti* an, woraufhin die *Direzione* der Partei am 20.11. mit 5 gegen 4 Stimmen bei einer Enthaltung entschied, den Parteitag, der eigentlich für den März vorgesehen war, auf den Januar vorzuziehen.<sup>274</sup> Der Parteitag sollte in der *città universitaria* in Rom stattfinden. Die sich abspaltenden Sozialdemokraten trafen sich im *Palazzo Barberini*.<sup>275</sup>

Saragat warf der linken Strömung totalitäre Methoden vor, denn nur eine wirklich unabhängige, starke, von unten aufgebaute und nicht bürokratische Partei könne zwischen Kommunisten und Christdemokraten vermitteln. In Italien gebe es diese Partei nicht. Die Partei müsse „als Teil der europäischen Arbeiterklasse [und] der italienischen Arbeiterklasse in der Sozialistischen Internationalen“ bleiben.<sup>276</sup> Damit spalteten sich die Anhänger um Saragat, die sich vornehmlich aus den beiden vorherigen Strömungen der *Iniziativa Socialista* und der *Critica Sociale* rekrutierten, von der PSIUP ab, die sich von nun an PSI nennen sollte, und gründeten die Partei der PSLI. Die sich Abspaltenden waren sich in der Ablehnung einer zu starken Anbiederung an die Kommunisten einig. Darunter waren junge Kräfte der *Iniziativa*, die vornehmlich föderalistisch eingestellt waren und lockere Kontakte zu den Föderalisten durch Colorni unterhielten. Ein unabhängiges, friedliches und sozialistisches Europa war einer ihrer Kernforderungen, die sie jedoch schon schnell durch Churchill und Stalin bedroht sahen.<sup>277</sup> Die *Critica Sociale* bekannte sich zu einem vermittelnden Europa, das sich aus den universalistischen Ideen Turatis speiste.<sup>278</sup> Einzig die westeuropäischen Parteien erschienen als geeignete Partner zur Umsetzung der eigenen Ideen.<sup>279</sup> Demokratie, reformorientierte Sozialdemokratie und die Entscheidung für die

<sup>273</sup> Miller, James Edward: "Der Weg zu einer "special relationship". Italien und die Vereinigten Staaten 1943-1947", in: Woller, Hans (Hg.): Italien und die Großmächte 1943-1949. München 1988. S. 49-68. Hier: S. 63 f.

<sup>274</sup> Pedone, Congressi. S. 112.

<sup>275</sup> Siehe Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 122 ff. Zu den Vorgängen rund um die Spaltung der Sozialisten sowie einer Einordnung in den Kontext des italienischen Sozialismus siehe Galli, Storia del socialismo italiano. S. 266 ff.

<sup>276</sup> Pedone, Congressi. S. 120 ff. Zum Antrag der *Iniziativa*: Zagari, il socialismo italiano. S. 247 f.

<sup>277</sup> Zagari, Mario: "Iniziativa socialista e la dimensione internazionale del PSI dalla Liberazione a Palazzo Barberini", in: Benzioni, Alberto u.a. (Hg.): La dimensione internazionale del socialismo italiano. Rom 1993. S. 173-179. Hier: S. 174. Die Aufsätze dieses Tagungsbandes, in dem sowohl Wissenschaftler als auch ehemalige Politiker zu Wort kommen, sind leider ohne weitergehende Anmerkungen abgedruckt worden. Die Aufsätze werden vor allem bei allgemeinen Einschätzungen und Bewertungen in dieser Arbeit herangezogen.

<sup>278</sup> Siehe hierzu Donno, Michele: Il piano Marshall e la „parabola terzaforzista“ del Partito socialista dei lavoratori italiani, in: ventunesimo secolo 13 (2007). S. 153-182. Hier: S. 153 ff.

<sup>279</sup> Ebd. S. 175 ff. Leo Solari beschreibt die außenpolitische Orientierung in der PSI ebenfalls als Generationenkonflikt zwischen der alten Führung der PSIUP, die treu zu den Kommunisten und somit zu dem Partner im Klassenkampf stand und der a-kommunistischen Haltung der jungen Kräfte mit ihrer internationa-



westliche Kultur fielen unmittelbar mit einem Europa aus kultureller, politischer und ideologischer Tradition zusammen.<sup>280</sup> Vermittelnde Versuche von Sandro Pertini hatten somit auf dem Parteitag keinen Erfolg mehr. Die Sozialdemokraten wurden wohlwollend von der amerikanischen Regierung beachtet und erhielten von dem Italo-Amerikaner Antonini finanzielle Unterstützung.<sup>281</sup>

Nenni verteidigte hingegen die Marxsche Forderung nach einer Sozialisierung der Produktionsmittel als Instrumente zur Eroberung der Macht und „Methode für den Klassenkampf“. Der 25-jährige Kampf um die Freiheit und Demokratie sei heute gleichbedeutend mit dem Kampf für den Sozialismus.<sup>282</sup> International lehnte er jedoch eine Entscheidung zwischen West oder Ost ab, da eine Synthese beider für den Einklang individueller Freiheit und sozialer Errungenschaften notwendig sei. Man strebe die Neutralität an.<sup>283</sup>

Lelio Basso sah Europa am Scheideweg: Entweder würden die „alten Strukturen des kapitalistischen Staates“ restauriert oder man befinde sich auf dem Weg zu einer „sozialistischen Gesellschaft.“ Basso ging ausweichend auf den Streit über den Umgang mit den Kommunisten ein und betonte einmal mehr die Notwendigkeit einer einheitlichen Arbeiterklasse, die durch die Spaltung eben nicht erreicht werde.<sup>284</sup> Seine dialektische Argumentation, die sich jedoch nicht an die Kommunisten anlehnte, kam dem *corrente* der *Sinistra* entgegen. Er formulierte als zentrales Ziel, den „Frieden mit einer Außenpolitik [zu erreichen], die die Nationen aus den imperialistischen Wettbewerben heraushält und die eine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit auf dem Prinzip der internationalen Organisation, der kollektiven Sicherheit, der Hilfe zwischen den Völkern, der Freiheit der Emigration und des wirtschaftlichen Handels, die gleiche Verteilung von Rohstoffen“ erreichen solle.<sup>285</sup>

Die in der Partei verbliebenen ehemaligen Anhänger der *Critica Sociale*, nun *Concentrazione socialista*, forderten stattdessen eine „nicht nur organisatorische, sondern auch politische Autonomie der Partei.“<sup>286</sup> Auf internationaler Ebene müsste Italien für eine Blockfreiheit eintreten, wobei man sich zur Überwindung der Blöcke einem geeinten Europa, „verbunden durch föderale Verbindungen“, zuwenden sollte. Ferner sah man es als notwendig an, eine sozialistische Internationale zu gestalten, die sich weder in London noch in Moskau ansiedeln sollte, um sich somit keinem Block zuzuwenden. Der Antrag der *Iniziativa Socialista* verurteilte die bisherige Politik der *Direzione*, denn diese habe zu wenig Einfluss auf die internationale Politik genommen, woraus „eine Unterordnung unter die Außenpolitik des bürgerlichen Staates“ resultiert und wiederum den internationalen sozialistischen Einfluss auf den westlichen Block verringert habe.<sup>287</sup> Mit der Abspaltung verlor damit die sozi-

---

len und somit vor allem westeuropäischen Orientierung. Sowohl Solari als auch Zagari sind ehemalige Beteiligte, womit deren Aussagen vorsichtig zu bewerten sind. Siehe Solari, Leo: "I socialisti e la politica estera nel dopoguerra: il caso dell'Internazionale giovanile", in: Benzioni (Hg.), *La dimensione internazionale*. S. 180-184.

<sup>280</sup> So in Sgambati, Saragat. S. 473.

<sup>281</sup> Miller, *special relationship*. S. 64.

<sup>282</sup> Pedone, *Congressi*. S. 115.

<sup>283</sup> Ebd. S. 116.

<sup>284</sup> Ebd. S. 127.

<sup>285</sup> Ebd. S. 154 f.

<sup>286</sup> Ebd. S. 156. Eine ältere Gegendarstellung zu Pedone findet sich in Avverardi, Giuseppe: *I Socialisti Democratici*. Como 1977. Hier S. 27 ff.

<sup>287</sup> Pedone, *Congressi*. S. 158 ff.

alistische Partei einen wichtigen Teil ihrer Mitglieder, vor allem aber die Vordenker eines gemeinsamen Europa wie Ignazio Silone. Lelio Basso, Übersetzer der Werke Rosa Luxemburgs, wurde neuer Parteisekretär.<sup>288</sup>

Die politische Lage spitzte sich zu. De Gasperi besuchte im Januar 47 die USA. Die Reise wird in der Literatur öfters als Wendepunkt genannt, obwohl nur wenige wirtschaftliche Vereinbarungen getroffen wurden. Die USA hatte sich zu Beginn seiner Regierung gegenüber abwartend verhalten. Nun warb er um amerikanisches Vertrauen. Mit dem aufkommenden Kalten Krieg bekam die Reise im Nachhinein eine noch größere Bedeutung.<sup>289</sup> Dabei hatte es in der Koalition und in der Regierung bereits seit dem Herbst 1946 gekriselt. Die katholische Kirche übte Druck auf De Gasperi aus, die Kommunisten aus der Koalition zu entlassen, was jedoch angesichts der Stärke der PCI und einer möglichen Reaktion der Sowjetunion auch aufgrund des noch offenen Friedensvertrages nicht möglich war.<sup>290</sup> Seine Rede in Cleveland, in der er auf den Friedensvertrag einging und eine faire Behandlung Italiens forderte, zugleich aber versicherte, dass Italien zu Opfern für einen Frieden bereit sei, war typisch.<sup>291</sup> Er mahnte die Etablierung und den Aufbau eines internationalen Systems an. Es müsse eine Weltorganisation, die die Demokratien unterstütze, entstehen, wobei gleichzeitig die armen und notleidenden Nationen unterstützt werden müssten. Viele europäische Nationen blickten dabei auf die USA, da diese eine enorme „moralische, ökonomische und politische Kraft“ darstellten und sich unabhängig von dem in Europa vorherrschenden Antagonismen entwickelt hätten. Die USA seien durch ihre tief religiöse Einstellung Verfechter der Individualrechte. Italien werbe um ihr Vertrauen und sei bereit, zum internationalen Frieden beizutragen. Dafür müssten die Nationen jedoch frei und diejenigen Grenzen aufgehoben sein, die nicht den „geographischen Realitäten“ entsprechen würden, wobei er auf Triest anspielte. Dafür hoffe man auf finanzielle Unterstützung und auf eine Zollsenkung von Seiten der USA.<sup>292</sup> Auch in weiteren Vorträgen lobte er die amerikanische Gemeinschaft, die ein Zeichen für das friedliche Zusammenleben sei. Es liegt nahe, dass De Gasperi hier zum ersten Mal öffentlich den Föderalismus als mögliche politische Ordnung erwähnte, wobei er sich auf einen der Verfasser der *federalist papers*, Hamilton, bezog. Vor der New Yorker Handelskammer beschrieb er Italien als glühendsten Verfechter einer neuen internationalen Ordnung, in der neben den Vereinigten Staaten von Amerika langfristig auch die Vereinigten Staaten von Europa entstehen sollten.<sup>293</sup> De Gasperi konzipierte sein „Vereintes Europa“ zunehmend innerhalb der gemeinsamen „atlantischen Demokratie“, sich einerseits von den Gedanken einer dritten Kraft und einer Neutralität abgrenzend, andererseits eine europäische Unabhängigkeit fördernd. De Gasperi hatte mit seinem Besuch den Beginn eines Vertrauensverhältnisses zu den USA gelegt und damit schon viel erreicht.

<sup>288</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 243.

<sup>289</sup> Di Nolfo, *La Repubblica*. S. 297 – 306. Preda, *De Gasperi*. S. 260. Siehe auch: Miller, *special relationship*. S. 64-68. Vergleiche ebenso: Ballini, Pier-Luigi und Varsori, Antonio: *L'europeismo 'nazionalista' (1947-1950)*, in: Dies. (Hg.): *L'Italia e l'Europa: (1947-1979)*. Rom 2004. Band 1 (1947-1957). S. 15-34. Hier: S. 20 f.

<sup>290</sup> Formigoni, *il politico vincente*. S. 105 ff. Zum Druck des Vatikan auf De Gasperi. Ebd. S 94.

<sup>291</sup> De Gasperi, *L'Europa*. S. 46-54.

<sup>292</sup> Ebd. S. 51-54.

<sup>293</sup> Zitiert nach Preda, *De Gasperi*. S. 253. Zur Reise S. 251 ff. Damit soll keineswegs behauptet werden, dass die Verfasser der *Federalist Papers* Föderalisten in der heutigen, deutschen Bedeutung des Wortes gewesen sind.

Er konstituierte einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung innerhalb der westlichen Hemisphäre,<sup>294</sup> obwohl in der DC die Anlehnung an die USA umstritten war.<sup>295</sup>

Die amerikanische Hilfe für die DC und die PSDLI sowie die vergeblichen Versuchen Nennis, in Moskau ebenfalls Unterstützung zu erhalten, bestärkten philo-amerikanische Positionen in der DC und auch Saragats, die vor dem Heraufkommen des Kalten Krieges noch neutrale Positionen vertraten hatten.<sup>296</sup> Die Linke mit PCI und PSI band sich finanziell, organisatorisch und ideologisch ab 47 immer stärker an die Sowjetunion.<sup>297</sup> Kurz nach seiner Rückkehr aus den USA bildete De Gasperi das Kabinett um. Dies war nicht eine Folge seiner Reise in die USA, sondern war der Spaltung der sozialistischen Partei geschuldet. Die Koalition mit der PCI und der PSI blieb bestehen, doch Nenni wurde durch Carlo Sforza im Außenministerium abgelöst, der ein Vertreter des europäischen Föderalismus war und deswegen von den Oppositionsparteien in späteren Diskussionen als Utopist bezeichnet werden sollte.<sup>298</sup> Sforza blieb als Vertreter einer Annäherung an die USA aus taktischen Gründen bis in den Mai 1947 hinein zurückhaltend. De Gasperi schaffte es somit, die antifaschistische Koalition zu erhalten und zugleich den Linken den Zugriff auf die Außen- und Finanzpolitik zu verwehren.<sup>299</sup>

Nicht Europa, sondern der Friedensvertrag dominierte die außenpolitische Agenda Italiens seit dem Ende des Krieges.<sup>300</sup> Die europäischen christlichen Parteien wurden als Appellationsinstanz wahrgenommen. Die *Direzione* der DC wandte sich am 15.2.1947 an alle christlichen Parteien und Organisationen in Europa, „damit sie, mit brüderlichem Verständnis und im Interesse der Gerechtigkeit und des Friedens, eine effektive Aktion gegenüber ihren Regierungen und den nationalen öffentlichen Meinungen“ ausüben sollten, um zu einer Revision des Friedensvertrages vom 10.2.1947 in Paris zu gelangen. Obwohl man gegen die NS-Diktatur und den japanischen Imperialismus gekämpft habe, sei ein Vertrag entstanden, der hart und mit christlichen und demokratischen Prinzipien schwer zu vereinbaren sei. Er habe bestrafenden Charakter, würde dem Land ethnische und territoriale Schäden zufügen und schwäche gerade die ärmsten Gebiete. Eine international vertrauensvolle Zusammenarbeit und neue Art der internationalen Beziehungen müsse aber mit dem inneren moralischen und wirtschaftlichen Aufbau des Landes korrespondieren. Nur so sei eine „demokratische Erneuerung und Konsolidierung seiner sozialen und politischen Institutionen“ möglich. Daher fordere man die anderen christdemokratischen Parteien zur Hilfe auf, damit

<sup>294</sup> Vgl. Preda, De Gasperi. S. 257-260.

<sup>295</sup> Formigoni, l'alleanza occidentale. S. 132 f.

<sup>296</sup> Di Nolfo, La Repubblica. S.237-241 sowie S. 253.

<sup>297</sup> Di Nolfo, La Repubblica. S. 253 ff.

<sup>298</sup> Preda, De Gasperi. S. 260 ff.

<sup>299</sup> Di Nolfo, La Repubblica. S. 310. Sforza war wegen seiner amerikanischen Orientierung die Teilnahme an der ersten Regierung Bonomi von Großbritannien verwehrt worden. Zwischen den USA und Großbritannien gab es im Laufe des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren ernste Meinungsverschiedenheiten über die Rolle und die Gestaltung Italiens. Siehe: Miller, special relationship. S. 50-59. Zu Sforza: S. 54.

<sup>300</sup> Einen guten Eindruck gewinnt man durch die Lektüre der Reden De Gasperis 1945 und 46 in der *Consulta Nazionale* und der *Assemblea Costituente*. In: De Gasperi, Scritti e discorsi politici. Siehe die Reden vom 29.9.45 (S. 187-192), vom 28.6.1946 (S. 220-222) sowie zur Einordnung in die gesamte Politik De Gasperis im Sommer 46 vom 25.7.46 (S. 241-271). Zur Außenpolitik: S. 262 ff.

„dieser feierliche und dringliche Appell nicht wie eine verlorene Stimme in der Wüste“ bleibe.<sup>301</sup>

Während in der Frage einer als notwendig erachteten Revision parteiübergreifender Konsens herrschte, wurde die sichtbar werdende weltweite Spaltung uneinheitlich bewertet.<sup>302</sup> De Gasperis westliche Orientierung war offenkundig. Der *Avanti* formulierte aber die Hoffnung, dass auch nach der gescheiterten Konferenz in Moskau, die Siegerkoalition aus dem Zweiten Weltkrieg erhalten bliebe.<sup>303</sup> Die beiden linken Parteien bewerteten den Friedensvertrag als Zeichen des Fortbestandes der großen Anti-Hitler Koalition, obwohl auch sie Verbesserungen forderten. In der DC brach indes Streit über eine mögliche Annahme des Vertrages aus.<sup>304</sup> So auch in der PSLI, in der sich mit den *correnti* der *Critica Sociale* und der *Iniziativa Socialista* diejenigen Kreise der Sozialisten versammelten, die ein Europa der dritten Kraft forderten. Der *europeismo* der *Critica Sociale* war dabei von den Vorstellungen Turatis inspiriert und zielte auf die Einrichtung einer europäischen Föderation, mit dem Ziel des Friedens und der Verbrüderung der Völker. Die *Iniziativa* wiederum hatte in Colorni ihre entscheidende Person, der enge Kontakte zu den Föderalisten pflegte. Europa sollte demnach durch die Gründung einer „autonomen revolutionären Masseninitiative“ erreicht werden. Ein sozialistisches Europa erschien dabei als Ziel und Mittel zugleich, mit dem sich das Proletariat von der Sowjetunion emanzipieren konnte. Die Diskussion über einen Europäismus als dritte Kraft war seit Beginn der Partei im Januar 1947 maßgebend. Demnach stelle die Sozialdemokratie mit ihrem unabhängigen Eintreten für die Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher, politischer und kultureller Ebene die einzige Möglichkeit dar, aus der Wahl zwischen einem der beiden Blöcke zu entkommen. „Nationalismen, Imperialismen, Autarkien“ wurden verurteilt. Eine „neue internationale Ordnung“ mit Abgabe eigener Souveränitätsrechte an supranationale Organismen mit föderalem Charakter war die Losung. Die „Vereinigten Staaten von Europa, [seien die] einzige Institution, um ein demokratisches und konstruktives Zusammenleben der europäischen Völker zu garantieren und notwendige Etappe in Richtung einer größeren weltweiten Organisation.“<sup>305</sup>

Das Frühjahr 1947 war von den Versuchen geprägt, die Koalition am Leben zu erhalten und gleichzeitig die unterschiedlichen Vorstellungen sowohl von der Innen- als auch in der Außenpolitik deutlich zu machen. Die innenpolitische Lage hatte sich, auch aufgrund der seit Weihnachten 1946 laufenden antikommunistischen Kampagne der katholischen Kirche, weiter zugespitzt.<sup>306</sup> Die Situation wurde an der Diskussion zum Beitritt Italiens zum System von Bretton Woods am 14. und 15.3.1947 in der Konstituierenden Versammlung deutlich, die damit kurz nach der Verkündung der Trumandoktrin stattfand.<sup>307</sup>

<sup>301</sup> Appell der *Direzione Nazionale* vom 15.2.47. ALS. DC, Serie Direzione Nazionale. SC. 1, Fasc. 4.

<sup>302</sup> Zur umstrittenen Annahme des Friedensvertrages und der Bedeutung des „Wendjahres 1947“: Woller, *Geschichte Italiens*. S. 221-227.

<sup>303</sup> *Ardia*, *Il rifiuto della potenza*. S. 264 ff. England wurde dabei von Nenni als die einzige Macht in Europa angesehen, die noch mit den beiden Supermächten ansatzweise würde mithalten können.

<sup>304</sup> Formigoni, *il politico vincente*. S. 118 f.

<sup>305</sup> Donno, *Saragat e la socialdemocrazia*. S. 253-257. Zitat S. 257.

<sup>306</sup> Siehe Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 241.

<sup>307</sup> Die *Costituente* war am 2. Juni 1946, gleichzeitig mit dem für die Monarchie negativ ausgegangene Referendum, gewählt worden und im Juni 1946 zum ersten Mal zusammengetreten. Ihre Befugnisse waren sowohl in der klassischen Tätigkeit der kontrollierenden Legislative zu sehen als auch in den Beratungen der neuen Verfassung für Italien angesiedelt.

So stufte Paolo Treves für die PSLI den Vertrag als politisch richtig ein. Die komplexen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme könnten mit dessen Hilfe in ein größeres Bild eingefügt werden, „in jenen großen Prozess der Rückkehr Italiens nach Europa und in die Welt“, der die momentane „historische Periode“ charakterisiere. Es sei nicht die einzige, aber die wichtigste Aufgabe der Politik „dieser schwierigen und undankbaren Nachkriegszeit“. Gegen Stimmen der Nationalisten müsse Italien, vor allem mit der Hilfe der Arbeiterklasse, gleichberechtigt in „die große internationale Familie“ zurückgeführt werden.<sup>308</sup>

Auch Montini sah für die DC Kooperationsmöglichkeiten, die sich aus dem Vertrag ergaben. Das Bretton-Woods-Abkommen biete Möglichkeiten für „eine konkrete Solidarität zwischen den Völkern.“ Hierfür müssten aber vor allem die „verwüsteten Länder“ wie Italien wieder aufgebaut werden, wofür aber zusätzliche Hilfen notwendig seien.<sup>309</sup>

Der Sozialist Dugoni betonte ebenso die Aufgabe der Wiedereingliederung Italiens in die internationale Gemeinschaft und die wirtschaftliche Bedeutung der Verträge. Es sei bedauerlich, dass Russland, Australien und auch die Schweiz an der Vereinbarung nicht teilnehmen würden, weswegen mit diesen Staaten wohl eigene Verträge geschlossen werden müssten. Der Vertrag präjudiziere keine falsche Wirtschaftspolitik, denn die Regierung habe auch weiterhin Möglichkeiten für ein planvolles Einschreiten. Er betonte, dass die liberalen Systeme ein Grund für die heutigen finanziellen Schwierigkeiten seien. Die Regierung habe die ersten richtigen Schritte zur Stabilisierung der Währung getan und deswegen unterstütze man auch die Verträge.<sup>310</sup> In der Sitzung vom 15.3.1947 nahm dann der Kommunist Pesenti die Verträge von Bretton Woods unter Beschuss und bezeichnete diese als Mittel der kapitalistischen Länder für ihre imperialistischen Pläne. Dennoch würden die Kommunisten zustimmen, denn sie stellten den Versuch einer Kooperation zwischen den Ländern dar.<sup>311</sup>

Die Zitate zeigen, dass schon zu dieser Zeit die Vorstellungen der Christdemokraten und der Sozialisten im Bereich der internationalen Kooperation und damit Europas auseinandergingen. Dennoch gab es einen Konsens innerhalb der Regierung bis hin zu den Kommunisten, der für die Annahme der Verträge ausreichte, obwohl die Redner der Parteien schon eine vollkommen verschiedene Wirtschafts- und Finanzpolitik vertraten. Die internationale Zusammenarbeit war dabei ein von allen Parteien gefordertes Ziel, das vor allem in dem Artikel 11 der italienischen Verfassung seinen Ausdruck fand. Hier fand sich ein parteiübergreifender, grundsätzlicher Kompromiss, der den Verzicht auf Kriege als Teil der zwischenstaatlichen Auseinandersetzung forderte und zugleich feststellte, dass man auf der Grundlage gleicher Rechte mit den anderen Staaten, die notwendigen Beschränkungen der eigenen Souveränität „für eine Ordnung“ gutheiße, „die den Frieden und die Gerechtigkeit zwischen Nationen sicher stellt“. In der Diskussion in der zuständigen Kommission waren sowohl von sozialistischen wie von christdemokratischen Politikern im Bereich einer internationalen auch eine europäische Kooperation immer wieder gefordert worden.<sup>312</sup> Nenni nannte immer wieder wirtschaftliche Abkommen als Mittel, um in die internationale Gemeinschaft zurück zu gelangen, wobei die Rohstoffarmut Italiens ein Argument war. Sie

<sup>308</sup> Atti dell'Assemblea Costituente. Sitzung vom 14.3.47 antimeridiana. S. 2074 f.

<sup>309</sup> Sitzung der Assemblea Costituente vom 14.3.47 antimeridiana. S. 2075 f.

<sup>310</sup> Sitzung der Assemblea Costituente vom 14.3.47 antimeridiana. S. 2077 ff.

<sup>311</sup> Sitzung der Assemblea Costituente vom 15.3.47 antimeridiana. S. 2127-2133. Zitat S. 2133.

<sup>312</sup> Preda, De Gasperi. S. 276-288.

bewegten Nenni gar dazu, für ein weiteres Engagement Italiens in Afrika - zwar in anderer Form statt der klassischen kolonialistischen Form – einzutreten.<sup>313</sup>

#### II.2.2 Zuspitzung und Entwicklung zu einem Begriff mit Konfliktpotenzial – Vom Sommer 1947 bis zum Sommer 1948

Im Frühjahr 47 kam es in zahlreichen Staaten Europas zum Ausschluss der Kommunisten aus den Regierungen, was mit der im März von Truman bekannt gegebenen Politik des *containment* einherging. De Gasperis Entscheidung für den Ausschluss der Kommunisten und Sozialisten aus der Regierung war aufgrund der Mitgliederstärke der PCI und der möglichen Verbrüderung mit den Sozialisten keine einfache, sondern schien gerade aufgrund der Stärke der Linken geboten, war aber dennoch in der DC umstritten.<sup>314</sup> Dabei war seine Entscheidung nicht einfach die Befolgung eines Befehls aus den USA, obgleich sich De Gasperi vor einem Ausschluss der linken Parteien aus der Regierung der amerikanischen Unterstützung, vor allem wirtschaftlicher Art, rückversicherte.<sup>315</sup> Schlussendlich kam es zur Regierungsneubildung im Mai 1947, nachdem es zu einem Disput über einen Artikel Togliattis gekommen war, die PSLI aber von einer Teilnahme an der Regierung nicht überzeugt werden konnte.<sup>316</sup> Die amerikanische Unterstützung durch den *interim-act*, der als Übergang zu den Marshallplanhilfen von den USA für die europäischen Staaten gewährt wurde, und die Politik des neuen Finanzministers Einaudi erwiesen sich trotz ansteigender Arbeitslosigkeit und anfänglicher Versorgungsengpässe als erfolgreich.<sup>317</sup> Mit der Berufung des unabhängigen Experten Einaudi sicherte sich De Gasperi nicht nur den Rückhalt bei der *Confindustria*, den italienischen Industriellen, sondern stärkte zusätzlich die Position der Föderalisten

<sup>313</sup> Canavero, Nenni e la politica estera. S. 239 f.

<sup>314</sup> Di Nolfo, La Repubblica. S. 311. Dass vor allem innenpolitische Gründe für eine Aufkündigung der „Koalition der nationalen Einheit“ De Gasperi bewogen haben, diesen Schritt durchzusetzen, wird betont in Aga-Rossi, Elena: De Gasperi e la scelta di campo, in: ventunesimo secolo 12 (2007). S. 13-39. Hier: S. 27-30.

<sup>315</sup> Di Nolfo, La Repubblica. S. 312 ff. Di Nolfo beschreibt die Schwierigkeiten, die mit diesem Schritt verbunden waren, denn De Gasperi musste Verbündete für seinen Schritt suchen, die er in den Konservativen und in der Wirtschaft fand, so bei Einaudi, Angelo Costa (*Confindustria*) oder auch Corbino, der als ehemaliger Finanzminister innerhalb des liberalen Milieus Einfluss hatte. Die Schwierigkeit bestand gerade darin, dass De Gasperi sich nun auf die Kreise stützen musste, die doch seinerzeit den Faschismus unterstützt hatten und selbst 1942 nicht in der Lage gewesen waren, dem Faschismus ein Ende zu setzen. Dennoch beschreibt di Nolfo, dass auch diese Kreise in der Zeit nach 43 eine Änderung durchgemacht hätten. Ebd. S. 315-319. Zu den genauen Schritten der Rückversicherung im Mai 1947 siehe Formigoni, il politico vincente. S. 124 ff.

<sup>316</sup> Di Nolfo, La Repubblica. S. 325-327. Zu den Verhandlungen mit der PSLI: Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 162 ff. Bei der Abstimmung über die neue Regierung De Gasperi im Juni konnte man keine Einigung innerhalb der PSLI erzielen, so dass sich ein Teil enthielt, ein anderer Teil gegen die Regierung stimmte.

<sup>317</sup> Siehe Di Nolfo, La Repubblica. S. 327-332. Woller, Geschichte Italiens. S. 231 ff. Zur Bedeutung des Marshallplans für die italienische Wirtschaft: Fauri, Francesca: Il Piano Marshall e l'Italia. Bologna 2010.

innerhalb des Kabinetts.<sup>318</sup> Dennoch war die von ihm getragene Entscheidung, eine Ein-Parteien-Minderheitsregierung zu bilden, riskant. Dossetti befürchtete eine zu starke Rolle der Rechten, auf deren Stimmen die neue Regierung angewiesen war – während Cingolani vor einem Scheitern warnte, da dann für Nenni und die Kommunisten der Weg frei wäre.<sup>319</sup>

Neben dem Verlust der Regierungsbeteiligung holte die PSI die schmerzhafteste Abspaltung der italienischen Sozialdemokraten auf internationaler Ebene ein. Im Bereich der Parteienkooperation versuchten beide Parteien, sich zu behaupten und knüpften Kontakte zu den Schwesterparteien. Die PSI wehrte sich in Zürich im Juni 1947 gegen die Aufnahme der italienischen Sozialdemokraten zur Konferenz als Beobachter und die gleichzeitige Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der italienischen Situation. Nenni betonte die volle Rechtmäßigkeit des römischen Parteitag und sicherte zu, dass diejenigen, die die Partei verlassen hätten, in diese auch wieder eintreten könnten. Nach Nenni gab es keine „italienische Frage“.<sup>320</sup> Dennoch konnte er die Einsetzung einer Kommission nicht verhindern. Bei der Frage des SPD-Beitritts enthielt sich die PSI mit der Stimmabgabe Bassos, obwohl Nenni anscheinend einem Beitritt der SPD positiv gegenübergestanden hatte.<sup>321</sup> Die PSI und PSLI vertraten auf der Ebene der Parteienkooperation unterschiedliche Positionen: die PSLI wollte den Sitz der COMISCO von London weg nach Zürich oder Frankreich verlegt sehen, was dem anglophilen Nenni nicht gefallen konnte, und befürwortete zugleich den Eintritt der SPD. Die Parteizeitung *L'Umanità* kommentierte das Scheitern der SPD an der Zwei-Drittel-Mehrheit bitterlich, da sie ein Eckstein des europäischen Sozialismus darstelle, Deutschland für den Aufbau eines geeinten Europa notwendig und die Stimme Lelio Bassos für die Nichtannahme entscheidend gewesen sei.<sup>322</sup>

Der Streit wurde auf der nächsten Tagung vom 28.11 bis zum 2.12.1947 in Antwerpen fortgesetzt. Die Führung der PSLI hatte in einem Brief eine Wiedervereinigung für möglich gehalten, falls sich die Sozialisten von den Kommunisten lossagen würden. Nenni hingegen verwies auf seinen vermittelnden Kurs. Ein Konferenzbeschluss in der inneritalienischen Frage sei lächerlich. „Wenn Saragat sich der demokratischen Disziplin unterwürfe, würde die Partei einen Platz für ihn finden,“ zumal ihn nur 2% der Gewerkschafter stützten. Über die Angebote der französischen und belgischen Sozialisten könne er mit diesen noch privat

---

<sup>318</sup> Zu Einaudi und dessen Beziehung zu De Gasperi siehe Preda, De Gasperi. S. 266 ff. Hier auch weitere Literaturhinweise. Einaudi war innerhalb der italienischen Liberalen einer der bedeutenden Verfechter einer europäischen Integration, wobei er dieses Engagement als Staatspräsident weiter fortsetzte. Er war darüber hinaus ein typischer Vertreter neoliberalen Denkens, der dieses mit europäischen Föderationsplänen verband. Siehe Wegmann, Milène: "Das neoliberale Europakonzept", in: Elvert, Jürgen (Hg.): Leitbild Europa? Europabilder und ihre Wirkungen in der Neuzeit. Stuttgart 2009. S. 220-231. Hier S. 221.

<sup>319</sup> Formigoni, *l'alleanza occidentale*. S. 139-142.

<sup>320</sup> ACS. Fondo Pietro Nenni. Busta 88, fascicolo 2195. Aufzeichnungen S. 3-4. Vergleiche ebenfalls Donno, *Saragat e la socialdemocrazia*. S. 268 ff.

<sup>321</sup> Siehe hierzu auch den italienischen Bericht über die Berichterstattung in Belgien über die Internationale vom 28.6.1947, in: ACS, Fondo Pietro Nenni. Busta 88, fascicolo 2195. Hier ist die Rede von den Bemühungen, den Graben zwischen dem östlichen und dem westlichen Europa nicht zu groß werden zu lassen. Nenni zeigte sich vor allem von der Person Schumachers als KZ-Überlebenden und als im Widerstand Aktiven beeindruckt. Ferner lobte er die Bedeutung der deutschen Sozialdemokratie. Siehe Nennis Tagebucheintrag vom 10.6.47. In: Nenni, Pietro: *Tempo di guerra fredda. Diari 1943-1956* (a cura di Giuliana Nenni e Domenico Zucàro). Mailand 1981. S. 367.

<sup>322</sup> Zu den Zielsetzungen der PSLI sowie zum Verlauf siehe Donno, *Saragat e la socialdemocrazia*. S. 272 ff.

reden. Doch wichtiger war die Frage, wie die sozialistischen Parteien auf den Marshallplan reagieren sollten. Er wirkte innerhalb der sozialistischen Parteien Europas wie ein „Katalysator der Spaltung“.<sup>323</sup> So wurden unterschiedlichen Positionen innerhalb der Comisco nach dem Referat Laskis deutlich. Nenni sprach von der Gefahr einer „Konterrevolution“, die in Italien und Frankreich am stärksten sei und in Griechenland schon triumphiere. Dieser Gefahr sei man mit dem Aktionspakt mit der kommunistischen Partei begegnet, während durch deren Scheitern in Frankreich die Gefahr größer als in Italien sei. Die Idee der Aktionseinheit sollte auf internationaler und auf nationaler Ebene verwirklicht werden, zumal der Marshallplan von der Trumandoktrin nicht getrennt werden könne. Jedermann sehe das griechische Beispiel, das eine Lehre für alle sei und sich in das gewohnte Schema einfüge. Auf ähnliche Weise seien die Vereinigten Staaten für das Regime in Spanien verantwortlich, das sie als ihr Sprungbrett in Europa unterstützten. Die amerikanische Hilfe sei für Italien notwendig, aber Italien dürfe unter keinen Umständen ein zweites Griechenland werden. Jedermann müsse den Unterschied zwischen den Auswirkungen der russischen und der amerikanischen Intervention bemerkt haben. Während die Amerikaner in Italien die Sozialisten und Kommunisten aus der Regierung gezwungen hätten, brauche Russland den Frieden. Dieser werde jedoch von einer Kriegspartei gefährdet, die sich aus Überbleibseln des Faschismus in Europa und Kapitalisten und Monopolisten in den Vereinigten Staaten zusammensetzten. Daher sollten die Sozialisten ihre Kräfte gegen die konterrevolutionäre Gefahr konzentrieren und die Trumandoktrin verwerfen.

Auch Basso erkannte „konterrevolutionäre Kräfte“, die „den Kräften des Fortschritts und Friedens den Krieg erklärt“ hätten. Ihnen sei auf internationaler und nationaler Ebene Widerstand zu leisten. Und daher sei trotz Hilfsbedürftigkeit der Marshallplan wegen seiner politischen Implikationen abzulehnen. Letztendlich ginge es um „die Zerstörung des Faschismus, den Sturz des Kapitalismus und die Verwirklichung von Sozialismus und Freiheit.“<sup>324</sup> Auf der Konferenz prallten die unterschiedlichen Vorstellungen der europäischen Parteien aufeinander, wobei die italienischen Sozialisten eine kommunistenfreundliche Position einnahmen. Gegen diese wandte sich vor allem die britische *Labour Party*, obwohl sich gerade Nenni an dieser orientierte. Doch das Mittragen der Trumandoktrin durch die britische Regierung und die Forderungen der PSI zur Verurteilung der Intervention in Griechenland passten nicht zueinander. Dennoch wurde die PSLI nicht als alleiniger Vertreter Italiens zugelassen.<sup>325</sup>

Ihr Konzept des Europas der dritten Kraft tolerierte die Entscheidung für den Westen.<sup>326</sup> Sie wurde mit der Forderung zur Begrenzung der militärischen Ausgaben sowie mit einem Antrag in der *Costituente*, der Italien auf eine *neutralità perpetua* festlegen sollte, gepaart. Der Antrag war so formuliert, dass die PSI unter Nenni ihn zusammen mit den Kommunisten ablehnten. Er kritisierte die sowjetische Politik in Osteuropa, die kein Beispiel für eine echte soziale Demokratie sei. Ferner lehnte man den kommunistischen „Kampf gegen den antidemokratischen imperialistischen Block“ ab, der zugleich eine Unterordnung unter die sowjetische Außenpolitik bedeutete hätte. Gleichzeitig wandte man sich auch gegen einen zu

<sup>323</sup> So hat zumindest Rolf Steininger ein Unterkapitel genannt in Steininger, Sozialistische Internationale.

<sup>324</sup> AdsD. SPD-Parteivorstand. Abteilung Internationale Beziehungen 2/PVBT0000001. Siehe das Protokoll der Sitzung der COMICO in Antwerpen, S. 1-25.

<sup>325</sup> Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 175.

<sup>326</sup> Siehe Zagari, il socialismo italiano. S. 250 f.



starken Einfluss der USA. Trumandoktrin und wirtschaftliche Verflechtung würden automatisch zu einer amerikanischen Präsenz in Europa führen, was die europäische Arbeiterklasse gefährde. „Bis zu welchem Punkt sind die wirtschaftlichen und militärischen amerikanischen Interessen kompatibel mit einer fortschrittlichen europäischen Politik?“ Könne sich eine europäische soziale Politik unabhängig von den Vorgängen zwischen den beiden Supermächten entwickeln? „Dass die Vereinigten Staaten heute stärker auf den dritten Krieg vorbereitet sind als die Sowjetunion und diesen weniger fürchten, ist ebenfalls ohne Zweifel richtig. In dieser Situation, glauben die Kommunisten nicht den Sozialismus mittels Systemen der demokratischen Entwicklung zu realisieren. Sie glauben, dass die kapitalistische Welt uns den Dritten Weltkrieg bringen wird.“<sup>327</sup> Daraus schlossen einige Politiker der PSLI wie Calosso, dass der Sozialismus in Westeuropa die demokratischen Institutionen garantieren und die Einigung Europas mit amerikanischer Hilfe in Westeuropa vorantreiben müsse. Hierin sei auch die Stärke Amerikas zu sehen, denn Amerika sei als Tochter Europas geradezu ein „zweites Heimatland“. Ein geeintes und friedliches Europa sei eine „echte organische Barriere“ sowohl für Amerika als auch für Russland.<sup>328</sup>

Dagnino fragte im Juni nach den territorialen Grenzen Europas, die vollkommen unklar seien, sowohl weil die Ostgrenze unklar sei, als auch wegen der überseeischen Gebiete. Wichtiger sei indes, „über die Beziehungen zwischen Europa und den anderen Kontinenten, über die Beschaffenheit der föderalen Beziehungen zwischen den Europäischen Staaten, über die Lösung des deutschen Problems, über die soziale Konfiguration, die einem geeinten Europa gegeben wird, über die Methode der Realisierung“ nachzudenken. Europa solle aber nicht gegen den Willen der USA oder der UDSSR gebaut werden. Vorgesehen sei die zunehmende Verbreiterung der Basis der Europäischen Bewegung. Gesellschaftliche Gruppen und die Regierungen selbst sollten die europäische Einigung herbeiführen.<sup>329</sup> Die Sozialdemokraten brachten ihre Ideen zu einer europäischen Einigung mit dem Marshallplan in Einklang. Die amerikanischen Hilfen sollten für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft und für die europäische Integration genutzt werden. Gleichzeitig betonte Basileo Cialdea Unterschiede. Zwar habe Marshall mit seinem Plan unwissentlich eine sozialistische Forderung zur Planung übernommen, doch gehe es „uns Sozialisten“ nicht um die Etablierung eines „antirussischen Blockes“, wie er bisher von Churchill und auch von anderen Konservativen „jeder europäischen Provinz“ gefordert worden sei. Nicht politische Allianzen im Sinne eines Imperialismus, eines „traurige[n] und sterile[n] Spiel[s] des Gleichgewichts [...] fatal kulminierend im Kriege“, sondern konkrete Pläne für eine europäische Planung seien das Ziel. Hiervon könne wiederum Deutschland nicht ausgeschlossen werden, dessen wirtschaftliche Kraft als für eine europäische Einigung notwendig eingestuft wurde.<sup>330</sup> Ähnlich wie De Gasperi im Januar besuchten auch Saragat und Matteotti auf Einladung der italienisch-amerikanischen Handelskammer im Juli 1947 die USA und erklärten in mehreren Situationen die positive Einschätzung des möglichen amerikanischen Invest-

<sup>327</sup> Artikel Dagnignos in der *L'Umanità*. Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 258. Zum Antrag der PSLI zur Neutralität siehe hier S. 264.

<sup>328</sup> Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 259.

<sup>329</sup> Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 259 f. Zitat S. 259. Zu Spinelli S. 262.

<sup>330</sup> *L'Umanità* vom 22.6.47.

ments in Europa.<sup>331</sup> Für die Vertreter eines Europas der dritten Kraft und für die Befürworter einer engeren Anlehnung an die USA, vertreten vor allem durch Saragat, bot der Marshallplan einen geeigneten Anknüpfungspunkt für die eigene Außenpolitik.

De Gasperi sah in dem Marshallplan und der Einladung eine erste Bestätigung seiner Arbeit. So betonte er in Trento, dass in der Außenpolitik in den letzten Monaten vor allem bei den Siegerstaaten Vorurteile abgebaut worden seien, wonach Italien eine Machiavellistische Politik betreibe. Er selbst wies auf das Johannes-Evangelium hin, wonach derjenige den ersten Stein werfen solle, der ohne Schuld sei. Für eine gelungene Außenpolitik sei eine moralische Fundierung notwendig, wobei er zuvor die christliche Fundierung seiner Innenpolitik betont hatte. Es ginge um die Durchsetzung der Gerechtigkeit im internationalen Recht. Dafür müsste die eigene Nation ihre Opfer bringen "vorausgesetzt sie dienen zur Wiederherstellung einer neuen Welt des Friedens und tilgen für immer den Krieg."<sup>332</sup> De Gasperis Interview mit der Agentur Reuters im Juni 47 überschrieb der *Popolo* mit der Überschrift „Ein richtiger Platz für Italien in der europäischen Zusammenarbeit“, wobei der Untertitel von einem positiven Beitrag sprach, den Italien zu den Verhandlungen des Marshallplans leisten wolle. Man unterstütze vorbehaltlos das Prinzip „der Solidarität zwischen den Völkern“.<sup>333</sup> Die Verlautbarung der offiziellen Parteipresse übertönte dabei die Skepsis in der DC, wonach der Marshallplan zu einem Ende der traditionellen Wirtschaftsbeziehungen mit den osteuropäischen Staaten führen könne. In der DC setzten sich diejenigen Bestrebungen durch, die in dem Vorschlag erstens eine Möglichkeit zu einem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas auffassten und zweitens ein europäisches Gebilde mit Werten untermalten.<sup>334</sup> Dabei bediente man sich auch betont nationalistischer Argumente. Gerade der außenpolitische Ausschuss der DC argumentierte, wonach besonders Italien von den Hilfen profitieren könne und betonte supranationale Komponenten kaum.<sup>335</sup> Linke Vertreter in der DC betonten zwar die Notwendigkeit amerikanischer Hilfen, forderten aber, diese mit *dignità* entgegen zu nehmen. Ferner dürfe die Annahme keineswegs eine Entscheidung für einen Block implizieren. Der Unterordnung unter eine Hegemonialmacht wurde ein europäischer, integrierter Zusammenschluss gegenübergestellt. Er knüpfte an Vorstellungen an, wonach die „latinischen“ Staaten sich zwischen den Blöcken positionieren könnten.<sup>336</sup>

Der Sommer 1947 führte zu einer zunehmenden Konfrontation zwischen der DC mit dem PSI und dem PCI.<sup>337</sup> Hierfür wurde das parteipolitische Vorfeld durch die DC in den 40er

<sup>331</sup> Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 262 ff. Viel genauer beschrieben auf S. 274 ff. Dort finden sich auch die Aussagen Cialdeas und Saragats.

<sup>332</sup> Rede De Gasperis in Trento vom 20.7.1947. In: De Gasperi, discorsi politici. S.131-143. Zitat S. 136. Zu den christlichen Werten Sie S. 140 ff.

<sup>333</sup> Il Popolo vom 24.6.1947

<sup>334</sup> Zu den widerstreitenden Meinungen siehe Formigoni, l'alleanza occidentale. S. 143 ff.

<sup>335</sup> Ebd. S. 146.

<sup>336</sup> Siehe Capperucci, Vera: La sinistra democristiana e la difficile integrazione tra Europa e America (1945-1958), in: Craveri, Piero und Quagliariello, Gaetano (Hg.): Atlantismo ed europeismo. Soveria Mannelli 2003. S. 71-93. Hier: S. 76 f. Zur Vorstellung des *blocco latino* als Synthese zwischen Ost und West, formuliert unter anderem von Ravaioli: Ebd. S. 74 f.

<sup>337</sup> Als Beispiel kann eine kleine Anzeige im *Bollettino Organizzativo* der *Direzione* vom 1.7.47 dienen. Dort heißt es auf S. 4, dass man vom „*Centro Antiblasfemo Nazionale*“ gebeten worden sei, sich an der Intensivierung des „Antiblasphemischen nationalen Kreuzzugs“ zu beteiligen, „*a combattere il malcostume del turpiloquio e a difendere l'onore d'Italia nel mondo.*“ In diesem Zusammenhang wurden die unterschiedli-

Jahren bis zur Mitte der 50er Jahre intensiv genutzt. Sie profitierte von einer verstärkten Hinwendung zur katholischen Kirche.<sup>338</sup> Die antibolschewistische Haltung des Papstes sollte auch in den kommenden Jahren die christdemokratischen Einigungsbemühungen unterstützen.<sup>339</sup> Die Zuspitzung zeigte sich in der Diskussion über den Friedensvertrag in der italienischen *Costituente* vom Juli 1947. Hier kam nun die gestärkte föderale Position, die durch Einaudi und Sforza im Kabinett repräsentiert wurde, zum Tragen.<sup>340</sup> Die Vertreter der unterschiedlichen Parteien kritisierten in den Verhandlungen die zu schlechte Behandlung Italiens und dessen Diskriminierung, wobei vor allem die Teilung des Umlandes von Triest und der Verlust der Kolonien schwer wogen. Gleichzeitig entwickelte sich eine Debatte über die internationale Ausrichtung Italiens und in diesem Zusammenhang über eine mögliche europäische Zusammenarbeit, angeheizt durch die beginnende Konferenz der europäischen Staaten in Paris zur Verteilung der Marshallplangelder, die Molotow am 2.7.47 verlassen hatte und damit die Teilung Europas hatte offensichtlich werden lassen.<sup>341</sup>

Sforza verteidigte die Politik des „glühenden Patrioten [...] De Gasperi“ nach der irrenden und falschen Phase des Faschismus. Die Verhandlungen von Paris seien ein Zeichen für ein verändertes internationales Klima und den wirtschaftlichen Aufbau.<sup>342</sup> Im Zuge dieses neuen europäischen Geistes müsse man den Friedensvertrag trotz aller Mängel annehmen, damit man in Paris agieren und beitragen könne, ein „Europa zu schaffen, das nicht aggressiv gegen andere Systeme gewendet ist, sondern ein Europa der Freiheit und der Verständigung aller Kräfte der Welt ist.“ Die nicht erfolgte sowjetische Ratifizierung fördere hingegen - wenn auch unbeabsichtigt - die Etablierung der Blöcke. Statt gegen die Ratifikation zu sein, könne man „eine Atmosphäre der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den europäischen Mächten schaffen, die, wie wir, Europa bauen wollen. Und Europa zu bauen, ist die einzige Weise, die Politik der Blöcke zu vermeiden.“ Sich von dem Rest des Kontinents zu isolieren, bedeute, die Schaffung eines dem Frieden dienenden „europäischen Komplexes“ und somit auch gute Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR zu behindern. Die Teilnahme an der Konferenz in Paris sei für die Zusammenarbeit in Europa und die amerikanische Hilfe nötig.<sup>343</sup>

---

chen Gliederungen der DC aufgefordert, Werbematerial zu verteilen, denn man sei sich sicher, dass die DC verantwortlich sei “diese heilige Schlacht für die geistige Gesundheit und der zivilen Erziehung zu unterstützen.” *Bollettino organizzativo* der *Direzione* der DC vom 1.7.47. S.4. ALS, DC. Serie *Direzione Nazionale*. SC.59, Fasc. 791.

<sup>338</sup> Di Nolfo, *La Repubblica*. S. 259-268.

<sup>339</sup> Zu den Einflussversuchen des Vatikan auf die italienische Politik siehe Sani, Roberto: „La Civiltà Cattolica“ e la politica italiana nel secondo dopoguerra (1945-1958). Mailand 2004. Zu Pius und Europa Pasquucci, Daniele: „L'osservatore Romano“ e le origini dell'integrazione europea (1947-1957), in: Muragni, Marco (Hg.): *Stato, chiesa e relazioni internazionali*. Mailand 2003. S. 173-191.

<sup>340</sup> Preda, De Gasperi. S. 269. Ebd. S. 270 ff. auch eine Beschreibung der Beratungen.

<sup>341</sup> De Gasperi sprach sich am 23.7.47 gegen einen Antrag Nittis und Orlandos aus, die Debatte über die Ratifizierung verschieben zu wollen. De Gasperi, *scritti e discorsi politici*. S. 428-430. Die Versammlung müsse diese lebenswichtige Frage angehen. „Wenn es möglich wäre, den Kelch von sich zu weisen und ihn niemals zu trinken, wollten wir jedes Mittel einsetzen. Es ist nicht möglich. Es ist unsere Pflicht, genauso wie es unser Recht ist, dieses Problem anzugehen.“ Ebd. S. 429.

<sup>342</sup> Sitzung der *Assemblea Costituente* vom 24.7.47 antimeridiana. S. 6163 f.

<sup>343</sup> Sitzung der *Assemblea Costituente* vom 24.7.47. S.6167 f.

Während für Paolo Treves von der PSLI das damalige Versailler Vertragssystem ein „Frieden des [kapitalistischen] Imperialismus“ gewesen war, bestand nun für ihn mit dem Friedensvertrag die Möglichkeit, die alte Clausewitzsche Formel zu überwinden. Italien wolle „nach Europa [...] und zur Welt zurückkehren“ „jene Ideale und jene Gerechtigkeitsgedanken“ bestärken, auf die „Italien nie verzichtet“ habe.<sup>344</sup> Der Sozialismus gebiete die Annahme des Friedensvertrages, auch wenn man nicht wisse, ob die Sowjetunion ratifiziere. „Die Nicht-Ratifikation bedeutet nicht zur Einheit, sondern zur Teilung Europas beizutragen, nicht zur Harmonie, sondern zur Vertiefung jenes Risses, der leider existiert, und von dem wir von ganzem Herzen hoffen, dass er bald überwunden werden kann.“ Seine Partei gebe der anstehenden Entscheidung den Wert „einer mutigen Geste der europäischen Solidarität“, um aus der untolerierbaren Situation ausbrechen zu können. „Die Ratifikation ist folglich der Anfang, nicht das Ende unserer [...] Außenpolitik.“ Mittels der Verhandlungen in Paris könne Italien mit für Stabilität und somit für den Frieden sorgen, wolle sich aber als „großes Land am Mittelmeer“ an der Grenze zwischen Ost und West für keine der beiden Seiten entscheiden. Die Aufgabe der Italiener als „Besiegte“ sei es, diejenigen Gründe auszusprechen, die die „so genannten Großen“ nicht mehr aussprechen könnten. Italien gerecht zu behandeln diene folglich auch der Gemeinschaft selbst. Daher trete man beim Friedensvertrag für einen *revisionismo*, nicht jedoch für einen *revancismo*, ein. Der Marshallplan könne zwar nicht alle ökonomischen Probleme sofort lösen, sei aber eine Aufforderung zur Einheit Europas und stelle daher keine Entscheidung für eine Blockbildung dar. „Je mehr es Europa gelingt, sich zu organisieren, je mehr es Europa gelingt, sich in einer einzigen wirtschaftlichen Einheit zu vereinigen, zum Vorteil aller Länder und Völker, desto geringer ist die Gefahr für ganz Europa.“ Er als Sozialist wisse, dass nur ein sicheres wirtschaftliches Auskommen den Frieden sichern könne.<sup>345</sup>

Sforza und Treves wiesen also auf die Möglichkeiten einer europäischen Integration hin. Souveränitäts- und Prestigegewinn durch europäische Integration lautete die Losung. Die Chancen überwogen die Risiken. Er war für Treves trotz dessen klassenkämpferischer Rhetorik für ein geeintes Europa gegen eine mögliche Blockbildung geeignet.

Während die abgespaltenen Sozialdemokraten die Möglichkeiten des Friedensvertrages und eines auf dem Marshallplan fußenden Europas betonten, griffen die Sozialisten die sofortige Ratifikation an. Nenni konnte für eine schnelle Ratifikation weder nationale noch internationale Gründe ausmachen. Fehle alleine eine Unterschrift, könne der Vertrag nicht angewendet werden. Darüber hinaus sei die Regierung nicht mehr genügend legitimiert, da sie nicht die Interessen der Bevölkerung und der Republik, sondern „besondere internationale Interessen“ vertrete. Mit der Ratifikation würde die vom Marshallplan geänderte Situation von Italien implizit sanktioniert werden.<sup>346</sup> Es sei doch erstaunlich, dass die DC auf einmal den Vertrag akzeptiere. Vorher sei immer gesagt worden, dass man den Vertrag vor dem amerikanischen Senat nicht zu ratifizieren brauche, da er nicht angewendet werden könne. Nun sei aber das Zögern der Sowjetunion für die DC von keinem Interesse. Dieser Gesinnungswandel sei mit De Gasperis Reise in die USA zu erklären. „Ich teile den Eindruck, der schon von anderen genannt worden ist, dass für De Gasperi Europa an der Linie

<sup>344</sup> Sitzung der Assemblea Costituente vom 25.7.47. S.6228 f.

<sup>345</sup> Sitzung der Assemblea Costituente vom 25.7.47. S.6230 f.

<sup>346</sup> Sitzung der Assemblea Costituente vom 30.7.47. S.6483 f. Die Sowjetunion ratifizierte Ende August 1947 den Friedensvertrag. Siehe Sechi, Italien und die Sowjetunion. S. 113.

Triest-Stettin aufhört.“ Er frage sich, ob dessen „natürliche militant-katholischen Bedenken“ ihn vergessen ließen, „dass Europa am Ural“ ende.<sup>347</sup>

Nenni warf also De Gasperi einen verkürzten und einseitigen Europabegriff vor. Er appellierte an die Einigkeit der großen Vier, damit die Grundvoraussetzung nationale Integrität, politische und ökonomische Unabhängigkeit, gewahrt blieben. Weder dem amerikanischen noch dem sowjetischen Interesse solle gedient werden. Dennoch sollte ein unabhängiges Europa eher den östlichen Interessen dienen, was Nenni mit der Vereinigung aller „demokratischen Kräfte Europas und der Welt“ beschrieb, die auf die „blutigen Mythen des Reiches und der militärischen Kräfte“ verzichteten. Trotzdem müssten die Ansprüche Italiens weiterhin berücksichtigt und mithilfe des Rechts und des Verstandes erfüllt werden. Nenni forderte also die Einbettung Europas in die von den Sozialisten geforderte internationale Solidarität der Völker. De Gasperi entscheide sich mit der Ratifikation des Vertrages für die Teilung Europas und für einen Block, was dieser freilich abstritt. Auch für Nenni war ein Neuanfang der Außenpolitik notwendig, zumal es nur der Arbeit Partisanen und den *Comitati di Liberazione Nazionale* zu verdanken sei, dass Italien nicht in vier Besatzungszonen geteilt worden sei. Statt den Marshallplan solle man besser die Vorschläge Bevins diskutieren, denn wenn die USA von Europa reden würden, würden diese wahrscheinlich nur diejenigen Länder meinen, die nicht unter sowjetischem Einfluss stehen würden. Bevin hingegen, „angetrieben von dem brennenden Wunsch, die Einheit Europas zu realisieren“ und einem „sozialistischen Idealismus“, habe die Konferenz der großen Drei für den 27.6. zusammengerufen und sei enttäuscht worden. „Nicht nur die Einheit ist nicht erreicht worden, sondern es ist eine Teilung entstanden, die, wenn sie sich vertiefen sollte, Europa und die Welt in ein Desaster führen würde.“ Statt aber eine klare Schuld zuzuweisen könne man von einem Missverständnis ausgehen, denn Molotov habe wohl im Plan Bevins nur die Anwendung der Trumandoktrin auf die Wirtschaft gesehen.<sup>348</sup>

Für Nenni war der Marshallplan die Fortsetzung der Trumandoktrin. Das „wirtschaftliche Patronat Amerikas über Europa“ müsse zusammen mit den konterrevolutionären Bestrebungen in Griechenland gesehen werden. Die Konferenz von Paris drohe Europa noch einmal in zwei Blöcke zu teilen, obwohl dies wirtschaftlich keinen Sinn mache, da zwischen der westlichen und östlichen Wirtschaft eine Komplementarität bestehe. Statt die Gegensätze zu überwinden diene die Konferenz von Paris nur als „Propagandatribüne“. Italien könne sich aber als ein armes und unbewaffnetes Land nur durch Neutralität verteidigen. Weder im Westen noch im Osten sollten Verpflichtungen angenommen werden. Der Friedensvertrag bedeute aber, für einen Block Position zu beziehen, wo doch selbst Saragat betont habe, dass der verräterischen Politik der *classi dirigenti* mit ihren klassischen Allianzsystemen abgeschworen werden müsse, um zu verhindern, dass Italien erneut zu einem Kriegschau-

<sup>347</sup> Sitzung der Assemblea Costituente vom 30.7.47. S. 6484.

<sup>348</sup> Sitzung der Assemblea Costituente vom 30.7.47. S. 6485-6487. Von eben jener Erweiterung der Trumandoktrin auf den wirtschaftlichen Bereich sprach auch Vecchietti in einem Brief vom Sommer 47 an Nenni. Hierin wurden die Vorschläge Bevins und Bidaults allerdings als „Bluff“ abgetan, woraus sich auf eine unterschiedliche Einschätzung der britischen Position durch Vecchietti und Nenni schließen lässt. In der „imperialistischen Einschätzung“ des Marshallplans stimmten Nenni und Vecchietti offensichtlich bereits im Sommer 47 überein. Der Brief befindet sich im Archiv der Fondazione Nenni. Korrespondenz Nenni-Vecchietti. Busta 42, fasc. 1959, sottofasc. 1.

platz werde.<sup>349</sup> Nach der sozialistischen These war der Faschismus zwangsläufig aus dem Kapitalismus entstanden und da in der Wirtschaft eine erstaunliche Kontinuität vorherrschte,<sup>350</sup> erschienen die Warnungen vor der Regierungspolitik umso logischer. Es waren jene Kreise, die nach der PSI Italien schon einmal verraten hatten und somit ein moralisches Primat der PSI auf die Führung der Außenpolitik begründeten.

Nennis positive Bemerkung zur *Labour Party* und ihrer besonderen vermittelnden Rolle entsprach der Einschätzung, wonach die anfangs positive Antwort Moskaus auf die Teilnahme in Paris am 28.6.47 im *Avanti* als Erfolg der britischen Regierung einschätzte, die Diskussion dann aber nach der Absage durch Moskau und dem Verbot Moskaus für die anderen Staaten Osteuropas unter einem anderen Vorzeichen stand. Nun war die Diskussion in der *Costituente* geprägt durch die Warnung vor einem Gegensatz der Blöcke, wobei Nenni am 12.7.47 in sein Tagebuch notierte, dass man in Paris die Schritte für eine Überwindung der Spaltung zwischen Ost und West unterstützen müsse. Man müsse Europäer sein, nicht Westler oder Ostler.<sup>351</sup>

Gronchi forderte als Berichterstatter für die DC Kommunisten und Sozialisten auf, allein schon aus ihrer immer wieder beschworenen Internationalität heraus mit der Regierung zu stimmen.<sup>352</sup> Man könne durch die Teilnahmen an der Pariser Konferenz an einem europäischen Block teilhaben, den Russland nicht ablehne. Statt wie Nenni vor der Ratifikation auf eine Veränderung des Vertrages zugunsten Italiens zu warten, müssten die Grundlagen für Italiens Stärkung geschaffen werden. Die Annahme sei die Voraussetzung für eine Revision des Friedensvertrages und die Teilnahme am Marshallplan.<sup>353</sup> Russland aber müsse für ein europäisches Gleichgewicht mit vollem Respekt seiner Geschichte eingebunden werden. Natürlich berge der Marshallplan seine Gefahren in sich, aber gerade deswegen sei die Anwesenheit der italienischen Delegation bei den Verhandlungen entscheidend, denn man müsse bei den Amerikanern und Briten immer ihre wirtschaftlichen Interessen hinterfragen,<sup>354</sup> womit Gronchi typische anti-amerikanische Topoi aufgriff. De Gasperi schlug versöhnliche Töne an. Italien wolle als Grenzland zwischen zwei *civiltà* ein „*ponte di conciliazione*“ sein. „*Certamente siamo nati e sorti nella civiltà occidentale, la quale per dir meglio, non è occidentale né orientale, ma è la civiltà italica ed è la civiltà che viene da Roma.*“ Man treffe hiermit keine Entscheidung für einen Block und bereite einen solchen genauso wenig wie eine Isolation Russlands vor.<sup>355</sup> Damit wandte er sich vor allem gegen den Vorwurf von der Rechten aber auch Togliattis, die nationalen Interessen zu verraten. Die christdemokratischen Reden waren Ausdruck der internen Debatte. Nicht wenige Abgeordnete hatten Nennis Position verteidigt, wonach man erst die Ratifikation der Sowjetunion abwarten müsse und sich keinesfalls eindeutig für den Westen entscheiden sollte.

<sup>349</sup> Sitzung der Assemblea Costituente vom 30.7.47. S. 6488-6490.

<sup>350</sup> Zur Kontinuität in der Wirtschaft siehe Petri, Wirtschaftswunder. S. 422-424.

<sup>351</sup> Ardia, Il rifiuto della potenza. S. 266 f.

<sup>352</sup> Sitzung der Assemblea Costituente vom 31.7.47. S. 6558.

<sup>353</sup> Sitzung der Assemblea Costituente vom 31.7.47. S. 6558 ff. So wurde die Annahme des Friedensvertrages durch Großbritannien als Voraussetzung für die italienische Teilnahme an der Konferenz in Paris gefordert. In: Formigoni, il politico vincente. S. 131.

<sup>354</sup> Sitzung der Assemblea Costituente vom 31.7.47. S. 6560 f.

<sup>355</sup> Rede De Gasperis vom 31.7. Ebd. S. 6545-6556. Zitat S. 6553. Zitiert bei Formigoni, il politico vincente. S. 132 f.

Dossetti vertrat einen Kurs, der für Europa und Italien eine stärker vermittelnde Position vorsah, da sich noch keine Blöcke gebildet hätten. Demnach würde eine zu starke Anlehnung an die USA die Inferiorität Italiens nur weiter stabilisieren.<sup>356</sup>

Die Diskussion bestätigte die anfängliche Einstellung der PSI gegenüber dem Marshallplan. Zu Beginn wurde die Ankündigung amerikanischer Hilfen begrüßt, erst recht, als Bevin weitere Ausführungen zu einer eigenen Interpretation getätigt hatte. Die PSI stellte in mehreren Artikeln zwar von Beginn an einen Zusammenhang zwischen der Trumandoktrin und dem Marshallplan her, stellte zugleich die Möglichkeit der Teilnahme der östlichen Staaten und der Sowjetunion heraus. Nenni machte im *Avanti* am 27.6.1947 klar, dass sich die PSI niemals gegen eine italienische Kooperation innerhalb eines allgemeinen europäischen Plans wenden würde. Dennoch sprach er auch von einem Risiko, das von Paris ausgehen würde, denn die Konferenz könne der erste Schritt auf dem Weg zur Bildung eines westlichen Blockes sein.<sup>357</sup>

Auch die Position der Sozialdemokraten war nicht eindeutig. In der PSLI waren im Grunde drei verschiedene Positionen vertreten. Eine rechte Position um Saragat, der sich relativ schnell für ein Europa im Westen aussprach und auf dem ersten Parteitag von einer Kooperation im Rahmen einer *fratellanza occidentale* sprach. Die zweite Strömung der *Critica Sociale* befürwortete eine wirtschaftliche Kooperation, der dann die politische Integration zu folgen habe. Die dritte Strömung der *Iniziativa Socialista* war weiter links zu verorten. Föderalistisch forderte sie, dass eine politische vor einer wirtschaftlichen Einigung zu erreichen sei.<sup>358</sup> Zwischen den unterschiedlichen Strömungen kam es zu erbitterten Diskussionen, ob man der Regierung beitreten sollte oder nicht. Saragat selbst agierte während dieser Zeit als Vermittler zwischen den Positionen. Die finanzielle und organisatorische Situation der neuen Partei war dabei desolat.<sup>359</sup> Die PSLI stimmte der Annahme des Friedensvertrages nur nach starken inneren Schwankungen zu. In die Zukunft weisenden Argumente, wonach die Annahme die Voraussetzung für die italienische Teilnahme an dem Marshallplan und einem eventuellen Beitritt zur UNO war, wogen schwerer als Monita einer zu schwachen Beteiligung der *Costituente* und zu harter Auflagen des Vertrages selbst. Darüber hinaus wurde mit der Zustimmung das Verhältnis zwischen der PSLI und der britischen *Labour Party* besser.<sup>360</sup>

Trotz der grundsätzlich positiven Einschätzung der Entwicklung der eigenen Position innerhalb des Staatensystems durch die Regierungsparteien waren die Rückmeldungen aus Paris keineswegs nur euphorisch. So schrieb der italienische Botschafter bei den Verhandlungen, Campilli, am 6.8.47 an De Gasperi, dass die Hilfen des ERP keinesfalls für den Wiederaufbau ausreichen würden und man daher auf andere Geldgeber wie die Weltbank

---

<sup>356</sup> Formigoni, *l'alleanza occidentale*. S. 152 ff. Insbesondere S. 159 f.

<sup>357</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 244.

<sup>358</sup> Siehe Zagari, *il socialismo italiano*. S. 252.

<sup>359</sup> Donno, *Saragat e la socialdemocrazia*. S. 169 ff. Zur äußerst schweren Anfangsphase und dem Strukturproblem, zwischen der *Fronte Popolare* und den Christdemokraten bestehen zu müssen, siehe Fornaro, *Saragat*. S. 185 ff.

<sup>360</sup> Donno, *Saragat e la socialdemocrazia*. S. 260 f.

zurückgreifen müsse.<sup>361</sup> Diese internen Berichte standen im Gegensatz zu der in der Parteizeitung *Il Popolo* geschürten Euphorie im August des Jahres 1947.<sup>362</sup>

Campilli wusste dennoch Ende August mit Stolz zu berichten, dass die italienische Delegation in Paris mit ihren Vorschlägen zu der Zollunionen und der Verbindungen im Bereich der elektrischen Industrie den amerikanischen Vorstellungen entspräche – ganz im Gegensatz zu den Forderungen anderer Staaten. Ferner habe ihm der amerikanische Botschafter zugesichert, dass die Revision des Friedensvertrages noch vorgesehen sei. Weiterhin bemerkte Campilli positiv, was auch De Gasperi in der Aufzeichnung unterstrich, dass auf der Konferenz ein bleibendes Sekretariat und ein Koordinierungsausschuss für die Umsetzung des Marshallplans vorgesehen worden sei.<sup>363</sup> Beides waren, wie die Vorschläge für die Einrichtung von Zollunionen vom 15.8.47, Kernforderungen der italienischen Delegation in Paris.<sup>364</sup> Nach Campilli musste Europa geschlossen auftreten, um bei den Verhandlungen mit den USA genügend Hilfe zu erlangen – und dies von den USA geradezu zur Vorbedingung erkoren worden war.<sup>365</sup> Obgleich die PSLI noch nicht an der Regierung beteiligt war, wurde ihr Wirtschaftspolitiker Roberto Tremelloni mit zur Konferenz nach Paris genommen, wobei er eine Kommission präsidieren sollte.<sup>366</sup>

Die Konferenz in Paris wurde von der PSLI in mehrerlei Hinsicht als Chance aufgefasst: Als Möglichkeit zur Schaffung einer europäischen Föderation, als Lösung der wirtschaftlichen Probleme mittels der Neuverteilung von Ressourcen und der freien Zirkulation von Arbeitnehmern sowie zur Lösung der deutschen Frage in diesem Kontext. Nicht zuletzt war das Beitreten Italiens zu der Konferenz mit der Hoffnung verbunden, mit gleichen Rechten den Friedensvertrag schnell revidieren zu können.<sup>367</sup> Tremelloni betonte in seinen Artikeln, Stellungnahmen und Aufzeichnungen immer wieder die wirtschaftliche Notwendigkeit einer europäischen Einigung, sei es auch nur in einzelnen europäischen Zonen, wobei er sich immer strikt gegen den nationalen Abschluss nach außen und einzelne Autarkien wandte. Zwischendurch erkannte er die zermürbenden Probleme, die die internationalen Verhand-

<sup>361</sup> ACS. Fondo Consiglio dei Ministri, segreteria particolare del Presidente del Consiglio dei Ministri Alcide De Gasperi. Busta 3, fasc. 18.

<sup>362</sup> So titelte der *Popolo* am 8.8.1947, dass auf der Konferenz ein Vorschlag Italiens für einen Fragebogen über die Lage der Arbeitnehmer in den einzelnen Ländern angenommen worden sei. Am 9.8.47 wusste man von einem Kredit durch Kanada zu berichten, der ein Zeichen „des Vertrauens in unsere Zukunft“ darstellte. Am 14.8. berichtete der *Popolo* über die Unterzeichnung eines Finanzvertrages Italiens mit den Vereinigten Staaten. Gleichzeitig wurden Berichte veröffentlicht, die von einer Kriegsgefahr zum Beispiel in Griechenland, ausgelöst von der Sowjetunion, sprachen. Auf der Titelseite des *Popolo* vom 20.8.1947 ist die Rede von einem Treffen, bei dem Campilli De Gasperi über die Fortschritte in Paris informierte. Dieser sehr neutral gehaltene Artikel wurde begleitet von dem Beitrag eines französischen Föderalisten.

<sup>363</sup> Telefonischer Bericht Campillis vom 27.8.47. Mitschrift in ACS. Fondo Consiglio dei Ministri, segreteria particolare del Presidente del Consiglio dei Ministri Alcide De Gasperi. Busta 3, fasc. 18. Mit der Forderung nach einer ständigen Organisation entsprach die italienische Delegation den Vorstellungen der USA nach der Schaffung einer ständigen Organisation. Lorenzini, introduzione. S. 2140.

<sup>364</sup> Centro italiano di ricerche e d'informazione sull'economia pubblica, sociale e cooperativa, Fondo Roberto Tremelloni (künftig CIRIEC, FRT). 15324.

<sup>365</sup> Siehe Formigoni, *l'alleanza occidentale*. S. 147.

<sup>366</sup> Siehe hierzu den reichhaltigen Bestand im CIRIEC, FRT. Signaturen 153xx. Tremelloni wurde später der Minister für den Marshallplan und leitete den CIR, einen innerministeriellen Ausschuss des italienischen Kabinetts, der den Wiederaufbau Italiens koordinieren sollte.

<sup>367</sup> Donno, *Saragat e la socialdemocrazia*. S. 279 ff.



lungen zwischen den 16 Teilnehmerstaaten schon aus der Natur der Sache heraus mit sich brachten. Dennoch war er überzeugt, dass die Konferenz selbst, vor allem mit der Schaffung der ständigen Kommission, aus der schließlich im April 1948 die OEEC entstehen sollte, einen Schritt für den Wiederaufbau Europas getan habe.<sup>368</sup> Nach Davide Cittone hatten die amerikanischen Geldgeber gar ein legitimes Recht, über die Verwendung der Mittel eine genaue Auskunft zu erhalten. Dies konnte jedoch zu Komplikation führen, falls amerikanische Beobachter zahlreich in Italien erscheinen würden, denn dies würde das Bild eines amerikanischen Imperialismus in der Welt verstärken. Cittone betonte den Nutzen einer nationalen Planung der Hilfen, die dann ja auch mit der Etablierung des *Comitato Intermistriale per la Ricostruzione* (CIR) im Juli 1948 unter Führung Tremellonis verwirklicht wurde.<sup>369</sup> Der CIR setzte zusammen mit dem neu gegründeten *Istituto mobiliare italiano* (IMI) bei der Verteilung der Marshallplangelder klare Prioritäten, indem er Akzente bei den Grundstoffen, den Investitionsgütern, im Energiesektor sowie im Ausbau der Verkehrswege setzte. Hier wurden ursprüngliche Pläne der 30er Jahre umgesetzt.<sup>370</sup>

Indessen nutzte Sforza die Konferenz in Paris, in Rücksprache mit De Gasperi, sowohl die europäischen Bemühungen im Rahmen des Marshallplans als Teil einer europäischen Einigung darzustellen als auch bilaterale Übereinkünfte anzustreben, indem er eine Zollunion Italiens mit Frankreich vorschlug.<sup>371</sup> Zollunion und OEEC sollten nebeneinander die Voraussetzung zu einer europäischen Einigung darstellen und wurden von den Botschaftern in Paris, Campilli und Quaroni, forciert.<sup>372</sup> Im Winter 47/48 wurde ein Protokoll über die Einrichtung der Zollunion ausgehandelt, das durch Bidault und Sforza am 20.3.1948, also während des Wahlkampfes, in Turin unterzeichnet wurde. Der Vertrag wurde am 29.3.1949 unterschrieben, fand aber nie Anwendung. Mit einer Umorientierung Frankreichs und der Gründung der OEEC im Jahr 1948 verlor die Zollunion darüber hinaus seinen symbolischen, mit den Verhandlungen über die EGKS ab dem Jahr 1950 ihren politischen Wert.<sup>373</sup> Dennoch sollte in den folgenden Jahren die Zollunion ein Thema in der Auseinandersetzung zwischen der Koalition und der Opposition bleiben, wobei die Regierung erhebliche Probleme haben sollte, ständig und immer fortwährend die Hoffnung auf eine Einigung zu betonen.

---

<sup>368</sup> Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 284 ff.

<sup>369</sup> Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 289 ff. Artikel Cittones. L'Umanità vom 27.12.47. Zum Wirken Tremellonis und der Umsetzung des Marshallplanes in Italien in den 40er Jahren siehe Donno, Michele: Roberto Tremelloni e l'attuazione del piano Marshall in Italia, in: ventunesimo secolo 10 (2006). S. 89-118.

<sup>370</sup> Petri, Wirtschaftswunder. S. 444 ff.

<sup>371</sup> Preda, De Gasperi. S. 299 ff. Zur Geschichte der Zollunion: Bagnato, Bruna: Storia di una illusione europea. Il progetto di unione doganale italo-francese. London 1995. Ebenso: Serra, Enrico: "Schwieriger Neubeginn. Italien und Frankreich 1943-1951", in: Woller, Hans (Hg.): Italien und die Großmächte 1943-1949. München 1988. S. 161-178. Hier S. 172. Kürzer zusammenfassend in Varsori, Antonio: La Cenerentola d'Europa?: l'Italia e l'integrazione europea dal 1947 a oggi. Soveria Mannelli 2010. S. 46-52.

<sup>372</sup> Siehe das Protokoll des CIR vom 19.8.47. Hier wird die italienische Delegation in Paris aufgefordert, sich für die größte mögliche europäische Einigung einzusetzen und auch den anderen europäischen Staaten die Teilnahme an der Zollunion zu ermöglichen. Ballini, Varsori, L'Italia e l'Europa, 1. S. 36-41. Hier: S. 38.

<sup>373</sup> Preda, De Gasperi. S. 304-310. Nach Serra vermochte die "begeisterte Öffentliche Meinung beider Länder" nicht über die technischen Schwierigkeiten hinweg helfen. Serra, Italien und Frankreich. S. 173.

Doch der Jahreswechsel 47/48 stand unter den Auspizien des anstehenden Wahlkampfes und der schwierigen wirtschaftlichen Situation, die durch die deflationistische Politik Einaudis verstärkt worden war. „Streiks, Unruhen und Revolten waren an der Tagesordnung.“<sup>374</sup> Jene Wirtschaftspolitik und die unterschiedliche Einschätzung, wie stark man sich an die USA anlehnen sollte, führte zu einer internen Spaltung des linken christdemokratischen Flügels unter einem De Gasperi stützenden Teil unter der Führung Giulio Pastores und zwei kritischen Teilen unter Gronchi sowie Dossetti.<sup>375</sup> De Gasperi bewertete auf dem Parteitag der DC in Neapel vom 15. bis zum 19.11.1947 die letzte Resolution der PCI als „Kriegsmanifest“, denn diese warf der Regierung vor, Handlanger der amerikanischen Imperialisten und des Vatikans zu sein „unterstützt [...] von den reaktionären Kräften und den rechten Sozialisten.“ Damit drohe der Verlust der nationalen Unabhängigkeit. Nach De Gasperi konnte diesen Vorurteilen gegenüber den USA begegnet werden, indem man die amerikanischen Hilfen nicht als Almosen, sondern als Teil des Kampfes für Freiheit und Demokratie darstellte. Erneut lehnte er eine Teilnahme an einer Blockpolitik ab. Sie garantiere weder den Frieden noch vermeide sie Krieg. Ziel müsse die wirtschaftliche Kooperation sein, erstens und am wichtigsten zwischen den europäischen Staaten, dann ausgedehnt „mit der Solidarität der Vereinigten Staaten, eine Kooperation großer Ausdehnung, auf lange Dauer.“

Hier stelle sich die Grundfrage des Vertrauens, das für den Wiederaufbau Europas so wichtig sei. Anders als die Kommunisten würden die Politiker der DC nicht aus Parteiinteresse sondern im Interesse des Landes handeln. Die DC vergesse keineswegs die Beziehungen zu den östlichen Staaten.

Togliattis und Nennis Vorwürfe, eine Kriegspolitik zu treiben und den diplomatischen Dienst vollkommen in Hände der DC überführt zu haben, seien infam. Der Antiklerikalismus sei für Nenni nur eine Ausrede ebenso wie für Togliatti die nationale Unabhängigkeit eine sei. Beide würden einen Weg suchen, um Italien „sozialkommunistisch“ werden zu lassen und suchten daher nach Parolen, um ihre wahren Absichten zu verschleiern. Er vertraue aber auf die Stärke der Demokratie, gegen die „Verräter“, wobei De Gasperi vor den Gefahren eines Bürgerkriegs warnte.

Die von der Wirtschaft benötigten ausländischen Rohstoffe ließen sich nur durch eine „Politik des freundlichen Vertrauens, der echten Freundschaft, der ernsthaften und friedlichen Kooperation innerhalb der Vorgaben der Vereinten Nationen“ gewinnen. Italien müsse an der Anstrengung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus zusammen mit den anderen europäischen Ländern teilnehmen, „mit dem festen Willen, Element des demokratischen und wiederaufbauenden Friedens zu sein.“ Die gesamten politischen Vorstellungen seien auf das Gleichgewicht von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit ausgerichtet. Man wolle Brücke und kein Graben sein, womit vor allem die alte Politik der Dialektik, mit der Mussolini und Hitler agiert hätten, überwunden werden sollte. Diese Aufgabe werde außenpolitisch mit dem Marshallplan und innenpolitisch mit dem Aufbau der Republik erreicht.

Die soziale Ausrichtung des Katholizismus und der DC sei vor kurzem sogar durch Attlee bescheinigt worden. Er schloss: „Wir verteidigen das humanistische Ideal der griechisch-lateinischen Kultur, die auf diesen Stränden (der Tagungsort war Neapel, P.B.) er-

<sup>374</sup> Woller, Entscheidungswahlen. S. 76 f. Zitat: S. 77.

<sup>375</sup> Formigoni, *l'alleanza occidentale*. S. 151 f. Zum Wahlkampf 1948: Gelsomini, Elena: *Le campagne elettorali della Prima Repubblica (1948-1963)*. Manduria-Bari-Roma 2008. S. 13 ff.

dacht, erneuert und durch das Christentum befruchtet wurde; wir verteidigen keine fremden Interessen, sondern unsere Geschichte, unsere Lebenskraft, unsere Kultur.“<sup>376</sup> Damit verlieh De Gasperi dem Wahlkampf und im Zuge dessen den Bestrebungen der Regierung in der internationalen Politik ein höheres Ziel. Und in dieser internationalen Situation sollte auf eine europäische Union hingearbeitet werden, wie ein Antrag unter vielen forderte. Im Hauptantrag war von der europäischen Gemeinschaft nicht die Rede, dafür aber von dem Dank der italienischen Bevölkerung, der dem amerikanischen Volk entgegen gebracht werden müsse.<sup>377</sup>

Mitte Dezember traten die Sozialdemokraten zusammen mit dem *Partito Repubblicano* dem neuen Kabinett De Gasperis bei. Zuvor waren diese am 2.12.1947 noch gescheitert, bei der COMISCO als Vertreter Italiens aufgenommen zu werden.<sup>378</sup> Die PSI hingegen forderte in der sich zuspitzenden Lage des Herbstes 1947 eine unabhängige Außenpolitik. Italien könne zu einer „demokratischen internen Entwicklung und zu einer demokratischen europäischen Entwicklung“ nur dann etwas beitragen, wenn es die Neutralität bewahre. Nenni forderte eine „verfassungsmäßig erklärte und international garantierte Neutralität“ Italiens. Riccardo Lombardi sah in einer europäischen Organisation keine Garantie vor den reaktionären Kräften. Die Wahl der gemeinsamen Liste und der gemeinsamen Kampagne an der Seite der italienischen Kommunisten, die Bildung eines *fronte popolare*, für die ersten Wahlen am 18.4.1948 war innenpolitischen Gründen geschuldet, doch sie zog zeitverzögert auch einen außenpolitischen Schwenk nach sich.<sup>379</sup> Von Beginn an hatte die PSI zwar die Politik des *containment* abgelehnt, warf aber nun der Regierung vor, dessen Konzept auch auf die Innenpolitik anwenden zu wollen. Der weltweite Klassenkampf werde in den einzelnen Ländern mit internationaler Perspektive ausgetragen, in Griechenland gar mit Waffengewalt, in Italien (noch) mit friedlicheren Mitteln. Dies bestimmte den Wahlkampf 1948, der mit harten Anschuldigungen der Koalition an die PCI verlief. Der Koalition wurde vorgeworfen, sie paktiere mit dem *brigantismo*, der Mafia, den Klerikalen, dem Kapitalismus und befinde sich in der Anlehnung an die USA.<sup>380</sup>

Trotz der sich zuspitzenden Konkurrenz zwischen dem linken Lager der PSI und der PCI, der nun die Koalition um De Gasperi tragenden Parteien und dem rechten Lager um Monarchisten und Faschisten, vermochten es die Regierungsparteien und die linken Parteien sich auf eine Verfassung zu einigen und dabei die internationale Zusammenarbeit zu betonen. So

<sup>376</sup> De Gasperi, discorsi politici. S. 145-176. Zu den Überlegungen De Gasperis schon in der Zwischenkriegszeit und vor allem in seiner Zeit im vatikanischen Exil, wonach die katholische Kirche eine übernationale europäische Rolle einnehme, siehe: Gualtieri, Roberto: De Gasperi e l'Europa, in: Gualtieri, Roberto (Hg.): A. De Gasperi, Discorsi sull'Europa. Rom 2004. S. 5-42. Hier S. 10 f. Die Gefahr eines Bürgerkriegs war in Italien bis 1949 durchaus latent. Siehe zum Beispiel den Artikel Bernardi, Emanuele: La Democrazia cristiana e la guerra fredda: una selezione di documenti inediti (1947-1950), in: ventunesimo secolo 10 (2006). S. 127-138. Hier werden die Sitzungen des Vorstandes der DC behandelt, die sich mit möglichen kommunistischen Aufständen befassten.

<sup>377</sup> Vgl. Democrazia Cristiana: Dieci congressi D.C. 1946-1967. Turin 1967. S. 99 und S. 101.

<sup>378</sup> Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 175 f.

<sup>379</sup> Ardia, Il rifiuto della potenza. S. 270 ff. Zur sich zuspitzenden innenpolitischen Lage in Italien siehe Di Nolfo, La Repubblica. S. 332-338.

<sup>380</sup> Di Nolfo, La Repubblica. S. 339 ff. Zur Verbindung zur sozialistischen Außenpolitik Ardia, Il rifiuto della potenza. S. 273 f.

wurde nicht nur die Kooperation gefordert, sondern auch gefordert, dass das innere Rechtssystem an internationalen Bestimmungen ausgerichtet werden sollte.<sup>381</sup>

Die PSI begann das Jahr 1948 mit ihrem Kongress vom 19.-22. Januar in Rom. Riccardo Lombardi verlangte eine unabhängige Position Italiens, wobei er gleichzeitig darauf hinwies, dass man aufgrund der wirtschaftlichen Situation nicht auf amerikanische Hilfe verzichten könne.<sup>382</sup> Er unterschied zwischen einer klassischen Außenpolitik in den Kanzleien und einer „internationalen Politik“, die Strukturen verändern und somit auch innenpolitisch-gesellschaftliche Zielrichtungen haben müsse.<sup>383</sup> Im PSI wurde noch immer darüber diskutiert, ob der Marshallplan angenommen werden dürfe. Bei einer Annahme müsse allerdings die Verbindung mit einer amerikanischen Blockpolitik vermieden werden. Jene angenommene Verbindung ließ breite Kreise der PSI den Marshallplan ablehnen.<sup>384</sup>

Ivan Matteo Lombardo kritisierte hingegen den Vorstand und verteidigte den Marshallplan, der die Unabhängigkeit der europäischen Länder nicht zu stark gefährde. Während sich Lombardo für eine Politik der „absoluten Neutralität“ aussprach und diese durch die Volksfront gefährdet sah und eine Marginalisierung der PSI fürchtete, sah Pertini in der *fronte* eine Reaktion auf die Politik der Rechten, wobei er die *incosistenza* des „Dritten Weges“ von Saragat und Pacciardi betonte. Er unterstütze die „Reaktion gegen die Arbeiterklasse“.<sup>385</sup> Für Nenni war die Volksfront ein erster Schritt zur Verwirklichung einer echten Volksrepublik und einer geplanten Wirtschaft zur Lösung wirtschaftlicher Probleme. Drittens sollte in der internationalen Politik eine Neutralität mit wirtschaftlichen Beziehungen nach West und Ost verfolgt werden. Nenni machte eine Partei des Dritten Weltkrieges aus, die aus *hitlerofili*, *fascistofili*, *petentisti*, *franchisti* von gestern und heute zusammengesetzt sei. Diese hätten ihre Gemeinsamkeit schon in dem von Hitler verfolgten „Krieg gegen die Sowjetunion“ gezeigt. Dazu gehöre auch die Regierung De Gasperi, die die „Interessen der Nation opfern“ würde und aus dem Land einen „Vorposten des westlichen Imperialismus“ machen wolle. Die Außenpolitik der Volksfront sei hingegen durch das Motto charakterisiert: „Freunde aller, Sklave von niemandem.“ Der Marshallplan sei zwar mit der Truman-doktrin verbunden, helfe aber auch. Die abgespaltenen Sozialisten brandmarkte er als „revisionistische Degeneration“. Ihr Ansatzpunkt der dritten Kraft sei die „Negation des Marxismus, basierend auf dem Prinzip des Kampfes ohne Rückhalt weder im Proletariat noch in der Bourgeoisie.“ Die PSI kämpfe hingegen in absoluter Autonomie gemeinsam mit den Kommunisten, was sich schon alleine aus der eigenen Rolle während der *Resistenza* ergeben müsse.<sup>386</sup>

Für Vecchiotti war die Volksfront die offensive Strategie im Klassenkampf. Getrennte Listen würden die PSI stärker in ein Licht der dritten Kraft stellen, was schon in Frankreich passiert sei, wo die sozialistische Partei gegen die Arbeiterklasse habe kämpfen müssen,

<sup>381</sup> So zum Beispiel der Artikel 10 der italienischen Verfassung.

<sup>382</sup> Pedone, Congressi. S. 183.

<sup>383</sup> Scirocco, Politique d'abord. S. 16.

<sup>384</sup> Vgl. Scirocco, Politique d'abord. S. 26-28.

<sup>385</sup> Pedone, Congressi. S. 184. Schon in seinen einleitenden Sätzen hatte sich Basso für eine *Fronte* ausgesprochen, wobei allerdings beide Parteien eine gewisse Eigenständigkeit behalten sollten. Es ging nach ihm um gemeinsame Ziele gegen einen gemeinsamen Feind, der mit der Taktik „getrennt marschieren, gemeinsam schlagen“ besiegt werden sollte. Ebd. S. 176 f.

<sup>386</sup> Pedone, Congressi. S. 187 f.

was zu einer Wahlniederlage geführt habe. In Großbritannien hätte sich die *Labour Party* zu stark an die Politik der USA angelehnt. Gegen Ivan Matteo Lombardo gerichtet beschrieb er den Marshallplan als einen „Erpressungsversuch“, in dem „ein politisches Westeuropa“ das Instrument für „eine effektive europäische Koalition in antisowjetischer Funktion zum Dienste der Vereinigten Staaten“ sei. Die Sozialisten wendeten sich gegen eine Politik der „Versklavung“ unter dem amerikanischen Kapitalismus. Der einzig verbliebene Feind stehe rechts in einer um die DC gruppierten Koalition. Man sehe mit Sorge die Beziehungen zu den sozialistischen Parteien im Osten und Westen Europas. „Deswegen bekämpfen wir die Abweichung im westlichen Sozialismus, indem wir den klassischen (*classista*) Ansatz des Kampfes wieder vorschlagen.“ Nur mit der Sowjetunion, die keine außereuropäische Macht sei, könne ein „effektive Einheit Europas“ geschaffen werden.<sup>387</sup>

Der abschließende Antrag sprach sich gegen jedwede Unterwerfung in der Außenpolitik aus. Man kämpfe für den Frieden des italienischen Volkes und wolle die „politische und wirtschaftliche Einheit Europas verteidigen“ sowie diejenigen angreifen, die den Konflikt aus reaktionären Gründen schüren wollten. Die offene Kooperation mit allen Ländern auf der Grundlage der Demokratie und des Friedens sowie wirtschaftlicher Austausch sowohl mit den Ländern des Westens als auch mit den Ländern des Ostens seien das Ziel. Ökonomische Hilfen als politische Druckmittel seien aber inakzeptabel und Mittel zur Erpressung Italiens gegen „die schnelle Erneuerung der demokratischen italienischen Struktur“, die einer kleinen Gruppe von Reaktionären diene. Die amerikanischen Hilfen könnten aber zur Überwindung der Unterlegenheit eingesetzt werden. Daher fordere man, die Hilfen demokratisch zu kontrollieren.<sup>388</sup> Dieser Kompromiss stellte Ivan Matteo Lombardo nicht zufrieden. Er forderte neben der absoluten Unabhängigkeit der PSI, dass diese den „Plan zum Wiederaufbau Europas, unsachgemäß bezeichnet als Marshallplan“, als „einzigen bisher Europa angebotenen Plan“ anerkennen solle. Die Sozialisten könnten den „Sozialisten von rechts“ nicht die Exklusivität überlassen, gute Beziehungen mit der angelsächsischen Welt zu unterhalten. Dies würde bedeuten, den Wiederaufbau Europas den „Exponenten des Kapitalismus“ anzuvertrauen und auf „jede direkte und aktive Teilnahme der Sozialisten an der Regierungsarbeit, an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau und dem sozialen Fortschritt zu verzichten.“ Damit gefährdete man auch die Freundschaft zu den westlichen Völkern, die für die italienische Arbeiterschaft unverzichtbar sei.<sup>389</sup>

Auch nach der Wahl wurden von der PSI-Mehrheit nicht zu starke Worte gegen den Marshallplan gewählt. Morandi bestätigte, dass man bei einem Wahlsieg die amerikanischen Hilfen nach Italien nicht unterbrechen wolle. Auch Lombardi betonte, dass die amerikanischen Mittel sich erst in ihrer konkreten Verwendung als gut oder schlecht herausstellen würden und daher müsse die sozialistische Partei an der Verteilung und der Verwaltung der ERP-Mittel mitwirken.<sup>390</sup> Doch trotz dieser Rhetorik lehnte die PSI, angetrieben von dem wirtschaftspolitischen Exponenten Morandi und gegen Lombardi, der durch seinen erst kürzlich erfolgten Beitritt aus dem *Partito d'azione* in die PSI noch über keine eigene

---

<sup>387</sup> Pedone, Congressi. S. 193 f.

<sup>388</sup> Pedone, Congressi. S. 199 f.

<sup>389</sup> Pedone, Congressi. S. 202 f.

<sup>390</sup> Felisini, Il PSI e l'integrazione europea. S. 244 f.

Hausmacht verfügte, den Marshallplan als Entscheidung für den westlichen Block ab und lehnte sich somit an die Beschlüsse der kommunistischen Parteien von Bialystok an.<sup>391</sup>

Die Volksfront aber war ein willkommener Angriffspunkt für die DC. Es sei unerklärlich, wie italienische Vertreter von einem Kampf zwischen Blöcken reden könnten, zwischen „einem demokratischen und einem anderen reaktionär-imperialistisch“, wenn in England und Frankreich Sozialisten an der Regierung und in den USA die Gewerkschaften so stark waren.<sup>392</sup> Die kommunistischen Parteien, vor allem in Frankreich und in Italien, würden auf Moskaus Geheiß hin den Wahlkampf und ihre Aktionen verschärfen.<sup>393</sup> Nach De Gasperi war die PCI mit ihrem doppelten Spiel, in einem System für dessen Überwindung zu kämpfen, gefährlicher als je zuvor. Die Kommunisten schlossen sich von der Regierung selbst aus, wenn sie sich nicht verfassungstreu und demokratiegemäß verhielten. Die Arbeiter seien durch die Sozialdemokraten in der Regierung vertreten, während die Kommunisten die Interessen der italienischen Arbeiter verrieten. Ihr Vorwurf, die britische *Labour Party* betreibe eine imperialistische und reaktionäre Politik, sei unhaltbar. Dahingegen verfolge die Sowjetunion mit ihrer fünften Kolonne in Italien eine imperialistische Politik. Sie wolle, „dass die italienische Innenpolitik von Belgrad und von jedem internationalen Ausschuss aus bestimmt wird.“<sup>394</sup> Dagegen stellte er den Marshallplan, der auf „die wirtschaftliche Kooperation zwischen den europäischen Ländern integriert durch amerikanische Hilfen“ ziele. Wenn die USA ihre italienischen und französischen Schuldner wirklich unterjochen wollten, dann würden direkte Kredite vergeben werden und Europa keine Rolle spielen. Die USA seien jedoch an einem wirtschaftlich prosperierenden und einem geeinten Europa interessiert, damit die Länder „ein Friedenswall werden“ würden. Die USA wollten mit ihrer Hilfe einen noch teureren Krieg verhindern. Die europäischen Länder würden somit *collaboratrici di pace nell'ordine economico* werden.<sup>395</sup> Zuspitzend rief De Gasperi auf den Wahlveranstaltungen aus:

*„Chi vi ha insultato gridandovi servi d'America, odiatori della Russia? Noi serviamo e difendiamo la civiltà italica onde Cristo è romano, difendiamo il popolo italiano, il popolo lavoratore, navigatore, scopritore, colonizzatore, luce nell'universo e luce anche nei paesi americani.[...]“*

*Oggi chiediamo al Dio dei nostri padri di non essere indegni dell'ora storica e della grande causa che difendiamo.“*<sup>396</sup> Dem Wahlkampf der DC zur Folge waren die Wirtschaftshilfen der USA keine Unterwerfung sondern dienten der Zusammenarbeit gleichberechtigter Völker. Diesem Bild stellte man dichotomisch die Bemühungen der Sowjetunion

<sup>391</sup> Vgl. Landolfi, Antonio: "I socialisti ed il Piano Marshall", in: Benzoni, Alberto u.a. (Hg.): La dimensione internazionale. Rom 1993. S. 197-202. Hier S. 198 f.

<sup>392</sup> De Gasperi, discorsi politici. S. 179-202. Hier S. 179-181. Rede in Rom vor einer DC Jugendorganisation vom Februar 1948.

<sup>393</sup> Ebd. S. 181-189.

<sup>394</sup> Ebd. S. 189-191. Zitat S. 191.

<sup>395</sup> Ebd. S. 197 f.

<sup>396</sup> De Gasperi, discorsi politici. S. 179-202. Hier S. 199-202. Zitat auf S. 202.

gegenüber.<sup>397</sup> Hier reihte De Gasperi öffentlich erstmals am 15.4.48 in Caltanissetta, wenn auch in allgemeiner Weise, die Vision einer europäischen Einigung ein.<sup>398</sup>

Neben den diplomatischen Verhandlungen waren die Treffen der Parteienfamilie ein europäischer Begegnungsort der Regierungsparteien. Exponenten der DC nahmen ab dem Frühling 1948 regelmäßig an den Tagungen der 1947 in Lüttich gegründeten NEI teil. Cingolani wurde ihr Vizepräsident. Armintore Fanfani hatte schon zuvor im November 1947 an einem Kongress, veranstaltet vom „Internationalen Institut für Sozial- und Politikwissenschaften“, in Freiburg teilgenommen, auf dem die föderalen Positionen innerhalb des europäischen Katholizismus thematisiert worden waren.<sup>399</sup>

Innerhalb der italienischen Katholiken verbreitete sich der Gedanke einer europäischen Einigung, einer *federazione europea*. Der Vatikan unterstützte diese Entwicklung, wobei es schon im Dezember 1946 ein Treffen zwischen einem hohen Vertreter des Vatikans und Churchill gegeben haben soll, in dem über die Möglichkeit der Vereinigten Staaten von Europa diskutiert wurde. In einer anonymen Aufzeichnung für De Gasperi ist von der Vereinigung aller „katholischen Völker Westeuropas und anderer christlicher nicht katholischer Völker“ die Rede, die eine „christliche europäische Union“ schaffen könnten, wobei die katholischen Bewegungen dieser frühen Phase stark neutralistischen Vorstellungen verpflichtet waren.<sup>400</sup>

An der Tagung der Europäischen Bewegung in den Haag im Mai 1948 nahm eine große italienische Delegation teil, jedoch aus organisatorischen Gründen so kurz nach der Wahl ohne Vertreter der Regierung. Sforza versicherte allerdings gegenüber Churchill die positive Einstellung der Regierung gegenüber den Den Haager Beschlüssen. Um Italien eine gleichberechtigte Position bei den Verhandlungen zu ermöglichen, versuchte Sforza, die OEEC zu einer politischen Organisation auszubauen und damit die Verhandlungen aus dem Brüsseler Pakt herauszuziehen. Die OEEC sollte „föderale Verbindungen“ herstellen, „mit all seinen wirtschaftlichen und moralischen Konsequenzen“. Sforza erstellte im August 1948 ein Memorandum, das De Gasperi in höchsten Tönen lobte und das an die französische Regierung überreicht wurde. Es sah die Einrichtung einer permanenten europäischen politischen Organisation vor, mit Institutionen wie einem gemeinsamen Ministerrat und einem Gerichtshof.<sup>401</sup> Die italienische Regierung traf dabei mit ihrer Einstellung, Deutschland in die Einigungsbemühungen einzubeziehen, vor allem bei den USA auf Gegenliebe, während Frankreich mit dem Plan Ramadiers ein eigenes Konzept verfolgt hatte und die britische Regierung engeren politischen Verbindungen eher abwartend gegenüber stand.<sup>402</sup> Die britischen Pläne, zu einer europäischen Einigung mittels des Brüsseler Paktes zu gelan-

<sup>397</sup> Formigoni, *il politico vincente*. S. 141 f.

<sup>398</sup> Ebd. S. 142. Formigoni betont, dass sich De Gasperi nur langsam der europäischen Idee genähert habe, während Preda bereits 1947 entscheidende Schritte ausmachte. Siehe ebd. Anmerkung 685.

<sup>399</sup> Preda, *De Gasperi*. S. 376 ff.

<sup>400</sup> Preda, *De Gasperi*. S. 385.

<sup>401</sup> Preda, *De Gasperi*. S. 338 ff. An der Konferenz in Interlaken im September 1948 sollten neben sozialdemokratischen und sozialistischen Politikern auch verstärkt Politiker der DC teilnehmen. Nach Preda gehörten der Delegation auch Jacini, Casati, Benvenuti, Bastianetto, Bergmann, Calamandrei, Calosso, Chiostergi, Cingolani, Dominedò, Giaccherio, Ruini, Santero und Spataro an. Ebd. S. 554.

<sup>402</sup> Preda, *De Gasperi*. S. 346 ff.

gen, wurden von den Vertretern der italienischen Koalitionsparteien auf der zweiten Konferenz der Europäischen Bewegung in Interlaken kritisiert.<sup>403</sup> Man favorisierte den letztlich eingerichteten Europarat.<sup>404</sup> De Gasperi verhielt sich aufgrund seiner Rücksichtnahme auf die Strömungen der DC und den Koalitionspartnern gegenüber dem Brüsseler Pakt zurückhaltend. So wäre ein Beitritt als offensichtliche Parteinahme für den Westen interpretiert worden, der die Sicherheitslage Italiens ohne ein weiteres Engagement der USA angesichts interner Spannungen nicht verbessert hätte. Ferner war der Brüsseler Pakt wegen seiner militärischen Orientierung keineswegs geeignet, europäischen Enthusiasmus auszulösen.<sup>405</sup>

Im Kabinett war ab dem April 1948 Ivan Matteo Lombardo als Minister für Industrie und Handel vertreten, der im Februar 1948 aus Ablehnung des gemeinsamen Kurses der PSI mit den Kommunisten diese verlassen hatte und einen vermittelnden Kurs zwischen der PSLI und der PSI einschlug. Nachdem seine *Unione dei Socialisti* schon für die Wahlen 1948 zusammen mit den PSLI eine Liste gebildet hatte, trat er ein Jahr später der PSLI bei. Lombardo war der Vertreter einer Gruppe, die mit der Zeitschrift *Europa socialista* das Ziel eines einigen, sozialistischen Europas propagierten.<sup>406</sup> Die Europäischen Bewegungen boten vielfältige Betätigungsmöglichkeiten. Vor allem aus einer Gruppe von Parlamentariern, die schon an dem Treffen der Europäischen Parlamentarierunion in Gstaad 1947 teilgenommen hatten, entwickelte sich in der ersten Legislaturperiode eine eigene politische Gruppierung, der *Gruppo parlamentare italiano per l'unione europea*, die in der Camera mit Giacchero und im Senat mit Ferruccio Parri ihre Vorsitzenden hatten. Auch Ludovico Benvenuti stand der Gruppe nahe. Es sind mannigfaltige Verbindungen zwischen dieser parlamentarischen Gruppe, dem MFE und De Gasperi belegt.<sup>407</sup>

De Gasperi wurde vom *Movimento Federalista Europeo* Spinellis schon ab 1946, jedoch stärker ab 1948, mit reichlich Post und Einladungen sowie Ausgaben von Programmen bedacht.<sup>408</sup> Eine Anfrage aus Niedersachsen von 1948, ob dieser nicht bereit sei, in einer privaten europäischen Zeitschrift Artikel zu veröffentlichen,<sup>409</sup> war ein Beispiel für die Wahrnehmung De Gasperis ab 1948 als zentralen Vertreter des europäischen Föderalismus. De Gasperi unterstützte den zweiten Kongress der Europäischen Föderalisten im Herbst 1948 in Rom. Er gewährte logistische Hilfe. Der Kongress der Föderalisten vom 7.-11.11.48

<sup>403</sup> Preda, De Gasperi. S. 354 ff.

<sup>404</sup> Sforza, Carlo: Cinque anni a palazzo Chigi. Rom 1952. S. 70.

<sup>405</sup> Vgl. Formigoni, *l'alleanza occidentale*. S. 239 ff.

<sup>406</sup> Siehe hierzu Preda, De Gasperi. S. 329 f. Anmerkung 123. Siehe auch Pedone, Congressi. S. 207.

<sup>407</sup> Preda, De Gasperi. S. 331 ff.

<sup>408</sup> ACS. Fondo Consiglio dei Ministri, segreteria particolare del Presidente del Consiglio dei Ministri Alcide De Gasperi. Busta 5, fasc. 28. Es findet sich hier auch der Vorschlag einer europäischen Hymne. Leider gibt der Bestand nicht her, was De Gasperi hiermit gemacht hat. Aber die Tatsache, dass er alles archiviert hat, ist ein Wert an sich. Ferner häufen sich ab 1951 Glückwunschtelegramme für unterschiedliche Reden De Gasperis.

<sup>409</sup> ACS. Fondo Consiglio dei Ministri, segreteria particolare del Presidente del Consiglio dei Ministri Alcide De Gasperi. Busta 5, fasc. 28. Hier findet sich ein Brief aus Niedersachsen vom 29.10.1948. De Gasperi habe dem Autor nach in der Europäischen Bewegung eine „führende Rolle“ übernommen und wurde um einen Gastbeitrag in seiner Zeitschrift gebeten.



wurde auch aus dem italienischen Haushalt mit 3 Millionen Lire unterstützt.<sup>410</sup> Die finanzielle Unterstützung sollte eine Konstante der Politik De Gasperis bleiben.<sup>411</sup>

Auch wenn De Gasperi dem europäischen Föderalismus vor allem durch sein neues Kabinett seit 1947 nahe stand und innerhalb der DC sich mit Giacchero, Bastianetto oder Piccioni Politiker für eine stärkere föderalistische Ausrichtung aussprachen, drangen diese in der DC nicht entscheidend durch.<sup>412</sup> So beschloss der zweite *Consiglio nazionale* im November 1947 einen einfachen, allgemeinen Appell zur engeren Zusammenarbeit Europas und der Partei mit den Europäischen Bewegungen. Den Katholiken bescheinigte De Gasperi 1950, dass diese sich noch Ende der 40er Jahre stark auf interne Probleme konzentriert hätten.<sup>413</sup> Während einige Christ- und Sozialdemokraten der Europäischen Bewegung angehörten oder nahe standen, dünnte in der PSI dieser Bestand nach 1947 merklich aus. Dennoch erkannte De Gasperi eine Gefahr, die in der einfachen emphatischen Propagierung eines geeinten Europas lag. Die Gedanken eines neutralen Europas der dritten Kraft waren weit verbreitet und gerade gegen jene wandte er sich im Herbst 48. Gleichzeitig betonte er im Herbst 48 die Perspektive einer europäischen Föderation, die vor allem aus einer Zollunion erwachsen könne.<sup>414</sup> Langsam aber sicher näherte er sich einem eventuellen Beitritt Italiens zur NATO an, indem er noch im Oktober im Kabinett von einer „*neutralità armata*“ sprach, von einer „Solidarität des freien Europas“, die allerdings schlussendlich zusammen mit den USA gegen die sowjetische Aggression Erfolg haben könnte.<sup>415</sup>

Das Jahr 1948 polarisierte auch in der Familie der sozialistischen Parteien Europas. Die osteuropäischen Parteien wurden ausgeschlossen und die Ablehnung der Kommunisten entwickelte sich zu einem gemeinsamen Bezugspunkt der in der Kooperation verbliebenen sozialistischen Parteien Westeuropas.<sup>416</sup> Die COMISCO orientierte sich eindeutig nach Westen. Dementsprechend wurde die PSI von den sozialistischen Parteien am 20.3.48 gerügt.<sup>417</sup> Sie richtete an die italienischen und polnischen Sozialisten den dringenden Appell, sich von den kommunistischen Parteien loszusagen, denn diese zerstörten „den demokratischen Sozialismus“.<sup>418</sup> Die Delegierten der PSI gerieten auf der Konferenz in die Defensive und erklärten das Ultimatum der COMISCO, zwischen der Kominform und der „freien so-

---

<sup>410</sup> Schreiben des Finanzministers an De Gasperi vom 1.9.48. ACS. Fondo Consiglio dei Ministri, segreteria particolare del Presidente del Consiglio dei Ministri Alcide De Gasperi. Busta 5, fasc. 28.

<sup>411</sup> Siehe den Brief De Gasperis an den Schatzminister Pella vom 18.7.50, bei dem er diesen darauf hinweist, dass die Zahlungen an die Europäische Bewegung in Rückstand geraten seien. De Gasperi, *Discorsi e scritti politici*. S. 2281 f.

<sup>412</sup> Pistone beschreibt ausführlich die von den Föderalisten initiierten Aktionen Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre. Demnach seien die Abgeordneten ein entscheidender Faktor bei der Durchsetzung des Ziels der europäischen Einheit gewesen. Pistone, *Die Europa-Diskussion in Italien*. S. 58 ff.

<sup>413</sup> Preda, De Gasperi. S. 390 ff. Zum „Föderalist De Gasperi“ kritischer und distanzierter: Pastorelli, Pietro: *Die Europapolitik von Alcide De Gasperi*. In: Loth, Wilfried u.a. (Hg.): *Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft*. Stuttgart 1994. S. 203-228. Hier S. 223.

<sup>414</sup> Siehe Formigoni, *l'alleanza occidentale* S. 245 f.

<sup>415</sup> Vgl. Formigoni, *l'alleanza occidentale*. S. 250-252 sowie S. 256.

<sup>416</sup> Steininger, *Sozialistische Internationale*. S. 94-97.

<sup>417</sup> Die Rüge war dabei von der britischen Regierung auch als Wahlkampfhilfe für Saragat gewollt gewesen. Die Internationale wurde hierfür als geeigneter Ort angesehen. Siehe Varsori, *Italien und Großbritannien*. S. 156 f.

<sup>418</sup> AdsD. SPD-Parteivorstand. Abteilung Internationale Beziehungen 2/PVBT0000001.

zialistischen Kooperation für den Wiederaufbau Europas“ wählen zu müssen, als falsche Alternative und verließen den Tagungssaal.<sup>419</sup>

An der folgenden Tagung der sozialistischen Parteien in Wien vom 4-7 Juni 48 nahmen Vertreter der PSLI teil, die PSI wurde vorübergehend ausgeschlossen.<sup>420</sup> Die Direktion wies dies ebenso wie den Brüsseler Pakt zurück. Sie betonte den „entschiedenen Willen der PSI, sich gegen jeden Versuch Italiens, sich an die Politik der Blöcke anzuhängen, entgegenzustellen“. Man verurteilte die Beratungen der COMISCO als vom „antisozialistischen und antipazifistischen Geist“ durchdrungen. Dieser sei Teil einer Kampagne, der PSI und den italienischen Arbeitern schaden und damit die Wahlen beeinflussen zu wollen. Damit helfe sie den ausländischen Mächten, die Italien an den westlichen Block binden wollten.<sup>421</sup> Auf dem außerordentlichen Parteitag der PSI in Genua erklärten fast alle Redner die Wahlniederlage bei den Wahlen vom April 48 als Folge der internationalen Situation. Sie sei durch die Forderungen der Comisco verstärkt worden und habe somit den „antikommunistischen und antisowjetischen Kreuzzug“ verschärft.<sup>422</sup> Romita betonte hingegen, dass nur eine autonome und starke sozialistische Partei bei den Wahlen in der Lage gewesen wäre, die reaktionären Kräfte in der DC zu schlagen. Man dürfe aber auch nicht antikommunistisch sein, denn wenn die PCI verboten werden sollte, wäre auch die PSI von einem Verbot bedroht. Er machte für die Niederlage drei Gründe aus: Den Marshallplan, die COMISCO und das Problem der sozialistischen Einheit. Was den Marshallplan betreffe, so müsse dieser als Realität anerkannt und zum Wohle der arbeitenden Massen interpretiert und umgesetzt werden. Auf internationaler Ebene müsse die Partei jede Blockpolitik und jeden Militärpakt von sich weisen und innerhalb der COMISCO weiterhin die Kooperation mit „den unabhängigen und demokratischen sozialistischen Parteien der unterschiedlichen Länder“ suchen. Die Reaktion von Seiten der COMISCO sei legitim gewesen.<sup>423</sup> Lombardi sprach hingegen von einer „Erpressung“ durch die COMISCO.<sup>424</sup>

Nenni ging noch weiter, indem er die europäischen sozialdemokratischen Parteien mit der COMISCO und PSLI als Erfüllungsgehilfen einer imperialistischen und reaktionären Politik gegen die Sowjetunion und somit gegen „die größte historisch bekannte Anstrengung für die Schaffung einer sozialistischen Welt“ hinstellte. Den Versuch des kapitalistischen Westens, mittels eines geeinten Europas gegen die Sowjetunion den Klassenkampf nach Hitler fortzuführen, auch noch zu unterstützen, hieße, die eigene Position aufzugeben.<sup>425</sup>

Die drei Schlussanträge analysierten die Lage fast identisch, indem sie den Kampf des imperialistischen Westens konstatierten. Doch schlugen sie unterschiedliche Mittel gegen diese Politik vor. Die *Riscossa socialista* stellte fest, dass der Marshallplan eine Realität sei, die jedoch nichts an der absoluten Neutralität ändern solle, für die man eintrete. Sie sah eine Möglichkeit, den Marshallplan „richtig“ anzuwenden. Darüber hinaus konnte zusammen mit den anderen sozialistischen Parteien und mit der Internationalen eine strikte Opposition

<sup>419</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 246.

<sup>420</sup> AdsD. SPD-Parteivorstand. Abteilung Internationale Beziehungen 2/PVBT0000001.

<sup>421</sup> Pedone, *Congressi*. S. 209.

<sup>422</sup> Siehe so als Beispiel die Aussage von Cacciatore. Pedone, *Congressi*. S. 219.

<sup>423</sup> Pedone, *Congressi*. S. 219 f.

<sup>424</sup> Pedone, *Congressi*. S. 221 f.

<sup>425</sup> Pedone, *Congressi*. S. 223 f. Siehe auch die Beiträge von Pertini S. 225 f. und Basso S. 229-231.

gegenüber den Christdemokraten und der Blockpolitik zur Verteidigung der Neutralität verfolgt werden.<sup>426</sup> Für die *Sinistra* war die COMISCO längst ein Instrument des Revisionismus und Kapitalismus und somit einer weitere Mitgliedschaft undenkbar.<sup>427</sup> Der Antrag der Unabhängigen betonte, dass die PSI innerhalb der COMISCO bleiben müsse, die ein geeignetes Mittel zur Durchsetzung des Sozialismus in Europa und für den Frieden in der Welt sei.<sup>428</sup>

### II.2.3 Europa als Teil einer „Blockpolitik“

Der PSI-Parteitag machte zweierlei deutlich. Erstens rückte die PSI weiter nach links und wurde durch die internationale Ausgrenzung und durch die nationale Konfrontationsstellung aus ihrer Sicht dorthin gezwungen. Die Partei schloss sich immer mehr der kommunistischen Politik an, betonte aber die außenpolitische Neutralität. Nennis Rede zeigte gerade, dass die Kreuzzugsrhetorik der Rechten und der Christdemokraten sowohl in Deutschland als auch in Italien auch bei der PSI ihre Wirkung nicht verfehlte. Sie wirkte an dem der DC entgegengesetzten Pol mobilisierend. Auf dem Parteitag wurde die linke Parteiführung durch Vertreter des Zentrums abgelöst, das von Riccardo Lombardi geführt wurde. Die PSI sollte zum Kern einer sozialen Weiterentwicklung Italiens gemacht werden. Die linke Strömung drängte als führende Gruppe innerhalb der Gremien die PSI immer weiter in Richtung der PCI. Die PSI schwankte stets zwischen der einfachen Ablehnung der sich konstituierenden atlantischen Allianz im Sinne einer sowjetischen und einer von eigenen Vorstellungen geprägten Außenpolitik. Vertreter dieser auf eine Neutralität zielenden Richtung waren die beiden neuen Sekretäre Lombardi und Jacometti, die sich für eine von der Sowjetunion unabhängige Politik aussprachen. Der von Stalin geforderte Kampf für den Sozialismus auf internationaler Ebene wurde zurückgewiesen. Dieser habe erst in den Ländern selbst zu erfolgen, auch wenn eine Abstimmung der Aktionen ratsam sei. Lombardi kündigte die *Fronte Popolare* im August 1948 auf, hielt aber die *unità d'azione* mit den Kommunisten aufrecht.<sup>429</sup>

Die PSLI propagierte immer stärker das Ziel eines geeinten Europas. Statt durch den Brüsseler Pakt aus den Beneluxländern, Frankreich und Großbritannien, der mit seiner militärischen Ausrichtung den wirtschaftlich-sozial motivierten Vorstellungen großer Teile der PSLI widersprach, sah man die italienisch-französische Zollunion als geeigneten Ansatz für eine europäische Einigung an. Sowohl in der *Critica Sociale* als auch in der *Iniziativa Socialista* wurde der Abschluss des Brüsseler Paktes negativ beurteilt. In der *Critica Sociale* hieß es, dass man glaube, dass jedwede Vorbereitung auf den Krieg diesen selbst provoziere.<sup>430</sup> Dabei hätte ein italienischer Beitritt zu dem Brüsseler Pakt die Spannungen erhöht, denn dies hätte einseitig eine vom Westen gestattete Verletzung des Friedensvertrages bedeutet, zumal sich der Brüsseler Vertrag direkt auf die Charta der Vereinten Nationen bezog, denen Italien ja nicht angehörte. Ferner wäre Italien innerhalb des Paktes das einzige Land mit einer direkten Grenze zum Ostblock gewesen. Saragat lehnte den Vertrag nicht

<sup>426</sup> Pedone, Congressi. Der gesamte Antrag: S. 231-236. Zitiert: S. 235-236.

<sup>427</sup> Pedone, Congressi. S. 237 f.

<sup>428</sup> Pedone, Congressi. S. 238.

<sup>429</sup> Ardia, Il rifiuto della potenza. S. 274 f. Ebenso Felisini, Il PSI e l'integrazione europea. S. 251 f.

<sup>430</sup> Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 293 f.

kategorisch, aber einen Beitritt Italiens vor dem Hintergrund der innenpolitischen Situation ab.<sup>431</sup> Die italienische Regierung hielt sich angesichts der anstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus und Senat auf der Grundlage der neuen Verfassung zurück, nachdem sie am 22.1.1948 zu den Verhandlungen zum Ausbau des Vertrages von Dünkirchen eingeladen worden war.<sup>432</sup>

Die Wahlen waren nach dem Einsetzen der kommunistischen Regierung in der Tschechoslowakei vom Februar 1948 ein Schauplatz der bipolaren Auseinandersetzung. De Gasperi betonte im Wahlkampf die europäische Unabhängigkeit und beschrieb den wirtschaftlichen Aufbau Europas als Voraussetzung für den „Wall des Friedens“ durch die europäischen Staaten.<sup>433</sup> Damit wurde der Marshallplan immer stärker zu einem Feld der parteipolitischen Auseinandersetzung und der parteipolitischen Zuspitzung. So fand ein Vorschlag De Gasperis vom 7.6.48 im Kabinett Zustimmung, wonach im Parlament kein Ausschuss zur Verwaltung der Marshallplangelder eingerichtet werden sollte, um der Opposition Einfluss hierauf zu nehmen. Dies unterstützte auch Saragat ausdrücklich.<sup>434</sup>

Die Wahlen von 1948 gewann die DC, unterstützt durch Vatikan und amerikanische Wahlkampfhilfe sowie Rohstofflieferungen, die Teil der amerikanischen Strategie gegen eine eventuelle kommunistische Machtübernahme in Italien waren. Gleichzeitig verstärkte die italienische Regierung ihre Sicherheitskräfte.<sup>435</sup> Die Politik De Gasperis war innerhalb der eigenen Partei und in der eigenen Koalition trotz des Erfolges nicht unumstritten.<sup>436</sup> Der Antikommunismus war aber einer der Voraussetzungen seiner Sammlungspolitik in der eigenen Partei. Hier trafen sich Furcht vor eigenen materiellen Verlusten und die Ablehnung totalitärer Bestrebungen durch die einzelnen Gruppen. Ferner unterstützten die USA nicht nur den Staat, sondern auch die DC und die Sozialdemokraten: direkt mit Finanzhilfen, indirekt mit Propagandamaßnahmen, die den Marshallplan begleiteten, und auf außenpolitischer Ebene mit dem vorsichtigen Eintreten für italienische Forderungen in der Triestfrage. Die Hilfen konnten aber auch einen negativen Effekt haben, machten sie doch den Imperialismusvorwurf der PCI plausibler. Hinzu kam die Unterstützung der Kirche. Dies zeigte sich am besten in dem Ausspruch, dass nur derjenige ein guter Italiener sein könne, der auch ein guter Katholik sei. Die DC gewann in der *Camera* die absolute Mehrheit der Sitze, während sich hingegen im Senat durch das Wahlrecht nur durch eine Koalition eine knappe Mehrheit von 180 zu 174 Stimmen ergab. Die *civiltà cattolica* und andere konservative Kreise der katholischen Kirche feierten den Wahlsieg als ihren Sieg, als Zeichen für die

<sup>431</sup> Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 295 f.

<sup>432</sup> Zu der Entscheidung für den Westen siehe: Vigezzi, Brunello: "La politica estera italiana e le premesse della scelta atlantica", in: Ders. (Hg.): *La dimensione atlantica e le relazioni nel dopoguerra, 1947-1959*. Mailand 1987. S. 1-63. Varsori, Antonio: "La scelta occidentale dell'Italia", in: *Storia delle relazioni internazionali 1* (1985). S. 95-159. Formigoni, l'alleanza occidentale. Ders.: "Il mondo cattolico e la scelta occidentale' dopo le elezioni del 1948", in: Vigezzi, Brunello (Hg.): *La dimensione atlantica e le relazioni nel dopoguerra, 1947-1959*. Mailand 1987. S. 191-237. Pastorelli, Pietro: *La politica estera italiana del dopoguerra*. Bologna 1987. Hier: S. 209-231.

<sup>433</sup> Preda, De Gasperi. S. 326 f.

<sup>434</sup> Siehe Scardaccione, Francesca Romana (Hg.): *Verbalì del Consiglio dei Ministri: maggio 1948-luglio 1953*. Rom 2005. Bd. 1. S. 13.

<sup>435</sup> Woller, Entscheidungswahlen. S. 83-94. Ebenso Woller, *Geschichte Italiens*. S. 236 ff.

<sup>436</sup> Zu der internen Situation in der DC siehe Formigoni, *l'alleanza occidentale*. S. 203 ff.

Standhaftigkeit der Italiener und vor allem Roms für ganz Europa. Doch De Gasperi hielt von solch konservativen Interpretationen Abstand.<sup>437</sup>

De Gasperi bildete eine Koalition aus der DC, den Sozialdemokraten, der PRI und der PLI. Gerade die Koalition mit mehreren kleinen Parteien bot dabei einerseits die Möglichkeit, die verschiedenen *correnti* innerhalb der DC zu domestizieren. Andererseits half die Einbindung der kleinen Parteien, Vorwürfen eines zu starken kirchlichen Einflusses entgegen zu treten. Die Positionen der DC und De Gasperis in dieser hatten sich entscheidend verbessert. Während für die italienische Regierung und die westlichen Alliierten der Einbezug Italiens in den Marshallplan klar war, bestand keine Einigkeit darüber, ob Italien auch militärisch und politisch eingebunden werden sollte. Frankreich drängte die USA und Großbritannien den Mittelmeerraum einzubeziehen.<sup>438</sup>

Nach den Wahlen waren die Fronten zwischen den Regierungsparteien und der linken Opposition mit der PSI verhärteter denn je. Dies zeigte sich im September in der Haushaltsdebatte.<sup>439</sup> Während die christdemokratischen Politiker betonten, dass die italienische Außenpolitik neue Wege gehen müsse, die mit der alten Politik des Macchiavellismus Schluss mache und diese durch Ehrlichkeit sowie Direktheit ersetzen sollte, wobei sie ein geeintes Europa möglichst mit Deutschland als geeigneten Anfang bezeichneten,<sup>440</sup> war für Nenni der „Europäismus“ Teil des „Kosmopolitismus“ Sforzas. Sowohl der Kosmopolitismus als auch die Zollunion seien per se nicht zu verurteilen, doch könnten sich beide nicht freimachen vom „französischen Imperialismus“ und den imperialistischen Tendenzen des amerikanischen Kapitalismus. Die italienisch-französische Zollunion war demnach ein „Rüstungskartell“ und die Europäische Bewegung mit ihrem Kongress von Interlaken vor allem durch den „Revisionisten Churchill“ geprägt. Nach Nenni bedingte die internationale die interne Situation. Weltweit sei ein Klassenkampf im Gange, gegen die sich die Bourgeoisie mittels ihrer Regierung und eines Polizeistaats wehre. Die Regierung vertrete die Interessen ausländischer Mächte, weshalb sie auf militärische Pakte nicht verzichten könne. Sie sei gar nicht in der Lage, eine demokratische, nachhaltige und unabhängige Außenpolitik zu gestalten, die sich weder nach Osten noch nach Westen orientieren dürfe und sich an den italienischen Bedürfnissen ausrichte. Nenni lobte die griechischen Partisanen, die den gleichen Kampf kämpften würden wie seinerzeit der Widerstand in Italien und Frankreich. An der Rolle Spaniens, der sich auflösenden Position der dritten Kraft in Frankreich und Asien, würden die wahren Entwicklungen in der Welt, die Versuche des imperialistischen Westens und deren innere Widersprüche deutlich.<sup>441</sup>

Nenni sprach sich also gegen jegliche Verträge aus, die von der Regierung angedacht wurden. Diese schätzte den als ungerecht empfundenen Friedensvertrag zusammen mit den Verträgen mit den Vereinigten Staaten als Möglichkeit einer Wiedereingliederung Italiens in die internationale Gemeinschaft ein. Hier müsse Europa aufgebaut werden, wozu konkrete Schritte im Bereich der wirtschaftlichen Kooperation wie dem ERP Programm und die

---

<sup>437</sup> Vgl. Di Nolfo, *La Repubblica*. S. 346 ff.

<sup>438</sup> Di Nolfo, *La Repubblica*. S. 359 ff.

<sup>439</sup> I. legislatura, *Atti parlamentari*. S. 2422-2440. Zu den Diskussionen über den Marshallplan sowie zur Diskussion über die Teilnahme Italiens an diesem siehe Preda, *De Gasperi*. S. 334 f.

<sup>440</sup> Siehe Ambrosini, I. *Legislatura, Atti Parlamentari*. S. 2464 f.

<sup>441</sup> I. legislatura, *Atti Parlamentari*. Rede Nennis auf S. 2444-2446.

italienisch-französische Zollunion genannt wurden.<sup>442</sup> Dabei wurde Europa eine Mission zugeschrieben, die aus seiner glorreichen Vergangenheit herrührte. Es sollte von einem „passiven Gegenstand der internationalen Politik“ wieder zu seiner angestammten Rolle zurückgeführt werden.<sup>443</sup> Innerhalb Europas müsse Italien wiederum eine ihm angemessene Rolle finden, wobei diese nicht in einem übertriebenen Nationalismus zu sehen sei, sondern durch den von Mazzini geprägten Universalismus gekennzeichnet sein müsse. Gerade diese italienischen Interessen würden durch die Politiker der anderen Parteien unterlaufen, indem Treves London-nah sei und die Sozialisten wie die Kommunisten sich nach Belgrad und Moskau wenden würden.<sup>444</sup> Trotz einer vermittelnden Funktion, die Italien und Europa zwischen Ost und West spielen sollten, stellten die DC Redner fest, dass eine Politik zwischen den Blöcken nicht möglich sei und man sich durch die Werte der individuellen Freiheit dem westlichen und nicht dem sowjetischen System verbunden fühle.<sup>445</sup>

Treves (*Unità socialista* und PSLI) setzte geringfügig andere Akzente. Über die Hauptaufgabe Italiens - die „Rückkehr nach Europa“ – könne es wohl keine ernsthafte Diskussion zwischen den Parteien geben, sondern einzig über die richtigen Mittel. Jede Außenpolitik müsse sich dabei an den internationalen Gegebenheiten orientieren und diese zu ignorieren bedeute, einem „exzessiven Provinzialismus“ zu folgen. Die Welt sei gespalten und diese Spaltung bedrohe den letzten Rest der westlichen und der europäischen Zivilisation, die es mit Leidenschaft zu verteidigen gelte. Statt einer „Blockpolitik“ müsse eine wirkliche nationale Unabhängigkeit angestrebt werden. Sie müsse dabei die Hilfe und die Unterstützung von denjenigen annehmen, die bereit seien, Italien zu verstehen und „mit denen wir die Demokratieauffassung und die Verteidigung der westlichen Kultur teilen“. Dies beinhalte auch die Revision des Friedensvertrages. Dies sei weder nationalistisch noch revanchistisch, sondern einzig gerecht und tilge eine Gefahr für den Frieden. Treves setzte hierbei auf die UNO, die „Ausdruck der Befriedung und des Vertrauens in der internationalen Politik“ sei.<sup>446</sup> Danach ging auch Treves auf die Kolonialfrage ein und stellte fest, dass sich erstaunlicherweise die extreme Rechte und Linke in ihrer Argumentation ähneln würden.<sup>447</sup>

Nennig Forderung nach bilateralen Verhandlungen über die Triestfrage sei angesichts der bereits vorhandenen Blöcke utopisch. Weder eine vollkommene Integration noch die Äquidistanz zu beiden Blöcken sei zielführend. Der Gegenentwurf sei hingegen die Bildung einer „Föderation aller europäischen Völker, die die aktuellen schmerzhaften Meinungsverschiedenheiten und Brüche im Körper unseres Kontinents überwindet“. Auch die italienische Einheit sei seinerzeit als Illusion abgetan worden. Daher sei jede Initiative, die helfen könne, „einen toten Punkt in der europäischen und der weltweiten Situation zu überwinden“, willkommen. Churchills Initiativen müsse dabei international begegnet werden. Auch die Zollunion weise in die Richtung einer europäischen Einigung. Dabei sei es nicht möglich, eine europäische Föderation ohne Deutschland zu schaffen. Hier dürfe man den Fehler der Zwischenkriegszeit nicht wiederholen. Statt einer Blockpolitik solle „eine Außenpoli-

<sup>442</sup> 1. Legislatura, Atti Parlamentari. Montini, S. 2449-2451. Ambrosini, S. 2465. Cremaschi, S. 2507.

<sup>443</sup> Ambrosini, S. 2465.

<sup>444</sup> Cremaschi, S. 2507 f.

<sup>445</sup> Montini, S. 2450 f. Ambrosini spricht von einer europäischen Einigung auf demokratischer Grundlage. S. 2465.

<sup>446</sup> Ebd. S. 2473.

<sup>447</sup> Ebd. S. 2474.

tik[,] die nach föderalistischen Lösungen suchen sollte, zum Schutze nicht nur unseres Friedens, sondern des Friedens und der Demokratie aller Länder Europas“ betrieben werden.<sup>448</sup>

Noch deutlicher strich Giacchero als Exponent der parlamentarischen Gruppe für die Einigung Europas, der Europäischen Föderalisten und der DC eine europäische Einigung als Ziel gegen die „Plage des Nationalismus“ heraus.<sup>449</sup> Nur durch Abgabe von Souveränitätsrechten ließe er sich bekämpfen. Wenn man jedoch vom *federalismo europeo* spreche, so sei dies ironisch, denn der Europabegriff sei unklar. Nicht aber die teilnehmenden Staaten seien maßgeblich, sondern der zu Grunde liegende Geist einer ersten Union, die grundsätzlich erweiterbar und parlamentarisch sein müsse. Er begründete eine europäische Föderation mit den Werten des gemeinsamen Antifaschismus, denn es ginge darum, „das Gift des Faschismus aus dem Körper Europas zu entfernen“. Er schloss mit den Worten: „Und wir haben den Verdienst und den Stolz zu sagen, dass die italienische Außenpolitik einen entscheidenden Stein für die Errichtung dieses großen Gebäudes gelegt hat.“<sup>450</sup>

Die Haushaltsdiskussionen spiegelten auch die Diskussionen wieder, die es im Sommer anlässlich der OEEC Verträge gegeben hatte. Die Parteien der Koalition hatten sich für die Verträge ausgesprochen. Die PSI hatte sie indes abgelehnt, wobei allerdings die Minderheit um Lombardi sich für eine Linie entschieden hatte, wonach sich die PSI an der Verwaltung der Gelder hätte beteiligen sollen. Die PSI hatte an der Diskussion in der *Camera* nicht teilgenommen, da zur gleichen Zeit ihr Kongress in Genua sie an einer Vorbereitung der Diskussion gehindert hatte. Der offizielle Antrag, die Beratungen zu verschieben, erhielt keine Mehrheit.<sup>451</sup> Lombardi und Jacometti führten die Partei in heftigen Auseinandersetzungen mit der PCI und der eigenen Linken aus der Volksfront heraus. Lombardis Argumentation stützte sich vor allem auf die Gefahr, dass die Sozialisten ihre Eigenständigkeit verlieren würden. Darüber hinaus könnten die Interessen der internationalen Arbeiterklasse mit denen der Sowjetunion nicht gleichgesetzt werden.<sup>452</sup> In der Außenpolitik forderte Lombardi eine Politik der Neutralität, die „demokratisch und revolutionär“ sein und somit den Staat aus seiner Passivität herausführen müsse. Gegen diese Neutralität opponierten vor allem Pertini und Morandi, die beide eine klare Positionierung innerhalb des internationalen Konfliktes forderten. Man müsse mit der Sowjetunion solidarisch sein. Beim Ausbruch eines dritten Krieges, von dem Morandi ausging, müsse klar sein, für welche Seite man die Waffen in die Hand nehme. So boykottierte der linke *corrente* die von der Parteileitung um Jacometti für den 31.10.48 ausgerufene „Kampagne für die Neutralität“. Ausdruck der internen Zuspitzung war die Gründung unterschiedlicher Zeitschriften, die die *correnti* repräsentierten, so des *Mondo Operaio* Nennis ab dem Winter 48/49.<sup>453</sup>

Der Herbst 1948 wurde für die italienische Außenpolitik entscheidend. Hatte man sich bei Planungen für eine westliche Verteidigungsgemeinschaft, wie sie im Sommer 1948 in

---

<sup>448</sup> Ebd. S. 2476 f. Rede von Treves am 25.9.1948, in: 1. Legislatura, Atti parlamentari. S. 2472-2477.

<sup>449</sup> Ebd. S. 2511.

<sup>450</sup> 1. legislatura, Atti parlamentari. S. 2510 ff.

<sup>451</sup> Der OEEC Vertrag wurde von der *Camera* am 2.7 und von dem Senat am 31.7.1948 angenommen. Die Diskussionen fanden jeweils am 25.6 und 1. sowie 2.7 in der *Camera* und im Senat vom 28.-31.7 statt. Zur Position Lombardis und dem Rest der PSI siehe Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 253-258.

<sup>452</sup> Vgl. Scirocco, *Politique d'abord*. S. 36 ff.

<sup>453</sup> Scirocco, *Politique d'abord*. S. 42 f. Besonders: S. 45-48.

den USA und in Kannada angestoßen worden waren, bisher zurückgehalten, markierte die Reise De Gasperis im November 1948 nach Brüssel die Entscheidung des Ministerpräsidenten, im Bereich der Verteidigungspolitik den engen Schulterschluss mit den westlichen Staaten zu suchen. Dabei hielt er auf den *Grandes conférences catholiques* eine Rede zur aktuellen Lage Europas, während bei Treffen mit Spaak und Schuman ein möglicher Beitritt zum Brüsseler Pakt besprochen wurde.<sup>454</sup> In der Brüsseler Rede hatte De Gasperi erneut die katholischen Grundlagen eines politischen Systems beschrieben, mit seinen Individualrechten und gegen jede zu starke Zentralisierung. Darüber hinaus beschrieb De Gasperi das föderale System der Vereinigten Staaten als Vorbild gegen jede Tyrannei, zumal man das menschliche Wesen realistisch und somit pessimistisch einschätzen müsse. De Gasperi unterstellte eine Interdependenz der nationalen und internationalen politischen Probleme. Politische Freiheit und soziale Gerechtigkeit im Inneren hingen mit dem Frieden direkt zusammen. Der Krieg als generelles Problem würde vor nationalen Grenzen nicht Halt machen. Daher müsse man ein einiges Europa anstreben, das Deutschland und Italien einbeziehen müsse, um den Revanche-Gedanken zu überwinden. Dafür sei Italien bereit, seine Souveränität zu beschränken, um „in Freiheit und in Demokratie ein geeintes Europa“ zu schaffen, wobei er hoffe, dass auch die anderen europäischen Völker ihre eigenen nationalen und egoistischen Tradition hinter sich lassen würden. De Gasperis Reise war für die Annäherung an Belgien und Frankreich ein Erfolg.<sup>455</sup>

Die sich anbahnenden außenpolitischen Entscheidungen riefen eine Parlamentsdebatte Anfang Dezember 1948 hervor.<sup>456</sup> Die PSI kopierte einen außenpolitischen Antrag an eine Vertrauensfrage, dem von Koalitionsabgeordneten ein Antrag zur Unterstützung der europäischen Einigung entgegengestellt wurde. Nenni warnte vor einem Dritten Weltkrieg als Folge des Kapitalismus. Die angewandte Friedensrhetorik, nämlich vom „Frieden zu reden und sich auf den Krieg vorzubereiten“, sei schon von Mussolini vor der Unterzeichnung des Stahlpaktes angewandt worden.<sup>457</sup> Trotz der Beteuerungen der Regierung, sich jeglichen militärischen Allianzen enthalten zu wollen, zeigten die letzten Bemühungen, dass man doch zunehmend in militärische Allianzen rutsche. Zusammen mit dem Streit im Kabinett sei dies der Grund für den Antrag zur Klärung der Außenpolitik. Die Formulierung des Antrages war in der PSI hoch umstritten gewesen, konnte sich die Parteileitung doch erst spät gegen die Fraktion durchsetzen und die Neutralität als Ziel festschreiben.<sup>458</sup> Die PSI sah sich in ihren Befürchtungen bestärkt, verwandele doch die USA die OEEC von einer wirtschaftlichen in eine politische Organisation. Da würden auch „Ausflüchte aus dem Kindergarten der föderalistischen Illusionen“ nichts helfen, zumal es in der Regierung mit Pacciar-

<sup>454</sup> Lorenzini, introduzione. S. 2145.

<sup>455</sup> Preda, De Gasperi. S. 370 ff.

<sup>456</sup> Francesco Traniello beschreibt die Bedeutung der Rede so: „In dieser Gemengelage von päpstlichem Universalismus und katholischem Nationalismus, Westorientierung und Europäismus im Zeichen der „dritten Kraft“, internationalem Pazifismus und Sehnsucht nach Vorrangstellung, Konfessionalismus und interkonfessionellem Ökumenismus, prinzipiellem Antikommunismus und radikaler Kritik an Kapitalismus und liberalem System kam dem Vortrag De Gasperis die Bedeutung einer Richtungsentscheidung zu.“ Traniello, Francesco: Christliche Kultur – europäische Kultur. Entwicklungen und Wandlungen einer Idee im italienischen Katholizismus zwischen 1920 und 1950, in: Rusconi, Gian Enrico und Woller, Hans: Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945-2000. Berlin 2006. S. 143-173. Hier: S. 145 f.

<sup>457</sup> 1. legislatura, Atti parlamentari. S. 4919.

<sup>458</sup> Scirocco, Politique d'abord. S. 48 f.



di, Sforza und Saragat unterschiedliche verteidigungs- und außenpolitische Richtungen gebe, die mit der „doppeldeutigen Formel der Europäischen Union“ überdeckt würden.<sup>459</sup> Die „Europäische Union bleibt eine westliche Allianz, also eine politisch-militärische Formation, die nicht eint, sondern Europa teilt.“ De Gasperis Reisen nach Paris und Brüssel hätten nur das Ziel gehabt, die westliche Allianz zu konsolidieren, während man Vorschläge der Sowjetunion ignoriere.<sup>460</sup> Tremelloni wiederum verschleierte die militärische Bedeutung des Marshallplanes genauso wie De Gasperi – als Trentiner!- die deutsche Gefahr angesichts der internationalen Zuspitzung verkenne. Statt aber auf die Warnungen der Sozialisten einzugehen, führe die Regierung „ideologische Kreuzzüge“, verurteile aus einem einfachen antisowjetischen Reflex heraus die Kommunisten und schließe sie von dem demokratischen System aus. Die Außenpolitik führe Italien in die Isolation.<sup>461</sup> Während aber die Regierung vor fiktiven Bedrohungsszenarien durch den Osten warne, gefährde sie das Land durch die Stationierung angelsächsischer Flieger. Es werde ihr nicht gelingen, Italien zu einem Krieg gegen Länder zu bringen, die niemanden bedrohten und selbst sozial gerecht seien. Die Regierung wolle aus Europa ein zweites China Tschiang Kai-scheks machen. Selbst die bedeutende katholische Strömung *Cronache Sociali* habe formuliert, dass man zwischen der westlichen Allianz und der Neutralität wählen müsse. Statt abstrakte und illusionäre Ideen des Föderalismus zu verfolgen brauche man zur Bewahrung der Neutralität konkrete Friedensinitiativen und freundschaftliche Kontakte nach Ost und nach West. Wenn die Interessen des Landes nicht durch die Regierung verteidigt würden, dann geschehe es durch das Volk.<sup>462</sup>

Der Sozialdemokrat Mondolfo verortete Europa hingegen zwischen den beiden imperialistischen „Kolossen“. Während in Russland das bolschewistische Regime durch sein Zwangssystem der arbeitenden Klasse Gerechtigkeit und Freiheit vorenthalte, seien die USA eine „superkapitalistische Macht“, die ihren Markt immer erweitern müsse. Während er die USA aber als friedliebend aufgrund ihres Wirtschaftsinteresses bezeichnete, sah er die Sowjetunion von einer zu Gewalt und Krieg bereiten Führungsriege geführt, die heute die größte Gefahr darstelle.

Anders als die extreme Linke denke man frei und wähle für Italien zwischen einer russo-philien und einer westlichen Politik den dritten Weg der Neutralität. Nenni Neutralität sei aber falsch, denn man müsse der Sowjetunion klarmachen, dass diese bei einer Expansion im Mittelmeer auf Widerstand treffen würde. Andererseits solle man sich nicht zu stark an die westlichen Staaten binden, denn diese Verbindungen erhöhten die Kriegsgefahr. Daher lehne man auch den Brüsseler Vertrag ab, zumal er die Gefahr eines Bürgerkrieges hervorbringe. Nicht die militärischen Pakte könnten den Frieden bringen, sondern eine direkte und ehrliche Politik. Nenni versuche trotz seiner Anlehnung an die kommunistischen Länder weiterhin in der COMISCO zu bleiben. Hier versuche die *Labour Party* eine realistische sozialistische Politik, zumal sich die Bedingungen im Vergleich zur ersten Internationalen verbessert hätten, da zu dieser Zeit alle Länder noch rein kapitalistisch regiert worden seien.

Neutralität bedeute kein „Isolationismus“, denn man dürfe sich, besonders als Sozialist, den äußeren Einflüssen nicht verschließen. Stattdessen sei Europa durch den Föderalismus

---

<sup>459</sup> I. legislatura. Atti parlamentari. S. 4920 f.

<sup>460</sup> Ebd. S. 4921-4924.

<sup>461</sup> Ebd. S. 4924 ff.

<sup>462</sup> Ebd. S. 4930 f.

zu retten, der den Frieden garantiere und ein geeintes Europa näher sei als gedacht. Eine Föderation müsse aber anders sein als der alte Völkerbund, die UNO oder der neue Brüsseler Pakt, denn eine zu starke Souveränität der Staaten sei die Negation der föderalen Idee. Die Abkehr von einem „nationalistischen Egoismus“ müsse garantiert werden. Daher sehe man heute das ERP-Programm nicht mehr als geeigneten Ansatzpunkt an, da hier politische Interessen verfolgt würden. Ferner könne ein föderaler Organismus helfen, die deutsche Frage zu lösen, da von einem eingebundenen Deutschland weniger Gefahr ausgehe und dessen Wirtschaftskraft für den Aufbau notwendig sei. Mondolfo sah in den Westmächten Garanten für einen föderalen Aufbau Deutschlands. Darüber hinaus forderte er ein bewaffnetes Europa mit einem politischen Oberbefehl des europäischen Staates, mit dem jeder Nationalismus ausgeschlossen werden könne. Er müsse stark sein. Einerseits, um jeglichen Imperialismus von West und Ost entgegenzutreten zu können und andererseits, um den beiden Supermächten Gewähr zu sein, dass von Europa selbst keine Gefahr ausgehe. Es habe „eine eigene Kultur zu verteidigen,“ die noch immer in die ganze Welt hinausstrahle und die Welt für so lange Zeit erleuchtet habe. Ein solches Europa trage zum Frieden bei und sei eine Brücke zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.<sup>463</sup>

Calosso, der den *Gruppo socialista dei lavoratori* vertrat, warf Nenni vor, nie für eine richtige Neutralität eingetreten zu sein, denn ihre neue Forderung des neutralen Status diene dazu, „einen bestimmten Block zu verteidigen“. Doch neben der neuen Taktik der Nenni-Sozialisten bestehe nun die Möglichkeit, ein geeintes Europa zu bauen, „wenigstens des westlichen Europas“, wenn möglich des gesamten. Weil aber die Sozialisten sich in ihrem Antrag gegen eine europäische Föderation aussprechen würden, würden diese sich auch gegen die Neutralität stellen. Dies sei anders als der Geist, der dem gestrigen „anti-neutralistischen Antrag“ zu Grunde gelegen habe, der sich eher an der (Außen-)Politik des großen Konservativen Talleyrand orientiere, womit er den Antrag der christdemokratischen Föderalisten meinte. Gegen diesen „Pseudo-Macchiavellismus“ solle der Gedanken der Föderation gestellt werden, der einen *fede umana* darstelle, den Leitgedanken jeglicher Politik gegen jedwede Hegemonie in Europa. Dafür müsse die Europäische Bewegung unterstützt werden, die sich schon längst von den Ideen Churchills emanzipiere. Europa müsse strikt parlamentarisch ausgerichtet sein, im Gegenteil zum rein militärischen und damit gefährlichen Brüsseler Pakt. Solche militärischen Verträge seien höchstens dazu geeignet, der Feind der Sowjetunion zu werden und böten keine Sicherheit. Die Föderation sei hingegen geeignet, gegen den von Nenni befürchteten Isolationismus anzukommen. Dafür müsse man auch freundliche Beziehungen zur Sowjetunion aufbauen, denn Russland sei schon allein durch seine geographische gegen Deutschland gerichtete Lage stets eine Freundin Italiens gewesen. Er warnte vor einem Föderalismus der Reaktionäre, die Europa allein gegen die Sowjetunion ausgerichtet konzipieren würden. Europa habe dabei den Vorteil, über eine eigene reiche Geschichte zu verfügen: vom Heiligen Römischen Reich über das Papsttum bis zum regierenden Adel in Gesamteuropa. Europa sei darüber hinaus durch starke wirtschaftliche Verflechtungen intern verbunden, wobei auch Osteuropa eingebunden werden müsse, dessen Markt komplementär zu dem Westeuropas sei.

Der europäische Föderalismus werde eindeutig durch die Gedanken des Sozialismus getragen, der die Herrschaft des Geldes ablösen müsse. Erst dann könne sich auch das Chris-

<sup>463</sup> 1. legislatura, Atti parlamentari. S. 4977-4983.

tentum richtig durchsetzen. Die Europapolitik der *Labour Party* müsse man indes aus dem Groll gegen Churchills europäische Rolle und durch den britischen Konformismus gegen jeden Föderalismus verstehen. Die englischen Sozialisten hätten Angst vor einem von konservativen Regierungen dominierten Europa, das ihre Erfolge gefährde. Doch dies sei die falsche Reaktion, denn die sozialistische Ordnung könne nur international geschaffen werden. Hierzu seien eine moralische Erneuerung, der Einsatz der Regierungen und der Schulterschluss mit der Europäischen Bewegung und der Europäischen Parlamentarier Union notwendig.<sup>464</sup>

Am Abschlusstag wurden die Ausführungen von De Gasperi mehrmals unterbrochen. Er wehrte sich gegen Behauptungen, wonach der Marshallplan von Beginn an eine militärische Komponente impliziert habe. Die gegenseitigen Anschuldigungen ergossen sich im Vorwurf, dass jeweils der andere Italien und die Kolonien verrate. Nach De Gasperi verhinderte die Sowjetunion den Beitritt Italiens zur UNO, was die extreme Linke zurückwies.<sup>465</sup>

Trotz der Rolle der Sowjetunion bei der Befreiung Europas könne man deren Bedrohung ebenso wenig wie das doppelte Spiel Nennis und Togliattis ignorieren. Diese würden nach Frieden schreien und den Schrecken des Krieges beschreiben, während der Kommunismus sich weiter ausbreite, die westeuropäischen Länder weiter abrüsten würden und Frankreich sowie die Benelux-Staaten in den Kolonien gebunden seien. Die Sowjets würden aber weiter marschieren. Schwache Neutrale überfielen sie während sie starke Neutrale zur weiteren Neutralität ermutigen würden. Daher müsse Italien selbst stark sein, auch um die Neutralen im kommunistischen Bereich zu unterstützen.

Die Regierung habe sich, anders als von den Kommunisten behauptet, nicht um einen Beitritt zum Brüsseler Pakt bemüht, der darüber hinaus gar nicht gegen die Sowjetunion sondern gegen die deutsche Gefahr gerichtet sei. Er verstehe daher nicht, wieso er als Angriffspakt bezeichnet werde, da er doch vornehmlich von sozialistischen Regierungen mit friedlichen Absichten geschlossen worden sei. Italien sei nicht betroffen, sondern wolle weiterhin eher eine vermittelnde Rolle in Europa einnehmen. Er sei für die Neutralität, wenn diese Frieden und Sicherheit bedeuten, nicht jedoch, wenn diese die Abkehr von Freiheit und Demokratie bedeuten würde. Die italienische Regierung arbeite für den Frieden in Italien und Europa. Die Kommunisten aber würden weiterhin bekämpft werden, solange diese die Demokratie nicht akzeptieren und nicht aufhören würden, Direktiven der Komintern entgegen zu nehmen. Die Angriffe gegen den europäischen Wiederaufbau greife die europäisch-amerikanische Kooperation an und damit schlussendlich die Demokratie, die auf der Freiheit und der menschlichen Solidarität basiere.

Schon Lenin habe seinerzeit vor den Vereinigten Staaten von Europa als Teil der kapitalistischen Welt gewarnt. Gegen diese „Kriegspolitik“ der Kommunisten wolle man ein geeintes Europa in friedlicher Absicht erbauen. Europa würde besser neutral statt unabhängig bezeichnet werden, damit es sukzessive mit seiner Politik „eine eigene Friedensfunktion“ erfüllen kann. Dabei müsse man auch mit den Ländern Lateinamerikas zusammenarbeiten. Schon in Brüssel habe er ausgeführt, dass man für dieses geeinte Europa und die „Solidarität des Geistes und der Ansichten, der Freiheit und der Gerechtigkeit“ gerne Opfer zu bringen bereit sei. Gerade gegenüber den katholischen und christlichen Arbeitern betone er,

---

<sup>464</sup> 1. legislatura. Atti parlamentari. S. 4989-4996

<sup>465</sup> 1. legislatura, Atti parlamentari. S. 5091-5096.

dass die Schaffung dieser Idee nur mit dem Einklang aus Freiheit und sozialer Gerechtigkeit gehe.

*„Lo spirito - dicevo - di solidarietà europea potrà creare in diversi settori diverse salvaguardie e difese, ma la prima difesa comune della pace sta nello spirito unitario che, comprendendo anche la Germania, elimina il pericolo della guerra, della rivincita e delle rapresaglie. Contro la solidarietà libera europea verranno ad infrangersi le propagande di astio, di antitesi ideologiche e rinascerà nei popoli la certezza della pace e dell'avvenire democratico fondato sulle forze dello spirito, della libertà e del lavoro.“*<sup>466</sup>

Die Diskussion in der *Camera* zeigte deutlich die unterschiedlichen Schattierungen des Europabegriffs der Parteien, vor allem bei den Sozialdemokraten und Sozialisten. Cialdea hatte im Mai 48 in der *L'Umanità* der PSLI geschrieben, dass man ein föderales Europa anstrebe und dieses europäische Gebäude mittels einer wirtschaftlichen Kooperation geschaffen werden solle, in „einem graduellen Prozess der wirtschaftlichen Koordinierung“, dem dann eine politische und militärische Union folgen solle. Somit sprach er sich nicht vollkommen gegen eine militärische Integration aus, doch wollte diese erst am Ende verwirklicht sehen, da sie sonst „den friedlichen Prozess zur Realisierung des großen europäischen Ideals, der nur aus der wirtschaftlichen Methode erwächst, kompromittieren“ würde.

Diese Einschätzung wurde grundsätzlich intern geteilt, doch gab es auch Befürworter der Brüsseler Initiative. So betonte Andreoni, dass eine militärische Kooperation die europäische Föderation hätte beflügeln können und deshalb eine italienische Teilnahme neben den „demokratischen Regimen des Westens“ notwendig sei. Eben die Verteidigung des demokratischen Systems sei momentan die Hauptaufgabe des Sozialismus. Folglich müsse der Krieg vermieden werden. Der sowjetischen Autokratie müsse dafür die Illusion genommen werde, Westeuropa schnell einnehmen zu können und mit einer Sowjetisierung die Grundlagen für einen Sieg über die USA zu schaffen. Also müsse ein „freies“ Europa stärker als die Sowjetunion sein und dies ginge angesichts des östlichen Blocks nur auf eine Weise.<sup>467</sup>

Faravelli versuchte zwischen den beiden Lagern zu vermitteln, indem er betonte, dass beide Positionen auf das endgültige Ziel einer Föderation zwischen den Staaten hinweisen würden. Damit befand er sich auch auf der Linie einer Resolution, die die sozialistischen Parteien des „freien Europas“ im April 1948 in Paris verabschiedet hatten, in der sowohl der Marshallplan als auch der Brüsseler Pakt als effektive Mittel für die Vereinigung „des westlichen, demokratischen und sozialistischen Europa“ bezeichnet wurden, das sich sowohl gegen die militärische Bedrohung des sowjetischen Ostens als auch gegen den amerikanischen wirtschaftlichen Imperialismus wenden müsse. Faravelli selbst sprach von der Transformation einer „militärischen Allianz in einer echten und eigenständigen Föderation der westeuropäischen Staaten“, die die „Tür für diejenigen Osteuropas“ offen halten müsse.<sup>468</sup> Das Jahr 1948 bedeutete für die PSLI eine interne Auseinandersetzung über eine mögliche neutrale Position Italiens und damit auch eines eventuellen Europas. So gab es Artikel in *L'Umanità*, die durch eine verhandelnde Politik gerade denjenigen in Osteuropa die Grundlage entziehen wollte, die in der westlichen Politik den Ursprung der weltweiten Auseinan-

<sup>466</sup> 1. legislatura, Atti parlamentari. S. 5096-5100.

<sup>467</sup> Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 296.

<sup>468</sup> Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 297 f.

dersetzung sahen. Es war Saragat, der im August 1948 den neutralen Überlegungen ein Ende bereiten wollte. Er schrieb am 28.8.1948:

„Über viele Jahre hinweg haben auch wir geglaubt, dass die sowjetische Diktatur vielleicht aus Schuld anderer bestehen würde, also der europäischen Imperialisten“. Doch dann stellte Saragat fest, welcher Unterschied zwischen einstigen Hoffnungen und aktuellen Tatsachen bestehen würde. Über ein Vierteljahrhundert habe der europäische Sozialismus versucht, mit Russland umzugehen, doch nun habe man sich für einen eigenen Weg entschieden, der sich politische Demokratie nenne. In der Sowjetunion sei der Kapitalismus endgültig tot und damit auch der Weg zum Sozialismus. Das soziale und politische System Russlands sei statisch und tot, und daher sei dessen Entwicklung rein theoretisch, während sie in den kapitalistischen, aber noch innerlich entwickelbaren Ländern des Westens noch möglich sei. Aus der alten Hoffnung, dass sich die UDSSR noch demokratisch entwickeln könne, wurde eine Illusion. Sie war totalitär und antidemokratisch.<sup>469</sup>

Und in diesem entwickelbaren Westen sollte Italien eine entscheidende und gleichberechtigte Rolle spielen, obwohl das Kabinett wiederholt feststellte, dass das Ziel einer gleichberechtigten Stellung noch weit entfernt sei.<sup>470</sup> Diese Feststellung war Teil der offiziellen Argumentation gegen den Brüsseler Pakt. Dessen klassische Konstruktion, formal gegen Deutschland gewendet, passte in mehreren Punkten nicht in die italienische Politik. Italien konnte nicht teilnehmen, da es sich als nicht gleichberechtigt behandelt fühlte und gerade von den Hauptprotagonisten England und Frankreich noch Zugeständnisse erhoffte. Ferner erschien eine Annahme im März 1948 kurz vor den Wahlen wenig opportun, zumal noch kein Parlament zur Legitimierung des militärischen Bündnisses zur Verfügung stand. Darüber hinaus wäre dies auch in der DC nicht ohne weiteres möglich gewesen, wie die Diskussionen im Zuge der NATO ein Jahr später zeigen sollten.<sup>471</sup> Sforza lehnte in seinem Memorandum vom 6. Januar 1949, in dem die italienische Bereitschaft für die Teilnahme an der NATO angedeutet wurde, den Beitritt zum Brüsseler Pakt erneut ab.<sup>472</sup> De Gasperi und damit seine Regierung lavierten zwischen der vollkommenen Anlehnung an den Westen und der Forderung nach Eigenständigkeit,<sup>473</sup> unter Berücksichtigung starker neutralistischer und pazifistischer Strömungen innerhalb der Regierungsparteien. So warnten Saragat und Sforza am 29.11.1948 im Kabinett, dass die Erklärung der „Nicht-Neutralität“ große Rückwirkungen haben und der kommunistischen Propaganda zugutekommen könne. Stattdessen solle lieber von der Kooperation der europäischen Staaten gesprochen werden, wobei vor allem Gronchis Äußerungen gegen den Atlantikpakt von Pacciardi und Sforza angegriffen wurden. Vor allem Großbritannien würde sich hiervon abschrecken lassen. Gonella führte auf der gleichen Sitzung aus, dass man die Gleichsetzung von Neutralität und Frieden

---

<sup>469</sup> Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 300. Zur Auseinandersetzung in der PSLI siehe Donno, Il piano Marshall. S. 167 ff.

<sup>470</sup> Zitiert nach Preda, De Gasperi. S. 276.

<sup>471</sup> Preda, De Gasperi. S. 318 ff. Preda betont, dass eine Annahme des Brüsseler Paktes dem von De Gasperi immer wieder betonten Dreiklang von Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden, der in der Innen- und Außenpolitik angestrebt werden müsse, nicht entsprochen habe.

<sup>472</sup> Preda, De Gasperi. S. 322 f. Nach Varsori erwog das italienische diplomatische Korps eine Beteiligung, um als gleichberechtigter Partner akzeptiert zu werden. Doch die oben beschriebenen innenpolitischen Gründe und Großbritannien hinderten Italien an einer Teilnahme am Brüsseler Pakt. Varsori, Cenerentola. S. 54 f.

<sup>473</sup> Siehe Lorenzini, De Gasperi. S. 205.

in Italien entzaubern müsse. Saragat betonte, dass die momentanen Mitglieder der Brüsseler Pakt vor allem eine antideutsche Ausrichtung hätte, dieser allerdings durch einen Beitritt Italiens eine verstärkt antirussische Richtung bekommen würde. Daher müsse man aktuell vorsichtig agieren, zumal ungefähr ein Drittel der Bevölkerung sich nach Osten ausrichte und die Polizei zu schwach sei. Daher sei er gegen einen sofortigen Beitritt.<sup>474</sup> Der Jahreswechsel 48/49 brachte mit der Reise des italienischen Oberbefehlshabers Marras in die USA und nun positiveren Einschätzungen durch Großbritannien Bewegung in eine mögliche Beteiligung Italiens an dem Aufbau des Nordatlantikpakts, den De Gasperi und Sforza ab dem Januar 1949 anstrebten.<sup>475</sup>

Die italienische Regierung hatte das Ziel einer europäischen Integration im Jahr 1948 verfolgt, ohne sich allerdings zu stark an die USA anlehnen zu wollen.<sup>476</sup> Sie verfolgte dieses Ziel sowohl auf der Regierungsebene als auch in der europäischen Öffentlichkeit – bewusst als Gegengewicht zur Initiative der fünf Staaten des Brüsseler Paktes. Letztendlich erreichte sie, dass die OEEC zwar kein politisches Organ wurde, aber eine permanente Einrichtung, die sich nicht nur auf die Verteilung der ERP Gelder beschränkte.<sup>477</sup> De Gasperi war sich der Abhängigkeit der europäischen von der amerikanischen Politik bewusst. So merkte er in der Sitzung des Kabinetts vom 29.11.48 an, dass in dem Antrag der parlamentarischen Gruppe für die Einigung Europas der Passus gestrichen werden sollte, der von der vollkommen freien und unabhängigen Entwicklung Europas sprach. De facto werde Europa schon durch den Marshallplan kontrolliert.<sup>478</sup>

Die Vertreter eines Europa dritten Kraft um Romita wurden in der PSI immer stärker marginalisiert. In der PSI kursierten verschiedene Neutralismusvorstellungen. Weder für Morandi noch für Nenni war er mit einer Äquidistanz zwischen Moskau und Washington gleichzusetzen, war doch erstere die Hauptstadt der sozialistischen Revolution, die zweite hingegen „die Hauptstadt des Imperialismus“. Forderungen nach einer dritten Kraft wurden als „kleinbürgerlicher Philisterismus“ abgelehnt. Die italienischen Sozialisten sollten in den kommenden Jahren trotz der Auflösung der *Fronte Popolare* in der Außenpolitik an die Kommunisten und damit an der sowjetischen Außenpolitik angelehnt bleiben. Die Diskussion um die NATO trieb sie geradezu in die Arme der Kommunisten. Stichworte waren hierbei die Identifikation mit einem sozialistischen Lager und die Verteidigung der in Jalta vereinbarten Prinzipien. Der westlichen „aggressiven Außenpolitik“ wurde der Wille zur Entspannung und zum Frieden der osteuropäischen Länder und der sowjetischen Diplomatie gegenüber gestellt.<sup>479</sup> Innerhalb der PSI kam es vor allem im November und im Dezember 1948 zu internen Auseinandersetzungen. Die unabhängige Linie Lombardis und Jacomettis wurde bei dem kommenden Parteitag überstimmt. Sie wurden durch eine linke Par-

<sup>474</sup> Verballi Consiglio 1948-1953. Bd. 1. S. 323 f.

<sup>475</sup> Varsori, Cenerentola. S. 62 ff.

<sup>476</sup> Preda, De Gasperi. S. 336 f.

<sup>477</sup> Preda, De Gasperi. S. 363.

<sup>478</sup> Verballi Consiglio 1948-1953. Bd. 1. S. 321 f.

<sup>479</sup> Siehe Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 249 f. Vgl. Benzioni, Alberto: "La politica di 'Riscossa' e la polemica Lombardi/Morandi", in: Ders (Hg.): *La dimensione internazionale*. Rom 1993. S. 185-196. Dieser beschreibt insbesondere die unterschiedlichen Motive einzelner Exponenten wie Pertini, Lombardi und Romita 1948 gegen die Politik der Volksfront. Ebd. S. 185-187.

teileitung ersetzt. Lombardis Strategie, sich weder an einen Block zu binden noch „der anti-sowjetischen Erpressung der COMISCO“ nachzugeben und gleichzeitig Verbindungen mit den linken Parteien im Westen zu halten, wurde erst Mitte der 50er Jahre verfolgt.<sup>480</sup> Die klare Blockbildung schlug auf die Gewerkschaften durch, bei denen es zur Bildung von Richtungsgewerkschaften mit der CGIL der Sozialisten und Kommunisten, der christlichen CISL und der sozialdemokratischen UIL kam. Sie trugen grundsätzlich die Einstellung der Parteien zu den europäischen Integrationsschritten mit.<sup>481</sup>

Das Jahr 1948 hatte De Gasperi zu einem Vertreter des europäischen Föderalismus werden lassen. Ab jetzt finden sich verstärkte Kontakte mit den Vertretern des Föderalismus.<sup>482</sup> So beeinflusste er Anfang 1949 den Aufbau der italienischen Delegation zur Tagung der Europäischen Bewegung in Brüssel.<sup>483</sup> In den unterschiedlichen Kommissionen versuchte die italienische Delegation zu erreichen, dass verstärkt Kompetenzen auf den neu zu schaffenden Europarat übertragen werden sollten. Als eines der zentralen Organe sollte dabei die Parlamentarische Versammlung dienen.<sup>484</sup> In ihrem abschließenden Antrag bedauerte die italienische Delegation zu geringe Schritte für das eigentliche Ziel der Konferenz, nämlich dem Aufbau eines föderalen, „prosperierenden, demokratischen, unabhängigen Europas“.<sup>485</sup>

Um die vor allem durch die liberalen und sozialdemokratischen Strömungen dominierte Europäische Bewegung in Italien auszugleichen, wurde im März 1949 der *Movimento per l'unità europea* (MUE) gegründet, der vornehmlich katholisch und von der DC besetzt war. Doch außer zwei Treffen und der Gründung eines *Centro di studi europei* vermochte sie wenig zu bewegen. Sie entfaltete noch einmal im Jahre 1950 größere Aktivität, schief dann jedoch ein.<sup>486</sup> De Gasperi bediente sich nun bei seiner Politik der Europäischen Bewegungen. Er betonte deren Bedeutung für die Idee des Vereinten Europas und mahnte zugleich bei der MFE im Juni 49 deren Einigkeit an. Die Europäische Bewegung sollte in der Öffentlichkeit ein positives Klima für die europäische Politik der italienischen Regierung schaffen. Dabei unterhielt De Gasperi gute Beziehungen zur Europäischen Parlamentarier Union Coudenhove-Kalergis, unterstützte aber stärker die Föderalisten. De Gasperi übernahm sogar neben Churchill, Blum und Spaak im Jahr 1948 die Ehrenpräsidentschaft der Europäischen Bewegung.<sup>487</sup> Mit der Einladung Italiens zu den Verhandlungen zum Europarat im Januar 1949 sah man sich auf den richtigen Weg, zumal De Gasperi einen Artikel im *Il Popolo* mit „*L'Unione Europea vuole la pace*“ überschrieb. Der Regierungschef sah Italien

---

<sup>480</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 252 f. Zur Auseinandersetzung vor allem zwischen Morandi und Lombardi siehe Scirocco, *Politique d'abord*. S. 52-56. Ebenso Benzoni, *La politica di 'Riscossa'*.

<sup>481</sup> Formigoni, Guido: "I sindacati italiani e il processo di integrazione europea (1947-1960)", in: Ciampani, Andrea (Hg.): *L'altra via per l'Europa. Forze sociali e organizzazione degli interessi nell'integrazione europea (1947-1957)*. Mailand 1995. S. 19-52. Hier S. 19-24.

<sup>482</sup> Preda, De Gasperi. S. 367 ff.

<sup>483</sup> Preda, De Gasperi. S. 406 ff.

<sup>484</sup> Preda, De Gasperi. S. 410-416. Es ist dabei bezeichnend, dass im Außenministerium im Nachlass *Gabinetto* De Gasperi die gesamten Protokolle dieser Sitzung gesammelt und archiviert worden sind.

<sup>485</sup> Zitiert bei Preda, De Gasperi. S. 416 f.

<sup>486</sup> Preda, De Gasperi. S. 420-422.

<sup>487</sup> Preda, De Gasperi. S. 396-404. Die von Preda angegebenen Fundorte bezüglich der Organisation des zweiten Kongresses scheinen sich geändert zu haben. Im Juli 2009 befand sich der Vorgang in ACS Roma. Fondo Consiglio dei Ministri, segreteria particolare del Presidente del Consiglio dei Ministri Alcide De Gasperi. Busta 5, fasc. 28. Siehe ebenfalls Lorenzini, De Gasperi. S. 209 f.

nun wieder in die „europäische Familie“ aufgenommen, und damit „*le nostre tendenze conciliative e universalistiche*“ richtig aufgehoben. Nur durch ein geeintes Europa ließen sich die Probleme der Kolonien und der Deutschlandfrage lösen. Europa könne gar im Kleinen die UNO ersetzen, womit De Gasperi zunehmend den Akzent seiner Argumentation verschob. Demnach war es umso bedenklicher, dass die *socialcomunisti* die Organisation ablehnen und „*laburisti, socialisti o cristiani democratici*“, also Vertreter aller Bevölkerungsgruppen Europas, als Kriegstreiber darstellen würden. Dabei sei doch klar, dass weder der Westen noch der Osten Krieg wollten, Waffen in den Händen von Diktatoren jedoch das Gefährlichste seien. Diese „Unholde“ würden gar postulieren, dass der Europarat den gegenseitigen Beistand bei einem bewaffneten Angriff impliziere. Doch dies sei gar nicht vorgesehen, könne aber später eintreten. Wichtig sei vorerst, dass jedes nationale Parlament souverän bleibe. „*Ma è comunque evidente che qualunque accordo si potesse sviluppare in avvenire in un organismo centrale europeo, dato il carattere democratico dei paesi partecipanti e la loro posizione europea[...]*“.

*Nessun pericolo che in questa solidarietà di popoli controllata dalle democrazie più libere e più popolari di Europa, si nasconda l'insidia alla pace e si covi l'aggressione, quali nelle passate guerre seppe prepararle la dittatura, dietro il suo sipario d'acciaio.*<sup>488</sup>

Nachdem im Januar 1949 eine Regierungskrise, die vornehmlich auf unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Vorstellungen zwischen Tremelloni und Pella fußte, gelöst worden war,<sup>489</sup> verschärfte die Diskussion um die NATO in der PSLI interne Auseinandersetzungen, die ohnehin zwischen Befürwortern und Gegnern einer Regierungsbeteiligung und einer erneuten Vereinigung mit der PSI vorhanden waren. Der Beitritt zu einem reinen Militärpakt löste Widerstände in der Partei aus. Nachdem im Mai Romita mit einer Gruppe aus der PSI ausgeschieden war, gründete ein pazifistisch und neutralistisch orientierter Teil der PSLI, um Mondolfo, Faravelli, Zagari und Matteotti zusammen mit einer Gruppe um Romita, Silone und Calamandrei im Dezember 1949 die PSU.<sup>490</sup> Die europäische Einigung wurde von diesem Teil als Möglichkeit gegen eine Blockpolitik angesehen. Den übrigen Sozialdemokraten warf man hingegen vor, mit ihrer Europaversion den Kapitalismus endgültig zu akzeptieren und somit für eine Macht zu votieren. Doch dies widersprach eben der geforderten „Funktion Europas“.<sup>491</sup>

Auch in der DC brodelte es.<sup>492</sup> Die unterschiedlichen *correnti* der DC, die während ihrer gesamten Geschichte eine Sammlungspartei sein sollte, zeigten ihre unterschiedlichen Gesichter in der Verteidigungs- und Europapolitik. Als ein Exponent einer Strömung, der *Politica Sociale*, beklagte Gronchi im Januar 1949 in einem Interview mit dem *International News Service* aus New York, dass der Geist der Atlantikcharta nach dem Krieg schnell vergessen worden sei, in den aktuellen Beziehungen Werte wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität zwischen den Völkern nichts zählten, sondern durch die in Jalta beschlossene Teilung

<sup>488</sup> Artikel vom 16.2.1949 im *Il Popolo*. Abgedruckt in De Gasperi, *la stabilizzazione*. S. 2217-2219.

<sup>489</sup> Donno, *Saragat e la socialdemocrazia*. S. 225 ff.

<sup>490</sup> Donno, *Saragat e la socialdemocrazia*. S. 215 ff. und S. 237-241. Auch: Colarizi, Simona: *Storia dei partiti nell'Italia repubblicana*. Rom 1996. S. 151 f. Zu Saragats Rhetorik zum Jahreswechsel 48/49: Sgambati, *Saragat*. S. 483 f.

<sup>491</sup> Zagari, *socialismo italiano*. S. 253 f.

<sup>492</sup> Siehe ebenfalls: Colarizi, *Storia dei partiti*. S. 135 sowie S. 141 f.



der Welt genau die Politik des Primats der Großen über die Kleinen sowie der Starken über die Schwachen fortgeführt werde. Dies sei die Schuld der großen Drei. Der Sowjetunion warf er die Spaltung Europas durch die Ablehnung des Marshallplans und undemokratische Strukturen im Osten Europas vor. Das aktuelle Gleichgewicht verhindere aber eine akute Gefahr für den Frieden. Aufgrund seiner Autarkiepolitik beteilige sich Großbritannien nicht an Schaffung einer „effektiven europäischen, wenn auch limitierten Solidarität“ mit dem Westen, sondern nutze stattdessen seine starke Position in der OEEC für eigene Ansprüche. „Das westliche Kontinentaleuropa“ habe aber die besten Bedingungen um eine „Zone der Sicherheit und des Gleichgewichts“ zu werden, um nach „Frieden und Eintracht“ gemäß seiner Ideale und demokratischen Verhaltensweisen zu gelangen.

Auch wenn Gronchi amerikanische Hilfe für notwendig hielt, war eine politische Einigung Europas vornehmlich eine Aufgabe, die zwischen den Europäern geschehen müsse und sich aus den gemeinsamen ideellen und praktischen Interessen speisen müsste. Dafür bedürfe es auch des Einbezugs Deutschlands. Italiens Rolle könne dabei nicht in einer Äquidistanz zwischen Ost und West oder in einer Art Neutralität gesehen werden, denn beide Formen der Demokratie seien nicht vereinbar. Die freie Demokratie müsse notfalls mit Waffengewalt verteidigt werden. *„But, those who think like I do, are convinced that an effective and free understanding between the nations west of the Iron Curtain can create a force opposed to war and thus postpone the possibility of its outbreak.“* Gleichzeitig könne eine solche Union zu einer „gemeinsamen demokratischen Gesinnung“ mit den USA und mit Großbritannien führen. Dafür lobte er die finanzielle und wirtschaftliche Hilfe von Seiten der USA durch das ERP Programm.<sup>493</sup> Damit hatte Gronchi seine Position schon um einiges korrigiert, denn noch Ende November 1948 war dieser innerhalb des Kabinetts für Äußerungen angegangen worden, die von einer gleichen Entfernung zu Moskau und Washington sprachen.<sup>494</sup> Die Linke in der DC hatte in den 40ern stets betont, dass man die amerikanischen Gesellschaftsvorstellungen nicht einfach übernehmen könne. Ihre Kritik bezog sich vor allem auf mangelnde Solidarität und zu starken Individualismus in der amerikanischen Gesellschaft, den die „europäische Kultur“ ergänzen müsse.<sup>495</sup>

Auch der Parteivizesekretär Dossetti beschwerte sich am 10.3, dass die Parteigremien bezüglich des Beitrittes Italiens zum Atlantikpakt nie gefragt worden seien. Er wehrte sich gegen einen „Blankoscheck“ des DC Vorstandes für die Regierung, wobei De Gasperi die NATO als Teil der *passione per la libertà del popolo italiano* verteidigte. Dossetti mahnte bei einem Eintritt in die NATO die Berücksichtigung der „italienischen strategischen Situation“ an. Man müsse mindestens eine unilaterale Garantie erhalten. Ein Beitritt würde das Risiko Italiens nicht vermindern. Schlussendlich wurde gegen die Stimme Dossettis die Einladung Italiens als wichtiger Erfolg der Regierung, als „fundamentales historisches Fak-

<sup>493</sup> ALS, Fondo Giovanni Gronchi. Sc. 114, fasc. 889. sottofasc. 1.

<sup>494</sup> Verballi Consiglio 1948-1953. Bd. 1. S. 322 ff. Auf der Sitzung am 29.11.1948 kam es anlässlich der Beratung zur Außenpolitik auch zu einer Auseinandersetzung zwischen Saragat und De Gasperi über Verhandlungen über einen möglichen Beitritt Italiens zum Brüsseler Pakt. Auch innerhalb der DC kam es zu harten Auseinandersetzungen zwischen Gronchi, Rapelli und der Parteileitung unter Piccioni über den inhaltlichen Kurs unter De Gasperi. Siehe Malgeri, Francesco: De Gasperi e l'età del centrismo (1948-1954), in: Storia della Democrazia cristiana (a cura di Francesco Malgeri). 2. Band. 1948-1954 – De Gasperi e l'età del Centrismo. Rom 1987. S. 3-249. Hier: S. 60-64.

<sup>495</sup> Capperucci, La sinistra democristiana. S. 79.

tum“ für die Aufnahme Italiens in die internationale Gemeinschaft, „im Interesse der *civiltà*, der Demokratie und des Friedens“ begrüßt. Dossettis Anliegen, den Beitritt Italiens innerhalb der Partei diskutieren zu lassen, war abgelehnt.<sup>496</sup>

De Gasperi boxte die Teilnahme an den Verhandlungen im Schnellverfahren durch. Am 8.3.49 war Italien offiziell zu den Verhandlungen der NATO eingeladen worden und bereits am 18.3. stimmte die *Camera* für die Annahme, wobei De Gasperi im Kabinett der Diskussion mit zwei Bemerkungen ein Ende bereitete. Erstens sollten nur dann Verhandlungen aufgenommen werden, wenn eine Zurückweisung durch die anderen Staaten ausgeschlossen schien. Zweitens betonte er, dass jede Position der Neutralität eine Hinwendung zum Osten bedeute.<sup>497</sup> Mit seinem schnellen Vorpreschen wollte De Gasperi innerparteiliche und innerkoalitionäre Diskussionen vermeiden. So wurde dessen angestrebte Bündnis- und Verteidigungspolitik vor allem in den *Cronache Sociali* angegriffen.<sup>498</sup> Bedeutende Persönlichkeiten der linken Strömung der *Cronache Sociali* waren der spätere Florentiner Bürgermeister La Pira, Fanfani, Lanzati und Dossetti. Auch wenn die *Cronache Sociali* föderalistische Thesen für die Kritik am Nationalstaat übernahmen, lehnten sie Kernpunkte der Politik De Gasperis mit ihren neutralistischen, anti-kapitalistischen Thesen sowie mit ihrer Ablehnung des Beitritts zum Atlantikpakt ab.<sup>499</sup> Dies unterschied sie insbesondere von einer dritten Strömung auf der Linken der DC, der De Gasperi treuen Gewerkschaft unter Pastore, der sich in der neuen katholischen Gewerkschaft CISL an die Spitze setzen konnte.<sup>500</sup>

Obwohl sich Dossetti immer wieder kritisch zur PSLI äußerte, schrieben zahlreiche Vertreter der PSLI oder ihr nahe stehende Persönlichkeiten in den *Cronache Sociali* und prägten somit auch ihren außenpolitischen und europäischen Teil.<sup>501</sup>

So sprach sich Eugenio Minoli Ende 1948 für eine neutrale Außenpolitik aus. Dabei sprach er sich aus unterschiedlichen Gründen gegen eine militärische Festlegung und für eine europäische Alternative aus. Man solle mit den anderen europäischen Staaten, die wie zum Beispiel Frankreich ebenfalls ein Interesse an einem neutralen Status haben könnten, die Verbindung suchen, um eine „politisch-ökonomische Entität“ auf dem europäischen Kontinent zu schaffen, die stark genug sei, unabhängig von den beiden Blöcken zu sein.

<sup>496</sup> Vorstandsprotokolle der DC. In: ALS, Fondo DC. Direzione Nazionale. Sch. 4, Fasc. 39. Berichtsbuch vom Januar 49 bis zum Mai 1949. Bericht vom 10.3. S.15-18, sowie vom 11.3. S. 9-11.

<sup>497</sup> Verballi Consiglio 1948-53. Bd. 1. S. 494. Ebenso Lorenzini, introduzione. S. 2145 f.

<sup>498</sup> Zur innerparteilichen Auseinandersetzung siehe besonders Scoppola, Pietro: *La repubblica dei partiti. Profilo storico della democrazia in Italia (1945-1990)*. Bologna 1991. S. 229 sowie Formigoni, *l'alleanza occidentale*. S. 287-353.

<sup>499</sup> Preda, De Gasperi. S. 437. Dossetti hatte ebenso schon Ende 1946 versucht, Piccioni vom Amt des Parteisekretärs zu stürzen. Siehe: Baget-Bozzo, Gianni: *Il partito cristiano al potere: la DC di De Gasperi e di Dossetti: 1945-1954*. Florenz 1974. S. 135 f. Die Bezeichnung „DC De Gasperis und Dossettis“ unterstreicht die wichtige Rolle Dossettis einmal mehr.

<sup>500</sup> Siehe Violi, Roberto P.: *Democrazia cristiana e sindacato: dal Patto di Roma all'autonomia*, in: Malgeri, *l'età del centrismo*. S. 339-381. Hier S. 354 f.

<sup>501</sup> Dossetti, Giuseppe: "Il Partito Socialista dei Lavoratori Italiani", in: *Cronache Sociali* 2 (1947), der Artikel ist abgedruckt in: Glisenti, Marcella und Elia, Leopoldo (Hg.): *Cronache sociali*. Rom 1961. S. 750-754. Im Jahr 1949 schrieben mit Roberto Tremelloni, Basileo Cialdea, Paolo Vittorelli und Ernesto Rossi mehrere Sozialisten/Sozialdemokraten in den *Cronache Sociali*. Siehe die Inhaltsverzeichnisse der *Cronache Sociali*, in Glisenti, *Cronache sociali*. S. 1209. Zum Vorwurf Dossettis an die PSLI vom Jahreswechsel 48/49, weder über geeignetes Personal noch über ein Programm zu verfügen und die Antwort Calossos in der *L'Umanità* siehe: Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 231

Dabei könnten auch die Spanier oder Staaten aus Lateinamerika einbezogen werden. Wenn ein neutrales Europa stark genug sei, würden die Streitenden wahrscheinlich einen anderen Schauplatz der Auseinandersetzung als das „alte Europa“ suchen. Eine strikte westliche Einbindung mit Deutschland und dessen Probleme mit dem Osten gefährdeten hingegen den Frieden. Natürlich wisse auch er, dass Italien wirtschaftlich von den USA abhängt und dass ohne deren Zustimmung eine neutrale Politik nicht möglich sei. Aber man müsse versuchen, eine friedliche und neutrale Politik zwischen den Gegnern zu treiben.<sup>502</sup>

Dossetti kritisierte in einem Artikel anlässlich der Diskussion Ende 1948 in der *Camera* den angestrebten italienischen Beitritt zur NATO, betonte aber die positiven Folgen einer italienischen Außenpolitik, die sich für eine europäische Kooperation einsetzen würde. Dabei galt seine Hauptkritik vor allem der Vorwegnahme der Entscheidung des Beitritts zur NATO, ohne das Parlament oder gar die Bevölkerung in den entscheidenden Prozess einzu beziehen.

Die Vorschläge der Europäischen Bewegungen beurteilte Dossetti als „eher unpassend und nicht zweckmäßig“. Sowohl die Herausforderungen durch einen Isolationismus als auch auf die Anschuldigungen der Opposition bezüglich der Teilnahme an politischen und militärischen Blöcken zu reagieren, die sicherlich Europa nicht einigen, sondern spalten würden, ließen sich hiermit nicht bewältigen. Dossetti kritisierte sowohl Nenni als auch Taviani für ihre Positionen bei der Diskussion in der *Camera* vom November/Dezember 1948. Ersterer habe zu nationalistisch argumentiert und trete keineswegs mehr für die Neutralität ein, während zweiter schematisch dem Antikommunismus rede und außenpolitisch eine Eingliederung in den Atlantikpakt fordere. Mit seiner vereinfachenden Rhetorik könne man aber keine ausgewogene Beratung der Außenpolitik Italiens erreichen.

Der christdemokratische Redner habe immer wieder rigide auf die Belligerenz des internationalen und italienischen Gegners hingewiesen, erwähne aber „gewisse kapitalistische Gruppen“ in und außerhalb Italiens nicht, die einen Präventivkrieg gegen den Weltkommunismus anstrebten. Nicht ein Wort habe dieser über die Gefahren verloren, die sich durch die einseitige Bindung an einen Block ergeben könnten und die damit auch nicht für den Frieden dienlich seien. Dies wiederum hätten die sozialdemokratischen Redner Mondolfo, Calosso und Zagari, getan. Diese hätten auf eine europäische Union abgehoben, ohne jedoch konkret zu werden und damit kaum eine Alternative zu geben. Mondolfo und Zagari hätten den Brüsseler Pakt und die NATO abgelehnt. Die PSLI habe bisher aber noch keinen geeigneten und konstruktiven Vorschlag für die Außenpolitik der Regierung vorgebracht, ebenso wie sie in der Innenpolitik noch keine eigene Linie gefunden hätten.<sup>503</sup>

Dossetti kritisierte fleißig alle politischen Richtungen für ihre Außenpolitik und warf ihnen Konzeptionslosigkeit vor, ohne selbst geeignete Vorschläge zu machen. Noch schärfer formulierten die Autoren der Zeitschrift ihre ambivalente, ja im Grunde ablehnende Haltung gegenüber dem Beitritt zur NATO im Jahr 1949. Schon Ende 1948 warnte Achille Ar-

---

<sup>502</sup> Minoli, Eugenio: "Può l'Italia fare una politica neutrale?", in: *Cronache Sociali* 17 (1948), ebenfalls in Glisenti, *Cronache sociali*. S. 254-258.

<sup>503</sup> Dossetti, Giuseppe: "Unità della politica: connessioni fra la politica interna e la politica estera italiana", in: *Cronache Sociali* 23/24 (1948). In: Glisenti, *Cronache sociali*. S.299-308.

digò von der Möglichkeit, dass der NATO-Vertrag in den USA von unterschiedlichen Gruppen auch für kriegerische Zwecke instrumentalisiert werden könne.<sup>504</sup>

Aldo Carosci, Direktor der Zeitschrift *Italia Socialista*, erläuterte ebenfalls im Frühjahr 49 die Probleme, die aus dem Beitritt Italiens zum Atlantikpakt entstehen würden. So sei das Land tief gespalten, denn die Opposition habe den Atlantikpakt mit einer erhöhten Kriegsgefahr gleichgesetzt, was auch nicht politisierte Schichten ansprechen würde. Damit sei die Bürgerkriegsgefahr in Italien und die Gefahr politischer Streiks gestiegen. Darüber hinaus sei die politische Kultur durch die Zuspitzung auf ein Thema nun vergiftet.

Letztendlich könne man sich aber von der Frage des Totalitarismus und der Frage des Atlantikpaktes nicht lösen, sondern sie müsse sich in Zukunft mit der vorgefundenen Situation auseinandersetzen und Lösungen für „Italien und Europa“ finden. So solle man ein „kleines, technisches Heer“ aufbauen oder ein geeintes Europa vorantreiben. Der atlantische Pakt müsse von innen langsam verändert und mit Leben gefüllt werden.<sup>505</sup> Eine gemeinsame europäische Position wurde also als Korrektiv aufgefasst.<sup>506</sup>

Vittorelli, der später in der PSU Romitas aktiv werden sollte, äußerte sich in mehreren Artikeln über den europäischen Sozialismus als Notwendigkeit für ein geeintes Europa. Die *Labour Party* war dabei Fixpunkt für eine soziale Strukturpolitik, die dem *Mezzogiorno* helfen könne. Die Zusammenarbeit des europäischen Sozialismus sei notwendig, wenn dieser gegen die beiden „modernen Religionen“, den „amerikanischen Kapitalismus“ und den „russischen Kommunismus“, bestehen wolle. Dies sei aber nicht nur eine politische oder wirtschaftliche Frage, sondern darüber hinaus eine Frage der geistigen Orientierung. Es handele sich um die Aufgabe, in Europa das eigene Menschenbild zu verteidigen, das von dem kommunistischen Totalitarismus negiert werde. Es gelte, ein Europa zu schaffen, in dem verschiedene Kulturen leben könnten, nicht ein standardisiertes Europa, aber ein durch das Christentum, den Liberalismus und den Sozialismus geprägtes. Diese Sichtweisen seien weder in Amerika noch in Russland original erhalten geblieben. Die „europäische Kultur“ könne somit „die imperialistische Dialektik überwinden“, die von der neuen, modernen europäischen Zivilisation in den „Religionskriegen“ überwunden worden sei. Der Sozialismus sei zwingend mit den europäischen Gesellschaften verbunden. Neben der Etablierung der europäischen Kultur erhoffte sich Vittorelli, durch ein geeintes Europa mehr Wohlstand generieren zu können und somit den unterentwickelten Gebieten inner- und außerhalb Europas zu helfen. Der europäische Sozialismus sei damit untrennbar mit dem Schicksal Europas verbunden.<sup>507</sup> Vittorelli formulierte ein europäisches sozialistisches Menschenbild und setzt die Schaffung eines geeinten Europas mit dem Fortbestehen des Sozialismus

<sup>504</sup> Ardigò, Achille: "Il Patto Atlantico come strumento bivalente di progresso o di conservazione, di pace o di guerra", in: *Cronache Sociali* 6 (1949), auch in: Glisenti, *Cronache sociali*. S. 393-399. Siehe auch: Ardigò, Achille: "Perché il Patto Atlantico non basta per salvare l'Europa", in: *Cronache Sociali* 2 (1949).

<sup>505</sup> Carosci, Aldo: *Patto Atlantico e problemi della società italiana*, in: *Cronache Sociali* 7(1949). Auch in: Glisenti, *Cronache sociali*. S. 400-404.

<sup>506</sup> Vgl. hierzu Capperucci, *La sinistra democristiana*. S. 83 f. Sie spricht von einem *atlantismo relativo*.

<sup>507</sup> Siehe die Artikel Vittorelli, Paolo: "La politica estera del socialismo europeo (I)", in: *Cronache Sociali* 4/5 (1949) und Vittorelli, Paolo: "Perché il socialismo ha bisogno di un'Europa unita", in: *Cronache Sociali* 21 (1949), beide auch vorhanden in Glisenti, *Cronache sociali*. Erster Artikel S. 365-392, zweiter Artikel S. 537-540.

gleich. Dies hatten seiner Meinung nach die nordeuropäischen Parteien, vor allem *british labour*, zu erkennen.

De Gasperi und seine Mitstreiter wehrten sich gegen die Vorwürfe von innerhalb der DC, der PSLI sowie von der extremen Linken bezüglich einer negativen Verbindung der NATO mit der europäischen Einigung. Dennoch nutzte er die Parole eines freien und geeinten Europas für die Durchsetzung der NATO.<sup>508</sup> So führte Benvenuti aus, dass man weder die europäische gegen die atlantische noch umgekehrt die atlantische gegen die europäische Politik ausspielen könne. Diese Sichtweise wurde in der DC gestärkt, als Mitte Juni 1949 bei der Neubesetzung des Sekretariats mit Taviani ein enger Mitarbeiter De Gasperis Cappi nachfolgte.<sup>509</sup> Gleichzeitig versuchten die Regierung und die DC-Führung sich die Unterstützung des Vatikans für die NATO sichern. Pius hatte in seiner Weihnachtsansprache 1948 die Selbstverteidigung zu einer christlichen Pflicht erhoben. Demnach sei der „christliche Friedenswille [...] Stärke, nicht Schwäche oder willenslose Resignation. [...] Ein Volk, das bedroht oder schon Opfer einer ungerechten Aggression geworden ist, kann nicht in passiver Gleichgültigkeit verharren, wenn es im christlichen Sinne denken und handeln will; und noch mehr verbietet es die Solidarität der Völkerfamilie den anderen, sich als einfache Zuschauer auf eine Position teilnahmsloser Neutralität zurückzuziehen.“<sup>510</sup>

Die Beratungen des Beitrittes zur NATO wurden somit auf unterschiedlichen Ebenen vorbereitet. Italien war zwar Gründungsmitglied, aber an den Verhandlungen zum Statut aufgrund britischer Einwände nicht beteiligt.<sup>511</sup> In unterschiedlichen Artikeln war im Frühjahr ein Konnex zwischen *europesimo* und *atlantismo* beschrieben worden. Gleichzeitig betonte De Gasperi die politische und wirtschaftliche Dimension der NATO.<sup>512</sup> Sie wurde in Italien von der DC „europäisiert“. Ähnlich argumentierte Saragat im *Consiglio direttivo* der PSLI Anfang März 1949. Italien sollte seine Beziehungen zu den „großen westlichen Demokratien“ stärken, um die eigene Demokratie und die eigene Sicherheit zu stärken,<sup>513</sup> und insbesondere mit dem Beitritt zur NATO die Freundschaft mit den USA weiter ausbauen.<sup>514</sup> Saragat befand sich damit auf einer Linie mit Sforza und De Gasperi, doch ein

<sup>508</sup> Vgl. auch di Nolfo, Ennio: "Das Problem der europäischen Einigung als ein Aspekt der italienischen Außenpolitik 1945-1954", in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 28 (1980). S. 145-167. Hier: S. 158 ff.

<sup>509</sup> Preda, De Gasperi. S. 441.

<sup>510</sup> Di Nolfo, Italien und der Vatikan. S. 201-206. Zitat: S. 205. Noch Mitte 1948 hatte Dalla Torre im *Osservatore Romano* die westliche Verteidigungsstrategie als „*si vis pacem para bellum*“ kritisiert und diesem die „*si vis pacem para pacem*“ entgegeng gehalten. Ebd. S. 202.

<sup>511</sup> Varsori, Cenerentola. S. 64.

<sup>512</sup> Preda, De Gasperi. S. 447-452. Der Konnex zwischen dem Atlantikpakt einerseits und der „Europäisierung“ desselben wird auch an den Stichworten der Rede Cappis für den Kongress der DC 1949 deutlich. Hier wird nach einer der Interpretation des Wahlausgangs von 1948 im Abschnitt der „Aktivitäten der Partei und der Regierung“ seit dem April 48 als Ziel genannt: *a) ordine pubblico b) sicurezza esterna – Patto Atlantico – Unione europea. Il Partito, in conformità al proprio programma di conciliazione e di pace, favorisce i tentativi diretti a creare sempre più stretti rapporti in ogni campo fra le Nazioni. Comunità internazionale. c) Avvio al risanamento finanziario. Politica economica. Pianificazione, iniziativa privata, loro rapporti. Difesa della lira e disciplina dei prezzi.*“ In: ALS. Fondo DC, Segreteria politica. Sch. 5, Affari diversi. Fasc. 4.

<sup>513</sup> Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 301.

<sup>514</sup> Fornaro, Saragat. S. 203 f.

Teil seiner Partei folgte ihm nicht. Europa wurde im kommenden Jahr, bis zur Verkündung des Schumanplans, kaum noch in der sozialdemokratischen Presse erwähnt.<sup>515</sup> Für Modolfo kam die Einbindung in eine militärische Allianz zur Verteidigung Europas zu früh. Demnach kompromittiere die Verbindung des Europäismus mit dem Atlantismus die europäische „Föderation“. Für die Abstimmung gab es in der PSLI beziehungsweise *Unità Socialista* keinen „Fraktionszwang“. Die Abgeordneten stimmten unterschiedlich ab.<sup>516</sup> Die Spannungen in der Partei selbst wurden damit jedoch nicht weniger. Nach Cialdea wurden durch den Nordatlantikpakt „Semi-Zonen wie Jugoslawien und Finnland“ bedroht. Saragat beschrieb hingegen ein unbewaffnetes Europa als „Niemandland“, das direkt unter sowjetischen Einfluss geraten könne.<sup>517</sup>

Die ostblockfreundlichen Bewegungen im Westen reagierten auf die NATO mit der Gründung der Organisation der *Partigiani della Pace* in Paris, in der die PSI und vor allem Nenni als Vizepräsident sehr aktiv waren.<sup>518</sup> Nenni blieb in den kommenden Jahren ein Verfechter der sowjetischen Linie, so dass er im Oktober 1949 den Ausschluss der jugoslawischen Delegation mit der Begründung mitrug, wonach Jugoslawien ein Teil des „amerikanischen Spiels der Provokation“ geworden sei.<sup>519</sup> Bereits die Resolution eines Vortreffens von Intellektuellen in Breslau im August 48 machten die Haltung der *Partigiani della Pace* deutlich. Hier war vom „Kosmopolitismus“ der nationalen Kriegstreiber zwischen 1914 und 1938 die Rede, der die „Gefühle der Bevölkerungen mit überstaatlichen Regierungen vernebele“. Er versuche mit „einer neuen europäischen Ordnung“ und dem Marshallplan, die nationale Souveränität zu beschneiden und damit der amerikanischen kulturellen Vorherrschaft Vorschub zu leisten.<sup>520</sup> Die *Partigiani della Pace* und hiermit die PSI waren somit eng in die antiwestliche und filosowjetische Propaganda eingebunden.

Bei der Gründung der *Partigiani della Pace* hatte Romita die Partei bereits verlassen. Nach der Veröffentlichung eines „Dokument[s] für die sozialistische Vereinigung“ im Herbst 48 wurden seine Rechte für sechs Monate suspendiert, die er jedoch kurz vor dem 28. Parteitag in Florenz im Mai 49 zurückerhielt. Er forderte wie das Exekutivkomitee der COMISCO die PSI auf, sich von der kommunistischen Partei abzuwenden, was der Sekretär der PSI, Jacometti, brüsk zurückwies.<sup>521</sup> Die PSI verschärfte stattdessen ihren Kampf gegen die NATO und dem der Regierung vorgeworfenen Verrat italienischer Interessen, wobei

<sup>515</sup> Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 303 ff.

<sup>516</sup> Fornaro, Saragat. S. 204. Besonders Anmerkung 81.

<sup>517</sup> Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 301 ff.

<sup>518</sup> Preda, De Gasperi. S. 461. Anmerkung 78. Siehe hierzu ebenfalls, jedoch mit eindeutigem Einschlag: Giacomini, Ruggero: *I partigiani della pace: il movimento pacifista in Italia e nel mondo negli anni della prima guerra fredda*. Mailand 1984. Landolfi, Antonio: "Nenni e i partigiani della pace", in: Benzoni (Hg.), *La dimensione internazionale*. S. 203-209. Hier: S. 206 f. Venerio Cattani bezeichnet die Teilnahme der PSI an den *Partigiani della Pace* gar als den „*punto più basso*“ der Außenpolitik der PSI. Cattani, Venerio: *Italiana delegatja*. In: Benzoni, *La dimensione internazionale*. S. 210-215. Hier: S. 210. Siehe ebenso als neuere Veröffentlichung Petrangeli, Giulio: "Partigiani della Pace in Italia: 1948-1953", in: *Italia Contemporanea* 32 (1999). S. 667-692.

<sup>519</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 250.

<sup>520</sup> Giacomini, *I partigiani*. S. 30 ff. Die Schrift von Giacomini ist selbst mit Vorsicht zu betrachten. So sind ein Teil der oben aufgeführten Zitate seine eigenen Zitate. Er selbst spricht von der Vernebelung der Völker. Ebd.

<sup>521</sup> Pedone, *Congressi*. S. 246 f.

„eine Aktion des Volkes“ gegen die Ratifikation durch das Parlament hingewiesen wurde.<sup>522</sup> Wieder einmal zeigte sich, dass die PSI parlamentarische Beschlüsse aufgrund ihres revolutionären Impetus zumindest verbal nicht akzeptieren konnte. Auf dem Parteitag, der unter dem Motto *No alla guerra* stattfand, waren die westeuropäischen Parteien nun nicht mehr durch Gäste vertreten.<sup>523</sup>

Luzzato warnte für die Linke vor dem Imperialismus, der in den einzelnen Ländern bekämpft werden müsse. Man könne kein Vertrauen in die „vermittelnden Aktionen der COMISCO“ haben, die „wie der Marshallplan, die Europäische Union und dem Europarat, eine reines Instrument der westlichen Politik“ sei. Somit empfahl die Linke den Austritt aus der COMISCO, während De Martino des mittleren *corrente* der Linken vorwarf, dass Teile von ihnen falsche Sozialisten seien. Dennoch enthalte auch die COMISCO Parteien, die nur ein sozialistisches Etikett tragen und stattdessen eine Kolonialpolitik und eine antisowjetische Politik betreiben würden. Es sei klar, dass das „Proletariat in Italien und in den europäischen Ländern“ durch die „allgemeine Politik, die die Länder des Sozialismus und der Volksdemokratie“ leite, unterstützt werden müsse. Die gesamte Politik in Europa müsse sich hieran messen lassen. Scaramuzzi sprach sich hingegen für die weitere Mitarbeit in der COMISCO aus, damit nach der Gründung der NATO Einflussmöglichkeiten erhalten blieben und man sich nur so gegen jedwede Unterordnung unter die Interessen anderer Macht wenden könne. Man bleibe dem Sozialismus nicht für die Sowjetunion, sondern für die italienischen Arbeiter treu. An der eigenen sozialistischen Gesinnung gebe es keinen Zweifel, an der Parteizugehörigkeit schon, wobei dies von der Mehrheit abhängen.<sup>524</sup>

Die Positionen, die in den Redebeiträgen und Anträgen deutlich wurden, schwankten zwischen Treueschwüren zur Sowjetunion und geforderter Autonomie. Die Politik einer dritten Kraft lehnte die Mehrheit nun ab. So sprach Pieraccini, der den Antrag *Per il Partito e per la Classe* vertrat, der Sowjetunion jede kriegerische Absicht ab und forderte für die PSI, dass sie unabhängig von Kommunisten und Sozialdemokraten sein müsse und schlussendlich an der Spitze die Avantgarde der Arbeiterklasse stehe.<sup>525</sup>

Am 14.5 verlas der Sitzungspräsident Pasquale „unter den Pfiffen der großen Mehrheit der Anwesenden“ die Aufforderung der COMISCO, wonach sich die sozialistischen Parteien in Italien (PSI, PSLI, Ignazio Silone mit seiner *Unione dei Socialisti*) wiedervereinigen, den Aktionspakt mit den Kommunisten aufgeben und in die sozialistische Familie zurückkehren sollten. Alle verantwortlichen Kräfte des italienischen Sozialismus sollten sich ihrer Unabhängigkeit bewusst werden und sich für die Demokratie und den Frieden von allen Verbindungen zur Kominform befreien. In der von Jacometti verlesenen Antwort des Vorstands bekannte er sich zu dem Aktionspakt mit den Kommunisten, wobei man die große Mehrheit der Partei hinter sich habe.<sup>526</sup>

Dem widersprach Romita. Während er innenpolitisch eine Öffnung der Partei hin zur kleinen Bourgeoisie forderte, da man sonst nicht mehrheitsfähig sei, forderte er in der COMISCO zu bleiben. Hier werde noch diskutiert, während man in der Kominform nur

---

<sup>522</sup> Vgl. Scirocco, *Politique d'abord*. S. 56 ff. Zum Kongress von Florenz und zur parlamentarischen Debatte der NATO: Ebd. S. 63-71.

<sup>523</sup> Pedone, *Congressi*. S. 250 f.

<sup>524</sup> Pedone, *Congressi*. S. 256 ff.

<sup>525</sup> Pedone, *Congressi*. S. 259 f.

<sup>526</sup> Pedone, *Congressi*. S. 267 f.

gehörchen müsse. Durch die Arbeit in der COMISCO müsse man verhindern, dass der Atlantikpakt ein „Instrument des Krieges werde“.<sup>527</sup> Nenni sah hingegen europaweit die „reformerische Rechte und Sozialdemokratie“ als Pseudo-Linke. Sie gebe der Reaktion nach und stütze damit den Atlantikpakt, der auf einer Stufe mit dem Münchener Abkommen zu sehen sei. Die Oppositionspolitik gegen den Atlantikpakt müsse in eine Volksbewegung übertragen werden, um auch intern die Demokratie und die Gewerkschaften zu verteidigen. Der 18.4 habe die Einschätzung Gramscis und Gobettis bestätigt, wonach sich die reaktionäre Bewegung immer auf die katholische Kirche stützen könne. In der Außenpolitik brauche man Neutralität, die nicht verwechselt werden dürfe mit „einem ideologischen und politischen Neutralismus und mit der hypokratischen These der Äquidistanz“. Dieser müsse hingegen eine „Plattform des Kampfes gegen den Imperialismus, in seiner positiven Form des Kampfes gegen den Atlantikpakt“ sein, in der Innenpolitik gegen „die klerikal-konservative Regierung und seine sozialdemokratischen Alliierten“, die Nenni als „die gefährlichsten Gegner der Arbeiterklasse“ bezeichnete.<sup>528</sup>

Der Antrag der *Sinistra* spitzte dies noch weiter im klassenkämpferischen Duktus zu: Hier wurden „klerikale Zirkel“, eine „rechte europäische Sozialdemokratie“, „Überreste des Nazi-Faschismus“, „Magnaten der Kriegsindustrie und Abenteurer jeden Schlages“, die eine gemeinsame weltweite Partei des dritten Krieges darstellen würden, konstatiert, angeführt von Truman als „neuen Wächter der Ordnung“, Churchill als dessen Propheten, ausgestattet mit den „geistigen Waffen“ des Vatikans. „Trumandoktrin, Marshallplan, OEEC, Brüsseler Pakt, Atlantikpakt beschreiben die Etappen und sind die offensiven Instrumente der Heiligen Allianz des zwanzigsten Jahrhunderts, unversöhnlicher Feind der sozialistischen Revolution wie es die Heilige Allianz im 19. Jahrhundert gegen die liberale Revolution gewesen ist.“ Die Teilnahme Italiens an dieser Heiligen Allianz, beschlossen durch die „klerikal-konservative Regierung“, sei Verrat an den nationalen Interessen, an den Idealen der *Resistenza* und der Befreiung und setze die Nation den Gefahren eines Dritten Weltkrieges aus. Die Europäische Integration war demnach Teil dieser Politik.<sup>529</sup>

Ähnlich argumentierte der Antrag *Per il Partito e per la Classe*. Demnach führte ein konservativer Block unter der Führung der USA und des Vatikans unter der falschen Fahne des „Kreuzzugs für die *civiltà*“ einen Kampf gegen die Sowjetunion.<sup>530</sup> Folglich müsse man sich gegen die NATO wenden, eine neutrale Politik verfolgen und die Unabhängigkeit des Landes sicherstellen. Der Atlantikpakt sei die logische Folge einer Entwicklung und die Komplettierung einer falschen europäistischen Politik. „Die Programme der so genannten europäischen Kooperation versuchen Europa unter dem Signum der sozialen Konservierung zu organisieren.“ Die OEEC und die anderen Verträge würden Europa teilen. Die These der Neutralität erscheine heute als einzige Alternative. Die Sozialisten kämpften für die Erneuerung des Landes und damit für das internationale Proletariat, weil die Interessen des Friedens immer mit dem Sozialismus zusammenfallen würden. Die italienische Neutralität könne aber nicht mit einer dritten Kraft verwechselt werden, denn diese sei nicht von den beiden anderen sich im Kampf befindenden Blöcken unterscheiden. Man müsse national für die Entspannung kämpfen, die auf die internationale Ebene zurückwirke. Während die So-

<sup>527</sup> Pedone, Congressi. S. 268 f.

<sup>528</sup> Pedone, Congressi. S. 270 f.

<sup>529</sup> Pedone, Congressi. S. 272-275.

<sup>530</sup> Pedone, Congressi. S. 277 ff.



zialdemokraten und die COMISCO die Solidarität der Arbeiter gegen die westliche Solidarität eingetauscht hätten, versuche die PSI mit den anderen Parteien die Unterdrückung in den verschiedenen Ländern zu bekämpfen und in Europa die Grundlage für einen neuen weltweiten Sozialismus zu schaffen.<sup>531</sup>

Die Gruppe um Romita sah hingegen in der Anlehnung an die Kommunisten den Grund für eine zunehmende Marginalisierung der Sozialisten im linken Lager. Auch die Kommunisten seien Vertreter der Arbeiterklasse, die aber die Interessen Russlands in den Vordergrund stellten, was mit den internationalen Interessen der Arbeiter nicht identisch sei. Eine zu enge kommunistische Verbindung würde zu einer Blockpolitik führen, während doch eine sozialistische Politik schon per definitionem international sei und nicht an in militärischen Blöcken orientiert sein müsse.<sup>532</sup> Stattdessen müsse die sozialistische Partei die Kontakte zu den anderen sozialistischen Parteien verstärken und innerhalb der COMISCO auf die Oppositionsrolle in den einzelnen Staaten hinweisen - insbesondere dann, wenn diese Parteien sich nicht von den internationalen Prinzipien des Sozialismus leiten lassen würden.<sup>533</sup> Dieser Antrag repräsentierte längst nur noch eine Minderheit. Am 16. Mai 1949 kam es um Romita zu einer weiteren Abspaltung von der PSI. Innerhalb der anderen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien kam es zu einigen Wechseln untereinander, so dass am Ende 1949 im Grunde die PSLI und der *Partito Socialista Unitario* (PSU) übrig blieben. Die PSU vereinigte sich 1951 mit der PSLI.<sup>534</sup> Die PSI ging geschwächt, nun aber innerlich geeint aus den Abspaltungen hervor.<sup>535</sup>

Die neue linke Führung der PSI modifizierte ihre Neutralismus-Vorstellung. Nach Nenni musste Italien eine Funktion des Gleichgewichts im Kampf gegen den Imperialismus übernehmen, der zugleich ein Kampf für den Frieden sei. Der Europarat wiederum sei Ausdruck des Imperialismus. Er sei die „fortschrittliche, idealistische Maske“, die zwei brutale Realitäten überdecken sollte: erstens die wirtschaftlichen Ansprüche des Imperialismus, den das „amerikanische Kapital“ über Europa ausübe und zweitens die „Politik des westlichen Blockes in antisowjetischer Funktion“.<sup>536</sup> Damit aber begaben sich die Sozialisten eindeutig in das Fahrwasser der Kommunisten und betrieben damit selbst eine „Blockpolitik“. Die Diskussion um die NATO hatte endgültig dazu geführt, dass auch der europäische Föderalismus von der PSI abgelehnt wurde. Stimmen wie die Agnolettis, der im Dezember 1948 alle demokratischen Kräfte und explizit die Sozialisten aufgerufen hatte, für eine Neutralität auf europäischer Ebene einzutreten, wurden verdrängt. Die Exponenten der PSI brandmarkten den Föderalismus als Utopie, als Ablenkmanöver für andere Ziele, als einen „Kindergarten der föderalistischen Illusionen“ zugunsten des Atlantismus. Dies sollte auf lange Sicht zu einer Gegnerschaft der Föderalisten und der italienischen Sozialisten führen. Die einen sahen die Partei nicht als geeigneten Partner für ihren Kampf

---

<sup>531</sup> Pedone, Congressi. S. 281-283.

<sup>532</sup> Pedone, Congressi. S. 284 f.

<sup>533</sup> Pedone, Congressi. S. 285 f.

<sup>534</sup> Pedone, Congressi. S. 290. Zum Kongress der PSLI im Juni 49 siehe Avverardi, i socialisti democratici. S. 93 ff. Ebenso Fornaro, Saragat. S. 206 f.

<sup>535</sup> So stellte Morandi die Einheit der Partei im Jahr 1950 fest, die durch die Arbeit des linken *corrente* erreicht worden sei. Scirocco, Politique d'abord. S. 69 f.

<sup>536</sup> Ardia, Il rifiuto della potenza. S. 275 f. Zitat S. 276.

für Europa an, die anderen verorteten die Europäische Bewegung als „Verräter“ in den Umkreis der DC und einem konservativen Europa.<sup>537</sup>

So stritt Ignazio Silone in der Gruppe um Romita für den *Socialismo democratico e unità europea*. Die Sozialdemokratie sei nach den unheilvollen Bestrebungen wie die Hitlers für eine europäische Einigung eine politische Richtung von vielen, die für die europäische Einigung kämpfen würden, wobei die Richtungen das Ergebnis der so reichen europäischen Geschichte seien. Europa habe das „romanische, hellenistische, christliche, liberale Erbe“ zu verteidigen und gerade diese Vielfalt schütze Europa vor dem Kommunismus. Der Einheitsgedanke sei untrennbar mit dem Kampf für die Freiheit und den Frieden in der Welt verbunden, was sich schon beim Kampf gegen *l'unità europea patrocinata dal nazional-socialismo tedesco* gezeigt habe. Die „Vereinigten Staaten von Europa“ müssten auf „weltweiter Ebene“ eine „autonome ‚dritte Kraft‘“ sein, die sich für den Frieden, den Wohlstand für die Massen und die Demokratie einsetze. Dies zu erfüllen sei Aufgabe der Sozialdemokraten.<sup>538</sup>

Wie Silone betonte auch De Gasperis den Kampf gegen beide politischen Extreme, die neben dem Kampf gegen einen übersteigerten Nationalismus als Hauptargument für eine europäische Einheit, für ein „neues Europa“ ausgemacht wurde. Dieses sei keine „Utopie“ sondern „begründete Hoffnung und [...] eine Notwendigkeit wenn man den Frieden bewahren will.“ Anders als Silone sah De Gasperi Europa nun aber untrennbar mit der NATO verbunden, wobei er die Mitgliedschaft im „Sicherheitspakt mit den freien und fortgeschrittenen Völkern“ in einer Linie mit dem Wahlsieg vom 18.4.48 in Italien und der „Union mit Frankreich zur europäischen Union“ sah. Dies sei „die Politik des Wiederaufbaus und der internationalen Union, Union und Konzentration, die vor allem durch den Bolschewismus und der Solidarität der nicht demokratischen Sozialisten mit dem russischen Bolschewismus bedroht ist.“<sup>539</sup> De Gasperi spitzte die außenpolitische Orientierung auf die Frage zu, wer für den Krieg und wer für den von der NATO garantierten Frieden sei. Es ginge nun darum, die eigene Kultur zu verteidigen und nicht, wie von dem Gegner behauptet, fremden Mächten zu dienen, sondern einzig um die Bewahrung des Friedens.<sup>540</sup> De Gasperi gelang es dabei, den inneren Frieden in der Partei auf dem Parteitag von Venedig zu bewahren.<sup>541</sup>

Wie von Schuman schon angedeutet war Italien im Frühjahr 1949 zur Mitarbeit im Euro-parat eingeladen worden. Die Vorarbeiten, die von den Staaten des Brüsseler Paktes geleistet worden waren, führten im Mai 1949 zur gemeinsam mit Italien erfolgten Gründung des Europarates. Für De Gasperi war er Teil seiner Politik zur Schaffung eines internationalen Systems des Friedens und der Sicherheit. Die Gründung des Europarates mit seinem Ministerrat und vor allem der Beratenden Parlamentarischen Versammlung lösten bei den italienischen Föderalisten unter der Führung der nicht der PSI angehörenden Sozialisten Spinelli und Piero Calamandrei die Erwartung aus, dass die Parlamentarische Versammlung schnell

<sup>537</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 258 f.

<sup>538</sup> Silone, Ignazio: *Socialismo democratico e unità europea*. In: *Montecitorio April/Mai 1949*. S. 5 f. Zitate S. 6. In: CIRIEC, FRT. Serie articoli e pubblicazioni. 12125.

<sup>539</sup> Rede De Gasperis im Teatro Adriano in Rom vom 15.5.49. In: *De Gasperi, discorsi politici*. S. 218 f.

<sup>540</sup> Gesamte Rede in: *De Gasperi, discorsi politici*. S.213-235. Zur Aussage zur Nato siehe S. 228. Zu den Enzyklicken und deren Bedeutung für die Politik und die eigene Kultur: S. 229 sowie 234 f.

<sup>541</sup> *Dieci congressi D.C.* S. 111 ff.

mehr Rechte erhalten und sich zu einer verfassungsgebenden Versammlung für Europa entwickeln sollte. Die Föderalisten dominierten die italienische Delegation im Europarat. In den Sitzungen der unterschiedlichen Kommissionen versuchten die italienischen Abgeordneten, die Kompetenzen des Europarates selbst und der Parlamentarischen Versammlung auszuweiten. Sie erhielten im Ministerrat die Unterstützung Sforzas, der allerdings in seinen Aussagen den Eindruck einer Unterordnung des Ministerrates unter die Beratende Versammlung zu hindern suchte.<sup>542</sup>

Die Haushaltsberatungen im Oktober 1949 spiegelten die außen- und europapolitischen Grundpositionen wider. In den europapolitischen Redeteilen wurde vor allem der Europarat thematisiert, der von den sozialistischen Vertretern als Teil der Blockpolitik angegriffen und von Christ- und Sozialdemokraten, trotz aller Probleme im Statut, als gelungenen Schritt zu einer europäischen Föderation beurteilt wurde. Hier wiederholten sich die Argumentationsmuster.<sup>543</sup> Einzelne Parlamentarier, für die Cappi sprach, zeigten sich mit den Kompetenzen des Europarates unzufrieden. Sie forderten die Regierung auf, sich für die Erweiterung der Kompetenzen des Europarates einzusetzen.<sup>544</sup>

Die PSI hatte schon in der Verhandlungsphase den Europarat kritisiert. Neben der Einordnung des Europarates in eine Blockpolitik wurde er vor allem als „Akademie“ eines „nebulösen Idealismus“ verspottet, der „das Gegenteil der Vereinigten Staaten von Europa“ sei. Er habe darüber hinaus sein Mandat von den Regierungen und nicht von den Völkern erhalten und sei ein Kompromiss zwischen Großbritannien und Frankreich, die beide auf nationalen Standpunkten beharren würden. Der Europarat sei ein „Erbe des Paneuropäismus von Coudenhove-Kalergi“, nach föderalistischen Gesichtspunkten eine Missgeburt, ohne jede Kompetenz, da die ökonomischen Bereiche in der OEEC, die militärischen in der NATO zusammengefasst und die politischen Kompetenzen niemals ernsthaft verhandelt worden seien. Die europäische Bourgeoisie verneinte nach Basso hinter der Maske des Europäismus und des Kosmopolitismus ihre „nationalen Werte“, „um den Interessen des amerikanischen Kapitals zu dienen“. Lombardi verurteilte den Europarat als „zynischen Verschleierung die militärischen Allianzen[, um] die Kolonisierung Italiens zu verstecken“. Die Sozialisten seien nicht für die Verteidigung einer engen nationalen Souveränität, sondern für die „Schaffung größerer nationaler Gemeinschaften, die uns aber nicht in die Richtung eines Kolonialstaates zurückentwickeln lassen.“ Nach Casadei war er ein Versuch von oben, der nicht zur Überwindung der Nationalismen führe, sondern den bürgerlichen Internationalismus darstelle, der von der COMISCO unterstützt werde und eine „Instrument der europäischen Unordnung“ sei. Die Abgeordneten der Opposition wurden nicht nach Straßburg entsandt, so dass auch dies ein Kritikpunkt war, obwohl Nenni dies relativierte, denn niemand der Linken wolle seine Zeit in der Akademie in der zerstörten Metropole des Elsass vergeuden. Die Ratifikation am 23.7.1949 hatte der *Avanti* gar mit der Überschrift: „Persönliche

---

<sup>542</sup> Preda, De Gasperi. S. 452-460.

<sup>543</sup> Rede Domenidós. I. legislatura, Atti parlamentari. S. 12538-12541. Rede Calossos und von Treves je für zwei sozialdemokratische Richtungen: Ebd. S.12541-12543. 12543-12548. Für die Sozialisten siehe Cessi 12556-12558 und Nenni S. 12640-12648.

<sup>544</sup> I. legislatura, Atti parlamentari. S. 12687 -12868. Der Antrag wurde am 25.10 angenommen. Ebd. S. 12868.

Ambitionen und kindliche Illusionen begründen den Europarat“ kommentiert.<sup>545</sup> Klarer konnte die Ablehnung der Europapolitik der Regierung kaum sein.

Bei den italienischen Sozialisten und Sozialdemokraten waren Ende 1949 vor allem drei Parteien vertreten: die PSI in Anlehnung an die Kommunisten, die PSLI um Saragat und die PSU, der große Teile der Föderalisten angehörten. Die PSU selbst lehnte innenpolitisch die Zusammenarbeit mit De Gasperi ab, vertrat aber das Ziel einer europäischen Einigung. Ihr gelang es, statt der PSLI von der COMISCO aufgenommen zu werden.<sup>546</sup>

Die Europapolitik blieb **das** verbindende Element zwischen den Sozial- und Christdemokraten. Nach De Gasperi hatten die europäischen Ideen 1949 zunehmend eine erste Realisierung gefunden, die erweiterbar war und auf gemeinsamen Werten fußte. „*Essa deve quindi (...) costituire il primo vincolo ed il più efficace cemento per il raggiungimento dell'unità europea.*“<sup>547</sup>

### II.3 Der Vergleich der beiden Debatten

Europa war in Italien in den 40er Jahren ein wichtiges Feld der parteipolitischen Auseinandersetzung, während in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands, die 1949 die Bundesrepublik werden sollten, Europa zwar eine Rolle spielte, jedoch ein eher unbedeutendes Politikfeld darstellte. Für die unterschiedliche Gewichtung und Konfliktualität der europäischen Integration in den beiden nationalen Kontexten gibt es unterschiedliche Gründe, die im Folgenden erläutert werden sollen. Ferner sollen die Determinanten, die das jeweilige Europabild der einzelnen Parteien in dieser Phase bestimmten, sukzessive aufgelistet und untersucht werden. Im ersten Kapitel sollte deutlich geworden sein, dass die Parteien sich noch formierten und keineswegs von **der** Europapolitik dieser oder jener Partei gesprochen werden kann.

Es muss vorausgeschickt werden, dass bezüglich der Untersuchung der Sprache für die 40er Jahre eine allgemeine Tendenz des stärker die Gegensätze betonenden Sprachstils festgestellt werden kann. So war die Rede von einem „Kreuzzug“ nicht allein auf die christlichen Parteien Deutschlands und Italiens beschränkt, wie zum Beispiel die amerikanische Kampagne *crusade for freedom* nahe legt.<sup>548</sup> Als weiterer Hinweis diene das Metternichsche System, das nicht allein den linken Parteien zur Kritik diene.

Der Europabegriff der unterschiedlichen Parteien in den beiden Ländern entwickelte sich vor dem Hintergrund der internationalen Situation. Die Parteien innerhalb der nationalen Kontexte befanden sich in einem Mehrparteiensystem. Beiden Ländern war die starke Position der christdemokratischen Partei gleich, wobei die Bedeutung der DC die der neu gegründeten deutschen Unionsparteien in den 40er Jahren übertraf. In beiden Ländern konnten sich die christdemokratischen Parteien auf die Hilfe der katholischen Kirche verlassen, wobei diese in Italien stärkeren Einfluss ausüben konnte als in den drei Westzonen und der anschließenden Bundesrepublik. Beide christdemokratischen Parteien verstanden es, das

<sup>545</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 259-262.

<sup>546</sup> Donno, *Saragat e la socialdemocrazia*. S. 241 f. Fornaro, *Saragat*. S. 208.

<sup>547</sup> Brief De Gasperis vom Dezember 1949 an den Präsidenten der Europäischen Konferenz für Kultur. Zitiert nach Preda, *De Gasperi*. S. 419.

<sup>548</sup> So wurde im Sommer 1950 unter dem Motto *crusade for freedom* eine amerikanische Freiheitsglocke nach Berlin verschifft. Siehe Müller, *Kaisen*. S. 184.

kirchliche Vorfeld zu nutzen. Ferner konnten sie sich in der Europapolitik der Unterstützung durch den Heiligen Stuhl gewiss sein.<sup>549</sup>

Diese Anlehnung wurde in beiden Ländern von den Sozialisten und den Sozialdemokraten kritisiert. Die SPD stellte dabei in den drei westlichen Besatzungszonen den Fixpunkt der deutschen Arbeiterbewegung dar, auch wenn die KPD noch in den ersten Bundestag einziehen konnte, in einigen Landtagen vertreten war und erst 1956 verboten wurde. Während die Kommunisten in Westdeutschland eine marginale Rolle spielten, war die PCI der Pol, um den sich die italienische Arbeiterschaft versammelte, wobei die italienischen Sozialisten bei den ersten Wahlen noch stärker als diese abschnitten, dann aber im Verlauf der 40er Jahre die Vorherrschaft im linken Lager verlieren sollten. Überhaupt sollte sich in den kommenden Jahren die Frage der Orientierung zwischen den beiden entscheidenden Polen des italienischen Parteiensystems, zwischen der DC und der PCI, als Gretchenfrage für die italienischen Sozialisten erweisen, wobei zu unterschiedlichen Anlässen sich Teile von der PSI abspalteten. Dies trug nicht zuletzt zu einer stärkeren Differenzierung der Parteien und parlamentarischen Listen bei, die Italiens Republik neben der Vorherrschaft der DC prägen sollte. Nach Sartori war dieses ein asymmetrisches Parteiensystem, das durch die alleinige Machtposition der DC und durch einen *pluralismo polarizzato* bestimmt war. Das Modell Sartoris verortete drei Schwerpunkte an den beiden Extremen und in der Mitte des Systems.<sup>550</sup> Die Christdemokraten und Sozialisten waren innerhalb der politischen Landschaft, sofern einfache rechts-links Schemata angebracht sind, weiter voneinander entfernt, wobei sich zwischen ihnen die Sozialdemokraten befanden, woraus sich die Schärfe der Auseinandersetzung erklärt.

Die Europadiskussionen und insbesondere die Konkurrenzsituation in den beiden Ländern bezogen sich hauptsächlich auf die eigene nationale Situation. Diese war wiederum in beiden Staaten durch die wirtschaftlichen Probleme und die Notwendigkeit einer politischen Konsolidierung im innen- und außenpolitischen Bereich geprägt. Das politische und gesellschaftliche System insgesamt musste wieder aufgebaut werden. Europa war Teil dieses Diskurses, der aufgrund der strikteren Konfrontationsstellung in Italien schärfer verlief. Im Folgenden sollen die semantischen Felder des Europabegriffs und jeweilige Änderungen im Beobachtungszeitraum beschrieben werden.

### 3.3.1 Erste Anzeichen einer Konkurrenz in Deutschland

Die SPD forderte bis 1947 ein Europa als Synthese zwischen den Mächten, ohne jedoch wie Jakob Kaiser dieses mit der Funktion einer Brücke versehen zu wollen. Eine europäische Ordnung sollte dabei zur Überwindung der totalitären Diktatur dienen, die nach den Aussagen Schumachers vor allem aus der Übertreibung des Nationalismus durch die kapitalistischen und militaristischen Kreise entstanden war, die das „deutsche Vaterland“ mit ihrer Politik verraten hätten. Die Überwindung der moralischen Misstände war das Ziel und

<sup>549</sup> Siehe hierzu die einführenden Worte von Daniele Pasquinucci in: Pasquinucci, L'osservatore Romano. S. 173-191.

<sup>550</sup> Sartori, Giovanni: Teoria dei partiti e caso italiano. Mailand 1982.

sollte auch auf der europäischen Ebene erreicht werden. Mit dem Jahr 1947 wandte sich die deutsche Sozialdemokratie verstärkt nach Westen, sprach sich für den Marshallplan aus, wies aber zugleich auf die Gefahren einer Teilung Europas hin. Die SPD verstand sich *a priori* als für Gesamtdeutschland zuständig und forderte dessen gleichberechtigte Mitwirkung in einem geeinten Europa. Die SPD-Politiker sprachen hierbei von einem Europa-Ideal, das mit humanistischen Werten und mit den Ideen von 1789 umschrieben wurde, wobei Schumacher bisweilen gar vom Abendland sprach. Gleichzeitig wurden auch christliche Werte als Teil dieser Konzeption akzeptiert, doch immer wieder vor einer zu stark katholischen Konzeption gewarnt. Die SPD verstand sich in der Tradition ihrer internationalen Ausrichtung stehend, während sie die internationale Orientierung der christlichen Parteien, die sie größtenteils als von der katholischen Kirche und der Wirtschaft abhängig ansah, als nicht glaubwürdig und vorgeschoben ansah. Gleichzeitig finden sich in den unterschiedlichen Artikeln der Sozialdemokraten Topoi, die im Allgemeinen parteiübergreifend immer wieder zur Rechtfertigung einer europäischen Einigung in dieser Zeit auftauchen. Ein geeintes Europa versprach demnach wirtschaftliche Prosperität und war für die äußere wie innere Sicherheit von unschätzbare Bedeutung. Europa sollte schlichtweg für Fortschritt stehen, wobei sozialdemokratische Politiker auf die deutsche Einigungsbewegung des 19. Jahrhunderts rekurrierten.

Eine europäische Ordnung sollte demnach vor allem demokratisch und sozialistisch sein, zugleich antitotalitär und gegen den sowjetischen „Staatskapitalismus“ gerichtet. Stattdessen wurde auf westliche Werte verwiesen, die mit der französischen und der amerikanischen Revolution sowie dem britischen Parlamentarismus verbunden wurden. Gleichzeitig sollte die europäische Zusammenarbeit aus Sicht der deutschen Sozialdemokraten alte Vorstellungen des Völkerrechts ablösen, das nicht mehr nach den klassischen Regeln der Machtpolitik funktionieren sollte. Demnach wurde die Politik der drei westlichen Besatzungsmächte, und hier besonders Frankreichs, kritisiert, die diesem Ziel entgegenstehen würde. Die britische *Labour*-Regierung blieb jedoch bis zum Ende der 40er Jahre ein Fixpunkt der eigenen Vorstellungen und lag damit weit vor dem anderen Vorbild, Skandinavien. Das sowjetische und die osteuropäischen Systemvorstellungen wurden, nach anfänglichen Forderungen nach einer Synthese aus Ost und West, schnell abgelehnt, wobei die Jahre 1946 und 1947 Radikalisierungsstufen markierten.

Was die von den unterschiedlichen Sozialdemokraten befürwortete Methode einer europäischen Einigung betraf, so finden sich einige Aussagen, die vor allem den funktionalistischen Ansatz als geeignet einschätzten. Vor allem die Wirtschaftspolitik erschien als für eine europäische Einigung geeignet, zumal sich hier auch die Hoffnung ergeben konnte, auf diesem Wege das Ruhrstatut loszuwerden. Gleichzeitig wurde in unterschiedlichen Aussagen die Abgabe von Souveränitätsrechten befürwortet, wobei jedoch ein „Gleichberechtigungsvorbehalt“ betont wurde. Nicht zuletzt die deutsche Frage ließe sich nur mit einer europäischen Perspektive lösen. Dies versuchte die SPD auch auf internationaler Ebene durch die Parteienkooperation mit den anderen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas zu erreichen, stieß hier aber auf Grenzen. Auch wenn einige SPD-Politiker in der Europäischen Bewegung an entscheidender Stelle aktiv waren, vermochte es die SPD-Führung aus Rücksicht auf die *Labour*-Party noch nicht, sich für die Europäische Bewegung zu begeistern.

Auch der Europabegriff der deutschen Christdemokraten orientierte sich an einer antitotalitären Ausrichtung, von Beginn an gegen links und rechts gerichtet. Anders als die deutschen Sozialdemokraten sahen weite christdemokratische Teile eine zunehmende Säkularisierung und die Entstehung eines Materialismus als Grund für eine totalitäre Entwicklung an, dem entgegen gewirkt werden müsse. Dieser Materialismus habe vor allem die Freiheit des Einzelnen stark beeinträchtigt, die es wieder zu stärken gelte – gegen das Konzept eines überbewerteten Staates, der sich in Preußen zusammen mit einem überhöhten Militarismus gezeigt habe. Sowohl linke als auch konservativere Strömungen in den Unionsparteien betonten immer wieder ein christliches Naturrecht, das sowohl für die eigene nationale Gesellschaftsordnung konstituierend sein aber auch auf internationaler Ebene die Beziehungen zwischen den Staaten regeln sollte. Die christliche Arbeitnehmerschaft betonte darüber hinaus die soziale Ausrichtung, die die neue politische Ordnung haben sollte, wobei hier auf das Subsidiaritätsprinzip zurückgegriffen wurde, in das sich ohne Probleme eine weitere europäische Ebene einbauen ließ.<sup>551</sup> Kaiser selbst betonte die Frage der deutschen Einheit, die er bis Ende 1947 im Zuge seiner Brückentheorie verwirklichen wollte, die dann aber durch die internationale Entwicklung und durch seine Emigration in den Westen nicht mehr durchsetzungsfähig sein konnte. Dies ließ aber umso stärker die antitotalitäre Stoßrichtung hervortreten, und hier vor allem die antimarxistische Ausrichtung, die auch die Sozialdemokraten begrifflich umfassen konnte. Jene antikommunistische Ausrichtung sollte gar dafür sorgen, dass eine andere ebenfalls im deutschen Bürgertum tief verwurzelte Einstellung, der Antiamerikanismus, überdeckt wurde. Der politisch motivierte Antikommunismus, verbunden mit der Forderung nach der Rettung des Abendlandes, half somit bei der Akzeptanz der Demokratie in Deutschland, noch bevor konservative Kreise die Demokratie selbst akzeptiert hatten.<sup>552</sup> Er integrierte diese Kreise und mit ihm ehemalige Sympathisanten und Funktionsträger des Dritten Reiches, funktional in das neue System. Auch war die Entscheidung für die Einführung eines liberalen, kapitalistischen Systems innerhalb der bürgerlichen Parteien und bei den Nationalökonomern keineswegs Konsens. Die Ordoliberalen sahen ihr Konstrukt eben auch als Überwindung der reinen liberalen Lehre. Doch ihren Durchbruch gewann sie erst in der Dichotomie „Freiheit“ gegen „Zwang“, wobei der Zwang sowohl mit der Wirtschaftsordnung der Sowjets als auch der Nationalsozialisten verbunden wurde.<sup>553</sup> Somit ergab sich auch beim christdemokratischen Wirtschaftsflügel eine gemeinsame antitotalitäre Ausrichtung.

Die CDU thematisierte immer wieder die Gleichberechtigung mit den anderen Nationen als Ziel und Bedingung zugleich. So wurden bei dem Ruhrstatut und in der Saarfrage immer wieder europäische Lösungen vorgeschlagen. Die europäische Einigung wurde in unter-

---

<sup>551</sup> Ein schönes Beispiel für die Verbindung unterschiedlicher Ebenen und der Einbindung unterschiedlicher Politikfelder in „antibolschewistische Stoßrichtung“ ist ein Artikel im DUD vom 2.11.1949. Darin wird ein Vortrag eines Dr. Hagen vor der Vertreterversammlung der kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands Ende Oktober 1949 in Fulda wiedergegeben, unter dem Titel „Bürgerschaftliche Freiheit zur Rettung Europas“. Dabei ging der Vortrag um das Menschenbild und einen nötigen Staatsaufbau für eine gelungene Demokratie, wobei auch die kommunalen Strukturen berücksichtigt wurden. Kommunale Selbstverwaltung wurde darin als einer der Schlüssel gegen Totalitarismus ausgegeben. DUD vom 2.11.1949. ACDP. 07-001-3391.

<sup>552</sup> Doering-Manteuffel, wie westlich. S. 42.

<sup>553</sup> Vgl. Doering-Manteuffel, wie westlich. S. 51 f.

schiedlichen Artikeln und Äußerungen christdemokratischer Politiker mit Wohlstand und Fortschritt gleichgesetzt, wobei vor allem von Vertretern des Rheinlandes auf stets gute Verbindungen nach Westeuropa rekurriert wurde. Dabei wurden Begriffe wie Europa, Westeuropa und Abendland teilweise synonym benutzt, in Abgrenzung vor allem zu den Begriffen des Ostens, zum Materialismus und zum Totalitarismus. Ähnlich wie bei den Sozialdemokraten wurde die Aussöhnung mit Frankreich betont, zugleich aber dessen Deutschlandpolitik scharf kritisiert. Ebenso wurde die britische Besatzungspolitik äußerst kritisch gesehen, zumal der *Labour*-Regierung eine nicht stattbare Nähe zur SPD vorgeworfen wurde. Die konkrete Umsetzung einer europäischen Perspektive und damit Diskussionen über Integrationstheorien spielten in den Debatten kaum eine Rolle. Die internationale Parteienkooperation diente den Unionspolitikern ab 1947/48 vermehrt zum persönlichen Kontakt mit anderen europäischen Christdemokraten, maßgeblich mit Exponenten der Benelux-Staaten und Frankreichs.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Europabegriffe für die beiden deutschen Parteien werden an den die Europabegriffe bestimmenden Wortfeldern deutlich. Für beide Parteien stand die Forderung nach Gleichberechtigung im Vordergrund, womit Politiker beider Parteien in unterschiedlichen Reden immer wieder die Politik der Besatzungsmächte kritisierten. Gleichzeitig wurde eine europäische Einigung von den beiden zukünftigen Volksparteien als möglicher Ansatzpunkt für eine gleichberechtigte Rolle der beiden Parteien selbst und Deutschlands, in welcher Form auch immer, anerkannt, wobei das internationale Recht und die internationalen Beziehungen auf eine neue Grundlage gestellt werden sollten. Die europäische Perspektive war somit bei beiden Parteien auch Mittel zum Zweck. Beide Parteien betonten, einzig wahre Träger der europäischen Idee zu sein. Die Unionsparteien betonten dabei die christlichen Werte, die Europa zugrunde liegen würden. Als genuin europäisches Erbe wurde immer wieder das Naturrecht genannt, das die Freiheit des Einzelnen garantieren würde, die darüber hinaus Grundlage des Abendlandes sei, das manchmal die USA mit umfasste, dann aber auch als Abgrenzung gegenüber den USA formuliert wurde. Auch die SPD erwähnte die christlichen Wurzeln Europas, stellte diese jedoch neben andere Werte und warnte immer wieder vor einem zu katholischen Europa. Ihr Europa solle hingegen demokratisch und sozialistisch sein, wobei der Sozialismus die Grundlage für die Demokratie darstellen würde. Beide Richtungen betonten den Humanismus als Grundlage europäischen Denkens, wobei jedoch die Unionsparteien immer wieder den Freiheitsbegriff betonten und die katholische Soziallehre stets präsent war. Bis 1947 waren in beiden Parteien durchaus Gedanken präsent, die ein eigenständiges Europa zwischen den Blöcken vorsahen, danach aber Europa im Westen gegen den bolschewistischen Osten verorteten. Der Bolschewismus entsprang aber in der vorherrschenden Meinung innerhalb der Unionsparteien einer materialistischen Weltanschauung, dem Marxismus, dem auch die Sozialdemokraten anhängen würden, die sich aber selbst klar gegen jede totalitäre Bestrebung aussprachen. Europa wurde immer wieder in allgemein gehaltenen Artikeln von Politikern beider Richtungen mit dem Ziel des Fortschritts und wirtschaftlichem Wohlergehens umschrieben, von den Christdemokraten – stärker werdend ab 1948 - auch mit dem Begriff der Sicherheit.

Als abgrenzende Begriffe werden von beiden Parteien der Totalitarismus in beiden Ausprägungen sowie der übersteigerte Nationalismus angeführt. Bei der SPD finden sich ablehnende Topoi wie Kapitalismus, Imperialismus und Katholizismus. Die Unionsparteien wen-



den sich in ihren Europavorstellungen hingegen gegen jedweden Materialismus und übersteigerten Liberalismus. Dabei dienten beiden großen Parteien die Sowjetunion als Abgrenzung, die drei westlichen Mächte als Abgrenzungs- und Anlehnungsobjekte zugleich. Trotz der Zugehörigkeit „als Herz Europas“ zum Westen, wie es bei beiden politischen Richtungen heißt, wird jedoch auf eine eigenständige Geschichte Deutschlands und dessen Besonderheit abgehoben. Die SPD warnte vor einer Kooperation mit den Ländern der iberischen Halbinsel und deutete an, eine Gesellschaftsordnung wie in Spanien, Portugal und Italien verhindern zu wollen. Es finden sich immer wieder Hinweise auf die Vorbildfunktion, die die skandinavischen Länder hätten. Beide Parteien warfen sich gegenseitig vor, den Forderungen der westlichen Mächte zu schnell nachzugeben und betonten gleichzeitig, mit den westlichen Nachbarn, den Beneluxstaaten, freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Deren Zollunion wird immer wieder als vorbildlich hervorgehoben. Ost- oder südosteuropäische Länder werden selten in den Europadiskussionen erwähnt, ebenso wenig außereuropäische Länder außer den beiden Supermächten.

Beide Parteien beziehen sich immer wieder auf die atlantische Doppelrevolution und den englischen Parlamentarismus als Teil der europäischen Geschichte. Darüber hinaus betonten Politiker beider Parteien das positive Beispiel einer ökonomischen Einigung, die durch den deutschen Zollverein im 19. Jahrhundert gegeben worden sei.

Betrachtet man die benachbarten Politikfelder, mit denen der Europabegriff von den Vertretern der beiden Parteien immer wieder in Verbindung gebracht wird, so finden sich hier vor allem vier verschiedene Bereiche: Erstens ist die Wirtschaftspolitik zu nennen. Sowohl die Unionsparteien als auch die SPD sehen in der Errichtung größerer Handelsräume mehr Vor- als Nachteile und verbinden Europa vor allem mit diesem Ziel. Gleichzeitig formuliert die SPD, dass die Sozialisierung wichtiger Schlüsselindustrien nur auf europäischer Ebene erfolgen könne, womit der Europabegriff eng mit den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SPD verknüpft ist. Gerade in der Wirtschaftspolitik standen sich die beiden großen Parteien Ende der 40er Jahre gegenüber, was einen Teil der strikten Konfrontation zu Beginn der 50er Jahre erklären kann.

Ein zweites Politikfeld ist schon oben mit dem Begriff der Gleichberechtigung umschrieben worden und betrifft die nationale Souveränität. Die nationale Integrität im Westen und die gleichberechtigte Stellung in Westeuropa können hierunter subsummiert werden. Das Ziel war der SPD und den Unionsparteien gleich, doch sollten in Zukunft die Mittel und die Einschätzung konkreter Probleme, wie die Saar oder das Ruhrstatut, umstritten sein.

Damit zusammenhängend aber als eigenständiges Problem aufzählend muss die Frage der deutschen Einheit, also die Politik bezüglich der Gebiete östlich der Elbe genannt werden, die von beiden Parteien in einem europäischen Rahmen gesehen und thematisiert wurde. Beide Parteien postulierten daher gemeinsam den Provisoriumscharakter, den die Bundesrepublik haben sollte. Das Konfliktpotential, dass die Deutschlandpolitik bezüglich der später von Adenauer betriebenen Westintegration haben sollte, ließ sich Ende der 40er Jahre erahnen. Während Schumacher an dem klassischen Bild des Nationalstaats orientiert war, war Adenauer föderalistischer, insgesamt gegenüber möglichen deutschen Staatsformen

elastischer eingestellt. Er konnte sich unterschiedliche deutsche Staatenmodelle innerhalb eines westlichen Europa vorstellen.<sup>554</sup>

Der vierte Themenkomplex, der immer wieder in einem Atemzug mit einer europäischen Einigung von beiden Parteien angesprochen wurde, war die Sicherheitspolitik, in dem behandelten Zeitraum allerdings im Sinne einer Aussöhnung mit den westlichen Nachbarn. Die Bedrohung durch den Osten wurde zwar immer wieder thematisiert, doch die konkreten Überlegungen für eine europäische Einigung richteten sich vor allem auf die Aussöhnung vornehmlich mit Frankreich und dann auf die anderen westeuropäischen Staaten.

Die Diskussion, wie eine europäische Einigung zu erreichen sei, spielte in den Überlegungen der unmittelbaren Nachkriegszeit in Deutschland kaum eine Rolle. Stattdessen spiegelte sich hier die innerdeutsche Auseinandersetzung über einen föderalen Staatsaufbau. Politiker beider Parteien engagierten sich in der Europäischen Bewegung. Die grundsätzliche Zustimmung zu einer europäischen Zusammenarbeit war, mit der Ausnahme der Kommunistischen Partei, parteiübergreifender Konsens in den drei Westzonen, wie sich nicht zuletzt bei den Beratungen des Parlamentarischen Rates zeigte.<sup>555</sup> Europa hatte in den 40er Jahren zu wenig Konfliktpotential, um ein Konkurrenzthema zwischen den Parteien zu sein, zumal den Parteien die bundespolitische Ebene fehlte, um handeln zu können und handeln zu müssen.

### 3.3.2 Europa als zentrales Feld der Auseinandersetzung in Italien

Für die italienischen Christdemokraten war die Gleichberechtigung das entscheidende Thema aller außenpolitischen Debatten. Italien sollte von den anderen Staaten gerecht behandelt werden, wobei diese Gerechtigkeit maßgeblich Teil des neuen internationalen Rechts werden sollte. Dabei spielten christliche Werte, Naturrecht, der Humanismus, der Universalismus Mazzinis und der katholischen Kirche die entscheidenden Determinanten. Sie sollten sowohl bei dem inneren Gesellschaftsaufbau als auch im internationalen Recht leitend werden, wobei auch auf die katholische Soziallehre abgehoben wurde. Europa erscheint in den Aussagen verschiedener christdemokratischer Politiker als entferntes Ziel.<sup>556</sup> Ein einiges Europa sollte Teil dieser neuen Ordnung sein. Europa wird dabei als eine kulturelle Einheit verstanden, die maßgeblich von Italien geprägt worden ist – von der Antike über das Papsttum bis hin zur Renaissance und dem Humanismus. Innerhalb einer Missionsidee, die Europa verfolgen musste, konnte somit Italien selbst eine entscheidende Rolle zugeschrieben werden, die als *spiritus rector* umschrieben und mit dem Anspruch der „kulturellen Sendung“ des italienischen Katholizismus verbunden werden konnte.<sup>557</sup> Dabei übergang man einfach eventuelle Widersprüche, die sich zum Beispiel aus dem Rückbezug

<sup>554</sup> Pointiert herausgearbeitet in: Doering-Manteuffel, Anselm: "Die Europakonzeptionen von Kurt Schumacher und Konrad Adenauer", in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Kurt Schumacher als deutscher und europäischer Sozialist. Dokumentation einer internationalen Fachtagung im Kurt-Schumacher-Bildungszentrum der FES in Bad Münstereifel vom 6.-8.3.87. Bonn 1988. S. 38-59. Hier S. 40 ff.

<sup>555</sup> Bermanseder, Parlamentarischer Rat. S. 99 ff.

<sup>556</sup> Siehe Gonellas Vortrag vom Herbst 1946. Siehe in diesem Kapitel Anmerkung 257.

<sup>557</sup> Die Bezeichnung „kultureller Sendung“ findet sich bei Traniello, Christliche Kultur – europäische Kultur. S. 168.

des universalistischen Anspruchs der katholischen Kirche und Mazzinis ergaben.<sup>558</sup> Gleichzeitig wird Europa mit den Topoi des Fortschritts, der Sicherheit und des wirtschaftlichen Wohlergehens verbunden. Auch in Italien lässt sich eine langsame Westverschiebung des Begriffs Europa feststellen, wobei Vorstellungen einer dritten Kraft durch den *corrente* der *Cronache Sociali*, gestützt durch und sich berufend auf den katholischen Universalismus,<sup>559</sup> bis in das Jahr 1949 hinein bedeutend blieben. Ab 1947 wird Italien und damit Europa aber dem *occidente* zugeschrieben, wobei dieser Topos mal mit Westen, mal stärker mit Okzident beziehungsweise Abendland übersetzt werden kann, beispielsweise dann, wenn von der *civiltà* des *occidente* die Rede ist.

Als abgrenzende Topoi von Europa werden die Begriffe des Totalitarismus, des Faschismus sowie des Nationalismus benutzt. Der Antifaschismus wurde mittels der Totalitarismustheorie in den Antikommunismus übertragen. Der internen Zuspitzung gegenüber den Kommunisten folgte auch die Europadebatte. Europa wurde zum Schutzwall gegen den Kommunismus. Die Sowjetunion erscheint demnach ab 1947 als abgrenzender Topos, wobei diesem Wortfeld mit verminderter Intensität der Begriff „Osten“ hinzugefügt werden kann.

Stärker als bei den deutschen ist bei den italienischen Christdemokraten die Anlehnung an die USA schon in den 40er Jahren verbreitet. Durch die weniger starke Akzentuierung eines übertriebenen Materialismus einerseits und die relativ schnelle Unterstützung andererseits sind antiamerikanische Topoi weniger stark verbreitet. Gleichzeitig orientiert man sich vor allem an Frankreich und Großbritannien, wobei der Friedensvertrag vor allem mit seinen Regelungen zu Triest und zu den Kolonien in dem Zeitraum kritisiert wird. Dennoch sollte gerade Frankreich für eine gemeinsame Politik gewonnen werden, was nicht zuletzt durch den Versuch der Zollunion ab 1947 intensiv von den Christdemokraten unterstützt wird. Die Lösung der deutschen Frage wird als einer der für Europa bedeutenden Fragen aufgefasst. Die Beneluxstaaten spielen wiederum nur mit ihrer Zollunion als Vorzeigeobjekt für eine europäische Einigung eine Rolle. Speziell die Beziehungen zu Jugoslawien werden immer wieder aufgrund der Triestfrage angesprochen, spielen aber für die Abgrenzung Europas keine besondere Rolle. Zur Sowjetunion wird immer wieder betont, dass man freundschaftliche Beziehungen wolle und Russland eindeutig zu Europa gehöre, doch sei mit dessen totalitärer Führung eine Zusammenarbeit nicht möglich.

Bei der Argumentation für eine europäische Einigung wird von den italienischen Christdemokraten immer wieder auf die italienische Einigung im 19. Jahrhundert rekurriert. Gleichzeitig lässt sich eine hohe personelle Überschneidung christdemokratischer Politiker mit den Aktivisten der Europäischen Bewegungen feststellen, wobei bei den Christdemokraten die Föderalisten dominierten. Dennoch geht aus den Debatten der 40er Jahre hervor, dass die Debatte, wie ein gemeinsames Europa aufgebaut sein sollte, keine besondere Rolle gespielt hat. Stattdessen wurde jeder in eine europäische Einigung hin interpretierbare

<sup>558</sup> Zur Überwindung des Streits zwischen den Katholiken und des liberalen Staates und deren Versöhnung, wobei der Katholizismus nun als prägender Teil der italienischen Nation aufgefasst wurde und zur Gründung des *Partito Popolare* durch Sturzo eine entscheidende Rolle spielte, vgl. Formigoni, Guido: *Alla prova della democrazia: Chiesa, cattolici e modernità nell'Italia del '900*. Trient 2008. S. 13-25.

<sup>559</sup> Vgl. Formigoni, *l'alleanza occidentale*. S. 228 ff. Europa wurde somit zur Fortsetzung eines "italienischen Primats", der seit dem *Risorgimento* in Italien vertreten war. di Nolfo, *Das Problem der europäischen Einigung*. S. 157.

Schritt von den christdemokratischen Befürwortern einer europäischen Einigung begrüßt. Durch diese positive Einstellung zu einem geeinten Europa an sich wird eine europäische Lösung gleich mehrmals von den italienischen Christdemokraten als Lösung erkoren. Europa erscheint 1948, vor allem bei den Sozialdemokraten, als Alternative zu einer Blockpolitik. 1949 wird die europäische Gemeinschaft als integraler Bestandteil der atlantischen Gemeinschaft betont und damit den Beitritt zur NATO legitimiert. Colarizi betont die Schwierigkeiten, die De Gasperi bei der Durchsetzung des NATO Beitrittes innerhalb der DC vor allem gegen die linken *correnti* mit ihrem gehegten Pazifismus hatte – zumal der Pazifismus angesichts der erst vier Nachkriegsjahre weit verbreitet war. Mit der Verbindung von NATO und Europa gelang es De Gasperi, die PSLI von seiner Politik zu überzeugen.<sup>560</sup>

Gegen eine europäische Einigung schienen die Politiker der PISUP nach dem Krieg *per se* nichts einzuwenden zu haben. Im Gegenteil, denn aus den Programmen spricht die Zuversicht, nach dem Krieg den Sozialismus international durchzusetzen und dabei in Europa zu beginnen. Dabei war eine der ersten Forderungen für eine neue europäische Ordnung die nach der gleichberechtigten Stellung Italiens. Hierfür war man zur Abgabe eigener Souveränitätsrechte bereit, was im Allgemeinen das neue internationale Recht prägen müsse. Dies sollte zu einer Überwindung der Strukturen beitragen, die schon über Jahrzehnte hinweg das Volk verraten und zum Schluss den Faschismus gestützt hätten. Für Europa erwartete man durch die *Labour*-Regierung eine positive Entwicklung hin zum Sozialismus, der im Zuge der Rhetorik des Klassenkampfes die einzige Wertzuschreibung für ein zu wünschendes Europa der Sozialisten in den 40er Jahren blieb, wobei für Italien und für die europäischen Staaten eine ausgleichende Rolle gefordert wurde. Stattdessen wurde die Forderung nach einer europäischen Einigung schon mit der Rede Churchills für die PSIUP und anschließend die PSI negativ besetzt. Westeuropa wurde als Aktionsfeld für den Klassenkampf ausgelobt. Hier galt es die kapitalistischen Strukturen zu bekämpfen, die den Faschismus hervorgebracht hatten. In Westeuropa als Einheit sollte die Geschichte weiterentwickelt werden.

Im Zuge der klassenkämpferischen Rhetorik wurden daher die Einigungsbemühungen und die konkreten Schritte immer weiter von dem Europa getrennt, dass man selbst errichten wolle, denn der Topos Europa als solcher blieb weiterhin positiv besetzt. Den Rednern der Koalition wurde ja mehrmals vorgeworfen, gegen ein „richtiges Europa“ zu sein und eine „antieuropäische Politik“ zu betreiben. Antieuropäische Politik war demnach vor allem eine Blockpolitik, die schon mit der wirtschaftlichen Grundorientierung beginne. Folglich wurden die europäischen Schritte wie die OEEC als eindeutig westlich bezeichnet. Hier wirkten die gleichen Kräfte, die bereits den Faschisten und Nationalsozialisten geholfen hätten. Die Europapolitik der Regierung sei Teil einer imperialistischen Politik der USA, in die die europäischen Staaten hereingezogen werden würden. Somit verband sich der Kampf gegen die außen- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Regierung mit dem propagierten Antifaschismus der PSI. So war von einer Versklavung durch amerikanische und kapitalistische Interessen die Rede, wobei im Inneren und Äußeren auf die Gefahr hingewiesen wurde, dass die Katholiken und vor allem der Vatikan selbst mit den Kapitalisten ein Bündnis eingingen. Deren Kleineuropa schloss wirtschaftlich komplementäre Teile aus. Das zu kleine Europa konnotierte man mit unterschiedlichen „konservativen Größen“ wie

---

<sup>560</sup> Colarizi, *Storia dei partiti*. S. 52 f.

Metternich, Talleyrand oder auch Karl dem Großen. Gegen den Entwurf dieser Außenpolitik versuchte die PSI einen wandelbaren Begriff der Neutralität zu setzen. Er wurde in der Zeit jedoch immer sowjetunionfreundlicher ausgelegt. Während noch 1946/47 eine Brückenfunktion betont wurde, wurde im Zuge der Zuschreibung der europäischen Einigung zum „kapitalistischen und imperialistischen Westen“ die Aufgabe deutlicher, die Italien für die Durchsetzung des Sozialismus haben sollte, zumal sich Innen- und Außenpolitik zwangsläufig bedingten. Dabei wandte man sich gegen die Ideen einer dritten Kraft, denn auch diese sei nichts anderes als eine eigene Blockpolitik. Europa müsse hingegen dem Kampf für die Arbeiterklasse dienen.

Die USA dienten als „Hauptstadt des Kapitalismus“ als Hauptgegner der sozialistischen Rhetorik, wobei jedoch innerhalb der amerikanischen Gesellschaft mit der Betonung der „Wall-Street-Wirtschaft“ Unterschiede ausgemacht werden sollten. Ferner wurde auch der Marshallplan nicht als grundsätzlich schlecht beurteilt, jedoch in seiner Funktion als wirtschaftlicher Fortsetzung der Trumanddoktrin. Die Sowjetunion hingegen erschien in den 40er Jahren als die Vorreiter der Revolution und des Fortschritts. Dennoch betonte die PSI(UP) immer wieder, dass man eine von Moskau unabhängige Politik betreiben wolle. Das Bild von Großbritannien war ambivalent. Mit Wohlwollen und Hoffnung betrachteten Nenni, aber auch andere Teile der PSI-Führung, die ersten Entscheidungen der neuen *Labour*-Regierung. Doch mit der eindeutigen Positionierung der *Labour*-Regierung im westlichen Lager erschienen diese immer stärker als „Verräter“ am Sozialismus. Ähnliches widerfuhr Frankreich und den französischen Sozialisten durch deren Ablehnung einer gemeinsamen Politik mit den Kommunisten. Der Begriff des Verrates spielt dabei auch die eigentliche Hauptrolle bei der Trennung von der sozialistischen Parteienkooperation, der COMISCO. Die PSI betonte stattdessen immer stärker die Fortschritte, die in den osteuropäischen Staaten anscheinend erreicht wurden und stellte diese als Beispiele für eine gelungene Kooperation heraus. Dem stellte man die Gefahr entgegen, die durch Deutschland erwachse. Der wahre Charakter der europäischen Einigung werde aber an der Akzeptanz der Diktaturen auf der iberischen Halbinsel und an dem Vorgehen in Griechenland, der Türkei und in Asien deutlich. Da die europäische Integration in dieser Form von der PSI abgelehnt wurde, beteiligte sie sich folglich auch nicht an den Diskussionen über die Gestaltung der europäischen Einigung, außer mit der Bemerkung, dass diese anders geschehen müsse als bisher.

Dieser Mehrheitsströmung innerhalb der PSI standen mehrere innerparteiliche Oppositionelle gegenüber, die sich in mehreren Wellen aufgrund des außenpolitischen Vorstellungen, der Anlehnung der PSI an die Kommunisten und der Politik gegenüber der COMISCO aus der PSI ausschieden und unterschiedliche Parteien und Listen zwischen der PSI und der DC gründeten. Die von diesen vertretenen unterschiedlichen Positionen in wenigen Worten zusammenzufassen, erscheint geradezu unmöglich ebenso wie die oben beschriebene Entwicklung der PSI nur stereotyp die Entwicklungen der von einer Mehrheit gebilligten Politik wiedergibt. Insgesamt verließen aber diejenigen Politiker die PSI, die einer europäischen Einigung und Föderation besonders freundlich gegenüberstanden, diese propagierten und sich in den Europäischen Bewegungen, publizistisch, im Parlament und in der Regierung, für diese einsetzten. Die folgende Beschreibung der Position orientiert sich beispielhaft an den Reden von Paolo Treves.

Auch Treves betonte, dass das Hauptziel jeder italienischen Außenpolitik die gleichberechtigte Rückkehr Italiens auf die europäische und internationale Bühne sein sollte. Dabei betonte er die Notwendigkeit eines neuen Ansatzes in der internationalen Politik, die mit den alten Vorstellungen, die zum Beispiel im Vertrag von Versailles ihren Ausdruck gefunden hätten, brechen müsste, zumal die nun geforderten Ideale stets integraler Bestandteil der italienischen Kultur gewesen seien. Die Sozialdemokraten, wie insbesondere Treves, sprachen sich zu Beginn gegen eine Blockpolitik aus, näherten sich dann aber ab 47 langsam dem Westen an. Der Scheidepunkt gegenüber den italienischen Sozialisten war neben dem innenpolitischen Umgang mit den Kommunisten die Frage, ob der Marshallplan angenommen werden dürfe und wie die Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Parteien Europas auszusehen habe. Innerhalb der Sozialdemokraten war die Frage des Beitritts zur NATO der entscheidende *cleavage*, der zu weiteren Spaltungen innerhalb der Sozialdemokraten führen sollte.

Treves betonte schon 1948, dass Europa ein Teil der westlichen Kultur sei, wobei ein föderales Europa als Ausweg zur Blockpolitik beschrieben wurde. Europa wurde also 48 als dritte Kraft, ideell angelehnt an den Westen, konzipiert. Dabei müsse dieses Europa frei und vom Humanismus geprägt sein sowie sozialistischen Werten entsprechen. Die Demokratie war dabei die Trennlinie des zu schaffenden von dem nicht gewollten Europa. Treves fasste dieses schon 49 als Verteidigungsgemeinschaft innerhalb der europäisch-atlantischen Solidarität auf, was aber nicht von allen sozialdemokratischen Politikern wie Calosso oder Cialdea geteilt wurde, die ein neutrales Europa der dritten Kraft forderten. Allen Strömungen war allerdings gleich, dass sie für Europa einen Art Missionsgedanken ausmachten, den Europa in der Welt erfüllen sollte. Ferner verbanden sie mit dem Terminus der europäischen Einigung die Hoffnung auf wirtschaftlichen und technischen Fortschritt. Europa sollte die Nationalismen ersetzen.

Folglich finden sich mehrere abgrenzende Begriffe für das sozialdemokratische Europa. Über den gesamten Zeitraum sind als ablehnende Topoi die Nation und der Faschismus zu nennen. Der Faschismus wurde durch die Begriffe des Totalitarismus und Kommunismus ergänzt. Der Topos „Osten“ wird dabei allerdings kaum benutzt. Gleichzeitig wird ein konservatives Europa abgelehnt, indem vor allem Churchill als Exponent dieses Europabegriffs, der Vatikan aber im Gegensatz zu den Sozialisten weniger stark angegriffen wird. Die europäische Einigung erschien im Gegensatz zu den „Maximalisten“ als mögliche Methode zur Durchsetzung sozialistischer Vorstellungen.

Die sozialdemokratischen Politiker lösen sich bis 1947 aus der klassenkämpferischen Rhetorik und lehnen den Kapitalismus nicht vollkommen ab, sondern akzeptieren diesen als Grundlage für die kommenden politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Evolution ersetzte hier die Revolution. Somit werden auch die USA nicht negativ rezipiert, sondern erscheinen seit dem Vorschlag des *European Recovery Programs* als Partner und Freund Europas. Mit der weiteren internationalen Zuspitzung schreiben führende Sozialdemokraten Europa und den USA gleiche Interessen zu, wobei allerdings auch Unterschiede in der politischen Kultur festgestellt werden. Großbritannien erscheint mit seiner *Labour*-Regierung als zentraler Fixpunkt der europäischen Politik, wobei jedoch mit dem Jahr 1949 erste Zweifel am Willen zu einer europäischen Einigung geäußert werden, die mit einer Art briti-

schen Staatsräson erklärt werden.<sup>561</sup> Gleichzeitig erhoffen sich die italienischen Sozialdemokraten von der britischen Regierung tatkräftige Mithilfe bei der Revision des Friedensvertrages, vor allem hinsichtlich des Triestproblems und den Kolonien. Gleiches erhofft man sich von Frankreich, wobei die ersten Grenzkonflikte nach dem Zweiten Weltkrieg schnell überwunden sind und stattdessen mit dem Projekt der Zollunion eine Einigung mit Frankreich als möglicher Ansatzpunkt für eine europäische Einigung aufgefasst wird. Deutschlands Bedeutung für eine europäische Einigung wird, unter der Berücksichtigung der SPD, stets herausgestrichen. Die Beneluxländer spielen kaum eine Rolle und wenn, dann mit ihrem Beispiel für ihre gemeinsame Zollunion. Als Abgrenzung werden vor allem die osteuropäischen Länder und ihr totalitären Regime angeführt, wobei allerdings immer wieder betont wird, dass man auch mit Osteuropa eine friedliche Zusammenarbeit anstreben wolle.

Innerhalb der italienischen Sozialdemokraten finden sich eine ganze Reihe unterschiedlicher europäischer Aktivisten, wobei auch hier die Föderalisten die bedeutendste Gruppe sind, diese aber von anderen Gruppen wie der Zeitschrift *Europa socialista* oder der MSEUE flankiert werden. Folglich begrüßen die Sozialdemokraten die ersten Schritte des Europarates und verteidigen diesen vor Angriffen, wonach die europäische Einigung eine reine Utopie darstelle.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten werden vor allem bei der Betrachtung der unterschiedlichen Politikfelder deutlich, die den Europabegriff der Parteien und ihrer Strömungen mit Leben füllten.

Durch die beginnende Diskussion um den Marshallplan sind vor allem die Wirtschaftspolitik und der wirtschaftliche Wiederaufbau zu nennen. Die wirtschaftliche Kooperation berührte dabei auch einen weiteren Bereich, der die italienische Nachkriegspolitik entscheiden prägen sollte: den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und dem Aufbau des *Mezzogiorno*. Die Europäische Einigung wurde von ihren Befürwortern stets mit dem Gedanken einer wirtschaftlichen Prosperität verbunden. Dies strichen die christdemokratischen und sozialdemokratischen Befürworter heraus. Selbst die die europäischen Einigungsschritte ablehnenden Sozialisten konnten sich dieses Arguments nicht vollkommen verwehren, betonten aber die Nachteile, die den italienischen Arbeitern entstehen könnten. Dies geschah zum Beispiel bei den Redebeiträgen, die die italienisch-französische Zollunion thematisierten. Ferner äußerten die italienischen Sozialdemokraten immer wieder, dass die sozialistische Umgestaltung der europäischen Wirtschaft nur auf der europäischen Ebene stattfinden könne, wodurch diese zwangsläufig die Schaffung dieser Ebene und die Mitarbeit in der sozialistischen Parteienkooperation gutheißen mussten.

Ein weiteres die europäische Einigung berührendes Politikfeld war die Frage nach der staatlichen Souveränität und der Gleichberechtigung. So waren sich alle hier genannten Parteien einig, dass der Nationalstaat überwunden werden müsse, Souveränität abgegeben werden könne und dies mit dem Ziel verbunden werden müsse, dass Italien gleichberechtigt in die internationale Gemeinschaft zurückkehren sollte. Doch hier waren die Gemeinsamkeiten schon erschöpft, denn die Bewertung des Marshallplans, des Friedensvertrages, der Grenzfragen und sowie der Kolonialfragen und weiterer internationaler Verträge fiel be-

---

<sup>561</sup> Siehe oben die Artikelserie Vittorellis in den *Cronache Sociali* aus dem Jahr 1949.

kanntlich unterschiedlich aus. Was die Sozialisten als „Versklavung unter die amerikanischen Interessen“ geißelten, verteidigten große Teile der Christ- und Sozialdemokraten als Voraussetzung für eine souveräne und gleichberechtigte Politik und als Beweis für neu erlangtes Vertrauen. Eine europäische Ordnung war dabei Mittel zur Wiedererlangung einer angemessenen Position in beiden Ländern.<sup>562</sup> Dabei spielte in den Reden der Regierungspolitiker die europäische Perspektive eine entscheidende Rolle – auch bei der Annahme des Marshallplanes, der in der Historiographie jedoch öfters als Vorbote der NATO und somit als Grundsatzentscheidung für den Westen interpretiert wurde.<sup>563</sup>

Dies wurde umso deutlicher im Feld der Verteidigungspolitik, die auch in den ab Ende 1947 gemeinsam regierenden Parteien erbitterte Diskussionen auslöste. Europa war mit dem aufkommenden Kalten Krieg verbunden, *europoismo* und *atlantismo* gehörten für De Gasperi und Sforza zusammen.<sup>564</sup> Die eigene Verteidigung wurde von allen Parteien als notwendig angesehen. Es stellte sich nur die Frage, gegen wen und mit wem. Dabei oszillierten die Positionen zwischen einer unabhängigen Position mit einer Präferenz nach Ost oder nach West, zwischen einer vollkommen unabhängigen Position eines Europas der dritten Kraft bis hin zu einer europäischen Verteidigung im Rahmen einer atlantischen Gemeinschaft. Letztere Position setzte sich durch und somit wurde die Diskussion über den Beitritt zur NATO mit der italienischen Teilnahme am Europarat verbunden, zumal von christdemokratischen Europaaktivisten wie Benvenuti der Zusammenhang zwischen atlantischen und europäischen Werten betont wurde. Ohne Zweifel bestimmten die oben im Text beschriebenen, sich im Laufe der betrachteten fünf Jahre extrem wandelnden verteidigungspolitischen Positionen der Parteien entscheidend deren Europabegriff. Die Verbindung mit der Sicherheitspolitik, sowohl im inneren wie im äußeren Bereich, trug nicht zuletzt zur Kontroversität in Italien bei, zumal sich jede Partei ein besonderes moralisches Primat zuschrieb, das ihr selbst durch die Überwindung des Faschismus zukomme.

Weitere den Europabegriff füllende Politikfelder waren in den 40er Jahren die Arbeitsmarktpolitik und damit zusammenhängend die Frage der Emigration und die Kulturpolitik.<sup>565</sup> Kontroverser sollte sich Diskussion über die Zukunft Deutschlands herausstellen, die auch für die italienische Europadiskussion maßgeblich war. So wurden dort immer wieder Vorschläge zur Ruhr oder zur deutschen Einheit getätigt.<sup>566</sup> Die Zukunft Deutschlands wurde parteiübergreifend als zentral für die Zukunft Europas angesehen. Doch auch hier spiegelte sich bei den italienischen Parteien die internationale Entwicklung mit ihrer Positionierung für oder gegen die Einbindung der Teile Deutschlands in den jeweiligen östlichen oder

<sup>562</sup> Siehe allein den Titel „*L'europoismo 'nazionalista'*“ von Ballini und Varsori zur Charakterisierung der Europapolitik Italiens von 47-50 (wie Anmerkung 289).

<sup>563</sup> Vgl. Varsori, Cenerentola. S. 42. In Anmerkung 25 weiterführende Literatur zur historiographischen Einschätzung. Varsori selbst betont jedoch den ERP als Beginn der europäischen Einigung. Ebd.

<sup>564</sup> Vgl. hierzu die Studie Prati, Giulia: *Italian foreign policy, 1947-1951. Alcide De Gasperi and Carlo Sforza between Atlanticism and Europeanism*. Göttingen 2006.

<sup>565</sup> Zur Europafrage und der Emigration siehe die eigenständige Monographie Romero, Federico: *Emigrazione e integrazione europea*. Rom 1991.

<sup>566</sup> So schlug Basilio Cialdea, der Verantwortliche für die internationale Politik bei der *L'Umanità*, im März 47 nach dem Scheitern der Moskauer Konferenz vor, dass die Stahlindustrie der Ruhr sozialisiert werden müsse, wobei vor allem die deutschen Arbeiter hieran beteiligt werden müssten. Dies könne der Anfang sein, auch andere Gebiete einzubeziehen, wie Schlesien, die Saar, Lothringen oder auch Anlagen in Norditalien. In: Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 266 f.



westlichen Block wider. Ein entscheidender Unterschied zwischen Italien und den drei Westzonen war die relative Stärke, die die Europäischen Bewegungen in Italien gegenüber ihren deutschen Partnern hatten. Erst der Anstoß von außen, durch die UEF und Churchill, vermochte die deutsche Europäische Bewegung eine gemeinsame Richtung geben.<sup>567</sup>

Neben den konkreten politischen Zielen darf nicht vergessen werden, dass die „europäische Lösung“ an sich mit ihrer Eigendynamik und den mit ihm verbundenen Pathos immer wieder geeignet war, auch in Politikfeldern gebraucht zu werden, die auf den ersten Blick keine direkte Verbindung mit dem Europabegriff hatten. Europa war ein Modebegriff, der für (fast) alle Probleme eine Lösung bereithielt. Die Verschiebung des konkreten Problems auf eine europäische Ebene half dabei, Verantwortlichkeiten der Politiker für Probleme neu zu regeln – und ebenso Verantwortlichkeit abzuschieben. Europa bestand also schon als politischer Sündenbock, ehe es überhaupt institutionell geboren war. Europa als Ziel am Horizont hatte Konjunktur.

Gleichzeitig treten die unterschiedlichen Bedeutungen hervor, die mit dem Topos Europa verbunden werden. Diese reichen von der einfachen Beschreibung des Kontinents als geographischer Einheit, wobei die Grenzen jeweils unterschiedlich beschrieben wurden und dies dem politischen Gegner auch stets vorgehalten wurde (zu klein, zu groß) über die Beschreibung einer kulturellen Gemeinschaft, was dann wiederum den Streit über die sie konstituierenden Werte nach sich ziehen konnte, die es dann eventuell zu verteidigen galt, bis hin zur Vorstellung einer politischen Einheit, wobei auch hier die konkreten Formen umstritten waren. Dennoch lässt sich für die gesamten Parteien festhalten, dass der Begriff Europa grundsätzlich positiv besetzt war und mit unterschiedlichen Werten und Begriffen gefüllt werden konnte, wie sich ebenfalls in den kommenden Jahren zeigen sollte. Denn die Veränderung des dem Topos Europa zugewiesenen Wortfeldes änderte die politische Einstellung gegenüber den bald konkret formulierten und beschlossenen europäischen Einigungsschritten.

---

<sup>567</sup> Loth, Wilfried: "Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik", in: Herbst, Ludolf (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt. München 1990. S. 63-77. Hier: S. 64 ff.



---

### III. Die Diskussionen 50/51 – Europa im Zeichen des Friedens und der Sicherheit

#### III. 1 Die Debatte um Europa in der Bundesrepublik

Ludwig Erhard in Zürich am 6.2.52

„Gerade wenn wir uns dann über das Problem einer europäischen Ordnung unterhalten, stoßen wir auf eine Art babylonische Sprachverwirrung. Es ist heute in Europa so, daß jeder den Begriff im Munde führt, jeder sein Bekenntnis zu Europa abzulegen bereit ist, im ganzen aber nur sehr wenig Klarheit darüber besteht, welche Gestalt dieses zukünftige Europa haben soll und welche Wege eingeschlagen werden müssen, um das ehrliche Mühen zum Ziele zu führen.“<sup>1</sup>

##### III.1.1 Die Saarfrage und der Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat

Die Bundesrepublik war noch kein souveräner Staat. Dennoch brachten die Jahre 1950/51 für die Bundesrepublik mit den europäischen Integrationsschritten erste außenpolitische Richtungsentscheidungen. Ausgehend von dem Provisorium Bundesrepublik und dem Entscheidungsvorbehalt der Besatzungsmächte war das Ziel aller bundesdeutschen Bemühungen die Erlangung der vollen Souveränität. Der Weg dorthin war in den kommenden Jahren heftig umstritten, wie schon das Petersberger Abkommen im November 1949 zeigte, das im Kabinett nur zögerlich angenommen und von der SPD abgelehnt worden war. Das Petersberger Abkommen sah bereits die Einbindung der Bundesrepublik in die westeuropäischen Organisationen wie den Europarat vor.<sup>2</sup>

Als schwierigstes Hindernis sollte sich beim Beitritt zum Europarat die Lage an der Saar herausstellen, die aus der französischen Besatzungszone ausgegliedert worden und 1947 mit Frankreich eine Zoll- und Währungsunion eingegangen war. Die Lage wurde durch den Abschluss der Saarkonventionen vom März 1950 verschärft, da diese neben der Verpachtung der Saargruben für 50 Jahre an Frankreich auch die außenpolitische Vertretung der Saar durch Frankreich vorsahen.<sup>3</sup> Obwohl die endgültige Zugehörigkeit der Saar nach Drängen Washingtons und Londons schlussendlich erst mit einem Friedensvertrag geregelt werden sollte, barg die Saar Konfliktpotenzial für die deutsch-französischen Beziehungen. Einige Politiker – auch aus dem Regierungslager – gaben einer

---

<sup>1</sup>Hohmann, Karl (Hg.): Ludwig Erhard: Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften, Wien 1988. S. 322.

<sup>2</sup>Vgl. Conze, Suche nach Sicherheit. S. 63 und 66.

<sup>3</sup>Siehe hierzu den Sammelband Poidevin, Raimond und Hudemann, Rainer: Die Saar 1945-1955. München 1995. Selbst ein durch und durch auf die europäische Integration ausgerichteter und zu Kompromissen gerade gegenüber Frankreich bereiter Politiker wie von Brentano sprach von dem „Gefühl einer tiefen und echten Enttäuschung“. Noch schlimmer wiege indes, dass im Ausland noch nicht einmal Verständnis für die deutsche Empörung herrsche. Rede Brentanos vom 10.3.50. Abdruck in: von Brentano, Heinrich: Deutschland, Europa und die Welt. Reden zur deutschen Außenpolitik. Bonn/Wien/Zürich 1962 (hrsg. von Franz Böhm). S. 61-69. Hier: S. 61 f.

Aussöhnung im Falle einer Saarabtrennung nur geringe Chancen. Weiteres Öl wurde ins Feuer gegossen, als die Westmächte auf Betreiben Frankreichs die Bundesrepublik aufforderten, einen Antrag auf die Assoziierung zum Europarat zu stellen, obwohl die Statuten des Europarates die Einladung neuer Mitglieder vorsah. Die angestrebte Gleichberechtigung wurde damit empfindlich gestört. Trotz Vorwürfen in Richtung Frankreich stellte Adenauer intern den deutschen Beitritt zum Europarat nicht grundsätzlich in Frage.<sup>4</sup> Öffentlich polterte er aber, dass die Saarkonventionen „eine Entscheidung gegen Europa“ seien, zumal die Saarfrage nur mittels einer deutsch-französischen Aussöhnung auf europäischer Ebene gelöst werden könne. Die Saarfrage sei wegen der Reaktion des Ostens von großer Bedeutung. „Psychologisch ist für uns Deutsche und für die europäische Frage der Abschluß der Konventionen zwischen Frankreich und der Saar geradezu verheerend. [...] Diese Konventionen sind dazu angetan, den nationalistischen Bestrebungen in Deutschland die stärkste Unterstützung zu geben, die ihnen überhaupt gegeben werden konnte“. Er sei vom französischen Außenminister Schuman doppelt enttäuscht: Erstens seien sich beide einig gewesen, die Saarfrage bis zum Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat ruhen zu lassen. Zweitens sei ihm vor zwei Jahren durch Schuman die Rückkehr des Saargebietes nach Deutschland zugesichert worden.<sup>5</sup> Adenauer bekräftigte vor dem Auswärtigen Ausschuss, dass die Bundesrepublik dem Europarat nicht beitreten würde, wenn die Saargruben über einen langen Zeitraum an Frankreich verpachtet würden. Die Zusammenarbeit mit den Westmächten sei höchst disparat: mit den Briten sei sie am besten, mit den Franzosen am schlechtesten. Dies war Wasser auf die Mühlen des SPD-Politikers Lütken, der der Saar Menschenrechtsverletzungen vorwarf, die der Europarat verbiete.<sup>6</sup>

Auch Kaiser hatte bei seiner Eröffnungsrede zum Deutschlandtag der Sozialausschüsse der CDU/CSU am 4. Februar 1950 in Oberhausen neben seiner Sorge um die ost- und mitteleuropäischen Gebiete zur Saar Stellung genommen, die „Folgen des Hitlerabenteuers“ seien. Wenn man für die Gebiete in Ost- und Mitteldeutschland verantwortlich sei, könne „man zu volkspolitischen Problemen im Westen unseres Landes nicht schweigen.“ Dieser „Ausdruck der Sorge um deutsche Volksteile und deutsches Volksgut“ sei aber kein Nationalismus, obwohl man sich nach dem Hitlerregime diesen Vorwurf verständlicherweise gefallen lassen müsse. „Nur wer die seelische und körperliche Not unseres Volkes in den Hitlerjahren voll miterlebt hat, weiß um das ehrliche Verlangen seiner breitesten Schichten nach echter europäischer Gemeinschaft.“ Doch sei dies kein Grund, die wahren Empfin-

---

<sup>4</sup> So Adenauer auf der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Unionsparteien am 27.2.1950. Sollte, wie von Bidault versichert, kein Pachtvertrag abgeschlossen werden, gebe es seinerseits keine Bedenken gegen einen Beitritt zusammen mit der Saar. Buchstab, Die Unionsparteien 1946-1950. Nr. 27. S. 692 f.

<sup>5</sup> Die Äußerungen Adenauers sind zu finden in Keesing's Archiv der Gegenwart (1950). S. 2284. Der Besuch Schumans vom Januar 1950 hatte großes Aufsehen erregt. Insbesondere durch Kontakte im Rahmen des Genfer Kreises im Februar 1950 und durch ein Treffen Schumans mit von Brentano im März 1950 konnten erste Wogen geglättet werden. Siehe Kaiser, Christian Democracy. S. 239. Zur weiteren Behandlung der Saarfrage im Rahmen der christdemokratischen Parteienkooperation: Ebd. S. 239 ff. Die Aufzeichnung Adenauers zum Gespräch ist abgedruckt in: DzD 2/3/2. Nr. 208.

<sup>6</sup> Auswärtiger Ausschuss 49-53. Nr. 8a. Informationen nach einem Bericht des Bremer Vertreters im Auswärtigen Ausschuss.

dungen „jedes friedliebenden, einsichtigen und verantwortlichen Deutschen“ zu verschweigen.<sup>7</sup>

In seiner Regierungserklärung vom 10. März 1950 begann Adenauer mit einer schrittweisen Revision seiner Schlussfolgerungen zur Saar. Seinen Einspruch gegen die Konventionen erhielt er mit dem Verweis auf die endgültige Regelung in einem Friedensvertrag aufrecht. Obwohl die Konventionen eine schrittweise Loslösung des Saargebietes zur Folge haben könnten, dürfe man den Beitritt zum Europarat nicht an die Thematik der Saar koppeln. Seine Taktik ging nun dahin, durch beschwichtigende Worte die beiden anderen Besatzungsmächte auf seine Seite zu ziehen, die sich insbesondere durch die Aussagen McCloy's und dessen Forderungen nach freien Wahlen in Gesamtdeutschland gebunden fühlen mussten. Dieses Gesamtdeutschland würde dann das Saargebiet umfassen. So schrieb das Bremer Bundesratsmitglied Ehlers, dass Adenauer es den anderen Parteien überlasse, deutlichere Kritik zu üben. Die Bundesregierung werde einen versöhnlicheren Ton anschlagen, zumal sich Adenauer durch die angebliche britische Ansicht bestärkt sah, wonach die Konventionen nur temporär den aktuellen Status fixierten. Dies stand der Position Ollenhauers und Eichlers im Auswärtigen Ausschuss gegenüber. Das Abkommen fixierte demnach den Status. Er werde durch einen gleichzeitigen Beitritt der Bundesrepublik und des Saargebietes in den Europarat implizit anerkannt. Dies mache einen Beitritt mit den Konventionen unmöglich.<sup>8</sup>

Daneben sandte Adenauer auch verständnisvolle Signale nach Frankreich. Der Kanzler schlug in einem Interview mit Kingsbury Smith vom International News Service im März 1950 eine gemeinsame Union mit Frankreich vor allem zur Lösung der Saarfrage vor.<sup>9</sup> Dennoch kritisierten die Unionsparteien die alliierte Politik. So berichtete der DUD vom 27.3.1950 von „Falsche[n] Zungenschläge[n] und Indiskretionen“ anlässlich von Verhandlungen Adenauers mit den drei Kommissaren auf dem Petersberg. Weiter hieß es: „Jeder Freund der europäischen Verständigung kann nur hoffen, dass der deutsche Beitritt zum Europarat so schnell wie möglich unter Umständen erfolgt, die sowohl für den Ministerrat in Strassburg wie aber auch für die Bundesrepublik tragbar sind. Nach Lage der Sache kann es sich nur um einen Kompromiss handeln. Dazu könnte in erster Linie Paris beitragen, indem Fragen des Prestiges tunlichst zurückgestellt werden. Frankreich würde ferner sich selbst am meisten dienen, wenn es von seinem selbstverständlichen Misstrauen abließe.“

Interessant bleibe jedoch die Reaktion der SPD abzuwarten, wobei es gelte „mehr als je kaltes Blut [zu] bewahren und realpolitisch [zu] denken. Erinnern wir uns an das Wort des

---

<sup>7</sup> ACDP. 07-001-3256. Rede Kaisers am 4.2.1950 vor den Sozialausschüssen. S. 2-3. Kaiser betonte die Brücken- und Mittlerfunktion zwischen Ost und West, die allerdings diskreditiert sei, und erweiterte diese auf die innergesellschaftliche Aufgabe der Sozialausschüsse zwischen „ernsthaft konservativen Schichten unseres Volkes und den Kreisen, die von dem radikalen Marxismus gekommen sind.“ Ebd. S. 5. Weiterhin sehe er den Bedarf des stärkeren Kontaktes mit den christlichen Arbeitnehmern der Nachbarländer. Man müsse sich allerdings noch über die Form unterhalten, was jedoch zweitrangig sei. Ebd. S. 7.

<sup>8</sup> Auswärtiger Ausschuss 49-53. Nr. 11. Hier die Fußnoten 2 und 6. Ebenso der Brief des bremischen Bundesratsmitglieds Ehlers an den Präsidenten des bremischen Senates, Kaisen. Ebd. Nr. 11a. Interessant ist anzumerken, dass Ehlers am Ende seines Briefes eine gemeinsame Linie zwischen Regierung und Opposition erkennen konnte. Es sei zu einer Annäherung gekommen, die Adenauer auch in seinen Gesprächen mit Vertretern des Bundesrates bestätigt habe.

<sup>9</sup> Schwarz bezeichnete die Ausführungen als „ziemlich unausgegoren“. Schwarz, Adenauer und Europa. S. 490. Die Aussagen finden sich in Keesing's Archiv der Gegenwart (1950). S. 2291.

Bremer Senatspräsidenten Kaisen: ‚Wenn wir nicht nach Strassburg gehen – wohin wollen wir dann gehen?‘ In der Tat: Wohin?!<sup>10</sup> Die Stoßrichtung dieser Veröffentlichung gegen Frankreich, mehr jedoch gegen die SPD war offensichtlich. Die Formulierung des kühlen Blutes sollte wohl hier schon die Gegensätze zum besonnenen Staatsmann Adenauer herausstreichen. Kaisen als innerparteilichen Gewährsmann der eigenen Position anzuführen war eine sowohl in der Union als auch der SPD verbreitete Strategie.

Adenauers Strategie und Werben hatte Erfolg. Der Europarat lud Ende März die Bundesrepublik ein, als assoziiertes Mitglied beizutreten. Im Kabinett wurde der deutsche Beitritt zum Europarat, der nach Adenauer durch die Saarkonventionen ‚zumindest sehr erschwert werde‘, am 28.3. thematisiert. Kaiser brachte seine Bedenken bezüglich der Auswirkungen auf die östliche Grenzen zum Ausdruck und schlug stattdessen auch ‚im gesamteuropäischen Interesse‘ vor, am Europarat nur als ‚interessierter Beobachter‘ teilzunehmen. Vier Bundesminister sprachen sich allerdings für eine klare Entscheidung zugunsten des Westens aus, mit dem man wirtschaftlich und politisch verbunden sei.<sup>11</sup> Adenauer verlangte eine abwartende Haltung, wonach er keine Äußerungen von Kabinettsmitgliedern zu der Thematik wünschte.<sup>12</sup>

Der Beschluss zur Einladung in den Europarat wurde von der CDU äußerst zurückhaltend aufgefasst. So fragte man am 31.3.50 im Deutschland-Union-Dienst in einem Artikel über den Europarat und den Beitritt der Saar: ‚Sind wir erwünscht?‘. Die Einladung an die Bundesrepublik und die Saar sei ‚das dürre Fazit spannungsgeladener Wochen und Monate‘. Die Nachricht habe keine Freude ausgelöst, denn die Entscheidung sei doch nur die Einsicht gewesen, ‚eine Lücke‘ zu schließen, ‚weil die westeuropäische Konzeption das Vakuum in der linken Herzkammer auf die Dauer nicht verkraften kann!‘ Die Einladung habe ‚keine Spur einer freundlichen Geste begleitet‘. Der genaue Text und die Reaktion der Fraktionen blieben abzuwarten. Es bleibe zu hoffen, dass die Entscheidung mit ‚staatsmännischer Weisheit‘ getroffen werde. ‚Grundsätzlich‘ dürften aber ‚berechtigte Zweifel bestehen, ob in gewissen grossen Staaten der europäische Geist so lebendig ist, wie es in der verzweiferten Lage unseres Kontinents wünschenswert oder gar notwendig wäre.‘ Wenn man in die Gemeinschaft nur ‚aus politischen Zweckmäßigkeitsgründen aufgenommen‘ werde, dann sei dies ‚eine Wertminderung nicht nur des Beitritts, sondern auch der Gemeinschaft.‘ Die Geschichte des Völkerbundes mahne hier eindringlich.<sup>13</sup> Das Hervorheben der ‚staatsmännischen Weisheit‘ deutete die Strategie der Abgrenzung zu Schumachers

---

<sup>10</sup> DUD Nr. 63, 4. Jahrgang. 27.3.1950. S. 1-2. ACDP. 07-001-3391.

<sup>11</sup> Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Protokoll vom 28.3.1950, abgerufen am 9.12.2009. Geppert, Ära Adenauer. S. 40 f. Siehe auch die Protokolle des Bundeskabinetts. Einleitung. S. 20 f. Dort auch der weitere Verweis auf die entscheidenden Kabinettsitzungen. In der Kabinettsitzung vom 7.3.50 erklärte Adenauer, dass die Saarlpläne Frankreichs abzulehnen seien und dass in dieser bedeutenden Frage Absprachen mit den anderen Parteien, insbesondere mit der SPD, erfolgen müssten. Die Saarfrage sei aufgrund ihrer Auswirkungen auf die Grenzfragen, der Kohle und aufgrund ihres Einflusses auf die nationalistischen Strömungen und die Sowjetunion von großer Bedeutung. Der Beitritt zum Europarat solle aufgrund der nicht sicheren Mehrheit nicht thematisiert werden. Booms, Hans (Hg.): Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Band 2 (1950). Boppard am Rhein 1984. 51. Kabinettsitzung. S. 247 f.

<sup>12</sup> Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Protokoll vom 31.3.1950, abgerufen am 9.12.2009.

<sup>13</sup> ACDP. 07-001-3391. DUD vom 31.3.1950. S. 1-2.

Politik an – zumal Kirkpatrick über Blankenhorn an Adenauer ausrichten ließ, dass Deutschland im Falle eines Beitritts „Konzessionen“ zugestanden bekäme.<sup>14</sup>

Dies wurde drei Tage später offensichtlich. Der DUD veröffentlichte einen weiteren Artikel, der von knappen Mehrheitsverhältnissen sprach. Die überwältigende Mehrheit der CDU und der Koalition würde für den Beitritt stimmen, während die SPD, die Kommunisten und die Rechte den Beitritt wahrscheinlich ablehnten. Es sei daher nur eine knappe Mehrheit zu erwarten, die für die Bundesrepublik und den „europäischen Gedanken“ nicht zuträglich sei. Obwohl ein Dilemma der SPD wegen der eventuellen Beteiligung an einer Delegation thematisiert wurde, würde die Bundesregierung nur ungern eine Delegation ohne die Sozialdemokraten nach Straßburg entsenden.<sup>15</sup> An dem Beispiel des Europarates wurde deutlich, wie aus der gemeinsamen Position der SPD und der Union gegen die Saar-konventionen das Konkurrenzthema Europarat entstand, das in den folgenden Monaten die politische Agenda maßgeblich bestimmen sollte. Darüber hinaus war die Forderung nach einer europäischen Zusammenarbeit ein wandelbares Argument sowohl gegenüber auswärtigen Mächten als auch gegenüber dem politischen Gegner. Die Forderung nach einer europäischen Zusammenarbeit gehörte in allen Parteien zum guten Ton. So lautete die letzte der allgemeinen Forderungen der JU des Deutschlandrates am 25./26.3.1950: „9. Den gleichberechtigten Zusammenschluß der europäischen Staaten zur europäischen Union“.<sup>16</sup> Auch Adenauers allgemeine Forderungen nach einer europäischen Einigung in seiner Berliner Rede vom 18.4.50 wurden, außer von den Kommunisten, mit Beifall bedacht. Die Aussage, dass sich das deutsche Problem nur in einer europäischen Perspektive lösen lasse, war schlichtweg *common sense* der deutschen Nachkriegspolitik.<sup>17</sup>

Am 9.5. schließlich stimmte das Kabinett für den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat, begleitet von dem DUD-Artikel „...der Feind des Guten“. „Europa ist ein Glied der westlichen, abendländischen und damit christlichen Kulturgemeinschaft und bekennt sich unverbrüchlich zu ihr.“ Deswegen habe es ein Recht auf Selbstbestimmung und dürfe nicht zwischen „den beiden Weltmächten [...] zerrieben werden.“<sup>18</sup> Im Kabinett stimmten Kaiser und Heinemann erst nach einer Sonderbesprechung für den direkten Beitritt, den der Erste aus Sorge um Ostdeutschland, der Zweite aus Befürchtungen über eine damit verbundene Wiederaufrüstung verschieben wollte.<sup>19</sup> Der Fraktionsvorstand um Brentano, Henle und auch Gerstenmaier lehnten jedoch schon zu Beginn des März eine Verknüpfung der Saar-konventionen mit dem Beitritt zum Europarat ab. Sie unterstützten damit Adenauer, der, trotz Eigenlebens der Fraktion, vor allem in der Außenpolitik den Ton in den kommenden Jahren vorgeben sollte.<sup>20</sup>

<sup>14</sup> Siehe den Tagebucheintrag Blankenhorns vom 27.4.50. Auch Churchill ließ mitteilen, dass eine Ablehnung des Beitritts zum Europarat eine schwere Enttäuschung wäre. In: DzD 2/3/2. Nr. 267 und 271. S. 714 f. und 719.

<sup>15</sup> ACDP. 07-001-3391. DUD vom 3.4.1950. S. 4 f.

<sup>16</sup> UID vom 1.4.1950. S. 2. ACDP. 07-001-3238.

<sup>17</sup> Die Rede ist größtenteils abgedruckt in: Adenauer, Konrad: Die Demokratie ist für uns eine Weltanschauung. Herausgegeben von Felix Becker. Köln 1998. S. 56-64.

<sup>18</sup> DUD vom 9.5.1950. Nr. 92. 4. Jahrgang. S.1. ACDP. 07-001-3391.

<sup>19</sup> Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Protokoll vom 9.5.1950, abgerufen am 9.12.2009.

<sup>20</sup> Zur Domestizierung der Fraktion durch Adenauer, die zwar nach Schwarz keineswegs einem einfachen „Häuptling und Gefolge“ Schema gefolgt habe, die aber in der Außenpolitik, wenn auch mit gelegentlichem Zögern, eindeutig dem Kanzler gefolgt sei, siehe Schwarz, Hans-Peter: Die CDU/CSU-Fraktion in der Ära

Die Entscheidung traf auf den Widerstand der SPD. Auch wenn die Unterschiede in der Europakonzeption schon in den 40er Jahren vorhanden waren, so stellte doch der Beitritt zum Europarat nun nach dem Ruhrstatut eine erste große Möglichkeit dar, über „Europa“ parteipolitisch zu streiten. Schon in der Debatte vom 15. November 1949 hatte Schumacher anlässlich des Besatzungsstatuts die Außenpolitik Adenauers und dessen autoritären Stil kritisiert.<sup>21</sup> Die europäischen Bemühungen spalteten Europa nach der Spaltung der „russisch-totalitäre[n] politische[n] Aggression“ noch einmal, indem Spanien und Portugal, aber vor allem Großbritannien und die Skandinavischen Länder nicht an dem Einigungsprozess beteiligt würden. Für Schumachers „Idee der Vereinigten Staaten von Europa“ war dies ein vollkommener Frevel, zumal er eine wirtschaftliche Integration auf der Basis der Schwerindustrie ablehne, da es nicht um „wirtschaftliche Interessen einzelner schwerer industrieller Gruppen gehe“, sondern „um den Einbau des deutschen Staatswesens und des deutschen Volkes in Europa“.<sup>22</sup> Deutschland dürfe nicht als Mitglied zweiter Klasse der Ruhrbehörde wirken, sondern die SPD fordere eine „europäische Internationalisierung der westeuropäischen Schwerindustrie“.<sup>23</sup> Als Kompromiss für den Europarat schlug Schumacher schon hier vor, Saar-Delegierte in eine deutsche Delegation zu integrieren. Er warnte die Bundesregierung schon im Herbst 49, „durch die Akzeptierung der gleichzeitigen Aufnahme Deutschlands und des Saargebietes in den Europarat nicht nur Westeuropa und die Position des Deutschen Bundesrepublik in Westeuropa zu beeinträchtigen, sondern auch die politisch-moralische Position der Deutschen im Kampf um die Rückgewinnung der Gebiete östlich der Oder und Neiße zu zerstören.“ Adenauers Politik sei nicht die Politik eines langsamen Vertrauensgewinns, sondern die des „nationalen Ausverkaufs“.<sup>24</sup> Die Zuspitzung der außenpolitischen Debatten zwischen Schumacher und Adenauer bahnte sich an.<sup>25</sup>

Gerade Schumachers scharfe Wortwahl griff die Union an, wobei die Ergebnisse der Konferenz von Paris und damit die Ergebnisse der Politik Adenauers als „Ersten Schritt nach Europa“ bewertet wurden. Anders als nach Schumachers Bewertung ziele die Re-

---

Adenauer. In: Ders. (Hg.): Die Fraktion als Machtfaktor. München 2009. S. 9-37. Hier: S. 13 sowie S. 34 f. Zu der Sitzung des Fraktionsvorstandes vom 3.3.1950 siehe Bracher, Karl Dietrich u.a. (Hg.): Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 1949-1966. Sitzungsprotokolle 1949-1953. Düsseldorf 1998. Offensichtlich beschränkte sich der Widerstand in der Fraktion gegen einen Beitritt zum Europarat trotz Saarkonventionen auf neun Abgeordnete. Siehe die Sitzung vom 13.3.50. S. 244.

<sup>21</sup> Schumacher, Reden. S. 714-731. Hier S. 714-718. Ebenso Schumacher, Bundestagsreden. S. 28-45. Dort ist die Rede überschrieben mit „Deutschland und Europa“. Zur Auseinandersetzung um den Europarat, den Merseburger in eine Kontinuität mit der Auseinandersetzung über die Ruhrbehörde stellt und die dann in die Debatte um den Schumanplan mündete, siehe Merseburger, Schumacher. S. 464 ff. Hier beschreibt er zutreffend das Dilemma, in der sich die SPD befand. Die Ablehnung einzelner Schritte konnten in der politischen Debatte als Generalabsage interpretiert werden, obwohl die SPD und Schumacher selbst die Vereinigten Staaten von Europa gefordert hatten.

<sup>22</sup> Schumacher, Reden. S. 718 f.

<sup>23</sup> Ebd. S. 725 ff.

<sup>24</sup> Zur Saar: Schumacher, Reden. S. 728 f. Zur Bewertung der gesamten Rede: Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 114-116.

<sup>25</sup> Siehe Heidemeyer, Helge: Einleitung, in: CDU/CSU-Fraktion 1949-1953. S. I-CLXXXI. Hier S. LXXIII f. Adenauer und Schumacher suchten in den ersten beiden Jahren immer wieder die direkte Auseinandersetzung. Siehe Weber, Petra: Einleitung. In: SPD-Fraktion 1949-1953. S. IX-CLXXVII. Hier S. LXXVIII f.



gierungspolitik auf eine Vertrauensbildung und damit auf eine „vorsichtige Politik des europäischen Ausgleichs“ hin.<sup>26</sup>

In der Nachtsitzung des Bundestages am 24./25.11 zur Aussprache über das Petersberger Abkommen beschuldigte Schumacher Adenauer erneut, den Alliierten zu weit entgegen gekommen zu sein. Nach Adenauers Aussage, dass die SPD „eher die ganze Demontage zu Ende“ gehen lassen würde als einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu entsenden, bezeichnete Schumacher Adenauer als „Bundeskanzler der Alliierten“.<sup>27</sup> Die Emotionalität war ein Zeichen für die Bedeutung der Stahl- und Kohleindustrie für Deutschland, der diffizilen Lage, in der die deutschen Parteien sich gegenüber den Besatzungsmächten befanden und zugleich der Bedeutung der Frage der bundesdeutschen Souveränität und territorialen Integrität.<sup>28</sup> Sie wurde auch Thema innerhalb der sozialistischen Parteienfamilie und trieb insbesondere zwischen die SPD und die britische *Labour* einen Keil. Auf einer Konferenz von Experten der sozialistischen Parteien Europas im März 1950 wurde dies deutlich. Deutsche Sozialdemokraten griffen die Ruhrbehörde scharf an. Sie wollten sie nur dann akzeptieren, wenn „die ökonomische Internationalisierung aller schwerindustriellen Zentren“ verwirklicht würde. Falls dies nicht möglich sei, müsse der nationalen Sozialisierung gegenüber einer Internationalisierung der Vorzug gegeben werden. Die SPD betonte mit Nachdruck die europäische Komponente in ihren Vorschlägen, um Nationalismuskorrekturen entgegen zu treten. Dies blieb bei den englischen Sozialisten ohne Wirkung, die feststellten, dass nun sogar diejenigen deutschen Sozialisten die Politik des nationalen Ruhrgebiets unterstützen würden, „die wegen ihres Widerstandes gegen das Nazi-Regime [...] in Gefängnis und KZ gesessen hatten“.<sup>29</sup>

Das Aufkommen der Saarproblematik brachte die Europäische Einigung stärker in den Fokus der Diskussion.<sup>30</sup> Schumacher lehnte nach der Unterzeichnung der Saarkonventionen sowohl in der Fraktionssitzung als auch im Bundestag im März den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat ab. Aufgrund der Beteiligung der Saar sei der Europarat unrechtmäßig, zumal er sich zu relevanten politischen Themen nicht äußern dürfe und ohne parlamentarische Versammlung nur schwach legitimiert sei. Trotzdem werde sich die SPD nach einem Beitritt in der Organisation einbringen. Schumacher stellte vor der Fraktion am 14. März 1950 fest: „Wenn wir die Aufgliederung Sieger, Neutrale und Besiegte gelten lassen, wird die ganze Idee eines gemeinsamen europäischen Aufbaues ad absurdum geführt. Wir wollen Europa. Aber Europa braucht eine europäische Politik und nicht eine Politik der

<sup>26</sup> DUD vom 15.11.49. S. 6-8. ACDP. 07-001-3391.

<sup>27</sup> Zum Ausspruch „Kanzler der Alliierten“ Siehe SPD-Fraktion 1949-1953. Nr. 21. Protokoll der Fraktionssitzung vom 25.11.1949 (morgens), Fußnote 1. Dabei kam es dann am 1.12.49 zu einer gütlichen Einigung zwischen Adenauer und Schumacher, die beide ihre zuspitzenden Aussagen zurücknahmen. SPD-Fraktion 1949-1953. Nr. 26. Fußnoten 1 und 2. Protokoll zur Fraktionssitzung am 1.12.1949 (abends).

<sup>28</sup> Die Emotionalität Schumachers erklärt Bernd Bühlbäcker damit, dass Adenauer die Zustimmung der Gewerkschaften zur Ruhrbehörde verkündete und Schumacher hiervon nichts gewusst habe. Die SPD versuchte in der Folge über die Etablierung von „Sozialen Arbeitsgemeinschaften“ auf Betriebsebene die Meinung in den Betrieben zugunsten der SPD zu verändern. Bühlbäcker, Bernd: Europa im Aufbruch: Personal und Personalpolitik deutscher Parteien und Verbände in der Montanunion. 1949-1958. Essen 2007. S. 116 ff.

<sup>29</sup> Zitiert nach Steininger, Sozialistische Internationale. S. 121 ff.

<sup>30</sup> Zur Saardiskussion Anfang März siehe insbesondere die Dokumente Nr. 29 ff. in: DzD 2/3/1. München 1997. Insbesondere die Denkschriften der Bundesregierung und der SPD zur Saarfrage vom 9. und 7.3.1950. ebd. Nr. 35 und 32.

nationalen Autarkie“.<sup>31</sup> Er stellte in seiner Rede klar, dass eine Abtretung der Saar aus seiner Sicht unannehmbar sei. „Grenzländer können Bindeglieder oder können trennende Wälle sein. Ich fürchte, dass jetzt von einer Seite, die nicht die unsere ist, das Trennende und Abstoßende über Gebühr und über Vernunft hervorgehoben worden ist. Europa schafft man nicht durch die Politik des Subtrahierens und des Addierens von Wirtschaftspotenzial, Staatsterritorium und Bevölkerungszahl.“<sup>32</sup> Dabei war Schumachers Position in der Fraktion nicht unumstritten. Brill war der Wortführer der Fraktionsmitglieder, die Schumachers Ablehnung eines Beitrittes der Bundesrepublik zum Europarat nicht teilten. Doch in der betreffenden Fraktionssitzung unterstützte ihn niemand. Er musste sich dem Fraktionszwang beugen und stimmte mit der Fraktion gegen den Eintritt der Bundesrepublik in den Europarat.<sup>33</sup> Denn im Bereich der Außenpolitik waren es vor allem die Aussagen und Vorgaben Schumachers, die von der Fraktion befolgt wurden und die politische Richtung vorgeben. Gerhart Lützens setzte die Vorgaben in zwei Artikeln im SPD-Pressedienst im April um. Anlässlich der Sitzung des Ministerrates des Europarates am 18.4. stellte er fest, dass die gleichzeitige Einladung des Saargebietes die Zusage torpedieren würde, wonach die Zugehörigkeit des Saarlandes einem endgültigen Friedensvertrag vorbehalten bleibe. Adenauers Beteuerungen würden durch dessen konkrete Politik unterminiert. Lützens sprach von einem „anti-europäischen Beschluss“, der einem „engstirnigen Nationalismus“ entspringe. Durch die undemokratischen Verhältnisse an der Saar würden die Prinzipien des Europarates mit Füßen getreten. „Die französische Politik der vollendeten Tatsachen“ mache aus dem Beitritt einen „Gang nach Canossa“. Einer Organisation „europäischer-antieuropäischer Interessenpolitik“ brauche man nicht angehören.<sup>34</sup> Obwohl die SPD-Vertreter zusammen mit CDU-Vertretern auf einer Tagung der Europäischen Bewegung eine Resolution gegen die undemokratischen Zustände in der Saarregion verfasst hätten,

<sup>31</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 117-119. Zur Politik der SPD gegenüber der Saarproblematik siehe: Cahn, Jean-Paul: "Die sozialdemokratische Opposition und die Saarfrage 1947-1957", in: Rauls, Bernd (Hg.): Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945-1960. St. Ingbert 1997. S. 177-198. Nach Bühlbäcker fand das Referat Schumachers im erweiterten Parteivorstand statt und stand unter der Überschrift "Europapolitik und Neofaschismus". Schumacher sprach davon, dass „der europäische Gedanke durch nationale Hegemonie-Ansprüche entwertet“ würde. Bühlbäcker, Europa im Aufbruch. S. 121.

<sup>32</sup> Schumacher, Reden. S. 737-745. S. 737. Schumacher beklagte, dass dies ein weiterer Schritt zur Abtretung der Saar und statt der Politik der großen Räume in Wirtschaft und Politik der Weg zu einer neuen Kleinstaaterei sei. Der Schaden durch das „protektoratsmäßige Saargebiet“ für Europa sei größer als der Nutzen für Frankreich. Die Saar sei „zu einem wichtigen Entscheidungsfaktor in der Verwirklichung der europäischen Konzeption überhaupt geworden. Es gibt keine Verwirklichung des europäischen Geistes ohne Demokratie der Völker auch in der Saarfrage.“ So dürfe man in Deutschland die Saarfrage nicht bagatellisieren. „Diese vergleichsweise Wertung von Europa und der Saarfrage kann dazu führen, dass Europa nach uneuropäischen Prinzipien konstruiert wird.“ Ebd. S. 741-742. Schumacher beklagte, dass mit den Marshallplangeldern keine geeinte europäische Wirtschaft aufgebaut, sondern eine Autarkisierung der Nationalstaaten“ erfolgt sei. Ebd. S. 743. Die Bundesrepublik müsse auf eine echte und größtmögliche „wirtschaftliche Vereinigung Europas“, mit Einbezug der Saar, hinwirken, denn sonst konkurrierten sich Frankreich und Deutschland zu Tode. Stattdessen fördere sie eine falsche Politik die Arbeitslosigkeit, die dem „östliche[n] Totalitarismus neue Chancen biete. Ebd. S. 744.

<sup>33</sup> Weber, Einleitung. S. XLVII. Ebendort findet sich auch eine Beschreibung des autoritären Führungsstils Schumachers und mögliche Oppositionsversuche. S. XLVI ff.

<sup>34</sup> Lützens, Gerhart: Europäischer Ministerrat und Saarfrage. In: SPD Pressedienst vom 18.4.50. S. 1-3. Abgerufen auf <http://library.fes.de/> am 2.2.2010.

unternähmen die Regierung und der „Illusionspolitiker“ Brentano gegen die Verletzung der demokratischen Grundwerte nichts. Umso wichtiger sei daher die Behandlung durch den Deutschen Rat der Europäischen Bewegung,<sup>35</sup> dem Teile der CDU reserviert gegenüber standen, da dieser von den Sozialdemokraten dominiert sei.<sup>36</sup>

Die endgültige, den Europaratsbeitritt ablehnende Marschroute, die intern im Parteivorstand damit begründet wurde, dass dieser automatisch die Wiederaufrüstung mit sich bringen würde,<sup>37</sup> wurde auf dem Hamburger Parteitag vom 21.5 bis zum 25.5 1950 nachträglich legitimiert, obwohl zum Beispiel von Schmid darauf hingewiesen worden war, dass der SPD hierdurch sowohl eine Abkehr von der europäischen Idee als auch eine Schaukelpolitik vorgeworfen werden könne.<sup>38</sup> Zur Vorbereitung des Hamburger Parteitages hatte die SPD im Februar 1950 eine Kommission für die Europapolitik eingesetzt.<sup>39</sup>

Schumacher machte auf dem Parteitag deutlich, dass eine europäische Einigung gegen den kommunistischen Osten gerichtet und zu diesem Zweck strikt demokratisch aufgebaut sein müsse. Ein „konservativ-klerikal-kapitalistisches Europa“ sei daher abzulehnen. Stattdessen müsse ein demokratisch-soziales Europa geschaffen werden, das dem kommunistischen Ansturm standhalten könne. Dies wiederum gehe nur bei vollkommener Gleichberechtigung der Partner, was in dem Ausspruch kulminierte: „Ja zu dem Europa der gleichberechtigten, freien Völker!“<sup>40</sup> Durch den Beitritt zum Europarat binde man sich an die

---

<sup>35</sup> Lütken, Gerhart: Europäische Bewegung und Saarfrage. In: Sozialdemokratischer Pressedienst vom 4.5.1950. S. 1-2. Abgerufen auf <http://library.fes.de/> am 2.2.2010.

<sup>36</sup> Siehe Pünders Äußerungen auf der Fraktionsvorstandssitzung der CDU/CSU vom 18.7.1950. CDU/CSU Fraktion 1949-1953. Nr. 132. S. 290. In der „Deutschen Parlamentarischen Sektion der Europäischen Bewegung“ fanden sich verhältnismäßig mehr SPD als CDU/CSU-Abgeordnete wieder. Loth, Die Europa-Diskussion in den deutschen Besatzungszonen. S. 123.

<sup>37</sup> Siehe das Protokoll des SPD Parteivorstandes vom 19.4.1950. In: DzD 2/3/2. Nr. 255. S. 684 f.

<sup>38</sup> Fraktionssitzung am 10.5.1950. In: SPD-Fraktion 1949-1953. Nr. 56. Siehe auch Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. S. 201 ff. sowie Ramuschkat, Die SPD. S. 89 ff. Nach Ramuschkat habe die uneinheitliche Gruppe aus Kaisen, Reuter, Brauer, Ritzel, Brill und Löbe keine wirksame Opposition und öffentliche Kritik an Schumacher zustande gebracht.

<sup>39</sup> Sozialdemokratischer Pressedienst vom 5.2.1950. S. 2. ACDP. 07-001-3283. Die Mitglieder waren Ollenhauer, Schumacher, Schmid, Eichler und Henssler.

<sup>40</sup> Zitiert nach Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. S. 202. Der Vorwurf einer klerikalen CDU war Anfang der 50er Jahre weit verbreitet und wurde nicht nur von der SPD benutzt. Dies ging mit der Befürchtung einher, dass in der Bundesrepublik und innerhalb der CDU die Katholiken bevorzugt würden. Siehe Bösch, Adenauer-CDU. S. 109 ff. Der Verlust der überwiegend protestantischen Gebiete östlich der Elbe und das *Gefühl* einer zunehmend von Rom aus gesteuerten Politik mussten geradezu Ängste innerhalb Norddeutschlands und innerhalb der CDU starke Differenzen hervorrufen und war somit ein geeigneter Angriffspunkt. Zur Instrumentalisierung durch die SPD. Bösch, Adenauer-CDU. S. 113-114. Neben dem Klerikalismus wurden der CDU die Vertretung weiterer Partikularinteressen wie dem der Industrie und eine einseitige Personalpolitik vorgeworfen. Hiermit appellierte die SPD zumindest indirekt an Vorstellungen des unpolitischen Beamten und der Bürokratie als politikfreiem Raum. Dass dies in keiner Weise modernen Demokratien entsprach, war auch Schumacher klar. In einem Brief vom 9.12.45 an den Oberpräsidenten Kopf sprach er sich „gegen eine „politische Neutralisierung“ der deutschen Beamten nach englischem Vorbild“ aus. Schumacher, Reden. S. 365-367. Doch auch Adenauer bediente sich dieses unpolitischen Topos durch die ihm eigene „Sachzwangargumentation“, mit der er immer wieder Festlegungen vermied oder bei Kommunalwahlen zu weitgefassten Listenverbindungen riet. Es gehe darum Personen zu finden, „die mit Liebe zu ihrer Gemeinde uneigennützig Verantwortung übernehmen.“ Bösch, Adenauer-CDU. S. 139 ff.

NATO, die man selbst nicht und somit auch eine Entscheidung zu Wiederaufrüstung nicht kontrollieren könne.<sup>41</sup>

Eine „Bürgermeisterfraktion“ um Kaisen und Reuter wandte sich gegen die europapolitischen Vorstellungen Schumachers. Kaisen hatte zum Jahreswechsel 1949 in mehreren Briefen Schumacher angegriffen, da er dessen Politik gegen den deutschen Beitritt zum Europarat weder inhaltlich noch strategisch als richtig einschätzte und dessen „nationalen Sozialismus“ ablehnte. Die Briefe blieben unbeantwortet, woraufhin er einen Artikel gegen die Europapolitik Schumachers in einer holländische Arbeiterzeitung veröffentlichte, nachdem ihm der Abdruck im „Neuen Vorwärts“ verweigert worden war. Der Artikel schlug in Deutschland nach dessen Veröffentlichung in der Welt vom 28.12.1949 hohe Wellen.<sup>42</sup>

Auf dem Parteitag äußerten sich Paul Löbe und Max Brauer gegen die Europapolitik Schumachers. Der Europarat und die Teilnahme an diesem böten die Chance, das von der gesamten SPD gewollte Ziel eines einigen und sozial-demokratischen Europa schneller zu erreichen. Gerade jetzt sei die europafreundliche Stimmung in der Jugend zu nutzen. Nach Brauer durften Saarfrage und Europarat nicht verbunden werden, zumal der Europarat nicht das Vorzimmer der NATO sei. Dem Grundtenor schloss sich auch Willy Brandt an. Dennoch wurde Schumacher von dem Gros der anwesenden Delegierten in seiner Politik bestärkt, wobei besonders Eichler, Wehner und Carlo Schmid eine Mitarbeit im Europarat unter den aktuellen Bedingungen ablehnten. Auf dem Parteitag wandte sich Schmid, trotz seiner Bemerkungen in der Fraktion, gegen den Beitritt zum Europarat und verglich ihn mit der revisionistischen Politik des Versailler Vertrages.<sup>43</sup> Die Resolution des Parteitages verurteilte die Einbeziehung der Saar in den Europarat als eine Verletzung seines eigenen Statuts. Der Missbrauch des europäischen Gedankens durch nationalstaatliche Machterweiterung und kapitalistische Interessen biete dem Totalitarismus Anknüpfungspunkte und gefährde die Demokratie. Der Parteitag stärkte durch die Resolution eindeutig Schumacher den Rücken.<sup>44</sup>

Als Folge der geäußerten Kritik an der Europapolitik des SPD-Vorsitzenden wurde Wilhelm Kaisen nicht mehr in den Vorstand gewählt. In seinen Schlussworten sprach Schumacher den bürgerlichen Parteien prinzipiell die Kompetenz ab, eine demokratische europäische Einigung erreichen zu wollen. Die aktuellen Bemühungen der „Opportunisten und Nationalisten“ seien alles andere als glaubwürdig. Die Regierungsparteien und „besonders die schwerindustriellen Kreise“ seien „die Säuglinge des Europäertums! Aber die Sozialdemokraten sind in diesem Lande die einzigen Erwachsenen des Europäertums!“<sup>45</sup> An die-

<sup>41</sup> Ramuschkat, Die SPD. S. 89 ff.

<sup>42</sup> Ein möglicher Ausschluss Kaisens wurde jedoch schnell dementiert. Müller, Kaisen. S. 164.

<sup>43</sup> Ramuschkat, Die SPD. S. 91 ff. Ramuschkat interpretiert diese Aussagen dahingehend, dass Schmid vor den Forderungen Schumachers eingeknickt sei. Seine Rede sei für seinen Landesverband Sudwürttemberg eine Enttäuschung gewesen, in dessen Folge auch die Niederlegung seines Landesvorsitzes im Sommer 1950 gesehen werden kann. Ebenso Weber, Schmid. S. 428.

<sup>44</sup> Ramuschkat, Die SPD. S. 94.

<sup>45</sup> Vergleiche Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. S. 202 ff. Schumacher wies schon am Ende der Aussprache am 23.5 auf die lange internationale Tradition der SPD hin. In: Schumacher, Reden. S. 780-784. Hier: S. 781.

Langfristig sollte die Hartnäckigkeit Kaisens ihm innerhalb der Partei großen Respekt einbringen. So lobte Georg-August Zinn anlässlich des Ausscheidens Kaisens aus dem Bundesrat dessen Verdienste für die deutsch-französische Aussöhnung, die Grundlage für die europäische Kooperation gewesen seien. Natürlich

sem letzten Satz wird einmal mehr das Selbstverständnis Schumachers deutlich: Fernab reeller, gewählter politischer Mehrheitsverhältnisse postulierte Schumacher für die SPD einen moralischen Führungsanspruch, der durch die Demoskopie bereits kurz nach der ersten Bundestagswahl bis 1953 bestätigt wurde. In diesem Zeitraum wäre eine Bundestagswahl zugunsten der SPD ausgegangen.<sup>46</sup>

Dieses bessere Europa wurde von Carlo Schmid auf einer Veranstaltung der Jungsozialisten und der Falken skizziert. Einzig ein bundesstaatliches Europa mit einem gewählten Parlament in einer Form könne von langer Dauer sein. Er warnte vor einem „retuschierten Reich Karls des Großen“, da dieses an der Elbe aufhöre, bestenfalls ein Brückenkopf für die USA darstelle und für den östlichen Bolschewismus eine „lockende Beute“ sei. Die Vereinigung des Westens müsse wegen seiner selbst und nicht nur als Sicherung gegen den Bolschewismus geschehen. Der gescheiterte Versuch der Zollunion zwischen Italien-Frankreich-Benelux habe gezeigt, dass es einer politischen Autorität bedürfe, die die politische Einigung legitimiere. Der Europarat sei aber nur ein Versuch des „Durchmogelns“ der Regierung vor der öffentlichen Meinung.<sup>47</sup> Somit argumentierte Schmid föderalistisch und pochte auf dem Primat der Politik. Ferner kündigte Schumacher an, dass die SPD „gegen die Profanierung des Begriffs Europa durch Geschäftemacher jeder Art“ kämpfen würde.<sup>48</sup>

Im CDU-Organ DUD wurde die SPD aufgefordert, Europa nicht nur platonisch zu bejahen, sondern auch die konkreten Schritte zu tun. Die „europäische Gesinnung“, oder zumindest die Beteuerung dergleichen, sei schon fast zu einer „westeuropäischen Mode“ geworden. Die Verknüpfung von Populärem mit Unpopulärem erinnere eher an alte römische Volksabstimmungen als an eine Demokratie. Die Gruppe der Schumacher-Gegner sei in Wahrheit in der SPD weitaus größer als dies in der Gruppe um Löbe zu Tage getreten sei.<sup>49</sup> Für sie stellte Brill fest: „Wir wären wirklich merkwürdige Tölpel, wenn wir uns die erste Möglichkeit zu einer selbständig politischen Regelung durch einen Pachtvertrag über die Saargruben verderben lassen wollen!“<sup>50</sup>

Es war bezeichnend, dass Adenauer an dem 9. Mai 1950, obwohl er auf der Tagesordnung angekündigt war, nicht an der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses teilnahm, sondern in einer Kabinettsitzung den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat beschließen ließ und diesen Abends auf einer Pressekonferenz verkündete, ohne zuvor das Parlament oder der Ausschuss zu informieren. Ollenhauer bemerkte, dass die Opposition die wichtigen

---

sind diese Aussagen aufgrund des Festaktes und Zinns Rolle als „Laudator“ vorsichtig zu interpretieren. Siehe: Müller, Kaisen. S. 101-104. Zitat S. 104. Auch Helmut Schmidt lobte diesen anlässlich des Festaktes zu zum 90. Geburtstag 1977, wobei Schmidt schon 1950 klar gemacht hatte, dass dieser die europapolitischen Positionen Brauers, Kaisens, Reuters und Brandts als Mitarbeiter Brauers teilte. Schmidt lobte ebenso die europapolitischen Initiativen Kaisens in seiner Rede anlässlich der Trauerfeier für Kaisen am 22.12.1979. Ebd. S. 139-144.

<sup>46</sup> Schmidtchen, Gerhard: Die befragte Nation. Frankfurt 1965. S. 42 ff.

<sup>47</sup> Die Neue Zeitung vom 24.5.1950. Carlo Schmid befürwortet Schaffung eines bundesstaatlichen Europa. ACDP. 07-001-3391.

<sup>48</sup> SPD-Pressedienst vom 20.5.50. S. 1 f. Hier S. 2. Abgerufen auf <http://library.fes.de/> am 2.2.2010.

<sup>49</sup> DUD vom 2.6.1950. S. 2-4. ACDP. 07-001-3391. Im DUD vom 23.5.50 war der SPD-Parteitag bissig kommentiert worden. ACDP. 07-001-3391.

<sup>50</sup> SPD-Fraktion 1949-1953. Nr. 44. Fußnote 6. Protokoll zur Fraktionssitzung am 9.3.1950.

Informationen wieder einmal nur aus der Presse erfahre.<sup>51</sup> Adenauer wurde in den Ausschuss zitiert. Für den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat legte er die Hauptbeweggründe für seine Politik der Westintegration dar. Einerseits solle der Sowjetunion entgegen gewirkt und andererseits Zweifel in den USA an der Haltung Deutschlands zu Europa ausgeräumt werden. Der Zusammenschluss Europas müsse gefördert und dürfe nicht gleich im Keim erstickt werden. Ein vereintes Europa könne angesichts einer expansiven Sowjetunion als Art dritte Kraft für den Frieden agieren. Die Saarproblematik und deutschlandpolitische Fragen könnten einen Nichtbeitritt nicht rechtfertigen. Weiterhin läge von französischer Seite ein „großzügiger Vorschlag“ vor, der spätere Schumanplan, der nur mit dem Beitritt zum Europarat zu erreichen sei.<sup>52</sup>

Auf der Pressekonferenz betonte Adenauer, dass, obwohl die Zustimmung und die Verkündung des Schumanplans nicht abgesprochen gewesen seien, beides zusammen gesehen werden müsse. Die französischen Vorschläge basierten gewissermaßen auf der deutschen Mitgliedschaft - auch als assoziiertes Mitglied - im Europarat. Der deutsche Beitritt sei bis zum Aufkommen der Saarfrage zwischen den Parteien nicht strittig gewesen, diene nun aber der SPD für ihre Ablehnung des deutschen Beitritts zum Europarat.<sup>53</sup> Er selbst habe sich in den letzten Wochen um Erleichterungen bei den Alliierten bemüht. Der Beschluss des Bundestages sei verzögert worden, um einige Parteien umstimmen zu können oder ein Ereignis abzuwarten, das den deutschen Beitritt plausibler und notwendiger erscheinen ließe. Diese „Entwicklung“ sei nun mit der Londoner Konferenz eingetreten, denn dort spiele die deutsche Frage bei der Klärung, wie „die Front des Westens in diesem kalten Krieg“ in dem Konflikt zwischen den „beiden großen Mächtegruppen“ gestärkt werden könne, eine wichtige Rolle.<sup>54</sup> Dafür sei ein geeintes Europa wichtig, wobei der Europarat der Beginn einer „hoffentlich guten Entwicklung“ sein könne. Daher könne man den Europarat nicht nach dem Prinzip „bekommen wir dies, bekommen wird das, wenn wir in den Europarat eintreten“ bewerten, sondern: „Wir glauben, daß man die Frage des Europarates, unseres Eintritts in den Europarat, unter einem viel größeren und entscheidenderen Aspekt betrachten muß.“ Es ginge um die Schaffung eines „föderativen Europa“, „das ein eminent friedlicher Faktor in der Welt sein muß.“ Keine Macht könne mit den beiden verbliebenen Supermächten konkurrieren und zwischen diesen beiden werde wohl auf ewig „eine latente Spannung“ vorhanden bleiben. „Nun muß es das Ziel sein, in dem Vereinten Europa eine dritte Kraft zu schaffen, eine Kraft, die bei weitem nicht so groß ist, wie diese beiden großen Mächte, auch niemals so groß sein kann, die aber doch immerhin so stark, wirtschaftlich und politisch so stark ist, daß sie, wenn latente Beziehungen sich in akute Spannungen zu entwickeln drohen, ihr Gewicht für die Erhaltung des Friedens in die Waagschale legen

<sup>51</sup> Adenauer wurde stets vorgeworfen, das Parlament zu missachten und Ämter parteipolitisch zu besetzen, obwohl er im September 50 Schumacher bat, Personalvorschläge für das zukünftige Auswärtige Amt und auch für „den polizeilichen Führungsstab“ zu machen, damit „bei Ihnen kein Argwohn bez. Parteipolitischer Zusammensetzung entsteht“. Es kam tatsächlich zu dem Treffen. Ob das Angebot wirklich ernst gemeint war, bleibt ebenso dahingestellt wie die Bewertung, ob dies eine Reaktion Adenauers oder ein Zeichen vorsichtiger Agierens gewesen ist. Der Brief ist abgedruckt in DzD 2/3/2. Dokument 393.

<sup>52</sup> Auswärtiger Ausschuss 49-53. Nr. 17.

<sup>53</sup> Schumacher wies dies am 10.5.50 empört zurück. Er könne sich so etwas nicht vorstellen. Wenn das Saargebiet und die Bundesrepublik gleichzeitig in den Europarat eintreten würden, hätte dies die Anerkennung der „völkerrechtlichen Persönlichkeit des Saargebietes“ zur Folge. In: DzD 2/3/1. Nr. 60. Hier: S.180.

<sup>54</sup> Zur Londoner Konferenz siehe DzD 2/3/2. Nr. 291 ff.

kann.“ Nach dem Krieg sei es gerade in deutscher Verantwortung, „nunmehr unsere ganzen geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Kräfte dafür einzusetzen, daß dieses Europa wird und daß dieses Europa ein Element des Friedens auf der Welt wird“. Dies könnten auch die bedauernswerten Saarkonventionen nicht verhindern.

Trotz der Verbindung mit der Londoner Konferenz widersprach Adenauer der Auffassung, dass der Europarat die automatische Remilitarisierung bedeute. Sowohl die französische als auch die englische Regierung würden sich gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands aussprechen und daher seien „Äußerungen von Privatpersonen“ ohne Belang. Bezüglich der unübersehbaren Folgen für die Deutschlandfrage argumentierte er aus seinem Konzept der Position der Stärke heraus, welches sich schon bei der Gründung der Bundesrepublik als erfolgreich erwiesen habe. „... je stärker die Bundesrepublik Deutschland wird, wirtschaftlich und politisch, politisch jetzt auch international betrachtet, [...], desto besser ist es für Berlin und für den deutschen Osten“.

Die Entwicklungen der letzten Wochen ließen auf eine schnelle Revidierung des Besatzungsstatuts und auf den schnellen ordentlichen Status Deutschlands im Europarat hoffen. Die Vorschläge Schumans pries Adenauer als „großherzig“ und als von „denkbar größter Bedeutung für die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und für die ganze europäische Frage.“ Endlich würden „ganz konkrete und ganz präzise Vorschläge über eine Zusammenfassung der Produktion von Kohle, Eisen und Stahl Frankreichs und Deutschlands“ gemacht, wobei andere Staaten teilnehmen könnten. Der Vorschlag sehe die Gleichberechtigung und mögliche Schlichtungen durch einen Schiedsrichter vor. Damit sei auch die Saarproduktion einbezogen, womit „ein ganz wesentliches Moment der Entfremdung zwischen Frankreich und uns aus der Welt geschaffen worden ist.“ Die Zusammenlegung der Grundproduktion schwebte ihm, Adenauer, schon seit 25 Jahren vor und könne in Zukunft jeden Konflikt vermeiden helfen. „...insbesondere darf ich noch einmal hinweisen auf die große Bedeutung, die die Erwähnung des afrikanischen Kontinents in diesem Vorschlag hat. Da bietet sich die Möglichkeit, neue Märkte, auf denen wir niemand – jetzt meine ich Frankreich und Deutschland, wenn ich sage „wir“ - auf denen wir niemand zur Last fallen.“<sup>55</sup> Damit fanden sich in der Rede die klassischen Positionen Adenauers wieder: Europa als Damm gegen den Bolschewismus; Europa als Mittel zur Aussöhnung mit Frankreich; Europa, um auf die USA einzuwirken; Europa als Mittel für die Deutschlandfrage.<sup>56</sup>

Es war dieser „großzügige Vorschlag“ Schumans, der die Auseinandersetzung über den Europarat zwischen der Union und der SPD prägen sollte. Beide Lager kreuzten am 13.6.50 in der ersten und zweiten Lesung zum Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat die Klängen. Adenauer stilisierte die Zustimmung zum Beitritt zum Europarat mit zwei verschiedenen Zielen hoch: Die Aussöhnung mit Frankreich und die Verteidigung des Westens gegen den Osten.<sup>57</sup> Bei der Abstimmung entscheide sich, wer wirklich für den Westen und wer gegen den Osten sei, wo doch Schumacher auf dem Hamburger Parteitag festgestellt habe, dass die SPD die Hauptlast im Kampf gegen den östlichen Totalitarismus im Zuge der Gründung der SED in der Ostzone vollbracht habe. Schumacher schade dem deutschen Ruf mit seinen Behauptungen, wonach der Schumanplan nur eine industrielle Veranstaltung sei und Deutschland am Schwanz des französischen Gauls in den Europarat

<sup>55</sup> Adenauer, Reden 1917-1967. S. 175-181.

<sup>56</sup> Zu dieser Aufteilung siehe: Geiger, Adenauer e l'Europa. S. 237 f.

<sup>57</sup> Stenographische Berichte. Band 4. S. 2459-2566. Hier S. 2459-2461.

geführt werde. Dessen Einwand, wonach erst ein ausgehandelter Vertrag beurteilt werden könne, wies Adenauer zurück. Gerade das späte Verhandeln sei für einen politischen Erfolg notwendig. Man dürfe dies nicht mit „technokratischen Problemen“ gefährden.<sup>58</sup> Adenauer erkannte auch keinen Unterschied darin, ob sich nun deutsche Delegierten und diejenigen der Saar im Europarat begegnen oder ob die Angehörigen der SPD diese auf der Sitzung der COMISCO treffen würden, worauf Schmid einwarf, dass dies eine unterschiedliche rechtliche Wirkungen haben würde. Die Saarkonventionen und der Beitritt zum Europarat spielten, dem Presseecho nach, für die Oder-Neiße-Linie keine Rolle. Im Gegenteil: Die Saarfrage werde sich durch den Schumanplan entschärfen. Es sei darüber hinaus vollkommen unverhältnismäßig, ein so kleines Problem wie die Saar mit der großen Chance des Europarates zu verknüpfen.<sup>59</sup> Adenauer spielte somit die Auswirkungen auf die Oder-Neiße-Linie als mögliches Argument, im Gegensatz zu seinen Bemerkungen im Kabinett im März, herunter.<sup>60</sup> Eine Ablehnung der Einladung zum Europarat, sei keine Parteinahme für den Osten, aber gegen den Westen. Der Beitritt sei von historischer Bedeutung und im Hinblick auf den Osten und die deutsch-französischen Beziehungen alternativlos.<sup>61</sup>

Brentano brachte in seinem Beitrag keinen substanziiell neuen Argumente, sondern untermalte das von Adenauer Gesagte mit weiteren Metaphern. So werde Europa von der Jugend getragen, wobei er Schmid zitierte: Europa, „an dessen Wiege Humanismus und Christentum Pate gestanden haben“, zu dem auch die ostdeutschen Städte Leipzig, Danzig, Breslau und Königsberg gehörten. Ferner gebiete die technische Entwicklung eine europäische Einigung. So reise man heute mit dem Flugzeug in zwei Stunden von London nach Rom und überquere dabei mehrere Grenzen, was ein Anachronismus sei.<sup>62</sup>

Schumacher antwortete für die SPD.<sup>63</sup> Die aktuelle Behandlung der Saarfrage sei ein Kardinalfehler, denn die Vertröstung auf einen Friedensvertrag sei, da dieser zugleich mit Blick auf die Sowjetunion verschoben werde müsse, absurd. Neben einer Revision des Besatzungsstatuts stelle die Saar eine prinzipielle Frage dar, die Auswirkungen auf die Oder-Neiße-Linie und einen künftigen Friedensvertrag habe. Adenauers Vorwurf, dass sich SPD Vertreter im Rahmen der COMISCO-Konferenz in Kopenhagen mit Vertretern der Saar getroffen hätten, sei irrig. Die verabschiedete Resolution habe aber eindeutig den Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie bestätigt, während sich Brentano bei dem Treffen der Christdemokraten in Sorrent gar den saarländischen Ministerpräsidenten Hoffmann getroffen habe. Der Europarat konstituiere ein schwaches Europa, womit dessen „Funktion der Überwindung des Kommunismus“ nur unzureichend oder gar nicht erfüllt werden könne. Nur ein Europa der Völker sei wirksam. „Europa – und das ist unser kardinaler Vorwurf gegen den Europäischen Rat in Straßburg – darf keine Bestandteile antieuropäischer Politik

---

<sup>58</sup> Ebd. S. 2461-2463.

<sup>59</sup> Ebd. S. 2464

<sup>60</sup> Siehe das Kabinettsprotokoll vom 7.3.1950, abgerufen am 9.12.2009.

<sup>61</sup> Stenographische Berichte. Band 4. S. 2465 f.

<sup>62</sup> Ebd. S. 2469 f. Die gesamte Rede ebd. S. 2366-2470.

<sup>63</sup> Ebd. S. 2470-2478.



haben.“<sup>64</sup> Schumacher erkannte die Strategie der Regierung und warnte vor einer Parteipolitisation der europäischen Idee, die mit dem Europarat nicht identisch sei.<sup>65</sup>

Die Gefahr einer Enttäuschung durch einen Beitritt sei größer als die Gefahren bei einem Nichteintritt, zumal Deutschland weiterhin dem demokratischen System gegen den östlichen Totalitarismus angehören und sich die USA nicht zurückziehen würden. Frankreich habe darüber hinaus die Verbindung zwischen dem Europarat und dem Schuman-Vorschlag nicht gewollt. Über Letzteren könne man erst dann entscheiden, wenn genauere Ausarbeitungen vorliegen würden.<sup>66</sup> Eine zentrale Forderung Schumachers für eine Zustimmung der Sozialdemokratie zum Beitritt war, dass jedes Volk über die Eigentumsverhältnisse der Wirtschaft frei entscheiden könne. Gegen Warnungen Erhards in der „Neuen Zeitung“ vor einem Europa mit sozialistischen Wirtschaften führte er aus: „Entweder reden Sie für Europa; dann werden wir uns positiv an der Diskussion beteiligen, und dann werden wir wissen, wie unsere Interessen und Überzeugungen gegeneinander abzuwägen sind, was möglich ist und was nicht möglich ist. Oder Sie wollen innerhalb Kleineuropas ein Kleinsteuropa des äußersten Westens. Aber dann wollen Sie nichts Europäisches. Dann wollen Sie auch nichts, mit dem die Europäer imstande wären, die Gefahren des östlichen Totalitarismus zu überwinden.“ Der aktuelle Beitritt sei ein taktischer Fehler und schade dem Anspruch auf Selbstbestimmung und die deutsche Einheit.<sup>67</sup>

Die Sozial- und Christdemokraten schätzten die Politik der westlichen Alliierten unterschiedlich ein. Der Sozialdemokratische Pressedienst sah durch die Londoner Konferenz vom Mai 50 deutsche Hoffnungen bei den Demontagen enttäuscht. Vor allem die „deutsch-französische Kohle-Stahl-Union“ sei ungeeignet, „...denn eine solche Union wäre erstens ohne Zustimmung aller Alliierten ein Unding, zweitens nur als Konvention unter freien und gleichen Wirtschaften denkbar, d.h. sie setzt die Aufhebung des Besatzungsstatutes und ein friedliches Vertragsverhältnis zwischen den Partnern voraus. Es gibt aber keine Anhaltspunkte dafür, dass Frankreichs Sicherheitskomplex [...] überwunden wäre; der Charakter der Besatzungsherrschaft durch die Hohen Kommissare sich baldigst ändert; das Besatzungsstatut fallen und damit eine Handhabung der deutschen Wirtschaft nur nach deutschen Notwendigkeiten möglich würde. Das Gegenteil ist deutlich geworden.“<sup>68</sup>

Im Gegensatz dazu betonte der DUD, dass in den Erklärungen von London erstmalig keine Begründungen genannt worden seien, wieso Deutschland diese und jene Last auferlegt werden müsse. Man habe schon immer prophezeit, dass sich konkrete materielle Ergebnisse erst in Zukunft in der Praxis zeigen würden. Die nächste Konferenz werde nun aber in einer anderen, „weitaus günstigeren Situation [statt]finden als heute. Die Schritte zur Heranführung Deutschlands an die Gleichberechtigung werden – daran kann nach London kaum mehr ein Zweifel sein – in der nächsten Zukunft schneller und mit mehr Nachdruck

---

<sup>64</sup> Ebd. S. 2471 f. Zu Hoffmann: Küppers, Heinrich: "Johannes Hoffmann", in: Rauls, Bernd (Hg.): Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945-1960. St. Ingbert 1997. S. 151-162. Ders.: Johannes Hoffmann (1890-1967): Biographie eines Deutschen. Düsseldorf 2008.

<sup>65</sup> Stenographische Berichte. Band 4. S. 2473.

<sup>66</sup> Ebd. S. 2474.

<sup>67</sup> Ebd. S. 2476 f.

<sup>68</sup> Sozialdemokratischer Pressedienst vom 16.5.1950. S. 1-2. ACDP. 07-001-3366.

als bisher erfolgen.<sup>69</sup> Durch eine Politik der Stetigkeit und der Verlässlichkeit sollte das Vertrauen der westlichen Staaten gewonnen werden. Dies war die Maxime der von Adenauer ausgehenden Außenpolitik nach den Wirren des Nationalsozialismus.<sup>70</sup>

Die Sozialdemokraten bestanden also auf der Gleichberechtigung vor einer Teilnahme an internationalen Organisationen. Die Christdemokraten betonten die Chancen, die sich aus einer Teilnahme an europäischen Organisationen ergeben sollten. Gleichberechtigung durch Teilnahme war die Losung, womit die Europäische Integration gleichzeitig Ziel und Mittel zum Zweck war. Dabei ließ sich die SPD nicht durch Argumente und das Eingreifen der europäischen Schwesterparteien, wie der SFIO, den niederländischen Sozialisten und auch nicht von Vorträgen Henri Spaaks aus Belgien überzeugen. Frankreich warf Schumacher dabei vor, dem Europarat durch die Vorschläge Schumans noch distanzierter gegenüber zu stehen als die SPD. Trotz der Ablehnung entsandte sie mit Ollenhauer, Eichler und Schmid wichtige Exponenten in die Parlamentarische Versammlung des Europarats, denn die Bundestagsfraktion sei der Auffassung, „dass das deutsche Volk in keiner internationalen Körperschaft nur durch Delegierte der Regierungsmehrheit vertreten sein darf.“<sup>71</sup> Dabei wies Ollenhauer schon früh darauf hin, dass der Europarat durch Entwicklungen in anderen europäischen Institutionen an Bedeutung verlieren könnte.<sup>72</sup> Schumacher betonte darüber hinaus eine praktische Relevanz, die der europäischen Ebene zukomme und an der die SPD mitwirken müsse. Obwohl der Europarat nur geringe politische Kompetenzen habe, biete er Möglichkeiten der Kooperation mit den anderen europäischen Sozialdemokraten.<sup>73</sup> Schumacher schwankte in seiner Argumentation zwischen einem gewissen funktionalen Ansatz und seinen Maximalforderungen, die die anderen europäischen sozialistischen Parteien vergraulten. Auch wenn sich das Verhältnis zu den anderen europäischen Parteien als schwierig erwies, so wuchs doch die internationale Anerkennung der SPD, was sich nicht zuletzt darin zeigte, dass die Internationale 1951 in Frankfurt begründet wurde.<sup>74</sup> Trotz Kritik am Europarat arbeitete sie in der Beratenden Versammlung mit und forderte deren Ergänzung. Durch mehr Rechte könnten die Fehlentwicklungen des Europarates behoben werden. Ferner forderte sie stets, dass gerade Großbritannien und Skandinavien, die „heute unbestritten den fortschrittlichsten Teil unseres Kontinents“ repräsentierten, in Straßburg gegen ein konservatives und kleines Europa handeln müssten.<sup>75</sup>

---

<sup>69</sup> DUD vom 15.5.1950. S.6-7. „London“. ACDP. 07-001-3366. Hier S. 6. Dann am Schluss: „London war ein Meilenstein des europäischen Fortschritts. Es liegt an den Politikern Europas, die letzten Hindernisse aus dem Weg zu räumen.“ Ebd. S. 7. Ebd. wurde auch die Ausgabe des SPD Pressedienstes vom 16.5.50 abgelegt.

<sup>70</sup> Vgl. Weidenfeld, Adenauer und Europa. S. 182 f.

<sup>71</sup> SPD-Fraktion 1949-1953. Nr. 61. Zum Communiqué Fußnote 9. Protokoll zur Fraktionssitzung am 28.6.1950. Siehe auch den Artikel „Der Sinn der Beteiligung“ im SPD-Pressedienst vom 29.6.50, S. 5. Abgerufen auf <http://library.fes.de> am 2.2.2010.

<sup>72</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 123-125.

<sup>73</sup> Artikel Schumachers im Vorwärts vom Sommer 1950. Schumacher, Reden. S. 802-804.

<sup>74</sup> Vgl. Schmitz, Kurt Thomas: Deutsche Einheit und Europäische Integration. Bonn 1978. S. 67.

<sup>75</sup> So der SPD-Pressedienst vom 3.4.1950. Im Artikel „Strassburg und Den Haag“ wurden der unter Spaak tagende Ausschuss und das anstehende NATO-Treffen in Den Haag thematisiert. Dabei wurde Bevin für seine hartnäckige Rolle kritisiert und gleichzeitig fast resignierend festgestellt, dass „die Amerikaner“ in der Frage der europäischen Einigung doch weitaus dynamischer als die Europäer selbst agieren würden. SPD Pressedienst vom 3.4.1950. S. 3-4. abgerufen von <http://library.fes.de> am 2.2.2010. Siehe ebenso die Presse-

Die CDU tat diese Haltung als Tagträumerei ab. So kommentierte der DUD die Erste Lesung im Bundestag mit dem Artikel „Realpolitik“. Statt eines Dialogs zwischen den Parteien sei das „ehrliche Werben“ des Kanzlers mit einem „glatten Nein Dr. Schumachers quittiert“ worden. Die SPD habe aus rein taktischen Gründen abgelehnt und unterliege der falschen Einschätzung, dass der Westen Deutschland genauso brauche wie umgekehrt. Dies sei „kein guter Dienst am ehrlichen politischen Gespräch mit unseren aussenpolitischen Partnern und außerdem eine eklatante Verkennung der Wirklichkeit“ sei. Das Nein der SPD sei eher ein Nein zum nichtsozialistischen Europa, womit sich die SPD in das Fahrwasser der *Labour Party* begeben. Dies sei eine Politik „aus der starren Doktrin heraus“, wobei doch eine „reale Politik nach den gegebenen Möglichkeiten Not“ tue.<sup>76</sup>

Der SPD-Pressedienst thematisierte hingegen die Europaratsdebatte nicht. Stattdessen wurde am 13.6. anlässlich der Beratung des Schumanplans durch die sozialistischen Parteien in London „Europa als lohnendes Ziel“ beschrieben, zu dessen Erreichung man sich keine „Umwege“ leisten dürfe. Ziel müsse ein „vernünftig gegliedertes und sozial beruhigtes Europa“ sein, das durch „kein irgendwie geartetes Ersatzeuropa“ substituiert werden dürfe. Daher dürfe man sich nicht der Europabegeisterung hingeben und müsse die Vorschläge sorgfältig prüfen.<sup>77</sup> Ein geeintes Europa wurde sowohl von den Befürwortern als auch der ablehnenden Mehrheit in der SPD als geeignetes Mittel gegen den Kommunismus und zur Überwindung der deutschen Teilung angesehen. Es hatte somit eine „gesamtdeutsche Funktion“ zu erfüllen, die jedoch nach der Schumacher-Mehrheit vom Europarat nicht erfüllt werden konnte.<sup>78</sup>

Nach dem Beschluss der SPD, sich an der Europaratsdelegation zu beteiligen, warnte der Informationsdienst der CDU die SPD-Fraktion vor einer ähnlich „opportunistischen“ Politik im Europarat, die dem deutschen Ansehen schaden könne. Im krassen Gegenteil zum Artikel „Neuer Anfang in Europa“, der mit dem Marshallplan, den Verhandlungen der sechs in Paris und dem Aufbau deutscher Konsulate im Ausland umschrieben werden könne.<sup>79</sup> Die CDU stimmte bei einer Gegenstimme für den Beitritt zum Europarat. Auch dies wusste die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Unionsparteien zu kommentieren. Sie wertete es als Zeichen, dass es innerhalb der CDU/CSU, offensichtlich im Gegensatz zur SPD, eben keinen Fraktionszwang gebe.<sup>80</sup>

Trotz des Streits wurde im Juli 1950 im Bundestag eine parteiübergreifende Erklärung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen, die die Schaffung einer europäischen Gemeinschaft forderte, wobei man sich ausdrücklich auf das Grundgesetz berief.<sup>81</sup> Dem DUD nach war dies vor allem gegen den Osten notwendig, zumal die starken fünften Ko-

---

dienste vom 31.8, S. 1-2 und 1.9.50, S. 1-3 mit jeweils einem Artikel zur ersten Session der Parlamentarischen Versammlung des Europarates mit deutscher Beteiligung. ACDP. 07-001-328.

<sup>76</sup> DUD vom 13.6.1950. S. 1-2. ACDP. 07-001-3391.

<sup>77</sup> SPD-Pressedienst vom 13.6.1950. abgerufen auf <http://library.fes.de> am 2.2.2010.

<sup>78</sup> Hrbek, Rudolf: Die SPD – Deutschland und Europa. Bonn 1972. S. 99. Die Hauptargumente gegen den Beitritt ordnet Hrbek wie folgt: Saarfrage; der Charakter des Europarates; Frage der Wiedervereinigung; die Forderung nach der Offenheit; die Frage nach der Reihenfolge von Wiedervereinigung und einem geeinten Europa. Zur Kapiteleinteilung siehe S. 89 ff.

<sup>79</sup> Informations-Dienst der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Nr. 36/4. 1.7.1950. S. 2. Artikel „Wie verhält sich die SPD im Europarat?“, S. 1-2.

<sup>80</sup> UID vom 24.6.1950. S. 4. ACDP. 07-001-3238.

<sup>81</sup> Abgedruckt in DzD 2/3/1. Nr. 100.

lonnen die Bundesrepublik bedrohen würden. Durch den östlichen Druck bejahe „das deutsche Volk den europäischen Gedanken unzweifelhaft stärker als die übrigen Völker dieses Kontinents“. Die „nur im Ideologischen steckengebliebene europäische Frage [müsse] in die Praxis umgesetzt“ werden, wobei das CDU-Blatt betonte, dass hierfür der Schumanplan geeignet sei – und somit die Bedeutung des Europarates, dem man soeben beigetreten war, bereits herunterspielte.<sup>82</sup>

### III.1.2 Schumanplan und Plevenplan versus einem idealen Europa?

Der Beitritt zum Europarat wurde bereits unter den Auspizien des Schumanplans diskutiert. Adenauer wertete diesen von Beginn als Chance, musste sich aber gegenüber seinen Koalitionspartnern und in seiner eigenen Partei nicht nur bei diesem Thema gegen hartnäckigen Widerstand behaupten.<sup>83</sup> In einer Phase wirtschaftlicher Probleme und Forderungen des linken Flügels der CDU, aber auch der Opposition, der Gewerkschaften sowie Teilen der Besatzungsmächte nach wirtschaftlich stützenden Maßnahmen, wurde von dem französischen Außenminister Schuman die Montanunion vorgeschlagen.<sup>84</sup> Auf den Vorschlag reagierte die SPD zunächst abwartend. Schumacher betonte auf dem Hamburger Parteitag, dass der Vorschlag ernsthaft diskutiert werden müsse. Die SPD wolle eine flexible Haltung einnehmen, denn er sei ein geeigneter Versuch, „zum ersten mal aus der Periode pathetischer, aber ineffektiver Deklamationen in den Versuch einer Realisierung von sachlich und ökonomisch Notwendigem zu kommen. Dieser Vorschlag hat auch den Vorzug, dass er von französischer Seite kommt und nicht so ein Made-in-Germany-Fabrikat ist.“<sup>85</sup> Die Industrie müsse aber in deutschem Besitz bleiben. Ein Europa, das alleine auf einem europäischen Kartell beruhe, könne nicht die Zustimmung der Sozialdemokraten erwarten, denn spätere Sozialisierungen müssten möglich bleiben und die absolute Gleichberechtigung Deutschlands mit der Auflösung des Ruhrstatuts erreicht werden. Der Schumanplan war bis auf Schumachers Schlusswort, in dem er vor einem Staat der Manager und einer „klerikalen Oberinstanz“ warnte, kein Thema des Parteitags mehr. Die Politik der bedingten Zustimmung zum Schumanplan, sofern Ruhrbehörde und -statut abgeschafft würden, verfolgte die SPD auch auf dem Sozialistenkongress vom 16. bis 18. Juni in London, zumal im Rahmen der COMISCO die Internationalisierung der Saar als eine Lösung des Saarproblems bezeichnet worden war.<sup>86</sup> Auf europäischer Ebene hatten zuvor die französischen Sozialisten

<sup>82</sup> „Der europäische Bundestag“, im DUD vom 26.7.1950. S. 1-2. ACDP. 07-001-3391.

<sup>83</sup> Geppert, Ära Adenauer. S. 22.

<sup>84</sup> Geppert, Ära Adenauer. S. 27 f. Grundsätzlich war der Vorschlag einer Zusammenarbeit im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie nicht neu, sondern wurde immer wieder zu unterschiedlichen Anlässen diskutiert. Für die Diskussion im Rahmen der christdemokratischen Parteienkooperation siehe: Kaiser, Christian Democracy. S. 224 ff.

<sup>85</sup> Mit dem „Made-in-Germany-Fabrikat“ meinte Schumacher Adenauers Vorschlag einer deutsch-französischen Union. Siehe Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 144. Fußnote 5.

<sup>86</sup> Ausführungen und Zitate bei Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 144-147. Ebenso Ramuschkat, Die SPD. S. 101. Ramuschkat führt aus, dass seiner Meinung nach Schumacher von Beginn an den Schumanplan abgelehnt habe. Ramuschkat, Die SPD. S. 104 f. Sowohl die SFIO als auch die *Labour Party* hatten zum Jahreswechsel 49/50 vergeblich versucht, Schumacher von seiner Einstellung gegenüber der Ruhrbehörde abzubringen. Steininger, Sozialistische Internationale. S. 121.

für die Annahme der Vorschläge geworben.<sup>87</sup> Carlo Schmid begrüßte die Vorschläge Schumans ausdrücklich, zumal er schon in der Bundestagsdebatte vom 29.9.49 für eine gemeinsame Grundstoffpolitik geworben hatte und der Vorschlag vonseiten Frankreichs eventuellen deutschen Vorbehalten gegen eine französische Hegemonie zuvorkomme. Hierdurch könne nun auch die Saarfrage in den Hintergrund treten.<sup>88</sup>

Doch schnell wurden auch die negativen Aspekte angesprochen. So überschrieb die „Volks-Wirtschaft“ des SPD Pressedienstes am 8.6 einen Artikel mit „Um die Europa – A.G.“. Der französische Vorschlag stellte demnach „einen wahren Löwenvertrag zugunsten der französischen Stahlindustriellen und auf Kosten des deutschen Wiederaufbaues, d.h. schliesslich auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse“ dar. Französische Forderungen nach Sicherheit seien nur vorgeschoben, um sich der westdeutschen Konkurrenz zu entledigen.<sup>89</sup> Mit der am 20.6.1950 in Paris eröffneten Konferenz über den Schumanplan und der Mitarbeit von SPD-Politikern in einer Sachverständigen-Kommission wurde die Kritik nicht weniger.<sup>90</sup> Schumacher äußerte seine Vorbehalte in einer Rede vor SPD-Funktionären am 17. September 1950 klarer: „Der tiefste Kern dessen, was Europa heute bewegt, wird in den Verhandlungen über den Schumanplan offenbar. Das sind doch die Länder mit k-konservativ, k-klerikal, k-kapitalistisch, k-kartellisch. Es sind sechs Länder, die gegen den Osten deklamieren aber gegen die Länder des demokratischen Sozialismus im Norden und Nordwesten manipulieren.“ Obwohl der Schumanplan noch verhandelt werden müsse, seien „die negativen Tendenzen des Schumanplans unter dem Gesichtspunkt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands deutlich sichtbar.“<sup>91</sup> Er kritisierte Entwicklungen zu einem „europäischen Absatzkartell“, wies aber immer noch auf die Möglichkeit einer sozialdemokratischen Zustimmung hin. Entscheidungen könnten nur dann gefällt werden, wenn „alle ökonomischen und behördenkonstruktiven Tatbestände vor uns liegen“.<sup>92</sup>

Diese abwartende und zugleich kritische Taktik verfolgte die SPD im Herbst 1950 innerhalb des Bundestags. Forderungen, dass bei einem Beitritt zu solch einer Organisation die nationalen Interessen gewahrt werden müssten, wurden immer stärker akzentuiert. Dazu sei die Abschaffung des Ruhrstatuts und der interalliierten Ruhrbehörde vonnöten. Absolute

---

<sup>87</sup> Ramuschkat, Die SPD. S. 101 ff. Auch Schwarz bezeichnete den supranationalen Vorschlag in der Retrospektive als revolutionär. Ebd. Ebenso Schumacher forderte bei der Fraktionssitzung am 6.6.1950 die Vollbeschäftigung als eines der zentralen Ziele einer europäischen wirtschaftlichen Einigung zu sehen. Siehe SPD-Fraktion 1949-1953. Nr. 59. Fußnote 4.

<sup>88</sup> Ramuschkat, Die SPD. S. 100 f. Schmid betonte dies auch in seinen Erinnerungen. Ebd.

<sup>89</sup> Volks-Wirtschaft. Wirtschaftsinformationen des SPD-Pressedienstes vom 8.6.1950. S. 1-3. Hier S. 3. In: ACDP. 07-001-3395.

<sup>90</sup> Siehe hierzu SPD-Fraktion 1949-1953. Nr. 61. Fußnote 12. Protokoll zur Fraktionssitzung am 28.6.1950. An dem Wirtschaftsausschuss nahmen von Seiten der SPD, nach Absprache zwischen Schumacher und Lütken einerseits und Adenauer andererseits, Schöne, Koch, Nölting und Odenthal und an dem juristischen Ausschuss Lütken und Zinn teil. SPD-Fraktion 1949-1953. Nr. 62. Protokoll zur Fraktionssitzung am 11.7.1950. Die Besetzung der deutschen Delegation wurde im SPD Pressedienst vom 29.6.50 mit dem Artikel „Kurs auf Europa-AG“ scharf kritisiert. Die Gewerkschafter seien unterrepräsentiert. Abgerufen auf <http://library.fes.de> am 2.2.2010.

<sup>91</sup> Rede Schumachers in der gemeinsamen Sitzung des Parteivorstands, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und sozialdemokratischer Vertreter der Länderregierungen am 17. September 1950 in Stuttgart. In: Schumacher, Reden. S. 836-862. Hier S. 848.

<sup>92</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 148. Siehe ebenso Weber, Einleitung. S. LX-LXI.

Gleichberechtigung der Partner und eine notwendige demokratische Entwicklung, da sonst der „Überstaat der Manager“ die Ausweitung der nationalkommunistischen Ideen der Sowjetunion befördern würde, wurden Bedingungen. Auch innerhalb der westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien stimmte die SPD grundsätzlich mit ihrer Zustimmung mit den Plänen überein, jedoch mit dem Vorbehalt, dass die Monopole und die Restriktionen durch die EGKS eingeschränkt werden müssten.<sup>93</sup> Die Auseinandersetzung mit der *Labour Party* über einen britischen Beitritt dominierte die Diskussionen in der sozialistischen Parteienkooperation und damit auch die Einwände der SPD.<sup>94</sup> Langsam formulierten die deutschen Delegierten auf den Tagungen der Internationalen ihre Bedenken und Bedingungen lauter.<sup>95</sup> Das Verhältnis der SPD zu ihren Schwesterparteien wurde durch das Sicherheitsbedürfnis, das durch Schumachers nationale Rhetorik auf eine Probe gestellt wurde, belastet.<sup>96</sup>

Der Schumanplan wurde seit seiner Verkündung von offizieller Seite der Union gelobt, zumal Adenauer seit 1946 eine „organische Verflechtung“ der Schwerindustrie Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs angemahnt hatte<sup>97</sup>. Zusammen mit dem Kabinettsbeschluss, dem Europarat beizutreten, bot er für eine ganze Reihe von Problemen, wie der Saarfrage, eine mögliche Lösung. Der DUD betonte, dass Europa zusammen mit Afrika unabhängig bleiben könne. Dies ermögliche, „eine starke Kraft zwischen den kämpfenden Fronten Ost und West zu bilden. In den besten europäischen Köpfen verbindet sich mit der Idee der dritten Kraft die Hoffnung auf eine Gestaltung des Weltfriedens.“ Kleiner als die beiden Weltmächte, aber immerhin stark genug werden, „um einen Angriff auf Europa zu einem gefährlichen Experiment werden zu lassen“, könne Europa einen Beitrag zum Frieden leisten. Für diese Aufgabe sei man bereit, Opfer zu bringen, „zumal diese Opfer nicht Blut, sondern Arbeit fordern und die Aufgabe von Ressentiments, die letzten Endes nur den Fortschritt der Welt hemmen.“<sup>98</sup> Verteidigungs- und wirtschaftspolitische Überlegungen mischten sich. Der CDU Wirtschaftsausschuss in der britischen Zone erwartete bereits in einer frühen Phase durch eine Kooperation der Stahl- und Kohleindustrie in Deutschland, Frankreich und der Saar hohe Synergieeffekte.<sup>99</sup> Während die SPD mögliche spätere Sozialisierungen als Bedingung anführte, wies der DUD vom 14. Juni ein sozialistisches Europa explizit zurück.<sup>100</sup> Europa wurde noch in einer dritten, wertgebundenen Form fundiert. Am 10.6.50 erschien ein Artikel im CDU-Informationdienst über den Zusammenhang von Europa, Christentum und dem Schumanplan.<sup>101</sup>

---

<sup>93</sup> Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei*. S. 204 ff.

<sup>94</sup> Siehe Steininger, *Sozialistische Internationale*. S. 153-159.

<sup>95</sup> Steininger, *Sozialistische Internationale*. S. 159 f.

<sup>96</sup> Schumacher beklagte immer wieder, dass das europäische Ausland zu selten den deutschen Opfern und Gegnern Rechnung trug. Hieraus konnte er auch aus seiner eigenen Biographie eine moralische Rechtfertigung für die Forderung nach Gleichberechtigung ziehen. Ähnlich erging es auch Erler. Siehe Soell, Erler. S. 138 f.

<sup>97</sup> Sieh Schwarz, Hans-Peter: *Erbfreundschaft. Adenauer und Frankreich*. Bonn-Berlin 1992. S. 29 f.

<sup>98</sup> DUD vom 10.5.50. S. 1-3. ACDP. 07-001-3395.

<sup>99</sup> Wirtschaftsausschuss der CDU in der britischen Besatzungszone: *Zur Beurteilung des Schuman-Vorschlages*. 15.5.1950. ACDP. 07-001-3395.

<sup>100</sup> DUD vom 14.6.50. „Sozialistisches Europa? - Nein!“ S. 4-5. ACDP. 07-001-3391.

<sup>101</sup> CDU-Informationdienst vom 10.6.50. ACDP. 007-001-3391.

Der Schumanplan fiel auf den fruchtbaren Boden, den die Europabegeisterung Ende der 40er Jahre bereitet hatte. Ausdruck dieser Einstellung, aber zugleich der aufkommenden Skepsis war der Titel des außerordentlichen Landestages der Jungen Union Hessen vom 24./25.6.50 in Wiesbaden – Frauenstein, in dem der erste Teil der Tagesordnung unter dem Titel „Europa, Utopie oder Wirklichkeit?“ stand.<sup>102</sup> Adenauer machte in einem ersten Treffen mit Monnet deutlich, dass „der Schuman-Plan in erster Linie eine moralische [und keine technische] Angelegenheit sei.“ In Deutschland gebe es nur eine kleine Opposition gegen den Plan, der von der Sozialdemokratie geführt werde. Er selbst kämpfe schon seit 25 Jahren für einen solchen Zusammenschluss. Er betonte ferner, dass Großbritannien teilnehmen solle, während Italien und die Beneluxstaaten bestimmt teilnehmen würden.<sup>103</sup> Die grundsätzlich positive Haltung der CDU und der Bundesregierung zum Schumanplan brachte Hallstein auf der Konferenz in Paris am 3. Juli 1950 zum Ausdruck. Hallstein wollte die Hohe Behörde dabei von einem Gerichtshof und durch marktwirtschaftliche Prinzipien beschränkt sehen. Ziel seien grenzüberschreitender Handel und Konkurrenz innerhalb des zu schaffenden Raumes. Hallstein stellte zu Beginn seiner Ausführungen klar, dass die Bundesregierung in den Vorschlägen Schumans eine politische Chance ersehe und daher zu wirtschaftspolitischen Zugeständnissen bereit sei.<sup>104</sup> Damit unterstrich er die politische Bedeutung des Vorschlags, den auch der CDU-Fraktionsvorstand früh betont hatte. Demnach forderte Brentano den Kanzler auf, einen Vertreter der Fraktion in die Delegation aufzunehmen, damit die Verhandlungen nicht zu „Quotenkämpfe[n]“ ausarte. Adenauer freilich ignorierte diesen Wunsch der Beteiligung, betonte aber die gleiche Zielsetzung.<sup>105</sup>

Brentano untermalte dies in der Beratenden Versammlung des Europarates im August 1950. Frankreichs großzügiger Plan, nur fünf Jahre nach dem Krieg, biete nach den Enttäuschungen durch den Europarat konkrete Möglichkeiten für eine spätere weitergehende Einigung. Friedenssicherung durch eine gemeinsame Produktion und die Warnung vor Gefahren, die ausgingen, „wenn wir nicht entschlossen sind, Europa in einem schöpferischen Geist, in einem echten evolutionären Prozeß zu gestalten, dann wird dieser an Tragik ebenso wie an großer Geschichte so überreiche Kontinent im Strudel kriegerischer und revolutionärer Verwicklungen untergehen“, bildeten die Grundlage seiner Argumentation. Nicht ein übernationales Kartell sei das Ziel, sondern ein wirkliche Verschränkung der nationalen Volkswirtschaften. Brentano pochte auf einer „echten demokratischen Kontrolle“ der Organe. Gleichzeitig machte er Vorschläge, wie die EGKS mit dem Europarat in Einklang gebracht werden könnte.<sup>106</sup> Die Verknüpfung des Schumanplans mit einer Untergangsrhetorik und einer möglichen Rettung war offensichtlich, zumal die „Rettungsperspektive Europa“ parteiübergreifend formuliert worden war.<sup>107</sup>

---

<sup>102</sup> ACDP. 07-001-3258. Hier sollte auch Brentano sprechen.

<sup>103</sup> Tagebuchaufzeichnung Blankenhorns zur Unterredung Adenauers mit Monnet vom 23.5.50. In: DzD 2/3/2. Nr. 306. Hier S. 793.

<sup>104</sup> Rede Hallsteins vor der Konferenz in Paris zur Beratung des Schumanplans am 4.7.1950. In: Auswärtiges Amt: Materialien zum Schumanplan I. Bonn 1951. S. 16-22. ACDP. 07-001-3392.

<sup>105</sup> Fraktionsvorstandssitzung vom 31.5.1950. CDU/CSU-Fraktion 1949-1953. S. 271 f. Vor allem Anmerkung 9.

<sup>106</sup> Ein Redeexemplar findet sich in ACDP. 07-001-3388.

<sup>107</sup> Siehe das erste Kapitel 45-49.

Sie wurde durch den Koreakrieg umso glaubwürdiger. Die CDU wies direkt auf die Gefahren an der bundesrepublikanischen Ostgrenze hin.<sup>108</sup> Die schon auf der Londoner Konferenz angestoßenen Überlegungen zu einem Einbezug Westdeutschlands in die Verteidigungsbemühungen erhielten hiermit neuen Schwung, wobei eine deutsche Wiederaufrüstung zwar in den 40er Jahren in den Parteien sporadisch thematisiert, doch mangels eigener Souveränität nicht eingehend diskutiert worden war. Auch hier wurde eine europäische Lösung gefordert.<sup>109</sup> Adenauer forcierte nun im Sommer mit Äußerungen zur Bedrohung vor allem durch die Volkspolizei der DDR und forderte Gegenmaßnahmen sowohl für die BRD als auch von Seiten der Westalliierten.<sup>110</sup>

Gleichzeitig wurde der Europarat durch die Rede Churchills die Bühne für den Anfang einer intensiven Debatte zum deutschen Verteidigungsbeitrag in einer europäischen Armee. Brentano hatte für die CDU die Rede Churchills gelobt und die Worte Gerstenmaiers betont, wonach die Deutschen von sich selbst die gleichen Anstrengungen zur Verteidigung Europas wie von den anderen verlangten und man unter „gleichen und gerechten Voraussetzungen“ einen eigenen Beitrag leisten wolle.<sup>111</sup> Gleichzeitig mahnte Brentano Adenauer zur Vorsicht bei seinen Formulierungen über einen deutschen Verteidigungsbeitrag, da dies in den westlichen Ländern falsch aufgefasst werden könnte.<sup>112</sup> Luise Rehling warnte gar vor den Mongolenstürmen aus dem Osten. „Nicht zum ersten Mal in der Geschichte passiert es, daß Asien versucht, Europa zu überrollen, aber niemals drang es so weit vor wie heute, wo die asiatischen Horden im Herzen meines deutschen Vaterlandes stehen und die Russen begonnen haben, in Ostpreußen und Schlesien Mongolen anzusiedeln.“ In der ursprünglichen Fassung hatte sie sogar einen 800 Jahre währenden Zyklus ausgemacht, in dem sie die momentane Situation mit dem Einfall der Hunnen um 450 (also mit der Schlacht auf den Katalaunischen Feldern, P.B.) und der Schlacht bei Liegnitz 1241 verglich.<sup>113</sup>

Der DUD stilisierte die Rede Churchills zum „Tag der Entscheidung“ hoch. Churchill habe völlig überraschend „die sofortige Bildung einer europäischen Armee unter europäischer demokratischer Kontrolle“ gefordert. Die Rede stelle die Bundesregierung vor große Probleme, nicht weil das Ziel oder die Methode strittig seien, sondern weil in allen deutschen Parteien militärische Tendenzen abgelehnt würden. Die Frage der europäischen Sicherheit werde nicht nach außenpolitischen, sondern nach innenpolitischen Gesichtspunkten entschieden werden. Es sei zu hoffen, dass der Bundestag „ohne Rücksicht auf

---

<sup>108</sup> Vor allem im DUD vom 27.6.1950 thematisiert. ACDP. 07-001-3388. Siehe hier auch die Veröffentlichung des Presse- und Informationsamtes Nr. 727/50.

<sup>109</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 160-161. Adenauer sprach eine deutsche Wiederbewaffnung in einem Interview im Herbst 1949 an, verfolgte dieses Thema aber nicht weiter. Siehe Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages. Band 1. S. 735 f.

<sup>110</sup> Siehe die Erklärung Blüchers vom 7.8.50 in: ACDP. 07-001-3388. Zum Interview Adenauers in der New York Times, das große Wellen schlug, siehe den DUD vom 23.8.1950. „Deutsche Sicherheit im Vordergrund“. Ebd. S. 1-3. In: ACDP. 07-001-3391.

<sup>111</sup> Wie Anmerkung 106. Churchill hatte vor der Beratenden Versammlung des Europarats die Bildung einer europäischen Armee mit dem Einbezug deutscher Truppen vorgeschlagen.

<sup>112</sup> Siehe das Schreiben Brentanos an Adenauer vom 22.8.50. In: Baring, Arnulf (Hg.): Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949-1964. Hamburg 1974.

<sup>113</sup> Trunk, Europa, ein Ausweg. S. 176 f. Zur Interpretation: Ebd. S. 177 f.



parteilpolitische Doktrinen zu Entschlüssen“ komme.<sup>114</sup> Adenauer schlug selbst im August den Hohen Kommissaren vor, ihn zur Bildung einer Freiwilligentruppe von 150.000 Mann zu ermächtigen.<sup>115</sup>

Der Vorschlag Churchills, eine europäische Armee zu schaffen und an dieser auch Deutschland mitwirken zu lassen, stellte die deutschen Parteien vor die Wahl: Adenauer und die CDU sahen die Notwendigkeit einer deutschen Beteiligung, während die SPD skeptisch war. So stellte Schmid klar, dass die Sozialdemokraten eine deutsche Beteiligung an einer europäischen Armee ablehnten. Erst müsse ein Parlament geschaffen werden, dem dann eine gemeinsame Armee folgen könne. Der Vorschlag Churchills stelle ein Koalitionsheer dar, in dem die unterschiedlichen Truppen mit nationalstaatlichen Interessen vertreten wären. Die SPD lehnte als einzige Partei in der Beratenden Versammlung die Beschäftigung mit diesem Thema ab, da der Europarat nicht zuständig sei. Dies war keine konsistente Argumentation, hatte doch die SPD zuvor stets gefordert, dass der Europarat substantielle Themen beraten müsse. Ähnlich wie Schmid äußerte sich Schumacher auf einer Pressekonferenz in Bonn. Der vorgeschlagene Weg sei zu defensiv und könne damit die deutschen Gebiete im Osten nicht wirksam schützen. Adenauers Vorstoß nach größeren Polizeitruppen gegen die kasernierte Volkspolizei in einem Interview käme zur Unzeit.<sup>116</sup> Schumacher bestimmte Erler für den Europarat und für den Bundestag zum Berichterstatter für Verteidigungsfragen.<sup>117</sup>

Der SPD Pressedienst legte nach. Er sprach von der Faszination, die von Churchill ausgehe und im internationalen Maßstab überbewertet sei. Der Vorwurf einer unrealistischen deutschen Einschätzung aufgrund der Ablehnung einer deutschen Wiederbewaffnung wurde als paradox bewertet, sammelten doch die Alliierten aus Angst vor dem deutschen Militarismus alte Schrotgewehre ein und färbten selbst alte Soldatenmäntel. Roosevelt habe doch selbst bis zum Schluss mit „Joe Stalin“ nicht gebrochen. Die Forderungen Churchills seien unangebracht, denn die momentanen internationalen Organisationen würden für die Verteidigung Europas bei einer konsequenten Anwendung ausreichen. Die deutschen Sozialdemokraten betonten, Churchills Antrag nicht etwa aus einem verantwortungslosen Pazifismus heraus abzulehnen oder weil man die aggressiven Tendenzen der Sowjets nicht sehe. Im Gegenteil, die SPD erklärte sich für eine Verteidigung bereit, doch hindere eine Minderheit im Ministerrat des Europarates jegliche Weiterentwicklung. Weitere Gründe wurden aufgezählt: So müsse die Verteidigung Deutschlands an der Elbe beginnen, das gemeinsame Europa nationalegoistisches Verhalten verhindern und gegen die Gefahr, dass die Bundesrepublik bei den ersten Anzeichen einer Wiederbewaffnung von der Sowjetunion angegriffen werde, stark genug sein. Auch könne man eine deutsche Armee weder den alten Generalen noch der Regierung anvertrauen, der man bisher noch nicht einmal eine starke eigene

---

<sup>114</sup> DUD vom 11.8.1950. ACDP. 07-001-3388.

<sup>115</sup> Siehe hierzu die Ausführungen von Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen. Band 2. Deutsche Geschichte vom "Dritten Reich" bis zur Wiedervereinigung. Ausgabe der BpB Bonn 2000. S. 144.

<sup>116</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 163-164. Zur Formulierung siehe die Pressekonferenz Schumachers am 23.8.1950 in Bonn. Abgedruckt in Schumacher, Reden. S. 828-835. Hier S. 835. Siehe ebenso Ramuschkat, Die SPD. S. 128 f. Petra Weber hielt hierzu fest, dass Schmid bei der Ablehnung durch seine Partei nicht wohl gewesen sei, da er doch den deutschen Wehrbeitrag für wichtig und angebracht gesehen habe. Ebd. S. 129. Zu den Pressekonferenzen Adenauers und Schumachers: DzD 2/3/1. Nr. 109 und 110.

<sup>117</sup> Soell, Erler. S. 143.

Polizei zugebilligt habe und die die deutschen Probleme missachte. Was die europäische Einigung betraf, wies Ollenhauer einen militärischen Ansatz als verfehlt zurück. Neben der Schaffung einheitlicher sozialer Standards in den europäischen Ländern sei die deutsche Gleichberechtigung eine Voraussetzung für einen dauerhaften europäischen Frieden und somit gegen einen erneuten deutschen Nationalismus. Der europäische Geist könne nur dann im Alltag des deutschen Volkes kräftiger werden, wenn durch Mitbestimmung und Sozialisierung ein direkter Anteil an der Wirtschaft erreicht werden könne. „Aber dieses neue Europa darf nicht aufgebaut werden unter der negativen Parole einer antibolschewistischen Allianz. Wir wünschen nicht eine europäische Ordnung auf der Basis konservativer Vorstellungen von gestern und vorgestern. Die Restaurierung eines konservativen privatkapitalistischen Europas - vielleicht sogar noch unter klerikalen Vorzeichen – ein solches Europa würde im Effekt den eigentlichen Wert der europäischen Idee verraten und zerstören“.<sup>118</sup> Darüber hinaus forderte der Pressedienst am 31.8.50, dass das gesamte Westeuropa mit Skandinavien und Großbritannien verteidigt werden müsse. „Dazu sind Truppen und Waffen und deren Koordinierung sowie engste wirtschaftliche Zusammenarbeit notwendig, alles unter weitestgehender Hilfe und Einflussnahme der USA. Der Wille dazu ist vorhanden, auch die Mittel wird man über Atlantikpakt, Westunion und OEEC schaffen können, wenn man wirklich will. In diesem Zusammenhang ist die Frage des staatsrechtlichen Aufbaus eines neuen Europas, wenn sie im Eilzugtempo vollzogen werden soll, sekundär. Ein überhastetes Zusammenflicken auf die Gefahr hin, dass von vornherein nur eine brüchige Konstruktion zustande kommt, wäre absolut falsch und würde der Sache, um die es geht, nur schaden.“<sup>119</sup>

Deutschlands Verteidigungsbeitrag wurde innerhalb der westlichen Alliierten ausführlich diskutiert und es schien so, als würden die USA über kurz oder lang eine deutsche Beteiligung durchsetzen können. Schon auf der Tagung des atlantischen Rates im September stellte Acheson einen Plan vor, der die Aufstellung deutscher Divisionen in einer integrierten Armee vorsah.<sup>120</sup> Von der Seite der deutschen Regierung wurde dies mit dem eindeutigen Ziel verbunden, hierdurch zu einer Neuordnung der Beziehungen zu den Besatzungsmächten zu gelangen.<sup>121</sup> Dies rief vor allem in Frankreich Unruhe und Überlegungen zur Kontrolle des deutschen Potentials hervor. Der Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten Pleven für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft, also der Aufstellung europäischer Streitkräfte mit deutscher Beteiligung, war Ausdruck dessen. Er war eine Flucht nach vorn, um die unabwendbar werdende Diskussion der deutschen Wiederbewaffnung selbst gestalten zu können.<sup>122</sup> Er verschärfte zugleich die Diskussion um ein geeintes Europa.

<sup>118</sup> SPD-Pressedienst vom 12.8.50. S. 1-3, vom 16.8. S. 1 f. sowie vom 21.8.1950 S. 1-3. Zitat S. 2. Abgerufen von <http://library.fes.de> am 2.2.2010.

<sup>119</sup> Raunau, Peter: Ganz Europa soll es sein. In: SPD Pressedienst vom 31.8.1950. S. 1-2. ACDP. 07-001-328.

<sup>120</sup> Vgl. Canavero, Alfredo: "La Ced tra solidarietà atlantica e integrazione politica europea", in: Ciampini, Andrea (Hg.): L'altra via per l'Europa. Forze sociali e organizzazione degli interessi nell'integrazione europea (1947-1957). Mailand 1995. S. 320-349. Hier S. 321 ff.

<sup>121</sup> Vgl. das Memorandum des Bundeskanzlers Adenauer vom 29.8.1950 zur Frage der Neuordnung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Besatzungsmächten. DzD 2/3/2. Nr. 364.

<sup>122</sup> Siehe Geppert, Ära Adenauer. S. 46 f. Siehe zur Genese auch Knipping, Franz: Rom, 25. März 1957. Die Einigung Europas. München 2004. S. 74 f. Ebenso Loth, Wilfried: Der Weg nach Europa. Göttingen 1996<sup>3</sup>. S. 91 f. Di Nolfo, Ennio. Storia delle relazioni internazionali. Rom/Bari 2005<sup>6</sup>. 782 ff. Dies geht

Für Schumacher war der Vorschlag Beweis für seine Befürchtungen: „Das ist das Eingeständnis, dass der von uns mit größter Reserve betrachtete Schumanplan eine Bevorzugung Frankreichs bei gleichzeitiger Benachteiligung Deutschlands bringen soll.“<sup>123</sup> Auch Adenauer kritisierte zunächst den Vorschlag Plevens in Vier-Augen-Gesprächen mit Heuss und dem italienischen Außenhandelsminister Lombardo als Versuch einer französischen Hegemonie in Europa, hielt sich aber offiziell zurück.<sup>124</sup> Adenauer bevorzugte eine deutsche Wiederbewaffnung im Rahmen der NATO, stimmte aber Verhandlungen zur EVG zu. Mithilfe des gleichzeitig zu verhandelnden „Generalvertrages“ hoffte Adenauer, für die Bundesrepublik mehr Souveränität zu erringen.<sup>125</sup> Ein Beitritt nur bei absoluter Gleichberechtigung Deutschlands, demokratischer Kontrolle der Organisation, der Einbindung ganz Deutschlands und damit zusammenhängend keine Unterstützung von Aktionen, die in irgendeiner Weise die deutsche Einheit gefährden könnten, waren auch jetzt die Hauptforderungen der SPD. Vor allem der letzte Punkt ließ einen deutschen Verteidigungsbeitrag nur dann akzeptabel erscheinen, wenn das daraus hervorgehende Bündnis eine Verteidigung der ostdeutschen Gebiete jenseits der Oder ermöglichte. Dies sollte vermeiden, dass Deutschland selbst zum Schauplatz einer militärischen Konfrontation werde, was eine „Bankrotterklärung der europäischen Idee“ wäre, „denn jeder internationale Sozialist, gleichgültig welches sein Vaterland ist, müsste doch sagen: Wir werden gemeinsam mit den Deutschen Europa verteidigen, jenes Europa, zu dem Frankreich und Deutschland gehören.“<sup>126</sup> Nach Schumacher reichten hierfür die europäischen Kräfte nicht aus, sondern alle Kräfte der „Weltdemokratie“, besonders der USA, müssten aufgeboten werden.<sup>127</sup> Schumacher stellte zu Beginn der Diskussion die deutsche Wiedervereinigung nicht in den Vordergrund. Er verlangte jedoch die volle Gleichberechtigung, weshalb er erst die Souveränität und dann die Eingliederung in den Westen forderte. Für Adenauer war die Integration hingegen ein Mittel zur Erlangung der Souveränität.<sup>128</sup> Für die Diskussion 1950 lässt sich festhalten, dass die Presse keine großen Unterschiede in der Forderung nach alliierten Truppen zwischen

---

auch aus Aufzeichnungen des stellvertretenden Staatssekretärs im britischen Außenministerium, Dixon, über ein Gespräch mit dem französischen Botschafter vom 30.10.50 hervor. In: DzD 2/3/2. Nr. 411.

<sup>123</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 149.

<sup>124</sup> Geiger, Adenauer e l'Europa. S. 256.

<sup>125</sup> Conze, Suche nach Sicherheit. S. 75.

<sup>126</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 164. Der Vorstand brachte diese Forderungen auf die Formel „Deutschlands Forderungen: Gleiches Risiko, gleiches Opfer, gleiche Chancen!“, die die Überschrift einer im Jahr 1950 verlegten Broschüre des Vorstandes wurde. Siehe SPD-Fraktion 1949-1953. Nr. 73. Fußnote 25. Protokoll zur Fraktionssitzung am 4.10.1950. Abgedruckt in Schumacher, Reden. S. 836-862. Das Zitat ist auf Seite 856 zu finden.

<sup>127</sup> In Schumacher, Reden. S. 828-835. Pressekonferenz Schumachers am 23.8.1950 anlässlich der Erklärung Adenauers starke Polizeikorps gegen die Volkspolizei zu schaffen. Hier S. 831. Nach Schumacher konnte Deutschland angesichts der starken Verluste im Zweiten Weltkrieg nur einen geringeren Beitrag als die anderen westlichen Staaten leisten. Ebd. S. 831-832. Da der deutsche Beitrag alleine nicht geeignet sei, Deutschland vor der Roten Armee zu verteidigen, hielt Schumacher eine einseitige deutsche Aufrüstung für ungeeignet. Im Gegenteil: Eine deutsche Aufrüstung könnte die USA veranlassen, weniger Soldaten in Deutschland stationiert zu haben und daher die deutsche Sicherheitslage schwächen. Eine Stärkung der westlichen Kräfte in Westdeutschland sei aber angebracht. Ebd. S. 833.

<sup>128</sup> Ramuschkat, Die SPD. S. 129 f.

den Parteien, bis auf die Finanzierungsfrage, konstatierte.<sup>129</sup> In der Tat waren die anfänglichen Positionen in der Debatte der Wiederaufrüstung zwischen den beiden großen Parteien nicht weit voneinander entfernt.<sup>130</sup>

Auch Schumacher sah in der Überwindung des deutsch-französischen Antagonismus als für den Frieden in Europa notwendig an. Beide Vorsitzenden betonten, dass Europa ein Bollwerk gegen den Osten sein müsse, angeheizt durch den Koreakrieg. Schumacher hielt aber die Vorschläge Plevens für ungeeignet, da sie keineswegs die Gleichberechtigung Deutschlands bedeuteten. Beide betonten die Abhängigkeit von den USA, die Europas und Deutschlands Sicherheit auch aus Eigeninteresse betreiben müssten. Denn nach Schumacher „[würde] der Verlust Deutschlands den Verlust des ganzen eurasischen Raumes bedeuten. In diesem Falle würden mehr als drei Viertel der Menschheit mit intellektuell hochgebildeten Teilen der Menschheit gegen Amerika in einem Kampf der Kontinente stehen.“<sup>131</sup> Plevens Forderung, eine europäische Armee nur nach einer Unterzeichnung des Schumanplans zu errichten, war für Schumacher ein sicheres Zeichen für die Benachteiligung Deutschlands. Ferner seien die wirtschaftlichen Realitäten nicht richtig berücksichtigt, was das eigene Misstrauen noch bestärke. „Man kann sagen, dass der Schuman-Plan noch nie so schlechte Aussichten in Deutschland gehabt hat wie zur Zeit“, was sich auch auf kritische Äußerungen der deutschen Eisen- und Stahlindustrie bezüglich der Entflechtungsmaßnahmen im Zuge des Schuman-Planes bezog, wobei freilich nur eine Minderheit den Beitritt absolut ablehnte.<sup>132</sup>

Ein deutscher Beitrag sei kein „technisch-militärisches Problem“, sondern müsse im Zusammenhang betrachtet werden. So müsse die Bundesregierung intern „auf jeden Versuch des autoritären Regierens“ verzichten. Die parlamentarische Demokratie“ müsse stattdessen das Gegenteil „zu den diktatorischen Methoden des Ostens“ darstellen. Vor einem deutschen Beitrag müsse das Besatzungsregime vollkommen und nicht einzelne Bestimmungen aufgehoben werden. Eine gerechte innere soziale Ordnung bedinge ein „Europa zugunsten des Westens und zuungunsten der Satelliten“.

„Je größer der Anteil der breiten Massen am Sozialprodukt, desto sicherer stabilisiert ist die Demokratie. Es ist nicht nur eine menschliche und soziale, sondern eine staatspolitische und nationale Notwendigkeit, gegen den Klassenkampf von oben und seine rücksichtslose Schwächung der deutschen Sozialstruktur aufzutreten.“

Frankreichs Vorstellungen für eine europäische Verteidigungsgemeinschaft mit ihren Mitgliedern unterschiedlicher Rechte widersprächen dem Grundsatz, wonach nur die Freiheit auch die Freiheit verteidigen könne. Die französischen Vorschläge seien nicht nur mili-

---

<sup>129</sup> Siehe Ramuschkat. Die SPD. S.129 ff. Soell konstatiert für den Zeitraum bis zum Sommer 1950 eine stillschweigende Übereinstimmung zwischen der Regierung und der Opposition, da beide das Ziel des Souveränitätsgewinns verfolgten, der ja auch für die Wiedervereinigung von Nutzen sein konnte. Soell, Erler. S. 136.

<sup>130</sup> Siehe Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1945-1953. Stuttgart 1965. S. 398-422. Zu der Haltung Adenauers: Krieger, Wolfgang (Hg.): Adenauer und die Wiederbewaffnung. Bonn 2001. Für die SPD: Löwke, Udo: Die SPD und die Wehrfrage. Bonn 1976.

<sup>131</sup> Die Rede Schumachers vom 17.9.50 ist als Broschüre des Parteivorstandes unter dem Titel „Deutschlands Beitrag für Frieden und Freiheit“ erschienen. Hierzu sind einige Anmerkungen Schumacher, Reden. S. 836-862 zu entnehmen. Das Zitat „Verlust des ganzen eurasischen Raumes“ ist S. 858 entnommen.

<sup>132</sup> SPD-Fraktion 1949-1953. Nr. 78. Insbesondere Fußnoten 11-13. Protokoll zur Fraktionssitzung am 1.11.1950.

tärisch „uninteressant“, sondern eine „völlige Missachtung der europäischen Idee“. „Es darf sich nicht wiederholen, dass Deutschland in eine internationale Verpflichtung unter solchen Bedingungen wiederum hineingeht. Die Behandlung des Saarkomplexes und des Schuman-Plans zeigt ganz deutlich, dass die Europaidee heute ein missbrauchtes nationalpolitisches Instrument ist.<sup>133</sup> Der Beitritt zum Europarat wurde wieder als taktisch falsch bewertet, da damit Deutschland seine einzigen Trümpfe aus der Hand gegeben habe.<sup>134</sup>

Die gleichen Argumente trug Schumacher in der ersten verteidigungspolitischen Debatte am 8. November 1950 im Bundestag.<sup>135</sup> Ebenso erläuterte er die Position der SPD in einem Brief an Adenauer im Februar 1951. Hier war vom Schaden für die europäische Idee, einer Konzentration auf ein „Kleinst-Europa“ und Frankreichs Hegemonialbestrebungen die Rede. In der Diskussion im Bundestag wies Schumacher Adenauer darauf hin, dass man keine Rechte abtreten könne, die man nicht besitze.<sup>136</sup> Gerade diese beiden Punkte machen den Unterschied in den politischen Konzeptionen Adenauers und Schumachers deutlich: Adenauer war bereit, Frankreich in einigen Bereichen entgegen zu kommen. Dies verband er mit der Bereitschaft über Souveränitätsrechte zu verhandeln, die er nicht hatte. Diese Politik des Souveränitätsgewinns durch Souveränitätsverzicht war für Frankreich nur dann akzeptabel, wenn diese sich in einem Schritt, also in einem Moment vollzog. Für Schumacher musste diese Politik in zwei Schritten geschehen. Erst wenn Deutschland gleichberechtigt war, war er bereit, über den Souveränitätsverzicht zu verhandeln. Damit aber genügte man keineswegs dem französischen Sicherheitsbedürfnis, da die mangelnde Souveränität Deutschlands ein beträchtliches Pfand in den Händen der Alliierten war. Adenauer war bereit, Juniorpartner – aber in der Hauptsache überhaupt erst wieder Partner zu sein. Wie sehr das Thema Wiederaufrüstung die Gemüter erhitzte, zeigte die Forderung Schumachers nach Neuwahlen. Seine Argumentation, dass bei der Wahl des Bundestages dieses Thema noch nicht aktuell gewesen wäre und daher das Parlament nicht genügend legitimiert sei, barg die Gefahr ständiger Parlamentsauflösungen in sich, worauf auch die Fraktionsmitglieder

<sup>133</sup> SPD-Fraktion 1949-1953. Nr. 78. Protokoll zur Fraktionssitzung am 1.11.1950.

<sup>134</sup> Ebd. Fußnote 23. Die gleiche Argumentation zur Magnettheorie, zur nationalen Entfremdung des Begriffs Europa durch Frankreich und der richtigen Ablehnung des deutschen Beitritts zum Europarat hatte Schumacher schon am 17.9.50 angewendet. Siehe Schumacher, Reden. S. 837, 848 f, sowie S. 855 f.

<sup>135</sup> Die Rede ist abgedruckt in: Schumacher, Reden. S. 863-882. Die Rede Schumachers wurde als eigenständige Broschüre herausgegeben. Sie ist ebenso nachzulesen in Turmwächter II, S. 457-473 und Schumacher, Bundestagsreden. S. 65-87. Im Folgenden zitiert nach Schumacher, Reden. Die Befürworter würden eine Hoffnung auf eine deutsch-französische Aussöhnung hegen, obwohl „der Geist des Planes Pleven nicht der Geist der Aussöhnung“ sei. Der französische Plan sei vor allem innenpolitisch bedingt. Auch wenn sowohl in den USA als auch in Frankreich sowie allgemein in Europa große Bevölkerungsteile anders denken würden, seien Äußerungen „dieses nationalegoistischen Wollens niemals eingedämmt“ worden. Die Verknüpfung des Schumanplans mit einer militärischen Komponente sei wie die französische Saarpolitik unannehmbar. Ebd. S. 864-865 „Europa kann nicht der vorgeschobene Verteidigungsgürtel Amerikas und Deutschland nicht der vorgeschobene Verteidigungsgürtel der anderen europäischen Staaten sein.“ Ebd. S. 867. „Jede militärische Abwehr muss einen realisierbaren Zweck und eine erreichbares Ziel haben. Das ist bei dem Divisionstaumel, der heute in Europa diskutiert wird, nicht gegeben. [...] Deutschland ist ein nicht wegzudenkendes Stück Europa. Es ist nicht das Vorfeld der anderen Länder Europas, sondern auch Deutschland ist Europa selbst. Deutschland ist ebenso verteidigungswert und das deutsche Volk ebenso verteidigungswürdig auch für die anderen demokratischen Völker der Welt, [...] Diese Anerkennung erwarten wir durch Tatsachen.“ Ebd. S. 873-874.

<sup>136</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 165-169.

Henßler und Bergstraesser hinwiesen. Darüber hinaus gehende Forderungen nach einer Volksabstimmung über eine mögliche Wiederbewaffnung fanden innerhalb der Fraktion während der kommenden Jahre keine Mehrheit.<sup>137</sup>

Die Zweifel der SPD an den europäischen Integrationsschritten hingen dabei nicht zuletzt mit der Ablehnung eines konservativen Europas zusammen, dem die Vorstellung der Vereinigten Staaten von Europa entgegen gestellt wurde.<sup>138</sup> Dabei verband sich die Kritik mit dem innenpolitischen Vorwurf, dass die Regierung eine Regierung des Kapitals sei.<sup>139</sup> Die Diskussion zur Gründung der EGKS verlief in der Folge noch kontroverser und in seiner Wortwahl noch schärfer als die zum Beitritt zum Europarat, was unterschiedliche Gründe hatte. Erstens war die EGKS im Unterschied zum Europarat von Beginn an nur rein wirtschaftlich angelegt und verstärkt auf die Schwerindustrie bezogen. Dies musste geradezu dem Topos des kartellisch-schwerindustriellen Europas entsprechen. Zweitens war der Vorschlag zur Gründung der EGKS ein Vorschlag der französischen Regierung gewesen, ein „von oben“ inszeniertes Projekt, das den demokratischen Vorstellungen der Sozialdemokraten und zugleich dem Misstrauen Frankreich gegenüber zum Opfer fiel. Der Europarat war dem gegenüber auf eine Initiative der Europäischen Bewegungen hin entstanden.<sup>140</sup> Als zentrales drittes Argument kann die regionale Beschränktheit der EGKS genannt werden, die nicht nur ganz Osteuropa ausschloss, sondern sich darüber hinaus nur auf sechs Staaten in Westeuropa beschränkte. Schon früh war insbesondere Großbritannien an den Verhandlungen nicht mehr ernsthaft beteiligt gewesen. Somit war eine Beschränkung auf ein „katholisches, karolinisches“ Europa gegeben. Frankreich stand dabei zusätzlich im Generalverdacht, einer deutschen Wiedervereinigung und Gleichberechtigung entgegen zu stehen.

Europa wurde auf mehreren Ebenen zwischen den Parteien zu einem Konkurrenzthema. Durch den Beitritt zum Europarat wurde in der Beratenden Versammlung von deutscher Seite diskutiert. Hinzu kamen die Parteienkooperationen zwischen den Christdemokraten und den Sozialdemokraten. Doch entscheidend war die Auseinandersetzung auf der nationalen Ebene. Die Diskussion über Europa vermischte und überlagerte sich bei den ab 1950 diskutierten Projekten. Hinzu kamen Implikationen, die diese eh mit den benachbarten Politikfeldern wie der Deutschlandpolitik, der Wirtschaftspolitik und der Verteidigungspolitik oder der Saarproblematik verbanden. Am 17.11.50 unterschied der Artikel „Nach Strassburg, aber nicht über das Saarland“ des Sozialdemokratischen Pressedienstes das Europa

<sup>137</sup> Weber, Einleitung. S. LXXXII-LXXXIII. Ebenso Protokoll der Fraktion vom 1.11.1950. In: SPD-Fraktion 1949-1953. Nr. 78. Das Argument der Nichlegitimierung des Bundestages wurde von Schumacher auch am 8.11.50 thematisiert. Stenographische Berichte. Band. 5. S.3567-3576. Rede Schumachers.

<sup>138</sup> In: Turmwächter II. S. 392. Ebenso Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. S. 200. Dies wird auch an einem Brief Erlers deutlich, in dem er die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zum Westen nach dem Ausbruch des Koreakrieges und der Abhängigkeit von den USA hervorhob, aber zugleich das „bürgerliche Geschrei nach Europa“ als „übernationalen Chauvinismus“ abtat. Die neuen europäischen Formen würden für reaktionäre Ziele missbraucht. Dem stellt Erler die fortschrittliche Politik Skandinaviens und Großbritanniens gegenüber. Soell, Erler. S. 137 f. Zum Zielkonflikt Aufbau Europas und der deutschen Wiedervereinigung: Soell, Erler. S. 135 ff.

<sup>139</sup> So schrieb Erler, dessen Aufstieg innerhalb der SPD gerade begann, in einem Bericht in seinem Wahlkreis am 30. Januar 1950: „Viele Wähler unseres Landes haben bei ihrer Wahl geglaubt, für das angeblich bedrohte Christentum einzutreten. Jetzt erfahren sie zu ihrem Erstaunen, daß mit dem Christentum die Wirtschaftspolitik der Großverdiener gemeint gewesen ist.“ Soell, Erler. S. 131. Besonders Anmerkung 41.

<sup>140</sup> Siehe: Brunn, Die Europäische Einigung. S. 52 ff.

„gekennzeichnet von der Jugend, von dem Willen, Europa nach dem Terror und dem Krieg wieder aufzubauen“, einem Europa ohne Grenzen, einem idealen zu schaffenden Europa, von der aktuellen Europapolitik. Ein Zeichen hierfür sei die Visumvergabe für die letzte Sitzung in Straßburg gewesen, in der absichtlich den deutschen Delegierten untersagt worden sei, das Saarland zu besuchen.<sup>141</sup> Auch der DUD sah hierin „eine schwere Sünde gegen den Geist Europas“. „Was nützen alle Reden von europäischer Verteidigung und von deutsch-französischer Freundschaft, wenn deutsche Politiker von einem massgebenden europäischen Staat gehindert werden, mit ihren deutsche Brüdern und Schwestern im Saarrevier Verbindung zu halten?! Die französische Massnahme steht auch in einem merkwürdigen Gegensatz zur deutschen Haltung in dieser Frage, die doch wirklich bis an die Grenze des Erträglichen geht.“<sup>142</sup> Während man hier mit der SPD *d'accord* ging, attackierte man diese in der gleichen Ausgabe. Die SPD sei zusammen mit den Extremisten von KPD und SRP gegen den Schumanplan und den Europarat und damit gegen Europa. Die Politik der SPD sei widersinnig, da sie einerseits die Rolle des Europarates im Allgemeinen und die der Beratenden Versammlung im Besonderen als zu gering empfinde, diese Position bei konkreten Beschlüssen allerdings nicht vertrete.<sup>143</sup>

Die verband das Organ der CDU-Geschäftsstelle zehn Tage später mit einer Attacke auf Spaak und die europäischen Sozialisten im Allgemeinen. Er habe feststellen müssen, „dass „in den Bemühungen um eine europäische Union die europäischen Sozialisten das hauptsächlichste verzögernde Element [seien].“

Spaak habe damit einen längst bekannten Sachverhalt thematisiert. „Die sozialistischen Delegierten in Strassburg wolle ein sozialistisches Europa – jede andersgeartete europäische Einigung ist ihnen Hekuba! Um den Preis einen sozialistischen Europas wären vielleicht sogar die *Labour*-Delegierten bereit, von der *Splendid Isolation* ihrer Regierungspolitik abzugehen. Die deutschen Sozialdemokraten gebärden sich als Seiner *Labour*-Majestät getreueste Gefolgsleute, die Skandinavier liegen auf der gleichen Linie und die französischen Sozialisten werden zum Spielball des Widerstreits zwischen klar erkannten Notwendigkeiten und einer sozialistischen Solidarität.“ Die Sozialisten würden somit das Parteiwohl über das Allgemeinwohl stellen. „Mag der Bolschewismus an den Toren des Abendlandes rütteln, die Sozialisten wollen ihr sozialistisches Europa. Sie vergessen, dass der Bolschewismus überwunden werden muss, sonst wird es kein Europa mehr geben. Auch kein sozialistisches!“<sup>144</sup>

Daher war es nicht schwer, bald den „SPD-Verrat an Europa“ festzustellen. Der deutschen Delegation sei es endlich gelungen, eine Empfehlung der Beratenden Versammlung an den Ministerrat aus deutscher Sicht stark zu verbessern, indem erstmalig in dieser Form die deutsche Gleichberechtigung anerkannt worden sei und eine mögliche europäische Armee ein größerer Freiraum innerhalb des atlantischen Systems zugestanden worden wäre. Die SPD-Delegation hätte der Empfehlung eigentlich zustimmen wollen, doch Schumacher habe dies in einem Telefonat verboten. Man werde sich nun nicht über Zweifel im Westen an der deutschen Bereitschaft, gegen die „Aggression aus dem Osten“ vorzugehen, wundern können. Im Westen fürchte man aufgrund der aktuellen Landtagswahlergebnisse, eines

<sup>141</sup> Sozialdemokratischer Pressedienst vom 17.11.1950. Abgerufen von <http://library.fes.de> am 14.12.2009.

<sup>142</sup> DUD vom 17.11.1950. S. 3-4. ACDP. 07-001-3391.

<sup>143</sup> DUD vom 17.11.1950. ACDP. 07-001-3391.

<sup>144</sup> DUD vom 27.11.1950. ACDP. 07-001-3391.

„Tages möglicherweise einem Partner gegenüberzustehen, der sich nicht scheut, den europäischen Gedanken aus parteitaktischen Gründen zu verraten, wie es jetzt in Strassburg offenkundig geschehen ist. Man muss augenscheinlich bei der Schumacher-SPD auf alles gefasst sein – kein beruhigendes Gefühl für unsere Zukunft ...“<sup>145</sup>

Die Zukunft war ob der bolschewistischen Gefahr gefährdeter denn je und hier konnte nur ein geeintes Europa helfen, wie Adenauer auf dem ersten Parteitag der CDU im Oktober 1950 in Goslar ausführte. Hier wurde die CDU aus den einzelnen Parteien der Länder, mit der Ausnahme der CSU in Bayern, als Bundespartei aus der Taufe gehoben. Nachdem nun nach dem Dritten Reich wieder ein deutscher Staat existiere, könne man „über „Deutschlands Stellung und Aufgabe in der Welt“, angesichts schneller Umbrüche, sprechen.“<sup>146</sup>

Nach 1914 befinde man sich in einer solchen schnelllebigen Phase: England sei die stärkste See-, Deutschland die stärkste Militärmacht sowie Frankreich und Italien seien als wirtschaftlich und militärisch starke Großmächte gewesen. Österreich-Ungarn habe Mitteleuropa sowie den Balkan kontrolliert und „an Europa“ gebunden. „Rußland war eine Großmacht, aber es betrachtete sich als zu Europa, zu dessen Kultur gehörend. Dieses politisch und wirtschaftlich starke und im großen und ganzen im Gleichgewicht sich befindende europäische Staatensystem konnte kraft seiner Stärke und infolge seines Gleichgewichts wirtschaftlich und politisch die Welt führen. [...] Europa war maßgebend für die Geschehnisse der Welt“ und die USA waren „in der Weltpolitik“ noch nicht vertreten. Dem stellte er das heutige Europa gegenüber. Deutschland sei „gewaltsam zerrissen, politisch und wirtschaftlich schwer geschädigt, außenpolitisch ein Vakuum.“ Frankreich und Italien hätten sich noch nicht erholt. England habe trotz seiner „Staatskunst“ wirtschaftlichen und politischen Einfluss eingebüßt „und seine Weltgeltung zum Teil verloren.“

Schlimmer sei aber, dass sich „Sowjet-Rußland [...] nicht mehr als europäische, sondern als bolschewistische Macht“ fühle. Es habe sich über einige Staaten Osteuropas ausgebreitet und stehe „jetzt mitten in Europa. Es ist in der Lage, in seinen europäischen Satellitenstaaten und durch die von ihm beeinflussten Völker in Asien jederzeit große Kriege zu führen, ohne einen einzigen sowjet-russischen Soldaten dafür einzusetzen.“<sup>147</sup> Darüber hinaus verfüge die Sowjetunion in den westlichen Ländern über starke 5. Kolonnen. Doch die USA hätten sich weiterentwickelt und seien „seit der Zeit des Römischen Reiches unter Kaiser Augustus“ die stärkste Macht auf Erden. Glücklicherweise seien die USA „freiheitsliebend, fortschrittlich und entschlossen“ und erkannten seine menschengeschichtliche Rolle, „welche Verantwortung ihm seine Macht und sein Reichum gegenüber der gesamten Menschheit auferlegt.“

Doch auch in Europa lebten „entschlossene, fleißige, fortschrittlich gesinnte, freiheitsliebende Menschen“. Hier und „in den Gebieten, die Rußland sich angegliedert hat“, lebe „der Geist der europäischen Zugehörigkeit, die Sehnsucht nach der Freiheit“ weiter. Diese Freiheit und der Schutz des Einzelnen, auch „gegenüber einer Staatsallmacht“ würden, zusammen mit den USA, vertreten. Dem sei „Sowjet-Rußland“ entgegen zu setzen, das durch „Vermassung und Beherrschung der Massen, rücksichtslose Ausbeutung durch eine kleine Oberschicht in der Form eines totalitären Staates, Sklaverei, Konzentrationslager, Verfol-

<sup>145</sup> In: DUD Nr. 236, 4. Jahrgang. 1.12.1950. ACDP. 07-001-3388.

<sup>146</sup> Rede abgedruckt in Adenauer, Reden. S. 181-192. Hier S. 181 f. Dies ist der Wortlaut der in einer Sonderausgabe des DUD am 20.10.50 gedruckten Rede.

<sup>147</sup> Ebd. S. 182 f.



gung des Christentums“ bestimmt sei. Die Sowjetunion betreibe seit 1945 eine Expansionspolitik, die man mit Stärke eindämmen müsse. Spätestens seit dem totalitären Hitlerregime würden nun die Westalliierten erkennen, dass mit „Sowjet-Rußland, wie mit jedem totalitären Staat, nur mit einer Sprache gesprochen werden könne. Man müsse nämlich Stärke zeigen. „Nur dann wird ein totalitärer Staat bereit sein, sich friedlich einzuordnen in das Gesamtgefüge der Völker, wenn seine Machthaber wissen, daß jedes Ausbrechen, jeder Angriff für sie selbst schwerste, unter Umständen vernichtende Folgen hat.“ Truman werde mit seiner Politik in die Weltgeschichte eingehen.

Resümierend stellte Adenauer fest:

„Auf der einen Seite steht Sowjet-Rußland mit seinen Trabanten und Satellitenstaaten, seinen 5. Kolonnen und den ihm blind gehorchenden kommunistischen Parteien in den demokratischen Ländern, hochgerüstet, überall in der Welt das Feuer schürend, Religion und Christentum, europäische Sitten und Kultur, Freiheit und Würde der Person vernichtend. Auf der anderen Seite stehen die Westalliierten, stehen die Atlantikpaktstaaten unter Führung der Vereinigten Staaten, bereit und entschlossen, alles zu tun für den Frieden, aber nur für einen Frieden in Freiheit und Würde, bereit, ihre Rüstung aufs äußerste zu verstärken, um auf diese Weise den von Sowjet-Rußland drohenden Angriff zu verhindern.“<sup>148</sup>

Zwischen diesen beiden Blöcken liege die Bundesrepublik in einer beunruhigenden, spannungsgeladenen Lage. Der westalliierte Entschluss, die Truppen in Deutschland zu verstärken, sei trotz der Belastungen begrüßenswert, denn Deutschland wäre das erste Opfer einer sowjetischen Aggression, die sich aller Formen bediene. So versuche die 5. Kolonne „durch eine skrupellose, durch und durch unwahre Agitation [...] uns als Friedensbrecher, als Söldlinge Amerikas hinzustellen. [...] Es ist die Aufgabe Deutschlands, einen Damm aufzurichten gegen das Einsickern und die Infiltration sowjet-russischer Ideen.“ Dazu sei die Aufklärung der Menschen und eine „gerechte soziale Ordnung“ vonnöten.

Das „christliche Gedankengut“ sei Grundlage der Innen- und Außenpolitik der CDU und sei „wesentlich ist für den Kampf gegen den Bolschewismus.“ Er wünsche sich, dass sich alle Parteien beteiligten und „im besten und wahrsten Sinne des Wortes überparteilichen deutschen und europäischen Aufgabe mitarbeiten.“ Garant für die Sicherheit sei indes die Einbindung in die westliche Verteidigung.<sup>149</sup> Was einen ab Sommer 1950, auch im Europarat, diskutierten deutschen Beitrag angehe, so sei man „bereit und entschlossen, den Gedanken einer vereinigten europäischen Armee unter gemeinsamer europäischer Führung und genauer demokratischer Kontrolle zu unterstützen.“ Die Vertreter der Koalitionsparteien hätten die vollkommene Gleichberechtigung gefordert und zugleich die Aufstellung einer eigenen deutschen Armee abgelehnt. Die Delegierten der SPD hätten sich der Stimme mit dem Hinweis enthalten, dass die Sache „noch nicht spruchreif sei“.<sup>150</sup> Adenauer bekannte sich zum Schumanplan, den man wie „alles, was zum Zusammenschluß Europas führt“, unterstütze. „Der Europa-Gedanke hat bei uns in Deutschland tiefe Wurzeln geschlagen. Wir werden unsere Jugend im Geiste der europäischen Gemeinschaft erziehen.“ Zu diesem gelte unweigerlich die Erziehung zum Rechtsgedanken und der Anerkennung der Rechte der Einzelpersonen und der Staaten, die dem Naturrecht entspringen würden.

<sup>148</sup> Ebd. S. 184 f.

<sup>149</sup> Ebd. S. 186 f.

<sup>150</sup> Ebd. S. 188

„In unserer Zeit wird es sich entscheiden, ob Freiheit, Menschenwürde, christlich-abendländisches Denken der Menschheit erhalten bleiben oder ob der Geist der Finsternis und der Sklaverei für eine lange Zeit seine Geißel über die hilflos am Boden liegende Menschheit schwingen wird.“<sup>151</sup> Der Topos der Freiheit als zentraler Bestandteil der Argumentation Adenauers setzte dieser in einer einfachen Schlussfolgerung mit Europa gleich. Demnach garantierte die europäische Kultur mit ihren antiken und christlichen Wurzeln erst die Grundrechte des Einzelnen und damit dessen Freiheit. Die „asiatische Kultur“ hingegen negierte die Rechte des Einzelnen, womit er ohne Probleme Asien mit der Unfreiheit gleichsetzte.<sup>152</sup> Politiker wie Hans-Erich Stier führten die Gedanken einer geistigen Erneuerung noch weiter. So forderte dieser auf dem Goslarer Parteitag einen Damm „von geistigen Energien“, damit das Abendland gesichert werden könne. Die „Ersatzreligionen“ des „Liberalismus und Sozialismus aus dem Atheismus“ müssten zurückgedrängt werden. Hierfür hob er die Bedeutung der „Volksbildung“ und entsprechender Eliten hervor.<sup>153</sup> Die Topoi Freiheit und Europa boten Anknüpfungspunkte für unterschiedliche politische Gruppierungen. So fußte der abendländische Freiheitsbegriff auf der christlichen Bindung, die jene Freiheit ermögliche. Die Negation des Bolschewismus überdeckte dabei Unterschiede zwischen einem liberal-demokratischen und einem christlich orientierten Freiheitsbegriff.<sup>154</sup> Mit seinen Ausführungen zur möglichen Ausbreitung des Kommunismus geradezu als „Seuche“ ähnelte Adenauer den Argumentationen, die von den Abendländern propagiert wurden.<sup>155</sup> Nur innerlich gefestigt könne man gegen die Gefahr von außen bestehen. Eben jene Kräfte der Gesellschaft wollten die beiden Kirchen stärken, indem sie verstärkt vor der „Vermassung“ warnten. Dabei betonten die katholischen Einrichtungen stärker als die protestantischen die antisozialistische und antiliberalistische Stoßrichtung, zumal man mit der katholischen Soziallehre versuchte, Alternativen aufzuzeigen.<sup>156</sup>

Auch Brentanos Rede stand unter dem Titel „Der europäische Auftrag der CDU“, wobei sich diese Rede jedoch vornehmlich mit dem deutschen Wiederaufbau beschäftigte.<sup>157</sup> Hier wurde Europa als bloße Leerformel benutzt. Der Konnex des deutschen Verteidigungsbeitrages mit einer europäischen Einigung wurde jetzt immer stärker von der CDU in ihren offiziellen Verlautbarungen betont.<sup>158</sup> So schrieb man im Bulletin der Bundesregierung vom

<sup>151</sup> Ebd. S. 192.

<sup>152</sup> Vgl. hierzu Weidenfeld, Adenauer und Europa. S. 84 ff.

<sup>153</sup> Gauger, Jörg-Dieter: Hans Erich Stier (1902-1979). In: Historisch Politische Mitteilungen 14 (2007). S. 187-212. Hier S. 210 f.

<sup>154</sup> Zum unterschiedlichen Freiheitsbegriff siehe mit weiteren Anmerkungen Schildt, zwischen Abendland und Amerika. S. 43 f.

<sup>155</sup> Ebd. gegen Linkskatholiken wie Dirks gerichtet. S. 43 f.

<sup>156</sup> Ebd. S. 134 ff. Besonders auffällig, wenn man sich den Lehrplan des Franz-Hitze-Hauses des Bistums Münster ansieht. Ebd. S. 156 ff.

<sup>157</sup> Siehe hierzu UID Nr. 86. 4.11.1950. S. 1. Wiederum pathetischer Gebrauch des Wortes Europa in der Kurzbeschreibung und Bewertung des Parteitages von Goslar. Ebd. S. 2. Hier heißt es zum Schluss: „Aber die Kraft unserer Idee wird die Schwierigkeiten meistern, um so mehr als wir wissen, in welchem Maße das Geschick unseres Volkes und Europas von dem Erfolg unserer politischen Arbeit abhängt.“ ACDP. 07-001-3239.

<sup>158</sup> So der Artikel „Wozu der Lärm?“ im UID vom 12.10.50, in der Adenauer darauf hinwies, dass ein deutscher Verteidigungsbeitrag nur durch den Bundestag beschlossen werden könne. ACDP. 07-001-3239. DUD Nr. 201. 12.10.1950. S. 2-3. Dabei wandte sich Adenauer in mehreren Aussagen vor allem der Kritik

22.12.1950: „Insgesamt aber läßt sich heute schon feststellen, daß das anfangs als schwer realisierbar angesehene Projekt einer Verteidigungsgemeinschaft vor seiner Verwirklichung steht. Die Bundesregierung hat in ihm von vornherein einen Schritt auf den Frieden und die Einheit Europas hin erblickt und strebt bei den Verhandlungen immer diejenige Lösung an, die bei aller Wahrung der deutschen Gleichberechtigung zugleich auch die europäische Lösung bedeutet.“<sup>159</sup> Die Gleichberechtigung wurde als Forderung aller Parteien dargestellt. Nach Brentano war das „uneingeschränkte Vertrauen zu Deutschland [...] Grundlage für einen Beitrag zur Verteidigung Europas.“<sup>160</sup>

Die Gleichberechtigung musste nach Adenauer nicht zwangsläufig die sofortige Wiedervereinigung beinhalten, sondern konnte nach Adenauer sukzessive erreicht werden. Gegenüber McCloy hielt er fest:

„1. Es sei besser, daß die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands verzögert würde, als daß ein vereinigt Ost-West-Deutschland unter bolschewistische Herrschaft gerate.

2. Die Bundesregierung sei der Auffassung, daß man das Verhältnis zu Frankreich unter allen Umständen (sic!) auf eine gesunde Basis der gegenseitigen Verständigung stellen müsse, daß man alles tun müsse, um das Verhältnis zu England möglichst wirksam zu gestalten, daß aber das Entscheidende (sic!) sei eine enge Kooperation mit den Vereinigten Staaten; denn ohne diese Kooperation sei nach Auffassung der Bundesregierung Westeuropa und damit auch Westdeutschland gegenüber der Gefahr aus dem Osten nicht zu bewahren.“<sup>161</sup>

Zum Jahreswechsel 50/51 betonte Adenauer vor dem Vorstand der CDU Rheinland und Westfalen, nicht nur, dass sich 1951 entscheide, „ob Deutschland und ob damit Europa ein christliches Land bleiben oder nicht“<sup>162</sup> sondern forderte sowohl stärkere innenpolitische Maßnahmen von seinem innerparteilichen Konkurrenten Arnold als auch eine stärkere Bundespolizei gegen drohende kommunistische Unruhen. Forderungen nach der Erweiterung der eigenen Machtbasis wurden mit dem Erhalt des christlichen Europas überhöht, denn wenn die Sowjets am Rhein stehen würden, sei in Europa angesichts der Kommunisten in Frankreich und Italien kein Halten mehr. Nur Stärke statt Neutralität könne Europa retten.<sup>163</sup> In diesem Zusammenhang wurde ein Angebot Grotewohls zu Verhandlungen als reine Propagandamaßnahme bewertet.<sup>164</sup> Adenauer erkannte Zeichen für den Willen der Alliierten, Besatzungsrecht durch Vertragsrecht zu ersetzen. Da Streiks in Deutschland eine verheerende Rückwirkung auf die Isolationisten in den USA hätten, müssten diese dringend

---

Niemöllers zu. So im DUD vom 15.11.50. ACDP. 07-001-3388. Ebenso im Informationsdienst der CDU vom 4.11.50. ACDP. 07-001-3388. Ferner im UID vom 18.11.50, der die Regierungserklärung vom 8.11.50 im Bundestag wiedergab. ACDP. 07-001-3239. UID Nr. 90. 18.11.1950. S. 1. Der offene Brief Niemöllers an Adenauer vom 4.10.50 findet sich in: DzD 2/3/1. Nr. 135.

<sup>159</sup> Bulletin der Bundesregierung vom 22.12.1950. Nr. 24. S. 181. ACDP. 07-001-3395. Siehe ebd. auch den Bulletin vom 20.12.1950.

<sup>160</sup> Bericht im UID Nr. 100, 4. Jahrgang. S. 3, am 23.12.50. ACDP. 07-001-3239.

<sup>161</sup> Aufzeichnung der Unterredung Adenauers mit dem amerikanischen Hohen Kommissar, McCloy, vom 17.12.1950. In: DzD 2/3/2. Nr. 439. Siehe auch die Bewertung bei Schwarz, Erbfreundschaft. S. 42 f.

<sup>162</sup> Adenauer. Reden. S.201-220. Hier: S. 202.

<sup>163</sup> Ebd. S. 211 f.

<sup>164</sup> Ebd. S. 212 f.

vermieden werden. Ebenso sei die „ohne-mich“ Bewegung für die deutsche Politik fatal, denn bei einer Viermächte Konferenz ständen sich ein starkes Russland und das „dekadente und in sich verfallende Europa“ gegenüber. Nur wenn die USA und Westeuropa zusammenstehen würden, ließe sich wohl ein Krieg verhindern, denn Russland sei vorsichtig: Es habe nach 1945 keine eigenen Kräfte sondern nutze sein Vorfeld eingesetzt. Bei der Diskussion störe ihn besonders, dass manche Personen wohl vergessen hätten, wer eigentlich den Krieg verloren habe.<sup>165</sup>

Adenauer sprach seine Besorgnis über die „Agitation Niemöller-Heinemann“ aus, denn er befürchte „nicht nur als Christ, nicht nur als Katholik, sondern auch als Deutscher“, dass man wieder in zwei Konfessionen auseinanderfalle. Adenauer warnte vor der Taktik Niemöllers, denn dieser habe gegenüber drei CDU-Politikern geäußert: „Der Kanzler ist der Beauftragte des Vatikans. Zwischen dem Vatikan und Washington ist vereinbart worden, daß die 18 Millionen deutscher Protestanten dem Bolschewismus überantwortet werden, damit der deutsche Protestantismus ausgerottet wird.“

Für eine Politik der Stärke, „in diesem Jahr um Sein oder Nichtsein eines freien [...] und eines christlichen Deutschland [und] christlichen Europa“ müsse insbesondere die SPD zur Zusammenarbeit gewonnen werden.<sup>166</sup> Adenauer sprach eine gemeinsame Politik mit der SPD in dem Bundesland an, in dem vermutlich viele Anhänger einer großen Koalition saßen. Adenauer, vermochte es somit, seine Strategie verbal in diese Richtung zu orientieren, ohne in den meisten Fragen eine gemeinsame Politik zu verfolgen.

Auch Schumacher nutzte das Jahresende zur generellen *tour d'horizon*. Die deutsche Frage hänge von auswärtigen Mächten ab, wobei die Frage auf einer Viermächte-Konferenz geklärt werden könne. „Sie könnte aber auch klärend auf das deutsch-alliierte Verhältnis wirken. Allen Illusionen der Bundesregierung und ihrer Parteien zum Trotz ist die Einschmelzung der Bundesrepublik in eine westeuropäische oder atlantische Föderation nicht vollzogen. Noch ist Ungleichheit der Gefahren, Opfer und Risiken vorhanden, noch ist die notwendige Gleichheit der Chancen nicht gegeben. [...] Die Sozialdemokraten warnen ausdrücklich vor Brückenbauereien im politisch luftleeren Raum und vor Husarenritten auf einem west-östlichen Schaukelpferd. Manche Illusion über den Wert vorbehaltloser Nachgiebigkeit gegenüber westlichen Alliierten ist jetzt verflogen. Das ändert nichts an der Tatsache, daß das ganze deutsche Volk in jeder Erscheinung und jedem Willen seines Lebens zur westlichen Welt gehört. Nur muß es sich seine Position in dieser westlichen Welt auch selbst gegen Widerstände innerhalb dieser Welt erkämpfen.“ Den Revanche-Politikern und „billige[n] Opportunisten in der westlichen Welt“, die „sich mit den Russen auf deutsche Kosten einigen“ wollten, gelte es klar zu machen, dass es ohne die Deutschen in Europa keine Demokratie gebe und, „daß die deutsche Einheit nicht allein eine nationale Frage der Deutschen [ist], sondern ebenso eine Angelegenheit jedes freiheitlichen europäischen Volkes ist und hier das Gewicht der Weltdemokratie gewogen wird.“<sup>167</sup>

Adenauers Avancen für eine gemeinsame Politik in der Verteidigungspolitik zeigten sich in einem Brief vom 31.1.51 an Schumacher. Er führte die gleichen Argumente wie zuvor

<sup>165</sup> Ebd. S. 214-217.

<sup>166</sup> Adenauer. Reden. S. 201-219. Letztes Zitat Ebd. S. 218. Als weiteres Beispiel zur Hochstilisierung des Jahres 1951 als Entscheidungsjahr für oder gegen das Abendland und die Freiheit des Einzelnen siehe die Weihnachtsansprache Adenauers von 1950. In: DzD 2/3/1. Nr. 191. S. 477 f.

<sup>167</sup> DzD 2/3/1. Nr. 192. Zitate: S. 479 und S. 481.

an, jedoch weniger stark pointiert, indem er weder von christlichem Europa noch von Schicksalsfragen sprach.<sup>168</sup> In der Antwort vom 6.2.1951 beklagte Schumacher aber einmal mehr die ungleiche Behandlung der westlichen Staaten, womit ein starkes Europa verhindert werde. Demnach waren die angestrebten Mittel ungeeignet.<sup>169</sup> In den Briefen redete man bereits aneinander vorbei. Eine Zuspitzung war vorbereitet.

### III.1.3 Volle Konfrontation – Die Zuspitzung der europapolitischen Konkurrenzsituation ab dem Frühjahr 1951

Die Ergebnisse der Verhandlungen in Paris zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) wurden von den Vertretern der Parteien reich rezipiert und kommentiert. So bezeichnete Günter Henle am 9.1.1951 die „übernationale Grundlage“ als wichtigste Errungenschaft. Europa werde „von unten her durch die Schaffung einer echten Interessengemeinschaft auf einem Hauptgebiet des Wirtschaftslebens“ aufgebaut statt „von oben her diese Einheit durch den Beschluss einer Art europäischer Gesamtverfassung den Völkern gleichsam aufzupropfen“. Das Scheitern dieses Ansatzes werde in Straßburg deutlich, welcher zeige, dass letztendlich Souveränität abgegeben werden müsse. „So haben die Umstände den Schumanplan gleichsam zum grossen Prüfstein werden lassen, ob es denn nun wenigstens diesen Weg zu einem einheitlichen Europa gibt, dessen Schaffung die heutige, so völlig veränderte Weltlage mit einer Dringlichkeit erfordert, über die sich alle Welt im Westen einig ist. Es wäre ein arges Missverständnis, sagen zu wollen, was auf politischem Wege nicht gegangen sei, solle nun so auf dem Wege der Wirtschaft versucht werden.“<sup>170</sup> Henle legte als Wirtschaftsvertreter somit ein klares Bekenntnis zu den funktionalen Integrationsschritten ab. Er versuchte Vorbehalte der Industrie zu überwinden, die zu starke staatliche Eingriffe fürchtete.<sup>171</sup> Die EGKS spielte in Adenauers Argumentation vor

<sup>168</sup> Siehe hierzu den Brief Adenauers an Schumacher vom 22.1.1951 und dessen Brief an Ollenhauer vom 6.2., in dem sich Adenauer darüber beschwert, dass ein Teil der Absprachen in einem Artikel der Frankfurter Rundschau aufgetaucht seien. In: Morsey, Adenauer Briefe 49-51. S. 340. Zur Einschätzung Adenauers siehe Adenauer, Erinnerungen 1945-1953. S. 415 ff.

<sup>169</sup> Der Brief mit seiner Anlage ist abgedruckt in Schumacher, Reden. S. 883-894. Hier S. 890. Zur Einschätzung Adenauers dieses Briefes siehe Adenauer, Erinnerungen 1945-1953. S. 420-422. Siehe auch den Schlagabtausch der beiden Vorsitzenden im Bundestag vom 8.11.50. Deren Reden sind abgedruckt in DzD 2/3/1. Nr. 164 und Nr. 165.

<sup>170</sup> Henle, Günter: Der Schuman-Plan vor seiner Verwirklichung. Vortrag vom 9.1.1951. S. 27. ACDP. 07-001-3395. Henle betonte, dass er die Sorgen einzelner Länder wie Italien und Belgien nachvollziehen könne. Aber dies seien doch nur ein Überbleibsel alten nationalistischen Denkens. „Zeigt sie (die Gemeinschaft, P.B.) sich dieser Aufgabe gewachsen, so kann kein Raum mehr sein für ein Ausspielen dieser Gewichte gegeneinander. Freilich erfordert das eine europäische Denkweise, zu der wir uns alle erst erziehen müssen. Das gelingt umso leichter, wenn wir uns von zu viel Zweifelsucht freihalten und zu tatkräftiger Mitwirkung entschlossen zeigen.“ Ebd. S. 29-30. Zu Henle: Conze, Europa der Deutschen. S. 285 f. sowie S. 333-335.

<sup>171</sup> Conze, Suche nach Sicherheit. S. 69. Zur Einstellung der Wirtschaft zum europäischen Integrationsprozess sei auf die Werke von Werner Bühner verwiesen. So zum Beispiel Bühner, Werner und Schröder, Hans-Jürgen: "Germany's Economic Revival in the 1950s. The Foreign Policy Perspective", in: di Nolfo, Ennio (Hg.): Power in Europe? II Great Britain, France, Germany and Italy and the Origins of the EEC 1952-1957. Berlin/ New York 1992. S. 174-196. Zum Vorwurf des Dirigismus: S. 189 f.

allem als Beispiel für die europäische Einigung und somit als Beitrag für die europäische Sicherheit eine Rolle, wofür dringend die Zustimmung der Tarifpartner erreicht werden müsse. Die Vorstandsmitglieder der CDU/CSU-Fraktion bestätigten diese Sicht. Auch die USA würden die EGKS als Prüfstein ansehen. Obwohl ein Isolationismus nicht mehr zu befürchten sei, müsse gerade Deutschland jeden Verdacht entgegenwirken, die Verhandlungen zu verschleppen.<sup>172</sup> Seine großen Linien skizzierte Adenauer vor Bonner Studenten im Frühjahr 1951. Nach ihm drohte dem „armen kleinen Deutschland“ die Neutralisierung und damit das Abrutschen in das „Krafffeld der Sowjetunion“, womit die Einheit Europas verhindert werde, die somit als Wert an sich erschien. Das wahre Ziel der Sowjetunion sei, dass mithilfe der „fünften Kolonnen“ in Westeuropa bald die gleichen Verhältnisse wie „im deutschen Osten“ herrschten. Sie nutze dabei das Instrument des Kalten Kriegs, indem sie – wie sie es seit 1945 getan hatte – durch Drohung ihr Gebiet ohne einen Tropfen Blut zu vergießen vergrößern wolle, denn eigentlich sei die Sowjetunion dem Westen unterlegen. Folglich würde der Kreml auch keinen Krieg beginnen, wenn Deutschland einen Verteidigungsbeitrag leisten würde. Also könne durch eine Neutralisierung auch kein heißer Krieg verhindert werden, da die Sowjetunion einen solchen nicht anstrebe. Der Wiederaufbau Europas sei dabei eine wichtige Etappe zur Friedenssicherung und der Schumanplan ein erster Schritt dorthin.

Neben dem Schumanplan sei der Plan einer „Europaarmee“, deren Aufbau lange dauern und die Kriege zwischen den europäischen Völkern verhindern würde, eine wichtige Etappe. Der östlichen Gefahr begegne man besser durch den Atlantikpakt. Ziel sei die „Vereinheitlichung Europas mit einem freien Deutschland und die Bewahrung des Friedens“. Adenauer schob nach, dass die NATO vollkommen defensiv sei. Hätte sie sonst so viele gute Möglichkeiten zum Angriff nach 1945 verstreichen lassen?<sup>173</sup> Mit der einfachen Gleichung, wonach eine Neutralisierung einem Sieg der Sowjetunion und der „Barbarei des Ostens“ gleich kam, konnte jedes Argument gegen eine Westbindung abgeschmettert werden. Mehr noch: Durch das Erkennen der Strategie der Sowjetunion konnte dem politischen Gegner bewusste oder unbewusste Schützenhilfe für die Sowjetunion vorgeworfen werden. Gleichzeitig war Adenauers Argumentation darauf ausgelegt, Warnern vor einer unmittelbaren Reaktion durch die Sowjetunion bei einer deutschen Aufrüstung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Darüber hinaus lässt sich in den Aussagen Adenauers dessen Vorliebe für den deutschen Einbezug in die NATO erkennen. Die europäische Armee wurde mehr als Teil der europäischen Einigung denn als wirksamer Verteidigungsbeitrag definiert.

Schumanplan und Plevanplan wurden zum Synonym für die europäischen Einigungsbestrebungen und dennoch war sich die CDU vollkommen bewusst, dass sich die Montanunion keineswegs großer Beliebtheit in der Bevölkerung erfreute. Stattdessen hielten sich die Befürworter und Gegner in der ersten Hälfte 1951 die Waage, wobei sie sich einer großen Mehrheit von Unentschlossenen und gering Informierten gegenüber sahen.<sup>174</sup> Schumacher

<sup>172</sup> So Adenauer vor dem CDU/CSU-Fraktionsvorstand vom 19.2.1951. CDU/CSU-Fraktion 1949-1953. S. 359. Ebenso die Sitzung vom 27.2.1951. S. 366.

<sup>173</sup> Rede Adenauers vom 10.2.51. In: Adenauer, Die Demokratie ist für uns eine Weltanschauung. S. 65-78.

<sup>174</sup> Das Institut ist nicht genannt. Ergebnisse ohne weitere Angaben zur Auswahl und zu Kennziffern der Stichprobe sind zu finden in ACDP. 07-001-3385. Es ist anzunehmen, dass aufgrund der Zusammenarbeit in den 50er Jahren die Zahlen aus dem Institut Allensbach stammen. Otto Lenz spitzte dies zu, indem er in seinem Tagebuch anführte, dass am Tage der Unterzeichnung nur etwa 20% hinter dem Schumanplan ge-

verkündete auf der Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereines Hannover am 24.2.1951 seine definitive Ablehnung der Schumanplanidee. Damit führte er die innerparteilichen Diskussionen zu einem Ende, ohne zuvor diese Ablehnung in der Fraktion abzusprechen.<sup>175</sup> Die Ablehnung wurde auf einer Sitzung des Vorstandes am 31. März 1951 zur offiziellen Meinung der Partei. Schumacher sprach gar von der Ermordung der europäischen Idee durch den Schumanplan, der zusammen mit dem Plevelnplan Europa von Norden nach Süden spalte. Die „europäische Idee“ werde von einem „Großfrankreich“ missbraucht.<sup>176</sup>

Die Haltung verschärfte sich mit der Unterzeichnung des Vertrages am 18. April, womit sich die SPD in den Gegensatz zu den Gewerkschaften brachte, die durch einheitliche europäische Normen ihren Zielen wie höheren Löhnen und der 40 Stunden-Woche näher zu kommen hofften. Innerhalb der SPD formierte sich eine kleine Gruppe der Schumanplan-Befürworter, unter ihnen wieder einmal der Bremer Wilhelm Kaisen.<sup>177</sup> Kaisen wies in seinen Ausführungen auf seine Zustimmung zum Wohle seines Bundeslandes Bremen hin und zitierte dabei sogar Schumacher selbst, der bei seiner Rede auf dem Nürnberger Parteitag 1947 die Möglichkeit einer schrittweisen europäischen Integration erwogen hatte.<sup>178</sup> Ernst Reuter warnte erneut vor einer scharfen Auseinandersetzung innerhalb der Partei und stellte eine vom Parteivorstand ausgesprochene Rüge gegen Kaisen in Frage.<sup>179</sup> Schumacher indes ging die EGKS und ihre Befürworter auf einer Konferenz der Sozialen Arbeitsgemeinschaften der SPD in Gelsenkirchen am 24.5.1951 voll an. Er bezeichnete die Vereinbarungen als konservativ, kartellisch, klerikal, kapitalistisch und ihrer in Grundstruktur restaurativ, die die fortschrittlichen nordeuropäischen Staaten ausklammere. Mehr noch: Durch das „totalitäre, mindestens extrem autoritäre Manager-Regime“ biete die Montanunion kaum Chancen auf weitergehende Sozialisierungsmaßnahmen. „Um den Weg nach Europa freizuhalten, müssen wir den Schumanplan ablehnen. Wir lehnen ihn ab aus der Gesinnung der internationalen Sozialisten. Wir lehnen ihn ab aus den Notwendigkeiten der Arbeiterbewegung. Wir lehnen ihn ab aus den Gründen der Selbstbehauptung des deutschen Volkes. Wir lehnen ihn gleicherweise ab als internationale Sozialisten wie als deutsche Patrioten. Wir lehnen ihn ab als Europäer! Wir wollen eine Zusammenarbeit der Freien und Gleichen!“<sup>180</sup> Für Schumacher war die Hohe Behörde die Fortsetzung der Ruhrbehörde, denn die parlamentarischen Kontrollrechte seien zu schwach ausgebildet und Deutschland könne majorisiert

---

standen hätten. In: Lenz, Otto: Im Zentrum der Macht: das Tagebuch von Staatssekretär Lenz, 1951–1953 (bearbeitet von Klaus Gotto). Düsseldorf 1989. S. 73.

<sup>175</sup> Weber, Einleitung. S. LXI.

<sup>176</sup> Ramuschkat, Die SPD. S. 108. Ebenso Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 150-151.

<sup>177</sup> Parteivorstandsprotokoll vom 30.3.1951. Die Gewerkschaften nahmen an der deutschen Delegation in Paris teil. Dabei waren aber nicht nur europäische Gründe für die Zustimmung entscheidend, sondern auch der relativ freundschaftliche Kurs der Gewerkschaften gegenüber der Bundesregierung und dieser gegenüber den Gewerkschaften, die sich nicht zuletzt den Gesetzen zur Mitbestimmung äußerten. Dabei hatten Gewerkschaftsfunktionäre, hier ist besonders Victor Agartz zu nennen, noch im Sommer 1950 direkt nach der Verkündung der Pläne durch Schuman dessen Vorschläge als „klerikale Verschwörung gegen alle sozialistischen Bestrebungen in Deutschland“ gewertet. Siehe Ramuschkat, Die SPD. S. 110 f.

<sup>178</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 150.

<sup>179</sup> Siehe auch Müller, Kaisen. S. 165.

<sup>180</sup> Die Wortwahl ist Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. S. 207 f. entnommen. Daneben kritisierte er die geringe Demokratisierung der EGKS und die Unterrepräsentation der deutschen Delegation in der Hohen Behörde. Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 152-154.

werden.<sup>181</sup> Hinzu kam die ungeklärte Saarfrage.<sup>182</sup> Bei der negativen Verbindung der Saarfrage mit der Montanunion konnte sich Schumacher einer relativen Mehrheit in der Bevölkerung sicher sein.<sup>183</sup> Schumacher setzte sich mit der Ablehnung in der Partei durch und sorgte mit zahlreichen Aussagen in der Presse dafür, dass das Thema der EGKS im Frühjahr/ Sommer 1951 zu einem wichtigen Thema der Öffentlichkeit wurde.<sup>184</sup> Der SPD Vorstand beschloss im April 51 als Grundlage folgende Beschlüsse:

„1. Allgemeine politische, rechtliche und tatsächliche Gleichheit als Grundlage und Voraussetzung aller Spezialpläne.

2. Zusammenfassung des ganzen demokratischen Europas, einschließlich Skandinaviens und Großbritanniens, unter Ablehnung des Kleinst-Europas klerikaler, konservativer und kartellischer Gruppen.

3. Europäische Planung auf Grund der Ordnung und Planung in den einzelnen Nationalwirtschaften unter Zurückweisung aller Versuche, die deutsche Grundstoffindustrie dem Egoismus einzelner Kapitalgruppen und einzelner Länder zu überantworten.

4. Vertretung in allen internationalen Institutionen nach Bedeutung und Leistung der einzelnen Länder, ohne Privilegierung und Diskriminierung.

5. Ein internationales demokratisches Parlament als Quelle und Gestalter aller Wirtschaftspolitik, das eine von ihm allein abhängige und kontrollierte Exekutiv- und Lenkungsbehörde wählt.

6. Erhaltung und Entwicklung der vorhandenen wirtschaftlichen Kraftquellen einschließlich der Organisationsbedingungen in der Wirtschaft der einzelnen Länder, ohne Bevorzugung oder Benachteiligung mit den Mitteln der Machtpolitik.

<sup>181</sup> Schumacher, Reden. S. 811f.

<sup>182</sup> SPD-Fraktion 1949-1953. Nr. 104. Insbesondere die Fußnoten 1 und 2. Protokoll zur Fraktionssitzung am 10.04.1951. Die SPD Bundestagsfraktion brachte am 15. Juni 1951 im Bundestag einen Antrag ein, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, bei der Behandlung der Saarproblematik folgende Grundsätze zu beachten: „1. daß das Saargebiet nach deutschem und internationalem Recht ein Teil Deutschlands innerhalb der Grenzen vom 31. Dezember 1937 ist; 2. daß die zur Zeit im Saargebiet bestehende Ordnung Bestandteil der inneren Organisation Deutschlands ist, welche die Besatzungsmächte in Ausübung der von ihnen vorübergehend eingenommenen höchsten Gewalt eingerichtet haben; 3. daß der im Saargebiet ... amtierende französische Kommissar nicht die französische Regierung repräsentiert, sondern Organ der Besatzungsgewalten in Deutschland ist; 4. daß bei Vertragsverhandlungen und Vertragsabschlüssen durch die Bundesrepublik im Hinblick auf das Saargebiet das Recht in dem Sinne wieder herzustellen ist, daß a) innerhalb des Saargebiets freiheitlich demokratische Zustände geschaffen werden; b) der De facto-Abtrennung des Saargebiets von Deutschland ein Ende gemacht und seine politische Zugehörigkeit zur Bundesrepublik beachtet wird.“ In: Auswärtiger Ausschuss 1949-1953. 1. Hb. Nr. 68. S. 432. Fußnote 29. Ebenso zur Saarfrage: Ramuschkat, Die SPD. S. 79 ff.

<sup>183</sup> Auf die Frage „Sollen wir die deutsche Mitwirkung am Schuman-Plan davon abhängig machen, daß das Saargebiet bei Deutschland bleibt?“ antworteten im Juni 51 46% mit Ja, 16% mit Nein und 38% mit Unentschieden. Ähnlich umstritten war auch die Einschätzung, ob die Unterzeichnung durch Adenauer richtig gewesen sei, wobei sich hier bereits die Umfragewerte zugunsten Adenauers verschoben. So hielten diese Entscheidung 13% für „unbedingt richtig“, 20% für „Richtig mit Einschränkungen“. 19% hielten sie hingegen für falsch, bei 35%, die sich nicht entscheiden konnten und 13%, denen der Schuman-Plan unbekannt war. In: Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1947-1955. Allensbach 1956. S. 343. Frankreichs „guter Wille zur Zusammenarbeit“ wurde 1952 arg bezweifelt. 41% gegenüber 12% waren hiervon keineswegs überzeugt. Ebd. S. 345.

<sup>184</sup> Steininger, Sozialistische Internationale. S. 160.



7. Gleichwertige Mitbestimmung der arbeitenden Menschen im Sozialen und in der Ordnung und Führung der Wirtschaft.“<sup>185</sup>

Statt eines von Frankreich dominierten Europas sei gegen die totalitäre Bedrohung aus dem Osten ein Europa der „Freiheit, Menschlichkeit und soziale[n] Gerechtigkeit für alle Völker in gleicher Weise“ vonnöten.<sup>186</sup> Der Schumanplan führe aber zu einer wirtschaftlichen Fehlentwicklung und beschwöre daher eine kommunistische Gefahr herauf.<sup>187</sup> Das Argument der Bundesregierung, dass doch irgendwann einmal mit der Errichtung Europas begonnen werden solle, empfand Schumacher geradezu als Hohn, da das deutsche Volk über die Bedingungen, Inhalte und Zusammenhänge des Vertragswerkes im unklaren gelassen werde. Dazu kam: „Plötzlich schwärmen gerade die Leute von Europa, die stets den Nationalismus als oberstes Gesetz des politischen Kampfes angesehen haben.“ Die Sozialdemokraten, „acht Jahrzehnte hindurch“ als „vaterlandslose Gesellen“ verdächtigt, sagten „Nein zum Schumanplan. Für sie ist die Grundlage der internationalen Zusammenarbeit die Gleichheit im Rechtlichen und im Tatsächlichen. Der Schumanplan aber ist die Solidarität von Siegern gegenüber Besiegten.“<sup>188</sup>

Durch Wahlergebnisse bei verschiedenen Landtagswahlen im April 1951 fühlte sich Schumacher in seiner Gegnerschaft zu den konkreten Integrationsschritten bestätigt.<sup>189</sup> Die Fraktion beschloss einstimmig, mit einer Kampagne gegen die Regierung und ihrer positiven Darstellung des Schuman-Plans öffentlich vorzugehen.<sup>190</sup> Teil der Kampagne waren die Veröffentlichungen Erlers im SPD-Pressedienst im Juni 1951, die unter dem Titel „Der Schuman-Plan in Einzeldarstellungen“ standen. Der Tenor der ersten vier Artikel war, dass die deutsche Wirtschaft durch den Vertrag eindeutig vor allem durch Frankreich benachteiligt würde.<sup>191</sup> Als eine der bedeutenden gesellschaftlichen Gruppen, um die sich beide Parteien intensiv bemühten, wurden die Arbeitnehmer und Gewerkschafter Ziel der Reden Politiker beider Lager. Erler stritt in seiner Serie die pauschale Zustimmung der Gewerkschaften zur EGKS ab. Diese hätten die gleichen Bedingungen wie die Sozialdemokratie formuliert, die allesamt nicht erfüllt worden seien, wie aus den Aussagen des neuen Vorsitzenden Fette hervorginge.<sup>192</sup>

Auf Seiten der CDU kümmerte sich Albers um die Gewerkschaften. Die von der Opposition geäußerten Bedenken seien übertrieben und die Regierung verfolge gar diejenige Politik, die Schumacher im März 1950 selbst gefordert habe. Die Opposition erschien so als unzuverlässig. Trotz Klärungsbedarfs in einigen Punkten sei durch „Mitarbeit, Mitgestaltung und Mitverantwortung bei der europäischen Neuordnung“ eine Verbesserung zu erwarten, nicht jedoch durch das Fernbleiben. Der Schumanplan werde „selbstverständlich“

---

<sup>185</sup> Zitiert nach Steininger, Sozialistische Internationale. S. 161. Siehe auch Schumacher, Reden. S. 805. Erschienen als „Der Europa-Plan der SPD“ in SPD-Pressedienst vom 21.4.1951. S. 4. Abgerufen von <http://library.fes.de> am 04.02.2010.

<sup>186</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 152. Ebenso S. 168.

<sup>187</sup> Zitiert nach Steininger, Sozialistische Internationale. S. 162.

<sup>188</sup> Zeitungsartikel Schumachers unter dem Titel „Unser Nein zum Schumanplan“ vom 21.4.1951. In: Schumacher, Reden. S. 806-807.

<sup>189</sup> SPD-Fraktion 1949-1953. Nr. 107. Siehe besonders Fußnoten 1 und 2. Fraktionssitzung am 8.5.1951.

<sup>190</sup> SPD-Fraktion 1949-1953. Nr. 107. Fraktionssitzung am 8.5.1951.

<sup>191</sup> Abgerufen auf <http://library.fes.de> am 10.02.2010. Siehe die Artikel vom 2., 5., 11. und 15. Juni 1951.

<sup>192</sup> SPD-Pressedienst vom 27.6.1951. Abgerufen von <http://library.fes.de> am 10.02.2010.

zu „einer einheitlichen, fortschrittlicheren europäischen Sozialpolitik führen“. Daher ständen die meisten Gewerkschaften den Bestrebungen positiv gegenüber, zumal die Gewerkschaften der anderen fünf Staaten „sich in vorbildlicher und kameradschaftlicher Weise für die Gleichberechtigung Deutschlands eingesetzt“ hätten. Der Schumanplan sei eine erste konkrete Umsetzung der Bemühungen der „internationalen Arbeiterbewegung“, ob christlich oder nicht, für die Zusammenarbeit und die Verständigung zwischen den Völkern.<sup>193</sup>

Beim Plevenplan wogen von Seiten der SPD falsche Ausführung und Mängel noch schwerer. Die Strategie sei nicht offensiv genug um die Gebiete östlich der Oder und die DDR einzubeziehen und mache Deutschland zum Schauplatz der militärischen Konfrontation. Damit war das Ziel einer deutschen Wiedervereinigung nicht mit diesen Plänen zu erreichen.<sup>194</sup> Die europäische Alternative wurde dabei von Schumacher immer wieder bei seinen Reden gegen die Kommunisten und für die deutsche Einheit benutzt, wobei er die Art und Weise der angestrebten westeuropäischen Integration als Hindernis für die deutsche Wiedervereinigung sah.<sup>195</sup> Mit welcher Vehemenz die deutsche Wiederbewaffnung bekämpft werden sollte, zeigte eine vorbeugende Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht der SPD-Fraktion. Durch sie sollte festgestellt werden, „daß Bundesrecht, welches die Beteiligung Deutscher an einer bewaffneten Streitmacht regelt oder Deutsche zu einem Wehrdienst verpflichtet, ohne vorangegangene Ergänzung oder Abänderung des Grundgesetzes weder förmlich noch sachlich mit dem Grundgesetz vereinbar“ sei.<sup>196</sup>

Diese Maßnahmen wurden durch Berichte in den Parteiorganen flankiert, die von Schwierigkeiten bei den konkreten Verhandlungen der Vorschläge Plevens sprachen. So berichtete Alfred Frisch im SPD-Pressedienst von Schwierigkeiten bei den ersten Verhandlungen. Mit fünf Staaten drohe die EVG noch kleiner als die EGKS zu werden, da aus diesem Kreis die Niederlande nicht bereit sei, über eine gemeinsame Armee zu verhandeln. Darüber hinaus bestehe die Tendenz, die Verteidigung Europas stärker auf die atlantische Allianz verlagern zu wollen, was mit der gleichzeitigen Krise der europäischen Idee zusammen falle. So glaubten die französische Regierung und Diplomatie „noch nicht recht an das eigene Kind“. Obwohl Frankreich jetzt nicht mehr eine „extreme Diskriminierung des deutschen Beitrages“ anstrebe, solle eine deutsche Wiederbewaffnung weiterhin herausgezögert werden.<sup>197</sup>

Die Pleven-Plan Konferenz wurde in demselben Blatt am 6.3. aufgegriffen. Adenauer sage wieder einmal nicht die Wahrheit. Genauso wie er ein Jahr zuvor bestritten habe, „keine

<sup>193</sup> Albers, Johannes: Arbeiterschaft und Schumanplan (=Auszug aus einer Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 12.7.1951). In: Soziale Ordnung. Christlich-demokratische Blätter der Arbeit. August 1951. S. 1-2. ACDP. 07-001-3394.

<sup>194</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 167. Schumacher stellte im Zuge der Verhandlungen der vier Mächte die deutsche Einheit immer wieder als ein europäisches Problem dar. Dabei erweise sich gerade in dieser Frage die Standhaftigkeit des Westens gegenüber dem totalitären Osten. So auch in der Rede vor dem Bundestag vom 9.3.1951, wo er dem Westen „Uneinheitlichkeit und Unentschlossenheit“ vorwarf. In: Schumacher, Reden. S. 924-937. Hier: S. 924. Die Rede ist auch abgedruckt in Schumacher, Bundestagsreden. S. 88-102.

<sup>195</sup> Siehe Schumacher, Reden. S. 938-946.

<sup>196</sup> Auswärtiger Ausschuss 1949-1953. 1. Hb. Dok. 75 Fußnote 30. Vergleiche hierzu auch die SPD-Fraktion 1949-1953. Dok. 86 und 130.

<sup>197</sup> Frisch, Alfred: Der vertagte Pleven-Plan. In: SPD-Pressedienst vom 8.2.1951. S. 3 f. Abgerufen am 4.2.2010 auf <http://library.fes.de/>.

Offerten für einen überstürzten deutschen Verteidigungsbeitrag gemacht zu haben“ streite er jetzt ab, einen Vorschlag über eine „Zwei-Klassen-Armee“ bekommen zu haben. „Dr. Adenauer scheint [aber] eine wahre Passion für Verhandlungen zu haben, in denen die Bundesregierung Partner zweiten Ranges ist.“ Das Machen von Konzessionen sei dem Kanzler wohl noch lieber als sich seine Politik durch das Parlament bestätigen zu lassen. Statt sich für ein bereits gescheitertes Projekt wie dem Plevén-Plan zu engagieren, solle er sich besser für die Durchsetzung der deutschen Gleichberechtigung bemühen, die für die „Zusammenarbeit in Europa“ und einem deutschen Verteidigungsbeitrag notwendig sei. Stattdessen würde mit den Vorschlägen das Besatzungsregime fortgeführt. Ein Abbruch der Verhandlungen sei zu empfehlen, zumal er nicht einmal bei den eigenen Koalitionsparteien eine Mehrheit für diese Politik habe.<sup>198</sup>

Dieses Klima bestimmte die Erste Lesung der EGKS im Deutschen Bundestag im Juli 51. Adenauer spitzte zu Beginn die Entscheidung auf die Frage zu, ob man der „Schicksalsfrage“ unter der Zurückstellung dieser oder jener kritischen Punkte zustimmen könne oder man die „Verantwortung auf uns nehmen [wolle], daß dieses Werk scheitert.“ Ferner stellte Adenauer neben den üblichen bereits im Text genannten Argumenten die „dynamische Natur“ der EGKS heraus, die als „Vorbild für etwaige zukünftige weitere Integrationsverhandlungen in Europa“ dienen sollte.<sup>199</sup>

Für Günter Henle war das Vertragswerk eine hochgradig komplizierte Angelegenheit, die als Kompromiss grundsätzlich auch negative Einzelheiten enthalte, die aber angesichts des revolutionären Wagnisses hingenommen werden müssten. Im Ausland werde geklagt, dass die Industriellen und die Sozialisten gegen das Projekt seien. Während aber die Industriellen grundsätzlich für das Projekt seien, lehnten es die Sozialdemokraten dogmatisch ab. Selbst die Sozialistische Internationale sei nicht in der Lage gewesen, die starre Haltung der SPD aufzubrechen. Schumachers Pressekampagne habe geradezu einen Katechismus vorgeschobener Argumente geschaffen. Die seinerzeit von der SPD geforderten Veränderungen der alliierten Politik seien letztlich durch die weise Politik Adenauers und nicht durch die abweisende Politik der Sozialdemokraten eingetreten.

Die SPD irre mit ihren alten nationalen Kategorien. Die EGKS wolle unmöglich Deutschland diskriminieren, da sie von dessen Potenzial abhängen. Obwohl die Sozialisten übernationale Planungsbehörden bevorzugten, lehnten sie erstaunlicherweise die Hohe Behörde ab, was von links mit Gelächter kommentiert wurde. Sie werde mit dem Begriff der Manager belegt, womit die Sozialisierung in den einzelnen Ländern gehemmt würde. Der Schumanplan sei aber mit keiner Wirtschaftstheorie verbunden, obwohl die Hohe Behörde nicht zu dirigistisch werden dürfe. Der Vorwurf, dass das Parlament zu wenig Mitsprache habe, könne damit erklärt werden, dass aktuell noch kein „Überstaat“ geschaffen werden könne. Aber einerseits zu klagen, dass der Schumanplan den Mitgliedsstaaten zu viel Souveränität raube und andererseits Institutionen anzumahnen, „die ihn zu einem Überstaat erheben würden“, sei unglaubwürdig. Gerade die ausgewogene Mischung mache den Vertrag so gut. Die Warnung der SPD vor einem übernationalen „Superkartell“ lasse sich blendend in einem Atemzug mit dem „westlichen Monopolkapitalismus“ verbinden und zum von der Opposition aufgebauchten und werbewirksamen „klerikalen, konservativen und

<sup>198</sup> SPD-Pressedienst vom 6.3.1951. S. 1 f. Abgerufen am 4.2.2010 auf <http://library.fes.de/>.

<sup>199</sup> Die Diskussion über die EGKS vom 12.7.1950 ist abgedruckt in Stenographische Berichte. Band 8. S. 6499 ff. Adenauer: S. 6499-6502.

kartellischen Kapitalismus“ erweitern. Dabei wolle ein Kartell mit hohen Preisen genau das Gegenteil von dem, was die EGKS wolle. Es seien gerade die sozialdemokratischen Vorstellungen von den Produktionsquoten, die kartellischem Denken entsprechen würden.

Weil die EGKS nicht in das Gesamtkonzept passe, würden Argumente vorgeschoben. So treffe auch der Vorwurf, dass die EGKS zu klein sei, nicht, zeige doch gerade das Beispiel des Europarates, dass wohl nur kleine Lösungen praktikabel seien. Großbritannien wolle man einbinden, doch müsse man dessen Entscheidung akzeptieren. Man müsse sich mit dem Wenigen zufrieden geben, denn das Bessere sei des Guten Feind. Mit Rücksicht auf Frankreich dürfe nicht von einer Fortsetzung der Besatzungspolitik durch den Schumanplan gesprochen werden, denn das Besatzungsrecht werde durch Vertragsrecht abgelöst. Ferner mache eine kürzere Laufzeit als 50 Jahre bei Umstellungen von solcher Tragweite keinen Sinn, zumal er auf den deutschen Zollverein und dessen Entwicklung nach 1834 rekurrierte. Gerade das von der SPD unterstellte Dogma Richilieus zur Niederhaltung Deutschlands werde durch den Schumanplan revidiert, zumal die französische Politik direkt nach der „Hitlerpolitik“ mehr als verständlich gewesen sei. Die Lage an der Saar werde nun langsam besser werden, wobei schnelle Entwicklungen nur in totalitären Regimen, nicht aber in Demokratien möglich seien. Die Saar sei wie beim Europarat ein vorgeschobenes Argument. Vertrauensbildende Schritte seien entscheidend, zumal für die reale Auslegung eines Vertrages ja schlussendlich der „Geist eines Vertrages“ ausschlaggebend sei. Die Zustimmung zum Schumanplan sei eine Vertrauensfrage, „ob wir unser Vertrauen bewahrt haben in die Kräfte und in den gesunden Geist der westeuropäischen Völker, ob wir es durch die Katastrophen der jüngsten Vergangenheit hindurchgerettet haben oder ob wir angesichts der trüben Erfahrungen der Vergangenheit lieber resignieren wollen.“ Gerade die Jugend verlange nach einem geeinten, neuen Europa. Von den USA aus müsse dieses „alte Europa“ wie seinerzeit der Balkan aussehen, „jener Hexenkessel der nationalen Gegensätze“. Folglich müsse der Vorschlag auch vor der amerikanischen Interpretation aus bewertet werden. Jeder müsse sein Gewissen fragen, ob er eine Ablehnung verantworten könne.<sup>200</sup>

Für die SPD beklagte Schmid eine zu schnelle und nicht abgewogene Beratung des Vertragswerkes, die wohl von einem amerikanischen Druck herrühre. Die Befürworter Adenauer und Henle hätten in ihren Ausführungen stets die Montanunion, den „Pakt“, mit Europa gleichgesetzt, was übertrieben sei. Es gebe kaum Fakten für die EGKS, die gesamten Argumente Henles seien „Futurum“, während man aber den Sozialdemokraten „Negativismus“ vorwerfe. Doch gerade diese abgewogene und bisweilen verneinende Haltung habe die Gründung der Bundesrepublik im Frühjahr 1949 erst ermöglicht. Henle gehe nicht auf Argumente ein, sondern verschleierte „mit dem goldenen Hauch des Mythos“, den Preis für das deutsche Volk. Stattdessen müssten die wirklichen Verhältnisse genannt werden, wobei Schmid die bereits in den vorherigen Monaten dargelegten Argumente aufführte. Er wandte sich gegen eine supranationale Teilintegration, deren Auswirkungen unkontrollierbar seien. Ähnlich wie in einem Bundesstaat müssten die Zuständigkeiten klar geregelt werden. Ferner werde die Hohe Behörde nicht hinreichend parlamentarisch kontrolliert. Die Kontrolle der Schlüsselindustrien durch wenige Männer drehe die Entwicklung des 150 jährigen Kampfes für die parlamentarische Mitbestimmung zurück. Die Hohe Behörde werde zu einer Vertretung nationaler Interessen, was bei Frankreich durch Monnet geschehe.

---

<sup>200</sup> Ebd. S. 6502-6510.

Dadurch schaffe man aber nicht Europa, denn „man wird noch nicht dadurch zum Europäer, daß man in eine Behörde delegiert wird, die mit Eisen und Kohle zu tun hat und eine europäische Firmenbezeichnung trägt. Der gemeinsame Zugriff auf deutsche Kohle ist noch nicht Europa!“ Nur „europäische“ Institutionen[, die] dem gewählten Parlament einer europäischen Nation verantwortlich sind,“ könnten Europa bilden. „Um europäisch wirken zu können, gehört jede für Europa wirkende obrigkeitliche Gewalt unter echte gesamteuropäische, parlamentarische Kontrolle.“ Es sei illusorisch, dies heute schon bei den Vertretern der Nationen in der Hohen Behörde anzunehmen, worauf von den Regierungsfractionen eingeworfen wurde, dass man doch irgendwann anfangen müsse.

Die fünf anderen Teilnehmer hätten als Kohleimporteure es auf die deutsche Kohle abgesehen - abgesichert mit langen Laufzeiten, ohne echte Sanktions- und Ausstiegsmöglichkeiten. Ein „internationales Kooperations- und Koordinierungsorgan“ wäre die bessere Alternative gewesen, zumal das Grundgesetz die Übertragung von Souveränitätsrechten an zwischenstaatliche Einrichtungen, nicht jedoch an überstaatliche Organisationen gestatte. Wenn aber auf der internationalen Ebene ein „Managertum“ gewollt sei, so führte Schmid ironisch und mit Hinweis auf autoritäre Vorwürfe gegenüber der Regierung aus, warum führe man dies nicht auch auf nationaler Ebene ein und verabschiede sich somit vom „lästigen und untauglichen“ Parlament?

Die Ungleichbehandlung Deutschlands werde sich nicht nur in der Hohen Behörde, sondern auch im Ministerrat zeigen. Ferner schmerze die Aufnahme der saarländischen Delegierten in die französische Delegation, wobei die Regierungsfractionen den Fehler machten, dies als Schwächung Frankreichs zu verkaufen. Der Gerichtshof werde vollkommen ineffektiv sein, sei doch die Überprüfung eines „Ermessensmißbrauchs“ seitens der Hohen Behörde sehr schwer justizabel. Der Einfluss des Beratenden Ausschuss der Verbraucher, Gewerkschaften und Erzeuger sei wohl zu schwach gegen die Fachleute der Unternehmerverbände in der Hohe Behörde, was einen „Dirigismus von oben“ zur Folge habe. Darüber hinaus seien die Planungsmöglichkeiten der Behörde angesichts fehlender nationaler Strukturen beschränkt.

Auch beim Ruhrstatut gebe es fast nur Versprechungen und keine verbrieften Rechtstitel. Stattdessen erhalte Deutschland eine „formale Gleichberechtigung“ unter der „Hinnahme materieller Ungleichheiten“ sowie die „Übernahme zusätzlicher Ungleichheiten“. So brächten die anderen Länder nur die europäischen Gebiete ein, die kolonialen Besitzungen blieben jedoch außen vor. So ähnlich solle es wohl auch in der Verteidigungsfrage laufen. Es werde immer wieder argumentiert, dass man doch nichts für Deutschlands Grenzlage könne, doch müssten bei einer echten Gleichheit die Handicaps des anderen berücksichtigt werden. Die nun festzulegenden Quoten und die Bestimmungen seien die Fortführung einer nationalegoistischen Politik unter dem Deckmantel einer europäischen Politik. Grundsätzlich stehe man zur „Überwindung des engstirnigen Nationalismus“, doch die Ausführungen der Pläne seien eine „Karikatur dieser Idee“. Henles Vertrauensseligkeit sei genauso schlimm wie Misstrauen. Das französische und das amerikanische Interesse würden daran deutlich werden, dass nur Wirtschaftszweige integriert werden sollten, bei deren Integration die Bundesrepublik Nachteile haben werde.

Europa könne erst nach der Beseitigung der Schutthaufen des Krieges entstehen, denn „Europa ist kein Zauberwort, sondern eine Aufgabe!“ Der Schumanplan sei nicht der „Anfang Europas, sondern er ist ein Stück Fortsetzung der Politik der Nachkriegszeit.“ Die

sechs Länder seien nicht einmal eine Halbinsel am eurasischen Kontinent, sondern nur ein Kap dieser Halbinsel. Skandinavien und Großbritannien hielten sich aus guten Gründen fern, da der Zusammenschluss eher „separatorisch und abstoßend“ wirke.

Die gemachten Fortschritte seien nicht Adenauer, sondern der allgemeinen Entwicklung der vergangenen Jahre zu verdanken. Eine Politik der Vorleistungen sei schon Wilsons Argument für den Versailler Vertrag gewesen. Demnach hätten für den Völkerbund Opfer gebracht werden müssen. Die „bösen Dinge im Versailler Vertrag“ seien indes nicht wie verkündet gegenstandslos geworden, sondern hätten Hitler dem Weg bereitet.<sup>201</sup> Mit diesen emotionalen Bemerkungen beendete Schmid seine Rede, wobei er in seinen Erinnerungen bemerkte, dass ihm bei diesen Ausführungen „nicht ganz wohl“ gewesen sei.<sup>202</sup>

Die SPD-Bundestagsfraktion folgte in der Debatte zum EVG-Vertrag den gleichen Argumentationslinien. Im Bundesrat stimmten SPD-Mitglieder für den EGKS-Vertrag, wobei hier wiederum Kaisen aus Bremen und Brauer aus Hamburg die Oppositionsrolle innerhalb der SPD übernahmen. So kam es am 18. Juni 1951 in einer Bremer Sporthalle vor SPD-Funktionären zu einem Rededuell zwischen Ollenhauer und Kaisen über den Schumanplan.<sup>203</sup> Innerhalb der sozialistischen Parteien der Schumanplan-Länder war die SPD die einzige Partei, die den EGKS Vertrag ablehnte. Hier formulierte sie, publikumsspezifisch, zwei Kritikpunkte an der Montanunion: Erstens würde eine europäische Integration nach dem Maßstab der von Monnet vorgeschlagenen Integration eine spätere Sozialisierung verhindern, was zum Beispiel der niederländische Vertreter Nederhorst auf der Konferenz der sozialistischen Parteien in Frankfurt vom 27.-29. Juni 1951 zurückwies.<sup>204</sup> Zweitens wurde betont, dass ein europäischer Ansatz zumindest alle westeuropäischen Staaten einbeziehen müsste. Er dürfe kein „regionaler Spezialpakt innerhalb Europas“ bleiben.<sup>205</sup> Nach Schmid stellten die aktuellen Bestrebungen für ein „sogenanntes überstaatliches, supernationales Gebilde [...] beileibe nicht den Kern für ein wahres Europa“ dar. Mit den aktuellen Plänen stoße man Großbritannien und Skandinavien eher ab. „Italien, Frankreich, Westdeutschland, die Beneluxländer, das wäre doch die Heilige Allianz des seeligen Metternich!“<sup>206</sup> Für

---

<sup>201</sup> Ebd. S. 6510-6521.

<sup>202</sup> Schmid, Carlo: Erinnerungen. Wien 1979. S. 519. Weber betont dennoch, dass Schmid mit dem Verhandlungsergebnis zur EGKS wenig anfangen konnte. Er hielt die Verhandlungsführung von Hallstein für „dilettantisch“, den Vertrag selbst als nicht weit genug gehend. Weber, Schmid. S. 435. Schmid hielt eine Zustimmung für möglich, wenn die Monita ausgeräumt würden, konnte sich aber in der Partei nicht gegen Schumacher durchsetzen. Dennoch wirkte sein Einfluss auf Schumacher mäßigend. Ebd. S. 436 ff.

<sup>203</sup> Müller, Kaisen. S. 168.

<sup>204</sup> Steininger, Sozialistische Internationale. S. 376-390. (Dokument 35) Schumacher erneuerte noch im August 52 den Vorwurf, dass die Montanunion allein aus klassenpolitischen Zielen heraus motiviert sei. In: Schumacher, Reden. S. 822-827. Dort: S. 822-823.

<sup>205</sup> Schumacher, Reden. S. 807-818. Rede auf der Konferenz der Sozialen Arbeitsgemeinschaften der SPD in Gelsenkirchen am 24.5.1951. Er führt weiter aus: „Er (der Plan., P.B.) umfasst die Länder eines gewissen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Typs. [...] Er ist bei der großen Auseinandersetzung der Prinzipien restaurativ und liegt nicht im Sinne der modernen Arbeiterbewegung[...], weil es nur eine bestimmte Gruppe von bestimmter Prägung umfasst, mehr noch die Gefahr der Absonderung dieser Gruppe von den anderen europäischen Faktoren in sich [trägt] als die Chance des Auswachsens zu einem Ganzen der Demokratie in Europa.“ Ebd. S. 808.

<sup>206</sup> Schmid vor Vertretern der österreichischen Sozialdemokraten im Oktober 1951. Zitiert nach Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 155-156.

Schumacher war der Schumanplan vom Plevenplan abhängig und bedeute zusammen mit dem „pseudoreligiöse[n] Agrarplan zur Rettung der französischen Landwirtschaft“ sowie dem „Verkehrs- und Energieplan“ nichts anderes als die Fortsetzung der französischen Hegemonie.<sup>207</sup>

Viel schwerer wog indes, dass sich die Gewerkschaften nun für den Schumanplan aussprachen. Daraufhin versuchte die SPD sowohl innerhalb der Gewerkschaften als auch in der Öffentlichkeit mit einer breit angelegten Kampagne gegen die Ratifikation des Vertrages vorzugehen.<sup>208</sup> Der Gewerkschafter Mühlbach beschwerte sich im April 1951 bei Fritz Heine ob der „nationalen Blechmusik“, mit der Schumacher den Schumanplan kritisiere. Es schiene, „als ob in der SPD ein gewisser NS-Slogan fröhliche Urständ zu feiern“ beginne. Gerade der Vorwurf des Sich-Bedienens nationalsozialistischer Methoden wurde dann auch im September 1951 in einer Josef Wagner zusammengestellten Materialsammlung für sozialdemokratische Redner angeführt. Hier sprach man von einer „Umkehrung jener europäischen Unordnung, die Hitler durchführen wollte“ durch Frankreich, die mit dem Begriff der „Europäischen Gemeinschaft“ verschleiert werden solle, was „den europäischen und jeglichen internationalen Solidaritätsgedanken“ diskreditiere.<sup>209</sup>

Der Europarat wurde, nachdem der Beitritt ein Jahr zuvor noch abgelehnt worden war, durch SPD-Politiker als mögliches Gegenmodell zum Schuman- und Plevenplan beschrieben. So beklagte Erler am 28.4. dessen mangelnde Kompetenzen. Eine Ausweitung dieser Kompetenzen würde der europäischen Einigung sehr dienen. Er unterschied unterschiedliche Vorstellungen von Europa, die von einem Europa mit England, einem Europa den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang bis zu einem Europa Karl des Großen reichten. Die isolierte Behandlung der Verteidigungsfrage im Europarat mache, da Europa eh nicht in der Lage sei, sich alleine zu verteidigen, keinen Sinn.<sup>210</sup> Die Straßburger Parlamentarische Versammlung bewertete Erler zunehmend als europäisches Forum. Nun komme es darauf an, „dieses Europa als möglichst kraftvollen Partner der freien Welt zu konstituieren und gesund zu machen“. Die sinnlose Diskussion zur Verteidigungsfrage habe nur die Angst und damit die Sowjetunion gefördert.<sup>211</sup> Mangelnde Kompetenzen des Europarats waren ein parteiübergreifendes Monitum der Parlamentarier. So wies Schmid am 16.2.1951 im Auswärtigen Ausschuss auf die Notwendigkeit des Europarates hin, sich nicht mehr nur „mit sich selbst zu befassen“, sondern „konkrete Arbeit“ zu leisten.<sup>212</sup>

---

<sup>207</sup> Siehe Bühlbäcker, Europa im Aufbruch. S. 125. Artikel über Schumachers Reden in Schweinfurt und Bonn im Neuen Vorwärts vom 13.4.51.

<sup>208</sup> Bühlbäcker, Europa im Aufbruch. Zur Haltung der Gewerkschaften: S. 73 ff. Zur Kampagne der SPD: S. 126 ff.

<sup>209</sup> Bühlbäcker, Europa im Aufbruch. S. 127-129. Erstes Zitat S. 127 f., dann S. 129.

<sup>210</sup> SPD-Pressedienst vom 28.4.1951. S. 1-3. Abgerufen von <http://library.fes.de> am 04.02.2010.

<sup>211</sup> SPD-Pressedienst vom 18.5.1951. S. 1-3. Abgerufen von <http://library.fes.de> am 04.02.2010.

<sup>212</sup> Auswärtiger Ausschuss 1949-1953. 1. Hb. Nr. 47. In der folgenden Sitzung wurde von den Abgeordneten die mangelnde Reichweite des Straßburger Europarates beklagt. Henle hielt in einem Vermerk vom 15.2.1951 für den Vorsitzenden Schmid fest, dass die Arbeit durch eine Spaltung in Funktionalisten und Föderalisten gespalten sei, wobei bei Letzteren noch einmal zwischen Groß- und Kleineuropäern unterschieden werden müsse. „Die Folge dieser Unterschiede in der grundsätzlichen Einstellung ist, daß bei der heutigen Satzung gar nichts zustande kommt und der Europarat kaum mehr als einen Debattierklub darstellt.“ Ebd. Nr. 48. Fußnote 9.

Trotz Ablehnung der EVG sah die SPD, wie sie in einem Artikel zum Bundeskongreß der Vereinigten ostdeutschen Landsmannschaften am 1.7.51 deutlich machte, die Verteidigung gegenüber dem Osten als notwendig an. Demnach waren die Vertriebenen „die untrüglichen Zeugen eines gefährlichen Rückschlages der abendländischen Kultur, als deren Schutzwall sie Jahrhunderte hindurch im Osten Europas, und zwar über die deutschen Gebiete hinaus [waren]“. Sie müssten der westlichen Welt klar machen, „dass die östliche Flanke des Abendlandes aufgerissen, von den erprobten Abwehrkräften entblößt, und dem auf der Lauer liegenden kulturfeindlichen Kräften des Ostens schutzlos ausgeliefert ist.“ Die Vertriebenen machen dem Bericht nach deutlich, dass die ostdeutsche Frage eine europäische Frage sei, was schon Fragestellungen wie „Der ostdeutsche Mensch aus europäischer Sicht“ oder „Die Ostdeutschen als Schutzwall des Abendlandes“ zeigten. Dennoch warnte der Autor des Artikels vor einer überhitzten Stimmung im Saal. Trotz europäischer Ausrichtung sei dem Kongress die Berücksichtigung durch europäische Organisationen, wie der Europa-Union, verwehrt geblieben.<sup>213</sup>

Schumacher thematisierte die EGKS nun zu mehreren Anlässen, verband sie mit der EVG und damit mit der deutschen Vereinigungsfrage. So anlässlich des 1. Mai 1951<sup>214</sup> oder am 29.8. im bayerischen Rundfunk unter dem Titel „Alliierte Deutschland-Politik hemmt Aufbau Europas“. Wieder betonte er seine Magnettheorie, der die Regierung jedoch nicht gerecht werde. Wieder verurteilte er eine „rücksichtslose Siegerpolitik“ der Alliierten in Deutschland, die „das staerkste Hemmnis fuer den Aufbaus eines lebensfaehigen Europa ist“. Saarfrage, Petersberger Abkommen, Besatzungsstatut, Europarat, Schuman- und Plevenplan billigten der Bundesrepublik keine gleichberechtigte Rolle zu, sondern seien eine Politik des Ausverkaufs deutscher Interessen - auch jenseits der Elbe. „Kleine widerrufbare Rechte“ würden „gegen grosse unwiderrufbare Verpflichtungen der Deutschen“ ausgetauscht. So führe der Schumanplan die Besatzungspolitik fort, während die Regierung „eine kostspielige, unsachliche und geschmacklose Propaganda [betreibe...], um Illusionen zu erzeugen.“ Die Auswirkungen auf die Bundesrepublik und die Ostgebiete seien, vor allem durch die unklare aber mächtige Rolle der Hohen Behörde, noch nicht absehbar. „Ohne Klärung dieser Fragen müssten die SPD und „das ganze deutsche Volk zwangslaeufig Nein sagen [...] Wir alle koennen und wollen nicht die wirtschaftliche Integration Westeuropas mit dem Verzicht auf die wirtschaftliche und in deren Folgen politische Einheit Deutschlands erkaufen.“

Auch bei den Verhandlungen zum Plevenplan zeige sich „dasselbe truebe Bild eines Europaertums der Phrase, das Europa nicht schafft, sondern verhindert, weil es in der Zustimmung zur Benachteiligung Deutschlands besteht“. Auch hier gebe die Bundesregierung den Forderungen der Alliierten zu schnell nach, zumal Einzelheiten des Vertrages unklar seien.

„Das Ergebnis: Es gibt keine amtliche deutsche Aussenpolitik, weil es bei der Bundesregierung weder eine Idee, noch ein geplantes System, noch einen Willen gibt. Der Zustand der Passivitaet und der Gefuegigkeit vereitelt die Gemeinsamkeit innerhalb unseres Volkes. Es gibt Gemeinsamkeit nur in vorwaertsstrebendem Handeln. Gemeinsamkeit in Unterlas-

<sup>213</sup> SPD-Pressedienst vom 03.07.1951. S. 4 f. Abgerufen von <http://library.fes.de> am 04.02.2010

<sup>214</sup> SPD-Pressedienst vom 27.4.1951. Abgerufen von <http://library.fes.de> am 04.02.2010.



sen des Notwendigen hiesse mitschuldig werden. Die bisherige negative Politik der Bundesregierung im Sozialen wie in der Aussenpolitik kann nicht mehr weiter [gehen].

Die Zeit der entscheidenden Umkehr ist gekommen!“<sup>215</sup>

Die von Schumacher kritisierte Propaganda war eine von der CDU und der Regierung im Frühjahr 1951 gestartete Kampagne für die EGKS. Adenauer würdigte im „Union im Dienst“ vom 21.4.1951 die EGKS-Verträge als ersten geglückten Versuch, Europa zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum für die Grundprodukte Eisen und Stahl zu machen. Das Problem der Saar sei zwar nicht gelöst, deren Zukunft jedoch nicht präjudiziert worden. Man müsse den „größeren politischen Rahmen“ bedenken, in dem „eine Leistung von geschichtlichem Ausmaß vollbracht“ worden sei.

Das „deutsche Volk“ aber lehne, „nach bitteren Erfahrungen heute zu realerer Beurteilung außenpolitischer Möglichkeiten“ in der Lage, das „starre „Nein“ des deutschen Oppositionsführers Dr. Schumacher“ ab, zumal es in der SPD mit Zinn und Kaisen „durchaus Verständnis für die Bedeutung des Schuman-Planes im europäischen Kräftespiel“ gebe. Auch beteiligten sich die Gewerkschaften an der „sachlichen Mitarbeit der Arbeiterschaft“. Die sozialdemokratische Haltung treffe im Ausland bei den eigenen Parteifreunden auf wenig Verständnis. „Wäre die Montan-Union wirklich nur ein ökonomisches Kartell mit begrenzten wirtschaftlichen Zielen, so könnte man vielleicht den Widerstand gegen sie verstehen. Aber als realer Ansatzpunkt zur Verwirklichung europäischer Gemeinschaft und als Ausweg aus hoffnungsloser Atomisierung unseres bedrohten Erdteiles wird Dr. Adenauers Unterschrift in Paris die Zustimmung des deutschen Volkes und der Geschichte finden.“<sup>216</sup>

Im UID vom 14.4.51 stellte die CDU Schumacher sogar in eine Ecke mit der nationalen Opposition gegen die Politik Stresemanns in der Weimarer Republik. Schumachers Angriffe zeigten einen „erstaunlichen Mangel an politischem Blick, aber auch an geschichtlichem Wissen“. Schumacher begeben sich mit seiner Rhetorik auf eine Ebene mit Hugenberg und Hitler, zumal die Außenpolitik als „Tummelplatz parteipolitischer Klopffechtereien“ nicht taue.<sup>217</sup>

Nicht nur die CDU, auch deren Umfeld reagierte auf die Kritik. So begegnete der katholische Beobachter vom 5.5.51 dem Vorwurf, dass die CDU klerikal sei, mit dem Hinweis, dass weder in der Regierung noch in der CDU-Bundestagsfraktion Kleriker vertreten seien. Stattdessen habe gerade die SPD zwei evangelische Pfarrer in ihren Reihen.<sup>218</sup>

Neben diesen direkten Attacken von Seiten der Bundesgeschäftsstelle und dem katholischen Umfeld wurden die Funktionäre der Partei im Mai mit Schulungsmaterial zu den Argumenten Adenauers und Schumachers bezüglich der EGKS geschult.<sup>219</sup> Die Bundesregierung versuchte wiederum über eine Vielzahl von Organisationen die öffentliche Meinung,

---

<sup>215</sup> Rundfunkrede Schumachers im bayerischen Rundfunk am 29.8.1951. AdsD. Korrespondenz Wehner im Bestand Bundestagsfraktion 1949-1953. Signatur 4. Ebenfalls thematisiert in Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 171.

<sup>216</sup> Union im Dienst vom 21.4.51. S. 1. ACDP. 07-001-3388. Artikel „Grundsteinlegung für Europa“.

<sup>217</sup> UID vom 14.4.51. Artikel „Auf dem Weg nach Europa.“ S. 1. ACDP. 07-001-3388. Ähnlich argumentierte Adenauer in der Fraktion am 24.4.1951. Eine Pressekonferenz Schumachers habe in Paris großes Aufsehen erregt. Schumacher gelte als „Nachfolger Hugenberg“. CDU/CSU-Fraktion 1949-1953. S. 397.

<sup>218</sup> ACDP. 07-001-3293.

<sup>219</sup> „Was weißt Du vom Schuman-Plan?“ Broschüre der CDU-Bundesgeschäftsstelle. ACDP. 07-001-3395.

die durch das Allensbach-Institut untersucht wurde, zugunsten des Schumanplans zu beeinflussen.<sup>220</sup>

Die CDU reagierte, indem sie durch vermeintlich unabhängige Organisationen Werbung für den Schumanplan betrieb, die zentral durch das „Sekretariat für Fragen des Schumanplanes“ unter einem Legationsrat 1. Klasse koordiniert wurde.<sup>221</sup> Dabei versuchte das Sekretariat, gezielt Multiplikatoren zu beeinflussen. So wurden in Gewerkschaften gerade diejenigen geschult und unterstützt, die sich gegen den Kurs Schumachers gestellt hatten.<sup>222</sup>

Durch unterschiedliche Organisationen wurden in Volkshochschulen und in Schulen sowie zu diversen Anlässen Redner platziert. Gleichzeitig wurden Plakate, Flugblätter und mit Lautsprecherwagen umfangreiche Propagandazüge initiiert. Dabei waren unterschiedliche Organisationen, wie das „Europa-Bildungswerk“ in Regensburg,<sup>223</sup> das „Komitee für Fragen der europäischen Wirtschaftseinheit – Aktion Schumanplan“, das in Nordrhein-Westfalen aktiv war, die „Gesellschaft Freies Europa“, die maßgeblich von Otto Lenz initiiert wurde und der die Nähe zum „Bund der Verfolgten des Naziregimes“ suchte, eingebunden. Die verschiedenen Organisationen waren miteinander vernetzt und arbeiteten mit der Europaunion zusammen. Nach der Ratifikation bauten vor allem Lenz und Hellwig diese außerparlamentarischen Agenturen weiter aus und banden diese in das Netzwerk zusammen mit der „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise“ (ADK) ein.<sup>224</sup>

Die Finanzierung dieser unterschiedlichen Aktivitäten speiste sich aus verschiedene Quellen: Private Gelder und Spenden, amerikanische Zuschüsse, erste Finanzmittel der EGKS sowie eine eigene Position des Bundespresseamtes, ohne Kontrolle des Parlaments, finanzierten die Arbeit der ADK.<sup>225</sup>

Dies ging mit zunehmenden Aktivitäten der Europäischen Bewegung unter der Führung Eugen Kogons einher. Obwohl ihre Vorstellungen einen ganzheitlicheren Ansatz forderten, förderte ihre große Kampagne aus dem Jahr 1951, die auch mit öffentlichen Geldern finanziert wurde, eine Europabegeisterung. Gleichzeitig führten die zahlreichen Aktivitäten dazu, dass deutsche Vertreter nun stärker in der UEF international vertreten waren, gleichzeitig aber die Kontakte zur SPD abkühlten. Schmid trat 1951 nicht mehr als Vizepräsident der Europa-Union an und wurde 1952 durch den unbekannteren SPD-Politiker Dieter Roser ersetzt. Die Europa-Union überspannte jedoch ihre Möglichkeiten und stand 1953 vor dem finanziellen Ruin, der das Ende für Eugen Kogon als deren Vorsitzender bedeutete.<sup>226</sup>

Die Haltung der Union zur EGKS und zur EVG darf keineswegs als unumstrittener Konsens nach den Vorgaben Adenauers aufgefasst werden. Der Kurs wurde stattdessen in der

<sup>220</sup> Bühlbäcker, Europa im Aufbruch. S. S. 238 sowie S. 247 und S. 254.

<sup>221</sup> Bühlbäcker, Europa im Aufbruch. S. 237 ff.

<sup>222</sup> Bühlbäcker, Europa im Aufbruch. S. 240 f.

<sup>223</sup> Bühlbäcker, Europa im Aufbruch. S. 245-248.

<sup>224</sup> Ebd. S. 248 ff.

<sup>225</sup> Hierzu in der Reihenfolge der Aufzählung. Ebd. S. 251, 245, 260 sowie S. 259.

<sup>226</sup> Loth, Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren. S. 70-74. Die CDU/CSU-Fraktion setzte offensichtlich durch, dass der Europäischen Bewegung Gelder gestrichen wurden und diese verstärkt dem Kanzleramt für eine Werbung zugunsten des europäischen Gedankens zur Verfügung stehen konnte. Zumindest empfahl dies der Auswärtige Ausschuss. Die Entscheidung des Haushaltsausschusses konnte nicht ermittelt werden. Über die Gründe kann man nur spekulieren. Sie können aber in der Annahme begründet sein, wonach die Europa-Bewegung vor allem von Sozialdemokraten getragen werde. (Vgl. dort Anmerkung 366). Sonst: CDU/CSU-Fraktion 1949-1953. Fraktionsvorstandssitzung vom 5.1.51. S. 328.

Partei ausgiebig diskutiert. Als ein zentraler Akteur der Diskussion um den Schumanplans muss der Bundeswirtschaftsausschuss der CDU mit Etzel und Hellwig an der Spitze genannt werden.<sup>227</sup> Innerhalb des wirtschaftsliberalen Flügels musste sich der Schumanplan erst langsam durchsetzen. Vor allem Hellwig formulierte 1950 Bedenken gegen den Plan, indem er sich alter Ressentiments der Zwischenkriegszeit bediente, zumal er in den 30er Jahren aktiv die Loslösung des Saargebietes von Frankreich und dessen Rückkehr in das Deutsche Reich gefordert hatte.<sup>228</sup> Er forderte einen Mittelweg zwischen einem Beitrag zu einem gemeinsamen Europa und einer gleichberechtigten Position Deutschlands. Ein einheitlicher Markt sei zu begrüßen, doch die aktuellen Vereinbarungen würden keinen fairen Wettbewerb garantieren, sondern mit einer künstlich teuren Saarkohle die französische Industrie schonen. Alleine die „die natürlichen Bedingungen“ sollten für die „Standortwahl“ gelten, nicht jedoch politische Überlegungen. Die Forderung nach einem freien Wettbewerb und das hieraus resultierende Misstrauen gegenüber der französischen Offerte blieben ein Kernpunkt der europapolitischen Vorstellungen des wirtschaftsliberalen Flügels in der Union um Etzel, Hellwig und Erhard.<sup>229</sup>

Auch Erhards Position war in den Anfangsjahren der Bonner Koalition keineswegs unumstritten. Die Wirtschaft erholte sich erst langsam und gleichzeitig musste Adenauer den linken CDU-Flügel und die Gewerkschaften einbinden. Letzteres vermochte er mit der Verknüpfung der Zustimmung zur Montanunion mit dem Gesetz der Montanmitbestimmung. Gleichzeitig sprach er von der Schaffung eines gemeinsamen Marktes mit 160 Millionen Teilnehmern, womit er auf den wirtschaftsliberalen Flügel zuing.<sup>230</sup> Trotz der anfänglichen Vorbehalte empfahl der wirtschaftspolitische Ausschuss im Oktober 1951 die Annahme des Schumanplans durch die Bundesrepublik. In der Erklärung waren jedoch kaum wirtschaftspolitische Argumente, sondern eher beschwörende Formeln zu finden. Ein konkreter Schritt zur Einigung Europas sei getan; „nationalstaatliche Sonderinteressen“ könnten nur durch den gemeinsamen Markt überwunden werden; der Vertrag habe mit der Schaffung einer „übernationalen Organisation“ eine historische Dimension. Das Kanzleramt mit Adenauer und Lenz an der Spitze beobachteten Erhard kritisch und setzten ihre europapolitischen Ziele durch,<sup>231</sup> zumal die Verhandlungen eben nicht durch das Wirtschaftsministerium geführt wurden. Erhard erkannte zwar die politische Dimension, die das Projekt hatte, führte aber ordnungspolitische Bedenken an. Er betonte immer wieder, dass die EGKS eher französischen Wirtschaftsinteressen diene.<sup>232</sup> Erhard wurde durch Adenauers Kompromisse in der Mitbestimmung und dem Junktim von EVG und EGKS überstimmt. Erhards Skepsis betrafen die Preispolitik und den Vorwurf, dass die Hohe Behörde der Hort einer „seelenlo-

---

<sup>227</sup> Zur Tätigkeit zu Beginn der 50er Jahre siehe Bühlbäcker, *Europa im Aufbruch*. S. 217 f.

<sup>228</sup> Siehe Bühlbäcker, *Europa im Aufbruch*. S. 188 ff.

<sup>229</sup> Bühlbäcker, *Europa im Aufbruch*. S. 219 f.

<sup>230</sup> So auf der Fraktionsvorstandssitzung vom 24.4.51. In: Bühlbäcker, *Europa im Aufbruch*. S. 221-224. Zum Konnex zwischen Mitbestimmung und der Zustimmung der Gewerkschaften zum Schumanplan im Besonderen und einer Politik der geringen innenpolitischen Auseinandersetzung und damit verbundenen schnelleren außenpolitischen Erfolgen siehe die Aufzeichnung von Lenz zum Treffen Adenauers mit führenden Gewerkschaftern auf dem Bürgerstock vom 8.8.1951. Lenz, *Im Zentrum*. S. 119-123, insbesondere zu Adenauer S. 120 und zu Freitag S. 121. Der Widerstand in der Fraktion wird auch an den Briefen dessen Vorsitzenden an Adenauer im Frühjahr 1951 deutlich. In: Baring, *Bundeskanzler*. S. 61 ff.

<sup>231</sup> Vgl. Bühlbäcker, *Europa im Aufbruch* S. 222-229.

<sup>232</sup> Hentschel, *Erhard*. S. 124-130.

sen“ Bürokratie werde. Durch antideutsche Bestrebungen könnte die Hohe Behörde in Zukunft „Objekt mißmutiger Attacken“ werden. Erhards EGKS-Skepsis überwog dessen Europabegeisterung.<sup>233</sup> Günter Henle wog diese skeptische Haltung wiederum auf, indem er vor allem bei der Schwerindustrie für den Schumanplan warb. Schon früh hatte er ob der Sicherheitsbedenken der Alliierten erkennen lassen, dass er zu einer konzilianter Politik gegenüber Frankreich bereit war. In mehreren Vorträgen warb er trotz Bedenken, die er vor allem mit zu starken planwirtschaftlichen und bürokratischen Verfahren mit dem Kennwort des Dirigismus umschrieb, für „praktische Lösungen“, die der Schumanplan biete. Nur durch Mitgestalten könne verhindert werden, dass sich die Hohe Behörde zu einem autoritären Lenkungsinstrument fortentwickle. Stattdessen müsse sich diese stets an die „Grundsätze des Leistungswettbewerbs“ halten und zugleich den „Kartellen und Monopolgedanken“ eine Absage erteilen. Für die Bundesrepublik hob er die Ablösung des Besatzungsrechts durch Vertragsrecht hervor. Gleichzeitig sprach sich Henle für die Beibehaltung des deutschen Kohlenverkaufs und des vertikalen Aufbaus der deutschen Eisen- und Stahlindustrie aus, da Deutschland aufgrund seines Erz Mangels benachteiligt und die Verbundwirtschaft „keineswegs eine deutsche Besonderheit und Erfindung“ sei. Darüber hinaus sprach er sich für die Ausweitung der deutschen Kapazitäten aus, was jedoch ein wirtschaftspolitischer Allgemeinplatz war. Doch gerade diese erweiterten Kapazitäten könnten in der angestrebten „Großraumwirtschaft“ von Nutzen sein. Henle betonte, dass der Schumanplan vor allem eine politische Dimension habe: Er markiere eine Wende der französischen Nachkriegspolitik. Die Industrie dürfe den Plan nicht nur aus betriebswirtschaftlichen Gründen heraus bewerten, sondern müsse auch gerade mit Hinblick auf die Jugend die „völkerverbindende Funktion des Schumanplans“ bedenken.<sup>234</sup>

Nicht nur bei wirtschaftspolitischen Vorstellungen hatte Adenauer in der eigenen Partei Widerspruch zu ertragen, sondern auch bezüglich der Deutschlandpolitik. Zwischen Kaiser und Adenauer kam es insbesondere wegen der Saar während der gesamten 50er Jahre zu Auseinandersetzungen. Während Adenauer die schnelle Westbindung suchte und dabei auch die „Europäisierung“ der Saar akzeptierte, wies dies Kaiser zurück und pochte auf das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen gegen den „Nebel einer europäischen Phraseologie“.<sup>235</sup> Die Frage einer europäischen Integration war „eine Quelle ständigen Dissens“ zwischen Adenauer und Kaiser.<sup>236</sup> Nach Kaiser konnte ein gemeinsames Europa keinesfalls auf Kosten eines geteilten Deutschlands entstehen. Europa sollte als „Europa der Vaterländer im klassisch-nationalen Sinn“ entstehen und vor allem die osteuropäischen Länder einschließen. Erst mit dem Koreakrieg orientierte sich Kaiser langsam um, wobei er im Zuge

---

<sup>233</sup> Siehe Hentschel, Erhard. S. 138-146. Einschätzung und Zitate S. 146.

<sup>234</sup> Bühlbäcker, Europa im Aufbruch. S. 231-234.

<sup>235</sup> Zitiert bei Mayer, Einleitung. S. 106. Die Differenzen zwischen Adenauer und Kaiser in der Saarfrage sind hier nachgezeichnet. S. 92-106. So hatte Kaiser in einem Memorandum für Adenauer vor dessen Unterredung mit Schuman im Januar 50 der Saarverfassung zugeschrieben, „Mehr Protektorat als Autonomie“ zu sein und Adenauer an seine Erklärung vom 7.1.47 erinnert, wonach die Saarfrage nur nach dem Völkerrecht entschieden werden könne. In: DzD 2/3/2. Nr. 204. Hier S. 525 und 532. Siehe ebenso den Briefwechsel vom Juni 1950 und den Versuch Adenauers, bereits im Januar 1950 Schritte Kaisers in der Saarfrage mittels seiner Richtlinienkompetenz zu unterbinden, in: Mayer, Kaiser. S. 486-490.

<sup>236</sup> Hacke, Einleitung. S. 62.

eines Magneteffektes bezüglich der deutschen Ostgebiete für eine temporäre Westorientierung eintrat, Adenauer hingegen die Westbindung anstrebte.<sup>237</sup>

Seine Enthaltung zum Europarat begründete Kaiser noch damit, dass dieser nicht für eine standfeste Politik gegenüber den Osten taugte. Ferner glaube er nicht, dass der Beitritt zum Europarat eine Bedingung für den Schumanplan sei, denn dieser sei von dem „kühlen Rechner“ Monnet erdacht worden und wirtschaftlich ausgelegt. Er unterstütze den Schumanplan, hoffe aber, „daß etwas Vernünftiges herauskommt“.<sup>238</sup> Dies bekräftigte er am 12.1.1952 in einer Rede vor den westfälischen Sozialausschüssen in Herne. Demnach könne man „über den einen oder anderen außenpolitischen Schritt der Bundesrepublik geteilter Meinung sein.“ Dies werde ja auch an der EGKS deutlich. „Auch diejenigen, die >>Ja<< zum Schuman-Plan sagten, sind sich weitestgehend bewußt: Der Schuman-Plan ist keine Idealschöpfung freier Nationen, die über jeden Egoismus hinausgewachsen sind.“ Er sei aber „ein notwendiger Versuch, eine Etappe auf dem Wege, den nationalistischen Egoismus zu überwinden und zu besserer Gemeinschaft mit der freien Welt zu kommen. Und damit auch zur Festigung der Bundesrepublik. Denn sie hat als deutscher Kernstaat die Verantwortung für die Wiedervereinigung unseres Landes. Gerade deshalb muß sie auf festem sozialen Grund stehen“, der vor allem von den Arbeitern angestrebt werde, „denn die Arbeiterschaft ist der stärkste, der ausgesprochenste Träger des sozialen Willens.“<sup>239</sup>

Kaiser erkannte ebenso „selbstverständlich“ die Notwendigkeit eines deutschen Beitrages zur Verteidigung gegen die Sowjetunion an, sprach sich aber gegen den Begriff des „Damms an der Elbe“ aus, da auch östlich von diesem Deutsche wohnen würden.<sup>240</sup> Damit war Kaiser nicht weit von der Forderung Schumachers entfernt, der eine Verteidigung schon auf der Höhe der Weichsel gefordert hatte.<sup>241</sup>

Somit waren Kaisers Bedenken gegen die Adenauersche Außenpolitik alleine Forderungen nach einer Gleichberechtigung Deutschlands und Bedenken bezüglich eventueller, späterer Folgen der aktuellen Schritte. Ähnlich wie Johann Baptist Gradl warnte er vor einer Versteifung auf die alleinige Politik der Westintegration und die Politik der Stärke. Selbst nach der Erringung einer starken Position sei die Reaktion der Sowjetunion nicht abzuschätzen.<sup>242</sup>

Damit traf Kaiser eine eher vermittelnde Grundpositionierung innerhalb der evangelischen Kirche zu Beginn der 50er Jahre, die eine militärische Zusammenarbeit im westlichen Bündnis ablehnte und für Deutschland eine vermittelnde Position zwischen den Blöcken vorsah. Vertreter dieses Konzepts waren Heinemann und Niemöller. Während aber Heinemann, ähnlich wie Jakob Kaiser, dieses Konzept eher aus strategischen und politisch-funktionalen Gründen befürwortete, verband Niemöller seine Forderungen mit einem starken Anti-Amerikanismus und erkor die Mittellage Deutschlands geradezu zum Bestandteil

---

<sup>237</sup> Hacke, Einleitung, S. 35. Deutlich wird dies in dessen Rede in Trier vom Juni 1952. Ausführlich zitiert bei Mayer, Einleitung, S. 97.

<sup>238</sup> Mayer, Kaiser, S. 490 f.

<sup>239</sup> Mayer, Kaiser, S. 506-517. Hier S. 509.

<sup>240</sup> Hacke, Einleitung, S. 36.

<sup>241</sup> So in seiner Pressekonferenz vom 23.8.1950. DzD 2/3/1, S. 295.

<sup>242</sup> Hacke, Einleitung, S. 37-39.

des deutschen Nationalcharakters.<sup>243</sup> Als zweite Richtung ließ sich die offizielle Meinung der EKD erkennen, die politisch keine Position bezog, aber stets auf die Notwendigkeit der deutschen Einheit hingewiesen habe, zumal die Protestanten stärker unter der deutschen Teilung litten. Immerhin 80% der Bevölkerung der sowjetisch besetzten Zone waren protestantisch und durch ihre landeskirchliche Struktur war sie stärker betroffen als die katholische Kirche.<sup>244</sup> Eine dritte Gruppe kann mit CDU-Politikern wie Hermann Ehlers genannt werden, die einerseits den Westintegrationskurs Adenauers letztendlich mittrugen und ihn durch die Magnettheorie mit dem Postulat der Wiedervereinigung zu verbinden versuchten.<sup>245</sup> Hermann Ehlers trug mit der Gründung des Evangelischen Arbeitskreises 1952 in Siegen maßgeblich zur Einbindung der Protestanten in die CDU bei.<sup>246</sup> Ein Ziel der EAK war es gerade, diejenigen Protestanten für die Westintegrationspolitik zu gewinnen, die sich von der Gesamtdeutschen Partei Heinemanns und der SPD angesprochen fühlten.<sup>247</sup> Ehlers lehnte ebenso wie der Kanzler ein neutralisiertes Gesamtdeutschland zwischen den Blöcken ab.<sup>248</sup> Die demokratische Ordnung konnte angesichts geringer Erfahrungen mit dem liberaldemokratischen System in Deutschland nur mit einer geistig gefestigten Elite funktionieren, wie er 1951 in der Akademie Loccum ausführte.<sup>249</sup>

Die EVG trieb Adenauer im Gegensatz zur EGKS keineswegs optimistisch voran. Er bevorzugte eine NATO-Mitgliedschaft.<sup>250</sup> Ab Sommer 1951 war eine deutsche Wiederbewaffnung jedoch, angesichts einer veränderten Einstellung der amerikanischen Administration, nur noch im Rahmen der EVG möglich. Nur kleine nationale Einheiten sollten in einem integrierten Heer unter dem Oberbefehl der NATO dienen.<sup>251</sup> Die SPD lehnte dieses als Zeichen für eine nicht gleichberechtigte Behandlung ab, konnte somit aber mit den unsicheren Kantonisten der Neutralität in Verbindung gebracht und darüber hinaus mit dem Odium des Verhinderers einer ja auch von ihr selbst befürworteten europäischen Einigung belegt werden. Adenauers westeuropäische Vorstellungen, die er bei seiner Rede vor der NEI in Bad Ems am 14.9.1951 deutlich machte, passten zur EVG noch besser als zu einer westeuropäischen Verteidigung im Rahmen der NATO, denn „die Bundesrepublik legt[e] außerordentlichen Wert auf die Zusammenarbeit mit den anderen abendländischen Völkern, insbesondere mit den Staaten Westeuropas.“ Der Vortrag stand unter der Überschrift

<sup>243</sup> Sauer, Thomas: Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises. München 1999. S. 166 f. Zur Gründung des Kronberger Kreises: Ebd. S. 71 ff.

<sup>244</sup> Ebd. S. 165 f. und S. 167 f.

<sup>245</sup> Ebd. S. 168 f.

<sup>246</sup> Siehe Kleinmann, Geschichte der CDU. S. 140 f.

<sup>247</sup> Siehe Oppelland, Torsten: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU, 1952-1969, in: Historisch-politische Mitteilungen 5 (1998). S. 105-143. Hier: S. 108 f.

<sup>248</sup> Ebd. S. 110.

<sup>249</sup> Schildt, zwischen Abendland und Amerika. S. 142.

<sup>250</sup> Im Frühjahr 1951 waren noch starke Kontroversen zwischen Großbritannien und Frankreich wegen der Gestaltung einer deutschen Wiederbewaffnung zu Tage getreten. Im Sommer 1951 wandelte sich vor allem die amerikanische Strategie, die nun die Wiederbewaffnung im Rahmen der EVG befürwortete. Ob dies maßgeblich an den Bemühungen Monnets lag, der Eisenhower umgestimmt haben will, bleibt fraglich. Siehe Monnet, Jean: Mémoires. Paris 1997. S. 420-422. Vgl. Conze, Suche nach Sicherheit. S. 75.

<sup>251</sup> Siehe Knipping, Rom, 25. März 1957. S. 76 f. Loth, Der Weg. S. 94-96.

„Deutschland und der Friede in Europa“, in dem er in bewährter Manier die Veränderungen seit 1914 darlegte.<sup>252</sup>

Vor den Vertretern der christlichen, vor allem katholischen Parteien Westeuropas<sup>253</sup> hielt Adenauer eine prononcierte Rede, die ganz auf seine Zuhörer zugeschnitten war. Demnach sei das gesamte Christentum, nicht nur den Katholizismus alleine, durch „Sowjetrußland“, bedroht. Russlands „Ober- und Mittelschicht“ war nicht mehr europäisch, sondern „asiatisch“ mit einer „fanatische[n] Ideologie“. „Pan-slawistische Ausdehnungspolitik“ mit einer totalitären Staatsform bedrohten den Westen. Nicht nur die Diktatur mache „Sowjetrußland“ zu einer „tödliche[n] Gefahr für alles, was uns Westeuropäern heilig ist“, sondern vor allem dessen „politische Anschauungen und Methoden“ beruhten auf einer Weltanschauung, „die der unsrigen, der christlichen Weltanschauung, diametral entgegengesetzt ist.“ In Europa sei der Einzelne der moralische Maßstab, während in der Sowjetunion „der Staat, oder richtiger gesagt diejenigen, die den Staat in der Hand haben, schrankenlos und willkürlich ihre Herrschaft über alles, was Menschenantlitz trägt, ausüben dürf[t]en.“ „Sowjetrußland“ bedrohe „jede Religion, vor allem das Christentum [...], um dem Menschen den letzten Halt zu nehmen, der ihn vor der Vermassung schützt, der ihm noch einen gewissen Halt geben könnte, der Omnipotenz des weder Recht noch Gerechtigkeit kennenden Staates Widerstand zu leisten.“<sup>254</sup> Damit wurde dichotomisch der europäischen, abendländischen Kultur die barbarische Kultur Asiens gegenübergestellt.

Gegen deren Angriffe gelte es sich zu verteidigen. Nach innen vor allem gegen die kommunistischen Parteien und ihre gesamten Tarnorganisationen, nach außen zusammen mit den anderen europäischen Staaten, um auch die USA zu binden. Wichtiger sei indes, die „materialistische Weltanschauung“ zu bekämpfen. Diesem Grundübel des 20. Jahrhunderts sei auch der Sozialismus entsprungen, gegenüber dem man in so vielen Bereichen anderer Auffassung, wie beim elementaren Elternrecht, sei.

Leider werde die „moralische Erkrankung“ durch die „materialistische Einstellung“ nicht überall erkannt. Daher müsse man „die Größe der Gefahren, die dem Christentum, der christlichen Kultur, die Gesamt-West-Europa“ drohten, „in aller Ausführlichkeit“ darlegen. „Die Rettung des Abendlandes, die Rettung der christlichen Kultur, wird entscheidend mit beeinflußt werden durch einen Zusammenschluß der politischen, auf dem Boden des Christentums stehenden Kräfte.“<sup>255</sup> Folglich müsse die internationale Kooperation zwischen den christlichen Parteien in Zukunft an die der kommunistischen und sozialistischen Parteien heranreichen. Das „europäische Geschehen“ solle „durch eine stärkere Zusammenarbeit der christlichen Parteien [für] die politische Integration Europas gefördert werden. Die politische Integration Europas ist nicht eine alleinige Angelegenheit zwischen Frankreich und Deutschland“, sondern auch von „Italien, den Beneluxländern, Österreich und wenn irgendwie möglich, auch die nordischen Länder und England. [...] Die Integration Europas ist die einzige mögliche Rettung des christlichen Abendlandes.“<sup>256</sup>

---

<sup>252</sup> Abgedruckt in Adenauer, Reden. S. 220-232. Hier S. 224-226.

<sup>253</sup> Zur NEI und zur christdemokratischen Parteienkooperation siehe Gehler, Kaiser, Transnationale Parteienkooperation.

<sup>254</sup> Ebd. S. 226 f.

<sup>255</sup> Ebd. S. 227-229.

<sup>256</sup> Ebd. S. 230.

Die Integration Europas wurde von Adenauer als Gegenmittel gegen die gefährliche Strategie der Sowjetunion, durch ein neutrales und demilitarisiertes Deutschland seine Einfluss-sphäre zu erweitern, dem dann der Rest Europas folgen müsse, beschrieben. Daher verlange „der Selbsterhaltungstrieb der europäischen Völker“ „gebieterisch die Verteidigung unserer christlichen Lebensauffassung von uns allen.“ Nur durch einen „Zusammenschluß Europas zu einer festen Friedens- und Abwehrgemeinschaft“ könne man dem Osten Einhalt gebieten und hier seien besonders die christlichen Parteien gefragt. Schumanplan und die europäische Verteidigungsgemeinschaft, „d. h. in der Schaffung einer Europaarmee, wohlgermerkt, nicht einer europäischen Koalitionsarmee“ seien hierzu erste Schritte zur Errichtung eines „starken Damms“ - <sup>257</sup> natürlich mit einem gleichberechtigten Deutschland.<sup>258</sup>

Mit der Diskussion der EVG wurden noch stärker als zuvor die europapolitischen Vorstellungen der Parteien mit den deutschlandpolitischen Positionen verbunden - und hier standen sich die von der SPD und der CDU bevorzugten Methoden und Grundannahmen diametral gegenüber. Während Adenauer die Vereinigung nach einer Einbindung in den Westen, also aus einer Position der Stärke heraus erlangen wollte und die Verhandlungen in Paris zur EVG als Zeichen für die deutsche Gleichberechtigung sah,<sup>259</sup> stand für die SPD die Wiedervereinigung an der ersten Stelle der Prioritätenliste. Für die SPD bedeutete die stärkere Integration Deutschlands in einen westeuropäischen Verbund ein weiteres Erschwernis für die angestrebte Wiedervereinigung.<sup>260</sup> So betonte Ollenhauer in einer Rede vor der Sozialistischen Internationale im Dezember 1951: „Es ist für Westdeutschland sehr schwer, einer kontinentalen Union beizutreten, bevor die Einheit Deutschlands – wir lehnen es ab, sie als unmöglich zu betrachten – zustande gebracht ist. Es könnte eine dauernde Spaltung Deutschlands bedeuten. Und dies würde nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa lebensgefährlich sein.“ Die Wiedervereinigung bleibe ein aktuelles Problem. Mit dem wahrscheinlichen Fernbleiben der Beneluxländer und Großbritanniens blieben in der EVG „lediglich Frankreich, Deutschland und Italien übrig“ – „mit anderen Worten, ein konservativer, klerikaler, antikommunistischer Block. Es würde eine Aufspaltung Europas bedeuten mit schwerwiegenden Konsequenzen.“ Trotz der aktuellen Ablehnung, wolle man sich an „konkreten Schritten“ beteiligen, „die einen wirklichen Fortschritt in der europäischen Zusammenarbeit versprechen“, so wie man es bereits beim Marshallplan und Europarat getan habe. Doch für die deutsche Teilung im Zuge des Eisernen Vorhangs übernehme man keine Verantwortung.<sup>261</sup> Die regelmäßige Mitarbeit im Europarat wurde also positiv hervorgehoben. Nach gut eineinhalb Jahren konnte man also bereits einen Gewöhnungsprozess erkennen. Die Gegnerschaft gegen die europapolitischen Projekte der Regierung konzentrierte sich nun auf die EGKS und die EVG. Ollenhauer fasste die Forderungen in der Fraktionssitzung vom 8. Januar 1952 zusammen: Kein Junktim zwischen Schuman- und Plevan-Plan, wie von französischer Seite bisweilen gefordert. Die EGKS sollte für ganz Deutschland gelten, also auch die Ostzone einschließen. Drittens sollte Deutschland absolut gleichberechtigt werden, was viertens mit der Forderung nach der Beteiligung aller europäi-

<sup>257</sup> Ebd. S. 231 f.

<sup>258</sup> Ebd. S. 232.

<sup>259</sup> Siehe die Ausführungen Adenauers auf der Fraktionssitzung vom 9.10.1951. CDU/CSU-Fraktion 1949-1953. S. 455 f. Insbesondere die Mitschrift Henles in Anmerkung 11.

<sup>260</sup> Vergleiche hierzu die Aussage von Steininger, Sozialistische Internationale. S. 163.

<sup>261</sup> Zitiert nach Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 158.



schen Staaten verbunden wurde. Fünftens wurde der lange Zeitraum des Vertrages kritisiert, der damit keine Revisionsmöglichkeiten lassen und die Regierung nach einer Wiedervereinigung binden würde. Sechstens wurde der mangelnde demokratische Aufbau der Montanunion gerügt, gar als „autokratisch“ bezeichnet.<sup>262</sup>

Im Winter 51/52 wiederholte die SPD auf unterschiedlichen Ebenen ihre ablehnenden Gründe. So auch Mommer im November 1951 anlässlich der Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarats<sup>263</sup> oder zur Kommentierung der Verhandlungen zur EVG. Am 30.11. sprach er gar von einer „Europaarmee ohne Europa“ und von der schwindenden Zustimmung in den einzelnen Ländern, die noch nicht einmal mehr die Staaten der sechs Staaten des EGKS-Vertrages umfassten. Dabei baue dieser Plan auf den Vorstellungen Churchills auf, der zwar selbst im Europarat verkünden würde, dass eine gemeinsame Verteidigung notwendig sei, aber Großbritannien an dem Projekt nicht teilnehmen werde. Bestürzungen über diese Aussagen seien jedoch fehl am Platze, denn die britische Politik habe mehr mit den Staaten des Commonwealth als mit den kontinentaleuropäischen Staaten gemein. Wer diese Wirklichkeit verkenne, sei ein Phantast.<sup>264</sup> Mit dem Regierungswechsel an der Themse konnte nun die konservative Regierung angegangen werden, während die zögernde Europapolitik der *Labour*-Regierung mit Samthandschuhen angefasst worden war.

Am 20., 21. und 24.12. legten Mommer, Erler und Ollenhauer zur europäischen Integration im Pressedienst nach,<sup>265</sup> wobei der Erste sich mit der Entwicklung im Europarat, Erler mit dem Aufbau und den Voraussetzungen einer europäischen Armee und Ollenhauer allgemein zur europäischen Einigung und ihren Auswirkungen auf Deutschland äußerten. Hauptangriffspunkte waren dabei die schon in den Monaten zuvor genannten Punkte der mangelnden Gleichberechtigung Deutschlands<sup>266</sup>, der Gefährdung Deutschlands durch eine Provokation der Sowjetunion<sup>267</sup>, der Uneinigkeit im westlichen Lager<sup>268</sup> sowie der innenpo-

---

<sup>262</sup> SPD-Fraktion 1949-1953. Nr. 129. Fraktionssitzung am 8.1.1952.

<sup>263</sup> Mommer, Karl: Doch Kleineuropa? In: SPD-Pressedienst vom 16.11.1951. S. 1-2a. Abgerufen auf <http://library.fes.de> am 5.2.2010.

<sup>264</sup> SPD-Pressedienst vom 30.11.1951. S. 1 f. Abgerufen auf <http://library.fes.de> am 5.2.2010.

<sup>265</sup> Mommer, Karl: Europa – vom Fundament her. SPD-Pressedienst vom 20.12.1951. S. 1-3, Erler, Fritz: Europa-Armee wenig gefragt. SPD-Pressedienst vom 21.12.1951. S. 1-3, Ollenhauer, Erich: Europa – deutsche Einheit – soziale Sicherheit. SPD-Pressedienst vom 24.12.1951. S. 1-4. Abgerufen auf <http://library.fes.de> am 5.2.2010.

<sup>266</sup> Nach Mommer musste die Siegerpolitik nach 1945 durch „eine neue Politik der gleichberechtigten Partnerschaft“ ersetzt werden, die Deutschland mit gleichem Recht in die neuen Organisationen und Institutionen eingehen ließen. Die Bundesregierung akzeptiere aber alles, sei doch die französische Politik nur eine „Besatzungspolitik mit anderen Mitteln.“ Nach Erler wurde die EVG von der NATO bestimmt. Dort könne Deutschland nicht mitbestimmen, sondern werde nur „Landsknechte“, quasi „Menschenleben als Reparationen für den verlorenen Krieg“, liefern. Ollenhauer sah die Gleichberechtigung durch das Junktim zwischen EVG, EGKS und Washingtoner Abkommen untergraben. Deutsche Einheit und europäische Einigung seien eigentlich keine Gegensätze, doch die Politik der Stärke weise auf das Feld „rein machtpolitische[r] Komplexe“, während doch eine richtige europäische Integration für die deutsche Einheit notwendig sei. Daher müsse die Initiative bei den Deutschen bleiben. Ferner führte er die Magnettheorie aus, die sich in den wirklichen Lebensverhältnissen – demokratisch und sozial - widerspiegeln müsse.

<sup>267</sup> Für Mommer ergab bei den Staaten Westeuropas „wenig plus wenig [...] noch lange nicht viel“. Stattdessen provoziere die EVG die Sowjetunion. Ferner sei eine pazifizierende Wirkung zwischen den europäischen Völkern durch die Atombombe nicht mehr notwendig, denn künftige Kriege seien nur noch mit der

litischen Forderung nach Neuwahlen, da der Bundestag nicht legitimiert sei, die Aufstellung deutscher Truppen zu beschließen.<sup>269</sup> Dabei unterschied man zwischen den Bezeichnungen für die aktuellen Bemühungen<sup>270</sup> und den Vorstellungen für ein richtiges Europa.<sup>271</sup>

Adenauer nutzte seine Möglichkeiten, auch international seine europapolitischen Vorstellungen zu skizzieren. So im *Royal Institute of International Affairs* in London am 6.12.51. Adenauer rekurrierte erneut auf die individuellen Rechte, die durch das Staatswesen geschützt werden müssten. Er ging anschließend auf die schwierige wirtschaftliche und soziale Lage ein, die in der Bundesrepublik gemeistert werden müsse, wobei die persönliche Freiheit sozialen Frieden und soziale Gerechtigkeit zur Grundlage habe. Ferner sei dies für den Schutz vor dem Kommunismus von unschätzbarem Wert.<sup>272</sup>

---

Deckung einer der beiden Weltmächte denkbar. Nach Erler bedrängte nicht nur russische Propaganda, sondern auch die „westliche Propaganda der Panik und des Druckes“ Deutschland.

<sup>268</sup> Mommer sprach von der Position des Almosenempfängers gegenüber den USA, die aufgehoben werden müsse. Erler sah die französische Zustimmung zur EVG ohne britische Beteiligung als sehr unsicher an. Ferner sei unklar, ob die nationalen Parlamente Souveränität abgeben würden. Damit ginge aber das eigentliche übernationale Ziel verloren.

<sup>269</sup> Nach Erler war in Deutschland eine Diskussion über den Verteidigungsbeitrag notwendig, da das Grundgesetz diesen nicht vorsehe und das deutsche Volk diesen nicht wolle. Die Wehrverfassung müsse den „alten Kastengeist“ verhindern. Für eine solche Entscheidung sei die Mehrheit aller demokratischen Kräfte wünschenswert. Urteilten nur Teile des Volkes, wäre dies „das grösste innen- und aussenpolitische Verhängnis“. Nach Ollenhauer waren Freiheit und Frieden bedroht. Ein bolschewistisch-totalitäres Europa würde das Ende der Demokratie und des demokratischen Sozialismus bedeuten. Die Gefahr müsse mit sozialen statt mit militärischen Mitteln bekämpft werden. Für diese wichtige Entscheidung seien Neuwahlen nötig.

<sup>270</sup> Mommer sprach vom „Zerrbild eines harmonisch geeinten Europas“, von der Konstruktion eines Daches ohne Fundament, dem Schuman-Plan als ungeeignete Voraussetzung für eine politische Föderation. Die heutigen europäischen Föderalisten gleichen dem Hegelianer, der die Welt aus dem Begriff entstehen lässt: dem die Wirklichkeit gefälligst zu folgen habe. Europa werde aber nicht aus Illusionen, sondern aus konkreten Schritten entstehen. Nach Erler gefährdete die Hohe Behörde die Demokratie. Solch eine Struktur in der EVG berge die Gefahr einer Diktatur des Militärs und der Verteidigungsbürokratie in sich. Auch nach Ollenhauer erfüllten die aktuellen Vorschläge nicht den demokratischen Anspruch an eine europäische Einigung. Die EGKS missachtete den Investitionsbedarf der deutschen Wirtschaft. Die aktuellen Pläne seien Kompromisse aus „Rudimenten alliierter Besatzungspolitik und dem Versuch der Neuorganisation Europas. Eine Belastung der europäischen Idee mit historisch erklärbaren, aber im Verhältnis zur Zukunft rein negativen Komplexen gegenüber irgendeinem der europäischen Partner, ist im Interesse des Aufbaus eines freien Europas untragbar.“ Die Hohe Behörde sei eine „selbstherrliche Manager-Zentrale“. Auch wenn äußerer Druck bestehe, dürfe der „oberflächliche Europa-Fetischismus keinen Europäer veranlassen, den ersten und damit entscheidenden Schritt in das weite Gebiet einer europäischen Neuorganisation in der falschen Richtung zu tun.“

<sup>271</sup> Mommer forderte eine „echte und ehrliche“ Einheitlichkeit des Wirtschaftsgebietes, die viele verwandte Politikfelder betreffe. Sie bedinge politische Föderationen, was eine kulturelle Gemeinsamkeit voraussetze, wie das deutsche Beispiel zeige. „Die besseren Europäer werden die sein, die dem Versuch der Erpressung mit dem Russenschreck und der Fixierung der gegenwärtigen Schwäche Deutschlands in pseudo-europäischen Verträgen widerstehen und die bereit sind, für das Haus Stein auf Stein zu setzen, vom Fundament her.“ Ollenhauer forderte einen sukzessiven Wiederaufbau nach dem Hitlerkrieg, jedoch auf einem gemeinsamen „Fundament aus einem Guss ruhen[d]“, auf der gleichen Position aller „und nicht auf dem Schwamm unsicherer Zukunftswechsel“. „Wie kann Europa demokratisch werden, wenn der Schumanplan keine effektive demokratische Kontrolle vorsieht?“

<sup>272</sup> Adenauer, Reden. S. 232-236. Hier: S. 232-235.

Nach Adenauer symbolisierten EGKS und EVG einen „Schlußstrich unter eine jahrhundertalte Gegnerschaft“ in Europa. Statt „früherer Koalitionsarmeen“ solle „eine europäische Armee übernationalen Charakters“ entstehen. Nichts werde wohl das europäische Bewußtsein stärker befördern, „als das Zusammenwirken der europäischen Völker bei der Verteidigung der gemeinsamen europäischen Heimat und des gemeinsamen europäischen Erbes.“ Beide Verträge seien „Meilensteine einer Entwicklung“, die Churchill schon in Zürich formuliert habe. Großbritannien könne als Partner im Europarat, dem Commonwealth und der NATO diese drei Organisationen miteinander verbinden. Deutschland wolle gleichberechtigtes Mitglied einer europäischen Gemeinschaft sein, das wiederum gleichberechtigt an einer atlantischen Gemeinschaft partizipieren wolle.

Adenauer wies darauf hin, dass die Wiedervereinigung Deutschlands mit der Einbindung der Bundesrepublik in die europäische Gemeinschaft und in die freie Welt in Einklang gebracht werden müssten. Die „Integration der Bundesrepublik in Europa“ sei „eine Vorbedingung“ für die deutsche Einheit.<sup>273</sup> Adenauer mied vor dem *Royal Institute* Begriffe wie Abendland oder „Rettung der christlichen Kultur“, die er noch vor der NEI benutzt hatte. Auch vermied er es, die konkrete Gestalt der EGKS direkt zu thematisieren, sondern strich stattdessen die Gemeinsamkeiten innerhalb der atlantischen Gemeinschaft und die Zusammenarbeit im Rahmen des Europarates heraus.

Die Debatten im Plenum und im Ausschuss des Deutschen Bundestages brachten keine substantiellen Veränderungen der Haltungen der Parteien. Der Entwurf des EGKS-Vertrages wurde im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages am 17. und 18.12.1951 behandelt, bei dem beide Berichterstatter, der CDU-Abgeordnete Wahl und der SPD-Abgeordnete Lützens, geradezu in Reinform die in Monaten zuvor entwickelten Argumente zum Beitritt Deutschlands zur EGKS vortrugen. Anders als Adenauer beschränkte sich Wahl jedoch bis auf beschwörende Worte zu Beginn, als er von Europa als einer „Schicksalsgemeinschaft“ sprach, auf sachliche Argumentationen. Unterschiede zwischen den beiden CDU-Politikern kamen jedoch bei der Interpretation der Verträge zu Tage. Während Wahl eventuelle Änderungen noch im späteren Verlauf für die deutsche Wirtschaft für möglich hielt, betonte Adenauer, dass die Verträge so angewendet werden sollten, wie sie vereinbart seien. Sonst brauche man ja keine Verträge zu schließen.<sup>274</sup> Lützens griff in seinen Ausführungen die konkreten Beschlüsse der EGKS an.<sup>275</sup>

Während am ersten Tag noch Adenauer zugegen war und anfänglich den Ausführungen Lützens widersprach, übernahm dies im Laufe der ersten und während der zweiten Sitzung Hallstein. Lützens, Ollenhauer und Erler insistierten seitens der SPD auf eine stärkere Einbindung des Parlaments durch die Regierung. Dabei zeigte sich dann aber einmal mehr die unterschiedliche Sichtweise auf die europäischen Verhandlungen, die man vereinfacht gesagt bei der SPD mit einer pessimistischen Sichtweise auf die Verhandlungen und bei den Regierungsfractionen als abwartend optimistisch charakterisieren könnte. Als Beispiel lässt sich in der Diskussion um das Sicherheitsamt anführen. Hallstein betonte in seinen Ausführungen, dass er das Gefühl habe, dass alle Verhandlungspartner von der Abschaffung des

---

<sup>273</sup> Adenauer, Reden. S. 235 f.

<sup>274</sup> Auswärtiger Ausschuss 1949-1953. 1. Hb. Nr. 69. Ausführungen Wahls: S. 437-448. Dessen Ausführungen zum Prinzip des *rebus sic stantibus*. Ebd. S. 445 f. Adenauers Äußerungen zum *pacta sunt servanda*: Ebd. S. 449 f.

<sup>275</sup> Ebd. S. 450-461.

Sicherheitsamtes nach dem Unterschreiben der Verträge ausgingen - dies aber nicht konkret sagten und auch nicht Teil der Verhandlungen war. Der SPD reichte diese Begründung nicht. Sie sah sich hingegen in ihren vehementen Forderungen nach deutscher Gleichberechtigung bestätigt.<sup>276</sup>

Eines der Hauptargumente der Unionsparteien gegenüber der Kritik der SPD war der Vorwurf, dass diese keine eigenen Gegenvorschläge erarbeiten würde und die Politik der Regierung nur negiere. Hier versuchte der Wirtschaftspolitiker Agartz zum Jahreswechsel 51/52 entgegen zu wirken, indem er dem Hauptredner der SPD, Ollenhauer, konkrete Gegenvorschläge zur Ordnung der europäischen Grundstoffindustrien lieferte.<sup>277</sup> Das Ratifizierungsgesetz zum EGKS-Vertrag wurde am 11. Januar 1952 in dritter Lesung gegen die Stimmen der SPD und der KPD angenommen.<sup>278</sup>

Während Adenauer die Abstimmung zur Montanunion zu einem „Prüfstein“ der Überwindung der innereuropäischen „Zwistigkeiten“ erkor,<sup>279</sup> legte Henßler von der SPD ein Bekenntnis für eine europäische Einigung unter Einbezug Deutschlands ab, sah aber die Bundesrepublik bei vielen Punkten erneut, vor allem gegenüber Frankreich, benachteiligt.<sup>280</sup> Henßlers Gewährsmann für die französischen Absichten waren Aussagen und Einschätzungen des Präsidenten der Wirtschaftsvereinigung Bergbau, Heinrich Kost.<sup>281</sup>

Bei der Fortführung der Zweiten Lesung wurde die gesamte Bandbreite an Argumenten deutlich, die die Diskussion zur EGKS einnahm. Hallstein sprach für die Regierung, betonte die wirtschaftlichen Aspekte, wies aber auch auf die moralischen Verpflichtung hin, dass man erstens ein gleichberechtigtes Europa schaffen müsse, dem Schmid zustimmte, denn sonst entleere „man doch diese ganze Aussage ihres konkreten und realen Inhalts, und es bleibt nichts anderes als eine Erbauungsrede für die Feiertage übrig“.<sup>282</sup> Nationalegoistische Argumente auf Seiten Frankreichs seien nicht von der Hand zu weisen, doch es ginge um eine Produktionssteigerung und nicht um die Verteilung des wenigen bereits Vorhandenen.<sup>283</sup> Die sozialdemokratischen Redner Imig, Kalbitzer, Nölting und Birkelbach wiesen auf mögliche Folgen hin. Diese gingen von der Gefahr einer erhöhten Arbeitslosigkeit bei den Kohlearbeitern und der falschen Personalauswahl der Sachverständigen<sup>284</sup> über die Klage, dass sich die EGKS erstens absondern würde, Deutschland hierdurch als einziger Kohleexporteur und Erzimporteur Schaden nehmen würde, die EGKS einzig den französischen Interessen diene und somit die Politik des Sieger-Besiegten Verhältnisses und eben keinen neuen europäischen Ansatz der Kooperation widerspiegele.<sup>285</sup> Es folgte der Vorwurf, dass man eine „Souveränität autokratischer Manager“ schaffe und sich durch die Tei-

---

<sup>276</sup> Vgl. hierzu die Diskussion im Auswärtigen Ausschuss am 18.12.1951. Ebd. S. 514 ff.

<sup>277</sup> Bühlbäcker, Europa im Aufbruch. S. 130 f.

<sup>278</sup> Siehe Stenographische Berichte. Band 10.

<sup>279</sup> Ebd. S. 7600.

<sup>280</sup> Ebd. S. 7610 f.

<sup>281</sup> Ebd. S. 7611 f. Zu Heinrich Kost siehe die zahlreichen Erwähnungen bei Vanessa Conze, in Conze, Das Europa der Deutschen. Hier über das Namensverzeichnis. S. 452.

<sup>282</sup> Stenographische Berichte. Band 10. S. 7653.

<sup>283</sup> Ebd. S. 7654.

<sup>284</sup> Ebd. Imig, S. 7655 ff.

<sup>285</sup> Ebd. Kalbitzer, S. 7661 und S. 7664 f. Auch Nölting auf S. 7672, indem er von der Umwandlung des Besatzungsrechts in Völkerrecht sprach.

Integration um eine notwendige Integration“ herumdrücke<sup>286</sup> bis hin zu den Argumenten Birkelbachs, der eine mangelnde Mitbestimmung der Arbeitnehmer beklagte, die Sozialpolitik durch den Vertrag gefährdet sah, womit auch die Freizügigkeit der Arbeitnehmer gehemmt werde.<sup>287</sup> Dennoch versicherten die Redner, dass sie die europäische Einigung bejahen würden, diese aber verneint werden müsse, wenn daraus ein Geschäft zu Lasten Deutschlands entstehe.<sup>288</sup> Veit schob nach, dass der Schumanplan nichts mit dem europäischen Pathos zu tun habe, sondern eine „nüchterne Angelegenheit der Wirtschaftspolitik“ sei. Die EGKS stelle eine „Selbstentmannung der deutschen Wirtschaft“ dar und sei nicht demokratisch. Ebenso würden die Länderrechte und die Vorstellung von der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches durch den Vertrag verletzt.<sup>289</sup>

Für die CDU hatten insbesondere Albers und Wahl gesprochen, womit ein Vertreter des Arbeitnehmerflügels sprach, der die Beteiligung der Gewerkschaften betonte, die schon direkt nach dem Krieg die europäische Einigung gefordert hätten.<sup>290</sup> Auch Wahl betonte die wirtschaftlich positiven Folgen und fügte ein verteidigungspolitisches Argument hinzu, indem er auch der anderen Staaten ein Interesse an einer Verteidigung der Ruhr gegen den Osten unterstellte.<sup>291</sup>

Die dritte Lesung am 11.1. brachte den finalen Schlagabtausch zwischen Ollenhauer und Brentano. Ollenhauer bedauerte die Bemerkung Adenauers, dass die Abstimmung über die EGKS ein Prüfstein für die europäische Gesinnung sei. Es bestehe kein Zweifel an der europäischen Gesinnung der SPD.<sup>292</sup> Es gebe zwei Wege nach Europa, einmal den mithilfe der Gewalt und den durch den „Aufbau einer europäischen Einheit auf Einsicht, Vertrauen und gegenseitiger Achtung aller Partner“. Der Schumanplan sei jedoch hierfür ungeeignet. Die deutsche Außenpolitik sei opportunistisch, positionslos und bedürfe der völkerrechtlichen Klärung des Status der BRD, auch hinsichtlich der Auswirkungen auf die restlichen Gebiete Deutschlands. Die schnelle Ratifikation sei darüber hinaus schlechter Stil.<sup>293</sup> Damit der Schumanplan europäisch werde, müssten mindestens Großbritannien und Skandinavien teilnehmen. Die Regierung habe zu schnell die französische Forderung nach einer supranationalen Behörde akzeptiert, womit sich Großbritannien ausgeschlossen gefühlt habe.<sup>294</sup> Mehr noch: „Wir laufen Gefahr, daß diese Elemente des Autokratischen und des Undemokratischen sich verhärten und daß Europa sich in einer Weise konserviert, in der die wirklichen elementaren Lebenskräfte der Völker erstickt und unterdrückt werden. Es gibt keine europäische Organisation ohne die freiwillige innere Bejahung dieser Organisation durch die breiten Massen des Volkes.“ Gerade weil man die europäische Idee bejahe, wolle man eine „echte europäische Wirtschaftsorganisation“ und nicht die EGKS.<sup>295</sup> Brentano interpretierte hingegen die EGKS als Schritt eines positiven Prozesses hin zur Gleichberechtigung

---

<sup>286</sup> Ebd. Nölting, S. 7669 f.

<sup>287</sup> Ebd., Birkelbach, S. 7674-7676.

<sup>288</sup> Ebd. Siehe Imig, S. 7659.

<sup>289</sup> Ebd. Veit, S. 7726-7730.

<sup>290</sup> Ebd., Albers, S. 7710-7714.

<sup>291</sup> Ebd. Wahl, S. 7723-7726.

<sup>292</sup> Ebd. S. 7796 f.

<sup>293</sup> Ebd. S. 7797 f.

<sup>294</sup> Ebd. S. 7800 f.

<sup>295</sup> Ebd. S. 7802 f.

gung und der Verbesserung der „wirtschaftliche[n] und politische[n] Lage gegenüber dem Ausgangspunkt.<sup>296</sup> Ollenhauers Kritik an der Gleichsetzung von Schumanplan und europäischem Gedanken durch Adenauer sei unlogisch, da doch die SPD das Gleiche betriebe indem sie sage, dass die Zustimmung gegen die Einheit Deutschlands gerichtet sei, zumal der Artikel 24 des Grundgesetzes seinerzeit zusammen formuliert worden sei.<sup>297</sup> Die SPD kritisiere eine zu geringe Integration, argumentiere aber, dass sie die deutsche Einheit gefährde. Die Teillösung werde die endgültige Lösung erleichtern. Sowohl in Frankreich als auch bei den anderen sozialistischen Parteien sei ein größerer europäischer Geist als bei der SPD zu finden.<sup>298</sup> Entgegen den Ausführungen Mommsers werde die Saarfrage erleichtert, zumal Trümpfe erwähnt würden, die man nie gehabt habe.<sup>299</sup>

Adenauer spitzte das letzte Argument Brentanos noch zu. „Was hilft, meine Damen und Herren, eine Erklärung platonischer Liebe [...] und zur Völkergemeinschaft, wenn ich dann die Gelegenheit, bei der ich zeigen kann, daß ich wirklich Europa will und daß ich ein Freund der Völkergemeinschaft bin, nicht nur nicht benutze, sondern im Gegenteil Ausführungen mache, die dazu angetan sind, die anderen Völker, die anderen Regierungen, mit denen wir doch zusammenarbeiten müssen, wenn wir wirklich zu einem Europa kommen wollen, in derartiger Weise vor den Kopf zu stoßen!?“ Nach dem Krieg sei dies unverantwortlich. Er habe darüber hinaus erhebliche Gemeinsamkeiten zwischen den Reden der SPD und den Reden Hugenbergs festgestellt.<sup>300</sup> Ollenhauers Entgegnung war, dass bei den Regierungsfractionen einige Anhänger der alten Linie Hugenbergs sitzen würden.<sup>301</sup>

Nach der mehrheitlichen Annahme des EGKS Vertrages durch den Bundestag hielt die SPD auch weiterhin ihre schroff ablehnende Haltung aufrecht, zumal die EVG und ein deutscher Verteidigungsbeitrag immer stärker diskutiert wurden. Sie organisierte gar eine außerparlamentarische Aktion gegen die EGKS. Noch in einem seiner letzten Interviews lehnte Schumacher am 6. August 1952 die EGKS als kartellisch ab, bezeichnete sie als „Europa-AG“ und konstatierte ein Kleinst-Europa, das zudem „ohne demokratische Grundlage und Kontrolle [sei und] seine[r] Aufgabe der Abwehr des östlichen Totalitarismus nicht in dem notwendigen Umfange gerecht werden kann.“<sup>302</sup> Der Schumanplan sei ein „Überkartell“, die „europäische Flagge nur die Konterbande des Klassenkampfes von oben. [...] Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß der Schuman-Plan praktisch nicht funktionieren wird. Das ist nicht die Internationalität, wie wir Sozialdemokraten sie uns vorstellen. Der Schumanplan soll jetzt bis zum Jahre 2002 in Kraft bleiben. Wir Sozialdemokraten können uns mit diesem Zustand nicht abfinden. Wir werden uns mit allen Kräften bemühen, die Dauer der Fesselung der deutschen Kräfte zu reduzieren.“<sup>303</sup>

---

<sup>296</sup> Ebd. S. 7803 f.

<sup>297</sup> Ebd. S. 7805 f.

<sup>298</sup> Ebd. S. 7806 f.

<sup>299</sup> Ebd. S. 7808-7810.

<sup>300</sup> Ebd. S. 7815.

<sup>301</sup> Ebd. S. 7820.

<sup>302</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 159-160 Interview mit Walter Steigner in AdsD. Korrespondenz Wehner im Bestand Bundestagsfraktion 1949-1953. Signatur 4. Ebenso AdsD. Bestand Ollenhauer 443.

<sup>303</sup> AdsD. Korrespondenz Wehner im Bestand Bundestagsfraktion 1949-1953. Signatur 4. Interview Stegners mit Schumacher.

Nachdem der EGKGS-Vertrag verabschiedet war, bestimmte die Debatte zur EVG und der deutschen Wiederbewaffnung die deutsche Debatte. Die Bundestagsdebatte vom 7.2.52 wurde gar im Rundfunk übertragen.<sup>304</sup> Die Europadiskussion fand nun im Schatten der Diskussion statt, ob Deutschland an einem westlichen System teilnehmen sollte oder nicht, ob es reif sei für eine eigene Bewaffnung oder nicht, ob die angebotenen Strukturen dem deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung entsprachen – oder eben nicht. Hier stand die Forderung der Position der Stärke, dort wurde gerade diese Position als mit der deutschen Einheit unvereinbar aufgefasst. Beide Seiten argumentierten jeweils mit einem Europabegriff. Nach Ollenhauer musste die deutsche Demokratie krisenfest gemacht werden, was nicht durch Waffengewalt, sondern nur durch eine soziale Politik geschehen könne.<sup>305</sup> Die jetzige Lösung sei ein Beitritt zur NATO durch die Hintertür. „Es gibt keinen erfolgreicheren Weg, die europäische Idee im Bewußsein der Völker zu diskreditieren als den Mißbrauch des Europabegriffs im Interesse nationalegoistischer Wünsche und Bestrebungen.“<sup>306</sup> Dies wurde aber gerade von den Regierungsparteien bestritten, denn nach Strauß war die europäische Verteidigung wichtiger als zum Beispiel die Frage der Saar.<sup>307</sup> Für ihn war die Verteidigungsgemeinschaft ein Schritt hin auf dem Weg zu einem europäischen Staat, wobei die Sowjets gerade dies verhindern wollten, denn deren Ziel sei es: „über die Zersplitterung Europas zur Bolschewisierung Europas.“

„Was muß in Europa erreicht werden? Ohne Zweifel mehr als eine Verteidigungsgemeinschaft! Aus dem in 17 Staaten aufgespaltenen Resteuropa zwischen dem bolschewistischen Koloß und der Weltmacht Amerika muß ein in Freiheit und Gleichberechtigung geeintes Europa entstehen, oder Europa wird in absehbarer Zeit nicht mehr sein als ein geographischer Begriff auf der Landkarte.“

Die europäischen Staatsidee müsse mehr sein als die Summe von nationalstaatlichen Ideen, sondern auf der gemeinsamen „Geschichte und Kultur des Abendlandes“ ruhen. „Eine echte europäische Verteidigungsgemeinschaft kann in diesem Sinne nichts anderes sein als das natürliche Ergebnis einer europäischen Staatsidee. [...] Dieses Europa soll eine Armee für seine Verteidigung besitzen, aber Europa soll nicht eine Armee sein, die sich einen Staat schafft.“<sup>308</sup>

Die Zeichen standen also auf Konfrontation. Nun verfasste Erler eine Artikelserie über die Auswirkungen einer deutschen Wiederbewaffnung.<sup>309</sup> Nach Erler gingen Kirche und die Politik zusammen mit einer Wirtschaftspolitik eine „unheilige Vermischung“ ein. Ein Blick nach Frankreich und nach Italien zeige, dass politisierter Katholizismus den Kommunismus fördere.<sup>310</sup> Hauptpunkt der Auseinandersetzung war der Generalvertrag, der das Besatzungsstatut ablösen sollte. So thematisierte ein Schreiben der Bundesgeschäftsstelle der CDU „An unsere Mitarbeiter“ vom Mai 1952 die Pro- und Contra-Argumente des Deutsch-

---

<sup>304</sup> Zur Kritik am Junktim von EVG und dem Generalvertrag siehe zum Beispiel das Interview Carlo Schmid mit dem NWDR vom 9.5.1952. ACDP. 07-001-3362.

<sup>305</sup> Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages. Bd. 10. S. 8110 f.

<sup>306</sup> Ebd. S. 8114 f.

<sup>307</sup> Ebd. S. 8121 f.

<sup>308</sup> Ebd. S. 8123.

<sup>309</sup> Artikelserie „Unser Nein - Fragen des deutschen Verteidigungsbeitrages in Einzeldarstellungen“ im Februar und März 52. Abgerufen unter <http://library.fes.de> am 10.02.2010.

<sup>310</sup> Ein christlicher Wahlblock. In: SPD-Pressedienst vom 18.4.1952. S. 7. ACDP. 07-001-3293.

landvertrages.<sup>311</sup> Er wurde in eine europäische Gesamtperspektive eingebettet, in der die Bundesrepublik und die CDU als Verteidiger der europäischen christlichen Kultur, bei einer Schwäche Italiens und Frankreichs, eine besondere Rolle spielten. Adenauer mahnte vor dem Bundesparteiausschusses der CDU im Juni 1952 die Unterstützung der Bundespartei durch die Landesverbände an, da der wichtige Föderalismus nicht in einen Partikularismus ausarten dürfe. Die Verträge stellten eine neue Phase dar, denn sie seien kein Diktat und ein Symbol für die geänderte Politik der ehemaligen Besatzungsmächte, die mit ihren Erlassen nach dem Zusammenbruch 1945 erst für Ordnung hätten sorgen müssen. Dennoch sei das Misstrauen, verständlicherweise in den ehemaligen Gegnerstaaten noch tief vorhanden. Daher seien die Aussagen der SPD wie „Wer diese Verträge unterzeichnet, ist kein Deutscher mehr!“ umso schädlicher. Die Kritik an der Souveränitätsabgabe sei irreführend, denn erstens verzichteten auch die anderen Staaten auf Rechte und zweitens wäre Deutschland auf der Siegerseite hierzu wohl niemals bereit gewesen. Adenauer bezeichnete taktisch geschickt den EVG-Vertrag als den wichtigeren Vertrag, da in ihm die Souveränitätsabgabe der anderen Staaten verbrieft sei, er einen Krieg innerhalb Europas unmöglich mache und ein erster Schritt für die „Vereinigung Europas und für die Entwicklung neuer moralischer und wirtschaftlicher Kräfte in Europa“ sei. Geschichtsschreiber würden von ihm wohl hoffentlich von einer „Wende in der Geschichte Europas“ schreiben.

Adenauer relativierte die Souveränitätsfrage mit der Behauptung, dass fast kein Staat – mit der Ausnahme Sowjetrußlands, das sich um keinerlei Vereinbarungen schere – noch über die volle Souveränität verfüge. Die deutschen Truppen würden innerhalb der EVG, mit der Hilfe der USA, absolut gleichberechtigt sein, zumal Teile der Rüstung in Deutschland produziert würden. Ohne Hilfe könne man sich nicht verteidigen – was vor allem den Neutralisten gesagt werden müsse – weshalb man aber selbst auch einen Beitrag leisten müsse. Die EVG stellte Adenauer, gerade im Gegensatz zum aktuellen Besatzungsstatut, als Möglichkeit der Partizipation gegen die Auferlegung von Lasten dar. Die Bedeutung der CDU wurde damit erhöht, sie erschien als wichtiger, vitaler Teil einer Kampfgemeinschaft für das gesamte Abendland. Sie musste dafür sorgen, dass die sowjetischen Versuche mittels einer Neutralisierung Deutschlands ihre Ziele zu erreichen bei den leichtgläubigen Menschen und der französischen Diplomatie mit ihren Gedanken an den alten Partner Russland keinen Erfolg haben würden. Eine Neutralisierung Deutschlands würde einen Abschied von einem vereinigten Europa bedeuten. Bei der Frage, ob man neutral bleiben könne, sich dem Osten oder dem Westen anschließen möge, gebe es daher nur eine klare Wahl. Es gelte, beide Verträge zu realisieren, wobei die Sowjetunion und die SPD unabgesprochen an einem Strang ziehen würden und die SPD bei den europäischen sozialistischen Parteien auf Widerstand stoße. Doch die SPD habe ausgerechnet in England mit der *Labour Party* Verbündete gefunden. Deren Forderung, wonach in Deutschland vor einer Ratifizierung Neuwahlen stattfinden müssten, wiese man aber empört als Einmischung in innere Angelegenheiten zurück. „Ich muß mein tiefes Bedauern darüber aussprechen, daß eine deutsche Partei die Hilfe des Auslandes gegen die legal zustande gekommene Mehrheit erbittet und erfleht. Wenn Sie sich vorstellen, meine Freunde, wir würden auch nur etwas annähernd Ähnliches tun, wir würden von den Sozialdemokraten als Landesverräter gesteinigt.“

---

<sup>311</sup> ACDP. 07-001-3362.



Die Vorschläge der SPD erschöpften sich alleine darin, dass man wieder verhandeln sollte. Doch wenn man so mit unterschriebenen Verträgen verfare, dann könne man jedwede internationale Vereinbarung vergessen. Was die Wiedervereinigung betreffe, so liege diese der Union genauso am Herzen wie Schumacher. Doch glaube dieser wirklich, dass man die „Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit durch Sowjetrußland“ bekommen könne? Deutschland aber sei nicht mehr isoliert, könne mitbestimmen und innerhalb der NATO für die deutsche Wiedervereinigung eintreten. Nun sei man eingegliedert „in den großen Bund der westlichen Nationen, die nur das eine sich zum Ziele gesetzt haben, die Bewahrung des Friedens und der Ordnung in Europa und der Welt.“ Und hierfür seien auch einzelne kritische Bestimmungen aufgrund des Kompromisses hinzunehmen.<sup>312</sup> Adenauer spitzte vor konservativem Publikum seine Säkularisierungsthese, wonach durch die von der Französischen Revolution ausgelöste Entwicklung die Verderben der Moderne hervorgebracht hätten, stark zu. Säkularisierung und Säkularisation wurden zum Grundübel der Moderne, in Einklang mit den Verlautbarungen der Kurie an die deutschen Katholiken, die einerseits den sektoralen Integrationsbemühungen reserviert bis feindlich gegenüber standen und diese offiziell gar nicht thematisierten, aber umso stärker die europäische Werte gegen den Materialismus stellten.<sup>313</sup> Der gedankliche Schritt, die SPD hier nun einzubeziehen, war nicht mehr weit.

Dennoch gab es vor allem innerhalb der Bundestagsfraktion erhebliche Widerstände gegen den Generalvertrag, der neben dem EVG Vertrag den Status Deutschlands regelte. Neben Strauß war es auch der Adenauer-Vertraute Pferdenges, der Bedenken gegenüber dem Vertragswerk geltend machte. Strauß warnte vor den innenpolitischen Folgen, denn die Verträge könnten eine offene Wunde reißen, „aus welcher ein neuer Nationalismus herauswuchern würde.“ So versuche bereits die SPD, sich auf eine derartige Entwicklung einzustellen.<sup>314</sup> Die CDU-Bundesgeschäftsstelle versuchte hingegen die europäische Einigung als erfolgreiche Regierungspolitik zu verkaufen. Dabei wurde die SPD als Partei der Fundamentalopposition hingestellt.<sup>315</sup> Während Adenauer auch in der Saarfrage versuche eine Lösung zu finden, dränge die SPD die Bundesregierung ständig und schade damit den

---

<sup>312</sup> Bericht Adenauers zur politischen Lage vor dem Bundesparteiausschuss der CDU am 14.6.52. In: Adenauer, Reden. S. 237-253.

<sup>313</sup> Siehe Adenauers Rede auf der Schlusskundgebung der „Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands“ am 20.7.1952 in Bamberg. Adenauer, Reden. S. 259-263. Das christliche und humanistische Erbe gegen die Gefahr aus dem Osten stellend schlug er zum Schluss gar einen Bogen zum Tagungsort mit der Grabstätte Heinrich II. Ähnlich wie dieser seinerzeit dem „Ansturm des Heidentums aus dem Osten“ entgegen getreten sei, „erfüllt von der Verantwortung vor Gott, Deutschland und das christliche Abendland“, müsse nun auch in Deutschland der Wille vorhanden sein, das Abendland zu retten - „...getragen von dem Bewußtsein unserer Verantwortung, getragen auch von dem Bewußtsein der Stärke, die das Christentum uns gibt, im Vertrauen auf Gott, der seine Kraft uns schenkt.“ Ebd. S. 263. Siehe auch Hörner, Stefan: Der Vatikan und die Neuordnung Europas: die Bundesrepublik Deutschland und die katholische Kirche im europäischen Integrationsprozeß; 1948-1958. Frankfurt am Main 1996. S. 152-154.

<sup>314</sup> Siehe das Protokoll der Fraktionssitzung der CDU/CSU vom 2.5.52. CDU-CSU-Fraktion 1949-1953. Nr. 304. S. 544 f. Das Zitat des Protokolls: S. 545. Ebenso die Briefe Brentanos an Adenauer Ende April/ Anfang Mai 52 in Baring, Bundeskanzler. S. 91 ff.

<sup>315</sup> Siehe zum Beispiel die Publikation „Die CDU gibt Rechenschaft“ des Landesverbandes Berlin mit Beiträgen Hallsteins, Tillmanns und Majonicas. ACDP. 07-001-3233. Ebenso UID Artikel vom 2.4.52: „Vor der außenpolitischen Aussprache“. ACDP. 07-001-3285.

„deutschen Anliegen“. „Wenn überhaupt der Osten Europas [von Adenauer. P.B.] im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung genannt wurde, dann doch wohl lediglich in dem Sinne, daß das Ziel der westlichen Integrationspolitik nicht egoistisch und exklusiv sein sollte, um dem System von vornherein den Charakter eines aggressiven Paktes zu nehmen. Der freie Zusammenschluß der europäischen Völker soll selbstverständlich auch jenen leicht gemacht werden, die heute noch fest an den russischen Machtblock gebunden sind.“<sup>316</sup> Damit wurde eindeutig der Konnex zwischen der deutschen Einheit und der Europapolitik betont. Dieser Konnex wurde in der Verteidigungsfrage umso stärker diskutiert und war auch Ansatzpunkt innerparteilicher Diskussionen.

Die Debatte um die EVG und besonders den Generalvertrag spielten im kommenden Wahlkampf 1953 eine entscheidende Rolle.<sup>317</sup> Die Koalition ging als Sieger hervor. Die durch den Tod Schumachers im August 52 geschwächte SPD konnte ihr Hauptwahlziel, die Übernahme der Regierung, nicht erreichen. In den nächsten Jahren sollte in der SPD ein Prozess, beeinflusst durch Kontakte zu den europäischen sozialistischen Parteien, in Gang kommen, der ihre Einstellung zu den europäischen Einigungsschritten maßgeblich veränderte. Das Bestreben Adenauers, möglichst schnell und ohne selbst die eigene Fraktion und die eigenen Minister über den genauen Wortlaut der Verträge zur EVG und des Deutschlandvertrages zu informieren, rief in der eigenen Fraktion Widerstand hervor. Und dennoch stimmte die Kanzler-Fraktion bis auf einen Abgeordneten Verträgen zu.<sup>318</sup>

### III. 2 Die Europadebatte in Italien

#### III.2.1 Die Diskussion im Jahr 1950 – Zuspitzung durch den Vorschlag Schumans und den Koreakrieg

Die Fronten waren 1950 klar. Die Opposition auf der Linken aus PSI und PCI stand dem Regierungslager um den christdemokratischen Pol gegenüber. Dazwischen gab es verschiedene sozialdemokratische Parteien, die sich mal mehr zu den Sozialisten, mal mehr zu dem Regierungslager hingezogen fühlten, wobei die PSLI unter Saragat und eng in die Regierung eingebunden war, aber von der PSU Romitas unter Druck gesetzt wurde. Trotz Opposition auf der Rechten war die Konkurrenzsituation vornehmlich durch die Auseinandersetzung zwischen dem Regierungslager und dem von den Kommunisten dominierten linken Lager geprägt. Dieser Antagonismus, der mit den repressiven Maßnahmen der Polizei unter

<sup>316</sup> UID vom 2.4.52. Vor der außenpolitischen Aussprache. ACDP. 07-001-3377.

<sup>317</sup> Zum Wahlkampf 1953 siehe: Friedel, Mathias: "Die Bundestagswahl 1953", in: Jakob, Nikolaus (Hg.): Wahlkämpfe in Deutschland: Fallstudien zur Wahlkampfkommunikation 1912 – 2005. Wiesbaden 2007. S. 112-136.

<sup>318</sup> Heidemeyer, Einleitung. S. LXXXVIII. Auch bei den Koalitionspartnern war die Zustimmung zu Beginn keineswegs klar, da auch diese sich vornehmlich gegen den Generalvertrag wandten. So äußerte Brentano am 2.5.51 auf einer Fraktionssitzung sein Bedauern über „die scharfen Äußerungen der Koalitionspartner gegenüber dem Generalvertrag“. CDU/CSU-Fraktion 1949-1953. Nr. 304. S. 544.

Innenminister Scelba noch gestärkt wurde, sollte die Diskussion der Europapolitik in den beiden kommenden Jahren prägen.<sup>319</sup>

Bei der Vorstellung seines fünften Kabinetts vor der *Camera* am 31.1.1950 skizzierte De Gasperi den außenpolitischen Platz, den er für Italien vorgesehen hatte. „*L'Italia democratica non potrà svilupparsi se non nel quadro di una Europa concorda e di un mondo pacificato. [...] Pace garantita nel Patto Atlantico contro qualsiasi ipotetica aggressione: pace ricostruttiva, consolidata dall'intervento solidale di un'Europa capace di azione mediatrice per risolvere i problemi che la guerra ha creati, o non risolti.*“<sup>320</sup> Dieses in den Atlantikpakt eingebundene Europa wurde im Propagandamaterial der DC den kriegerischen Absichten gegenübergestellt, die durch die *Partigiani della Pace* zusammen mit der russischen Politik verfolgt würden.<sup>321</sup> De Gasperi verteidigte dabei die Position Sforzas auch gegen Kritik aus der DC um Gronchi und den *Cronache Sociali*, die Sforza durch dessen enge Anlehnung an die USA den Ausverkauf italienischer Interessen bereits in der Debatte um die NATO vorgeworfen hatten.<sup>322</sup> Die im Frühjahr 1950 von De Gasperi vertretene, atlantische Orientierung Europas war nur eine Spielart der europäischen Einigung.<sup>323</sup> Europa war mehr und mehr ein die verschiedenen *correnti* verbindendes gemeinsames, übergeordnetes und füllbares Ziel geworden. So führte Gronchi aus, dass die europäische Einigung durch unterschiedliche Organisationen erreicht werden müsse. Durch OECE und den Europarat müsste der *stato d'animo in azione politica* übertragen werden. Die europäische Einigung dürfe aber nicht die Fehler des Völkerbundes wiederholen, was bedeute, dass Straßburg so weit wie möglich integriert werden müsse. Großbritannien müsse durch einen *nucleo Italia-Francia* in eine europäische Union geradezu gezwungen werden.<sup>324</sup> Gronchi sah eine echte

<sup>319</sup> Colarizi, *Storia dei partiti*. S. 134. Hier ist auch ein bekanntes Zitat Lombardis anlässlich eines blutigen Zwischenfalls zwischen Arbeitern und den Sicherheitskräften genannt: „*Pella fa i disoccupati e Scelba li ammazza*“.

<sup>320</sup> *Atti Parlamentari* vom 31.1.1950, 378. Sitzung. S. 14744. Zu den innerparteilichen Absichten der Regierungsumbildung vom Januar 1950 siehe: Malgeri, *L'età del centrismo*. S. 92-97.

<sup>321</sup> Tupini schrieb am 23.2.50 einen Brief an die zuständigen Sekretäre in die Regionen, um Propagandamaterial anzukündigen. Dabei führte er auf:

1°) *Elementi di propaganda n. 5 dal titolo: „I Partigiani della pace e la politica di guerra russa“*

2°) *Manifesto supplemento a „Popolo e Libertà“ dal titolo „Al 23° colpo l'Europa fece PAM“*

Es folgten noch zwei weitere Schriften zur Gewerkschaft und zur Steigerung der Produktion. ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Taviani. Sc. 7. Fasc. 8.

Am 6.2.1950 wurden an die Provinzen sechs Schriften gesendet, wobei sich eine Schrift mit der „*O.E.C.E.: Cooperazione Europea*“ beschäftigte (45 Exemplare pro Provinz) und eine mit der „*Cooperazione Europea*“ (30 Exemplare). Die meisten Exemplare (50) waren für die „*Corsi di qualificazione*“ vorgesehen. Anfang 1950 wurde ebenfalls eine Rede von Domenidò „*Introduzione all'Europa*“ in den Provinzen verteilt (5 Kopien je Direktion). ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Taviani. Sc. 7. Fasc. 9.

<sup>322</sup> Formigoni, *l'alleanza occidentale*. S. 363 ff.

<sup>323</sup> Siehe den Brief De Gasperis vom Februar 1950 an Józef Retinger, Ehrensekretär des Europäischen Bewegung, in dem De Gasperi die Unterstützung des Europarats zusagte, aber gleichzeitig auch Maßnahmen im politischen und im wirtschaftlichen Bereich für eine europäische Einigung anmahnte. In: De Gasperi, *la stabilizzazione della Repubblica*. 4/3. S. 2256-2258.

<sup>324</sup> Vortrag Gronchis in Mailand vom Mai 1950. Handschriftliche Aufzeichnungen in ALS, Fondo Gronchi. Sc. 115, Fasc. 890. Gronchi schaffte es Anfang der 50er nicht, sich in einem der bestimmenden *correnti* zu etablieren. Ein eigener gewerkschaftlicher *corrente* entwickelte sich erst gegen Ende 1951. Siehe: Violi, *Democrazia cristiana e sindacato*: S. 363 ff.

demokratische europäische Zusammenarbeit als Teil eines Gegenentwurfes an, der sich gegen die NATO richtete. Sie wurde zwar nicht abgelehnt, doch bezweifelten Teile der DC, ob Italien eine gleichberechtigte Rolle innerhalb der Allianz einnehmen würde.<sup>325</sup> Der Friedensvertrag und die Regelungen in der Kolonialfrage sowie die offene Frage Triests ließen einige christdemokratische Politiker, von Piccioni bis Gronchi, an der Effektivität der westlichen Allianz zweifeln. De Gasperi musste die Entscheidung für die NATO immer wieder gegen innerparteiliche Angriffe behaupten.<sup>326</sup> Seine Forderungen zur europäischen Einigung, wie in seiner Rede vor der NEI in Sorrent im Frühjahr 1950, betonten einen wirtschaftlichen Ansatz mit der Perspektive einer politischen Union, die langfristig die sozialen Probleme bekämpfen müsse. Dies war wiederum für den Kampf gegen die Gefahren des Kommunismus notwendig, gegen den sich christliche Gewerkschaften bereits in den 20er Jahren gewendet hätten, womit De Gasperi einen moralischen, antitotalitären Primat der Christdemokratie beschrieb. Für beides, die internationale Kooperation und die Bekämpfung der Armut, stellte De Gasperi die Bedeutung des christlichen Glaubens heraus.<sup>327</sup> Stärker noch als De Gasperi betonte Sturzo in seinem Grußwort an die Versammlung die Notwendigkeit der Zusammenarbeit gerade der christlichen Parteien gegen den Kommunismus.<sup>328</sup> Dennoch stritt De Gasperi Gerüchte ab, wonach die NEI eine „christdemokratische Kominform“ sei.<sup>329</sup>

Die Debatte um Europa fand in einer Phase höchster innerer Anspannung statt. So stellten die Sozialdemokraten mehrmals angesichts innenpolitischer Repression ihre Regierungsbeteiligung in Frage. Doch Saragat argumentierte jedes Mal, wenn das Regierungshandeln der DC als zu konservativ erschien, dass man nur in der Regierung diese beeinflussen und somit einen „Beitrag zur Aktion der Verteidigung der Demokratie“ leisten könne. Ein durchaus in zwei Richtungen interpretierbarer Auftrag: Gegen die Kommunisten in Gemeinschaft mit den Sozialisten und zur Kontrolle der christdemokratischen Rechten.<sup>330</sup>

Ausgehend von dieser Grundkonstellation wurde die Diskussion um eine europäische Einigung wurde im Jahr 1950 durch die Vorschläge Schumans befeuert. Der *Il Popolo* kommentierte diesen als Schritt hin zu einem geeinten Europa, wobei allerdings die deutsch-

<sup>325</sup> Siehe hierzu den von „Fortunato Talarico“ unterzeichneten Artikel über die Außenpolitik in der Zeitschrift Gronchis, der *Politica Sociale* vom Mai 1950. Talarico, Fortunato: Ottimismo o pessimismo? In: *Politica Sociale* vom 25.5.1950. S. 1 und 4. Hier betont er, dass man nicht grundsätzlich gegen die NATO gewesen sei oder bedingungslos für die Politik einer Äquidistanz oder einer Neutralität eintrete, „*ma sentivamo la necessità di un accordo difensivo dove venissero appagati i nostri desideri di una effettiva autonomia e di una eguaglianza di posizioni.*“ Dagegen wolle man „*un'Europa occidentale realizzatrice di un proprio sistema di solidarietà, mentre l'America avrebbe agito su tale solidarietà conferendo il potente ausilio della sua forza per la difesa della pace mondiale.*“ Ebd S. 1.

<sup>326</sup> Siehe Formigoni, *l'alleanza occidentale*. S. 355-362.

<sup>327</sup> De Gasperi, *la stabilizzazione della Repubblica*. 4/3. S. 2265-2268. Zitat: S. 2267.

<sup>328</sup> Siehe das Grußwort SturzOs von Ostern 1950. In: ACDP. 07-001-3393. Er stellte dabei auch die besonderen Charakteristika heraus, die die Christdemokratie auszeichnen würden. Der Begriff der Freiheit bei gleichzeitiger sozialer Solidarität, die moralisch fundiert sei und sich einem speziellen Staatsverständnis nieder-schlage. Ebd. S. 4.

<sup>329</sup> De Gasperi, *la stabilizzazione della Repubblica*. 4/3. S. 2268-2270. Hier S. 2270.

<sup>330</sup> Fornaro, Saragat. S. 211.

französische Aussöhnung im Vordergrund der Bewertung stand.<sup>331</sup> Für das Außenministerium war eine Beteiligung für die Rohstoffsicherheit notwendig,<sup>332</sup> während der italienische Botschafter in Paris, Quaroni, auf wirtschaftliche Gefahren und französische Absichten hinwies. Sforza ließ aber den ersten „ernsthaften Versuch im modernen Europa eine supranationale Autorität zu haben“ unterstützen.<sup>333</sup> Ähnlich sah dies auch der linke *corrente* der *Politica Sociale*, der die Chancen für ein friedliches Europa betonte,<sup>334</sup> gleichzeitig aber die Risiken und Chancen für Italien abwägte. Die EGKS erschien neben der OECE als möglicher Schritt hin zu einer Europäischen Union.<sup>335</sup> Die Verhandlungen zur EGKS wurden in einen größeren Zusammenhang eingeordnet. Bedingt durch den Kalten Krieg und die schon seit den 40er Jahren vorgetragene Forderung nach einem geeinten Europa, oft gepaart mit den Vorstellungen des europäischen Föderalismus, erschien Europa durch mehrere Ansätze erreichbar, wie auch De Gasperi betonte. Die sich im Nachhinein als erfolgreich herausstellende EGKS nahm keine Sonderstellung ein. Die Schwierigkeiten, auf die man bei den Verhandlungen traf und die später bei den Diskussionen im Parlament zur Sprache kamen, wurden kaum thematisiert.<sup>336</sup> Folglich maß die italienische Regierung der OECE eine hohe Bedeutung zu,<sup>337</sup> was aus Initiativen wie die Pellas im Rahmen der OECE hervorgeht.<sup>338</sup>

Die Regierung förderte gezielt industrielle Schwerpunkte. Ex- und Import wurden durch die Europäische Zahlungsunion (EZU) erleichtert, der Italien beitrug und die wirtschaftliche Modernisierung beförderte.<sup>339</sup> Die europäische Integration wurde vornehmlich durch wirtschaftliche Ziele begründet, auch wenn der Vorschlag nicht immer den Wünschen der

<sup>331</sup> So war ein Artikel mit „Un importante passo pratico verso l’unione europea“ überschrieben. Die Überschrift lautete wiederum: La Francia propone alla Germania di mettere in comune carbone e acciaio. In: Il Popolo vom 10.5.1950. S. 1. Siehe ebenso: Preda, De Gasperi. S. 507 f.

<sup>332</sup> Aufzeichnungen im Außenministerium vom Mai 1950. In: Ballini, Varsori, l’Italia e l’Europa, 1. S. 89 f.

<sup>333</sup> Ebd. Siehe auch den Brief Quaronis vom 29.5.50 an Sforza. S. 91-95. Zur Einschätzung der italienischen Delegation bei der OECE bezüglich der wirtschaftlichen Folgen des Schuman-Planes. Ebd. S. 95-99. Die Aufforderung Sforzas an Taviani. S. 100 f.

<sup>334</sup> Folchi, Alberto Enrico: Il progetto Schumann. In: *Politica Sociale* vom 8.6.1950. S. 1.

<sup>335</sup> Siehe die Artikel Bernardini, Antonio: Il ‚Pool‘ siderurgico primo passo verso la Federazione Europea? In: *Politica Sociale* vom 22.6.1950. S. 1 f. De’ Cocci, Danilo: L’integrazione economica europea. Ebd. S. 1. Vgl. ebenso Capperucci, Il partito dei cattolici. S. 383.

<sup>336</sup> So im *Popolo* vom 11.8.1950, S. 1, mit dem Artikel „Creare un mercato unico controllato dall’ente super-europeo“ und dem Kommentar „Corea all’O.N.U.“. Ebenso: Cecchini, Vincenzo: BILANCIO DI STRASBURGO. In: Il Popolo vom 31.8.1950. S. 1. Zur *Politica Sociale*: Sparisci, Emo: Corea punto dolente. In: *Politica Sociale* vom 29.6.1950. S. 1 u. 4. Zu De Gasperi siehe den Artikel „L’Unione Europea in un giudizio di De Gasperi“ im Il Popolo vom 21.2.50. Hier wies er auf die Kritiker hin, die eine *eccessiva gradualità nel cammino verso l’integrazione economica e l’unificazione politica dell’Europa* ausmachten. Statt dieser Vorgehensweise zu misstrauen, müsse den Fortschritten Vertrauen entgegen gebracht werden. Abgedruckt in: De Gasperi, la stabilizzazione della Repubblica. 4/3. S. 2261-2263.

<sup>337</sup> Petrini, Francesco: Il liberismo a una dimensione. La Confindustria e l’integrazione europea 1947-1957. Mailand 2005. S. 155-163. Zum Gewicht der OECE siehe den Bericht Magistratis vom 5.6.1950 an De Gasperi. ACS, fondo Seg. Part. De Gasperi. Busta 3, fasc. 18. Hier finden sich auch viele weitere Berichte von 1947 an.

<sup>338</sup> Vgl. Varsori, Cenerentola. S. 79-81.

<sup>339</sup> Petri, Wirtschaftswunder. S. 446 ff. sowie 459 f. Ebenso Woller, Geschichte Italiens. S. 244 f. Ballini, Pier-Luigi und Varsori, Antonio: L’europeismo degasperiano tra ideali e realismo (1950-1953), in: Dies., L’Italia e l’Europa, 1. S. 73-88. Hier S. 79.

italienischen Wirtschaft entsprach.<sup>340</sup> Die *Confindustria* befürwortete grundsätzlich eine zunehmende Liberalisierung, die die Freiheit der Unternehmer erweiterte. Der Schumanplan galt jedoch der Vereinigung der italienischen Industrie als eine zu starke Einmischung der Politik in die Wirtschaft, zumal der Vorschlag Länder mit großen Rohstoffvorkommen bevorzuge. Interventionen, vor allem auf supranationaler Ebene, sollten vermieden werden, während staatlicher Schutz vor dem internationalen Wettbewerb gefordert wurde.<sup>341</sup> Eine einheitliche Position der italienischen Industrie zu beschreiben, scheint jedoch unmöglich, denn die staatliche IRI versprach sich von einem italienischen Beitritt vor allem durch ausländische Investitionen Vorteile.<sup>342</sup> Die Vertreter der privaten Stahlindustrie forderten im Sommer 50 nach den ersten Verhandlungen eine stärkere Beschränkung der Hohen Behörde und angesichts der Nachteile der italienischen Stahlindustrie einen Übergangszeitraum von mindestens fünf Jahren.<sup>343</sup>

Die Bemühungen um eine europäische Einigung der DC und der Sozialdemokraten wurde von Organisationen im vorpolitischen Raum unterstützt. Auf die enge Verzahnung mit den Föderalisten ist in dem vorhergehenden Kapitel schon eingegangen worden. So betrieb die UEF ab 1949 eine Unterschriftenkampagne zugunsten einer europäischen Einheit, die De Gasperi persönlich unterstützte und für die er versuchte, von organisierter katholischer Seite Unterstützung zu erhalten.<sup>344</sup> Vittorio Veronese von der *Azione Cattolica* empfahl in einem Rundschreiben vom Frühjahr 1950, die Kampagne zu unterstützen, wobei sich Veronese keineswegs der vollkommenen Unterstützung der gesamten AC gewiss sein konnte, denn insbesondere sein Stellvertreter Gedda trat für ein weitaus konservativeres Europamodell ein. Trotz De Gasperis Bemühen traten zwischen der AC, der MUE und der MFE immer wieder Differenzen auf.<sup>345</sup> Nach der Unterschriftenkampagne gingen die Europäischen Bewegungen schnell wieder getrennte Wege. Die Glaubensfrage Föderalist oder Funktionalist und aktuelle Fragen, wonach man entweder das „britische Europa der 15“ oder das „französische Europa der 6“ unterstützen sollte, schieden die Geister.<sup>346</sup> Dies war nicht zuletzt auch einer Folge der Ernüchterung nach dem ersten Arbeitsjahr des Europarats. Die Bemühungen um eine europäische Einigung gingen dennoch weiter und hierbei verstand es De Gasperi, auch weiterhin die europäischen Föderalisten einzubinden.<sup>347</sup>

De Gasperi erfasste die Chancen, die sich aus dem ausgebrochenen Koreakrieg ergaben und verband sie mit dem Europarat, zumal er die USA immer wieder mit Argumenten, wonach Europa kulturell überlegen sei, kritisierte.<sup>348</sup> Der Europarat sollte sich auch mit Ver-

<sup>340</sup> Lorenzini, De Gasperi. S. 211.

<sup>341</sup> Thomas, Brigitta: Die Europa-Politik Italiens. Der Beitrag Italiens zur europäischen Einigung zwischen EVG und EG. Baden-Baden 2005. S. 202.

<sup>342</sup> Ballini, Vasori, L'eupeismo degasperiano. S. 76.

<sup>343</sup> Brief des Präsidenten der *Associazione industrie siderurgiche italiane* an den Industrieminister Togni vom 25.8.1950. In: Ballini, Varsori, l'Italia e l'Europa, 1. S. 127-129.

<sup>344</sup> Brief De Gasperis vom 10.12.49 an Cappelletti, Taviani und Veronese. In: De Gasperi, la stabilizzazione della Repubblica. 4/3. S. 2253-2255. Siehe ebenso den Text des Plakats vom April 1950. Ebd. S. 2263 f.

<sup>345</sup> Preda, De Gasperi. S. 460-472.

<sup>346</sup> Preda, De Gasperi. S. 472-484.

<sup>347</sup> Neri Gualdesi, Marinella: La battaglia dei federalisti italiani per costruire l'alternativa europea federale (1950-1956), in: di Nolfo, Ennio, Rainero, Romain, Vigezzi, Brunello (Hg.): L'Italia e la politica di potenza in Europa: (1950-60). Mailand 1992. S. 253-287. Hier: S. 256 ff.

<sup>348</sup> Formigoni, l'alleanza occidentale. S. 370.

teidigungsfragen beschäftigen. Durch eine solche Europapolitik könne Italien seine *lealtà atlantica* bewiesen. Nur eine solche Einbindung des Europarates könnte dessen *morte civile* stoppen, wie De Gasperi an Sforza im Juli 1950 schrieb. Bonn müsse eingebunden werden, wofür Sforza mit seinem *americanismo convinto, apostolato di europeismo, democratismo incontestabile e autorità personale* geeignet sei. Doch unter den Amerikanern seien viele *fanciulloni*, während das „alte Europa“ *più equilibrata e più esperta* sei. *Mentre si riafferma la volontà europea di opporsi compatti al pericolo esterno attuando un sistema difensivo solidale, non è giusto che l'Europa, prima vittima predestinata, dica una parola di fermissima volontà di pace? E questa parola potrà essere lanciata, senza suscitare sospetti, da un'Italia che per amore di pace subisce un Trattato e la minaccia della zona B.*<sup>349</sup> Sforza reagierte hierauf mit dem Versuch, bei der nächsten Sitzung des Ministerrates der Beratenden Versammlung mit der Beratung der Resolution der Vereinten Nationen bezüglich des Koreakrieges erstmalig die Behandlung militärischer Fragen zu erlauben. Churchills berühmte Rede vom 11. August für die Aufstellung einer europäischen Armee beförderte die Resolution.<sup>350</sup>

Mit Ziel einer Stärkung des Europarates war man sich mit den Föderalisten einig. Spinelli griff Churchills Rede für die Forderung nach weitergehenden politischen Kompetenzen auf, die aus einer Verteidigungsgemeinschaft resultierten.<sup>351</sup> Der christdemokratische Föderalist Benvenuti hatte bereits im Zuge der Vorstellung des Schumanplans festgestellt, dass bei einer Eingliederung in den Europarat die Beratende Versammlung mehr Rechte bekommen müsste. Die Forderungen der Föderalisten nach erweiterten Kompetenzen, die zu der Schaffung einer konstituierenden Versammlung für ein geeintes Europa hätten führen sollen, verliefen jedoch im Sande. Der Ministerrat lehnte die Forderungen von Seiten der Beratenden Versammlung ab.<sup>352</sup> Militärische Fragen dominierten ab dem Sommer 1950 die Europadiskussion. Selbst der OEEC Generalsekretär Marjolin stellte ein höheres Wirtschaftswachstum als Bedingung für höhere Verteidigungsausgaben dar.<sup>353</sup>

Die von Marjolin formulierte Verbindung der wirtschaftlichen Entwicklung mit der militärischen Ausrichtung passte in das Interpretationsschema der PSI. Sie beklagte seit geraumer Zeit eine immer größer werdende Aufrüstung.<sup>354</sup> Niemand bedrohe Italiens Unabhängigkeit sondern erst die Regierungspolitik führe dazu, dass Italien in die Fänge der USA gelange.<sup>355</sup> Vor allem im Rahmen der *Partigiani della Pace* organisierte die PSI ihren Widerstand gegen die Regierungspolitik, die durch den Ausbruch des Koreakrieges noch stär-

<sup>349</sup> Unter anderem abgedruckt in De Gasperi, *la stabilizzazione della Repubblica*. 4/3. S. 2283 f.

<sup>350</sup> Preda, De Gasperi. S. 485 ff. Brief De Gasperis auf S. 485 f. Zitiert auch bei Neri Gualdesi, *La battaglia*. S. 258.

<sup>351</sup> Vgl. die Überlegungen zum Plevan- und Schumanplan und die Reaktion der Föderalisten, beschrieben bei Pistone, Sergio: *L'Unione dei Federalisti Europei*. Neapel 2008. S. 81 ff.

<sup>352</sup> Preda, De Gasperi. S. 488 f.

<sup>353</sup> Siehe den Vortrag Marjolins vom Sommer 1950 in Mailand, in: Marjolin, Robert und Tremelloni, Roberto: *L'ERP e l'economia europea: conferenze*. Mailand 1950.

<sup>354</sup> Unter den zahlreichen Artikeln auf den Titelseiten des *Avanti* seien hier genannt: *Decisa a Londra dal Tre la guerra fredda globale* vom 14.5.50; „Colloquio di De Gasperi con Spafford sulla preparazione militare italiana“ vom 21.4.51.

<sup>355</sup> Siehe Nenni, Pietro: *Nessuno minaccia l'indipendenza italiana*. *Avanti* vom 23.7.50. S. 1. Siehe ebenfalls: *Vuole essere l'Italia la Corea dell'Europa?* *Avanti* vom 17.12.50. S. 1. *La guerra sarebbe la fine dell'Europa*. *Avanti* vom 23.12.50. S. 1.

ker die beiden linken Parteien zu isolieren versuche.<sup>356</sup> Der Vorschlag Schumans war demnach Teil dieser Politik, auch wenn uneinheitliche Äußerungen im westlichen Lager freudig begrüßt wurden. So lehnte Großbritannien die Vorschläge ab, weil dieses sozial weiter fortgeschritten sei als zum Beispiel die französische oder die deutsche Gesellschaft.<sup>357</sup> In fast jeder Publikation war vom Kampf für den Frieden gegen den amerikanischen Imperialismus die Rede,<sup>358</sup> der sich in den Marshallplanhilfen ausdrückte, die den wirtschaftlichen Niedergang Italiens nur verschleierten.<sup>359</sup> Der Schumanplan wurde als *una proposta di fittizia distensione* bewertet, die vollkommen den amerikanischen Interessen diene, wobei Acheson als Gewährsmann angegeben wurde. Er bedeute die Einordnung Deutschlands in einen westlichen Block im Rahmen des Kalten Krieges.<sup>360</sup> Dagnino war es, der die Entstehung des „internationalen Kartells“ geschichtlich einordnete und darauf verwies, dass der *Avanti* schon seit Jahren davor warnte. Die amerikanische Finanz versuche, die französische und deutsche Stahlindustrie *per ragioni economiche di mercato e per ragioni politiche e militari antisovietiche* einzuspannen. Ob sich Schuman dieser Folgen bewusst sei, sei unklar. Schlussendlich werde der Plan umgesetzt, wenn England nicht heftig widersprechen werde.<sup>361</sup> Tullio Vecchietti fügte an: „*Il Piano Schuman è in gran parte un bluff per quel che riguarda l'aspetto europeistico, e nella sostanza la conferma ufficiale della politica dei cartelli internazionali.*“<sup>362</sup> Trotz konstaterter Widerstände durch die britische Regierung schrieb Lelio Basso Großbritannien ausschließlich egoistische Motive zu. England bekämpfe den Europäismus mit dem Begriff des Atlantismus nur, um sich und dem Commonwealth eine bessere Ausgangsposition zu bewahren. Der Kampf zwischen dem englischen und dem amerikanischen Kapitalismus sei aber nichts anderes als *il riflesso delle contraddizioni fondamentali che lacerano l'ultima fase del capitalismo.*<sup>363</sup> Die europäische Einigung war Teil des Klassenkampfes und ausgemachter innerkapitalistischer Differenzen.

<sup>356</sup> Zu den Aktionen im Rahmen der *Partigiani della Pace* siehe die Aufforderung im *Bollettino* der PSI vom 1. März 1950 zu den vorgesehenen Aktionen im Rahmen des *Comitato Mondiale dei partigiani della Pace*. *Bollettino del Partito Socialista Italiano* (a cura della Direzione) vom 1.3.1950, in: ACS, fondo Nenni. Busta 88, fasc. 2203. Im Bestand Nenni finden sich zahlreiche Unterlagen über die Aktivitäten der *Partigiani della Pace* der Jahre 1950/51. ACS, fondo Nenni. Busta 89, fasc. 2206, sottofasc. 1. Siehe ebenso Landolfi, Nenni e i partigiani della Pace. S. 207 ff. Zur vor allem innenpolitischen Reaktion der Regierung nach dem Ausbruch des Koreakrieges: Formigoni, *l'alleanza occidentale*. S. 371 ff. Zu den *Partigiani della Pace* vor allem in ihrer Gegnerschaft zur EVG: Brunori, L.: "I Partigiani della Pace e la CED: il caso italiano (1950-1954)", in: *Storia delle relazioni internazionali* 2 (1991). S. 299-332.

<sup>357</sup> Siehe den Vortragstext Nennis auf dem *Comitato Centrale* vom 21. und 22.6.1950, abgedruckt im *Bollettino* der PSI vom 1-15.7.1950. S. 2. In: ACS, fondo Nenni. Busta 88, fasc. 2203.

<sup>358</sup> So im *Bollettino* der PSI vom 1-15.7.1950. Hier hieß die Titelseite anlässlich des Koreakrieges: "Rafforzare il fronte della Pace". Auch im folgenden *Bollettino* vom 16.-31.7.1950 hieß die Titelseite: „I compiti del Partito per la difesa della Pace“. Ebenso vom September 1950, Nr. 14. "Il Partito impegnato nella lotta per la pace". S. 4 f. In: ACS, fondo Nenni. Busta 88, fasc. 2203.

<sup>359</sup> Rede Nennis auf dem *Comitato Centrale* vom 21. und 22.6.50. Ebd. S. 3.

<sup>360</sup> Siehe den *Avanti* vom 10.5.50. Hier hieß es: "Schuman costretto al primo passo verso la Comunità atlantica di Acheson" mit dem Übertitel: "Francia e Germania costrette dagli U.S.A. al matrimonio nel nome dell'anticomunismo".

<sup>361</sup> Dagnino, Virgilio: *Mobilizzazione dell'acciaio europeo*. Im *Avanti* vom 11.5.1950. S. 1.

<sup>362</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 264. Sie auch den Artikel "Inaugurata a Parigi la conferenza per la creazione di un'Europa americana". *Avanti* vom 21.6.1950. S. 1.

<sup>363</sup> Basso, Lelio: *L'ultima fase*. In: *Avanti* vom 21.6.50.



Von dieser Einordnung in einen weltweiten Klassenkampf waren die Sozialdemokraten zu Beginn des Jahres 1950 schon weit entfernt, zumal sie vornehmlich mit ihren eigenen Spaltungen beschäftigt waren. PSU und PSLI standen im ständigen Austausch über eine mögliche Vereinigung. In der Europapolitik stand dabei die PSLI stärker der DC nahe, indem sie insbesondere die Entscheidung für die NATO mitrug und Saragat vor allem eine pragmatische soziale Politik verfolgte. Beide Parteien suchten die internationale Anerkennung der anderen europäischen Sozialdemokraten. So nahmen beide an dem Kongress der Comisco im Frühjahr 1950 in Kopenhagen teil, doch wurde, trotz des Vortrages von Treves und D'Aragnas, die PSU angenommen, während die PSLI abgewiesen wurde.<sup>364</sup>

In der PSU Romitas wurde vor allem die Politik Scelbas und außenpolitisch eine zu strikte Anlehnung an die USA kritisiert, stärker jedoch die Kommunisten und die Sowjetunion. Romita hatte zwar seine *posizione massimalista* abgelegt, wollte sich aber für das westliche Lager nicht explizit entscheiden.<sup>365</sup> Als verbindendes Element erwies sich bei beiden Parteien das Bild einer europäischen Gemeinschaft, die von den Vertretern unterschiedlich konnotiert wurde. Saragat schloss eine europäische Integration bereits in die atlantische Gemeinschaft ein und setzte er sich in seiner Partei durch. So strich er in seinem Antrag für den 4. Parteitag der PSLI, der auch die Mehrheit erhalten sollte, heraus, dass der *socialismo democratico europeo* an der Seite der USA stehen würde. Neben dieser realpolitischen Fundierung blieben europäische Visionen. So müsse die PSLI innerhalb der Internationalen aktiv bleiben und für eine Entspannung zwischen den beiden Blöcken sorgen. Die europäische Föderation wurde als Zwischenschritt hin zu einer *Federazione mondiale* beschrieben. Eine solche Entspannung könnte der Sozialdemokratie erlauben, aus der momentan notwendigen Position der Verteidigung ein *fattore decisivo per la riconciliazione di tutti gli Stati e di tutti i popoli* zu werden und somit zum Frieden beizutragen. *In tal senso il partito ravvisa nel Consiglio d'Europa il primo fallito tentativo che il Comisco deve assecondare proponendosi però in un programma concreto che intenda dare un'articolazione organica alla struttura del costruendo assetto europeo.* Auch der Gegenantrag des linken *corrente* sprach von der *premessa di una futura federazione europea* als *garanzia di stabilità e di pace*.<sup>366</sup> Die europäische Föderation spielte als Mittel und Zweck eine entscheidende Rolle. Sie bot die Möglichkeit einer vermittelnden Position innerhalb der NATO bei gleichzeitiger Berücksichtigung der klassischen Vision einer weltweiten Föderation - gepaart mit dem Einbezug der aktuellen Bedingungen des Kalten Krieges.

Hier traf man sich mit Romita, der zwar die eindeutige Positionierung für einen Block ablehnte, aber ein überzeugter Föderalist war. In seinem Tagebuch hielt er für den 16.4.1950 ein intensives Gespräch mit Giacchero über die Europäische Bewegung fest.<sup>367</sup> Für eine Regierungsbeteiligung betonte er im Mai 1950 als Bedingung, dass die Probleme des aktuellen diplomatischen *status quo* mit Spanien gelöst, die *Stati Uniti d'Europa* angestrebt und der *Mezzogiorno* stärker berücksichtigt werden müssten.<sup>368</sup> Romita war im November 50

<sup>364</sup> Siehe Puletti, Ruggero: Saggio introduttivo, in: Romita, Giuseppe: Taccuini politici. 1947-1958. Mailand 1980. S. 5-246. Hier: S. 124 f.

<sup>365</sup> Puletti, Saggio introduttivo. S. 128 ff.

<sup>366</sup> Puletti, saggio introduttivo. S. 126 ff. Zitat S. 127. Die Anträge des Parteitages finden sich in Avverardi, i socialisti democratici. S. 128 ff.

<sup>367</sup> Romita, Taccuini politici. S. 427.

<sup>368</sup> Ebd. S. 429 f.

Delegierter der *conferenza federalista a Strasburg* und in der MSEUE aktiv.<sup>369</sup> Hier kritisierte er ein zu konservatives Europa, indem er die Politik Adenauers als reaktionär einstuft.<sup>370</sup> Die Debatten im Europarat vom August 1950 interpretierte er „klassisch“, indem er am 19.8. notierte, dass die bürgerlichen Parteien in Straßburg versuchten, *di costruire l'internazionale della classe capitalista*, für die Adenauer die Schaffung von fünf deutschen Divisionen fordere.<sup>371</sup> Die PSU wandelte im Jahr 1950 ihre idealisierenden Gedanken einer europäischen Einigung zu einer unterstützenden Haltung der real existierenden Organisationen, um diese von innen heraus zu einer Föderation entwickeln zu können.<sup>372</sup>

Neben der grundsätzlichen Kritik Romitas standen Tremellonis europapolitische Vorstellungen vornehmlich wirtschaftlicher Natur, die zu sozialen Errungenschaften führen sollten. Er war auch weiterhin der wirtschafts- und europapolitische Exponent der PSLI. Doch wurden seine vornehmlich wirtschaftlich geprägten Schriften, die er noch in den 40er Jahren so breit gestreut hatte, 1950 seltener, was nicht zuletzt mit der Kabinettsumbildung in Verbindung gebracht werden kann.<sup>373</sup> In seinen *Appunti per una politica del socialismo democratico* stellte Tremelloni einen Zusammenhang zwischen nationalen wirtschaftlichen Anforderungen und internationalen Bemühungen her. Moderne Staaten müssten mit einer angemessenen Politik die Arbeitslosigkeit senken. Hierzu diene nicht zuletzt die Kooperation im Rahmen der OECE, doch würden sich die anderen Parteien und international einige Regierungen gegen die notwendige antizyklische, produktivitätssteigernde Politik wehren. Zwischen Sparen und Investieren müsse ein Ausgleich gefunden werden, was durch eine aktivere Fiskalpolitik geschehen könne. Ob man es wolle oder nicht: Der Staat sei ein großer Unternehmer geworden und müsse auch die langfristige Perspektive beachten.<sup>374</sup> Tremelloni konzentrierte sich auf die OECE, die er ja durch seine Tätigkeit als Minister besonders gut kannte. Über die Art und Weise, wie ein gemeinsames Europa entstehen sollte, machte er sich jedoch kaum Gedanken. So hielt er in der *Critica Sociale* vom 1.5.1950 fest: „Non è mio compito in questa sede affrontare il tema del *come* [kursiv im Original] giungere all'unità economica europea. Ma è certo che l'alternativa tra il pervenirvi o no non si pone, giacché l'una strada – quella della persistenza di diciotto autarchie – equivale al suicidio, [...]“.<sup>375</sup>

Nachdem gut ein Jahr lang Europa kaum ein Thema in der sozialdemokratischen Presse gewesen war, war der Schumanplan Anlass für eine erneute Beschäftigung. Piero Gallardo äußerte sich in der *Critica Sociale* am 1.6.1950 zurückhaltend über den Vorschlag, dessen Charakter sich in den Verhandlungen noch zeigen werde. Die Beteiligung Englands und

<sup>369</sup> Ebd. S. 450 ff. Vor allem die Tagebucheinträge vom 16.-24.11.1950.

<sup>370</sup> Von den vielen Beispielen siehe den Eintrag Romitas vom 9.2.1950 über die Politik zur Arbeitslosigkeit der Regierung Adenauer. Romita, *Taccuini politici*. S. 422. Am 18.4.50 notierte Romita, dass die Bonner Regierung „*nostalgia naziste*“ pflanze. Ebd. S. 428.

<sup>371</sup> Ebd. S. 438.

<sup>372</sup> Zagari, *il socialismo italiano*. S. 255.

<sup>373</sup> Dieser Befund fällt direkt bei der Durchsicht seiner Artikel auf. Siehe: CIRIEC, FRT. Serie articoli e pubblicazioni. 12125. Siehe auch dessen Vortrag zum Parteitag in Neapel am 7.1.1950, S. 1-4. Zitat: S. 4. CIRIEC, FRT. Serie attività politica e parlamentare, 141424.

<sup>374</sup> Tremelloni, Roberto: *Appunti per una politica del socialismo democratico*. In: *Giustizia Sociale* vom 11.5.1950. In: CIRIEC, FRT. Serie articoli e pubblicazioni. 12126.

<sup>375</sup> Tremelloni, Roberto: *Le condizioni economiche dell'Europa alla metà del secolo XX*. In: *Critica Sociale* vom 1.5.1950. S. 109-111. Hier S. 111. In: CIRIEC, FRT. Serie articoli e pubblicazioni, 12127.

Italiens sei dringend vonnöten, um den Plan nicht alleine in die Hände des „deutschen klerikalen Regimes“ oder der rein kapitalistischen Vorstellungen der französischen Regierung fallen zu lassen. Deutschland müsse aber wie beim Europarat in die internationale Gemeinschaft wieder aufgenommen werden. Am Beispiel Italiens werde sich zeigen, ob die Losung der internationalen Gerechtigkeit wirklich Bestand haben werde. Denn wenn dieses von den möglichen Teilnehmerstaaten ärmste Land teilnehmen könne und wirklich günstig mit Rohstoffen für einen wirtschaftlichen Aufschwung versorgt werde, zeige sich der wahre Charakter.<sup>376</sup> Die Versorgung mit Rohstoffen hatte seit dem Ersten Weltkrieg die Debatte über die Wirtschaftspolitik beherrscht und beherrschte sie auch noch in den 50er Jahren.<sup>377</sup>

Battara fügte für die Sozialdemokraten dem eine tiefergehende Komponente hinzu. Demnach konnte die europäische Demokratie nur mit dem Sozialismus verteidigt werden, war aber als Dritte Kraft zwischen den Vereinigten Staaten und Russland undenkbar. Stattdessen sei es die Aufgabe der sozialistischen Parteien, alle die Völker trennenden Überlegungen zu tilgen und innerhalb der atlantischen Gemeinschaft einigend zu wirken. „Aber das reicht nicht. Wir sind auch tief überzeugt, dass auf dem wirtschaftlichen Gebiet viele Probleme durch die Zusammenarbeit zwischen den westlichen Ländern angegangen und gelöst werden können.“ Die europäischen Länder müssten gemeinsam in der Lage sein, ihre Probleme zu lösen, denn momentan hielten die westlichen Völker alleine durch die „dramatische Perspektive einer neuen Katastrophe“ zusammen. Wenn diese aber überwunden sei und der europäische Geist nicht weit genug entwickelt, könnten „die Europäer auch ihre letzte Möglichkeit verloren haben, in der Welt die humanen Werte, für die Europa die Wiege der Zivilisation gewesen ist“, zu repräsentieren.<sup>378</sup>

Mit dieser prowestlichen Haltung waren die abgespaltenen ehemaligen Sozialisten, unabhängig davon, wie nah sie der Regierung standen, stets ein Ziel des *Avanti*.<sup>379</sup> Anlässlich der neuen Regierungsbildung bewertete er die *Piselli* als die Kräfte der Regierung, die *più malleabili* gegenüber der DC seien.<sup>380</sup> Anlässlich der administrativen Wahlen 1951 druckte die sozialistische Tageszeitung eine Erklärung des Vertreters der Sozialdemokraten in der CGIL als Leitartikel ab, der sich an die Arbeiter in der PSU und PSLI richtete und diese zur Einheit gegen die „klerikal-konservativen“ Kreise aufrief.<sup>381</sup> Da spielte es auch keine Rolle, dass die Sozialisten um Romita bei der Haushaltsdebatte im Juli 1950 eine Zwischenrolle einnahmen, die europapolitische Schattierungen erkennen ließen. Für diese stellte Matteotti angesichts der aufgeheizten Lage durch den Koreakrieg noch fest, dass sowohl die USA als auch die Sowjetunion in Asien eine kriegerische Politik treiben würden, während die britische Politik fortschrittlicher sei.<sup>382</sup> Seine Partei sei gegen den Beitritt zur NATO gewesen, die Italien zu viele Lasten bei zu geringen Vorteilen auferlege. Mit der aktuellen Situation habe sich zu Recht das amerikanische Engagement in Europa vom wirtschaftlichen Wieder-

<sup>376</sup> Gallardo, Piero: I socialisti davanti alla proposta di Schuman. S. 143. *Critica Sociale* vom 1.6.1950.

<sup>377</sup> Vgl. Petri, Wirtschaftswunder. S. 165 ff.

<sup>378</sup> Donno, Saragat e la socialdemocrazia. S. 305 f.

<sup>379</sup> Siehe zum Beispiel: Pigro, G. M: E adesso povero Silone? *Avanti* vom 18.10.1950. S. 1.

<sup>380</sup> *Avanti* vom 19.1.1950. „Avremo un governo a due?“ S. 1.

<sup>381</sup> Bianco, Dino: „Appello ai lavoratori del PSLI e del PSU del rappresentante socialdemocratico nella CGIL“ *Avanti* vom 22.4.51. S. 1.

<sup>382</sup> Rede Matteottis vom 3.7.1950. *Atti parlamentari*. 1. Legislatur. S. 20300 f.

aufbau und der Bekämpfung der Armut hin zu militärischen Gesichtspunkten verschoben. Daher mahnte er klärende Worte an:

*„Bisogna avere il coraggio di dire che chi accetta il patto atlantico deve condannare la visione europeista che esso ha avuto fino ad oggi. Bisogna che il Governo ci dica, che la creazione della comunità atlantica vuol dire la prevalenza dei problemi militari e politici sui problemi economici; vuol dire la ricostruzione europea nell'ambito di un mondo più vasto, un legame perpetuo con il mondo del capitalismo americano. Occorre che onestamente si dica che il Governo ha rinunciato alla sua impostazione del 1947-48 e alla necessità di raggiungere l'autonomia europea sul terreno economico e politico e che esso ha accettato di subordinare i problemi economici ai problemi politico-militari.”<sup>383</sup>*

Als mögliche Lösung nannte Matteotti die Weiterentwicklung der OECE und deren Inkorporierung in die NATO. Der Europarat aber müsse sich zu einer Plattform der Zusammenarbeit der fortschrittlichen europäischen Staaten entwickeln, doch stattdessen werde erwogen, Spanien einzubeziehen.<sup>384</sup> Gegenüber dem Schumanplan vertrat Matteotti eine reservierte Position. Er sei eine ursprüngliche Idee der Comisco und stelle eine mögliche europäische Kooperation dar. Andererseits müssten die Bedenken *Labours* berücksichtigt und ein deutsch-französisches Kartell vermieden werden. Die einfache Forderung nach einer supranationalen Versammlung sei eine schlechte Kopie des Europarates, sagte er in Richtung Sforza gewandt. Nur ein wahrhaft einiges Europa, ohne Sonderforderungen der Länder, erschien als glaubhaftes Korrektiv.<sup>385</sup>

Tolloy und Nenni verorteten für die PSI alle Bemühungen der europäischen Einigung in die Politik der Unterwerfung unter einen amerikanischen Imperialismus. Die italienische Regierung konstruiere ein Feindbild, um die Sozialisten und Kommunisten zu bekämpfen. Dass die europäischen Sozialdemokraten dieser Taktik aufsitzen würden, zeigte nur den Grad ihrer Degeneration.<sup>386</sup>

Treves und Saragat verteidigten indes die Politik des westlichen Bündnisses. Was in Korea geschehe, hätte auch in Deutschland geschehen können, sei aber durch die NATO verhindert worden. Doch daneben müsse ein einiges und freies Europa entstehen. Der Europarat sei ein erster Schritt, doch seien die ersten Ergebnisse angesichts zu hoher Erwartungen enttäuschend. Aber alleine die Existenz sei schon revolutionär. Er müsse weiterentwickelt werden und aus seiner rein konsultativen Form herauskommen. Zu einem gemeinsamen Europa gehörten insbesondere Deutschland und England.<sup>387</sup>

Dies bestritten auch keineswegs die christdemokratischen Redner wie Foresi, doch legten sie andere Schwerpunkte. Er stellte die deutsch-französische Aussöhnung und eine Einbindung Deutschlands in ein westliches Europa in den Vordergrund, um anzufügen, dass das Ziel der europäischen Föderation bald erreicht werden müsse, *„come esige la salvezza della civiltà occidentale e cristiana“*. Somit müsse auch das Projekt der italienisch-französischen Zollunion fortgeführt werden, der ein weiterer brauchbarer Schritt sei. Der Schumanplan

<sup>383</sup> Ebd. S. 20302.

<sup>384</sup> Ebd. S. 20303 f.

<sup>385</sup> Ebd. S. 20305-20307.

<sup>386</sup> Siehe vor allem die Ausführungen Nennis vom 6.7.50. Atti parlamentari. 1. Legislatur. S. 20532-20540. Besonders S. 20534-20539. Tolloy's Rede vom 5.7.50. S. 20443-20556.

<sup>387</sup> So vor allem Treves am 5.7.50. Atti parlamentari. 1. Legislatur. S. 20458 f. Saragat am 7.7.50 vor allem als direkte Antwort auf Nenni. Ebd. S. 20603-20615.

habe zusammen mit den Beratungen der großen Drei in London einen zivilisatorischen und militärischen Wert.<sup>388</sup> Del Bo forderte angesichts des Krieges gar den Einbezug Francos in die NATO oder in einen Mittelmeerpakt. Dies müsse gar Saragat akzeptieren, der doch auf dem letzten Parteitag der PSLI die NATO als Pakt des Friedens und damit im Einklang mit dem Sozialismus bezeichnet und Romita davon überzeugt habe.<sup>389</sup> Ein geeintes Europa müsse Frankreich und Deutschland einbinden, denn wenn diese in die Neutralität abgleiten würden, sei die Unterstützung durch die USA nach 1952 nicht mehr gesichert. Somit passe sich ein geeintes Europa in die atlantische Gemeinschaft ein.<sup>390</sup> Folglich betonten die christdemokratischen Redner bereits zu Beginn der Verhandlungen zur EGKS deren mögliche militärische Bedeutung und damit für die Sicherheit Europas.

Die Verhandlungen zu dem Schumanplan führte für Italien der De Gasperi Vertraute Taviani. Dessen Kontakte mit den anderen europäischen Christdemokraten und die Erfahrung der britischen Ablehnung des Vorschlages Schumans veränderten dessen europapolitische Vorstellungen: aus der strikt atlantischen Orientierung mit Großbritannien wurde die Förderung eines christlichen Kerneuropas, so wie es auch bei anderen kontinentaleuropäischen Christdemokraten geschah.<sup>391</sup> Trotz politischer Spitze bestimmten natürlich wirtschaftspolitische Fragestellungen die konkreten Verhandlungen. Hier entschieden die Technokraten in der italienischen Delegation weitestgehend frei. Wirtschaftsliberale Vorstellungen waren zwar vertreten, vermochten sich aber nur dann durchzusetzen, wenn ihre Anliegen auch mit dem definierten „nationalen Interesse“ zusammenfielen.<sup>392</sup> Eine internationale wirtschaftliche Integration wurde von *liberisti* und *dirigisti* gefordert, diente aber jeweils anderen Zielsetzungen. Während Erste den Freihandel propagierten, konnten Zweite in den internationalen Verbindungen und europapolitischen Vorhaben ihre planenden Ansätze verwirklichen. Die europäischen Integrationsschritte der frühen 50er Jahre kamen dabei in der Regierung beider Befürwortern zupass. In der OEEC fanden sich die *liberisti* wieder, in der Montanunion konnten sich eher die *dirigisti* wieder erkennen.<sup>393</sup> Gleichzeitig äußerte das Ministerium für den Außenhandel in einem Bericht Ende 1950 kaum Hoffnungen, die problematische Lage der Rohstoffversorgung mittels der EGKS lösen zu können. Stattdessen setzte man weiterhin auf bilaterale Verträge.<sup>394</sup>

Die Richtungsgewerkschaften folgten ihren Parteien. Die CGIL schloss sich der Fundamentalkritik der Kommunisten und der PSI und unterstützte deren Kampagnen gegen den Schumanplan und Versuche einer „amerikanischen Hegemonie“ an. Die Einstellung der CISL gegenüber dem Schumanplan war hingegen grundsätzlich positiv, aber zurückhaltend. Sie insistierte auf geringe Beschränkungen für die italienischen Arbeitnehmer, intervenierte mehrmals bei der italienischen Delegation und war mit Glisenti in dieser vertreten. Darüber

<sup>388</sup> Rede Foresis vom 28.6.1950. Atti parlamentari. 1. Legislatur. S. 20214.

<sup>389</sup> Siehe die Ausführungen Del Bos vom 28.6.1950. Atti parlamentari. 1. Legislatur. S. 20222.

<sup>390</sup> Ebd., S. 20224.

<sup>391</sup> Kaiser, Christian Democracy. S. 233 ff. Taviani war von dem Projekt nicht vollkommen überzeugt, da er erst eine politische Einigung bevorzugte. Lorenzini, introduzione. S. 2152 f.

<sup>392</sup> Petri, Wirtschaftswunder. S. 466 f.

<sup>393</sup> Petri, Wirtschaftswunder. S. 458-462. Zur privaten Stahlindustrie und ihren, den der staatlichen Industrie widersprechenden Vorstellungen: Petrini, Il liberismo. S. 114 ff.

<sup>394</sup> Siehe den Bericht aus dem „*Ministero del commercio con l'estero*“ über die ersten zehn Monate 1950, in: ACS. Fondo Consiglio dei Ministri, segreteria particolare del Presidente del Consiglio dei Ministri Alcide De Gasperi. Busta 18, fasc. 112. S. 21 ff. Von der EGKS ist hier keine Rede.

hinaus beharrte sie auf einer stärkeren Mitsprache der Gewerkschaften in der neuen Gemeinschaft. Sie unterstützte die Einführung der EGKS und die Idee der politischen europäischen Gemeinschaft mit Propagandamaßnahmen, während sie auf europäischer Ebene mit den anderen Gewerkschaften zusammenarbeitete. Hierzu war die UIL aufgrund ihrer schwierigen organisatorischen Anfangsphase bis 1953 nicht in der Lage, obwohl sie inhaltlich die Verträge unterstützte.<sup>395</sup>

In den folgenden Monaten sollten angesichts des Koreakriegs die militärischen Fragestellungen die Debatte um Europa dominieren. Sie beeinflussten maßgeblich die Vorbehalte der PSI gegen den Europarat. Hinzu kam die Generalkritik, dass mit den europäischen Bemühungen keine ernsthafte Veränderung der internationalen Politik einhergehe. Anlässlich der Sitzung des Ministerrates und der Beratenden Versammlung im August 1950 äußerte Guido Mazzali, dass der Europarat ja eigentlich die politische und juristische Umsetzung der europäischen Ideen sein müsse, doch bis heute sei nicht klar, welcher Begriff in Straßburg angelegt werde – ein geographischer, ein politischer, ein wirtschaftlicher oder gar ein historischer Begriff. Stattdessen verfolgten die Staaten Europas dort unterschiedliche Ziele. Bevor man aber Europa schaffen könne, müssten aber die größten nationalen Probleme, wie der geringe Lebensstandard in Italien, gelöst werden. Doch werde die Politik dieser elementaren Hoffnungen nicht gerecht. „*La loro Europa è praticamente l'anti-Europa, e dunque l'anti-Italia*“. Was Sforza schaffen wolle, sei „*un'appendice dell'America*.“<sup>396</sup> Auch wenn die Linke keineswegs eine einheitliche Strömung darstellte, schaffte es Morandi dennoch, die Parteistruktur zu leninisieren. So wurde Basso im Dezember mit dem Argument der „Kollaboration mit den trotzkistischen Konterrevolutionären“ aus dem *Comitato Centrale* und der Parteileitung ausgeschlossen, da er eine zu enge Anlehnung an die PCI kritisierte. Von 1951 bis 1957 gab es formell nur einheitliche Listen bei der Besetzung des Zentralkomitees.<sup>397</sup> Basso blieb politisch aktiv. Er veröffentlichte 1951 ein Buch, das Faschismus und Christdemokratie totalitäre Züge zuschrieb.<sup>398</sup>

Deren Vorstellungen und deren Interpretation, dass sämtliche europäische Organisationen einzig dem internationalen Klassenkampf gegen die Sowjetunion dienten, wurde durch die Verteidigungsrhetorik der Christdemokraten verschärft, die sich mit Forderungen nach einer europäischen Einigung verband. So forderte Cappelletti, dass Italien der Bedeutung des Europarates gerecht werden müsse und Politiker aus der ersten Reihe nach Straßburg entsenden

<sup>395</sup> Vgl. Formigoni, I sindacati italiani. S. 24-27. Ebenso Serra, Francesca: "Alcune osservazioni sulla presenza della rappresentanza degli interessi nella delegazione italiana al Piano Schuman", in: Ciampani, Andrea (Hg.): *L'altra via per l'Europa. Forze sociali e organizzazione degli interessi nell'integrazione europea (1947-1957)*. Mailand 1995. S. 127-137. Hier S. 130-132. Zur Zusammenarbeit der Gewerkschaften auf europäischer Ebene und die Spaltung der Gewerkschaften nach dem Marshallplan siehe Saba, Vincenzo: "Una identità sindacale triplice: nazionale, europea, mondiale", in: Ebd. S. 383-412.

<sup>396</sup> Mazzali, Guido: *Strasburgo*. In: *Avanti* vom 5.8.1950. S. 1.

<sup>397</sup> Merkel, Wolfgang: *Die sozialistische Partei Italiens: Zwischen Oppositionssozialismus und Staatspartei*. Bochum 1985. S. 190. Eine Auflistung der *correnti* und ihrer Vertretung auf den Parteitag von 45-63 findet sich ebd. S. 185-188.

<sup>398</sup> Basso, Lelio: *Due totalitarismi. Il fascismo e democrazia cristiana*. Rom 1951. 1975 unter dem Titel fortgesetzt: *Fascismo e Democrazia Cristiana. Due regimi del capitalismo italiano*. Mailand 1975. Zur Kritik Basso's siehe dessen Brief an Nenni vom 13.9.1950. Basso beklagt sich, dass in den entscheidenden Gremien nicht mehr eingehend diskutiert werde. *Fondazione Nenni. Carteggio Nenni*. Busta 18, fasc. 1093. Sottofasc. 2.

müsse.<sup>399</sup> Trotzdem sei auf absehbare Zeit keine weitere Entwicklung zur europäischen Föderation von dem Europarat zu erwarten, da keine Einigung über zu vergemeinschaftende Politikbereiche zu sehen sei und sich vor allem die *Labour*-Abgeordneten wehren würden. Nach ihnen seien die europäischen Völker noch nicht reif für eine supranationale Autorität. Sie fürchteten eine nichtsozialistische Mehrheit im europäischen Parlament und sähen in den einzelnen Staaten zu unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen für eine politische Gemeinschaft. Die Briten seien nicht bereit, für eine europäische Föderation auf Souveränität zu verzichten. Aber: *“Senza tale rinuncia, è un inganno, di vocabolario e di logica, parlare di federazione.”*

Da aber die Gründe für eine schnelle europäische Einigung offensichtlich seien – Cappi sprach von „Hannibal vor den Toren“, müsse eine europäische Föderation notfalls ohne Großbritannien geschaffen werden. Doch dann müssten fast alle anderen westeuropäischen Staaten teilnehmen - und dies sei nach der letzten Sitzung in Straßburg ungewiss. Der Europarat bleibe aber ein Ort des Kampfes für eine europäische Föderation mit christdemokratischer Mehrheit, zumal der Gerichtshof für Menschenrechte eine wichtige Institution werde und man mit der NATO und „der nicht vollkommen ineffektiven“ UNO geeignete Instrumente habe, um Gefahren zu begegnen. Die aktuelle Gefahr aber werde die Föderation beflügeln.<sup>400</sup> Gerade die Erwähnung der sozialistischen Minderheit im europäischen Parlament von Cappi war geradezu „perfide“, da die DC die Mehrheitsverhältnisse durch den Ausschluss der Abgeordneten der PCI und PSI stark verzerrte.<sup>401</sup>

Ähnlich wie die PSI organisierte auch die DC „Kampagnen für den Frieden“.<sup>402</sup> Die Führung der DC schwenkte erst langsam auf die amerikanische Position ein, die ein Übergreifen des koreanischen Konflikts auf andere Regionen befürchtete.<sup>403</sup> Die Frage nach der Sicherheit dominierte die internen Beratungen der DC auf den *Consigli Nazionali*. Gonella wählte die Sicherheit als Leitmotiv für seine einleitenden Worte am 14.10.1950: *“Cioè sicurezza contro le aggressioni esterne ed interne, contro i nemici della Patria e contro le quinte colonne, contro chi minaccia la stabilità del sistema democratico e contro chi minaccia*

<sup>399</sup> Cappi, Giuseppe: CONSIGLIO D'EUROPA. In: Il Popolo vom 28.9.1950. S.1 und S. 4.

<sup>400</sup> Ebd. Alle Zitate S. 4. Der Artikel wurde auch in der *Civitas* abgedruckt.

<sup>401</sup> Siehe Corciulo, Maria Sofia und Guerrieri, Sandro: "Dall'Assemblea comune della CECA al Parlamento europeo: la contrastata nomina dei rappresentanti italiani", in: Ballini, Pier-Luigi u.a. (Hg.): *Le istituzioni repubblicane dal centrismo al centro-sinistra (1953-1968)*. Rom 2006. S. 124-141. Hier S. 125. Ebenso Trunk, Europa, ein Ausweg. S. 27.

<sup>402</sup> Siehe die „*Campagna della solidarietà nazionale per la pace e la sicurezza*“ des Jahres 1950. Hier sollte an jede Familie Italiens ein Brief gesendet werden, in dem die Sowjetunion für die Konflikte seit 1945 verantwortlich gemacht wurde. Die Italiener müssten ihre Freiheit verteidigen, so wie sie es schon seit fünf Jahren erfolgreich machten. Die immer wieder vorgetragenen Anschuldigungen, dass man den Krieg suche, seien absurd und würden die gesamte bisherige Aufbaupolitik konterkarieren. Nur ein Aggressor könne Italien in den Krieg ziehen. Gegen diesen sei Italien in die Nato eingetreten.

*“Ma purtroppo vi sono italiani che rinnegano la loro Patria per una patria straniera e che annunciano di essere pronti a prendere le armi anche contro il proprio esercito per aprire la porta all'aggressore. Sono i capi comunisti: ma noi invitiamo gli stessi comunisti in buona fede a isolarli e a reagire nell'interesse della nostra pace ...“* ALS, Fondo DC, Segreteria politica. Sc. 9, Affari diversi. Fasc. 9. Dort finden sich unterschiedliche Versionen des Briefes.

<sup>403</sup> Del Pero, Mario: *L'alleato scomodo. Gli USA e la DC negli anni del centrismo (1948-1955)*. Rom 2001. S. 104.

*la stabilità monetaria e le possibilità di creare nuove fonti di lavoro il popolo.*<sup>404</sup> Als internen Feind sah Gonella Nenni an, der sich nach Cappi gegen eine deutsche Wiederbewaffnung ausgesprochen und vor erneuten deutschen Truppen in Italien gewarnt habe. Eine abwegige These, da Sforza plausibel gemacht habe, dass die USA mithilfe der europäischen Armee die Verteidigung Europas bereits an der Elbe verfolgen würden. De Gasperi fügte hinzu, dass dies nur allgemeine Pläne seien, eine Verteidigung bereits an der Elbe aber auch für Triest notwendig sei. Momentan sträube sich aber vor allem Frankreich gegen eine deutsche Wiederbewaffnung.<sup>405</sup>

Dies passte zu Ardigòs Aussage, dass sich die deutsch-französische Aussöhnung nicht bloß mit „schönen Worten“ erreichen ließe.<sup>406</sup> Italien könne keine vermittelnde Rolle spielen, da es wirtschaftlich und sozial zu schwach sei. Ravaioli griff indes Gronchi an, der mit seinen Aussagen die italienischen Bemühungen im Atlantikpakt unterminiere. „*Così l'America diffida e gli anglo-francesi rispondono a calci alle nostre simpatie. Una politica di terza forza non ha peso politico di fronte di due grandi blocchi dell'America e dell'Asia. Si tratta di inserirci di una politica estera a più lungo raggio.*“ Nur „Amerika“ könne hierbei entgegen kommen, die europäischen Mächte seien noch zu stark „imperialistisch“ in Europa und Afrika engagiert.<sup>407</sup> Trotz aller Realpolitik formulierten Cingolani und Cappi auch weiterhin die Hoffnung, dass der Europarat ein geeignetes Mittel für die Schaffung einer europäischen Föderation sei.<sup>408</sup> Italiens Regierung wurde von mehreren Seiten unter Druck gesetzt. Einerseits kritisierte die DC Linke der *Cronache Sociali* und um Gronchi eine zu starke Aufrüstung, da diese den sozialen Frieden gefährde. Andererseits sah sich die Regierung De Gasperi ständigen Forderungen durch die amerikanische Administration ausgesetzt, zusammen mit den anderen europäischen Staaten einen Verteidigungsbeitrag zu leisten.<sup>409</sup>

Auch bei den Sozialdemokraten rückte nun die Verteidigungspolitik in der Europapolitik in den Mittelpunkt, noch einmal angetrieben durch den Plevenplan. In der *Critica Sociale* wurden im Dezember Artikel gedruckt, die geradezu begeistert die Möglichkeiten einer europäischen Einigung durch die Bemühungen für eine europäische Armee betonten, wobei Sitzungen des Europarates und der MSEUE Anlässe für die Artikel gaben. Nach den Artikeln schien der tote Punkt eines geeinten Europas überwunden.<sup>410</sup> Diejenigen Sozialdemo-

<sup>404</sup> Referat Gonellas vom 14.10.50. S. 3. ALS, Fondo DC, Consiglio nazionale. Sc. 9, Fasc. 21.

<sup>405</sup> Protokoll vom Vormittag des 15.10.50. S. 1 f. ALS, Fondo DC. Consiglio nazionale. Sc. 9, fasc. 21.

<sup>406</sup> Die deutsch französische Aussöhnung war ein stets wiederholtes Argument der Christdemokraten für eine europäische Einigung. Siehe die Ausführungen De Gasperis vor der NEI im April 1950. In: De Gasperi, *la stabilizzazione della Repubblica* 3/4. S. 2266.

<sup>407</sup> Protokoll vom Nachmittag des 15.10.50. S. 4-6 sowie S. 13. ALS, Fondo DC, Consiglio nazionale. Sc. 9. Fasc. 21.

<sup>408</sup> Siehe die Interventionen Cappis und Cingolanis vom 14.10.50. Protokoll vom 14.10.50, nachmittägliche Sitzung. S. 4-5. ALS, Fondo DC, Consiglio nazionale. Sc. 9, fasc. 21.

<sup>409</sup> Formigoni, *l'alleanza occidentale*. S. 376 ff.

<sup>410</sup> Larock, Victor: *L'Europa di Strasburgo und Rolliert, Mario Alberto: Le riunioni di Novembre*. In: *Critica Sociale* vom 1.-16.12.1950. S. 336 f. Auf der Sitzung der MSEUE wurden die Schaffung eines gemeinsamen Europas ebenso wie der Kampf gegen ein einen Monopolkapitalismus, des Neoliberalismus sowie gegen ein konservatives Europa angemahnt. Ebd. S. 338. Die MSEUE sprach sich für die Schaffung spezialisierter Teilintegrationen aus, die parlamentarisch kontrolliert werden müssten. Ebd. S. 340. Ferner wurde eine europäische Aufrüstung als notwendig und möglich bezeichnet, sofern das Lebensniveau nicht



kraten, die relativ schnell von der Nützlichkeit der NATO überzeugt gewesen waren, sahen sich durch den Ausbruch des Koreakrieges gestärkt, während zuerst skeptische Kreise nun von der atlantischen Allianz überzeugt wurden. Ugo Guido Mondolfo stellte fest: *“Qualunque sia stata in passato l’opinione che ciascuno di noi possa avere avuta intorno all’opportunità e all’efficienza del Patto Atlantico è evidente che, a stipulazione avvenuta e dopo la campagna condotta negli ambienti politici e sulla stampa, la quale certamente ha spinto la Russia ad affrettare e intensificare i preparativi, non c’è tempo da perdere.”* Dies gelte insbesondere für Italien mit seiner exponierten Position am Eisernen Vorhang. Folglich bot der Atlantikpakt gegenüber der „Unsicherheit des Begriffs der europäischen Solidarität“ Garantien.<sup>411</sup> Die Zeit war nach Mondolfo für eine europäische Einigung reif. Truman betreibe eine besonnene Politik, doch könne man sich nicht sicher sein, ob nicht irgendwann Kräfte kommen würden, die leichtfertig einen Krieg führen würden. Die Europäer müssten deshalb die USA kontrollieren. So berücksichtigten Frankreich und Großbritannien auch die langfristigen Folgen einer deutschen Aufrüstung. Das Konzept eines unabhängigen Europa wurde modifiziert. *„Può darsi che la concezione d’Europa ‘terza forza’ sul terreno internazionale, quale fu prospettata da molto tempo addietro, non abbia la possibilità nella situazione attuale, di tradursi in atto, anche per la soverchia dipendenza economica e finanziaria in cui l’Europa si trova di fronte all’America. [...] Ma siamo d’opinione che entro questa più vasta alleanza delle nazioni aderenti al Patto Atlantico sia necessaria una particolare più intima unione fra le nazioni democratiche europee che partecipano a quel patto, le quali possano in tal modo svolgere efficacemente un’azione politica propria, là dove le preoccupazioni e gli interessi europei eventualmente non coincidano interamente con gli interessi e le aspirazioni dell’America. E questa unione europea dovrebbe avere un esercito proprio, con un proprio comando, anche se sia destinato, per preventivo accordo, a porsi, nel momento in cui appaia necessario, sotto il preminente comando americano.”*<sup>412</sup> Mit der Forderung nach einer europäischen Einigung gegen eine zu starke Dominanz der USA in der atlantischen Allianz entwickelte somit Mondolfo seiner Position weiter. Im April 1950 noch hatte er die USA schärfer angegriffen, was nun angesichts der akut gespürten Abhängigkeit durch den Koreakrieg nicht mehr so stark formuliert werden konnte.<sup>413</sup>

Nicht nur bei den Sozialdemokraten bewegten sich die unterschiedlichen Strömungen in der Europapolitik aufeinander zu, auch bei der DC näherten sich die *correnti* Ende 1950 einander an, wobei Unterschiede in der Argumentation blieben. Gronchi konnte sich in den Jahren 50/51 schlichtweg von seinen Gedanken eines unabhängigen Europas, innerhalb des Westens an der Seite der USA, nicht abwenden. Demnach urteilte er im Herbst 1950, dass die Verteidigung Europas im Rahmen der NATO *insufficiente* sei, weil die gleiche Bewaff-

---

sinke. Darüber hinaus sei eine eigenständige europäische Armee unter einer europäischen politischen nötig. In: CIRIEC, FRT. Serie articoli e pubblicazioni, 12127.

<sup>411</sup> Mondolfo, Ugo Guido: Nel mondo e in casa nostra. In: Critica Sociale vom 1.9.1950. S. 1-3. Hier: S. 1. In: CIRIEC, FRT. Serie articoli e pubblicazioni, 12127.

<sup>412</sup> Mondolfo, Ugo Guido: PER UNA AUTONOMIA EUROPEA. In: Critica Sociale vom 1.10.1950. S. 263 f. In: CIRIEC, FRT. Serie articoli e pubblicazioni, 12127.

<sup>413</sup> Mondolfo hatte anlässlich des Besuches Achesons in Europa davor gewarnt, dass eine Aufrüstung, wie sie momentan in den USA geschehe, zum Krieg führen könnte, auch wenn er nicht aggressive Absichten verfolgen. Im Frühjahr drohte nach Mondolfo Europa noch *un’appendice coloniale della potenza economica, politica e militare degli Stati Uniti* zu werden. Mondolfo, Ugo Guido: ACHESON E L’EUROPA. In: Critica Sociale vom 16.5.1950. S. 123 f. Zitat S. 123. In: CIRIEC, FRT. Serie articoli e pubblicazioni, 12127.

nung zeitaufwändig sei und trotz des gemeinsamen Oberbefehls die Armeen *particolari* blieben. Nur eine europäische Armee, die unter einer gemeinsamen Flagge für die gleiche Sache kämpfe, sei eine geeignete Lösung. Eine europäische Neutralität sei möglich, weil diese eben nicht eine Ablehnung der *comunità atlantica* bedeute: „... *neutralità di un paese isolato è fare il giuoco comunista; ma neutralità di una unione europea è un atto di autonomia, una difesa di indipendenza, anche in servizio dell'America*“. Die Neutralität sei das Mittel, die Unabhängigkeit das Ziel. Die atlantische Gemeinschaft müsse sich, wie von Acheson gefordert, in anderen Bereichen entwickeln.

Obwohl er einer europäischen Gemeinschaft verteidigenden Charakter zuwies, forderte er für *l'Europa federata* die Position des Vermittlers. Die Föderation könne darüber hinaus die Probleme lösen, die sich daraus ergeben würden, dass Deutschland einerseits nicht zu stark werden dürfe und es andererseits gegen die „russische Gefahr“ gebraucht werde. Der Schumanplan sei hierfür ein guter Anfang, zumal die Übertragung von Souveränitätsrechten auf eine internationale Behörde eine wirklich revolutionäre Entwicklung sei.<sup>414</sup>

Dem stand ein kulturell aufgeladenerer und konservativerer Europabegriff Gonellas gegenüber, den er im *Bulletin Européen* im November 1950 ausführte. Einmal mehr beschrieb Gonella die christlichen Wurzeln, die Europa habe und die es zu verteidigen gelte.<sup>415</sup> Dieses Bild wurde Gonellas Aussagen zum „Neuen Deutschland“ ergänzt. Anlässlich seines Besuches des ersten CDU Parteitages in Goslar gab er dem *Popolo* ein Interview. Hierin lobte er Adenauer und die führenden Persönlichkeiten der CDU, die fast alle Gegner des nationalsozialistischen Regimes gewesen seien und ein neues Deutschland repräsentierten. Adenauer erkenne die Probleme in wahrhaft großen Zusammenhängen auch jenseits der engen nationalen Grenzen. Deutschland habe vor allem mit dem Flüchtlingsproblem, der schwierigen wirtschaftlichen Situation und der Wiedervereinigung Probleme, die von der Regierung erfolgreich angegangen würden. Dennoch: *Dura continua ad essere la lotta contro il comunismo e la polemica con l'agguerrita opposizione socialdemocratica*. Die Christdemokraten - *cattolici e protestanti, bavaresi e renani* - würden jedoch zusammen Lösungen finden.

Gonella wiederholte Adenauers zentrale Aussagen: Russland sei nicht mehr europäisch, sondern bolschewistisch und bedrohe deswegen die christliche Kultur. Gleichzeitig hätte sich die Rollen Europas und der USA in der Welt mit dem Ersten Weltkrieg entscheidend verändert, wobei Letztere heute den Gedanken der Freiheit auch des Einzelnen gegen den Totalitarismus verteidige. Er zitierte den Kanzler mit dessen Aussage, wonach der Zweite Weltkrieg wohl hätte verhindert werden können, wenn die westlichen Demokratien gegenüber Hitler einen harten Kurs verfolgt hätten. Totalitäre Staaten verständen nur die Sprache der Stärke und deswegen sei man froh, dass die drei westlichen Mächte Sicherheitsgarantien für die Bundesrepublik übernommen hätten. Die Sowjetunion verfolge in den westlichen Ländern die gleichen Ziele mit je unterschiedlichen Mitteln. Sie setze in der Bundesrepublik auf eine kleine kommunistische Partei, während in Italien eine Massenpartei gewünscht sei. Schlussendlich stellte Gonella fest, dass vor allem mit Adenauers Aussagen zu den Individualrechten und der Absage an einen starken Staat ein vollkommen neues Deutschland entstanden sei.<sup>416</sup>

<sup>414</sup> Undatierte Aufzeichnungen Gronchis vom Herbst 1950. In: ALS, Fondo Giovanni Gronchi. Sc. 115, fasc. 890. sottofasc. 6.

<sup>415</sup> ALS, Fondo Gonella, Busta 140, Serie 8.3.5.5. Fasc. 3.

<sup>416</sup> „La nuova Germania“. In: *Il Popolo* vom 1.11.1950. S. 1 und 4.

Die bereits 1949 anlässlich des NATO-Beitritts geäußerte Kritik der *Cronache Sociali* blieb bis zur zweiten Jahreshälfte 1951, in der sich der *corrente* auflöste, im Zentrum ihrer außenpolitischen Artikel.<sup>417</sup> So kritisierte man in der Ausgabe 4/1950 den Schumanplan als Stahl-Kartell, deren politische Bedeutung die wirtschaftliche Bedeutung übertrage. Stattdessen berichtete man von der Konferenz der Comisco vom 24.5.50, deren Plan „für eine Europäische Wirtschaftsunion“ eine größere Bedeutung als der Schumanplan habe, wobei der Artikel auf Planungen in den Bereichen der Kohle, des Verkehrswesens, des Eisens und der Elektrizität hinwies.<sup>418</sup> Vittorelli legte in der folgenden Ausgabe nach, in der er in einem Artikel die Ablehnung der europäischen Einigungsbemühungen durch die *Labour Party* thematisierte. Sie wehre sich gegen eine Politik der Dritten Kraft und eine autonome Position Großbritanniens zusammen mit den anderen europäischen Staaten innerhalb der NATO, da die kontinentalen Staaten noch weiter rechts als die USA stehen würden.<sup>419</sup> Vittorelli bedauerte dies, machte hierfür allerdings zwei Gründe aus: Einmal sei Großbritannien nicht bereit, seine nationale Souveränität auch nur ansatzweise zu beschränken. Als zweiten Grund nannte er die Politik „Kontinentaleuropas“, die mit ihrer „*politica europea su un piano conservatore e della sua economia su un piano liberista*“ die fortschrittliche Politik *Labours* gefährde. Hier verknüpfte Vittorelli seine außen- mit innenpolitischen Ansichten. Denn obwohl er anführte, dass noch nicht klar sei, ob die britische Regierung bei einer Politikänderung auf dem Kontinent ihre Meinung zur Einheit Europas ändern würde, sei die Anwendung einer modernen Wirtschafts- und Sozialpolitik in Italien nicht nur unabdingbare Voraussetzung für eine geeintes Europa, sondern sichere die innere Stabilität. Die Arbeiter ständen dann nicht mehr vor der Wahl zwischen einer „*democrazia economicamente liberista e socialmente ingiusta e uno Stato di polizia di tipo orientale economicamente dirigista e socialmente ugualitario. E' possibile conciliare la democrazia politica con l'uguaglianza economica. Ma fino a che si tolleri la disuguaglianza economica di tipo moderno, del tipo della disoccupazione cronica determinata dall'attuale società capitalistica, si creano le cause del totalitarismo.*“<sup>420</sup>

Ähnlich wie die allgemeine politische Diskussion in Italien wurde die Diskussion über die EGKS auch in den *Cronache Sociali* in den kommenden Monaten durch den Koreakrieg und die Aufrüstdebatte in Europa überdeckt.<sup>421</sup> Die Autoren näherten sich mit dem Begriff einer „euroatlantischen Gemeinschaft“ der NATO an und sahen gerade die christdemokratischen Parteien im „karolingischen Europa“ in der Pflicht, föderale Strukturen zu errichten.<sup>422</sup> Basilio Cialdea versuchte in seinen Artikeln die Fehler der amerikanischen Politik aufzudecken, warnte gleichzeitig aber vor allem vor einem Isolationismus. Europa müsse mit einem stärkeren Engagement die Lücken der USA schließen und somit auch ein große-

<sup>417</sup> Zur Auflösung des *corrente* mit der Verabschiedung Dossettis als „*leader*“ aus der aktiven Politik siehe: Malgeri, L'età del centrismo. S. 130-134.

<sup>418</sup> „Il Piano del Comisco per l'Unione economica Europea“ sowie „Il progetto per un cartello siderurgico franco-tedesco“, in: *Cronache Sociali* 4 (1950). S. 10 f.

<sup>419</sup> Vittorelli, Paolo: L'Inghilterra contro l'Europa? In: *Cronache Sociali* 5-6 (1950). S. 11-15. Hier S. 11 f.

<sup>420</sup> Ebd. S. 14.

<sup>421</sup> Siehe die Artikelserie „La guerra in Corea e la politica dell'Occidente in *Cronache Sociali* 7 (1950).

<sup>422</sup> Formigoni, l'alleanza occidentale. S. 365 f. Ebendort auch eine Beschreibung weiter vorherrschender Opposition im katholischen Milieu. S. 380 ff.

res Gewicht erlangen.<sup>423</sup> Gianni Baget Bozzo akzeptierte Anfang 51 in seinem Artikel die NATO als notwendiges Mittel zu Verteidigung. Er stellte gar fest, dass die USA mit dem Ausbruch des Koreakrieges endlich eine atlantische Politik verfolgen und nicht nur propagieren würden. Nun sei es an den anderen Ländern, vor allem der italienischen Regierung, sich den neuen Gegebenheiten und ihre Politik der atlantischen Solidarität anzupassen. So könnten die Entscheidungen demnächst wirklich im Atlantikrat und nicht mehr alleine durch die USA getroffen werden. *“Solo così si può evitare il perpetuarsi di una situazione oligarchica nella comunità atlantica o la degenerazione della preminenza politica degli Stati Uniti in una preminenza imperiale”*. Jedes Mitglied könne somit den Status der *piena coresponsabilità* erlangen. Um die großen wirtschaftlichen und politischen, vor allem aber mögliche Opfer der italienischen Jugend in einem Kampf zu rechtfertigen, müssten durch die NATO-Mitglieder die nationalen Grenzen der Partner garantiert werden – und insbesondere bei den französischen Partnern habe er da seine Bedenken.<sup>424</sup>

In den Reihen des linken *corrente* wurde der Atlantikpakt als notwendig akzeptiert und eine stärkere Beteiligung Europas, auch zur Kontrolle der USA, gefordert. In der nun wirklich entstandenen atlantischen Gemeinschaft müssten die Teilnehmer eine geeignete Politik betreiben, und hierzu sei Italien nur durch die Politik der DC in der Lage.<sup>425</sup> Das Land sei bereit, die wirtschaftlichen Anforderungen der Verteidigungsanstrengungen auf sich zu nehmen und zivile wie militärische Anforderungen angemessen auszugleichen.<sup>426</sup> Mitte bis Ende 51, mit dem Ende des *corrente*, war die Transformation der Europavorstellung abgeschlossen. *„Oggi il problema per i singoli Paesi europei non è più quello di mettere in atto la propria difesa ma di dimostrare agli Stati Uniti di essere un elemento integratore importante e funzionante della difesa dell’Europa che quelli stanno preparando”*. Somit sei auch der Neutralismus abzulehnen, von dem die Kommunisten *i massimi profittatori* seien.<sup>427</sup>

Die Formel der europäischen Einigung hatte auf die verschiedenen Regierungsparteien eine integrierende Wirkung. Gleichzeitig wurde das Ziel einer europäischen Einigung vor allem durch die Werbeaktionen der Föderalisten 1950/51 immer beliebter, die von De Gasperi unterstützt wurden.<sup>428</sup> Der in weiten Teilen der Gesellschaft nun positiv besetzte Begriff der europäischen Einigung musste nur noch mit den Integrationsprojekten ein Einklang gebracht werden. Und gerade dies griffen die Vertreter italienischer Stahlindustrie als Argument für ihre Kritik auf. Der aktuelle Entwurf der EGKS schade der italienischen Stahlindustrie und den *auspicati risultati europeistici*.<sup>429</sup>

Für die PSI war die Debatte um die deutsche Wiederbewaffnung und eine europäische Armee die Bestätigung ihrer Befürchtungen. Die Versklavung unter amerikanische Interessen trat als Hauptargument hinter den Vorwurf der Befeuerung des deutschen Militarismus

<sup>423</sup> Der gesamte Abschnitt der *Vita internazionale* stand unter der Überschrift: „Luci ed ombre della politica estera americana nell’ultimo biennio”. Hier von Basilio Cialdea: *L’illusione atomica*. S. 11-15. *Cronache Sociali* 11/12 (1950).

<sup>424</sup> Baget-Bozzo, Gianni: *Condizioni e conseguenze della comunità atlantica*. In: *Cronache Sociali* 11/12 (1950). S. 16-17.

<sup>425</sup> Baget-Bozzo, Gianni: *Garanzie per l’Europa*. In: *Cronache Sociali* 1 (1951). S. 6-8. Hier S. 6 f.

<sup>426</sup> Ebd. S. 8.

<sup>427</sup> Carosci, Aldo: *Il neutralismo in Francia*. In: *Cronache Sociali* 9 (1951). S. 11-13. Hier: S. 11.

<sup>428</sup> Lorenzini, *introduzione*. S. 2151.

<sup>429</sup> Brief des Präsidenten der *Associazione industrie siderurgiche italiane*, Rebuga, an Togni vom 6.11.50. In: Ballini, Varsori, *l’Italia e l’Europa*, 1. S. 133-135. Zitat auf S. 135.

zurück.<sup>430</sup> Pieraccini warnte am 20.11.1950 vor den wirtschaftlichen Folgen des Schumanplans: er sei eine Antwort des internationalen Kapitalismus auf die Überproduktion und ein deutsch-französisches Kartell, gegen das die italienische Industrie zu schützen sei; die Hohe Behörde festige die ungleiche Behandlung der Mitglieder; die Kontrolle über die europäische Stahlindustrie werde den deutschen Unternehmern, „den Nazis von Gestern“, und „durch diese dem großen amerikanischen Kapital“ überlassen.<sup>431</sup> Die europäische Wirtschaft diene demnach allein Washington.<sup>432</sup> Europa werde gar Opfer des amerikanischen Imperialismus.<sup>433</sup>

Ähnliche Aussagen wurden auf dem 29. Congresso Nazionale in Bologna vom 17.-20. Januar 1951 getroffen. Der Parteitag richtete an Eisenhower, den Oberkommandierenden der Streitkräfte der NATO in Europa, anlässlich seines Besuches in Italien einen Brief, in dem man einmal mehr die Beteiligung Italiens an der NATO beklagte und die Gegnerschaft der PSI erklärte. Die Teilnahme Italiens sei nicht legitim, denn die Regierungsparteien hätten eine solche noch im Wahlkampf ausgeschlossen und die Wähler sich eindeutig gegen eine militärische Festlegung ausgesprochen, zumal niemand Italien bedrohe. *„Contro questa deliberazione criminosa, il Partito Socialista Italiano ha condotto, conduce e condurrà, qualunque cosa avvenga, l'opposizione più risoluta ed accanita.“* Italien werde einzig durch die amerikanische Politik bedroht. Italien drohe das Korea Europas zu werden und könne sich nicht der amerikanischen Politik anschließen. *„Il popolo italiano ripudia la politica atlantica, esso vuole la pace e soltanto la pace. Per sua sciagura, il nostro popolo fu trascinato nella seconda guerra mondiale per conto dei tedeschi. Non si lascerà trascinare nella terza per conto degli americani.“*<sup>434</sup>

Nenni setzte der als imperialistisch beschriebenen Politik der USA vertrauensbildende Maßnahmen der Sowjetunion und den Vorschlag der *Partigiani della Pace* zur Abrüstung entgegen. Der Abschluss des Atlantikpaktes habe keines der Probleme, wie das Triests oder die Beziehungen zu Jugoslawien, gelöst, die durch die Passivität der Regierung nach dem Abschluss des Friedensvertrages entstanden seien. Er sei vielmehr eine schockierende anti-sowjetische Reaktion. Ferner habe die Wiederaufrüstung die Kriegsgefahr, der „Invasionen von West und Ost oder von beiden Seiten“, erhöht. Der Politik der Teilung der *classe dirigente* stelle man eine *visione unitaria dei compiti e degli interessi della nazione* entgegen, die mehr denn je von davon ausgehe, dass die Sicherheit und der Frieden nicht in militärischen Allianzen, sondern in einer Politik gesucht werden könne, die Italien aus „jeder militärischen Provokation und jedem militärischen Abenteuer“ heraushalte.<sup>435</sup> Nach Amaduzzi und Lombardi war der Marshallplan für die Arbeitslosigkeit und die *smobilitazione industriale* verantwortlich und diene amerikanischen Interessen. Der Nordatlantiktakt sei ein wei-

<sup>430</sup> Deutlich wird dies in der Beilage zum Bollettino del PSI Nr. 16, der die deutsche Wiederbewaffnung als zentrale politische Entwicklung des Herbstes 1950 ansprach und vor den deutschen Wehrmachtsgeneralen ebenso warnte wie vor der nationalen Politik Adenauers und Schumachers. Supplemento Nr 16. Bollettino del PSI. S. 1-4.

<sup>431</sup> Felisini, Il PSI e l'integrazione europea. S. 264 f.

<sup>432</sup> Tutta l'economia europea subordinata alla strategia atlantica di Washington. Avanti vom 19.5.1950. S. 1.

<sup>433</sup> Siehe hierzu den Artikel über die jährliche Dezembertagung der NATO. „I '12' hanno messo l'Europa agli ordini del generale Eisenhower“. Avanti vom 20.12.50. S. 1.

<sup>434</sup> Pedone, Congressi. S. 302 f.

<sup>435</sup> Pedone, Congressi. S. 305 f. Vor diesem Hintergrund wurden die europäischen Integrationsschritte bewertet. Pedones Bericht erwähnt dies nicht.

terer Schritt der aggressiven Politik der USA, wobei man durch den Koreakrieg von dem kalten zum heißen Krieg gelangt sei.<sup>436</sup> Dies erschien als logische Folge des kapitalistischen Systems. Folglich forderte Nenni eine Neutralität, die für die PSI *una formula politica di compromesso dettata dalla realistica valutazione dei rapporti di forza esistenti* sei. Die PSI wolle mit einer „Äquidistanz zwischen den USA und der UdSSR“ den Frieden herbeiführen. Sie rief geradezu revolutionäre Ziele aus, indem Nenni vom *“far sparire dal Partito il complesso elettorale”* sprach, *“non perché lo stesso Partito svalutasse l'importanza delle elezioni, ma perché esso sentiva che l'elemento risolutivo era nelle lotte del popolo, nelle lotte sociali ed in quelle politiche.”*<sup>437</sup>

Anders als in den Jahren zuvor wurden die Anträge per Akklamation angenommen<sup>438</sup>, was ein eindeutiges Zeichen der erzwungenen Geschlossenheit der PSI war. Man wolle auch weiterhin die friedliche und demokratische Entwicklung der „nationalen Gemeinschaft“ fördern, die von der Regierung in Gefahr gebracht werde. Italien sei im Westen *“la più servile esecutrice della politica americana di preparazione alla terza guerra mondiale”*. Man stehe vor einer großen „Provokation“ durch die *“amerikanische Aggression in Korea”*, einer massiven Aufrüstung und Satelliten-Regierungen in Westeuropa mit einer integrierten Armee unter einem Kommando. Die Regierung habe mit Triest und in Afrika die Interessen des italienischen Volkes und Arbeiter geopfert, während die Sicherheit durch den amerikanischen Imperialismus und der *„wieder erstehenden tödlichen Gefahr des deutschen Militarismus, mit der vorgesehenen Wiederbewaffnung der Bonner Republik“* bedroht sei. Für den Verlust nationaler Unabhängigkeit habe man amerikanische Hilfen bekommen, die die kapitalistische Ausrichtung des Landes besiegelt hätten. Sie bestärkten die Strukturkrise der italienischen Wirtschaft, die durch den Verzicht auf den Handel mit den Staaten Osteuropas verschärft werde.<sup>439</sup>

Die sozialistischen Staaten aber könnten gar keinen Krieg wollen, da diese mit dem Aufbau des Sozialismus und der Steigerung der Produktion und des Wohlstandes beschäftigt seien. *„Sulla premessa della possibile pacifica coesistenza fra Paesi a sistema socialista e quelli a sistema capitalista, con la conseguenza che il socialismo può sorgere pacificamente e liberamente svilupparsi in ogni Paese, è basata l'azione del PSI, mentre appare sempre più evidente che solo il timore che ciò possa avvenire spinge l'imperialismo americano all'aggressione contro i Paesi socialisti e asservisce il Governo italiano a tale politica, onde impedire il pacifico e democratico procedere del nostro popolo verso il socialismo. [...] Così non vogliono la guerra nemmeno i popoli dell'Occidente; non la vogliono pure coloro che hanno subito la politica del Piano Marshall e del Patto Atlantico, senza penetrarne le vere ragioni, e gli obbiettivi di aggressivo dominio del mondo.”*<sup>440</sup>

Hiergegen setzte die PSI Forderungen nach Abrüstung, Entspannung und Frieden, indem man freundschaftliche Beziehungen mit der UDSSR und mit den anderen volksdemokratischen Staaten in Europa und in Asien herstelle. Dies wurde mit innenpolitischen Forderungen nach der Umsetzung der Verfassung und dem Aufbau einer echten Demokratie so-

<sup>436</sup> Amaduzis Rede vom 18.1.51: Pedone, Congressi. S. 309 f. Zu Lombardis Rede vom 20.1.51: Ebd. S. 316 f.

<sup>437</sup> Pedone, Congressi. S. 321.

<sup>438</sup> Pedone, Congressi. S. 322.

<sup>439</sup> Pedone, Congressi. S. 322 f. Gesamtes Zitat befindet sich auf S. 323. Siehe hierzu noch einmal sehr eindrücklich den Bericht über den Parteitag im *Bollettino* der PSI vom 31.1.51. S. 1 f.

<sup>440</sup> Pedone, Congressi. S. 325 f.

wie einer wirtschaftlich-sozialen Politik, mit der Nationalisierung vor allem der Monopole und einer Agrarreform, verbunden. Man wende sich gegen die Wiederaufrüstung und gegen jede Art von militärischen Ausgaben.<sup>441</sup>

Die Auseinandersetzung zwischen den Parteien stand im Frühjahr 1951 im Schatten der administrativen Wahlen vom Sommer. Die DC ließ zu den Kommunalwahlen im ganzen Land Plakate kleben, die ihren Schwerpunkt auf die Auseinandersetzung in der Außen- und Verteidigungspolitik legten. Das Kreuzfahrerschild der DC hatte demnach omnipräsent zu sein.<sup>442</sup>

Die aus der Verteidigungspolitik resultierenden Kosten lösten indes Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten sowie innerhalb der Parteien aus. Tremelloni stellte in der *Critica Sociale* fest, dass das Land mit Panzern alleine nicht verteidigt werden könne. Nachdem die zurückliegende Generation schon ungefähr ein Drittel ihres Einkommens für Kriege ausgegeben habe und der letzte Krieg erst fünf Jahre zurückliege, wollten einige die Ausgaben für die Wiederaufrüstung verdoppeln. Angesichts der Armut im Lande könnten die Sozialisten (also die PSLI und PSU) nicht schweigen. Während man der NATO zur Aufrechterhaltung des Friedens beigetreten sei, müsse man aktuelle Forderungen nach einem größeren italienischen Beitrag zurückweisen, denn schon jetzt würden mehr als 20% des Einkommens „auf dem Altar der militärischen Ausgaben“ geopfert. Die Schmerzgrenze sei erreicht. Es sei im Sinne der NATO, nicht nur eine Armee zu stellen, sondern auch im eigenen Land dafür zu sorgen, dass bei einer eventuellen Aggression dem Aggressor harte Ablehnung entgegen schlagen würde.<sup>443</sup> Tremelloni betonte, dass OECE und die UN nicht umsonst die Vollbeschäftigung als einen wichtigen Schritt zum Frieden bezeichnet hätten.<sup>444</sup>

Die Sozialdemokraten blieben glühende Befürworter der europäischen Integration und verloren im Herbst 1950 gar die Geduld mit der britischen *Labour*. So bezeichneten italienische Vertreter auf der Konferenz der COMISCO in Paris im Oktober 1950 „die britische Haltung als die größte Gefahr für den Sozialismus überhaupt“.<sup>445</sup> Nicht nur den Sozialdemokraten bereitete die Position des Fixpunktes *Labour* Probleme, auch die PSI sah in

<sup>441</sup> Pedone, Congressi. S. 326 f.

<sup>442</sup> Im Wahlkampf für die *elezioni amministrative* wurden folgende *manifesti* verteilt, wie aus einem Brief der SPES Zentrale vom 23.4.51 an die Provinzen hervorgeht.

- „1) *manifesto con l'appello del Partito per le elezioni amministrative, in rosso, bleu e tricolore;*
- 2) *manifesto con lo Scudo crociato, in duplice formato;*
- 3) *manifesto sui risultati delle elezioni amministrative svoltesi dopo il 18 aprile*
- 4) *manifesto: „Ecco le armi dei partigiani della pace“;*
- 5) *manifesto: „Da due anni il Patto Atlantico difende la pace di Europa“*

In dem Brief findet sich der Hinweis, dass das Symbol des Kreuzfahrerschildes immer präsent und im Vordergrund sein sollte. ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Gonella. Sc. 10. Fasc. 4.

<sup>443</sup> Tremelloni, Roberto: Non si difende il Paese solo con i carri armati. In: *Critica Sociale* vom 1.11.1950. S. 297 f. In: CIRIEC. FRT. Serie articoli e pubblicazioni. 12126. Auch dies war eine stete Forderung in der *Critica Sociale*. So hatte bereits Giuliano Pisichel „Sia burro sia cannoni“ gefordert. In: *Critica Sociale* vom 1.6.1950. S. 141 f. CIRIEC, FRT. Serie articoli e pubblicazioni, 12127.

<sup>444</sup> Tremelloni, Roberto: Piena occupazione. In: *Critica Sociale* vom 16.10.50. S. 280 f. CIRIEC. FRT. Serie articoli e pubblicazioni. 12126.

<sup>445</sup> Zitiert nach Steininger, Sozialistische Internationale. S. 151.

Großbritannien Licht und Schatten. So wurde deren Wahlsieg im Februar 1950 gebührend im *Avanti* berücksichtigt und freudig verkündet, dass England seine Verstaatlichungen fortsetzen könne.<sup>446</sup> Doch bereits zwei Tage zuvor hatte Basso Wasser in den Wein gegossen, indem er in seinem Kommentar „*Laburismo e socialismo*“ den Sieg der *Labour Party* zwar begrüßte, da diese nicht so gefährlich wie die Konservativen und enger an die *classe operaia inglese* gebunden sei. Die Arbeiterklasse sei noch immer die progressivste Kraft „*anche quando, com'è il caso dei laburisti inglesi, le sue posizioni attuali coincidono con quelle del nemico di classe cioè dell'imperialismo mondiale.*“

Die englischen Sozialdemokraten vertraten demnach keineswegs den Sozialismus und auch die Verstaatlichungen waren „von einem sozialistischen Experiment weit entfernt“. Die englischen Gewerkschaften, und in noch schlimmerer Form die amerikanischen Gewerkschaften, sorgten für keine demokratische Beteiligung, sondern beließen die Arbeitermassen in einem Abhängigkeitsverhältnis. Die von den linken Kräften in England und den USA vertretene Politik basiere auf dem Wohlfahrtsstaat und dem Ideal der kleinbürgerlichen Ruhe, „*non quello socialista della lotta. Si fondano sull'egoismo che è espressione del mondo borghese, non sulla solidarietà che è il principio animatore del movimento socialista.*“<sup>447</sup>

Diese Fundamentalkritik sollte in den kommenden Monaten noch zunehmen. Dagnino sprach von einem *Laburismo atlantizzato*.<sup>448</sup> Nach Dagnino wiesen die „*Laburisti ma grandi banchieri*“ den Schumanplan aus egoistischen Gründen, als *buoni commercianti* und nicht aus sozialistischen Gründen zurück. England habe doch erst den konservativen und reaktionären Regierungen in Westeuropa ihre Politik ermöglicht. England treibe eine Politik des „*egoismo nazionale, di conservatismo imperiale, di letteratura elettorale, il tutto ricoperto da un abbondante strato gelatinoso di confusionismo ideologico.*“<sup>449</sup> Ganz konnte man sich von *Labour* aber nicht trennen, denn die Ablehnung des Schumanplans durch Großbritannien wurde erstaunlich sachlich wiedergegeben.<sup>450</sup>

Die PSI verharrte in den kommenden beiden Jahren in einer Position aus fast schon resignativer Kritik an der atlantischen Orientierung der *Labour Party* und der leisen Hoffnung, dass doch die aus Sicht der PSI vielversprechenden positiven Ansätze der *Labour Party* fortgesetzt würden.<sup>451</sup>

### III.2.2 Aufkommender Druck – De Gasperis Ausweg Europa

Das Jahr 1951 brachte die Regierung De Gasperi von mehreren Seiten unter Druck. Europa bot dabei die Lösung mehrerer Probleme zugleich. Doch erst musste er um die Sozialdemokraten als Regierungspartner bangen. Die lange verfolgten Bemühungen über eine Einheit von PSU und PSLI führten am 1.5.51 zum Erfolg. Der PS (SIIS), also die italieni-

<sup>446</sup> Siehe „I laburisti hanno vinto“ auf der Titelseite des *Avanti* vom 25.2.1950.

<sup>447</sup> Basso, Lelio: *Laburismo e socialismo*. *Avanti* vom 23.2.1950. S. 1.

<sup>448</sup> Dagnino, Virgilio: *Laburismo atlantizzato*. *Avanti* vom 25.5.1950. S. 1.

<sup>449</sup> Dagnino, Virgilio: *Laburisti ma grandi banchieri*. In: *Avanti* vom 16.6.1950. S. 1.

<sup>450</sup> In una culla d'antracite vagirà la giovane Europa? *Avanti* vom 23.6.50, S. 5.

<sup>451</sup> Bezeichnend hierfür: Burgo, Pietro: *La crisi ideologica del laburismo*. In: *Documenti del Partito Socialista* anlässlich des *Comitato Centrale* vom 31.3 und 1.4.1951 in Mailand. In: ACS, fondo Nenni. Busta 88, fasc. 2204.



sche Sektion der Internationalen, wurde gegründet,<sup>452</sup> nachdem zuvor schon beide Parteien von der Internationalen anerkannt worden waren.<sup>453</sup> Saragat hatte bereits im Februar einen starken demokratischen Sozialismus in Italien gefordert, um den Anforderungen der italienischen Arbeiterschaft abseits der Kommunisten und den Nenni-Sozialisten gerecht zu werden. Es sei nun an der PSU, dafür zu sorgen.<sup>454</sup> Während Romita noch haderte, ob der italienischen Arbeiterschaft inner- oder außerhalb der Regierung am meisten genutzt werden könne, vertrat Saragat die Auffassung, dass die italienische Demokratie noch nicht gefestigt genug sei, um den Weg über die Opposition zu suchen.<sup>455</sup> Der Kompromiss für die Vereinigung beider Parteien war simpel. Die Sozialdemokraten verzichteten auf eine Regierungsbeteiligung, während die ehemaligen Politiker der PSU die NATO anerkannten.<sup>456</sup> Die PSI kritisierte die neue Partei als DC treu, die am Antikommunismus festhalte und die NATO befürworte.<sup>457</sup> Tremelloni skizzierte die neue Wirtschaftspolitik, die durch die geeinte Partei erreicht werden müsste. Ein höheres Wirtschaftswachstum ermögliche eine verbesserte Sozialpolitik. Die staatliche Verwaltung müsse modernisiert und effizienter werden, Monopole und Kartelle, die es noch immer zu Hauf in Italien gebe, müssten beschränkt werden. Er zeigte sich überzeugt, dass in der neuen Partei *minimalismo e massimalismo* ausgeglichen werden könnten.<sup>458</sup>

Die Vereinigung korrespondierte mit einer veränderten außen- und verteidigungspolitischen Einstellung linker Sozialdemokraten. Die NATO wurde ab dem Frühjahr 1951 als für die Verteidigung des Westens geeignet angesehen, wobei die Teilnahme Italiens an einer Verteidigung des Westens bereits vorher als notwendig erachtet worden war.<sup>459</sup> Kurz nach der Vereinigung im Mai sprach Romita von der defensiven Ausrichtung der NATO.<sup>460</sup> Eine Erklärung der beiden Vorstände sprach von einer außenpolitischen Position der Stärke in-

<sup>452</sup> Puletti, saggio introduttivo. S. 134.

<sup>453</sup> Avverardi, i socialisti democratici. S. 8.

<sup>454</sup> Saragat, Giuseppe: L'UNITÀ SOCIALISTA. In: Giustizia Sociale vom 1.-8.2.1951. Nr. 4-5/51. S. 1. Zu den Zweifeln ob der Reife der PSU für eine Einheit mit der PSLI siehe Batelli, Francesco: Parliamo del PSU. In: Giustizia Sociale vom 28.-24.1.1951. Nr. 2-3/51. S. 1.

<sup>455</sup> Avverardi, i socialisti democratici. S. 140.

<sup>456</sup> Donno, Tremelloni e l'attuazione del piano Marshall. S. 113.

<sup>457</sup> Siehe den Circolare Nr. 21 vom 7.4.1951 der Uffici Stampe e Propagande der PSI. In: Archiv der Fondazione Turati. Fondo Partito socialista italiano (PSI) – Direzione nazionale. Serie 2: Raccolta delle circolari. Busta 2, Circolari 1951. Abgerufen auf [www.archivonline.senato.it](http://www.archivonline.senato.it) am 22.2.2011.

<sup>458</sup> Tremelloni, Roberto: Un programma per il Partito unificato. In: Critica Sociale vom 1-16.4.1951 S.93-96. In: CIRIEC, FRT. Serie articoli e pubblicazioni. 12126.

<sup>459</sup> So sprach die einstimmig auf dem Kongress der PSU in Turin vom Januar 1951 angenommene Resolution von einer Gefahr durch den Kommunismus, aber auch von Gefährdungen durch die konservative Rechte, die die Situation ausnutzen wolle, mögliche Veränderungen Italiens zu verhindern. Die Gründung der PSU sei die erste positive Entscheidung des italienischen Sozialismus seit der Zuspitzung nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen. Aus dieser Lagebeschreibung forderte die PSU auch weiterhin: „... *la piena autonomia del movimento socialista, non soltanto in sede ideologica, ma in sede concretamente politica da ogni altra forza e particolarmente dalle grandi forze contrapposte che qualificano oggi il conflitto internazionale ed interno.*“ CIRIEC, FRT. Serie attività politica e parlamentare, 141426.

<sup>460</sup> Puletti, saggio introduttivo. S. 137 f. Seit Anfang des Jahres 1951 wird die geänderte außenpolitische Einstellung in Romitas Tagebüchern sichtbar. So lautet ein Eintrag vom 14.1.51.: „*Pacifismo della guerra è quello comunista; pacifismo della paura è quello che incoraggia l'aggressione; pacifismo della pace è quello che scoraggia la guerra con il coraggio della difesa.*“ In: Romita, Taccuini politici. S. 460.

nerhalb des Atlantikpaktes, aus der man heraus für ein „europäisches System“ schaffen wolle, *per la sua coesione democratica e per il suo sviluppo sociale*. Mit dieser Entwicklung sollten die aktuellen Sicherheitssysteme überflüssig und ein Gleichgewicht zwischen den Kontinenten und freundschaftliche Beziehungen zwischen den Staaten geschaffen werden.<sup>461</sup> Damit waren zeitlich in geringem Abstand die sozial- und christdemokratischen Linken auf die Linie der verteidigungspolitischen Grundsatzentscheidungen der Regierung eingeschwenkt.

De Gasperi hatte zwar von Beginn an den Pleven-Plan als eine Möglichkeit gelobt, zur europäischen Einigung zu gelangen - vorausgesetzt, die neuen Strukturen würden nicht die atlantischen Verbindungen Italiens schwächen. Dennoch hielt die italienische Regierung, ähnlich wie die Truman-Administration, die Umsetzung der französischen Pläne für problematisch, wie beim Treffen De Gasperis und Sforzas mit Pleven und Schuman im Februar 1951 in Santa Margherita Ligure deutlich wurde, als er eine integrierte europäische Armee als mögliche „*base permanente per gli Stati Uniti d'Europa*“ bezeichnete.<sup>462</sup> Kurz zuvor hatte De Gasperi das Memorandum der Föderalisten zur Einberufung einer Verfassungskgebenden Versammlung erhalten und dabei vor allem den Vorschlag zur Schaffung einer „politischen Autorität“ begrüßt, die in der Lage sein sollte, „*di organizzare, pagare e controllare l'esercito europeo*.“ Schon hier erschien die politische Einigung Europas als Argument für das militärisch weniger geliebte Projekt der EVG. De Gasperis Entgegenkommen in der EVG war eng an dem Bestreben gekoppelt, die EGKS zu verwirklichen.<sup>463</sup>

Die italienische Delegation ging hierbei äußerst vorsichtig vor, wobei sie im Laufe der Verhandlungen immer stärker auf den supranationalen Charakter der Verträge drängte und die starke Position der Hohen Behörde durch zusätzliche Organe beschränken wollte.<sup>464</sup> In den Verhandlungen schaffte sie es, einen fünfjährigen Übergangszeitraum für die italienische Stahlindustrie zu erreichen. Ferner sollte der Zugang zu den nordafrikanischen Rohstoffquellen, die Zusicherung italienischer Auswanderung und eine europäische soziale Politik ermöglicht werden. Diese drei Forderungen erfüllten sich jedoch in der Praxis nicht. Dennoch wurde in den kommenden Jahren, vor allem durch die internationale Wirtschaft angetrieben, ein wirtschaftlicher Aufschwung erreicht, der die EGKS in einem positiven Licht erstrahlen ließ. Darüber hinaus sorgte die Einbindung der CISL um Giulio Pastore und der UIL für eine Einbindung der regierungsnahen Gewerkschaften.<sup>465</sup> Der Delegationsleiter Taviani spielte mit der Einbindung ein geschicktes doppeltes Spiel, warnte er doch die Industriellen vor zu starken Forderungen nach Einfluss in der Gemeinschaft, da sonst auch die Gewerkschaften hierauf pochen würden und somit auf internationaler Ebene eben genau jenes geschehe, wovon sich die *Confindustria* fürchtete, nämlich die direkte Mitbestimmung

<sup>461</sup> Die Erklärung ist abgedruckt bei Puletti, Saggio introduttivo. S. 136 f. Siehe ebenso: CIRIEC, FRT. Serie attività politica e parlamentare, 141426.

<sup>462</sup> Lorenzini, De Gasperi. S. 213. Vgl. Ebenso Varsori, Cenerentola. S. 91 ff.

<sup>463</sup> Lorenzini, introduzione. S. 2153. Vor allem Anmerkung 43, hier findet sich auch das Zitat. Auch Varsori, Cenerentola. S. 92 f.

<sup>464</sup> Lorenzini, introduzione. S. 2155. Hier findet sich unter Anmerkung 49 auch weiterführende Literatur. Preda, Daniela: Storia di una speranza. La battaglia per la CED e la Federazione europea. Mailand 1990. Magagnoli, Ralf: Italien und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Zwischen europäischem Credo und nationaler Machtpolitik. Frankfurt am Main 1997. Kurz zusammenfassend: Varsori, Cenerentola. S. 85 f.

<sup>465</sup> Vgl. Ballini, Varsori, L'europeismo degasperiano. S. 76-78.

der Arbeitnehmer. Grundsätzlich blieb die Kritik der Industriellen an einer zu starken, dirigistischen supranationalen Behörde. Dies wurde aber im Laufe des Jahres 51 nicht so stark geäußert. Stattdessen wurde die EGKS mit patriotischen Argumenten bekämpft, wonach die institutionelle Struktur des *Pools* Italien benachteilige.<sup>466</sup>

Der im Frühjahr unterzeichnete Vertragsentwurf der EGKS wurde von den Sozialdemokraten keineswegs uneingeschränkt unterstützt. Davide Cittone äußerte Bedenken für die italienische Wirtschaft, sah aber mit der Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich vor allem politische Gründe für den Vertrag sprechen. Demnach habe man schon ein Jahr zuvor gewarnt, dass der Schumanplan nur unter zwei Bedingungen stattfinden dürfe: „1) *come scopo diretto, non in modo mediato o indiretto dell'integrazione, ci fosse il pieno impiego*; 2) *l'integrazione avvenisse su un piano generale e contemporaneo per tutti i settori e non successivo, settore per settore. In altri termini, chi deve tutelare gli interessi del popolo italiano deve poter valutare se, come e quando, si realizzerà il pieno impiego. L'integrazione europea non può essere fine a se stessa, né può essere realizzata a scapito delle possibilità di lavoro per il nostro popolo.*“ Doch Sforza unterstütze alles, was nur irgendwie europäisch aussehe. Die endgültige Ratifizierung sei in den Parlamenten noch nicht gewiss.<sup>467</sup> Der Föderalist Rolliers beklagte die mangelnde Bereitschaft der Politiker und der *tecnici* aus dem Faschismus für eine europäische Einigung. Zugleich schlug er selbstkritische Töne an, indem er auch den Aktionen der Föderalisten geringe Effektivität bescheinigte. Nun müsse der Föderalismus den Funktionalismus als Methode zu akzeptieren, weil sich aktuell keine Staaten in Europa zu weitreichenderen Lösungen finden ließen. Die Arbeit der „*autorità specializzate*“ müsse begleitet werden und zusammen mit dem Eintreten für die Verfassung Europas zum Erfolg führen.<sup>468</sup>

Der Sozialist Dagnino sah in dem Schumanplan noch immer ein Zeichen für den amerikanischen Kapitalismus, der mit dem deutschen Militarismus gemeinsame Sache mache. Ähnlich wie die Sozialdemokraten warf er Sforza vor, jeden europäischen Einigungsschritt als *un ennesimo proclama pseudo federal-europeistica* zu begrüßen und deswegen die Forderungen Washingtons unterstützen. Die europäische Arbeiterklasse habe aber als einzige Gruppe die eigentlichen Ziele des Planes klar erkannt: die deutsche Aufrüstung und die Stabilisierung der „großen Trusts“ an der Ruhr durch die USA.<sup>469</sup>

Sozialisten aller *Coleur* beklagten die mangelnde Einigkeit der europäischen Sozialisten in Europa. Rodolfo Reventlow verteidigte jedoch die Haltung der SPD mit ihren berechtigten Forderungen. Ferner wies er auf die parteipolitischen Folgen eines Kleineuropas hin, in dem die Sozialisten keine Chance auf eine Mehrheit haben würden. Die den „Pool“ vertretenden Politiker und Regierungen *hanno in comune di professare politicamente il conservatorismo cattolico e liberaleggiante, la cui coesione internazionale è qualche volta più impressionante di quella dei partiti socialisti.*<sup>470</sup> Der gleiche Autor verteidigte zu Beginn des

<sup>466</sup> Petrini, Il liberismo. S. 127-131.

<sup>467</sup> Cittone, Davide: Il piano Schuman e i lavoratori. In *Critica Sociale* vom 1.-16.4.1951. S. 102 f. In: CIRIEC, FRT. Serie articoli e pubblicazioni, 12127.

<sup>468</sup> Rollier, Mario Alberto: Federalismo Europeo. In: *Critica Sociale* vom 1.-16.4.1951. S. 104 f. In: CIRIEC, FRT. Serie articoli e pubblicazioni, 12127.

<sup>469</sup> Dagnino, Virgilio: Il piano Schuman. In: *Avanti* vom 21.3.1951. S. 1.

<sup>470</sup> Reventlow, Rodolfo: I socialisti tedeschi ed il Piano Schuman. In: *Critica Sociale* vom 16.5.51. S. 143-144. Zitat S. 144. In: CIRIEC, FRT. Serie articoli e pubblicazioni, 12127.

Jahres 52 die SPD. Der Vorwurf, uneuropäisch zu sein, sei falsch, denn Europa müsse mit freien Völkern geschaffen werden, und nicht durch „Protektorate oder Semi-Protektorate wie die aktuelle deutsche Bundesrepublik“, die nicht alle Deutschen in ihren Grenzen umfasse. Die wichtige Einigung der europäischen Wirtschaft lasse sich nur durch gegenseitige freiwillige Zugeständnisse schaffen. Es sei nicht klar, ob sich die Hohe Behörde mit ihren schwer kontrollierbaren hierarchischen Strukturen zu einer europäischen Föderation entwickeln werde, in der die Sozialisten endlich die Änderung der wirtschaftlichen Strukturen fordern und durchsetzen könnten.<sup>471</sup>

Die Kritik von links und der Wirtschaft sowie der Misserfolg der in den beiden Jahren zuvor angestoßenen Reformen, wobei vor allem der Versuch der Agrarreform und die Gründung der *Cassa per il Mezzogiorno* herausragten, setzten die Regierung unter Druck. Bei den administrativen Wahlen 51/52 erhielten im Süden die Faschisten und Monarchisten starke Zuwächse. Innenpolitisch reagierte De Gasperi hierauf mit seiner *legge maggioritaria*, das einer Listenverbindung, die mehr als 50% erreichen sollte, 65% der Sitze zusagte. Dieses Gesetz, von der Linken als *legge truffa* stigmatisiert, erinnerte stark an ein Gesetz Mussolinis aus den 20er Jahren und traf auf erbitterten Widerstand der Linken, aber auch bei Teilen der linken Sozialdemokraten,<sup>472</sup> die bereits in der Außenpolitik einen zu starken amerikanischen Einfluss beklagten, der die „*scarsa efficacia degli sforzi per avviare la costituzione di una Federazione o di altra forma di unione europea*“ habe, „*che potrebbe e dovrebbe anche avere il compito di creare una valida difesa dell'autonomia dell'Europa della sua civiltà da una troppo invadente ingerenza americana*“.<sup>473</sup>

Von einem immer größer werdenden Druck auf die westlichen Staaten aber auch auf Jugoslawien und die Staaten des Nahen Ostens durch die USA sprach auch Nenni.<sup>474</sup> Er legte auf dem *Comitato Centrale* im Juni 51 nach indem er internationale Entwicklungen mit Vorgängen in den einzelnen Staaten verband. Die letzten Wahlen zur französischen Nationalversammlung hätten endgültig gezeigt, dass die Anhänger der Dritten Kraft letztlich nur den Konservativen geholfen hätten. Nun sei es an der Zeit, dass die demokratischen Kräfte und besonders die Sozialisten die gaullistische Gefahr ernst nähmen. Sie sollten die den Kampf der PSI als Vorbild nehmen, so wie es vielerorts, wie zum Beispiel bei der Bewegung Bevans in der *Labour Party*, angesichts der aufbrechenden Widersprüche zwischen der Politik der Wiederbewaffnung und den Bemühungen der atlantischen Politik zur Auf-

<sup>471</sup> Reventlow, Rodolfo: L'eupeismo e la socialdemocrazia tedesca. In: *Critica Sociale* vom 1.1.52. S. 369 f. Zitat S. 370. In: CIRIEC, FRT. Serie articoli e pubblicazioni, 12127.

<sup>472</sup> Colarizi, Storia dei partiti. S. 136 ff, S. 145 ff. und S. 166 ff.

<sup>473</sup> Mondolfo, Ugo Guido: Un'eredità pressante e un urgente dovere. In: *Critica Sociale* vom 1.1.1951. S. 1 f. Zitat S. 1. In: CIRIEC, FRT. Serie articoli e pubblicazioni, 12127. Auch Piero Gallardo forderte in der gleichen Ausgabe eine eigenständigere Politik im Rahmen der NATO, ohne diese jedoch in Frage stellen zu wollen. Das Ziel sei *a breve scadenza, di una distensione e di un allontanamento del pericolo di guerra, e a lunga scadenza della creazione di un fatto nuovo in campo internazionale, che valga ad impedire un conflitto, risolvendo le sorti della depressa civiltà europea. Questo fatto nuovo può essere indicato nella costituzione della Federazione europea.* Ebd. S. 6.

<sup>474</sup> *Verbale des Comitato Centrale* vom 31.3. und 1.4.1951. S. 3 sowie S. 5. Trotzig und verteidigungsbereit formulierte Nenni: „*Il fronte dei lavoratori, di cui l'unità d'azione dei socialisti coi [c]omunisti è la base, è intatto e incrollabile.*“ Im Protokoll auf S. 9. ACS, Fondo Nenni. Busta 88, fasc. 2205.

rüstung in Europa geschehe.<sup>475</sup> Die PSI sah die Regierungskoalition keineswegs durch die Bevölkerung legitimiert. Der Vorstand der PSI beschwor in seinen Briefen an die Organisationen im Land eine ausgeprägte *propaganda capillare*.<sup>476</sup> Ein technischer Begriff, der aber auch Programm sein sollte.

Auf die sozialistische „Kampagne für den Frieden“ reagierte die Parteileitung der DC mit ihren üblichen Plakaten. So ließ die SPES im Juli 51 das Plakat mit dem Titel *„L'O.N.U. Restituisce la pace alla Corea“* gegen die *cosiddetta „campagna per la pace“* der *social-comunisti* im Land kleben. Alle Organisationen sollten auf die Aktion der Gegner energisch reagieren, *„utilizzando i quadri murali, provvedendo all'affissione dei nostri quotidiani con un risalto agli articoli che trattano l'argomento, intensificando l'azione capillare, organizzando comizi e riunioni ecc.“*<sup>477</sup> Selbst Gronchi forderte eine härtere Gangart. Für ihn war der Umgang mit dem Kommunismus eine Frage der Verteidigung der Demokratie. Die bisherige antikommunistische Politik sei zu passiv gewesen, wobei dies mit dem *„problema pace, europeismo, incertezza, situaz. politica siciliana, politica verso MSI“* zusammenhänge. Die Außenpolitik benötige eine *politica iniziativa*, die er in einem Antrag für den *Consiglio Nazionale* im Juni/Juli 51 umriss:

„3) – *per la politica estera, nel quadro dell'intesa occidentale ed atlantica, spirito di iniziativa, organicità di azione, tono di vigorosa affermazione del valore nostro apporto al comune sforzo di difesa della libertà e della pace ed alla realizzazione politica dell'unità europea.*“<sup>478</sup>

Der *Consiglio Nazionale* diene vor allem der inneren Diskussion nach dem schlechten Abschneiden bei den administrativen Wahlen und der Rolle der verschiedenen *correnti* der Partei.<sup>479</sup> Bettiol sah die ersten Schritte der Regierung, wie den Atlantikpakt als „Eckpfeiler“ der italienischen Außenpolitik, noch gefährdet. Die Bürokratie sei *inquinata dal fascismo, dal cominformismo e dalla massoneria; troppo poche le isole d.c. nella Magistratura*. Darüber hinaus warnte er vor einer „Atmosphäre in Italien“, des *ritorno al mito nazionalista, una irrazionalità che esclude una chiara visione dell'europeismo. Quindi non dimenticare che la nostra battaglia non può prescindere dai motivi nazionali. Europeisti sì, ma non rinunciatari*.<sup>480</sup> Obwohl Gronchis Kritik an der NATO-Politik De Gasperis gerügt wurde,<sup>481</sup> war ein Ergebnis dieser Kritik die Ablösung Sforzas im Außenministerium durch De Gasperi selbst. Der für seine Wirtschaftspolitik kritisierte Pella verblieb im Kabinett.<sup>482</sup> Dieser blieb bis zum Scheitern der EVG gegenüber aus finanzpolitischen Gründen kritisch, ebenso wie Pacciardi, der den militärischen Sinn der EVG bezweifelte.<sup>483</sup> Die Regierungskrise ließ

<sup>475</sup> Vortrag Nennis auf dem *Comitato Centrale* der PSI vom 23.6.51. ACS, fondo Nenni. Busta 88, fasc. 2205. Protokoll der Rede Nennis. S. 16 f.

<sup>476</sup> Vgl. den *Circolare* der *Direzione* der PSI vom 4.5.51. Archivio Turati, Fondo Direzione PSI. Circolari. Busta 2, Circolari 1951. Abgerufen auf [www.archivionline.senato.it](http://www.archivionline.senato.it) am 22.2.2011.

<sup>477</sup> ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Gonella. Sc. 10. Fasc. 4.

<sup>478</sup> ALS, Fondo Giovanni Gronchi. Sc. 115, fasc. 892. Sottofasc. 4.

<sup>479</sup> Siehe die Protokolle in ALS, Fondo DC. Consiglio nazionale, Sc. 11, Fasc. 23. Sottofasc. 1.

<sup>480</sup> Ebd. Protokoll vom 1.7.51, vormittags. S. 4 f.

<sup>481</sup> Ebd. Protokoll vom 3.7.51, nachmittags. S. 11. Zur Kritik auch an der Außenpolitik siehe die Beiträge Dossettis und Gronchis vom Vormittag des 2.7.51. S.2 und S. 5 f., wobei dies besonders die Reaktionen Bettiols hervorrief.

<sup>482</sup> Formigoni, *l'alleanza occidentale*. S. 394 ff.

<sup>483</sup> Ebd. S. 408.

in den USA Zweifel an der Regierung aufkommen, stärkte aber De Gasperis Position als einzig verlässlichem Partner.<sup>484</sup>

Der *Avanti* blieb seinem Schema treu, indem er einerseits die internen Kämpfe der christdemokratischen *correnti* sowie die Regierungskrise im Sommer 51 freudig zur Kenntnis nahm und gleichzeitig vor dem deutschen Militarismus im Rahmen eines westlichen Blockes warnte.<sup>485</sup> Doch nicht nur die Sozialisten sahen die EVG kritisch, auch Teile des Militärs, der Diplomatie und der Wirtschaft führten vor allem an, dass eine gemeinsame Armee am Ende und nicht am Beginn einer Einigungsbewegung stehen müsse.<sup>486</sup> De Gasperi versprach nach Sforzas Ablösung eine neue, entschiedener Linie in der Außenpolitik, zumal die Beschwerden innerhalb des diplomatischen Korps immer größer wurden. Nun war Italien bereit, weiteren Souveränitätsverzicht zur Kontrolle der Finanzen der EVG zuzulassen, doch erhoffte man sich im Außenministerium noch immer, für den Verlust der amerikanischen Hilfen im Rahmen der NATO wirtschaftliche Zugeständnisse im europäischen Rahmen zu bekommen: So im Bereich der Emigration, der wirtschaftlichen Beschränkungen, der Rohstoffversorgung oder dem Zugang zu kolonialen Märkten. Gegen diese Bedenken setzte De Gasperi vor allem Argumente, die ganz der Hoffnung entsprachen, die europäische Integration als Chance zu begreifen.<sup>487</sup> Auf der Pariser EVG-Konferenz wurde im Herbst nun eine aktivere Rolle eingenommen, zumal die USA den französischen Vorschlag unterstützten.<sup>488</sup>

An der westlichen Orientierung der Sozialdemokraten konnte indes kein Zweifel mehr herrschen. Die NATO war nun sogar für Romita ein Teil des „demokratischen Wiederaufbau Europas“.<sup>489</sup> Dennoch griff er die Regierung und die DC an, deren strikter Antikommunismus den Blick für die wahren wirtschaftlichen Probleme verstelle. Dieser strikte Kurs sei zusammen mit der Wirtschaftspolitik Pellas für die italienische Wirtschaft und die Arbeitslosigkeit verheerend.<sup>490</sup> Stärker als die Regierung griff er jedoch die Kommunisten und die Sozialisten an, die keine demokratische Kraft seien. Innerhalb der Sozialdemokraten, die ab 1952 PSDI hießen, blieb die Diskussion über die Regierungsbeteiligung aktuell.<sup>491</sup> Einig blieb man bei der Forderung nach einem gemeinsamen Europa und der Ablehnung der PSI,

<sup>484</sup> Del Pero, *L'alleato scomodo*. S. 144.

<sup>485</sup> So hieß es auf der Titelseite des *Avanti* vom 3.7.51: „*la sostituzione dei ministri Sforza e Pella chiesta da Dossetti al Consiglio nazionale d.c.*“. Zur Regierungsneubildung siehe die Titelseiten ab dem 17.7.51. Am 12.8.51 hieß die Schlagzeile: „*Il riarmo della Germania occidentale è un attentato alla pace del mondo*“. Siehe hierzu ebenso den Vortrag Nennis auf dem *Comitato Centrale* der PSI Ende Juni, besonders dessen Ausführungen zur internationalen Situation, in: *Avanti* vom 24.6.51, S. 4. Hier den Punkt 6 unter der Überschrift: *La crisi della politica atlantica e la lotta popolare per la pace*.

<sup>486</sup> Lorenzini, De Gasperi. S. 214.

<sup>487</sup> Lorenzini, De Gasperi. S. 215.

<sup>488</sup> Ballini, Varsori, *L'europeismo degasperiano*. S. 81 f.

<sup>489</sup> Romita notierte am 6.7.51: „*Patto Atlantico. Patto di ricostruzione democratica d'Europa*.“ In: Romita, Taccuini politici. S. 475. Ein weiteres Beispiel für die Verurteilung der Außenpolitik der PSI war: Ceronetti, Guido: *Fallimento del pacifismo*. In: *Critica Sociale* vom 16.5.1951. S. 149-150. In: CIRIEC, FRT. Serie articoli e pubblicazioni, 12127. Für Romita stand auch bei der Verteidigung der EVG das Ziel eines geeinten Europa im Vordergrund. Vgl. Fornaro, Federico: *Giuseppe Romita: l'autonomista socialista e la battaglia per la repubblica*. Mailand 1996. S. 217.

<sup>490</sup> Puletti, *Saggio introduttivo*. S. 143-145.

<sup>491</sup> Avverardi, *i socialisti democratici*. S. 147 ff.

die nach Romita außerhalb der „europäischen sozialistischen Familie“ stand.<sup>492</sup> Mal in der Regierung stehend, mal außerhalb der Regierung versuchte die PSDI ihre Vorstellungen einer modernen europäischen Sozialdemokratie durchzusetzen.<sup>493</sup> Saragat führte gar die Mitgliedschaft in der NATO als Argument an, nicht mehr in der Regierung sein zu müssen. Sie sei nun gefestigt.<sup>494</sup>

Tremelloni beschrieb indes im Herbst 51 noch immer die europäische Einigung als geeignete Antwort auf den Niedergang des Kontinents, auf die eigentlich untypische Abhängigkeit Europas von den beiden Supermächten und als Lösung für die europäischen wirtschaftlichen Probleme. Doch vielen Menschen müsse erst klar werden, dass es ein europäisches Problem gebe, nämlich dass Europa trotz seiner guten Voraussetzungen, wie der großen Bevölkerung und dem Besitz afrikanischer Rohstoffe, schwächer als die USA sei. Er fragte rhetorisch: „*Ma allora, da che cosa proviene la differenza nello sviluppo dei due mondi (Europa und die USA; P.B.); da che cosa deriva che si vede la forza economica dell'uno, e quindi la sua forza politica, aumentare senza posa, e che l'altra segna il passo e addirittura declina?*“<sup>495</sup>

Während also Tremelloni die USA als Beispiel und partnerschaftlichen Konkurrenten nannte, strich die DC den Zusammenhang zwischen der geforderten europäischen Einigung und einer atlantischen Politik immer stärker heraus. De Gasperi wurde zunehmend ein entscheidender Protagonist auf der europäischen Bühne, während es in der DC vor allem aufgrund der Finanz- und Wirtschaftspolitik Pellas brodelte. Diesen und die Außenpolitik kritisierte der linke *corrente* der *Cronache Sociali* massiv, der aber seine Bedeutung verlor und sich bald auflösen sollte.<sup>496</sup> De Gasperis Vorstöße im Rahmen der atlantischen Gemeinschaft entsprachen den Integrationsanforderungen der *Dossettiani* und nahmen daher ihren Forderungen Schärfe. Die ständige innerparteiliche Kritik an der Regierungspolitik wurde durch die reine Wiederholung nicht wirkungsmächtiger, sondern der *dossettismo* wurde gar zum geflügelten Wort in der DC.<sup>497</sup> Die DC setzte nun vermehrt ihren Ministerpräsidenten und dessen Außenpolitik in Szene. De Gasperi vermochte mithilfe der Außenpolitik von seinen innerparteilichen und innenpolitischen Problemen abzulenken beziehungsweise eine internationale Lösung für diese Probleme zu erreichen. De Gasperis Interview mit dem *News Chronicle* in London vom 11.8.1951 machte dies deutlich. So halfen gegen die Gefahren der extremen Linken und Rechten zwar die Rüstungsanstrengungen im Rahmen der kollektiven Sicherheit, doch viel wichtiger sei die Realisierung sozialer Gerechtigkeit –

<sup>492</sup> Puletti, Saggio introduttivo. S. 146-150. Ausdruck der inneren Spannungen der PSDI waren die Einträge Romitas in seinem Tagebuch vom 22.-24.1.1952, als die neue Direktion tagte. In: Romita, Taccuini politici. S. 500.

<sup>493</sup> Einschätzung von Simona Colarizi. In: Colarizi, Storia dei partiti. S. 152-154.

<sup>494</sup> Fornaro, Saragat. S. 213.

<sup>495</sup> Tremelloni, Roberto: Fare l'Europa. Critica Sociale 1951, S. 318. CIRIEC, FRT. Serie articoli e pubblicazioni. 12126.

<sup>496</sup> Zu den innerparteilichen Diskussionen im Sommer 1951 und der daraus resultierenden neuen Regierung siehe: Malgeri, L'età del centrismo. S. 124 ff. Zum Ende des *centrismo* und die auseinanderfallenden *correnti* siehe Capperucci, Il partito dei cattolici. S. 451 ff.

<sup>497</sup> Scalfaro schrieb im Sommer 51 an De Gasperi, dass nicht jede Kritik als *dossettismo* abgetan werden dürfe. Wenn aber Kritik mit dem Begriff *dossettismo* diskreditiert werden konnte, dann war es um diesen selbst bereits geschehen. Zitiert bei Malgeri, L'età del centrismo. S. 127 f.

gepaart mit dem Hinweis, dass zwar die Rüstungsanstrengungen weitergehen müssten, Italien aber die Ausgaben alleine nicht tragen könne, da sonst der soziale Frieden gefährdet sei. De Gasperi verwies auf die Reformen, die man in der Landwirtschaft oder im Süden angestoßen habe, wobei er die amerikanischen Hilfen erwähnte. Die europäische Rüstung könne auch Arbeitsplätze, so in den italienischen Werften, schaffen. Niemand in Europa könne seine Probleme alleine lösen, zumal die Probleme letztendlich gemeinsam seien. *„Per evitare la contaminazione dobbiamo unirici per risolvere assieme questi problemi. In altre parole l'unità d'Europa non è più, come forse è stata, soggetto per piacevoli speculazioni. Non è un lusso, ma una necessità urgente.“*<sup>498</sup>

Dies unterstrich er noch einmal auf der Konferenz des Atlantikrates in Ottawa im September. Demnach habe die Aufrüstung eine negative Wirkung auf die öffentliche Meinung, obwohl doch die Verteidigung für den freien Fortschritt notwendig sei. Folglich müsse der Artikel 2 des NATO-Vertrages, also die Bestimmungen über eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, gestärkt werden. Damit könnten die Gefahren eines wieder auflebenden Nationalismus, auch in Deutschland, gebannt werden. Ferner wurde die Lage in Triest angesprochen, die von Links und Rechts ausgenutzt werde. Die Linke profitiere von der Armut, die Rechte wende sich hingegen gegen die Agrarreform.<sup>499</sup> Diesen realpolitischen Überlegungen fügte De Gasperi anlässlich der Verleihung einer Ehrendoktorwürde durch die Universität Ottawa Überlegungen zu moralischen Werten hinzu, die vor allem der jungen Generation vermittelt werden müssten.<sup>500</sup> Die Ergebnisse des Atlantikrates von Ottawa im September 1951 bestätigte die italienischen Forderungen nach einer stärkeren sozio-ökonomischen Ausrichtung der atlantischen Gemeinschaft.<sup>501</sup> De Gasperis Regierung musste hinnehmen, dass nun auch die USA die EVG befürworteten. Daher konnte De Gasperi nun nichts anderes, als die EVG zu unterstützen. Sie allerdings direkt zu einer politischen Gemeinschaft weiter zu entwickeln, war eine geschickte Strategie, die zugleich Vorschläge der europäischen Föderalisten aufgriff. Dafür konnte die Regierung im Gegenzug die Unterstützung bei der Aufnahme in die UNO sowie Erleichterungen bei den Auflagen des Friedensvertrages, eine Lösung des Triestproblems im Rahmen der Dreiparteienerklärung von 1948 und weitergehende finanzielle Hilfen erwarten. Die drei großen und dann die übrigen Staaten stimmten im Laufe des Jahres zu, dass die Beschränkungen der italienischen Souveränität maßgeblich aufgehoben wurden. Italien wurde erheblich aufgerüstet.<sup>502</sup>

Dieser augenscheinliche Erfolg wurde anlässlich seiner USA-Reise im Oktober 1951 durch landesweite Veranstaltungen von der DC illustriert. Der *Popolo* titelte: *„Pace: impe-*

<sup>498</sup> De Gasperi, *La stabilizzazione della Repubblica*. 4/3. S.2333-22340. Zitat S. 2336.

<sup>499</sup> De Gasperi, *la stabilizzazione della Repubblica*. 4/3. *Appunti* vom 15.9. S. 2348 f. Rede De Gasperis auf dem Atlantikrat: Ebd. S. 2354-2368.

<sup>500</sup> De Gasperi, *la stabilizzazione della Repubblica*. 4/3. S. 2351-2353.

<sup>501</sup> Lorenzini, *introduzione*. S. 2157. Vgl. ebenso Varsori, *Cenerentola*. S. 96 f.

<sup>502</sup> Lorenzini, *introduzione*. S. 2158. Die Sicherung der Dreiparteienerklärung für eine anschließende Lösung war eine der zentralen Ziele im Jahr 1951. Siehe den Brief De Gasperis an den italienischen Botschafter in London vom 13.8.51, das Telegramm vom 27.8.51 und die Aufzeichnungen vom 3.9.1951. In: De Gasperi, *la stabilizzazione della Repubblica*. 4/3. S. 2340-2343. In einem Brief an Sforza vom 6.7.51 machte De Gasperi deutlich, dass der Friedensvertrag natürlich auch aus militärischen Gründen revidiert werden sollte, dies aber keineswegs als Motivation erscheinen sollte. Ebd. S. 2333. Zur Interpretation siehe Varsori, *Cenerentola*. S. 98 f.



*rativo morale degli uomini liberi*“.<sup>503</sup> Vor allem der politische Sekretär der DC, Gonella, führte die moralischen Grundlagen einer italienischen Außen- und auch Innenpolitik aus, die sich ganz aus dem Christentum heraus ergeben müsse. Dieses alleine garantiere den Ausgleich zwischen der Gesellschaft und dem Individuum. Trotz materieller Gefahr werde Europas Geist nicht untergehen, denn: „*Noi italiani, cristiani, europei: questi sono i tre elementi fondamentali della nostra personalità morale nella storia e nel mondo di oggi: noi, con il culto di questa civiltà che è la parte più preziosa della Patria, noi baseremo la nostra politica sopra un solo presupposto politico che avrà un solo fine: la pace.*“<sup>504</sup> Aus jenen religiösen Grundlagen schlossen die Christdemokraten auf einen *spirito direttivo* der DC, da ein moralisch gefestigtes Europa innerhalb des Atlantikpakttes geschaffen werden müsse.<sup>505</sup> Ähnlich wie die DC immer wieder das Christentum und das von ihm inspirierte gemeinsame Europa als *balluardo della pace* bezeichneten, schrieben sich die Sozialisten und speziell ihren eigenen Vereinigungen den Begriff *balluardo* ebenfalls zu.<sup>506</sup>

Der September und der Oktober 1951 stellten entscheidende Etappen für das europapolitische Engagement De Gasperis dar.<sup>507</sup> Für die EVG brachte die Konferenz von Ottawa auch die Zustimmung Großbritanniens. Nun ergriff De Gasperi die Chance, die sich aus den neuen Beschlüssen ergab und nominierte mit Ivan Matteo Lombardo einen sozialdemokratischen Föderalisten zum Delegationschef zu den Verhandlungen der EVG. Zusammen mit Taviani legte dieser ein Memorandum vor, das festhielt: „*il Governo italiano considera la comunità europea di difesa come solo mezzo di protezione della nostra civiltà e come mezzo per pervenire alle Federazione Europea.*“<sup>508</sup> De Gasperi entschied nach ablehnenden Stellungnahmen aus Paris und Brüssel, selbst nach Straßburg zur Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarates zu reisen, um dort die Lösung vorzuschlagen, die später im Artikel 38 des EVG-Vertrages ihren Niederschlag finden sollte. Europa durfte nach den Worten De Gasperis keine überflüssige Struktur werden, sondern eine eigenständige Ebene werden, die sich auf zwei Pfeilern stützen müsse: auf einer allgemein gewählten Versammlung einerseits und einem gemeinsamen Haushalt, der sich teilweise aus einer eigenen Besteuerung speisen müsse. Gegen Kritik aus den eigenen Reihen, wonach man Europa doch

<sup>503</sup> Pace: imperativo morale degli uomini liberi. Il Popolo vom 16.10.1951. S. 1 und S. 10.

<sup>504</sup> Der Text der Rede findet sich: ebd. S. 8.

<sup>505</sup> So De Gasperi auf einem *Consiglio nazionale* der DC im Oktober 51. ALS, Fondo DC. Consiglio nazionale, Sc. 13, Fasc. 24. Sottofasc. 1. Protokoll vom 8.10.51 nachmittags. S. 14 f.

<sup>506</sup> Siehe hierzu die Artikel „*Nenni apre i lavori del consiglio mondiale additando la via per la difesa della pace*“, „*La goventù socialista in prima linea nel baluardo operaio che difende la pace*“ und „*Tutto il partito mobilitato contro la minaccia di guerra*“ auf den Titelseiten des Avanti jeweils vom 22.2.51, 24.4.50 und dem 9.7.50.

<sup>507</sup> Vgl. Canavero, La Ced. S. 330 ff.

<sup>508</sup> Lorenzini, De Gasperi. S. 216 f. Zitat S. 217. Preda weist darauf hin, dass zuvor Spinelli ebenfalls einen solchen Entwurf vorgelegt habe. Ob sich De Gasperi hiervon inspirieren ließ, bleibt unklar. Siehe das Memorandum vom 13.10.1951. De Gasperi, la stabilizzazione della Repubblica. 4/3. S. 2447-2451. Siehe ebenso Graglia, Piero S.: Altiero Spinelli tra atlantismo e Terza Forza: De Gasperi, Eisenhower, Nenni (1948-1969), in: Craveri, Piero und Quagliariello, Gaetano (Hg.): Atlantismo ed europeismo. Soveria Mannelli 2003. S. 293-330. Hier: S. 307 ff. Er betont stärker, dass nicht Spinelli selbst, sondern die Föderalisten allgemein über Lombardo und Taviani den Einfluss der Föderalisten ausgemacht hätten. De Gasperi selbst ist offensichtlich kaum mit Spinelli in Kontakt getreten. Den Einfluss von Spinelli auf De Gasperi stärker einschätzend Pistone, Federalisti Europei. S. 88 ff.

nicht durch eine gemeinsame Armee beginnen dürfe, vorgetragen vor allem von Malvestiti, Pella und Piccioni,<sup>509</sup> entgegnete De Gasperi, dass die einmalige Gelegenheit genutzt werden müsse. Europa müsse geradezu ein intrinsisches Ziel bleiben und eine akzeptierte Struktur haben, denn sonst könnten zukünftige Generationen erneut der alten innereuropäischen Versuchung des Revanchedenkens und des Nationalismus verfallen. Somit könnten die beiden oben genannten Pfeiler sowohl die Sicherheit im Rahmen der NATO sicherstellen als auch der Kern für ein föderales Europa sein. Sowohl von Seiten der amerikanischen Administration als auch von Seiten der europäischen Partner kamen schon auf Sitzungen im Dezember 1951 positive Rückmeldungen.<sup>510</sup> Mit dieser europäischen Lösung bekämpfte De Gasperi sowohl Ängste vor einer zu starken finanziellen Belastung als auch einer zu marginalen Rolle Italiens innerhalb der EVG, die von Seiten der Opposition, aber auch von der Diplomatie beschworen wurden. Hinzu kam die Generalkritik, dass die zu schaffende Armee kontrolliert werden müsse.<sup>511</sup> Die Debatte über die europäische Armee überdeckte längst die Kritik der Industriellen an der EGKS, dem im zuständigen Ministerium eifrig widersprochen wurde.<sup>512</sup>

Die Sitzung der sechs betroffenen Regierungschefs Anfang Dezember 51 brachte eine weitere Beschleunigung. De Gasperi argumentierte vor allem mit einer demokratischen Kontrolle auf europäischer Ebene.<sup>513</sup> Nachdem das italienische Kabinett De Gasperis Vorstellungen am 17.12. zugestimmt hatte, folgten vom 27. bis 30. Dezember Verhandlungen im Rahmen der sechs Teilnehmerstaaten. Hier betonte er erneut, dass die "militärische Verteidigung" nicht ein *fine a se stessa* sein könne, sondern den "*sviluppo pacifico e libero dei popoli democratici*" garantieren müsse.<sup>514</sup> Schnell war man sich einig, dass die EVG einer politischen Begleitung mit einem gemeinsamen Haushalt, einem exekutiven Organ, einer parlamentarischen Versammlung und einem Ministerrat bedürfe. Das Abschlusskommuniqué sprach von der EVG als weiteren Schritt hin zu einem geeinten Europa, wobei der zu schaffenden parlamentarischen Versammlung der EGKS der Auftrag erteilt wurde, eine föderale oder konföderale Struktur für die politische Gemeinschaft zu finden. Auf der folgenden Tagung Ende Januar 1952 in Paris wurde die Grundstruktur des Exekutivorgans festgelegt, dem dann auf der Konferenz in Lissabon die Einbindung der EVG in die NATO

<sup>509</sup> Formigoni, *l'alleanza occidentale*. S. 401.

<sup>510</sup> Lorenzini, De Gasperi. S. 218 f. Zitat S. 219 f. Ausdruck fand die Forderung im späteren Artikel 38 des EVG-Vertrages, der die Schaffung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft mittels einer verfassungsgebenden Versammlung vorsah. Die Rede ist unter anderem abgedruckt in De Gasperi, *la stabilizzazione della Repubblica*. 4/3. S. 2470-2474. Zitat S. 2473 f. Die original französische Version: Ebd. S. 2474-2477. De Gasperis Insistieren auf eine politische Ebene wird auch in dessen Ausführungen vor den Außenministern zur Verhandlung der EVG am 11.12.51 deutlich. Ballini, Varsori, *l'Italia e l'Europa*, 1. S. 150-159.

<sup>511</sup> Vgl. Ballini, Varsori, *L'europeismo degasperiano*. S. 82 f.

<sup>512</sup> Brief des Generaldirektors Urciuoli an den Minister des Industrieministeriums, Campilli, vom 24.11.51. In: Ballini, Varsori, *l'Italia e l'Europa*, 1. S. 143-149. Hier S. 143-147. Zur Stahlindustrie im Herbst/Winter 1950. Ebd. Dokumente Nr. 26, 28, 30.

<sup>513</sup> De Gasperi, *la stabilizzazione della Repubblica*. 4/3. S. 2477-2483

<sup>514</sup> De Gasperi, *la stabilizzazione della Repubblica*. 4/3. S. 2485 f. Zitat: S. 2485. Zu den Verhandlungen Anfang Dezember: Ebd. S. 2477 ff.

folgte. Grundlage war, der Einbezug Deutschlands alleine in die EVG.<sup>515</sup> Zweitens wurde vereinbart, dass ein Angriff auf die eine Organisation eindeutig als Angriff auf die andere aufgefasst würde.<sup>516</sup> Die DC verkaufte dies nicht als verteidigungspolitischen Schritt, sondern als Etappe hin zu einem einigen Europa. So titelte der *Popolo: L'anno nuovo vedrà l'Europa unita al servizio della libertà e della democrazia*.<sup>517</sup> Der föderale Charakter in der Präambel und präzise Aufgaben in den Vertrag garantierten den Übergang in eine "präföderale Phase". Die Resultate seien klar: „1) i popoli sono pronti a sacrifici della propria sovranità nazionale, purché ciò sia a favore di una effettiva unificazione europea; 2) che una vera unità organica dell'esercito non è possibile senza una graduale unità politica, la quale a sua volta può resistere soltanto se è contemporanea ad un processo di unificazione economica.“<sup>518</sup>

Ein geeintes Europa war Konsens in der DC, zumal sich die *Cronache Sociali* auflöste und ihr Nachfolger, die *Iniziativa Democratica*, in ihrer Wortwahl weniger kritisch war, in der Folge aber die DC taktisch klug dominieren konnte.<sup>519</sup> Der neue *corrente* wurde nicht zuletzt durch Anhänger De Gasperis, wie Taviani und Rumor, geprägt.<sup>520</sup> In ihren Ausgaben vom Jahreswechsel 51/52 lobte der neue *corrente* die USA, die endlich den Plevenplan als geeignete Initiative Europas angenommen hätten. Dieser Vorschlag sei der einzige mögliche Weg, das Problem zu lösen, dass niemand eine unabhängige deutsche Wiederbewaffnung und gleichzeitig die westlichen Staaten Deutschland in die Verteidigungsbemühungen einbeziehen wollten. Darüber hinaus sei der Plan auch als geeigneter Schritt hin zur europäischen Föderation zu werten. Nun sei es an der Zeit, den Vertrag umzusetzen, denn sonst drohe der Vertrag unter dem Druck der Sozialdemokraten in Deutschland sowie der französischen Sozialisten und Gaullisten zu scheitern.<sup>521</sup>

Leopoldo Ella legte angesichts der Reden Schumans, Adenauers, Van Zeelands und natürlich De Gasperis vom 10.12.1951 ein offenes Bekenntnis zum Föderalismus in der *Iniziativa Democratica* ab. Angesichts von Mehrheitsproblemen in der Beratenden Versammlung des Europarates bedürfe es aber auch der „*convinzione e dalla volontà dei popoli maturati alla idea federalista*.“<sup>522</sup> Die *Iniziativa Democratica* war außenpolitisch der atlantischen Partnerschaft gegenüber treu und formulierte die europäische Integration als Hoffnung und Mittel zugleich. Wirtschaftspolitisch unterschieden sie sich, vor allem vertreten durch Fanfani, Vanoni und Campilli, insbesondere von Malvestiti und Pella, indem sie

<sup>515</sup> Bereits am 29.10.51 machte De Gasperi gegenüber der italienischen Vertretung beim Atlantikrat in London deutlich, dass eine deutsche Vereinigung nur nach einer fortgeschrittenen europäischen und euroatlantischen Integration sowie nach einer weiteren Stärkung der demokratischen Institutionen möglich sei. In: De Gasperi, *la stabilizzazione della Repubblica*. 4/3. S. 2453 f.

<sup>516</sup> Lorenzini, *introduzione*. S. 2160.

<sup>517</sup> Abgedruckt in De Gasperi, *la stabilizzazione della Repubblica*. 4/3. S. 2486-2489

<sup>518</sup> Ebd. S. 2488.

<sup>519</sup> Zu der *Iniziativa Democratica* siehe: Malgeri, *L'età del centrismo*. S. 134 ff.

<sup>520</sup> Ebd. S. 136. Siehe ebenso Formigoni, *l'alleanza occidentale*. S. 402 f.

<sup>521</sup> F.C.: Eisenhower e il Piano Pleven. In: *Iniziativa Democratica* vom 16.12.51. S. 2. Weitere Kritik an den deutschen Sozialdemokraten und an den französischen Sozialisten findet sich in dem Artikel: *I socialismi e l'Europa*. In: *Iniziativa Democratica* vom 13.1.52. S. 2. Zur Kritik an der innteritalienischen Rechten siehe: Ardigò, Achille: *Il pericolo a destra*. In: *Iniziativa Democratica* vom 17.2.1952. S. 1 f.

<sup>522</sup> Ella, Leopoldo: *Nebbia e sole a Strasburgo*. In: *Iniziativa Democratica* vom 23.12.1951. S. 2.

gegen deren geldpolitische Ausrichtung verstärkt auf fiskalische Interventionen setzte.<sup>523</sup> Dennoch erholte sich die italienische Wirtschaft auch dank ihrer Exporte weiter. Sie übertrafen die Importe bei weitem und innerhalb der EPU drohte, dass Italiens Dollaransprüche nicht ausgezahlt, sondern einbehalten werden sollten.<sup>524</sup> Innenpolitisch gingen die DC, die anderen Regierungsparteien und die Föderalisten eine Symbiose ein. Sie profitierten von den gemeinsamen Aktionen und Veranstaltungen.<sup>525</sup>

Mit seinen Vorschlägen bekam De Gasperi innenpolitisch das Heft des Handelns in die Hand, denn die Europapolitik war nicht zuletzt auch im Sinne katholischer Kritiker von rechts, wie der *Azione Cattolica*, die eine noch forciertere Verteidigungspolitik wünschte und die De Gasperi drängten, stärker Position gegen den Kommunismus zu beziehen.<sup>526</sup> Nicht zuletzt die Exkommunikation von Kommunisten und deren Sympathisanten brachte De Gasperi in eine gefährliche Lage, wollte dieser doch einen gewissen Abstand zum Vatikan halten.<sup>527</sup> Innenpolitisch korrespondierte dies mit der gescheiterten Aktion der *Operazione Sturzo*, die Ausdruck der einsetzenden Entfremdung der konservativen Kräfte von der Regierung De Gasperi durch dessen Reformpolitik war.<sup>528</sup> Der Wahlkampf der DC zu den *elezioni amministrative* richtete sich vor allem gegen die Kommunisten. Gleichzeitig wurden Slogans verwandt, die sowohl regionalen als auch nationalen Bezug aufwiesen, in dem zum Beispiel postuliert wurde, dass wer für die DC stimme, stimme automatisch für Italien.<sup>529</sup> Gonella stellte dabei eine einfache Gleichung auf. Demnach waren nur die christdemokratischen Parteien in der Lage, Nationalismus und internationale Kooperation vernünftig zu verbinden, wie an Westeuropa klar werde. Nur ein christlich fundierter Nationalismus könne ein Umschlagen in den Imperialismus verhindern. Die Christdemokraten waren demnach die einzigen Garanten gegen die Extreme von links und rechts, wobei letztere nur *pallide ombre del passato sepolto* seien *che cercano di ripetere ai giovani l'inganno di ieri*. Es gelte diese junge Generation zu retten. „*Così il nazionalismo cristiano della Democrazia cristiana salverà la Patria*“.<sup>530</sup> Trotz der Zuspitzung verlor die DC bei den administrativen Wahlen im Mai 1952. Gleichzeitig fanden die Verhandlungen zum Plevan-Plan am 27.5.52 ihr Ende. Auch sie stellten De Gasperi nicht zufrieden, verhinderte doch der Kompromiss eine weitergehende Kooperation im wirtschaftlichen, sozialen und fiskalischen Bereich.<sup>531</sup>

<sup>523</sup> Malgeri, *L'età del centrismo*. S. 138.

<sup>524</sup> Siehe die Briefe des zuständigen Ministers Campilli und dessen leitenden Beamten Costa an De Gasperi im Oktober 1951. In: ACS, Consiglio dei Ministri, segreteria particolare del Presidente del Consiglio dei Ministri Alcide De Gasperi. Busta 21, fasc. 123.

<sup>525</sup> Siehe zum Beispiel die ausführliche Berichterstattung und den Abdruck der Rede Gonellas auf dem Kongress der Föderalisten in Rom im *Il Popolo* vom 22.1.1952. S. 1 und 4.

<sup>526</sup> Siehe hierzu: Malgeri, *L'età del centrismo*. S. 141-146. Sani, *La Civiltà Cattolica*. S. 101 ff. Einmal mehr zur *Azione Cattolica*: Piva, Francesco: "La gioventù cattolica in cammino..." *Memoria e storia del gruppo dirigente (1946-1954)*. Mailand 2003.

<sup>527</sup> Di Nolfo, *La Repubblica*. S. 377 ff.

<sup>528</sup> Malgeri, *L'età del centrismo*. S. 147 ff. Di Nolfo, *La Repubblica*. S. 377 ff. sowie S. 390 ff. Ebenso Sani, *La Civiltà Cattolica*. S. 108 ff.

<sup>529</sup> Siehe die entsprechenden Plakate von 1952 in der Sammlung auf [www.archivide.it](http://www.archivide.it).

<sup>530</sup> Gonella, Guido: *Partito nazionale*. In: *Il Popolo* vom 4.3.1952. S. 1.

<sup>531</sup> Lorenzini, *De Gasperi*. S. 221.

Doch nicht nur in der DC war die Parole Europa eine überzeugende Lösung – sie fand auch bei den Sozialdemokraten Anklang. Sie feierte im Dezember 51 die Bemühungen De Gasperis als „*L'azione dell'Italia per l'unione europea*“,<sup>532</sup> feierte ihn geradezu als Heilsbringer der europäischen Einigung und kritisierte einmal mehr das nun konservativ regierte Großbritannien für dessen Europapolitik.<sup>533</sup> Am 16.12.51 waren gar ein Kommentar zum *EUROPA FEDERATA* sowie zwei Artikel zur Notwendigkeit eines europäischen Marktes und zur britischen Zurückhaltung zu lesen.<sup>534</sup> Auf dem sozialdemokratischen Kongress vom Januar 1952 zitierte insbesondere Romita aus einer Resolution der MSEUE zur europäischen Einigung.<sup>535</sup> Die MSEUE unterstützte die EVG und in den kommenden Monaten die Verhandlungen über eine politische Union.<sup>536</sup> Mit der endgültigen Vereinigung der PSU und PSLI zur PSDI war auch das Problem gelöst, welche Partei die italienische Sozialdemokratie in der COMISCO und der neu gegründeten Internationalen vertreten sollte. Deren Resolution wurde in der *La Giustizia* vom 19.12.1951 abgedruckt und sprach von der eindeutigen Gefahr, die durch den Osten ausgehe und gegen die sich das gesamte „freie Europa“ wehren müssen. Dafür befürworte man eine europäische Armee, *veramente europeo*, wies jedoch zugleich darauf hin, dass die Wirtschaft bald wieder vor allem friedlichen Zwecken dienen müsse.<sup>537</sup>

Dies war Wasser auf den Mühlen der Sozialisten, die die Sozialdemokratie mehrmals am Scheideweg sah, ihr aber stets vorwarf, sich eindeutig für den Westen, den Kapitalismus, für den Imperialismus, für den *bellicismo atlantico* entschieden zu haben. Mit ihrem Verrat war sie das Feigenblatt der westeuropäischen Regime und bemerkte nicht einmal mehr, dass sie mit ihrer Haltung die Sozialisten in Spanien und Deutschland gegen Franco und Adenauer schwächen würden. Einzig die Wiedervereinigung mit der PSI könne der Arbeiterklasse nutzen. Dann werde der Klerikalismus bekämpft und die „christdemokratische Internationale“ enttarnt, die mit der „Fahne des europäischen Föderalismus“ die deutsche Wiederbewaffnung, die Hilfen für Franco und die Unterwerfung unter die USA zu verschleiern versuche<sup>538</sup>

Die Sozialisten blieben 1952 bei ihrer strikt ablehnenden Haltung. Von nun an verstärkten sie ihr Argument, wonach die EVG Deutschland zu stark aufrüste und somit den alten Kriegstreibern in Europa zur neuer, durch die EGKS sogar noch stärkerer Macht in Europa ver helfe. Daneben durften Hinweise wie die Unterwerfung nationaler Interessen unter die politischen Interessen der USA und die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Frankreichs nicht fehlen. Für Letzteres wurden gar Schumachers Aussagen oder die Position *Labours* als Gewähr herangezogen.<sup>539</sup> Die reaktionäre Ausrichtung Deutschlands wurde

<sup>532</sup> *La Giustizia* vom 8.12.1951. „*L'azione dell'Italia per l'unione europea*“. S. 1.

<sup>533</sup> *La Giustizia* vom 11.12.1951 S. 1. Der Artikel zur Rede De Gasperis war überschrieben mit „L'Europa si salverà se sarà unita“. Ebd. auch: „L'europeismo di Adenauer messo a dura prova a Londra“.

<sup>534</sup> *La Giustizia* vom 16.12.1951. S. 1. Hier: Vacirca, Vincenzo: *EUROPA FEDERATA*. Ebenso „L'Europa deve essere un unico grande mercato“ sowie „Equivoco atteggiamento del Governo inglese per l'unità europea“.

<sup>535</sup> Romita, Taccuini politici. S. 491 f.

<sup>536</sup> Zagari, *socialismo italiano*.

<sup>537</sup> Artikel „*L'azione per la pace*“. In: *La Giustizia* vom 19.12.51. S. 1.

<sup>538</sup> Nenni, Pietro: *Socialdemocratici al bivio*. *Avanti* vom 6.1.1952. S. 1.

<sup>539</sup> So Foa, Vittorio: *Il piano Schuman*. In: *Avanti* vom 24.1.1952. S. 1.

mit Überschriften wie „*Tito, Franco ed Adenauer*“ suggeriert.<sup>540</sup> Der Kontakt der PSI zur Internationalen war mit dem Jahr 1949 abgebrochen. Die inkohärente Politik gegenüber den europäischen Einigungsbemühungen der EGKS und der EVG in der Internationalen wurden indessen genutzt, um Saragat und die PSDI anzugreifen. Die PSI stellte die Forderung, selbst entscheiden zu dürfen, wie man sich gegenüber der PCI und der Sowjetunion verhalte und wie eine eigene mögliche Neutralität auszusehen habe.<sup>541</sup>

Die sozialistische Kritik an der Europapolitik verband sich ohne weiteres mit der innenpolitischen Warnung vor einer klerikalen Politik, die von der den USA benutzt werde.<sup>542</sup> Natürlich stützte sich die DC auf das katholische Milieu und profitierte von dessen Mobilisierungspotenzial, obwohl sich De Gasperi vom Vatikan zu emanzipieren versuchte.<sup>543</sup> Die PSI aber verortete die DC in das unmittelbare Umfeld des Vatikans, der jede Demokratie unterdrückte, um seine reaktionäre Politik zu schützen. Äußerungen von Jesuiten und der *Azione Cattolica* wurden auf die gesamte Kirche und schlussendlich auf die DC übertragen.<sup>544</sup> Ein übliches politisches Argument, das von allen Parteien benutzt wurde. Natürlich ließen sich Zitate von den Extremen des politischen Gegners besonders gut und zur Diskreditierung des gesamten Gegners gebrauchen. Gleichzeitig forderte die Linke die Umsetzung der Verfassung, womit die Akzeptanz eines nicht verfassungskonformen Vertrages durch die Regierung nach Meinung der PSI deren Politik richtig charakterisierte.

Es war jenes konservative Europa, gegen das Romita auch die neue Partei der PSDI gewendet sehen wollte. Die Partei sollte Korrektiv gegen PSI und DC sein. Gegen Letztere gewendet müsse man eine Politik des einfachen Antikommunismus verhindern. Statt einer Außenpolitik *volutamente o inconsciamente aggressiva* mit einer *politica europeistica infelice quale sarebbe quella di una 'Santa Alleanza' solo democristiana* müsse eine *politica veramente capace di garantire giustizia sociale, pace ed indipendenza all'Europa* geschaffen werden. Ohne die PSDI bestehe die Gefahr *ad una altrettanto gretta e meschina politica estera, di alleanze militari senza contenuto sociale e perciò instabile a seconda dei contingenti interessi degli alleati*.

<sup>540</sup> Pigro, G. M.: Tito, Franco ed Adenauer. In: Avanti vom 29.4.1950. S. 1. Nenni, Pietro: Che politica è mai questa? Avanti vom 15.7.1951. S. 1. Zur Einschätzung des finanziellen Engagements der USA: Dagnino, Virgillio: "Aiuti" americani. Avanti vom 14.8.1951. S. 1, sowie Vecchietti, Tullio: Quale pace vuole l'America? Avanti vom 26.8.1951. S. 1.

<sup>541</sup> Colarizi, Simona: I socialisti italiani e l'internazionale socialista: 1947-1958", in: Mondo Contemporaneo. 2 (2005). S. 5-66. Hier S. 21 f.

<sup>542</sup> Siehe hierzu folgende Artikel des *Avanti*: Foa, Vittorio: Vecchio e nuovo feudalismo. In: Avanti vom 24.6.1950. S. 1. Bezüglich der Besetzung des Obersten Gerichtshofes und die Kritik der Liberalen an der Regierung aufgreifend: Nenni, Pietro: L'anticamera del totalitarismo. Im Avanti vom 25.3.51. S. 1.

<sup>543</sup> Zum Einwirken des Katholizismus auf die von der DC betriebene Außenpolitik siehe auch Burgess, Politischer Katholizismus. Burgess betont ebenfalls, dass der Katholizismus nicht die entscheidende Rolle in der Außenpolitik der DC gespielt hat. Zu Versuchen der *Civiltà Cattolica*, der Zeitschrift der Jesuiten, auf die Politik der DC einzuwirken: Sani, La Civiltà Cattolica. Als zentrale Personen treten hier Riccardo Lombardi und Pater Antonio Messineo auf. Zum Einwirken des Vatikans: Meneguzzi Rostagni, Carla: "Il Vaticano e la costruzione europea (1948-1957)", in: di Nolfo, Ennio (Hg.): L'Italia e la politica di potenza in Europa: (1950-60). Mailand 1992. S. 143-172.

<sup>544</sup> Siehe als Beispiel für das Zusammenspiel unterschiedlicher Vorstellungen die Titelseite des Avanti vom 30.3.1950. Hier die Artikel "Alla camera le sinistre si battono per sollevare gli statali dalla miseria", „Il mondo clericale soffia sul fuoco dell'antidemocrazia" sowie "Fallita la manovra di De Gasperi per eliminare l'opposizione dei dossettiani".

Der Sozialismus könne als große politische Kraft in Europa und Italien einer europäischen Einigungspolitik jenen *vasto respiro di pace e di democrazia sociale* verleihen, der dem Kapitalismus noch nie gelungen sei.<sup>545</sup> Ein richtiges Europa war also nur mit einem sozialistischen Korrektiv möglich, zumal auch Tremelloni nicht aufhörte, wirtschaftliche Gründe für eine europäische Einigung immer wieder aufzuzählen.<sup>546</sup>

Ein „richtiges Europa“ war also für die Sozialdemokraten ein Mittel gegen links und rechts. Tremellonis wirtschaftliche Überlegungen waren von der Argumentation der Christdemokraten im Senat gegen die Bedenken der Wirtschaft gar nicht so weit entfernt. Merzagora führte für die DC als Hauptargument einen Fortschritt an, dem man sich stellen müsse. Der Protektionismus müsse endgültig überwunden werden, denn die Welt könne „nicht stehen bleiben“, wie ein Fraktionskollege bemerkte.<sup>547</sup> Die Industrie war mit ihrer stillen oppositionellen Haltung gescheitert und änderte im Jahr 1952 zunehmend ihre Meinung. Sie fand sich nun mit der zu gründenden EGKS ab.<sup>548</sup>

De Gasperi versuchte, die außenpolitische Situation für eine Lösung der Triestfrage im Frühjahr 1952 zu nutzen, doch gelang ihm dies angesichts britischen Zögerns nicht. Gleichzeitig war es der britische Außenminister Eden, der im März vorschlug, die europäischen Organisationen unter dem Dach des Europarates zusammenzufassen. De Gasperi erkannte schnell, dass hiermit sein Vorschlag der Europäischen Politischen Gemeinschaft in Frage gestellt und Italien in den Organisationen kaum noch Einfluss haben würde, wie er vor dem Ministerrat des Europarates am 17.5.52 deutlich machte.<sup>549</sup> De Gasperi rettete im Sommer 1952 sein Projekt, indem die Kompetenzen der zu schaffenden Versammlung der EVG einfach auf die Beratende Versammlung der EGKS übertragen und somit die Beratungen beschleunigt wurden. Da die politische Gemeinschaft alleine von der EVG abhing, drängte er vor allem auf die Lösung der Saarfrage.<sup>550</sup> Damit wurden mehrere Fliegen auf einmal geschlagen: Die Beschleunigung wandte sich gegen den Eden-Plan, entsprach den Forderungen der Föderalisten und überbrückte die schwierige Phase der Ratifikation durch die einzelnen Parlamente, wie De Gasperi auf einer Pressekonferenz am 26.7. ausführte.<sup>551</sup> Die Kommunisten und Sozialisten mobilisierten jedoch bereits ihre Anhänger mit einer Kampagne gegen die EVG. De Gasperi aber legte noch vor den Wahlen das Projekt der EVG dem Parlament vor, doch wurde dieses nicht mehr abschließend beraten. Die Wahlniederlage nach dem Wahlgesetz („*legge truffa*“) und das Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung setzten den europäischen Projekten De Gasperis, die er bis zuletzt verteidigte, ein Ende.<sup>552</sup>

<sup>545</sup> Romita, Giuseppe: Un piccolo grande Partito. In: Critica Sociale vom 1.-16.1.1952. S. 366. CIRIEC, FRT. Serie articoli e pubblicazioni, 12127.

<sup>546</sup> Tremelloni, Roberto: Anno difficile. S. 3-7. In: CIRIEC, FRT. Serie articoli e pubblicazioni. 12126. Abgedruckt in der Critica Sociale vom 1.1.1952. In: CIRIEC, FRT. Serie articoli e pubblicazioni, 12127.

<sup>547</sup> Vgl. Petrini, Il liberismo. S. 150.

<sup>548</sup> Petrini, Il liberismo. S. 153 f.

<sup>549</sup> Lorenzini, introduzione. S. 2162. Rede in De Gasperi, la stabilizzazione della Repubblica. S. 2512-2514.

<sup>550</sup> Lorenzini, introduzione. S. 2162 f.

<sup>551</sup> De Gasperi, la stabilizzazione della Repubblica. S. 2531-2552. Besonderes Interesse verdienen die Ausführungen De Gasperis über die Verhandlungen bezüglich der Sitze der unterschiedlichen Organe. Sie zeigen deutlich, wie die einzelnen Verhandlungsteilnehmer auf das Wohl ihrer Staaten aus waren. S. 2536 ff.

<sup>552</sup> Vgl. Ballini, Varsori, L'europesmo degasperiano. S. 85 ff.

Die PSI erklärte gegenüber der EVG, vor allem innerhalb der *Partigiani della Pace*, ihre Ablehnung und schloss sich insbesondere der Forderung der Sowjetunion an, wonach Deutschland außerhalb der Blöcke bleiben sollte. Italien sollte zusammen mit den europäischen Staaten eine eigene, vermittelnde Rolle in der Welt spielen und für Entspannung sorgen.<sup>553</sup> Dies blieb die Konfrontationslinie der Europapolitik bis zum Scheitern der EVG im Jahr 1954, dem auch die Richtungsgewerkschaften folgten.<sup>554</sup> Erst ab 1955 sollte sich das europapolitische Konkurrenzverhältnis zwischen den Parteien ändern.

### III. 3 Vergleich der Debatten 50/51

#### Europa als Teil von Polarisierung und Homogenisierung

Der Vergleich der Konkurrenzsituation in den beiden Ländern setzt die Befunde des ersten thematischen Kapitels fort. Durch die innenpolitische Situation verlief die Diskussion um Europa in Italien weitaus kontroverser als in der Bundesrepublik. Gleichzeitig nahmen Diskussion und Bedeutung des Begriffs Europas in der neu gegründeten Bundesrepublik an Fahrt auf.

In Italien setzte sich die Konfliktlinie, die sich in der Außenpolitik zwischen der PSI und der DC klar konturiert hatte, in den Diskussionen über die neuen europäischen Gemeinschaftsprojekte fort. Montanunion und EVG wurden mit den klassischen Mustern, die sich bereits Ende der 40er Jahre herausgebildet hatten, bewertet. Darüber hinaus bot die europäische Dimension der Verteidigung, die die EVG bot, Anknüpfungspunkte für die Vertreter eines Europas der Dritten Kraft in der DC und bei den Sozialdemokraten. Durch die Verbindung von Amerikanismus und Europäismus und der damit suggerierten stärkeren Position Europas in der atlantischen Gemeinschaft wurden Identifikationsangebote geschaffen. Die Europapolitik entwickelte sich zu dem außenpolitischen Betätigungsfeld De Gasperis, nachdem dessen Vorschläge zu einer stärker politischen Ausrichtung der NATO gescheitert waren. Sein Vorschlag, die EVG durch eine politische Gemeinschaft zu erweitern, machte ihn nach außen zu einem entscheidenden außen- und europapolitischen Akteur und war in der DC und bei seinen Koalitionspartnern eine Möglichkeit des Ausgleichs außenpolitischer Vorstellungen. Mit seiner aktiven Rolle entsprach dabei De Gasperi Vorstellungen vor allem aus den 40er Jahren, wonach Italien die Rolle eines *spiritus rector* europäischer Werte und Ideen zukam. Mit der Verbindung einer verstärkten Sicherheitspolitik im Rahmen des Kalten Krieges mit wirtschaftlicher und politischer Kooperation in der westlichen Wertegemeinschaft gelang es De Gasperi, große Teile der DC und der Sozialdemokraten von seiner Außenpolitik zu überzeugen. Was hier integrierend wirkte, entsprach zugleich den sozialistischen Interpretationsmustern, hatten sie doch stets die Wirtschafts- und Verteidigungspolitik als zwei Seiten einer Medaille gesehen. Beides diente ihr zur Folge dem amerikanischen Nationalismus, der die italienischen Interessen negiere.

<sup>553</sup> Siehe Nenni, Pietro: Europa, coltiva il tuo giardino! Avanti vom 27.1.52. S. 1. und dessen Rede vor der Camera vom 16.10.52, herausgegeben als: Nenni, Pietro: Per una iniziativa europea ed italiana di distensione con l'URSS. Rom 1952.

<sup>554</sup> Formigoni, I sindacati italiani. S. 27 f.



Mit diesem Argument griff die PSI die EGKS an, obwohl sie dem inneritalienischen Plan *Sinigaglia* zustimmte. Sie gebärdete sich als Verteidiger italienischer Wirtschaftsinteressen und besonders der italienischen Stahlarbeiter. Zugleich boten sich durch die Ablehnung Anknüpfungspunkte an ebenfalls der EGKS ablehnend gegenüber stehenden Bewegungen, wie der SPD, Teile der französischen Wirtschaft und Arbeiterschaft sowie der *Labour Party*, die immer noch Fixpunkt der italienischen Sozialisten trotz der Spaltung blieb.<sup>555</sup> Das Argument zur Verteidigung nationaler Interessen war ein typisches Argument der Linke in Italien. Auch in der Kolonialpolitik warf man der Regierung vor, italienische Positionen zu verspielen, indem zugunsten des Westens auf Angebote der Sowjetunion nicht eingegangen werde. Die PSI lavierte in diesem Politikfeld zwischen der Forderung nach der Befreiung der Völker von dem Kolonialismus und der Verteidigung der Interessen der italienischen Arbeiter in diesen Ländern.<sup>556</sup>

Die PSI war Anfang der 50er Jahre eng an die Kommunisten angelehnt, auch wenn sich erste rhetorische Spuren der Forderung nach einer Entspannung bereits in jenen Jahren erkennen lassen. De Pascalis behauptet, dass Nenni sich immer für eine Entspannung zwischen den Blöcken eingesetzt und vor allem Morandi die engere Anlehnung an die Sowjetunion betrieben habe.<sup>557</sup> Die Annahme des Stalinpreises an Nenni aus dem Jahre 1952 spricht hingegen eine andere Sprache und würde, wenn man Nenni ausgleichende Absichten unterstellt, zumindest zur Einschätzung einer unerklärlichen Arglosigkeit des Vorsitzenden der PSI führen.<sup>558</sup> Letztlich war die Ablehnung der europapolitischen Initiativen De Gasperis und der europäischen Projekte der Anlehnung an die Politik der Kommunisten und der Sowjetunion und damit der eindeutigen Parteinahme im Kalten Krieg geschuldet. Die europäischen und asiatischen Bestrebungen waren für die PSI nichts anderes als *correnti belliciste americane*.<sup>559</sup> Die Entscheidung zugunsten Moskaus bestimmte maßgeblich die Politik in den benachbarten Politikfeldern: bei der Einschätzung der Politik gegenüber den Ex-Kolonien, der Revision des Friedensvertrages, dem Eintritt in die NATO, der Triestfrage. Sie bestimmte den Antiamerikanismus der PSI, die Einschätzung der Sowjetunion und Stalins, die Bewertung der Volksdemokratien, Chinas und Jugoslawiens, die Einschätzung der deutschen Frage und des deutschen Militarismus und die Bewertung des Koreakrieges, das Eintreten im Rahmen der *Partigiani della Pace* und für die antikoloniale Bewegung, die Warnung vor europäischen Illusionen und der Unterwerfung unter amerikanische Interessen, schlussendlich die Ablehnung vorgeschobener Vermittlung zwischen den Blöcken und stattdessen die Forderung nach einem umfassenden Klassenkampf in Europa. Erst nach 1953 sollte sich dieses eindeutige Bild langsam ändern.<sup>560</sup> Der Politik der NATO setzte die PSI vor allem das Schlagwort des „Friedens“ entgegen, das die DC teilweise mit eigenen „Kampagnen für den Frieden“, aber vor allem mit der Betonung westlicher Solidarität zu

---

<sup>555</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 265.

<sup>556</sup> Vgl. hierzu Scirocco, *Politique d'abord*. S. 71 ff.

<sup>557</sup> De Pascalis, Luciano: "Dalla guerra fredda alla distensione", in: Benzoni (Hg.), *La dimensione internazionale*. S. 216-228. Hier S. 218.

<sup>558</sup> Vgl. Tamburrano, Giuseppe: "Il revisionismo nenniano negli anni cinquanta", in: Benzoni (Hg.), *La dimensione internazionale*. S. 229-238. Hier: S. 229-231.

<sup>559</sup> *Circolare* der PSI vom 8.5.51. S. 5. Archiv der Fondazione Turati. Fondo Direzione PSI. Busta 2. Circolari 1951. Abgerufen auf [www.archivionline.senato.it](http://www.archivionline.senato.it) am 22.2.2011.

<sup>560</sup> Vgl. zu den einzelnen Politikfeldern Scirocco, *Politique d'abord*. S. 71-161.

entkräften versuchte. Der Westen wurde wiederum mit dem Wert der Freiheit, im Gegensatz zu totalitären Systemen, verknüpft. Die Diskussion um Europa war Teil der hochgradig polarisierten politischen Konkurrenz.

Europa zeigte sich auch in den Debatten von 1950 bis 1952 als chimärenhafter Begriff und konnte durch seine jeweils unterschiedliche Inhaltszuschreibung zugleich abgrenzend und integrierend wirken. Integrierend wirkte die Lösung einer europäischen Einheit auf die Regierungsparteien in Italien. Die durch den Koreakrieg akut wahrgenommene Gefahr eines möglichen heißen Konfliktes ließ sowohl in der christdemokratischen Linken als auch in Teilen der Sozialdemokraten,<sup>561</sup> vor allem in der PSU Romitas, aber auch in Teilen der PSLI, die Akzeptanz für die NATO steigen. Angesichts der sich zuspitzenden Situation wurde die Akzeptanz eines Europas der Dritten Kraft geringer. Neutralismus und Pazifismus wurden durch die Besetzung der Begriffe durch die Sozialisten für diese Kreise unglaubwürdiger. Dennoch wollte man sich nicht mit der Vormachtstellung der USA innerhalb des Atlantikpaktes abgeben. Europa wurde als Korrektiv innerhalb des Bündnisses definiert. Die Forderung nach einer europäischen Einigung half Gegensätze in der Innenpolitik zu überdecken. Die Regierungsparteien suchten die Nähe zu den Föderalisten, die zwischen Erfolg und Enttäuschung schwankten. Die von ihnen initiierten Unterschriftenkampagnen, Kongresse und Petitionen fanden zwar öffentliches Interesse, doch spielte der von ihnen offensichtlich favorisierte Europarat schon bald kaum eine Rolle mehr.

Europa war ein willkommener Ausweg, zumal von Regierungspolitikern stets postuliert wurde, dass ein gemeinsames Europa fast automatisch zu einem höheren Wirtschaftswachstum in den einzelnen Ländern führen würde. Eine Behauptung, die unhinterfragt bei deutschen und italienischen Christ- und Sozialdemokraten angenommen wurde. Die italienische Regierung griff Ende der 40er Jahre bis 1950/51 offiziell nach jeder Möglichkeit der europäischen Integration, hatte aber bei den Verhandlungen ein zu geringes Gewicht, um die unterschiedlichen Verhandlungen, von der OECE über die italienisch-französische Zollunion, den Europarat und die EGKS sowie der EPU, entscheidend zu beeinflussen. Doch mit dem Jahr 1951 wurde De Gasperi durch dessen Vorschlag einer politischen Ergänzung der EVG wichtiger. Die Debatte über eine europäische Verteidigungspolitik überdeckte die Diskussion zur EGKS. Innerhalb der DC gab nun De Gasperi eindeutig den außenpolitischen Ton an, zumal es mit der politischen Konnotation der EVG Berührungspunkte mit den Nachfolgern der *Cronache Sociali* und den europäischen Föderalisten gab. Die EGKS bekam für Italien stärker einen symbolischen denn einen wirtschaftlichen Wert, einmal mehr angefacht durch die Zuweisung der Ad-Hoc-Versammlungskompetenz zur EPG an das neue Montanparlament. Ausdruck dessen war die Entsendung des Föderalisten Giaccheros in die Hohe Behörde. Gleichzeitig wurden die europäischen Gremien als so wichtig und prestigeträchtig angesehen, dass ein Mitwirken der linken Opposition als nicht vertretbar schien.<sup>562</sup> Die Regierungsparteien fanden immer homogenere Positionen in der Europa-

<sup>561</sup> Die These wird auf die DC-Linke angewendet bei Capperucci, *La sinistra democristiana*. S. 84 f.

<sup>562</sup> So wurden die Linken von den Delegationen im Europarat und in dem Montanparlament durch die Regierungsmehrheit ausgeschlossen, indem durch das Abstimmungsverfahren festgelegt wurde, dass jeder einzelne Delegierte eine Mehrheit haben musste. Folge war, dass in der Mitte der 50er Jahre die Delegationen angesichts unklarer Mehrheitsverhältnisse nur noch unzureichend besetzt werden konnten. Corciulo, *rapresentanti italiani*. S. 125 ff.

politik in dem Kapitel betrachteten Zeitraum. De Gasperi wurde durch seine Initiativen zum europäischen Fixpunkt der DC – auch für ihm in den kommenden Jahren folgende Politiker.

Die Konkurrenzsituation zwischen der PSI, den Sozialdemokraten und der DC war maßgeblich durch die scharfe Konfrontation im Zeichen des Kalten Kriegs geprägt, die sich in Italien mit der starken kommunistischen Partei fortsetzte. Europa war dabei Spiegelbild dieser Situation, denn die Ablehnung der europäischen Integrationsschritte durch die PSI resultierte aus der Einstufung derselben in eine Blockpolitik. Durch die starke Konfrontation zu den Kommunisten intern und in der Außenpolitik zur Position der Sowjetunion erklärte sich ihre starke Ablehnung der Europa-Vorstellungen der PSI bei gleichzeitiger Verteidigung einer europäischen Einigung im Rahmen einer westlichen Gemeinschaft. Eine möglichst weitgehende europäische Einigung war das Ziel beider Regierungsparteien. Überhaupt etwas zu erreichen, oft begründet mit der bolschewistischen Gefahr, überdeckte dabei die Unterschiede bezüglich des Aufbaus Europas zwischen Christ- und Sozialdemokraten. Letztere warnten vor einem zu konservativen und einem einseitig aus verteidigungspolitischen Gründen motivierten geeinten Europa, denn von italienischen christdemokratischen Politikern wurde gar der Einbezug Spaniens in die NATO oder in eine Mittelmeerunion gefordert.<sup>563</sup> Dies erschwerte es ehemaligen Kritikern an der NATO, die alte Ablehnung mit der neuen Zustimmung in Einklang zu bringen.

Homogenisierung in den Parteien und Polarisierung zwischen den Parteien lässt sich auch in der Bundesrepublik feststellen. Der Antagonismus zwischen Union und SPD, zwischen Adenauer und Schumacher fußte auf mehreren Argumenten. So warfen sich beide schlechten Stil vor. Adenauer missachte das Parlament, hieß es auf Seiten der SPD; Schumacher leite seine SPD autoritär, lautete der Vorwurf der CDU. Gleiches galt für die Einschätzung politischer Taktik. Adenauer verfolgte grobe Linien, dem die kleinen Details der Verhandlungen untergeordnet wurden. Im Detail nachteilige Verhandlungsergebnisse seien hinzunehmen, wenn das „*Grand Design*“ stimme. Schumacher warnte vor solch einer Vorgehensweise. Demnach ergab sich der Sinn und der Charakter der Vereinbarungen erst aus den konkreten Bestimmungen, während Adenauer immer wieder auf den Geist rekurrierte, den die Verträge tragen und weiter entwickeln würden. Die Annahme und Ablehnung der europäischen Integrationsschritte vollzog sich vor allem über die Wahl und Bewertung einer geeigneten Methode zur Erlangung einer bundesrepublikanischen Gleichberechtigung. Während Schumacher auf dem Prinzip beharrte, dass Pflichten erst übernommen werden könnten, wenn die Rechte zugestanden worden seien, schlussfolgerte Adenauer, dass Pflichten prozesshaft eben auch Rechte implizierten. Ein Vabanque-Spiel, wobei letztlich der Kanzler Recht behalten sollte.

Anders als Italien verlief in der Bundesrepublik trotz aller Schärfe der Auseinandersetzung der Konflikt weniger heftig, da in der Bundesrepublik beide Parteien antikommunistisch ausgerichtet waren und dem jeweiligen Gegner in diesem Bereich nur vorwerfen konnten, dass die angewendeten Methoden nicht effektiv seien,<sup>564</sup> während in Italien sich

<sup>563</sup> Siehe die Ausführungen Del Bos in der *Camera* vom 28.6.1950. *Atti parlamentari*. 1. Legislatur. S. 20222.

<sup>564</sup> Vgl. Körner, Klaus: "Die rote Gefahr". Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950-2000. Hamburg 2003. Nicht zufällig beschäftigen sich gut 60% mit dem Antikommunismus der 50er Jahre, ungefähr gleich verteilt auf den bürgerlichen Antibolschewismus und dem sozialdemokratischen Antikommunismus.

die Ziele zwischen PSI, PSDI und DC fundamental unterschieden. Von beiden deutschen Parteien wurden die DDR und der kommunistische Osten Europas als Kontrastfolie wahrgenommen und thematisiert. Die SPD warf nach dem Juni-Aufstand und der Wahlniederlage 1953 sogar alte Symbole über Bord und veränderte ihre Sprache. Sie konnte sich hiermit stärker abgrenzen und war nicht mehr so stark von Seiten der CDU angreifbar. In Berlin gebärdete sie sich in Abgrenzung zu den Vorgängen als Partei der Freiheit.<sup>565</sup> Der Kampf um Freiheit war eine zentrale Chiffre der Auseinandersetzung – neben der Frage der deutschen Einheit.

Den Regierungsparteien gelang es durch geschicktes *Framing*, also der Einordnung der Begriffe, vor allem durch die Verknüpfung mit Werten und dem Herausarbeiten von Gegensatzpaaren, die europäische Integration als Teil der Westbindung der Mehrheit der Bevölkerung als unvermeidlich zu verkaufen. Unterstützt wurde dies durch unterschiedliche Organisationen, die neben den Parteien warben. So veröffentlichte die „Gesellschaft freies Europa“ 1952 einen Comic, von dem nur der Text wiedergegeben sei: „Allein (Vorderseite) ... oder gemeinsam (Rückseite)

Auf den fünf Doppelseiten hieß es:

„Bis jetzt war Michel ganz allein, soll er das denn immer sein?

Geht gemeinsam man zu Werke, wächst Europas Friedensstärke

Schwer muß der Michel für die Sieger tragen – blieb's immer so, müßt' er verzagen

Nimmt jeder selbst ein Päckchen mit, hält Michel mit den andern Schritt

Vergebens ist des Michels Müh'n – den Eisernen Vorhang hochzuzieh'n

Vereinten Kräften wird's gelingen, die **Deutsche Einheit** zu vollbringen.“<sup>566</sup>

In dem Comic wurden die beiden Hauptthemen der Auseinandersetzung zwischen SPD und CDU genannt: die deutsche Einheit und die Gleichberechtigung. Ob die europäischen Verträge diesen Zielen dienen würden, war die Gretchenfrage jeglicher Auseinandersetzung in der Europapolitik und bei der Diskussion benachbarter Politikfelder. Trotz starker Auseinandersetzung bejahten beide Parteien den Konsens über das politische System. Dennoch bedienten sich die SPD radikaldemokratischer Argumente gegen eine Wiederbewaffnung, wie bei Forderungen nach Neuwahlen und dem Vorwurf mangelnder Legitimität der Regierung deutlich wurde. Zumindest von diesem Argument her handelte sie ähnlich wie die PSI. Im Unterschied zu Italien war in der Bundesrepublik die Forderung nach einer Neutralität Deutschlands, hier als einzige Möglichkeit formuliert, Deutschland wieder zu vereinen, bei den Christ- und Sozialdemokraten kaum noch verbreitet, wie bei der CDU spätestens mit dem Austritt Heinemanns im Herbst 1950 deutlich wurde.<sup>567</sup>

Stattdessen dominierten ab dem Koreakrieg die konfrontativen Töne immer stärker. Adenauer lud den Europabegriff emotional mit der Bedrohungssituation durch den Osten auf. So erwähnte Adenauer in Bamberg, dass Europa sich nach dem Krieg nur geeint erheben könne und müsse, denn sonst laufe Europa Gefahr, „ein Anhängsel des asiatischen Rußland“ zu werden. Und Gefahren erblickte er auch in der Bundesrepublik bei den „fünftens Kolon-

<sup>565</sup> Vgl. ebd. S. 114.

<sup>566</sup> ACDP. 07-001-3362.

<sup>567</sup> Zu den Neutralitätsbestrebungen siehe den Sammelband von Bald, Detlef und Wette, Wolfram (Hg.): Alternativen zur Wiederbewaffnung. Friedenskonzeptionen in Westdeutschland 1945-1955. Essen 2008.

nen“ und der SPD selbst, wie die CDU mit dem Wahlplakat „alle Wege des Marxismus führen nach Moskau“ im Wahlplakat 1953 suggerierte.<sup>568</sup>

Adenauer bediente sich einer Sprache, an die die Abendländer anknüpfen konnten. Ihr sozialromantisches Bild des Mittelalters wurde durch ihn zu unterschiedlichen Anlässen aufgegriffen. So ist der Vergleich in Bamberg mit Heinrich II. als solch eine geschickte Anleihe zu werten. Adenauer war keineswegs Abendländer, vermochte jedoch Kapital aus dieser politischen Bewegung zu schlagen. Mit seiner Warnung vor den „asiatischen Horden“ griff er auf Assoziationen zurück, die zuletzt von den Nationalsozialisten nach der Niederlage von Stalingrad formuliert worden waren,<sup>569</sup> wobei auch Schumacher und die SPD auf dieses Bild zurückgriffen.<sup>570</sup> Adenauer konnte jedoch mit diesen Aussagen konservative Wählerschichten, wie sie sich teilweise im Europabild der Abendländer wiederfinden, binden – ohne selbst als zu konservativ erscheinen zu wollen und den überkonfessionellen Konsens in der CDU zu gefährden –<sup>571</sup>, während Schumacher als Vorsitzendem der SPD dies niemals gelingen konnte. Als Traditionalist lehnte er auch einen zu starken amerikanischen Einfluss ab. Erst nach dessen Tode konnten sich Politiker durchsetzen, die stärker dem amerikanischen Konsensliberalismus nahe standen und Ideen eines *New Deal* verkörperten. Es war jene Gruppe, die der europäischen Integration, die ja maßgeblich von den USA unterstützt, wenn nicht gar initiiert worden war, befürwortend gegenüber stand, sich aber in der Partei nicht durchsetzen konnte. So dienten dem amerikanischen *Congress for Cultural Freedom* eben Max Brauer, Ernst Reuter und mit diesem Willy Brandt sowie Carlo Schmid als Kontaktpersonen in Deutschland und somit jene SPD Politiker, die intern gegen die Außenpolitik Schumachers opponierten.<sup>572</sup> Ein weiterer Grund für die noch starke Konfrontation war Existenz alter Milieus, in denen die SPD und die Christdemokraten wurzelten. Sie wurden erst langsam im Laufe der 50er Jahre schwächer. Was die Stalin-Noten und die Schwäche der Kommunisten in Westdeutschland gerade im Vergleich zu den Kommunisten in Italien und Frankreich anging, konnte von Adenauer beides mit einem Argument weggewischt werden. Demnach waren die „Sowjetrussen“ „sehr kluge Rechner“, die eben durch verschiedene taktische Maßnahmen ihre Ziele verfolgten.<sup>573</sup> Damit konnte aber jedes

---

<sup>568</sup> Abrufbar über das „Plakat und Filmarchiv der Konrad-Adenauer-Stiftung“. [www.kas.de](http://www.kas.de). Abgerufen am 2.3.2011.

<sup>569</sup> Vgl. Anmerkung 313. Mit seinen vagen Umschreibungen und der Definition einer Werte- und Kulturgemeinschaft Europa bot Adenauer viele Anknüpfungspunkte, ohne sich direkt angreifbar zu machen. Vgl. Weidenfeld, Adenauer und Europa. S. 96.

<sup>570</sup> Siehe zum Beispiel die Rede Schumachers im Bayerischen Rundfunk vom 29.8.1957. Wie Anmerkung 215.

<sup>571</sup> Weidenfeld, Adenauer und Europa. S. 93-95. Siehe auch Hörner, Der Vatikan und die Neuordnung Europas. S. 171-174 sowie S. 152 ff. Hier wird auf die Unabhängigkeit Adenauers verwiesen. Darüber hinaus war Pius zwar mit den Teilnehmern der EGKS als katholisch geprägten Ländern für eine europäische Integration einverstanden, die rein wirtschaftliche Ausrichtung lief seinen Plänen jedoch zuwider. Der Begriff des Abendlandes ermöglichte es, Schichten für eine westliche Politik zu gewinnen, die dieser eher reserviert gegenüber standen. Siehe zu dieser These Schildt, Axel: Das „christliche Abendland“ als Zentrum politischer Integration in der Frühzeit der Ära Adenauer. In: Mayer, Tilmann (Hg.): Medienmacht und Öffentlichkeit in der Ära Adenauer. Bonn 2009. S. 39-54.

<sup>572</sup> Zur Beschreibung des *Congress of Cultural Freedom* und die Rolle der Sozialdemokraten siehe Doering-Manteuffel, wie westlich. S. 75 ff.

<sup>573</sup> Weidenfeld, Adenauer und Europa. S. 152 f.

Gesprächsangebot mit dem Hinweis auf die Schwächung des Westens abgelehnt werden. Diese misstrauische Haltung sollte Adenauer bis zum Schluss behalten. Zusammen mit der Furcht, dass sich die USA erneut aus Europa zurückziehen könnten, bildeten sie eine Konstante Adenauerschen Denkens, die in der Zusammenarbeit mit de Gaulle ihren Höhepunkt fand.

Schumacher wiederum spielte mit seiner Rhetorik den Christdemokraten in die Karten. Vor allem mit seinen Angriffen auf die katholische Kirche und dem Vorwurf an die Union, der Erfüllungsgehilfe ihrer Positionen zu sein, verstärkte er nur deren Zusammengehörigkeitsgefühl. Dieses entstand im Zuge der Zuspitzung des Kalten Krieges immer stärker und wurde durch die gemeinsame Forderung nach der Verteidigung des Abendlandes gestärkt. Schumachers Zuspitzung half, Ungereimtheiten und Unterschiede im janusköpfigen Abendlandbegriff zu überdecken. So betonte Gerstenmaier, dass zwar das Abendland zu verteidigen sei, warnte jedoch explizit vor den Ressentiments des „katholischen Abendlands“, die die Verteidigung des Westens schwäche.<sup>574</sup>

Die Härte, mit der Schumacher auf die Politik Adenauers reagierte, war auch Ausdruck der eigenen Machtlosigkeit. Adenauer verstand es bis in die späten 50er Jahre hinein, das Parlament möglichst aus der Außenpolitik herauszuhalten. Weil die SPD eben einen moralischen Anspruch zur gesellschaftlichen Veränderung hatte, der ihr durch ihr entschiedenes Eintreten gegen die Nationalsozialisten zukam, fühlte sie sich um ihre Chancen gebracht. Ferner war Schumacher noch stark in der Weimarer Terminologie und in dessen Denken verhaftet. Die Sozialstruktur Deutschlands wandelte sich in den 50er Jahren zunehmend und gleichzeitig verkörperte die CDU/CSU bald eine Sammlungspartei, im Gegensatz zur alten Klassenpartei SPD der frühen 50er Jahre.<sup>575</sup>

Auf Adenauers pragmatische Haltung ist schon eingegangen worden. Darüber hinaus ließ sich Europa mit seiner Forderung nach föderalen Strukturen leicht verbinden, wobei er dies bereits seit 1946 und der Zustimmung zur der EVG propagierte. Jener Föderalismus ließ die Beibehaltung der nationalen Eigenheiten der Teilnehmerländer zu, die doch den Kontinent erst auszeichnen und stark machen würden.<sup>576</sup> Vor allem durch das Subsidiaritätsprinzip verstand es Adenauer, seinen Nationenbegriff mit der europäischen Einigung in Einklang zu bringen. Mit dem Scheitern der EVG und der EPG verfolgte er bei den Verhandlungen zur EWG eine intergouvernemental ausgeprägte Politik.<sup>577</sup> Kritik am föderalen Staatsaufbau und gleichzeitige Forderung nach einem starken, gleichberechtigten Staat Gesamtdeutschlands standen Schumacher und der SPD in der Europapolitik im Wege.

Als Befund für die politische Kultur in Deutschland lässt sich festhalten, dass von beiden Parteien jeweils dem Gegner vorgeworfen wird, aus parteipolitischen Gründen den Beitritt zum Europarat abzulehnen oder zu befürworten. Hier zeigte sich noch das Unbehagen, dass in den Parteien dem Parteienwettbewerb westlichen Typs entgegen gebracht wurde. Dennoch wurde die Beratende Versammlung des Europarates in den frühen 50er Jahren *die* europäische Bühne - für beide deutschen Parteien.

---

<sup>574</sup> Vgl. Schildt, zwischen Abendland und Amerika. S. 34 ff.

<sup>575</sup> Vgl. Bellers, die Godesberger SPD. S. 113 f.

<sup>576</sup> Geiger, Adenauer e l'Europa. S. 256 f.

<sup>577</sup> Geiger, Adenauer e l'Europa. S. 257.

Geht man auf die Techniken der Parteien in beiden Ländern ein, fällt auf, dass alle Parteien versuchten, ihr politisches Vorfeld zu nutzen. Die Christdemokraten nutzten dabei ihre Regierungsbeteiligung, indem beispielsweise in Deutschland die Aktionen wie die der Gesellschaft Freies Europa zugunsten des Schumanplanes unterstützt wurden.<sup>578</sup> In Italien war die Unterstützung der Föderalisten offensichtlich, wobei deren Einfluss auf die Politik De Gasperis bis heute umstritten bleibt.<sup>579</sup> Während in Italien die Sozialisten, die Sozialdemokraten und die Christdemokraten über je eigene Richtungsgewerkschaften, die PSI zusammen mit der PCI, mit recht unterschiedlichen Ressourcen verfügten, versuchten sowohl die CDU als auch die SPD den DGB und dessen Gewerkschaften zu beeinflussen. Die Regierung und die SPD griffen dabei auf die ersten Erkenntnisse der Demoskopie zurück, wobei vor allem Otto Lenz im Bundeskanzleramt von deren Mehrwert überzeugt war.<sup>580</sup>

Es wurde in beiden Ländern deutlich, dass umfangreiche Politikfelder mit dem Europabegriff verbunden wurden. Sie wurden schon im vorherigen thematischen Kapitel erwähnt, verschoben aber ihr Gewicht. Vor allem im deutschen Fall wurde die Verteidigungspolitik durch die Debatte einer deutschen Wiederbewaffnung im Rahmen der EVG wichtiger. Die Verbindung mit der Frage einer deutschen Gleichberechtigung war offensichtlich. Hieran musste sich sämtliche Politik, wie die Saarfrage, messen lassen. Unterschiedliche Positionen in jenen Politikfeldern, so auch in der Wirtschaftspolitik, wirkten auf die Bewertung der europäischen Integrationsschritte zurück.

Alle Parteien schieden ein „richtiges“ von einem „falschen“ Europa und konnotierten diese Termini mit jeweiligen Attributen, wobei hier auf die Zusammenfassung des Kapitels von 45-49 verwiesen sein soll. Augenfällig wurde dies vor allem an der Diktion Schumachers, der die EGKS als „klein, konservativ, klerikal, kapitalistisch“ apostrophierte. Schumachers Diktum vom zu kleinen Europa Karl des Großen verband sich mit seinen deutschlandpolitischen Forderungen. Die Ostgrenze des alten Reiches Karls entsprach demnach ungefähr dem Eisernen Vorhang. Diese europäische Konnotation zu bekämpfen hieß also auch die Teilung Europas zu bekämpfen.<sup>581</sup> Neben den Politikfeldern und den Attributen für ein gewünschtes Europa und der Bewertung der aktuellen Situation trat die Verbindung mit den aktuellen Referenzstaaten der militärischen Blöcke, die USA und die Sowjetunion, und die europäischen Nachbarstaaten. Die Melange aus deutscher Frage und militärischer Ausrüstung ließ die Debatte zur EVG in Deutschland fast so kontrovers werden wie in Italien. „Die Debatten um Europarat und Montanunion waren [demnach letztlich] Geplänkel, verglichen mit dem lang anhaltenden Streit über eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik.“<sup>582</sup>

---

<sup>578</sup> Schmidtchen, Die befragte Nation. S. 178 f. Zitat S. 178.

<sup>579</sup> Siehe Lorenzini, De Gasperi. S. 216. Vor allem Anmerkung 61.

<sup>580</sup> Bühlbäcker, Europa im Aufbruch. Kruke, Anja: Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Düsseldorf 2007. 61 ff, S. 87 ff. und S. 171 f. Laut Daniela Munkel griff die SPD durch ihren besoldeten Parteivorstand Fritz Heine, der noch stark den Techniken aus der Weimarer Republik verhaftet war, kaum auf die Demoskopie in den 50er Jahren zurück. Diskussionsbeitrag zu den Rhöndorfer Gesprächen Nr. 23. Siehe Mayer, Tilman: Medienmacht und Öffentlichkeit in der Ära Adenauer. Bonn 2009 (=Rhöndorfer Gespräche Nr. 23). S. 184.

<sup>581</sup> Vgl. Doering-Manteuffel, Die Europakonzeptionen. S. 45.

<sup>582</sup> Urteil Winklers in Winkler, Der lange Weg nach Westen. S. 144.

Die Parteien in beiden Ländern betonten die Bedeutung des Kalten Krieges für Europa. SPD, CDU, PSDI und DC sahen dabei Europa eindeutig im westlichen Lager, während die PSI Europa als Verteidigungsort der sozialistischen Revolution ansah, der jedoch offiziell eine vermittelnde Rolle einnehmen sollte. Dieser Einschätzung war in dem beobachteten Zeitraum auch die Einschätzung der beiden Supermächte geschuldet, wobei die Sozialdemokraten beider Länder immer noch auf die Eigenständigkeit Europas und ein europäisches Modell rekurrten. Schumacher forderte die „Weltdemokratie“ auf, Deutschland offensiv nach Osten zu verteidigen.<sup>583</sup> Im Gegensatz zur atlantischen Gemeinschaft klang dies globaler und basierte auf universelleren Werten, die eher eine Gleichberechtigung Deutschlands implizierten. Hier trat der eigentliche Grund für die Auseinandersetzung zwischen Adenauer und Schumacher in der Europapolitik zu Tage: der unterschiedliche Deutschlandbegriff. „Adenauers Deutschland war der Westen, Schumachers Deutschland war das Reich.“<sup>584</sup> In Italien orientierte sich zwar die DC an den Entscheidungen der USA, doch gab es zwischen Rom und Washington ernstzunehmende Meinungsverschiedenheiten, denen ein grundlegender Interessengegensatz zugrunde lag. Italien erstrebte mit dem NATO Beitritt vor allem eine Konsolidierung der Lage, die USA zielten auf die kollektive Verteidigung hin. Streit mit der DC war daher vor allem bei den Ausgaben zur Aufrüstung in den Jahren 50/51 und der strategischen Ausrichtung der NATO vorprogrammiert.<sup>585</sup>

Dass die deutsche Frage eine europäische Frage sei, wurde von den deutschen Parteien unisono seit den 40er Jahren erklärt. Auch die italienischen Parteien erklärten immer wieder die Bedeutung der deutschen Frage. Die Zusammenarbeit mit Deutschland und Frankreich sollte Italien nach Vorstellungen christdemokratischer Politiker Europa neues Gewicht verleihen. Vor allem Taviani wies immer wieder auf eine mögliche Vermittlerrolle Italiens in diesem Dreierverhältnis hin.<sup>586</sup> Während aber die DC und die Sozialdemokraten Deutschland in ein westliches Verteidigungsbündnis integrieren wollten, und es somit auch kontrollieren wollten, erklärte die PSI dies für unmöglich. Der deutsche Koloss ließ sich nicht beherrschen, was den westlichen Mächten auch klar sei. Sie negierten demnach die von Deutschland ausgehende Gefahr, um im großen Konflikt mit der Sowjetunion notfalls einen Vorteil zu erlangen.

Italien war wiederum ein Fixpunkt der Europapolitik Adenauers in den frühen 50er Jahren. Hier führte ihn sein erster Staatsbesuch hin, zumal er von Sforza und De Gasperi die Unterstützung für einen schnellen Wiedergewinn der Souveränität erwarten konnte. Beide Vertreter ehemaliger Verlierer brauchten einander. Doch wurden die guten Beziehungen aus Angst vor Vergleichen mit der „Achse Rom-Berlin“ kaum mit offiziellen Gesten untermauert. Dies war nicht zuletzt Ausdruck der beiden christdemokratischen Politiker, die in der

<sup>583</sup> Siehe Schumachers Rede vom 17.9.50 in Stuttgart und seinen Artikel im Pressedienst vom 27.12.50. In *DzD* 2/3/1. Nr. 121 und Nr. 192. S. 323 und S. 481.

<sup>584</sup> So der pointierte Schluss bei Doering-Manteuffel, *Die Europakonzeptionen*. S. 47. Nach Doering-Manteuffel war Schumacher allerdings kein „Nationalist“, sondern eher ein „Traditionalist“ wie Kaiser, Dehler oder Blücher. Die Folge war der Vorwurf, die Außenpolitik Adenauers sei eine Erfüllungspolitik. Ebd. S. 53 f.

<sup>585</sup> So Del Pero, *L'alleato scomodo*. S. 111. Zum Streit um die Verteidigungspolitik: Ebd. S. 110 ff.

<sup>586</sup> Guiotto, Maddalena: *Der Europagedanke in den christdemokratischen Parteien. CDU/CSU und DC in den fünfziger Jahren*. In: Rusconi, Gian-Enrico und Woller, Hans: *Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945-2000*. Berlin 2006. 175-202. Hier: S. 182.



Überwindung des übertriebenen Nationalismus die zentrale Aufgabe nach 1945 sahen.<sup>587</sup> Die SPD sah die Entwicklung in Italien kritisch. Sie nannte Italien gar in einem Atemzug mit Franco und warnte vor deren „restaurativen“ Strukturen.

Adenauers Bild von Großbritannien blieb auch zu Beginn der 50er Jahre ambivalent. Er warf Großbritannien in privaten Gesprächen vor, weiterhin seine alte Außenpolitik des *divide et impera* im Rahmen des Commonwealth zu betreiben. Trotzdem hoffte er stets, dass sich Großbritannien stärker an den europäischen Einigungsprojekten beteiligen würde und sah sich folglich auch durch die neue konservative Regierung unter Churchill und Eden enttäuscht.<sup>588</sup> Bei den europäischen Christdemokraten überwogen im gesamten hier betrachteten Zeitraum vor allem zwei Argumente, die eine weitergehende Integration mit Großbritannien verhinderten: Erstens schien klar zu sein, dass die britische Regierung keinen supranationalen Lösungen zustimmen würde. Zweitens schien eine britische Beteiligung an den funktionalistischen Teilintegrationsprojekten angesichts der britischen Orientierung an den Beziehungen zum Commonwealth unrealistisch.<sup>589</sup> Bei der Konstruktion der europäischen Institutionen handelten die Christdemokraten durchaus parteipolitisch. Durch ihre Regierungsbeteiligung in den sechs Teilnehmerstaaten bedurften sie keiner stark institutionell ausgebildeten Parteienkooperation. Vielmehr kann man die Kontakte der Christdemokraten als ein Netzwerk beschreiben, die als Ziel verfolgten: „*Keeping the Americans in, the British out and the socialists down*“.<sup>590</sup> Die Sozialisten und Sozialdemokraten beider Staaten orientierten sich an *Labour*, standen aber in einem ambivalenten Verhältnis vor allem zur deren Außenpolitik, die entweder ein geeintes Europa blockierte (so SPD und PSDI) oder sich klar für den Kapitalismus entschied (PSI). Auf die grundsätzliche Einschätzung Frankreichs durch die Parteien sei auf die Zusammenfassung des Kapitels 45-49 verwiesen.

Dass Europa auch einfach nur aus einer wohlklingenden Rhetorik heraus verwendet wurde, zeigte sich auch in den Briefen Schumachers an Adenauer im Zuge des Streits um die Stalin-Note vom Frühjahr 1952. Hier war neben der Wiedervereinigung auch die Rede von einem befriedeten Europa.<sup>591</sup> Ein friedliches Europa blieb ein parteiübergreifendes Fernziel angesichts der unterschiedlichen Vorstellungen über die konkrete Europapolitik. Der Fokus der Europadiskussion verschob sich zu Beginn der 50er Jahre in beiden Ländern von dem Schwerpunkt der Überwindung alter Nationalstaatsvorstellungen hin zur Sicherheitsfrage, die beträchtlich mehr Konfliktpotential bot.<sup>592</sup> Mit dem Scheitern der EVG entkoppelten sich Europabegriff und Verteidigungspolitik wieder. Europa etablierte sich als Ebene und

---

<sup>587</sup> Geiger, Adenauer e l'Europa. S. 249-251. Die engen Beziehungen zwischen Adenauer und De Gasperi werden in der Literatur immer wieder betont. So auch bei Rusconi, Gian-Enrico: *Germania, Italia, Europa*. Turin 2003. S. 216 f.

<sup>588</sup> Geiger, Adenauer e l'Europa. S. 252 f.

<sup>589</sup> Kaiser, Wolfram: Christdemokratische Netzwerke und die Genese Kerneuropas. In: Gehler, Michael u.a. (Hg.): *Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem*. Wien/Köln/Weimar 2009. S. 87-103. Hier: S. 99.

<sup>590</sup> Siehe diese Zuspitzung in Kaiser, Christdemokratische Netzwerke. S. 95. Zur Zusammenarbeit bei den Verhandlungen zum Schumanplan: Ebd. S. 95 ff.

<sup>591</sup> Die Briefe sind abgedruckt in Schumacher, Reden. S. 959 ff. Als Beispiel sei hier nur der Brief vom 22.4 genannt. Ebd. S. 961-963. Insbesondere S. 961.

<sup>592</sup> Für die CDU und besonders Kiesinger siehe Gassert, Philipp: "Im Schatten Adenauers: Kurt Georg Kiesinger als parlamentarischer Außenpolitiker in den 1950er Jahren", in: Buchstab, Günter (Hg.): *Kurt Georg Kiesinger: 1904 - 1988; von Ebingen ins Kanzleramt*. Freiburg 2005. S. 269-302. Hier: S. 272-282.

bot in den darauf folgenden Jahren weniger öffentlich wirksames Konfliktpotential für die Parteien.

---

## IV. Europa des Fortschritts und des Wohlstands

*Di fronte alle remore frapposte dai conservatori di tutti gli Stati che nell'Europa vedono solo un continente e momentaneo 'slogan' per il raggiungimento di finalità di difesa, la Sinistra Europea pone il problema della unità europea nei suoi realistici termini economico-sociali; come un superamento in un più vasto ed armonico complesso delle antitesi economiche e sociali che paralizzano la vita di ogni Stato europeo.<sup>1</sup>*

### IV.1 Die Europadiskussion in Deutschland

Zu Beginn des Jahres 1956 hatten sich die Bedingungen für die europapolitischen Positionen der Parteien entscheidend gewandelt. Mit dem Scheitern der EVG wurde der Weg für die deutsche Wiederbewaffnung im Rahmen der NATO frei. Die Pariser Verträge brachten der Bundesrepublik neuen außenpolitischen Spielraum, den sie bei der Gründung der EWG nutzen sollte.<sup>2</sup> Die Pariser Verträge wurden von der SPD abgelehnt, doch trennte diese die Verteidigungspolitik nun von der Europapolitik. Auf dieser lastete aber noch immer die Saarproblematik. Der nun neu ausgehandelte Deutschlandvertrag im Rahmen der Pariser Verträge sah die Lösung der Saarfrage in französischem Sinne vor. Während Adenauer dies bereit war zu akzeptieren, löste dies bei der SPD, aber auch in der CDU großen Widerstand aus. Adenauer musste im CDU-Bundesvorstand mehrmals seine Linie verteidigen und wusste sich nur mit ständigem Zwischenrufen sowie dem Vorwurf, die Gegner des Saarstatus betrieben einen „unverhüllten Nationalismus“, zu helfen.<sup>3</sup> Die von Frankreich und Adenauer gewollte Abstimmung im Saarland brachte eine klare Ablehnung der Pläne zutage, so dass das Saarland schlussendlich am 1.1.1957 der Bundesrepublik beitreten konnte. Damit fiel ein Streitpunkt für die deutsch-französischen Beziehungen, aber auch ein Angriffspunkt auf der Oppositionsseite weg, obwohl sich die Bedeutung der saarländischen Montanindustrie bereits relativiert hatte und durch die zeitgleich stattfindenden Verhandlungen über die EWG die Nachteile für Frankreich nicht mehr so groß schienen.<sup>4</sup> Die Ablehnung der Saarverträge durch die Volksabstimmung vom 23.10.55 und der daraus resultierende Beitritt der Saar brachten Jakob Kaiser einen späten Erfolg. Er forderte am 2.1.1957: „In dem gleichen

---

<sup>1</sup> So sah die *Sinistra Europea* ihren Auftrag. Siehe das Editorial der Ausgabe 16 (1956) vom 15.1-1.2.1956. Das Zitat zeigt die zunehmende Bedeutungsänderung der europäischen Integration, so wie sie sich linke Sozialdemokraten in Deutschland und Italien wünschten.

<sup>2</sup> Vgl. Küsters, Adenauers Europapolitik. S. 647 f.

<sup>3</sup> Gegner im Bundesvorstand waren vor allem Kaiser, der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, sowie der aus Saarbrücken stammende Wirtschaftspolitiker Fritz Hellwege. Buchstab, Günter: Einleitung. In: Bracher, Karl Dietrich, Morsey, Rudolf und Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953-1957 (bearbeitet von Günter Buchstab). Düsseldorf 1990. S. VII-XXXIV. Hier S. IX-XII. Hier mit weiteren Hinweisen zu den einzelnen Sitzungen des Vorstands.

<sup>4</sup> Geppert, Ära Adenauer. S. 99-100. Gleichzeitig sollte sich die Niederlage beim Saarstatut für ihn langfristig als Glücksfall erweisen, denn schließlich profitierte er durch den Beitritt des Saarlands zur Bundesrepublik von dem Ergebnis seiner Niederlage. Zum Komplex siehe Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Staatsmann 1952-1967. Stuttgart 1991. S. 131 ff. und S. 161 ff.

Geiste der Verständigung wünschen wir die Wiedervereinigung aller getrennten Teile Deutschlands durchzuführen.“<sup>5</sup>

Die Wiedervereinigung Deutschlands war noch immer eine das Europabild bestimmende Variable. Sie war in den zurückliegenden beiden Jahren auf mehreren Konferenzen der großen Mächte behandelt worden. Die Deutschlandpolitik der SPD fußte seit 1952 auf der Annahme, dass die Sowjetunion eine deutsche Einheit im Gegenzug für Sicherheitsgarantien gestatten würde. Gerade mit diesem deutschlandpolitischen Vorbehalt wurden die EVG und die anschließenden Pariser Verträge bekämpft. Als letztere beschlossen waren, musste sie auf die neue Situation reagieren. Die SPD forderte im Vorfeld der Genfer Viermächtekonferenz vom Juli 1955 ein regionales Sicherheitssystem im Rahmen der Vereinten Nationen, was die Vollmitgliedschaft Deutschlands in den Vereinten Nationen implizierte. Ein wiedervereinigtes Deutschland ließe sich nur ohne eine festgelegte Einbindung in einen Block erreichen. Dabei könne die WEU als Ausgangspunkt dieses Sicherheitssystems dienen.<sup>6</sup> Damit zeigte sich bereits ein neuer pragmatischerer Stil innerhalb der SPD. Knapp drei Monate nach der Annahme der Pariser Verträge waren diese mit der WEU als Ausgangspunkt für weitere Forderungen akzeptiert. Es wurde begonnen, die Rolle der Fundamentalopposition aufzugeben und gleichzeitig das Nahziel der deutschen Wiedervereinigung zu verfolgen. Die neuen Beschlüsse wurden mit der eigenen Überzeugung in Einklang gebracht, wonach für die deutsche Einheit an die Sowjetunion ein Preis zu entrichten sei - und dies war der Einbezug in einen westlichen Block. Sicherheitsgarantien waren durch ein kollektives Sicherheitssystem zu erfüllen, dem auch mögliche Aggressoren angehören sollten und das sich somit fundamental von einer militärischen Allianz unterschied. Das Scheitern der Viermächtekonferenz machte allen Seiten klar, dass eine kurzfristige deutsche Wiedervereinigung in weiter Ferne lag. Das Umdenken wurde auch in der SPD notwendig.<sup>7</sup> Ihre Einstellung gegenüber einer Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft führte Adenauer gar als Beispiel für eine eigene freundlichere Haltung im CDU-Bundesvorstand an.<sup>8</sup> Dabei überschätzte die SPD die Bedeutung der Wiedervereinigungsproblematik für die internationale Politik, die mit einer europäischen Sicherheitspolitik verbunden wurde. Dass die beiden Supermächte ihre Einflusssphären abgesteckt hatten und daher den *status quo* belassen wollten, wurde nicht akzeptiert.<sup>9</sup>

Doch nicht nur die SPD sah die Sowjetunion als Verhandlungspartner an. Die BRD nahm mit Adenauers Reise nach Moskau und der im kollektiven Gedächtnis der Deutschen verbliebenen „Rückkehr der 10.000“ mit Moskau diplomatische Beziehungen auf. Dennoch betonte der Kanzler, dass die sowjetische Führung von ihren Zielen nicht abgerückt sei. Die Entspannungspolitik sei vielmehr Teil einer opportunistischen Politik, da sie ihre Ressourcen in andere Bereiche als in das Militär investieren müsse.<sup>10</sup> Die Entspannungspolitik sei

---

<sup>5</sup> Hacke, Einleitung. S. 41. Zu Kaisers Meinung zur Saarfrage siehe auch Mayer, Einleitung. S. 92-106.

<sup>6</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 245-246.

<sup>7</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 246-247. Ebenso Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. S. 351 ff. Klotzbach spricht von einer im Vergleich zur Wiedervereinigungspolitik „deutlicheren Abkehr von der vor-maligen intransigenten Alles-oder-Nichts-Politik“. Ebd. S. 366.

<sup>8</sup> Protokoll vom 13.1.1956. CDU-Vorstandsprotokolle 2. Nr. 11. S. 721.

<sup>9</sup> Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. S. 350 ff.

<sup>10</sup> Adenauers Vortrag vor dem CDU Bundesvorstand ist abgedruckt in Adenauer, Reden. S. 302-313. Hier: S. 308. Zur Beschreibung der Moskaureise siehe Weber, Schmid. S. 539 ff.

eine Reaktion auf die Politik der Stärke des Westens und verspreche der Sowjetunion größere Erfolge, wie die Genfer Konferenz gezeigt habe. Daher liege in der Unterschätzung eine große Gefahr, auf die die CDU als christliche Partei hinweisen müsse. Es gehe nicht alleine um die Wiedererlangung der deutschen Gebiete, sondern „dahinter steht der ungeheuer wichtige Kampf zwischen Materialismus und christlicher Überzeugung, der nach meiner Meinung noch Jahrzehnte dauern wird und der eine geistige Schulung unserer Bevölkerung, die leider Gottes zum großen Teil diese Schulung nicht mehr hat, verlangt.“<sup>11</sup> Während die Pariser Verträge von der sowjetischen Führung als Realität akzeptiert seien, spielten sie in der Frage der deutschen Wiedervereinigung aktuell keine Rolle. Die Sowjetunion werde nicht bereit sein, ihr westlichstes Bollwerk des Kommunismus loszulassen, denn dies würde als Zeichen der Schwäche gewertet und hätte gravierende Auswirkungen auf die kommunistischen Parteien Europas.<sup>12</sup> Noch immer erwähnte Adenauer in seinen Interviews das Schreckgespenst einer deutschen Neutralisierung, das die westeuropäischen Staaten fast schutzlos dem Kommunismus ausliefern würde. Noch immer sei der Kommunismus „die größte Gefahr, die der Freiheit und der Kultur aller freien Völker“ drohe. „Für eine geistige Abwehr des Kommunismus ist vor allem eine genaue Kenntnis des dialektischen Materialismus, seiner Methoden und seiner Ergebnisse notwendig.“<sup>13</sup>

Die Bemerkungen Adenauers zeigten die Ausweglosigkeit der deutschen Frage. Gerade das Festhalten an der Politik der Stärke konnte als Eingeständnis für die Ratlosigkeit der Bonner Außenpolitik aufgefasst werden, war aber zugleich eine Absage an die deutschlandpolitischen Vorschläge der SPD. Die deutsche Frage und die deutschlandpolitischen Gegensätze zwischen den beiden großen Parteien wogen weiter schwer, belasteten aber nicht mehr so stark die europäische Integration wie in den Jahren zuvor. Die wirtschaftlichen Integrationsbemühungen gewannen wieder an Fahrt, einerseits angetrieben von Monnet, andererseits durch das Streben vor allem der Beneluxstaaten nach einer Zoll- und Wirtschaftsunion. Auf der Konferenz von Messina im Juni 1955 wurde eine Sachverständigenkommission unter dem Vorsitz von Henri Spaak eingesetzt, die im Frühjahr 1956, nach dem Rückzug der britischen Delegation und dem Regierungswechsel in Frankreich von Faure zu Mollet, einen Entwurf vorlegte. Er schlug die Einführung einer Zollunion innerhalb von 12 Jahren und die Schaffung der Europäischen Atombehörde vor.<sup>14</sup>

Innerhalb der Bundesregierung waren die Ergebnisse der Konferenz von Beginn an umstritten. Während sich Erhard gegen eine weitere Teilintegration im Sinne einer „branchenwirtschaftlichen Abtrennung“ von der Volkswirtschaft aussprach und Strauß die Euratom kritisierte,<sup>15</sup> lobte Hallstein die Ergebnisse von Messina, da die Kernenergie friedlich genutzt und gemeinsame Instanzen für die Wirtschaft geschaffen werden sollten, obgleich auch er gegen Teilmärkte sei. Adenauer hingegen skizzierte wieder sein *Grand Design*. Die

---

<sup>11</sup> Adenauer, Reden. S. 309. Die Gefahr durch die sowjetische Führung wurde auf der kommenden Seite unterteilt, indem beschrieben wurde, dass in Moskau die Straßen extra 60 Meter breit angelegt seien, um Aufstände besser niederschlagen zu können. Ebd. S. 310.

<sup>12</sup> Ebd. S. 313.

<sup>13</sup> Siehe Adenauers Interview mit der Politisch-Soziale[n]-Korrespondenz vom 1.1.56. In: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik. 1956. Berlin 1963 (bearbeitet von Ernst Deuerlein und Hansjürgen Schierbaum). S. 3-5. Zitat: S. 5.

<sup>14</sup> Geppert, Ära Adenauer. S. 100 f.

<sup>15</sup> Vgl. hierzu Koerfer, Kampf ums Kanzleramt. S. 136 f. Schwarz, Adenauer 2. S. 288 f.

Bundesregierung müsse weiterhin ein "Vorkämpferin des europäischen Gedankens" bleiben, denn ohne ein einiges Europa hätte auch die Politik der USA keine Grundlage mehr. Die drei zuständigen Minister für Auswärtiges, für Wirtschaft und wirtschaftliche Zusammenarbeit wurden aufgefordert, eine gemeinsame Linie zu erarbeiten.<sup>16</sup> Diese Rolle der Bundesrepublik bekräftigte Adenauer auf der Sitzung des Kabinetts am 11.1.56. Einmal mehr sei die internationale Lage ernst. Es müsse das Ziel sein, den USA klar zu machen, dass die Bundesrepublik der einzige zuverlässige Partner in Europa sei, wobei er auf die unklare Lage in Frankreich nach den Wahlen anspielte.<sup>17</sup> Adenauer betonte nun jene Befürchtung angesichts von Entspannungsbemühungen stärker, die er immer wieder geäußert hatte: nämlich die Furcht, dass sich die USA angesichts europäischer Uneinigkeit aus Europa zurückziehen würden oder sich gar über die Köpfe der Europäer hinweg mit der Sowjetunion einigen könnten.

Adenauer machte angesichts der Bemühungen einer Zollunion im Rahmen der OEEC, die von Großbritannien angestoßen worden waren, und den Bemühungen im Kreise der Sechs von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch, vor allem um den kritischen, freihändlerisch orientierten Erhard zur Raison zu bringen.<sup>18</sup> In einer Anweisung an die Bundesminister forderte er diese auf, die Beschlüsse von Messina umzusetzen, da diese der Schaffung einer politischen Gemeinschaft dienen würden. Alle Bedenken seien diesem Ziel unterzuordnen, „um im Sinne der großen politischen Zielsetzung eine feste Bindung der Sechs herbeizuführen.“ Auf europäischer Ebene müssten diese Institutionen mit genügend Kompetenzen ausgestattet werden, um den Binnenmarkt und die Atomgemeinschaft Wirklichkeit werden zu lassen. Eine Zusammenarbeit im atomaren Bereich dürfe auch aus Sicherheitsgründen nicht ausgeschlossen werden, wobei Deutschland nicht diskriminiert werden dürfe.<sup>19</sup> Adenauer konzipierte eine wirtschaftliche Einigung als Vorstufe zu einer größeren politischen Einigung Europas und stellte sie in den Dienst gegen die sowjetische Bedrohung - entgegen den Bedenken Erhards, der Adenauer im April 56 vor einer „Zerfransung der Volkswirtschaften“ warnte und eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Großbritannien und den USA anmahnte. Jene rein wirtschaftspolitische Argumentation wies Adenauer als „neben der Sache“ liegend zurück. Adenauer war pragmatisch und handelte instrumentell funktional.<sup>20</sup> Vor allem gegenüber Großbritannien agierte er vorsichtig, warf er doch den „Engländer[n]“ vor „in besonders starkem Maße [...] in erster Linie an ihren eigenen Besitz“ zu denken. Ausgerechnet England strebe eine Zusammenarbeit in der friedlichen Nutzung der Atomenergie an, die es Deutschland bei den Pariser Verträgen noch verbieten wollte.<sup>21</sup>

Die SPD reagierte auf die Ergebnisse von Messina zurückhaltend, aber im Grunde zustimmend. Ollenhauer mahnte im Parteivorstand im Juni 1955 supranationale Institutionen sowie eine Erweiterung der Mitglieder über die sechs EGKS-Staaten hinaus an. Hierzu könnte, nach einem Diskussionspapier, die EGKS mit der OEEC zusammenarbeiten. „Kein weiteres Experimentieren mit [der] Teilintegration“, sondern eine enge Zusammenarbeit

<sup>16</sup> Kabinettsprotokoll vom 6.7.55. Abgerufen auf [www.bundesarchiv.de](http://www.bundesarchiv.de) am 6.2.2009.

<sup>17</sup> Kabinettsprotokoll vom 11.1.56. Abgerufen auf [www.bundesarchiv.de](http://www.bundesarchiv.de) am 6.2.2009.

<sup>18</sup> Hentschel, Erhard. S 276 ff.

<sup>19</sup> Siehe Müller-Roschach, Die deutsche Europapolitik. S. 55 f. Zum Integrationsbefehl siehe auch Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1955-1959. Stuttgart 1967. S. 253-255.

<sup>20</sup> Siehe Koerfer, Kampf ums Kanzleramt. S. 138-140.

<sup>21</sup> Sitzung des CDU-Vorstands vom 10.3.1956. CDU-Vorstandsprotokolle 2. Nr. 13. S. 850-853.

zwischen den Regierungen und der Hohen Behörde mit der OEEC unter besonderer Berücksichtigung der Parlamentarier sei die Devise.<sup>22</sup> Ähnlich wie bei den Pariser Verträgen war nun die SPD bereit, innerhalb der Institutionen mitzuarbeiten und „Klein-Europa“ als Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen zu akzeptieren. Führende Sozialdemokraten arbeiteten in den Gremien der Montanunion und des Europarates mit. Ebenso kam es zu einer engeren Abstimmung zwischen den sozialistischen Vertretern in den Gremien. Darüber hinaus trat die SPD Ollenhauers im Oktober 1955 dem von Monnet neu gegründeten *Comité d'Action pour les Etats-Unis d'Europe* bei, das den durch die Messinakonferenz angestoßenen Prozess eines supranational organisierten Europa unterstützen wollte. Die Bereitschaft Ollenhauers, an der Organisation Monnets mitzuwirken, schien dabei selbst die französischen Sozialisten zu überraschen.<sup>23</sup> Ollenhauer hatte im Herbst 55, nachdem es im Juli 55 zu einem Treffen Monnets mit den außenpolitischen Spitzen der SPD gekommen war, relativ schnell seine Teilnahme an dem Komitee bekräftigt und diese offiziell im Oktober zugesagt.<sup>24</sup> Die Teilnahme an dem Aktionskomitee wurde im Parteivorstand im Januar 56 diskutiert. Die SPD war vor allem an der Zusammenarbeit in Fragen der Atomenergie interessiert, beklagte aber erneut die Beschränkung auf die sechs EGKS Staaten. Der SPD Vorstand schlug in dem Komitee vor, „eine europäische supranationale Autorität zu schaffen für die friedliche Verwendung der Atomenergie“.<sup>25</sup> Mit der Beteiligung der SPD und der SFIO am Aktionskomitee wurde auch die Einstellung der Sozialistischen Internationalen integrationsfreundlicher.<sup>26</sup>

Monnets Aufruf ging besonders auf die Sozialpolitik ein, um die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten einbinden zu können. Dies ging sogar so weit, dass Monnet im Oktober 1955 für Aufruhr sorgte, indem er in einem Interview mit der „Kölnischen Rundschau“ auf die Frage, warum denn nur die Gewerkschaften und nicht die Industrieverbände in seiner Aktion vertreten seien, antwortete, dass diese „Kaufleute und Industrielle[n] ... nun einmal in der großen Mehrzahl an dem Bestehenden [hingen]“ und „nicht so leicht für neue, umwälzende Ideen zu gewinnen“ seien. Vor allem der FDP Delegierte in dem Komitee, Martin Blank, empfand dies als Affront. Kiesinger versuchte die Wogen zu glätten, indem er Monnet verteidigte und klarstellte, dass er keineswegs eine kritische Einstellung der deutschen Industrie gegenüber habe. Dem Komitee maßen die deutschen Teilnehmer eine große Bedeutung zu, was aus ihren hohen finanziellen Beiträgen hervorgeht.<sup>27</sup>

Nach der verlorenen Bundestagswahl 1953 hatte die SPD zunehmend ihre Europapolitik in Frage gestellt. Mit der Einrichtung des „Arbeitskreises für Fragen der europäischen Zusammenarbeit“ sollten innerparteiliche Kritiker und insbesondere deutsche Mitglieder der MSEUE stärker eingebunden werden. Dennoch rügte der Bundesvorstand 1954 einen Be-

<sup>22</sup> AdsD. NL Erler 64.

<sup>23</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 248-249.

<sup>24</sup> Siehe die Briefwechsel in AdsD. SPD-Parteivorstand. Sekretariat Ollenhauer. 2/PVAH0000012.

<sup>25</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 249. Zum Aktionskomitee siehe u.a.: Serra, rappresentanza degli interessi nella delegazione italiana.

<sup>26</sup> Vgl. die etwas überpointiert beschriebene, aber dennoch in die richtige Richtung gehende Einschätzung bei Cruciani, Sante: L'Europa delle sinistre. La nascita del mercato comune europeo attraverso i casi francese e italiano (1955-1957). Rom 2007. S. 57-62.

<sup>27</sup> Bühlbäcker, Europa im Aufbruch. S. 337 ff. Ebenso den Vorschlag des Sekretariats des Aktionskomitees für die Sitzung vom 19. und 20.7.1956, in: AdsD. Bestand Ollenhauer. 438.

schluss der MSEUE, der eine supranationale Organisation für eine europäische politische Gemeinschaft und für eine Beteiligung Deutschlands an der EVG als notwendig bezeichnete.<sup>28</sup> Der Einfluss der Arbeitsgemeinschaft auf die Politik der SPD blieb indes gering. Der SPD-Vorstand legte im Juli 1954 seinen Mitgliedern nahe, „sich von Bindungen zur MSEUE zu lösen“.<sup>29</sup> So lehnten Erler und Birkelbach die MSEUE als Plattform für eine engere Kooperation der sozialistischen Parteien im Monnet-Komitee ab.<sup>30</sup>

Die europapolitische Kursänderung wurde durch die tägliche Mitarbeit in den europäischen Gremien getragen. So lassen sich Birkelbachs Vorschläge zu einer neuen Struktur der EGKS nennen,<sup>31</sup> oder auch Schmidts Versuche, in der Beratenden Versammlung des Europarates am 22.10.55 erneut die Zusammenhänge zwischen europäischer Sicherheitspolitik und deutscher Einheit darzustellen.<sup>32</sup> Die europäischen Institutionen wurden akzeptiert. Gleichzeitig betonten beide Parteien, verstärkt Ansätze einer gemeinsamen Außenpolitik zu suchen, wobei sich in der Union der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses und der neue Außenminister, Kiesinger und Brentano, hervortaten.<sup>33</sup> Über Ansätze und Rhetorik gingen die Versuche nicht hinaus, vermochten aber, das Klima zwischen den Parteien zu ändern.

#### IV.1.1 Die laue Europadiskussion 1956

Im Frühjahr 1956 fand keine parteipolitisch polarisierende Europadebatte zwischen den Christen und Sozialdemokraten statt. Die Parteien behandelten die europapolitische Lage intern. So stellte sich für die SPD die Frage, wie der Messina-Prozess beeinflusst werden konnte. Sie sah dies durchaus parteipolitisch, befürchtete sie doch, dass die Union bei der EGKS wohl alles versuchen werde, um mit ihrer momentanen Mehrheit „Festpunkte“ zu fixieren. Noch sei der „Messina-Spuk“ unklar und in der Gemeinsamen Versammlung herrsche eine Tendenz zur Revision der Verträge. Es stelle sich die Frage, ob und wie Änderungsvorschläge gemacht werden sollten und wie man die Koalitionsabgeordneten in Bedrängnis bringen könnte.<sup>34</sup>

Die Christdemokraten machten keine weitgehenden Vorschläge, sondern überließen die Gestaltung der Bürokratie. Bei den Verhandlungen standen sich die deutschen und französischen Forderungen zum Gemeinsamen Markt und zur Euratom gegenüber. Die deutsche

<sup>28</sup> Unter den Mitgliedern sind Hermann Brill, Max Brauer, Otto Bach, Dieter Roser und auch Wilhelm Kaisen zu nennen. Siehe Rogosch, *Vorstellungen von Europa*. S. 243-244.

<sup>29</sup> Rogosch, *Vorstellungen von Europa*. S. 244-245.

<sup>30</sup> Siehe das Schreiben Erlers an Ollenhauer vom 2.11.1955. In: AdsD. Bestand Ollenhauer. 443. Auch zitiert bei Schmitz, *Deutsche Einheit und die Europäische Integration*. S. 68.

<sup>31</sup> Vorschlag Birkelbachs zur Reform der EGKS, der auf der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für europäische Zusammenarbeit beim Parteivorstand der SPD am 9.6.55 beraten werden sollte. In: AdsD. Bundestagsfraktion 2. WP 12.

<sup>32</sup> AdsD. Bundestagsfraktion 2. WP 275.

<sup>33</sup> Siehe den FAZ Artikel vom 15.11.1955. „Kiesinger und die SPD“. ACDP. 07-001-3364. Siehe auch das Schreiben von Lütken an Ollenhauer vom 21.10.55, in dem dieser von einer Besprechung mit Brentano über die Saar am Rande der Sitzung des Europarates berichtet. Lütken wertet dies als Versuch des Aufbaus einer gemeinsamen Außenpolitik. AdsD. Bundestagsfraktion 2. WP 19. Zu Kiesinger: Gassert, *Im Schatten Adenauers*. S. 284 ff.

<sup>34</sup> AdsD. Bundestagsfraktion 2. WP 13. Anlage zum Brief des Sekretärs Schöne. S. 1-2.



Regierung forderte eine ausschließlich friedliche Nutzung der Kernenergie und die gemeinsame Behandlung mit dem Gemeinsamen Markt, während Frankreich die Euratom von dem Gemeinsamen Markt trennen wollte, um die Euratom schneller zu verwirklichen und die Konkurrenz der deutschen Industrie hinauszuzögern. Dafür stimmte die französische Regierung einer supranationalen Struktur der Euratom zu.<sup>35</sup>

Innerhalb des Kabinetts war es vor allem Ehrhard, der gegen die kleine Lösung ohne England opponierte. Die funktionale These, wonach einer wirtschaftlichen automatisch eine politische Integration folgen müsse, wurde als eine Verkehrung der zu absolvierenden Schritte angesehen. So schrieb Erhard schon 1955, dass die „Integrationsbestrebungen einen anderen Ansatzpunkt und zwar einen solchen auf der politischen Ebene finden müssten.“<sup>36</sup> Adenauer wies ihn mittels seines Integrationsbefehls zurecht. Unterstützt wurde Erhard von zahlreichen Bedenken der deutschen Industrie.<sup>37</sup> So lobte der „Volkswirt“ am 14.1.56 im Artikel „Die Europäische Integration gestattet keine Teillösungen“ zwar das Endziel des Gemeinsamen Marktes, mahnte aber weitergehende Lösungen an und bezweifelte, ob der politische Wille mit Blick auf Frankreich für einen Gemeinsamen Markt wirklich vorhanden sei. Ferner wurden europäische Institutionen gefordert, die wirklich in der Lage seien, den freien Wettbewerb zwischen den Volkswirtschaften herzustellen.<sup>38</sup> Erhard kündigte für Ende des Jahres 1956 gar eigene Vorschläge im Kabinett für die europäische Integration an, nahm hiervon jedoch Abstand.<sup>39</sup>

Adenauer waren solche rein wirtschaftlichen Überlegungen fremd. Stattdessen wollte er unbedingt Frankreich für weitergehende Schritte der Europäischen Integration gewinnen. Deutschland sollte auch in Zukunft vor nationalen Alleingängen bewahrt und in der internationalen Gemeinschaft durch die europäische Einigung eingebunden sein. Daher war er zu weitgehenden Zugeständnissen bereit, die Erhard für übertrieben hielt, zumal ihm eine engere Zusammenarbeit mit der *économie programmée* ein Graus war.<sup>40</sup> Adenauer sah sich in seinen Warnungen vor einem materialistischen Menschen bestätigt. Die Deutschen müssten erst lernen, mit der neu geschenkten Souveränität und dem geschaffenen Wohlstand umzugehen. Bei der Bundestagswahl 1957 gehe es einmal mehr darum, das „Christentum in der Welt“ gegen eine noch größere Gefahr als den Nationalsozialismus, nämlich den Kommunismus, zu verteidigen. Man müsse nur nach Italien und Frankreich sehen und man erkenne, dass die Deutschen und die CDU „doch der Damm sind, der das westliche Europa und somit auch die übrigen Teile des nördlichen Europas allein noch schützen kann vor der kom-

<sup>35</sup> Thomas, Die Europa-Politik Italiens. S. 102. Hier werden die Verhandlungen auf der Konferenz von Brüssel im Februar 1956 geschildert. Ebenso Ballini, Pier-Luigi und Varsori, Antonio: Dal 'nazionalismo' di Pella all'eupeismo ‚pragmatico‘ (1953-1957), in: Dies. (Hg.): L'Italia e l'Europa, 1. S. 221-238. Hier: S. 234.

<sup>36</sup> Wegmann, Das neoliberale Europakonzept. S. 223 f. Zitat auf S. 224.

<sup>37</sup> So die Einschätzung italienischer Diplomaten vor dem Deutschlandbesuch Segnis im Januar 1956. Siehe Thomas, Die Europa-Politik Italiens. S. 100. Ebenso Bühner, Werner: "Der BDI und die Außenpolitik der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren", in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 40 (1992). S. 241-261. Hier: S. 258 ff.

<sup>38</sup> Siehe die italienische Version Erhard, Ludwig: L'integrazione europea non consente soluzioni parziali. In: CIRIEC, FRT. Serie attività di governo 15863.

<sup>39</sup> Hentschel, Erhard. S. 279-281.

<sup>40</sup> Koerfer, Kampf ums Kanzleramt. S. 141 f. Siehe ebenso den Brief Adenauers an Erhard vom 13.4.56. Abgedruckt in Morsey, Rudolf und Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Morsey, Adenauer Briefe 1955-1957 (bearbeitet von Hans Peter Mensing). Paderborn 1998. S. 184-189. Vor allem S. 189.

munistischen Flut“.<sup>41</sup> Adenauer legte im März nach. Demnach war die Wahl 53 leichter, weil die SPD mit ihrer „geradezu unbeschreiblich[en] Angriffstaktik“ der CDU Wähler zugetrieben habe. Ferner habe der weit verbreitete „Europagedanke“ geholfen, der aber in der „jüngeren Generation“ nun nicht mehr so stark verankert und durch das Scheitern der EVG geschwächt sei.<sup>42</sup> Ferner stellte die Bundesgeschäftsstelle der CDU zunehmend fest, dass sich die SPD wandelte. Allein schon Äußerlichkeiten wie das Verschwinden des traditionellen Rots und das Wechseln der Anrede von „Genossinnen und Genossen“ zu „Damen und Herren“ deuteten darauf hin, dass die SPD eben nicht mehr bürgerliche Wähler so leicht verschrecken würde.<sup>43</sup>

Der Kreis um Adenauer betonte Europa als Teil der westlichen Allianz, wofür alle Partner gebraucht würden, weshalb deren Entwicklung kritisch beobachtet wurde. So schaute die CDU mit Interesse über die Alpen und ließ sich von zwei Protagonisten der DC, Fanfani und Scelba, durch die deutsche Botschaft Dossiers anfertigen. Scelba wurde für seine Politik gelobt. Fanfani war sozial orientiert, hing aber dem Dirigismus an und wurde als jemand beschrieben, der „oft [ein] hartes Urteil über andere Meinungen“ fälle.<sup>44</sup> Dies hielt den Geschäftsführer der CDU, Bruno Heck, dennoch nicht ab, in Fanfanis Zeitschrift *La Discussione* im Dezember 1955 ein Interview zu geben. Auf die geradezu suggestiv gestellte föderalistische Frage, welche Bedeutung denn einem europäischen Bewusstsein in den einzelnen Völkern für die europäische Einigung zukomme, antwortete Heck, dass sich „- zumindest theoretisch -“ denken lasse, dass die öffentliche Meinung einen so starken Druck auf die Politik ausüben könne, dass diese zu einer europäischen Einigung gezwungen werde. Eine zu schwache Verbreitung des europäischen Gedankens sei aber mit Sicherheit nicht Schuld an dem heutigen Zustand der europäischen Einigung, zumal er in der deutschen Gesellschaft immer weitere Kreise umfasse. Stattdessen beschrieb Heck einen *top-down*-Mechanismus, wonach positive politische Entscheidungen die öffentliche Meinung beflügeln würden. Scheiterten Bemühungen, so sinke auch die Zustimmung. Aktuell liege es eher an den Regierungen und Parlamenten, zu handeln. Dennoch müsse in den europäischen Gesellschaften der europäische Gedanke gepflegt werden.<sup>45</sup> Heck respektierte also den föderalistischen Ansatz, wählte aber einen weitaus akteurszentrierteren Ansatz als die DC-Politiker, die in Reden immer wieder von einem europäischen Bewusstsein als Voraussetzung für eine europäische Einigung sprachen. Somit lavierte Heck in diesem Interview zwischen „Real- und Symbolpolitik“, die beide für die europäische Einigung notwendig seien. Hiermit zeichnete er die Auseinandersetzung bei den Föderalisten nach, wo sich Realisten um Friedländer und Idealisten um Spinelli um die richtige Methode für die UEF stritten, was schlussendlich zur Spaltung führen sollte.<sup>46</sup>

Gerade bei Staatsbesuchen durfte die europäische Symbolik jedoch nicht fehlen. Adenauer betonte bei einem Empfang des italienischen Ministerpräsidenten Segni und dessen Außenministers Martino am 6.2.56 den europäischen Gedanken. „Das deutsche Volk“ werde

<sup>41</sup> So Adenauer vor dem CDU-Bundsvorstand am 13.1.56. CDU-Vorstandsprotokolle 2. Nr. 11. 13.1.1956. S. 716 und S. 732 f. Zitat: S. 733.

<sup>42</sup> CDU-Vorstandsprotokolle 2. Nr. 13 vom 13.3.1956. S. 837.

<sup>43</sup> Siehe die „Analyse des Kölner SPD-Kongresses“ vom 31.1.56. ACDP. 07-001-10115.

<sup>44</sup> ACDP. 07-001-12096.

<sup>45</sup> Die deutsche Übersetzung des Interviews findet sich in: ACDP. 07-001-12096.

<sup>46</sup> Vgl. Pistone, *Federalisti Europei*. S. 131 ff.

niemals De Gasperis Einsatz für den „Wiedereintritt Deutschlands in die Gemeinschaft der europäischen Nationen“ vergessen. Er sei von der „großen historischen Verpflichtung, die das gemeinsame christlich-abendländische Erbe den Völkern Europas auferlegt“, durchdrungen gewesen. Die Integration Europas könne aber „nicht als eine isolierte Einheit“, sondern nur als „wesentlicher Bestandteil der freien westlichen Welt“ betrachtet werden, die durch den „Nordatlantikpakt“ gesichert werde.<sup>47</sup> De Gasperi war „als europäischer Gründervater“ präsent.

Europa wurde als Teil einer wertegebundenen westlichen Verteidigungsgemeinschaft aufgefasst. Die Europäische Einigung litt aber nach Pünder, der Sprecher der deutschen Delegation beim Europarat war, bereits an einem mangelnden Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung. Vor allem der Europarat habe wenig Kompetenzen und umfasse nur die Hälfte Europas, sei aber als Plenum enorm wichtig. Pünder machte deutlich, dass angesichts der zurückliegenden Einigungsversuche der große Wurf nicht zu erwarten sei, sondern ein geeintes Europa „auf vielen Wegen zu uns kommen“ werde. Die deutsche Delegation sei sich einig, an den konkreten Schritten mitzuwirken und dies sinnvoller sei, als eine europäische Erwartungshaltung zu schüren, die anschließend enttäuscht werde.<sup>48</sup>

Die europäische Integration war als parteiübergreifendes Ziel anerkannt. So war der Antrag der deutschen Delegation im Europarat der Auslöser für die Europadebatte im Bundestag vom 22.3.1956.<sup>49</sup> Während Adenauers Regierungserklärung eigentlich nichtssagend nur die unterschiedlichen Integrationsschritte beschrieb, wobei er die WEU rein zivil und ihrer Funktion als rüstungsbeschränkend beschrieb,<sup>50</sup> versuchte sich Erhard an einer vermittelnden Rede, indem er einerseits die Bemühungen im Rahmen der Messina-Initiative lobte, andererseits vor einer protektionistischen Abschottung warnte und eine weitere Zusammenarbeit in der OEEC anmahnte. Ganz seinem Konzept der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet schloss er, dass die Zusammenarbeit zu einem höheren Wirtschaftswachstum führen würde und damit verstärkte Sozialmaßnahmen finanzierbar seien. „Der Gemeinsame Markt wird auch unter politischem Aspekt seine Aufgabe dann am besten erfüllen, wenn dieser neben den hier beschriebenen ökonomischen und sozialen Wirkungen ein geistiger Hort der Freiheit wird und den Menschen neben dem Gefühl wachsender sozialer, ökonomischer und politischer Sicherheit den Glauben an die Erfüllung einer großen Aufgabe und an eine glückliche Zukunft vermittelt.“<sup>51</sup>

Pünder, Mommer und Leverkuehn berichteten über die Aktivitäten des Europarates, den Mommer als einflussreich, aber machtlos bezeichnete.<sup>52</sup> Die drei Delegierten betonten die gute, parteiübergreifende Zusammenarbeit der deutschen Delegation in Straßburg. Da gerade in Deutschland der Wunsch nach einem geeinten Europa groß sei, müssten die Werbemaßnahmen für den Europarat intensiviert werden.<sup>53</sup>

---

<sup>47</sup> Veröffentlichung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 155/56. ACDP. 07-001-3351. S. 1 f

<sup>48</sup> Bericht Pünders im DUD vom 21.3.1956. S. 1-2. ACDP. 07-001-3388.

<sup>49</sup> Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages. 2. Wahlperiode. Band 28. S. 7071 ff.

<sup>50</sup> Ebd. S. 7071 f.

<sup>51</sup> Erhard. Ebd. S. 7092 f.

<sup>52</sup> Ebd. S. 7076.

<sup>53</sup> Ebd. S. 7072 und 7075.

Statt zwischen den Parteien kam es eher zur Kontroverse zwischen Legislative und Exekutive. Vor allem Mommer kritisierte die mangelnde Wirkung des Europarates, was aber nicht an der Beratenden Versammlung, sondern an dem Ministerrat liege. Nun würden die Delegierten auf nationaler Ebene versuchen, zu weitreichenden Ergebnissen zu gelangen. Man wolle sich nicht mehr mit „Proklamationen begnügen“, sondern konkrete Maßnahmen vereinbaren.<sup>54</sup> Als solch einen konkreten Beitrag nannte Leverkuehn den Vorschlag der Versammlung, einen innereuropäischen Marshallplan für die südeuropäischen Länder zu könne. Hierfür eigneten sich vor allem die Mittel des ERP-Sondervermögens, die somit weiterhin ihren ursprünglichen Sinn zugeführt würden.<sup>55</sup> Auch Schmid war von diesem Plan für die SPD angetan. Da Solidarität und Demokratie grenzüberschreitend verpflichteten, müsse man den „unterentwickelten Gebieten“ helfen, wobei der Begriff nicht passe, denn diese Gebiete seien früher kulturell weiterentwickelt als Deutschland gewesen. Die Bundesrepublik stehe aufgrund ihrer jüngeren Geschichte in der Pflicht. Sie seien nicht nur ein ökonomisches Problem, sondern „Verpflichtungen gerade des Europäertums“.<sup>56</sup> Aus diesen Sätzen sprach auch bei Schmid neues Selbstbewusstsein angesichts der wirtschaftlichen Stärke der Bundesrepublik.

Schmid eröffnete die eigentliche Diskussion zwischen ihm und Kiesinger zum Europabegriff. Demnach habe die Mehrheit in der Beratenden Versammlung in einer EntschlieÙung erstmals nicht mehr an den Dogmen festgehalten, wonach erstens Europa „selbst zu einer Militärmacht“ gemacht werden müsse, „um die Welt dem Frieden näherzubringen“, zweitens der Zusammenschluss der europäischen Staaten automatisch die Wiedervereinigung Deutschlands zur Folge haben werde und drittens mit der Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes die „entscheidenden und letzten Hürden“ zu einer europäischen Einigung genommen worden seien. Endlich sei die Phase überwunden, in der es in StraÙburg Stimmen gegeben habe, die den Deutschen vorgeworfen hätten, schlechte Europäer zu sein, da sie die Wiedervereinigung über eine europäischen Einigung als Ziel gestellt hätten.

Man begnüge sich auf europäischer Ebene nicht mehr mit „europäischer Euphorie“, sondern bewerte Fakten. Europa müsse geschaffen werden, dürfe aber nicht einfach zu einem „Heerlager“ innerhalb der Spaltung der Welt werden. Hier entspann sich eine parteipolitische Debatte, denn Schmid forderte, mit Taten und nicht nur mit Worten zur Entspannung beizutragen. Wettrüsten erzeuge Misstrauen und dieses weitere Spannungen in der Welt. Folglich könne eine Entspannungspolitik nur mit einer Politik der Abrüstung einhergehen. Er würde dabei nicht so weit wie Adenauer gehen und der WEU eine rüstungsbeschränkende Funktion zuweisen wollen. Es müsse gefragt werden, ob deutsche Soldaten einen substantiellen Wert für die westliche Verteidigung hätten oder ob diese nicht nur Provokationen auslösten.

Die deutsche Wiedervereinigung aber sei ein „unverzichtbarer Faktor einer jeden Sicherheitspolitik“. Also könne die deutsche Frage nur gemeinsam mit der europäischen Sicherheit diskutiert werden und nicht, wie einige Vertreter Großbritanniens oder Frankreichs nahe legen würden, nacheinander. Die Bestätigung der europäischen Solidarität schlieÙe

---

<sup>54</sup> Ebd. S. 7075 f.

<sup>55</sup> Ebd. S. 7077.

<sup>56</sup> Ebd. S. 7078 f.

jedoch nicht aus, „daß bestehende Vertragssysteme durch bessere ersetzt werden, wenn sie uns eher dem Ziele zuführen können, das doch unser aller gemeinsames Ziel ist.“<sup>57</sup>

Eben jenes bestritt Kiesinger für die Koalition. Auch er stellte fest, dass man heutzutage anhand der Vielzahl der Pamphlete geradezu gezwungen sei, für Europa einzutreten. Letztlich müssten aber die Realisten gegen die „Zöllner und Mautner“ obsiegen.<sup>58</sup> An den Grundargumenten für die europäische Integration habe sich aber trotz aller Entwicklungen nicht viel geändert, weshalb er Schmid widersprach. Trotz des 20. Parteitages der KPdSU bliebe es beim Ziel des Kommunismus, die Weltherrschaft zu erlangen, weshalb das Ziel des vereinten Europa umso wichtiger bleibe. Aufgrund der breiten Vorlage der heutigen Debatte sei es nicht verwunderlich, dass Schmid über die allgemeine große Politik der Ost-West-Beziehungen und der europäischen Einigung in ihr gesprochen habe. Gemeinsamkeiten wollte Kiesinger nun aber nicht wiederholen, sondern die trennenden Punkte betonen. Die „Verwirklichung eines vereinigten Europas“ sei eine sehr allgemeine, vielseitig interpretierbare Forderung. Selbst Gegner eines vereinigten Europas führten die „Vereinigten Staaten von Europa“ im Munde. Nach Rückschritten in der militärischen und politischen Integration versuche man nun in Brüssel die wirtschaftliche Integration. Oft werde den Befürwortern vorgeworfen, keine Argumente für eine Integration außer der Integration selbst zu haben. Dies sei falsch, zumal sich die Gegner häufig selbst einfacher Negation ergießen würden, was ihm selbst ein britischer Abgeordneter vor kurzem gestanden habe.<sup>59</sup> Grundsätzlich blieb aber die Zielrichtung Kiesingers bestehen: Europa war ein Teil der westlichen Verteidigungsgemeinschaft.

Schmid hingegen wandte implizit das alte Gleichberechtigungsargument auf die gesamte internationale Situation und die NATO an. Die großen Mächte dürften nicht über die Köpfe der Deutschen hinweg entscheiden. Ein vereintes Deutschland könne nur geschaffen werden, wenn dieses weder vom Osten noch vom Westen als Bedrohung und als Teil des gegnerischen Lagers wahrgenommen werde. Deutschland könne somit weder dem einen noch dem anderen Block angehören noch neutral sein: folglich bleibe nur ein kollektives Sicherheitssystem.<sup>60</sup> Schmid malte eine rosarote europapolitische Vision an die Wand. Ein freiwilliger Verzicht auf die militärische Nutzung der nuklearen Energie könne in Europa pazifizierend und entspannend für die ganze Welt wirken. Technisch gesehen müsste eine europäische Kommission geschaffen werden, die das Eigentum an den Brennstoffen haben sollte, wobei die überseeischen Gebiete und Kolonien einbezogen werden sollten. Diese Kommission sollte wiederum von einer „Gemeinsamen Versammlung, die echte parlamentarische Kompetenzen haben soll,“ überwacht werden, der ein Ministerrat und ein beratender Ausschuss an die Seite gestellt werden sollte. Die Euratom müsse auch dann geschaffen werden, wenn kein Gemeinsamer Markt entstehe.<sup>61</sup>

Kiesinger bestritt den Wandel der Beratenden Versammlung des Europarates, den Schmid als „weg von militärischen Dingen“ hin zu einer realistischen Einschätzung bezeichnet hatte.<sup>62</sup> Die Entwicklung sei einzig daraus entstanden, dass sich nun andere Pro-

---

<sup>57</sup> Ebd. S. 7078 f.

<sup>58</sup> Ebd. S. 7082.

<sup>59</sup> Ebd. S. 7083.

<sup>60</sup> Ebd. S. 7080.

<sup>61</sup> Ebd. S. 7081 f.

<sup>62</sup> Ebd. S. 7078-7082.

bleme als damals stellen würden. Es habe keinen Bruch mit alten Dogmen gegeben, stattdessen habe die SPD eingesehen, dass sie seinerzeit unrecht gehabt hätten, was Mommer und Schmid in Zwischenrufen bestritten. Er freue sich aber, dass nun der Wille zur europäischen Zusammenarbeit vorhanden sei. Die Resolution entspreche nicht der alten Positionen der SPD. Abrüstung und Entspannung seien notwendige Schritte im Rahmen der in den Pariser Verträgen angenommenen Verpflichtungen. Man könne nicht alleine ausscheren, denn nur zusammen könne man „die Freiheit unseres Vaterlandes und Westeuropas“ verteidigen. Schmid's Behauptungen, dass sich der Westen und der Osten bedroht fühlten, seien nur in Teilen richtig. Natürlich müssten Abrüstung und Entspannung verfolgt werden, aber man dürfe sich nicht dem Irrtum hingeben, „Westeuropa schutz- und schildlos“ zu lassen.

In der Frage der Verbindung der Wiedervereinigung mit der europäischen Sicherheit stimme Kiesinger mit Schmid in fast allen Punkten überein. Daher könne man bei dem letzten Briefwechsel zwischen Bulganin und Eisenhower froh sein, dass der amerikanische Präsident darauf hingewiesen habe, dass erst das deutsche Problem gelöst werden müsse.<sup>63</sup>

Trotz aller Kritik an zu pathetischen Forderungen im Bereich der europäischen Integration konnte Kiesinger selbst nicht ohne Pathos schließen. Es sei doch erstaunlich, wie Tocqueville mit seiner Prophezeiung recht gehabt habe.

„So gewaltig die Riesenmächte um uns herum herangewachsen sind und so gewaltig neue Riesenmächte in anderen Gegenden unseres Planeten in den kommenden Jahrzehnten erstarken werden, so sicher ist es, daß es in unsere Hände gegeben ist, dieses Europa, von dem einmal die Prägung unseres Planeten ausgegangen ist, durch Zusammenfassung aller seiner Kräfte wiederum in eine Position unserer Welt zu rücken, die der Ehre und dem Ruhm seines alten Namens, der Intelligenz und Kultur seiner Bevölkerung würdig ist.“<sup>64</sup>

Welch positive Folgen für die europäische Integration eben doch aus der viel gescholtenen Teilintegration erwachsen konnten, machten indes Furler am Beispiel der „friedliche[n] Verwertung der Atomkraft“ und Kreysing indirekt an der Montanunion deutlich, indem er die gute Mitarbeit der SPD an der sozialistischen Fraktion im Montanparlament betonte.<sup>65</sup> Letzterer brachte einmal mehr zum Ausdruck, dass die europäische Integration keineswegs auf die sechs Staaten der EGKS beschränkt bleiben dürfe.<sup>66</sup> Darüber hinaus verstand die SPD es, die europäische Ebene als Bedingung für die eigene Politik zu akzeptieren und für eigene Forderungen zu instrumentalisieren. So forderte Deist eine Sozialisierung wichtiger Kohle- und Stahlbetriebe, um im Konkurrenzkampf bestehen zu können, was sich vor allem gegen den staatlichen Sektor in Frankreich richtete.<sup>67</sup>

Die SPD hoffte inständig auf eine weitergehende Entspannung. Den XX. Parteitag der KPdSU schätzte Ollenhauer als Wende in der internationalen Politik ein. In seinem Vortrag vor dem Parteivorstand, dem Parteiausschuss und der Kontrollkommission konstatierte er

<sup>63</sup> Ebd. S. 7084 f.

<sup>64</sup> Ebd. S. 7085.

<sup>65</sup> Furler. Ebd. S. 7093.

<sup>66</sup> Ebd. S. 7102 f.

<sup>67</sup> „Der Sozialisierungsartikel des Grundgesetzes und der Sozialisierungs-Gesetzentwurf der SPD (Dr. Deist) in Bezug auf die Unternehmensformen der sozialisierten Wirtschaftszweige.“ S. 5. Dabei war dies nur ein Argument. Ein weiteres Argument war die Verhinderung privater Konzentration wirtschaftlicher Macht. AdsD. Bundestagsfraktion 2. WP 255.

das Ende einer Nachkriegsperiode, womit sich die einseitige Annäherung der Bundesrepublik an die westlichen Mächte erübrigen würde. Gleichzeitig zog er aus den Moskauer Ereignissen den Schluss, dass die SPD innerhalb der sozialistischen Parteien noch aktiver werden müsse, um mit der SFIO und der *Labour Party* eine weitere Annäherung zu erreichen.<sup>68</sup> Adenauer hingegen warnte vor der neuen sowjetischen Taktik, die nicht nur in den „neutralistischen und den nicht festgelegten Ländern“ Erfolg habe, sondern auch in Europa und den Vereinigten Staaten. „Nachdem der Ansporn der unmittelbaren Bedrohung scheinbar entfallen ist, weist die westliche Allianz heute gewisse Ermüdungserscheinungen auf, die sehr wohl zu einer Lockerung unseres Verteidigungsbündnisses führen könnten. In der Öffentlichkeit mancher unserer Länder sind Zweifel an der Richtigkeit unserer bisherigen Politik und Rufe nach ihrer Überprüfung laut geworden.“ Uneinigkeit sei die Folge. „Die Völker des Westens werden der ständigen Ausgaben und Anstrengungen für die Rüstung müde und neigen wieder dazu, ihre nationalen Interessen in den Vordergrund zu stellen.“ Dies sei selbst in den USA der Fall, „dessen Idealismus von jeher so stark gewesen“ sei.<sup>69</sup> Den Verlockungen und der neuen sowjetischen Taktik könne nur mit Geschlossenheit begegnet werden, denn Europa und die USA blieben bedroht. Trotz Bemühungen auch „auf anderen Gebieten“ dürften diejenigen für „unsere militärische Sicherheit“ nicht nachlassen.

„Die Völker des Westens haben bisher immer noch bewiesen, daß sie die Kraft des Glaubens besitzen, die es ihnen ermöglicht, im Augenblick der Gefahr zuversichtlich und opferbereit zu sein. Ich bin davon überzeugt, daß unser bisheriger Weg der richtige ist und daß wir ihn unbeirrt mit Mut, Entschlossenheit und in Einigkeit weiterverfolgen sollen.“

An der Zuverlässigkeit der Bundesregierung könne nicht gezweifelt werden. „Unsere Zugehörigkeit zum Westen ist kein Handelsobjekt; der europäische Gedanke kein bloßes Mittel zum Zweck, sondern ein neues Ideal, an das wir glauben. Diese Überzeugungen sind im deutschen Volk, in der deutschen Jugend, fest verwurzelt und sind keine Angelegenheit etwa nur von Parteien.“<sup>70</sup> Jene starre Haltung des Kanzlers traf auf den Widerspruch der SPD. Sie warf ihm vor, an einer alten Konzeption festzuhalten. So müsse er nun auf die Möglichkeiten einer Abrüstung eingehen.<sup>71</sup>

Auf europäischer Ebene näherten sich Erler und Brentano im Europarat durch formelhafte Aussagen, wonach eine Abrüstung nur durch eine deutsche Wiedervereinigung möglich sei und diese wiederum ein europäisches Sicherheitssystem bedinge, an. Unterschiede ergaben sich auch hier bei der Einschätzung, ob die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik einst verhandelbar sein werde und ob Moskaus neue Politik auch für den Westen Chancen biete.<sup>72</sup> Brentano drehte die Forderung im Vergleich zur SPD um: sie forderte, dass erst ein

<sup>68</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 250.

<sup>69</sup> Adenauer vor dem *Council on Foreign Relations* in New York am 14.6.56. In Adenauer, Reden. S. 316-324. Hier: S. 317. Adenauer sah durch die Entwicklungen in der Sowjetunion die Lage keineswegs verändert. Entscheidendes Merkmal von Diktaturen sei die Rechtlosigkeit und nicht die Anzahl an Diktatoren. In: Morssey, Rudolf und Schwarz, Hans-Peter (Hg): Adenauer. Teegespräche 1955-1958. (bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters). Berlin 1986. S. 93.

<sup>70</sup> Adenauer, Reden. S. 321-323. Zitat: S. 322 f.

<sup>71</sup> Kommentar „Adenauer und die Abrüstung“ im Vorwärts vom 23.3.1956. Abgedruckt in: DzD 3/2/1 (1956). S. 188-192.

<sup>72</sup> Die Reden sind teilweise abgedruckt in DzD 3/2/1 (1956). S. 264-268 sowie S. 272-277.

kollektives Sicherheitssystem ein geeintes Deutschland ermöglichen würde. Nach Brentano konnte es nur dann Sicherheit und Frieden geben, wenn es ein Deutschland gebe.<sup>73</sup>

Die zwischen Erler und Kiesinger im Südwestfunk stattfindenden „Parlamentarischen Zwiegespräche“ waren ein weiterer Ort der Auseinandersetzung, wo beide Politiker scheinbar fernab des politischen Streits über Themen philosophierten. Die Sendung vom 23.4.56 behandelte angesichts der Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarates die europäische Integration. Eingehend auf die Entwicklungen seit Messina gingen beide Politiker auf die Atomproblematik ein, wobei sich beide Politiker der Chancen einig waren. Erler forderte den absoluten Verzicht auf eine eventuelle militärische Nutzung und eine alleinige staatliche Atomindustrie, während Kiesinger zwar aktuell die Atomindustrie nicht militärisch nutzen wollte, den europäischen Staaten aber nicht für die gesamte Zukunft eine solche Nutzung verbauen wollte. Was den staatlichen Aufbau der Atomindustrie betraf, warnte er mit den Schlagworten „Nationalisierung, der Vergesellschaftung, der Überführung in die öffentliche Hand“, was indes Erler bestritt, der die Energieproduktion als Daseinsvorsorge darstellte - zumal hier noch nichts aufgebaut worden und nichts zu vergesellschaften sei. Erler schlug einen pragmatischen Weg für die Lösung der Probleme vor, wobei er „Wettbewerb soweit wie möglich und so viel vernünftige Ordnung wie nötig“ aus dem letzten Parteitagbeschluss der SPD entlehnte. Auch Kiesinger forderte solche Lösungen, die nicht durch Systemfragen wie die der Supranationalität belastet werden dürften.<sup>74</sup> Erler führte im Sommer 56 die USA als Gewähr für seine Ausführungen an, wonach sich Wettbewerb und Planung ergänzen müssten, wobei er natürlich auf den *New Deal* abhob.<sup>75</sup> Die parlamentarischen Zwiegespräche fanden zwischen den beiden Politikern regelmäßig statt. Hier wurde eine *tour d'horizon* der Außenpolitik unternommen, wobei Sicherheitsaspekte im Vordergrund standen und Kiesinger insistierte, dass Europa noch nicht ausreichend geschützt sei.<sup>76</sup> Erler bemühte sich um den direkten Kontakt mit den Koalitionspolitikern und wollte endlich mitbestimmen. Trotz Streits zum Beispiel über die Länge der Wehrpflicht vertrat Erler in Artikeln in Italien und Frankreich die Auffassung, dass man sich nicht in einem „ostruzismo“ ergießen dürfe, sondern mitbestimmen müsse.<sup>77</sup> Trotz der Anerkennung „Unsere[r] Pflicht“ appellierte Erler aber daran, dass der Ost-West-Konflikt nicht militärisch gewonnen werden könne. Es dürfe nicht verboten sein, darüber nachzudenken, dass ein wiedervereinigtes Deutschland eben nicht der NATO angehöre.<sup>78</sup>

Der Münchener Parteitag im Juli 1956 und ein Papier Fritz Heines bestätigten die Positionen der SPD zur Deutschlandpolitik. Die Lösung der deutschen Frage war untrennbar mit der internationalen Problemlage verbunden. Folglich forderte der Parteitag „eine neue Außenpolitik der Bundesrepublik“, die „alle Anstrengungen“ unternehmen müsse, „um auf die

<sup>73</sup> Rede Brentanos vor der Beratenden Versammlung des Europarates vom 18.4.1956 findet sich auch in: Brentano, Reden. S. 192-197. Insbesondere S. 192 und S. 196. Ähnlich im Kommuniqué über die Besprechungen Brentanos mit Dulles vom 5.3.57. In: DzD 3/3/1 (1957) S. 460 f.

<sup>74</sup> Abdruck des Gesprächs in ACDP. 07-001-3388.

<sup>75</sup> Erler, Fritz: Was bietet uns Amerika? Artikel in „Der mündige Christ“. Artikel vorhanden in AdsD. Nachlass Fritz Erler. 12 B.

<sup>76</sup> Vgl. Soell, Erler. S. 355 ff. Siehe zum Beispiel das Gespräch vom 18.6.56. AdsD. Nachlass Fritz Erler 12 B.

<sup>77</sup> Artikel in der *Libera Stampa* und der *gauche européenne* vom Januar 1956. In: AdsD. Nachlass Fritz Erler. 12 A.

<sup>78</sup> Erler, Fritz: Unsere Pflicht. In: SPD-Pressedienst vom 16.4.56. AdsD. Nachlass Fritz Erler. 12A.



Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa hinzuarbeiten.“<sup>79</sup> Eine neue Außenpolitik müsse sich nach Ollenhauer auch in der Europapolitik niederschlagen. „Die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Zukunft muß so breit und so offen für alle wie nur möglich sein. Die engen Integrationsvorstellungen müssen überwunden werden.“<sup>80</sup> Europa wurde in den restlichen Tagen nur noch vereinzelt behandelt, da vor allem das Verhältnis zur „sowjetisch besetzten Zone“ und die Diskussion zur Wehrgesetzgebung im Mittelpunkt standen. Bei der abschließenden „Entschließung zur allgemeinen Politik“ wurde Europa ebenfalls nur am Rande erwähnt. Hier hieß es lapidar: „Teilnahme der Bundesrepublik an allen Bemühungen, die europäische und die weltumspannende wirtschaftliche Zusammenarbeit aus der Erstarrung fruchtloser ideologischer und regional begrenzter Integrationsversuche zu lösen und sie auf die gesunde Grundlage der Förderung des allgemeinen Wohls zu stellen.“<sup>81</sup> Der Parteitag markierte die weitere Entwicklung der SPD. In der Wirtschaftspolitik sollte die 2. Industriellen Revolution gestaltet werden.<sup>82</sup> Ausdruck dessen war die Verabschiedung des Atomplans. Die neue Nukleartechnologie schien mehrere Probleme zu lösen. Sie sollte den Energiehunger stillen und schien gleichzeitig für die internationale Zusammenarbeit besonders geeignet zu sein.<sup>83</sup> In der CDU-Geschäftsstelle wurde der SPD-Parteitag als weiterer Schritt zur Verwässerung der SPD-Programmatik wahrgenommen, ohne dass sich substantiell etwas ändere.<sup>84</sup>

Vor allem drei Personengruppen prägten die Europapolitik der SPD: der Parteivorstand, der Vorstand der Fraktion mit dem jeweiligen außenpolitischen Arbeitskreis und den Parlamentariern im Montanparlament. Die Kreise waren personell miteinander verbunden, wobei die maßgeblich bestimmenden Kräfte in der Fraktion – auch in der Außenpolitik – immer stärker Eler, Wehner und Schmid wurden, die somit die Lücke, die Schumacher hinterlassen hatten, langsam füllten. Im erweiterten Kreis ließen sich der Europapolitiker Birkelbach und der Wirtschaftspolitiker Deist nennen. Die Modernisierer waren in der Partei und in der Außenpolitik zunehmend tonangebend, wobei gerade jene häufig in den europäischen Gremien mitarbeiteten und durch die regelmäßige Arbeit in den europäischen Gremien an diese gewöhnt wurden. Eine Sonderrolle sollte ab 1957 Willy Brandt als Regierender Bürgermeister von Berlin spielen, der durch die Berlinfrage ständig außenpolitische Positionen beziehen musste.<sup>85</sup> Dabei blieben der Pressedienst und der Vorwärts noch lange Zeit direkt an den Parteivorstand gebunden, während ab dem Ende der 50er Jahre die Fraktion bereits nuancierter die eigenen politischen Vorstellungen darlegte.<sup>86</sup> Das bedeutete keineswegs, dass man mit der Regierungspolitik *d'accord* ging. Ollenhauer sah hingegen

<sup>79</sup> So lautete ein Satz der auf dem Münchener Parteitag 1956 formulierten „Forderungen der Sozialdemokratischen Partei zur deutschen Wiedervereinigungsproblematik“. Abgedruckt im Protokoll des SPD Parteitages vom 10. bis 14. Juli 1956, S. 344-347. Zitiert nach Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 251.

<sup>80</sup> Zitiert nach Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 251.

<sup>81</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 251-252. Zum Münchener Parteitag und die Diskussion zur Wehrpflicht siehe Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. S. 356 ff.

<sup>82</sup> Siehe Bellers, die Godesberger SPD. S. 78.

<sup>83</sup> AdsD. Bestand Bundestagsfraktion 2. WP 69. Atomplan der SPD, beschlossen auf dem Parteitag der SPD vom 10. bis 14.7.1956.

<sup>84</sup> „Analyse des Parteitages der SPD in München vom 10. bis 14. Juli 1956“. ACDP. 07-001-10115.

<sup>85</sup> Vgl. Bellers, die Godesberger SPD. S. 94-96. Zu den einzelnen Politikern und den Gruppen in der SPD siehe ebd. S. 97 ff.

<sup>86</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 105.

die Haltung der SPD seit 1950 bestätigt.<sup>87</sup> Er kritisierte, dass Adenauer ein Europa „mit einer halben Wendung gegen Amerika“, „ein[en] politischer Irrsinn“, plane. Einmal mehr zeigte sich in seinen Ausführungen, dass vor allem die Zusammenarbeit im Bereich der Atomenergie die Mitarbeit der SPD im Aktionskomitee Monnets und die Zustimmung zu den Verträgen sicherte. Gerade in diesem Bereich schien ein progressives und modernes Europa ebenso wie die Vergemeinschaftung eines bedeutenden Wirtschaftszweigs möglich.<sup>88</sup> Hier wurde eines der Motive der europäischen Integration deutlich, nämlich die Projektion nationaler Politik, hier der wirtschaftlichen Ordnungspolitik, auf die europäische Ebene.

Der Begriff Europa diene dabei der Legitimation der Forderung nach der deutschen Einheit auf dem internationalen Parkett. Gerade gegenüber den sozialistischen Bruderparteien stellte die SPD immer wieder heraus, dass die deutsche Teilung die eigentliche Bedrohung der europäischen Sicherheit sei.<sup>89</sup> Der SPD-Abgeordnete Birkelbach stellte fest, „dass eine solch intensive politische Aktivität in Richtung Westen entfaltet wird, während das Gegenstück auf der innerdeutschen Linie und unter Umständen auch in einem gewissen Sinne nach Osten durchaus fehlt.“<sup>90</sup> Erler führte dieses vorsichtige Vortasten in der Sicherheitspolitik in einem Artikel der *Libera Stampa* vom 28.6.1956 aus. Erler machte zwar klar, dass eine militärische Verteidigung notwendig sei, die Frage der internationalen Sicherheit, aber gerade angesichts der Entstalinisierung nicht nur, wie bisher, militärisch beantwortet werden dürfe. Die gegenseitige Konfrontationsstellung habe nicht zu einer schwächeren Stellung der Sowjetunion geführt, sondern diese sei momentan stärker als zuvor. Er sehe die Notwendigkeit sich bis zu dem Grad zu rüsten, wie auch das andere Lager gerüstet sei, aber kein wenig mehr. „Rüstungsanstrengungen können die Politik nicht ersetzen. Und dies ist der Fehler, den wir jetzt bitter bezahlen müssen.“ Dabei werde der Konflikt auch in anderen Regionen geführt. Man müsse verhindern, dass sich die neuen Staaten unter die Herrschaft der Sowjetunion begeben würden. Dabei würde sich aber deren Überzeugung nur durch das Konzept der Freiheit ergeben, die sich aber nur aus einer inneren Freiheit heraus entwickeln könne. „*Il presidente Eisenhower ha espresso questa idea con il termine „coesistenza competitiva“ che si applica a tutte le regioni dove i russi si presentano non come gente che intenda trasformare questi paesi relativamente indipendenti in satelliti, ma coprendosi invece degli orpelli di salvatori. Sappiamo benissimo come si debbano interpretare queste manifestazioni russe, ma quale che importa è che siano proprio i paesi la cui sorte è in gioco che comprendano che cosa si tratta. È il loro atteggiamento che conta e non la nostra analisi.*“

Abrüstung, Wiedervereinigung und Sicherheit seien ein Themenkomplex. Wenigstens ein Minimum an *fiducia vigilante o di fiducia controllata* müssten erreicht werden, um das deutsche Problem zu überwinden. Man brauche einen Status für Deutschland zwischen den Blöcken. Dabei müssten die Überlegungen über die Abrüstung auch die Verträge von Paris als Verhandlungsmasse einschließen. Dabei wolle man nicht hinter dem Rücken des Westens verhandeln, sondern freundschaftlich mit den Partnern die Strategie absprechen. Noch einmal betonte Erler, dass es die Sowjetunion sei, die ein Interesse an der Erhaltung des

<sup>87</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 252.

<sup>88</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 252-253. Insbesondere die Fußnoten 36-38.

<sup>89</sup> Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. S. 363.

<sup>90</sup> Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. S. 367.

*status quo* habe. Dabei müssten die Deutschen erst an die eigenen Angelegenheiten denken, und erst dann an die Fragen der westlichen Freunde. Dabei müsse Deutschland das gesamte Vertrauen der anderen Staaten ihm gegenüber wahren.<sup>91</sup>

Gegenüber diesen Sicherheitsüberlegungen und der Debatte der Sicherheitsfrage hatten die Entwicklungen der europäischen Integration keine Chance, öffentlich diskutiert zu werden. Die Außenministerkonferenz in Venedig Ende Mai 1956, auf der Regierungsverhandlungen beschlossen wurden, die in Brüssel zur EWG, der EGKS und zur Euratom begannen, war einzig Thema des Auswärtigen Ausschuss am 26.6.1956. Die Sitzung bot kaum Konfliktpotential, war man sich doch parteiübergreifend einig, dass die europäische Integration weitergeführt und die anderen Staaten der OEEC einbezogen werden müssten.<sup>92</sup> Vor allem Erhard hatte in einem Brief an Brentano diesen noch einmal gewarnt, einem Gemeinsamen Markt zuzustimmen, der „autark und protektionistisch“ angelegt sei.<sup>93</sup> Mit seinen Warnungen blieb Erhard im Kabinett in der Minderheit. Die Konferenz von Venedig im Mai stufte die deutsche Regierung als Erfolg ein. Es kam aufgrund des Nicht-Einbezugs der überseeischen Gebiete und der Frage der militärischen Nutzung der Kernbrennstoffe sowie dem Besitz an diesen zu Meinungsverschiedenheiten mit Frankreich. Die eingesetzte Kommission unter Spaak handelte ohne Probleme den Komplex der Zollunion aus. Schwieriger gestaltete sich die Frage nach den Bestimmungen für die Wirtschaftsunion. Hier drängte der deutsche Delegationsleiter Ophüls, und eben nicht Müller-Armack vom Wirtschaftsministerium, auf Organe hin, die eine spätere politische Einigung ermöglichen sollten. Am Schluss der Verhandlungen am 28.2.1957 wurde in einem Protokoll festgehalten, dass im Falle der Wiedervereinigung die Verträge überprüft werden müssten.<sup>94</sup> Wie bereits 1951 betonte Adenauer bei seinem Besuch 1956 in Italien, dass man gemeinsam eine europäische Einheit, auch als Erbe De Gasperis, anstreben müsse, wobei er als Ziele eine gemeinsame europäische Außenpolitik nannte.<sup>95</sup>

Unbeachtet von der deutschen Öffentlichkeit barg die Diskussion um die EWG vor allem in der Regierung selbst Konfliktpotential. Erhard sprach sich vehement für das Freihandelsprojekt im Rahmen der OEEC und die Beteiligung Großbritanniens aus und forderte gar, die Verhandlungen im Rahmen der EWG zu unterbrechen, um den britischen Vorschlag einer Freihandelszone vom Sommer 56 zu verhandeln, was jedoch angesichts der Suezkrise

---

<sup>91</sup> Erlers, Fritz: *La politica internazionale vista da un socialista germanico*. In: *Libera Stampa* vom 28.6.1956. AdSD. Nachlass Fritz Erlers. 12 B. Zum Ansatz Erlers, in der Verteidigungspolitik mitbestimmen zu können, siehe Soell, Erlers. S. 189 ff.

<sup>92</sup> Bracher, Karl Dietrich: *Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages 1953-1957*. Zwei Halbbände. (bearbeitet von Wolfgang Hölscher). Düsseldorf 2002. Nr. 60. S. 1305 f. Zur Bedeutung der Konferenz siehe die Anmerkung 66.

<sup>93</sup> Lappenküper, Ulrich: *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949-1963*. München 2001. Band 1. S. 1014. Zu den unterschiedlichen Argumenten vor allem der wirtschaftspolitisch argumentierenden Gegner siehe Loth, Wilfried.: *Deutsche Europa-Konzeptionen in der Gründungsphase der EWG*, in: Hrbek, Rudolf und Schwarz, Volker (Hg.): *40 Jahre Römische Verträge: Der deutsche Beitrag*. Baden-Baden 1998. S. 24-35. Besonders S. 29 f.

<sup>94</sup> Zu den Verhandlungen in Venedig: Ebd. S. 1016 ff. Sonst: Müller-Roschach, *Die deutsche Europapolitik*. S. 57 f.

<sup>95</sup> Grußwort Adenauers in der *La Discussione* vom 8.7.56 auf der Titelseite neben einem Artikel Giorgio Vecchiatos mit dem Titel: *L'Italia La Germania e l'Europa nei colloqui con il Cancelliere tedesco*.

schnell obsolet werden sollte.<sup>96</sup> Sie eröffnete die Möglichkeit für die französische Zustimmung nach dem Desaster am Suez. Sie überdeckte auch die noch schwebenden Saarverhandlungen, zu denen Hallstein ausführte, dass sich bei der Saarfrage wie bei der Hydra verhalte: wenn eine Frage gelöst sei, ergäben sich drei neue. Dabei wurden in den letzten Abkommen nur letzte Details geregelt.<sup>97</sup> An der Saarfrage wurde Adenauers pragmatischer Politikstil deutlich. Eigentlich wurde die Saarfrage entgegen seinen Vorschlägen gelöst. Dennoch scheute er sich nicht, die Eingliederung als Erfolg seiner Außenpolitik im Wahlkampf 1957 zu verkaufen.<sup>98</sup>

Adenauers Rede vor der *Grandes Conférences Catholiques* in Brüssel vom 25.9.1956 war ein Indiz für den von ihm vorgenommenen Schwenk hin zu einem stärker intergouvernemental ausgerichteten Europa.<sup>99</sup> Seine Rede auf der Schlusskundgebung des Katholikentages in Köln im September war der geeignete Ort, um sein Europabild noch einmal christlich, wenn nicht sogar katholisch zu fundieren. Er sprach von den Wirren der Zeit und beschwor das Gemeinschaftsgefühl, das beim Abschlussgottesdienst geherrscht habe, welches aber zugleich auf der Freiheit jedes einzelnen fuße, die durch das Christentum garantiert werde, wobei er sich auf einen Paulusbrief berief: „Wo der Herr ist, ist Freiheit.“ Dem könne man hinzufügen: „Wo der Geist des Herrn nicht ist, da ist Unfreiheit und Sklaverei.“ Jener Geist der Unfreiheit verbreite sich durch den herrschenden Materialismus weiter. Atheismus, Vermassung und „Nichtbeachtung der geistigen Werte“ bedingten einander. Jeder einzelne war nach Adenauer aufgefordert dagegen vorzugehen.<sup>100</sup>

In seiner Brüsseler Rede sprach er jene geistigen Werte nur am Rande an.<sup>101</sup> Stattdessen machte er als Hauptziel der ersten europäischen Integrationsschritte die Verhinderung neuer Kriege in Europa aus, was mit der Montanunion und dem Europarat erreicht sei. Adenauer sprach sich gegen zu starken Perfektionismus und neue supranationale Institutionen aus, da diese den weiteren Einigungsprozess nicht befördern würden, sondern eher hinderlich seien. Dass die europäische Einigung weiterhin notwendig sei, habe vier Gründe: Erstens die sowjetische Bedrohung und zweitens die Notwendigkeit, irgendwann nicht mehr auf die Patronage der USA angewiesen zu sein. Drittens ergebe sich durch die Schwäche der europäischen Einzelstaaten ein „Abhängigkeitsgefühl“, das aufgrund der technischen Entwicklung und der atomaren Bewaffnung „zu untragbaren Verhältnissen für alle Kleinen“ führen würde. Viertens drängten „nicht-weiße“ Völker in das Weltgeschehen, vor allem Rot-China und Indien. Aber am deutlichsten werde die revidierte Position Europas an den aktuellen Vorgängen am Suezkanal.<sup>102</sup>

Zur Bewahrung der europäischen Kultur sei ein Zusammenschluss notwendig, der ein Mittelweg zwischen supranationalen Einrichtungen und der Abhängigkeit von den einzelnen Staaten sei. Für die kommenden Schritte, wobei sich europäische Integration und die

<sup>96</sup> Koerfer, Kampf ums Kanzleramt. S. 142 f. Siehe ebenso Loth, Deutsche Europa-Konzeptionen. S. 30.

<sup>97</sup> Auswärtiger Ausschuss 53-57. Nr. 62.

<sup>98</sup> Adenauer vor dem Vorstand am 20.9.1956. CDU-Vorstandsprotokolle 2. Nr. 16. S. 1016 ff.

<sup>99</sup> Geiger, Adenauer e l'Europa S. 257 f.

<sup>100</sup> Adenauer, Reden. S. 324-327. Zitate S. 325 f. Zum Freiheitsbegriff Adenauers und dessen Entwicklung aus dem Christentum heraus siehe Weidenfeld, Adenauer und Europa. S. 99 f. Insbesondere die Zitation aus dessen Vortrag vor der Evangelischen Akademie Westfalen in Bochum vom 14.7.57.

<sup>101</sup> Gesamte Rede in Adenauer, Reden. S. 327-332. Hier S. 332.

<sup>102</sup> Ebd. S. 328-330.

NATO ergänzen müssten, müsse man flexibel sein. „Örtlich wie sachlich ist der Rahmen von NATO anders und weiter, und wo sich die Aufgabenkreise berühren oder überschneiden, wird eine Regelung und eine Abstimmung aufeinander leicht sein. [Die] NATO ist bestimmt zur Wahrung gewisser atlantischer Interessen, nicht zu Wahrung der gemeinsamen europäischen Interessen.“

Durch die Schaffung der WEU partizipiere hieran auch endlich Großbritannien und man könne mit diesem auf dem Wege zur europäischen Föderation mutig weiter voranschreiten. Mit den Verhandlungen in Brüssel und der Konferenz von Venedig habe man ja erste richtige Schritte unternommen.<sup>103</sup> Das Ziel einer politischen Einigung durch die wirtschaftliche Integration war in den Reden Adenauers unübersehbar.<sup>104</sup> Hierfür bedurfte es seiner Meinung nach pragmatischer Schritte, die auch einen Einbezug Großbritanniens angesichts und zusammen mit der Suezkrise eher ermöglichen würden.<sup>105</sup> In Adenauers Reden war die Politik der Stärke präsent. So warnte er vor einem einseitigen Entgegenkommen gegenüber der Sowjetunion im Bereich der Abrüstung. Diese müsse erst mit Taten nachweisen, dass sie wirklich abrüsten wolle und dies auch kontrollieren lassen.<sup>106</sup> Europa erschien angesichts des Radford-Plans und der Suezkrise bei Adenauer wieder als Werkzeug zur Selbstbehauptung Europas.<sup>107</sup> In seiner Argumentation blieb sich Adenauer treu, doch verschwand zusehends Europa und Abendland aus seinen Reden. So sind beide Begriffe in einem Grußwort für den Bayernkurier anlässlich des CSU-Parteitags nicht erwähnt, sondern ist nur allgemein von der Außenpolitik die Rede, die von der SPD abgelehnt worden sei.<sup>108</sup> Der Begriff Abendland war nicht zuletzt durch die Affäre um die Lechfeld-Rede Brentanos und die darauf einsetzende Presseberichterstattung verbrämt und nicht mehr positiv besetzt. Abendländische Vorstellungen wurden in der Presse als Gefährdung für die Entspannungspolitik bewertet.<sup>109</sup>

Eben jene war der Grund für Adenauers Misstrauen gegenüber den USA, trotz guter Kontakt zur Eisenhower-Administration und besonders zu Außenminister Dulles. Es bestehe grundsätzlich die Gefahr, dass diese Europa verließen. Daher müssten Deutschland und Europa in die Lage versetzt werden, sich notfalls alleine zu verteidigen. Gerade dies müssten die Sozialdemokraten anerkennen, die stets betonten, dass die USA Europa niemals verlassen würden.<sup>110</sup> Hierbei wurde er von Strauß unterstützt, der betonte, dass die deutsche

<sup>103</sup> Ebd. S. 330-332.

<sup>104</sup> Adenauer sah ein „föderalistisches europäisches Gebilde“ als mögliches Ziel der bisherigen europäischen Organisationen an, wie er in einem Gespräch mit Fulbright am 11.12.1956 betonte. In: Schwarz, Adenauer 2. S. 299, Anmerkung 39.

<sup>105</sup> Küsters, Adenauers Europapolitik. S. 663.

<sup>106</sup> Adenauer, Konrad: Lohnt sich der Aufbau der Bundeswehr noch? In: Bulletin vom 21.8.1956. S. 1491. Abgedruckt in: DzD 3/2/2 (1956) S. 666 f.

<sup>107</sup> Siehe das Gespräch mit dem Journalisten Kern vom 28.9.1956. Adenauer, Teegespräche 55-58. S. 130 f.

<sup>108</sup> ACDP. 07-001-10086.

<sup>109</sup> Vgl. Schildt, zwischen Abendland und Amerika. S. 38 sowie S. 68 ff.

<sup>110</sup> So Adenauer vor der CDU/CSU-Fraktion am 11.9.1956. In: Bracher, Karl-Dietrich u.a. (Hg.): Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953-1957 (bearbeitet von Helge Heidemeyer). 2. Halbband 1956-1957. Düsseldorf 2003. S. 1185. Krone sah dies offensichtlich optimistischer als Adenauer. Siehe dessen Ausführungen vor der Fraktion vom 26.9.56. Ebd. S. 1210. Die Reaktion in den USA auf die Äußerungen Adenauers sei, dass ihnen klar geworden sei, dass die konventionelle Rüs-

Frage angesichts der vielen Probleme in der Welt, der „ausgeprägten Friedensliebe der Amerikaner sowie bei Betrachtung des ständig wachsenden Potentials der sowjetrussischen Atommacht“ wach gehalten werden müsse, damit die Westmächte sich des Problems stets bewusst sein sollten. Obwohl Deutschland in den USA geschätzt werde – was ohne Zweifel vor allem ein Verdienst von Adenauers sei – sei der Radford-Plan nicht mit der Bundesregierung abgesprochen worden.<sup>111</sup> Strauß zufolge war bereits bei der Montanunion das langfristige Ziel eines europäischen Bundesstaats klar gewesen, der mit der Ablehnung der EVG jedoch passé sei. Nun gehe es um die Durchsetzung des Gemeinsamen Marktes und der Euratom, und zwar als Junktim, um Frankreich die Akzeptanz des Gemeinsamen Markts zu ermöglichen. Dabei dürfe es aber nicht zu einer vollkommenen Angleichung der sozialen Lasten kommen, denn dies „bedeute Unterstützung des Wirtschaftsprotektionismus. Gerade die Konkurrenz zwischen den Völkern Europas sei ja Voraussetzung einer Steigerung der Gesamtleistung Europas.“ Bei der Atomgemeinschaft solle nicht die Kontrolle, sondern sollten die gemeinsamen Entwicklungsmöglichkeiten betont werden, was eine „Lebensfrage für Europa“ sei. Anders als von Frankreich gefordert, sollten Erze und Kernbrennstoffe nicht Eigentum einer Atomagentur werden, sei dies doch, wie auch die Wirtschaft betone, ein „Einbruch in die Grundsatzfrage des Eigentums.“ Der Staat alleine könne auch angesichts der sowjetischen Investitionen gar nicht genug in die Entwicklung investieren. Der Atomminister betonte, dass er darauf achten werde, dass niemand durch die Unterscheidung in zivile und militärische Nutzung diskriminiert werde. Er schloss mit dem Appell, dass man zwar Opfer bringen müsse, ein Europa der „ehrlichen Konkurrenz der Nationen“ aber allemal besser sei als ein Europa, das „auf Mißtrauen und auf gegenseitiger Kontrolle beruhe.“<sup>112</sup>

#### IV.1.2 Mitarbeit der SPD bei Monnet

Wie in den einleitenden Worten dieses Kapitels schon angedeutet spielte das Aktionskomitee Monnets bei der Änderung der sozialdemokratischen Einstellung zur europäischen Integration eine wesentliche Rolle. So arbeitete die SPD, vor allem durch Ollenhauer und später auch Wehner, intensiv im Komitee mit. Die SPD schmückte sich gar mit ihrer Teilnahme und führte die Erklärungen öfters als Argument in der politischen Diskussion an.

---

tung notwendig und die Verteidigung Europas und Deutschlands auch für die USA überlebenswichtig sei. Eine Verteidigung nur des amerikanischen Kontinents sei „kritisch“.

<sup>111</sup> Sitzung vom 26.9.1956. Ebd. S. 1213 f. Im August 56 kam es zwischen Adenauer und Dulles zu einem Briefwechsel, in dem Adenauer seine Sorgen bezüglich eines Teilabzuges konventioneller, amerikanischer Streitkräfte und deren Ersetzung durch Atomwaffen aufgrund des Radford-Plans klar ausdrückte. Demnach gefährdete dies die Existenz Deutschlands, wenn nicht Europas. In der Bundesrepublik ventilerten Überlegungen, wonach der Vorsitzende des *Joint Chiefs of Staff*, Radford, einen Strategiewechsel plane und konventionelle Waffen durch atomare Waffen ersetzen wolle. Im Briefwechsel wurden die Pläne von der amerikanischen Administration gegenüber Adenauer verneint. Schwarz, Adenauer 2. S. 292 ff.

<sup>112</sup> Ebd. S. 1215 f. Die Sitzung behandelte hauptsächlich die Debatte zur Wehrpflicht, wobei sich vor allem Blank und Strauß gegenüberstanden. Blank griff die SPD an, die immer wieder behauptete, wonach jeder Krieg automatisch in einen Atomkrieg umschlage. Dies wäre eine nicht beweisbare Behauptung. Es sei eine „moralische Pflicht“, sich auf jede Eventualität, also auch konventionelle Truppen, einzustellen. Siehe die Debatte: Ebd. S. 1216-1223. Zitat Blanks: S. 1219.

Das Komitee war parteiübergreifend und auch durch die Gewerkschaften besetzt, so dass die Äußerungen als Ausdruck des allgemeinen Willens in den europäischen Ländern aufgefasst wurde,<sup>113</sup> zumal sich die Parteien unterschiedlicher *Coleur* die Kosten des Komitees teilten.<sup>114</sup> Das Komitee äußerte sich im Juli 1956 zur Kernenergie. Ollenhauer war sich zwar sicher, dass Frankreich bis 1961 keine Kernwaffen würde herstellen können; es könne aber mit der Herstellung beginnen, ohne die anderen Staaten konsultieren zu müssen.<sup>115</sup> Ollenhauer hatte auf der Versammlung darauf gepocht, dass die Kernenergie nur friedlich genutzt werden dürfe, der ausschließlichen Kontrolle der Kommission unterworfen und uneingeschränkt in allen Stufen das Eigentum an den Brennstoffen allgemein sein müsse. Wehner stellte in einem Bericht über die Sitzung eindeutig fest, dass eben jene konsensuellen Anforderungen einseitig von französischer Seite verändert worden seien. Es sei natürlich richtig, darauf hinzuweisen, dass Großbritannien und die USA es verstanden hätten, die militärische Forschung von der friedlichen Verwendung scharf abzugrenzen. Ob hiermit die grundlegenden Vorstellungen von der europäischen Integration verletzt seien, ließ Wehner dahin gestellt, doch sei er tief besorgt.<sup>116</sup>

Bei der Eigentumsfrage hatte indes Kiesinger in der CDU unterschiedliche Meinungen ausgemacht, wobei er selbst aber der Auffassung sei, dass der Besitz bei der Euratom liegen müsse. In den nächsten Monaten werde die Entscheidung fallen, wobei er persönlich es hilfreich finden würde, wenn ein Memorandum zustande käme. Nach Wehner stimmte ihm Kiesinger bei der Einschätzung der französischen Aktivitäten zu, war sich aber nicht sicher, wie sein Parteifreund Strauß darüber denke und was ihm zu entgegnen sei. Besonders schlimm sei aber die immer wieder von Mollet vorgebrachte Grundthese der „deutschen Gefahr“.<sup>117</sup> Für Wehner war klar, dass der momentane Status der Verhandlungen nicht mit den Forderungen des Komitees übereinstimme. Fraglich war demnach, wie stark die Forderungen durch die Parteien in den nationalen Parlamenten thematisiert werden sollten und ob die Parteien aufgrund der „sogenannten realpolitischen Erwägungen“ auch so handelten. Wehner dachte strategisch und maß dem Komitee eine hohe Bedeutung bei, indem er feststellte, dass das Komitee die französischen Vorschläge aufgreifen müsse, denn sonst sei es selbst in seiner Existenz bedroht.<sup>118</sup>

Angesichts der Entwicklungen sah Wehner die SPD am Scheideweg, denn Mollet habe mit seiner Taktik die Entschließung des Komitees sinnentleert. Nun sei die Last auf die Schultern der SPD abgewälzt worden. „Wir sollen für eine völlig ausgehöhlte Sache eintreten und uns für Formen einsetzen, die an und für sich keinerlei politischen Gewinn bedeuten. Was soll hier noch „integriert“ werden? Höchstens die SPD in die kleineuropäische Adenauer-Gemeinschaft.“ Es folgten weitere Bedenken. So bestehe die Gefahr, dass Deutschland diskriminiert werde. Folglich würden nationalistische Argumente aufkommen und solle dann die „SPD ihren Kopf für die Regierung hinhalten“? Dies könne sie genauso

---

<sup>113</sup> Siehe zum Beispiel die Teilnehmer vom 17. und 18.1.1956. AdsD. Bestand Ollenhauer. 438.

<sup>114</sup> Vorschlag des Sekretariats des Aktionskomitees für die Sitzung vom 19. und 20.7.1956. Ebd.

<sup>115</sup> Siehe hierzu die Zusammenfassung des Sekretariats des Aktionskomitees vom 18.7.1956 für die Teilnehmer in: AdsD. Bestand Ollenhauer. 438.

<sup>116</sup> Bericht Wehners vom 21.7.56 über das Treffen. In: AdsD. Bestand Ollenhauer 438. S. 1-4.

<sup>117</sup> Ebd. S. 6.

<sup>118</sup> Ebd. S. 7.

wenig wie für die Industriellen-Strauß-Politik“ und eine nukleare Bewaffnung der Bundesrepublik einzustehen.

Die SPD müsse schlussendlich klarmachen, dass sie die ursprünglichen Pläne der Regierung durchkreuzt habe und an ihren ursprünglichen Zielen festgehalten habe. Insbesondere was die Atomfrage angehe, werde sie auf den Münchener Parteitag und die ursprüngliche Resolution des Aktionskomitees verweisen müssen.<sup>119</sup>

Trotz der Kritik blieb die SPD zusammen mit dem DGB dem Komitee treu.<sup>120</sup> Monnet warb mit persönlichen Briefen an Ollenhauer für eine weitere Unterstützung des europäischen Integrationsprojekts, wobei er insbesondere auf die Zustimmung der USA verwies.<sup>121</sup> Monnet traf sich im Februar 1957 mit Ollenhauer und Wehner in Bad Godesberg.<sup>122</sup> Das Aktionskomitee beschloss auf seiner Tagung in Paris im Frühjahr 1957 einstimmig, dass die Parteien dafür sorgen sollten, dass die Römischen Verträge noch vor den Parlamentsferien ratifiziert werden sollten. Aufgrund dessen übersandte Monnet am 1. Juli 1957 eine Übersicht über die Ratifikationsbemühungen in den einzelnen Ländern an Ollenhauer.<sup>123</sup> Nach der erfolgten Ratifikation dankte Monnet Ollenhauer ausführlich und erklärte nun als neues Ziel des Komitees, die öffentliche Meinung stärker zu beeinflussen und die Verträge schnell umzusetzen. Ferner solle mit Großbritannien die Freihandelszone geschaffen sowie die Euratom mit den Vereinigten Staaten assoziiert werden. Ein neues Treffen sollte nach den Wahlen in der Bundesrepublik stattfinden,<sup>124</sup> wobei sich das Komitee mit der Frage des Sitzes der Organe beschäftigen sollte.<sup>125</sup> Monnet ließ Ollenhauer im Jahr 1958 mehrere Briefe über die Frage des Sitzes der Organe zukommen. Trotz Streits sei es nun wichtiger, in den Regelungen des Gemeinsamen Marktes und der Freihandelszone weiterzukommen.<sup>126</sup>

#### IV.1.3 Ungarn, Suez und der Pragmatismus als Katalysatoren

Langsam löste sich die Frage der europäischen Integration von dem Politikfeld der Sicherheitspolitik, denn zunehmend identifizierte man die europäische Integration mit den Verhandlungen zu den Römischen Verträgen und später mit der EWG. Die anderen Versammlungen wurden zwar von den Parlamentariern beider *Coleur* vor allem in ihrer Appellationsfunktion genutzt – so warb Erler auf der Herbsttagung der WEU-Versammlung im Oktober 56 für ein kollektives Sicherheitssystem –, doch wurden die Verhandlungen immer weniger wahrgenommen, was nicht zuletzt an der unscharfen Formulierung der Kompetenzen der Versammlungen lag.<sup>127</sup> Darüber hinaus gingen von Erler im Bereich der Verteidi-

<sup>119</sup> Ebd. S. 8.

<sup>120</sup> Siehe die Briefe Rosenbergs an Ollenhauer aus dem Dezember 1956, indem dieser einen organisatorischen Ausbau des Komitees und eine Einladung nach Deutschland vorschlägt. AdsD. Bestand Ollenhauer. 438.

<sup>121</sup> Brief Monnets an Ollenhauer vom 28.1.1957. AdsD. Bestand Ollenhauer. 438.

<sup>122</sup> AdsD. Bestand Ollenhauer. 438.

<sup>123</sup> AdsD. Bestand Ollenhauer. 438.

<sup>124</sup> AdsD. Bestand Ollenhauer. 438.

<sup>125</sup> Siehe die Entschließung vom 25.11.57 des Aktionskomitees und die Absprachen zum gemeinsamen Mittagessen in Bad Godesberg von Monnet mit Ollenhauer und Wehner. AdsD. Bestand Ollenhauer. 438.

<sup>126</sup> AdsD. Bestand Ollenhauer. 438. Schreiben Monnets vom 11.1 und 12.8.1958.

<sup>127</sup> Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 19.10.1956. Nr. 198. S. 1881 ff. Die Herbsttagung der WEU-Versammlung. ACDP. 07-001-3381. Ausführungen Erlers sind auf S. 1882.



gungspolitik versöhnliche Töne aus, auch wenn diese grundsätzlich zwischen den Sozial- und Christdemokraten umstritten blieb, insbesondere was die atomare Bewaffnung betraf. Sie blieb auch in der Koalition und der Union selbst umstritten, wobei Strauß immer stärker versuchte, Verteidigungsminister Blank auszubooten und auf eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr drang, um keine Zwei-Klassen-Gesellschaft in der NATO aufkommen zu lassen. Die Staaten mit konventionellen Truppen würden sonst zu „Fußvolk“ degradiert.<sup>128</sup>

Obwohl sich die europäische Integration zunehmend von der Sicherheits- und Verteidigungspolitik löste, waren zwei „Militärabenteurer“ maßgeblich an dem Durchbruch bei den Verhandlungen zur EWG und Euratom beteiligt. Die Suezkrise und das Eingreifen sowjetischer Truppen in Ungarn legten den Schluss nahe,<sup>129</sup> dass Europa sich zusammenschließen müsse, um weltweit Bestand zu haben. Adenauers Erinnerungen zufolge musste vor allem in Ägypten gezeigt werden, dass sich die europäischen Staaten nicht vorführen ließen. Darüber hinaus sah Adenauer angesichts des Radford-Plans und der anstehenden Wahlen in den USA erneut die Gefahr eines Rückzuges der amerikanischen und britischen Truppen aus Europa.<sup>130</sup> Dann aber sei die Bundesrepublik den Truppen der DDR und der osteuropäischen Staaten alleine ausgeliefert. Folglich müsse die Bundeswehr, gegen den Willen der SPD, entsprechend ausgerüstet werden.<sup>131</sup> Dass Europa sich einig werden müsse, erschien aufgrund der internationalen Sicherheitslage einleuchtend.<sup>132</sup> Sie band auch die Mitglieder des protestantischen Flügels in der Union ein, die mit dem Abschluss der Pariser Verträge die deutsche Teilung zementiert sahen und nun forderten, durch einen europäischen Zusammenschluss die USA von einem Rückzug abzubringen.<sup>133</sup> Wie dies aber vor allem auf wirtschaftlicher Ebene geschehen sollte, war umstritten. Der Ausgang des europäischen Integrationsprozesses war weiter offen. Die zeitgleichen, von Großbritannien initiierten Verhandlungen zu einer Freihandelszone im Rahmen der OEEC waren neben der EWG und Euratom eine weitere Alternative ökonomischer Integration. Vor allem Erhard drängte im Kabinett auf eine Prüfung der Vorschläge, während Adenauer weiterhin auf der Richtlini-

---

<sup>128</sup> Siehe den Artikel „Blank verliert die erste Schlacht gegen Strauß“ in „Der Kurier“ vom 27.9.56 über eine Tagung der CDU/CSU-Fraktion, in: ACDP. 07-001-3241. Die Klausurtagung beschäftigte sich mit der Aufstellung der Fraktion für das letzte Jahr der Legislaturperiode und symbolisierte die stärkere Besinnung der Fraktion auf ihre eigenen Stärken und ihre Bedeutung. Dabei hielt Gerstenmaier das Eingangsreferat und positionierte sich somit innerhalb der CDU gegen Adenauer, der wie Brentano aufgrund einer Reise nach Brüssel nicht an den Beratungen teilnehmen konnte. In der Presse wurde spekuliert, dass in der CDU über mögliche kommende Koalitionen gestritten wurde. Siehe hierzu die dpa-Meldung dpa id 8/6 1028 23/9/56 sowie beispielsweise die Zeitungsartikel „Das ist eine Eselei“ in der NRZ vom 29/30.09.56 und „Heikle Fragen erörtert“ in der Frankfurter Neuen Presse vom 25.09.56, in: ACDP. 07-001-3241. Auch Adenauer forderte intern stets die Gleichberechtigung der deutschen Streitkräfte, auch wenn dies die nukleare Bewaffnung bedeutete. Schwarz, Adenauer 2. S. 329 ff.

<sup>129</sup> Zu den beiden Krisen Stöver, Der Kalte Krieg. S. 125 ff.

<sup>130</sup> Vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955-1959. S. 197-214. Ein geeintes Europa sollte nach Adenauer Unsicherheiten beheben, die durch die USA, Großbritannien und auch durch das von dem Sozialisten Mollet regierte Frankreich drohten. Schwarz, Adenauer 2. S. 240 f.

<sup>131</sup> Adenauer vor dem Vorstand am 20.9.1956. CDU-Vorstandsprotokolle 2. Nr. 16. S. 1028 ff. Siehe ebenso die Ausführungen Krones. Ebd. S. 1034 f.

<sup>132</sup> Vgl. Erler auf der Sitzung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung am 22.3.57 in Bonn. AdsD. Nachlass Fritz Erler. 13 B.

<sup>133</sup> Sauer, Kronberger Kreis. S. 174 ff.

enanweisung von Anfang 56 beharrte.<sup>134</sup> Beharrlichkeit war ob der Schwierigkeiten vonnöten, die sich bei den Verhandlungen durch Forderungen von französischer Seite ergaben. Vor allem deren Forderung, dass vor In-Kraft-Treten eines Gemeinsamen Marktes erst die Sozialsysteme harmonisiert werden müssten, traf bei der deutschen Delegation auf wenig Gegenliebe. Ferner forderte die französische Delegation, dass von dem Übergang von der ersten zur zweiten Stufe der Zollunion ein einstimmiger Beschluss durch den Ministerrat vorgesehen werden sollte. Ebenso traten Gegensätze bei der Eigentumsfrage der Brennstoffe zu Tage.<sup>135</sup> Auf der Sitzung in Brüssel vom 20. und 21.10 hatte die französische Regierung bereits zugestimmt, dass nach spätestens sechs Jahren der Übergang in eine neue Stufe der Zollunion mit qualifizierter Mehrheit im Ministerrat beschlossen werden könne. Doch schließlich beharrte die deutsche Delegation auf der Weigerung, die sozialen Systeme und die Arbeitszeiten stärker anzupassen, zumal intern die Gewerkschaften bereits die 40-Stundenwoche gefordert hatten. Damit war aber der Kompromiss von französischer Seite hinfällig geworden. Darüber hinaus hatte die deutsche Delegation einen Affront ausgelöst. Nachdem von den fünf anderen Teilnehmern aus Terminproblemen die Teilnahme der Verteidigungs- und Wirtschaftsminister an dem Treffen abgelehnt worden war, erschienen neben Brentano Strauß und Erhard als „Experten“.<sup>136</sup>

Zur Überwindung der Schwierigkeiten trugen die Ereignisse am Suez und in Ungarn bei.<sup>137</sup> Adenauers Besuch am 6.11. in Paris, der nach der fehlgeschlagenen Ministerkonferenz zur Schaffung der Euratom und der EWG vereinbart worden war, erschien als ein Zeichen der Unterstützung. Angesichts der Lage am Suezkanal und in Ungarn erschienen die Schwierigkeiten der Verhandlungen nun kleiner. Die strittigen Punkte wurden in kleine Arbeitsgruppen verschoben, die Kompromisse und Minimallösungen ausarbeiteten, die von den Regierungschefs gebilligt wurden. Während in Frankreich das Misstrauen gegenüber

<sup>134</sup> Vgl. auch Hentschel, Erhard. S. 284 ff.

<sup>135</sup> Geppert, Ära Adenauer. S. 104. Zur Chronologie: Müller-Roschach, Die deutsche Europapolitik. S. 58 f.

<sup>136</sup> Siehe den Bericht Martinos an den Ministerpräsidenten vom 24.10.56. In: Ballini, Varsori, *l'Italia e l'Europa*, 1. S. 273-279. Zum Scheitern des Kompromisses: S. 274-276. Zur deutschen Delegation: S. 273 f. Zu den deutsch-französischen Positionen in den Verhandlungen im Herbst 56 siehe Lappenküper, Beziehungen. S. 1028 ff.

<sup>137</sup> Siehe beispielsweise die Ausführungen Brentanos vor der Fraktion vom 7.11.1956. Demnach war das Eingreifen Großbritanniens und Frankreichs am Suez „sicher nicht glücklich“, doch seien die Vorgänge in Ungarn noch viel schlimmer. Dennoch sei es wohl ein Zeichen der Zeit, dass „in Deutschland wie anderswo kein Differenzierungsvermögen mehr bestehe, so daß man Rußland, Frankreich und England in die gleiche Kategorie der Aggressoren und Verbrecher eingereiht habe“. Er fuhr dann fort: „Ein wesentlicher Grund für die Reise [nach Paris, P.B.] liege auch in der Erkenntnis, daß es notwendiger denn je sei, Europa zusammenzuschließen. Niemand könne glauben, daß die einzelnen Nationen dem russischen Druck allein widerstehen könnten. Trotz seiner 200 Mio. Menschen, seiner alten Tradition und seiner Wirtschaftskraft starre es wehrlos wie das Kaninchen auf die Schlange nach Osten und immer mehr Menschen würden weich, weil sie glaubten, daß ja doch alle Anstrengungen nutzlos seien. Gegen diese Entwicklung richtet sich die Einigung Europas, die Wiederbelebung der WEU und die Errichtung einer wirklichen europäischen Solidarität.“

Es komme jetzt darauf an, die Menschen unermüdlich auf diese Lage anzusprechen und das Letzte zu unternehmen, um Restbestände von Nationalismus und Egoismus zu überwinden, sonst würden alle diese Fragen im Sinne der russischen Antwort ihre Erledigung finden. Es sei leicht, Solidarität zu sprengen, sie herzustellen, dauere lange.“ CDU/CSU-Fraktion 1956-1957. S. 1298 f. Siehe auch die Ausführungen Adenauers vor dem Fraktionsvorstand vom 7.1.57. Ebd. S. 1364.

den USA durch deren zurückhaltendes Verhalten gegenüber dem sowjetischen Ultimatum gegen den britischen und französischen Einsatz am Suez gewachsen war, stärkte die deutsche Solidarität gegenüber Frankreich das deutsch-französische Verhältnis. In dieser Atmosphäre waren Kompromisse zwischen Deutschland und Frankreich möglich.<sup>138</sup> Adenauers Furcht vor einem möglichen Abwenden der USA von Europa wurde immer stärker. Um diese einerseits stärker an Europa zu binden und andererseits für einen eventuellen Neoisolationismus besser vorbereitet zu sein, forcierte er die politische Zusammenarbeit in Europa. Die Suezkrise kam ihm dabei zupass.<sup>139</sup> Die Gespräche in Paris konnten gar als der Beginn eines Plans Frankreichs, Deutschlands und Italiens gesehen werden, eine militärische Zusammenarbeit bei Nuklearwaffen anzustreben, die von de Gaulle bereits 1958 zugunsten der *force de frappe* revidiert wurde.<sup>140</sup>

Brentano nahm im Auswärtigen Ausschuss am 9.11. Stellung. Demnach hätten sich die beiden Regierungen einander angenähert, wobei Brentano ausführte, dass die französischen Forderungen nach einer fairen Bewertung des *Franc* durchaus berechtigt seien und erfüllt werden müssten. Ebenso sah er es als natürliche Folge eines Gemeinsamen Marktes an, dass sich die Arbeits- und Sozialbedingungen in den Mitgliedsländern anpassen müssten. Bei der Euratom müssten nur noch zwei Fragen geklärt werden. Es sei noch immer fraglich, wie bei einzelnen Staaten der Wille nach einer militärischen Nutzung mit dem Vertrag in Einklang gebracht werden könne. Die Bundesrepublik verzichte auf Atomwaffen, doch dürfe dieser Verzicht nicht dazu führen, sämtlichen Austausch von Informationen zu verhindern. Ob die Euratom und die Wirtschaftsgemeinschaft gemeinsam verabschiedet werden könnten, sei indes noch fraglich. Er selbst plädierte weiterhin für ein Junktim, doch könne es auch sein, dass die Parlamente bei der Verabschiedung der Euratom die schnelle Verabschiedung auch der EWG fordern würden.<sup>141</sup> Erhards kurzfristige Hoffnung, dass die Verhandlungen scheitern und stattdessen die von Großbritannien beförderten Verhandlungen zu einer Freihandelszone führen würden, erfüllte sich nicht. Erhard bezeichnete folgerichtig das Ergebnis der Verhandlungen von Paris in einem Brief an Etzel als „Unfall“. Dass er, Erhard, als „schlechter Europäer“ stigmatisiert werde, sei indes grotesk, denn niemand engagiere sich für Europa stärker als er. Erhards Bitte im Kabinett, die Verträge hier erneut zu behandeln, blieb ungehört. Dass „Europa schaffen“ nun mit den neuen Römischen Verträgen verbunden wurde, zeigte die Reaktion Etzels. Demnach habe er Erhard stets unterstützt und dessen Bedenken geteilt, doch mit der jetzigen Einschätzung vor allem der britischen Politik schade er dem Projekt. Nun müsse man zu dem Brüsseler Ergebnis stehen.<sup>142</sup>

Stärker jedoch als die Beschlüsse zur wirtschaftlichen Integration wurden die Ereignisse von Ungarn und am Suez thematisiert.<sup>143</sup> In der Union befürchtete man, dass die SPD hier-

<sup>138</sup> Geppert. Ära Adenauer. S. 102. Zu den Details siehe Müller-Roschach, Die deutsche Europapolitik. S. 60 f. Siehe ebenso Loth, Wilfried: "Europapolitische Leitbilder in der italienischen und deutschen Geschichte", in: Wilking, Susanne (Hg.): Deutsche und italienische Europapolitik. Historische Grundlagen und aktuelle Fragen. Bonn 1992. S. 13-21. Hier S. 18. Ebenfalls Schwarz, Adenauer 2. S. 303 ff.

<sup>139</sup> Siehe Geiger, Adenauer e l'Europa. S. 258.

<sup>140</sup> Vgl. Conze, Suche nach Sicherheit. S. 101. Zum Abkommen von Colomb-Béchar siehe Lappenküper, Beziehungen. S. 1180 ff.

<sup>141</sup> Ebd. S. 1447-1449.

<sup>142</sup> Hentschel, Erhard. S. 289-291.

<sup>143</sup> Siehe die Bundestagsdebatte vom 8.11.1956. In: Stenographische Berichte. Band 32. S. 9259 ff. Ebenso die Beratungen im Auswärtigen Ausschuss vom 9.11.56. Siehe: Auswärtiger Ausschuss 53-57. Nr. 64.

von zu stark profitieren könne. Kraske schrieb an Krone, dass man der SPD keinesfalls alleine das Feld der Interpretation überlassen könne, schätzte sie doch das Eingreifen in Ägypten zu schlimm und den Kommunismus zu verharmlosend ein.<sup>144</sup> Die CDU griff im Dezember wieder in die Trickkiste der antibolschewistischen Parolen.<sup>145</sup> Die Sitzung des CDU-Bundesvorstandes vom 23.11.56 zeigte die Bedeutung, die Adenauer den Ereignissen in Ungarn und am Suez beimaß, wobei er eine Gleichsetzung ausschloss. Demnach war das Eingreifen am Suez kein kolonialistischer Reflex, sondern eine Reaktion Frankreichs und Großbritanniens, die er aus der Geschichte, deren Abhängigkeit vom Kanal und den Geschehnissen in Nordafrika heraus verstanden wissen wollte. Adenauer betonte die Bedeutung der NATO und mahnte bei der Aufrüstung ein entschiedeneres und höheres Tempo an, da die Solidarität der Bündnispartner schon genügend beansprucht worden sei. Nur ein einiges, aufgebautes Europa könne langfristig die USA innerhalb der NATO an Europa binden.<sup>146</sup> Auch weil die SPD momentan die Wehrgesetze immer wieder angriff, schlug Meyers vor, bei der nächsten Wahl ganz auf den Sicherheitsaspekt zu setzen, denn: „Das Volk will keine Experimente“.<sup>147</sup> Lemmer betonte ebenfalls, dass die Ungarnkrise doch auf „erschütternde“ Weise die eigene Politik bestätige und der SPD „mit ihrer Falschmünzerei“ in der Sicherheitspolitik, mit ihrer „primitive[n] Sicherheit“, entgegengetreten werden müsse.<sup>148</sup> Die Vorstandsmitglieder waren sich einig, dass die CDU einer feindlichen Presse gegenüberstehe, die Gewerkschaften die SPD stützten und man darüber hinaus personell und organisatorisch der SPD unterlegen sei, was Adenauer mit deren zentralistischen Aufbau erklärte, die aber in der CDU niemals angestrebt werden würde.<sup>149</sup>

Die Thematisierung eines geeinten Europas durch den kommenden Parteitag war für Adenauer kein außenpolitisches, sondern „geistiges Thema“. Europa müsse ein „Schlagwort unserer Propaganda“ werden. Die Aufrüstung könne man nur dann ansprechen, wenn man die anderen Politikbereiche, die ebenfalls die Jugend betreffen würden, auch anspreche. Ein „geistiges Thema“ sei darüber hinaus notwendig, damit die „ganze CDU“ als „friedliche Gesellschaft“ erscheine.<sup>150</sup> War diese Behandlung geeignet, um die Europäische Bewegung zu beleben, die nach Helene Weber „lahm geworden“ war? Nach ihr musste in der Bundestagsfraktion eine Aktion gestartet werden, die einen weiteren Ansatz für eine politische Einigung Europas erreiche. Sie beschwor eine Bewegung in der Bevölkerung, die die Politiker geradezu zwingen müsse, ein geeintes Europa zu wollen. In welcher Organisation aber die „Grundlage“ für ein politisch geeintes Europa geschaffen werden solle, sei zweit-rangig – Hauptsache, es werde eine geschaffen. Adenauer stimmte dem nicht ganz zu, indem er betonte, dass die WEU der richtige Ort für ein politisch geeintes Europa sei, da Großbri-

<sup>144</sup> Schreiben Kraskes an Krone vom 7.11.56. ACDP. 07-001-12086. Eine der Reaktionen waren Gedenkstunden in Schulen oder Demonstrationen, auf denen für die Opfer des ungarischen Aufstandes gesammelt werden und das Geld dem Roten Kreuz zufließen sollte. Siehe ACDP. 07-001-12086.

<sup>145</sup> Siehe das Referat von Hassels vor dem EAK Rheinland im Dezember 1956. Dpa 132 id vom 15.12.1957. ACDP. 07-001-3257.

<sup>146</sup> Siehe die Ausführungen Adenauers vor dem CDU Bundesvorstand vom 23.9.1956. CDU-Vorstandsprotokolle 2. Nr. 17. S. 1108-1117. Adenauer maß dem Mittelmeerraum im Rahmen des Kalten Krieges eine hohe Bedeutung zu. Schwarz, Adenauer 2. S. 238 f.

<sup>147</sup> CDU-Vorstandsprotokolle 2. S. 1140 f. Zitat: S. 1141.

<sup>148</sup> Ebd. S. 1129.

<sup>149</sup> Ebd. S. 1146 f.

<sup>150</sup> CDU-Vorstandsprotokolle 2. Sitzung vom 23.9.1956. S. 1178 f.

tannien hier vertreten sei. Doch nicht in Großbritannien seien die Gegner Europas, sondern im eigenen Kabinett, wie sich aktuell bei der Frage der EWG und Euratom zeigte. Er sprach dem Minister, also Erhard, der die Ergebnisse von Paris heruntergespielt habe, „politisches Gefühl“ ab.<sup>151</sup> Kiesinger warnte indes vor der Europapolitik der SPD, die die europäische Einigung seit dem Petersberger Abkommen blockiert habe und sich nun im Komitee Monnets als europäischer Kraft ausbebe. Sie übernehme die „europäische Tradition“ der CDU und ziehe unter der Parole „Für ein vereinigtes Europa“ in den Wahlkampf. Eine Gefahr, angesichts des Fleißes der SPD-Politiker auf europäischer Ebene und deren publizistischen Geschicks. Der Taktik der SPD werde durch die Politik der CDU unterstützt, indem sie durch „Perfektionismus“ die Strategie der SPD nicht erkannt habe. „Das deutsche Volk will Sicherheit und Frieden; es will zugleich das Gefühl haben, daß in diesem Staate eine starke Führung vorhanden ist, auf die man sich verlassen kann.“ Daher sei die Darstellung Ollenhauers als zukünftiger Kanzler durch die SPD umso gefährlicher.<sup>152</sup> So warnte Arnold in einer Rede Anfang Januar 1957, dass die SPD bereits seit 1948 ein kollektives Sicherheitssystem fordere, mit genauen Vorschlägen aber geize. Die Gretchenfrage bleibe auch hier die effektive Gewalt, die eine Weltpolizei à la UNO haben müsse.<sup>153</sup>

Die konkreten Verhandlungen zur EWG waren bis auf Detailfragen zwischen den Parteien kaum umstritten, so auch in den Beratungen des Bundesrates. Er forderte, selbst auf europäischer Ebene in den Delegationen vertreten zu sein, da die Länder stärker als zuvor von der europäischen Integration berührt seien, was allerdings der Bundestag zurückwies. Kaisen hatte bereits im November 1956 im Auswärtigen Ausschuss des Bundesrates für einen Beitritt zur EWG plädiert. Als problematisch könnten sich die unterschiedlichen sozialen Standards in Europa herausstellen, zumal die Bundesrepublik mittlerweile leistungsfähiger als zuvor sei. Ferner könne die EWG die Chance bieten, Afrika als Absatzmarkt zu gewinnen.<sup>154</sup> Die Forderung des Bundesrates nach einem größeren Einfluss der Länder auf europäischer Ebene führte im Bremer Senat zur Diskussion, ob deswegen die Zustimmung zum Beitritt verweigert werden sollte. Kaisen wollte jedoch das europäische Projekt keineswegs verzögern und lehnte ab. Stattdessen betonte er schlussendlich vor dem Bundesrat erneut, dass die beschlossenen Maßnahmen nicht neu seien, sondern dass der Zustand hergestellt würde, der in Europa vor 50 Jahren bestanden habe. Die Freizügigkeit sei erst durch „die vielen Katastrophen, die aus nationalistischen, aus politischen Erwägungen, Zollschutzbestrebungen, imperialistischem Rüstungswahnsinn, Autarkiebestimmungen usw. über die Nationen gekommen sind“, verloren gegangen. „Das was wir hier schaffen, ist im Grunde für uns Ältere nichts Neues, aber für die heutigen Zeitverhältnisse ein fortschrittlicher Gedanke.“<sup>155</sup>

Eine kontroverse Detailfrage blieb für die SPD neben den bereits oben angeführten Forderungen bei der Euratom die Frage nach dem Einbezug Nordafrikas durch französische Forderungen.<sup>156</sup> Trotz wieder aufgewärmter Monita wie eventueller Friktionen mit einer möglichen Wiedervereinigung oder der Kritik an dem „kleineuropäischen Ansatz“ war die

<sup>151</sup> Ebd. Weber S. 1128, Adenauer S. 1129.

<sup>152</sup> Ebd. S. 1131 f. Zitat: S. 1132.

<sup>153</sup> UID vom 10.1.1957. S. 1-2. „Karl Arnold stellt die SPD“. ACDP. 07-001-3290.

<sup>154</sup> Sommer, Kaisen. S. 329.

<sup>155</sup> Ebd. S. 330 f. Das Zitat ebd.

<sup>156</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 253.

SPD nun grundsätzlich den neuen Verträgen positiv gegenüber eingestellt war. So führte Wehner vor dem Bundestag aus, dass der Gemeinsame Markt die EGKS evolutionär überwinden und verbessern würde.<sup>157</sup> Wehner warnte vor allem bei der Atomgemeinschaft vor falschen Weichenstellungen und führte erneut als positive Beispiele Großbritannien, die USA und mit Nachdruck die Beschlüsse des Monnet-Komitees an. Stelle man sich gegen diese guten Absichten der europäischen Wirtschaftszusammenarbeit, hieße das, den Kerngedanken der europäischen Einigung zu missachten.<sup>158</sup> Aufgrund dieser Bedenken *en detail* schlug Wehner auf einer gemeinsamen Sitzung des Partei- und des Fraktionsvorstandes vor, sich der Stimme zu enthalten, doch entschied sich die Fraktion der SPD letztlich für die Zustimmung zu den Verträgen.<sup>159</sup> Karl Mommer trug vor dem Bundestag die Überlegungen vor, die die SPD zur Zustimmung bewogen hatten. So beginne nun die Europäische Integration bei den Fundamenten, die das Wirtschaftliche, das Soziale, das Kulturelle und die Abschaffung administrativer Hemmnisse darstellten. Die Hauptforderungen der Sozialdemokraten seien mit den Verträgen nun erfüllt, denn sie deuteten „weg von den militärischen und konstitutionellen Projekten; heraus auch aus der auf die Dauer unhaltbaren Teilintegration, wie wir sie in der Montanunion verwirklicht sehen!“ Mommers Ausführungen zu den blocküberschreitenden Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Integration und einer atomaren Zusammenarbeit waren allerdings zu optimistisch.<sup>160</sup> Erler betonte immer wieder eine notwendige Begrenzung von Atomwaffen, denn Europa solle seine geringen Ressourcen in diesem Bereich in die zivile Nutzung investieren, damit die Energieprobleme gelöst werden und keine weiteren militärischen Spannungen entstehen könnten. Diese könnten auch durch eine entmilitarisierte Zone im „Herzen Europas“ vorgebeugt werden, die gar als Modellfall gelten und weitere, größere Lösungen inspirieren könne.<sup>161</sup> Erler war trotz aller pragmatischen innenpolitischen Entscheidungen außen- und verteidigungspolitisch immer auch Vertreter illusorischer Ideen. So formulierte er am 15.1.57 den Gedanken einer Weltpolizei.<sup>162</sup>

In Anträgen im Bundestag forderte die SPD dabei die notwendige parlamentarische Kontrolle und gleichzeitig die Ergänzung durch eine Freihandelszone. Dabei wurde die Informationspolitik der Bundesregierung hinsichtlich der Römischen Verträge kritisiert, während die Freihandelszone „Kleineuropa“ verhindern und ergänzen sollte.<sup>163</sup> Dass die geforderte parlamentarische Kontrolle keineswegs in eine vierte europäische parlamentarische Versammlung münden durfte, war parteiübergreifender Konsens.<sup>164</sup> Das bedeutete keineswegs, dass hiermit die Kommission weniger Rechte bekommen sollte, auch wenn Wehner die geringen Kontrollmöglichkeiten des Parlaments herausstrich. Die schwächere Stellung der Kommission im Vergleich zur Hohen Behörde sei wohl eher Ausdruck mangelnder Bereitschaft von Souveränitätsrechten gewesen. Hierdurch werde aber zum Beispiel eine gemein-

<sup>157</sup> Ebd. S. 253 f.

<sup>158</sup> Wehner, Herbert: Europa mit Vorbehalt. SPD-Pressedienst vom 10.1.1957. S. 1 f.

<sup>159</sup> Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. S. 367.

<sup>160</sup> Ebd. S. 367f.

<sup>161</sup> Siehe als Beispiele die Interviews Erlers mit dem Journalisten Cumleben am 11.1.57 und mit dem WDR vom 10.2.57. AdsD. Nachlass Fritz Erler. 13 B.

<sup>162</sup> Artikel Fritz Erlers in „Welt der Arbeit“ vom 15.1.57. „Internationale Polizei“. AdsD, Nachlass Fritz Erler. 13 A.

<sup>163</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 254 f.

<sup>164</sup> Siehe die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 30.1.57. Auswärtiger Ausschuss 53-57. Nr. 70. Besonders S. 1552 ff.

same Konjunkturpolitik nur schwer denkbar. Wehner drückte klar aus, dass er eine Freihandelszone mit den Briten wollte, wobei jedoch die Probleme nicht verschwiegen werden dürften.<sup>165</sup> Nach Brentano entsprach die institutionelle Ordnung keineswegs den eigenen Vorstellungen. Anders als Wehner legte er den Fokus auf die mangelnden Kompetenzen des Ministerrates, wofür auch er einen beschränkten Willen zur Supranationalität ausmachte. Bezüglich der wieder angebrachten Kritik an der Euratom betonte Brentano erneut, dass die Trennung in zivile und militärische Projekte den Austausch nicht zu stark behindern dürfe. Im Zuge weiterer Verhandlungen müsse die Freihandelszone geschaffen werden.<sup>166</sup> Nach Brentano war die EWG ein qualitativ hochwertiger, weiterer Schritt zu einem gemeinsamen Europa. Nicht umsonst bezeichnete er den europäischen Investitionsfond gar als europäischen Marshallplan.<sup>167</sup> Durch die neuen Organisationen bestand jedoch die Gefahr des europäischen Wildwuchses.

Adenauer hatte bereits im Januar 1957 in einem Briefentwurf an Eisenhower angedeutet, dass die europäischen Einigungsbemühungen gebündelt werden müssten. Als erste mögliche Abhilfe griff er auf intergouvernementale Lösungen zurück. Demnach könnten die sieben WEU Staaten einen ständigen Konsultativrat bilden, dem die stellvertretenden Außenminister angehören würden. Dieses „europäische Kabinett“ könne dann die wirtschaftliche und politische Integration neu beleben.<sup>168</sup> Längst hatte auch Eisenhower verkünden lassen, dass eine alleinige militärische Abschreckung im Kampf zwischen den Blöcken nicht ausreiche, denn letztlich sei „Stärke [...] zwangsläufig das Produkt einer gesunden Wirtschaft und sozialen Wohlstandes.“<sup>169</sup>

Brentano zerstreute nach seiner Reise in die USA Bedenken bezüglich der amerikanischen Zuverlässigkeit. Er berichtete im Auswärtigen Ausschuss, dass in den USA das Interesse an Europa und im Besonderen an der deutschen Situation außerordentlich hoch sei. Die deutsche Teilung werde als eine Hypothek für den Weltfrieden gesehen. Er glaube, dass die deutsche Position in den USA die „volle moralische und politische Unterstützung“ bekomme. Ebenso werde in den USA die Politik auf europäischer Ebene und die zunehmende Integration mit Interesse verfolgt. Hier messe man der weiteren europäischen Zusammenarbeit eine große Bedeutung zu.<sup>170</sup> Auf seiner Reise hatte er die Schaffung der EWG als Möglichkeit gelobt, den Handel zwischen Europa und den USA noch einmal zu steigern. Brentano betonte die Rolle, die die USA bei der europäischen Integration gespielt habe.<sup>171</sup>

Die Konkurrenzsituation zwischen den beiden Parteien war im Frühjahr ein rein parlamentarischer Kräftemessen, das sich im Auswärtigen Ausschuss und in dem extra eingerichteten Ausschuss für die Römischen Verträge und dem Plenum abspielte. So bereits anlässlich der außenpolitischen Debatte vom 31.1.1957, bei der Brentano über die Ereignisse

---

<sup>165</sup> Sitzung vom 28.2.1957. Ebd. S. 1628 f.

<sup>166</sup> Ebd. S. 1630 ff.

<sup>167</sup> Ebd. S. 1623.

<sup>168</sup> Der Entwurf befindet sich in ACDP. 001-10115.

<sup>169</sup> Botschaft Eisenhowers vom 10.1.57. Abgedruckt in: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik. 1957. Berlin 1967 (bearbeitet von Ernst Deuerlein, Gisela Biewer und Hansjürgern Schierbaum). S. 31-35. Zitat S. 32.

<sup>170</sup> Auswärtiger Ausschuss 53-57. Nr. 75. S. 1651.

<sup>171</sup> Rede Brentanos vor dem *National Press Club* in Washington vom 6.3.57. In: DzD 3/3/1. S. 461-466. Besonders S. 463.

am Suez und in Ungarn sowie über die Rückwirkungen auf die Bemühungen um die deutsche Einheit zu sprechen kam. Die Bundesregierung wandte sich nach Brentano erneut gegen die Kritiker eventueller Bündnisbindungen. Dabei beschrieb der Außenminister gerade auch die pazifizierende Wirkung, die beispielsweise die WEU ganz im Gegensatz zum Warschauer Pakt entfalte.<sup>172</sup>

Brentano griff die SPD an, indem er sich über deren Wahlslogan „Sicherheit für alle“ lustig machte, denn er sei einer Rede Adenauers entlehnt. Nach Brentano war der Gemeinsame Markt die „konsequente Weiterentwicklung“ der EGKS. Ohne näher auf den Vertrag eingehen zu wollen, sprach er allgemein Probleme mit den überseeischen Gebieten an. Die Bundesregierung wünsche sich, dass die EWG um die Freihandelszone erweitert werde und somit zur Einheit Europas beitrage. Die Euratom wurde als Paradebeispiel technischer Zusammenarbeit angeführt, dem eine Zusammenarbeit in der Außen-, Sicherheits- und Sozialpolitik folgen müsse.<sup>173</sup> Was die sicherheitspolitischen Vorstellungen betraf, warf Brentano der Opposition Realitätsverlust vor. Insbesondere bei der Politik der Wiedervereinigung verlaufe die Diskussion nicht sachlich.<sup>174</sup>

Richtig kontrovers wurde es mit den Beiträgen Kiesingers und Ollenhauers, wobei die CDU/CSU-Fraktion entgegen der üblichen Gepflogenheiten vor der größten Oppositionsfraktion das Wort ergriff. Kiesinger unterstellte der SPD, die Parolen der CDU, auch in der Außenpolitik, übernommen zu haben. Doch müssten auch die richtigen Konsequenzen gezogen werden, um Freiheit und Frieden zu bewahren, denn bis heute ergieße sie sich nur in „magischen Beschwörungsformeln“.<sup>175</sup> Der Redner und die Zwischenrufer warfen sich gegenseitig vor, kein Konzept für ein kollektives europäisches Sicherheitssystem zu haben, wobei Kiesinger betonte, dass die Regierung für ein solches sei, dieses aber „auf der realen Grundlage der Sicherheit errichtet“ sein müsse und nicht, wie jenes der SPD, „nur auf dem Papier steht“.

Trotz aller Kontroverse begrüße er, dass Ollenhauer und Erler klargemacht hätten, dass sie nicht mehr den Austritt aus der „Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft“ fordern würden, „daß man hier nicht etwa eine Vorleistung geben wolle, bevor ein wirksames System der kollektiven Sicherheit gegründet sei“. Also gewinne die SPD nun der NATO etwas „Sinnvolles und Positives“ ab, was mit Nein-Zwischenrufen von der SPD quittiert wurde. Manche Leute würden jetzt gar annehmen, dass man sich auf eine gemeinsame Außenpolitik zu bewege, was die Regierungsparteien begrüßten. Die Außenpolitik der Bundesrepublik habe sich aber nicht gewandelt, denn nicht zuletzt die Spannungen zwischen Ost und West hätten gezeigt, dass sie von den USA absolut abhängig sei.<sup>176</sup> Doch allein schon aus Kostengründen müsse man für eine allgemeine Abrüstung eintreten. Was aber die „Streitmacht eines bündnislosen Deutschlands“ angehe, so müsste diese viel zu groß sein. Eine kollektive Sicherheit in Europa könne nur von den USA garantiert werden und hier sei es hochgradig unwahrscheinlich, dass dies eintrete. Und selbst wenn dies so wäre, wäre die Schutzmacht viele Tausend Kilometer entfernt, womit sich Europa in ein „ewiges Protektorat sowjetrussischer Vormacht“ verwandeln würde. Auch die Regierung habe „kein fertiges

<sup>172</sup> Stenographische Berichte. Band. 34. Rede Brentanos. S. 10640-10651. Insbesondere S. 10644 f.

<sup>173</sup> Ebd. S. 10646 f.

<sup>174</sup> Ebd. S. 10647 ff.

<sup>175</sup> Ebd. S. 10651 f.

<sup>176</sup> Ebd. S. 10653 ff.



Rezept“ für die Wiedervereinigung, doch könne sie nicht das von der SPD geforderte hohe Risiko eingehen. Man wisse nie, welchen Schritt die russischen Führer als nächstes gehen würden. Ein einfaches Aufwiegen und die Feststellung von zwei Machtblöcken werde keineswegs der Realität und der Feststellung gerecht, wer den eigentlich angefangen habe zu rüsten und eine aggressive Politik zu treiben.<sup>177</sup>

Die NATO habe in der Vergangenheit ein weiteres Ausbreiten des Kommunismus verhindert. Wäre Europa in der NATO stärker gewesen, wäre die Sowjetunion vielleicht vom Eingreifen in Ungarn abgeschreckt worden. Gleichzeitig sei die These Ollenhauers falsch, wonach die NATO die Krise in Ägypten nicht verhindert habe. Grundsätzlich unterbinde die NATO die Einzelgänge der Mitgliedsstaaten. Der atomare Schirm schütze zwar nicht vor jeglichen bewaffneten Konflikten, jedoch vor einem großen Konflikt. Während sich allerdings der Westen alleine auf die atomare Abschreckung verlasse, verfüge die Sowjetunion auch über starke konventionelle Kräfte. Folglich bedeute eine atomare Abrüstung eine alleinige Schwächung des Westens, weshalb eine konventionelle Rüstung wichtig sei.<sup>178</sup> Höhepunkt des Angriffs auf die Außen- und Sicherheitspolitik der SPD war der Ausspruch Kiesingers, dass die SPD mit ihrer Außenpolitik „zwar vielleicht unsere Sicherheit verspielt, die Wiedervereinigung aber nicht gewonnen“ hätte, was stürmische Proteste mit gegenseitigen Vorwürfen der Verleumdung auslöste.<sup>179</sup>

Ollenhauer beklagte, dass die CDU/CSU durch die Rede Kiesingers „eine gesunde und bedeutsame Tradition der parlamentarischen Demokratie ihren parteitaktischen Erwägungen geopfert“ habe, indem die Debatte rein dem Wahlkampf diene. Dies zeige sich bereits an der Erwähnung der Rückkehr des Saargebietes durch den Außenminister, was ja gerade „entgegen der Politik der Bundesregierung erreicht worden“ sei. Eine kleine Wiedervereinigung im Westen müsse durch eine Vereinigung im Osten ergänzt werden, auf die jede Außenpolitik ausgerichtet sein müsse. Sie müsse sich auf eine neue internationale Situation einstellen, die aktuell durch die Krisen am Suez und in Ungarn sowie langfristig durch eine aggressive sowjetische Ausbreitung gekennzeichnet sei.<sup>180</sup> Doch eine Analyse müsse früher ansetzen, bei der „verbrecherische[n] Politik des Hitlerregimes“. Die NATO sei kein Allheilmittel, denn auch sie hätte die Teilung Deutschlands auf der Konferenz von Potsdam nicht verhindern können. Bereits da habe die SPD auf die östliche Gewaltpolitik hingewiesen, während die westlichen Alliierten ihren Partner noch verteidigt hätten. Die Etablierung beider Blöcke stehe jedoch heute nicht zur Debatte, sondern einzig die Frage, ob diese antagonistische Stellung von NATO und Warschauer Pakt nach den Ereignissen des Herbstes 1956 noch zeitgemäß sei. Die NATO sei gescheitert, da zwei wichtige Mitglieder eigenhändig gehandelt hätten, was die demokratische Verfasstheit der teilnehmenden Staaten hintergehe. „Kein Ereignis seit 1945“ habe das Vertrauen der asiatischen Staaten in die Demokratie mehr erschüttert als die Schritte am Suezkanal. Doch auch die Krisen in Polen und Ungarn zeigten, dass das auf Repression aufgebaute System im Osten keine Sicherheit bringe. Zusammen mit den Massenvernichtungswaffen seien die beiden Blöcke eher eine Gefahr als ein Garant für den Frieden.<sup>181</sup>

<sup>177</sup> Ebd. S. 10656 ff.

<sup>178</sup> Ebd. S. 10658 f.

<sup>179</sup> Ebd. S. 10660.

<sup>180</sup> Ebd. S. 10664 f.

<sup>181</sup> Ebd. S. 10666 f. Ebenso S. 10669.

Vier Ziele müssten nun verfolgt werden. Erstens müsse die UNO durch eine eigene Polizeitruppe gestärkt werden. Ferner müsse eine internationale Abrüstung erreicht werden. Drittens müsse der Westen dringend sein Verhältnis zu den „Völkern Asiens“ verbessern, „auf der Basis der vollen Partnerschaft und der Anerkennung ihres eigenen Lebensweges sowie ihrer eigenen Lebensvorstellungen“. Entscheidend sei nicht deren Wahl für einen Block, sondern deren Bereitschaft für eine friedliche Zusammenarbeit. Viertens müssten lokale und regionale „Spannungsherde auf friedliche Weise“ beseitigt werden, wobei man in Europa und Deutschland anfangen müsse. Die Regierung reagiere hierauf wieder zu spät und habe kein Konzept.<sup>182</sup>

Für die Sicherheit und die Wiedervereinigung müssten zu allen vier Mächten gute diplomatische Beziehungen unterhalten und eine „Normalisierung der Beziehungen [...] zu den osteuropäischen Ländern“ erreicht werden. Trotz Aufforderung unternehme die Bundesregierung bezüglich der Wiedervereinigung zu wenig. Kiesingers Annahmen über die sozialdemokratische Außenpolitik seien darüber hinaus falsch.<sup>183</sup> Nicht die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO stehe zur Disposition, sondern man fordere den „Einbau eines wiedervereinigten Deutschlands in ein europäisches Sicherheitssystem, in dem das wiedervereinigte Deutschland die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten übernimmt, in ein europäisches Sicherheitssystem, das sowohl von den Vereinigten Staaten wie von der Sowjetunion akzeptiert und garantiert werden kann.“

Ein europäisches Sicherheitssystem müsse ähnlich den anderen regionalen Sicherheitssystemen aufgebaut sein und dabei sei die einfache Frage zu beantworten, ob die Regierung, falls es zu Verhandlungen komme, zu verhandeln bereit sei, „daß die Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschland in diesem Sicherheitssystem an die Stelle der Mitgliedschaft in NATO tritt“. Keinesfalls aber dürfe weiterhin eine Politik betrieben werden, in der jede Bemühung um die Wiedervereinigung mit dem Verweis auf die Sicherheit durch die NATO abgeschmettert würde. Auch wenn die SPD die Pariser Verträge abgelehnt habe, so habe sie niemals das verfassungsrechtlich einwandfreie Zustandekommen kritisiert und stehe zu den internationalen Verpflichtungen.<sup>184</sup> Zum Schluss ging er noch auf die „jetzigen neuen Aktivitäten auf dem Gebiet weiterer europäischer Zusammenschlüsse“ ein. Demnach habe die SPD an dem Prozess der Verträge erfolgreich mitgewirkt. Ollenhauer beschwerte sich über eine mangelnde Einbindung des Parlaments und über die Gründung einer weiteren europäischen parlamentarischen Versammlung. Beides diskreditiere die europäische Idee, zumal der Einfluss der Interessenvertreter zu groß gewesen sei.<sup>185</sup>

Auch bei den folgenden Redebeiträgen, vor allem bei dem Schlagabtausch zwischen Erler und Strauß wurde deutlich, dass nicht so sehr das Projekt, sondern die Verfahrensweise durch die Regierung kritisiert wurde und darüber hinaus vor allem über ein mögliches europäisches Sicherheitssystem gestritten wurde.<sup>186</sup> In der Presse fand die Debatte ein breites

---

<sup>182</sup> Ebd. S. 10668.

<sup>183</sup> Ebd. S. 10669 f.

<sup>184</sup> Ebd. S. 10670 f.

<sup>185</sup> Ebd. S. 10672 f.

<sup>186</sup> Ebd. S. 10718-10733.

Echo.<sup>187</sup> Die Geschäftsstelle der CDU war sich relativ sicher, dass insbesondere Kiesinger aus der Debatte als Sieger hervorgegangen war.<sup>188</sup>

Die SPD legte nach, indem sie am 10.2. durch ihren Pressedienst forderte, dass endlich ein Handelsabkommen mit der Sowjetunion geschlossen werden müsse. Dies könne zur Entspannung und zur Wiedervereinigung beitragen. Eine Politik der Stärke sei im Atomzeitalter „sinnlos“. Das Deutsche Industrieinstitut widersprach diesen Forderungen umgehend -<sup>189</sup> ob in Absprache mit der Regierung, bleibt dahingestellt. Diese nahm hingegen wahr, dass die SPD auch öffentlich ihre Monita gegen die Römischen Verträge vorbrachte, die sich auf einen möglichen Einbezug in die Kolonialpolitik der Partner, eine restriktive Zollpolitik und eine mögliche militärische Ausnutzung der Euratom bezogen.<sup>190</sup> So sollte der Privatbesitz an Kernbrennstoffen nach Meinung der SPD vermieden werden, um die anderen Partner besser kontrollieren zu können, aber auch, um monopolistischen Tendenzen vorzubeugen.<sup>191</sup>

Aufgrund der anstehenden Bundestagswahl, aber auch aufgrund der positiven Grundeinstellung gegenüber eines auf weitere Sektoren erweiterten Gemeinsamen Marktes, wurde im Fraktionsvorstand der SPD die Zustimmung zu den Verträgen der EWG und der Euratom beschlossen. Dabei spielte die Vorstellung eine Rolle, auf europäischer Ebene eine gemeinsame koordinierte Konjunkturpolitik zu betreiben. 10 Anwesende stimmten für die Annahme, während sich 6 Mitglieder enthielten. Skepsis und Zustimmung konkurrierten in der SPD, wobei sich die Modernisierer durchsetzten. Skeptiker beschworen vor allem wirtschaftliche und soziale Nachteile, aber auch Probleme für die Landwirtschaft.<sup>192</sup> Die SPD wies im Jahrbuch 1957 auf ihre internationale Gesinnung und auf das „im Wirtschaftlichen, Sozialen und Kulturellen weite und erfolgsversprechende Feld europäischer Politik hin.“<sup>193</sup> Entgegen der normalerweise strikt beachteten Fraktionsdisziplin wurde bei der Abstimmung zu den EWG Verträgen denjenigen Mitgliedern eine Abwesenheit von der Abstimmung gestattet, die gegen den Beitritt waren.<sup>194</sup>

Die SPD konnte mit ihrer Zustimmung aus der alleinigen Rolle der Ablehnung ausbrechen, ihr Europabegriff blieb aber weiterhin auf das gesamte Europa gerichtet. Ein Gemein-

---

<sup>187</sup> Siehe beispielsweise die Süddeutsche Zeitung vom 1.2.1957. Das große Bonner Welttheater 1957. von Dieter Schröder. ACDP. 07-001-3377. Hier ist von der „Primadonna Kiesinger“ die Rede. Der Artikel erklärte die SPD zum eindeutigen Sieger.

<sup>188</sup> UID Nr. 6/57 vom 7.2.57. S. 2. ACDP. 07-001-3290.

<sup>189</sup> Dpa Meldung vom 11.2.57 dpa 63 id. Einen Tag später am 12.11. meldete die DPA einen Bericht über Äußerungen von Seiten des Deutschen Industrieinstituts, die den Abschluss eines Handelsabkommens mit der Sowjetunion als nicht förderlich darstellten. Deutschland und Großbritannien würden mit der UDSSR trotz des Fehlens eines Vertrages bessere Geschäfte machen als Frankreich und Österreich, die beide einen Vertrag geschlossen hätten. Die UDSSR hätte Probleme, laufende Verträge zu erfüllen. Ferner steige das Interesse der Sowjetunion am Abschluss eines Abkommens mit Deutschland beim Eintritt in einen gemeinsamen europäischen Markt. Dpa 83 id vom 12.2.57. ACDP. 07-001-3390.

<sup>190</sup> DPA Meldung dp 129 id vom 19.2.57. ACDP. 07-001-3392.

<sup>191</sup> SPD-Auslandsbrief vom 25.2.1957. S. 1-3. In: ACDP. 07-001-3287.

<sup>192</sup> Siehe die Sitzung des SPD-Fraktionsvorstands vom 24.6.1957. Bracher, Karl-Dietrich u.a.: Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949-1957. 2. Halbband 1953-1957 (bearbeitet von Petra Weber). Düsseldorf 1993. S. 427. Anmerkung 1.

<sup>193</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 256.

<sup>194</sup> Weber, Einleitung. S. LII ff.

sames Europa sollte der Politik der Entspannung dienen. So sagte Ollenhauer bei dem Wahlkampfauftakt am 16. Juni 1957 in Dortmund: „Nun liebe Freunde! Zu dieser neuen Außenpolitik gehört auch die Normalisierung unserer Beziehungen zu der Sowjetunion und zu den Völkern Osteuropas! Gewiß, diese Völker leben unter einem kommunistischen Regime, das wir für unser Volk ablehnen. Aber wir wollen auch mit den Völkern dieser Länder in Frieden leben, (Beifall) und wir wollen mit ihren Regierungen Beziehungen unterhalten, die es uns in der Zukunft ermöglichen, mit ihnen im Geiste der Verständigung die Probleme zu lösen, die wir gemeinsam lösen müssen.

Wir wollen eine Zusammenarbeit in Europa, die getragen ist von der Erkenntnis, daß Europa nicht an der Zonengrenze zwischen den beiden Teilen Deutschlands aufhört und auch nicht aufhören darf, sondern die ganz Europa umfasst! (Beifall)<sup>195</sup>

Im Februar 57 gelang endlich der Durchbruch bei den Verhandlungen zur EWG und zur Euratom. Adenauer war beim Einbezug nordafrikanischer Gebiete und überseeischer Gebiete zu Zugeständnissen gegenüber Paris bereit gewesen, da er dies aus innerfranzösischen Gründen für eine Zustimmung als dringend notwendig ansah.<sup>196</sup> Nach Adenauer hatte das rohstoffarme Europa wirtschaftlich keine andere Wahl, als zusammenzuarbeiten. Dafür müssten auch Risiken eingegangen werden, ohne die Fortschritt nicht möglich sei.<sup>197</sup> Brentano betonte, dass, wie bei jedem völkerrechtlichen Vertrag, auch hier Konzessionen gemacht worden seien. Die wirtschaftspolitischen Aspekte hätten sich notfalls der politischen Marschrichtung unterzuordnen.<sup>198</sup>

Die SPD begegnete der EWG zustimmend, weil sie im Gegensatz zur EGKS als entwicklungsfähiges Gebilde angesehen wurde. Dieser Prozess wiederum sollte von der SPD beeinflusst werden, zumal der Vertrag nur Wegmarken festsetzte, der Weg aber frei gestaltbar blieb. Darüber hinaus war eine genaue Festlegung auf ein Wirtschaftsmodell durch den Vertrag keineswegs gegeben. Ludwig Metzger urteilte: „Der Vertrag [läßt] durchaus große Möglichkeiten offen. Er ist nicht eng, er ist nicht dogmatisch, er schreibt nicht im Einzelnen vor.“<sup>199</sup> Diese Gedankenwelt passte vollkommen zum in der SPD verbreiteten fortschritts-optimistischen Bild, für das in der Wirtschaftspolitik vor allem Heinrich Deist stand. Die Gesellschaft und Europa sollten sich in einem langfristigen Prozess entwickeln, wobei es darauf ankam, einzelne kleine Schritte zu beeinflussen. Der Mensch war in dieser geschichtsphilosophischen Auffassung zum Fortschritt befähigt, wenn nicht geradezu verdammt. In Folge dieser Vorstellung formulierte zwei Jahre später das Godesberger Programm, dass der Sozialismus eine dauernde Aufgabe und mithin für die SPD auch Europa eine Aufgabe bleibe.<sup>200</sup> Sie beharrte auf der Einbindung des Parlaments vor einer Ratifizierung.<sup>201</sup>

<sup>195</sup> Rogosch, Vorstellungen von Europa. S. 256.

<sup>196</sup> Küsters, Adenauers Europapolitik. S. 668 f.

<sup>197</sup> So Adenauer im Pressegespräch vom 22.2.1957. Adenauer, Teegespräche 55-58. S. 178 ff.

<sup>198</sup> Siehe Brentano, Heinrich von: Europa-Gemeinschaft. Bulletin vom 28.2.1957. S. 345 f und S. 348. ACDP. 07-001-3392.

<sup>199</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 139 f. Hier auch das Zitat Metzgers.

<sup>200</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 140 f.

<sup>201</sup> Kommuniqué von der Sitzung des Parteivorstandes der SPD am 7. und 8. März 1957 im Schöneberger Rathaus Berlin. Im SPD-Pressedienst vom 8.3.1957. S. 10. Abgerufen auf [www.fes.de](http://www.fes.de) am 13.1.2011.

Was die europäische Sicherheitspolitik betraf, so standen sich SPD und Union fast unveröhnlich gegenüber. So ließ die SPD über eines ihrer Presseorgane Äußerungen Brentanos Anfang März 57 in Washington zu Bulganins europäischen Sicherheitsplänen als Rückfall in die alte Adenauersche „Todfeind-Terminologie“ einstufen.<sup>202</sup> Dass die Blockpolitik keineswegs die Teilung Europas und Deutschlands überwinden würde, sei mittlerweile auch in den USA klar.<sup>203</sup> Deutschland würde niemals vereinigt werden, wenn man verlange, dass Deutschland einer der beiden militärischen Bündnisse angehören würde. Doch entgegen der Bewegung in den anderen westlichen Staaten wende sich die Regierung Adenauer gegen die „nationale und europäische“ Aufgabe eines kollektiven Sicherheitssystems.<sup>204</sup>

Adenauer erachtete ein kollektives Sicherheitssystem angesichts der neuen Möglichkeiten der atomaren Kriegsführung mit umfassenden Trägersystemen als nicht zielführend. Einzig Abschreckung wirke.<sup>205</sup> Er sah die ersten Ziele seiner Westintegration, mit der europäischen Gemeinschaft als integralem Bestandteil, erfüllt. Die EWG bot demnach mit ihren überseeischen Hoheitsgebieten Chancen, da diese benötigte Rohstoffe beherbergten. Adenauer versicherte, dass die Zonengrenze keine Zollgrenze werde und die Vereinigten Staaten das Projekt unterstützen würden; im Gegenteil, sie würden ihre Unterstützung für Europa versagen, wenn dieses sich nicht einigen würde.<sup>206</sup> Dass die ausgehandelten Verträge eine Rolle im Ost-West Konflikt spielen konnten, wurde für die Union durch die sowjetische Ablehnung bestätigt.<sup>207</sup> Sie sah in den Vorschlägen der SPD ein „Problem und Lavierens der SPD zwischen Parteilinie und richtiger Wehrpolitik“,<sup>208</sup> zumal Strauß unter dem Motto „Gleicher Schutz für alle“ immer heftiger die atomare Bewaffnung der Bundeswehr forderte. Er stellte fest: „Der Verzicht auf die Bereitstellung der Kernwaffen und der Verzicht auf die Bereitschaft, sie für den Fall eines wirklichen Angriffs verwenden zu wollen, ist praktisch gleichbedeutend mit der militärischen Preisgabe Europas an die Sowjetunion.“<sup>209</sup>

Gegenüber den Gegensätzen in der globalen Sicherheitspolitik verlief die Debatte über die europäischen Verträge vom 21.3.57 äußerst zäh. Auf die sehr technischen Ausführungen Hallsteins, die nur geringfügig pathetisch untermalt wurden,<sup>210</sup> antwortete Heinrich Deist. Er sprach zwar von Mängeln, die überwunden werden müssten, erklärte aber gleichzeitig

<sup>202</sup> ACDP. 07-001-3239. Meldung des PPP am 7.7.1957.

<sup>203</sup> „Gute Arbeit für Deutschland“ über Ollenhauers USA-Reise. In: SPD-Auslandsbrief vom 5.3.1957. S. 1 f. Hier S. 1. In: ACDP. 07-001-3287.

<sup>204</sup> SPD-Auslandsbrief vom 13.3.57. S. 1. ACDP. 07-001-3287.

<sup>205</sup> So Adenauer im Bayerischen Rundfunk am 13.2.1957. In: DzD 3/3/1 (1957) S. 410 f.

<sup>206</sup> Interview vorhanden in ACDP. 07-001-3392. Dass die Zonengrenze durch eine Zollgrenze verfestigt würde, brachten einige SPD Politiker besorgt zum Ausdruck. Siehe DPA Meldung dp 129 id vom 19.2.57. ACDP. 07-001-3392.

<sup>207</sup> Der DUD vom 18.3.57 bezeichnete die Einwände der Sowjetunion als „Ein erwarteter Schritt“. Wie bei ähnlichen Fällen würde die Sowjetunion auch nun wieder Vorschläge machen, so wie zuvor beim Vorschlag der allgemeinen Sicherheitskonferenz oder den für einen europäischen Sicherheitspakt. Nun wären dies Vorschläge zur „gesamteuropäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit“. ACDP. 07-001-3392.

<sup>208</sup> ACDP. 07-001-3290. UID vom 28.3.57.

<sup>209</sup> „Gleicher Schutz für alle“ in: UID vom 11.4.1957. S. 1 f. Hier ist die als unsicher eingestufte Haltung der SPD im Artikel „Gestern so – Heute so“ wiedergegeben, indem dort einfach Zitate bedeutender SPD-Politiker der letzten zwei Jahre wiedergegeben wurden. Ebd. S. 1 f. ACDP. 07-001-3290.

<sup>210</sup> Debatte vom 21.3.1957. In: Stenographische Berichte. Band 35. Rede Hallsteins: S.11327-11334.

auch die Evolution von EGKS zur EWG und rechtfertigte somit bereits eine mögliche Zustimmung. Die EGKS sei damals „unglücklich und gefährlich“ konstruiert worden, doch habe die SPD an den Delegationen teilgenommen und in der Organisation für Veränderungen gekämpft, damit „die Konstruktionsfehler der Montanunion [nicht] zu einer Diskreditierung des Gedankens der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ führe. Mit dem Prozess von Messina und dem Monnet-Komitee bestehe die Möglichkeit der Verbesserung. So habe ein erster Konstruktionsfehler in der „mangelnden Koordinierung und Zusammenfassung der Wirtschaftspolitik“ gelegen, womit dann das Ziel einer höheren Beschäftigung und der Steigerung des Lebensstandards nicht erreicht worden sei. Die Vorlage der aktuellen Verträge, die eine Erweiterung der Aktivitäten bedeuten würden, sei eine Bestätigung sozialdemokratischer Bedenken.

So sei die EGKS stets zu klein gewesen und habe die Gefahr einer Abschottung nach außen bedeutet. „Vor allen Dingen aber sahen wir einen Mangel darin, daß wichtige Staaten des Nordens mit weltoffenen Auffassungen und fortschrittlicher Gesinnung von der Teilnahme ausgeschlossen waren.“ Es werde zu überprüfen sein, ob die neue Politik zu einer freieren und fortschrittlicheren Entwicklung führe. Darüber hinaus sei seinerzeit die EGKS nur die „Schachfigur in der machtpolitischen Auseinandersetzung“ und ein „Mittel der ideologischen militärischen Blockbildung“ gewesen, und somit „kein brauchbares Instrument für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung Europas.“ Jetzt aber, in der die Spannungen zwischen den Blöcken nachließen und sich die Montanunion „aus dem Bannkreis der reinen Machtpolitik“ entferne, sei die Zeit für eine „konstruktive wirtschaftliche Aufbauarbeit“ reif. Der Erfolg der EWG werde davon abhängen, ob sie als unabhängiges und „wichtiges Instrument der europäischen Zusammenarbeit oder nur als ein Anhängsel der ideologischen und militärischen Blockpolitik angesehen wird.“

Nun wolle er auf die Ziele eingehen. Es sei doch erstaunlich, dass kurzfristig die Bezeichnung des Gemeinsamen Marktes durch den der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ersetzt worden sei. Damit werde deutlich, dass langsam die Notwendigkeit einer ganzheitlichen gemeinsamen Wirtschaftspolitik erkannt werde. Während anfänglich die Montanunion in der Bevölkerung noch einen gewissen Rückhalt gehabt habe, zeige sich nun, dass diese immer stärker verliere, weil die Bevölkerung erkenne, dass die EGKS in der aktuell wirtschaftlich labilen Lage keinen besonderen Rückhalt biete. Dies werde aber von der neuen EWG verlangt. Sie müsse zu einem wirtschaftlichen Gleichgewicht bestehend aus hoher Beschäftigung, Preisstabilität und „finanzieller Stabilität“ beitragen. Sie müsse „für Konjunkturpolitik“ unter „binnenwirtschaftlichen Gesichtspunkten“ von Bedeutung sein.<sup>211</sup>

Die von der EWG vorgesehene Zollunion werde nicht reichen, sondern man müsse zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik und zu einer gemeinsamen Konjunkturpolitik gelangen. Hinter der EWG stehe letztendlich die „wirtschaftliche Grundauffassung“ der Bundesregierung, „die im Prinzip aktive Wirtschaftspolitik ablehnt und die Regulierung der Wirtschaft im wesentlichen dem Mechanismus der Zahlungsbilanzen bzw. der Notenbankpolitik überläßt.“ Der Bundesregierung sei die Kontrolle über die Preise und die wirtschaftliche Entwicklung entglitten, was Hellwig zu dem Zwischenruf animierte, dass dies wohl innenpolitische Überlegungen seien. Deist jedoch fuhr fort und listete einige Aussagen Erhards auf, in denen er sich gegen die EWG ausgesprochen habe. Neben der Gegnerschaft Erhards

---

<sup>211</sup> Ebd. 11334-11336.

warf Deist der Regierung vor, die Rechte des paritätisch besetzten „Sozialrats“ bei den Verhandlungen beschnitten zu haben. Nun gebe es nur einen unbedeutenden Sozialausschuss. Zusammen mit Erhards Äußerungen gegen gemeinsame sozialpolitische Standards sei dies ein Beispiel für die im internationalen Vergleich rückständige deutsche Sozialpolitik.<sup>212</sup>

Wenn man dies alles zusammennehme, bleibe von dem politischen Gehalt der Vereinbarung wenig übrig. So habe Erhard vor der CDU/CSU-Fraktion romantisierend von einer „schicksalhaften Gemeinschaft Europas“ gesprochen, gleichzeitig aber verkündet, „er wolle nach den USA fahren und den amerikanischen Romantikern einmal erzählen, welche Gefahren dieser Gemeinsame Markt in sich trage!“ Auch der Außenminister habe von einem Sieg über den Kommunismus gesprochen, ähnlich vorhin auch der Staatssekretär. Wenn man von „letzter Chance des Überlebens“ spreche, sei dies ein Zeichen für die alte „ideologische und [...] militärische Blockvorstellung [...], die letzten Endes eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung unmöglich macht.“

Wenn die EWG keine „Schachfigur im weltpolitischen Spiel“, sondern „ein wirksames Instrument zu fortschrittlicher wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung“ sein werde, stimme man dem Vertrag gerne zu. Konkret äußerte sich Deist gegen Planungen eines gemeinsamen hohen Außenzolls, der die EWG zu einer „europäische[n] Großraumwirtschaft“ mit „protektionistischen Vorzeichen“ mache. Daher sei die Schaffung einer Freihandelszone von großer Bedeutung.

Deist betonte Probleme, die im Interzonenhandel auftreten könnten. Gleichzeitig merkte er an, dass die Ausdehnung auf Nordafrika sinnvoll sei, denn die Sozialdemokraten wollten den Wirtschaftsraum so groß wie möglich spannen. Ebenso sei die Entwicklung der unterentwickelten Gebiete wünschenswert. Dafür müsse diese Entwicklung wirklich den selbstbestimmten Völkern zugutekommen und keine Ausbeutung darstellen. Drittens dürften andere Staaten nicht unangemessen gegenüber den angeschlossenen Staaten benachteiligt werden. Der Einbezug Nordafrikas könne ein Teil einer weltweiten Entwicklung der Dekolonisierung sein. Hier zeige sich, ob es die alten Kolonialstaaten schaffen würden, sich der alten Fesseln der Kolonialpolitik zu entledigen. Nur dann würden sich die neuen Völker für den Westen und gegen den Kommunismus entscheiden. Bezüglich der Euratom wiege der Vorbehalt Frankreichs schwer, eigene Atombombenversuche durchführen zu wollen. Trotz dieser Bedenken begrüße man aber den Vertrag.<sup>213</sup>

Erhard nahm in seiner Antwort für sich in Anspruch, dass niemand so konsequent für die europäische Integration eingetreten sei wie er. Deutschland habe sich stets im Rahmen des GATT, der OEEC und der EZU für eine Verringerung des Protektionismus eingesetzt und damit der europäischen Einigung geholfen. Wirtschaftlich müsse die EWG ergänzt werden. Aber neben den wirtschaftlichen gebe es auch politische Aspekte zu berücksichtigen und hier komme er, auch nach der Berücksichtigung der negativen Elemente, zu dem Schluss, dass die Verträge angenommen werden müssten. Seine auch in der Öffentlichkeit geäußerte Kritik habe „nicht eine Kritik gegenüber der europäischen Idee, nicht etwa ein Zurückweichen vor einer europäischen Konstruktion bedeute[t]“, sondern sei einzig der „Sorge“ geschuldet, ob die angewandte Methode den Zielen gerecht werde. „Nicht als schlechter Europäer bin ich also an den Vertrag herangegangen, sondern wie ich glaube, als ein beson-

---

<sup>212</sup> Ebd. S. 11337-11339.

<sup>213</sup> Ebd. S. 11339-11342.

ders guter Europäer.“ Seine Forderungen nach einer schnelleren Umsetzung des Vertrages könnten zwar als „illusionistisch“ angegriffen werden. „Aber man kann mir auf keinen Fall vorwerfen, daß ich meine Kritik aus mangelnder europäischer Gesinnung geübt habe.“

Die EWG aber könne eine solche Gesinnung in Europa schaffen, „das Bewußtsein einer unlöslichen Schicksalsgemeinschaft [...] wecken [...] und vor allem in der europäischen Jugend eine Gläubigkeit erwecken, daß ein glücklicheres Europa im Werden ist.“ Hierfür sei der Übergangszeitraum wohl zu lang angelegt. Eine vielleicht schmerzhaftere direkte Einigung für den wirtschaftlichen Aufbau der anderen Länder wäre wohl hilfreicher gewesen. Der Vertrag habe grundsätzlich das Ziel, einen Gemeinsamen Markt mit einem gemeinsamen Wettbewerb zu erreichen, doch gleichzeitig würden sich die Staaten mit den Ausnahmen im Vertrag gegen den Wettbewerb wehren.<sup>214</sup>

„Aus der Wirtschaftsgemeinschaft“ könne sich aber leider „ein bedenklicher Geist“ entwickeln, der zwar nach innen Freiheit, nach außen aber Abschirmung bedeute. „Das habe ich unter der Gefahr einer möglichen europäischen Inzucht verstanden. Sie wird indessen wesentlich gemindert und schließlich behoben, wenn es uns gelingt, das System der Freihandelszone zu errichten.“<sup>215</sup>

Was die Assoziierung der überseeischen Gebiete angehe, so müsse ein weiteres Präferenzsystem im Westen, hier „europäisch-afrikanischer Konvenienz“, vermieden werden. Gemeinsame europäische Wirtschaftspolitiken seien zwar erwünscht, könnten aber erst dann folgen, wenn zwischen den sechs Ländern „eine gemeinsame politische Form“ gefunden oder wenn eine „echte parlamentarische Verantwortung für die Entscheidungen dieser europäischen Gemeinschaft“ erreicht würde. Deists Forderung nach einer inneren Orientierung würden jedoch die Gefahr des „Dirigismus“ in sich bergen. Grundsätzlich müsse man den Vertrag als Kompromiss ansehen, mit dem man leben könne. Der Vorwurf allerdings, dass die Regierung eine sozial rückständige Politik vertrete, sei vollkommen falsch. So habe der „Sozialrat“ durchaus Mitspracherechte. Der Einbezug weiterer „Volkskreise“ käme einem weiteren Parlament gleich. Noch einmal betonte er, möglichst schnell zu einem geeinten Europa gelangen zu wollen. Dafür sei es notwendig, dass der Vertrag auch im Bundestag „im rechten Geiste“ und „mit der richtigen Haltung“ interpretiert werde.

Daher habe er sich für die Zustimmung zum Vertrag entschieden, zumal seine Zustimmung als kritischer Beobachter wahrscheinlich mehr wiege „als die Zustimmung von irgendeinem“.<sup>216</sup> Erhards im Grunde ordoliberalen Kritik blieb in der Union ungehört.<sup>217</sup>

Eben jenen von Erhard benannten „europäischen Geist“ beschwor auch Furler, der vor allem zu großen „Kleinmut und Kritik“ zurückwies.<sup>218</sup> Ein gemeinsames Europa erschien wirtschaftlich und technologisch geboten und war nur über den in Messina eingeschlagenen Weg erreichbar. Es gehe darum, Europa nicht als dritte Kraft zu konzipieren, sondern innerhalb der westlichen und atlantischen Welt „selbständig und wertvoll“ zu machen.<sup>219</sup>

<sup>214</sup> Ebd. S. 11342 f.

<sup>215</sup> Ebd. S. 11343 f.

<sup>216</sup> Ebd. 11344 f.

<sup>217</sup> Vgl. Hentschel, Erhard. S. 290 ff. Vgl. auch CDU/CSU-Fraktion 1956-1957. Sitzung des Fraktionsvorstands vom 18.3.1957. S. 1455.

<sup>218</sup> Stenographische Berichte. S. 11345-11350.

<sup>219</sup> So Furler mit dem Artikel „Warum Gemeinsamer Markt?“ im DUD vom 20.3.1957. ACDP. 07-001-3392.



Die SPD wertete die Debatte als notwendigen Erfolg, da sie die Regierung auf die wirklichen Probleme aufmerksam gemacht habe. In einer Broschüre sprach man von Privilegien, die Frankreich zugestanden worden seien, dass die Verbraucher belastet würden, die Wiedervereinigung durch nichts, also auch nicht durch eine innerdeutsche Zollgrenze verhindert werden dürfe und dass mit dem „Schlagwort-Europa“ Schluss gemacht werden müsse.<sup>220</sup> Doch eben jenes Schlagwort „Europa“ versuchten die CDU-Politiker weiter zu bedienen, indem sie die politische Dimension der Vereinbarungen herausstellten: „Freiheit und Frieden, Wohlstand und stetigen Fortschritt. Nur so wird Europa in der Lage sein, seinen geschichtlichen Beitrag in der größeren Gemeinschaft der freien Völker dieser Welt weiter zu leisten.“<sup>221</sup>

Auch Adenauer betonte weiterhin, dass die europäischen Verträge zu einer politischen europäischen Einigung führen und den sowjetischen Expansionsdrang eindämmen sollten.<sup>222</sup> Und innerparteilich genügte es ihm, Erhard seine Wertschätzung vorzugaukeln, um die notwendige Einheit der Partei und Regierung angesichts der Wahlen herzustellen. Für den Wahlkampf brauchte Adenauer Erhard. Mit einem Zugeständnis, ausgesprochen von Hallstein in der Debatte vom 21.3., wonach die Freihandelszone natürlich weiterverfolgt werden solle, gab sich Erhard zufrieden. Der Wahlkampf überdeckte in der Folge die Dissonanzen zwischen Erhard und Adenauer. Ersterer sollte nach der Wahl gar Vizekanzler werden.<sup>223</sup> Der Kanzler selbst nahm an der Unterzeichnung der Verträge auf dem römischen Kapitpol Ende März 1957 teil.

Trotz dieser Feststellung, dass die Verträge keineswegs den Forderungen vom März entsprechen würden und mögliche Gefahren ohne die Freihandelszone drohten, befürwortete der wirtschaftspolitische Ausschuss der SPD Anfang Mai die Realisierung der EWG. Schließlich sei sie ein Anfang. Trotz der Monita sei der „Vertrag [...] grundsätzlich brauchbar, wenn er richtig angewendet wird. Sollte sich der Vertrag in seiner Anwendung als unzulänglich erweisen, dann wird nur der Ausweg nach vorn politisch zu verantworten sein.“<sup>224</sup> Über die notwendige Anwendung wurde von den sozialistischen Parteien in der EGKS bereits im Juni 57 beraten. Die Buchstaben des Vertrages müssten mit Leben gefüllt werden, was sowohl deutsche als auch italienische Vertreter betonten.<sup>225</sup> Deist hakte im November im Kreise der sozialistischen Fraktion der EGKS nach. Die liberale Auslegung der Verträge werde langsam übermächtig. Wenn man die Märkte zu stark liberalisiere, bliebe kaum Platz für nationale Beschäftigungsmaßnahmen. Gleichzeitig müsse darauf geachtet werden, die Freihandelszone mit Großbritannien zu verwirklichen.<sup>226</sup>

---

<sup>220</sup> Exemplar der „Die Debatte“ Nr. 19 in: AdsD. Bundesvorstand, Abteilung Internationale Beziehungen. 01004 A.

<sup>221</sup> Artikel Brentanos im Bulletin des Informationsamtes der Bundesregierung vom 13.4.1957. S. 625. ACDP. 07-001-3392.

<sup>222</sup> Siehe Adenauer, Erinnerungen 1955-1959. S. 273.

<sup>223</sup> Siehe Koerfer, Kampf ums Kanzleramt S. 144 ff.

<sup>224</sup> AdsD. Bundesvorstand, Sekretariat Heinrich Deist. 01658.

<sup>225</sup> Siehe den Kurzbericht über die Tagung vom 3.-4.6.57. AdsD. Bundestagsfraktion 2. WP 270.

<sup>226</sup> Protokoll der Sitzung vom 7.11.57 in Rom, in: AdsD. Bestand Ollenhauer, 446.

## IV.1.4 Internationale Kooperation

Neben dem bereits mehrfach erwähnten Aktionskomitee Monnets waren die Parteien durch ihre internationale Parteienkooperation, die verschiedenen Europäischen Bewegungen und vor allem die Fraktionen der unterschiedlichen europäischen Versammlungen international vernetzt. Dabei erwies sich bei den Sozialisten die buntscheckige europäische Integration immer wieder als Problem, stritt man doch um das richtige Forum zur Durchsetzung auf europäischer Ebene, ohne zugleich die nordeuropäischen Staaten ausschließen zu wollen. Die Internationale blieb als Forum ungeeignet, zumal die allgemeinen Methoden und Ziele der europäischen Integration von Sozial- und Christdemokraten kongruent waren: Wohlstand, Sicherheit, Friede, Demokratie. Fragen wie Supranationalität waren nicht kompromissfähig, obwohl gerade hier Möglichkeiten antikartellischer Politik lagen. Gerade Großbritannien und die skandinavischen Parteien standen gegen diese europäischen Lösungen. Mit ihrer weitergehenden Mitgliederstruktur fühlte sich die Internationale für die Themen der sechs nicht zuständig. Die Europathemen wurden in der Sozialistischen Internationalen kaum in den 50er Jahren diskutiert. Aus einer Studiengruppe für die EGKS und der supranationalen Fraktion in der parlamentarischen Versammlung der EGKS entwickelte sich das *European Committee*, das den Kontakt zwischen der Fraktion und den jeweiligen nationalen Parteien herstellen sollte. Es wurde 1957 vom Verbindungsbüro in Luxemburg abgelöst, wobei die Arbeit in der Fraktion an der schwachen Stellung des Parlamentes im Gefüge der europäischen Organe litt.<sup>227</sup> Gleichzeitig versuchte man durch personelle Überschneidungen die Sitzungen der Fraktionen in den europäischen Gremien mit der Internationale zu koordinieren.<sup>228</sup> Innerhalb der Internationalen hielten die deutschen Sozialdemokraten die Problematik der deutschen Wiedervereinigung auf der Tagesordnung. Abrüstung, Entspannung und die Einrichtung einer Inspektionszone in Mitteleuropa blieben ihre Kernforderungen. Im Komitee für kollektive Sicherheit und Abrüstung pochte die SPD auf den Zusammenhang der deutschen Einheit und einer möglichen Zustimmung durch die Sowjetunion.<sup>229</sup>

Das Jahrbuch 1956/57 spiegelte die veränderte Position der SPD wider, denn es berichtete, dass es nun möglich geworden sei, mit Erfolg über die Arbeit der SPD im Ausland zu berichten, während in den Jahren zuvor immer wieder mit Erfolg der Eindruck vermittelt worden sei, dass die Entscheidungen der SPD unverständlich seien. „Auch von Regierungsseite wurde alles getan, um die SPD als eine Partei hinzustellen, die selbst im Kreise anderer sozialistischer Parteien isoliert sei.“ Trotz schlechter Ressourcen habe sich nun das Blatt gewendet. Dies sei nicht zuletzt bei den Reisen Ollenhauers nach Asien und nach Nordamerika deutlich geworden.<sup>230</sup>

Die Mitarbeit in den europäischen Gremien ließ die SPD ihren Frieden mit diesen schließen. So hielt das SPD-Jahrbuch 56/57 fest: „Die Bedeutung des Europarates liegt nicht in den wenig greifbaren Resultaten, die er für die Einigung Europas hervorbringt. Eine Bedeu-

<sup>227</sup> Hiepel, Europa gehört keiner Partei. S. 282.

<sup>228</sup> Siehe Rechenschaftsbericht der Internationale auf dem Kongress von 1957 in Wien, S.12-14. AdsD. SPD-Parteivorstand. Abteilung Internationale Beziehungen 2/PVBT0000016.

<sup>229</sup> Tagungen des Komitees am 8.1.58 in Paris und 11.10.57 in London. AdsD. SPD-Parteivorstand. Abteilung Internationale Beziehungen 2/PVBT0000015.

<sup>230</sup> Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1956/57. Bonn 1958. S. 366 f.

tung kommt ihm vor allem als Treffpunkt europäischer Parlamentarier aus 15 Ländern zu.“ Nach der Schaffung der EGKS diene er und die OEEC vor allem dafür, die Kluft zwischen den Sechs und den anderen Staaten nicht größer werden zu lassen. In dem gemeinsamen Auftreten zusammen mit den skandinavischen und den britischen Sozialisten sahen die deutschen Sozialdemokraten ihre besondere Aufgabe – gegen die „Abkapselungstendenzen, die bei den 'kleineuropäischen' Politikern die Oberhand zu gewinnen drohen“. Der Bericht strich die Bemühungen für eine Konzentration an einem Ort heraus, ohne sich jedoch an dem kleinteiligen Streit über den Sitz der Organe beteiligt zu haben. Die SPD-Delegation sei innerhalb der sozialistischen Fraktion im Europarat sehr aktiv gewesen, obwohl sie lange politisch isoliert gewesen sei und „einige Lebensinteressen unseres Volkes allein, ja sogar gegen die CDU“ habe vertreten müssen. So habe sich bei der Saar oder bei der Einbindung der Bundesrepublik in die NATO doch mittlerweile gezeigt, dass die SPD mit ihren Bedenken Recht gehabt habe. Die Absprache in der sozialistischen Fraktion werde besser, was sich bei unterschiedlichen Debatten und Resolutionen gezeigt habe. Hier gehe es gerade darum, in einzelnen kleinen Bereichen Verbesserungen zu erreichen. Dort zeige sich, dass die sich immer europafreundlich gebende Bundesregierung in der konkreten Umsetzung wenig europafreundlich sei.

Darüber hinaus seien die Delegierten des Europarates gleichzeitig Mitglieder der Beratenden Versammlung der WEU. Hier hindere man die Mehrheit daran, die Kompetenzen der WEU auf die Felder auszudehnen, die besser im Europarat besprochen würden und an der Interpretation der Versammlung als reiner Propaganda-Organisation für die atomare Bewaffnung und der Raketenpolitik der NATO.<sup>231</sup>

Neben diesen beiden Parlamenten strich die SPD ihre führende Rolle als stärkste Gruppe in der sozialistischen Fraktion im „Montanparlament“ heraus. Hier sei es in den vergangenen fünf Jahren gelungen, von nationalen Delegationen hin zu politischen Fraktionen zu gelangen. Die sozialistische Fraktion sei den bürgerlichen Fraktionen ein Stück voraus, denn sie schaffe es, einheitliche Stellungnahmen zu erarbeiten. Ihre Arbeit sei von vier Grundsätzen geprägt gewesen: Erstens solle die territoriale Begrenzung überwunden werden. Zweitens müsse der teilintegrierte Bereich von einer koordinierten Wirtschaftspolitik flankiert werden. Drittens müsse im Montanbereich eine langfristige Investitionspolitik sichtbar und viertens sollte die parlamentarische Kontrolle der Gemeinschaft verbessert werden.

Die Hohe Behörde wurde für ihre zu enge Auslegung des Vertrages getadelt, die alleine der Wirtschaft und nicht den Arbeitnehmern Vorteile der Zusammenarbeit gebracht habe. Diesem Kritikpunkt fügte man an, dass die Kartelle besser kontrolliert werden müssten und die Investitionspolitik insbesondere in der Kohleversorgung versagt habe. Die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften müssten gemeinsam agieren. Die Teilintegration wurde dabei als unzulänglich beurteilt, weshalb die Schaffung der EWG und der Europäischen Atomgemeinschaft begrüßt wurden – in Einklang mit den übrigen 5 sozialistischen Parteien der EGKS. Trotz Kritik an den Institutionen wurden die Verträge als geeigneter Anfang gewertet, der mittels einer gelungenen sozialistischen Aktion zu einer Hebung des Lebensstandards der Menschen führen müsse. Gleichzeitig wurde wieder die Schaffung

---

<sup>231</sup> Ebd. S. 18-20.

einer europäischen Freihandelszone gefordert.<sup>232</sup> Auf europäischer Ebene wurden von den sozialistischen Parteien ureigene Themen wie die Sozialpolitik beraten.<sup>233</sup> Dass die europäische Ebene bereits einen festen Platz in den Planungen der Parlamentarier einnahm, sollte sich an den Beratungen der SPD zur Ausschussbesetzung nach den Wahlen 1957 zeigen. Vertreter der Europapolitik sollten im Auswärtigen Ausschuss vertreten sein, was aus Zeitgründen aber nicht bei allen Beteiligten möglich war.<sup>234</sup>

Das Jahrbuch der SPD stellte schließlich fest: „Europäische Zusammenarbeit und Überwindung des politischen und wirtschaftlichen Nationalismus sind Grundgedanken der Sozialdemokraten. In den vergangenen Jahren hat die SPD aber immer geprüft, wie sich die vorgeschlagenen Integrationsmaßnahmen der Bundesrepublik mit ihren westlichen Nachbarn für die Integration unseres geteilten Vaterlandes wird auswirken müssen. Eine militärisch und politisch verfassungsrechtliche Integration erschwert die Wiedervereinigung. Die SPD sieht im Wirtschaftlichen, Sozialen und Kulturellen das weite und erfolgsversprechende Feld europäischer Politik.“<sup>235</sup>

Erler lieferte innerhalb der sozialistischen Parteien Europas konzeptionelle Arbeit für das Gefüge der europäischen Institutionen zueinander, die vom internationalen Sekretariat an die sozialistischen Mitglieder des Europarates vertrieben wurde.<sup>236</sup> Kreysing unterrichtete in den folgenden vier Jahren die Fraktion regelmäßig über die Tätigkeiten des Europäischen Parlaments und sorgte somit für eine enge Anbindung der Europapolitiker an die Bundestagsfraktion.<sup>237</sup>

Die Christdemokraten blieben lockerer als die Sozialdemokraten über die NEI verbunden. Im Vergleich zu den frühen 50er Jahren fanden die Treffen der NEI zwar genauso häufig statt, stießen aber bei den Parteien auf ein geringeres Echo. Die NEI verlor an Bedeutung gegenüber der Zusammenarbeit der Fraktionen in den europäischen Versammlungen.<sup>238</sup> Zwar beschäftigte sich die NEI intensiv mit der neuen wirtschaftlichen Integration und begrüßte diese, doch hatte die christdemokratische Kooperation durch den Regierungs-

<sup>232</sup> Ebd. S. 20-23.

<sup>233</sup> Siehe das Referat von G.M. Nederhorst: Die Sozialpolitik in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Konferenzdokument für die Konferenz der sozialistischen Parteien der Gemeinschaftsländer über die Probleme der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ am 25. und 26. Januar 1957 in Luxemburg. AdsD. Bestand Bundestagsfraktion 2. WP 66.

<sup>234</sup> Vgl. das Schreiben Wehners an die Fraktionsspitze vom 18.11.1957. AdsD. Bundestagsfraktion 3. WP 16.

<sup>235</sup> Jahrbuch SPD 1956/57. S. 12-17.

<sup>236</sup> Les institutions européennes et l'internationale socialiste. Rapport au Congrès de Vienne par Fritz Erlor. In : Circulaire No. v/57 vom 30.9.57. Herausgegeben von der Sozialistischen Internationalen. AdsD. Nachlass Erlor 13 A.

<sup>237</sup> Die Berichte finden sich in AdsD. Bundestagsfraktion 3. WP 15.

<sup>238</sup> Matl, Saskia: "Europäische Christdemokraten auf dem Weg zur transnationalen Zusammenarbeit?", in: Mittag, Jürgen (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Essen 2006. S. 289-312. S. 296. Kaiser betont stärker die konkreten Vorteile, die die christlichen Parteien durch die Kooperation zum Beispiel bei der Planung von Wahlkämpfen erlangen wollten. Dennoch stellt auch er fest, dass die parlamentarischen Kontakte neben der organisierten NEI und den inoffiziellen Kontakten immer wichtiger wurden. Kaiser, Christian democracy. S. 262 ff. Kaiser führt anschließend die Debatten aus, die vor allem zu Beginn der 50er Jahre in der NEI anlässlich der Wiederbewaffnung Deutschlands geführt wurden. Es lässt sich erahnen, wie intensiv über die deutsche Eingliederung in eine europäische Armee und über eine supranationale Struktur in Europa diskutiert wurde. Ebd. S. 272 ff.

verlust in Belgien nicht mehr die Möglichkeiten, direkt die Verhandlungen zu beeinflussen. Dennoch betonten die christdemokratischen Parteien die Kontinuität zu den europäischen Integrationsschritten vor der EVG.<sup>239</sup> Daneben kam es natürlich zu bilateralen Vereinbarungen und Versuchen der gegenseitigen Hilfe innerhalb der Parteienfamilie. So brachte die DC im Spätherbst 1957 ihr Anliegen vor, in Deutschland ein Büro zu unterhalten, das einerseits die in Deutschland lebenden Italiener an die DC binden und andererseits die Verbindung mit der CDU halten sollte. Die CDU stand dem Vorhaben offiziell positiv gegenüber, konnte aber keine Räume zur Verfügung stellen.<sup>240</sup> Offensichtlich war die CDU nicht bereit, hier mehr Entgegenkommen zu zeigen. Ob sie hierzu aufgrund ihrer ständigen finanziellen Probleme nicht in der Lage war,<sup>241</sup> bleibt dahin gestellt. Darüber hinaus war man an gegenseitiger Unterstützung durch Gedanken des *best practice* interessiert, doch verliefen diese Bemühungen im Sande.<sup>242</sup>

#### IV.1.5 Europa spielt im Wahlkampf keine Rolle

Europapolitik war Symbolpolitik. Anlässlich des Besuchs Macmillans im Mai in der Bundesrepublik betonten in der Schlusserklärung beide Delegationen, dass sowohl eine baldige Ratifikation der Römischen Verträge und deren Ergänzung durch eine Freihandelszone im Interesse der europäischen Einigung seien.<sup>243</sup> Die Freihandelszone und die EWG waren zwar offiziell zwei gleichzeitig zu verfolgende Ziele, doch den Fokus hatte die Regierung Adenauer eindeutig auf die EWG gelegt, eingebettet in die westliche Allianz.

Adenauer machte dies in einem Schreiben an Fanfani im Mai 57 deutlich. Er bat ihn, die Regierungskrise schnell beizulegen. Natürlich wolle er sich nicht in innere Angelegenheiten einmischen, doch seien die Auswirkungen auf die anderen europäischen Staaten nicht abzuschätzen. „Ich bin der festen Überzeugung, dass die Bildung einer italienischen Regierung, die den bisherigen Kurs der italienischen Außenpolitik verlassen würde, äußerst verhängnisvoll sein würde. Das in Rom zu einem erfolgreichen Abschluss gebrachte Werk der europäischen Integrationsverträge würde abermals gefährdet sein. Das würde nicht nur einen Schlag für die Unterzeichnerstaaten bedeuten.“ Auch die USA drängten auf die europäische Einigung. Es wäre ein „schwerer Rückschlag“ für das Interesse der USA an Europa und die atlantische Gemeinschaft, „wenn die Verträge von Rom ein ähnliches Schicksal erleiden würden, wie der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft.“<sup>244</sup>

Wie bereits in den Monaten zuvor sich immer stärker herauskristallisiert hatte, bot die europäische Integration kaum Stoff für eine lebhafte Debatte zwischen den Christ- und So-

<sup>239</sup> Ebd. S. 293 ff.

<sup>240</sup> Aktenvermerk Müllenbachs vom 2.12.57 über ein Gespräch mit M. Tani. ACDP. 07-001-12096.

<sup>241</sup> Bösch schildert an mehreren Punkten die mangelnde Organisation und Finanzierung der CDU in den 50er Jahren. Erst zu Beginn der 60er Jahre änderten sich die Strukturen entscheidend. Zum Beispiel Bösch, Adenauer-CDU. S. 237 und S. 359 ff.

<sup>242</sup> Siehe den Schriftwechsel zwischen Franco Malfatti und Kraske bezüglich eines Handbuchs über die politische Situation in verschiedenen Wahlkreisen, das bei Reden herangezogen werden sollte. Dabei handelte es sich aber um ein Missverständnis, da Malfatti dachte, die CDU würde über solche Handbücher verfügen, dies aber nur eine Idee Kraskes gewesen war, die dieser in einem Vortrag erwähnt hatte. Briefe vom 14.10.57 und 18.10.57. ACDP. 07-001-12096.

<sup>243</sup> Müller-Roschach, Die deutsche Europapolitik. S. 70

<sup>244</sup> Archivio del Senato, Fondo Fanfani. Attività politica. Busta 106. Fasc. 20.

zialdemokraten. Erneut wurden von den Sozialdemokraten in den Lesungen die Monita vorgetragen, die aber angesichts des Gesamtprojekts zurückstehen würden. Es sei ein Schritt in die richtige Richtung. Mehrere Redner der Union versuchten, die SPD noch immer als „uneuropäische Partei“ zu stigmatisieren, was aber nicht in großem Maße geschah, da der eigene Koalitionspartner FDP gegen die Römischen Verträge stimmen sollte. CDU-Redner sprachen von der EWG als der Vollendung der EGKS, die SPD-Redner von der EWG als die Überwindung der Teilintegration. Erstaunlicherweise deckten sich die Sorgen der Redner in vielen Bereichen wie der Kolonialpolitik, dem langen Übergangszeitraum oder der Forderung nach einer abgestimmten Wirtschaftspolitik. Auch Forderungen nach einer Freihandelszone und einer besseren parlamentarischen Mitbestimmung waren kein Grund für einen Dissens zwischen den beiden Parteien.<sup>245</sup>

Die ADK unterstützte nun wieder die Regierung bei der Annahme der Römischen Verträge, indem sie für diese öffentlich warb.<sup>246</sup> Es fehlte nun der große Antagonist - einzig die FDP votierte gegen die Römischen Verträge -, so dass die Werbung für die Verträge bedeutungsschwach blieb. Die Auseinandersetzung konzentrierte sich auf das von Ollenhauer erneut am 26.5. vor sozialdemokratischen Redakteuren thematisierte europäische Sicherheitssystem.<sup>247</sup> Die Euratom werde angenommen, weil hier auf supranationaler Ebene ein Versuch der atomaren Kontrolle unterstützt werden müsse, zumal sich die Gewerkschaften und die Sozialisten mit ihren Forderungen gegen dirigistische Vorgaben durchgesetzt hätten. Der EWG stehe man reservierter gegenüber, weil die Frage der Freihandelszone noch nicht beantwortet und der Beitritt weiterer OEEC Staaten noch nicht absehbar sei. Ferner laste der Einbezug der überseeischen Gebiete aus unterschiedlichen Gründen schwer. So sei noch nicht klar, ob durch die Verträge keine wirtschaftlichen oder politischen Hindernisse für eine mögliche Wiedervereinigung aufgebaut würden. Bei der Wahl sei die CDU der Hauptgegner. Hier wolle man noch vor der Wahl große Aktionen unter dem Motto „Atome für den Frieden, nicht für den Krieg!“ starten, wobei man an die Paulskirchen-Bewegung anschließen wolle.<sup>248</sup>

Die CDU beobachtete aufgrund des nahenden Wahlkampfes die europapolitischen Annäherungen der SPD mit Argwohn. Adenauer misstraute den Bestrebungen der SPD, sah er doch in ihren Aussagen noch immer die Gefahr, dass die SPD Deutschland „neutralisieren“ und somit deren Sicherheit verspielen wollte.<sup>249</sup> So sammelte die CDU-Geschäftsstelle fleißig Äußerungen der SPD zur Sicherheitspolitik.<sup>250</sup>

---

<sup>245</sup> Siehe die Erste, Zweite und Dritte Lesung im Bundestag vom 9.5. sowie vom 5.7.57. Stenographische Berichte Band 36 und 38.

<sup>246</sup> Eine Sammlung des Materials der ADK findet sich in ACDP. 07-001-3392.

<sup>247</sup> Zusammenfassung des Vortrags befindet sich in: ACDP. 07-001-3287.

<sup>248</sup> Ebd. S. 3 f.

<sup>249</sup> So Adenauer vor der CDU/CSU-Fraktion am 13.11.1956. In: CDU/CSU-Fraktion 1956-1957. S. 1315 f. Neben Kritik am „Widerstand der SPD gegen die Aufrüstung“ bezog sich Adenauer vor allem auf einen Artikel von Mellies in der FAZ, in dem er ausgehend von den Krisen am Suez und in Ungarn einmal mehr festgestellt hatte, dass Deutschland nicht wiedervereinigt werden könne, wenn die Bundesrepublik in ein westliches Militärbündnis integriert sei. Ebd. Anmerkung 24.

<sup>250</sup> Siehe ACDP. 07-001-3287.

Die CDU setzte im Wahlkampf 57 auf Sicherheit, denn angesichts des Aufrufes der „Göttinger 18“,<sup>251</sup> der Diskussion um die Römischen Verträge sowie aktuellen Debatten in der NATO erwartete man, dass sich der Wahlkampf mit der Außenpolitik und hier mit der atomaren Aufrüstung beschäftigen werde.<sup>252</sup> Man warnte vor möglichen „Experimenten“, die bei einer Regierungsübernahme durch die SPD vermeintlich drohen würden. Sie sei schlichtweg nicht verlässlich,<sup>253</sup> was an ihrer Kritik an vorherigen Reisen Adenauers und der aktuellen Bewertung der Reise Ollenhauers in die USA deutlich werde.<sup>254</sup> Ihre Forderung nach einer Abrüstung vor allem der Bundesrepublik, da diese mit gutem Beispiel voran gehen müsse, sei nicht stichhaltig, denn diese habe ja gar nicht aufgerüstet.<sup>255</sup> Die Forderungen der Göttinger Wissenschaftler führten indes politisch zur „Auflösung der NATO“.<sup>256</sup> Adenauer wurde in seinem Wahlkampf erneut von den USA unterstützt, indem unter anderem die NATO-Frühjahrstagung im Mai 1957 in Bonn stattfand und trotz stetigen Zweifels an den USA, ob diese an dem Junktim von Abrüstung und Wiedervereinigung festhielten.<sup>257</sup> In der Wirtschaftspolitik warnte die CDU vor sozialistischen Versuchungen – im Gegensatz zur unionsgeführten Wirtschaftspolitik, die Wohlstand gebracht habe, und vor sicherheitspolitischen Abenteuern, vor denen gar die Internationale warne und die als „Neutralisierungsplan“ eingestuft wurden.<sup>258</sup> Doch warf man der SPD nicht mehr vor, „uneuropäisch“ oder gegen die europäische Integration zu sein. Dieser stand ja auch das von Erler immer wieder propagierte kollektive Sicherheitssystem auf den ersten Blick keineswegs entgegen, mit dem er zu verhindern suchte, dass Adenauer durch den Ungarn-Aufstand erneut auf der Klaviatur der Angst vor dem Bolschewismus spielen konnte.<sup>259</sup>

<sup>251</sup> Erklärung von Wissenschaftlern vom 12.4.57 gegen eine atomare Bewaffnung. Abdruck in: DzD 3/3/1 (1957). S. 594-596. Zum Umgang Adenauers mit der Erklärung, der einfach in „kleine“ und „große“ Atomwaffen unterschied, wobei die ersteren nur eine Weiterentwicklung der Artillerie seien und daher die Bundeswehr hiermit ausgerüstet werden könne, siehe Schwarz, Adenauer 2. S. 329 ff.

<sup>252</sup> So Adenauer vor dem CDU-Bundesvorstand am 11.5.1957. In: CDU-Vorstandsprotokolle 2. Nr. 19. S. 1223 ff.

<sup>253</sup> So legte die CDU Geschäftsstelle eine Liste von „Sünden“ der SPD an, also von Aussagen von SPD Politikern bis 1957. Diese Aussagen sollten dabei im Wahlkampf 1957 eingesetzt werden können. Dabei finden sich keine Hinweise auf eine europaspezifische Politik, höchstens dann, wenn Adenauer im Zuge der Europapolitik eine Integrationspolitik vorgeworfen wurde, die erstens als Art Hörigkeit gegenüber den Alliierten ausgelegt wurde und zweitens die deutsche Einheit in weitere Ferne habe rücken lassen. ACDP. 07-001-3290. „SPD-Sünden katalog“ (handschriftlich überschrieben). Ohne Ort und Jahr. (wahrscheinlich ist das Jahr 1957, was aus den umliegenden Dokumenten im Archivbestand und dem Inhalt ersichtlich wird).

<sup>254</sup> Im DUD vom 20.2.1957 wurden Aussagen von SPD-Parteipublikationen im Rahmen ehemaliger Reisen Adenauers abgedruckt, nach Aussagen des DUD „nicht des Parteiführers, sonder des Mannes, der nicht zuletzt auf jenen Reisen die Stellung der Bundesrepublik in der Welt begründet hat, aus der sich überhaupt erst die entscheidende deutsche Schicksalsfrage der Wiedervereinigung Deutschlands anfassen lässt.“ Als letzte Aussage wird vom 11.6.1956 eine Überschrift erwähnt: „Kreuzfahrer des Kalten Krieges.“ DUD vom 20.2.1957. ACDP. 07-001-3290.

<sup>255</sup> So Gradl vor dem Bundesvorstand am 11.5.57 (wie Anmerkung 252). S. 1235.

<sup>256</sup> So Adenauer in einer Rede in Köln vom 13.4.57. DzD 3/3/1 (1957). S. 604-606. Zitat: S. 605.

<sup>257</sup> Vgl. Penzlin, Carsten: Wahlkampf und Außenpolitik. Eine vergleichende Studie zu den Bundestagswahlen von 1957 und 1972. Rostock 2009. 184 ff.

<sup>258</sup> Siehe die UID vom 13. und 18.7.1957. ACDP. 07-001-3290.

<sup>259</sup> So dachte man durchaus in der SPD. Siehe den Brief eines Mitarbeiters im NRW Arbeits- und Sozialministerium an Wehner vom 20.1.1957. In: AdsD. Bundestagsfraktion 2. WP 14.

Schließlich brauchte man ja auch die SPD, um angesichts der ablehnenden Haltung der FDP die Römischen Verträge sicher durchs Parlament zu bringen. Man nahm die Reformbemühungen in der SPD wahr und begegnete diesen taktisch in der Weise, indem man feststellte, dass der linke Flügel immer stärker werde. Dadurch werde die Opposition der SPD allerdings „beschämend“ und „deprimierend“, denn sie ergieße sich in einem reinen „abwerten und verächtlich machen“ der Außenpolitik Adenauers, wobei dies vornehmlich durch Heine geschehe. Dessen „Parteipublizistik“ bedeute „nichts anderes, als die Grundlagen des Vertrauens in der freien Welt in das neue Deutschland [zu] erschüttern, das die zähe und stetige Politik des Kanzlers aufgebaut“ habe.<sup>260</sup>

Dass die SPD vor allem auf den Sicherheitsaspekt der CDU werde reagieren müssen, stellte der Vorwärts bereits am 25.1.57 fest, indem er über eine Sitzung der „entscheidenden Gremien“ der SPD berichtete. Nachdem Heine vorgestellt habe, wie der Wahlkampf der CDU ausfallen würde („verleumderisch, mit vielen Millionen bespickt“) werde die SPD vor allem auf die Parolen der Sicherheit der CDU zu reagieren haben. Die SPD setze sich für Sicherheit ein, aber für eine Sicherheit für alle, auch der „geistigen Freiheit! Wer dafür eintritt, der macht keine Experimente! Er dient der Wohlfahrt der ganzen Nation und darüber hinaus nicht zuletzt der Befriedung Europas und der Welt.“<sup>261</sup> Hierzu sollte nicht zuletzt die Reise Ollenhauers in die USA beitragen, die darüber hinaus klarmachen sollte, dass eine SPD-Regierung keineswegs „mit der Freiheit und Sicherheit“ experimentieren würde.<sup>262</sup> Die SPD sah sich in ihren Forderungen nach einem kollektiven Sicherheitssystem als Voraussetzung für die Wiedervereinigung durch Äußerungen Kennans gestärkt, der ähnliche Überlegungen anstellte.<sup>263</sup> Hoffnungen, durch eine Thematisierung einer möglichen atomaren Bewaffnung profitieren zu können, indem zum Beispiel die Göttinger Erklärung genutzt werden sollte, gingen im Wahlkampf jedoch nicht auf. Die CDU warnte ihre eigenen Wahlkampfhelfer vor einer zu starken Fokussierung durch die SPD, indem sie auf Briefe Heines an die SPD Unterbezirke zurückgriff und auf mögliche Abrüstungsverhandlungen in London verwies, die abgewartet werden müssten.<sup>264</sup> In der Debatte zur Euratom betonte die SPD, dass diese nur zu friedlichen Zwecken genutzt werden solle - gerade vor dem Hintergrund, dass der Regierung und insbesondere Strauß vorgeworfen wurde, eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr vornehmen zu wollen.<sup>265</sup> Diese erst ab 1958 offen vorgetragenen Wünsche führten zur Kampagne „Kampf dem Atomtod“.<sup>266</sup>

<sup>260</sup> Wer führt die SPD – und wohin. DUD vom 29.5.1957. S. 3-6. Zitate S. 3 f.

<sup>261</sup> Vorwärts vom 25.1.57. Artikel „Sicherheit für alle“. In: ACDP. 07-001-3290.

<sup>262</sup> Gute Arbeit für Deutschland. In: SPD-Auslandsbrief vom 5.3.1957. S. 1-2. Hier S. 1.

<sup>263</sup> Siehe den Artikel der Westfälischen Rundschau vom 11.1.1957 über Äußerungen Kennans vom 10.1.57, abgedruckt in: DzD 3/3/1. S. 35.

<sup>264</sup> Siehe zum Einbezug der Göttinger Erklärung das Schreiben Fritz Heines an die SPD Bezirke und Unterbezirke vom 18.4.1957. Ebenso seine Erwähnung in einem Schreiben an die Ortsvereine im Mai 1957. ACDP. 07-001-3287. Ebd. auch die Warnung von Seiten der CDU im April 57. Zu dem Verweis auf die Abrüstungsverhandlungen in London und die Unterstützung durch Eisenhower, die Verhandlungen keinesfalls vor den Bundestagswahlen platzen zu lassen: Schwarz, Adenauer 2. S. 344.

<sup>265</sup> Siehe hierzu auch die Anfrage im Deutschen Bundestag vom 2.4.57, abgedruckt in DzD 3/3/1. S. 560. Die ausführliche Debatte hierüber fand am 10.5.1957 statt. Die Redebeiträge sind abgedruckt in: DzD 3/3/2. S. 766 ff.

<sup>266</sup> Zum gesamten Komplex Schmitz, Deutsche Einheit und die Europäische Integration. S. 136 f.



Ollenhauer hieb indes in einem Brief an die Mitglieder im Juni 1957 in die gleiche Kerbe wie das Schreiben der CDU. Dort hieß es, dass man den unentschlossenen Wählern klar machen müsse, „daß wir Sozialdemokraten Gegner der Adenauerschen Machtpolitik sind, daß nur ein kollektives Sicherheitssystem in Europa unter Einbeziehung des in Frieden und Freiheit wiedervereinten Deutschlands der Ausweg ist, der uns im Zeitalter der Atombomben vor einer völligen Vernichtung durch einen dritten Weltkrieg bewahren kann. Die beste Sicherheit Europas und damit auch der Welt kann nur die Einheit Deutschlands sein!“<sup>267</sup> Gerade diese Antiposition griff Adenauer auf. In seinem Wählerbrief für den Wahlkampf 1957 betonte er die wiedererlangte Position der Gleichberechtigung, das gestiegene deutsche Ansehen in der Welt, die Mitgliedschaft in der NATO und die Warnung vor den Forderungen der politischen Gegner nach einem Austritt. Noch wichtiger wogen das wirtschaftliche Wachstum und die soziale Politik mit der gerade eingeführten Rentenerhöhung sowie das Ziel der Wiedervereinigung. Man müsse auch weiterhin gegenüber der Sowjetunion wachsam bleiben und die eigene Freiheit zusammen mit den anderen Staaten der freien Welt verteidigen.<sup>268</sup> Gegen jene auf Antagonismus setzende Strategie drangen Äußerungen Erlers nicht durch, da dessen Äußerungen in der SPD ja keineswegs *common sense* waren. Er sprach von der Teilung Deutschlands als einer „Zeitbombe im Herzen Europas“. Ein wiedervereinigtes Deutschland müsse zwar bewaffnet sein, allerdings nach erfolgreichen Abrüstungsverhandlungen an seine Nachbarn angepasst werden. Dabei müsse man auch Beistandsverpflichtungen gegenüber den nichtrussischen europäischen Partnern eingehen und Sicherheitsgarantien durch die Amerikaner bekommen. Gerade in diesem Fall habe Adenauer nicht die Wahrheit gesagt, wonach er behauptet habe, dass die SPD hierauf verzichten wolle.<sup>269</sup> Gerade weil beide Parteien ihren Wahlkampf auf den Topos Sicherheit ausrichteten, hatte Adenauer mit seinem Wahlkampfslogan „keine Experimente“ Erfolg. Dass Ollenhauer den bereits kursierenden Plänen für eine deutsche Einheit und ein europäisches Sicherheitssystem noch einen weiteren hinzufügte,<sup>270</sup> machte dessen Ansatz nicht glaubwürdiger. Die europäische Integration hatte sich aber von der Frage der Sicherheit und der deutschen Wiedervereinigung größtenteils gelöst. Trotz aller Kontroversität kamen die Topoi Europa und Abendland kaum noch vor. Wohl aber forcierten Adenauer und Strauß bereits seit April Forderungen nach einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Adenauer stellte dies als eine normale, allgemeine Entwicklung hin. Alleine auf solche Waffen zu verzichten sei kein Beitrag zur Entspannung.<sup>271</sup> Strauß pflichtete bei, dass vor allem „leichte Atomwaffen“ für die nichtamerikanischen Streitkräfte angedacht seien.<sup>272</sup>

Bei der Bundestagswahl profitierten beide große Parteien von dem stattfindenden Konzentrationsprozess in der deutschen Parteienlandschaft. Beide Parteien legten zu - die SPD um gut 3%, die CDU um 5% - doch zu dem von der SPD erhofften Regierungswechsel kam es nicht. Stattdessen fuhr die Union mit 50,2% das beste Nachkriegsergebnis ein. Mit der absoluten Mehrheit war eine Koalition überhaupt nicht mehr notwendig. Die faktische Wahlniederlage löste in der SPD eine Diskussion über die Ausrichtung der Partei aus. So

<sup>267</sup> Schreiben Ollenhauers an die Mitglieder der SPD im Juni 1957. ACDP. 07-001-3287.

<sup>268</sup> Brief Adenauers an die Wähler zum Wahlkampf 1957. ACDP. 07-001-12086.

<sup>269</sup> Pressemitteilung der SPD-Fraktion vom 6.9.57. AdsD. Nachlass Fritz Erler. 13 B.

<sup>270</sup> Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion vom 23.5.1957. Abgedruckt in: DzD 3/3/2. S. 1066-1072.

<sup>271</sup> So Adenauer auf einer Pressekonferenz vom 5.4.1957. In: DzD 3/3/1 (1957). S. 577-579.

<sup>272</sup> Strauß am 8.4.57 in einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk. In: Ebd. S. 579-581.

stellte Erler Versäumnisse in wirtschaftspolitischen Fragen fest. Die demokratische Mitbestimmung, die leicht mit Forderungen nach Sozialisierungen verwechselt werde, müsse in der Partei zu Ende diskutiert werden. Der Partei mangle es an einer klaren Aussage. Eigentlich trete ja die Sozialdemokratie für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung ein, die vom „Missbrauch wirtschaftlicher Macht“ frei sein müsse, damit die Freiheit des Staatsbürgers gewahrt bleibe. In der Außenpolitik wolle die SPD die „geltenden Verträge für die Bundesrepublik Deutschland... respektieren“, zugleich „für das wiedervereinigte Deutschland etwas Besseres“ finden. Für die Geschlossenheit nach außen dürfe es künftig keine Meinungsverschiedenheiten zwischen Fraktion und Partei geben. Daher sei eine Parteireform, die technische und politische Parteiführung teile, nötig. Der Vorstand müsse Zeit haben, die „politische Haltung der Parteien zu diskutieren“.<sup>273</sup> In der SPD resignierte ein Teil nach dem klaren Wahlsieg der Union. Nach Wehner war die Lage so, als ob sich einige Parteisoldaten geradezu auf das Exil vorbereiten würden. Die Reformer allerdings erhielten mit der Niederlage neuen Schwung. Willy Brandt betonte, dass es eben nicht darum ginge, einfach Redeschlachten zu gewinnen. Auch Erler fügte an, dass es auf das Tun und nicht auf das Wollen ankomme. Die Opposition sollte nun die Politik mitgestalten und den Gestaltungswillen eben nicht auf jenen fernen Tag verweisen, an dem man die Regierung übernehmen werde.<sup>274</sup> Ende 1957 wurden gegen den Willen Ollenhauers Schmid, Erler und Wehner als dessen Stellvertreter gewählt. So eingerahmt wurden die Reformen der Parteien vorangetrieben, wobei die Prozesshaftigkeit dazu führte, dass man in den kommenden Jahren ein Nebeneinander klassisch argumentierender Vertreter und neuer Politiker sehen konnte.<sup>275</sup>

Während die EWG und Euratom nur wenig Konfliktpotential hatten, erwies sich die Diskussion um ein Europäisches Sicherheitssystem als weitaus konfliktträchtiger. So wies Adenauer in einem Brief an Gerstenmaier vom 24.7.57 diesen für einen Artikel zurecht, der im DUD erscheinen sollte. Bereits die Überschrift „Wann darf das NATO-Bündnis revidiert werden?“ erregte das Misstrauen des Kanzlers, denn eine Revision sei gar nicht im Vertrag vorgesehen und jedes Gerede davon schwäche das Vertrauen in die Bundesrepublik. Der Einbezug eines möglichen wiedervereinigten Deutschlands sei einzig im Deutschland-Vertrag geregelt. Die anderen Bündnispartner hätten kein Recht, hier einzugreifen. Was ein europäisches Sicherheitssystem angehe, das sich Gerstenmaier offensichtlich zu eigen mache, so halte er, Adenauer, „ein europäisches (Unterstreichung im Original) Sicherheitssystem für baren Unsinn. Bei der heutigen Waffentechnik und den heutigen Zusammenhängen hat ein europäisches Sicherheitssystem überhaupt keinen Zweck.“ Wieder ging er auf Gerstenmaiers Formulierungen zur NATO ein und bedauerte, dass Gerstenmaier in seinen Ausführungen bezüglich einer Revision zu sehr auf die SPD zugehe. So auch bei der Frage der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Demnach hatte Gerstenmaier formuliert, dass die Haltung der SPD des prinzipiellen Verzichts sich wohl „aus der allgemeinen Abneigung gegen Atomwaffen erklären lasse“. Hier sah Adenauer die Anerkennung der SPD Forderungen gegeben, zumal ein hochrangiges CDU-Mitglied diese Äußerungen tätigte. Adenauer beschwerte sich, nicht über den Artikel informiert worden zu sein,

<sup>273</sup> Mitteilung vom 15.11.57 der Pressestelle der SPD-Bundestagsfraktion. AdsD. Nachlass Fritz Erler. 13 A.

<sup>274</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 115 f.

<sup>275</sup> Eine Folge war die Professionalisierung und der Ausbau der Meinungsforschung durch die SPD. Siehe Kruke, Demoskopie. S. 201 ff.

sondern nur indirekt von ihm erfahren zu haben.<sup>276</sup> Gerstenmaier spielte in der Union mit seinen außen- und deutschlandpolitischen Ansichten eine Sonderrolle. Hierbei zog er sich immer wieder den Unmut des Kanzlers zu.<sup>277</sup>

Nach Adenauer war der Sieg der Union bei der Bundestagswahl für die Außenpolitik von größerer Bedeutung. So stellte er in seinen Ausführungen vor dem Bundesvorstand vom 19.9.1957 eindeutig fest, dass die SPD ihre Äußerungen im Falle eines Wahlsiegs durchaus wahrgemacht hätte. Die westliche Welt habe nur auf die Wahlen gewartet und die eingegangenen Gratulationen seien eine Bestätigung der Freude westlicher Regierungen.<sup>278</sup> Gleichwohl wiesen Kiesinger, Schröder und Brentano auf eventuelle negative Äußerungen vor allem in der britischen Presse und im Europarat nach dem Wahlsieg hin. Ohnehin bedürfe es einer besseren Kommunikation mit der ausländischen Presse, bei der die SPD weit- aus besser aufgestellt sei. Der Wahlsieg müsse behutsam kommuniziert werden. Die Gedanken eines sozialistischen Europas seien nun wohl endlich gebannt. Dennoch müsse man behutsam sein, wenn nun Europa von Deutschland aus maßgeblich von einer christlichen Partei geeinigt werde, denn dies könne bei politischen Kräften, die wenig mit dem Adjektiv „christlich“ anfangen könnten, Verstimmungen hervorrufen.<sup>279</sup>

Nach der Bundestagswahl intensivierte die Bundesregierung die Verhandlungen im Rahmen der Freihandelszone, wobei das Bundeswirtschaftsministerium die Verhandlungen maßgeblich leitete.<sup>280</sup> Deren wirtschaftliche Ziele passten nun in das politische und kulturelle Gesamtkonzept, das Adenauer auf der ersten Tagung der „Europäischen Kulturstiftung“ in Amsterdam am 23.11.57 unter der Überschrift „Die Selbstbehauptung Europas“ darlegte. Demnach hätten die Staaten Europas auch in ihrer nationalen Ausprägung immer Gemeinsamkeiten gehabt. So seien die Verfassungen fast alle den gleichen Wurzeln entsprungen und Versuche einer geordneten europäischen Ordnung habe es auch nach den napoleonischen Kriegen gegeben. „So machen Vielfalt in der Eigenart und trotzdem Gemeinsamkeit in der Grundlage die entscheidenden Wesenszüge Europas aus. Die Vielfalt in der staatlichen Entwicklung, die die europäischen Nationen zur höchsten kulturellen und politischen Anstrengung zwang, ist schließlich die Voraussetzung für die ausschlaggebende Stellung gewesen, die Europa in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg in der Welt eingenommen hat. Das gemeinsame Bekenntnis zur Freiheit ist es heute, das uns wieder zusammen-

<sup>276</sup> Brief Adenauers an Gerstenmaier vom 24.7.1957. In: ACDP. 07-001-10086.

<sup>277</sup> Brief Gerstenmaiers an Adenauer vom 4.7.1957 in dem dieser sich über Kritik beklagt, die in der letzten Vorstandssitzung an ihm geübt wurde, nachdem er schon dienstlich begründet abwesend gewesen sei. Siehe ebenso das Schreiben Gerstenmaiers an Adenauer vom 29.1.57 bezüglich eines Artikels, in dem er eine schwarz rote Koalition erwägt haben soll. Er stellt klar, dass er gesagt habe, dass nach den Wahlen diese Frage erst geklärt werden könne. Aus Gesprächen in seinem und einem benachbarten Wahlkreis, der dem FDP Vorsitzenden Maier gehöre, habe Gerstenmaier klargestellt, dass die FDP die CDU mit ihrer anti-CDU Taktik und ihrer vorläufigen Absage an eine Koalition die CDU in die Arme der SPD treibe. Dies sei von Unternehmern in seinem Wahlkreis, die eigentlich liberal seien, so angenommen worden. Daher halte er es für taktisch klug, sich nicht zu früh festzulegen, falls es mit der DP-FVP nicht reiche. Denn die FDP Maiers müsse ebenso entschieden bekämpft werden wie die SPD. Beide Schreiben in: ACDP. 07-001-10086. Zur Kritik Adenauers auf der Sitzung des Vorstands: CDU-Vorstandsprotokolle 2. S. 1292.

<sup>278</sup> Bracher, Karl Dietrich, Morsey, Rudolf und Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957-1961 (bearbeitet von Günter Buchstab). Düsseldorf 1994. Nr. 1. S. 2 f.

<sup>279</sup> Ebd. S. 16-18.

<sup>280</sup> Müller-Roschach, Die deutsche Europapolitik. S. 71 f.

führt gegen diejenigen Kräfte, die das freie Selbstbestimmungsrecht des einzelnen und der Völker verneinen.“ Doch Europa stehe nicht allein, sondern werde von den Vereinigten Staaten unterstützt.<sup>281</sup>

Doch das Bekenntnis zum europäischen Ideal reiche nicht aus. Angesichts der Bedrohung aus dem Osten, besonders der Teilung Europas und der neuen Machtzentren außerhalb Europas sei man zum Handeln gezwungen, zumal man auch Treuhänder der Rechte derjenigen sei, die der Selbstbestimmung beraubt seien. „Kleinmut“, „Trägheit“ und „Lässigkeit“ führten zu einem „Sich abfinden“ mit der Teilung Europas. „Nur das Bewußtsein, daß die Freiheit Europas unteilbar ist, kann der Europa-Idee die Schwungkraft geben, die im Interesse unserer Selbstbehauptung notwendig ist.“ Es sei eine Schande, wenn Europa aus seinem „Wirtschafts- und Menschenpotential“ nicht mehr mache. Er wolle aufrütteln und darauf hinweisen, dass die Fähigkeiten auf dem Kontinent vorhanden seien, das Beste aus den Gegebenheiten zu machen. Wenn man auf die neu aufstrebenden Mächte zugehe, könne man viel erreichen.<sup>282</sup>

Gemeinsamkeiten mit den USA und die Aussöhnung Deutschlands mit seinen Nachbarn waren weitere Stichpunkte, die nicht zuletzt durch die sowjetischen Aktionen und deren Deklarationen motiviert waren. Eine Vertiefung und eine Erweiterung des Kreises der europäischen Zusammenarbeit, vor allem um Großbritannien, seien wünschenswert. Ferner wünsche er sich eine engere Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet, wobei dies nicht in Gleichmacherei ausarten dürfe. Wichtig seien hier der Austausch der Jugend und der Gedanke an die nicht-freien Völker Europas.

„Der Weg, der vor uns liegt, wird nicht leicht sein. Er erfordert Härte gegen uns selbst, gute Nerven und eine Politik, die sich jeder Lage, ungeachtet der Schwierigkeit der anstehenden Probleme, elastisch anzupassen vermag. Ich denke dabei vor allem auch an das Abrüstungsproblem, dessen Lösung uns im Interesse des Friedens und im Interesse einer sorgenfreien Zukunft so besonders am Herzen liegt. [...] Eine glückliche Zukunft ist uns nur dann gewiß, wenn wir in dem Bemühen nicht ablassen, schon in unserer Zeit das große Ziel der Bewahrung der Eigenständigkeit der europäischen Völker in einem frei geeinten Europa zu sichern.“<sup>283</sup>

Eine allgemeine Forderung, die auch SPD-Politiker mittrugen. Von diesen schob sich Erler immer stärker in den Vordruck. Ausdruck der gesteigerten Wahrnehmung, der er sich mittlerweile sicher sein konnte, war die Präsenz in unterschiedlichen Medien. So führte der Hessische Rundfunk mit Erler und Schuman nach der dritten deutsch-französischen Parlamentariertagung am 2.12.57 ein Interview.<sup>284</sup>

Die „Parlamentarischen Zwiesgespräche“ zwischen Kiesinger und Erler vom 11.12.57 strichen zum Schluss des Jahres noch einmal die Gemeinsamkeiten heraus, die man öffentlich in der Frage der EWG hatte und die bei der Europapolitik durch gemeinsame, parteiübergreifende Anträge vor allem zu kulturellen Fragen im Europarat zum Ausdruck ge-

<sup>281</sup> In Adenauer, Reden. S. 373-379. Hier S. 374 f.

<sup>282</sup> Ebd. S. 375 ff.

<sup>283</sup> Ebd. S. 377-379. Zitate S. 379.

<sup>284</sup> Interview des HR-Journalisten Helferich mit Erler und Schuman vom 2.12.1957. Niederschrift in AdsD. Nachlass Erler, 13 A.

kommen waren.<sup>285</sup> Demnach forderten beide die Konzentration der europäischen Organe - wie es auch im Monnet-Komitee diskutiert wurde und für die Erler Vorschläge machte.<sup>286</sup> Ferner stellten beide eine fehlende europäische öffentliche Meinung fest, wobei sie dem Europarat eine besondere Rolle zuwiesen. Problematisch seien mangelnde Kompetenzen und die ungleichen Teilnehmerstaaten an den jeweils verschiedenen Organisationen. Beide Politiker forderten die Ergänzung um eine Freihandelszone. Die Verhandlungen hierzu drohten demnach zu scheitern, weil sich vor allem Frankreich sperre, wobei Erler von größeren Nachteilen als Kiesinger von dem Nichtabschluss einer Freihandelszone ausging.<sup>287</sup>

Schlussendlich blieb auch Ende 1957 noch immer die Sicherheitspolitik Hauptankapfel in der Europapolitik zwischen der SPD und der Union. So bedauerte es Erler in einer Pressemitteilung vom 20.12.1957 ausdrücklich, dass die Bundesregierung erneut Pläne zur Abrüstung und Entspannung in Mitteleuropa nicht ernsthaft prüfe.<sup>288</sup> Dabei war nach Erler aktuell „Die grosse Aufgabe: Das Atomwetterrüsten beenden!“<sup>289</sup> Hierzu setzte die Bundesregierung, vor allem Adenauer und Strauß gegen Brentanos Einwände, auf eine mögliche atomare Bewaffnung oder zumindest eine Teilhabe über die NATO an den Nuklearwaffen. Angesichts des „Sputnik-Schocks“ war dies keine verwunderliche Reaktion, die sehr konkret ausfiel: Im November hatten Frankreich, Italien und Deutschland in einem gemeinsamen Protokoll vereinbart, gemeinsame Forschungen im Nuklearbereich zu betreiben. Das Abkommen wurde jedoch von de Gaulle nach dessen Amtsantritt nicht umgesetzt.<sup>290</sup>

Von einer immer wieder beschworenen gemeinsamen Außenpolitik war man noch weit entfernt, zumal sich die SPD in einem Reformprozess befand und in der CDU Adenauers Position noch unumstritten war. Dies sollte sich erst mit dem Wechsel in das neue Jahrzehnt ändern. Nicht zuletzt bei konservativen Protestanten war eine Modernisierung des eigenen Staatsverständnisses unübersehbar, wie auf den Tagungen des EAK deutlich wurde und obwohl sie die Treuhänderfunktion der Bundesrepublik für die ostdeutschen Gebiete immer wieder in den Mittelpunkt ihrer Aussagen stellte.<sup>291</sup> Gerade jene Treuhänderfunktion wurde nach Meinung der SPD nicht wahrgenommen und war der Hauptgrund für weitere außenpolitische Auseinandersetzungen. Der „Kampf dem Atomtod“ und der „Deutschlandplan“ der SPD sollten in den kommenden beiden Jahren noch die Agenda bestimmen, eh die SPD die Grundsatzentscheidungen der Ära Adenauer in der Außenpolitik akzeptieren sollte.

---

<sup>285</sup> Siehe die Drucksachen III/89, 90 und 93. Siehe insgesamt die Drucksachen II/3249 bis II/3259, als elf Anträge von der Sozial- bis zur Hochschulpolitik, die von der Beratenden Versammlung des Europarates beschlossen worden waren. Stenographische Berichte, Bände 38 und 39.

<sup>286</sup> Vortrag Erlers in „Politik aus erster Hand“. Der Vortrag war überschrieben mit „Rüsten und Warten kein Ersatz für Politik“. Abgedruckt in einer Mitteilung der Pressestelle der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion vom 8.1.1958. AdsD. Bundestagsfraktion 3. WP 31.

<sup>287</sup> AdsD. Nachlass Fritz Erler. 13 A.

<sup>288</sup> Pressemitteilung Erlers vom 20.12.1957. Ebd.

<sup>289</sup> Artikel im Pressedienst vom 21.12.1957. Ebd.

<sup>290</sup> Kosthorst, Brentano. S. 137 ff.

<sup>291</sup> Vgl. Oppelland, EAK. S. 122 ff.

## IV.2 Die Europadiskussion in Italien

Ab 1953 kam das politische System Italiens zunehmend in Bewegung. Nachdem De Gasperi und sein *centrismo* mit dem Versuch der *legge maggioritaria* („*legge truffa*“) gescheitert waren, gab es in den beiden Kammern keine klaren Mehrheiten mehr.<sup>292</sup> Eine Folge war, dass der Gesetzentwurf zur EVG zwar in der *Camera* eingebracht, jedoch nicht beraten wurde. Die PSI lehnte weiterhin die EVG ab, obwohl sie sich zunehmend mit der NATO, in einer „rein defensiv und territorial begrenzten Form“, die den „exzessiven, atlantischen Extremismus“ ablösen müsse, abfand. Dabei halfen auch nicht die Beteuerungen De Gasperis, wonach der Artikel 38 den föderalistischen Forderungen Europas entsprechen würde.<sup>293</sup> Mit dem Kongress von Mailand im Januar 1953 begann eine neue Entwicklung in der PSI. Trotz des Kampfes gegen das Wahlgesetz der „*coalizione clerico-moderata-socialdemocratica*“ versuchte die PSI, neben ihrer Opposition gegen den alten *quadripartito* zugleich eine Politik der internationalen und inneritalienischen Entspannung herbeizuführen.<sup>294</sup>

Diese Bestrebungen trafen auf eine Diskussion in der DC über eine Öffnung nach links oder rechts. So fand die Linke der DC um La Pira, aber auch die Strömung um Gronchi Zuspruch bei der PSI, zumal Letzterer mit den Stimmen der Sozialisten 1955 zum Präsidenten gewählt wurde.<sup>295</sup> Ferner wurde in der PSDI die innerparteiliche Opposition gegen Saragats Außenpolitik immer stärker, so dass Stimmen für eine Vereinigung mit der PSI bei den Sozialdemokraten lauter wurden.<sup>296</sup> Gerade die internationale Entspannung mit den zahlreichen Konferenzen bis 1955 bot der auf Vermittlung ausgerichteten Außenpolitik der PSI mehrere Anknüpfungspunkte. Die Konferenzen von Genf, Berlin und Bandung ließen die sozialistische Forderung einer Abkehr von den Blöcken logischer erscheinen. Langsam und schrittweise wurde die Solidarität mit der kommunistischen Welt mit der Sowjetunion und der PCI geringer. Innenpolitisch reagierte die PSI auf dem Kongress von Turin im Jahr 1955 auf die von der DC beschlossene *apertura a sinistra* mit einem *dialogo con i cattolici*. Nach Nenni war er grundlegend,<sup>297</sup> vor allem, um den „Immobilismus“ der DC zu überwinden.<sup>298</sup> Diese Position war keineswegs Konsens. Während Morandi vor einer neuen reaktionären Strategie warnte, setzte Basso die DC mit dem *mondo cattolico* gleich. Man solle durch Kärnerarbeit an der Basis die internen Widersprüche der katholischen Partei fördern und damit einen endgültigen Sieg ermöglichen. Schlussendlich stimmte der Parteitag einer

<sup>292</sup> 1956 wurde ein neues Wahlgesetz zumindest für die administrativen Wahlen geschaffen, das mit einer großen Mehrheit in der *Camera* angenommen wurde. Siehe hierzu die Titelseiten des *Avanti* vom 25.1.56 und vom 8.3.56.

<sup>293</sup> Colarizi, Simona: "The Italian Political Parties and Foreign Policy in the 1950s: DC, PSI, PCI, MSI", in: di Nolfo, Ennio (Hg.): *Power in Europe? II Great Britain, France, Germany and Italy and the Origins of the EEC 1952-1957*. Berlin/ New York 1992. S. 384-406. Hier S. 392 f.

<sup>294</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 280 f.

<sup>295</sup> Gronchi sollte in den kommenden Jahren immer wieder im Fokus der sozialistischen Tageszeitung *Avanti* stehen. Dessen Auslandsreisen wurden stets mit einer positiven Berichterstattung begleitet. So dessen Reise vom März 1956 in die USA. *Avanti* vom 14.3.56.

<sup>296</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 282 f.

<sup>297</sup> Zitiert nach Hausmann, Frederike: *Kleine Geschichte Italiens von 1943 bis Berlusconi*. Berlin 2004. S. 64.

<sup>298</sup> Cruciani, *L'Europa delle sinistre*. S. 98.

Öffnung gegenüber der DC zu, zumal wirtschaftlich-soziale Reformen unaufschiebbar schienen.<sup>299</sup>

Außenpolitisch wandte sich die PSI weiterhin gegen eine deutsche Wiederbewaffnung. Die Kampagne gegen die EVG war nicht mehr alleine durch eine Ablehnung *per se*, sondern durch Vorschläge zur Überwindung der EVG charakterisiert, wobei dies auch Teile der DC forderten. International näherte man sich Teilen der westlichen sozialistischen Parteien an, die gegen die EVG waren. So besuchte Nenni im Juli 1954 London.<sup>300</sup> Das Scheitern der EVG eröffnete in der Europapolitik eine Annäherung zwischen der PSI und der DC, nachdem es zuvor zu Auseinandersetzungen über die WEU gekommen war. Die PSI begann sich nun wieder verstärkt der Sozialistischen Internationalen anzunähern. Sie fasste die internationale Entspannung der Mitte der 50er Jahre als ihre Chance auf.<sup>301</sup> Entgegen ersten Vorhersagungen war der Kapitalismus (noch) nicht gescheitert, sondern die italienische Wirtschaft wuchs zunehmend.<sup>302</sup> Ähnlich wie in Deutschland die SPD konnte die PSI weder den wirtschaftlichen Aufschwung noch die erhöhten Exporte vor allem in die Länder der EGKS leugnen,<sup>303</sup> womit die eigenen Argumente gegenüber der wirtschaftlichen Integration unglaubwürdig wurden. Die Europapolitik schien vor allem unter einem anderen Gesichtspunkt veraltet, boten sich doch zum Beispiel durch Beziehungen zu China neue Wege der Entspannung an.<sup>304</sup> So bezeichnete Nenni auf einer Reise nach Moskau und Peking die Bemühungen um die *apertura a sinistra* als italienischen Beitrag zur Entspannung.<sup>305</sup>

In der PSDI war umstritten, wie mit der PSI umgegangen werden sollte. Saragat selbst sagte den Sozialisten ihr Ende voraus, wenn diese sich nicht aus dem Niemandsland zwischen Demokratie und Diktatur entfernen würden. Als eine der Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit wurde von den Befürwortern einer sozialistischen Wiedervereinigung eine veränderte Außenpolitik angeführt – und hier besonders die Europapolitik. So erwähnte der Parteisekretär Matteotti in seinen eröffnenden Worten des Parteitags vom Januar/Februar 56 eigens die Beschlüsse des Aktionskomitees Monnets. Gleichzeitig betonte er, dass die neue Regierung Segni nach dem Sturz der Regierung Scelba-Saragat unbedingt gestützt werden müsse, da sie sonst in der Außenpolitik unter den Druck der PSI und PCI geraten könne. Dies war ein Beispiel für das mangelnde Vertrauen, das man der PSI entgegen brachte.<sup>306</sup> Die Anträge brachten deutlich zum Ausdruck, dass alle *correnti* in einem gemeinsamen Europa eine Prämisse der italienischen Außenpolitik sahen, während bei der Frage des Ost-West-Konflikts der linke *corrente* eher die Chancen einer Entspannung beschrieb, der rechte *corrente* diese als Episode darstellte, die an dem grundsätzlichen Antagonismus nichts ändere. Romita selbst betonte, dass eine Zusammenarbeit mit der PSI nur dann geschehen könne, wenn diese erneut „europäisch“ werde und sich nicht mehr an den Kommunisten

---

<sup>299</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 283 f.

<sup>300</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 290 f.

<sup>301</sup> Siehe hierzu Colarizi, *L'internazionale socialista*. S. 5 sowie S. 19 ff. Ebenso Scirocco, *Politique d'abord*. S. 168 f.

<sup>302</sup> Vgl. Scirocco, *Politique d'abord*. S. 163-168.

<sup>303</sup> Eine Aufstellung der Zahlen siehe bei Petrini, *Il liberismo*. S. 237 ff.

<sup>304</sup> Cruciani, *L'Europa delle sinistre*. S. 63-66.

<sup>305</sup> Cruciani, *L'Europa delle sinistre*. S. 74.

<sup>306</sup> Avverardi, *i socialisti democratici*. S. 199 f.

orientieren würden, die „weder links noch rechts [stehen], sondern im Osten“.<sup>307</sup> Als Beweis konnte ihm die Aussage der CGIL dienen, die die Teilnahme der UIL und CISL als Zeichen für die bisherige Politik der Gewerkschaften deuteten, die rein den Monopolisten geholfen habe. Diese stecke in Wahrheit hinter dem „*fantasma europeista e federalista*“.<sup>308</sup> Die Ablehnung blieb angesichts der nicht-Behandlung der europäischen Integration auf der Jahrestagung im März 56 und ihrer Konzentration auf die nationale Situation mit der üblichen Kritik an der „kapitalistischen und monopolistischen“ Wirtschaft Konsens.<sup>309</sup> Doch an der westlichen Verankerung war selbst im linken *corrente* der PSDI kein Zweifel mehr auszumachen. So betonte Zagari als Exponent der ehemaligen *Iniziativa Socialista*, dass Einigungsversuche nach der EVG keineswegs gegen die USA erreicht werden könnten und jede weitere europäische Einigung nur im Rahmen einer westlichen Verteidigung möglich wäre. Eine politische Einigung könne nur durch eine halbwegs homogene politische Einstellung in den einzelnen Staaten erreicht werden – so auch in Italien.<sup>310</sup>

Der *rilancio europeo* war maßgeblich von der italienischen Regierung initiiert worden und wurde von den Zeitungen der Regierungsparteien demzufolge begrüßt.<sup>311</sup> Die Regierung versuchte vor allem im Bereich der Kernenergie den Rückstand mittels internationaler Kooperation aufzuholen. Während aber die Regierung den Süden durch Förderprogramme stützen wollte, sah die Industrie Investitionen vor allem im Norden für angebracht an. Die Industrie fürchtete, dass durch eine internationale Kooperation die ohnehin schmalen Fördergelder noch geringer würden.<sup>312</sup> Die Regierung und die diplomatischen Kreise drängten in den Verhandlungen immer wieder auf Hilfen für die im Vergleich zu den Verhandlungspartnern schwächere Wirtschaft, die an strukturellen Problemen litt: an fehlender Modernität der Anlagen, dem Problem der schwachen Industrialisierung des Südens, den geringen Investitionen.<sup>313</sup> Dennoch widmeten weder der *Popolo* noch die *La Giustizia* der Konferenz von Messina wesentliche Aufmerksamkeit.<sup>314</sup> Der *Avanti* widmete sich im Sommer 1955 dem *rilancio europeo* zwar stärker als die Kommunisten dies taten, doch wurde in der Berichterstattung vor allem die Differenzen zwischen den Teilnehmerstaaten der EGKS betont und hiermit die Möglichkeiten als gering eingeschätzt. Das Treffen wurde als „*vacanze europeiste*“ verspottet und als „Provinzialismus gewisser sogenannter europäischer Föderalisten und Integralisten“ zurückgewiesen. „*Quando si passa dai generici e fumosi progetti federalistici alla concreta realtà, ci si rende conto della impossibilità di isolare i problemi e di risolverli nella politica interna ed esterna dei diversi paesi interessati.*“<sup>315</sup>

Während es in der Zeitungen zu dieser Diskrepanz kam, kam es innerhalb der Parteien zu einer einheitlichen Behandlung des *rilancio europeo* im Jahr 1956: er spielte eine marginale Rolle. Die DC vertrat auch nach dem Tode De Gasperis einen integrationsfreundlichen

<sup>307</sup> Ebd. S. 200 f. Die Anträge sind hier abgedruckt S. 201-212.

<sup>308</sup> Cruciani, L'Europa delle sinistre. S. 100. Dort auch das Zitat.

<sup>309</sup> Zum Verlauf der Jahrestagung: Ebd. S. 102-105.

<sup>310</sup> So zumindest Zagari in einer späteren Nachbetrachtung. Zagari, *socialismo italiano*. S. 257.

<sup>311</sup> Zu den Bemühungen insbesondere Gaetano Martinos in der Regierung Scelba siehe Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 42 ff.

<sup>312</sup> Weilemann, Peter: *Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft*. Baden-Baden 1983. S. 91-93.

<sup>313</sup> Ballini, Varsori, *europeismo pragmatico*. S. 234.

<sup>314</sup> Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S.167 f. und S. 181 f. Diese Feststellung wird durch den eigenen Eindruck bei der Durchsicht der parteinahen Zeitungen bestätigt.

<sup>315</sup> *Avanti* vom 3. und 4.6.1955, zitiert bei Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 190 f.



Kurs, doch europapolitische Themen kamen nun weitaus weniger im *Il Popolo* zur Sprache. Fanfani und Gronchi wurden mit dem neuen italienischen Selbstbewusstsein in andere Richtungen aktiver.<sup>316</sup> Umstritten war zwischen diesen beiden indes, wie schnell die Öffnung nach links von statten gehen sollte. Gronchi drückte aufs Tempo, während es Fanfani gelang, eine breite Mehrheit um sich zu scharen und dabei auf ein moderates Tempo zu insistieren.<sup>317</sup> Mit einem Vortrag vor der NEI 55 in Salzburg im Herbst 55 versuchte Fanfani die europäischen Integrationsbemühungen wieder verstärkt auf die wirtschaftliche Integration zu lenken, nachdem die militärische Integration gescheitert war.<sup>318</sup> Fanfani kam dabei den Forderungen christdemokratischer Linker entgegen, die wie die PCI und die PSI verstärkte Eingriffe des Staates forderten, aber rein auf der nationalen Ebene blieben.<sup>319</sup> Fanfani blieb der europäischen Tradition der DC treu und nahm für diese am Aktionskomitee Monnets teil und war an der Redaktion der ersten Stellungnahmen des Komitees im Frühjahr 1956 beteiligt.<sup>320</sup>

#### IV.2.1 Europa und die Rede Chrustschows

1956 wurde wieder einmal deutlich, dass die Europäische Integration maßgeblich von den Entwicklungen im Rahmen des Ost-West-Konflikts, wie den Entspannungsversuchen, beeinflusst wurde.<sup>321</sup> Ein bedeutendes Ereignis war die Rede Chrustschows auf dem 20. Parteitag. Die DC und die Sozialdemokraten sahen die Rede Chrustschows und die einsetzende Entstalinisierung als Bestätigung ihrer ohnehin angenommenen Ablehnung der sowjetischen Politik. Aber auch Nenni sah in dem Bericht seinen Kurs bestätigt. Die von Chrustschow aufgezeigten nationalen Wege zum Sozialismus waren Wasser auf die Mühlen seiner Abkapselungstendenzen von der PCI, die sich nicht so schnell von der sowjetischen Führung lösen konnte.<sup>322</sup>

Die PSI reagierte auf den XX. Kongress der KPdSU verhalten positiv. Basso, Nenni und selbst Vecchiotti erkannten in dem Bericht Wege zur Eigenständigkeit.<sup>323</sup> Doch es blieb nicht lange bei dieser relativ einmütigen Einschätzung des Berichts. So machte Nenni in einer Artikelserie im *Mondo Operaio* deutlich, dass die Sowjetunion in vielen Bereichen und in der Wirtschaft Fortschritte erzielt habe. Nenni erwartete nun eine dritte Phase der Auseinandersetzung zwischen den beiden Blöcken, wobei ein Krieg unwahrscheinlich sei, aber nicht vollkommen ausgeschlossen werden könne. Er stellte eindeutig fest, dass von den Wegen zum Sozialismus der demokratische Weg gewählt werden müsse, der nicht zu einem Bürgerkrieg führe. Der Sozialismus müsse zur Kriegsverhinderung für eine Entspannung zwischen den beiden Blöcken sorgen und damit eine vermittelnde Tätigkeit sowie eine grö-

<sup>316</sup> Thomas, Die Europa-Politik Italiens. S. 167 f.

<sup>317</sup> Galli, Storia della Dc. S. 156 f.

<sup>318</sup> Archivio del Senato. Fondo Fanfani, busta 106, fasc. 9, 9. Treffen der NEI in Salzburg 15.-16.9.55.

<sup>319</sup> Vgl. Cruciani, L'Europa delle sinistre. S. 74 f.

<sup>320</sup> Marucci, Alessandro: Armintore Fanfani e la costruzione europea: dall'Ueo ai trattati di Roma (1954-1957), in: ventunesimo secolo 14 (2007). S. 45-82. Hier: S. 65.

<sup>321</sup> Zum Beispiel: Un patto di non aggressione proposto da Bulganin ad Eisenhower? Avanti vom 28.1.56.

<sup>322</sup> Felisini, Il PSI e l'integrazione europea. S. 300-302. Zur Bedeutung der Rede Chrustschows für den Kalten Krieg siehe Stöver, Der Kalte Krieg. S. 123.

<sup>323</sup> Felisini, Il PSI e l'integrazione europea. S. 302.

ßere Autonomie den Sozialisten zubilligen. Damit sah sich Nenni aber nicht mehr als Teil des östlich orientierten Blocks, sondern als Vermittler außerhalb. Er erkannte Demokratisierungsbemühungen, sah aber zugleich Schwächen in der alleinigen Erklärung von Missständen durch die Kritik am Personenkult Stalins, denn die Schuld konnte unmöglich nur in einer einzigen Person gefunden werden. Stattdessen seien strukturelle Gründe zu suchen.<sup>324</sup> Innerhalb der PSI taten sich nun erste Gräben auf, die später zwischen der Linken um Vecchiotti und den nach der Autonomie von den Kommunisten strebenden Kreise um Nenni immer stärker akzentuiert werden sollten. Nennis Artikelserie und dessen Einschätzung in den Parteigremien, die die Rolle der Sowjetunion für die Verwirklichung des Sozialismus geringer erschienen ließ und stattdessen einen parlamentarischen Weg beschrieb, erntete von den Linken um Vecchiotti und Basso scharfe Kritik. Hauptkritikpunkt war die Anlehnung an die europäischen Sozialdemokraten.<sup>325</sup> Vor allem ehemalige *Azionisti*, wie Francesco De Martino, unterstützten Nenni in dessen Autonomiebestrebungen, indem sie vor allem durch die Entspannung für eine sozialistische Politik neue Perspektiven sahen. De Martino forderte im Vorstand eine Zwischenposition, indem er einerseits die Annäherung an westliche Parteien forderte, aber andererseits klarstellte, dass jene die „*originalità della nostra posizione*“ akzeptieren müssten. Die Sozialisten Europas könnten durchaus unterschiedliche Wege und Entwicklungen einschlagen.<sup>326</sup> Die Frage der europäischen Integration spielte angesichts dieser Fragen eine geringe Rolle. Einzig Michele Giua thematisierte im *Mondo Operaio* vom Februar 1956 die Euratom. Aufgrund mangelnder technischer Möglichkeiten für weitere Entwicklungen sei es sinnvoll, an den von dem Spaak Bericht beschriebenen Organisationen mitzuarbeiten. Die Pläne der Euratom, die auf eine Koordination der europäischen Energiepolitik hinzielten und Europa ein Stück unabhängiger machten, seien sie zu begrüßen. Anders als bei der EGKS handele es sich um neue Ziele, die verfolgt würden, „*non destinata a scopi di guerra e non vincolante per lo sviluppo ulteriore delle applicazioni democratiche.*“<sup>327</sup> Luciano Della Mea kommentierte im *Avanti* die Konferenz von Brüssel mit den Arbeitsgruppen unter Guillaumat und von der Groeben. Wenn auch die europäische Integration kein zentrales Thema der PSI war, so zeigte der Artikel doch deutlich die Unterschiede zu den weitaus negativer einschätzenden Kommunisten um Togliatti.<sup>328</sup>

Die DC versuchte die Ereignisse in Osteuropa für sich zu nutzen. Sie versuchte klarzumachen, dass sowohl die PSI als auch die PCI auf einmal ihre Meinung geändert hätten.<sup>329</sup>

<sup>324</sup> Felisini, Il PSI e l'integrazione europea. S. 302 f. Siehe hierzu ebenfalls: Basso, Lelio: La via del socialismo. In: *Avanti* vom 23.2.1956. S. 1. Ebenso: Vecchiotti, Tullio: Nessun revisionismo – nessuna capitolazione. *Avanti* vom 26.6.56. S. 1. Derselbe: Un dibattito necessario. In: *Avanti* vom 22.3.56. S. 1. Nenni, Pietro: Appunto, la prova dei fatti! *Avanti*, 1.7.56. S. 1.

<sup>325</sup> Vgl. Scirocco, Politique d'abord. S. 175 f.

<sup>326</sup> Scirocco, Giovanni: „Legato a un passato irripetibile, proiettato in un futuro imprevedibile“: Francesco De Martino e la politica internazionale, in: Bartocci, Enzo (Hg.): Francesco De Martino e il suo tempo. Rom 2009. S. 55-90. Hier S. 59.

<sup>327</sup> Felisini, Il PSI e l'integrazione europea. S. 322 f. Zitat S. 323.

<sup>328</sup> Cruciani, L'Europa delle sinistre. S. 126-130.

<sup>329</sup> Siehe den Brief Forlanis an die *Segretaria* der DC und die *Dirigenti* der SPES in den Provinzen sowie der *Segretari* der DC in den Regionen vom 7.4.56. Hierbei wurden jeweils eine Ausgabe des *Avanti* und der *Unità* von 1949 mitgeschickt, in denen jeweils Stalin überschwänglich gelobt wurde. Dies sei besonders für die DC Redner von großem Interesse. In: ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Fanfani. Sc. 45, fasc.

Auf diplomatischer Ebene versuchten DC und die Liberalen die Verhandlungen nach der Konferenz von Messina voranzutreiben. Die italienische Regierung hatte auf der Konferenz die Weiterführung sektorialer Integrationsschritte abgelehnt und eine stufenweise, wirtschaftliche Integration befürwortet, die weder die Sozialpolitik noch die Freizügigkeit der Arbeiter unangetastet lassen könne. Mit dieser Ablehnung der sektorialen Lösung war sie sich mit den Forderungen der *Confindustria* einig, die vor dirigistischen Maßnahmen auf der supranationalen Ebene warnte.<sup>330</sup> Gerade von der Bundesrepublik erwartete das italienische Außenministerium die Unterstützung der europäischen Pläne, wobei man sich der unterschiedlichen Positionen in der deutschen Regierung bewusst war. Durch die Schaffung des Gemeinsamen Marktes und der Zusicherung, keine zu hohen Forderungen an einen gemeinsamen Fonds zu stellen, wollte man insbesondere die deutsche Industrie beschwichtigen, die der EWG und der Euratom reserviert gegenüber stand. Beide Regierungen sahen die französischen Entwicklungen mit Sorge. Segni, Martino und Adenauer waren nach den Aufzeichnungen der italienischen Delegation anlässlich der deutsch-italienischen Regierungskonsultationen im Januar 1956 notfalls bereit, auch zu fünf die Verträge abzuschließen, was Brentano vor allem mit Blick auf die Beneluxländer zurückwies. Bei der Saarfrage bot sich Italien als Vermittler an.<sup>331</sup> Italien pochte bei den Verhandlungen zum Gemeinsamen Markt und zur Euratom auf die Verwirklichung beider Projekte, obwohl sie bei den Beratungen in Brüssel Anfang Februar 1956 wiederholt eine vermittelnde Position einnahm, indem sie die militärische Nutzung und die endgültige Frage des Besitzes des Kernmaterials offen hielt. Ferner stand man der Freihandelszone nicht abweisend gegenüber, sondern hoffte auf einen möglichen weiteren europäischen Kreis, der sich an der gemeinsamen Nutzung der Kernenergie interessiert zeigte.<sup>332</sup> Die Europapolitik wurde von der DC nur indirekt beim Wahlkampf zu den administrativen Wahlen 1956 thematisiert, und zwar als Kontrast zu den Vorgängen in Osteuropa. Der *rilancio europeo* war sonst nur in geringem Umfang in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der DC präsent. So findet sich ein Brief vom 27.1.56 von Forlani, dem *dirigente* der SPES, an die Leiter in den Regionen und Provinzen, in der die Zusendung eines Plakats von der Größe 100x140 mit dem Titel „Euratom“ bestätigt wurde, „*diretto a valorizzare le recenti proposte avanzate dal Comitato d'Azione per gli Stati Uniti d'Europa e in particolare quella relativa alla costituzione di un organismo comune per lo sfruttamento pacifico dell'energia atomica.*“<sup>333</sup> Deutlich wurde die Wahlkampfführung in den Äußerungen Gonellas zum Abschluss des Wahlkampfes am 26.5.56 in Syrakus. Nach Gonella erforderte die Verteidigung des „atlantischen Friedens“ eine wirtschaftliche Integration im Rahmen der atlantischen Kooperation.

---

40. Siehe hierzu auch die Diskussion über die Strategie des Wahlkampfes und den Konflikt über die Politik der *apertura a sinistra* im Februar 1956. ALS, Fondo DC. Consiglio nazionale, sc. 23, fasc. 40. Protokoll der Sitzungen vom 26.-27.2.56.

<sup>330</sup> Vgl. Petrini, *Il liberismo*. S. 245 ff. Die Abwägung, ob die neuen Verträge staatlichen Einfluss beförderten oder ob sie eher dem Export dienten, war das entscheidende Kriterium bei der Bewertung durch die *Confindustria*. Deswegen sah sie die Verträge „*con un misto di speranza e sospetto*“. Ebd. S. 254.

<sup>331</sup> Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 99-101.

<sup>332</sup> Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 97 ff. Quaroni warnte dabei Anfang 1956 die italienischen Europabefürworter davor, Frankreich vor die Frage „Gemeinsamer Markt mit Euratom oder Nichts“ zu stellen, da dies das „Nichts“ bedeuten würde. Ebd. S. 99. Zu den Verhandlungen in Brüssel: S. 102 f.

<sup>333</sup> ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Fanfani. Sc. 45, fasc. 40.

„...Gonella ha affermato che la politica italiana non può lasciare inoperante la raccomandazione votata un mese fa all'assemblea del Consiglio di Europa che, ad unanimità, ha sottolineato l'importanza del „Piano Vanoni“. Constatando che tale „piano“ esige consistenti investimenti di capitali, mentre si riconoscono deboli le risorse del reddito nazionale e le capacità del risparmio, lo stesso Consiglio d'Europa ha proposto la creazione di un „Fondo Europeo“ per fornire i capitali necessari al miglioramento delle condizioni economiche dell'Europa meridionale.“

Alle Staaten des Europarates müssten hieran teilnehmen. Die Mittel müssten von der OEEC und nicht von den USA verwaltet werden. Die Verfolgung dieses Themas im Europarat sei im ureigenen italienischen Interesse.<sup>334</sup> Diese Politik wurde von dem Ministerpräsidenten Segni umgesetzt, der auf dem *Consiglio nazionale* vom 27.2.56 noch einmal bekräftigt hatte, dass die atlantische und europäische Gemeinschaft gestärkt werden müsse.<sup>335</sup>

Die Wahlen verliefen für die DC enttäuschend. Die *Segreteria politica* sprach in einer Analyse der Wahlen von den Folgen des Scheiterns der *legge elettorale* von 53 und der gescheiterten Einbindung von Kräften am Rande des eigenen Wählerklientels. So stehe momentan selbst die PSDI der DC kritisch gegenüber.<sup>336</sup> Die PSI hingegen feierte den Ausgang der Wahlen als Erfolg und Beweis für das größere und ansteigende Wählerpotenzial der Linken. Nenni und einige sozialistische Intellektuelle sahen sich durch die Wahlen in ihrem Kurs der *apertura* bestätigt, währenddessen im *Comitato Centrale* diese Meinung keineswegs mehrheitsfähig war.<sup>337</sup> Die PSDI profitierte besonders von der Verunsicherung im linken Milieu und der Orientierungslosigkeit nach der Rede Chruschtschows.<sup>338</sup> Sie sah die PSI in der Pflicht, sich aufgrund der internationalen Prozesse ändern zu müssen,<sup>339</sup> kommentierte aber zugleich die Aktionen Nennis als nicht weitgehend genug. So täusche er angesichts des anstehenden Wahlkampfes die Wähler. Für die PSI stimmen hieße somit die Kommunisten zu unterstützen.<sup>340</sup> Die russischen Ereignisse machten klar, dass die Sozialdemokratie im Westen ihren Weg weitergehen müsse. Die atlantische Partnerschaft müsse durch eine Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und sozialen Bereich ergänzt werden.<sup>341</sup> Die europäische Einigung gehörte dazu. Die aktuellen Verhandlungen wurden in der PSDI

<sup>334</sup> Artikel im *Corriere di Sicilia* vom 27.5.56. ALS, Fondo Gonella. Busta 140, Serie 8.3.5.5. Fasc. 5.

<sup>335</sup> ALS, Fondo DC, Consiglio nazionale. Sc. 23, Fasc. 40. Protokoll S. 169 f.

<sup>336</sup> Die Analyse, deren Autor nicht genannt wird, findet sich in: ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Fanfani. Sc. 29. Fasc. 28. Die Wahlen waren eindeutig durch internationale Entwicklungen beeinflusst. So finden sich Plakate mit Parolen wie, wer für Rechts stimme, stärke die Kommunisten und Aussagen wie „Die Arbeiter, die Brot und Freiheit forderten, wurden erschossen“, wie es in einem Plakat über die Lage in Polen/Poznan hieß. Die Plakate finden sich in: ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Fanfani. Sc. 33. Fasc. 36. Zur internen Diskussion siehe auch die Verbalis des *Consiglio nazionale* vom 3.6.56, in: ALS, Fondo DC. Consiglio nazionale, Sc. 23, fasc. 42.

<sup>337</sup> Siehe hierzu Cruciani, L'Europa delle sinistre. S. 118-121.

<sup>338</sup> Avverardi, i socialisti democratici. S. 213.

<sup>339</sup> Siehe den Artikel „A Londra l'Internazionale esamina i rapporti tra socialisti e comunisti“. In: La Giustizia vom 7.4.56.

<sup>340</sup> „Vasta manovra di Nenni per ingannare gli elettori“. La Giustizia vom 8.4.56.

<sup>341</sup> So Saragat in einer Wahlkampfredere vom 8.4.56. Abgedruckt in der La Giustizia vom 9.4.56 unter dem Titel: „Gli avvenimenti russi confermano che l'emancipazione dei lavoratori può essere raggiunta solo sulla via del socialismo democratico“.

jedoch kaum diskutiert. Der Fokus lag auf anderen Themen. Die Zustimmung zur europäischen Integration war selbstverständlich.<sup>342</sup>

In Folge des Reformprozesses in der PSI wurden mehrere außenpolitische Haltungen zunehmend von der Mehrheit der Führungsspitze revidiert. Dies zeigte sich im Deutschlandbild des *Avanti*. Natürlich überwog noch immer die negative Interpretation der Politik, so insbesondere bezüglich der Aufstellung der Bundeswehr, doch wurden hier erste Lichtblicke gesehen - wie anlässlich der Beschreibung des Staatsbesuches Martinos und Segnis.<sup>343</sup>

Das Gesamtbild in der PSI über die UdSSR war weiterhin ein überwiegend positives, wie Aussagen De Martinos und Tolloy's nahe legten. Nenni griff hingegen Chrustschow an, der mit seinen Analysen keinesfalls eine marxistische Analyse der sowjetischen Gesellschaft vorgenommen habe und bei seiner Behauptung vor allem die aktuelle Führung außen vor lasse, die doch auch schon unter Stalin zur Elite gehört habe. Nenni ging noch weiter, sprach von „*vizi d'origine*“ des Kommunismus.<sup>344</sup> Er betonte mehrmals, dass zwar die Kritik an Stalin richtig, die von Chrustschow gewählte Art jedoch falsch sei.<sup>345</sup> Nennis Suchen nach Bestätigung seines begonnenen Emanzipationskurses von den Kommunisten hinderte ihn nicht, im *Avanti* im Klima der internationalen Entspannung immer noch positive Ansätze der sowjetischen Außenpolitik zu erkennen.<sup>346</sup> Dennoch fiel im Klassenkampf auf internationaler Ebene jetzt nicht mehr der Wille der Arbeiterklasse automatisch mit dem Willen der Sowjetunion zusammen. Nenni sprach nun von einer bolschewistischen Diktatur.<sup>347</sup> Er wurde hierbei von Basso unterstützt, der in einem Brief an Nenni ausdrücklich darauf hinwies, dass aufgrund der stalinistischen Erfahrung nicht mehr von der „*dittatura del proletariato*“ gesprochen werden solle.<sup>348</sup> Die Entspannung eröffnete hingegen auch innenpolitisch neue Perspektiven. Die Mehrheit im Parlament war nun das Ziel, um wirtschaftliche und soziale Reformen zu ermöglichen. Nenni formulierte im Juli 56 im *Mondo Operaio*, dass ein „*regime socialista*“ sich nicht nur durch die Produktionsweise, sondern auch durch ein „*sistema di garanzie democratiche di libertà collettiva ed individuale*“ auszeichnen müsse. Statt in einer Revolution müsse in Italien mittels geeigneter Reformen die Lage verbessert werden. Dazu müsse die Mehrheit des Volkes gewonnen werden, Arbeiter zusammen mit dem „*ceto medio, dei quadri tecnici, della nazione, delle attività terziarie.*“ Reformpolitik

<sup>342</sup> Vergleiche den kurzen summarischen Bericht „Il congresso Socialista per gli Stati Uniti d'Europa“ der MSEUE in Turin. La Giustizia vom 16.4.56. Die Ausgabe vom 25.4.56 wusste anlässlich des Besuchs Gronchis in Paris zu berichten, dass dieser unter den Rufen „*viva l'Europa unita*“ begrüßt worden sei. Die italienische Diplomatie versuche, die Verhandlungen zur Euratom und den Gemeinsamen Markt voran zu treiben, um somit das Ziel einer politischen Integration zunehmend zu konkretisieren.

<sup>343</sup> Siehe hierzu den *Avanti* vom 7.-9.2.56, jeweils die Berichterstattungen auf den Seiten 6 und 8. Zur Kritik am „Wiederaufbau der Wehrmacht“ die Ausgabe vom 3.1.56, S. 6, sowie vom 17.3.56, S. 1. „Una nota di Adenauer sul problema del disarmo“.

<sup>344</sup> Felisini, Il PSI e l'integrazione europea. S. 304.

<sup>345</sup> Vgl. Tamburrano, Il revisionismo. S. 232 f.

<sup>346</sup> Siehe zum Beispiel: L'URSS propone una Conferenza per un Ente atomico paneuropeo. *Avanti* vom 14.7.56. S. 1.

<sup>347</sup> Nenni, Pietro: Problemi del socialismo. Il rapporto Krusciov e la polemica sul comunismo. In: *Mondo Operaio* 6 (1956). S. 338-345. Hier S. 344.

<sup>348</sup> Brief Bassos an Nenni vom 18.8.56. Fondazione Nenni, Korrespondenz Basso-Nenni. Busta 18, fasc.1093, sottofasc. 2.

und Zugehen auf die „Mittelschichten“ gehörten zusammen.<sup>349</sup> Die neue Strategie war nicht die Folge des 20. Parteitags, sondern hatte schon früher eingesetzt, wurde aber durch die Ereignisse von Moskau noch einmal bestärkt. Gleichzeitig rechtfertigte die PSI ihre Entscheidungen der zurückliegenden Jahre, wobei sie allerdings wenig selbstkritisch jegliche eigene Schuld am Personkult Stalins kategorisch zurückwies.<sup>350</sup>

Die DC misstraute den Bemühungen Nennis. So war auf einem Plakat der Serie *La Finestra* eine Karikatur mit einem geschminkten Nenni vor dem Hintergrund einer aufgehenden Sonne zu sehen, in der PSI stand und somit das Symbol der PSI aufgriff. Hinter der Kamera stand Togliatti, der eine Armbinde mit Hammer und Sichel trug und Nenni fotografierte, während unter der Karikatur „*Ora sorridi al centro...*“ stand.<sup>351</sup>

Der Kurswechsel der PSI ging mit Diskussionen über eine Vereinigung mit den Sozialdemokraten einher. Bei den administrativen Wahlen vom Mai 56 arbeitete die PSI mit den kleineren laizistischen Parteien zusammen, was sowohl der PSI als auch der PSDI kleinere Gewinne brachte. Dies heizte die Diskussion in beiden Parteien über eine mögliche Vereinigung an. Nenni und Matteotti loteten am 6.6.56 bei einem Treffen eine mögliche Vereinigung aus.

Der *Comitato Centrale* der PSI beurteilte die Ergebnisse dieses Treffens sehr vorsichtig, zumal in der Tat eher Unterschiede denn Gemeinsamkeiten zu Tage getreten waren. Also sprach der *Comitato Centrale* nur von einer Wiedervereinigung im Rahmen einer allgemeinen Entwicklung. Es ging also nicht um eine Wiedervereinigung als kurzfristiges Ziel oder als ein Ergebnis eines Kompromisses, sondern als ein Projekt, dass längerfristig erreicht werden sollte.<sup>352</sup> Ende August trafen Nenni und Saragat in Pralognan zu einer Sondierung zusammen, was nicht zuletzt durch die Internationale befördert worden war und einen Teil der Annäherung darstellte, die die PSI und die Internationale verfolgten.<sup>353</sup> Der Wiedervereinigung wurde im Kreis der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas eine besondere Bedeutung im Kampf gegen ein konservatives Europa beigemessen.<sup>354</sup> Die Direktion der PSI sah im Juli 56 die angestrebte erneute Mitarbeit durch eine veränderte internationale Situation gerechtfertigt, um internationale und nationale Probleme gleichzeitig zu lösen. Damit könnten aus den „*organismi economici internazionali che furono destinati a strumenti di guerra*“ Instrumente für „*una politica di solidarietà tra i popoli*“ werden.<sup>355</sup> Nach De Martino war die sozialistische Wiedervereinigung Teil einer Strategie, sowohl mit den kommunistischen als auch mit den sozialdemokratischen Parteien freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Man sollte sich nicht „antikommunistischen und antisowjetischen Vorurteilen“ hingeben, sondern sich „*tutti i partiti del lavoro*“ nähern.<sup>356</sup> In den Mitschriften Nennis des Treffens von Pralognan spielte die Außenpolitik so gut wie

<sup>349</sup> Der Artikel Nenni wurde auch im *Avanti* abgedruckt. Nenni, Pietro: Primo bilancio della polemica sul XX Congresso di Mosca. *Avanti* vom 29.7.1956. S. 1 f.

<sup>350</sup> Felisini, Il PSI e l'integrazione europea. S. 306.

<sup>351</sup> ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Fanfani. Sc. 29. Fasc. 25.

<sup>352</sup> Felisini, Il PSI e l'integrazione europea. S. 307.

<sup>353</sup> Siehe hierzu: Colarizi, L'internazionale socialista: 1947-1958. Hier: S. 25 ff.

<sup>354</sup> Siehe hierzu die Dokumentation bei der SPD in: AdSD. Bundestagsfraktion 2. WP 270.

<sup>355</sup> Cruciani, L'Europa delle sinistre. S. 131.

<sup>356</sup> Vgl. De Martino, Francesco: Sull'unificazione socialista. In: *Mondo Operaio*. 8-9 (1956).

keine Rolle. Die europäische Integration wurde gar nicht aufgegriffen.<sup>357</sup> Doch nach dem Treffen betonte Nenni in Parteigremien, dass Saragat einer außenpolitischen Position Italiens zugestimmt habe, die dem neutralen Status Schwedens entsprochen hätte und der die vollkommene „nationale Autonomie und die demokratische Solidarität“ akzeptiert hätte. Dem widersprach Saragat in einem Brief an Morgan Philipps implizit. Demnach habe Nenni betont, dass Italien eindeutig zum Westen gehöre und man die eigene Außenpolitik im Kontext der westlichen Solidarität sehen müsse. Ferner habe er eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten vollkommen zurückgewiesen.<sup>358</sup> Saragat hatte bereits in den Monaten zuvor die vollkommene Loslösung der Sozialisten von den Kommunisten gefordert und die Artikel Nennis gelobt. Nenni verhielt sich jedoch bei dem Treffen äußerst zurückhaltend, stand er doch innerparteilich längst unter Druck des linken *corrente*.<sup>359</sup> Das Treffen war auch Ergebnis eines starken Richtungsstreits innerhalb der PSDI, den die PSI einerseits genau beobachtete, andererseits auch befeuerte,<sup>360</sup> wobei vor allem Saragat, aber auch die amerikanische Administration wegen der unklaren außenpolitischen Orientierung der PSI und deren organisatorischer Stärke im Vergleich zur PSDI kritisch blieben.<sup>361</sup> Für die Sozialisten standen die Sozialdemokraten wieder einmal mehr am Scheideweg.<sup>362</sup> Die gemeinsame Kommission von PSDI und PSI zur Wiedervereinigung fristete schlussendlich das Dasein vieler Kommissionen: man tagte und brachte keine Ergebnisse hervor, zumal die Ereignisse in Ungarn und Polen die Gespräche bereits überschatteten und vor allem der linke PSI-Flügel die Kommission kritisch sah.<sup>363</sup> Knapp zehn Jahre nach der Spaltung bestanden große ideologische Differenzen. Hier ist auch der Grund für die so unterschiedliche Einschätzung der beiden politischen Führer über das Treffen zu sehen. Gegenüber jeweils unterschiedlichen Gesprächspartnern, die sich so weit von einander entfernt standen wie die

<sup>357</sup> Ein Protokoll befindet sich im: ACS. Fondo Nenni. Busta 90, fasc. 2218. Zum Treffen und vor allem die französischen Bemühungen der SFIO siehe: Cruciani, *L'Europa delle sinistre*. S. 140.

<sup>358</sup> Scirocco, *Politique d'abord*. S. 192. Siehe ebenso Fornaro, Saragat. S. 236 f.

<sup>359</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 308.

<sup>360</sup> Siehe hierzu unter den zahlreichen Artikeln des Avanti: „Lo zero di Saragat“ vom 31.1.56, „Un aspro attacco contro Saragat della sinistra socialdemocratica“ vom 5.7.56 sowie „Saragat attacca centro e sinistra del PSDI ma ritira le sue dimissioni dal governo“ vom 14.7.56“ bis hin zu „Saragat si schiera apertamente contro la politica di unità socialista“ vom 4.8.56, je S. 1. Verschärfend musste zum Beispiel der Abdruck des Interviews vom 7.8.56 mit einem Exponenten der linken Strömung innerhalb der PSDI, Faravelli, unter dem Titel „Hanno paura dell'unità socialista“ wirken, in dem dieser Saragat anging. Anlass der Diskussion war die in Folge der administrativen Wahlen notwendig gewordene Bildung von Koalitionen in einzelnen Kommunen.

<sup>361</sup> Fornaro, Saragat. S. 238 f.

<sup>362</sup> Avanti vom 4.1.56. *Socialdemocratici al bivio*. Basso schrieb im September 56 an Nenni, dass sich die Sozialdemokraten noch immer entscheiden müssten, ob sie den gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse aufnehmen wollten oder ob sie sich für geringe Vorteile der bürgerlichen Klasse andienen wollten. Nach Basso bestand aktuell die Gefahr, dass sich die DC zu sehr an den Vatikan anlehnen und somit eine Diktatur nach dem Muster Salazars möglich sein würde. Dies sei ein entscheidender Unterschied zu De Gasperi, der stets eine gewisse Unabhängigkeit vom Vatikan gewahrt habe. Nenni antwortete, dass die Wiedervereinigung eine Frage der Reaktion auf die aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen sei. Die Briefe befinden sich in der Fondazione Nenni, Carteggio Nenni. Busta 18, fasc. 1093, sottofasc. 2. Zu den Aufzeichnungen Nennis zum Treffen von Pralognan: ACS, Fondo Nenni. Busta 90. Fasc. 2218.

<sup>363</sup> Zur Einsetzung siehe den Avanti vom 13.10.56, S. 1: „Pieno accordo tra PSI e PSDI per la Commissione di collegamento“. Avverardi, *i socialisti democratici*. S. 214.

Mitglieder des Vorstands der PSI und Morgan Philipps von der *Labour Party*, legten Nenni und Saragat ihren nicht schriftlich fixierten Kompromiss jeweils *in extremis* aus. Nenni musste dies, um insbesondere in der eigenen Führung mehrheitsfähig zu sein.<sup>364</sup> Dennoch sollte sein Insistieren schlussendlich im Oktober 1956 dazu führen, den *patto d'unità d'azione* mit der PCI in einen Konsultationspakt zu wandeln. Die Entwicklungen im Ostblock versprachen der europäischen und insbesondere der italienischen Sozialdemokratie neue Entwicklungsmöglichkeiten. Doch gerade vor solch einer zu starken Anlehnung an die westlichen Sozialdemokraten warnte der Großteil der italienischen Sozialisten, die in den europäischen Sozialdemokraten Verräter des Klassenkampfes erblickten.<sup>365</sup>

Während die PSI unter Nenni nach hartem internen Ringen zunehmend eine vermittelnde Rolle zwischen den Blöcken suchte, versuchte Fanfani im August 56 auf einer Reise in die USA vor allem neue Informationen für eine verbesserte Parteiorganisation zu sammeln.<sup>366</sup> Die Parteileitung unter Fanfani versuchte, die Exponenten der Partei auf eine politische Linie zu bringen. Trotz dieser Versuche konnte Fanfani nicht verhindern, dass La Pira als Exponent der Linken auf einem Kongress der Ost-CDU in Berlin redete, worüber sich Heck bei Fanfani im September beschwerte. Die Wirkung sei im Westen verheerend gewesen. La Pira habe wohl unwissentlich die beiden Parteien verwechselt und müsse hierüber aufgeklärt werden.<sup>367</sup> Die DC versuchte mehrfach, sich bei der CDU Know-how zu verschaffen, was jedoch aus unterschiedlichen Gründen scheiterte.<sup>368</sup> Dennoch versuchten beide Parteien auch weiterhin eng zusammenzuarbeiten.<sup>369</sup>

Die europäische Integration wurde indes in den Zeitschriften der einzelnen christdemokratischen *correnti* diskutiert. So verwies die *Concretezza* Andreottis bereits 1955 nach dem Scheitern der EVG auf die Europapolitik De Gasperis. Die Konferenz von Messina wurde begrüßt, doch schnell waren die optimistischen Stimmen verfliegen. Die EGKS wurde gelobt, da sie als einzige Organisation ihren supranationalen Charakter bewahrt habe.<sup>370</sup> Noch stärker als die *Concretezza* beschäftigte sich die *Civitas* mit europapolitischen Themen. Nachdem über das Scheitern der EVG ausführlich berichtet worden war, berichtete man voller Hoffnung über die WEU und die Verdienste der EGKS sowie der OEEC als Möglichkeiten und Ansatzpunkte für eine europäische Einigung. Bereits 1955 wurde in den Ausgaben der Zeitschrift vor allem eine politische Integration, unter anderem von dem

<sup>364</sup> Cruciani, L'Europa delle sinistre. S. 146 f.

<sup>365</sup> Vgl. Scirocco, Politique d'abord. S. 194 ff.

<sup>366</sup> Bei der Reise ging es um die Pflege persönlicher Kontakte (Treffen mit Robert Kennedy und Lyndon B. Johnson, aber auch mit Eisenhower und Dulles; Besuch der Parteitage der Demokraten und der Republikaner), wobei sich Fanfani bei einigen Aussagen in eine Reihe mit De Gasperi zu stellen versuchte. Archivio del Senato, Fondo Fanfani. Attività politica. Busta 106. Fasc. 17.

<sup>367</sup> Schreiben Hecks vom 26.9.1956 an Fanfani. ACDP. 07-001-12096.

<sup>368</sup> Siehe den Schriftwechsel zwischen Franco Malfatti und Kraske bezüglich eines Handbuchs über die politische Situation in verschiedenen Wahlkreisen, das bei Reden herangezogen werden sollte. Dabei handelte es sich aber um ein Missverständnis, da Malfatti dachte, die CDU würde über solche Handbücher verfügen, dies aber nur eine Idee Kraskes gewesen war, die dieser in einem Vortrag erwähnt hatte. Briefe vom 14.10.57 und 18.10.57. In: ACDP. 07-001-12096 (wie Anmerkung 242).

<sup>369</sup> Zu den Beziehungen zwischen der CDU und der DC siehe Masala, Carlo: "Die CDU und die Democrazia Cristiana Italiana, 1949-1969. Eine schwierige Beziehung." In: Historisch-politische Mitteilungen. 1996. S. 145-162.

<sup>370</sup> Thomas, Die Europa-Politik Italiens. S. 168.



Staatssekretär im Außenministerium, Folchi, gefordert, das für Sicherheit und Frieden durch ein Gleichgewicht zwischen den Weltmächten sorgen müsse. Taviani hingegen griff stärker auf die Vorstellung der Verteidigung gegen den Bolschewismus zurück. Ferner sah er die Niederlage bei der EVG nur als eine verlorene Schlacht an. Wieder musste die italienische Einigung im 19. Jahrhundert als Vergleich herhalten, wobei eine europäische Einigung folglich schrittweise erreicht werden müsse, notfalls vorläufig auch ohne Großbritannien. Auch Benvenuti schrieb in der Zeitschrift und lobte die neuen Ansätze von Messina. Die wirtschaftliche müsse durch eine politische Integration abgesichert werden.<sup>371</sup>

Die Zeitschrift *La Discussione*, von Rumor geleitet und Zeitschrift des *corrente* Fanfanis, ließ der Europapolitik nur wenig Aufmerksamkeit zukommen, obwohl auch dieser immer wieder vage Europa als Ziel beschwor. „*L'atto politico dell'integrazione europea non può essere l'antefatto, ma deve essere la consacrazione di una fusione che è già molto avanti negli spiriti e nelle cose. Quindi tocca anche a noi preparare spiriti e cose al momento in cui l'atto politico consacrerà l'integrazione raggiunta.*“ Fanfani betonte im Oktober 56, dass durch konkrete, sektorale Projekte einerseits und die Verbreitung der europäischen Idee in der Bevölkerung andererseits die europäische Einigung am ehesten erreicht werden könnte. Bei einer Umfrage der *La Discussione* stellten er und Mattei fest, dass der Europagedanke vor allem in der Bevölkerung bekannter werden müsse, während der ausgesprochene Föderalist Giacchero eher davon sprach, dass die europäische Einigung bei den Eliten und Parlamentariern stärker verbreitet werden müsse.<sup>372</sup>

Die Verwurzelung in der Bevölkerung wurde von den Befürwortern einer möglichst umfassenden politischen Union Europas als Grundlage angesehen, so auch durch die sozialdemokratische und die christliche Gewerkschaft, UIL und CISL. Beide Gewerkschaften unterstützten die europäischen Einigungsschritte und verbanden dies mit Forderungen nach einem besseren Schutz der Arbeitnehmer sowie einer „*programmazione economica europea*“. Hierfür drängte insbesondere die christliche Gewerkschaft auf die Zusammenarbeit der Gewerkschaften auf europäischer Ebene. Nach dem Vorsitzenden Pastore mussten sich die Gewerkschaften an den konkreten europäischen Umsetzungen beteiligen, um zu Fortschritt und sozialer Harmonisierung beizutragen. Die CISL unterstützte vor allem die Einrichtung eines europäischen Fonds zur Unterstützung der unterentwickelten Gebiete in Europa. So sollten sinkende Sozialstandards in Europa verhindert werden. Vor allem sollte Italien zu einer sozialen Politik gezwungen werden, denn nach einer eigenen Analyse führte das italienische Wirtschaftswachstum keineswegs automatisch zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Im Jahr 56 plante man gar eine Kampagne für die Propagierung des *rilancio europeo* für den 1. Mai, die jedoch nicht stattfand. Bei den Verhandlungen forderte man eine strikt supranationale Ausrichtung der Institutionen. Vertreter der CISL wirkten im Monnet-Komitee, das als Möglichkeit einer größeren Publizität der europäischen Idee aufgefasst wurden - und darüber hinaus das Ziel einer europäischen Atomenergiebehörde vertrat. Die europäische Ebene erkannte man als geeigneten Ort für eigene Forderungen an. So forderte man europaweit die Einführung der 40 Stunden Woche im Stahlbereich und für die Hohe Behörde zusätzliche Kompetenzen im Sozialbereich.<sup>373</sup>

---

<sup>371</sup> Ebd. S. 169 f.

<sup>372</sup> Ebd. S. 172 f. Zitat S. 172.

<sup>373</sup> Formigoni, *I sindacati italiani*. S. 30 ff.

In der sozialistisch und kommunistisch geprägten CGIL fand in den Jahren 55/56 ein Wandel im Interpretationsansatz der europäischen Integration statt. Zwar bewertete man diese immer noch vor dem Hintergrund der Unterwerfung unter einem amerikanischen Kapitalismus, doch sah man gerade in Italien mit dem *Piano Vanoni* erste Anknüpfungspunkte für eine neue Wirtschaftsform gekommen, weg von der „*economica del massimo profitto*“, hin zu einer „*economia del lavoro*“. Die EGKS wurde immer noch als Gefahr für die italienische Stahlindustrie wahrgenommen, doch nun war die CGIL der Meinung, dass der europäische Organismus direkt beeinflusst werden sollte.<sup>374</sup> Die sozialdemokratische UIL unterstützte jedwede Form der europäischen Einigung und forderte insbesondere eine politische Erweiterung möglicher Integrationspläne.<sup>375</sup>

Ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu den Römischen Verträgen war die Konferenz von Venedig im Mai 56, die von den Parteien kaum thematisiert wurde. Wieder hatte der Außenminister Martino deutlich gemacht, dass man die gleichzeitige Verwirklichung der Euratom und der EWG wünsche. Zugleich forderte er eine besondere Berücksichtigung rückständiger Betriebe, eine höhere Freizügigkeit der Arbeitnehmer sowie eine bessere Zirkulation des Kapitals. In der Landwirtschaft wolle man hingegen weniger schnell mit der Integration voranschreiten. Nach Forderungen nach Handelserleichterungen, der Offenheit der Gemeinschaft nach außen und dem Bekenntnis zu supranationalen Institutionen sowie einer Harmonisierung der Währungs-, Finanz- und Handelspolitik, wofür der Ministerrat zuständig sei, lenkte Martino seinen Blick auf die Frage der rückständigen Gebiete. Hier müsse es einen Anpassungs- und Ausgleichsfonds geben und gleichzeitig eine Übergangszeit für diese Gebiete garantiert werden. Italien bekannte sich nun eindeutig zur Euratom und hatte somit von dem Projekt im Rahmen der OEEC Abstand genommen, wobei die Versorgung mit Brennstoffen zentral über die Euratom erfolgen müsse, um eine Konkurrenz bei Lieferungen aus Drittstaaten zu unterbinden. Die Diskussion über die militärische Nutzung sei indes weniger „dramatisch“ als bisher immer wieder beschrieben. Eine Abrüstung sei wünschenswert, aber die Europäer könnten keineswegs schon von vornherein auf moderne Verteidigungsmöglichkeiten verzichten. Bis zur Herstellung von Atomwaffen in weiter Ferne könne das Vertrauen zwischen den Teilnehmern der Euratom noch wachsen.

Schlussendlich wurde auf der Konferenz der Bericht als Grundlage für weitere Verhandlungen akzeptiert, denen nun wieder Spaak vorsitzen sollte. Ferner sollte in Zukunft dritten Staaten die Assoziierung und der Beitritt offen gelassen werden. Anders als bei der Konferenz von Messina wurde die Konferenz von Venedig ausführlich im Kabinett besprochen. Hier kamen vor allem Bedenken bezüglich der Intentionen der französischen Regierung zur Sprache, wobei Campilli die französische Forderung nach dem Einbezug der überseeischen Gebiete als reinen Vorwand zur Verhinderung des Einigungsprojektes auffasste.<sup>376</sup> Taviani sprach sich ebenfalls gegen eine Integration im Rahmen der OEEC und für eine horizontale Integration, mit der Ausnahme der Euratom, aus. Die Konferenz von Venedig und die Rolle des italienischen Außenministers wurden in der Presse positiv bewertet. Die italienische Initiative habe den europäischen Integrationsprozess wiederbelebt, wobei die deutsch-französischen Gegensätze in der Presse als Kontrastfolie dienten.<sup>377</sup> So zum Beispiel bei Ba-

<sup>374</sup> Formigoni, *I sindacati italiani*. S. 28 f.

<sup>375</sup> Formigoni, *I sindacati italiani*. S. 29.

<sup>376</sup> Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 111-113.

<sup>377</sup> Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 114.

silio Cialdea, der die Beschlüsse als Schritt nach vorn interpretierte, gleichzeitig aber die Schwierigkeiten benannte, die nun bei den Brüsseler Verhandlungen drohen würden. *„La decisione veneziana porta indubbiamente l'inizio di un chiarimento nella contraddittoria atmosfera europea: un inizio che è già molto, date le nere prospettive della vigilia.“*<sup>378</sup>

Ein Ort der Auseinandersetzung war auch weiterhin die Diskussion um den Außenhaushalt, bei dem Europa im Juni 56 nur am Rande besprochen wurde. Weder die sozialdemokratischen noch die sozialistischen Redner widmeten sich der europäischen Einigung. Bettinotti von der PSDI und Corona von der PSI äußerten sich vor allem zu den Geschehnissen in Moskau. Während ersterer hiermit die verteidigende Politik des Westens bestätigt sah, betonte der zweite Redner, dass man sich in einer Phase der Transition befinde, deren Ende noch nicht zu erkennen sei.<sup>379</sup> Tolloy von der PSI schlug eine stärkere eigene Aktivität Italiens in der Außenpolitik vor, die durch die letzten internationalen Entwicklungen möglich geworden sei. Hierzu biete sich vor allem der Donauraum an.<sup>380</sup> Die christdemokratischen Redner, allen voran Bettiol und Domenidò, betonten hingegen die europäische Einigung als Erfolg der italienischen Außenpolitik und verorteten Atlantismus und Europäismus in der gleichen ideologischen Linie. So war nach Bettiol der Europarat, anders als wie von seinen Gegnern oft vorgebracht, keinesfalls überflüssig, sondern biete eine Atmosphäre für eine wahrhaft europäische Politik. So sei hier kürzlich zwischen dem Christdemokraten Adenauer und dem Sozialisten Mollet das Abkommen über die Saar ermöglicht worden, was in den Jahrzehnten zuvor ohne weiteres noch ein Kriegsgrund hätte sein können. Die Euratom und die EWG sollten schnell realisiert und mit einer starken supranationalen Behörde ausgestattet werden, damit man einen „unabhängigen europäischen politischen Willen (*volontà*)“ schaffen könnte. Bettiol unterstrich die verteidigungspolitischen Verbindungen der europäischen Partner mit den USA, die Domenidò auch ideologisch aufzuladen vermochte. Demnach müsse die europäische Gemeinschaft in die atlantische integriert werden, denn beide basierten auf den gleichen Werten, für die Europa selbst eine *„portatrice come madre“* gewesen sei. Atlantismus und Europäismus bedingten einander - sowohl von den Zielen als auch von den Mitteln her.<sup>381</sup> Einen Zusammenhang, den Fanfani bei seiner Reise im Spätsommer 56 in die USA festigte.<sup>382</sup>

#### IV.2.2 Polen, Ungarn, Suez und Europa

Auch in Italien dominierten ab dem Herbst 1956 die Vorgänge in Polen, Ungarn und am Suez die politische Diskussion. Nenni sah in Polen zwar reaktionäre Provokateure am Werk, doch hätten sie nicht so viel Erfolg gehabt, wenn sie nicht ein geeignetes Territorium für ihre Aktivitäten gefunden hätten. Trotz unterschiedlicher Interpretation der Kommunis-

<sup>378</sup> Cialdea, Basilio: „Chiarimenti ed ombre in Europa“. In: *La Giustizia* vom 9.6.56. S. 1.

<sup>379</sup> Bettinottis Rede vom 13.6.56. *Atti parlamentari*. S.25927-25929. Die Rede Achille Coronas stammt vom 14.6. *Atti parlamentari*. S. 25966-25976.

<sup>380</sup> Siehe die Rede Tolloy vom 13.6.1956. *Atti parlamentari*. S. 25862-25868. Insbesondere 25862 f. Die Rede wurde als Buch veröffentlicht: Tolloy, Giusto: *Per una politica attiva verso l'Europa danubiana*. Rom 1956.

<sup>381</sup> Rede Bettiol vom 12.6.56. *Atti parlamentari*. Hier: S. 25830-25832. Rede Domenidòs vom 13.6.56, hier S. 25911.

<sup>382</sup> Marucci, Fanfani. S. 69 f.

ten und Sozialisten führte der vergleichsweise glimpfliche Ausgang des polnischen Aufstandes nicht zu einem tieferen Graben zwischen den beiden Parteien. Anders sah dies bei der Bewertung des Aufstandes in Ungarn im November des Jahres 1956 aus.

Die PCI interpretierte die Aufstände als übliche kontrarevolutionäre Aktion, die vom Westen initiiert worden sei. Die PSI hingegen, Vecchietti als erstes und anschließend Nenni, sah trotz der bürgerlichen Einflüsse vor allem sozialistische Wurzeln im ungarischen Widerstand. Folglich mussten sowjetische Truppen nicht eingreifen. Die unterschiedlichen Einschätzungen führten zu einem Riss zwischen PSI und PCI. Den Eingriff der Roten Armee versuchte die PCI mit dem Verweis auf die Nicht-Intervention und deren Folgen in Spanien zu legitimieren. Nenni wies diesen Vergleich zurück, denn in Ungarn bedeute die sowjetische Okkupation eine Gefährdung des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.<sup>383</sup>

Nach der PSI war der Eingriff der Sowjetunion in Ungarn der größte Fehler seit deren Bestehen.<sup>384</sup> In einem Antrag im November in der *Camera* forderten die Sozialisten die Regierung auf, ihre Position gegenüber den Vorgängen am Suez und in Ungarn zu präzisieren. Nenni sprach sich gegen beide Interventionen aus und forderte die UNO auf, für einen Rückzug der Truppen aus Osteuropa und vom Suez zu sorgen, denn „*anche dalla fedeltà ai principii dell'internazionalismo proletario, che ignora la ragione di Stato, ignora gli interessi di potenza degli Stati, anche di uno stato rivoluzionario come quello sovietico.*“ Nenni forderte den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Osteuropa und die der NATO aus den westlichen Ländern. Damit schwenkte Nenni im Grunde auf die Position Riccardo Lombardi aus dem Jahr 48/49 ein, der zwar große gemeinsame Interessen mit der Sowjetunion unterstellt hatte, sie aber nicht identisch mit den Interessen der italienischen Arbeiterklasse gesehen hatte.<sup>385</sup> Nach Nenni orientierten sich die Kommunisten an der Sowjetunion und betrieben damit deren Machtpolitik. Nenni war alles andere als selbstkritisch. Er verschwieg einfach die Episode der italienischen Sozialisten, in der auch sie sich an Moskau ausgerichtet hatten. Dies hatte auch Folgen für ihre Tätigkeiten in der Organisation der *Partigiani della pace*. Da sie auf einer Konferenz in Helsinki sowohl die Aktionen am Suez als auch in Ungarn verurteilen wollten und dies nicht durchsetzen konnten, verließen die Delegierten Lombardi und Corona den Saal, da sie die Resolution im *Avanti* am 28.10.56 als „*radicalmente insufficiente*“ einstufte. Die PSI trat 1957 nach internen Debatten aus der Organisation aus, wobei das offizielle Argument war, dass mit der Entspannung die *Partigiani* ihre Aufgabe erfüllt hätten und dass in Zukunft die PSI keiner Organisation angehören sollte, die mit einem der beiden Blöcke identifiziert werden könne. Sie stellte aber ihren Mitgliedern frei, individuell den *Partigiani* treu zu bleiben.<sup>386</sup> Die Spannungen zwischen der PSI und PCI traten auch in den Gewerkschaften zu Tage. Ebenso versuchte Nenni seinen Stalin-Preis loszuwerden. Er spendete das seinerzeit erhaltene Preisgeld dem Internationalen Roten

<sup>383</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 309 f. Ebenso Scirocco, *Politique d'abord*. S. 202 ff.

<sup>384</sup> Für Tamburrano war das Eingreifen in Ungarn der endgültige Anlass, mit der Sowjetunion zu brechen und auch den „*patto d'unità d'azione*“ mit der PCI aufzukündigen. Tamburrano, *il revisionismo*. S. 233 ff. Siehe ebenso den Tagebucheintrag Nennis vom 28.10.1956, in dem dieser feststellt, dass Ungarn Untiefen zwischen die Kommunisten und Sozialisten aufgetan habe. Ebd.

<sup>385</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 310.

<sup>386</sup> Scirocco, *Politique d'abord*. S. 247-254.

Kreuz und an die *Enaoli*.<sup>387</sup> Auch bei der Einschätzung der Suezkrise unterschied sich die PSI von den Kommunisten. Beide verurteilten das Eingreifen der französischen und britischen Truppen, doch Nenni vermied, einen Zusammenhang zwischen der Suezkrise und der Ungarnkrise herzustellen, während die PCI in ihren Verlautbarungen beides als Symptome der aggressiven Strategie des Westens interpretierte. Nenni sah in den Vorgängen am Suez eher den Beweis, dass der Kolonialismus des 19. Jahrhunderts ausgedient habe und an dessen Stelle die amerikanische Hegemonie trete.<sup>388</sup>

Der PSI Vorstand beschloss zwar einstimmig die Aufkündigung des „*patto di unità d'azione*“, doch betonten Linke wie Foa und Valori noch immer die Einheit der Arbeiterklasse. Sie wehrten sich vor allem in eine „antisozialistische Front“ eingebunden zu werden. Kritik an der Sowjetunion habe innerhalb der sozialistischen Welt zu bleiben. In der PSI spitzte sich die Auseinandersetzung zwischen den Anhängern Nennis und dem linken Flügel weiter zu. Dieser unüberwindliche Gegensatz sollte die kommenden Jahre in der Partei dominieren und diese erneut spalten.<sup>389</sup> Die Anlehnung an die Kommunisten war die alles entscheidende Frage - auch was die Bewertung der Ungarnfrage anging. Hier pochten Vecchietti, Pertini und Valori auf eine solidarische Haltung mit der kommunistischen Welt, um eine „*politica unitaria*“ zu sichern und ein „sozialdemokratisches Abgleiten“ zu verhindern.<sup>390</sup> De Martino hielt darüber hinaus fest: „*La nostra condanna senza riserve sui fatti dell'Ungheria non ci conduce sul terreno tradizionale della socialdemocrazia.*“<sup>391</sup> Für Basso erschwerten die Vorgänge gar die Einigung der beiden sozialistischen Parteien. Demnach argumentierten Togliatti und Saragat im Rahmen der von ihnen unterstützten militärischen Blöcke, die man doch gerade überwinden wolle. Die Äquidistanz zwischen den Blöcken war aber Bedingung jeglicher Europapolitik der PSI.<sup>392</sup>

Die DC hatte im Jahr 1956 die Entwicklung in der PSI kritisch beobachtet. Im *Popolo* wurden die Entwicklungen in der PSI kritisch kommentiert. Insbesondere Nenni mit seiner filsosowjetischen Vergangenheit war das Ziel mehrerer Artikel.<sup>393</sup> Die Vorgänge in Ungarn und am Suez wurden als Bestätigung der eigenen Außenpolitik gewertet. War Ungarn ein Beispiel für die Aggressivität der Sowjetunion, schien die Suezkrise die Notwendigkeit eigener Aktivitäten im Mittelmeerraum zu bestätigen.<sup>394</sup> Viel stärker argumentierte Fanfani, dass die Suezkrise einmal mehr die Argumente für eine europäische Einigung bestärkte.<sup>395</sup>

<sup>387</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 311. Die ENAOLI unterstützt als Organisation Waisen.

<sup>388</sup> Scirocco, *Politique d'abord*. S. 224-226.

<sup>389</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 312 f.

<sup>390</sup> Scirocco, *Politique d'abord*. S. 208 ff.

<sup>391</sup> Cruciani, *L'Europa delle sinistre*. S. 161.

<sup>392</sup> Ebd. S. 162.

<sup>393</sup> Siehe zum Beispiel „Pietro il buono“. In: *La Concretezza*. Nr. 13/56. S. 3 f. Oder die Ausgaben der *La Discussione* vom 8.4.56 und 17.6.56. Bei letzterer hieß der Obertitel: *I socialisti democratici non possono contare su Nenni* sowie der Titel von D'Arcais: *Dimostrata ancora una volta l'incapacità autonomistica del P.S.I.*

<sup>394</sup> Vgl. *Popolo* vom 9.11.56. „Nel dibattito parlamentare sull'Ungheria e su Suez Fanfani conferma il coerente atteggiamento della DC“. Mehrere Stimmen rechtfertigten die westliche Aktion am Suez. So betonte Fabrizio Schneider in der *La Discussione*, dass der Westen nur auf die Aggression der Diplomatie Nassers reagiere. Schneider, Fabrizio: *Guerra e pace*. In: *La Discussione* vom 23.9.56.

<sup>395</sup> Siehe den Artikel über eine Rede Fanfanis vor jungen Christdemokraten in der *La Discussione* vom 30.9.56. Überschrift: „Senza solidarietà non si fa l'Europa“. S. 1 und 8.

Innenpolitisch wurden weitere Schritte überlegt. So erwägte die DC, angelehnt an das Verbot der KPD in der Bundesrepublik, ernsthaft ein Verbot der Kommunistischen Partei.<sup>396</sup>

Die Aufstände in Ungarn und Polen schienen auch die strikt atlantische Orientierung Saragats zu bestätigen.<sup>397</sup> Sein Europakonzept war ganz auf die atlantische Allianz hin ausgerichtet. So schlug er am 25.10.1956 in der *La Giustizia* nicht etwa eine europäische Einigung für die Lösung der Probleme in Osteuropa vor, sondern betonte die Demokratisierung der osteuropäischen Länder als wirksamen Beitrag. In der Sozialdemokratie wurde weiterhin das Ziel einer europäischen Einigung vertreten. So betonte die Parteiführung im Mai 1956, dass man „entschieden die Führung des Kampfes um die Realisierung eines starken und in Freiheit vereinten Europa“ übernehmen müsse. Der europäischen Entwicklung wurden auch innenpolitische Ziele wie die Lösung italienischer Strukturprobleme zugeschrieben.<sup>398</sup> Die *La Giustizia* berichtete ausführlich über die Sitzungen auf europäischer Ebene und nahm erfreut Erfolge sozialdemokratischer Parteien auf.<sup>399</sup> In den Reden vor den Kammern des Parlaments legten die Politiker ihren Schwerpunkt auf den Ost-West-Konflikt. Die europäische Integration spielte eine untergeordnete Rolle.<sup>400</sup>

Eben jene atlantische Ausrichtung Europas sollte nach Meinung der PSI dringend überwunden werden. Nach Pieraccini schloss ein *europesimo sincero* den *atlantismo*, wie er von den Konservativen vertreten werde, aus. „*C'è stato, specialmente negli anni passati, un europeismo cattolico e conservatore, l'europeismo di De Gasperi, Schuman, Adenauer, l'europeismo della piccola Europa. Esso aveva ed ha una netta impronta antisovietica ed anticomunista. Contro tal europeismo noi abbiamo lottato e dobbiamo continuare a combattere.*“ Die Sozialisten müssten weiter für ein geeintes Europa und den Frieden kämpfen. Dafür müsse die deutsche Frage mit einer Wiedervereinigung im Rahmen eines internationalen Sicherheitssystems gelöst werden. „*La funzione dell'Europa, come quella della Germania unificata, non può essere altro che una funzione di ponte tra le massime potenze mondiali, in un sistema mondiale di disarmo e di accordi nel quadro dell'ONU.*“ In dem Aufsatz im *Mondo Operaio* wurde deutlich, dass auch Pieraccini die europäischen Staaten angesichts der modernen Wirtschaft und der technischen Entwicklung für zu klein hielt. Dieser „technische Europäismus“ trage aber die Gefahr in sich, Europa ohne die Unterstützung der Bevölkerung zu schaffen. Dies könne man nicht akzeptieren, denn Europa zu bau-

<sup>396</sup> Siehe hierzu das Protokoll der DC-Fraktion im Senat vom 15.11.1956, abgerufen am 25.5.2010 auf [www.archivionline.senato.it](http://www.archivionline.senato.it), Istituto Luigi Sturzo, Fondo gruppo parlamentare del senato. Protokoll der gesamten Versammlung vom 15.11.1956. S. 28-41.

<sup>397</sup> Siehe zum Beispiel den Kommentar Saragats „Budapest e Suez“ vom 7.11.56 in der *La Giustizia*, in dem dieser ein Bündnis zwischen der Sowjetunion und Ägypten feststellt und die Einigkeit des Westens gegen die imperialistischen Gelüste Moskaus fordert.

<sup>398</sup> Thomas, Die Europa-Politik Italiens. S. 181 f.

<sup>399</sup> Vgl. „I socialisti e la CECA“ der *La Giustizia* über einen Antrag der sozialistischen Fraktion im Montanparlament sowie den Artikel zum Wahlsieg der holländischen Sozialdemokraten in der Ausgabe vom 16.6.56. Die Überschrift des Artikels auf der Titelseite lautete „Anche in Olanda è l'ora del socialismo democratico“, darüber als Obertitel: „Il grande successo del Partito Laburista nelle elezioni di mercoledì“.

<sup>400</sup> Vgl. den Artikel über die Rede Mario Bettinottis in der Haushaltsdebatte vom Juni 56. *La Giustizia* vom 15.6.56. Überschrift: „L'Occidente ha salvato la pace consolidando la politica di solidarietà“. Anlässlich der Suezkrise siehe die Überschrift vom 2.10.56: „Atteggiamento e Iniziativa dell'Italia nella crisi per il Canale di Suez“, die noch einmal klein mit „Il Pilastro della nostra politica estera è la solidarietà occidentale“ überschrieben war.

en müsse heißen, für den Sozialismus zu kämpfen. Die Probleme der europäischen Wirtschaft ließen sich nur in einer sozialistischen Wirtschaft lösen, mit einer Kontrolle der kapitalistischen Kräfte, einer allgemeinen Planung, einer umfassenden Mitbestimmung durch die Arbeiter und durch die Förderung unterentwickelter Gebiete.<sup>401</sup> De Martino nahm die Ungarnkrise zum Anlass, die Politik der PSI der zurückliegenden Jahre zu kritisieren. Er betonte zwar eine epochale Bedeutung der Oktoberrevolution, wies aber zugleich darauf hin, dass im Westen schon seit Jahren keine revolutionären Entwicklungen mehr möglich seien. „Konformismus und Dogmatismus“ hätten die PSI daran gehindert, die wirklichen Entwicklungen und Perspektiven wahrzunehmen. Durch eine zu starke Anlehnung an die KPdSU habe man Chancen und Jahre verspielt, eine sozialdemokratische Partei zu entwickeln und mögliche soziale Reformen zu beeinflussen.<sup>402</sup> Die Ungarnkrise ließ trotz dieser Bemerkungen De Martinos die Unterschiede zwischen den Sozialdemokraten und Sozialisten noch einmal deutlich vor Augen führen. Sie sorgte letztlich dafür, dass die Vereinigungspläne zwischen den beiden Parteien im Sande verlaufen mussten.<sup>403</sup>

Während die DC außenpolitisch vor allem aus der Suezkrise ihre Lehren zog und für die italienische Außenpolitik mit dem Konzept des „Neo-Atlantismus“ größere Freiräume erkannte,<sup>404</sup> fuhr sie eine intensive Kampagne gegen die Niederschlagung des Ungarnaufstands und nutzte ihn so innenpolitisch.<sup>405</sup> Dies wurde durch die Versuche Fanfanis bestärkt, den Parteiapparat zu stärken und den einzelnen Verbänden in den *Provinci* vermehrt Material zur Verfügung zu stellen.<sup>406</sup> Die DC setzte ihrem europäischen Übervater De Gasperi im Oktober 1956 in Trento ein Denkmal, was auch Ausdruck des Zieles der europäi-

<sup>401</sup> Pieraccini, Giovanni: Internazionalismo, distensione, europeismo. In: *Mondo Operaio* 9/1956. S. 639-642.  
Siehe ebenso Felisini, Il PSI e l'integrazione europea. S. 319 f.

<sup>402</sup> Scirocco, De Martino. S. 60.

<sup>403</sup> Vgl. Fornaro, Saragat. S. 241.

<sup>404</sup> Vgl. Galante, Severino: "The International Policies of the Italian Christian Democratic and Communist Parties in the Fifties", in: di Nolfo, Ennio (Hg.): *Power in Europe? II Great Britain, France, Germany and Italy and the Origins of the EEC 1952-1957*. Berlin/ New York 1992. S. 407-434. Hier S. 416.

<sup>405</sup> Siehe hierzu den Brief des Chefs der Presseabteilung der DC, der SPES, Magri, vom 6.12.56 an die *Segretari Provinciali, Dirigenti Provinciali SPES* und die *Segreari Regionali DC* mit Anweisungen, wie die pro-Ungarn Demonstrationen („*La Giornata Nazionale di solidarietà per l'Ungheria*“, beschlossen von der *Direzione* der DC am 13.11; *circolare* vom 20.11.56), die für den 9.12.56 geplant waren, bestmöglich genutzt werden sollten. Hierzu sollte der lokale Korrespondent des *Popolo* angeschrieben werden, eigene Artikel an unabhängige Tageszeitungen gesandt und auch in eigenen Publikationen die Demonstrationen beschrieben werden. „*I Dirigenti Spes sono poi pregati di trasmettere a questa Segreteria, entro la prossima settimana, una dettagliata relazione sullo svolgimento delle manifestazioni del 9, in tutta la provincia.*“ In: ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Fanfani. Sc. 45, fasc. 40.

<sup>406</sup> Dies zeigte sich in den Versuchen der zentralen Führung und bei der Planung des administrativen Wahlkampfes 1956 durch Fanfani. Dabei kommen auch Kettenbriefe mit einer persönlichen Ansprache an einzelne Personen und Sympathisanten zum Einsatz. Siehe hierzu den Brief Fanfanis vom 1.5.56, in: ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Fanfani. Sc. 43. Fasc. 37a. Die Anzahl der Rundschreiben wurde in den Jahren 1956 und 1957 massiv erhöht. Siehe hierzu ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Fanfani. Sc. 43-45. Hier ist nur ein Bruchteil der *Circolari* erhalten geblieben, was an der Nummerierung der Rundschreiben festzustellen ist. Von daher lässt sich das Ausmaß in diesem Bestand nur erahnen. Siehe ebenso Galli, *Storia della DC*. S. 149 ff.

schen Einigung war.<sup>407</sup> Das Denkmal wurde am 14. Oktober 1956 von der *Direzione* an die Stadt feierlich übergeben.<sup>408</sup> Der Parteitag der DC begrüßte eindeutig die europäischen Bemühungen.<sup>409</sup>

In seiner Rede vom 31.10. bewertete Fanfani den Aufstand in Ungarn als heldenhaften Kampf für die Freiheit. In einer Zeit, in der die unterdrückten Völker gen Westen schauen würden, müsse dieser jede Handlung vermeiden, die die Hoffenden desillusionieren oder die Handlungen der Unterdrücker rechtfertigen würde.<sup>410</sup> Obwohl Nenni die sowjetische Politik richtigerweise verurteile, könne man dessen Äußerungen nicht trauen, denn er habe in den vergangenen zehn Jahren moskautreu gehandelt. Fanfani betonte, dass die italienische Außenpolitik eine Politik des Friedens und der internationalen Solidarität sei. Die europäische Integration kam zwar in seiner Rede vor, war aber nur ein Punkt unter vielen seiner außenpolitischen Ausführungen. So wurden die Bemühungen um eine europäische Atomgemeinschaft als konkreter Schritt hin zur europäischen Föderation gelobt, doch würde gerade hier auch ein nationaler Plan gebraucht. Europa gebe gerade „*significato e vigore alla politica nazionale. Al di fuori di tale integrazione, sembra inevitabile, in un più o meno lontano avvenire, la strada del satellitismo e, comunque, del ristagno sul piano economico, sociale, politico, morale. La politica europea è dunque per l'Italia politica eminentemente nazionale.*“

*La politica di sviluppo dell'Italia non può evidentemente limitarsi alla pur fondamentale politica di integrazione europea.*“<sup>411</sup> Der Abschlussantrag hielt nun schon traditionell fest, dass die DC eine „*solidarietà politica ed economica fra i Paesi atlantici, favorendo in particolare ogni concreta iniziativa di unificazione europea, nell'intento di garantire la pace nella sicurezza dei popoli*“ anstreben werde.<sup>412</sup>

Auf Regierungsebene wandte man sich gegen die britischen Vorschläge einer Freihandelszone. Die italienische Regierung pochte im Unterschied zu den britischen Vorstellungen auf einen gemeinsamen Außenzoll, auf die Freizügigkeit aller Produktionsfaktoren, auf die Integration der Landwirtschaft, auf mögliche Subventionen bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten einzelner Branchen, eine umfassende horizontale Integration sowie der Schaffung supranationaler Institutionen. Man befürchtete, dass eine einfache Freihandelszone die Unterschiede der europäischen Volkswirtschaften verstärken würde, zumal auch die italienische Wirtschaft gegen eine einfache Freihandelszone war. Das britische Manöver, lanciert

<sup>407</sup> Bereits kurz nach seinem Tode erschienen die ersten Sammlungen von Reden De Gasperis. Ähnlich wie bei Schumacher in Deutschland (mit der Reihe „Turmwächter der Demokratie“) wurde dessen Bedeutung für die demokratische Entwicklung des Landes hervorgehoben. Dies war ein Beispiel dafür, dass die DC und die SPD ihren Gegnern hochgradig misstrauten, demokratische Strukturen aufbauen zu können. Ein Beispiel für die Schriften De Gasperis ist: De Gasperi, Alcide: *Discorsi politici*. Rom 1956 (a cura di Tommaso Bozza). Mit einem Vorwort Fanfanis, der eben die Rolle De Gasperis für die italienische Demokratie hervorhob.

<sup>408</sup> Einladung an die Vorstände der Partei auf unterschiedlichen Ebenen und Bürgermeister der Hauptorte vom 4.10.56. ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Fanfani. Sc. 44, fasc. 37 b.

<sup>409</sup> *Atti e documenti della Democrazia Cristiana*. S. 846 f.

<sup>410</sup> ALS, Fondo DC. Consiglio nazionale, Sc. 24, fasc. 44. Anhang der Rede von Fanfani am Protokoll. S. 1-3. Zitat: Ebd. S. 3.

<sup>411</sup> Die Rede Fanfanis ist abgedruckt in: 1954-1973. *I congressi della Democrazia Cristiana*. Rom 1976. S. 45-108. Zu Nenni und der PCI siehe ebd. S. 65 ff. Zur Außenpolitik: S. 85 ff. Zitat S. 87.

<sup>412</sup> Siehe *Dieci congressi D.C.* S. 255.



über die OEEC, wurde als Störmanöver zu den Verhandlungen seit Venedig aufgefasst.<sup>413</sup> Die außenpolitischen Fortschritte der zurückliegenden beiden Jahre, mit der Gründung der WEU als Ersatz für die EVG, der Lösung des Triestproblems und der Aufnahme Italiens in die UNO wurden ebenso positiv erwähnt wie die parteiinternen und innenpolitischen Entwicklungen der zurückliegenden Jahre, wobei der Modernisierungsprozess der DC nach dem Kongress von Neapel neue Möglichkeiten eröffne.<sup>414</sup> Die Diskussion des Parteitags brachte erneut die Position der unterschiedlichen *correnti* zur Innenpolitik zum Ausdruck. Einzig Taviani sprach die außenpolitischen Entwicklungen an. So sei die Destalinisierung ein Zeichen der Schwäche der Sowjetunion, aber gleichzeitig auch eine Aufforderung, sich der Bedrohung durch den Kommunismus bewusst zu werden. Was die PSI anging, so sprach vor allem Gonella die Hoffnung aus, dass sich diese ähnlich wie in den anderen europäischen Staaten von der kommunistischen Partei lösen könne. Dieser Hoffnung misstrauete insbesondere Andreotti. Neben der PSI war die Rolle der DC in der Regierung Teil der Diskussion. Streitpunkt war, inwiefern man sich auf die Unterstützung durch die Rechten einlassen könne. Dabei wurde von allen Rednern der *centrismo* beschworen. Trotz aller Kritik ging Fanfani aus der Diskussion, unterstützt durch die *Iniziativa Democratica* unter Rumor und Änderungen des Parteistatuts, gestärkt hervor.<sup>415</sup>

Die Suezkrise brachte der italienischen Außenpolitik neue Möglichkeiten. So wurde betont, dass „*I fatti del Medio oriente e dell’Ungheria mostrano che senza Europa concorde e unita i rischi per il mondo si accrescono*“.<sup>416</sup> Andererseits wurde Italiens Position nicht mehr alleine über dessen Stellung in der europäischen Familie definiert, sondern die Außenpolitik reichte nun darüber hinaus. Im Mittelmeer und im Nahen Osten sah man nun ein weiteres Betätigungsfeld, was vor allem Fanfani, La Pira und Gronchi betonten, was jedoch in der Regierung Segni und Martino auf Widerstand stieß.<sup>417</sup> Obwohl das britische und französische Eingreifen von der DC nicht geteilt wurde,<sup>418</sup> brachte die Suezkrise die Bemühungen für die Errichtung des Gemeinsamen Marktes weiter, half sie doch, die Differenzen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik zu überwinden.<sup>419</sup> Fanfani reiste im Winter 56/57 durch Europa und versuchte den Verhandlungsprozess voranzutreiben – größtenteils, außer in London, mit Erfolg.<sup>420</sup> Gleichzeitig drängte der *Comitato Nazionale per la enegia nucleare* mit dem Christdemokraten Focaccia an der Spitze auf bilaterale Verträge mit den

<sup>413</sup> Thomas, Die Europa-Politik Italiens. S 118 f. Zu den Verhandlungen: Ebd. S. 121 ff.

<sup>414</sup> Siehe Malgeri, Francesco: *Gli anni di transizione: da Fanfani a Moro (1954-1962)*, in: Ders. (Hg.): *Storia della Democrazia Cristiana*. Band 3. 1955-1968. La stagione del Centro Sinistra. Rom 1988. S. 3-265. Hier S. 60-63.

<sup>415</sup> Ebd. S. 63-69.

<sup>416</sup> So der *Il Popolo* vom 19.11.1956.

<sup>417</sup> Siehe Vigezzi, Brunello: "L'Italia e i problemi della "politica di potenza". Dalla crisi della CED alla crisi di Suez", in: di Nolfo, Ennio (Hg.): *L'Italia e la politica di potenza in Europa: (1950-60)*. Mailand 1992. S. 3-29. Ebenso: Ballini, Varsori, *europesimo pragmatico*. S. 235 f. sowie Russo, Ivano: *Politica estera e "diplomazia personale"*. Fanfani, de Gaulle e le relazioni italo-francesi negli anni Cinquanta. Mailand 2008. S. 71 f.

<sup>418</sup> Malgeri, *transizione*. S. 73 f.

<sup>419</sup> Bericht des Außenministers Martino an den Ministerpräsidenten vom 24.10.56 über die Verhandlungen vom 24.10.56 in Paris. In: Ballini, Varsori, *l’Italia e l’Europa*, 1. S. 273-279. Insbesondere S. 277 ff.

<sup>420</sup> Marucci, Fanfani. S. 74.

USA, angetrieben durch die italienische Industrie, und ohne Unterstützung der Regierung.<sup>421</sup>

#### IV.2.3 Die Debatte über die Römischen Verträge

Die Diskussion um die europäischen Verträge selbst nahm im Frühjahr 1957 Fahrt auf. Internationale Entspannung und eine neue Stärke der Sozialdemokratie in Europa hatten in den beiden zurückliegenden Jahren dazu geführt, dass die Sozialisten sukzessive eine positivere Haltung gegenüber der europäischen Integration einnahmen, auch wenn die Äußerungen der unterschiedlichen sozialistischen Politiker keineswegs konsistent waren.<sup>422</sup> Der Parteitag von Venedig im Januar 57 bot ein erneutes Forum, obwohl die Diskussion über die Europäischen Verträge eindeutig hinter den Diskussionen über die Innenpolitik und die Folgen der Krisen in Polen sowie in Ungarn zurückstanden.<sup>423</sup> Gerade die Einschätzung der internationalen Situation spaltete die Partei. Die gemeinsam gewählte Liste, die nach einem Schlüssel zwischen den *correnti* Vecchietti, Nenni und Bassos aufgeteilt war, konnte darüber kaum hinwegtäuschen. Die Linken verurteilten den Einmarsch in Ungarn keineswegs und forderten das Aufleben der Volksfront, während die anderen beiden *correnti* den Einmarsch verurteilten, Basso eine engere Zusammenarbeit mit der PCI unter Wahrung der Autonomie und Nenni die vollkommene Autonomie von dieser forderte.<sup>424</sup> In seinem eröffnenden Beitrag wiederholte Nenni seine Kritik an den Ereignissen in Ungarn und entwickelte eine unabhängige sozialistische Politik, wobei außenpolitisch ein sozialistischer Neutralismus gefordert wurde. In dem gemeinsamen Bericht der Direktion wurden die Vorgänge in Ungarn einstimmig verurteilt, selbst von der Linken. Vecchietti sprach von einem „Kampf für den Fortschritt der Arbeiterklasse für weitergehende Ziele in Frieden und in der Demokratie“. Wer die sozialistische Einigung nicht anstrebe, werde von den Realitäten überholt werden. Ähnlich äußerte sich Panzieri, der die Fehler zu extremer und zu dogmatischer Positionen verurteilte und die Vereinigung mit der PSDI als möglichen Schritt zur Weiterentwicklung erkor. Die italienische Arbeiterbewegung müsse die *“trasformazioni economiche e sociali all'interno del sistema in cui si trova”* mitgestalten. Basso hingegen stellte klar, dass für eine Vereinigung erst in den beiden Parteien, eine programmatische Annäherung gefunden werden müsse.<sup>425</sup>

<sup>421</sup> Bericht der amerikanischen Botschaft in Rom an das *Department of State* vom 6.11.56. In: Ballini, Varsori, *l'Italia e l'Europa*, 1. S. 279-281.

<sup>422</sup> Scirocco, *Politique d'abord*. S. 254 f.

<sup>423</sup> So finden sich in der Rubrik *Tribuna pregressuale* im *Avanti* im Januar 1957 nur zwei Beiträge zu den aktuellen Verhandlungen des Gemeinsamen Marktes und der Euratom. Beide Beiträge zeigten jedoch die unterschiedlichen Grundpositionen auf. Während der erste Beitrag die Mitarbeit der PSI auf europäischer Ebene forderte, stellte der zweite die EWG in eine Linie mit der Blockpolitik des Kalten Krieges. Levi, Paolo: *Unità europea e socialismo*. *Avanti* vom 8.1.57. S. 3. Ventura, Oreste: *La costruzione dell'Europa*. Gemeinsam war den *correnti* jedoch die Forderung, für einen Ausgleich zwischen Ost und West sorgen zu müssen. Hier siehe zum Beispiel: *Per una politica estera di superamento dei blocchi*. *Avanti* vom 9.1.57. S. 3.

<sup>424</sup> Merkel, *Die sozialistische Partei Italiens*. S. 191.

<sup>425</sup> Protokoll des 32. Parteitags der PSI. Mailand 1957. Bericht der *Direzione*. S. 5 f. Die eröffnende Rede Nennis: S. 99 ff. sowie S. 132 ff.

Nenni nahm auf dem Parteitag seine vermittelnde Rolle ein, indem er einerseits an Kritik am Stalinismus nicht sparte und andererseits einen Demokratiesierungsprozess in den Ostblockstaaten, eine Entwicklung des sowjetischen Systems und der internationalen Entspannung ausmachte. So, wie es die PSI stets beschworen hatte, womit die vergangene Politik legitimiert wurde. Die Unterschiede in den Ansätzen traten am Rande auf. Vecchietti interpretierte die Aufstände von Polen und Ungarn als Zeichen der Demokratiesierung in den östlichen Ländern, die zudem von den Arbeitern selbst ausgehe, während Lombardi die Ereignisse einmal mehr als Argument für Veränderungen anführte. Die genaue Position gegenüber den Kommunisten war unklar. Eine Lösung von diesen wurde noch nicht als notwendiger Bestandteil der *apertura a sinistra* angesehen, gleichzeitig hatte man schon zwei Jahre zuvor eine größere „Elastizität und Individualität“ für die PSI gegenüber den Kommunisten gefordert. In dem Bericht der Direktion wurden sowohl der „*frontismo*“ als auch der „*centrismo*“ verurteilt. Der „*frontismo*“ habe direkt zu einer Isolation der Arbeiterklasse beigetragen, indem er den Dialog mit den Katholiken verhindert, als Ausrede für eine Ablehnung der *apertura a sinistra* fungiert und schlussendlich die sozialistische Alternative behindert habe. Damit wurde der „*frontismo*“ zu Grabe getragen, denn er sei „*una formula senza più validità né vitalità*“, obwohl auch weiterhin die Einigkeit und Einheit der Arbeiterklasse beschworen wurde. Nach Lombardi musste die PSI in einer allgemeinen demokratischen Bewegung die Führungsrolle übernehmen und aus Italien eine moderne Demokratie machen. Der *frontismo* sei auch deswegen gescheitert, weil in Italien schlichtweg keine Volksdemokratie möglich sei. Es gehe nicht darum, in Konkurrenz zur PCI zu treten, „*ma [fare] una politica di critica aperta ai vertici e di profonda e costante unità alla base.*“

Dies war aber weiterhin schwierig, denn gerade innerhalb der Gewerkschaften gab es ja immer noch enge Verbindungen. Das ständige Beschwören einer gemeinsamen Position sollte eben gerade verdecken, dass es diese *de facto* nicht gab. Bei den anschließenden Wahlen konnte sich zwar der von Nenni unterstützte Antrag durchsetzen, aber in dem anschließend gewählten *Comitato Centrale* hatten der linke *corrente* zusammen mit Basso die Mehrheit, obwohl Nenni ohne Probleme wieder zum Sekretär bestimmt wurde. Nennis neuer Kurs musste sich vor allem gegen die Funktionäre behaupten, die in den Jahren unter Morandi und des Aktionspakts Karriere gemacht hatten und einen hohen Anteil an Delegierten stellten.<sup>426</sup> Das Ergebnis des Parteitages war ein Zeichen für die Prozesshaftigkeit des langsamen Loslösen der PSI von den Kommunisten und dem Zugehen auf die DC.<sup>427</sup> Er war auch ein Zeichen für die Konflikthaftigkeit dieses Prozesses, symbolisiert durch das Wiederaufkommen der *correnti* und ihre Institutionalisierung ab dem Ende der 50er Jahre durch die Gründung neuer Zeitschriften. Das Scheitern des *centrismo* unter dem Monopol der DC und die internationale Lage, in der Nenni aufgrund der Entspannung zunehmend Gestaltungsspielräume sah, forderten die PSI geradezu heraus, Verantwortung zu übernehmen.<sup>428</sup>

<sup>426</sup> Zum Parteitag insgesamt siehe Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 316 ff. Ebenso Scirocco, *Politique d'abord*. S. 227 ff.

<sup>427</sup> Vgl. hierzu Lauzi, Giorgio: "I nuovi collegamenti internazionali del socialismo italiano", in: Benzoni (Hg.), *La dimensione internazionale*. S. 276-289. Hier: S. 276-278.

<sup>428</sup> Vgl. Nenni, Pietro: *Il Congresso del rilancio socialista*. In: *Mondo Operaio* 1 (1957). S. 1. Ebenso: Ders. *L'azione per la pace va al meglio di una dottrina*. In: *Avanti* vom 13.1.57.

In dieser Phase fand nun die Diskussion über die EWG und die Euratom erstmalig in der PSI statt. Nach De Martino musste die PSI die Initiative in der Europapolitik ergreifen, eine eigene Vision entwickeln, die „weitblickend, dynamisch und offensiv“ sei, um aus einem künstlichen Europa eine Politik der Vermittlung und des Friedens herzustellen. Die PSI und die internationale Situation hätten sich gewandelt. Demnach habe die PSI den „*status atlantico dell'Italia*“ akzeptiert, vorausgesetzt, dieser werde „*rigidamente difensiva*“ interpretiert. Gleichzeitig wandte man sich verstärkt der Euratom und dem Gemeinsamen Markt sowie den fortschrittlicheren linken Kräften im Westen zu, um somit aus der internationalen Isolation zu entfliehen. Nach Pieraccini sollten zu den westlichen sozialistischen Parteien, aber auch zur kommunistischen Partei Jugoslawiens, freundschaftliche Beziehungen hergestellt werden.<sup>429</sup> Hierzu sollte nicht zuletzt die Internationale aus ihrer reinen antikommunistischen Haltung heraus befreit werden.<sup>430</sup> Auch die USA stünden vor der Wahl, ob sie eine „*politica, liberale*“ oder eine „*politica, conservatrice*“ gegenüber Europa betreiben wollten, wie es Raffello Uboldi im August 1956 ausdrückte. Es gehe darum, Europa und seine Bedürfnisse nun richtig zu verstehen. Forderungen wie die Adenauers entsprächen diesen schon längst nicht mehr.<sup>431</sup> Gegen ein „konservatives, karolingisches, atlantisches und technokratisches“ Europa konnte nur die sozialistische Mitbestimmung helfen.<sup>432</sup>

Für Nenni war eine zentrale Forderung einer europäischen Einigung die grundsätzliche Trennung zwischen den wirtschaftlichen Zielen einer Zollunion und den Zielen, die bisher mit der EVG und der WEU verfolgt worden waren.<sup>433</sup> Die europäische Zusammenarbeit sollte der italienischen Landwirtschaft und der Industrie helfen, ihren Rückstand bei der „zweiten technologischen Revolution“ gegenüber anderen Ländern aufzuholen. Darüber hinaus bot nach Nenni eine europäische Einigung die Möglichkeit, national und international die politische Achse in Richtung der Sozialdemokratie zu bewegen, weil ein gemeinsamer europäischer Markt schlichtweg ohne die Beteiligung der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften nicht denkbar sei.

Die sozialistische Einstellung gegenüber dem Gemeinsamen Markt wurde auf dem Parteitag klarer, auf dem allerdings eine Zustimmung nur dann für möglich gehalten wurde, wenn die Interessen der unterentwickelten Gebiete und besonders des *Mezzogiorno* berücksichtigt würden. Nenni machte in seinem Beitrag in Venedig deutlich, dass eine bedingungslose Teilnahme Italiens für die sehr zerbrechliche italienische Wirtschaft zu gefährlich und daher eine Mitarbeit der italienischen Sozialisten angebracht sei. Daher müssten diese Verantwortung übernehmen „*perché la rivoluzione industriale e l'integrazione economica europea, facendosi senza e contro di noi, non si facciano contro gli interessi dei lavoratori*.“ Die PSI wollte also an den kommenden Entscheidungen partizipieren. Nenni lobte einen nicht näher definierten „*movimento socialista e democratico per gli Stati Uniti d'Europa*“, der in der Lage sei, den Gedanken des Europäismus von einer „*operazione diplomatica di vertice, nel quadro di un'iniziativa di conservazione, in un'iniziativa socialista basata sull'azione di massa dei lavoratori*“ zu verwandeln. Damit zeigte Nenni eine erste Annähe-

<sup>429</sup> Felisini, Il PSI e l'integrazione europea. S. 319 f.

<sup>430</sup> So die zentrale Forderung Giorgio Fenolteas in seinem Artikel „Il PSI e l'Internazionale“ im *Avanti* vom 6.7.56, S. 1.

<sup>431</sup> Uboldi, Raffello: *Capire l'Europa*. *Avanti* vom 20.6.56. S. 1.

<sup>432</sup> Vgl. die zitierten Aussagen bei Scirocco, *Politique d'abord*. S. 255 f.

<sup>433</sup> Nenni, Pietro: *Dalla "giusta causa" all'integrazione economica europea*. *Avanti* 10.1.57. S. 1.

rung an die Föderalisten nach den militärischen Projekten der europäischen Integration, ohne jedoch auf eine konkrete Organisation hinzuweisen. Dennoch nahm er sie nun wahr und verortete sie nicht mehr in den Bann des amerikanischen Imperialismus oder als kindliche Illusion.<sup>434</sup> Trotzdem waren die Aussagen auf dem Parteitag von Venedig zu den Verträgen äußerst dürftig. Lombardi sprach von einer möglichen Diskriminierung anderer Länder. Valori theorisierte ein Europa, das sich endlich gegen die amerikanische Hegemonie in Europa stemmen könne. Erst in den kommenden Monaten sollte allerdings die Diskussion in der PSI richtig in Gang kommen.<sup>435</sup> Dabei schauten die Kommunisten mit Argwohn auf die Bestrebungen Nennis und Lombardis, während die linke Strömung um Vecchietti deren Unterstützung suchte. Schlussendlich brach Togliatti noch nicht endgültig mit der PSI. Stattdessen setzte er in einer Sitzung des Vorstandes der PCI vom Februar 57 auf Lelio Basso als möglichen Vermittler für eine weiterhin einheitliche Politik der PCI mit der PSI.<sup>436</sup> War bereits die Akzeptanz eines „rigide defensiven, atlantischen Italiens“ in der PSI umstritten gewesen, so war dies auch die Einschätzung der Europäischen Integration, die von den unterschiedlichen *correnti* der PSI mal als negativ für die internationale Entspannung, mal als positiv gestaltbar eingeschätzt wurde. Nach Foa war ein anderes Europa als das des freien Marktes und somit der Stärksten möglich. „Ein anderer Weg, schwierig und vielleicht inaktuell: der Weg eines Europa, das nicht ein Instrument der Teilung, sondern der Einheit [ist], das nicht von den privaten Interessen geleitet ist, sondern orientiert und geführt, um die rückständigen Gebiete zu beleben“. Es brauche eine Politik des Gemeinsamen Marktes, die sich am Gemeinwohl orientiere.<sup>437</sup> Eine Gemeinwohlorientierung war den europäischen Verträgen zwar fremd, nicht jedoch die Mitbestimmung durch den einzurichtenden Wirtschafts- und Sozialausschuss. Hier waren von den italienischen Gewerkschaften die CISL und UIL beteiligt, nicht jedoch die kommunistische CGIL. Mit ihren Forderungen nach einer größeren Mitbestimmung konnten sie sich allerdings nicht durchsetzen.<sup>438</sup>

Auch in der Frage der Zollpolitik wurde bei den Verhandlungen zwischen den Regierungsdelegationen erst mühsam ein Kompromiss gefunden. Innerhalb der italienischen Delegation war umstritten, wie schnell angesichts der rückständigen Landwirtschaft in der Agrarpolitik ein Gemeinsamer Markt hergestellt werden sollte. Die italienische Delegation legte großen Wert auf die schnelle Umsetzung der vier Freiheiten, wobei vor allem die Freizügigkeit der Arbeitskräfte die Arbeitslosigkeit reduzieren sollte. Ähnlich den französischen Vorstellungen vertrat die italienische Regierung ein eher interventionistisches System der Wirtschaftspolitik, während die Bundesrepublik eine freie Marktordnung verfochte. Italien ließ sich in einem Zusatzprotokoll zusichern, dass der Vanoni-Plan mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar sei. Ferner war die Einrichtung des Sozialfonds und der Investitionsbank einer der Hauptforderungen der italienischen Delegation. Die anderen Delegationen fürchteten eine Konzentration auf die süditalienischen Gebiete. Daher sollten nur strukturelle

---

<sup>434</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 320 f. Das Argument der Mitgestaltung, die aufgrund der zweiten industriellen Revolution notwendig sei, wird auch bei den Schlussworten Nennis auf dem Parteitag deutlich. Protokoll des Parteitages 1957. S. 293 ff.

<sup>435</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 322.

<sup>436</sup> Scirocco, *Politique d'abord*. S. 236 ff. Besonders S. 239.

<sup>437</sup> Zitiert bei Cruciani, *L'Europa delle sinistre*. S. 181.

<sup>438</sup> Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 130 f.

Schwierigkeiten und keine saisonal- oder konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit von dem Sozialfonds berücksichtigt werden.<sup>439</sup>

Entgegen der deutschen und der niederländischen Position stimmte die italienische Delegation relativ schnell den französischen und belgischen Forderungen nach dem Einbezug der überseeischen Gebiete zu, forderte dafür aber Sonderregelungen für die Einfuhr aus Somalia und Libyen. Man war bereit, nach der Erfüllung des Vanoni-Plans geringfügig in den Investitionsfonds für die überseeischen Gebiete zu investieren. Dennoch blieben Ängste vor zu starker Konkurrenz bei Agrarprodukten durch die überseeischen Gebiete. Italien lehnte den Versuch einer Freihandelszone alleine ab, wollte allerdings Großbritannien einbeziehen. Ohne dieses erschien Europa nicht vollständig erfasst. So kam es im Frühjahr 1957 zu zahlreichen Gesprächen. Da aber Großbritannien die Landwirtschaft in eventuelle Vereinbarungen nicht einbeziehen wollte, Italien aber eine alleinige Beschränkung auf Industriegüter nicht akzeptieren wollte, blieben diese Annäherungsversuche erfolglos. Im Bereich der Euratom gab es weniger Probleme.<sup>440</sup> Obwohl die Euratom bei weitem nicht so im Fokus wie die EWG stand, stellte Italien einen der drei Weisen für die Euratom, die die Weiterentwicklung der nuklearen Märkte begutachten sollten. Die italienische Regierung drängte die anderen Regierungen gerade in Hinblick auf das Schicksal der EVG auf eine schnelle Ratifikation der Verträge.<sup>441</sup>

Die Diskussion um die Europäischen Verträge gewann in der DC an Fahrt. Die *Direzione* beschäftigte sich im Januar 1957 mit den Ergebnissen der Brüsseler Beratungen. Dem folgte am 4. und 5. Februar ein *Consiglio nazionale* zur Thematik, der in der christdemokratischen Fraktion im Senat vorbereitet wurde und Schwachpunkte des Vertrags offen legte.<sup>442</sup> Fanfani betonte auf der Sitzung, dass es sich bei den beiden zu schaffenden Organisationen um die wichtigste Entscheidung nach der Gründung der NATO handle. Daher müsse die Entscheidung der DC das Resultat einer „langen Untersuchung“ und nicht „einer einfachen Schwärmerei“ sein. Der kommende *Consiglio nazionale* müsse sich mit den institutionellen Fragen der Supranationalität, der Anzahl der europäischen Versammlungen - und wie diese zu wählen seien - befassen.<sup>443</sup> Unterschiedliche Redner betonten, dass sich die Zahl der

<sup>439</sup> Thomas, Die Europa-Politik Italiens. S. 132-134.

<sup>440</sup> Thomas, Die Europa-Politik Italiens. S. 135 f.

<sup>441</sup> Thomas, Die Europa-Politik Italiens. S. 137 f.

<sup>442</sup> Das Protokoll der Sitzung vom 31.1.1957 wurde am 25.5.2010 auf [www.archivionline.senato.it](http://www.archivionline.senato.it) abgerufen. Es befindet sich im Besitz des Istituto Luigi Sturzo, Bestand der parlamentarischen Gruppe des Senats. Protokolle 56-58, S. 42 ff. Gugliemone betonte, dass die Erklärung von Messina „*chiaramente ispirata alle tesi sostenute in anni ormai lontani dal nostro indimenticabile Alcide De Gasperi*“ gewesen sei. Auch das Aktionskomitee Monnets habe einen entscheidenden Beitrag geleistet, wobei Fanfani sich hier besonders aktiv gezeigt habe. Ebd. S. 51. Dies geht aus dem Bestand Fanfanis im Archiv des Senats und auch aus den Beständen im AdsD jedoch nicht hervor. Dennoch findet sich auch ein Brief des Vorsitzenden der parlamentarischen Gruppe der MRP in Paris, Robert Lecourt, vom 17.2.57 an Fanfani, in der dieser ebenfalls den Einsatz Fanfanis im Komitee lobt. ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Fanfani. Sc. 81. fasc. 3. Gugliemone beschrieb in seinem Referat die üblichen Argumente für eine europäische Zusammenarbeit. Ausgehend von der Wichtigkeit der Energiefrage für ein zukünftiges Wirtschaftswachstum und der Feststellung, dass das „Kleine Europa“ hier noch Nachholbedarf habe, schloss er auf eine europäische Einigung in diesem Bereich. Dabei spielte eine mögliche militärische Verwendung keine Rolle. Er stellte jedoch fest, dass es gerade in Frankreich und in der Bundesrepublik große Widerstände gebe. Daher sei eine strikte italienische Unterstützung umso wichtiger. Protokoll vom 31.1.57. S.51-61.

<sup>443</sup> Ebd. S. 44.

parlamentarischen Versammlungen nicht vervielfachen dürfe. Die Versammlungen der EGKS und der Euratom müssten zusammengelegt und echte supranationale Kompetenzen bekommen. Nach Battista werde Großbritannien niemals an diesem Europa teilnehmen, sondern eigene Abkommen mit den neuen Organisationen abschließen.<sup>444</sup>

Auf dem *Consiglio nazionale* kristallisierte sich die Einstellung der DC zu den Verträgen heraus. Der zuständige Staatssekretär Folchi verortete die aktuell verhandelten Europäischen Verträge in eine konsistente italienische Außenpolitik seit De Gasperi. Er trug die üblichen Argumente für die Europäische Integration vor, wobei er unterschiedliche Reden De Gasperis zitierte. Der Gemeinsame Markt sei notwendig, um den übertriebenen Nationalismus der Zwischenkriegszeit zu überwinden. Neben den Kriegen habe die nationale Verengung für einen Rückfall der industriellen Produktion im Vergleich zu den anderen Regionen in der Welt geführt. Folchis Ausführungen wären wohl noch weitgefasser gewesen, wäre sein Referat nicht durch die Direktion unter Fanfani zusammengestrichen worden.

Nachdem sich Folchi im ersten Drittel seines Vortrages den politischen und historischen Grundlagen gewidmet hatte, kam er auf wirtschaftliche Argumente für einen Gemeinsamen Markt und für die Euratom zu sprechen. Technische und wirtschaftliche Weiterentwicklung, wie in Kernenergie und Luftfahrt, seien nur in größeren Gemeinschaften zu erreichen. Die Gemeinschaft solle erst durch eine Zollunion eingeleitet und dann sukzessive die vier Freiheiten erfüllt werden. Mit der zunehmenden Konkurrenz ergebe sich aber die Gretchenfrage der Kontrolle der Monopole, der Kartelle und staatlicher Eingriffe. Nach Folchi waren Monopole eine „unvermeidliche Konsequenz des technischen Fortschritts“. Auf europäischer Ebene bedürfe es aber einer antimonopolistischen Politik, um Missbrauch vorzubeugen. Ebenso seien staatliche Hilfen verboten, die die Konkurrenz verfälschten, wobei jedoch Hilfen für Regionen ausgeschlossen seien, sofern diese Hilfen der Entwicklung dienen und nicht dem „gemeinsamen Interesse“ entgegenstehen würden. Positiv hob er hervor, dass obwohl Italien 60 Millionen Dollar weniger als Deutschland und Frankreich in die gemeinsamen Fonds einzahle, es die gleiche Stimmzahl im Investitionsfonds und in der Investitionsbank habe.

Folchi kritisierte in seiner ursprünglichen, aber gestrichenen Fassung eine zu geringe Supranationalität der EWG, was an der unreifen Zeit nach der EVG liege. Als weiteres Problem sprach er die Beziehungen zu Großbritannien an, um schlussendlich noch einmal zu betonen, dass die europäische Einigung auch vom Papst immer wieder gefordert worden sei und die italienische Regierung entscheidend zur *relance européen* beigetragen habe.<sup>445</sup>

In den folgenden Beiträgen wurden unterschiedliche Kritikpunkte an dem Vertrag laut. So kritisierte Del Bo Frankreich für dessen Forderung nach der Beschränkung der Zirkulation der Arbeitnehmer und des langen Übergangszeitraums für die Einwanderung italienischer Arbeiter. Während Mendes France die Angst vor tausenden, arbeitslosen Italienern in Frankreich schüre, schwärme er „uns“ die Möglichkeiten der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Stahlindustrie vor. Die französische Sozialpolitik zeige Abschottungstendenzen, weshalb die Kommission eine geeignete Position einnehmen müsse, um den Vertrag richtig und schnell erfüllen zu können. Es bleibe aber die Hoffnung, mit der EWG und der Euratom dem Ziel einer politischen Einheit Europas näher zu kommen, „die einem

<sup>444</sup> Ebd. S. 45 ff.

<sup>445</sup> Vortrag Folchi vom 4.2.57. ALS, Fondo DC. Consiglio nazionale, Sc. 25, fasc. 45. Eben hier finden sich auch die herausgestrichenen Abschnitte.

allgemeinen und überwiegenden Interesse“ diene, „dem Interesse der internationalen Sicherheit“.

Auch die folgenden Redner äußerten Sorgen bezüglich des Gemeinsamen Marktes: Gefährdung der italienischen Industrie und besonders des *Mezzogiorno*, Niedergang der italienischen Landwirtschaft, wobei das Vorgehen, zuerst die Zollunion einzuführen und dann die Arbeitnehmerfreizügigkeit zuzulassen, Italien schade. Es wurde Angst vor dem Einbezug der französischen Überseegebiete in den Agrarmarkt geäußert, zumal auch in den anderen Ländern der Agrarmarkt national geschützt werde. Ferner seien nationale Pläne für die Investitionen in den Schlüsselindustrien notwendig, um den wirtschaftlichen Fortschritt voranzutreiben. Vom Staatssekretär Sabatini kam die Kritik, dass die Vertreter der italienischen Regierung auf europäischer Ebene besser abstimmen müssten, denn insbesondere die Bundesrepublik betreibe hier eine konsistentere Politik in den Ministerräten.<sup>446</sup> Ferrari Aggradi sah sich folglich gezwungen, angesichts der Monita auf die politische Bedeutung der Verträge hinzudeuten. *„Politicamente è un fatto importante, soprattutto come scelta politica, che noi facciamo verso l'Europa. Dal punto di vista concreto, tecnico, sono soltanto degli strumenti.“* Er wisse auch, dass es keine perfekten Verträge geben könne und daher die optimale Nutzung der gegebenen Vorgaben unabdingbar sei. Er stellte fest, dass die EWG mit der Erschließung neuer wirtschaftlicher Gebiete genau die gleichen Ziele wie der *Piano Vanoni* verfolge.<sup>447</sup> Er widersprach vor allem Sullo, der von der Regierung gefordert habe, nach denjenigen Dingen zu unterscheiden, die Italien mehr oder weniger helfen würden. *„L'Europa, io rispondo, non si fa con delle contrattazioni.“*<sup>448</sup> Damit übertrieb er jedoch die Aussagen Sullos, der ein politisch geeintes Europa als Fernziel ausgegeben und für den Gemeinsamen Markt eine „starke Direktion“ gefordert hatte. Zur Überzeugung der öffentlichen Meinung müsse auf möglichst viele Ausnahmen verzichtet werden.<sup>449</sup>

Pella forderte die Versammlung auf, die europäische Integration schnell voranzutreiben und den Ratifikationsprozess einzuleiten. Der Zeitraum nach der Suezkrise sei besonders geeignet, da in anderen Nationen – ohne eine explizit nennen zu wollen – nationalistische Argumente weniger stark dominierten als mittlerweile wieder üblich. Er sei ein absoluter Befürworter der europäischen Integration. So hätten ihn politische Gründe seinerzeit trotz wirtschaftlicher Bedenken dazu bewogen, die EGKS mitzutragen.<sup>450</sup>

Nach Pella war die Diskussion, ob erst ein politisches oder ein wirtschaftliches Europa geschaffen werden solle, nicht sinnvoll, denn der Gemeinsame Markt stelle ohne Zweifel einen wichtigen politischen Schritt dar. Viel eher würden sich für Italien Probleme ergeben, wenn erst ein politisches Europa geschaffen würde und dann ein wirtschaftliches Europa, denn aktuell habe man bei den Verhandlungen ein höheres Gewicht. Gleichzeitig könne man die europäische Einigung nicht mit der Einigung in den USA vergleichen, denn die Bedingungen seien in Europa durch die stärkere nationalstaatliche Entwicklung der Teilnehmer schwieriger.<sup>451</sup>

<sup>446</sup> Ebd. Siehe die Beiträge von Del Bo, Guglielmo, Sullo sowie insbesondere bezogen auf die Probleme Süditaliens und der Landwirtschaft Signorello.

<sup>447</sup> ALS, Fondo DC. Consiglio nazionale, Sc. 25, fasc. 45. Beitrag Ferrari Aggradis vom 5.2.1957. S. 1-3.

<sup>448</sup> Ebd. S. 5.

<sup>449</sup> ALS, Fondo DC. Consiglio nazionale, Sc. 25, fasc. 45. Rede Sullos vom 4.2.57. S. 70-81.

<sup>450</sup> Ebd. S. 82-85.

<sup>451</sup> Ebd. S. 86-88.



Pella forderte starke europäische Institutionen mit einer zusammengelegten parlamentarischen Versammlung.<sup>452</sup> Schlussendlich betonte er die Bedeutung der italienischen Politik für die europäische Integration. Die europäische Christdemokratie und hier besonders die italienische seien für die europäische Integration von entscheidender Bedeutung und hätten demzufolge eine besondere Verantwortung. „*Se l'Europa si costruisce e se questa Europa sarà un'Europa democratica ed occidentale, sarà per lo sforzo dei partiti democristiani europei. E noi siamo veramente le forze che possono costruire questa Europa. Se noi non la vogliamo, questa Europa non si costruirà.*” Wenn man nicht handele, dann werde Europa von anderen politischen Gruppierungen geschaffen. „*Quando noi sappiamo che arriveremo a una Europa cattolica e cristiana (anche se non abbiamo nessun interesse a dirlo a priori). Sarà chiaro che questa Europa l'abbiamo costruita noi.*”<sup>453</sup>

Mario Scelba sprach sich für den Einbezug der überseeischen Gebiete aus, um den sowjetischen Einfluss einzudämmen. Hierfür seien dann auch wirtschaftliche Opfer hinnehmbar.<sup>454</sup> Viel wichtiger als die immer wieder vorgebrachte Strukturfrage sei die Verbreitung einer „generellen Vision“, „*uscendo dal nostro provincialismo nazionale per affrontare i problemi in termini molto più ampi.*“<sup>455</sup>

Scelba lobte, dass Fanfani die Partei vor der Unterzeichnung einbeziehe, denn der *Consiglio nazionale* müsse einmal mehr „*la coerenza di una linea politica che rappresenta la caratterizzazione della Democrazia Cristiana e che si riallaccia più profondamente al pensiero cattolico*“ aufzeigen. Hierzu gehöre der Aufbau eines geeinten Europa, in dem Italien bereits so kurz nach dem autoritären Regime dank De Gasperi und seinen Mitstreitern mitarbeite. Letztlich sei die EVG gescheitert, weil man mit der Verteidigungspolitik eine Einigung im schwierigsten Politikfeld versucht habe. Dieser Bereich sei psychologisch höchst problematisch. Ideen müssten aber mit „*metodo e costanza*“ verfolgt werden, „*...stiamo preparando una unione che deve durare per i secoli!*“<sup>456</sup>

Jeder Schritt Richtung einer Vereinigung müsse folglich unterstützt werden. Die wirtschaftlichen Fortschritte hinderten nicht, sondern förderten die politische Einheit – wie die Überwindung der deutsch-französischen Vorsätze gezeigt habe.<sup>457</sup> Die europäische Idee müsse in Italien verbreitet werden und stärke letztendlich auch die Demokratie in Italien und somit den Frieden. Bisher habe man leider die falschen Themen in den Vordergrund gestellt, doch bei Europa werde klar, dass die politischen Gegner dieses bisher abgelehnt hätten „*e per questo stesso motivo hanno poco da offrire al popolo italiano. Solo dalla conversione potrà nascere uno spirito nuovo per contribuire alla soluzione dei nuovi problemi. Ma finora non hanno dato nessun contributo e per questo stesso non sono in grado di offrire qualcosa.*“<sup>458</sup>

<sup>452</sup> Ebd. S. 92 f.

<sup>453</sup> Ebd. S. 94. Die Ausführungen zu der besonderen Verantwortung der christlichen Parteien in Europa findet sich auf S. 99 f.

<sup>454</sup> Ebd. Protokoll vom 4.2. S. 107-109.

<sup>455</sup> Ebd. S. 111.

<sup>456</sup> Ebd. S. 112 f.

<sup>457</sup> Ebd. S. 114 f. Dies stand ganz im Zeichen der neuen außenpolitischen Richtung, die Fanfani im Zuge der Suezkrise formuliert hatte, wonach Italien stärker eine vermittelnde Rolle für den Westen im Nahen Osten spielen könnte. Vgl. Galante, *The Italian Christian Democratic and Communist Parties*. S. 421 f.

<sup>458</sup> ALS, Fondo DC. Consiglio nazionale, Sc. 25, fasc. 45. S. 116.

Schlussendlich fasste Fanfani die Diskussion und die Einstellung der DC in den kommenden Monaten passend zusammen, indem er trotz aller Kritik eine „*vocazione europeistica*“ in der DC ausmachte. Natürlich dürfe man die Schwierigkeiten nicht verschweigen. Gegenüber Scelba brachte er vor allem zum Ausdruck, dass die EWG keinesfalls dazu führen dürfe, dass man in die Kolonialpolitik Frankreichs verwickelt werde.<sup>459</sup> Die Schwierigkeiten müssten überwunden werden, um die Ziele „der Freiheit, der Sicherheit, des Friedens, des größeren *benessere*“ zu erreichen. Daher werde man als DC beiden Verträgen zustimmen müssen, denn: „Die Grenzen unserer Forderungen ergeben sich auch aus unserem Willen Europa zu wollen. Die europäische Einigung verlangt einen Preis, und einer der Preise ist, zumindest jetzt, auf gewisse Perfektionen zu verzichten“. Natürlich wolle auch er den Beitritt Großbritanniens und Skandinaviens, doch dürfe man sich keiner falschen Hoffnungen hingeben. Ein solcher Beitritt dürfe vor allem nicht mit einer Schwächung der Institutionen wie der des Parlaments einhergehen.<sup>460</sup>

Die europäische Prosperität werde gegen die Aggression der Sowjetunion helfen und könne in die christdemokratischen Bemühungen in Europa und Italien eingereiht werden, Europa vor dem Kommunismus zu bewahren. Aber: „*Penso che convenga fare ogni sforzo per far capire a tutti gli europei, e a tutti noi stessi e agli altri, che questa unità europea non è inserimento nel castello di tipo medievale, come avvenne per il famoso castello carolingio; ma è il tentativo per vedere compiersi l'unità europea; non è una forma neutralista, ma è un ponte gettato fra tutti coloro che intendono liberarsi dalla soggezione e dalla tentazione sovietica.*“<sup>461</sup> Man müsse auf der ganzen Welt der sowjetischen Agitation entgegen wirken – auch im Mittelmeer und wie die USA im Nahen Osten.<sup>462</sup> Neben der Bedeutung für die Sicherheitspolitik waren für Fanfani die Verträge die Verwirklichung der „*socialità in campo internazionale*“ und bestätigten die Sichtweise, wonach der Plan von Vanoni gut mit den europäischen Verträgen in Einklang zu bringen sei.<sup>463</sup>

Im Vorfeld des *Consiglio nazionale* hatten sich die beiden Fraktionen mit den Verträgen beschäftigt. Auch hier hatte Fanfani laut einem Artikel des *Popolo* Schwierigkeiten angesprochen, aber ebenfalls mit der politischen Bedeutung der Verträge beiseite gewischt. Auch der Artikel zählte die Probleme nur auf, thematisierte sie aber keineswegs eingehend. Die „*tappe importanti di quella costruzione della unità europea*“ als Teil der Außenpolitik der DC wurden herausgestellt. Alle Argumente wurden nach diesem Ziel hin ausgerichtet. So wurde in einem kleineren Artikel von Gronchis Kritik an zu vieler Parlamentarischer Versammlungen berichtet. Sie stellten „*ostacoli all'azione unitaria*“ dar.<sup>464</sup> Gleichzeitig wurde die Nominierung der neuen Delegierten zur Gemeinsamen Versammlung der EGKS

<sup>459</sup> Vgl. Marucci, Fanfani, S. 76.

<sup>460</sup> ALS, Fondo DC. Consiglio nazionale, Sc. 25, fasc. 45. Rede Fanfanis vom 5.2.57. S. 89-112. Insbesondere S. 95-100.

<sup>461</sup> Ebd. S. 108 f.

<sup>462</sup> Ebd. S. 109 f.

<sup>463</sup> Ebd. S. 110-112.

<sup>464</sup> Siehe die Artikel „I gruppi parlamentari della DC esaminano i problemi dell'Euratom e del mercato comune“ sowie „Dichiarazioni di Gronchi sulla politica europeista“, in: *Il Popolo* vom 1.2.1957. S. 1. Eine genauere Ausführung zu den aktuellen Problemen der Verhandlungen in Brüssel erfolgte am 2.2.57 in dem Artikel „Nuova riunione al Viminale per il mercato comune e l'Euratom“. Hierbei wurde der Außenminister Martino zitiert, der bei den abschließenden Verhandlungen in Brüssel Italien vertrat und die letzten verbliebenen Probleme anschnitt. *Il Popolo* vom 2.2.57, Seite 1.

durch den Senat thematisiert. Man sei erfreut, dass man es geschafft habe, die extreme Linke hier zu verhindern, die durch einen Trick in der Satzung versucht hätten, beteiligt zu werden.<sup>465</sup> Der Ausschluss der Linken von den Delegationen der europäischen Versammlungen war von der Gründung der Versammlungen an von den Regierungsparteien praktiziert worden und sollte auch in den kommenden Jahren weiter fortgesetzt werden.<sup>466</sup>

Bei den Römischen Verträgen konnte sich die DC bei der grundsätzlichen Forderung nach einer internationalen Kooperation der Unterstützung durch die Gewerkschaft der CISL gewiss sein, die die Lösung großer wirtschaftlicher und sozialer Probleme mittels der europäischen Integration vorsah. Die CISL forderte eine direkte Beteiligung bei den Verhandlungen, wurde von der Regierung aber ferngehalten. Die CISL beteiligte sich aber am Aktionskomitee Monnets und propagierte werbewirksam die Idee der europäischen Einigung.

Innerhalb der Verträge trat die CISL maßgeblich für eine starke supranationale Autorität ein. Dies war ein Monitum an den Römischen Verträgen, die grundsätzlich als Schritt zu einer politischen Einheit begrüßt wurden, für die auch negative Folgen auf sich zu nehmen seien. Daher wurden konkrete Schutzmaßnahmen und Mitsprache für die Arbeiter gefordert, wobei die europäischen Gewerkschaften die Entwicklungen zu kontrollieren hätten. Die Liste der Mängel der Verträge war so lang, dass man die Verträge letztendlich mit wenig Enthusiasmus unterstützte: Die Kommission war zu schwach und zu stark von den nationalen Regierungen abhängig. Der Agrarmarkt könne negative Auswirkungen auf die italienische Landwirtschaft haben. Ferner böten die Verträge zu geringe Kompetenzen, um einen nationalen Dirigismus zu überwinden. Überhaupt gab es große Zweifel an dem Zeitrahmen und der Durchsetzbarkeit der wirtschaftlichen Integration. Als Kompensation forderte die Gewerkschaft die italienische Regierung auf, auf nationaler Ebene Maßnahmen zu ergreifen. Die Regierung wollte daraufhin den CISL-Vorsitzenden Pastore als Kommissar nominieren, doch dieser lehnte letztendlich ab.<sup>467</sup>

Gerade gegen jene supranationalen Strukturen hatte sich die Industrie ja über Jahre hinweg ausgesprochen, akzeptierte diese aber nun angesichts großer Vorteile, die man sich von den Verträgen erhoffte. Die Industriellen beeinflussten die Verhandlungen der italienischen Delegation auf administrativer Ebene. Insgesamt überwog der Optimismus über die wirtschaftlichen Möglichkeiten.<sup>468</sup> Die *Confindustria* strich die politische Bedeutung der Verträge gerade im Kampf gegen den Kommunismus heraus. In den kommenden Jahren wurde die europäische Integration als Druckmittel für notwendig erachtete Reformen gegenüber der Regierung benutzt. Auch die *Coldiretti* in der DC fassten die Einbeziehung der Landwirtschaft als Chance für die Modernisierung der eigenen Landwirtschaft auf, was mit Forderungen an die Regierung nach Unterstützung in der verstärkten Konkurrenzsituation verbunden wurde.<sup>469</sup>

---

<sup>465</sup> Siehe den Artikel „I membri della CECA eletti a palazzo Madama“. Ebd. Der *Avanti* schrieb hierzu am 1.2.57 einen kleinen Artikel auf der Titelseite mit dem Titel: Eletti dal Senato i rappresentanti alla CECA. Untertitel: Per protesta contro l'esclusione della minoranza le sinistre non partecipano alle votazioni.

<sup>466</sup> Siehe für den gesamten Zeitraum Corciulo, *rappresentanti italiani*.

<sup>467</sup> Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 196-199. Verbreitung der europäischen Idee: S. 197 f. Unterstützung und Monita der Römischen Verträge S. 198 f. Forderungen auf nationaler Ebene: S. 199.

<sup>468</sup> Vgl. Petrini, *Il liberismo*. S. 289-296.

<sup>469</sup> Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 205 f sowie S. 207-209.

Der Vertrag selbst kam mit der Investitionsbank, der Einrichtung des Sozialfonds, der vorgesehenen Freizügigkeit des Kapitals und der Personen den italienischen Interessen durchaus entgegen, auch wenn diese Artikel keineswegs an prominenter Stelle des Vertrages standen. In den kommenden Jahren musste sich aber erst zeigen, wie die vage formulierten Artikel mit Leben gefüllt werden sollten. Vor allem die finanziellen Transfers konnten dabei zu einem Stolperstein werden, bedeuteten sie doch die Transferierung von den „fünf Reichen“ zum ärmeren Italien.<sup>470</sup> Neben den Industriellen unterstützten auch die organisierten Katholiken die Verträge, wenn auch weniger enthusiastisch als die vorherigen Projekte. Die europäische Einigung sollte dabei zur Lösung nationaler Probleme, die nur international gelöst werden konnten, wie der Arbeitslosigkeit und der Energieversorgung dienen. Darüber hinaus wurde Europa immer noch als Verteidigungsgemeinschaft christlicher Werte gegen den Sozialismus und den Atheismus aufgefasst. Kritik kam hingegen von Strömungen, die eher eine politische denn eine wirtschaftliche Einheit forderten.<sup>471</sup>

Der Vatikan unterstützte und begrüßte mit Privataudienzen von Staatsmännern, Radiobotschaften und im *Osservatore Romano* die einzelnen europäischen Schritte. Kritischer hingegen war die *Civiltà Cattolica*, die zwar die Schritte begrüßte, oftmals aber als nicht weitgehend genug kritisierte.<sup>472</sup> Der Papst selbst schwankte zwischen der Ablehnung der rein materialistischen Einigung der EWG und den Forderungen nach einem geeinten Europa auf einer gemeinsamen Wertebasis.<sup>473</sup>

Bei der Debatte im Senat im Februar 57 pochten Redner der DC darauf, die EWG und die Euratom mit ausreichenden Entscheidungsbefugnissen einzusetzen und eine parlamentarische Versammlung mit großer Entscheidungsbefugnis zu schaffen. Ziel war eine politische Integration mit einem verstärkt supranationalen Charakter. Während die Kommunisten die Verträge vollkommen ablehnten, kritisierten die Sozialisten vor allem die Euratom aufgrund ihrer möglichen militärischen Nutzung. Ferner wurde die Informationspolitik der Regierung gerügt, die eine eingehende Beratung unmöglich gemacht habe.<sup>474</sup> Der maßgeblich von den christdemokratischen Föderalisten getragene Antrag im Senat stellte trotz aller ausgewiesenen intergouvernementalen Elemente heraus, dass der Vertrag bereits Anlagen für ein stärker supranational ausgelegtes Europa enthalte.<sup>475</sup> Bei der Probeabstimmung stimmten die Parteien des *centrismo* zu, die Kommunisten stimmten gegen die Verträge, während sich Rechte und Sozialisten der Stimme enthielten, was als Gefahr für die Ratifikation gewertet wurde. Die Verträge wurden im Kabinett so gut wie gar nicht diskutiert, sondern waren zuvor schon von den betreffenden Ressorts besprochen worden und wurden ohne Probleme vom Kabinett gebilligt. Bei der Unterzeichnung der Verträge wurde hinlänglich auf die Kontinuität zur Politik De Gasperis und Sforzas hingewiesen. Ausdruck dieser Zuweisung war das Zeremoniell, was am Grabmal De Gasperis in der Basilika *San Lorenzo fuori le mura* veranstaltet wurde.<sup>476</sup>

<sup>470</sup> So die Formulierung bei Ballini, Varsori, *europeismo pragmatico*. S. 236 f.

<sup>471</sup> Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 215-217.

<sup>472</sup> Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 210-214 sowie S. 217 f.

<sup>473</sup> Vgl. Hörner, *Der Vatikan und die Neuordnung Europas*. S. 350 ff.

<sup>474</sup> Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 140.

<sup>475</sup> Vgl. Cruciani, *L'Europa delle sinistre*. S. 181-183.

<sup>476</sup> Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 141 ff.

Im *Popolo* wurden die Verträge begrüßt, obwohl es doch zahlreiche Kritikpunkte gab. So mahnten nicht zuletzt Vertreter des Föderalismus einen „*eupeismo*“ mit einem „*carattere organico*“ an, der zu einer politischen Einheit führen müsse, und eben nicht die Schaffung der sechsten und siebten europäischen Organisation innerhalb von zehn Jahren.<sup>477</sup> Gonella sah eine wirtschaftliche und gleichzeitige politische Integration angesichts der Erfahrungen des 20. Jahrhunderts als notwendig an. Föderale Integration bei gleichzeitigem Respekt der Freiheit der einzelnen Staaten, hieß sein Credo. Rechtsphilosophisch kontraktualistisch schlussfolgerte er, dass eine Integration und die zwischenstaatliche Solidarität überhaupt erst die Voraussetzung für die Freiheit der einzelnen Staaten sein würde, was in dem Abschluss gipfelte: „*L’istituzione integratrice permetterà allo Stato di uscire dal suo isolamento, combatterà l’assurdo principio della sovranità illimitata...*“<sup>478</sup> Trotz der Kritikpunkte, die ja keineswegs bis zur Vertragsunterzeichnung aus der Welt geschafft wurden, veranstaltete die DC am 31.3.1957 im gesamten Land *comizi*. Die Öffentliche Meinung müsse über die Vorteile der Verträge in Kenntnis gesetzt, denn: „*...è necessario che il popolo sappia quali innovazioni strutturali anche, nella nostra economia, si avranno per elevare il potenziale economico del continente e in conseguenza del nostro Paese, per alleviare la disoccupazione e diminuire le zone di depressione, per sconsentire maggiori consumi e in definitiva un maggior benessere generale.*“ Für die *comizi* reisten wichtige Politiker der DC in die jeweiligen Provinzen.<sup>479</sup> Die Unterzeichnung der Verträge wurde von Seiten der SPES der DC groß in Szene gesetzt. Dabei sollten, ähnlich wie bei der Kampagne gegen die Niederschlagung des Ungarnaufstandes, in ganz Italien Veranstaltungen stattfinden, die folgende Themen berücksichtigen sollten:

“– *situazione geografico-storico-economica dei Paesi dell’Europa Occidentale (Italia, Francia, Germania, Belgio, Olanda, Lussemburgo) che suggerisce, anzi impone, il loro mettersi in comune; tentativi effettuati nei secoli fino ai tempi più recenti per realizzare tale unificazione.*

- *L’idea europeista così come è stata affermata da De Gasperi, il suo sviluppo (CECA), la sua crisi (CED) e il suo rilancio*

- *I trattati per l’Euratom e il Mercato comune, la loro preparazione, la loro realtà e le loro prospettive.*“<sup>480</sup>

Anlässlich der Römischen Verträge erschien eine Sonderausgabe der *Civitas*. Der Leitartikel Tavianis sprach, wie sollte es anders sein, vom Erbe De Gasperis und der Vermittlung der italienischen Delegation zwischen Deutschland und Frankreich. Nun gelte es auch in Zukunft, den Vertrag richtig anzuwenden, denn die WEU biete zwar Sicherheit und Solidarität, sei aber kein Instrument zur Weiterentwicklung der europäischen Einigung. Die EWG brauche mehr Supranationalität und politische Verantwortung. Italiens Stellung müsse sich

<sup>477</sup> So Gonella in der *Società nuova* am 24.2.1957. Abgedruckt in Gonella, spirito. S. 106 f.

<sup>478</sup> Vortrag Gonellas in Rom vor dem *Istituto internazionale per l’unificazione del diritto privato* vom 4.4.57. Abgedruckt in ebd. S. 108-112. Zitat auf S. 112.

<sup>479</sup> Siehe den Artikel “Mercato Comune ed Euratom nei comizi odierni della D.C.“, im *Il Popolo* vom 31.3.1957. Seite 1. Hier finden sich die Veranstaltungen der Hauptorte, auf Seite 2 weitere weniger wichtige Veranstaltungen.

<sup>480</sup> ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Fanfani. Sc. 48, fasc. 57. Siehe hierzu auch den Brief des Vorsitzenden der SPES, Magri, an die Provinzen vom 25.3.57, in der dieser die Verteilung von Flugblättern zum Gemeinsamen Markt, allgemein zur Einheit Europas und zur Ungarnkrise empfahl. Ebd.

angesichts dessen Wirtschaftskraft verbessern. Da eine europäische Einigung nur im atlantischen Rahmen sicher sei, müssten Forderungen nach Neutralität oder eines Europa als drittem Machtfaktor abgewiesen werden. Taviani merkte an, dass in den anderen Staaten, anders als in Italien, Überlegenheitskomplexe gegenüber den USA verbreitet seien.<sup>481</sup> Was die Grenzen Europas betraf, so entschied sich Taviani eindeutig für eine kleineuropäische Lösung. „*Resta, peraltro, sempre valido che, sia essa a sei o a sette, l'area europea, su cui il processo unificatorio può essere condotto, dovrà pur sempre essere limitata. Ancor oggi, come già cinque anni orsono, possiamo dire che la cosiddetta 'piccola Europa' è la sola Europa politicamente possibile nel quadro del mondo libero. Chi, criticando l'Europa dei sei, propugna l'Europa dei quindici, in realtà non vuole l'Europa.*“ Europa solle dabei nicht die Nationalstaaten ablösen, sondern müsse eine „*unione delle patrie nazionali*“ mit gemeinsamen kulturellen Wurzeln sein.<sup>482</sup> Die Beteiligung an den europäischen Verträgen wurde dabei von den Autoren der Zeitschrift auch als Mittel zur Modernisierung verkauft, wobei Italien trotz seiner Nähe zu Afrika eindeutig nach Norden verortet wurde - in jene Gesellschaften, die die Moderne begründet hätten.<sup>483</sup>

Auch die UIL und die Sozialdemokraten feierten die Verträge als Sternstunde und Meilenstein der europäischen Integration. Insbesondere die Europaaktivisten um Zagari und seiner Zeitschrift *Sinistra Europea* unterstützten das Projekt, warnten aber insbesondere vor einem unvorbereiteten Eintreten Italiens in die EWG. Die sozialdemokratische Linke bot dabei viele Überschneidungspunkte mit den Reformern in der PSI um Lombardi.<sup>484</sup>

Die Kampagne für die Europäischen Verträge wurde jedoch durch die Regierungskrise im Frühjahr 1957 unterbrochen, die durch den Rückzug sozialdemokratischer Minister entstand und an deren Ende Zoli neuer Ministerpräsident wurde. Der linke *corrente* der PSDI hatte die Zustimmung zur Regierung Segni anlässlich der seit Jahren verhandelten Agrargesetzgebung verweigert. Eine Regierungsbeteiligung lehnte sie auf einem Treffen in Mailand mit der Begründung ab, dass diese eine Gefährdung für die sozialistische Wiedervereinigung sei. Nach internen Überlegungen, wer in welchem Ressort verbleiben könnte, erklärten die Sozialdemokraten im Mai 57 ihren Rückzug aus der Regierung.<sup>485</sup> Nun war Pella Außenminister, der stets ein Verfechter der Europa- und Atlantikpolitik De Gasperis gewesen war und somit ein Stück außenpolitische Kontinuität darstellte.<sup>486</sup> Die neue Regierung Zoli, eine Einparteienregierung, stellte den Versuch eines *neocentrismo* dar, der sich in der Außenpolitik im *neoatlantismo* niederschlug. Mit diesem neuen Begriff versuchte Pella eine Politik zu begründen, die die NATO wieder verstärkt in den Vordergrund rückte und anknüpfend an De Gasperi eine Vertiefung des Bündnisses gemäß Artikel 2 des Vertrages forderte. Alles mit dem Ziel, als zuverlässiger Partner der USA zu erscheinen und die Lücke Großbritanniens und Frankreichs im Mittelmeer und Nahen Osten schließen zu können.<sup>487</sup>

<sup>481</sup> Thomas, Die Europa-Politik Italiens. S. 171.

<sup>482</sup> Ebd. S. 171 f.

<sup>483</sup> Ebd. S. 171.

<sup>484</sup> Formigoni, I sindacati italiani. S. 34 f.

<sup>485</sup> Malgeri, transizione. S. 81 f.

<sup>486</sup> Thomas, Die Europa-Politik Italiens. S. 146. Vgl. ebenso Malgeri, transizione. S. 83-93.

<sup>487</sup> Vgl. Gualtieri, Roberto: Il sistema politico italiano e il sistema internazionale, in: Ballini, Pier-Luigi u.a. (Hg.): Le istituzioni repubblicane dal centrismo al centro-sinistra (1953-1968). Rom 2006. S. 293-308. Hier: S. 300 f.

Fanfani selbst hatte auf dem *Consiglio nazionale* von Vallombrosa erklärt, dass die Sozialistische Internationale durch eine Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien versuche, eine sozialistische Alternative in Italien aufzubauen. Doch dies berge die kommunistische Gefahr in sich, der mit der Regierung des *neocentrismo* begegnet wurde.<sup>488</sup> Dazu zählte nach dem Leiter der SPES die Ratifikation der Römischen Verträge zum Abschluss der Legislatur durch die Regierung Zoli.<sup>489</sup> Die europäische Integration, eingebettet in die westliche Allianz, war das propagierte außenpolitische Ziel der DC – gerade angesichts der Ereignisse im Ostblock, wie Fanfani vor der NEI in Arezzo im April 1957 darlegte.<sup>490</sup> Fanfani versuchte Adenauer zu beruhigen, der in einem Brief seine Beunruhigung über die Entwicklungen in Italien geäußert hatte. Er bestätigte die gemeinsamen Ziele Europas und der freien Welt. Die DC werde dafür eintreten, dass sich die Politik der neuen Regierung nicht ändere: die kommende Regierung werde weiterhin „*considerare la comune politica di solidarietà occidentale e di unità europea [come un] cardine fondamentale della sua azione*“.<sup>491</sup>

Wenig verwunderlich war, dass auch die PSDI die Vorteile der Römischen Verträge in den Vordergrund stellte.<sup>492</sup> Kaum Unterschiede gab es zu den Christdemokraten in der Interpretation, die Verträge als ersten Schritt zu einer weiteren politischen Einigung zu sehen, obwohl man hier stärker als Vertreter der DC die Kolonialpolitik Frankreichs kritisierte.<sup>493</sup> Stärker als bei den Christdemokraten wurden indes soziale Forderungen mit der europäischen Einigung verknüpft, was ein Anknüpfungspunkt an die Forderungen der Sozialisten sein konnte.<sup>494</sup> In der PSDI blieb das Ziel einer Vereinigung mit den Sozialisten latent –<sup>495</sup> trotz des Scheiterns der Verhandlungen und bissigen Bemerkungen zum Ausgang des Parteitags durch die *La Giustizia*.<sup>496</sup> Dabei unterstützte Romita Saragat, weil erstens ein weiteres „nach-rechts-Driften“ der Sozialdemokraten vermieden und zweitens weiter klar gestellt werden sollte, dass die Zeiten des *centrismo* vorüber waren und somit die Zeit für eine von den Christdemokraten unabhängige Politik gekommen war.<sup>497</sup> Dies bedeutete in der Außenpolitik keineswegs das Ende der atlantischen Orientierung, jedoch aber die Forderung der Linken in der PSDI nach Entspannungsbemühungen Richtung Osten – forciert durch eine stärkere „europäische Position“ im Bündnis.

<sup>488</sup> Malgeri, Francesco.: Cambiamenti sociali e mutamenti politici: il partito di maggioranza, in: Ballini, Pier-Luigi u.a. (Hg.): *Le istituzioni repubblicane dal centrismo al centro-sinistra (1953-1968)*. Rom 2006. S. 334-350. Hier: S. 342 f.

<sup>489</sup> ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Fanfani. Sc. 48, fasc. 57.

<sup>490</sup> Kopie der Rede in: Archivio del Senato, Fondo Fanfani. busta 106, fasc. 24.

<sup>491</sup> Archivio del Senato, Fondo Fanfani. Attività politica. Busta 106. Fasc. 20.

<sup>492</sup> Siehe die *La Giustizia* vom 22.2.57, Titelseite: „Favorevole accoglienza in Italia agli accordi sul Mercato comune“

<sup>493</sup> Kommentar von Basilio Cialdea, Basilio „Per una effettiva Unione europea“. *La Giustizia* vom 23.2.57. S. 1.

<sup>494</sup> Vgl. zum Beispiel Zagari, Mario: *L'ora dell'Europa*. In: *Sinistra Europea* 20/21 (1957) S. 1 f.

<sup>495</sup> Siehe die Artikel „Il congresso del P.S.I ha costituito un passo avanti ma non il definitivo sulla via dell'unità dei socialisti“ und „La pervicace Alleanza tra P.S.I e comunisti rischia di spingere il Paese in braccio alle destre“ vom 24.2.57 und 3.3.57 in der *La Giustizia*.

<sup>496</sup> Siehe zum Beispiel die *La Giustizia* vom 14.2.57 „Accesi contrasti fra le correnti del P.S.I. per la formazione della nuova Direzione“.

<sup>497</sup> Fornaro, Romita. S. 221 f.

Verteidigungspolitisch begrüßte die PSI jeden Versuch einer Entspannung. So lobte sie zum Beispiel im März 57 den Plan Gaitskells für eine neutrale Zone in Europa.<sup>498</sup> Ebenso wusste man Ollenhauers Äußerungen zu loben, zumal Adenauer weiterhin eine beliebte Angriffsfläche blieb.<sup>499</sup> Dabei wandte man sich in mehreren Artikeln gegen eine eventuelle atomare Bewaffnung der europäischen Mächte.<sup>500</sup> Daher blieb die Forderung einer friedlichen Ausrichtung der Euratom in den Aussagen der PSI zentral – auch, weil man hiermit Europäismus und Atlantismus besser voneinander trennen konnte.<sup>501</sup> Die friedliche Zusammenarbeit im atomaren Bereich erschien angesichts der technischen Entwicklungen lohnend und war anders als die wirtschaftliche oder noch stärker die militärische Kooperation kaum ideologisch aufzuladen.<sup>502</sup>

Der wichtigste kritische Beitrag wurde von Fernando Vasetti im April 57 in der *Politica Socialista* geliefert. Hier ging es allgemein um die Europapolitik und im Besonderen um die Euratom. Hauptkritikpunkte waren, dass der Vertrag doch stark von den ersten Forderungen des Monnet-Komitees abweiche, da unterschiedliche Interessen bei der Formulierung des Textes mitgewirkt hätten. Die friedliche Verpflichtung sei nicht mehr so eindeutig wie zu Anfang erhofft, womit die kriegerische Verwendung des spaltbaren Materials möglich sei. Darüber hinaus sei die Aufgabe des eigentlich revolutionären Ansatzes, nämlich der gemeinsamen Kontrolle der Grundstoffe, merklich eingeengt worden, zumal der supranationale Charakter der Behörde stark beschnitten sei. Vasetti warf Teilen des sozialistischen Lagers vor, einer „arglosen Annahme“ zu verfallen, wonach die neue Atomindustrie vollkommen neu aufgebaut werde und damit die alten Bindungen und Interessen, die die alten industriellen Kreise binden würden, noch nicht stark ausgeprägt sein könnten. Dies sei falsch, denn starke finanzielle Interessen seien bei der neuen Energiequelle durchaus am Werk.<sup>503</sup> Ausdruck der noch unklaren Position zwischen Annahme und Ablehnung der Römischen Verträge war die Presseerklärung der PSI-Fraktion in der *Camera* vom 22.5.57, kurz nachdem noch im *Comitato Centrale* und im Vorstand der PSI zwischen den Befürwortern um Nenni und Lombardi und den Vertretern der Linken gerungen worden war.<sup>504</sup> In der Erklärung hieß es: *“L'esame del Trattato dell'Euratom fornisce, nei confronti del Trattato del Mercato Comune, un'impressione simmetrica, ma capovolta: in quello, certi inconvenienti, incerti i vantaggi: in questo, certi i vantaggi, incerti gli inconvenienti.”*<sup>505</sup>

Vor allem die Euratom erschien technisch geboten, falls sie friedlich ausgerichtet sei. Diese allgemein positive Einstellung wurde von Lombardi in der *Camera* vertreten. Er sprach von neuen Technologien, Kräften und Perspektiven. Der Beitritt zur Euratom diene hauptsächlich dem Aufholen von Versäumnis in der Energiefrage, die für die Wirtschaft so wichtig sei. Hier warf Lombardi der Regierung vor, in der Vergangenheit zu wenig inves-

<sup>498</sup> Avanti vom 20.3.57. S.1. “Un piano dei laburisti per la sicurezza in Europa”. Avanti vom 2.7.57. S. 1. “Ovest ed Est per coesistere debbono cooperare.”

<sup>499</sup> Avanti vom 24.5.57. S. 6. “Un piano di Ollenhauer per la sicurezza europea”. Zu Adenauers Wahlsieg schrieb der Avanti vom 17.9.57: “Il successo del Cancelliere di Bonn desta nuove preoccupazioni in Europa.” Ebd. S. 1.

<sup>500</sup> Avanti vom 5.5.57. S. 1. “Un arsenale atomico verrebbe creato in Europa.”

<sup>501</sup> Siehe Scirocco, *Politique d'abord*. S. 254.

<sup>502</sup> Vgl. Cruciani, *L'Europa delle sinistre*. S. 106-109.

<sup>503</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 323 f.

<sup>504</sup> Scirocco, *Politique d'abord*. S. 257 f.

<sup>505</sup> Archivio Lelio Basso. Fondo Basso. Serie XX, Busta 5 (im Inventario steht busta 4). Fasc. 7. sottofasc. 4.



tiert zu haben und dass der Beitritt zum „europäischen Pool“ alleine nicht reiche. Auch nationale Anstrengungen seien angebracht, um den Rückstand der nationalen Forschungen wett zu machen. Lombardi merkte an, dass die Euratom eine Möglichkeit sei, vom „*grande rivenditore americano*“ unabhängiger zu werden, ohne sich von neuen Lobbys abhängig zu machen.<sup>506</sup> Lombardi suchte bereits die Nähe zu den Europaaktivisten. So redete er auf der Tagung der MSEUE vom Mai 1957 in Mailand zusammen mit Gironella und La Malfa, wobei er die Pläne des Gemeinsamen Markts zwar als unangemessen bezeichnete, eine europäische Einigung aber als möglichen Ansatzpunkt für eine langsame Transformation des kapitalistischen Systems ansah. Die Artikel wurden in der *Sinistra Europea* abgedruckt.<sup>507</sup>

Die sich langsam entwickelnde Einstellung zur EWG zum Jahreswechsel 56/57 und im Frühjahr 1957 hatte ihre ersten Auswirkungen in einem offiziellen Dokument des Vorstandes vom 23.3.57. Hier wurden die drei Bedingungen genannt, die für eine Zustimmung unerlässlich seien: eine garantierte demokratische Kontrolle, der Schutz italienischer Interessen sowie der Ausschluss jeglicher kolonialer Verbindungen. Amaduzzi präziserte die Kritikpunkte Mitte April in der *Politica Socialista*. Der Vertrag sei eine ungeordnete Ansammlung unzähliger Kompromisse; die Gemeinschaft könne durch zu viele Ausnahmen in ihrer Entwicklung stark gehindert werden; die italienische Industrie würde bei In-Kraft-Treten einen erhöhten Kapitalbedarf haben, der den aktuellen noch verschärfen würde. Ferner fehlten konkrete Bestimmungen über die Umsetzung der Arbeitnehmerfreiheit, so dass die Förderung der italienischen Emigration noch keinesfalls sicher sei und die Gemeinschaft werde an die Überseegebiete gebunden, die jedoch weiterhin nur von der Politik der jeweiligen Kolonialmacht abhängen würden. Schlimmer noch wog die mangelnde demokratische Kontrolle. Die Perspektive eines Parlaments auf der Basis allgemeiner, direkter Wahlen war zu langfristig und die Rechte des Sozial- und Wirtschaftsausschusses waren zu gering, als dass hiermit die erhofften Kompetenzen den Gewerkschaften und die Forderungen nach einem breiten Rückhalt in der Bevölkerung garantiert werden konnten. Zur Klärung einer Haltung zu den Verträgen wurde eine Dreier-Kommission mit Lombardi, Basso und Vecchietti gebildet.<sup>508</sup> Die Besetzung mit Exponenten der unterschiedlichen *correnti* bedeutete von Beginn an, dass ein Kompromiss gesucht werden sollte. Ergebnis war ein Papier des *Comitato Centrale*, der der europäischen Integration gegenüber positiv eingestellt war und in dem die Gegenargumente des linken Flügels kleingeredet wurden.

Hauptpunkt der Argumentation war, dass man zu einer echten europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gelangen könne, die in der Lage sei, die nationalen Pläne der wirtschaftlichen Planung wirksam miteinander abzustimmen und somit einen „*piano economico di sviluppo collettivo*“ ermögliche, der die europäischen Unterschiede nivelliere. Negativ wurden die Überlegungen der Zollunion gesehen, die die strukturellen Unterschiede verstärkte. Als positiv wurde hingegen befunden, dass sich die wirtschaftliche Einheit zu einer politischen Ei-

<sup>506</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 324.

<sup>507</sup> Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 191. Lombardis Position war dabei nahe an der Einstellung der Gewerkschaft UIL. Sie forderte die politische Einheit Europas, wobei die Römischen Verträge zwar begrüßt wurden, sie aber noch verbessert werden müssten, da sie kartellisch seien und den Monopolisten dienen. Das endgültige Ziel der UIL war ein „Europa der dritten Kraft“. Ebd. S. 199 f. Siehe *sinistra europea* 22 (1957).

<sup>508</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 325.

nigung weiterentwickeln könne. Hier zeigt sich, dass die Sozialisten nun eine demokratische Kontrolle der kapitalistischen, freien Wirtschaft für möglich erachteten.

Es müsse klargestellt werden, ob es sich vornehmlich um eine Zollunion oder um eine Wirtschaftsgemeinschaft handele. Geradezu salomonisch stellte man fest, dass es sich um eine Zwischenform handele, die Zollunion aber gute Entwicklungsansätze für einen koordinierte Planung der europäischen Volkswirtschaften enthalte. Man beschloss „*una valutazione positiva non del trattato in sé, ma della dinamica economica e politica che esso comporta*.“<sup>509</sup>

Der Bericht wies die drei Hauptargumente gegen die EWG zurück: demnach sei sie kein Instrument des Kalten Krieges, sondern sei eine Überwindung der EVG in seiner militärischen und auch amerikanischen Ausrichtung. Zweitens würde die EWG einen ohnehin unaufhaltbaren Prozess der industriellen Erneuerung nur beschleunigen und die italienische Wirtschaft modernisieren. Drittens hielt der Bericht fest, dass der Gemeinsame Markt nicht so sehr den großen nationalen und internationalen Monopolen helfe, sondern den Arbeitnehmern die Möglichkeit schaffe, aus ihren nationalen Grenzen auszubrechen und international ihre Interessen zu vertreten.<sup>510</sup>

Dies war ein entscheidender Unterschied zu der Einschätzung der PCI, die in dem Vertragswerk vor allem eine Unterstützung der internationalen Kartelle und Monopole sah. Auf der entscheidenden Sitzung des *Comitato Centrale* vom 17-19.7.57 traten jedoch auch die Gegensätze in der PSI zu Tage.<sup>511</sup> Hier brach ein Streit über die parlamentarische Taktik los, wobei jedoch der Hintergrund des Streits in den unterschiedlichen Meinungen zu den Verträgen selbst zu sehen war. Lombardi und Basso lobten die Möglichkeiten der technischen Weiterentwicklung und den Vorteilen durch die EWG. Beide Befürworter sahen im technischen Fortschritt auch Chancen für einen sozialen Fortschritt. Dem stellte sich der linke *corrente* entgegen. Sie erkannte zwar Chancen, sah sie aber weniger stark ausgeprägt an. Einigkeit bestand hingegen darin, dass die europäische Ebene neue Möglichkeiten und die Verpflichtung habe, dort die Interessen der Arbeiter nun grenzüberschreitend besser zu vertreten. Die *autonomisti* um Lombardi sahen hierin einen Beitrag, stärkere Beziehungen zu den westlichen Sozialdemokraten aufnehmen zu können, während die Linke der PSI Beziehungen zur gesamteuropäischen Linken forderte.

Die endgültige Resolution unterschied sich dann stark von den anfangs gehaltenen Referaten. Man stimme den Verträgen zu, doch müssten die Bestimmungen zum Schutz der Arbeiter und die Garantien für eine demokratische Kontrolle in den Verträgen verbessert werden. Ferner sprachen sich die Sozialisten gegen eine „Vermischung“ mit Nationen aus, die noch immer eine koloniale Politik betrieben. In Anlehnung an die Kritik der Kommunisten kritisierte auch die PSI die Gefahr, dass die EWG in die Hände der großen Monopolisten falle. Die Erklärung bezweifelte, ob die EWG wirklich einen „radikalen Bruch mit der Politik“ darstelle, die „die Spaltung Europas und der Welt in zwei Blöcke und den Kalten Krieg provoziert hat“. Die Sozialisten wollten aber keinen Versuch zurückweisen, der den

<sup>509</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 326. Siehe hierzu auch den Artikel Riccardo Lombardis im *Avanti* vom 26.2.57, S. 1: *Il mercato comune: una speranza e due illusioni*. Hier warnte Lombardi vor den Illusionen, einen autarken europäischen Raum aufbauen zu können und diesen nur als Zollunion zu schaffen, denn die liberale Ära sei längst vergangen.

<sup>510</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 326 f.

<sup>511</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 327.

italienischen und europäischen Arbeitern Möglichkeiten eröffne, die Macht den aktuellen herrschenden Schichten aus der Hand zu nehmen und den technischen in einen sozialen Fortschritt zu verwandeln. Schlussendlich empfahl der *Comitato Centrale* die Enthaltung, weil man grundsätzlich gegenüber „einer Realisierung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft positiv“ eingestellt sei, „negativ allerdings den konkreten Inhalt des Vertrages“ bewerte. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen, obwohl Luzzatto und Panzieri vorschlugen, gegen den Vertrag zu stimmen. Das bedeute aber keine „*opposizione pregiudiziale alle forme di integrazione economica ma impegno di un'attiva partecipazione critica, per un'integrazione economica in termini di democrazia e di progresso.*“

Dies zeigte einerseits, wie wenig geschlossen die linke Opposition innerhalb der PSI war, zeigte doch die Diskussion und die Mehrheitsbildung große Differenzen zum erst wenige Monate zuvor stattgefundenen Kongress von Venedig auf. Felisini erklärt dies mit einer unterschiedlichen Taktik von Seiten der Linken, die sich in moderate (Vecchietti und Valori) und Hardliner (Lussu, Panzieri, Libertini) gespalten hatten. Bei Vecchietti spielte darüber hinaus seine persönliche Mitarbeit in dem Dreier-Gremium hinein, die ihn band und innerhalb der Diskussion an zu harter Kritik zurückschrecken ließ. Die Enthaltung stellte einen innerparteilichen Kompromiss dar.<sup>512</sup> Ein Kompromiss, der auch mühsam in der CGIL zwischen Kommunisten und Sozialisten gefunden wurde, in dem grundsätzlich eine internationale Kooperation gutgeheißen wurde, die Römischen Verträge aber konkret als Versuche der Verhinderung nationaler Produktionsveränderungen, als ungenügender Schutz vor Monopolen und Kartellen und als keineswegs neuen internationalen Arbeitsmarkt, als Isolierung der Sechs und als Unterstützung der französischen Kolonialpolitik abgelehnt wurde. Dennoch beschrieb sie grundsätzliche Anforderungen an einen gewollten Europäismus. Diese waren die gleiche Vertretung aller Gewerkschaften in den europäischen Gremien, der nationale Schutz unterentwickelter Gebiete, die Koordinierung der Sozial- und Arbeitspolitik, die Teilhabe der Gewerkschaften an einer supranationalen Sozialpolitik. Schlussendlich sprach die Resolution vom Sommer 57 von der Mitbestimmung im europäischen Rahmen.<sup>513</sup>

Weniger stark waren die Verträge in der DC umstritten. Stattdessen sorgte man sich auf dem *Consiglio nazionale* im Sommer um die eigene Machtposition und die allgemeine Entwicklung in Europa, wie Fanfani ausführte. Demnach war der Sturz der Regierung Segni Teil einer europäischen Entwicklung, die bereits seit fünf Jahren andauere. Demnach seien die sozialdemokratischen Parteien in Europa aktiver und koordinierten sich mittels der Internationalen. Im September ständen in der Bundesrepublik Wahlen an und daher sei es kein Wunder, wenn die französischen und britischen Sozialisten versuchten, Einfluss auf eine gemeinsame Position von PSI und PSDI zu üben. In Italien würde bekanntlich im kommenden Jahr gewählt werden, sodass Europa bereits 1958 sozialistisch dominiert sein könne. Daher sei es nicht verwunderlich, wenn die Sozialisten das europäische Projekt, eine christdemokratische Forderung, aufgreifen würden, um ihre Ziele durchzusetzen. Ebenso wolle man auch in Großbritannien an die Macht, „*eliminando, grazie a governi di identica ispirazione, i temuti conflitti di interessi fra l'Europa continentale unificata e il Commonwealth.*“ Dies habe große Auswirkungen auf den Ost-West-Konflikt, setze doch die Sowjet-

<sup>512</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 328-330. Ebenso Scirocco, *Politique d'abord*. S. 258-260.

<sup>513</sup> Formigoni, *I sindacati italiani*. S. 33 f.

union darauf, erst den christdemokratischen Einfluss zu mindern und dann zuzuschlagen. Während die sozialistischen Parteien Europas noch in der Suezkrise gespalten gewesen seien, übe nun die Internationale großen Druck auf die PSDI zur Wiedervereinigung aus, was deren Ausscheiden aus der Regierung und das Eintreten Saragats für das neue Wahlgesetz erkläre. Die Ungarnkrise habe diesen Prozess begünstigt, doch mit dem Kongress von Venedig habe sich die PSI wieder einmal der PCI zugewandt.<sup>514</sup>

Während diese Analyse von den meisten Teilnehmern geteilt wurde, unterschieden sich die Schlussfolgerungen teilweise diametral. Nach Fanfani müsse sich die PSDI mit der PSI „*su basi di vera democrazia e di sostanziale autonomia dal comunismo*“ vereinigen.<sup>515</sup> Damit vollzog Fanfani eine langsame Änderung seiner Strategie gegenüber der PSI, von einer vorsichtig beobachtenden Haltung hin zu einer möglichen Kooperation.<sup>516</sup>

Del Bo stellte fest, dass die alte Rollenzuweisung in der Außenpolitik nicht mehr funktioniere und selbst die italienischen Sozialdemokraten nicht mehr richtig eingeschätzt werden könnten. Für die Wahl reiche eine einfache Gegenüberstellung von Kommunismus und Antikommunismus nicht aus. Der zuständige Ausschuss müsse stattdessen Instrumente der „*persuasione e di propaganda*“ finden. Man könne nicht alles auf die internationale Situation zurückführen. Man müsse endgültig feststellen, dass weder ein Klima der Furcht noch eine aktuelle Kriegsgefahr bestehe. Folglich müsse der Frieden als Folge der DC-Politik dargestellt werden. Endlich aber sei es gelungen, die PSI von der PCI in einer wichtigen außenpolitischen Frage zu trennen.<sup>517</sup>

Nach Pella kämpften in Europa die beiden großen politischen Bewegungen, die Christdemokratie und der Sozialismus, um die politische Macht. Beide verfolgten die gleichen Ziele - *una vocazione di giustizia, una vocazione comune per un migliore benessere di tutte le classi, per tutti gli uomini* -, aber mit unterschiedlichen Mitteln: „*per noi tutti questo deve arrivare da una interpretazione solidaristica ispirata da concetti di giustizia e di carità, che sono connessi al nostro messaggio bimilionario.*“ Der Sozialismus baue hingegen auf die klassischen marxistischen Theorien auf.<sup>518</sup> Pella führte sein Konzept des Neatlantismus aus, der an die Politik De Gasperis anknüpfte und die NATO nach der militärischen Phase ausbauen wollte. Es ginge um eine enge Konsultation zur Abstimmung der Politiken, wie der Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der NATO.<sup>519</sup> Er betonte die Bedeutung der Abrüstung und welchen Beitrag die NATO hierzu zu leisten bereit sei, wobei er einerseits die Bedeutung der atomaren Bewaffnung für die Sicherheit in den zurückliegenden Jahren herausstrich, andererseits aber auch die Bemühungen im Rahmen der UNO und die italienische Mitarbeit an diesen lobte. Auch wenn man die bilateralen Gespräche zwischen den USA und der Sowjetunion begrüße, bestehe man auf einer engen Absprache im Rahmen des Atlantischen Rates.<sup>520</sup> Der Europäismus müsse sich wiederum in die NATO einfügen, auch dann, wenn man den Europäern ein größeres Gewicht in der atlantischen Gemeinschaft ver-

<sup>514</sup> ALS, Fondo DC. Consiglio nazionale, Sc. 26, fasc. 46. Referat von Fanfani am 13.7.57. S. 1-6.

<sup>515</sup> Ebd. S. 8. Letzte Ausführung auf S. 10.

<sup>516</sup> Vgl. Malgeri, *transizione*. S. 99 ff.

<sup>517</sup> Protokoll zum *intervento* Del Bos. Zum ersten Satz siehe S. 3, danach S. 11-13. In: ALS, Fondo DC. Consiglio nazionale, Sc. 26, fasc. 46.

<sup>518</sup> Protokoll zum *intervento* Pellas, erster Teil, S. 3. In: ALS, Fondo DC. Consiglio nazionale, Sc. 26, fasc. 46.

<sup>519</sup> Ebd. S. 3 f.

<sup>520</sup> Ebd. S. 5 ff.

leihen wolle. Italien müsse sich zwar auf den neuen Gemeinsamen Markt einstellen, doch dürfe dies nicht zum „Nationalismus“ führen, den die Gewerkschaften mit ihrem Protektionismus betreiben würden. Stattdessen müsse die Freizügigkeit der Arbeitnehmer schnell erreicht werden.<sup>521</sup> Eine Wirtschaftspolitik der Mitte abseits von liberalen und dirigistischen Dogmen sei gefragt.<sup>522</sup>

Kritik an der Position Fanfanis äußerte indes Scelba. Fanfanis Vorstellung, die internationale Entwicklung von den Versuchen der Sozialistischen Internationalen zu trennen, müsse scheitern. Man könne auf keinen Fall akzeptieren, wenn Europa sozialistisch geprägt werde, sei dies doch der absolute Gegensatz zum christdemokratischen Europa.<sup>523</sup> Der Aufstieg der sozialistischen und der sozialdemokratischen Parteien sei eine Antwort auf den Rückzug der liberalen Parteien. Es gebe keinen europäischen Sozialismus, sondern nur sozialistische Parteien in den einzelnen Ländern, die sich stark voneinander unterscheiden würden. Gerade deswegen dürfe die DC die Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Parteien nicht unterstützen oder indirekt fördern. Je mehr sich eine sozialistische Partei von ihren marxistischen Wurzeln entfernt habe, um so einfacher sei eine Zusammenarbeit.<sup>524</sup> Aber: *„Il socialismo nenniano è il più ancorato al marxismo, è l'unico fra i partiti socialisti europei che ha confuso la propria politica con quella del partito comunista, la nostra opposizione ad ogni apertura verso il socialismo nenniano è stata decisa e ferma. E proprio tale posizione del partito socialista italiano ha legittimato la politica di solidarietà democratica limitata agli attuali partiti del centro democratico.“*<sup>525</sup>

Im Eigenlob konstatierte er, dass die DC das Antlitz Italiens innerhalb von zehn Jahren mit Hilfe des *centrismo* verändert habe. Durch den Nordatlantikpakt habe man die Ausdehnung des Kommunismus verhindert. Dies habe die Basis für die Einigung Europas gelegt, die die „wirklich große demokratische Revolution der Moderne“ und die Alternative zur Einigung im Namen des Kommunismus darstelle, nachdem man in der Koalition mit der PCI und der PSI die Grundlagen des Staates gelegt habe.<sup>526</sup> Am folgenden Tag widersprachen vor allem Malfatti und Storti den Thesen Scelbas. Tambroni schlug eher versöhnliche Töne an,<sup>527</sup> während vor allem Andreotti das Hohe Lied des *centrismo* sang.<sup>528</sup>

Die Parteien des *centrismo* traten bei der Debatte der *Camera* für die Verträge ein, wobei die Liberalen vor allem mit marktwirtschaftlichen Argumenten die Verträge verteidigten, die Republikaner durch La Malfa aber auch Staatsinterventionen befürworteten.<sup>529</sup> Die Hauptdebatte fand jedoch zwischen Lombardi von der PSI und Pajetta von der PCI statt. Es wurden die ersten außenpolitischen Verträge, bei denen ein Bruch zwischen den Sozialisten und Kommunisten offensichtlich wurde.<sup>530</sup> Nach Lombardi unterschieden sich die EWG

<sup>521</sup> Ebd. 9 f. Zitat S. 10.

<sup>522</sup> Ebd. S. 10 f. Zitat S. 11.

<sup>523</sup> ALS, Fondo DC. Consiglio nazionale, Sc. 26, fasc. 46. sottofasc. 1. Protokoll Scelba, erster Teil S. 1 f.

<sup>524</sup> Ebd., S. 2-4.

<sup>525</sup> Ebd. S. 5.

<sup>526</sup> ALS, Fondo DC. Consiglio nazionale, Sc. 26, fasc. 46. sottofasc. 1. Protokoll Scelba. S. 4 f. des zweiten Teils des Protokolls.

<sup>527</sup> ALS, Fondo DC. Consiglio nazionale, Sc. 26, fasc. 46. sottofasc. 1. Protokolle.

<sup>528</sup> Vgl. Malgeri, *transizione*. S. 103.

<sup>529</sup> Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 147. Zur genauen Argumentation der DC, PSDI und PSI siehe die Zusammenfassung der Debatte.

<sup>530</sup> Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 148.

und die ehemalige EVG dem Geiste nach vollkommen. Die Enthaltung der PSI sei ein Zeichen für die Wachsamkeit, mit der man die Umsetzung und Anwendung der Verträge beobachten werde. Daher sei das Votum keine Zustimmung für die Politik des *centrismo*, sondern der Beginn des 15-jährigen Kampfes für die europäischen Arbeiter, die mit der Anwendung des Vertrages beginnen würden.<sup>531</sup> Die PSI vertrat in der *Camera* keine konsistente Position, wie an den Reden Pieraccinis und Bassos deutlich wurde. Sie kritisierten die EWG stärker als Lombardi, wobei Basso marxistisch argumentierte, wonach der Vertrag vorhandene Gleichgewichte aufheben könne. Pieraccini betonte die grundsätzliche Notwendigkeit, nationale Grenzen in der Wirtschaft für die Arbeiterklasse zu überwinden. Durch diese neue internationale Situation müsse vor allem der *Piano Vanoni* neu ausgerichtet werden.<sup>532</sup> Der Streit zwischen den Kommunisten und den Sozialisten spiegelte sich dabei auch in der ihr nahe stehenden Gewerkschaft, der CGIL wieder, die bei der Motanunion und der EVG noch eindeutig die Position der PSI und PCI bezogen hatte.<sup>533</sup> Sie ließ die unklare Position der PSI noch stärker pro-integrationsfreundlich erscheinen.

Matteotti konstatierte für die Sozialdemokraten, dass die Verträge eben kein „kapitalistischer Plan“ seien, da in den Gemeinsamen Markt große nationalisierte Bereiche wie die französische Stahlindustrie eintreten würden. Ein weiteres Indiz sei die Zustimmung der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften Europas, die fast die gesamten europäischen Arbeiter vertreten würden. Zusammen mit dem *Piano Vanoni* könne der gemeinsame europäische Markt zur wirtschaftlichen Entwicklung Italiens beitragen. Europa erschien als geeignete Ebene, für eine sozialere Politik einzutreten. Matteotti betonte, dass die EWG keineswegs das Erbe der EVG antrete, sondern ein Schritt zur politischen Einheit Europas sei. Erstaunliche Unterschiede zur der Einschätzung auch anderer europäischer sozialdemokratischer Parteien ergab sich bei der Bewertung möglicher Auswirkungen der französischen Kolonialpolitik. Demnach sei der alte Kolonialismus überholt. Nun würde Frankreich in die Überseegebiete investieren, was beiden Seiten nutze. Ein Befund, der umso stärker gelte, da die Sowjetunion ihre abhängigen Gebiete nur ausbeute.<sup>534</sup>

Pella hob als Außenminister die wirtschaftlichen Vorteile durch die EWG hervor. In erster Linie würde eine Zollunion entstehen, die aber nicht reiche, sondern zu einer wirtschaftlichen Einheit entwickelt werden müsse. Dies sei das Hauptziel der italienischen Regierung in den kommenden Jahren. Um dies zu erreichen müssten in Europa die „Fiskalpolitik, die Sozial- und Geldpolitik, [...] die Agrarpolitik und die Verkehrspolitik“ harmonisiert werden. Ein Ziel müsse „*il massimo di socialità, rispettando il massimo di libertà*“ sein. „*Quando parliamo di linea di politica economica, parliamo in realtà di tre diversi concetti: la linea di politica economica interna ad ogni paese, la linea di politica economica interna alla comunità, e infine la linea di politica economica armonizzata che deve stare a cavallo tra le linee di politica economica dei singoli paesi e quella della comunità. [...] Nel pensiero del governo la realizzazione del mercato comune è vista in una linea di politica econo-*

<sup>531</sup> Rede Lombardis vor der *Camera* vom 22.7.57. Atti parlamentari. S. 34225-34241

<sup>532</sup> Panzieriers Rede: Ebd. S. 34529-34537 sowie Bassos auf S. 34789-34796. Siehe ebenso dessen Artikel „Dopo il voto“ im *Avanti* vom 1.8.1957.

<sup>533</sup> Thomas, Die Europa-Politik Italiens. S. 194 ff.

<sup>534</sup> Atti parlamentari. S. 34477-34484. Insbesondere S. 34477 f. und S. 34481 f.

*mica fedele alla realizzazione dello Schema di sviluppo del compianto onorevole Vanoni.*<sup>535</sup>

Während das italienische Parlament am 30.7.57 mit klarer Mehrheit die Verträge ratifizierte, kritisierten die italienischen Föderalisten die Verträge auf das heftigste. Neben der Forderung nach stärkeren Parlamentsrechten hatte ihrer Argumentation nach eine politische vor einer wirtschaftlichen Integration zu erfolgen.<sup>536</sup> Die Euratom wurde angesichts des Energiehungers parteiübergreifend als Notwendigkeit erkannt, obwohl gerade hier große Konflikte mit der Industrie ausgefochten werden mussten. Ausdruck dieses Energiehungers waren nicht zuletzt die Versuche Enrico Matteis im Nahen Osten, namentlich im Iran im Jahr 1957, besondere Bedingungen für die Öllieferungen nach Italien auszuhandeln.<sup>537</sup>

Die DC verbuchte die Annahme der Verträge als Erfolg. Sie thematisierte die EWG in ihrer Wandzeitung *La Finestra* und plakatierte diese im gesamten Land.<sup>538</sup> Auch Pietro Nenni sah die Schaffung der europäischen Verträge positiv und forderte eine weitergehende politische Integration, um nicht zuletzt Europa aus einer rein liberal-wirtschaftlichen Ideologie heraus zu einer politischen Union zu entwickeln. Es gehe bei einer Mitwirkung darum, „*di allargare i confini della lotta di classe ai limiti delle nuove organizzazioni economiche e politiche per farle avanzare nel senso e nel segno del socialismo.*“<sup>539</sup> Die positivere Haltung großer Teile der PSI zu den neuen Verträgen war einer technikfreundlicheren, fortschrittsoptimistischen Haltung geschuldet, die vor allem De Martino vertrat. Demnach waren die Herausforderungen durch den technischen Fortschritt nicht national begrenzt und irreversibel. Folglich musste die Arbeiterbewegung diese Entwicklung entscheidend mitgestalten, sie demokratisch kontrollieren und die Interessen der Allgemeinheit gegenüber den Interessen der *monopoli, dei cartelli, del grande capitalismo* vertreten. Dies verband De Martino mit der Forderung nach einem Europa der dritten Kraft zwischen den beiden Blöcken. Um die Entspannung zu fördern, müsse die PSI den atlantischen Status, in seiner rigide defensiven Form akzeptieren und gleichzeitig die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa fördern.<sup>540</sup>

#### IV.2.4 Vorboten des Wahlkampfes

Während auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik erste Überschneidungen der DC mit der PSI zu sehen waren, waren bei der Verteidigungspolitik Kontroversen vorprogrammiert. Die PSI hatte diese in der Debatte zu den Römischen Verträgen ausgeblendet. Bei der Haushaltsdebatte im Oktober 57, die sich zwischen den Sozialisten und den Christdemokra-

<sup>535</sup> Atti parlamentari. S. 34765 ff.

<sup>536</sup> Vgl. auch Thomas, Die Europa-Politik Italiens. S. 149 f. Zur Abwendung Spinellis von der Beeinflussung der Regierungen hin zu einem „popolaren Europa“, siehe Graglia, Spinelli. S. 315 ff. Pistone, Federalisti Europei. S. 119 ff.

<sup>537</sup> Woller, Geschichte Italiens. S. 254. Siehe ebenso Russo, Politica estera. S. 50 f.

<sup>538</sup> Brief des *Dirigente* der SPES, Malfatti, vom 2.8.57 über die Wandzeitung *La Finestra* Nr. 30, die sich mit den Verträgen des Gemeinsamen Marktes und der Euratom auseinandersetzen würde, die am 30.7.57 von der *Camera* ratifiziert worden seien. Ebenso wurde ein „opuscoletto illustrativo del valore e dell'importanza dei trattati del Mercato comune e dell'Euratom“ mitgeliefert. ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Fanfani. Sc. 48, fasc. 57.

<sup>539</sup> Nenni, Pietro: Europa economica e politica. *Avanti*, 28.7.1957. S. 1.

<sup>540</sup> Scirocco, De Martino. S. 61.

ten schon wieder kontroverser gestaltete, griffen Vecchiotti, Nenni und Di Filippo die Konzeption Pellas des *neatlantismo* frontal an. Sie beklagten, dass die europäischen Institutionen in einer neuen Blockpolitik eingebunden und somit Europas eigentliche Chance und Aufgabe, die in der Vermittlung zwischen den beiden Großmächten bestehen würde, vollkommen vergessen werde. Die Vertreter der DC indes beharrten darauf, dass Europäismus und Atlantismus eng zusammen gehörten und sich gegenseitig ergänzten.<sup>541</sup> In der Tat war der „Neo-Atlantismus“ Fanfanis ein Versuch, mit direkten Kontakten zu den USA die eigene Position im Bündnis aufzuwerten.<sup>542</sup>

Innerhalb der Sozialdemokraten waren es vor allem die Vertreter der *Iniziativa Socialista*, die in den Entwicklungen in Ungarn und Polen, aber auch durch die zunehmende Stärke der Blockfreien eine neue Politik durchsetzen wollten und sich somit aus dem Denken des Kalten Krieges befreien wollten. Sie sahen sich als die Träger des Europäismus in der Tradition des italienischen Sozialismus an. Hieraus resultierten „neue Aufgaben und neue Verantwortung“ durch neue Beziehungen zu den beiden Hegemonialmächten. Zagari schrieb im August 1957 weiter: „*Uno degli obiettivi quindi fondamentali del movimento socialista internazionale deve essere quello della realizzazione di un diverso sistema di sicurezza capace di liberare dagli ostacoli del passato il movimento che si sta determinando ovunque nel mondo.*“<sup>543</sup> Zagari sah im Wahlsieg Adenauers ein böses konservatives Omen für die weitere Politik in Europa. Die *conservazione in Europa* werde dabei noch von den italienischen und französischen Kommunisten unterstützt, da sie sich noch immer nach Moskau wenden würden. Es sei eine originäre sozialistische Aufgabe, nun Alternativen zur Blockpolitik aufzuzeigen.<sup>544</sup> In der neuen Außenpolitik Italiens sah man weitere Zeichen einer zunehmend konservativeren, sicherheitspolitisch gefährlichen Politik.<sup>545</sup> In der PSDI kam es folglich auf dem Parteitag im Oktober 57 zu erbitterten Diskussionen über die Fortsetzung des Vereinigungskurses mit der PSI. Darüber hinaus erkannte man in den Zwischentönen Unterschiede in der internationalen Ausrichtung der *correnti*. Saragat sprach in seinem Beitrag von den Möglichkeiten, die sich aus der Politik der Koexistenz für den Westen ergeben könne. Sie könne nicht nur weitere Kriege verhindern, sondern auch anderen Völkern die Freiheit bringen. Somit war diese Interpretation grundsätzlich offensiv ausgelegt, während Matteotti in seinem Beitrag für den Parteitag von *rinunce parziali* sprach, um eine Einheit mit der PSI herzustellen. Dies eröffne der Partei eine „neue politische Perspektive“. Hier erschien die neue internationale Situation als geänderte Variable, die auf die PSI wirke und neue Möglichkeiten der Kooperation eröffnete.<sup>546</sup> Hieran sollte die PSDI im kommenden Jahr teilweise zerbrechen. Nach den Wahlen 58 stuften Saragat und große Teile der PSDI die Separation der PSI von der PCI als nicht ausreichend ein, während der linke Flügel um Matteotti und Zagari eine sofortige Vereinigung forderten.<sup>547</sup> Schließlich verließen

<sup>541</sup> Siehe die Debatten vom 10., 11. sowie vom 14. bis 16.10.1957. Die genannten Redner redeten am 11., 15. und am 16.10. Abrufbar über [www.camera.it](http://www.camera.it).

<sup>542</sup> Colarizi, *The Italian Political Parties*. S. 406.

<sup>543</sup> Zagari, *socialismo italiano*. S. 258 f.

<sup>544</sup> Zagari, Mario: *Le nuove condizioni del rilancio europeista*. In: *Sinistra Europea* 25 (1957). S. 1 f.

<sup>545</sup> Ebd. Landolfi, Antonio: *Elezioni tedesche e neo-atlantismo*. S. 17-20.

<sup>546</sup> Avverardi, *i socialisti democratici*. S. 218 sowie S. 244 f.

<sup>547</sup> Siehe Zagari, Mario: *Un programma di unità socialista premessa per l'unità europea*. In: *Sinistra Europea* 26 (1958). S. 1 f.



Letztere die PSDI und traten in den kommenden Jahren fast sämtlich in die PSI ein.<sup>548</sup> Zusammen mit dem Tode Romitas verlor die Partei ihren linken Flügel. In der Außenpolitik und verteidigungspolitisch wurde nun die PSDI stärker denn je von Saragat geprägt. Eine Vereinigung mit der PSI war damit nicht hinfällig, wurde aber unwahrscheinlicher. Saragat konnte sich, trotz finanzieller Unterstützung durch die USA, nur mithilfe eines Bündnisses mit dem rechten Flügel der PSDI um Simonini an der Parteispitze halten. Die Führung war nun homogener, doch blieb das Manko der Partei, schlecht im Land verwurzelt zu sein.<sup>549</sup> Dennoch sollten die Sozialisten international nach Meinung der PSDI nicht mehr isoliert werden. So setzte sich ausgerechnet Simonini, vom SPD-Politiker Kreysing dem „rechtesteten Flügel“ der Saragat-Partei zugeordnet, für die Aufnahme von PSI-Politikern bei einer möglichen Wahl in die Fraktion der Sozialisten in der Gemeinsamen Versammlung auf europäischer Ebene ein. „Er begründete sein Haltung damit, dass trotz des Scheiterns der Einigungsbestrebungen versucht werden müsse, dem Teil der Nenni-Sozialisten, der gegen den pro-kommunistischen Kurs eingestellt sei, Unterstützung zu geben und die Einigung der Sozialisten dadurch zu fördern.“ Durch das Wahlgesetz sei es möglich zu kontrollieren, dass auch wirklich nur antikommunistisch ausgerichtete PSI Politiker entsendet würden.<sup>550</sup>

Fanfani's neue Strategie, mittels Zugehens auf die PSI diese aus den Fängen der PCI zu befreien, führte er auf De Gasperi zurück. Gleichzeitig wurden die neuen Bestrebungen vom Vatikan im *Osservatore* und von der *Civiltà Cattolica* kritisch kommentiert.<sup>551</sup> Die *Civiltà* kritisierte dabei die neue Strategie weitaus stärker als der Vatikan selbst, auch wenn dieser die neuen Entwicklungen keineswegs in den letzten Tagen des Pontifikats von Pius unterstützte. Im Wahlkampf 58 war zwar noch die Unterstützung der DC durch die katholische Kirche präsent, zeigte aber erste Unabhängigkeitsbestrebungen der DC auf.<sup>552</sup> Diese unabhängige Wahlkampfführung ging nicht zuletzt auf eine neue Professionalisierung durch Malfatti zurück, der seit dem 26.7.57 für die SPES verantwortlich war. In dem Wahlkampf kopierte man den Einsatz von Kinowagen, den *cinemobili*, mit denen die CDU 53 und 57 ihre Wähler mobilisiert hatte. Gleichzeitig wurde eine neue Zeitschrift herausgegeben. Auf die *Confindustria* konnte sich die DC nicht mehr verlassen, war doch das Verhältnis von Fanfani zu De Micheli angespannter als es das zwischen De Gasperi und Costa gewesen war.<sup>553</sup>

Die stärkere Auseinandersetzung zwischen DC und Sozialisten fiel mit der Vorbereitung des Wahlkampfes zusammen. Bei den Kommissionen, die in der DC das Wahlprogramm schreiben sollten, war Europa nicht direkt vertreten, sondern war Bestandteil der Unterkommissionen zur Wirtschafts- und zur Außenpolitik.<sup>554</sup> Der anlaufende Wahlkampf zusammen mit dem Jahrestag der Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn führte zu einer wieder schärfer werdenden Rhetorik im Bereich der Außen- und Europapolitik. So hielt

<sup>548</sup> Avverardi, *i socialisti democratici*. S. 258 ff.

<sup>549</sup> Vgl. Fornaro, Saragat. S. 243 ff. Zum Austritt der Linken im Februar 1959. Ebd. S. 247 f.

<sup>550</sup> Aktennotiz Kreysings für Ollenhauer, Wehner und Mitglieder der Gemeinsamen Versammlung, Deist, Birkelbach, Conrad und Metzger vom 15.1.58. AdsD. Bestand Ollenhauer. 447.

<sup>551</sup> Vgl. Malgeri, *transizione*. S. 104-106.

<sup>552</sup> Ebd. S. 111 ff. Ebenso S. 131.

<sup>553</sup> Ebd. S. 128-130.

<sup>554</sup> Brief Fanfanis an die *Dirigenti* der Provinzen und Regionen vom 16.8.57. ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Fanfani. Sc. 48, fasc. 54.

Scelba am 9.11.57 eine Rede mit dem Titel *„I nemici di ieri sono ancora i nemici di oggi“*, in der er sich einmal mehr gegen die *apertura a sinistra* wandte. Der Kampf für die Freiheit gegen die Sowjetunion stehe noch immer im Fokus der westlichen Politik. *„Non c'è tattica che valga in una strategia sbagliata. Sbagliata è la fiducia in Nenni, traumatologo della democrazia del PSI.“*

Nenni werde nicht zum Paulus. Anders als Saulus folge er nicht seinem freien Entschluss, sondern seinem „traditionellen Opportunismus“. *„Il suo legame con il Partito comunista ha già fatto tanto male alla Democrazia Italiana.“*<sup>555</sup> Europa erschien bei Scelba vor allem als Verteidigungsgemeinschaft, während Gonella jedweden Vorteil eines geeinten Europa hervorhob. So hielt er gar eine Rede zu „Tourismus und vereintes Europa“.<sup>556</sup>

Doch nicht nur Scelba fuhr einen strikteren Kurs gegen die PSI, auch die SPES legte nach. So schrieb Malfatti am 16.12.57 an die Gliederungen der Partei: *„La nostra linea di propaganda al proposto è semplice:*

*il Patto atlantico garantisce la nostra sicurezza e la pace – Se il rapporto di forze si aleasse a vantaggio dell'URSS, nessuno ci garantirebbe dall'espansionismo sovietico;*

*per scoraggiare tentazioni aggressive dei Russi bisogna essere forti. E' necessario la forza dell'Occidente per garantirci dell'impiego russo dei missili puntati contro l'Europa;*

*si è forti se si è uniti. L'unione per la difesa è indispensabile, basti pensare ai costi altissimi che dovremmo sopportare se fossimo costretti a difenderci soli;*

*i comunisti si sono opposti al Patto atlantico definendolo un patto aggressivo e di guerra. In questi anni le aggressioni in Europa sono state compiute solo dai Russi (Ungheria) e prendendo a pretesto il Patto di Varsavia;*

*i comunisti vogliono smantellare il Patto atlantico per indebolire l'Occidente e fare così gli interessi della Russia.*

*La documentazione allegata potrà esservi utile nei comizi, nella propaganda capillare, nel materiale di propaganda approntato localmente, negli articoli della nostra stampa di periferia.“*<sup>557</sup>

Am 6.11. ergingen von der Zentrale aus Anweisungen, wie das Plakat *„Nenni ritorna a Mosca“* verteilt werden solle.<sup>558</sup> Das Plakat war ein Zeichen für das Zurückstellen der Annäherungsversuche im Wahlkampf, zumal heftig gegen die Sowjetunion und die PCI agitiert wurde.<sup>559</sup>

Die Spannungen innerhalb der Sozialisten wurden von den Christdemokraten genauestens wahrgenommen. Sie wurden entweder als für die Sozialisten enttäuschend oder als Zeichen für deren Unglaubwürdigkeit interpretiert.<sup>560</sup> Die DC beachtete die Annäherungs-

<sup>555</sup> ALS, Fondo Scelba. Busta 65, fasc. 626.

<sup>556</sup> ALS, Fondo Gonella, Busta 140, Serie 8.3.5.5. Fasc. 6. Rede vor dem *VII° Congresso nazionale* des *Centro turistico giovanile* in Trento im Januar 1958.

<sup>557</sup> ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Fanfani. Sc. 48, fasc. 57.

<sup>558</sup> Ebd.

<sup>559</sup> Zur Kampagne gegen die PCI und die Sowjetunion: Gelsomini, campagne. S. 192 ff. Siehe auch die Wahlkampfrede Fanfanis vom 27.4.1958: *„Ridurre l'argine che la DC ha eretto a difesa delle nostre libertà [...] sarebbe fare il gioco politica di Togliatti e Nenni.“* Ebd. S. 199.

<sup>560</sup> Siehe zum Beispiel La Valle, Raniero: *„Cercano il socialismo tra delusioni e teoremi“*. In: *Il Popolo* vom 1.12.57, S. 3. Siehe hierzu auch den Artikel von Francesco d'Arcais vom 2.2.57 im *Il Popolo*: *„Il processo di unificazione socialista da Pralognan al congresso di Venezia“*, der die unterschiedlichen Positionen in

versuche zwischen der PSI und PSDI in den Jahren 1956 und 1957 mit Argwohn und warnte insbesondere vor einer Koalition zwischen den Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten,<sup>561</sup> fand doch der Wahlkampf für die Wahlen 1958 erneut im Zeichen des Antikommunismus und unter dem Slogan *progresso senza avventure* statt. Die Anleihe an Adenauers „Keine Experimente“ ein Jahr zuvor war offensichtlich. Doch drückte der Slogan mit der Ansprache einer weitergehenden, fast planbaren Entwicklung noch stärker in der Bundesrepublik den Stolz auf bereits Geleistetes aus.<sup>562</sup>

Die PSI gewann, angefangen 1957 mit der Aufnahme der Gruppe um Vittorelli, Parri und Codignola, neue Strömungen, die für eine Wiedervereinigung mit den Sozialdemokraten durch eine Entwicklung von unten eintraten. Mit dieser Gruppe wurde der Emanzipationskurs gegenüber den Kommunisten gestärkt, weshalb Vecchietti vor einer Aufnahme warnte.<sup>563</sup> Mit der verschärften Rhetorik in der Außenpolitik nahmen die gegensätzlichen Aussagen innerhalb der PSI zu. Schon im November 1957 war auf einer Konferenz zur Landwirtschaft auf die mangelnde Vorbereitung der italienischen Landwirtschaft für den Gemeinsamen Markt hingewiesen worden. Der Gemeinsame Markt war zwar kein Hauptthema, doch führte die Diskussion zwangsläufig zur EWG. Die hauptsächliche Diskussion drehte sich um den Bruch mit den alten agrarischen Strukturen, wobei der Gemeinsame Markt weder als befördernd noch als für den Prozess hinderlich ausgemacht wurde.<sup>564</sup>

Im Sommer 1958 traten die internen Verwerfungen in der PSI offen zu Tage, wobei Valori und Vecchietti in einigen Artikeln die Unterschiede zwischen der PSI und der PCI und die symbolische Wirkung der Abstimmung des vergangenen Jahres kleinzureden versuchten. Nach Vecchietti war es ein Fehler, die PSI in den neuen dynamischen Kapitalismus zu integrieren *„nella illusione di piegarle ai fini della classe lavoratrice senza avere le leve del comando politico, senza le quali la classe lavoratrice non può rimuovere le cause di una politica capitalistica, e deve invece limitarsi a combatterne gli effetti.“* In der Partei brach nun der Streit los, auf welche Weise der Sozialismus denn erfüllt werden könne bzw. wie eine Verbesserung für die Arbeiter zu erreichen sei.<sup>565</sup> Mit dieser inneren Zerstrittenheit konnte die PSI nicht von der Schwächeperiode der PCI profitieren, die durch den 20. Parteitag und die Ungarnkrise ausgelöst worden war.<sup>566</sup> Nennis im November 1956 ausgesprochenes Diktum, wonach Italien „geographisch, wirtschaftlich, historisch und kulturell“ zum Westen gehöre und dies eben auch auf dessen Außenpolitik einwirken müsse, war keineswegs Konsens in der PSI. Darüber hinaus konnte er sich noch nicht von der Vorstellung eines Europas der dritten Kraft zwischen den Blöcken lösen, womit der Weg an die Regierung noch versperrt blieb.<sup>567</sup>

---

der PSDI und PSI wiedergab und dabei die angespannte Lage zwischen den beiden Parteien aber auch in den unterschiedlichen Lagern in der PSI selbst herausstrich. Ebd. S. 3.

<sup>561</sup> Siehe hierzu die Karikatur im *Il Popolo* vom 30.3.57, S. 3, die vor der in Cremona erfolgten Koalition zwischen diesen drei Parteien als Modell für weitere Koalitionen warnte.

<sup>562</sup> Unter anderem zum Wahlkampf 58 der DC siehe Gelsomini, *campagne*. S. 190 ff.

<sup>563</sup> Scirocco, *Politique d'abord*. S. 245-247.

<sup>564</sup> Siehe hierzu die *Conferenza Agraria Nazionale* der PSI vom 19.11.57 sowie den Artikel im *Avanti* vom 26.11.57, S. 6, der über die Konferenz berichtet. In: *Archivio Lelio Basso*. Fondo Basso. Serie XV, Busta 7 (im Inventario steht busta 8). Fasc. 33, sottofasc. 1.

<sup>565</sup> Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*. S. 333 f.

<sup>566</sup> Galli, *storia del socialismo italiano*. S. 331-333.

<sup>567</sup> Scirocco, *Politique d'abord*. S. 261.

Und dennoch trieb Fanfani in den kommenden Jahren, maßgeblich unterstützt durch einen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel, die *apertura a sinistra* voran. Eine parteitaktische Entwicklung, die maßgeblich auf die Vorstellungen von Europa und die Europapolitik der Parteien Einfluss hatte.

### IV.3 Vergleich der beiden Konkurrenzsituationen

Die Europadiskussion 1957 – Wenig Elan trotz Meinungsverschiedenheiten

In den beiden vorhergehenden Kapiteln ist schon mehrfach auf die Faktoren eingegangen worden, die den Europadiskurs der einzelnen Politiker und die Konkurrenzsituation der Parteien im Politikfeld Europa bestimmten. Während die internationale Situation 50/51 durch den nun partiell heiß verlaufenden Kalten Krieg geprägt war, waren die Jahre 56/57 durch die Oszillation der internationalen Situation zwischen Entspannung und Zuspitzung des Ost-West-Konflikts bei gleichzeitiger Festigung der Einflusssphären geprägt. Die Auswirkungen der Rede Chrustschows, die zunehmende Bedeutung der Neutralen, die Aktionen am Suez und in Ungarn wurden bereits im Text angesprochen. Die Bedeutung für die Diskussion der Parteien wird umso klarer, wenn man bedenkt, dass 1956 die kontroversen Verhandlungen in Brüssel kaum in den Parteigremien diskutiert oder mit Stellungnahmen bedacht wurden und die Diskussion 1957 dann in beiden Ländern lau geführt wurde. Eine europäische Einigung wurde vor allem nach den zuspitzenden Ereignissen des Ost-West-Konfliktes diskutiert.

In beiden Ländern kam es zu einer Konsolidierung der parlamentarischen Demokratie. Sie wurde von den maßgeblichen politischen Kräften nicht mehr in Frage gestellt und beeinflusste die politische Kultur in beiden Ländern. Teil der Konsolidierung in Deutschland war der Konzentrationsprozess in der Parteienlandschaft. Darüber hinaus begann zwischen der CDU und der SPD in der Bundesrepublik und zwischen der DC und PSDI auf der einen sowie der PSI auf der anderen Seite ein vorsichtiges Abtasten bezüglich einer möglichen, in einer Parteiendemokratie notwendigen Zusammenarbeit. Dabei wogen die Gegensätze in beiden Ländern bezüglich sicherheitspolitischer Positionen, an denen noch immer die zentrale, aber langsam aus dem internationalen Blickfeld verschwindende deutsche Frage hing, schwer und belasteten ein mögliches Einverständnis in der Europapolitik. Ein geeintes Europa hatte jedoch noch nichts an seiner Symbolkraft verloren. Es konnte parteiübergreifend als lohnendes Ziel verkauft werden, auch wenn die Strahlkraft im Vergleich zum Ende der 40er Jahre beträchtlich nachgelassen hatte. Die ehemals antagonistischen Positionen wurden zumindest oberflächlich zwischen den beiden hier konstatierten Lagern aufgehoben. Ob sich nun die Parteien selbst gewandelt hatten oder sich einfach die Politikfelder der europäischen Integration gewandelt hatten, unterlag der parteitaktischen Interpretation – je nachdem, ob man die eigene Einstellung rechtfertigen oder die Änderung des Gegners kritisieren wollte. Was die Annäherungsversuche zwischen den politischen Lagern betraf, so lässt sich festhalten, dass diese noch nicht tiefgehend waren. Die beiden Wahlkämpfe 57 in der Bundesrepublik und dann 58 in Italien zeigten deutlich, welche antagonistischen Positionen noch

vorhanden waren und im Zuge eines Lagerwahlkampfes von den Parteien mobilisiert werden konnten.<sup>568</sup>

Was die innerparteiliche Situation in den einzelnen Parteien betrifft, so lässt sich allgemein feststellen, dass die einzelnen Parteien insgesamt so geschlossen waren, wie kaum zuvor und danach in dem hier untersuchten Zeitraum. Hier lässt sich die CDU nennen, in der Adenauer Ende der 40er und Anfang der 60er Jahre innerparteilich stärkere Gegner hatte. Bei der SPD trifft dies mit Abstrichen zu, befand sie sich doch in einer Zeit des Übergangs, ohne dass jedoch die inneren Kämpfe entscheidend nach außen drangen. Bei der DC saß 1956 und 1957 Fanfani sehr sicher im Sattel des Parteiführers. Die DC war zwar auch in dieser Zeit die Partei der *correnti*, doch dominierte der *corrente* Fanfanis maßgeblich. In der PSI traten die unterschiedlichen Positionen der *correnti* zwar zu Tage, doch Zeitschriften wie der *Mondo Nuovo* oder die *Problemi del Socialismo* wurden erst später gegründet. Die PSDI war immer noch zwischen der DC und der PSI hin und hergerissen. Hier führten Abspaltungen Ende der 50er Jahre dazu, dass die PSDI zu Beginn der 60er Jahre mehr denn je von Saragat geprägt wurde. Doch nicht nur das Parteiengefüge hatte sich gewandelt, auch die Europakonnotationen änderten sich. Hier sich erste Anzeichen eines Prozess der Entideologisierung erkennen.

Bei den adjektivischen Beschreibungen des gewünschten Europa traten immer mehr die Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien in den Vordergrund – vor allem, weil Europa als Zukunftsprojekt aufgefasst wurde. Bei der Bewertung zurückliegender europäischer Integrationsschritte, vor allem der EGKS und der EVG, blieben die Konfrontationslinien rhetorisch so, wie sie in den Jahren zuvor gewesen waren. Rhetorisch deswegen, weil beispielsweise die SPD in der Parlamentarischen Versammlung der EGKS munter mitarbeitete.

Parteiübergreifender Konsens bestand in der Forderung, dass Europa supranational angelegt sein sollte. Intergouvernementale Überlegungen, wie sie beispielsweise Adenauer anstellte,<sup>569</sup> lassen sich mit seiner pragmatischen Argumentation erklären. Die Reden der Politiker sprachen in geringerem Maße von den Werten, die ein geeintes Europa haben sollte. Stattdessen erscheint ein geeintes Europa eine allgemein anerkannte Forderung geworden zu sein, für die es keiner eigenen Begründung mehr bedurfte. Die Appellation an ein neues Internationales Recht waren obsolet, Rückgriffe auf das Naturrecht nur noch in seltenen Fällen wie bei den Vorträgen Gonellas zu finden. Vergleicht man die Rede Gonellas in Trient vom Januar 1958 mit dessen Reden Ende der 40er Jahre und zu Beginn der 50er Jahre, so bleibt dessen Werteorientierung und dessen historische Fundierung bestehen. Doch wurde sein Tenor optimistischer. In seinem Vortrag von 1958 verschwanden Zivilisationen und tauchten wieder auf, konnten sich aber immer wieder erfolgreich gegen Bedrohungen von außen wehren, so dass dies auch jetzt gegenüber der Sowjetunion gelingen konnte.<sup>570</sup> In der DC entwickelte sich eine Meistererzählung, die die SPES anlässlich der Unterzeichnung der Römischen Verträge gut umschrieb: Die europäische Idee, wie sie von De Gasperi formuliert worden ist, wie sie sich im Rahmen der EGKS entwickelte, dann mit der EVG

<sup>568</sup> Vgl. Schwarz, die CDU/CSU-Fraktion. S. 28 f. Zur antagonistischen Strategie siehe auch Mergel, Thomas: Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949-1990. Göttingen 2010. S. 263 f.

<sup>569</sup> Vgl. Geiger, Adenauer e l'Europa. S. 257.

<sup>570</sup> Zum Fundort der Rede Gonellas vergleiche die Anmerkung 556.

scheiterte, um dann wiederbelebt zu werden. Hiermit wurde Aufstieg, Niedergang und Wiederaufstieg durch die christdemokratische Politik beschrieben.<sup>571</sup>

Darüber hinaus fiel durch die Integrationsschritte der 50er Jahre und der internationalen (Re-) Etablierung der beiden Staaten das Argument der Gleichberechtigung durch die europäische Integration weg. Deutlich wird diese geringere, wertgebundene Aufladung an den Reden Adenauers, in dem der Begriff des Abendlandes jetzt kaum noch vorkam. So ist dies in einem Grußwort für den Bayernkurier der CSU vor dem Parteitag 1957 nicht erwähnt, sondern nur allgemein von einer Außenpolitik die Rede, die von der SPD abgelehnt worden sei.<sup>572</sup> Die Topoi beschränkten sich zunehmend auf ein engeres Publikum wie bei der Eröffnung der Akademie Eichholz. So heißt es in einem Redeentwurf für Adenauer zur Eröffnung der Akademie: „Wir haben in Deutschland erkennen müssen, was es bedeutet, wenn einer Politik das ethische Fundament fehlt. Die Abwehr der Gefahr aus dem Osten wird nur möglich sein, wenn die Werte des christlichen Abendlandes lebendig bleiben und über die konfessionellen und nationalen Grenzen hinweg die Christen zu gemeinsamer Arbeit vereinigt.“<sup>573</sup> Dass Europa explizit „sozialistisch“ sein sollte, wurde nur noch von Exponenten der PSI gefordert. In der deutschen und italienischen Sozialdemokratie war vielmehr von einer Mitbestimmung und Mitgestaltung durch Arbeiter und Gewerkschaften die Rede. Die europäische Einigung stand für die Sozialdemokraten und Sozialisten jetzt stärker für eine erhoffte soziale Entwicklung, keineswegs mehr für eine militärische Sicherheit. Letztere Bedeutung versuchten deutsche und italienische Christdemokraten in den Debatten immer wieder unterzubringen, zumal in Anlehnung an die USA.<sup>574</sup> Einigkeit bestand zwischen allen Parteien, ein geeintes Europa als Voraussetzung für Fortschritt, insbesondere technischen Fortschritt und wirtschaftliches Wohlergehen, aufzufassen. Umstritten war die Frage, ob die Schaffung der EWG reiche oder um die späteren EFTA-Staaten erweitert werden müsse.<sup>575</sup> Besonders stark wurde dies an der Diskussion zur Euratom deutlich. Hier traten zwischen den Parteien dann Meinungsverschiedenheiten auf, wenn es um strukturelle Bedingungen eventueller militärischer Nutzung und gegen wirtschaftlichen Missbrauch ging. Dass eine europäische Zusammenarbeit die Forschung fördern würde, stand außer Frage.

<sup>571</sup> ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Fanfani. Sc. 48, fasc. 57. Siehe hierzu auch den Brief des Vorsitzenden der SPES, Magri, an die Provinzen vom 25.3.57, in der dieser die Verteilung von Flugblättern zum Gemeinsamen Markt vergibt. Ebd. Vgl. Anmerkung 480.

<sup>572</sup> In: ACDP. 07-001-10086.

<sup>573</sup> ACDP. 07-001-12086. Redeentwurf für Adenauer zur Einweihung der Akademie Eichholz am 12.4.57. S.9.

<sup>574</sup> Siehe die Ausführungen Kiesingers in der Debatte vom 22.3.56 (wie Anmerkung 58). Siehe die Ausführungen Foresis zum *Neo-Atlantismo* vom 11.10.1957 in der *Camera* anlässlich der Haushaltsberatungen. Atti parlamentari. S. 36386-36390. Demnach waren die europäischen Verträge unauflöslich mit der atlantischen Gemeinschaft und der italienischen Außenpolitik seit 1947 verbunden.

<sup>575</sup> So vor allem das Argument Erhards und großer Kreise der Wirtschaft gegen die EWG, die in ihr eine Abschottung gegenüber Großbritannien und darüber hinaus ein Einfallstor für eine „dirigistische“ Politik erkannten. Wünsche, Horst Friedrich: Wirtschaftliche Interessen und Prioritäten. Die Europavorstellungen von Ludwig Erhard, in: Hrbek, Rudolf und Schwarz, Volker (Hg.): 40 Jahre Römische Verträge: Der deutsche Beitrag. Baden-Baden 1998. S. 36-49. Hier: S. 45 ff. Siehe ebenso die Forderungen der deutschen Wirtschaftsvertreter in der neu geschaffenen EWG, die sich nach Branche, wirtschaftlicher und regionaler Herkunft deutlich voneinander unterschieden. Kaiser, Wolfram: Quo vadis, Europa? Die deutsche Wirtschaft und der Gemeinsame Markt 1958-1963, in: Hrbek, Rudolf und Schwarz, Volker (Hg.): 40 Jahre Römische Verträge: Der deutsche Beitrag. Baden-Baden 1998. S. 195-213.

Die Bedeutung der Euratom für die Verhandlung der Römischen Verträge wurde an der Rede Fanfanis auf dem Parteitag der DC in Trient im Oktober 1956 deutlich. Er betonte, dass Europa konkret werde. Nach Fanfani war die Energiefrage angesichts des Wachstums und der unsicheren Lage im Nahen Osten latent.<sup>576</sup> Daher stieß die Euratom in den europäischen Ländern auf wenig Widerstand. Euratom und EWG spielten jenen Politikern in die Hände, die allgemein ein stärkeres Europa wollten – egal, um nun von den USA unabhängiger zu sein oder weil man Angst hatte, dass sich die USA isolieren würden.

Die Sichtweise der Parteien interagierte mit der Wahrnehmung anderer Länder und der politischen Parteien in diesen. Die europäische Integration war noch immer maßgeblich durch die Ereignisse des Kalten Krieges geprägt. Folglich spielte das Bild der beiden Supermächte als Fixpunkte eine entscheidende Rolle. Die USA wurden von allen Parteien als Supermacht anerkannt. Bei den christdemokratischen Parteien und den beiden sozialdemokratischen Parteien erschien sie als Garant für die Sicherheit. Ähnlich wie beim Wahlkampf 1953 versuchte Adenauer auch 1957 das Bild eines Staatsmanns durch eine Reise in die USA nebst propagandistischer Auswertung von Seiten der CDU zu stärken. Im Vergleich zu dem Film von 1953 unter dem Titel „Ein Mann wirbt für sein Volk“ sollten nun aber weitere Fortschritte klar werden, die in Begriffen wie „Partner der Freiheit“ oder in gemeinsamen, fast familiären Inszenierungen mit Eisenhower oder Dulles ihren Ausdruck fand. In dem Film von 1957 war aber auch stets die Wiedervereinigung Thema, mit dem Adenauer sein Motto „Wiedervereinigung durch Westintegration“ unterstrich. Die SPD hatte hingegen ihren Kurs geändert. Hatte sie 1953 noch die Unterstützung der Regierungsparteien durch die USA und besonders durch ihren Präsidenten Eisenhower beklagt, plakatierte sie nun ein Plakat, auf dem Eisenhower und Ollenhauer zu sehen waren, wobei „Handschlag mit Amerika“ getitelt wurde.<sup>577</sup> Die SPD befand sich dabei in einer Phase der Wandlung, in der man die NATO und die deutsche Wiederbewaffnung in dieser sukzessive mittrug und mitgestaltete, die Einbindung eines zukünftig wiedervereinigten Deutschlands jedoch ablehnte. Eine Wiedervereinigung erschien nur innerhalb eines kollektiven Sicherheitssystems möglich, nicht jedoch mit einer Politik der Stärke, die nach Meinung der SPD gescheitert war. Die USA erschienen dabei für die SPD als fortschrittliches Land, zitierte sie doch mit Vorliebe Stimmen, wie Äußerungen von Kennan,<sup>578</sup> die gerade dies zu bestätigen schienen. Auch die italienischen Sozialisten erkannten die USA als Supermacht im Westen an. Sowohl Nenni als auch Romita begannen ihren langsamen Gewöhnungsprozess an die NATO mit der Aussage, dass diese rein defensiv sei. Der Terminus der „rigide defensiven“ Interpretation der NATO ließ dabei in der PSI unterschiedliche Interpretationen zu. Einerseits war es hiermit möglich, mit den USA zusammenzuarbeiten. Andererseits konnte als Argument angeführt werden, durch eine Mitarbeit in den entsprechenden Gremien gerade die USA von einer offensiven Politik fernzuhalten. Gerade jener pragmatische Ansatz wurde von den Linken in der PSI als nicht möglich negiert. Die DC betonte hingegen ihre Verbundenheit mit den USA, wie es durch die Reisen Fanfanis deutlich wurde.

---

<sup>576</sup> Dieci congressi D.C. S. 79 f.

<sup>577</sup> Schröder, Hans-Jürgen: "Wahlkampfbilder: Die Visualisierung von Adenauers Amerikareisen 1953 und 1957 in Propagandafilmen der CDU", in: Jakob, Wahlkämpfe in Deutschland. S. 137-150. Zur Amerika-Reise 1957: S.145-148, zur Reaktion der SPD und zur Einschätzung Adenauers S. 148 f.

<sup>578</sup> Siehe Anmerkung 263.

Das Bild der Sowjetunion wurde mit dem Eingreifen in Ungarn, dem Aufstand in Polen und der Rede Chrustschows klarer und konturierter. Die Christdemokraten sahen sich in der Einschätzung bestätigt, dass die Entstalinisierung nur eine neue Taktik darstelle, biblisch gesprochen, die Schlange sich im Grunde nur häute. Gegen jenen Gegner sollte auch die europäische Integration gerichtet sein. Als die Sowjetunion die Römischen Verträge kritisierte,<sup>579</sup> war dies ein willkommenes Argument für die Bedeutung der Verträge eben auch in diesem Sinne. Nach Adenauer verstand die Sowjetunion nur eine Politik der Stärke, was in Aussagen wie „Die Russen – das muß ich sagen – waren stark im Geben, sie waren aber auch stark im Nehmen“<sup>580</sup>, deutlich wurde. Dies wurde von eher rechts stehenden italienischen Sozialdemokraten mitgetragen. Eher links stehende Teile der italienischen Sozialdemokraten und die SPD sahen in der Rede Chancen der Verständigung, auch angesichts der weltweiten Bemühungen der Entspannung. Für sie blieb die Sowjetunion zwar totalitär, doch schien es nun stärker denn je möglich, zu einer Verständigung zu kommen. Für die Anhänger Nennis lieferte die Rede Chrustschows die theoretische Fundierung für ihren Abnabelungsprozess von den italienischen Kommunisten und der zunehmend unabhängigeren Politik von Moskau. Das Eingreifen in Ungarn lieferte den praktischen Beweis für die Kritik, die man an der sowjetischen Führung übte, wobei man über die eigene Treue zu Beginn der 50er Jahre schlichtweg hinweg sah. Die Linke in der PSI interpretierte das Eingreifen der Sowjetunion in Ungarn im Grunde klassisch-marxistisch, wurde aber von der Unsicherheit der italienischen Kommunisten bezüglich der Führungsrolle Moskaus angesteckt.

Die schwindende weltpolitische Rolle Frankreichs und Großbritanniens wurde an deren Eingreifen am Suez und dem erzwungenen Rückzug offensichtlich. Die französische Regierung wurde hierdurch geradezu gezwungen, das Projekt der europäischen Integration als Kompensation und zur Lösung französischer Probleme voranzutreiben. Nach Adenauer musste die Bundesrepublik endgültig im Westen verankert werden, während von französischer Seite die Einbindung der Bundesrepublik erhofft wurde.<sup>581</sup> Die Parteien erkannten diese Strategie und warnten vor eventuellen Komplikationen, die durch die ehemaligen kolonialen Gebiete auftreten könnten. Doch außer Warnungen blieb den Parlamentariern nicht viel übrig, wog doch dieses Problem keineswegs so schwer, als dass dies ein Grund für die Ablehnung der Römischen Verträge hätte werden können. Das Ziel der deutsch-französischen Freundschaft war parteiübergreifend. Mit der Eingliederung der Saar 1957 in die Bundesrepublik fiel ein alter Zankapfel weg, der die Einstellung der SPD zu den ersten europäischen Integrationsschritten und den deutsch-französischen Beziehungen maßgeblich beeinflusst hatte. Dass auch Großbritannien an der europäischen Integration teilhaben sollte, wurde parteiübergreifend gefordert, wobei sozialistische und sozialdemokratische Parteien auf eine stärkere Beteiligung insistierten. Als Grund wurde eine Erweiterung „Kleineuropas“ auch um das nordeuropäische soziale Modell angeführt. Darüber hinaus erschien die *Labour Party* in der Sicherheitspolitik als fortschrittlich, indem diese wiederholt Pläne für ein europäisches kollektives Sicherheitssystem lancierte. PSI, Teile der PSDI und die SPD griffen hierauf verstärkt zurück.<sup>582</sup>

<sup>579</sup> Siehe die sowjetische Erklärung vom 16.3.1957. In: DzD 3/3/1 (1957). S. 483-489.

<sup>580</sup> Siehe Anmerkung 10. Hier S. 306.

<sup>581</sup> Loth, Wilfried: 50 Jahre Römische Verträge. In: *Integration* 1 (2007). S.36 - 43. Hier S. 42.

<sup>582</sup> Für die SPD siehe den Vortrag Ollenhauers vom 26.5.1957 (wie Anmerkung 247).



Die Deutschlandpolitik blieb weiterhin hochgradig umstritten, wie sich nicht zuletzt bei der Debatte im Deutschen Bundestag vom 23.1.58 zeigen sollte, als Dehler von der FDP und Heinemann von der SPD Adenauer vorwarfen, die Wiedervereinigung nie mit großem Nachdruck verfolgt zu haben. Adenauer wies dies als „parteipolitisch motiviert“ zurück. FDP und SPD verhielten sich unverantwortlich und keineswegs staatspolitisch.<sup>583</sup> Ollenhauer bezeichnete Adenauers Rede als eine Missachtung des Parlamentes, wie sie sonst in keiner Demokratie stattfinden würde. „Jeder Deutsche kann nur mit Scham und Empörung hören, wie der Bundeskanzler im Rundfunk Mitglieder des Bundestages persönlich verunglimpft.“<sup>584</sup> Ein weiteres Indiz für die weiter wichtige Rolle der Deutschlandpolitik für die Bewertung der Integrationsschritte war die explizite Forderung, dass die Zonengrenze keine Zollgrenze werden dürfe,<sup>585</sup> was allerdings Konsens war. Auch in Italien wurde die Lösung der deutschen als entscheidende europäische Frage aufgefasst. Die Deutschlandfrage wurde aber offensichtlich nicht mehr mit dem Projekt der europäischen Einigung direkt verbunden, hatte dieses sich doch vornehmlich auf die EWG verlagert.

Italien wiederum verlor für die deutschen Christdemokraten an Bedeutung. War Adenauer der Regierung unter De Gasperi zu Beginn der 50er Jahre noch sehr zugetan gewesen, immerhin führte ihn seine erste Reise als Außenminister nach Rom, bedeuteten für ihn die ersten Schritte der *apertura a sinistra* unter Fanfani vor allem eins: Unsicherheit. Auch wenn die Beziehungen zu Italien zu keinem Zeitpunkt so stark im Fokus standen wie die deutsch-französischen Beziehungen, waren sie doch zu Beginn der 50er Jahre schon aus dem Grunde gemeinsamer Ziele wie der Reetablierung auf internationaler Ebene von Interesse. Die Beziehungen zwischen der CDU und der DC blieben zwar freundlich, aber wenig innig. Was das Gewicht der italienischen Sozialisten und Sozialdemokraten auf europäischer Ebene betraf, so war dies aufgrund der Spaltung noch immer gering. Die SPD hatte hier weitaus größeres Gewicht und wurde in Italien sowohl durch die PSI als auch durch die PSDI rezipiert, wenn auch in geringerem Maße als *Labour*. Damit waren die Hauptbezugspunkte der außenpolitischen Orientierung genannt. Die restlichen Länder wurden nur marginal rezipiert.

Die Benelux-Länder wurden als Teil der EGKS rezipiert, spielten aber eine untergeordnete Rolle. Die skandinavischen Länder wurden vor allem von den sozialdemokratischen Parteien als soziopolitisches Vorbild genannt. Spanien und Portugal im Westen und Jugoslawien im Osten spielten in den Überlegungen kaum eine Rolle. Die Entwicklungen in Osteuropa, hier in Ungarn, wurden rezipiert und je nach Einstellung im Kalten Krieg interpretiert. Diskussionen über die Zugehörigkeit der Türkei zu Europa spielten keine Rolle.

Geht man auf außereuropäische Staaten ein, so stellten die Parteien in beiden Ländern die neue Rolle der Neutralen heraus. Von Vertretern einer „westlichen Position“ wurde immer wieder gefordert, die Neutralen doch auf die Seite der NATO ziehen zu wollen. Vertreter der Sozialisten und Sozialdemokraten erhofften sich von den Neutralen eine vermittelnde, pazifizierende Wirkung zwischen den Blöcken. Dies wird vor allem deutlich, wenn man die

---

<sup>583</sup> Siehe die Rundfunkansprache Adenauers vom 29.1.58 als Antwort auf die nächtliche Debatte. In: Adenauer, Reden. S. 380-384. Zur Bundestagsdebatte: Stenographische Berichte. Band 39. S. 297 ff.

<sup>584</sup> Pressestelle der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion vom 31.1.1958. AdsD. Bundestagsfraktion 3. WP 18.

<sup>585</sup> So noch einmal Ollenhauer in einer Rundfunkansprache vom 6.3.57. In: DzD 3/3/1. S. 467-469. Die Forderungen zu den Europäischen Verträgen finden sich besonders auf S. 468.

Bemerkungen zu China vergleicht. So betonte Nenni auf einem Besuch in Peking deren vermittelnde Wirkung,<sup>586</sup> während sich Adenauer erhoffte, dass der Druck Pekings doch Moskau schwächen werde.<sup>587</sup> Italienische Politiker forderten verstärkt eine eigenständige Politik Italiens im Rahmen der NATO im Mittelmeer und Nahen Osten. Die Forderungen oszillierten zwischen einer Position Italiens als Sprachrohr des westlichen Bündnisses und der Hoffnung, handfeste materielle Vorteile bei der Rohstoffversorgung zu haben.<sup>588</sup>

Neben der positiven Besetzung des Begriffs Europa sind die abgrenzenden Begriffe von Bedeutung, denn auch sie zeigten die veränderten Europabegriffe der Parteien und die veränderte Parteienkonkurrenz an. Im Zuge einer zunehmenden „Entideologisierung“<sup>589</sup> der Politik traten Begriffe wie Osten, Westen, Blöcke, totalitär, Abendland und sozialistisch weniger stark auf. Stattdessen forderte insbesondere die SPD, dass Europa aus diesem Schatten heraustreten müsse. Sie warf Adenauer vor, durch zu starke dichotomische Zuspitzung seine Partei von der SPD abgegrenzt und den linken Flügel in der CDU entmachteter zu haben. „Das alles ist möglich gewesen im Schatten einer Außenpolitik, die über Sein oder Nichtsein, Freiheit oder Sklaverei, Glück und Wohlstand oder Vernichtung des Abendlandes entschied; wie uns der Bundeskanzler immer wieder versicherte. Seine Schwarz-Weiß-Malerei im Felde der internationalen Politik machte jede Alternative zu seinem „Regierungskonzept“ ganz einfach zum Verrat an der Freiheit; zum Selbstmord des deutschen Volkes. Und also mußte man wohl oder übel auch seine Praxis der „sozialen Neuordnung“ in Kauf nehmen.“<sup>590</sup>

Der Artikel war typisch, verurteilte er doch Argumente der Vergangenheit, die Europa aus einer Anti-Haltung heraus gefordert hatten. Für das aktuelle Europa wurden nur noch selten Begriffe wie antitotalitär, antikommunistisch, antimaterialistisch oder antifaschistisch angeführt. Wenn das aktuelle Europa als solches aufgefasst wurde, wurden die neuen Verträge in die Zukunft gerichtet als Überwindung aufgefasst, als Instrument zur Überwindung einer nationalistischen oder kolonialistischen Politik, als Weiterentwicklung des Kapitalismus mit geringeren monopolistischen Strukturen, als Erweiterung eines katholischen, vaticanischen, konservativen, insgesamt zu kleinen Europa. Reizbegriffe wie die Konnotation mit dem Europa eines Karl des Großen, Metternichs oder Churchills wurden nur noch von den Linken innerhalb der PSI verwendet. Zunehmend kam es zu einer Präzisierung des Begriffs Europa. Nicht von seinen Grenzen her, sondern stärker institutionell. Die EGKS und die neuen Römischen Verträge wurden immer stärker mit dem Begriff Europa gleichgesetzt.

Bei der Diskussion um Europa und der Konkurrenz in der Europapolitik wird die Verknüpfung mit unterschiedlichen Politikfeldern deutlich. Die Diskussion der Europäischen

<sup>586</sup> Vgl. den Literaturhinweis in Anmerkung 305 nebst zugehörigem Text.

<sup>587</sup> Vgl. mit der Brüsseler Rede Adenauers vom September 1956 (wie Anmerkung 100).

<sup>588</sup> Hier seien die Bestrebungen der ENI unter Mattei und die *colloqui mediterranei* unter La Pira genannt. Zu den Bemühungen Matteis siehe Woller, Geschichte Italiens. S. 254 ff.

<sup>589</sup> Axel Schildt weist daraufhin, dass vor allem Zeitgenossen eine Entideologisierung propagiert hätten, die Ideologien der 50er Jahre jedoch im „Diskurs“ überlebt hätten. Er spricht eher vom Ende der „Hochideologien“. Schildt, Axel: "Ende der Ideologien? Politisch-ideologische Stömungen in den 50er Jahren", in: Ders. u. a. (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1993. S. 627-635. Hier: S. 635

<sup>590</sup> Artikel des Vorwärts vom 8.6.56 von Maria Sevenich. In: ACDP. 01-0073239.

Integration wurde maßgeblich durch die geänderte internationale Situation beeinflusst und durch die veränderten gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Parteien und Einstellungen in wichtigen Politikbereichen bestimmt. Damit änderte sich aber der angewendete Europabegriff der Parteien. So wurde die Zustimmung der SPD zur EWG im Grunde durch den Vorbehalt erkaufte, in der EWG prozessartig eine geänderte Wirtschafts- und Sozialpolitik betreiben zu können.<sup>591</sup> In der Verteidigungspolitik kam es noch immer zu großen Differenzen. Während innenpolitisch die SPD und maßgeblich Erler an der Wehrgesetzgebung mitwirkten und die Mitbestimmung suchten, unterschieden sich die Vorstellungen beim *Grand Design* Europas. Die SPD mit ihren Vorstellungen von einem kollektiven Sicherheitssystem, angetrieben von britischen und polnischen Vorschlägen, geriet immer wieder in den Gegensatz zu der von der CDU/CSU vertretenen Verteidigungspolitik, die klar auf den Einbezug in die NATO setzte. Hier sollte auch die Europäische Integration verankert sein. Die geforderte Wirtschafts- und Sozialpolitik in der EWG machte vor allem den Wirtschaftsflügel in der Union um Erhard Sorgen. Nicht umsonst formulierte Erler im Dezember 1957, dass man in Zukunft wohl zu einer „gewisse[n] Lenkung von Kapital“ kommen müsse. Dazu bedürfe es „gewisser gemeinsamer Institutionen“.<sup>592</sup> Die sich aus unterschiedlichen Quellen speisenden Gegner der EWG in der Bundesrepublik vermochten es nicht, eine gemeinsame Linie gegen die Römischen Verträge zu formulieren, zumal Adenauer die europäischen Verträge nicht diskutieren lassen wollte.<sup>593</sup>

Die Einstellung der PSI zur Europäischen Integration und die Auseinandersetzung in den unterschiedlichen sozialistischen Strömungen waren mit verschiedenen Politikfeldern verknüpft. Auch hier – ebenso bei der PSDI – bestimmte bei den Befürwortern die Vorstellung, auf europäischer Ebene mitbestimmen zu können und die italienische Regierung notfalls über die europäische Ebene zu Reformen und einer sozialen Politik zwingen zu können. Dass gerade dies mit Hilfe der EWG gelingen könnte, bezweifelten die linken Kritiker in der PSI. Den Befürwortern wollten die europäische Integration für den Prozess der Vereinigung mit den Sozialdemokraten und die Zusammenarbeit mit der europäischen Sozialdemokratie nutzen. Hier zeigte sich der interne Konflikt der PSI. Die Positionen in der PSI schwankten in den Jahren 56/57 zwischen der Forderung einer schnellen Aufnahme in die internationale Parteienkooperation und Äußerungen, wonach gezweifelt wurde, ob es sich zum Beispiel bei den norwegischen Sozialisten überhaupt um Sozialisten handle.<sup>594</sup>

Überparteilicher Konsens war, dass die europäische Einigung den Aufbau unterentwickelter Gebiete fördern und den Erfordernissen neuer Technologien entsprechen sollte. Damit waren inneritalienische Themen entscheidend angesprochen.<sup>595</sup> Wirtschaftswachstum war das wichtigste Argument seit der Mitte der 50er Jahre geworden, zumal sich auch der Begriff „Integration“ im Laufe der 50er Jahre für die Einigungsschritte durchgesetzt hat-

---

<sup>591</sup> Die Hoffnung, mittels Mitbestimmung die Auslegung der EWG noch ändern zu können, war bei Kritikern weit verbreitet. So auch bei dem BDI, der der EWG und der Euratom sehr skeptisch gegenüber stand und eine Freihandelszone befürwortete. Er lehnte dennoch die EWG nicht ab, sondern versuchte in dieser zu wirken. Vgl. Bühner, *Der BDI und die Außenpolitik der Bundesrepublik*. S. 259.

<sup>592</sup> Zitiert bei Bellers, *die Godesberger SPD*. S. 163.

<sup>593</sup> Loth, *Deutsche Europa-Konzeptionen*. S. 32 ff.

<sup>594</sup> Vgl. Scirocco, *Politique d'abord*. S. 261-264.

<sup>595</sup> Zu inneritalienischen Motiven für die Europapolitik Italiens vergleiche Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 174 f.

te.<sup>596</sup> Sowohl in Italien als auch in der Bundesrepublik konnten in den 50er Jahren sowohl das Bruttosozialprodukt als auch die Exportquoten erhöht werden, so dass für beide Effekte eine zwingende kausale Abhängigkeit postuliert wurde. Dies ließ vor allem in Italien die noch Anfang der 50er Jahre weit verbreitete Skepsis gegenüber der Marktintegration schwinden.<sup>597</sup>

Damit erwies sich aber die Politik der Koalitionen in beiden Ländern zu Beginn der 50er Jahre als erfolgreich. Gerade weil parteiübergreifend nach dem Zweiten Weltkrieg geradezu als Gesetz angenommen worden war, dass eine europäische Zusammenarbeit zu mehr Wirtschaftswachstum führen würde, legitimierte das tatsächlich eingetretene Wirtschaftswachstum das seinerzeit noch umstrittene Handeln der Regierungsparteien nachträglich. Die Regierungsparteien hatten die Bedeutungskompetenz zum Begriff Europa erlangt. Deutlich wurde dies an der CDU, die diese Kompetenz im Wahlkampf 57 gegen die sich bereits wandelnde SPD einsetzen konnte. Sie definierte, welche Politik zur Freiheit geeignet sei. Sie konnte die Dichotomie Freiheit/Zwang oder Freiheit/Sozialismus glaubhaft auf die SPD anwenden, mit der eben vor einem Ausverkauf bei einer möglichen Regierungsübernahme durch die SPD gewarnt wurde. „Keine Experimente“ war der Slogan und zielte auf das Thema Sicherheit, das als „universeller Code“ in verschiedenen Politikfeldern funktionierte.<sup>598</sup> Durch die starke Konfrontation Freiheit oder Sozialismus waren Zwischentöne zu leise, um durchzudringen. Die SPD wurde zu einem späten Opfer ihrer eigenen frühen Aussagen, in der eben auch sie die Freiheit des Westens gegenüber dem Zwang des Ostens hervorgehoben hatte. Hier kam Adenauer zu Gute, dass die zweite Stoßrichtung des Freiheitsbegriffs gegen die deutsche nationalsozialistische Vergangenheit in den 50er Jahren an Bedeutung verlor. Die deutsche Katastrophe wurde, wenn überhaupt thematisiert, als Fehltritt, als Ausnahme der deutschen Geschichte aufgefasst, deren Wiederholung aber keinesfalls erneut zugelassen werden durfte. Dies war durchaus gewollt, boten sich doch demokratische Traditionen der deutschen Geschichte besser an, um die Bundesrepublik zu legitimieren.<sup>599</sup>

An der Diskussion in den Jahren 56/57 wurde eine weitere Entwicklung deutlich: das Auseinanderfallen von Verteidigungspolitik und Europapolitik und damit eine deutlich verminderte Intensität der Diskussion in Deutschland, aber auch in Italien. In der Bundesrepublik wurde dies daran deutlich, dass die Römischen Verträge zwischen den beiden großen Parteien fast unumstritten verabschiedet wurden, während es in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik noch immer zu großen Kontroversen kam. So stritt man sich hier unvermindert über die Frage eines kollektiven Sicherheitssystems und die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Letzteres hatte nur geringe Auswirkung auf die Debatte der Euratom, deren Debatte von einem Fortschrittsoptimismus getragen wurde.

---

<sup>596</sup> Steiner, André: "Wachstum als wirtschaftspolitisches Leitbild. Zu seiner Wirksamkeit in der westeuropäischen Integration", in: Elvert, Jürgen (Hg.): *Leitbild Europa? Europabilder und ihre Wirkungen in der Neuzeit*. Stuttgart 2009. S. 244-255. Hier S. 246-249.

<sup>597</sup> Steiner, Wachstum. S. 247

<sup>598</sup> Mergel, *Propaganda nach Hitler*. S. 270 f.

<sup>599</sup> Vgl. Doering-Manteuffel, wie westlich. S. 73 f. Mergel weist darauf hin, dass bei den Parteien sehr wohl auf antinationalsozialistische Reflexe in den Wahlen angespielt wurde. So warnte die SPD 1957 vor 12 Jahren Adenauer mit dem Verweis auf 12 Jahre Hitler. Richard Jäger zog 1961 einen Vergleich zwischen Brandt und Hitler. Mergel argumentiert, dass die Vergleiche durch biographisches Miterleben motiviert worden seien und der Gegner natürlich mit dem Verdikt des Nazivergleichs belegt wurde. Mergel, *Propaganda nach Hitler*. S. 286 f.

Die Forderung nach einer gemeinsamen Außenpolitik war dabei Vorbote einer neuen Einstellung in der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die zunehmend Konsens und unideologische Entscheidungen von den Politikern forderte.<sup>600</sup> Klotzbach macht für die nun einsetzende, die westeuropäische Integration bejahende Politik der SPD verschiedene Faktoren aus: So nannte er als erstes die zunehmende Mitarbeit führender Sozialdemokraten in der Montanunion, die zusammen mit inner- und überparteilichen Kontakten die anfängliche Reserviertheit gegenüber dem Projekt der EGKS überwinden half. Als zweites Argument führt er die nunmehr sich immer mehr verwirklichende Gleichberechtigung Deutschlands an, die dieses immer mehr gegenüber seinen europäischen Partnern gewann. Als dritter Komplex kam die sich abzeichnende Lösung der Saarproblematik einer Zustimmung der Sozialdemokraten entgegen, dem als vierter Grund die zunehmende Trennung der europäischen Einigung von dem Verteidigungskomplex ebenfalls eine Bedeutung zugemessen werden kann.<sup>601</sup> Die SPD gab sich nun verstärkt mit Erfolgen im Kleinen zufrieden und hoffte nicht mehr auf den „großen politischen Wurf“, der alle politischen Ziele – Wiedervereinigung, internationale Kooperation, Sozialisierung bedeutender Wirtschaftszweige – gleichzeitig erfüllen sollte. Die SPD musste sich aus der schlechten Position des Neinsagers heraus manövrieren, zumal sie in der Außenpolitik nicht selbständig agieren konnte. Folglich war die Zustimmung zur EWG und EURATOM taktisch geschickt. Ihr Vorschlag des europäischen Sicherheitssystems konnte nicht verifiziert werden, sondern wurde indirekt durch das wiederholte Scheitern der internationalen Konferenzen geradezu *ad absurdum* geführt.<sup>602</sup> Nicht zuletzt hatte sich ihre Wirtschaftspolitik geändert. Die SPD entdeckte ab der Mitte der 50er Jahre zunehmend die Mittelschicht als mögliche Wählerklientel.<sup>603</sup> Ähnlich legitimierte die PSI ihren Wandel. Ein weiteres Beispiel für die Erschließung neuer Wählerschichten war die Gründung des „Bund Christlicher Sozialisten“ im Januar 1957, um Sozialisten und die Kirchen einander anzunähern. Dieser Bund trat 1957 in Erscheinung, so auch in einer Mitteilung vom 3.6.57, in der dieser Adenauer als „*terrible simplificateur*“ bezeichnete, da dieser auf einer Veranstaltung angedeutet habe, es gehe bei der Wahl darum, ob Deutschland kommunistisch werde oder christlich bleibe. „Es sei doch sogar dem Kanzler bekannt, dass die SPD in ihren Reihen zahlreiche führende Politiker habe, die in christlicher Verantwortung ihre politische Aufgabe erfüllen, und dies jedenfalls gerechter und sozialer als die mit einem christlichen Mäntelchen getarnte Interessenpartei Adenauers.“<sup>604</sup>

Die geringere Polarisierung in der Europadebatte ging mit einer weniger starken Aufladung der politischen Diskussion in der Bundesrepublik allgemein einher. Selbst die Kirchen gingen nun stärker auf die sich entwickelnde Pluralisierung der Gesellschaft, die Technisie-

---

<sup>600</sup> Vgl. Doering-Manteuffel, wie westlich. S. 89 f.

<sup>601</sup> Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. S. 366. Aus Sicht der CDU war die Rückkehr der Saar Ergebnis der erfolgreichen Europapolitik. Siehe die Rede Krones vom 12.5.57. In: DzD 3/3/2. S. 928-932. Zitat: S. 928. Fälschlicherweise ist hier vom Parteitag in Goslar die Rede, der jedoch bereits 1950 stattfand. 1957 fand der Parteitag in Hamburg statt.

<sup>602</sup> Vergleiche hierzu Weber, Einleitung. S. LXXXI.

<sup>603</sup> Ausdruck dessen war beispielsweise der Beschluss des Wirtschaftspolitischen Ausschusses im Juni 1957 zur Stellung der kleinen und mittleren Mittelschichten. Siehe das Protokoll des Beschlusses der Arbeitsgruppe Mittelstand am 1. bzw. 3. Juni 1957. AdsD. Bundesvorstand, Sekretariat Heinrich Deist. 01658.

<sup>604</sup> ACDP. 07-001-3293.

rung und den wachsenden Wohlstand ein. Vor allem die Evangelische Kirche setzte gegen Ende der 50er Jahre auf einen verstärkten Dialog mit und zwischen den Parteien.<sup>605</sup> Bei beiden Konfessionen wurden Tendenzen der Rechristianisierung in den 50er Jahren durch Tendenzen abgelöst, die auf einen Prozess des Bedeutungsverlusts der Kirchen in der Gesellschaft und der Auflösung alter Milieus schließen ließen.<sup>606</sup>

In beiden Ländern wurde deutlich, dass die europäische Ebene als weitere politische Ebene mittlerweile akzeptiert und in taktische Überlegungen einbezogen wurde. Dies geschah in der Bundesrepublik intensiver, da hier die SPD auf der europäischen Ebene in den Versammlungen vertreten war, während die PSI zusammen mit der PCI noch ausgeschlossen war. Diese hatte darüber hinaus anders als die vier übrigen Parteien in den beiden Ländern nicht die Möglichkeit, über die internationale Parteienkooperation auf die Europapolitik einzuwirken. Dass sie dennoch in der Internationalen eine passive Rolle spielte, wurde an deren Engagement für eine mögliche Vereinigung der PSDI mit der PSI deutlich.

Die Debatte um die europäische Zukunft war 1956/57 auch deswegen weniger kontrovers, weil in der Europäischen Bewegung, und dies bedeutete in der Bundesrepublik vor allem die Europa-Union, die SPD seit Mitte der 50er Jahre wieder Fuß fassen konnte. Im Vorstand waren mit Kaisen und Brauer, aber auch mit Deist und Erler Kritiker des alten Schumacherschen Kurses und Vertreter einer neuen programmatischen Richtung in der SPD vertreten. In Deutschland war die Europäische Bewegung nun stärker Lobbyist denn Volksbewegung. Man unterstützte Adenauer in seiner Politik, die EWG in einer nun an der europäischen Einigung desinteressierten Öffentlichkeit durchzusetzen. Aus der UEF zog man sich jedoch zurück, da diese, angeführt vor allem von den französischen und den italienischen Föderalisten, den Weg einer Volksbewegung an den nationalen Parlamenten vorbei verfolgte. In der deutschen Öffentlichkeit war nun die Bereitschaft weniger stark verbreitet, Entscheidungen eines europäischen Parlaments notfalls auch gegen den Willen der eigenen Regierung zu akzeptieren. Die nationalen Rechte wurden stärker in den Vordergrund gerückt.<sup>607</sup>

Die Diskussion der EWG und der Euratom fand auch deswegen nicht zwischen den Parteien in der Öffentlichkeit statt, weil die Regierungen aus dem Scheitern der EVG gelernt hatten. Die Interessendivergenzen blieben hinter verschlossenen Türen alleine den Delegationen überlassen. Die deutsche und die französische Regierung verbanden jeweils politische Ziele mit der EWG, die seit dem Beginn der europäischen Integration die Hauptmotive gewesen waren und nun dazu beitrugen, die Divergenzen zu überwinden und dem Kompromiss zuzustimmen. Im Vergleich zum Beginn der 50er Jahre hatte sich der Akzent der Argumente für eine europäische Integration verschoben. Waren diese zuerst noch rückwärtsgewandt gewesen, bezogen sie sich nun eher auf die Zukunft.

Das Europabild aber blieb ambivalent. In Deutschland zweifelten große Bevölkerungsteile am wirtschaftlichen Nutzen der EGKS, deren Kenntnisgrad in der Bevölkerung gering

<sup>605</sup> Siehe Schildt, zwischen Abendland und Amerika. S. 143 ff. sowie S. 158-165.

<sup>606</sup> Siehe die Aufsätze Kleßmann, Christoph: "Kontinuitäten und Veränderungen im protestantischen Milieu" und Gabriel, Karl: "Die Katholiken in den 50er Jahren: Restauration, Modernisierung und beginnende Auflösung eines konfessionellen Milieus", in: Axel Schildt (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1993. S. 403-417 sowie S. 418-430.

<sup>607</sup> Loth, Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren. 74-76.

blieb.<sup>608</sup> Gleichwohl wurde im Februar 1958 der „Wirtschaftliche Zusammenschluß der europäischen Länder und Bildung der Vereinigten Staaten von Europa“ als wichtigstes Ziel der Außenpolitik genannt. Dem folgte die Unterstützung der „unterentwickelten Länder“ zum Schutz vor dem Kommunismus.<sup>609</sup> Ein geeintes Europa blieb eine allgemein anerkannte, beliebte, politische Formel. Sie mit Leben zu füllen blieb schwierig und war in den kommenden Jahren Ausgangspunkt hitziger politischer Debatten.

---

<sup>608</sup> Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1957. Allensbach 1957. S. 345 ff.

<sup>609</sup> Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1958-1964. Allensbach 1964. S. 534.





---

## V. Die Diskussionen 62-63 – Europa im atlantischen Bündnis

„Es geht nicht um ein sozialistisches und ein katholisches Europa, es geht um Europa schlechthin, damit die Menschen bestehen können, damit das, was an ihm gut und freiheitlich ist, expandieren kann“<sup>1</sup>

Die Debatten über eine europäische Integration und über den Europabegriff der Parteien fanden in einem internationalen Klima statt, das einerseits durch Entspannung zwischen den beiden Blöcken gekennzeichnet war, andererseits aber durch Konflikte unterbrochen wurde. In Europa ließ sich eine weitere Verfestigung der Grenze zwischen den Blöcken feststellen, manifestiert durch den Mauerbau 1961. Der Ost-West-Konflikt verlagerte sich auf außereuropäische Sphären. Vor allem durch die antikolonialen Entwicklungen ergaben sich neue Felder der Auseinandersetzung zwischen den USA und der Sowjetunion, wobei seit dem Sputnik-Schock von einer technischen Gleichwertigkeit beider Blöcke ausgegangen wurde. Damit aber wurde der alte, durch die USA garantierte Schutz grundsätzlich in Frage gestellt.

In Europa entbrannte Streit über eine möglichst stärkere Eigenständigkeit – in den unterschiedlichen Rahmen der EWG, der EFTA und der NATO. Hier mussten sich die Parteien positionieren und waren Akteure der jeweiligen politischen Entscheidungen. Die schnellen und vielen Veränderungen, die die 60er Jahre prägen sollten, wurden dabei auch durch den jungen amerikanischen Präsidenten Kennedy repräsentiert, der einen neuen Aufbruch nach demokratischen und sozialen Errungenschaften symbolisierte. Ferner war das Pontifikat Johannes XIII. mit der Einberufung des 2. Vatikanischen Konzils ein weiteres Zeichen für den gesellschaftlichen Wandel, dem sich die politischen Systeme und die politischen Parteien in beiden Ländern nicht entziehen konnten.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> So Wehner auf einer Tagung in Loccum im November 1963 als er einen Vortrag mit dem Titel „Atlantische Partnerschaft oder Europa als dritte Kraft“ hielt. In: Wehner, Herbert: Wandel und Bewährung. Ausgewählte Reden und Schriften 1930-1967 (herausgegeben von Graf Finckenstein, Hans-Werner und Jahn, Gerhard). Frankfurt-Berlin-Hannover 1968. S. 310-319. Hier: S. 318.

<sup>2</sup> Zu dieser Aufzählung siehe insbesondere Colarizi, Storia dei partiti. S. 221-224.

## V. 1 Die Europadebatte in der Bundesrepublik

Die Parteienlandschaft war Ende der 50er Jahre in Bewegung gekommen. Adenauer saß nicht mehr so sicher im Sattel wie zuvor. Die Präsidentschafts-Krise 1959 und der Fernsehstreit waren Zeichen für den Verfall der Reputation des Kanzlers nach dem furiosen Wahlsieg 1957. Nach der Wahl 1961, die unter den Nachwirkungen des Mauerbaus stand, reichte es für die CDU „nur“ noch zu einer Koalition mit der FDP - unter der Bedingung, dass Adenauer im Laufe der Legislaturperiode zurücktreten sollte.<sup>3</sup> Damit war aber das Rennen um dessen Nachfolge eröffnet, Adenauer war de facto ein Kanzler auf Abruf. Neben einer zunehmenden Bedeutung der CDU-Fraktion gegenüber dem Kanzler wurde offensichtlich, dass stark konfrontative Wahlkämpfe aufgrund der im Vergleich zu den 50er Jahren geringer werdenden Polarisierung nicht mehr möglich waren.<sup>4</sup>

In der SPD hatte sich Ende der 50er Jahre eine neue Führungsriege durchgesetzt. Die Reformer um Schmid, Erler, Wehner und Brandt hatten die Partei sukzessive modernisiert: in ihrer inneren Struktur, in ihrer Außendarstellung, in ihrer Programmatik, in der Nutzung moderner Techniken wie der Demoskopie. Nicht mehr der besoldete Parteivorstand, sondern die politische Spitze in der Fraktion und in der Partei dominierte. Das Godesberger Programm und die Rede Wehners im Deutschen Bundestag vom 30.6.1960 ließen die bisherige Politik Adenauers zur Grundlage zukünftiger Entscheidungen werden. Mitbestimmung in den Ausschüssen statt öffentlicher Zuspitzung war nun die Losung. Der Atlantiker-Gaullisten Streit in der Union sollte zu einem Glücksfall für die SPD werden, fokussierte er doch den Blick der Öffentlichkeit auf die internen Probleme der Union. Die neue Strategie der SPD zielte auf die Gewinnung neuer Wählerschichten und die Transformation zu einer modernen Volkspartei ab. Wie in einer demokratischen Partei üblich war dies kein linear verlaufener Prozess, sondern vielmehr ein Nebeneinander unterschiedlicher Positionen.<sup>5</sup> Darüber hinaus war die deutsche Gesellschaft zunehmend „westlicher“ geworden, wovon vor allem die Spektren links des Bürgertums, die modernen Sozialdemokraten, erfasst wurden.<sup>6</sup> Auch die CDU „verwestlichte“ sich. Zwar wurden noch immer Stimmen laut, die vor der inneren Schwächung des Westens vor allem durch eine vernachlässigte Pflege der eigenen Werte warnten,<sup>7</sup> doch waren diese längst nicht mehr so präsent wie noch zehn Jahre zuvor.

Diese parteipolitische Grundkonstellation traf auf eine Europapolitik, die maßgeblich auf die Forderungen de Gaulles in der NATO und EWG reagierte. So wurde im Frühjahr 61 auf Betreiben Frankreichs die Einsetzung der von Christian Fouchet geleiteten Kommission beschlossen, die die Grundzüge einer Europäischen Politischen Union ausarbeiten sollte. Die Kommission legte im Oktober 1961 einen Plan vor, der eine umfassende intergouver-

---

<sup>3</sup> Zur Präsidentschaftskrise und dem Streit um das Zweite Deutsche Fernsehen bzw. den Deutschlandfunk siehe zusammenfassend Conze, *Suche nach Sicherheit*. S. 265 ff.

<sup>4</sup> Schwarz, *die CDU/CSU-Fraktion*. S. 30 f.

<sup>5</sup> Vgl. Bellers, *die Godesberger SPD*. S. 117 ff.

<sup>6</sup> Doering-Manteuffel, *wie westlich*. S. 73.

<sup>7</sup> Schildt, *zwischen Abendland und Amerika*. S. 37.

nementale Zusammenarbeit, auch in der Außen- und Verteidigungspolitik, vorsah. Da in dem Plan weder Bezug auf die NATO noch auf die USA gemacht wurde, stieß er bei den europäischen Partnern auf Ablehnung. Ferner stießen sie sich an dem regelmäßig stattfindenden Rat der Staats- und Regierungschefs, der die EWG zu entmachten drohte. Da der Rat nach dem Einstimmigkeitsprinzip abstimmen sollte, ergab sich somit ein Veto-Recht eines jeden Staates. Die deutschen, luxemburgischen und italienischen Regierungsdelegationen drängten auf stärker integrierende Elemente und einen Bezug zur NATO. Dies wurde in einem Entwurf auch eingearbeitet, doch de Gaulle selbst strich die Passagen im Januar eigenhändig heraus und legte den von ihm veränderten Entwurf vor, was bei den Partnern Empörung hervorrief, zumal nun auch die Wirtschaftspolitik als Feld für die politische Union genannt wurde und die Kritiker eine Entwertung der EWG fürchteten.<sup>8</sup> De Gaulle versuchte Adenauer für seine Pläne zu gewinnen, während der Kanzler angesichts amerikanisch-sowjetischer Gespräche über Berlin und der Angst einer Einigung in der Deutschlandfrage über die Köpfe der Deutschen hinweg Unterstützung suchte. Auf dem Treffen in Baden-Baden vom 15.2.1962 gelang es dem Kanzler de Gaulle zu überzeugen, dass die NATO in der Präambel des Vertrages erwähnt werden sollte und die EWG in der kommenden EPU gesichert sein sollte. Die abschließenden Erklärungen blieben zwar bei den Zuständigkeiten in wirtschaftlichen Themen schwammig, doch half das Treffen, die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen zu verbessern.<sup>9</sup> Dass die EWG unangetastet bleiben sollte, war in Deutschland parteiübergreifend Konsens.<sup>10</sup> Wie weit man dem General entgegen kommen sollte, blieb in der CDU umstritten, was überwiegend der divergierenden Einschätzung der US-amerikanischen Außenpolitik und Deutschlandpolitik geschuldet war. Waren die USA angesichts der Entspannungs- und Deeskalationsbemühungen und nach dem Mauerbau noch ein vollkommen verlässlicher Partner?<sup>11</sup> Waren die Beiträge de Gaulles ein Beitrag für die europäische Einigung oder gefährdeten diese die europäische Integration?<sup>12</sup> Und wie sollte in diesem Zusammenhang das britische Beitritts-gesuch zur EWG bewertet werden?

---

<sup>8</sup> Vgl. hierzu zusammenfassend mit weitergehenden Literaturangaben Eibl, Politik. S. 155 ff. Bühner, Werner: "Abschied von der Supranationalität: Deutsche Europapolitik und europäische Integration 1958 bis 1972", in: Schildt, Axel u. a. (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000. S. 248-272. Hier: S. 255 f.

<sup>9</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 162. Eibl, Politik. S. 160 f. Nach Eibl habe Adenauer dem Wunsch de Gaulles, supranationale Kompetenzen durch die politische Union zu schwächen, nachgegeben, obwohl er stets supranationale Strukturen befürwortet habe. Stattdessen habe man sich fast nur mit einer engeren Kooperation der deutschen und französischen Politik beschäftigt. Ebd. S. 161.

<sup>10</sup> Siehe zum Beispiel die Bewertung eines Referates zur den Verhandlungen der Fouchet-Kommission durch Kopf und Birkelbach auf der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 15.2.1962. In: Bracher, Karl-Dietrich u.a. (Hg.): Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1961-1965 (bearbeitet von Wolfgang Hölscher). Düsseldorf 2004. (CD-Rom Ausgabe). S. 70 f.

<sup>11</sup> Vgl. Oppelland, Torsten: Atlantiker und Gaullisten, in: Schwarz, Hans-Peter: Die Fraktion als Machtfaktor. München 2009. S. 67-84. Hier: S. 71 ff.

<sup>12</sup> Letzteres betone vor allem Ernst Majonica, der Vorsitzende des Arbeitskreises zur Außenpolitik in der Unionsfraktion. Siehe die Aufzeichnungen in dessen Tagebuch vom 23.1.1962, in dem er von „völlig unmöglichen Europaplänen der französischen Regierung“ spricht. In: Majonica, Ernst: Das politische Tagebuch 1958-1972. (bearbeitet von Hans-Otto Kleinmann und Christopher Beckmann). Düsseldorf 2011. S. 198.

## V.1.1 1962 – Die politische Konkurrenzsituation in Bewegung

In der Besetzung der neuen Bundesregierung nach den Wahlen von 1961 zeigten sich neue außenpolitische Nuancen. Brentano wurde von Schröder als Außenminister abgelöst, der seit Mitte der 50er Jahre dem Evangelischen Arbeitskreis vorstand und hier Rückhalt für seine Politik fand.<sup>13</sup> Der EAK selbst versuchte noch immer verstärkt in der protestantischen Kirche für die CDU gegen Einflüsse durch die SPD zu werben.<sup>14</sup> Die neuen Rahmenbedingungen bewirkten zunehmend eine Verschiebung der klassischen Konkurrenzschemata zwischen den Parteien. So schrieb bereits im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen ausgerechnet der Abendländer Jäger an Adenauer, dass er für eine Große Koalition plädieren würde. Die SPD sei ein zuverlässiger Partner. In einer Koalition mit ihr könne die Regierung gestärkt werden. „Vor allem aber kann unsere Europapolitik mit den Sozialdemokraten, die der EWG zugestimmt haben, leichter verwirklicht werden als mit den Freien Demokraten, die sich zum Gemeinsamen Markt ablehnend verhalten haben.“ Angesichts des „nationalen Notstandes“ (nach dem Mauerbau) wären aber von der jeweiligen Oppositionspartei nationale Einwände zu erwarten, der die Regierung „unter Ihrer energischen Führung“ zwar standhalten würde, die aber bei der FDP sicherlich kleiner ausfallen würde. „Da eine nationalistische Welle die Union und die Sozialdemokratie in gleicher Weise bedrohen würde, könnten die beiden Parteien durch Einführung des Mehrheitswahlrechtes dritten Parteien ein für alle Mal den Boden entziehen. Abgesehen von dem genannten Anlaß würde ich persönlich die Einführung des Mehrheitswahlrechts für die größte innerpolitische Tat halten, eine Tat, die die deutsche Demokratie für die Zukunft sichern würde.“<sup>15</sup> Jäger plädierte also aus Stabilitätsgründen für eine Koalition mit der SPD. Welch eine Wende im Vergleich zur Politik der 50er Jahre, als eben jene Stabilität der SPD nicht zugetraut worden war. Eine Wende, die sich auch in der Außenpolitik zeigte.

Eine der ersten Reisen führte Adenauer zusammen mit dem neuen Außenminister und Verteidigungsminister Strauß in die USA, wo beide mit besonderem Interesse beobachtet wurden. Beide Politiker stellten einen neuen, selbstbewussteren Politikertypus dar, die ihre Positionen der amerikanischen Administration selbstbewusst vortrugen. Während aber Schröder konzilient auf amerikanische Vorstellungen einging, löste Strauß mit teils spöttischen Bemerkungen Irritationen aus. Ergebnis der Gespräche war, dass sich amerikanisch-sowjetische Gespräche alleine auf die Berlin-Problematik beschränken und andere Themen wie die Atombewaffnung der Bundeswehr oder die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ausgeschlossen werden sollten. Die Bundesrepublik versprach im Gegenzug, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen und bei Frankreich für eine Beteiligung an Gesprächen mit der UdSSR zu werben. Der positiv bewertete Besuch wurde jedoch schon bald überschattet. In einem Interview Kennedys mit der sowjetischen Zeitung *Iswestija* im November 1961 wies dieser auf die Kontrollfunktion der NATO der Bundesrepublik gegenüber hin, was den Partner doch moralisch treffen musste. Ferner erregte er Aufsehen mit der Aussage, dass er

<sup>13</sup> Vgl. Oppelland, EAK. S. 135 ff. Zur schwierigen Koalitionsbildung 1961 und zur höchst umstrittenen Einsetzung Schröders siehe Eibl, Politik. S. 45 ff. Hier auch weitergehende Literaturangaben zur Koalitionsbildung.

<sup>14</sup> Oppelland, EAK. S. 126-130.

<sup>15</sup> Brief Jägers an Adenauer am 22.9.61. Zitate S. 3. ACDP. 07-001-10113.

die sowjetischen Sorgen verstehen könnte, falls die Bundesrepublik eine eigene Atomstreitkraft aufbauen würde. Dies ließ manchen Unionspolitiker an den USA zweifeln. Andere Politiker betonten die Kontinuitäten der amerikanischen Politik und die Treue zur atlantischen Partnerschaft. Krone gehörte im Grunde zur ersten Gruppe und fasste die Stimmung des amerikakritischen Lagers am 14.4.1962 in seinem Tagebuch zusammen: „Die Amerikaner sind nicht mehr die Amerikaner, die sie vor Jahren waren. Man will sich verständigen, und das geht eben nicht anders als auf dem Rücken der Deutschen.“<sup>16</sup> Doch Krone waren die Argumente der anderen Gruppe in der Union nicht fremd. So betonte er, dass die Außenpolitik der Bundesrepublik trotz allen Zweifels an der Verlässlichkeit der USA und angesichts der Entspannungsavancen aus dem Osten, geradlinig bleiben müsse. Auch in Zukunft werde man auf die Solidarität des Westens angewiesen sein.<sup>17</sup> Doch schien ja gerade der Mauerbau bestätigt zu haben, dass die neue amerikanische Administration in der Deutschlandpolitik gegenüber der Sowjetunion nicht mehr zu allen Mitteln, sondern eher zu Konzessionen bereit war. Adenauer und seine Anhänger betrachteten dies mit Sorge und versuchten dies mit einer engeren Anlehnung an Frankreich zu kompensieren. Die Vertreter der Atlantiker sahen hingegen in der neuen amerikanischen Politik ein Zeichen für eine Bewegung in der Politik. Schröder formulierte in der Fraktion, dass es von großem Schaden sein würde, wenn in der Welt der Eindruck entstehe, dass die Bundesrepublik keine Entspannung wolle. Bei der Diskussion in der Fraktion prallten die Einschätzungen Brentanos und Schröders zur Einschätzung der USA aufeinander.<sup>18</sup> Als „Atlantiker“ kehrte Erhard im Januar 1962 von einem USA-Besuch beschwingt zurück. Kennedy höchstpersönlich hatte ihm zugesichert, die atlantische Partnerschaft auch wirtschaftlich zu stärken. So sang er in einem Vortrag in St. Gallen das Hohelied auf die „Neue[n] Aufgaben der europäischen und atlantischen Zusammenarbeit“.<sup>19</sup> Damit schien eine alte Forderung Erhards wahr werden zu wollen. Gleichzeitig war die Frage nach dem Instrument zur Verwirklichung einer europäischen Einigung einer der Hauptscheidepunkte zwischen Kanzler und Vizekanzler. Vor allem aber die Verteidigungspolitik belastete die deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Seit Anfang 1962 schwelte in der Bundesrepublik ein Streit über die NATO-Strategie. Vor allem Strauß votierte für eine stärkere atomare Bewaffnung, da im Rahmen des Kalten Krieges konventionelle Waffen keineswegs ausreichen würden. Strauß wandte sich daraufhin den Avancen de Gaulles zu, der mit seiner *Force de frappe* eben eine deutsche Beteiligung möglich erscheinen ließ. Dies ließ wiederum die amerikanische Administration misstrauisch über den Atlantik auf die Bundesrepublik blicken, obwohl sich auch Strauß im Klaren war, dass die französische Atomstreitmacht keineswegs groß genug war, um im Falle einer nachlassenden Bereitschaft von Seiten der USA, Atomwaffen einzusetzen, Druckmittel zu sein und gleichzeitig diese kompensieren zu können. Es war wenig verwunderlich,

---

<sup>16</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 143-145. Ein Indiz für eine geänderte amerikanische Strategie war bei den Kritikern, dass in den Papieren der amerikanischen Administration nun nicht mehr die Rede von „Deutschland“ war, sondern explizit von Westdeutschland gesprochen wurde, was den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik in Frage stellte. Schwarz, Adenauer 2. S. 746.

<sup>17</sup> Artikel Krones in der Politisch-Soziale[n] Korrespondenz vom 1.2.62. Abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/8 (1962). 1. Halbband. S. 114 f.

<sup>18</sup> In einer kurzen Synthese beschrieben bei Opelland, Atlantiker und Gaullisten. S. 73.

<sup>19</sup> Vgl. Koerfer, Kampf ums Kanzleramt. S. 613-619.

dass gerade in der CSU aufgrund der „abendländischen Tradition“ das Konzept einer europäischen Nuklearstreitmacht große Unterstützung fand.<sup>20</sup> De Gaulles Einschätzung der amerikanischen Zuverlässigkeit war ähnlich skeptisch, wie er gegenüber Fanfani im April 1962 ausführte. Ferner sprach er von einer stärkeren Einbindung Deutschlands, um dessen Neutralisierung und Abfallen in den sowjetischen Machtbereich endgültig verhindern zu können.<sup>21</sup>

Mit Sorge blickten Teile der CDU offenbar nicht nur über den Atlantik, sondern auch über die Alpen. Bruno Heck bedankte sich zwar am 28.2.1962 für die freundliche Unterbringung auf dem Parteitag in Neapel, doch beglückwünschte er Moro ausdrücklich, dass es gelungen sei, „eine stabile demokratische Regierung herbei[zu]führen, die für die notwendigen sozialen Reformen aufgeschlossen ist. Sie haben sicher auch manche besorgte Stimme aus Deutschland zu dieser Öffnung nach links vernommen. Für unsere Freunde kann ich Ihnen sagen, daß wir volles Vertrauen zur außenpolitischen Haltung der *Democrazia Cristiana* und des italienischen Ministerpräsidenten Fanfani haben. Wir haben nur den Wunsch, daß die italienischen Wähler diesen mutigen Schritt der *Democrazia Cristiana* bei der nächsten Wahl in rechter Weise würdigen mögen.“ Für die Zukunft wünsche man sich einen noch „engeren Gedankenaustausch“.<sup>22</sup> Bereits im Februar hatte Adenauer vor dem engeren Bundesvorstand der CDU seine Besorgnis gegenüber der *apertura a sinistra* ausgedrückt. Zusammen mit der angespannten Lage in Frankreich, die ohne de Gaulle eskalieren würde, den innenpolitischen Problemen der USA und aufgrund der sinkenden Wahlbeteiligung, die ein Zeichen dafür sei, dass die ehemalige Aufgabe des moralischen Neuanfangs nach der NS-Zeit zu scheitern drohe, bildete dies den düsteren Hintergrund seiner Analyse.<sup>23</sup> Hinzu kamen Überlegungen, wonach es Versuche gebe, die Regierung auseinander zu dividieren, was wohl eine Art Wagenburgmentalität auslösen sollte, zumal er die SPD auf den Vormarsch sah und ihr aus ideologischen Gründen noch immer eine Nähe zum Kommunismus nachsagte, was sich ja schon am Deutschlandplan gezeigt habe, der noch immer verfolgt werde. Die Union sei die einzige Partei, die „in der kommenden Auseinandersetzung mit dem atheistischen Kommunismus“ weltanschaulich gefestigt sei. Einigkeit war auch angebracht, da bei einem Atomkonflikt Europa ausgelöscht würde. Anders als bei der amerikanischen Demokratie, bei der die Bevölkerung erst von einem Einsatz überzeugt

<sup>20</sup> Vgl. Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 176 ff. Zur Straußschen Skepsis an der neuen Verteidigungsstrategie der USA seit 1957, der Ablösung der „massiven Vergeltung“ durch die „flexible Antwort“ siehe Oppelland, Atlantiker und Gaullisten. S. 73 f.

<sup>21</sup> Siehe das Protokoll zum Treffen Fanfanis mit de Gaulle vom 4.4.62 in Turin. In: Ballini, Pier-Luigi und Varsori, Antonio (Hg.): *L'Italia e l'Europa*. Soveria Mannelli 2004. 2. Band. S. 474-489. Hier: S. 474 f.

<sup>22</sup> ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Moro. Sc. 159, Fasc. 15.

<sup>23</sup> Rede Adenauers zur politischen Lage vom 7.2.62. In: Adenauer, Reden. S. 431-441. Hier S. 434 f. und S. 441. Auch der französische Botschafter wusste Anfang 1963 von dem Misstrauen Adenauers gegenüber der *apertura a sinistra* zu berichten, die die Gefahr des Neutralismus in sich trage und somit die Allianzen unterminierte. Vgl. Martelli, Fanfani. S. 418 f. Vor allem Anmerkung 275, in der der Brief erwähnt ist. Ein weiteres Beispiel für das Misstrauen und die Furcht Adenauers, wenn „Kommunisten“ an der italienischen Regierung beteiligt würden und eventuelle Folgen für die NATO, findet sich bei dessen Vortrag vor der Fraktion vom 24.9.1963. In: Bracher, Karl Dietrich, Morsey, Rudolf und Schwarz, Hans-Peter (Hg.): *Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966* (bearbeitet von Corinna Franz). 2. Teilband. 1963-1965. Düsseldorf 2004. Hier S. 737.

werden müsse, könne die Sowjetunion ihre nuklearen Waffen schnell einsetzen. Darüber hinaus verfüge sie über eine konventionelle Streitmacht, die der westlichen weit überlegen sei.<sup>24</sup> Adenauer spielte sein altes Argument aus, wonach man sich nicht sicher sein könne, dass die USA im Ernstfall ein zuverlässiger Partner sein würden. Demnach war Kennedys Vorschlag einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit der USA mit der EWG und gleichzeitigen Zollsenkungen nur innenpolitischen, wirtschaftlichen Problemen geschuldet. Wie die Presse „Hurra schreien“ und von einer „Atlantischen Union“ sprechen könne, sei ihm schleierhaft.<sup>25</sup> Damit aber unterschied sich Adenauers Einschätzung vom wirtschaftspolitischen Kurs Erhards grundsätzlich, der die Verkündung der „atlantischen Partnerschaft“ durch Kennedy im Sommer 1962 und die Zollsenkungspläne begrüßte.<sup>26</sup>

Währenddessen schritt die EWG voran. In Brüssel wurde im Januar 1962 die zweite Phase des Gemeinsamen Marktes eingeläutet, was Adenauer als Erfolg wertete. Ollenhauer widersprach dem nicht, forderte aber den Kanzler auf, hierüber im Bundestag debattieren zu lassen, da die Auswirkungen auf die westdeutsche Wirtschaft weitreichend seien.<sup>27</sup> Dabei ging es vor allem um die Auswirkungen der beschlossenen Agrarpolitik. So wurden in der CDU/CSU-Fraktion die Gefahren für die deutsche Landwirtschaft, und somit eines großen Wählerklientels der Union, debattiert. In der Fraktion traten Verwerfungen zwischen Europa- und Agrarpolitikern auf. Letztere wollten das Thema keinesfalls der SPD oder FDP überlassen und sahen die Verordnungen schlecht legitimiert, da vor allem ein europäisches Parlament fehle. Brentano griff dies sofort auf und stellte klar, dass die Union seit je her ein europäisches Parlament fordere. Man dürfe die Dinge nicht zu negativ darstellen. Die Regierung könne mit Sicherheit die größten „Schwierigkeiten von der Landwirtschaft fernhalten“, wobei Agrarpolitiker vor höheren Verbraucherpreisen warnten.<sup>28</sup>

Die Bundestagsdebatte zur Europapolitik vom 31.1.1962 ließ zwischen den CDU-Rednern keine großen Unterschiede erkennen. Stattdessen skizzierte Brentano die Schritte eines bis jetzt gelungenen europäischen Integrationsprozesses, der weitergeführt werden müsse.<sup>29</sup> Für die SPD strich Birkelbach eine grundsätzliche Übereinstimmung mit den Ergebnissen in der Agrarpolitik und der Erreichung der zweiten Stufe des Gemeinsamen Marktes heraus, betonte aber, dass die Entscheidungen viel früher hätten gefällt werden müssen. Er betonte, dass den europäischen Institutionen stärkere Kompetenzen zugeordnet werden müssten. Die Verknüpfung zwischen den Volkswirtschaften sei unumkehrbar, weshalb eine Rechtsangleichung zwischen den Staaten vonnöten sei. Endlich müsste auf unterschiedlichen Sektoren wie der Verkehrs- und der Steuerpolitik eine gemeinsame Politik

---

<sup>24</sup> Ebd. S. 432-434. Überlegungen zur SPD und das Zitat befinden sich auf S. 439 f.

<sup>25</sup> Adenauer vor dem engeren CDU-Bundesvorstand am 7.2.62. In: Bracher, Karl Dietrich, Morsey, Rudolf und Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961-1965 (bearbeitet von Günter Buchstab). Düsseldorf 1998. S. 105.

<sup>26</sup> Hentschel, Erhard. S. 410.

<sup>27</sup> Bracher, Karl-Dietrich u.a. (Hg.): Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966. 1. Halbband 1961-1963 (bearbeitet von Heinrich Potthoff). Düsseldorf 1993. S. 48. Sitzung vom 16.1.1962.

<sup>28</sup> Bracher, Karl Dietrich, Morsey, Rudolf und Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966 (bearbeitet von Corinna Franz). Düsseldorf 2004. Hier: 1. Teilband 1961-1963. Sitzungen vom 23.1. und 30.1.1962. S. 172-175 und S. 180 f.

<sup>29</sup> Stenographische Berichte. Band 50. S. 350-354.

betrieben werden. Ernsthafte Arbeit statt Träumerei auf europäischer Ebene, womit er auch den Europarat einschloss, und eine Erweiterung der EWG seien notwendig.<sup>30</sup>

Die sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament mit Birkelbach an der Spitze forderte starke Gemeinschaftsinstitutionen, die „unentbehrlich sind für die energische Förderung des allmählichen Zusammenschlusses der europäischen Länder zu einem Bundesstaat, für die Kontrolle der immer mächtiger werdenden privaten Interessengruppen und für die stetige Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.“ Insbesondere eine starke europäische Exekutive sei notwendig. Die geplante Union der europäischen Staaten dürfe den Stand der momentanen europäischen Integration nicht gefährden, aber auch nicht zu einer Schwächung der Solidarität unter den NATO-Partnern führen. Das Parlament müsse gestärkt und direkt gewählt, die Menschenrechte einbezogen und für die neue Union von Beginn an Mehrheitsbeschlüsse festgelegt werden.<sup>31</sup> Anders als bei der Union wurde im offiziellen Tenor der SPD keine Kritik an einer möglichen Unzuverlässigkeit der USA geübt. Im Gegenteil: die SPD um ihren verteidigungspolitischen Sprecher Erler stimmte gar einer Verlängerung des Wehrdienstes zu, um somit der neuen Strategie der *flexible response* Kennedys gerecht werden zu können. In der Logik der atomaren Abschreckung sollte somit konventionelle Aufrüstung die Gefahr der tödlichen Konfrontation abschwächen. An der Seite der Kennedy-Administration konnte man gegen die Verteidigungspolitik von Strauß opponieren.<sup>32</sup> Der Aufbau einer möglichen multilateralen Streitmacht (MLF) sollte dabei die Weiterverbreitung der Atomwaffen auch innerhalb der NATO hindern.<sup>33</sup>

Vor allem im April 1962 kam es zwischen der amerikanischen und der bundesrepublikanischen Regierung anlässlich des Berlin-Interimabkommens, das am 16. April zwischen Rusk und dem sowjetischen Botschafter Dobrynin verhandelt werden sollte, zu Kontroversen. Während Schröder in einem Gespräch mit Rusk im März von diesem Abkommen nur geringe Gefahren für eine Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik gesehen und die Kennedy-Administration dies als grundsätzliche Zustimmung aufgefasst hatte, überraschte die amerikanische Aufforderung zu einer Stellungnahme Adenauers. Gegen Schröders Willen bat der Kanzler die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen am 12.4.1962 angesichts der Brisanz der amerikanisch-sowjetischen Gespräche zu einer Unterredung, in der sich Ollenhauer und Mende bedeckt hielten, Krone, Brentano und Adenauer aber Schröder scharf kritisierten. Schlimmer war, dass deutsche Tageszeitungen und die New York Times am 14.4. ausführlich über die amerikanischen Pläne berichteten. Die US-Administration reagierte verärgert und protestierte scharf.<sup>34</sup> Adenauer versuchte vor der Fraktion zu beschwichtigen. Demnach habe sich das Verhältnis zu den USA nicht geändert, was besonders gegenüber der „SPD-Presse“ betont werden müsse. Innerhalb des Bündnis-

<sup>30</sup> Ebd. S. 354-360.

<sup>31</sup> Pressemitteilung vom 20.12.61, abgedruckt in Sozialistische Europa-Korrespondenz, NR. 35 – 1961. AdsD. Bundesvorstand, Abteilung Internationale Beziehungen. 03030.

<sup>32</sup> Vgl. Potthoff, Einleitung. In: Bracher, Karl-Dietrich u.a. (Hg.): Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966. 1. Halbband 1961-1963. Bearbeitet von Heinrich Potthoff. Düsseldorf 1993. S. I-CXXIV. Hier: S. CXXIII.

<sup>33</sup> Entschließung auf dem Kölner Parteitag vom 30.5.1962. In: DzD IV/8 (1962). S. 594 f. Vgl. ebenso die Ausführungen Erlers vor dem Auswärtigen Ausschuss vom 21.3.1962. Auswärtiger Ausschuss 1961-1965. CD-Rom Version. S. 111 f.

<sup>34</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 149-151.



ses müsse man aber klar seine Meinung vertreten.<sup>35</sup> Die Kontroverse wurde diplomatisch beigelegt, vertiefte aber die Gräben in der Union. Adenauer betonte in Cadenabbia, man müsse nun stärker auf das „deutsch-französische und das europäische Pferd“ setzen.<sup>36</sup> Schröder war im April 1962 die Zielscheibe aller Christdemokraten geworden, die den USA eine zu weiche Position in der Deutschlandpolitik gegenüber der Sowjetunion vorwarfen. Insbesondere Adenauer, Brentano, Krone, Guttenberg und Strauß waren die Kritiker des Außenministers, der von den Atlantikern, von anderen Parteien sowie der amerikanischen Administration gestützt wurde. Der innerparteiliche Streit erregte das Aufsehen der Presse.<sup>37</sup>

Es war die Einschätzung der Gefahrensituation, die unionsinterne Lager entstehen ließ. Zwischen dem Verteidigungsminister und dem Außenminister kam es im Sommer 1962 in der Frage der atomaren Bewaffnung zum Bruch. Während Strauß eine unabhängige europäische atomare Bewaffnung bevorzugte, warnte Schröder davor, den effektiveren Schutz des amerikanischen Schirms gegen ineffektive französische Versprechen einzutauschen. Adenauer lavierte zwischen den Positionen. Einerseits versuchte er keine Zweifel aufkommen zu lassen, dass die USA und die NATO die Grundlage der Sicherheit der Bundesrepublik seien und kritisierte die französische NATO-Politik im Frühjahr 1962 immer wieder. Andererseits kritisierte er auch die Politik Kennedys und wandte sich insbesondere nach der Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen im April 1962 den französischen Vorschlägen der *force de frappe* zu. Adenauer hielt sich beide Optionen offen, womit er seinen pragmatischen Politikansatz unterstrich, zumal er in einem Teegespräch betonte, dass die Bundesrepublik nicht ewig ein atomarer Habenichtsbleiben könne. Die angemessene Nuklearteilnahme war in den Unionsparteien Konsens, während hingegen die Mittel und Wege umstritten waren. Schröder setzte sich verstärkt für eine MLF ein, obwohl die USA auch diesem Konzept eine Absage erteilten.<sup>38</sup> Damit entsprach er den Vorstellungen der SPD, die allenfalls eine Beteiligung Europas an den Entscheidungen in der NATO anstrebten.<sup>39</sup>

Adenauers weit ausholende Einschätzung wurde bei einem Empfang des Vereins der Auslandspresse in Berlin am 8.5.1962 deutlich. Wieder einmal machte er die drei großen Mächte aus, die „Verein.[igten] Staaten von Nordamerika, [...] zweitens die Sowjetunion, [...] drittens in gewissem Umfang auch Rotchina“. Dazwischen müsse sich „Westeuropa, oder sagen wir in Europa – Rußland gehört ja auch noch ein Stück zu Europa, aber das meine ich jetzt nicht“ behaupten, obwohl es „keine Großmacht im echten Sinne des Wortes mehr“ gebe. Dies zu kompensieren sei von Beginn an der Sinn der europäischen Einigung gewesen. Es sei richtig, „die westeuropäischen Länder zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet zusammenzufassen“ doch sei vom „ersten Tage an daran gedacht [gewesen], daß diese wirtschaftliche Zusammenarbeit schließlich übergehen oder als Krönung bekommen müsse eine

---

<sup>35</sup> CDU/CSU-Fraktion 61-63. Fraktionssitzung vom 15.5.62. S. 265 f.

<sup>36</sup> Schwarz, Adenauer 2. S. 747.

<sup>37</sup> Siehe hierzu zusammenfassend Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 149-161. Ebenso Koerfer, Kampf ums Kanzleramt. S. 636 ff.

<sup>38</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 178 f. Vgl. Eibl, Politik. S. 215 ff. Unter einer MLF firmierten mehrere Vorstellungen, wonach die NATO eine eigene Atomstreitkraft bekommen sollte, deren Kommandostrukturen, Finanzierung etc. jedoch stets umstritten blieben.

<sup>39</sup> Vgl. die Entschließung vom Kölner Parteitag (wie Anmerkung 33).

Politische Union. Wie weit eine europäische politische Union sich einmal entwickeln wird, kann kein Mensch jetzt voraussagen, ebenso wenig wie man seinerzeit hatte voraussagen können, daß die EWG sich derartig entwickeln würde, wie sie sich entwickelt hat.“ Adenauer spielte die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Staaten über die Fouchetpläne und die Politischen Union als „Mißverständnisse“ herunter. „Aber das Problem ist so brennend, daß man sich damit nicht zufrieden geben kann, sondern daß man, und zwar noch im Laufe dieses Sommers, einen weiteren Schritt tun muß auf den Abschluß einer solchen Union hin“, wobei die Eigenarten eines jeden Landes bewahrt bleiben müssten. Die „westeuropäischen früheren Großmächte“ müssten sich in enger Anlehnung an die USA zusammenschließen, aber „selbstverständlich ihr eigenes Leben führen“. Nun werde der Beitritt Großbritanniens aktuell, wobei die Verhandlungen offen seien. Die vielen Anträge auf Assoziation und Beitritt verhiessen geradezu, dass „sich der Glaube verbreitet, daß die Menschheit und jedes einzelne Volk durch die EWG glücklich werden würde. Ein großer Irrtum, meine Damen und Herren!“ So müssten für die Vorteile der EWG auch Opfer gebracht werden. „Jede Gemeinschaft besteht ja aus einem Geben und Nehmen, so daß auch der Zutritt zur EWG Opfer erfordern wird.“ Zu den konkreten Fragen des Beitritts Großbritanniens nahm Adenauer keine Stellung mehr.<sup>40</sup> Adenauer bremste mit seinen Ausführungen bereits die Erwartungen an einen britischen Beitritt, sowohl in der EWG als auch bei den Mitgliedern des *Commonwealths*. Aus den Ausführungen sprach, dass sich Adenauer vor allem auf eine Vertiefung festlegte, wobei er nach dem Treffen mit de Gaulle von Baden-Baden betonte, dass mit einer europäischen Einigung auch der Ostzone geholfen werde. Dies traf in der CDU-Fraktion auf Zustimmung, wobei vor allem Schröder insistierte, dass die eine politische Einigung nicht auf Kosten bereits bestehender Gemeinschaften geschehen dürfe.<sup>41</sup>

Eine Vertiefung forderten auch die SFIO und die SPD in einer gemeinsamen Erklärung zur deutsch-französischen Verständigung, in dem sie diese in „einer politischen Ordnung für Europa“ und „einer wirtschaftlichen Ordnung Europas“ eingebunden sehen wollten. Neben dem „schnelle[n] Abschluss eines Vertrages, der den Beginn der politischen Gemeinschaft Europas ermöglicht“, wurde der Beitritt Großbritanniens gefordert. Es folgten allgemeine Forderungen zur europäischen Sozial- und Kulturpolitik sowie zu „einer internationalen Rechtsordnung, - die Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden aller Völker und Rassen sichert.“ Eingehend auf die Sicherheitspolitik stellte die Erklärung fest: „Da Europa ein entscheidendes Element der Konsolidierung des Westens, gleichzeitig aber auch eine Voraussetzung jeder internationalen Entspannung und des Friedens ist, muss es in vollem Umfange seine Aufgabe bei den Bemühungen um die Organisation der internationalen Sicherheit erfüllen.“ Man fuhr fort: „In diesem Sinne darf das von uns angestrebte Europa nicht zu einer Loslösung von der Atlantischen Gemeinschaft führen. Europa kann seine Verteidigung nicht allein und nicht mit einer nationalen Atombewaffnung sichern; noch weniger

<sup>40</sup> Unkorrigiertes Manuskript in: ACDP. 07-001-10010. Das Manuskript wurde im Dezember 1964 an die deutsche Botschaft in London gesendet.

<sup>41</sup> CDU/CSU-Fraktion 61-63. Sitzungen der CDU/CSU Fraktion vom 13.2. sowie vom 20.2.62. S. 189 und S. 199. Zu Adenauers Kurswechsel im Frühjahr 1962 und der stärkeren Betonung einer Zusammenarbeit mit Frankreich statt eines schnellen Beitritts Großbritanniens siehe: Hrbek, Rudolf und Schwarz, Volker (Hg.): 40 Jahre Römische Verträge: Der deutsche Beitrag. Baden-Baden 1998. S. 278-290. Hier: S. 281 ff.

kann es allein eine wirksame Abschreckung organisieren. Das würde auf die Dauer zur Auflösung der Atlantischen Gemeinschaft und zur Isolierung Europas führen.<sup>42</sup> Die SPD registrierte die Dissonanzen innerhalb der Union und unterstützte Schröder bei dessen Aussagen zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen und den amerikanischen Initiativen in der Deutschlandpolitik und Berlinfrage.<sup>43</sup> Ollenhauer warf Adenauer und seiner Regierung vor, keine konsistente Außenpolitik zu betreiben. De Gaulles Vorstellungen von Europa seien mit der EWG unvereinbar. Würden diese verwirklicht, bestehe die Gefahr des Stillstands der europäischen Integration.<sup>44</sup> Adenauer entgegnete, indem er der SPD mal wieder vorwarf, die Politik des Nein-Sagens zu verfolgen, wo doch angesichts der Berlin-Frage Einigkeit, abseits jeder parteipolitischen Rangelei, geboten sei. Die Dichotomie „Europa der Vaterländer“ und EWG sei indes falsch, denn weder in Frankreich noch in Italien noch in Deutschland wolle man das Vaterland durch Europa abschaffen. Ein politisch geeintes Europa könne niemals das Ende für die kulturell geprägten Vaterländer sein. De Gaulle habe darüber hinaus bestätigt, dass die EWG unangetastet bleibe. Es sei den Bestrebungen der Benelux-Länder zu „verdanken“, dass die Verhandlungen zur Politischen Union unterbrochen worden seien. Im Übrigen sei an der positiven Einstellung der Regierung zur atlantischen Partnerschaft und den europäischen Institutionen nicht zu zweifeln. Zum Schluss seiner außenpolitischen Ausführungen betonte Adenauer, dass Kontinuität das Wichtigste in der Außenpolitik sei und man nicht ständig mit neuen Äußerungen kommen dürfe.<sup>45</sup>

Die Beziehungen zu den USA blieben auch im Sommer 1962 angespannt. Neben den Kontroversen in der Verteidigungspolitik, vor allem bei den Plänen der Multi-lateral-Force, entzündete sich Streit an den Handelshemmnissen, die die EWG gegenüber Produkten von außen aufrechterhielt. Im Juni stritt man sich über Zölle, die auf Tiefkühlhähnchen erhoben wurden. Kennedy intervenierte gar persönlich beim Kanzler. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senates, Fulbright, drohte anlässlich des „Hähnchenkrieges“ gar mit dem Abzug amerikanischer Streitkräfte aus Europa. Nachlassendes Vertrauen in die amerikanische Zuverlässigkeit ging mit der zunehmenden Anlehnung an Frankreich einher. Adenauer schrieb an Brentano: „Das Verhältnis zwischen USA und Frankreich verschlechtert sich immer mehr und damit auch das Verhältnis zwischen uns und den Vereinigten Staaten. Nachdem durch die Briten die Belgier und Holländer gegen die politische Europäische Union, die von Anfang an überhaupt das Ziel der europäischen Maßnahmen war, aufgepeitscht worden ist, bleibt nur der Block Frankreich und Deutschland – hoffentlich unter Teilnahme Italiens und Luxemburgs – übrig.“<sup>46</sup>

Die Etablierung eines deutsch-französischen Blocks fand jedoch in den Unionsparteien keine breite Zustimmung. Majonica und Brentano hatten im Frühjahr vor den Vorstellungen

<sup>42</sup> In: Sozialistische Europa-Korrespondenz 8/62. In: AdsD SPD-Parteivorstand (alter Bestand). D 1006.

<sup>43</sup> So Brandt im Mai 1962. Koerfer, Kampf ums Kanzleramt. S. 643.

<sup>44</sup> Aussprache zum Kanzleretat vom 10.4.1962. DzD IV/8 (1962) S. 390 f. Stenographische Berichte. Band 50. Debatte zum Haushalt des Bundeskanzlers vom 10.4.62. S. 958-964. Rede Ollenhauers und Antwort Adenauers.

<sup>45</sup> DzD IV/8 (1962). S. 394-399.

<sup>46</sup> Siehe Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 167. Siehe Morsey, Rudolf und Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Adenauer. Briefe 1961-1963 (bearbeitet von Hans Peter Mensing). Paderborn u.a. 2006. S. 111-114. Hier: S. 113.

de Gaulles im Rahmen der Fouchet-Verhandlungen gewarnt. Ersterer hob besonders die Bedeutung der NATO hervor. Die Bundesrepublik dürfe sich hier nichts verbauen. Brentano warnte im Rahmen einer Resolution der Europa-Union vor Rückschritten im europäischen Einigungsprozess. Gegenüber dem Kanzler verwies er darauf, dass mit de Gaulles Vorschlägen die NATO ignoriert und die bestehenden europäischen Organisationen unterwandert werden könnten.<sup>47</sup> Schröder hingegen hielt nicht viel von dem Gerede eines möglichst supranationalen Europa. Ganz als Realpolitiker schalt er die föderalistischen Pläne als Wunschtraum und beförderte konföderale Integrationsversuche. Anders als später immer wieder hervorgehoben, handelte Schröder keineswegs stereotyp antifranzösisch oder antieuropäisch. Adenauer hingegen vertrat eine pragmatische Linie. „Wir haben ganz wilde Europäer, wir haben gemäßigte Europäer und wir haben Anti-Europäer. Ich gehöre zu den gemäßigten.“ Adenauer hielt den Theoriestreit für „Wortklauberei“. Für den Bau Europas sah er einen evolutionären, schrittweisen Weg vor. Auf der Konferenz von Paris im April 1962 wurden die Fouchetpläne abgelehnt, weil die Niederlande und Belgien den Beitritt Großbritanniens als Vorbedingung erkoren, obwohl doch gerade die britische Einstellung ihren supranationalen Vorstellungen widersprach. Frankreich widersetzte sich dem, da es mit Großbritannien sonst um die Führungsrolle in der EPU hätte ringen müssen. Schröder wollte hingegen, obwohl er ein entschiedener Befürworter eines Beitritts Großbritanniens war, die EPU nicht von dem Beitritt Großbritanniens abhängig machen.<sup>48</sup>

Der Beitritt Großbritanniens war ein entscheidender Teil des „*Grand Designs*“ der Kennedy-Administration. Sowohl den Forderungen de Gaulles als auch der wachsenden wirtschaftlichen Potenz der EWG stellte sie im Sommer 1962 ihre atlantische Partnerschaft entgegen. Ziel waren die Immunisierung der Bundesrepublik gegen die französischen Avancen und die Festigung der Vormachtstellung der USA in Westeuropa.<sup>49</sup> Mit seinem Vorschlag der atlantischen Partnerschaft rannte der amerikanische Präsident vor allem bei der SPD offene Türen ein. Seit dem Besuch Erlers und Schmidts in der Sowjetunion 1959, bei der die sowjetische Führung eindeutig klar gemacht hatte, dass es für ein kollektives Sicherheitssystem zu spät sei, hatte sich die SPD nicht nur von dem Deutschlandplan verabschiedet, sondern nahm auch von der alten außenpolitischen Haltung Ollenhauers und Schumachers Abstand, die ein wiedervereinigtes Deutschland als Nahziel aufgefasst hatte. Nun wurden die getroffenen außenpolitischen Entscheidungen als Grundlage für die eigenen Entscheidungen explizit anerkannt. Vor allem das außenpolitische Programm des Kanzlerkandidaten von 1961 und Berliner Regierenden Bürgermeisters Brandt sah eine enge Zusammenarbeit mit den USA als Grundlage der deutschen Außenpolitik an. In einer atlantischen Partnerschaft sollte ein einiges Europa als gleichberechtigter Pfeiler in der NATO Anteil an der Verteidigung des Westens haben. Der Westen müsse gemeinsam handeln. So wurde auch das Nassau-Abkommen von Erler ausdrücklich begrüßt. Neben sicherheitspolitischen Argumenten spielten weitere Überlegungen eine Rolle. Gerade Brandt erkannte die Bedeutung der USA für den Status Berlins an. Gleichzeitig wurde eine Änderung der amerikanischen Außenpolitik bereits unter Dulles ab 1958 begrüßt, die Regierungsübernahme durch Kennedy jedoch als Teil einer sich wandelnden Politik und einer neuen gesellschaft-

<sup>47</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 163 f.

<sup>48</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 162 f.

<sup>49</sup> Siehe Conze, Eckart: Die gaullistische Herausforderung. München 1995. S. 227 f.

lichen Orientierung interpretiert. Der USA wurde dabei eine eindeutige Bevorzugung der EWG vor der EFTA zugeschrieben, trotz aller wirtschaftlichen Streitpunkte. Die EWG sollte Europa dazu bewegen, nur mit einer Stimme zu sprechen. Auch deswegen verfolgte die amerikanische Administration den britischen Beitritt, den die SPD seit der Zustimmung zum EWG Vertrag 1957 erhoffte und zusammen mit dem Beitritt skandinavischer Staaten auch aus gesellschaftspolitischen Gründen für notwendig hielt.<sup>50</sup> So gestand Erler noch im Februar 1964 auf dem Europakongress der SPD: „Denn seien wir doch ehrlich, einige der Länder auf dem europäischen Kontinent, die heute Kernländer der Gemeinschaft zu sechs sind, haben in ihrer wechsellvollen Geschichte nicht immer ein ungebrochenes Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie gehabt, um es milde zu sagen.“<sup>51</sup> Birkelbach sah die europäische Einigung sogar als Garant für eine westdeutsche Demokratie, aber auch als Aufforderung, in den Partnerstaaten auf demokratische Verhältnisse zu drängen. Hier nannte er mit Blick auf das Ende der Vierten Republik Frankreich und aufgrund der Menschenrechtssituation wies Kalbitzer darauf hin, dass eine Mitgliedschaft Spaniens oder Portugals in der EWG unvorstellbar sei.<sup>52</sup> Birkelbachs Äußerungen wurden von Mitarbeitern Adenauers als Begründung für ein sozialistisches Europa aufgefasst. So fragte der Mitarbeiter Selbach bei Globke am 1.4.1963 nach, ob er einen Auszug präsentieren könne, wonach ein gewisser SPD-Abgeordneter namens „Billebeck (?)“ Äußerungen zu einem sozialistischen Europa im Jahr 1961 getätigt habe. Anschließend stellte Selbach selbst fest, dass hiermit Birkelbach gemeint sei, der einen Artikel im Europa Archiv veröffentlicht habe. Ferner habe dieser seine Vorstellungen in einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk am 5.9.1961 ausgeführt. In dem Interview selbst waren aber nur Äußerungen zu lesen, wonach die europäische Einigung ein sozial ausgeglicheneres und demokratischeres Europa schaffen müsse. Und dies gelinge, aufgrund deren „Grundhaltung“, durch die Einbindung Großbritanniens und skandinavischer Staaten besonders gut.<sup>53</sup> Die Stärkung demokratischer Strukturen, vor allem des europäischen Parlaments, blieb eine Hauptforderung der SPD und der sozialistischen Fraktionen sowohl im Europarat als auch in der gemeinsamen Versammlung. In den Artikeln wurden die Forderungen geradezu als dichotomische Antwort zur konservativen französischen Politik beschrieben.<sup>54</sup>

Dafür waren nach Schmid für einen britischen Beitritt aus politischen Gründen wirtschaftliche Nachteile hinzunehmen. Ähnlich wie die SPD ihre Meinung aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen geändert habe, könnten ja auch Großbritannien und das *Commonwealth* ihre Meinung zu den wirtschaftlichen Folgen des Beitritts ändern. Die wirt-

---

<sup>50</sup> Vgl. Bellers, die Godesberger SPD. S. 314 ff.

<sup>51</sup> Zitiert nach Bellers, die Godesberger SPD. S. 328.

<sup>52</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 328. Siehe auch das Interview mit Birkelbach vom 23.1.1962 im Hessischen Rundfunk. In dem Interview ist von einer graduellen Entwicklung die Rede, die der britische Beitritt nehmen könnte. In: AdsD, Bundesvorstand, Abteilung Internationale Beziehungen. 0312. Ebenso die Sozialistische Europa-Korrespondenz 4/62 und 9/62 mit den Artikeln: „Sozialisten gegen institutionelle Verbindung Spaniens mit der EWG“ und „Kein Platz für Franco-Spanien“. In: AdsD, Bundesvorstand, Abteilung Internationale Beziehungen. 01006.

<sup>53</sup> ACDP. 07-001-10113.

<sup>54</sup> Siehe den Artikel anlässlich eines Treffens der sozialistischen Fraktion im Europarat „An gemeinsamen Maßstäben orientiert“. In: SPD-Pressedienst vom 14.9.1962. S. 3. Abgerufen auf <http://library.fes.de> am 27.2.2011.

schaftlichen Folgen für deren Landwirtschaft würden nicht so schlimm sein. Ähnlich wie bei der EGKS werde es wohl auch hier zu einer Nivellierung nach oben kommen. Wichtiger als die wirtschaftlichen Überlegungen seien die politischen Folgen einer weiteren Spaltung Europas, denn der wirtschaftlichen Trennung würde die politische Entfremdung folgen.<sup>55</sup> Es war eben jene dynamische Entwicklung, die die SPD vermuten ließ, dass Großbritanniens Beitritt eben nicht den Stillstand für die EWG und die politischen Einigungsbemühungen bedeuten würde. Immerhin stimme London nun schon der Abgabe von Souveränitätsrechten zu, was bei den Römischen Verträgen undenkbar gewesen war. Mommer vertraute bei der Vertiefung auf die funktionalistische Sichtweise. Demnach mussten gemeinschaftliche Organe geschaffen werden, die die Einigung beflügeln würden.<sup>56</sup> Der CDU-Politiker Furler betonte bei gleicher Gelegenheit, dass die Institutionen der EWG durch die politische Gemeinschaft de Gaulles nicht angerührt werden dürften.<sup>57</sup> Furlers Bemerkungen über die Möglichkeit einer grundsätzlichen Einigung, wenn man die Formulierungen de Gaulles abschwäche, fanden die ausdrückliche Zustimmung Birrenbachs und Birkelbachs.<sup>58</sup>

Diesen Gedanken wurden wirtschaftspolitische Grundhaltungen hinzugefügt. Großbritannien sei durch die Meere immer weltoffen gewesen, gerade im Gegensatz zu manchen kleineuropäischen Überlegungen. „Es ist nur zu erklärlich“, konstatierte Schmid am 28.1.1963 in der Universität zu Köln, „daß sich alles, was konservativ denkt in Europa, gegen diesen Beitritt Großbritanniens wehrt.“ Dies gab in der Union Anlass zur Annahme, dass die SPD den britischen Beitritt vor allem aus parteitaktischen Gründen befürwortete.<sup>59</sup>

Die amerikanische Regierung versuchte auf die Bundesregierung Druck auszuüben. Adenauer betonte zwar, dass er den Beitritt Großbritanniens zur EWG wolle, stellte aber noch stärker die Probleme in den Vordergrund. Seine Haltung wurde durch die Politik Macmillans in der Berlin-Frage noch gestärkt. Adenauer betonte die Schwierigkeiten für die deutsch Montan- und Textilindustrie sowie für den europäischen Agrarmarkt. Ferner hob er Schwierigkeiten bei der Stimmengewichtung im Ministerrat hervor bis hin zum kritischen Zweifel, ob denn Großbritannien überhaupt beitreten wolle.<sup>60</sup> Adenauer zog eine Vertiefung einer Erweiterung vor. Er wurde durch Äußerungen des amerikanischen Sicherheitsberaters Bundy in seiner Abneigung bestärkt. Bundy hatte ausgeführt, dass auch in 15 Jahren die USA und weder Frankreich, die Bundesrepublik noch Großbritannien die Führungsmacht in Europa sein werden. Welch ein Menetekel für den alten Rheinländer, der sich doch der kulturellen Überlegenheit des alten Kontinents sicher war. Ferner würde Paris es als „eine Art

---

<sup>55</sup> Artikel Carlo Schmid in der Sozialistischen Korrespondenz 19/1961. S. 2-4. In: AdsD, Bundesvorstand. Abteilung Internationale Beziehungen. 0958.

<sup>56</sup> So Mommer vor dem Auswärtigen Ausschuss am 21.3.1962. Auswärtiger Ausschuss 1961-1965. CD-Rom Version. S. 114 f.

<sup>57</sup> Ebd. S. 117 f.

<sup>58</sup> Ebd. S. 119 f.

<sup>59</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 329.

<sup>60</sup> Eibl, Politik. S. 167. Majonica äußerte sich zu den Aussagen Adenauers im Sommer 62 zum Beitritt Großbritanniens kritisch. Siehe dessen Tagbuchaufzeichnungen vom 12.6. und vom 20.8. sowie vom 7.9.62. In: Majonica, Tagebuch. S. 222, S. 231 und 234. Majonica setzte sich eindeutig für einen britischen Beitritt ein. Siehe dessen Aufzeichnung vom 14.9. und 17.9. nebst erwähntem Artikel in der „Welt am Sonntag“ vom 16.9.1962. Ebd. S. 236 und Anmerkung 215.

Verrat ansehen“, wenn die Bundesregierung ihr nicht gegen den britischen Beitritt helfe, wie Globke an Krone am 8.8.1962 schrieb.<sup>61</sup>

Innerhalb der Union sprachen sich vor allem Erhard und Schröder für einen britischen Beitritt aus. Ersterer hatte es sich nicht nehmen lassen, die Sitzung des Ministerrates, in der die Verhandlungen eröffnet wurden, selbst zu leiten. Mit dem britischen Beitritt verband er die Hoffnung, „dirigistischen“ Tendenzen in Paris und Brüssel wirksam begegnen zu können. Ebenso hoffte er über die Briten auf engere Beziehungen zu den USA. Für die Detailfragen interessierte er sich einstweilen nicht, stellte jedoch den britischen Beitritt als einem „historischen Vorgang“ dar,<sup>62</sup> zumal besonders der BDI auf eine Erweiterung drang, befürchtete er doch eine Erhöhung des Außenzolls, wenn die EWG einen gemeinsamen Außenzoll errichte.<sup>63</sup> Schröder hingegen sprach sich aus rein macht- und außenpolitischen Gründen für einen britischen Beitritt aus. Mit ihm sollte die atlantische Gemeinschaft gestärkt werden. Ein Gleichgewicht zwischen Frankreich und Großbritannien erweitere den Spielraum für die Bundesrepublik und stärke Europa ökonomisch.<sup>64</sup> Argumente beider Kategorien wurden auch von der SPD angeführt. Demnach musste Großbritannien beitreten, um auf europäischer Ebene ihr Gesellschaftsmodell abzusichern. Wirtschaftliche Vorteile durch den Abbau von Handelshemmnissen und durch eine Komplementarität des *Commonwealth* gegenüber der Bundesrepublik einerseits und andererseits machtpolitische Überlegungen in Bezug auf ein einiges Europa in einem starken Westen im Ost-West-Konflikt waren die typischen Argumente. Gerade hier spielten neben den persönlich guten Beziehungen führender SPD-Politiker zu Großbritannien die Vorschläge britischer Politiker zur Entspannung eine Rolle, erhoffte sich die SPD doch durch einen Beitritt neue Impulse in der Deutschlandfrage.<sup>65</sup> Dabei thematisierte die SPD durchaus die Probleme, die sich ergeben könnten, wie die wirtschaftlichen Probleme durch den Einbezug des *Commonwealth* gerade auf dem Agrarmarkt oder die durch britisches Verfassungsdenken geprägte Skepsis vor supranationalen Organisationen. Doch auch hier setzte die SPD auf pragmatische, funktionalistische Lösungen. Wenn Großbritannien erst einmal der EWG beigetreten sei, würden sich viele Probleme sukzessive lösen und die positive Entwicklung viele Blockaden überwinden helfen. Hierzu seien Zugeständnisse notwendig und müssten notfalls spezielle Koordinationsgremien gegründet werden. Die Beitrittsgespräche sollten hingegen nicht mit Forderungen überfrachtet werden. Erweiterung und Vertiefung, so betonte Birkelbach, schlossen sich nicht aus. Sie bedingten einander, denn die Erweiterung sei nur mit einer größeren Anzahl an Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat möglich und dies habe positive Auswirkungen auf die Vertiefung der Integration.<sup>66</sup> Auch wenn die SPD eine Vertiefung der europäischen Gemeinschaft forderte, warnte sie vor einem Junktim zwischen einer europäischen politischen Union und der EWG. Schmid machte insbesondere machtpolitisches

---

<sup>61</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 172 f.

<sup>62</sup> Hentschel, Erhard. S. 388 f.

<sup>63</sup> Siehe insbesondere Kaiser, Quo vadis, Europa?. S. 197 ff.

<sup>64</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 173.

<sup>65</sup> Vgl. Bellers, die Godesberger SPD. S. 330-333.

<sup>66</sup> Vgl. Bellers, die Godesberger SPD. S. 334-339.

Denken in der Europapolitik aus. Vor allem die kleinen Staaten müssten beruhigt werden, da diese eine deutsch-französische Achse fürchteten.<sup>67</sup>

Doch auch die Wirtschaftspolitik Erhards war eine Zielscheibe sozialdemokratischer Kritik an der Europapolitik der Regierung. Die EWG wurde von ihr als notwendige Vereinigung im Rahmen der von ihr ausgemachten zweiten Industriellen Revolution angenommen. Demnach verschränkten sich Wirtschaft und Gesellschaft zunehmend und bedingten einander. Ferner internationalisierte sich die Wirtschaft weiter, was die SPD als wirksamen Beitrag zu einem friedlichen internationalen Zusammenleben auffasste. So hatte Deist am 19.1.1962 in Dortmund vor dem Kongress der Jungsozialisten ausgeführt: „Dieser Trend zur Großorganisation und einer darauf gegründeten vielfältigen Machtstruktur ist nicht auf die Wirtschaft beschränkt, er hat unser ganzes gesellschaftliches Leben erfaßt. Wir brauchen nur an die Entwicklung des modernen Staates zu denken; er ist ein Moloch geworden, verglichen mit den Staaten des vorigen Jahrhunderts. Und schon sind wir auf dem Wege zu übernationalen, staatlich organisierten Gruppen wie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.“<sup>68</sup> Sie war notwendig, um auf die Anforderungen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen angemessen reagieren zu können. Demnach sollte die EWG mehrere Ziele gleichzeitig verfolgen. Durch größere Räume und eine größere Freizügigkeit der Produktionsfaktoren sollten geringere Produktionskosten erreicht werden. Dies sollte dann einen höheren Lebensstandard zur Folge haben. Die EWG ermöglichte eben hier neue Ansätze und Methoden. So sollte die wirtschaftliche Entwicklung gefördert und verstetigt sowie eine Konjunkturstabilisierung im Sinne des Keynesianismus erreicht werden. Dies sollte ferner positive Auswirkungen auf die Arbeitnehmer haben. Gerade auf europäischer Ebene sollte nun die öffentliche Hand dafür sorgen, dass Arbeitnehmer und Verbraucher durch die bereits international agierende Wirtschaft nicht ausgenutzt wurden. Nach Birkelbach dürfe „die zusätzliche Bewegungsfreiheit [nicht]... nur denen überlassen [werden] und zuspieren...“, die auch private Herrschaftsmacht aufgrund ihrer privaten Wirtschaftsmacht ausüben können.“<sup>69</sup>

Dazu sollten gerade auf europäischer Ebene die notwendigen Daten erhoben und von hier aus die als notwendig empfundenen Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung gegeben werden, zumal die europäische Ebene als einzig sinnvoller Ort für Reaktion auf die Anforderungen der zunehmenden internationalen Verflechtung angesehen wurde.<sup>70</sup> Der Impetus, die Wirtschaft von einer europäischen Ebene aus lenken zu können und unterschiedliche Vorstellungen im Wettbewerbsrecht mussten geradezu politischen Streit mit Erhard herauf-

<sup>67</sup> Siehe die Ausführungen Schmidts im Auswärtigen Ausschuss vom 27.9.1962. Auswärtiger Ausschuss 1961-1965. CD-Rom Version. S. 344 ff.

<sup>68</sup> Siehe Bellers, die Godesberger SPD. S. 158. Hier auch das Zitat.

<sup>69</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 160 ff. Zitat Birkelbach von 1960. Ebd. S. 163. Zur „demokratisierenden Funktion“ der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in modernen Gesellschaften siehe auch den Vortrag von Heinrich Deist vor Jungsozialisten des Bezirks Westliches Westfalen am 19.1.1963 in Dortmund. Erschienen als Deist, Heinrich: Die wirtschaftspolitische Konzeption der SPD. Bonn 1963. S. 5 f., S. 9 f. sowie S. 27. Auf Seite 10 zitiert er das Godesberger Programm mit: „Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe – Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.“ Ebd., S. 10. Es sei darauf hingewiesen, dass die europäische Integration nicht mit einem Wort erwähnt wird, womit die Bedeutung der wirtschaftlichen Integration für die wirtschaftspolitische Haltung Deists zumindest relativiert wird.

<sup>70</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 164 ff.



beschwören. Deist machte hier eine gewisse Rückständigkeit der Bundesrepublik aus, denn aus Europa und besonders aus Frankreich kämen immer wieder Forderungen nach einer europäischen Planung. Deist wandte das Argument im Mai 1960 auch umgekehrt an. Wenn nämlich einmal auf europäischer Ebene ein „Konjunkturausschuß gebildet worden“ sei, dann müsse die Bundesrepublik nachziehen.<sup>71</sup>

Der SPD ging es dabei freilich nicht um eine Zentralverwaltungswirtschaft, sondern um die Beeinflussung der Rahmendaten. Das von konservativer oder liberaler Seite befürchtete Schreckgespenst eines sozialistischen Europa griff Wehner auf. „Es geht nicht um ein sozialistisches und ein katholisches Europa, es geht um Europa schlechthin, damit die Menschen bestehen können, damit das, was in ihm gut und freiheitlich ist, expandieren kann.“<sup>72</sup> Damit griff Wehner den neuen Zeitgeist (und eigene Ideologie) auf, wonach das Zeitalter der Ideologien beendet zu sein schien. Die europäische Integration im Rahmen der EWG erfolgte daher aus rein sachlogischen Gründen.<sup>73</sup> In der Sozialistischen Europa-Korrespondenz hieß es hier Ende 1962:

„Ihre nunmehr zehnjährige Erfahrung gestattet es den sozialistischen Parteien festzustellen, dass das Werden der Europäischen Gemeinschaft die Verwirklichung sozialistischer Ziele in keiner Weise behindert. Im Gegenteil.“ Die Mehrheit der demokratischen Kräfte würde anerkennen, dass die Schaffung eines Großwirtschaftsraums, „die Notwendigkeit einer, auf einzelstaatliche Wirtschaftspläne gestützten gemeinschaftlichen Wirtschaftsprogrammierung beinhaltet.“ Als Beispiel sei die Überführung der Energiewirtschaft Italiens in Gemeinwirtschaft zu nennen, was beweise, dass die Verträge bezüglich der Eigentumsverfassung neutral seien. Die europäischen Verträge seien ebenfalls bei der Durchsetzung des Arbeitsschutzes sowie des sozialen Schutzes der Arbeitnehmer wichtig. Der Beitritt Großbritanniens und der anderen demokratischen Staaten würde für die demokratische Weiterentwicklung der Gemeinschaften Chancen bieten und ferner den demokratischen Sozialismus zur „stärksten und einheitlichsten politischen Kraft der erweiterten europäischen Gemeinschaft“ machen. Dabei würde die Wirtschaftsverfassung der EWG keineswegs den Wirtschaftsvorstellungen der sozialistischen Parteien entgegen stehen, sondern diese seien vielmehr aufgerufen, in den Staaten und in der Gemeinschaft für ihre Ziele zu kämpfen, und zwar in „brüderlicher Zusammenarbeit“ unter ihnen mit den Entwicklungsländern und den USA.<sup>74</sup>

Der Zusammenhang zwischen Planung und Wettbewerb war logisch. Im Schumpeterischen Sinne sollte gerade der Wettbewerb zur Erneuerung der Wirtschaft beitragen und durch die Schaffung einer größeren Gemeinschaft nach der sozialdemokratischen Meinung beschleunigt werden, also eine internationale Arbeitsteilung erreicht werden. Vor allem aber die Bundesrepublik und ihre Wirtschaft widersetzen sich diesen Bestrebungen. Daher setzte sich die SPD von Beginn an für ein strenges Wettbewerbsrecht auf europäischer Ebene ein, wobei ein ganzheitlicher Ansatz in der gesamten wirtschafts- und Steuerpolitik verfolgt werden sollte. 1962 urteilte Deist über die Politik der EWG: „Diese Wettbewerbspoli-

<sup>71</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 169 f.

<sup>72</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 171.

<sup>73</sup> Vgl. ebd. S. 171 f.

<sup>74</sup> Sozialistische Europa-Korrespondenz 20/62. S. 2 f. AdsD. Bundesvorstand, Abteilung Internationale Beziehungen. 01006.

tik [ist] realistischer, weil sie nämlich im Gegensatz zu uns in Deutschland den Zusammenhang zwischen Wettbewerbsbestimmungen, Steuerrecht, Gesellschaftsrecht und Subventionspolitik kennt und weiß, daß es keinen Sinn hat, wettbewerbsrechtlich strenge Vorschriften zu erlassen, wenn man durch das Steuerrecht und das Gesellschaftsrecht gegenteilige Entwicklungen geradezu fördert...diese Kartellpolitik ist ein wirksames europäisches Instrument, bereits heute.“<sup>75</sup>

Parteilpolitisch pointierter bewertete der Vorwärts die Regelungen. Demnach sei es der deutschen „Kartell-Lobby“ nicht gelungen, „die Gelegenheit zur Ausgestaltung eines weichen europäischen Kartellrechts“ zu erreichen, „um die bestehende deutsche Kartellgesetzgebung zu unterlaufen. Die Kommission mache hingegen deutlich, dass sie „in Brüssel in Zukunft wesentlich strenger mit den EWG-Kartellen umspringen wird als in Deutschland, dessen Kartellgesetz doch in vielen Punkten durch Sonderinteressen in den Reihen der CDU durchlöchert wurde ... In Brüssel sitzen keine naiven Neoliberalen“. Auch in Zukunft erhoffte man sich hier eine domestizierende Wirkung auf die Bundesrepublik, wobei man anführte, dass nach den Zollgrenzen auch die Steuergrenzen einbezogen werden müssten.<sup>76</sup> Ähnlich wie bei der Wettbewerbspolitik erhoffte sich die SPD auch bei der Landwirtschaftspolitik durch die europäische Ebene einen modernisierenden Schub, die die veraltete und rein auf ihr Wählerklientel hin agierende Politik der Union korrigieren würde und auf der europäischen Ebene auch die Folgen der sozialen Probleme gelindert werden sollten, die durch die strukturellen Veränderungen der Landwirtschaft vorgezeichnet waren.<sup>77</sup>

Die EWG wurde von der SPD längst als modernisierender Faktor einer als reaktionär empfundenen Politik bewertet. Von Seite der EWG sollte die Regierung unter Druck gesetzt werden und somit entfalteteten die SPD Politiker in der Parlamentarischen Versammlung der EWG rege Aktivitäten in der Regional- und der Verkehrspolitik<sup>78</sup> Aufgrund der Kohlekrise schien sich gar die Kritik an der ursprünglichen EGKS zu bestätigen. Folglich forderte die SPD immer stärker die Fusionierung der drei Gemeinschaften, um in der europäischen Integration „neu zu beginnen“.<sup>79</sup>

Obwohl die EWG unmittelbaren Einfluss auf die deutsche Politik und Wirtschaft hatte, dominierte nicht die Diskussion über die Beschlüsse der EWG, sondern die Frage, ob man sich oberflächlich für die USA oder für Frankreich entscheiden sollte. Gerade dies wies Adenauer im Sommer immer wieder, so auf dem Bundesparteitag der CDU in Dortmund im Juni 1962, als zu vereinfachend zurück. Die britischen und amerikanischen Forderungen, wonach sich die Bundesrepublik zwischen de Gaulle auf der einen und Großbritannien und Kennedy auf der anderen Seite entscheiden müsse, schadeten „der europäischen Einigkeit unendlich“. Er verwahrte sich vor Warnungen einer „Achse Paris-Bonn“, denn es spreche doch auch niemand von einer „Achse London-Washington“. Ebenso wolle niemand, dass der alte deutsch-französische Antagonismus wiederkehre, zumal eine deutsch-französische

<sup>75</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 172-175. Zitat S. 175.

<sup>76</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 175 f.

<sup>77</sup> Siehe Bellers, die Godesberger SPD. S. 178 ff.

<sup>78</sup> Siehe Bellers, die Godesberger SPD. Zur Regionalpolitik: S. 194 ff. Zur Sozialpolitik: S. 203 ff. Zur Verkehrspolitik. S. 216 ff.

<sup>79</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 213 ff. Zitat S. 215.

Freundschaft ebenso im Interesse der USA liege und von diesen seit 1945 verfolgt würde.<sup>80</sup> Die deutsch-französische Freundschaft sei für die europäische Einigung von entscheidender Bedeutung. Zum Beitritt Großbritanniens erklärte Adenauer, dass angesichts der komplizierten Materie die Verhandlungen mit den vier Beitrittsstaaten besser hinter verschlossenen Türen vonstattengingen. „Dahinter steht die Frage der politischen Einigung Europas. Die Frage stellt sich von selbst, ob, wenn die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft um so viele Mitglieder vergrößert sein wird, man nicht prüfen sollte, ob die europäische politische Gemeinschaft auf einen kleinen Kreis beschränkt werden könnte.“<sup>81</sup>

Nach Adenauer durfte sich die Argumentation für eine europäische Einigung nicht auf wirtschaftliche Argumente beschränken. So kritisierte er im März 1962 anlässlich einer Denkschrift Barzels, dass die CDU nie alleine eine Wirtschaftspartei sein dürfe. Was einerseits als Verpflichtung für einen Sozialstaat gesehen werden konnte,<sup>82</sup> konnte auch auf die europäische Konzeption übertragen werden. Die vornehmlich (sicherheits-)politischen Argumente für eine Zusammenarbeit mit Frankreich konnten eindeutige wirtschaftliche Vorteile eines britischen Beitritts nicht aufwiegen, zumal Adenauer auf seinem Konzept der Politik der Stärke beharrte.<sup>83</sup> Schröder hatte auf dem Bundesparteitag seine europapolitische Perspektive klar herausgestrichen, wobei er sich stets als pragmatisch handelnder Politiker verstand. In seinen Ausführungen betonte er nicht nur sein Bekenntnis zu einem politisch vertieften und um Großbritannien erweiterten Europa. Darüber hinaus wurde er nicht müde, die Bedeutung eben jenen Europas für die deutsche Einheit zu betonen. Handel und politische Zugeständnisse durch die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten hatten demnach gleichzeitig zu erfolgen. Ein geeintes Europa innerhalb einer starken atlantischen Gemeinschaft war für Schröder unbedingte Notwendigkeit für seine Deutschlandpolitik und war die Fortsetzung der alten Politik Adenauers.<sup>84</sup>

Der Kanzler versuchte die deutsch-französische Annäherung, die durch die gegenseitigen Besuche de Gaulles und Adenauers im Sommer 1962 ihren augenfälligsten Ausdruck fanden, durch seine funktionalistische Argumentation für eine europäische Einigung zu untermauern. Demnach müsse mit der politischen Union begonnen werden. Und wenn dies eben nicht zu sechst gelänge, dann müsse eben zu zweit oder zu dritt begonnen werden. Dabei kam de Gaulle als Repräsentant gerade des Frankreichs der *Résistance* eine besondere Rolle zu. So willigte der Kanzler beim Besuch de Gaulles im Juli in Deutschland dessen Vorschlag zu, notfalls zu zweit die Politische Union der Fouchetpläne umzusetzen.<sup>85</sup> Ferner wollte Adenauer seine Nachfolger auf die europäische Einigung und die deutsch-französische Aussöhnung festlegen, wobei er besonders an seine möglichen Nachfolger Erhard und Schröder dachte, was umso notwendiger erschien, je mehr das Misstrauen gegenüber der amerikanischen und britischen Außenpolitik wuchs. Kritik kam dabei teilweise auch von eigentlich Adenauer unterstützenden Kräften. Blankenhorn beobachtete die Politik

---

<sup>80</sup> DzD IV/8. S. 605-609. Rede Adenauers auf dem Dortmunder Parteitag im Juni 62.

<sup>81</sup> Ebd. S. 608.

<sup>82</sup> So macht dies Weidenfeld, Adenauer und Europa. S. 91. Hier auch das Zitat und der Vorgang.

<sup>83</sup> Vgl. Weidenfeld, Adenauer und Europa. S. 111 f.

<sup>84</sup> Vgl. Eibl, Politik. S. 70 f. sowie S. 151 f. Teile der Rede sind abgedruckt in DzD IV/8. S. 605-609. Hier S. 607.

<sup>85</sup> Schwarz, Adenauer 2. S. 762 f.

de Gaulles misstrauisch und Brentano betonte, dass die deutsch-französische Freundschaft die Grundlage für die europäische Politik und nicht deren Ziel sein dürfe.<sup>86</sup> Selbst Krone betonte, dass neben einer Politischen Union schnell eine Erweiterung durch Großbritannien erfolgen sollte. Er warnte den Kanzler ausdrücklich vor einem katholischen Abschlussgottesdienst in Reims zum Abschluss seines Frankreichbesuches. Dies könnte als abendländische Revitalisierung aufgefasst werden und bei den Protestanten in der Union starken Unmut hervorrufen. Dennoch verliefen Adenauers Besuch in Frankreich und de Gaulles Gegenbesuch wie geplant. Die Bundesrepublik erfuhr gerade durch den *Résistance*-General eine Aufwertung.<sup>87</sup>

Adenauer kehrte von seinem Frankreich-Besuch mit der Aussage gegenüber de Gaulle zurück, dass die gescheiterten Fouchet-Verhandlungen notfalls zu zweit umgesetzt werden konnten. Adenauers Versuch, durch einen Kabinettsausschuss die Sinnhaftigkeit der britischen Beitrittsverhandlungen überprüfen lassen zu wollen, scheiterte indes.<sup>88</sup> In seinen offiziellen Reden, aber auch in Briefen zum Beispiel an den amerikanischen Außenminister Rusk,<sup>89</sup> stellte Adenauer nicht aktuelle politische Themen wie den Streit mit den anderen NATO-Partnern in den Vordergrund, sondern betonte die Überwindung der deutsch-französischen Erbfeindschaft.<sup>90</sup> In einem Artikel des Bulletins der Bundesregierung vom 14.9.1962 untermalte Adenauer den Besuch de Gaulles. Er sprach von „praktischen Maßnahmen“, die die Regierungen beschließen würden, „um die Bande wirksam zu verstärken, die bereits auf zahlreichen Gebieten zwischen beiden Ländern bestehen“. Das Gerede von einer Achse Paris-Bonn sei falsch und antiquiert, denn „mit solchen schiefen historischen Analogien kann weder die heutige deutsch-französische Wirklichkeit noch das sich bildende geeinte Europa verstanden werden.“ Die deutsch-französische Partnerschaft könne hingegen das „Kernstück“ Europas sein, zumal Europa gerade durch seine Vielseitigkeit geprägt sei. So gäbe es Ländergruppen, die eine besondere Beziehung zueinander hätten, wie die Beneluxstaaten oder die skandinavischen Länder. „Wir sollten in Europa davon abkommen, immer neue mißverständliche Alternativen auszubrüten. Wenn etwa jemand sagt: entweder enge deutsch-französische Zusammenarbeit oder Beitritt Großbritanniens zur EWG, so hat er offensichtlich wenig Einsicht in die wirklichen und gewiß schwierigen Probleme, die uns derzeit beschäftigen.“ Zusammen mit de Gaulle wolle er „die enge und denkbar verlässliche Verbindung Deutschlands mit Frankreich“ schaffen. Damit erstrebten beide „zugleich die Einheit Europas in der weiteren Schutz- und Bündnisgemeinschaft der atlantischen Welt.“ Es gehe darum, den tieferen Sinn der Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich für „das ganze Europa und die ganze freie Welt“ zu erkennen.<sup>91</sup> Dies legte er auch gegenüber dem britischen Lordsiegelbewahrer, der von Seiten der britischen Regierung für den Beitritt zuständig war, in einem Gespräch am 3. Oktober 1962 in Ca-

---

<sup>86</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 166-168.

<sup>87</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 168-170. Zum Besuch in Frankreich: Schwarz, Adenauer 2. S. 764 ff.

<sup>88</sup> Hentschel, Erhard. S. 390 f.

<sup>89</sup> Adenauer, Briefe 61-63. Brief an Rusk vom 10.7.1962. S. 128.

<sup>90</sup> Vgl. die Tischrede Adenauers in Reims vom 8.7.62. Abgedruckt im Bulletin vom 10.7.62 und in: Adenauer, Reden. S. 442 f.

<sup>91</sup> Abgedruckt in Weidenfeld, Adenauer und Europa. S. 372 f. Zitate ebd.

denabbia dar. Hier betonte Adenauer die Schwierigkeiten, die für einen britischen Beitritt zu lösen seien, die aber auch pragmatisch gelöst werden könnten. Ebenso könne es Probleme bei der Einbindung der Neutralen, wie Dänemark und Norwegen, geben, die somit dem neutralen Argument in der EWG ein stärkeres Gewicht verleihen könnten. Andererseits könnte diesen Bestrebungen durch eine Mitgliedschaft besser begegnet werden. Bemerkungen Heaths, wonach der italienische Premier die deutsch-französischen Pläne als Gefährdung für die Bemühungen einer politischen Gemeinschaft auffasste, kommentierte der Kanzler damit, dass Fanfani die deutsch-französischen Bemühungen wohl missverstehe.<sup>92</sup> Wenn auch der Kanzler gegenüber dem britischen Lordsiegelbewahrer durch die Betonung pragmatischer Lösungen Auswege aufzeigen wollte, war er vor der Fraktion klarer. Demnach habe Großbritannien immense Schwierigkeiten, Lösungen bezüglich des Einbezugs des *Commonwealths* zu akzeptieren. Schröder plädierte für einen britischen Beitritt, jedoch nicht um jeden Preis, während Brentano schlichtweg vor einem Scheitern des Beitritts warnte. Dies werde sehr negative Auswirkungen auf die konservative Regierung und somit Konsequenzen für die NATO und einen möglichen Abzug der Rheinarmee haben. Damit war der Bogen zu Strauß geschlagen, der energisch für eine atomare Bewaffnung Europas im Zuge einer Strategie der Abschreckung eintrat. Die neue Strategie der USA sei nicht hinnehmbar. Adenauer stimmte dem insofern zu, indem er klarmachte, dass die USA ihre Strategie wohl nicht ändern würden, wenn Europa aufbegehren würde. Die deutsche Botschaft müsse in Washington weiter ausgebaut werden, um die amerikanische öffentliche Meinung endlich entscheidend zu beeinflussen.<sup>93</sup> Die im Sommer mehrmals bekundete „Prüfung“ des britischen Beitrittsgesuchs fiel somit immer negativer aus.<sup>94</sup>

Die SPD kommentierte das Treffen in Cadenabbia bitter. Demnach sei es Zeichen für die rückständige Europapolitik des Kanzlers gewesen, die selbst in seiner eigenen Partei langfristig keine Mehrheit mehr finde, mittelfristig aber großen Schaden anrichte, indem zum Beispiel antieuropäische Stimmen in Großbritannien Auftrieb bekommen könnten.<sup>95</sup> Die Aussöhnung mit Frankreich war zwar ein Ziel der Sozialdemokraten, doch wurden die Verhandlungen zwischen Adenauer und de Gaulle als Sonderbewegung aufgefasst, die den Westen schwäche. Nachdem die NATO anerkannt und die Politik des militärischen Gleichgewichts akzeptiert worden war, war eine stete Forderung die Einheit des Westens, die Adenauer und de Gaulle zu unterlaufen schienen. Der EWG wurde nun auch in der

---

<sup>92</sup> Der Inhalt des Gesprächs wurde zwischen Heath und dem italienischen Botschafter besprochen. In: Ballini, Varsori, *L'Italia e l'Europa*, 2. S. 543-545.

<sup>93</sup> CDU/CSU-Fraktionsvorstandssitzung vom 20.8.1962. In: CDU/CSU-Fraktion 61-63. Zur Frage des Beitritts Großbritanniens S. 326. Zur Frage der Strategie der NATO S. 326 f.

<sup>94</sup> Zur Prüfung siehe den Brief an Rusk vom Juli 62 (wie Anmerkung 89) und an Macmillan vom 16.7.62. In: Adenauer, Briefe 61-63. S. 131 f.

<sup>95</sup> Siehe den Artikel „Kein Wandel? Zum Besuch des britischen Europaministers Heath bei Adenauer“. In: SPD-Pressedienst vom 2.10.1962. S. 1f. Dabei nahm die SPD durchaus die antieuropäischen Strömungen in der britischen *Labour Party* wahr. So kritisierte Eichler eine Rede Gaitskells ausdrücklich, wies aber zugleich darauf hin, dass ein Teil der Redner sich durchaus differenziert zu einem britischen Beitritt geäußert hätten. Die Politik unter de Gaulle wurde hingegen als vollkommen autoritär und antidemokratisch wahrgenommen. Vgl. Eichler, Willy: Steine auf dem Weg nach Europa, sowie Markscheffel, Günter: De Gaulle vor der Entscheidung. Zwischen Verfassungsrecht und „einsamen Entschlüssen“. In: SPD-Pressedienst vom 8.10.1962. S. 3-5 sowie S. 1 f. Abgerufen am 27.2.2011 auf <http://library.fes.de>.

Deutschlandpolitik von Seiten der SPD eine Rolle zugewiesen. Nachdem die Sowjetunion mit der Theorie der friedlichen Koexistenz den Wettbewerb zwischen den Blöcken auf die Wirtschaft und das Gesellschaftsmodell verlagert hatte, mutierte die EWG für die SPD zu einem antibolschewistischen Instrument. Hebung des Lebensstandards, Knüpfen von Beziehungen zur Dritten Welt und intersystemische Kontakte im wirtschaftlichen Bereich waren Mittel im neu aufgefassten Kalten Krieg. Selbst Mommer, der 1957 vor dem Bundestag noch betont hatte, dass der EWG jegliche antikommunistische Spitze genommen werden müsse, formulierte, dass „die [europäische] Einigung, als eine Maßnahme der Abwehr gegen den Bolschewismus zu begreifen und zu betreiben [ist]. Es ist klar, daß dieser Zweck der Abwehr von überragendem Rang ist. Es geht hier um Sein und um Nichtsein.“<sup>96</sup> Frankreichs Europapolitik drohte nach Meinung der SPD die europäische Integration zu gefährden, weshalb die politische Entwicklung in Frankreich genauestens beobachtet wurde.<sup>97</sup> Die Kritik tat aber der grundsätzlichen Strategie der „Gemeinsamkeit“ mit der Koalition, die im Parlament geübt wurde, keinen Abbruch. Insbesondere in der Verteidigungspolitik brachte man bei den Haushaltsdebatten kaum Kritik an. Die Haushaltsdebatte zum Auswärtigen Amt fiel 1962 ganz aus. Die SPD unterstützte Schröder in seinen Positionen.<sup>98</sup>

Dem von Adenauer ins Spiel gebrachten Zweibund begegnete fast die gesamte politische Elite Bonns mit Misstrauen. Unionspolitiker versuchten die Bestrebungen Adenauers und de Gaulles zu relativieren. Schröder jedoch folgte dem Kurs Adenauers soweit, dass er einen Entwurf für ein bilaterales Konsultationsprotokoll ausarbeiten ließ, über das man im Dezember in Paris Einigkeit erzielte. Dennoch betonte Schröder, dass sich die Bundesrepublik „zum Juniorpartner ... nicht eigne“. Ebenso machte er gegenüber Rusk klar, dass eine engere deutsch-französische Zusammenarbeit einem britischen Beitritt zur EWG keineswegs im Wege stehe. Auch Erhard betonte gegenüber Washington, de Gaulle die Bedeutung des britischen Beitritts klar gemacht zu haben, womit er sich auch die Unterstützung der amerikanischen Administration innerhalb des Rennens um die Kanzlernachfolge sichern wollte.<sup>99</sup> Majonica betonte bei einer Veranstaltung mit niederländischen Delegierten, dass das „deutsch-holländische“ Verhältnis ebenso wichtig sei wie das deutsch-französische sei, da man „keine Hegemonie“ wünsche.<sup>100</sup>

Der unionsinterne Streit war Wasser auf den sozialdemokratischen Mühlen: Nachdem noch 1960 festgestellt werden konnte, dass die konservativen Parteien in den europäischen Regierungen den Ton angaben, konnte der zunehmende Streit der Union als Indiz dafür aufgefasst werden, dass die Ära der konservativen Regierungen dem Ende zuzuging. Die Forderung nach mehr Kompetenzen auf europäischer Ebene konnte dabei auch parteipolitisch verstanden werden, versprach doch die Stärkung des Europäischen Parlaments gleichzeitig auch eine Stärkung der deutschen Opposition, was Ilse Elsner, SPD-Abgeordnete im Euro-

---

<sup>96</sup> Vgl. Bellers, die Godesberger SPD. S. 339-347. Zitat Mommers: Ebd. S. 344 f.

<sup>97</sup> Vgl. „Was wird aus der Europa-Politik? Zu den Wahlen in Frankreich. In: SPD-Pressedienst vom 26.11.1962. S. 3. abgerufen am 27.2.2011 auf <http://library.fes.de>.

<sup>98</sup> Bouvier, Godesberg. S. 140-142 zur Verteidigungspolitik. Zur Außenpolitik: S. 143 f.

<sup>99</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 170 f.

<sup>100</sup> So hielt er es zumindest in seinem Tagebuch am 24.11.62 anlässlich einer Tagung der Vereinigung „Europakontakte“ fest, die Delegierte Westfalen-Lippes der CDU mit Vertretern der drei niederländischen christlichen Parteien zusammen brachte. Majonica, Tagebuch. S. 248.

päischen Parlament ab 1961, als „übliches Spiel“ bezeichnete.<sup>101</sup> Im Bundestag versuchte die SPD durch mündliche Anfragen der Regierung eine Debatte aufzuzwingen und somit vor allem die europapolitischen Differenzen herauszuarbeiten. Majonica warnte in der Fraktion, dass sie sich eben als „europäische Patentpartei“ etablieren wolle.<sup>102</sup> Angesichts der unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Vorstellungen der französischen und der deutschen Regierung befürchtete die SPD einen Stillstand der EWG durch den Ministerrat, der von Deist im Februar 1964 gar als „Hemmschuh für eine fortschrittliche Entwicklung“ bezeichnet werden sollte. Die Kritik an dem Ministerrat korrespondierte mit den sozialdemokratischen Forderungen nach einer Stärkung des Parlaments und einer engen Zusammenarbeit mit der Kommission, vor allem im Bereich der Wirtschaftspolitik. Zum öffentlich wirksamen Schulterschluss kam es bei der Verkündung des EWG-Aktionsprogramms durch die Kommission im Oktober 1962, das die SPD, vor allem in der Person Heinrich Deists, offiziell unterstützte. Im Zuge dessen stellte dieser einmal mehr die Politik der französischen *planification* und derjenigen des „Wettbewerbsfanatikers“ Erhard gegenüber. Gleichzeitig wehrte er sich gegen Äußerungen des Wirtschaftsministers, der die Planungsgedanken der SPD mit der osteuropäischen Wirtschaftsordnung gleichsetzte.<sup>103</sup> Im Europäischen Parlament kam es im November gar zu einem Rededuell zwischen Erhard und Hallstein, was von der SPD anschließend mehrmals genüsslich aufgewärmt wurde. Erhard sprach sich gegen das Aktionsprogramm und gegen die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SPD aus. Demnach enthielten diese „zentralistische Zwischentöne und Nebengeräusche“ und vermengten Planung und Wettbewerb, wo sich doch „schlecht zwei Ordnungssysteme nebeneinander stellen“ ließen. Denn: „Ich bin meiner Sache sicher, ... daß diese planwirtschaftlichen oder rechenhaften Vorstellungen ... entweder dem Leben hinterherlaufen oder ihm Gewalt antun.“<sup>104</sup> Die SPD nutzte in den kommenden Wochen aus, dass es eigentlich eine breite Mehrheit bei den Regierungen für das Aktionsprogramm gab und einige christdemokratische Abgeordnete das Programm unterstützten. Einerseits berichtete man vom „Störfeuer aus Bonn“, andererseits beschwor man die Isolierung Erhards, die aber nicht lange dauerte. Das Kabinett stellte sich Ende November hinter Erhard und teilte dessen Bedenken. Gleichzeitig beschloss es aber eine einjährige volkswirtschaftliche Vorausschau, die in der „Welt“ und der SPD als nicht hinreichend empfunden wurde. Gleichzeitig wurde das Aktionsprogramm zum Beginn einer politischen Debatte zur volkswirtschaftlichen Planung, welche in der Großen Koalition zum Stabilitätsgesetz führen sollte.<sup>105</sup>

Erhard zog auch im Ausland gegen die „dirigistische Wirtschaft“ zu Felde. In einer italienischen Tageszeitung führte er zwei Gründe gegen Forderungen nach nationalen Plänen an. Wenn es nationale Pläne geben würde, so müssten diese mit der europäischen Ebene und den anderen Staaten abgestimmt werden, um keine gegenläufigen Effekte zu erreichen. Zweitens könnten sich freiere Wirtschaftsordnungen, was sowohl die staatlichen Eingriffe

---

<sup>101</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 154.

<sup>102</sup> Majonica in der Fraktionssitzung vom 19.6.1962. S. 299. Die Fragen sind in Drucksache IV/510 vom 22.6.1962 niedergelegt, die dazugehörige Aussprache vom 27.6. findet sich in Stenographische Berichte. Band 51. S. 1483 ff.

<sup>103</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 220 ff. 1. Zitat. Ebd. S. 222. Zweites Zitat: S. 230.

<sup>104</sup> Zitiert bei Bellers, die Godesberger SPD. S. 230.

<sup>105</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 231-233.

als auch Kartelle betreffe, schneller neuen Gegebenheiten anpassen. Erhard forderte zwar, die europäische Einigung fortzuführen, doch durch die technische Entwicklung und die wirtschaftliche Verflechtung seien die Interessen in den westlichen Staaten sowieso identisch. Die europäische Einigung solle demnach im Westen für Freiheit und Sicherheit sorgen. Immer stärkere Abstimmung Sorge für Stärke und Stabilität.<sup>106</sup> Hier erkannte die SPD einen Gegensatz zwischen den Kommissionspräsidenten Hallstein und den deutschen Außenminister, so dass die Bundesregierung nun vollkommen ihre Glaubwürdigkeit verliere. So fragte der SPD-Pressedienst: „Jetzt auch wirtschaftliches „Europa der Vaterländer?“<sup>107</sup>

Die SPD beharrte immer noch darauf, zuerst eine internationale und europäische Kooperation gefordert zu haben. So warf Fritz Sänger der Regierung vor, die Europadebatte zu verkürzen, indem man den Beginn jeglicher Bemühungen auf das Jahr 1949 datiere und somit die sozialistischen Bemühungen, die Mitte des 19. Jahrhunderts begonnen hätten, negiere. Darüber hinaus beschränkten sich die Abgeordneten der CDU darauf, die Überwindung der Erbfeindschaft mit Frankreich als alleinigen Verdienst Adenauers hinzustellen. Als ob dies nicht der Erfolg der Völker selbst sei! Die Regierungsparteien dürften keineswegs Anspruch darauf erheben, alleine für die europäische Einigung eingetreten zu sein. Europa müsse mehr sein als die Schaffung von Teillösungen und die Zählung von Stimmverhältnissen. Die CDU müsse sich noch weiter entwickeln, zumal sie die „Irrlehre ... der Unberührbarkeit der Nationalstaaten“ erst kürzlich überwunden haben, um zu verstehen, dass die Schaffung einer europäischen Einigung „zur Sicherung der Freiheit, zur Erhaltung der Güter einer alten und aus vielen Quellen gespeisten Kultur und zum Bewahren des physischen Lebens aller Völker dieses alten, kleinen und in Bedrängnis geratenen Erdteils“ beitragen müsse.<sup>108</sup>

Der Herbst und der Winter 1962 wurden von zwei politischen Ereignissen dominiert. In der Kuba-Krise stellten sich de Gaulle und Adenauer hinter Kennedy. Adenauer erwähnte im Bundesvorstand der CDU, dass die Kuba-Krise die USA geradezu wachgerüttelt habe. Er habe mit Kennedy ein genauso vertrauensvolles Gespräch geführt, wie er es seinerzeit mit Eisenhower und Dulles getan habe. Eine Übertreibung, um die innerparteilichen Kritiker zu beruhigen. In anderen Gesprächen dominierte wieder sein Misstrauen. Einerseits könne die Lage auf Kuba nicht mit Europa verglichen werden, andererseits sei es doch bedenklich, dass es den Sowjets so nah an der amerikanischen Grenze möglich gewesen sei, Raketen zu deponieren. Vor allem die spärliche Informationspolitik bestätigte die Gaullisten in ihrem Zweifel an der amerikanischen Bereitschaft im Ernstfall. Die Atlantiker hingegen werteten den Ausgang der Kuba-Krise ebenfalls als mit ihrer Position vereinbar: hier habe Kennedy eben gezeigt, dass er nicht zu nachlässig mit der Sowjetunion umgehe. Immerhin konnte er ja den Rückzug der sowjetischen Raketen erzwingen, was als amerikanischer Erfolg aufgefasst wurde.<sup>109</sup>

---

<sup>106</sup> Erhard, Ludwig: Programmazione economica? Zu finden in der Pressemappe Tremellonis vom 20.3.1963. In: CIRIEC, FRT. Serie attività di governo, 15912. Zur Erhards Gegnerschaft in diesem Zeitraum siehe Hentschel, Erhard. S. 399 ff.

<sup>107</sup> „Jetzt auch wirtschaftliches „Europa der Vaterländer?“ . SPD-Pressedienst vom 4.12.1962. S. 2.

<sup>108</sup> Sänger, Fritz: Das werdende Europa und die CDU. In: SPD-Pressedienst vom 18.10.1962. S. 5 f.

<sup>109</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 179 f.



Die Kubakrise überdeckte eine innenpolitische Entwicklung, die für das Innenleben der Union und dem Konkurrenzverhältnis zwischen den Unionsparteien und der Sozialdemokratie wichtiger war: die Spiegel-Affäre.<sup>110</sup> Obwohl sich Adenauer und Strauß misstrauten und Adenauer bereits Juli 1962 bei Bundespräsident Lübke um die Entlassung von Strauß gebeten hatte, verlor der Kanzler in Folge der Krise im Kabinett mit Strauß einen starken Befürworter einer Anlehnung an das Frankreich de Gaulles.<sup>111</sup> Die Krise verstärkte innerparteiliche persönliche Animositäten wie zwischen Strauß und Schröder. Das Verhältnis beider auf ihre Kompetenzen beharrenden Kabinettsmitglieder stand von Beginn an unter keinem guten Stern. Schröder wurde von katholischer Seite in der Union kritisch beobachtet und vor allem von dessen Vorgänger im Amt, von Brentano, immer wieder persönlich angegangen.<sup>112</sup> Strauß ließ gar Aktivitäten Schröders vom Militärischen Abschirmdienst überprüfen. Dieser verwahrte sich hingegen gegen eine Verwicklung seines Ministeriums in die Spiegel-Affäre. In den kommenden Jahren sollte die Dauerfehde zwischen Strauß und Schröder zu einer Konstante des Streits zwischen Gaullisten und Atlantikern in der Union werden, zumal mit von Hassel ein „Atlantiker“ zum Nachfolger von Strauß berufen wurde.<sup>113</sup>

Die Regierung befand sich in einer Krise. Die FDP-Minister traten am 19.11.1962 zurück. Die FDP insistierte, dass Adenauer endlich abgelöst werden müsse und forderte eine auf Entspannung angelegte sowie an Kennedy angelehnte Politik, die „nicht weiter dem Traum von der kontinentalen Abschreckungsmacht“ nachjagen dürfe. Der Druck auf Adenauer wuchs. Doch da niemand seiner möglichen Diadochen sich aus der Deckung wagte und Adenauer betonte, in ernster Lage sei Stetigkeit in der Führung gefordert, konnte er sich noch einmal retten. Vor allem Erhard hielt sich zurück und beschäftigte sich stattdessen mit der Brüsseler Bürokratie. Gegen deren „dirigistischer Wirtschaftsordnung“ zog er vor dem Europäischen Parlament zu Felde. Bezüglich der Spiegelaffäre beschränkte er sich im Vorstand darauf hinzuweisen, dass eine Überprüfung des Stils angebracht sei, womit er auch eine Spitze auf Adenauer verwandte.<sup>114</sup>

Adenauers kluges Taktieren in der Regierungskrise bestand darin, Gespräche über eine Große Koalition mit der SPD zu führen und somit die FDP erneut gefügig zu machen, da sie die Einführung eines Mehrheitswahlrechts fürchtete. Dabei konnte er auf Sondierungsgespräche zu Guttenbergs mit Wehner zurückgreifen, wobei Guttenberg einen bunten Strauß von Argumenten hierzu bewog. Auf der Seite der SPD wurde mit den Verhandlungen durch Wehner konsequent der Weg der Erlangung der Regierungsfähigkeit weitergeführt. Persönliche Gründe scheinen für Wehner, der seit seiner Rede vom 30.6.1960 als Mann des

---

<sup>110</sup> Zur Einordnung der Spiegel-Affäre als Zeichen für die Entwicklung der bundesrepublikanischen Gesellschaft hin zu einer liberalen, pluralen Gesellschaft siehe Conze, *Suche nach Sicherheit*. S. 273 ff.

<sup>111</sup> Geiger, *Atlantiker gegen Gaullisten*. S. 182. Adenauer musste sein Ersuchen aufgrund einer Fehldeutung einer Studie zurückziehen, wonach er Strauß bezichtigt hatte, eine Präventivkriegsplanung zu betreiben. Ferner warnte Globke vor Strauß als Ministerpräsidenten, der der Bonner Politik noch Schwierigkeiten bereiten könnte. Ebd. S. 182.

<sup>112</sup> Siehe hierzu Geiger, *Atlantiker gegen Gaullisten*. S. 183 sowie S. 163. Hier ist vom Grabenkampf zwischen Brentano und Schröder die Rede.

<sup>113</sup> Geiger, *Atlantiker und Gaullisten*. S. 184-186.

<sup>114</sup> Geiger, *Atlantiker gegen Gaullisten*. S. 186-188. Zitat des FDP-Bundestagsfraktionsvorsitzende Döring in einem Interview mit dem *Corriere della Sera*. Ebd. S. 186.

Godesberger-Programms galt und anders als Brandt und Erler den USA weniger nahe stand, nicht ausschlaggebend gewesen zu sein. Wehner akzeptierte bei den Gesprächen mit Lücke und Guttenberg deren Hauptforderungen: Eine Große Koalition sollte von Adenauer geführt und das Mehrheitswahlrecht sollte eingeführt werden. In Sachfragen gab sich anscheinend Wehner so konzessionsbereit, dass Lücke im Bundesvorstand betonte, dass Wehner wörtlich zugebilligt habe, wonach „ohne Geschrei und nicht spektakulär, aber zielbewußt auf die Einrichtung einer europäischen Atomstreitmacht hingearbeitet werden müsse.“ Damit gab Wehner in den Gesprächen zentrale Positionen der SPD Preis, worauf Strauß kommentierte, dass er dann nicht mehr wisse, wieso er überhaupt mit der SPD gestritten habe. Wehner gab offensichtlich im Gespräch mehr Preis, als er intern anschließend zugab. So führte er vor der Fraktion aus, dass er keineswegs die „undemokratische Ausschaltung der kleinen Partei FDP durch die Anwendung eines strangulierenden Mehrheitswahlrechts“ wolle. In den Verhandlungen wurden gar schon Ministerposten verteilt, wobei frankreichfreundliche Minister bei der Union überwogen und Ollenhauer für das Außenministerium vorgesehen war.<sup>115</sup>

Am 3. Dezember 1962 fanden nach der Bekanntgabe der geheimen Verhandlungen mit der SPD die Sitzungen der wichtigsten Gremien der Union statt. Adenauer begründete eine Große Koalition vor allem aus außenpolitischen Gründen. Nun erschien die SPD als Garant für eine konsistente Außenpolitik, während das Verwerfen der europäischen Atomstreitmacht durch den FDP-Fraktionsvize Döring als Ablehnung eines zentralen Punktes der außenpolitischen Konzeption hochstilisiert wurde. Neben Lücke und Guttenberg, die beide die Ergebnisse der Gespräche über den Klee lobten, traten vor allem Dufhues, Brentano, Birrenbach, Würmeling und die Vertreter der katholischen Sozialausschüsse für die Große Koalition ein. Die Gegner wurden hingegen von Theodor Blank angeführt, der als Vertreter des CDA um seinen Ministerposten in einer Großen Koalition bangen musste. Auch Vertreter der „Brigade Erhard“ sowie der norddeutsch-protestantischen Landesverbände sprachen sich gegen eine Große Koalition aus. Unklar war die Haltung von Strauß, der die Verhandlungen hinter seinem Rücken nicht gutheißen konnte und vor der Umarmungspolitik der SPD und Wehners warnte. Dennoch hätte eine Große Koalition ihm sein Amt retten können. Somit sprach er sich für Verhandlungen nach beiden Seiten aus. Gerstenmaier stand einer Großen Koalition grundsätzlich positiv gegenüber, lehnte aber die aktuellen Bestrebungen ab, da er bei den aktuellen Verhandlungen übergangen worden war und das Ergebnis auf eine Verlängerung der Kanzlerschaft Adenauers hinauslief. Wie sehr in der CDU allerdings noch immer die Ressentiments gegenüber einer Zusammenarbeit mit der SPD verbreitet waren, zeigte sich an dem starken Beifall, den Erhard für seine Rede gegen eine Koalition mit der SPD erhielt. Dennoch konnte Adenauer Koalitionsgespräche mit der SPD

---

<sup>115</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 178-180. Bei Guttenberg spricht Geiger von Versuchen, Strauß auszuschalten, Adenauer länger im Kanzleramt zu belassen und Erhard zu verhindern. Kritik der protestantischen Seite, die eine minoritäre Position in den Wahllisten befürchtete, wischte er beiseite. Die „katholische Seite“ in der Union war einer großen Koalition durchaus stärker aufgeschlossen, zumal Brentano und Krone, und somit wahrscheinlich Adenauer, von den Gesprächen seit Juli 1962 unterrichtet waren. Zu Wehner: Ebd. S. 190 f. Ebenso: Morsey, Rudolf: "Vorbereitung der Großen Koalition von 1966. Unionspolitiker im Zusammenspiel mit Herbert Wehner seit 1962", in: Kocka, Jürgen (Hg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. München 1994. S. 462-478.

durchsetzen. Die SPD stellte jedoch die Forderung, über jede personelle und sachliche Frage noch einmal reden zu wollen. Da damit Adenauers Kanzlerschaft in Frage gestellt war, verloren die Verhandlungen für Adenauer ihren Sinn und wurden Makulatur. Er verkündete am 6.12.1962, im kommenden Herbst zurückzutreten. Die Verhandlungen mit der FDP gingen nun zügig vorwärts. Bereits am 14. Dezember wurde das neue Kabinett vereidigt, in dem sich Weichenstellungen für den Rücktritt Adenauers fanden. Mit Dollinger, Barzel und Heck traten Minister in das Kabinett ein, die bei der Übernahme der Kanzlerschaft durch Erhard die deutsch-französische Freundschaft protegieren sollten. Gleichzeitig wurde aber mit von Hassel ein eher den USA zugeneigter Politiker Verteidigungsminister. Adenauer war nur noch ein Kanzler auf Abruf.<sup>116</sup> Innerparteilich formierten sich die Lager der Adenauer-Befürworter und Gegner weiter. In der Fraktion wollte eine Gruppe gar eine Unterschriftenaktion starten, Adenauer auch weiterhin an der Spitze der Regierung zu unterstützen.<sup>117</sup> Die stattgefundenen Koalitionsgespräche zwischen Union und SPD hatten aber endgültig gezeigt, dass die Union sowohl die Liberalen als auch die Sozialdemokraten als „regierungsfähig“ ansah.<sup>118</sup>

In der Frage des Beitritts Großbritanniens zur EWG drängten Schröder und die norddeutschen CDU-Verbände den Kanzler, den EWG Beitritt Großbritanniens zu unterstützen. Der Außenminister ging sogar soweit, im November bei einem Treffen mit dem stellvertretenden US-Außenminister diesen zu bitten, doch auf Adenauer in der Frage durch Kennedy einzuwirken. Schröder selbst ergriff im Januar 1963 die Initiative, als er nach Großbritannien reiste, kurz bevor die Verträge in Paris unterzeichnet werden sollten. Adenauer verweigerte die Zustimmung, da der Besuch Misstrauen in Paris auslösen würde. Schröder fuhr trotzdem und bestätigte einmal mehr seine unabhängige, selbstbewusste Amtsführung, die Adenauer, aber auch Krone ein Dorn im Auge war. Somit war im November 1962 Adenauers Minderheitenposition in Union bezüglich eines Beitritts Großbritanniens offenkundig. Selbst Brentano unterstützte in dieser Frage Schröder auf einer Fraktionsvorstandssitzung, indem er bei dem Scheitern des Beitrittsgesuchs einen Sieg *Labours* prophezeite – mit negativen Folgen für die Bundesrepublik und die NATO.<sup>119</sup> Damit aber griff er ein typisches Argument Adenauers auf, der immer wieder auch international parteipolitisch dachte und auf Folgen für die Parteienfamilie hinwies. Aber wichtiger war, dass innerparteiliche Konfliktlinien und Koalitionsfragen nun unauflöslich mit der Europapolitik verbunden waren.

#### V.1.2 1963 – Konfliktlinien in der Europapolitik jenseits der Parteigrenzen

Das Nassau-Abkommen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten, das den Briten die Lieferung von Polaris-Raketen als Träger für Atomsprengköpfe, und somit eine Atomstreitkraft mittels U-Booten sowie den Aufbau der MLF vorsah, löste in der CDU unterschiedliche Reaktionen aus.<sup>120</sup> Adenauer sah in dem Abkommen aufgrund der vorheri-

<sup>116</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 191-195.

<sup>117</sup> Siehe hierzu vor allem den Briefwechsel Adenauers mit dem MdB Kranka im Winter 62/63 nebst Anlagen zu den Briefen, in: ACDP. 07-001-10113.

<sup>118</sup> Conze, Suche nach Sicherheit. S. 275.

<sup>119</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 174 f.

<sup>120</sup> Zum Abkommen von Nassau: Conze, Herausforderung. S. 253 ff.

gen Absage der USA an Großbritannien, Skybolt-Raketen zu liefern, die amerikanische Unzuverlässigkeit bestätigt, indem die MLF europäische Pläne behindern könne, begrüßte aber offiziell die MLF. So schrieb er an Kennedy, dass man den „Vorschlag eines Exekutiv-Mechanismus [...] sehr interessant“ finde.<sup>121</sup> Adenauer verfolgte wie so häufig mehrere Wege, indem er auch die französischen Pläne weiter unterstützte und balancierte somit zwischen den auch innenpolitisch motivierten Vorstellungen, zumal die MLF alleine nicht genügend Sicherheit biete. Die U-Boote müssten durch Landraketen ergänzt und könnten zu schnell abgezogen werden.<sup>122</sup> Eine zu schnelle Festlegung musste vermieden werden, konnte doch sowohl eine französische Zustimmung als auch eine Ablehnung der MLF aus deutscher Sicht negativ interpretiert werden. Nahm Paris nicht an der MLF teil, konnte dies zu Spannungen in der NATO führen; nahm Paris teil, wurde die Bundesrepublik „zu einer Macht dritten Ranges“ degradiert. Auch Strauß äußerte sich kritisch: demnach perpetuiere die Vereinbarung das amerikanische Monopol über den Nuklearwaffeneinsatz. Atlantiker wie von Hassel und Schröder begrüßten die Vereinbarung als Stärkung der Verbindungen zwischen Europa und den USA sowie als möglichen Weg zur Bonner Mitbestimmung bei nuklearen Entscheidungen. Durch die MLF sei die Bundesrepublik mit Frankreich und Großbritannien gleichberechtigt. Während aber Adenauer Ball seine Zustimmung mitteilte, lehnte de Gaulle auf einer Pressekonferenz die französische Teilnahme ab. Gleichzeitig erteilte er einem Beitritt Großbritanniens in die EWG eine Absage. Großbritannien sei noch nicht reif und die EWG laufe sonst Gefahr, in „amerikanische Abhängigkeit und unter amerikanische Führung“ zu geraten. De Gaulle bewertete das Abkommen vor allem deswegen negativ, weil kurz zuvor Verhandlungen für eine französisch-britische Kooperation im Nuklearbereich gescheitert waren. Das Abkommen war nun ein Beweis für seine Befürchtungen, wonach Großbritannien seine europäischen Bindungen der *special relationship* zu den USA unterordnen würde.<sup>123</sup>

De Gaulles Veto traf in den europäischen Staaten auf Ablehnung. Schröder erklärte, dass der britische Beitritt weiter das Ziel der deutschen Politik bleibe, worauf Adenauer Schröder eine Rüge erteilte. In der Union forderten Birrenbach, Blumenfeld und Furler weiter den britischen Beitritt und die MLF, während eine kleinere Gruppe um Strauß und von Merkatz eine engere Zusammenarbeit mit Frankreich und damit eine unabhängige europäische Atomstreitmacht bevorzugten.<sup>124</sup> In der SPD wurde das Veto verurteilt. So zeugten nach Erlers Aussagen vor der SPD-Fraktion die Aussagen de Gaulles von „einem bemerkenswerten Maß nationaler Eigenbrötelei“, während „die Botschaft des amerikanischen Präsidenten ein ebenso bemerkenswertes Maß internationaler Solidarität“ bekunde. De Gaulle schade mit seinem Veto der „Pflanze der europäischen Solidarität“. „Wenn es gelänge, die Aufnahme Großbritanniens in die Gemeinschaft zu sabotieren, dann hätten wir es mit einer sehr schweren vor uns liegenden Periode ernster Rivalität inmitten des freien Europa zu tun und würden Herrn Chruschtschow erlauben, auf diesem Konflikt zwischen freien europäischen Staaten seinerseits nun als politischem Instrument zu spielen.“ Dieses

<sup>121</sup> Brief an Kennedy vom 17.1.1963. In: Adenauer, Briefe 61-63. S. 222 f. Hier: S. 223.

<sup>122</sup> Schwarz, Adenauer 2. S. 811 f.

<sup>123</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 197 f. Zitat Adenauer: Ebd. S. 197. Siehe ebenso Eibl, Politik. S. 218 ff.

<sup>124</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 198.

Argument hätte zehn Jahre zuvor auch von Adenauer stammen können, ebenso wie das folgende des Wirtschaftswachstums, das durch die europäische Einigung gefördert würde. Darüber hinaus führte Erler an, dass der Beitritt Großbritanniens und Skandinaviens die demokratischen Bestrebungen förderten. Dichotomisch zu den Handlungen des französischen Präsidenten führte Erler die Aussagen Kennedys zur strategischen Partnerschaft an, die durch den „*Trade Expansion Act*“ gar in Gesetzesform gegossen seien. Adenauer müsse man davon überzeugen, für die europäische Sache, wie sie unter anderem das Monnet-Komitee beschrieben habe, einzutreten.<sup>125</sup> Erler führte darüber hinaus verteidigungspolitische Argumente an, wonach die deutsche Politik niemals dazu beitragen dürfe, dass die USA das Interesse an Europa verlieren würden. „Ich will es ganz hart sagen: In unserer Sicherheitspolitik ist das von uns sehr bejahte deutsch-französische Freundschaftsverhältnis kein Ersatz für die Anwesenheit der amerikanischen Macht.“ Er fügte geradezu altväterlich hinzu: „Das hat sich inzwischen auch bei den Vertretern der Bundesregierung herumgesprochen.“<sup>126</sup> Verteidigungsstrategisch erteilte er den atomaren Avancen zusammen mit der französischen *force de frappe* eine klare Absage. Dafür sei schlichtweg nicht genügend Geld da. Ein solches Engagement gefährde die konventionelle Rüstung. Europa fahre „besser und billiger [...], wenn es versucht, auf eine geeignete Weise, entweder durch die Planung oder durch bescheidene Beiträge zu jener multinationalen Kraft, Einfluß auf das ganze oder wenigstens teilweise amerikanische Atompotential zu gewinnen.“<sup>127</sup> Mommer führte ein weiteres Argument an. Demnach habe sich die US-Administration bei der Kubakrise richtig verhalten. Sie alleine entscheide über Krieg und Frieden. Doch könne dies bei einer anderen Regierung schon wieder anders aussehen, weshalb „den Europäern“, und somit den Deutschen, „Mitwirkungsrechte bei der Planung und Entscheidung einzuräumen“ seien. Somit könne auch das Ungleichgewicht in der Allianz aufgehoben werden.<sup>128</sup> Neben diesen verteidigungspolitischen Argumenten für eine aktive Europapolitik fasste die SPD die europäische Integration im Rahmen der EWG als notwendige Entwicklung auf, die weiterzugehen habe. Von der SPD wurde zu unterschiedlichen Anlässen das Fernziel eines Bundesstaates Europa proklamiert, doch standen führende Europapolitiker wie Deist und Birkelbach revolutionären, föderalistischen Ansätzen kritisch gegenüber. So enthielt man sich auch bei Forderungen nach einer Direktwahl zum Europaparlament der Stimme, da dieses erst mehr Rechte erhalten müsse. Die föderalistische Perspektive, die unklar am Horizont erschien, sollte durch funktionale Zugeständnisse und Abkommen erreicht werden. Sektor für Sektor sollte im Sinne des *spill-over* Effektes vergemeinschaftet werden, wobei nur geeignete Sektoren gewählt werden sollten.<sup>129</sup> Im Tätigkeitsbericht der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament wurde dies mit der Forderung nach stärkeren europäischen Institutionen und der Erweiterung unterstrichen, die jetzt kommen müssten. Die EWG sei eben „Mehr als ein Wirtschaftsabkommen“,<sup>130</sup> zumal der Vertrag

<sup>125</sup> Erler vor der SPD-Bundestagsfraktion am 15.1.1963. In: SPD-Fraktion 61-63. S. 207 f.

<sup>126</sup> Ebd. S. 210.

<sup>127</sup> Ebd. S. 219.

<sup>128</sup> Ebd. S. 227.

<sup>129</sup> Vgl. Bellers, die Godesberger SPD. S. 142-155.

<sup>130</sup> Vgl. den Artikel „Arbeit für Europa“ im SPD-Pressedienst vom 3.1.1963. S. 7 f. Abgerufen auf [library.fes.de](http://library.fes.de).

soziale Sicherung europaweit ermögliche, für die auf europäischer Ebene gerungen werden sollte.<sup>131</sup> Das Veto de Gaulles bedeutete dabei einen Rückschlag.

Trotz Widerständen in der CDU/CSU-Fraktion billigte das Kabinett einstimmig das geplante deutsch-französische Abkommen am 16.1.1963, das zwar intern als ratifizierungsbedürftig eingestuft wurde, bei dem aber nicht von einem völkerrechtlichen Vertrag die Rede war.<sup>132</sup> Der Auswärtige Ausschuss und der außenpolitische Arbeitskreis forderten den Kanzler auf, auf einen britischen Beitritt hinzuwirken. Gerstenmaier wies energisch darauf hin, dass der Bundestag den Beitritt wünsche. Auch deutsche Wirtschafts- und Industrieverbände intervenierten bei Adenauer, ebenso zahlreiche amerikanische Spitzenpolitiker.<sup>133</sup> Forderungen der SPD-Fraktion bei einem Treffen Adenauers mit Vertretern der Bundestagsfraktionen, die Reise zu verschieben, gingen indes zu weit.<sup>134</sup> Stattdessen fand man zum formelhaften Kompromiss, dass Adenauer in Paris auch für den britischen Beitritt eintreten sollte.<sup>135</sup> Adenauer maß dem deutsch-französischen Vertrag langfristig eine höhere, historische Bedeutung zu. Er wollte keinen Bruch mit Frankreich riskieren. Im Gespräch mit de Gaulle stimmten beide gar überein, dass die Briten zum Beitritt untauglich seien. Das Verhältnis zu Frankreich stärkte er so, innenpolitisch kam er durch die Entscheidung unter Druck.<sup>136</sup> Offiziell betonte er die „weltgeschichtliche“ Bedeutung des Vertrages, während sie die „aktuellen Schwierigkeiten“ wohl mit der Zeit lösen ließen.<sup>137</sup> Auch Schröder und von Hassel erkannten die Grundsätzlichkeit der Verträge an, wiesen aber energischer auf einen britischen Beitritt hin. So warb Schröder für einen britischen Beitritt bei Gesprächen mit de Gaulle am 21.1.1963. Nach Adenauer konnte die französische Landwirtschaft von größeren Absatzmärkten profitieren, während die Bundesrepublik mit ihrer exportabhängi-

<sup>131</sup> Siehe den Artikel des ehemaligen belgischen Sozialministers Léon-Eli Troclet: Soziale Sicherheit im freien Europa. In: SPD-Pressedienst vom 14.1.63. S. 4-6.

<sup>132</sup> Bei den Gesprächen im Herbst 1962 war zwischen de Gaulle und Adenauer nie von einem Vertrag die Rede gewesen. Das Vorhaben entwickelte sich von einem Konsultationsabkommen zu einem Vertrag, weil im Außenministerium Zweifel herrschten, ob angesichts der geplanten Vereinbarungen zum Beispiel im Kulturbereich die Absprachen ratifizierungsbedürftig seien. Die französischen Partner wurden hiermit geradezu überrascht. Siehe Schwarz, Adenauer 2. S. 817 sowie S. 821 f. Majonica schreibt am 17.1.63 „was für ein Kabinett“, das die Thematik trotz der Paris-Reise gar nicht erörtere. Majonica, Tagebuch. S. 256.

<sup>133</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 198 f. Das Protokoll des Kabinetts erwähnt nur eine Besprechung des Besuches am 16.1.1963 unter den Bundesministern und den Vertretern des Auswärtigen Amtes. Siehe das Protokoll auf [www.bundesarchiv.de](http://www.bundesarchiv.de). Abgerufen am 27.4.2011. Brentano hatte in der Fraktion am 15.1.1963 betont, wonach jedem der Beitritt zur EWG ermöglicht werden solle, der die Verträge respektiere. Gleichzeitig müsse natürlich das Verhältnis zu Frankreich vertieft werden. Darüber hinaus dürfe man die Bedeutung für das westliche Bündnis nicht vernachlässigen, das durch einen Beitritt gestärkt würde. Die Sowjetunion habe alles unternommen, um einen Beitritt zu verhindern. Dies müsse geradezu anspornen, alles für einen Beitritt zu unternehmen. Auch seien die Verhandlungen in Brüssel erstaunlich gut verlaufen. Siehe CDU/CSU-Fraktion 61-63. S. 503. Zur Diskussion im Auswärtigen Ausschuss, die explizit dem Außenminister den Rücken und die deutsche Position, die dieser in Brüssel vertreten hatte, stärken sollte, siehe Auswärtiger Ausschuss 1961-1965. CD-Rom Version. S. 537 ff.

<sup>134</sup> Vgl. SPD-Fraktion. S. 236 f. Insbesondere Fußnote 1.

<sup>135</sup> Die Frage, ob dies in hinreichender Weise durch Adenauer geschehen sei oder nicht, und inwiefern die Opposition durch das Treffen den deutsch-französischen Vertrag mittrage, war Gegenstand eines Briefwechsels zwischen Erler und Schröder im Februar. Siehe Soell, Erler. S. 446 f.

<sup>136</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 199.

<sup>137</sup> So Adenauer bei seiner Ankunft am Flughafen Oly am 20.1.63. In: Adenauer, Reden. S. 444 f.

gen Wirtschaft auf eine Erweiterung angewiesen sei. Schröder schlug vor, die Kommission mit der Erstellung eines Berichts zu den offenen Beitrittsfragen zu beauftragen, um somit eine alle das Gesicht wahrende Lösung zu erreichen, wobei er von Adenauer unterstützt wurde. De Gaulle reagierte indes reserviert.<sup>138</sup> Bei dem morgendlichen Gespräch vom 22.1.1963 waren sich der Präsident und der Kanzler einig, dass die Polaris-Raketen am besten auf dem Kontinent zu Land variabel stationiert werden sollten. Beide monierten unklare Verwaltungsstrukturen der multinationalen Streitkraft. Darüber merkte der Kanzler an, dass „es ein unheimliches Gefühl [sei], daß in der Welt nur zwei über diese Dinge entschieden.“<sup>139</sup>

Am 22.1.1963 wurde der „Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit“ unterzeichnet. Der Vertrag setzte voll auf die intergouvernementale Zusammenarbeit und somit den Gedanken der Fouchetpläne auf bilateraler Basis fort. Vor allem in der Außen- und Verteidigungspolitik sollte zunehmend eine gleiche Linie gefunden werden. Vor wichtigen Entscheidungen sollten sich die beiden Partner zuvor konsultieren.<sup>140</sup> Der Vertrag wurde indes von den Interessenten unterschiedlich interpretiert. Gemeinsamkeit bestand in der Forderung, dass der Vertrag die deutsch-französische Verständigung unumkehrbar machen sollte. Adenauer wollte darüber hinaus sein Misstrauen sowohl gegenüber einer französisch-sowjetischen Zusammenarbeit kurieren als auch durch eine gemeinsame Politik mit Frankreich mehr Rücksicht von den USA auf Deutschland und Europa erreichen. De Gaulle wiederum erhoffte sich durch den Vertrag, den Grundstein für ein „europäisches Europa“ und damit für die Emanzipation von den USA gelegt zu haben. Eine deutsch-französische Militärkooperation war dabei ein bedeutendes Mittel zum Zweck, das jedoch wegen der Abhängigkeit der Bundesrepublik von den USA bis in die 80er Jahre hinein nur begrenzt blieb.

Während also die deutschen Gaullisten dem Abkommen die Bedeutung zumaßen, hiermit auf der weltpolitischen Bühne wieder eine Rolle spielen zu können, schätzte Schröder den Vertrag geringer ein.<sup>141</sup> Für ihn war das Abkommen ein Konsultationsabkommen wie jedes andere, zumal bereits zuvor regelmäßige Absprachen zwischen Paris und Bonn stattgefunden hätten.<sup>142</sup> Gerade jene Absprachen wurden von Kennedy in einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter kritisiert. Welchen Sinn habe denn ein Bündnis im Bündnis? Damit werde die NATO entwertet, und dass, nachdem die USA aufgrund der Rücksicht auf Deutschland nicht auf das Dreier-Direktorium eingegangen seien, Frankreich Atomgeheimnisse vorenthalten worden seien und letztlich der Vorschlag der MFL gemacht worden sei.<sup>143</sup> Dennoch verteidigte Schröder den Vertrag. So war er entscheidend daran beteiligt, die Vereinbarung erst zu einem völkerrechtlichen Vertrag werden zu lassen, wobei er ihn jedoch relativierte, indem er die regelmäßigen Konsultationen als Absichtserklärungen und nicht als Verpflichtung interpretierte.<sup>144</sup> Er setzte sich in unterschiedlichen Gremien für die

<sup>138</sup> Siehe das Gespräch Schröders mit de Gaulle vom 21.1.1963. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963. München 1994. 1. Teilband. I. S. 128-130.

<sup>139</sup> Protokoll vom morgendlichen Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle vom 22.1.1963. In: AAPD, 1963, I. S. 137-148. Hier vor allem 137-141. Zitat S. 141.

<sup>140</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 200.

<sup>141</sup> Vgl. Oppelland, Schröder. S. 503. Marcowitz, Option. S. 77. Eibl, Politik. S. 172 f.

<sup>142</sup> Protokoll der Elysée-Konferenz vom 21.1.1963. In: AAPD, 1963, I. S. 124-128. Hier S. 125.

<sup>143</sup> AAPD, 1963. I. S. 162—165. Botschafter Knappstein an Schröder am 23.1.63.

<sup>144</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 201 f.

Annahme des Vertrages ein<sup>145</sup> und versuchte, den Vertrag mit den bisherigen Bestrebungen der europäischen Einigung in Einklang zu bringen. Nicht umsonst forcierte der Außenminister in den folgenden Monaten Bemühungen zur Einigung im Rahmen der EWG bezüglich der Agrarpolitik und für eine gemeinsame Linie des GATT.<sup>146</sup>

Bei den Kommentaren zum Vertrag überwog im In- und Ausland die Empörung. Die Bemerkungen gingen von dem Vorwurf der „Kontinental Sperre mit Hilfe des Rheinbundes“ über den Verdacht von militärischen Geheimabsprachen, wonach die Bundesrepublik an der *force de frappe* partizipieren sollte bis hin zum Vorwurf Kennedys, der Vertrag sei ein „Dolchstoß in den Rücken“, obwohl der deutsche Botschafter versicherte, dass die Bundesrepublik und die USA in wesentlichen Punkten übereinstimmen würden und daher die Wahl zwischen Paris und Washington schlichtweg keine reale Frage sei.<sup>147</sup> Adenauer sah mit dem Vertrag nicht zuletzt die Gefahr einer französisch-sowjetischen Zusammenarbeit gebannt. Eine solche war ihm seit dem Abkommen beider Staaten im Winter 1944/45 ein steter Alp gewesen, zumal dies seinerzeit durch de Gaulle abgeschlossen worden war.<sup>148</sup> Dessen Pläne eines Europas vom Atlantik bis an den Ural riefen noch einmal diese Assoziationen hervor, weshalb Adenauer eine solche Interpretation mehrmals zurückwies. Die Unterzeichnung des Vertrages sei nicht für die europäische Integration hinderlich, sondern die deutsch-französische Aussöhnung überhaupt erst die Grundlage einer europäischen Einigung. Die Konsultationen müsse niemand fürchten zumal die Unterzeichnung des Vertrages und die Pressekonferenz „zufällig“ zusammengefallen seien.<sup>149</sup> Auch der Diplomat Müller-Roschach befand sich eher auf Adenauers Seite. Im Nachhinein bewertete er die amerikanische Reaktion als „von ungezügelter Heftigkeit“ geprägt, in seinem Tagebuch notierte er: „amerikanische Haltung gefährdet deutsch-französische Aussöhnung und Gemeinsamen Markt im Interesse eines chimärischen *Grand Design*. Wir sollten bei de Gaulle kein Mißtrauen in unsere Unterschrift kommen lassen.“ Folglich plädierte dieser für eine schnelle Ratifikation.<sup>150</sup>

Adenauer und seine Verbündeten wie Krone wiesen die Vorwürfe entrüstet zurück.<sup>151</sup> Ferner konnte Adenauer seine Reihen noch so lange geschlossen halten, wie eine endgültige Ablehnung des Beitritts Großbritanniens noch nicht feststand, denn diese konnte ja noch bei den Verhandlungen in Brüssel am 28./29.1.1963 abgewendet werden. Adenauer verfolgte dabei seine seit eh und je angewandte Taktik. Durch geschicktes Betonen und Weglassen von Informationen in unterschiedlichen Kontexten, mal gegenüber dem französischen Staatspräsidenten, mal gegenüber den unterschiedlichen Gremien der Fraktionen und der

<sup>145</sup> So im CDU/CSU-Fraktionsvorstand am 25.1.1963. CDU/CSU-Fraktion 61-63. S. 538.

<sup>146</sup> So im CDU-Fraktionsvorstand am 25.1.1963. CDU-Fraktion 61-63. S. 538. Bühner, Abschied von der Supranationalität. S. 261 f.

<sup>147</sup> Zu den Vorwürfen siehe Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 202 f.

<sup>148</sup> Zum Mißtrauen Adenauers gegenüber den weltpolitischen Ambitionen de Gaulles vgl. Weidenfeld, Adenauer und Europa. S. 187.

<sup>149</sup> So auch in einem Gespräch mit dem italienischen Botschafter Guidotti vom 28.1.1963. In: Ballini, Varsori, L'Italia e l'Europa, 2. S. 561-563. Hier S. 562.

<sup>150</sup> Müller-Roschach. Die deutsche Europapolitik. S. 126. Vor allem Anmerkung 255.

<sup>151</sup> Vgl. die Erläuterungen Adenauers vor dem Auswärtigen Ausschuss vom 24.1.1963. Auswärtiger Ausschuss 1961-1965. S. 553 ff. Die Bedeutung wurde allein schon durch das bloße Auftreten des Kanzlers vor dem Ausschuss deutlich.



Partei, vermittelte er das Bild, in Frankreich für den Beitritt Großbritanniens eingetreten zu sein. Im Gespräch mit de Gaulle hatte er dies wohl getan - jedoch ohne großen Verve entwickelt zu haben.<sup>152</sup> Fraktionsvorstand und Kabinett stimmten dem Vertrag zu und übten Kritik. Vor allem Furler betonte, das Europakonzept de Gaulles sei nicht das deutsche. Majonica und Kopf sprachen sich mit Nachdruck für einen britischen Beitritt aus. Doch am stärksten plädierte Erhard aus ökonomischen Gründen für einen britischen Beitritt, was insbesondere die Anhänger Adenauers als Beweis anführten, dass Erhard eben nicht zum Politiker taue. Er lamentierte vor dem Fraktionsvorstand, dass Kleineuropa nicht den deutschen Interessen entspreche und de Gaulle es sich anscheinend leisten könne, an überholten Vorstellungen festzuhalten. „Dagegen würde niemand in der Welt Verständnis haben, wenn wir Deutsche uns nicht klar für Europa entschieden.“<sup>153</sup> Erhard betonte auch im Ausland, dass sich das freie Europa keineswegs auf das „kleine Europa“ beschränken dürfe. Größere Wirtschaftsräume wurden mit der Forderung des Freihandels versehen, womit er eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der EWG und der EFTA und dennoch ein politisch geeintes Europa forderte. Dieses Europa müsse wiederum frei und offen sein, vor allem den USA gegenüber, wobei eine Einigung im Rahmen der Kennedy-Runde der Anfang einer engeren politischen und sozialen Zusammenarbeit sein könne. Wie immer umschrieb er vage Europa als kulturelle Einheit.<sup>154</sup> Kritiker forderten klarzustellen, dass sich die deutsche Europapolitik nicht geändert habe.<sup>155</sup> Freilich behaupteten dies auch die Befürworter der Politik Adenauers.

Briten und Amerikaner setzten auf Schröder und Erhard. Auf beide wurde vor den Verhandlungen in Brüssel eingewirkt. Doch die Verhandlungen scheiterten. Erhard sprach von einer „Trauerfeier“, von einer „schwarze[n] Stunde Europas“. Erhard soll sogar den Elysee Vertrag als hinfällig bezeichnet haben, während Schröder ihn beruhigte, dass der Vertrag zwar ratifiziert, aber einfach nicht angewendet werde. Im Bundeskabinett vom 30.1.1963 erreichte Erhard kämpferisch eine Erklärung zugunsten des Beitritts Großbritanniens und sprach gar von einer „Diktatur de Gaulles.“<sup>156</sup> Auf europäischer Ebene drückten die europäischen Sozialisten durch Birkelbach und Dehousse am 7.2.1963 ihre tiefe Besorgnis über den Stillstand der Verhandlungen mit Großbritannien aus. De Gaulle brüskierte die Gemeinschaft. Sein Vorgehen sei „völlig unvereinbar mit dem Geist und den vertraglichen Grundlagen der Europäischen Gemeinschaft.“ Dies wurde mit generellen Forderungen verbunden.

---

<sup>152</sup> Vgl. Hentschel, Erhard. S. 412 f. Zum Vorschlag, die Kommission einen Bericht über den Beitritt anfertigen zu lassen und dies auf der nächsten Ministerratssitzung zu beschließen, siehe Bange, Oliver: Deutschland und der britische Beitritt, 1960-1963, in: Hrbek, Rudolf und Schwarz, Volker (Hg.): 40 Jahre Römische Verträge: Der deutsche Beitrag. Baden-Baden 1998. S. 278-290. S. 285 f.

<sup>153</sup> Osterheld, Horst: "Ich gehe nicht leichten Herzens..." Adenauers letzte Kanzlerjahre. - ein dokumentarischer Bericht. Mainz 1986. S. 195. Krone, Heinrich: Tagebücher, 1961-1966. Düsseldorf 2003. S. 153. Zur Diskussion im Fraktionsvorstand: CDU Fraktion 61-63. S. 536-539. Zitat Erhards: Ebd. S. 539. Kabinettsprotokoll vom 25.1.1963. Abgerufen auf [www.bundesarchiv.de](http://www.bundesarchiv.de).

<sup>154</sup> Vgl. die Rede Erhards in Stockholm vom 23.3.1963. In: Hohmann, Gedanken. S. 797-808.

<sup>155</sup> Majonica, Tagebuch. S. 259, Eintrag vom 2.2.1963. Ebenso vom 4.2. Hier ist die Rede von einer Auseinandersetzung im Fraktionsvorstand, bei der Adenauer nach Majonica die Fouchet-Pläne zu positiv dargestellt habe und er diesen aufforderte, in einer Regierungserklärung die „Kontinuität unserer Europapolitik herauszustellen.“ Ebd.

<sup>156</sup> Siehe das Protokoll vom 30.1.1963. Abgerufen auf [www.bundesarchiv.de](http://www.bundesarchiv.de).

Wieder einmal zeige sich das Problem der Einstimmigkeit im Ministerrat und der schwach ausgeprägte Kompetenzen des Europäischen Parlamentes. Dabei seien doch in den Verhandlungen mit Großbritannien erhebliche Fortschritte erzielt worden, aber in der Entscheidung de Gaulles könne man einen „machtpolitischen Charakter“ erkennen. Der Beschluss des Ministerrates für Verhandlungen könne doch nicht einfach durch einen unsachlichen Einwand de Gaulles gekippt werden, sein „unverhohlener Führungsanspruch“ sei mit dem gemeinschaftlichen Geist unvereinbar. Nun seien Schritte für eine Reaktivierung des europäischen Geistes notwendig. Gegen diese Hegemonialbestrebungen, für die demokratische Weiterentwicklung und das innere Gleichgewicht der Gemeinschaft sei der Beitritt Großbritanniens notwendiger denn je, genauso wie die Bildung einer konkreten atlantischen Partnerschaft. Die sozialistischen Parteien würden sich „mit aller Entschiedenheit einer Schwächung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit zwischen den freien Nationen der Welt widersetzen.“<sup>157</sup>

Auf Seiten der Gaullisten wurde die „Hysterie der deutschen Presse und den geradezu rätselhaften Ausbruch von Anglomanie“ mit Entsetzen wahrgenommen. Die Gaullisten argumentierten europäisch. De Gaulle habe mit seinem Veto ein Aufblähen der EWG verhindert. Die Befürworter um Erhard wollten eine reine Freihandelszone, womit die eigentliche Idee der EWG getötet werde. Man müsse den eigentlichen Wert des Vertrages erfassen, wobei in der Union die Europäer aber leider über de Gaulle vollkommen zerstritten seien. Manche würden alles als falsch bewerten, was von diesem komme.<sup>158</sup>

Bei den Beratungen zum Elysee-Vertrag ging die SPD nun weitaus geschickter als in den Zeiten der Fundamentalopposition der 50er Jahre vor. Sie agierte aus einer Strategie heraus, die auf Konfrontation und Kompromiss setzte, wobei der Kompromiss weitaus stärker überwog. Der Vertrag sollte genau überprüft werden.<sup>159</sup> Vor allem Wehner und Erler waren die Protagonisten und Befürworter dieser Taktik, die auf die Kompromissbereitschaft vor allem der Atlantiker in der Union und der FDP setzte, die sich durch eine zu starke Konfrontation wohl umso eher hinter ihren Kanzler gestellt hätten. Damit setzte sich die Gruppe um Erler und Wehner gegen eine Minderheit um Mommer durch, die „wegen eventueller Auswirkungen auf die EWG und NATO ... für eine glatte Ablehnung“ des Vertrages votieren wollte.<sup>160</sup>

Erler hatte sich bereits im Dezember 1962 in einem Artikel in der Wochenzeitung „Christ und Welt“ für eine europäische Mitbestimmung innerhalb einer multinationalen Atomstreitmacht ausgesprochen. Erlers sicherheitspolitischen Überlegungen waren nun vollkommen von den Gedanken nach Friedenserhalt durch Abschreckung durchzogen. Hier aber schienen nur die USA ausreichend Sicherheitsgarantien geben zu können. Mit seinen Überlegungen, wonach die konventionellen Streitkräfte nicht vernachlässigt werden darf-

---

<sup>157</sup> Sozialistische Europa-Korrespondenz. 5/63. S. 1-4. In: AdsD. Bundesvorstand, Abteilung Internationale Beziehungen. 01006.

<sup>158</sup> So der Diplomat Jansen an Brentano, Kiesinger und zu Guttenberg im Februar 1963. In: Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 204.

<sup>159</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 379 ff.

<sup>160</sup> Ebd. S. 384 f. Zitat Mommers aus mehreren Tageszeitungen vom Februar und März 1963, zitiert ebd. S. 384.

ten, da sie in Zeiten eines nuklearen Patts den Ausschlag geben würden,<sup>161</sup> repräsentierte Erler aber keinen Konsens innerhalb der SPD.

Während der reine Vertragstext nur wenige Kritikpunkte zuließ, konnte der Vertrag politisch in unterschiedliche Richtungen interpretiert werden. So war ein genereller Kritikpunkt, dass sich Adenauer zumindest stillschweigend in das antiamerikanische Fahrwasser de Gaulles begeben würde. Dies wurde mit unterschiedlichen, althergebrachten Konnotationen belegt. So warnte man vor einem sich abschließenden Kleineuropa, das sich in die Autarkie zurückziehen könne. Ferner befürchtete die SPD negative Auswirkungen des Vertrages auf die EWG, indem entweder die anderen Mitgliedsstaaten majorisiert oder Mehrheitsentscheidungen vermehrt in Frage gestellt würden. Hiermit hätten sich die Konsultationen dann vornehmlich auf den Bereich der EWG bezogen und nicht, wie von der SPD gewollt, vornehmlich auf den Bereich der Außen-, Sicherheits- und Kulturpolitik.<sup>162</sup> Schlimmer jedoch wogen die Bedenken, dass im Bereich der Verteidigungspolitik Absprachen getroffen würden, die, so Erler, gefährlich wären, „wenn der Versuch unternommen würde, durch diese Konsultation die Bundesrepublik Deutschland auf eine strategische Konzeption festzulegen, die in erklärtem Gegensatz zu der strategischen Konzeption nicht nur der Führungsmacht, sondern der Mehrheit der Atlantikpaktstaaten stände. Das wäre gefährlich und würde die Allianz schwächen.“ Die SPD befürchtete, dass der Vertrag die Bundesrepublik in ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis zur Atommacht Frankreich bringen könnte. Vor allem aber wog die zeitliche Nähe zur Ablehnung des britischen Beitrittsversuchs durch de Gaulle schwer, wie Erler vor dem Bundestag ausführte: „Aus dieser Sicht einer Solidarität mit einer Politik, die nicht die unsere ist, muß der deutsch-französische Vertrag heraus.“<sup>163</sup> Eine Sicht, wonach „Frankreich im nichtkommunistischen Europa die Hegemonie auf allen Gebieten zu sichern“ und hierzu vor allem die EWG-Kommission zu entwerten suche.<sup>164</sup>

Um den Vorwurf zu begegnen, wonach sie eben die deutsch-französische Aussöhnung verhindere, betonte Ollenhauer am 7.2.1963 vor dem Bundestag, dass seine Ausführungen nicht „etwa als eine Abschwächung oder als eine Gegenposition gegenüber den von uns allen hier so nachdrücklich und eindeutig bejahten Fortschritten – wesentlichen Fortschritten – in der Frage der dauernden deutsch-französischen Zusammenarbeit angesehen“ werden sollten. Die sozialdemokratischen Redner verwiesen explizit auf die internationale Gesinnung der Sozialdemokraten und ihr stetiges Eintreten für die deutsch-französische Freundschaft. Somit wollten sie einer möglichen Taktik Adenauers zuvorkommen, die die Ausführungen der SPD mit einfachen antifranzösischen Ressentiments gleichgesetzt hätte, zumal nach de Gaulles Deutschlandreise in der Bundesrepublik eine Frankreichbegeisterung herrschte. Adenauer spielte in seiner Antwort auf Erler auf die Europapolitik der SPD in den 50er Jahren an, indem er feststellte, dass die SPD bei den ersten Integrationsritten

---

<sup>161</sup> Vgl. Soell, Erler. S. 449 ff.

<sup>162</sup> Bellers, Die Godesberger SPD. S. 379 f.

<sup>163</sup> So Erler vor dem Deutschen Bundestag am 7.2.1963. Stenographische Berichte. S. 2624.

<sup>164</sup> Siehe den Artikel Europäische Weichenstellung – Schicksalsstunden in Brüssel. In: SPD-Pressedienst vom 28.1.1963. S. 1a -2.

„damals leider nicht mitgemacht“ habe.<sup>165</sup> Doch nun ließ sich die SPD nicht mehr in die Ecke der Integrationsfeindlichen drängen. Auch Brandt, der ab April 1963 die SPD zusätzlich zu Wehner und Ollenhauer beim Aktionskomitee vertreten durfte, rückte nun zu den Europapolitikern auf. Mittlerweile waren für die CDU Brentano, Birrenbach und Etzel neben Kiesinger Mitglieder des Aktionskomitees.<sup>166</sup>

Innenpolitisch vertrat Erhard nun seine Haltung offensiver, indem er etwa in einem Interview in der Süddeutschen Zeitung erneut den britischen Beitritt forderte und die aktuelle Europapolitik, vor allem aber die Politik de Gaulles, angriff.<sup>167</sup> Mit seinen Interviews erregte Erhard nicht nur Aufmerksamkeit, sondern auch Unmut in der Union.<sup>168</sup> Beim Treffen des EWG-Ministerrates im Februar versuchte Erhard, durch Gespräche mit dem italienischen, niederländischen und belgischen Minister geeignete Wege zur Wiederaufnahme der Gespräche mit Großbritannien zu suchen. Den eigentlichen Sitzungen blieb er fern. Adenauer erteilte per Brief eine „Abmahnung“, Erhard antwortete selbstbewusster und rechtfertigte sich nicht mehr, wie er es in den Jahren zuvor immer getan hatte. Stattdessen schrieb er an Brentano und warnte insbesondere vor einer Europapolitik, die Europa einenge und Amerika vergraule. Die Vorstellungen eines Europas vom Atlantik bis zum Ural seien französischen Hegemonialbestrebungen geschuldet, denen Deutschland keineswegs Vorschub leisten dürfe.<sup>169</sup> Schröder hingegen reagierte weniger scharf. Er wollte den deutsch-französischen Vertrag keineswegs mit der Ablehnung des britischen Beitritts verquickt sehen. Doch sollte der Vertrag auch nicht die Übernahme französischer Positionen bedeuten. Stattdessen sollte die Vereinbarung mit den anderen Zielen, einer engen Partnerschaft mit den USA, der Mitarbeit in der MLF und dem Festhalten an der EWG-Erweiterung in Einklang gebracht werden. Mit dieser staatsmännischen und ausgleichenden Strategie fuhr Schröder besser als Erhard, der in der Fraktion vor allem von Süsterhenn wegen seines Interviews angegriffen wurde. Das Interview war ein Beleg für die innere Zerstrittenheit der Partei, wobei Guttenberg feststellte, dass sich Erhard durch dieses Interview und seine zurückhaltende Reaktion in der Bundestagsdebatte und in der Fraktion „endgültig abgewertet“ habe.<sup>170</sup>

Die CDU/CSU Fraktionssitzung vom 5.2.1963 zeigte offen, wo die Gräben in der Union verliefen. Auch wenn Adenauer versuchte, jeglichen Dissens in der westlichen Gemeinschaft wegzuwischen, so rechtfertigte er dennoch die Reaktion de Gaulles, indem er als Begründung für dessen Nichtbeteiligung an der Multilateral Force anführte, dass die USA Frankreich gegenüber eben ein schlechteres Angebot gemacht hätten als gegenüber Großbritannien. Den Elysée-Vertrag rechtfertigte er mit der Besonderheit der deutsch-französischen Beziehungen. Die MLF begrüßte er, hielt mit dieser alleine jedoch Westeuro-

<sup>165</sup> Siehe die Reden Ollenhauers und Adenauers vom 7.2.1963. In: Stenographische Berichte. Band 52. S. 2594 ff. und S. 2629 f.

<sup>166</sup> Mitteilung des Aktionskomitees vom 27.4.1963. Zur CDU siehe die Teilnehmerliste vom 26.6.62. In: AdsD. Bestand Ollenhauer. 440.

<sup>167</sup> Siehe Erhard, Gedanken. S. 7897-793. Ebenso Hentschel, Erhard. S. 415 f.

<sup>168</sup> Siehe die Fraktionsvorstandssitzung vom 11.2.1963. Erhard forderte eine Diskussion der Europapolitik in Partei und Fraktion, was Brentano mit der Aussage quittierte, dass eine solche Diskussion in der Fraktion und nicht in Interviews geschehen dürfe. CDU/CSU-Fraktion 61-63. S. 570.

<sup>169</sup> Hentschel, Erhard. S. 420 f.

<sup>170</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 206 f.

pa nicht für verteidigungsfähig.<sup>171</sup> Die anschließende Debatte wurde hitzig. Vor allem Birrenbachs Fragen hinterließen den Eindruck, dass dieser Erhard unterstützte. Majonica versuchte stattdessen die Differenzen zu überbrücken, um vor allem der SPD keine Chancen zu eröffnen. Auch von Hassel vermied offene Kritik. Er deutete nur an, dass man über den Vertrag auf die französische Position gegenüber der NATO und dem britischen Beitritt einwirken könne. Stattdessen stellten sich Merkatz, Kopf und Guttenberg hinter den Vertrag. Süsterhenn als Parteigänger Adenauers griff vor allem Erhard an, der mit seinen „un­nötig dramatisierenden Erklärungen“ Unmut bei den Wählern hervorgerufen habe.<sup>172</sup>

In den folgenden Wochen fuhren einige hochrangige Regierungsvertreter in die USA. Trotz umfassender Bemühungen vor allem von Staatssekretär Carstens verschwand das Misstrauen nicht. Carstens brachte jedoch die Idee mit, die Ratifikation des Vertrages mit einer klarstellenden Entschließung zu versehen. Von Hassel absolvierte vom 25. bis 27.2.1963 seinen Antrittsbesuch in den USA. Er schloss in Gesprächen eine Beteiligung an der *Force de frappe* aus. Stattdessen wurden milliardenschwere Rüstungsaufträge an die amerikanische Wirtschaft vergeben, womit die USA sich auch weiterhin ihres Status als Hauptlieferant der deutschen Bundeswehr sicher sein konnte und die deutsch-französi­schen Rüstungsanstrengungen einen Rückschlag erlitten.<sup>173</sup> Schröder betonte für die Regierung immer stärker, dass der Vertrag die Außenpolitik der Regierung nicht ändere und man de Gaulles Einzelaktionen missbillige. In der Verteidigungspolitik verlasse man sich auf die NATO und wolle an der MLF partizipieren.<sup>174</sup>

Die SPD forderte von Adenauer in den kommenden Wochen eine Klarstellung der Absichten, warf ihm aber keinen antieuropäischen oder antiamerikanischen Kurs vor, was wahrscheinlich große Widerstände hervorgerufen hätte. Es sollte ja der Inhalt der Vereinbarungen geändert werden, denn wenn der Vertrag so angenommen werden würde, wie er vereinbart worden war, gefährdete er nach Meinung der SPD die EWG. Scheiterte indes der Vertrag, würden die deutsch-französi­schen Beziehungen auf eine harte Probe gestellt - und ohne den deutsch-französi­schen Motor konnte der europäische Integrationsprozess nicht voranschreiten.<sup>175</sup> Die EWG selbst wurde, anders als die vorhergehenden europäischen Einigungsversuche, weder als möglicher Stolperstein zur Wiedervereinigung aufgefasst, noch als Hemmschuh für ein mögliches kollektives Sicherheitssystem. Letztendlich musste sich immer noch jede außenpolitische Entscheidung an der Frage der Kompatibilität mit einer

---

<sup>171</sup> Sitzung der CDU Fraktion vom 5.2.1963. Bericht Adenauers in CDU/CSU-Fraktion 61-63. S. 552-560. Adenauer betonte, dass Großbritannien auch niemals ein solches Freundschaftsangebot der Bundesrepublik unterbreiten würde, was selbst Mommer bekenne. Darüber hinaus führte er an, dass selbst Hitler ein Faible für Großbritannien gehabt habe – nicht jedoch für Frankreich. Ebd. S. 557.

<sup>172</sup> Zur Diskussion in der Fraktion: Ebd. S. 562 ff. Süsterhenns Zitat: Ebd. S. 563. Majonica hatte bereits am 12.10.1962 die Wandlung der außenpolitischen Konfrontationslinien zwischen der SPD und der Union mit „Plötzlich [sei] die SPD immer dafür gewesen“ kommentiert. Majonica, Tagebuch. S. 241.

<sup>173</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 209.

<sup>174</sup> Vgl. die Ausführungen Schröders vor dem Auswärtigen und die anschließende Diskussion vom 14.2.1963. Auswärtiger Ausschuss 61-65. S. 577 ff.

<sup>175</sup> Bellers, Die Godesberger SPD. S. 382 f. Nach Brauer sollte Adenauer öffentlich erklären, dass der deutsch-französi­sche Vertrag keinen Einfluss auf die Erfüllung von Pflichten habe, die man zuvor im deutsch-amerikanischen Verhältnis eingegangen sei. Sitzung des Auswärtigen Ausschuss vom 14.3.1963. Auswärtiger Ausschuss 61-65. S. 675.

möglichen Wiedervereinigung messen lassen. Es blieb die Forderung, zumindest ganz Deutschland, wenn möglich aber ganz Europa zu einigen. Dass die nun geschaffenen Organisationen als mögliche Ansatzpunkte akzeptiert wurden, wurde dabei in der Person Wehners deutlich, der dies durch seine Mitarbeit als aktiver Abgeordneter der Parlamentarischen Versammlung der Montanunion und durch seine Mitarbeit im Komitee Monnets, zu dem er gar eine freundschaftliche Beziehung aufbaute, dokumentierte.<sup>176</sup> Wehner kritisierte den deutsch-französischen Vertrag aus mehreren Gründen. Er rufe Misstrauen bei den kleineren Staaten hervor, die nicht durch Erklärungen, sondern nur durch Taten entkräftet werden könnten. Europa verträge schlichtweg keine Hegemonialansprüche, wenn es zu den Vereinigten Staaten von Europa heranwachsen wolle. Er verlangte im Hessischen Rundfunk Anfang Februar eine verbindliche Erklärung der Regierungen, wie sich der Vertrag mit der atlantischen Partnerschaft und der EWG in Einklang bringen lasse. Erst danach kam beim Deutschlandpolitiker *par excellence* die Forderung, dass auch die Auswirkungen auf den „sowjetisch besetzten Osten“ präzisiert werden müssten.<sup>177</sup>

Nachdem Erhard in der Presse am 14.2.1963 eine Ergänzung des Vertrages durch eine „angehängte Resolution oder durch einen Annex“ gefordert hatte, schlug Schmid im Auswärtigen Ausschuss eine Präambel vor. Für die SPD-Länder legte Hessen im Bundesrat einen Entwurf vor, wonach die Bundesregierung bei der Hinterlegung der Urkunden mitteilen solle, dass sie den Vertrag nur unter dem Vorbehalt ratifiziere, wonach sich der Vertrag in Einklang mit den bisher geschlossenen Verträgen der WEU, NATO oder der Europäischen Gemeinschaften befinden müsse. Der Antrag wurde von den unionsgeführten Ländern zurückgewiesen, für die die nordrheinwestfälische Regierung einen Gegenentwurf einbrachte, der zwar die gleichen Ziele hatte, aber im Ton konzilianter agierte und auf einer Erklärung aufbaute, die maßgeblich Carstens formuliert hatte. Der Bundesrat bestätigte am 1. März die Entschließung des Ausschusses. Obwohl der Bundesrat keine außenpolitischen Kompetenzen hatte, wurde das Ergebnis in den Medien breit rezipiert und hatte somit Einfluss auf den Ratifikationsprozess.<sup>178</sup> Bei der Abstimmung im Bundesrat zeigte sich die doppelte Strategie der SPD aus Kompromiss und Konfrontation. Während Hessen den Vorschlag ablehnte, stimmten Bremen und Berlin mit Kaisers und Brandt zu.<sup>179</sup> Konfrontation wurde eher auf europäischer Ebene von den sozialistischen Parteien der EWG gesucht. In Verlautbarungen des Verbindungsbüros der sozialistischen Parteien in der EWG war vom „Rückfall in Allianzgepflogenheiten“ die Rede. „Auf keinen Fall stellt dieser Vertrag einen weiteren Beitrag zur Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa dar.“<sup>180</sup> Dass Maurice Schuman verlautbaren ließ, dass es nicht schlecht sei, die Deutschen durch Klauseln noch einmal stärker zu binden, war einmal mehr Wasser auf die Mühlen, schien doch das „Nationalismus-Argument“ längst überwunden.<sup>181</sup> Die Weiterentwicklung der europäischen Ge-

<sup>176</sup> Bellers, Die Godesberger SPD. S. 308 f.

<sup>177</sup> So Wehner in einem Interview mit dem HR am 5.2.1963, abgedruckt in: Wehner, Wandel und Bewährung. S. 361-364.

<sup>178</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 210 f.

<sup>179</sup> Vgl. Bellers, die Godesberger SPD. S. 391 ff.

<sup>180</sup> Sozialistische Europa-Korrespondenz 8/63. In: AdSD, Bundesvorstand. Abteilung Internationale Beziehungen. 01006.

<sup>181</sup> Siehe den Artikel „Europa... Merkwürdige Begründung in Frankreich für Vertrag Paris-Bonn“. In: SPD-Pressedienst vom 15.3.1963. S. 2.

meinschaft und die Verhandlungen mit den USA schienen durch die aktuelle Politik Frankreichs und die angenommene Unterstützung dieser durch Deutschland gefährdet. Hallstein warnte vor einer Blockierung der Gemeinschaft, was die SPD aufgriff. Dass Furler vor dem Europäischen Parlament den deutsch-französischen Vertrag als Ausdruck und Endpunkt der deutsch-französischen Aussöhnung bezeichnete, half wenig, denn wenn die Freundschaft so gut war, warum brauchte es da einen Vertrag?<sup>182</sup> Die Gemeinschaft brauchte stattdessen neue Initiativen und die Belebung des „Gemeinschaftsgeists“,<sup>183</sup> der die Ablehnung „des einen Staatschefs“ überwinden müsse, indem die Beitrittsfrage aktuell bleiben und die Gemeinschaft nach außen durch die Kennedy-Runde und Assoziationsabkommen offen bleiben müsse.<sup>184</sup>

Innerhalb der Unionsfraktion entwickelte vor allem Birrenbach bei der Korrektur des deutsch-französischen Vertrages durch die Präambel großen Eifer. Dabei baute er über die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik Kontakte zu Erler und im Rahmen des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa zu Wehner auf. Mit beiden hielt er enge Rücksprache. Es wurde immer klarer, dass der Bundestag die Ratifikation kommentieren würde. Fraglich blieb die Form. Das Kanzleramt und das Auswärtige Amt hielten eine unverbindliche Resolution für ausreichend, die FDP und die SPD drängten mit Teilen der Union auf eine vertragsergänzende Präambel, die sich letztlich durchsetzte. Schröder lehnte dies ab, weil er hierdurch schweren Schaden für zukünftige Verhandlungen vorhersah. Erstens würde Frankreich verärgert. Zweitens sei eine einseitige Änderung im internationalen Recht unüblich. Drittens werde der Spielraum der Exekutive durch das Parlament zu weit eingengt. In diesen Punkten stimmten auch Guttenberg und Strauß mit ihm überein.<sup>185</sup>

Während Guttenberg de Gaulle gegen Kritik verteidigte, wonach dieser gegen die NATO und gegen eine europäische Einigung sei, und zwar mit dem Argument, dass de Gaulle aus europäischen Motiven handle, versuchte Brentano in den USA klar zu machen, dass sich an der deutschen Außenpolitik und somit an der Orientierung an den USA nichts ändern werde. Der Vertrag sei die Fehlleistung eines alternden Adenauer. Die USA-Reise machte ihm aber klar, dass Zweifel an der deutschen Haltung in den USA weit verbreitet waren. Nach seiner Rückkehr aus den USA wurde Brentano zu einem strikten Befürworter der Präambel. Ferner warnte der EWG-Kommissionspräsident Hallstein vor einem „fremden Gewicht“ in den Europäischen Gemeinschaften durch den deutsch-französischen Vertrag.<sup>186</sup> In der Fraktion sprach sich nun eine klare Mehrheit für eine Präambel aus. Adenauer beugte sich, Krone kommentierte bissig: „Die Überbesorgten, die ganz sicher gehen wollen, die jetzt vor jedem Stirnrunzeln der Amerikaner in Treuekundgebungen ausbrechen, wollen in die Präambel einen Katalog von Prinzipien und Forderungen hineinpacken. Es geht doch nichts über beschriebenes Papier“. Adenauer wurde von seiner Partei auf seinen ehemaligen

---

<sup>182</sup> So der Grundtenor in Markscheffel, Günter: Eine schwierige Aufgabe. Europa wartet auf neue Impulse. In: SPD-Pressedienst vom 28.3.1962. S. 1.

<sup>183</sup> Siehe den Artikel „Strassburg“. In: SPD-Pressedienst vom 29.3.1963. S. 3.

<sup>184</sup> So Birkelbach, Willi: Erfahrung nutzen! In: SPD-Pressedienst vom 6.5.1963. S.1 f.

<sup>185</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 211.

<sup>186</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 212. Siehe hierzu den Bericht Brentanos vor der Fraktion vom 26.3.1963. In: CDU/CSU-Fraktion 61-63. S. 643-645.

Weg gezwungen und damit war offensichtlich, dass sich seine Zeit als Parteichef dem Ende zuneigte.<sup>187</sup>

Die Überlegungen in der Union standen längst im Schatten des Kampfes um die Nachfolge Adenauers, bei der sich Erhard letztendlich durchsetzen konnte. Obwohl Schröder seine Kandidatur zurückgezogen hatte, erhielt Erhard am 23.4.1963 in der Fraktion nur 159 Ja Stimmen bei 47 Nein-Stimmen und 19 Enthaltungen. Beileibe kein gutes Ergebnis als einziger Kandidat, was einmal mehr die Zerstrittenheit in der Union offenbarte. Die USA wurden jedoch durch die Nominierung ebenso beruhigt wie durch die Präambel, die dem Elysee-Vertrag vorgestellt worden und mit überwältigender Mehrheit am 16.5.1963 angenommen wurde.<sup>188</sup> Bei der Debatte im Bundestag kam längst nicht die Kontroversität zu Tage, die man hätte erwarten können.<sup>189</sup> So warf Günter Markscheffel im Pressedienst der Regierung vor, sich trotz anderslautender Bekenntnisse eben nicht um die „nicht-französischen Bündnispartner“ zu kümmern. Stattdessen finde in Würzburg, „wo zahlreiche abendländische Akademiedenker das Licht der Welt erblickten“, wieder eine deutsch-französische Parlamentariertagung statt.<sup>190</sup> Dieses „Abendland“ widersprach den politischen Vorstellungen von einem demokratischen und erweiterten Europa in der atlantischen Gemeinschaft, das auch Ollenhauer mehrmals betonte. Europa solle mehr sein als eine wirtschaftliche Vereinigung und lasse zusammen mit der atlantischen Partnerschaft darüber hinaus keine Sonderbünde zwischen zwei Staaten zu.<sup>191</sup>

Nach der Unterzeichnung der Verträge reklamierte die SPD für sich, maßgeblich die Präambel durchgesetzt zu haben.<sup>192</sup> Sie hatte taktisch bis zuletzt ihre Zustimmung im Unklaren gelassen, bis zum Schluss den Druck auf die Unionsparteien hochgehalten und damit zusammen mit außenpolitischem Druck von Seiten der USA der Gruppe um Birrenbach zum Erfolg in der Union verholfen. Gleichzeitig ging die SPD gestärkt aus den Beratungen hervor. Sie konnte sich nun als die Partei der atlantischen Partnerschaft und damit als Sicherheitsgarant darstellen. Die Bemühungen wurden von der amerikanischen Administration goutiert, wie beim Besuch Erlers in Washington im April 1963 klar wurde. Gleichzeitig unterband die SPD mit dem Empfang Brandts auf dessen Frankreichreise durch de Gaulle Kritik, wonach sie antifranzösisch handelte.<sup>193</sup> Adenauer erkannte in den Besuchen zwei Entwicklungen: Erstens zeige dies, wie wichtig Einigkeit innerhalb der eigenen Partei sei.

<sup>187</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 213.

<sup>188</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 213 f.

<sup>189</sup> Vgl. hierzu die Reden Wehners und Brentanos vom 16.5.1963. In: Stenographische Berichte. Band 53. S. 3745-3752.

<sup>190</sup> Markscheffel, Günter: Nebel über der Europa-Politik des offiziellen Bonn. In: SPD-Pressedienst vom 12.3.1963. S. 2.

<sup>191</sup> Rede Ollenhauers in Kopenhagen vom 5.4.1963 vor dem Deutsch-Dänischen-Informationsausschusses des Reichstages. In: Ollenhauer, Erich: Reden und Aufsätze (bearbeitet und herausgegeben von Fritz Sänger). Bonn 1977. 2. Auflage. S. 360-375. Ausführungen zur europäischen Integration: S. 369-375.

<sup>192</sup> Marcowitz, Option. S. 103 f.

<sup>193</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 394 f. Zur Taktik, keineswegs antifranzösisch zu wirken, sondern die deutsch-französische Freundschaft in den Vordergrund zu stellen, siehe Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. S. 562 f. Zu Erlers Besuch: Soell, Erler. S. 452 f.



Zweitens zweifelte er an der Aufrichtigkeit der SPD. Er fühle sich bei den Besuchen an ein Zitat Wilhelm I. an seine Gattin erinnert: „Welch eine Wendung durch Gottes Fügung?“<sup>194</sup>

In der CDU/CSU hielt man sich bedeckt, obwohl gerade Birrenbach, Majonica und von Brentano sowie Erhard an der Präambel entscheidend mitgewirkt hatten. Kopf führte in der Fraktion aus, dass die Präambel endlich ausgehandelt worden sei und die SPD nur zwei kleine Änderungswünsche angebracht habe. Der Entwurf sei letztlich im Auswärtigen Ausschuss auf der Grundlage eines Vorschlages der Union entstanden.<sup>195</sup> Mit der Relativierung des Vertrages kam dem Bundestag Kritik von Beamten aus dem Verteidigungs- und dem Außenministerium entgegen.<sup>196</sup> Die deutsche Sicherheit hing vom transatlantischen und nicht vom transrheinischen Partner ab. Und hier versuchte Schröder weiterhin für die MLF einzutreten, trotz unklarer Kommandostrukturen und ungeklärter technischer Fragen. Wichtiger erschien ihm auch in den kommenden Monaten das politische Zeichen, das von einer solchen Zusammenarbeit ausgehe. Die *force de frappe* konnte unmöglich der Ausgangspunkt einer europäischen Atomstreitmacht sein.<sup>197</sup> Schröder versuchte durch Vorschläge, die vor allem dem Aktionsprogramm der Kommission vom Oktober 1962 entlehnt waren, die EWG weiterzuentwickeln, so dass es im Herbst die EWG wieder handlungsfähig wurde.<sup>198</sup>

Die französische Regierung war enttäuscht. Obwohl Adenauer bei den Treffen Frühsommer 1963 versuchte, die Atmosphäre zu entspannen, war allen Beteiligten klar, dass sich mit Adenauers Nachfolger die Rollen ändern würden. Einmal mehr wurden die Bedenken der Atlantiker bestätigt, als de Gaulle ankündigte, die Atlantikflotte dem NATO-Oberbefehl zu entziehen. Positiv wirkte für sie der umjubelte Kennedy-Besuch im Juni 1963 in Deutschland, der selbst de Gaulles Besuch in den Schatten stellen sollte. Das seit dem Mauerbau beschädigte Vertrauen in den Beistand der USA wurde wieder aufgebaut und durch Kennedys Besuch in Berlin einschließlich seiner Rede wurden die emotionalen Bindungen zu den USA gestärkt.<sup>199</sup> Die Kennedy-Kritiker - wie Guttenberg - warfen diesem jedoch vor, in Europa und in der Deutschlandpolitik keine konsistente Politik zu betreiben. „Kennedy redet wie Churchill und handelt wie Chamberlain“ lautete sein Fazit.<sup>200</sup> Adenauer verteidigte den Vertrag weiter. Gegenüber diesen bedeutenden weltpolitischen Ereignissen dürfe man „politische Tagesereignisse“, also das „rein zufällige ungefähr zeitliche Zusammentreffen der Unterzeichnung des Vertrages in Paris durch Staatspräsident de Gaulle und mich mit den Schwierigkeiten, die im Verlauf der Verhandlungen über den Beitritt Englands zur EWG entstanden waren“, nicht gleichsetzen. Überhaupt könne die EWG

---

<sup>194</sup> Adenauer vor dem CDU-Bundesvorstand am 26.4.63. In: CDU-Vorstandsprotokolle 4. S. 443.

<sup>195</sup> So Kopf vor der Fraktion am 14.5.1963. In: CDU/CSU-Fraktion 61-63. S. 678. Beratung der Präambel im Auswärtigen Ausschuss als einziger Tagesordnungspunkt in der Sitzung vom 3.5.1963. Auswärtiger Ausschuss 61-1965. S. 715 ff. Insbesondere Schmid wies als Mitberichterstatter darauf hin, dass der Vertrag negative Auswirkungen auf die europäische Integration haben könne, da man nicht genau wisse, welche Intention die französische Regierung habe. Dieser negative Effekt ließe sich durch eine Präambel minimieren. Ebd. S. 718 ff.

<sup>196</sup> Eibl, Politik. S. 218.

<sup>197</sup> Siehe Eibl, Politik. S. 223 ff.

<sup>198</sup> Vgl. Bange, Deutschland und der britische Beitritt. S. 287 ff.

<sup>199</sup> Zum Kennedy Besuch siehe Conze, Herausforderung. S. 280 ff.

<sup>200</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 217. Hier findet sich auch das Zitat.

nicht mehr so schnell voranschreiten, wie noch bei der Unterzeichnung der Verträge gedacht, denn die Wirtschaften würden immer spezialisierter und Europa werde volkswirtschaftlich stärker. Stattdessen müsse man Geduld haben.<sup>201</sup>

Dieser evolutionäre Charakter einer europäischen politischen Einigung war auch längst von den Sozialdemokraten akzeptiert worden, während die Frankfurter Hefte um Kogon eine solche sukzessive Entwicklung zu einem politisch geeinten Europa als nicht wirksam ansahen. In einem Vorwort zu einem Artikel von Ludwig Metzger war die Rede von den „Umwegen über die Wirtschaft“, wobei der militärische Weg bereits gescheitert sei. Es gebe keine Automatismen. Dass im 19. Jahrhundert eben nicht die deutsche Demokratie, sondern Bismarcks Reich entstanden sei, müsse wohl auch Metzger feststellen.<sup>202</sup> Metzger machte aber deutlich, dass ein politisch geeintes Europas auch abseits des Antibolschewismus notwendig sei. Auf jene politische Einheit zielten alle wirtschaftlichen Einigungsversuche hin. Die Römischen Verträge stellten mit der Angleichung zur Zollunion, dem gemeinsamen Arbeitsmarkt, der eigenen Sozialpolitik und der europäischen Wettbewerbsordnung bis hin zum Agrarmarkt einen Quantensprung dar.<sup>203</sup> Metzger machte für die Weiterentwicklung einer europäischen Gemeinschaft zwei Hauptgegner aus. Erstens Erhard, der als „dogmatischer Liberaler scharf gegen die Kommission“ arbeite und notwendige Rahmenplanungen verhindere. Durch eine übergenaue Interpretation der liberalen Lehre werde dies fälschlicherweise als Interventionismus und als Dirigismus aufgefasst. Damit isoliere sich der Wirtschaftsminister, denn im europäischen Parlament seien parteiübergreifend die Begriffe der „*Planification*“ und der „Präsenz des States“ „keine Schreckgespenste“ mehr.<sup>204</sup>

Als zweiter Gegner wurde der Europäische Rat und damit de Gaulle ausgemacht. Metzger forderte eine zunehmende Demokratisierung der EWG, die mit dem Zusammenlegen der Europäischen Exekutivorgane, wenn nicht gar der gesamten Organisationen, einhergehen müsse. Darüber hinaus müssten die Rechte des Parlaments gestärkt werden, denn die abgetretenen Rechte der nationalen Parlamente würden letztendlich von dem Rat auf der europäischen Ebene vereinnahmt. Dafür müsse aber das Europäische Parlament direkt gewählt werden. Der Beitritt Großbritanniens könne wiederum die Demokratisierung stützen, eine weitere Spaltung Europas verhindern und die EWG wirtschaftlich stärken. Hierzu müsse man zu Zugeständnissen gegenüber Großbritannien wegen dessen Verbindungen zum *Commonwealth* ebenso bereit sein wie bei Verhandlungen über Assoziationen mit den Neutralen. Das Ziel aber müsse die Politische Union bleiben, nicht jedoch im Sinne des de Gaulleschen „Europas der Vaterländer“. Dieses wäre ein „Europa der Regierungen“ und könne somit autoritäre Züge aufweisen. Europa dürfe keine Hegemonialbestrebungen haben noch diesen ausgesetzt sein, sondern einzig demokratische Ziele verfolgen. „Ein einheitliches Europa kann nur gedeihen, wenn seine Partner gleichberechtigt und miteinander föderativ verbunden sind.“ Dies sei nur mit dem Beitritt Großbritanniens, der Fusion der Ge-

---

<sup>201</sup> Vgl. die Ansprache Adenauers auf der 7. Deutsch-französischen Konferenz in Bad Godesberg vom 24.5.1963. In: Adenauer, Reden. S. 445-448. Zitat S. 447.

<sup>202</sup> In: Frankfurter Hefte 3/1963. S. 93 f. Ludwig Metzgers Artikel war überschrieben mit „Die Wirtschaftliche Integration Europas“. S. 93-100.

<sup>203</sup> Ebd. S. 94-96.

<sup>204</sup> Ebd. S. 96 f.

meinschaften und der Verbesserung der Beziehungen zu den USA zu erreichen.<sup>205</sup> Metzgers Kritik an der Politik de Gaulles war typisch für die SPD. Einzig Brandt und Schmid konnten dem Konzept starker Nationen in Europa etwas abgewinnen, verurteilten aber dessen Äußerungen als übertrieben und stur antibritisch und antiamerikanisch.<sup>206</sup> Eine Ablehnung des deutsch-französischen Vertrages kam aber für Schmid nicht in Frage, hätte ein solches Vorgehen die deutsch-französischen Beziehungen doch stark geschadet. Folglich war die Präambellösung im ureigenen Interesse Schmidts.<sup>207</sup>

Die unionsinternen Gräben, die sich auch an der neuen offeneren Ostpolitik Schröders mit Unterstützung Adenauers entzündeten, traten Mitte Juli 1963 erneut offen zu Tage, als in Moskau ein Abkommen von Großbritannien, den USA und der Sowjetunion unterzeichnet wurde, das ein Verbot für Nukleartests im Wasser, in der Atmosphäre und im Weltraum beinhaltete. Die Verhandlungen waren lange von den USA geheim gehalten worden und folglich wurde die Bundesrepublik erst spät informiert. Schlimmer wog jedoch, dass die Bundesrepublik beitreten sollte und zugleich auch Staaten beitreten konnten, die eine der drei Mächte nicht anerkannte. Was von den USA vor allem bezüglich einer Verhinderung eines atomaren Chinas gedacht gewesen war, hatte für den Alleinvertretungsstatus der Bundesrepublik Konsequenzen, denn auch die DDR konnte dem Abkommen beitreten. Schröder sah sich durch die vollendeten Tatsachen des Vorschlages gerade als enger Vertrauter der Amerikaner, als der er sich immer ausgab, brüskiert, während in der Union die Kritik an den USA laut wurde. SPD und FDP begrüßten stattdessen die Vereinbarungen als Zeichen der Entspannung.<sup>208</sup>

Vor allem Adenauer kritisierte das gegenseitige aufeinander Zugehen der USA und der Sowjetunion, hatte dieser während seiner gesamten Kanzlerschaft gerade in der Deutschlandfrage doch immer wieder auf die Einigkeit des Westens als Voraussetzung für eine Lösung hingewiesen. Dass nun die Anglo-Amerikaner das Junktim der gleichzeitigen Fortschritte der Entspannungspolitik mit jenen in der Deutschlandfrage opferten, war ein schwerer Schlag. Seiner Meinung nach suchten die USA und Großbritannien eine Einigung mit der Sowjetunion auf Kosten der Bundesrepublik. Auch Brentano kritisierte das Teststoppabkommen als Schritt hin zur Anerkennung der sowjetischen zwei-Staaten-Theorie. Dabei sei das Abkommen inhaltlich wertlos. Kennedy betreibe eine Appeasementpolitik. Währenddessen warnte Schröder davor, die Bedenken zu übertreiben, denn dessen ungeachtet könne die Bundesrepublik teilnehmen.<sup>209</sup> Schröder wurde in der Folge beauftragt, Briten und Amerikanern klar zu machen, dass man ein Protokoll als integralem Bestandteil des

---

<sup>205</sup> Ebd. S. 97-100. Zitat: S. 100.

<sup>206</sup> Vgl. Weber, Schmid. S. 663-665.

<sup>207</sup> Ebd. S. 606.

<sup>208</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 222-224. Zum Streit über die Ostpolitik Schröders: ebd. S. 218-222. Sonst Eibl, Politik. S. 134 ff.

<sup>209</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 224 f. Zum Streit um das Teststoppabkommen: Opelland, Atlantiker und Gaullisten. S. 76 -78. Adenauers Einschätzung, dass die USA gegenüber der Sowjetunion zu nachgiebig seien, blieb. Siehe das Stichwortprotokoll zur CDU/CSU Fraktionsvorstandssitzung vom 30.9.1963. Hier wird zur Aussage Adenauers festgehalten: „Das Entspannungsgerede kann zu zu früher Hilfe für die Sowjets führen. Wir müssen gleichzeitig Konzessionen verlangen. England wird das alles nicht einsehen. Aber das Entspannungsgerede in den USA macht mich zutiefst besorgt.“ CDU/CSU-Fraktion 63-65. S. 778.

Vertrages wünsche, in dem der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik bestätigt werde. Da hiermit jedoch der Vertrag in Frage gestellt worden wäre, weigerten sich die USA. Das Kabinett vertagte die Entscheidung. Stattdessen betonte Kennedy vor dem Senat, dass man die DDR nicht anerkennen wolle, was den bundesrepublikanischen Kritikern jedoch nicht ausreichte.<sup>210</sup>

Die frankreichfreundlichen Kreise in der Union fühlten sich von de Gaulle in ihrer deutschlandpolitischen Position unterstützt, als dieser für Frankreich einen Beitritt zum Abkommen ausschloss. Kritiker des Generals wiederum werteten dessen Entscheidung alleine aus der Rettung seiner eigenen *Force de frappe* heraus motiviert.<sup>211</sup> Die Diskussion verschärfte sich Anfang August. Gegenüber der amerikanischen Administration machte Adenauer deutlich, dass man sich nicht erpressen lasse. Am 8.8.1963 trat die DDR dem Abkommen bei, was im Kabinett zu hitzigen Diskussionen führte. Doch immer mehr setzte sich die Einsicht durch, dass die Bundesrepublik einem solchen Vertrag nicht fernbleiben konnte, zumal von Hassel warnte, dass die SBZ, also die DDR, hiervon wohl stärker profitiere als von einem Beitritt. Krone notierte resigniert, dass ihn dies an Versailles erinnere, während die CSU auch öffentlich stärkere Geschütze auffuhr und Zimmermann im Bayerischen Rundfunk Kennedy stark angriff.<sup>212</sup> Schröder knüpfte indessen Kontakte zur SPD und FDP, um notfalls mit diesen das Abkommen durch den Bundestag bekommen zu können. Und die SPD nutzte die sich bietende Chance in der Verteidigungspolitik.<sup>213</sup> Wichtiger war indes der Besuch Dean Rusk in Bonn, der verlauten ließ, im Senat erklären zu wollen, dass mit dem Abkommen die DDR weder anerkannt noch aufgewertet werde. Adenauer betonte, dass dies wohl für den Bundestag reiche. Im Kabinett behauptete er, dass, wenn es zu keiner Einigung mit Rusk gekommen wäre, er wohl zurückgetreten wäre. Er wäre 1949 als Kanzler der Alliierten bezeichnet worden, dann könne er auch „als Kanzler gegen die Alliierten“ abtreten. Ob ernst gemeint oder nicht, über die Wirksamkeit einer solchen Drohung nur zwei Monate vor seinem bereits angekündigten Rücktritt lässt sich streiten. Das Zitat zeigt, wie weit sich mittlerweile Adenauer von seinem ehemaligen Präferenzpartner entfernt hatte.<sup>214</sup> Mehr noch: Es bestätigte im Nachhinein Adenauer für seine Anlehnung an Frankreich.<sup>215</sup>

Am 12.8.1963 wurde schließlich der Beitritt zum Abkommen im Kabinett ohne formelle Abstimmung angenommen. Barzel, Heck, Krone sowie Dollinger, Stücklen und Niederalt äußerten weiterhin Kritik. Dabei fiel auf, dass der überwiegende Teil der Kritiker katholisch, der große Teil der Befürworter hingegen evangelischen Glaubens war. Besonders stark war die Opposition aus Bayern. Strauß betonte sogar öffentlich, dass er sich an das Münchener Abkommen erinnert fühle. Schröder regte eine Aussprache an, die Strauß jedoch ablehnte. Schlussendlich vermochte Adenauer die Situation zu entschärfen – auch, um

---

<sup>210</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 225. Zum Streit über das Abkommen siehe auch Eibl, Politik. S. 230 ff. Hier auch mit weitergehenden Literaturangaben.

<sup>211</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 225 f.

<sup>212</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 226 f.

<sup>213</sup> Vgl. Potthoff, Einleitung. S. CXXIII.

<sup>214</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 227.

<sup>215</sup> Lappenküper, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990. München 2008. S. 17.

die Beziehungen zu den USA nicht weiter zu beschädigen. Er ließ den Beitritt in einer Kabinettsitzung erneut diskutieren, zu der die Vorsitzenden aller Fraktionen eingeladen worden waren.<sup>216</sup> Vor allem der Straußsche Vergleich des Vertrages mit dem Münchener Abkommen veranlasste die SPD festzustellen, dass Strauß jeglichen außenpolitischen Schaden für eigene politische Erfolge billigend in Kauf nehme, womit eine unberechenbare CSU das neue Kabinett Erhard schwer belasten werde.<sup>217</sup>

So war ein Kritikpunkt der SPD an der CSU deren Verbindungen zu den Abendländern. Der Pressedienst griff die Reden vor allem von CSU-Politikern in Francos Spanien auf und kritisierte die engen Verbindungen mit dem autoritären Regime.<sup>218</sup> Von ihnen unterstrich Strauß in einem Vortrag am Dokumentationszentrum der Abendländer in Madrid, dem CEDI, Unterschiede zwischen Amerikanern und Europäern. Die CDU dementierte jedoch, dass es offizielle Kontakte gebe. In einem Brief an einen Vertreter der DC vom Juli 1963 räumte aber Kraske ein, dass einige CDU-Politiker dort aktiv seien.<sup>219</sup> Die deutschen Gaulisten wiesen eine Kontinuität zu den Abendländern auf.<sup>220</sup>

Die Ratifikation des Teststoppabkommens wurde auf die Zeit nach dem Kanzlerwechsel vertagt, um somit nach außen das Bild der Einigkeit zu wahren. Am 2.10.1963 führten Guttenberg und Schröder vor der Fraktion geradezu in Reinform ihre Vorstellungen aus, wobei sich Schröder die Mehrheit in der Fraktion sicherte. Guttenberg mahnte ein stärkeres Europa mit Hilfe de Gaulles an, Schröder stellte einmal mehr klar, gegen die Präambel zum Elysée-Vertrag gewesen zu sein, ging aber auf eine Rede de Gaulles ein, um dann zu verkünden, dass die Bundesregierung „wie verzweifelt um Europa“ ringe.<sup>221</sup>

Der Wechsel von Adenauer zu Erhard brachte die Hoffnung mit sich, das Verhältnis zu den USA neu zu ordnen und die europäische Integration neu zu beleben – beides mit Auswirkungen auf die parteipolitische Konkurrenz um Europa. In der Zeit des Übergangs fanden sich Kontinuität und Wandel in den Europavorstellungen der Parteien wieder.

Ein Zeichen der Kontinuität war die Konferenz der Sozialistischen Internationalen in Amsterdam im September 1963 zur Abrüstung. Teilnehmer von deutscher Seite waren unter anderen Ollenhauer, Erler und Brandt. Die gemeinsame abschließende Erklärung sah die Sicherheit der einzelnen Nationalen von einer auswärtigen Politik abhängen, die versuche, die internationalen Spannungen zu verringern „*et sur des dispositions de défense adéquates en attendant la création, par l'intermédiaire des Nations Unies, d'un système efficace de*

<sup>216</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 227 f. siehe die entsprechenden Protokolle des Bundeskabinetts auf [www.bundesarchiv.de](http://www.bundesarchiv.de).

<sup>217</sup> Wohin steuert die CSU? In: SPD-Pressedienst vom 3.9.1963. S. 3.

<sup>218</sup> Siehe „Europa unter spanischer Obhut. Zur Aktivität des Europäischen Dokumentationszentrums“. In: SPD-Pressedienst vom 20.6.1963. S. 2 f.

<sup>219</sup> Anfrage Bernassolas vom 27.6.1963. Antwort Kraskes vom 10.07.1963. ACDP. 07-001-12096. Die Rede des damaligen Verteidigungsminister Strauß handelte von den *distensiones entre europeos y americanos*. Sie wurde in der Zeitschrift *La vanguardia espanola* vom Juni 1963 abgedruckt.

<sup>220</sup> Conze, Europa der Deutschen. S.188 ff.

<sup>221</sup> CDU/CSU-Fraktion 63-65. S. 782 ff. Vor allem S.787 und S. 788. Ausdruck des Versuches, mittels Verschweigen außenpolitischer Differenzen nach außen Einigkeit zu bewahren, war die Empfehlung Brentanos an den Fraktionsvorstand vom 7.10.1963, eine außenpolitische Aussprache auf die Zeit nach dem Kanzlerwechsel zu verschieben, dem sich Schröder anschloss. Ebd. S. 794 f. Siehe ebenso den Eintrag vom 25.9.1963 in Majonica, Tagebuch. S. 296.

*désarmement contrôlé et de sécurité collective mondiale*“. Die Erklärung war folglich ein Kompromiss, der über Schlüsselwörter wie kontrollierter Abrüstung und kollektiver Sicherheitssysteme funktionierte, deren Inhalt jedoch höchst fraglich war. Einigkeit bestand darin, dass die internationale Sicherheit auch von stabilen ökonomischen Verhältnissen, der Vollbeschäftigung und von der „*justice sociale*“ abhängige. Die Konferenz forderte die Regierungen auf, die nationalen Armeen und die defensiven Verteidigungssysteme zugunsten eines Systems im Rahmen der UNO umzugruppieren.<sup>222</sup>

Auch wenn Erhard teilweise als Vertreter eines Aufbruchs zum Neuen aufgefasst wurde, so waren seine Beliebtheit und seine thematische Ausrichtung vornehmlich einem Sicherheitsgedanken geschuldet. Mit Erhard sollte die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung so weitergehen wie bisher. Angetrieben von dem Zeitgeist des Ideologieverzichts war Pragmatismus gefragt. Folglich betonte Erhard in seiner Regierungserklärung eine „Politik der Mitte und der Verständigung“. Außenpolitisch hielt er mit Schröder am Atlantismus fest, musste sich aber in den kommenden Jahren stets der innerparteilichen Kritik erwehren.<sup>223</sup>

Die Regierungserklärung löste bei der SPD die Befürchtung aus, dass mit der Übernahme des Gemeinschaftskurses ihre Strategie hinfällig würde. Da Erhard eine Große Koalition ablehnte und gleichzeitig – anders als der patriarchalische Adenauer – nur wenig Angriffsfläche bot, sah die SPD eine Regierungsbeteiligung in weite Ferne rücken. Erler warnte davor, dass der Eindruck entstehe, „daß die SPD eine konservative Partei“ sei, während die CDU für fortschrittlich gehalten werde. Ferner bestand die Gefahr, dass die SPD durch die amerikafreundliche Einstellung Erhards eben jenen Kredit bei den USA wieder verlieren würde, den sie durch Adenauers Politik erhalten hatte.<sup>224</sup>

Ob mit Erhard, den die SPD als integrationsfeindlich einstufte, aus ihrer Sicht europapolitische Fortschritte zu erwarten waren – so zum Beispiel in der Frage der europäischen Agrarpolitik und der Kennedy Runde –<sup>225</sup>, blieb fraglich.<sup>226</sup> Nur weil er ein distanzierendes Verhältnis zu de Gaulle hatte, bedeutete dies noch lange nicht, dass er nach dem Schema „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ bewertet wurde. Die SPD mahnte zur Einigkeit in der EWG. Kreyssig führte für sie vor dem Europäischen Parlament aus, wonach die EWG und ihre Handlungsfähigkeit immer stärker – der Zusammenhang habe von Beginn an bestanden – von der Haltung der Regierung in „weltpolitischen und verteidigungspoliti-

<sup>222</sup> Archivio des Istituto Lelio e Lisli Basso. Fondo Basso. Serie XX, Busta 9. Fasc. 18.

<sup>223</sup> Conze, Suche nach Sicherheit. S. 280 ff.

<sup>224</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 236.

<sup>225</sup> Siehe „Termine... De Gaulle: Europäische Agrarprobleme bis zum 31.12.1963 lösen. Dr. Schröder: Zeit bis 1969.“ SPD-Pressedienst vom 31.7.1963. S. 2.

<sup>226</sup> Erler betonte in seiner Antwort auf Brentano nach der Regierungserklärung Erhards am 24.10.1963, dass man die europäische Gemeinschaft innerhalb der atlantischen Gemeinschaft stärken müsse. Dafür seien aber auch die Beziehungen zu Großbritannien von eminenter Bedeutung, denn „Kühle oder gar schlechte deutsch-britische Beziehungen sind beiden Völkern niemals bekommen“, wofür er auch Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU erntete. Er fuhr fort: „Professor Erhard könnte ein großes Verdienst gewinnen, wenn er die Sache einer deutsch-britischen Aussöhnung so zu seiner Herzenssache machte, wie andere mit Recht die deutsch-französische Aussöhnung erfolgreich zustande gebracht haben.“ Wieder Beifall der SPD und bei Abgeordneten der CDU/CSU. Siehe: Stenographische Berichte. Band 53. S. 4271. Erhard ging in seiner Entgegnung indes nicht auf die Europapolitik ein. Ebd. S. 4284-4287.

schen Fragen“ abhängen. So „stellt sich heute deutlicher denn je die Frage, ob die Mitgliedsstaaten die Verschmelzung ihrer nationalen Volkswirtschaften in den Gemeinsamen Markt der Wirtschaftsunion mit all ihren Auswirkungen für Sozial-, Finanz-, Entwicklungs- und Aussenhandelspolitik erfolgreich verwirklichen können, ohne in grundsätzlichen Fragen der Aussen- und Verteidigungspolitik eine annähernd vergleichbare Form der Zusammenarbeit und der Abstimmung ihrer Interessen gefunden zu haben. (Unterstreichung im Original).“ Nicht nur nach außen, sondern auch für die Überwindung „technisch komplizierter Probleme“ nach innen sei dafür „politischer Wille“ vonnöten. So könnten die Gemeinschaft und mit ihr das Parlament nicht tatenlos zusehen. Ebenso müssten die Mitgliedsstaaten eine bessere Koordinierung erreichen. Dazu könnten auch die Organe der Gemeinschaften genutzt werden, die Gemeinschaft und deren Institutionen dürften aber keineswegs geschwächt werden. Regelmäßige Kontakte und Besprechungen in diesem Kreis, wobei auch „ein Arrangement bezüglich der Kontakte mit Grossbritannien gefunden“ werden müsse, könnten „eine Aktivierung des politischen Potentials der Gemeinschaft zur Folge haben, ohne dass es eines neuen organisatorischen oder vertraglichen Unterbaus bedürfte. Sie würde zweifellos zur Eigenständigkeit und Einheit Europas förderlich sein.“

Kreyssig erkannte an, dass Druck von außen, „und speziell vom Osten“, dieser Entwicklung förderlich sei. Doch genauso wichtig sei eine weitergehende europäische Einigung, „um [...] mit internen Schwierigkeiten fertig werden zu müssen.“ Jetzt müssten die Mitgliedsstaaten aktiv werden.<sup>227</sup>

Zeiten des Übergangs sind in Parteien häufig mit Positionskämpfen verbunden. In der Union positionierten sich die unterschiedlichen Gruppen für die Kanzlerschaft Erhards, wobei sich der christlich-soziale und der konservativ-katholische Parteiflügel gegen Erhard aussprachen. Die Union war in ihrer Mitgliederstruktur noch immer katholisch geprägt und wurde nun in der Außenpolitik mit Erhard, von Hassel und Schröder durch Protestanten vertreten. Krone sah Liberale und Protestanten am Werk, wobei er beide oft gleichsetzte.<sup>228</sup> In der Tat hatte die innerparteiliche Kontroverse eine konfessionelle Komponente. So hatte der Kronberger Kreis seit der Mitte der 50er Jahre auf die Einigkeit des Westens hingewiesen und war immer mehr zum Treffpunkt der Atlantiker geworden.<sup>229</sup> Konfession spielte in der Union noch immer eine politische Rolle, doch bedingten sich politische Positionen und konfessionelle Bindung längst nicht mehr so stark wie vormals.

In der Evangelischen Kirche spiegelte sich längst die politische Entwicklung der Bundesrepublik wider. Gegen Ende der 50er Jahre verloren die Kirchlichen Bruderschaften innerhalb der Evangelischen Kirche zunehmend an Einfluss, die noch die SPD im Kampf gegen die atomare Bewaffnung unterstützt hatten und für den Deutschlandplan eingetreten waren. Ihr Bedeutungsverlust war einerseits mit dem Aufstreben neuer Theologen in der EKD, aber andererseits auch mit der neuen politischen Ausrichtung der SPD mit dem Godesberger

---

<sup>227</sup> Kreyssig, Gerhard: Perspektiven europäischer Politik. In: Sozialistische Europa-Korrespondenz. AdSD. SPD-Parteivorstand (alter Bestand). D 1006.

<sup>228</sup> Zu den unterschiedlichen Gruppierungen und ihre Positionierung innerhalb der Union siehe Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 234-245. Die hier zitierte Aussage vor allem S. 237.

<sup>229</sup> Sauer, Kronberger Kreis. S. 178-182.

Programm und der neuen außenpolitischen Orientierung verbunden.<sup>230</sup> Kräfte innerhalb des protestantischen Milieus zeichneten mit dem „Tübinger Memorandum“ im Jahr 1962 erstmals eine Möglichkeit der Aussöhnung mit dem Osten vor, in dem sie den „Verzicht auf die Rückgewinnung der Gebiete östlich von Oder und Neiße zur Beruhigung und Normalisierung der Verhältnisse im Osten und Westen“ vorschlugen, wobei die Parteien diesen Gedanken jedoch noch nicht zu folgen vermochten.<sup>231</sup> Dennoch schufen diese Überlegungen ein Klima, das Schröders zugehender Politik gen Osten half und gleichzeitig einem Katholiken wie Krone suspekt erscheinen musste. Auch hier zeigte sich, wie sich die Fronten gewandelt hatten. War den Katholiken doch in den gesamten 50er Jahren vorgeworfen worden, mittels ihrer Europapolitik die Einheit Deutschlands für ein klerikal-konservatives Reich Karl des Großen aufzugeben, waren nun vor allem protestantische Kreise bereit, die Spaltung Deutschlands durch kleine Schritte erträglicher zu machen - wofür sie sich den Vorwurf nun von katholischer Seite gefallen lassen mussten, die deutsche Einheit hiermit zu verspielen.

Erhard betonte am 27.10.1963 in der Paulskirche, elf Tage nach seiner Wahl zum Bundeskanzler, seine Forderung, dass die europäischen Einigungsbemühungen vor allem auf der politischen Ebene beginnen müssten und nicht auf der wirtschaftlichen Ebene.<sup>232</sup> Nach liberaler Konzeption war die europäische Zusammenarbeit nur Teil einer internationalen Ordnung, die für eine funktionierende Wirtschaft mit Regeln ausgestattet werden sollte. Die Forderungen waren „eine liberale Außenwirtschaftspolitik im Rahmen des GATT“, die Konzeption einer europäischen Freihandelszone „als Alternative oder als Ergänzung zur EWG“, „eine Mischform von Zollunion und Freihandelszone“, die Schaffung einer Freihandelszone der westeuropäischen Staaten gemeinsam mit den USA, die Erweiterung der Gemeinschaft um Großbritannien und aller beitragsbereiten Staaten und schließlich die Assoziierung der überseeischen Gebiete, wobei nicht nur ehemalige Hoheitsgebiete einbezogen werden sollten.<sup>233</sup> In diesem Sinne hatte die Regierung innerhalb der EWG auf eine möglichst liberale Politik im Rahmen des GATT gedrängt und durch Müller-Armack auf eine marktwirtschaftliche Grundausrichtung der EWG gegen Forderungen Frankreichs im Oktober 1962 bestanden, die nationale Lenkungsvorstellungen auch auf die europäische

---

<sup>230</sup> Greschat, Martin: "Protestantismus und Evangelische Kirche in den 60er Jahren", in: Schildt, Axel u.a. (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000. S. 544-581. Hier S. 547 ff.

<sup>231</sup> Ebd. S. 552 ff.

<sup>232</sup> Wegmann, Das neoliberale Europakonzept. S. 224.

<sup>233</sup> Wegmann, Das neoliberale Europakonzept. S. 226 f. Erhard betonte bei mehreren Gelegenheiten, dass es einen europäischen Bundesstaat geben müsse. Ganz ordoliberal stellte er am 2.9.1963 vor der Fraktion fest, dass Instanzen fehlen würden, denn es gebe Bereiche, in denen die Nationalstaaten nicht mehr, der europäische Bundesstaat aber eben noch nicht zuständig seien. Europa müsse gewollt werden und falle nicht als reife Frucht in den Schoß. Die CDU/CSU-Fraktion 63-65. S. 726. Es ist schon erstaunlich, dass Erhard von einem „Bundesstaat“ spricht, während Adenauer am 24.9.1963 aussprach, dass doch „die Interessen des einzelnen Landes das Entscheidende“ seien. Hier machte er erneut deutlich, welche politische Bedeutung ein enges Verhältnis mit Frankreich habe. Er bekannte sich erneut platonisch zum Beitritt Großbritanniens zum „Europakonzept“, doch schlussendlich sei die Freundschaft mit Frankreich die entscheidende Kraft zur Verteidigung Westeuropas gegen die sowjetische Bedrohung. Ebd. S. 738.



Ebene übertragen wollten.<sup>234</sup> Die SPD forderte ebenfalls geringere Zollgrenzen, fasste sie doch Großwirtschaftsräume als notwendige Entwicklung des technischen Fortschritts auf, die gleichzeitig über eine gemeinsame technische Entwicklung zu einer Angleichung der Lebensstile und auch der politischen Vorstellungen in der Welt führen sollte. Dies war mit dem Ziel der Weltgesellschaft leicht zu verbinden und durch niedrigere Zölle zu erreichen.<sup>235</sup> Vor allem aber mahnte sie in Person von Erler und Wehner ein Zugehen auf die USA an, bot dabei ihre Mithilfe an, indem Erler von einem besseren Verhältnis der „staats-tragenden Kräfte“ sprach.<sup>236</sup> Europa müsse als wichtiger Teil der atlantischen Allianz mit mehr Einfluss aufgefasst werden, wobei Wehner betonte, dass Europa auch alleine in der Lage sein müsse, einen nicht nuklearen Konflikt mit dem Osten ausfechten zu können. Dennoch sei die Einheit des Westens unerlässlich, um die Sowjetunion zu Zugeständnissen zu zwingen. Es gehe darum, „Europa [zu] vereinigen oder [zu] verfallen“. Folglich müsse Erhard besonders auf England zugehen.<sup>237</sup> Europa lebe aus der „Methode des gemeinschaftlichen Handelns“, die sogar kritische Staaten immer stärker akzeptieren würden. Schrittweise könne aus der wirtschaftlichen eine politische Integration erwachsen. Dies könne auch bei Erweiterungen mit Assoziierungen angewendet werden. Eine Ablehnung des Beitritts nordeuropäischer Staaten aus parteipolitischen Gründen aber verbiete sich, mache doch selbst Chruschtschow immer wieder die wirtschaftliche Auseinandersetzung zwischen den Blöcken deutlich. Schlussendlich dürfe die Innenpolitik, wie die Frankreichs, nicht Europa bestimmen, das durch neue Impulse ein „Völker-Europa“ statt ein „Staaten-“, „Kommissions-“ oder ein „Apparat-Europa“ sein müsse.<sup>238</sup>

Erhard drängte bei seinem ersten Besuch in Frankreich daher auf die Wiederbelebung einer Europa-Initiative für eine Politische Union im November 1963. De Gaulle stimmte dem grundsätzlich zu, doch könne allein die italienische Regierung zu einer entsprechenden Konferenz einladen, habe sie sich doch hierzu verpflichtet. Beim Gespräch mit de Gaulle trat vor allem der Dissens in der Außen- und Verteidigungspolitik zu Tage. De Gaulle sah die atomare Pattsituation zwischen den USA und der Sowjetunion als Anlass, an der Bereitschaft der USA, die Nuklearwaffen gegen die Sowjetunion im Falle eines Angriffs auf Deutschland einzusetzen, zu zweifeln. Hiergegen wollte Frankreich eine eigene Abschreckung aufbauen, von der auch die Bundesrepublik profitieren könnte. Erhard beschwor hingegen die amerikanische Bereitschaft, mit ihrem atomaren Schirm Europa beschützen zu wollen. Neben diesem vollkommenen Dissens traten die wirtschaftspolitischen Gegensätze im Agrarsektor zu Tage. Eigentlich sollte gegen Ende des Jahres eine gemeinsame Marktordnung der EWG für Agrarprodukte entstehen, wobei sich deutsche und französische Interessen, aber auch die wirtschaftspolitischen Vorstellungen de Gaulles und Erhards gegen-

---

<sup>234</sup> Wegmann, Das neoliberale Europakonzept. S. 227-229.

<sup>235</sup> Vgl. Bellers, die Godesberger SPD. S. 272 ff. Insbesondere S. 278. Siehe Strobels Ausführungen über die Perzeption der EWG durch andere Großwirtschaftsräume. Stets darauf bedacht, dass die EWG nicht als abschließend wahrgenommen wurde, wurde sie als positiver Beitrag für einen harmonischen Welthandel aufgefasst.

<sup>236</sup> Bouvier, Godesberg. S. 142.

<sup>237</sup> Vortrag Wehners vor der Akademie Loccum Ende November 1963 unter dem Titel „Atlantische Partnerschaft oder Europa als dritte Kraft?“ In: Wehner, Wandel und Bewährung. S. 310-319. Hier S. 311-315.

<sup>238</sup> Vgl. Bellers, die Godesberger SPD. S. 316-319. Letztes Zitat S. 319.

über standen.<sup>239</sup> Um die Marktordnungen wurde schon seit Jahren gerungen. Darüber hinaus musste sich die Gemeinschaft auf eine gemeinsame Position bei den GATT-Verhandlungen einigen. Ein schwieriger Balanceakt, musste die EWG doch im Agrarsektor verhandlungsbereit sein, um bei gewerblichen Produkten Zollsenkungen erwarten zu können. Ersteres grundsätzlich zum Nachteil Frankreichs, letzteres zum Vorteil der Bundesrepublik. Gleichzeitig war der Getreidepreis hochgradig umstritten, da dieser in der Bundesrepublik künstlich hochgehalten wurde, um eine Wahlklientel der Union, die Bauernverbände, zufriedenzustellen.<sup>240</sup> Um französische Agrarinteressen durchzusetzen, baute de Gaulle bereits bei dem ersten Treffen eine Drohkulisse auf. Eine Lösung des Konflikts war aber angesichts der anstehenden Kennedy-Runde für die deutsche Politik von hoher Priorität, zumal sowohl Atlantiker als auch Gaullisten in der Union die deutsch-französischen Beziehungen zu solch einem frühen Zeitpunkt der Kanzlerschaft Erhard von Belastungen frei halten wollten. Dennoch überdeckte die Einigung in den Unionsparteien die unterschiedlichen außenpolitischen Orientierungen der Protagonisten nur unzureichend. Vor allem Schröder, der eine wichtige Rolle im Kabinett einnahm und durch Erhards Amtsführung viel Raum für eigene Initiativen hatte, war die Zielscheibe innerparteilicher Attacken.<sup>241</sup>

Die nicht einheitliche Position innerhalb der Union wurde von der SPD geschürt, indem im Pressedienst darauf hingewiesen wurde, dass es nun darauf ankomme, dem Gaullismus entschieden entgegen zu treten, da in Frankreich keine wirksame parlamentarische Opposition zu erwarten sei.<sup>242</sup> Wehner äußerte nach der Regierungserklärung Erhards die Hoffnung, die Union gerade in der Außenpolitik in „Uneinigkeit“ verstricken zu können. Selbst wolle man keine „Experimente“ in der Außenpolitik verantworten.<sup>243</sup> Gleichzeitig war die europäische Agrarpolitik ein zentraler Bestandteil der sozialdemokratischen Europapolitik geworden. Durch ihre Entwicklung zur Volkspartei bekannte sie sich zunehmend zu einer Politik des Verbraucherschutzes, der mehrere Vorteile mit sich brachte. Er bot erstens die Möglichkeit, sich von den Begriffen des Proletarischen zu lösen und sich gleichzeitig als Vertreter des kleinen Mannes zu positionieren. Die Eigenschaft eines jeden Bürgers eben auch als Verbraucher brachte zweitens den Vorteil mit sich, an diesem Beispiel auch die hochkomplexe neue Wirtschaftsordnung klar zu machen. Über die Preise war jeder betroffen. Damit ließ sich drittens Verbraucherpolitik als Politik mit Gemeinwohlorientierung verkaufen. Viertens wurde damit die seit Mitte der 50er Jahre bereits erfolgte Akzeptanz der Marktwirtschaft noch einmal bestätigt. Stattdessen richtete sich der Kampf nun gegen die

<sup>239</sup> Hentschel, Erhard. S. 444 ff.

<sup>240</sup> Zu den Verhandlungen über den Agrarbereich im Rahmen der EWG siehe Müller-Roschach, Die deutsche Europapolitik. S. 107 ff.

<sup>241</sup> Vgl. Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 249 sowie S. 252-257. Zum Besuch im November ebenso Müller-Roschach, Die deutsche-Europapolitik. S. 138 f. Siehe ebenso den Bericht Erhards vor der Fraktion vom 3.12.1963 in CDU/CSU-Fraktion 63-65. S. 905 ff. Auch: Hentschel, Erhard. S. 437 ff. Zu den Verhandlungen zur Agrarordnung: Ebd. S. 454 ff.

<sup>242</sup> Siehe den Artikel von Markscheffel, Günter: „Europäischer Gaullismus“? Europa-Bild wird immer verworren. Pressedienst vom 26.11.1963. S. 2. Abgerufen auf [www.fes.de](http://www.fes.de) am 27.01.2011. Siehe ebenso „Die junge Union und ihr „Gaullismus“. Alarmzeichen vom Fuldaer „Deutschlandtag 1963“ vom 11.11.1963. S. 3a.

<sup>243</sup> Bouvier, Godesberg. S. 204.

Auswüchse des freien Marktes, gegen Kartelle und Monopole, schlichtweg gegen Partikularinteressen, die dem allgemeinen Interesse der Hebung des Lebensstandards entgegenstanden. Gerade im Agrarsektor trafen hier die widerstreitenden Positionen besonders heftig aufeinander. Durch Verhandlungen auf der europäischen Ebene und dem GATT stand das Thema auf der Agenda. Zweitens forderte die SPD hier eine ähnlich fortschrittliche Politik wie sie Kennedy betreibe. Drittens ließ sich die CDU/CSU hier besonders gut angreifen, wurde sie doch als der Bauernlobby gegenüber besonders freundlich und damit „verbraucherfeindlich“ angesehen, die mit ihrer Einstellung der nationalen Orientierung einen „Bären dienst an der Idee für die Einigung Europas“ leiste, indem sie Preissteigerungen „der EWG in die Schuhe schiebe“.<sup>244</sup> Dass man sich hiermit als Gegenpol zu den Landwirten profilierte, war der SPD klar. Doch war zum Beispiel Birkelbach davon überzeugt, dass diese durch Aufklärung davon überzeugt werden könnten, dass sie selbst als Verbraucher und im Zuge einer rationaleren Nutzung der Ressourcen ebenfalls profitieren könnten. Uninformiertheit und Partikularinteressen mussten für sein optimistisches Integrationskonzept überwunden werden.<sup>245</sup>

Die Wirtschaftspolitik der EWG musste nach Meinung der SPD um eine geeignete Entwicklungspolitik gegenüber Afrika ergänzt werden. Hier verbanden sich verschiedene Hoffnungen. So könnte eine gemeinsame Politik in diesem Bereich ein Ansatz für eine kommende politische Einigung sein. Gleichzeitig wurde eine Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten als moralisch notwendig erachtet, da die europäischen Staaten als ehemalige Kolonialherren Verantwortung übernehmen müssten. Neben den wirtschaftlichen Vorteilen für Afrika und Europa, unter anderem durch eine verbesserte Rohstoffsicherheit und größere Absatzmärkte, sollte man sich in diesen Ländern zweitens gegen die Sowjetunion durchsetzen. Die SPD formulierte dies, obwohl sie bereits seit Mitte der 50er Jahre eine multipolare internationale Struktur wahrnahm und kolonialistische sowie imperialistische Avancen tunlichst vermieden sehen wollte. Während die französische Politik kritisiert wurde, wurde das Scheitern der Verhandlungen mit Großbritannien beklagt, denn dadurch wurden die Beziehungen zu den ehemaligen britischen Kolonien und Mitgliedern des *Commonwealths* nicht einfacher.<sup>246</sup> Bestrebungen der italienischen und der niederländischen Regierung, das Abkommen mit den afrikanischen Staaten im Frühjahr 1963 im Gegenzug zu de Gaulles Veto zu blockieren, weil hiermit Frankreich besonders getroffen werde, stieß auf wenig Gegenliebe und wurde verurteilt. Die „Europa-Krise“ dürfe nicht auf Afrika übertragen werden, wo man doch eh schon Kredit verspielt habe.<sup>247</sup>

Europa war nun eine eigene Ebene, die im demokratischen System der *checks and balances* integriert war und irreversibel erschien. Dies wurde bei den beiden letzten Ausgaben der Sozialistischen Europa-Korrespondenz deutlich, die erneut die positiven und negativen Entwicklungen aus Sicht der europäischen sozialistischen Fraktion aufzählten. So wurden am 23.12.1963 die Beschlüsse des Ministerrates begrüßt, die einmal mehr zeigten, dass die Mitgliedsstaaten sich überzeugt hätten, dass die EWG wirksam sei und den Staaten Vorteile brächte. Kein Staat könne sich ein Auseinanderbrechen der EWG leisten, da die Rückwir-

<sup>244</sup> Vgl. Bellers, die Godesberger SPD. S. 239 ff. Zitate S. 242.

<sup>245</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 245.

<sup>246</sup> Vgl. Bellers, die Godesberger SPD. S. 279.-282.

<sup>247</sup> Wischnewski, Hans-Jürgen: Europas -Hilfe für Afrika. In: SPD-Pressedienst vom 19.2.1963. S. 3f.

kungen auf die Staaten unberechenbar seien. Die Entscheidungsstrukturen müssten aber öffentlich sein und somit demokratisch legitimiert werden. Dies verband sich mit der Forderung, wonach die Kompetenz für die Verhandlungen im GATT der Kommission übertragen werden sollte.<sup>248</sup> Die europäische Exekutive wurde von den Sozialdemokraten längst als Korrektiv zur Politik der Nationalstaaten aufgefasst und war somit Mittel zur Durchsetzung eigener Ziele und damit zentraler Teil der politischen Auseinandersetzung mit der Regierung.

Erhard versuchte nach dem Frankreichbesuch zu den USA engere Kontakte zu knüpfen. Nach dem Attentat auf Kennedy war er der erste Regierungschef, mit dem der neue Präsident Johnson zusammen traf, wobei Adenauer hoffte, dass Johnson „realistischer“ sein werde. Johnson jedoch ließ bei den Gesprächen mit Erhard keine Kursänderung erkennen. Die US-Regierung hoffte vielmehr, dass die Bundesrepublik nun die Entspannungsbemühungen nicht mehr torpedieren werde.<sup>249</sup> Eine Hoffnung, die auch grundsätzlich die Sozialdemokraten hatten und die von den Unionspolitikern entrüstet zurückgewiesen worden wäre. In der Union war schlichtweg umstritten, wie die Sicherheit Deutschlands und Europas erreicht werden sollte. Die Rolle der Bundesregierung in Europa litt darunter ebenso stark wie die Unionsparteien selbst. Auch deshalb sollte die Europainitiative Erhards im Frühjahr 1964 unter einem schlechten Stern stehen.<sup>250</sup>

Mit dem Jahr 1964 begann die Hochphase des Atlantiker-Gaullisten Streites in der Union. So warnte Birrenbach Erhard vor einer weiteren Spaltung in der Außenpolitik in der Fraktion.<sup>251</sup> Die Spaltung in der Außenpolitik sollte die gesamte Kanzlerschaft Erhards überschatten.<sup>252</sup> Darüber hinaus hielt ihn Adenauer vom Parteivorsitz bis 1966 fern - wie es Krone geraten hatte, da Erhard nur einen Teil der Union repräsentiere - eben nicht denjenigen Teil, der sich durch seine Abgrenzung vom Liberalismus und durch die christliche Weltanschauung begründe.<sup>253</sup> Und beide Weltanschauungen prägten auch in Zukunft zusammen mit dem sozialistischen Europabild wesentlich die Diskussion um Europa – trotz aufkommender öffentlich verkündeter Ideologiekritik.

## V. 2 Die Europadebatte in Italien

Mit der Regierung Fanfani vom 1. Juli 1958 bis zum 15.2.1959 zeichnete sich eine Wende der italienischen Politik ab. Die dritte Legislatur von 1958-1963 stellte eine Zeit des Übergangs von der *apertura a sinistra* hin zu den Regierungen des *centro-sinistra*, also mit Beteiligung der PSI, dar. Sie war von starken Spannungen geprägt, die zum Beispiel bei den Protesten anlässlich der Regierungsbildung 1960 unter Tambroni offensichtlich wurden.<sup>254</sup>

<sup>248</sup> Sozialistische Europa-Korrespondenz. Nr. 18 und Nr. 19. In: AdsD. Bundesvorstand, Abteilung Internationale Beziehungen. 01006.

<sup>249</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 250 f.

<sup>250</sup> Bühner, Abschied von der Supranationalität S. 263 f.

<sup>251</sup> Brief Birrenbachs an Erhard im Januar 1964. ACDP. 07-001-10013.

<sup>252</sup> Siehe die entsprechenden Kapitel bei Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten.

<sup>253</sup> So Krones Tagebuchaufzeichnungen vom 14./15.11.1963. Zitiert bei Oppelland, EAK. S. 138, Fußnote 114.

<sup>254</sup> Colarizi, Storia dei partiti. S. 224-229. Insbesondere S. 229. Zur wirtschaftlichen Entwicklung in den 50er Jahren und der Feststellung, dass Italien 1963 zu einem modernen industriellen Staat geworden war, siehe

Gesellschaftlicher Wandel und ein gewaltiger wirtschaftlicher Aufschwung flankierten und begünstigten den Prozess der Bildung des *centro-sinistra*. Gleichzeitig verfestigte der wirtschaftliche Aufschwung die sozialen Ungleichheiten im Land, besonders zwischen Nord und Süd und dies trotz gelenkter Investitionen im *Mezzogiorno*. Moderner Lebensstil, ausgedrückt durch ein neues Konsumverhalten und verbildlicht durch die zunehmende Verbreitung des Fernsehens, traf auf alte gesellschaftliche Formen. Die 50er Jahre hatten einen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel bewirkt und Konsum sowie Infrastruktur gestärkt. Der Einfluss der katholischen Kirche nahm ab, aber auch das kommunistische Milieu verkleinerte sich zusehends. Beide Milieus warnten vor einer zu starken Amerikanisierung der italienischen Gesellschaft.<sup>255</sup>

Erst langsam konnte die PSI an die Regierungen der dritten Legislatur herangeführt werden. Nach dem Scheitern des Versuches Tambronis bildete Fanfani mit den ehemaligen Parteien des *centrismo* eine Regierung des Übergangs. Bei der Abstimmung im Parlament enthielt sich die PSI bereits der Stimme. Fanfani und Nenni betrieben nun einen *governo delle convergenze parallele*, der 1962 zur Bildung der ersten *centro-sinistra* Regierung mit externer Unterstützung der PSI führen sollte.<sup>256</sup>

In der DC hatte Aldo Moro Fanfani als Vorsitzender abgelöst. Sowohl die DC als auch die PSI versuchten, alte Wählerschichten zu halten und die „Neue Mitte“ aus Facharbeitern und im tertiären Sektor Beschäftigten zu binden. In der DC warf dies Konflikte zwischen den *correnti* auf, wobei sich die Rechte immer noch auf die *Azione Cattolica* und die Landwirtschaft vor allem im Süden des Landes stützte.<sup>257</sup> Ähnlich erbitterte Auseinandersetzungen fanden in der PSI statt, in der Nenni dank des Wahlsieges 1958 gestärkt hervorging. Seine Losung der „demokratischen Alternative“ zusammen mit den Forderungen Lombardis nach einem *riformismo rivoluzionario* im Bereich der Wirtschaftspolitik, der einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus aufzeigen wollte, setzen sich in der Partei gegen die Linke durch. Nenni war entschlossen, die PSI in der Regierung als reformierende Kraft zu etablieren<sup>258</sup> und international Kontakte zu knüpfen, was an der Schwelle zu den 60er Jahren zunehmend besser gelang.<sup>259</sup> Vertreter wie De Martino traten der PCI und der Sowjetunion immer kritischer gegenüber. De Martino sprach von der „*libertà di giudizio e di critica*“. So sei zwar die Oktoberrevolution historisch bedeutend, doch bedeute diese ja nicht, der Politik der kommunistischen Parteien in den *società occidentali* folgen zu müssen, da in „Europa und in Italien“ die Bedingungen für einen „demokratischen und friedlichen Weg zum Sozialismus“ vollkommen anders seien.<sup>260</sup> Die in den Parteien sich etablierende Opposition gegen die ab 1962 bestehende Regierung des *centro-*

---

Petri, Wirtschaftswunder. S. 450-456. Zum rechten Zwischenspiel Tambronis und dem vorherigen Ende der Regierung Fanfanis siehe Woller, Geschichte Italiens. S. 266 f. und S. 275-278.

<sup>255</sup> Siehe hierzu zusammenfassend: Woller, Geschichte Italiens. S. 251 ff.

<sup>256</sup> Colarizi, Storia dei partiti. S. 230. Nicht zuletzt die Kirche war durch den Pontifikatswechsel von Pius XII. zu Johannes XXIII. einem schnellen Wandel unterworfen. Siehe: Ignesti, Giuseppe: La Chiesa, i cristiani e la politica da Pio XII a Giovanni XXIII, in: Malgeri, Francesco: La stagione del Centro Sinistra. Rom 1988 S. 269-330.

<sup>257</sup> Colarizi, Storia dei partiti. S. 233 ff.

<sup>258</sup> Colarizi, Storia dei partiti. S. 245 ff.

<sup>259</sup> Siehe Lauzi, i nuovi collegamenti. S. 283-285.

<sup>260</sup> Scirocco, De Martino. S. 63.

*sinistra* stand vereinfacht ausgedrückt in der DC auf dem rechten, in der PSI auf dem linken Flügel.<sup>261</sup> Ihre Positionen schlugen sich in ihren Äußerungen zur Außenpolitik und zur Europapolitik nieder. Dazwischen agierten die Sozialdemokraten. Sie waren keine einfachen Getriebenen von den Entwicklungen des *centro-sinistra*, sondern nutzten die politische Entwicklung zusammen mit den Republikanern La Malfas zu weitgehenden Forderungen für ein moderneres Italien.<sup>262</sup> Sie waren mehr denn je nach den Abspaltungen Matteottis, Faravellis und Zagaris auf den atlantischen Kurs Saragats eingeschworen, während große Teile der vorherigen linken Strömung seiner Partei über Umwege mittlerweile bei der PSI gelandet waren.<sup>263</sup>

Die gesellschaftlichen Veränderungen führten zu neuen außenpolitischen Überlegungen, vorangetrieben von Fanfani, aber auch von Gronchi.<sup>264</sup> Die italienische Außenpolitik versuchte seit Mitte der 50er Jahre verstärkt eigene Wege zu gehen – im Mittelmeer, bei den Verbindungen zum Mittleren und Nahen Osten und auch bei den Beziehungen zwischen Ost und West – stets jedoch unter dem Vorbehalt der engen Einbindung in die NATO. Fanfani versuchte vor allem im Mittelmeerraum eine gleichrangige Position mit Frankreich und Großbritannien zu erreichen. Gronchi schlug 1957 eine Vermittlerposition Italiens im Nahen Osten vor und gleichzeitig unterstützten der Florentiner Bürgermeister Giorgio La Pira, seit 1958 mit den jährlichen „*Coloqui mediterranei*“, und die Aktivitäten Enrico Matteis die Politik Fanfanis.<sup>265</sup> Mit der Präsidentschaft Kennedys und dem Pontifikat Johannes XXIII. wurden die Rahmenbedingungen für eine Mitte-Links-Regierung günstiger: Ersterer befürwortete eine Erweiterung des politischen Spektrums im Gegensatz zu seinem Vorgänger, während der Papst die Kirche weniger politisch führte. Vor allem die neue Enzyklika *Pacem in terris*, wenige Tage vor den Wahlen 1963, sollte den Dialog zwischen Gläubigen und Nicht-Gläubigen fördern. Sie stellte fest, dass der „dem Irrtum Verfallene“ nicht aufhöre, „Mensch zu sein [und] nie seine persönliche Würde“ verliere. Folglich müsse sie immer geachtet werden.<sup>266</sup> Damit war aber die Dämonisierung der Kommunisten beendet.

Die europäische Integration stand nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge nicht im Fokus der italienischen Außenpolitik, obwohl die Frage des Sitzes der Organe, die

<sup>261</sup> Galli, *Storia del socialismo italiano*. S. 331.

<sup>262</sup> Woller, *Geschichte Italiens*. S. 281. Ebenso Martelli, Fanfani. S. 335.

<sup>263</sup> Galli, *Storia del socialismo italiano*. S. 331.

<sup>264</sup> Ballini, Varsori, *L'europesimo italiano tra aspirazioni fanfaniane e mediazioni morotee (1958-1967)*. In: Dies. (Hg.): *L'Italia e l'Europa*, 2. S. 305-318. Hier: S. 305 f.

<sup>265</sup> Zu den Bemühungen Matteis siehe Woller, *Geschichte Italiens*. S. 254 ff. Mattei und insbesondere La Pira sahen in de Gaulle zu Beginn der 60er Jahre einen wichtigen Verbündeten. La Pira sprach sogar von einem Verbreiter des christlichen Glaubens in Frankreich. Russo, *politica estera*. S. 52 f. und S. 55 ff. Matteis Versuche einer unabhängigen Energiepolitik wurden Mitte der 50er Jahre von Paris noch kritisch beäugt, während de Gaulle hierin nun eine Möglichkeit sah, die europäische Position in der atlantischen Gemeinschaft zu stärken. Ebd. S. 50-53.

<sup>266</sup> Woller, *Geschichte Italiens*. S. 279 f. Zitat S. 280. Zu den Auswirkungen der Enzyklika auf den Wahlkampf sowie der geänderten Rolle der Kirche: Gelsomini, *campagne*. S. 267 ff. Zur Einstellung der USA gegenüber der *apertura*: Nuti, Leopoldo: *Gli stati uniti e l'apertura a sinistra*. Rom/Bari 1999. Zur betonten Ablehnung an die USA und den Versuchen, sich in Washington als besonders wirkungsvoller Partner zu profilieren siehe auch De Leonardis, Massimo: *L'atlantismo dell'Italia tra guerra fredda, interessi nazionali e politica interna*, in: Ballini, Pier-Luigi u.a. (Hg.): *Le istituzioni repubblicane dal centrismo al centro-sinistra (1953-1968)*. Rom 2006. S. 253-271.

Probleme der Euratom, die Gründung einer europäischen Universität, die Einrichtung des Sozialfonds der EWG und das Voranschreiten des einheitlichen Marktes genug Themen bereitstellten. Einzig in der Agrarpolitik hatte die italienische Regierung 1958 mit der Konferenz von Stresa versucht, Akzente zu setzen.<sup>267</sup>

#### V.2.1 Die Europapolitik zwischen de Gaulle und dem *centro-sinistra*

Mehr und mehr diktierte der französische Staatspräsident die europäische Agenda. De Gaulles Vorschläge in der NATO und in der Europapolitik mit den Fouchetplänen wurden innerhalb der italienischen Parteien sehr unterschiedlich bewertet. Während große Teile der DC und der PRI ihn und die V. Republik zu Beginn noch als Modell lobten, weckte er bei den Sozialisten, den Sozialdemokraten und den Republikanern Erinnerungen „an einen neuen *Buonaparte*“ als „Vorzimmer eines autoritären Regimes“. Die außenpolitischen Entscheidungen de Gaulles, des Dreierdirektoriums in der NATO und der verstärkten Zusammenarbeit mit Deutschland unter Adenauer riefen bei italienischen Politikern Befürchtungen hervor, wonach Italien eine geringere Rolle spielte. Die EWG wurde dabei als wirksamstes Instrument zur Verteidigung der eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen gegen jene Bestrebungen aufgefasst. Die italienische Regierung verhielt sich gegenüber den französischen Vorschlägen einer politischen Union ab 1960 zwar wohlwollend, doch oszillierte man zwischen den Zielen der Verhinderung einer zu starken Vormachtstellung Frankreichs und einer vermittelnden Rolle zwischen Frankreich und den stärker an den USA und Großbritannien orientierten Beneluxländern. Bei den Fouchet-Verhandlungen drängte sie auf supranationale Bekenntnisse.<sup>268</sup> Das britische Beitritts-gesuch wurde von ihr begrüßt. Gründe mögen hierbei in Überlegungen zu einem Gegengewicht zur Rolle Frankreichs und des deutsch-französischen Tandems, der steten Forderung nach einer Komplettierung der europäischen Gemeinschaft auch in geographischer Hinsicht und in der Nähe zu der amerikanischen Regierung zu finden sein. Die italienische Delegation war hierfür bei den Verhandlungen über den Agrarsektor und die Einbindung der *Commonwealth*-Staaten gar zu umfassenden Zugeständnissen bereit.<sup>269</sup> Darüber hinaus betrachteten sowohl Sozialisten und Sozialdemokraten als auch Republikaner Großbritanniens in einigen Bereichen als gesellschaftliches Vorbild.<sup>270</sup> Nachdem die britische Politik bezüglich der Freihandelszone 1956/57 noch mit Argwohn beobachtet und abgelehnt worden war, wurde der britische Beitritt bei den Verhandlungen unterstützt. So bemühte sich der italienische Delegationsleiter, Industrieminister Emilio Colombo, in den Verhandlungen ab Oktober 1961 um eine Beschleunigung. Während es im August 1962 zu einer Übereinkunft bezüglich der Industrieprodukte im *Commonwealth* kommen sollte, blieb der Einbezug der Agrarprodukte des *Commonwealths* bis zum Schluss umstritten, wobei Italien stets versuchte zu vermitteln.<sup>271</sup>

<sup>267</sup> Ballini, Varsori, *L'europaismo italiano (1958-1967)*. S. 306 f.

<sup>268</sup> Ballini, Varsori, *L'europaismo italiano (1958-1967)*. S. 308-310.

<sup>269</sup> Siehe die Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Taviani und dem Lordsiegelbewahrer vom 8.8.1961. In: Ballini, Varsori, *l'Italia e l'Europa*, 2. S. 427-430. Zu Fanfani gegenüber dem britischen Beitritt und den Fouchet-Verhandlungen siehe Martelli, Fanfani S. 328 ff.

<sup>270</sup> Ballini, Varsori, *L'europaismo italiano (1958-1967)*. S. 310 f.

<sup>271</sup> Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 235-238.

Gleichzeitig wollte die Regierung die Verhandlungen über den Fouchetplan vorantreiben, sprach sich aber für eine informelle Teilnahme Großbritanniens aus.<sup>272</sup> Dabei war man sich der Probleme bewusst, die vor einem britischen Beitritt gelöst werden mussten. Die italienische Diplomatie sah sich dabei als entscheidenden politischen Faktor an. So stellte ein Memorandum im Dezember 1961 fest, dass aufgrund ihrer *linearità della sua condotta europeistica* die italienische Delegation unter den Sechs am ehesten als Vermittler zwischen Großbritannien sowie der EWG und den Positionen in den Fouchetplänen geeignet sei. Die Fouchetpläne könnten ein erster Schritt für eine politische Einigung sein, da zu weitgehende Vorstellungen, wie die Forderungen nach einer Direktwahl des Europäischen Parlaments bei gleichzeitiger Kompetenzerweiterung und nach einer Erweiterung der Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, aktuell wenig Aussicht auf Erfolg hätten.<sup>273</sup> Diese positive Haltung gegenüber dem britischen, aber auch dem dänischen und irischen Beitrittsantrag wurde bei einem Besuch Fanfanis in London im Januar 1962 bekräftigt, obwohl Außenminister Segni klar machte, dass die Protektionen nach außen von Seiten der EWG vorerst bestehen bleiben müssten. Streit bahnte sich bei der Agrarpolitik an, wobei die italienische Delegation Beihilfen verteidigte, während der britische Premier die negativen Folgen für die Entwicklungsländer hervorhob.<sup>274</sup> Cattani legte die allgemeinen politischen Ziele dar. Großbritannien müsse über den Stand der Verhandlungen im Rahmen der Fouchet-Gruppe so schnell wie möglich informiert werden, jedoch erst, nachdem sich die sechs Staaten über die grundsätzlichen Linien einig geworden seien. Dem stimmte Heath zu, doch brachte er zum Ausdruck, dass auch die Staaten des *Commonwealths* in den Assoziationsverhandlungen ihre Meinung äußern müssten. Stets müsse bei den Forderungen nach einer politischen Einheit bedacht werden, welche Auswirkungen diese auf die britische öffentliche Meinung zu den Verhandlungen zum wirtschaftlichen Beitritt habe.<sup>275</sup> Fanfani und Heath waren sich einig, dass sich Europa nicht nach außen abschließen dürfe und geklärt werden müsse, welche Beziehungen zu den anderen NATO Staaten und den Neutralen eingegangen wurden. Lord Home lobte das pragmatische Vorgehen Italiens beim britischen Beitritt und die Weiterentwicklung der europäischen politischen Union. Einmal mehr hob der britische Premier die Bedeutung eines geeinten Westeuropas im Kampf gegen die Sowjetunion nach den Zerstörungen des Krieges hervor. Doch nun müsse das Kerneuropa durch eine Erweiterung gestärkt werden, wozu Großbritannien mit dem *Commonwealth* besonders beitragen könne.<sup>276</sup> Das Gespräch zeigte trotz Einigkeit eventuelle Widersprüche in den Zielen der Europapolitik der italienischen Regierung auf. So führten Segni und Cattani eben immer wieder aus, dass die EWG stärker supranational ausgerichtet sein müsse, sie bereits eine politische und soziale Einheit sei und darüber hinaus der Mehrheitsentscheidungen bedürfte. Alles Forderungen, die Großbritannien ablehnte. Gleichzeitig befürwortete man den Beitritt

---

<sup>272</sup> Ballini, Varsori, *L'europeismo italiano (1958-1967)*. S. 311.

<sup>273</sup> Siehe das Memorandum des italienischen Außenministeriums vom Dezember 1961 zum „*progetto di unione europea e la Gran Bretagna*“. In: Ballini, Varsori, *L'Italia e l'Europa*, 2. S. 435-453. Zitat S. 438. Sonst S. 435-437.

<sup>274</sup> Das britische Protokoll ist abgedruckt in Ballini, Varsori, *L'Italia e l'Europa*, 2. S. 468-474. Hier S. 470 f. Zum Besuch Fanfanis und Segnis in London: Martelli, Fanfani. S. 330 ff.

<sup>275</sup> Ebd. S. 471 f.

<sup>276</sup> Ebd. S. 472-474. Zitat S. 474.



Großbritanniens zur EWG und war zu großen Zugeständnissen bezüglich des *Commonwealths* bereit. Eine pragmatische Haltung, die in London auf Gegenliebe stieß und in den Jahren zuvor verfolgt worden war.<sup>277</sup> So hatte die italienische Regierung bei den Verhandlungen zur Zollunion innerhalb der EWG eine Politik der teilweisen Senkung von Beschränkungen betrieben. In den Bereichen, die man als konkurrenzfähig ansah, wirkte man auf Erleichterungen hin, während man die Beschränkungen in anderen Sektoren aufrechterhielt.<sup>278</sup> Die italienische Regierung ermöglichte durch finanzielle Zugeständnisse Anfang Januar 1962 dennoch eine gemeinsame Agrarpolitik und damit das Eintreten in die zweite Phase der Zollunion.<sup>279</sup>

In der DC selbst wurde die Europapolitik im Zuge der Annäherung an die PSI diskutiert. Ausdruck der internen Diskussionen war die Aufforderung des Parteichefs Moro auf dem Parteitag vom Januar 1962 in Neapel nach Geschlossenheit. Gleichzeitig bezeichnete er jedoch die unterschiedlichen, widerstreitenden Meinungen in der eigenen Partei als Charakteristikum und lebensnotwendige Voraussetzung für eine lebendige Demokratie.<sup>280</sup> Die mögliche Zusammenarbeit mit den Sozialisten bewertete er als Zeichen einer realen *svolta* Italiens, wobei er jedoch beklagte, dass die PSI sich auf lokaler Ebene nicht eindeutig von der PCI distanzieren. Die Zusammenarbeit mit den Sozialisten auf der kommunalen Ebene war in der DC umstritten, weshalb Moro als Befürworter der Zusammenarbeit auf die Verantwortung der DC in den einzelnen „*giunte*“ hinwies und klarstellte, dass in diesen die Kommunisten keinen Einfluss hätten, womit ein Hauptmotiv der Zusammenarbeit mit der PSI erfasst war: das Ausschalten der PCI.<sup>281</sup> Bezüglich der internationalen Situation sprach Moro von der stetigen Bedrohung durch die Sowjetunion, die unberechenbar sei und stets zwischen Entspannung und Konfrontation vor allem aus innenpolitischen Gründen oszilliere. Daher sei ihr gegenüber eine feste Position notwendig, um Verhandlungen zu ermöglichen, die den Frieden sichern könnten.<sup>282</sup> Folglich strich er die Bedeutung der NATO heraus, denn nur mit einer realen Einschätzung der Lage lasse sich der Aggression anderer Staaten entgegen treten. Gleichzeitig müsse jeder Kontakt mit dem Osten genutzt werden,

<sup>277</sup> Siehe das Protokoll für Fanfani im: Archivio del Senato, Fondo Fanfani. Attività politica. Busta 34, fasc. 1. Hier besonders S. 9-14 und S. 16 f. Mit diesem Lippenbekenntnis zu beiden Zielen war die italienische Regierung in guter Gesellschaft, forderte doch auch das Aktionskomitee um Monnet im Sommer 62 beides als gleichberechtigte Ziele. Im Aktionskomitee war für die DC nun Moro aktiv. Siehe die Nachricht Dal Falcos an Moro vom Sommer 62. Siehe ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Moro. Sc. 124, fasc. 73.

<sup>278</sup> Petri, Wirtschaftswunder. S. 463.

<sup>279</sup> Thomas, Die Europa-Politik Italiens. S. 225 f.

<sup>280</sup> Hierin kann man eine Spitze in Richtung der Sozialisten erkennen, die eben jene „*frazioni organizzati*“ in ihrem Statut verbot. Siehe Galli, Storia del socialismo italiano. S. 338.

<sup>281</sup> Rede Moros auf dem Parteitag in Neapel vom 27.-31.1.1962. Unter anderem abgedruckt in: Malgeri, La stagione. S. 473-559. Zur inneren Diskussion siehe S. 475 f, zu der Zusammenarbeit auf der lokalen Ebene: S. 482-484. Das *centro-sinistra* wurde auf lokaler Ebene erprobt und auf der nationalen Ebene schrittweise umgesetzt. Siehe hierzu für Mailand: Landoni, Enrico: Il laboratorio delle riforme. Milano dal centrismo al centro-sinistra (1956-1961). Mailand 2007. Siehe ebenfalls Lacaita, Carlo G. und Punzo, Maurizio (Hg.): Milano, Anni Sessanta. Dagli esordi del centro-sinistra alla contestazione. Manduria-Bari-Roma 2008. Zur Zusammenarbeit auf nationaler Ebene siehe den Abschnitt „Le collaborazioni democratiche della Dc“. Ebd. S. 537-548.

<sup>282</sup> Ebd. S. 495-498.

*per cogliere ogni occasione che si offra di assicurare l'equilibrio del mondo e la pace.*<sup>283</sup> Ohne Zweifel sang also die christdemokratische Führung unter Moro und Fanfani das Hohelied auf die NATO, biederte sich aber zugleich Forderungen der Sozialisten an, indem man zum Beispiel von den atlantischen Bindungen sprach, die frei sein müssten von *ogni irresponsabile estremismo da parte occidentale*.<sup>284</sup>

Als zweite Grundlage benannte Moro die europäische Integration als Ziel. Hier hätten in den vergangenen Jahren, anknüpfend an De Gasperi, die italienischen Regierungen mit *saggezza ed efficienza* für weitere positive Entwicklungen gearbeitet. Eine solche sei das Beitritts-gesuch Großbritanniens, das endlich aus seiner *splendid isolation* austrete. De Gaulle wurde überhaupt nicht erwähnt, stattdessen ging Moro direkt auf die Entwicklungsländer ein. Das nächste Jahrzehnt werde das Jahrzehnt Afrikas werden, wobei er sich mit dem amerikanischen Präsidenten, *il cattolico e democratico* Kennedy, einig sei. Dessen versprochener Hilfe für die Entwicklungsländer wolle er beistehen, denn: *Il nostro Paese crede nei doveri della civiltà, per una tradizione e un costume operanti da secoli. A questi doveri ha dedicato nobilissime pagine di storia, e generoso sangue dei suoi figli.*<sup>285</sup>

Wichtiger erschienen jedoch die reformbedürftigen Politikfelder und ihre Entwicklung im Inneren. Hier wurden die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Landwirtschaft, die Entwicklung der unterentwickelten Gebiete, die Schul- und Energiepolitik angeführt, wobei staatliche Eingriffe als Hauptlösungsmethode beschworen wurden.<sup>286</sup> Abschließend ging er auf den Kampf gegen den Kommunismus und die Gefahr von rechts ein.<sup>287</sup> Ähnlich argumentierte Fanfani auf dem Kongress. *Programmazione economica*, die Lösung moderner Probleme und die Erweiterung des demokratischen Raumes bei außenpolitischer Treue zur Allianz waren das Ziel, kurzum: innenpolitische Reformen und außenpolitische Kontinuität.<sup>288</sup> Gegenüber den Sozialdemokraten und Republikanern betonte Fanfani, dass diese *„le proprie tradizionali riserve“* gegenüber der PSI aufgeben müssten.<sup>289</sup> Die Anträge der Mehrheit und der Opposition gegen die Politik Fanfanis und Moros enthielten im Bereich der Außenpolitik kaum Unterschiede. So forderten beide an erster Stelle die Weiterführung der atlantischen Orientierung und die Weiterentwicklung der europäischen Integration. Aus der Formulierung des Antrages des *centrismo* sprach jedoch Skepsis, dass dies wirklich geschehe. Schließlich forderte der Antrag, dass die Demokratie weiterhin konsequent gegen die *„orrori di una dittatura comunista“* zu verteidigen sei.<sup>290</sup>

Auch wenn man die PSI für die Reformvorhaben brauchte, stellte Moro bereits Anfang Januar 1962 im *Popolo* fest, dass eine Koalition mit der PSI aus unterschiedlichen ideologischen Einstellungen heraus nicht möglich sei. Somit müsse die Regierung von außen ge-

<sup>283</sup> Ebd. S. 499.

<sup>284</sup> So Moro im November 1961 in Bari auf einem lokalen Kongress der Dc. In: Moro, Aldo: *Scritti e discorsi* (a cura di Giuseppe Rossini). Zweiter Band 1951-1963. Rom 1982. S. 979-995. Hier S. 980-982. Zitat S. 982.

<sup>285</sup> Zur Europäischen Integration: Malgeri, *la stagione*. S. 499 f. Zu den Entwicklungsländern: ebd. S. 500 f.

<sup>286</sup> Ebd. S. 501-520. Nun die Beschreibung der neuen Wirtschaftspolitik: S. 520 ff.

<sup>287</sup> Ebd. S. 527-533 sowie S. 533-537.

<sup>288</sup> Siehe zu den Reden auf dem Kongress die Ausgaben des *Popolo* vom 28.1.-2.2.1962. Zur Rede Fanfanis siehe auch *Atti e documenti della Democrazia Cristiana* S. 1250-1259.

<sup>289</sup> Ebd. S. 1257.

<sup>290</sup> Die beiden Anträge sind abgedruckt in *dieci congressi D.C.* S. 363-366.

stützt werden. Auf dem Kongress erreichte die Liste Fanfanis und Moros 80% der Stimmen, während auf die Opposition um Andreotti und Scelba nur 20% der Stimmen entfielen. Moros geschickte Handlungsführung, mit Einbezug der linken Base unter Pistelli und Galloni, hatte zu einer klaren Mehrheit in der DC geführt. Ardigò, ehemaliger Mitstreiter der *Cronache Sociali*, interpretierte die Erweiterung der *area democratica* durch die Zusammenarbeit zwischen Katholiken und Sozialisten als endgültige Symbiose der beiden ursprünglichen Vorstellungen De Gasperis und Dossettis.<sup>291</sup>

Die interne Zerstrittenheit über die Öffnung nach links war offensichtlich. Scelba sprach von dem „Preis eines nicht notwendigen Experiments“.<sup>292</sup> Das Thema der europäischen Einigung war dabei Anfang 1962 ein Bereich, über den man schnell Einigkeit finden konnte. In Folge der sich im Scheitern befindenden Fouchetpläne stellte man sich geschlossen hinter das Ziel eines zu einigenden Europas.<sup>293</sup> Auch in seiner Regierungserklärung Anfang März 1962 beließ es Fanfani bei einigen allgemeinen Bemerkungen zur Außenpolitik.<sup>294</sup> Das erste Programm, das 1962 maßgeblich von der PSI mitgeprägt wurde, enthielt vor allem wirtschaftspolitische Reformvorhaben. So sollte die elektrische Industrie verstaatlicht, ein wissenschaftlicher Rat für die wirtschaftliche Planung eingesetzt sowie ein *piano verde* für die Landwirtschaft umgesetzt werden. Ergänzt wurde dies durch Forderungen nach einer Reform der Schule, wobei diese Punkte den Widerstand der Rechten und der Unternehmer hervorriefen. Die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft und die Schulreformen wurden im November und Dezember 1962 beschlossen.<sup>295</sup>

Die Sozialdemokraten befürworteten eine externe Beteiligung der PSI an der Regierung, damit diese den Arbeitern helfe, die sozialen Ungleichheiten in Italien, die trotz des immensen Wirtschaftswachstums noch festgestellt wurden, auszugleichen. Dieses Wachstum sei nicht zuletzt durch die EWG begünstigt worden. Sie müsse ihren *armonico sviluppo nell'interesse comune dei popoli* fortsetzen, weshalb auch Großbritannien beitreten müsse. In der Innenpolitik müsse der demokratische Staat stärker denn je Wirtschaftswachstum, technologischen Fortschritt und die Teilhabe der Bürger an der Wirtschaft garantieren. Sozialer Fortschritt sei wiederum nur bei vollem Respekt der grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte sowie dem Ideal der Freiheit möglich. Jede Form totalitärer Herrschaft müsse bekämpft werden, auch in der Außenpolitik. Hier wolle man dem Kalten Krieg ein Ende bereiten, wobei die atlantische Gemeinschaft als Garant für die eigene Sicherheit und allgemein für den Frieden genannt wurde. Von dieser Basis aus müsse sich die italienische Regierung innerhalb der Vereinten Nationen für die internationale Entspannung einsetzen. In diesem neuen Klima könnten die entscheidenden Probleme aus der Welt geschafft wer-

---

<sup>291</sup> Castellani, Pierluigi: La Democrazia Cristiana dal centro-sinistra al delitto Moro (1962-1978), in: Malgeri, Franco (Hg.): Dal Centro Sinistra agli “Anni di Piombo”. Rom 1989. S. 3-116. Hier: S. 5-7.

<sup>292</sup> Scelba, Mario: Il prezzo di un esperimento non necessario. In: L'Unione vom 11.3.62. S. 3-25. In der Ausgabe äußerten sich mehrere Kritiker wie Gonella, Andreotti und Benvenuti.

<sup>293</sup> So wies Piccioni zur Eröffnung des *Consiglio nazionale* vom 5.2.62, auf dem Moro zum Parteisekretär gewählt wurde, daraufhin, dass man eben bei den Europäischen Verträgen Einigkeit beweisen müsse. Siehe ALS, Fondo DC. Cons. Nazionale. Sc. 41, fasc. 62.

<sup>294</sup> Vgl. Martelli, Fanfani. S. 336 f. und S. 339.

<sup>295</sup> Colarizzi, Storia dei partiti. S. 237. Woller, Geschichte Italiens. S. 281 f.

den, gerade vorangetrieben durch die Regierung des *centro-sinistra* und begünstigt durch neue Perspektiven nach dem Ende der Ära des Kolonialismus.<sup>296</sup>

Es waren die innenpolitischen Reformthemen, die die Diskussion in den Parteien beherrschten und die das Konfliktpotential zwischen den Parteien und innerhalb der Parteien vorerst bestimmte. So findet sich in der Korrespondenz zwischen Fanfani und Lombardi, dem zuständigen Exponenten der PSI für die Umsetzung des Regierungsprogramms, nicht ein Brief mit außen- oder europapolitischen Themen. Gleichzeitig finden sich einige Briefe, die Fanfani innerparteilich vor Scelba warnten.<sup>297</sup> Die Außenpolitik wurde offensichtlich von den Akteuren, die die Annäherung zwischen PSI und DC gestalteten, ausgeklammert. Statt sich in ideologischen Debatten zu flüchten sollte pragmatisch gehandelt werden. So hieß es einem am 20.2.1962 von Nenni an Fanfani übergebenen zusammenfassenden Protokoll seines Vortrages vor der Fraktion der *Camera: Politica estera di solidarietà atlantica e di integrazione europea, nel rispetto degli impegni esistenti, politici e militari, e nel perseguimento degli obiettivi, propri dell'alleanza, di disarmo e di pace nella consapevolezza delle nostre possibilità. (Questi problemi sono quelli sui quali notevoli sono le distanze sul piano ideologico generale e sul piano del linguaggio. Sul piano delle cose il riavvicinamento non dovrebbe presentare difficoltà)*.<sup>298</sup> Doch diese Taktik ging in der DC keineswegs auf. Die Gegner kritisierten Fanfani und Moro für ihre Annäherung an Nenni und die PSI. So schrieb Benvenuti am 20.2.1962 aus Straßburg an Moro, dass eine *apertura a sinistra* nur mit einer anti-kommunistischen Partei, einer Partei der westlichen sozialistischen Internationalen und somit ohne Nenni möglich sei. Die Beteiligung der Sozialisten spiele den Sowjets in die Hände. Benvenuti beschwor eine Alternative. Ein wirklich politisch geeintes, „föderales [und] demokratisches“ Europa mit 250 Millionen Einwohnern sei gegenüber der Sowjetunion viel wirksamer einzuschätzen als jede militärische Allianz. Während der gesamten gemeinsamen Zeit mit der PCI habe die PSI aber immer gegen den „europäischen Föderalismus“ gehandelt und die PSI *non si è menomamente impegnato a collaborare con la DC e con gli altri partiti democratici alla creazione di un'Europa politica. Pensare di continuare tale politica con l'appoggio del PSI è puramente infantile*. Die PSI wisse genau, dass sie bei europäischen Wahlen marginalisiert würde. Auch eine mögliche neue Volksfront habe in einem *giovane Europa federata* keine Chance. Die pro-PSI Politik der Regierung bedeute „Wasser in den Wein des Europäismus zu gießen“. Die Politik verfolge keine konkreten Beschlüsse, wie die Schaffung eines Parlaments, welches *possa veramente nascere una potente Europa democratica, anticomunista e non socialista*.<sup>299</sup> Nicht nur in-

<sup>296</sup> Siehe die Broschüre der PSDI vom Frühjahr 62 „riforme economiche e sociali“. Obertitel: Per lo sviluppo della persona umana. S. 3-5. Ein Exemplar findet sich im Archivio del Senato. Fondo Fanfani. Busta 14, fasc. 3.

<sup>297</sup> Archivio del Senato, Fondo Fanfani. Attività politica. Busta 14, fasc. 23. Auch im Briefwechsel Nennis mit Fanfani finden sich keine außenpolitischen Themen. Vgl. den Briefwechsel im Archivio della Fondazione Pietro Nenni. Busta 25, fasc. 1843. sottofasc. 1.

<sup>298</sup> Archivio del Senato, Fondo Fanfani. Attività politica. Busta 14, fasc. 3.3.

<sup>299</sup> Brief Benvenutis an Moro vom 20.2.1962 und dessen offener Brief an die „*Amici della Democrazia Cristiana*“ mit dem Titel: „*Perché respingo la cosiddetta 'Apertura a sinistra'*“. Zitate dort S. 3-5. In: ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Moro. Sc. 159, fasc. 16. Benvenuti schrieb mehrmals Briefe an Moro, um diesen von der Politik des *centro-sinistra* abzubringen. Außer in dem offenen Brief an die Parteifreunde kam Europa in den Briefen an Moro selbst nicht vor. Ebd.

tern, sondern auch in der Öffentlichkeit wurde eine zu starke Annäherung an die PSI gerade in der Außen- und Verteidigungspolitik kritisiert. So bezweifelte Gonella anlässlich einer Rede Nennis in der *Camera*, dass die PSI sich wirklich mit der NATO abfinden werde. Dessen Vorschläge glichen alten Vorstellungen der *fronte* von vor zehn Jahren, indem der Rückzug amerikanischer und sowjetischer Truppen aus Europa als langfristige Perspektive betont werde, obwohl dies Westeuropas Sicherheit gefährde. Die wahre Intention verschwinde hinter den *cortine fumogene di cui attualmente si serve il neutralismo socialista quando rende verbale omaggio alla politica atlantica*.<sup>300</sup> Auch Saragat und Teile der amerikanischen Administration bezweifelten, dass sich die PSI endgültig von den Kommunisten gelöst habe. Sie hielten eine Zusammenarbeit mit der PSI für notwendig, da die wirtschaftliche Entwicklung alleine nicht reiche, sondern durch „radikale soziale Reformen“ begleitet werden müsse.<sup>301</sup> Aufgrund jener Forderung und der Anerkennung, dass die PSI gerade in der Europapolitik in großen Teilen die erreichten Schritte akzeptierte, verfolgte Saragat in den folgenden Monaten eine Politik des „Scharniers“ zwischen den Sozialisten und Christdemokraten, nicht jedoch ohne Kritik an einem zu starken Entgegenkommen im Bereich der Verteidigungspolitik vor allem linker christdemokratischer *correnti*.<sup>302</sup>

Innerhalb der PSI fand sich vor allem Lombardi in dem gemeinsam propagierten Programm bestätigt. Die Verstaatlichung der elektrischen Industrie, die Schulreform mit der Einführung der unteren Mittelschule und die Einrichtung der in der Verfassung vorgesehenen Regionen entsprachen seinen Forderungen.<sup>303</sup> Die Linke in der PSI hingegen schaute mit Skepsis auf die neuen Gestaltungsmöglichkeiten. So enthielt der *Mondo Nuovo*, die Zeitschrift des linken *corrente* um Vecchiotti, wobei dieser bald den *corrente* Bassos aufnehmen sollte,<sup>304</sup> einige Artikel, die vor einer Akzeptanz des Kapitalismus warnten. So veröffentlichte man Artikel amerikanischer und englischer Marxisten, die die Struktur des Wohlfahrtsstaates kritisierten und unmissverständlich feststellten: *Gli ideali del welfare state, così diffusi ai nostri giorni, hanno per origine le rivendicazioni dei lavoratori*.<sup>305</sup>

Ausgehend von dieser klassisch marxistischen Gesellschaftsanalyse fiel die Einordnung der EWG nicht schwer. So wurde die Einführung der zweiten Phase zur Erreichung des Gemeinsamen Marktes, die zum Jahreswechsel 1961/62 verkündet wurde, am 28.1.1962 thematisiert. Unter dem Titelfoto, das Alfred Krupp zeigte, stand zu lesen: *„Il re del MEC: Krupp*.“<sup>306</sup> Anspielungen auf die faschistische Vergangenheit waren obligatorisch, die neuesten Entwicklungen wurden als „an sich unbedeutend“ abgetan. Der von den sechs Ministern gefundene Kompromiss sei nichts anderes als ein „fauler und technischer Kompromiss“. Er löse nicht das größte Problem Europas, nämlich die großen Ungleichheiten. Stattdessen werde mit den Beschlüssen das Bestreben Kennedys, einen großen kapitalistischen Westen zu formen, unterstützt. Hier spiele die europäische Einigung als Prozess, der unum-

<sup>300</sup> Abgedruckt in Gonella, spirito. S. 113 f.

<sup>301</sup> Fornaro, Saragat. S. 256.

<sup>302</sup> Ebd. S. 257 f.

<sup>303</sup> Galli, storia del socialismo italiano. S. 340.

<sup>304</sup> Anlässlich der offiziellen Vereinigung der beiden *correnti* erschien im *Mondo Nuovo* ein Interview mit Basso. Siehe *Mondo Nuovo* vom 25.3.1962. S. 6 f.

<sup>305</sup> Siehe die Rubrik „Qual'è il nuovo volto del capitalismo?“ in: *Mondo Nuovo* vom 14.1.1962. S. 22-27. Hier den Artikel von Gillmann, Joseph: *Contradizioni dello 'stato di benessere'*. S. 22-25. Besonders S. 25.

<sup>306</sup> Siehe die Titelseite des *Mondo Nuovo* vom 28.1.1962.

kehrbar sein sollte, eine entscheidende Rolle, denn Europa sollte an die USA gebunden werden. Zusammen mit den Verhandlungen im Rahmen des GATT werde das Ziel einer *unificazione capitalistica dei paesi atlantici* verfolgt. Dies sei eine typische Reaktion entwickelter kapitalistischer Wirtschaften, die nur durch eine geplante Entwicklung ihrer Wirtschaften der unweigerlichen großen Depression entgehen könnten. Die Arbeiterschaft müsse sich vor allem vor den großen Monopolen wehren, die sich trotz anderslautender Beteuerungen bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge durchgesetzt hätten. Das heiÙe keineswegs, wieder in einzelne wirtschaftliche Bereiche zu verfallen oder die Zölle zu erhöhen. *Il problema che si pone è invece quello di una politica operaia capace di contrapporre un'alternativa globale alla programmazione capitalistica: un tipo di sviluppo a un altro tipo di sviluppo.*

Hier seien die *sindacati di classe*, und nicht jene reformistischen, gefordert. Sie müssten innerhalb des gewerkschaftlichen Lagers wieder die Mehrheit organisieren und dann international ihre Forderungen durchsetzen. Die weltweite wirtschaftliche Entwicklung biete die Möglichkeit di *un grande balzo in avanti delle lotte operaie*.<sup>307</sup> Die Änderung der Verhältnisse durch Beteiligung war nun auch ein erklärtes Ziel der „Richtungsgewerkschaft der Klasse“, der CGIL. Sie erkannte in großen Teilen offenbar grundsätzlich positive Effekte der europäischen Integration an, wies aber zugleich auf Problemlagen und Kritik an den *modi di realizzazione del Mec* hin.<sup>308</sup>

Immer wieder hob der linke *corrente* auf die monopolistischen und oligopolistischen Gefahren ab, die sich vor allem durch das ausländische Kapital und die deutsche Beteiligung ergeben würde. Im Agrarmarkt sei dabei vor allem der italienische Süden von externen Übernahmen bedroht. Dass hierbei die EWG oligopolistische Tendenzen zeigen werde, sei klar, denn bereits die EGKS habe dies, trotz weitreichender Kompetenzen der Hohen Behörde, hervorgebracht. Daher gelte es, eine starke Opposition gegen die „Politik des Neokapitalismus“ aufzubauen und sich nicht von „dem Plan der Effizienz und der Modernität vereinnahmen zu lassen“ und somit „zu vergessen, dass Effizienz und Modernität keine autonomen und abstrakten Begriffe“ seien, sondern immer an den sozialen wirtschaftlichen Gegebenheiten gemessen werden müssten.<sup>309</sup> Außenpolitisch betonte man, für eine neutralistische Politik eintreten zu wollen, gegen eine reaktionäre und aggressive Politik des Atlantikpakts. Eine aktive Politik Italiens in der Kolonialfrage und in der Schaffung einer neutralen Zone in Europa sei unbedingt notwendig.<sup>310</sup> Gerade dies traute man der Regierung aber nicht zu, die sich eben in dem reinen Slogan des *europeismo* verliere. Genauso wenig, wie man ihr auch in anderen Politikbereichen von Beginn an mit Skepsis begegnete. Nicht zuletzt misstraute der linke Flügel der Verteidigungspolitik der Regierung Fanfani.<sup>311</sup> Nenni lavierte zwischen der Regierung und den Forderungen der Linken in seiner Partei. So

<sup>307</sup> Ebd. Siehe den Artikel MEC: La grande svolta del capitalismo. S. 7.

<sup>308</sup> Formigoni, I sindacati italiani. S. 38.

<sup>309</sup> Barbadoro, Idomeneo: Dopo gli accordi di Bruxelles: Apparenze e sostanza del MEC agricolo. In: Mondo Nuovo vom 28.1.1962. S. 25 f. Hier S. 26.

<sup>310</sup> Ebd. S. 36. Hier ist der Vorschlag des linken *corrente* zur Wirtschaftspolitik abgedruckt. S. 35 ff.

<sup>311</sup> Vgl. den Brief Vecchhietti an Nenni vom März 62 bezüglich einiger Aussagen Fanfanis zur atomaren Bewaffnung der NATO. Fondazione Nenni. Corrispondenza Nenni-Vecchietti. Busta 42, fasc. 1959, sotto-fasc. 21.

erklärte er Anfang 1962 in den *Foreign Affairs*, dass die PSI keineswegs den Rückzug Italiens aus der NATO, sondern einzig eine „defensive Interpretation“ fordere. Schon ein Jahr zuvor war auf dem Parteitag erklärt worden, dass Italien auch innerhalb der atlantischen Allianz genügend Möglichkeiten habe, eine „Wiederannäherung der Blöcke und an der Entwicklung der Entspannung“ mitzuwirken.<sup>312</sup>

Fanfani versuchte die Außenpolitik und vor allem die Frage der Mitgliedschaft in der NATO so gut wie gar nicht zu thematisieren.<sup>313</sup> Ihm war durchaus bewusst, welche Sprengkraft die Frage für die Fraktion bedeutete. Nicht zuletzt die Opposition von links und rechts versuchte hier bei der Vorstellung der Regierung anzusetzen. Nenni wurde nicht müde zu betonen, dass Italien innerhalb der einzelnen Gremien eine ausgleichende Rolle würde spielen können. Streit konnte hingegen bei der Frage einer möglichen atomaren Bewaffnung Westdeutschlands aufkommen. Nenni ignorierte einen entsprechenden Antrag Lombardis im *Comitato Centrale* vom Januar 1962, der die Regierung auffordern sollte, gegen diese Bestrebungen vorzugehen. Fanfani setzte auf die integrierte Atomstreitkraft im Rahmen der NATO und spürte zugleich Rückenwind durch die in Genf begonnenen Abrüstungsgespräche. Das Eintreten für eine internationale Entspannung konnte eine Grundlage für die Außenpolitik der Regierung sein. Und in der Tat unterhielt die Regierung Fanfani besondere Beziehungen zur Sowjetunion, die nicht zuletzt auf der Energiepolitik der ENI aufbauten, auf die auch die amerikanische Administration zurückgriff.<sup>314</sup>

Als Reaktion auf die Bildung der ersten Regierung des *centro-sinistra*, gelang es Teilen der DC zusammen mit den rechten Parteien Segni als Präsidenten zu wählen, um somit durch den *Quririnale* den von Fanfani geführten *Palazzo Chigi* auszugleichen. Ein Zugeständnis der Parteiführung unter Moro, das der inneren Machtlogik, der Ausbalancierung der Posten zwischen den Gruppen, diene. Gleichzeitig einigten sich die linken Parteien auf Saragat als Gegenkandidaten, was ein Zeichen für die Annäherung zwischen der PSDI und der PSI war.<sup>315</sup> Darüber hinaus sorgte die Unterstützung Saragats durch die PCI für eine Beruhigung des linken sozialistischen Flügels. Ferner konnte von der DC aufgrund der internen Kompromisse nun erwartet werden, dass sie die Verstaatlichung der elektrischen Industrie auch wirklich umsetzte. Dies wiederum war keineswegs ein unbedingtes Zugehen auf sozialistische Forderungen, sondern wurde als Voraussetzung der zukünftigen techni-

<sup>312</sup> Zitiert bei Martelli, Fanfani. S. 335.

<sup>313</sup> Siehe Martelli, Fanfani. S. 362 f. Angesichts der Meinungsverschiedenheiten mit Segni, der den französischen Plänen intergouvernementaler Zusammenarbeit kritischer als der Ministerpräsident gegenüberstand, beschreibt Martelli, dass Fanfani das Ziel eines einheitlichen Westens über jegliche internen Ziele stellte. Segni selbst habe nicht stärker opponiert, um seine Präsidentschaftskandidatur nicht zu gefährden. Ebd.

<sup>314</sup> Ebd. S. 340 f. Zur Genfer Konferenz und der italienischen Position auf dieser: Ebd. S. 342 ff. Zu den Beziehungen zur Sowjetunion im Frühjahr 1962: Ebd. S. 347-349.

<sup>315</sup> Colarizi, *Storia dei partiti*. S. 230 f., S. 238 f sowie 245. Bei Castellani, *dal centro-sinistra al delitto Moro*, erscheint die Auswahl Segnis eher als Schachzug Moros. Gleichzeitig wird detailliert beschrieben, wie dieser darum kämpfte, Segni endlich die Mehrheit im neunten Wahlgang zu verschaffen, die schlussendlich von den rechten Parteien mitgetragen wurde. Ebd. S. 14-16. Saragat schob Fanfani die Schuld für das Scheitern seiner Kandidatur zu. Fornaro, *Saragat*. S. 259. Dadurch, dass Nenni sein Versprechen gehalten und im linken Lager auch durchgesetzt hatte, lässt sich für die Bildung des *centro-sinistra* eine positive Wirkung konstatieren, stärkte es doch das Vertrauen zwischen Saragat und Nenni. Siehe ebenso Galli, *Storia della DC*. S. 201 ff.

schen Entwicklung angesehen und selbst von dem Liberalen Einaudi unterstützt.<sup>316</sup> Die DC-Führung wurde zunehmend von den Gewerkschaften unter Druck gesetzt. Gleichzeitig waren die *correnti* unter Scelba und Andreotti in der DC eine starke Minderheit.<sup>317</sup> Moros Aussagen legen den Schluss nahe, dass er die Annäherung an die PSI und die Öffnung der Regierung gegenüber den Sozialisten als Chance begriff, die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung Italiens auf eine breitere Grundlage zu stellen. Hierbei kam ihm in seinen Bemühungen nicht zuletzt das Pontifikat Johannes XXIII. gelegen, ungeachtet der kritischen Stimmen von konservativer katholischer Seite wie der *Azione Cattolica*. Aufgeschlossener Stimmen innerhalb der katholischen Kirche sahen die Zusammenarbeit mit der PSI als einzige Möglichkeit an, die PCI dauerhaft kontrollieren zu können.<sup>318</sup> Die Zeitschrift des linken *corrente* in der DC, der *Stato Democratico*, schrieb hingegen in seiner Ausgabe vom 25.1.1962, dass die DC auf ihrem neapolitaner Kongress entschieden habe, endlich „*la realtà del paese*“ zu verändern. Nun gelte es nicht, sich über die Substanz der Vereinbarungen mit der PSI zu erkundigen, sondern diesen Kurs beizubehalten.<sup>319</sup>

Die Regierung Fanfani musste sich indes mit den französischen Vorschlägen beschäftigen. Die Pläne de Gaulles vom Januar 1962, die als Fouchet 2 bekannt wurden und die zu Vorstellungen einer stärkeren Eigenständigkeit Europas tendierten und die andererseits jedwede Form supranationaler Institutionen ablehnten, stießen vor allem in den Niederlanden aber auch in Belgien auf erbitterten Widerstand. Besonders die BRD und Italien versuchten dabei einen offenen Bruch zu verhindern. Italien präsentierte einen Gegenentwurf, der die Änderungswünsche aller Delegationen zum ersten Fouchetplan enthielt.<sup>320</sup> Er war supranational ausgerichtet, betonte die engen Beziehungen zwischen der NATO und der EWG und sah darüber hinaus eine stärkere Position des Europäischen Parlaments vor. Obwohl die französische Ablehnung zu erwarten war, versuchte Fanfani bei Treffen mit de Gaulle und mit Adenauer am 4. und 7. April 1962 in Turin und Cadenabbia, einen Kompromiss zu finden, zumal es um die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien angesichts der Vereinbarungen von Evian gut bestellt war.<sup>321</sup> Die Fronten blieben aber insbesondere wegen der Frage der Supranationalität und der Frage der Mehrheitsentscheidungen verhärtet.<sup>322</sup> Dennoch gelang es mit einer Formel Murvilles, einen Kompromiss zu finden, der als „*allusione alla revisione*“ beschrieben wurde. Mit diesem Vorbehalt einer möglichen Revision getroffener vertraglicher Vereinbarungen, die somit für einen späteren Zeitpunkt zum Beispiel Mehrheitsentscheidungen bringen konnte, konnten sowohl der General als auch der italienische Regierungschef leben. Die Formel ließ sich sowohl als Akzeptanz eines möglichen Referendums als auch als Zugeständnis für eine föderale Entwicklung interpretieren. Beide schienen sich einig, dass ein britischer Beitritt erst nach der Verabschiedung der Europäischen Politischen Union angegangen werden sollte, wobei Fanfani darauf

<sup>316</sup> Galli, *Storia del socialismo italiano*. S. 340 f.

<sup>317</sup> Woller, *Geschichte Italiens*. S. 279 f. Galli, *Storia della DC*. S. 196.

<sup>318</sup> Vgl. Castellani, *dal centro-sinistra al delitto Moro*. S. 7-11.

<sup>319</sup> Zitiert bei Castellani, *dal centro-sinistra al delitto Moro*. S. 13.

<sup>320</sup> Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 233 f. Siehe ebenso Martelli, Fanfani. S. 355 ff.

<sup>321</sup> Ebd. S. 357 ff. Zum Vermittlungsversuch Fanfanis und den Briefwechseln zwischen Fanfani und de Gaulle sowie die Aufzeichnungen des Treffens siehe Russo, *politica estera*. S. 92 ff.

<sup>322</sup> Siehe die Aufzeichnungen in Ballini, Varsori, *L'Italia e l'Europa*, 2. S. 474-489 sowie S. 490-497.



bestand, Großbritannien regelmäßig zu informieren. De Gaulle war angesichts der pessimistischen Einschätzung der Sowjetunion davon überzeugt, die europäische Einigung voran zu bringen und Fanfani war im Gegensatz zum alten Außenminister Segni bereit, erst intergouvernementale Wege zu gehen.<sup>323</sup> Fanfani wies im Gespräch mit Adenauer darauf hin, dass de Gaulle mit der politischen Gemeinschaft die EWG entwerten wolle, während Adenauer von einem Missverständnis sprach,<sup>324</sup> womit der Kanzler die Absichten des französischen Staatspräsidenten verteidigte. Auch das Treffen der Außenminister in Paris am 17. April konnte den Streit nicht lösen. Vertreter der Niederlande und Belgiens forderten nun gar den Beitritt Großbritanniens zur EWG als Voraussetzung, wodurch Pläne für eine politische Union scheiterten.

Während die italienische Delegation unter dem Diplomaten Attilio Cattani weiterhin Kompromisse zwischen den Ländern zu erreichen suchte, nahm bei Exponenten der PSI, der PSDI und der PRI der Unmut zu.<sup>325</sup> Sie kritisierten die Annäherung zwischen de Gaulle und Adenauer als einer Formierung einer konservativen Allianz im westlichen Europa, die sich gegen jedwede Reform richte. La Malfa schlug sogar die Bildung eines bilateralen Abkommens mit Großbritannien vor, die die „Achse Bonn-Paris“ neutralisieren sollte, worauf Fanfani jedoch zurückhaltend reagierte.<sup>326</sup> Nach intensiven Kontakten mit britischen Vertretern<sup>327</sup> startete Cattani als Nachfolger Fouchets mehrere Sondierungsreisen und unterbreitete einen neuen Vorschlag für eine Europäische Politische Union und einen Kompromiss für den Beitritt Großbritanniens. Doch stieß dieser auf die Ablehnung der französischen und deutschen Regierung.<sup>328</sup> Letztlich blieben die Vermittlungsbemühungen Cattanis im Sommer 1962 ebenso ohne Erfolg wie der Vorschlag Fanfanis an de Gaulle und Adenauer, die Verhandlungen zu einer politischen Union möglichst schnell wieder aufzunehmen und Großbritannien über den Inhalt der Verhandlungen offiziell in Kenntnis zu setzen, um Kritikpunkte für einen möglichen späteren Beitritt aus dem Weg zu räumen.<sup>329</sup> Fanfani

<sup>323</sup> Zu den Argumenten und der Einschätzung siehe Martelli, Fanfani S. 360-362.

<sup>324</sup> Siehe die Aufzeichnung des Gesprächs in Cadenabbia vom 7.4.1962. In: Archivio del Senato. Fondo Fanfani. Busta 15, fasc. 6. S. 4.

<sup>325</sup> Ballini, Varsori, *L'europaismo italiano (1958-1967)*. S. 312. Zu Cattanis Schritten, die zu Beginn vor allem auf die Position Großbritanniens ausgerichtet waren, um mit deren Zustimmung nicht zuletzt Belgien und Luxemburg für die Europäische Politische Union zu überzeugen: Martelli, Fanfani. S. 367 ff.

<sup>326</sup> Ballini, Varsori, *L'europaismo italiano (1958-1967)*. S. 312 f. Vgl. ebenso Martelli, Fanfani. S. 413 ff.

<sup>327</sup> Siehe die Gesprächsaufzeichnungen des italienischen Botschafters mit dem Lordsiegelbewahrer und dessen Besuch Ende April in Rom. In: Ballini, Varsori, *L'Italia e l'Europa*, 2. Ebenso von Cattani selbst: Nr. 121 sowie 123-129.

<sup>328</sup> Martelli, Fanfani. S. 374.

<sup>329</sup> Müller Roschach berichtet, dass die Vorschläge Cattanis die Lage eher verkompliziert hätten und ferner de Gaulle und Adenauer Fanfani gedrängt hätten, die Gipfelkonferenz im Sommer vorzuziehen, was dieser jedoch abgelehnt habe. Siehe Müller-Roschach, *Die deutsche Europapolitik* S. 122 f. Stattdessen bat Fanfani Adenauer, bei de Gaulle darauf zu drängen, die Verhandlungen über den Text zu einer politischen Union erneut zu behandeln. Fanfani spricht in einem Brief an Adenauer vom 28.6.1962, kurz vor dessen Frankreich-Besuch, davon, dass der Elan der letzten Monate genutzt werden müsse. Ein ähnliches Schreiben ging an de Gaulle. Auch diesen forderte er auf, erneut in die Verhandlungen über einen Vertrag einzusteigen, wobei gleichzeitig alle Vorsicht walten gelassen werden müsse, um einen Beitritt Großbritanniens nicht zu gefährden. Adenauer und de Gaulle antworteten Fanfani nach deren Treffen. Sie forderten diesen auf, eine Regierungskonferenz für den September einzuberufen. Adenauer machte deutlich, dass die Ver-

wurde in seiner Vermittlungspolitik von den eigenen Diplomaten bestärkt. So erreichte ihn im Juli 1962 ein Brief der britischen Botschaft in London, in dem Fanfani zu einer aktiveren italienischen Außen- und Europapolitik ermutigt wurde, um den britischen Beitritt zu erleichtern und die Brüskierung Großbritanniens durch die deutsch-französischen Aktionen auszugleichen. Fanfani müsse schnell „die Kastanien aus dem Feuer holen“, denn dies bringe ihn die Anerkennung Kennedys und Macmillans, die „*urbi et orbi*“ gelten würde, während „*quello di de Gaulle e di Adenauer non va più in là di gruppi, limitati, dei loro due paesi.*“ Dies könne durch die Sendung eines Sondergesandten nach London, dann nach Paris und Bonn geschehen. Egal wie die Vermittlungsversuche ausgehen würden, Italien würde von einer vermittelnden Rolle profitieren. „*Tanto più che anche per noi – in caso di fallimento dei negoziati di Bruxelles – si porrà seriamente il problema se, l'Inghilterra non entrando nel Mercato Comune, ci conviene mettere il collo nel cappio politico dell'asse Parigi-Bonn. Essere per l'Europa non ci esime dal cercare di vedere in che razza di Europa noi ci mettiamo.*

*E per ultimo, non si dimentichi che Adenauer La odia e farà tutto il possibile per darLe fastidio, all'interno, qualsiasi cosa Lei faccia per lui: l'esperienza del passato insegna.*“<sup>330</sup>

Das Scheitern der Verhandlungen zu den Vorschlägen Fouchets spielte in den Parteien aber kaum eine Rolle. Dennoch zeigt die Lektüre der unterschiedlichen Zeitschriften der *correnti*, wie unterschiedlich die Strömungen in den Parteien die allgemeine politische Lage und die Europapolitik einschätzten. Der linke *corrente* der PSI beklagte die Wahl Segnis zum Staatspräsidenten als geschickte Taktik Moros, der somit den Rechten die Regierung des *centro-sinistra* abgekauft habe.<sup>331</sup> Gleichzeitig bezweifelte sie, dass die neue Regierung eine neue Außenpolitik schaffen könne, zumal Fanfani bei dem Treffen mit de Gaulle hart bleiben und dem General die Grenzen aufzeigen müsse, da man weder von dem alten noch von dem neuen Kolonialismus etwas erwarten könne.<sup>332</sup> Längst war bei der Linken die Rede von einem konservativen Imperialismus, der Europa bedrohe, dem nur ein angelsächsi-

---

handlungen zur politischen Einigung erst einmal weiter geführt werden sollten, auch ohne Klarheit über den britischen Beitritt. In: Ballini, Varsori, *L'Italia e l'Europa*, 2. S. 525-528. In der Folge gingen mehrere Briefe zwischen Paris, Bonn und Rom hin und her. Die Regierungs- und der Staatschef waren sich einig, dass eine Konferenz in Rom wohl erst sinnvoll sei, wenn die größten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Teilnehmerstaaten geklärt würden. Eine feierliche Konferenz ohne positives Ergebnis sei dem Prozess abträglich. Siehe die Dokumente Nr. 135-137. Interessant erscheint, dass sämtliche Briefe, also auch die zwischen Paris und Rom, in deutscher Abfassung in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer Haus verfügbar sind. Auch dies ist ein Zeichen enger Kooperation zwischen Bonn und Paris. Die beiden Briefe Fanfanis an de Gaulle und Adenauer befinden sich im Archivio del Senato, Fondo Fanfani. Attività politica. Busta 15, fasc. 5. Zu den Schritten der italienischen Diplomatie: Martelli, Fanfani. S. 376 ff. Der Briefwechsel war offiziell bekannt. Siehe die Ausführungen Schröders vor dem Ausärtigen Ausschuss des Bundestags vom 2.7.1962. Auswärtiger Ausschuss 61-65. S. 307.

<sup>330</sup> Archivio del Senato, Fondo Fanfani. Attività politica. Busta 14, fasc. 1. Dem Botschaftsmitarbeiter sind ausgezeichnete Verbindungen zuzuschreiben. Es findet sich ein Brief vom 28.12.1962, ebenfalls persönlich an Fanfani adressiert, in dem der Autor von den guten Kontakten zu Macmillan berichtet und von diesem über das Treffen in Nassau mit Kennedy einen Bericht erhalten hatte, der wiederum an Fanfani übermittelt werden sollte. Es folgt ein detaillierter Bericht über die Gespräche Kennedys mit Macmillan. Archivio del Senato, Fondo Fanfani. Attività politica. Busta 15, fasc. 5.

<sup>331</sup> Lucio, Libertini: Facciamo il punto sulla DC. In: *Mondo Nuovo* vom 20.5.1962. S. 6 f.

<sup>332</sup> Quel che c'è dietro l'incontro Fanfani-De Gaulle. In: *Mondo Nuovo* vom 8.4.1962 S. 5.

scher Imperialismus entgegen gehalten werde – auch und gerade von der italienischen Regierung.<sup>333</sup> Ähnlich wie in der Wirtschaftspolitik dränge eben die Mehrheit der PSI nicht auf die grundsätzliche Änderung des Grundübel der westlichen Gesellschaft hin, denn noch immer trage die kapitalistische Welt den Kern des Faschismus in sich. So warnte der *Mondo Nuovo* vor den aufziehenden Gefahren für Europa: dem wiederaufkommenden Nationalsozialismus in Deutschland,<sup>334</sup> dem Versagen der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa, insbesondere der SPD und der *Labour Party*,<sup>335</sup> bis hin zur Rhetorik, die auch von der PCI direkt hätte stammen können, wonach die Gefahr der Kubakrise von den USA nur vorgetäuscht und in Wirklichkeit die UDSSR bedroht sei.<sup>336</sup> Hier wurden ähnliche Stereotype wie bei der PSI-Kampagne gegen die EVG wiederholt. Schwere noch wog indes die Wandlung Pietro Nennis vom Neutralisten zum Parteigänger Kennedys.<sup>337</sup> Stattdessen müsse man für die Neutralität des italienischen Staates eintreten. Solidarität mit den tiefgreifenden Veränderungen in der sozialistischen Welt sei gefragt, die einen Neutralismus begünstigen würde. Darüber hinaus müsse man sich mit den Befreiungsbewegungen vom Kolonialismus solidarisch erklären. Nur die Solidarität zwischen den Ländern garantiere die Schaffung des Sozialismus.<sup>338</sup> Gerade angesichts der Bedrohung durch die reaktionäre Politik de Gaulles und Adenauers müsse die Regierung eine Friedenspolitik unabhängig von den USA betreiben. Die angespannte internationale Situation lasse sich nicht mit der Logik der Blöcke lösen, sondern nur in direkten Gesprächen zwischen den USA und der USSR, wobei Europa und Italien neutral sein und die NATO verändern müssten.<sup>339</sup> Die PSI dürfe sich nicht von dem Immobilismus Fanfanis gegenüber der Achse Paris-Bonn anstecken lassen. Die PSI laufe Gefahr, mit der „anachronistischen Unterscheidung zwischen Innen- und Außenpolitik“ durch „doppeldeutige[s] angelsächsische[s] Spiel“ ihre Grundsätze zu verraten.<sup>340</sup>

Der *Mondo Operaio*, die Zeitschrift des *corrente* um Nenni, De Martino und Lombardi, sprach in seinen Artikeln hingegen von dem Fortschritt, der durch die Regierungsbeteiligung erreicht werden könne. *Programmazione economica* und die Durchsetzung echter

<sup>333</sup> Vecchiotti, Tullio: “L’Europa nuovo protagonista nel dialogo dei grandi“. In: *Mondo Nuovo* vom 7.5.1962. S. 8 f.

<sup>334</sup> Das Deutschlandbild wurde vor allem durch die Artikel von Heinz Abosch geprägt. Zur Gefahr von rechts siehe zum Beispiel: Abosch, Heinz: Gli assassini sono ancora tra noi. In: *Mondo Nuovo* vom 17.6.1962. S. 16 f. Unter dem Obertitel Nazisti. Auf S. 17 findet sich ein Bild, das eine Mauer zeigt, die mit einem Hakenkreuz beschmiert war. Der Untertitel lautete: Dusseldorf. Tornano le svastiche sui muri d’Europa.

<sup>335</sup> Vgl. Abosch, Heinz: Willy Brandt tra Kennedy e Papa Giovanni. Ebd. S. 12 f. Zur *Labour Party*, die für den Wahlsieg gegen die Konservativen gar vor chauvinistischen Äußerungen nicht halt machte: Naim, Tom: Laburisti. Contro il MEC in nome dell’impero. In: *Mondo Nuovo* vom 14.10.1962. S. 13 f.

<sup>336</sup> Bezeichnend ist die Titelseite des *Mondo Nuovo* vom 28.10.1962. Sie zeigt Kennedy mit der Überschrift: L’imperialismo ha gettato la maschera. Darunter findet sich ein Bild zweier kubanischer Revolutionskämpfer mit dem Titel: Cuba si, Yankee no. Die Bedrohung der UDSSR wird von Ricardo Minuti in seinem Artikel vom 11.11.1962 im *Mondo Nuovo*, S. 10-16, thematisiert.

<sup>337</sup> Libertini, Lucio: Il lungo viaggio di Pietro Nenni dal neutralismo all’atlantismo Kennediano. In: *Mondo Nuovo* vom 11.11.1962. S. 6-8.

<sup>338</sup> Ebd. S. 6 f.

<sup>339</sup> Vgl. Libertini, Lucio: E’ necessario un rilancio del neutralismo. L’Italia nel Patto Atlantico. *Mondo Nuovo* vom 3.6.1962, S. 25-28.

<sup>340</sup> Vecchiotti, Tullio: Per una nuova politica estera. *Mondo Nuovo* vom 7.7.1962. S. 3.

demokratischer Formen der Mitbestimmung der Arbeiter seien das Ziel der PSI.<sup>341</sup> Innerhalb des *centro-sinistra* habe der Sozialismus eine echte Gestaltungschance, zumal mit der Nationalisierung der elektrischen Industrie erste positive Schritte unternommen würden, wobei es die Exponenten des *Mondo Operaio* keineswegs versäumten, auf Nachbesserungen oder die Umsetzung des Programms nach ihren Vorstellungen zu insistieren.<sup>342</sup> Bezüglich der Außenpolitik betonte auch der *Mondo Operaio*, dass die alte Politik der Blöcke überwunden werden müsse, wobei mit Paolo Vittorelli ein ehemaliger Autor der *Cronache Sociali* nach seinem Engagement für die sozialdemokratische *La Giustizia* nun bei den Sozialisten gelandet war. Trotz Anprangerungen von Missständen in den USA fehlte hier der klassenkämpferische Duktus, den der linke *corrente* noch verbreitete.<sup>343</sup> Nenni äußerte bezüglich Spanien die Hoffnung, dass die Franco-Diktatur bald ein Ende haben würde und warnte vor Bestrebungen, diese in den Kreis der EWG und der NATO aufzunehmen.<sup>344</sup> Diese Bestrebungen betrieben demnach de Gaulle und Adenauer, die ihre Achse ohne weiteres Richtung Salazar und Franco ausweiten könnten. Dagegen könne sich nur eine geeinte europäische Linke wenden, am besten mit dem Rückenwind eines britischen Beitritts. Dass die *Labour Party* gegen diesen Beitritt argumentiere, sei der komplizierten Materie geschuldet. Schließlich bringe ein Beitritt politische, soziale und wirtschaftliche Probleme mit sich und löse nicht zuletzt auch Bedenken bezüglich der Souveränität des britischen Parlaments aus.

Doch grundsätzlich bleibe die Frage, ob man ein Europa der Kartelle und der Wirtschaft wolle oder ein Europa der Völker, gegen das „*Europa dei padroni che si sta sempre più precisando ed affermando con il suo corteggio di tecnocratici, i suoi gruppi di potere e le forze politiche che la vestono come Europa delle Patrie, una Europa chiusa, ripiegata sul passato, inorgogliata dal successo economico fiduciosa solo nella forza militare. Europa della 'forza d'urto' di De Gaulle, decisa a sfidare lo stesso nuovo corso della politica americana.*“ Das neue Europa der Völker müsse in den Ost-West-Beziehungen entspannend wirken und mit der Dritten Welt verhandeln können. Daher müsse dieses Europa um Großbritannien erweitert werden und benötige gute Beziehungen zu den Neutralen. Je länger die Verhandlungen mit Großbritannien jedoch still stehen würden, umso schwieriger würde es werden. Daher seien die sozialistischen Kräfte in Europa gefragt, den toten Punkt in der EWG und in England zu überwinden.<sup>345</sup>

Hier werden entscheidende Unterschiede zum linken *corrente* um Vecchietti deutlich. Der Beitritt Großbritanniens war demnach nicht das geringere Übel zweier Imperialismen, sondern bot gesellschaftspolitische Alternativen. Der *corrente* um Nenni und Lombardi sah somit die *Labour Party* als geeignete Interpretation des Sozialismus an, was Vecchietti und

<sup>341</sup> Vgl. Anderlini, Luigi: Pianificazione economica e democratica. *Mondo Operaio* 1/2 (1962). S. 30-34. Giolitti, Antonio: Il significato politico della programmazione economica. *Mondo Operaio* 4 (1962). S. 1-3. Settembrini, Domenico: La prospettiva del centro-sinistra. *Mondo Operaio* 4 (1962). S. 13-19.

<sup>342</sup> Lombardi, Riccardo: Sulla nazionalizzazione dell'energia elettrica. *Mondo Operaio* 6 (1962). S. 11-22. Paolicchi, Luciano: Centro sinistra e socialismo. *Mondo Operaio* 6 (1962). S. 37-41.

<sup>343</sup> Siehe Vittorelli, Pietro: Discriminazione razziale e lotta di classe negli S.U. *Mondo Operaio* 5 (1962). S. 4-8.

<sup>344</sup> Nenni, Pietro: Spagna in movimento. *Mondo Operaio* 5 (1962). S. 1-3.

<sup>345</sup> La Gran Bretagna e il MEC. *Mondo Operaio* 7 (1962). S. 7 f. Für die Rubrik, in der der Artikel erschien, waren unter anderem Luciano Paolicchi, Pietro Vittorelli und Mario Zagari zuständig.

Valori verneinten. Darüber hinaus fand sich nun ein eindeutiges Bekenntnis zu einem geeinten Europa, befördert durch Mario Zagari in der PSI und an föderalistische Forderungen anknüpfend. Ein Europa der Völker wurde dichotomisch den Vorstellungen de Gaulles gegenübergestellt.

Zagari warb mit seiner *Iniziativa Europea* im Umfeld der PSI und der Sozialdemokraten, wobei er stets die Einigung der PSI und der PSDI forderte, für eine europäische Einigung. Hier wurden in starkem Maße Forderungen, die auch auf nationaler Ebene zum Beispiel im Bereich der Planung der Wirtschafts- und Energiepolitik getätigt wurden, auf die europäische Ebene übertragen.<sup>346</sup> Ein weiterer Schwerpunkt lag in der stets aktuellen Problematik der Agrarpolitik und der Beziehungen zu den Entwicklungsländern.<sup>347</sup> Die Zeitschrift äußerte sich intensiv zur Sozialpolitik in der EWG und ihrer europäischen Perspektive.<sup>348</sup> Kurzum, sie verstand die europäische Ebene als eine Aktionsebene für eine sozialistische Politik und versuchte, in unterschiedlichen Artikeln die Notwendigkeit eines geeinten Europas zu verdeutlichen und setzte diese bisweilen gar voraus. Anlässlich des fünften Arbeitstreffens der sozialistischen Parteien im europäischen Parlament, an denen auch Beobachter der PSI teilnahmen, schrieb er, dass es nicht mehr darum gehe, Europa zurückzuweisen oder anzunehmen, sondern zu gestalten.<sup>349</sup> Ausgehend von der „Realität Europa“ forderte Zagari den britischen Beitritt, um ein reaktionäres Europa orientiert an der Achse „Paris-Bonn“ zu verhindern und zur Entspannung beizutragen.<sup>350</sup> Die Forderungen nach einer europäischen Einigung konnten ohne Probleme in das außenpolitische Profil integriert werden, das Nenni anlässlich der 70. Jahrfeier der Gründung der sozialistischen Partei skizzierte. Die PSI habe durch das Insistieren der Volksmassen und durch das Scheitern der Kräfte des *centrismo* neue Möglichkeiten der Mitgestaltung. Das ständige Beharren auf einer Unabhängigkeit von den Zielen der militärischen Blöcke zahle sich nun aus. Darüber hinaus erkenne man mit den anderen Arbeiterbewegungen „*il carattere oggettivamente irreversibile e progressivo della integrazione economica quale è andata organizzandosi nel MEC e della prospettiva della unificazione europea su posizioni di democrazia.*“ Die PSI setze weitere Akzente im Eintreten für den Frieden, die Abrüstung, die Verurteilung der Nuklearwaffen und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Man wolle an der Seite derjenigen stehen, ob innerhalb oder außerhalb der Blöcke, ob neutral oder *non impegnate*, die den

<sup>346</sup> Vgl. Solari, Leo: Prospettive di una pianificazione comunitaria. *Iniziativa Europea* 41-42 (Anfang 1962). S. 1-3. Der erste Satz lautet: „*L'esigenza di una pianificazione economica è ormai riconosciuta dai governi di quasi tutto il mondo occidentale.*“ *Iniziativa Europa* 43. S. 29. Bo, Giorgio: L'impresa pubblica nella Comunità Economica Europea. *Iniziativa Europea* 44 (April/Mai 1962). S. 2-5. Ebenso Petrilli, Giuseppe: L'impresa pubblica nell'economia del Mercato comune. Ebd. S. 8-11.

<sup>347</sup> Bo, Giorgio: Problemi dell'assistenza ai Paesi in via di sviluppo. *Iniziativa Europa* 41-42. S. 4-13. Luzzato, Riccardo: prodotti di base, problema chiave dei Paesi in via di sviluppo. S. 22-24. Nicolini, Luigi: Tendenze e problemi dell'agricoltura del M.E.C. S. 26 ff.

<sup>348</sup> Unter den zahlreichen Beispielen sei hier nur erwähnt: Sandri, Lionello Levi: La politica sociale della CEE e la funzione dell'impresa pubblica. In: *Iniziativa Europa* 44. S. 6 f.

<sup>349</sup> Zagari, Mario: La Politica Socialista nella Comunità Economica Europea. *Iniziativa Europea* 45-46 (Sommer 1962). S. 1 f. Zitat S. 1.

<sup>350</sup> Ebd. S. 2.

Erhalt des Friedens als die größte Aufgabe ansehen würden.<sup>351</sup> In seinem Vortrag vor dem *Comitato Centrale* vom Oktober 1962 erschien der Parteitag von Venedig 1957 als eine Wegmarke einer notwendigen Annäherung an die DC. Als ein Charakteristikum für den sich entwickelnden neuen Kurs beschrieb Nenni, dass sich die PSI auf dem Parteitag bereits positiv zur wirtschaftlichen Integration Europas geäußert habe. Das Ziel sei ein geeintes Europa „des demokratischen und zivilen Fortschritts, des Ausgleichs und des Friedens.“<sup>352</sup>

Die ehemalige sozialdemokratische *Critica Sociale* befand sich nun zwischen PSDI und PSI, in dem Exponenten beider Parteien in der Redaktion und Leitung vertreten waren.<sup>353</sup> Die Zeitschrift trat in mehreren Artikeln für die Einheit der Sozialisten ein<sup>354</sup> und erhoffte sich von einem *centro-sinistra* weitergehende soziale und wirtschaftliche Reformen.<sup>355</sup> Mit großer Erwartung schaute man auf den neuen amerikanischen Präsidenten und erhoffte sich international eine Entspannung.<sup>356</sup> Innenpolitischer Fortschritt durch eine Mitte-Links Regierung und internationale Entspannung, befördert von dem amerikanischen Präsidenten und möglichst durch die europäischen Staaten unterstützt, war folglich das Ziel der *Critica Sociale*. In beiden Feldern konnte hier die europäische Einigung unterstützend wirken. Die EWG wurde allerdings kaum mit Artikeln bedacht. Man freute sich über die Einführung der zweiten Phase der Zollunion, ohne sich jedoch einen Seitenhieb auf die gaullistischen Vorstellungen von Europa verkneifen zu können und vor einer deutsch-französischen Hegemonie zu warnen, gegen die supranationale Strukturen notwendig seien. Darüber hinaus sei bei den Verhandlungen von den Arbeitnehmern an die französischen und deutschen Kapitalisten ein hoher Preis gezahlt worden, indem auf die Einführung planender Maßnahmen auf europäischer Ebene verzichtet worden sei. Der Autor Landolfi betonte umso stärker, dass der Gaullismus auf europäischer Ebene bekämpft werden müsse – auch um neokolonialistische Bestrebungen unterbinden zu können. Was die wirtschaftlichen Folgen angehe, so müssten dringend die Verhandlungen mit Großbritannien abgeschlossen und mit den USA weitere Zollsenkungen vereinbart werden. Landolfi wies der europäischen Einigung auch eine antisowjetische Ausrichtung zu, um gleichzeitig darauf hinzuweisen, dass Italien angetrieben von den sozialistischen Kräften für eine demokratische Entwicklung Europas zu sorgen habe.<sup>357</sup> Folglich beklagte man das Scheitern der Verhandlungen für ein politisch geeintes Europa, zumal ein wirtschaftlich geeintes Europa sinnvoll sei, da die nationalen Gebiete heutzutage für eine hochentwickelte Wirtschaft zu klein seien. Hinzu kamen die

<sup>351</sup> Siehe den Abdruck der Rede Nennis in: Propaganda Socialista. 9 (1962). S. 10-15. Besonders S. 11 f. In: ACS, Fondo Nenni. Busta 94, fasc. 2241.

<sup>352</sup> Manuskript der Rede Nennis. S. 82. ACS, Fondo Nenni. Busta 94, fasc. 2241.

<sup>353</sup> So fanden sich im Impressum der ersten Ausgabe unter dem Direktor Ugo Guido Mondolfo in dem *Comitato di redazione* Reno Ferrara, Antonio Greppi, Andrea Tacchinardi, Roberto Tremelloni und Antonio Valeri wieder. *Critica Sociale* 1 (1962) vom 5.1.1962.

<sup>354</sup> Landolfi, Antonio: La svolta a sinistra e l'unità socialista. *Critica Sociale* 5 (1962). S. 105 f.

<sup>355</sup> Tamburano, Giuseppe: Per un programma economico della sinistra democratica. *Critica Sociale* 2 (1962). S. 29-31.

<sup>356</sup> Agostinone, Valerio: Kennedy tra capitalisti e lavoratori. Zu Spanien: Vasconi, Luciano: La Spagna in lotta. Beide Artikel in *Critica Sociale* 10 (1962). S. 241-243 sowie S. 239 f. Durchaus kritisch zu Kennedy: Ders.: Una lezione per Kennedy. *Critica Sociale* 3 (1962). S. 51.

<sup>357</sup> Landolfi, Antonio: Il Mercato Comune nella seconda fase. In: *Critica Sociale* 3 (1962). S. 53 f.

klassischen Argumente der Friedenssicherung und dem Bekenntnis, dass die Sozialisten und die Arbeiterschaft grenzüberschreitende Verbindungen stets gefordert hätten.<sup>358</sup>

In der sozialdemokratischen *La Giustizia* begrüßte man ebenfalls jedweden Schritt, der Europa zu einer politischen Einheit bringen könnte. Hierbei wurde ein wirtschaftlicher Zusammenschluss als möglicher Schritt zu einem politischen Europa aufgefasst. Grundsätzlich begrüßte man einen britischen Beitritt, sah aber auch die Nachteile eines solchen Beitritts für eine eventuelle politische Einheit. Gleichwohl hatte man keine Lösung parat. Die gaulistische Politik wurde indes als nationalistisch abgelehnt. An der Notwendigkeit der europäischen Einigung zweifelte man nicht, sondern führte dieselben fortschrittsoptimistischen Argumente wie eh und je an. Dass zu Beginn des Jahres 1962 die EWG in ihre zweite Phase eintrat, kam da nur zupass.<sup>359</sup>

In den Zeitschriften der christdemokratischen *correnti* fand die Diskussion über den kommenden Kurs der Partei statt, wobei die Außenpolitik und damit die Europapolitik zwar eine Rolle spielten, jedoch hinter den Diskussionen um die innenpolitischen Reformen zurückstanden. Das Phänomen war noch stärker auf den *Consigli Nazionali* ausgeprägt, auf denen die Befürworter und Gegner der Politik der *apertura* aufeinander stießen.<sup>360</sup> Die *La Discussione* betonte stets die Erweiterung der „*area democratica*“ durch das *centro-sinistra*.<sup>361</sup> Die Außenpolitik wurde kaum thematisiert, was jedoch keineswegs hieß, dass die Dorotei die außenpolitische Orientierung und den Wechsel der PSI einfach so hinnahmen. In der Parteizentrale unter Moro wurden die Reden wichtiger PSI Politiker gesammelt und vor dem Hintergrund einer möglichen Unzuverlässigkeit der PSI ausgewertet.<sup>362</sup>

Die *La Concretezza* Andreottis stand einer Öffnung nach links und den Reformvorhaben kritisch gegenüber. Vor allem Nennis Wandel wurde als wenig glaubwürdig eingestuft.<sup>363</sup> In der Außenpolitik mahnte man die Einheit der westlichen Welt an und betonte die Bedeutung der atlantischen Allianz, um gleichzeitig bei den Verhandlungen zur Abrüstung die Schuld für das Scheitern eindeutig der Sowjetunion zuweisen zu können.<sup>364</sup> Der internationalen Lage und der Europapolitik widmete sich jede Ausgabe mit jeweils ein bis zwei Seiten. Insbesondere Gianni Pasquarelli behandelte die Themen der EWG. Hier lobte er jeden Schritt, der auch nur annähernd als Schritt hin zu einer politischen Einigung Europas gewertet werden konnte, wobei er allerdings auf die Schwierigkeiten der Verhandlungen zwi-

<sup>358</sup> Toriello, Carlo: Il socialismo e l'unità europea. *Critica Sociale* 15 (1962). S. 369 f.

<sup>359</sup> Siehe den Kommentar von Dalla Chiesa, Enzo: La costruzione dell'Europa. *La Giustizia* vom 4.1.1962. S. 1.

<sup>360</sup> Siehe als Beispiel das Protokoll des *Consiglio nazionale* vom 3.-5.7.1962. In: ALS, Fondo DC. Cons. Nazionale. Sc. 43, fasc. 64 sowie Sc. 44, fasc. 65.

<sup>361</sup> Nach der Vereinbarung von Camiluccia siehe die *La Discussione* vom 25.2.1962. S. 3. „Idee nostre per un programma nostro“. Zur Wirtschaftspolitik: Ventriglia, Ferdinando: La politica di piano. *La Discussione* vom 4.3.62. S. 3.

<sup>362</sup> Siehe eine Sammlung von Zitaten Nennis und Lombardis in: ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Moro. Sc. 152, fasc. 17.

<sup>363</sup> Siehe hierzu eindrücklich die Karrikatur *Il museo dell'aperturismo* in der Ausgabe der *La Concretezza* vom 1.1.1962. S. 8. Ebeso: Andreotti, Giulio: Le castagne dell'on. Nenni. *La Concretezza* 14 (1962). S. 3 f.

<sup>364</sup> Spaccarelli, Marcello: Per l'economia americana il disarmo è sopportabile. *La Concretezza* 8 (1962). S. 9-15. Siehe ebenso Sassòli: La questione del disarmo – Kennedy e Kruscev lasciano la porta socchiusa. *La Concretezza* 5 (1962). S. 13 f.

schen den einzelnen Regierungen hinwies. Gerade deswegen hielt er es für notwendig, die Bevölkerung genauer über den Fortgang der einzelnen Verhandlungen zu informieren.<sup>365</sup> Was eine Assoziierung Spaniens anging, so zählte man die wirtschaftlichen Gründe für einen Beitritt auf und mahnte eine *mediata e responsabile decisione* an.<sup>366</sup> Dem Beitrittsge-such Großbritanniens stand die Zeitschrift grundsätzlich positiv gegenüber, verhehlte allerdings nicht, dass dieser wirtschaftliche Probleme aufwerfen könne, aber politische Vorteile biete. Der Beitritt könne eine „deutsch-französische *leadership*“ ausgleichen und somit verhindern, dass Europa Sand in das Getriebe der NATO streue.<sup>367</sup> De Gaulles Europapolitik stand Pasquarelli skeptisch gegenüber. So lobte man zwar das Treffen Fanfanis mit de Gaulle in Turin vom April 1962 als Versuch der Besserung, doch letztendlich stellte der Autor fest, dass de Gaulles Europapolitik allein von seinen Vorstellungen der *Grandeur* gesteuert sei. Sie würden den Interessen Italiens, aber auch anderer Staaten widersprechen. De Gaulles *Europa delle Patrie* eröffne ihm mit dem Veto-Recht zu großen Einfluss. Schlimmer noch: Mit dem Versuch, Europa aus dem amerikanischen Einfluss zu lösen, setze er die atlantische Partnerschaft aufs Spiel. Statt ein konföderales müsse ein föderales Europa angestrebt werden.<sup>368</sup> Dabei zeigte doch gerade die Kritik Chrustschows an der EWG, dass diese für die Abwehr des Kommunismus eminent wichtig sei.<sup>369</sup> Mit dieser Einschätzung sah man sich in einer Linie mit De Gasperi, der auch in der Zeitschrift Andreottis als *spiritus rector* immer wieder aufgegriffen wurde.<sup>370</sup>

Die Zeitschrift des rechten *corrente* Scelbas, *Il Centro*, wurde im Mai 1962 gegründet. Ausdrücklich betonte Scelba in der ersten Ausgabe das Erbe De Gasperis und Luigi Sturzos. Ihre *dottrina sociale cristiana* sei eine *dottrina riformatrice* gewesen, die sich gegen die *equivoci del classismo e del materialismo marxista* ebenso wende wie gegen den „blinden Konservatismus, die nationalen und diktatorialen Egoismen“, die nur Teilaspekte des sozialen Lebens repräsentieren würden und damit die „Einheit des sozialen Organismus“ zerstören würden.

Gerade gegen jene Kräfte habe sich der erfolgreiche Wiederaufbau im Rahmen des *centrismo*, mit seinen Zielen der Freiheit, des Friedens und des Fortschritts, gewendet. Außenpolitisch korrespondierte dies mit der Teilnahme an der „atlantischen Allianz“ zur Verteidigung vor dem Kommunismus. So habe man Traditionen des eigenen Landes entsprechend zum Erhalt des Friedens beitragen können. Mahnend stellte er fest: *Anche in tema di aperture politiche facile è il disorientamento qualora non siano saldi i principi del Centrisimo cristiano, della socialità cristiana.*<sup>371</sup> „Unser Zentrismus“, die moralische Ordnung des *spirito del dualismo cristiano nel quale anima e corpo, politica e morale, Stato e Chiesa sono*

<sup>365</sup> Pasquarelli, Gianni: Agenda del MEC – L'Europa ha compiuto un grande passo avanti. *La Concretezza* 3 (1962). S. 17-19.

<sup>366</sup> Pasquarelli, Gianni: Agenda del MEC. *La Concretezza* 5 (1962). S. 19.

<sup>367</sup> Pasquarelli, Gianni: Agenda del MEC. *La Concretezza* 18/62. S. 27. Hier spricht er von der Angst, dass Europa „*metterà più d'una bastione fra le ruote dell'alleanza atlantica*“.

<sup>368</sup> Pasquarelli, Gianni: Agenda del MEC. Ausgaben der *La Concretezza* 8-9 (1962). Je S. 19.

<sup>369</sup> Pasquarelli, Gianni: Agenda del MEC. *La Concretezza* 12 (1962) S, 19.

<sup>370</sup> Siehe das Titelbild der *La Concretezza* 16 (1962). Hier auch den Artikel von Andreotti, Giulio: Nostalgia di De Gasperi. S. 3 f.

<sup>371</sup> Scelba, Mario: Nel segno di Sturzo e di De Gasperi. *Il Centro* vom 27.5.62. S. 1.



*valori sempre distinguibili ma non separati* sollte gegen die Irrungen des *centro-sinistra* verteidigt werden.<sup>372</sup>

Folglich wandte sich der *corrente* Scelbas gegen einige politische Maßnahmen der Regierung Fanfani, wie der Verstaatlichung der elektrischen Industrie. Schon Sturzo habe eingehend beschrieben, dass Verstaatlichungen im Gegensatz zum Grundziel der menschlichen Freiheit stünden. *Dove arriva lo statalismo cessa libertà, dove arriva la libertà cade lo statalismo.*<sup>373</sup> Verstaatlichungen wurden als ein europäisches Modethema ausgemacht.<sup>374</sup> Dabei opponierte man in den Fraktionen und blieb teilweise deren Sitzungen fern.<sup>375</sup> Nicht zuletzt werde die Kirche durch die Schulreform gefährdet.<sup>376</sup>

Anders als von der Mehrheit der DC erhofft, bedeutete nach Meinung des *centro* die Einbindung der PSI keinesfalls eine Schwächung der PCI, sondern erhöhte gar die kommunistische Gefahr. Dies begünstige die anderen Parteien in der Koalition, die für ihre antikommunistische Haltung und ihre stricte Anlehnung an die USA bekannt waren.<sup>377</sup> Man traute Nenni schlichtweg nicht.<sup>378</sup> Aussagen der letzten fünf Jahre der die *apertura* tragenden christdemokratischen *correnti* und der PSI zum Europäismus und zur NATO, die sich fundamental widersprachen, wurden als Beweis für die falschen Annahmen der innerparteilichen Widersacher angeführt. Einzig die Sozialdemokraten Saragats seien eine vernünftige Alternative zu den Sozialisten Nennis, da sie diesen misstrauten.<sup>379</sup> Und wer konnte aus Sicht der *Scelbiani* die Lage besser einschätzen als die Sozialdemokraten, die die Wiedervereinigung mit der PSI forderten und gleichzeitig deren außenpolitisches Profil kritisierten?

In der Europapolitik unterstützten die *centristi* das Beitrittsge such Großbritanniens. Die britische Haltung habe sich von einer ablehnenden, versteifenden Haltung hin zur *collaborazione* gewandelt. Doch wägte man positive und negative Aspekte ab. Demnach sei Großbritannien supranationalen Strukturen gegenüber feindlich gesonnen, ein größeres Europa ließe sich schwerer regieren und darüber hinaus sei Italiens Stellung in einem um Großbritannien erweiterten Europa geringer. Positiv sei hingegen, dass Großbritannien in der EWG anti-amerikanische und neutralistische Tendenzen sowie die Bestrebungen der „Achse Paris-Bonn“ ausgleichen könne. Schlussendlich gelte: *in un'Europa federata la presenza della Gran Bretagna sarebbe più positiva che negativa.*

Beim Abwägen wirtschaftlicher Gegensätze zwischen EWG und Großbritannien einerseits und Schäden für die NATO bei einem Scheitern des Beitrittsge suchs andererseits wog Zweiteres schwerer. Probleme in der Agrarpolitik müssten indes von einer Expertenrunde geklärt werden, da sich keine Regierung in diesem Bereich allzu große Kompromisse und

<sup>372</sup> Vgl. Gonella, Guido: Il nostro centrismo. Il Centro vom 27.5.62. S. 1.

<sup>373</sup> So lautete der Übertitel zum Artikel: L'errore delle statizzazioni. Il Centro vom 24.6.62. S. 1.

<sup>374</sup> G.B.: Obertitel: Il pericolo di moda. Titel: Lo statalismo. Il Centro vom 12.8. S. 5.

<sup>375</sup> Ebd. Siehe die Erklärungen Lucifredis.

<sup>376</sup> Cerreti, A.: Immobilismo nella riforma scolastica: Dal 'piano' allo 'stralcio'. In: Il Centro vom 8.7.62.

<sup>377</sup> Titelseite des Centro vom 8.7.62: „Aumenta la pressione comunista nel Parlamento e nel Paese.“ Anlässlich der Wahl in Sizilien stellte Il Centro fest: „L'elettorato ha favorito il PLI e PSDI.“

<sup>378</sup> Siehe den Titel des Il Centro vom 14.10.62: „L'errore di fondo – Nenni non si impegna a non collaborare con i comunisti nelle Regioni. Inconsistenti accuse contro il centrismo.“

<sup>379</sup> Siehe die Beilage zum „Centrismo Popolare“ Nr. 7 von 1962. In: ALS, Fondo Scelba. Busta 168, fasc. 1701.

Zugeständnisse leisten könne. Gegen de Gaulles Atombestrebungen, sicherlich das Hauptproblem, könne nur eine *potenza atomica europea* helfen, zumal hiermit das Gesetz MacMahon der USA ausgehebelt werden könne, das die Proliferation allein auf Großbritannien beschränkt habe und finanzielle Gründe hierfür sprächen. Schlussendlich gab Vedovato noch einen methodischen Ratschlag: *Ma per chi ha veramente a cuore le sorti dell'Europa occorre pensarvi: pensarvi molto e parlare poco*.<sup>380</sup>

Trotz dieses Ratschlages wurde die Europapolitik im *Il Centro* diskutiert. So berichtete nicht nur Falchetti über den Besuch de Gaulles in Berlin und strich die Bedeutung der deutsch-französischen Aussöhnung für die europäische Einigung heraus. Vorwürfe, wonach Frankreich oder Deutschland die „*leadership*“ der USA in Frage stellen würden, wurden negiert. Stattdessen forderten sie zu Recht, dass *l'Europa avrà la sua parola da dire da pari a pari con il massimo alleato circa la direzione degli affari mondiali*.<sup>381</sup>

Mit Nachdruck wollte man die politische neben einer wirtschaftlichen europäischen Einigung verfolgt wissen.<sup>382</sup> Auf zwischenkontinentaler Ebene müsse ein Gleichgewicht wieder hergestellt werden – mit der Perspektive, dass Europa wieder ein „*protagonista della politica mondiale*“ werden könne.<sup>383</sup> Angesichts dessen war die Kubakrise ein untrügliches Zeichen. Folglich erschien ein Artikel Scalfaros am 11.11.1962 auf der Titelseite mit dem Titel: *Il dovere di votare per la DC unico baluardo della democrazia contro il comunismo*.<sup>384</sup> Nach der *centristi*-Perspektive war dies ein notwendiger Hinweis, verspielten doch Nenni und die PSI den Atlantismus an einen ungewissen Neutralismus.<sup>385</sup>

Während der britische Beitritt von der italienischen Regierung in der zweiten Jahreshälfte durch unterschiedliche Vermittlungsbemühungen unterstützt wurde sah man die zunehmende Anlehnung der Bundesrepublik an Frankreich mit Skepsis. So berichtete der französische Botschafter in Rom an den *Quai d'Orsay* am 28.9.1962 von der Furcht der italienischen Regierung anlässlich des Bekanntwerden der Bemühungen um den deutsch-französischen Vertrages vor einer „Achse Paris-Bonn“, die einerseits die anderen Mitglieder der Gemeinschaften hegemonialisieren und vor vollendete Tatsachen stellen könne, andererseits die Gemeinschaften entwerten könne. Ferner werde die Vereinbarung als Versuch aufgefasst, Großbritannien aus dem Gemeinsamen Markt herauszuhalten.<sup>386</sup> Wie eng die Bemühungen Großbritanniens und der italienischen Regierung in dieser Phase waren, zeigt die genaue Unterrichtung der jeweiligen Schritte des anderen gegenüber der Bundesrepublik und Frankreich und dem Versuch zum Beispiel der italienischen Diplomatie, in der Bundesre-

<sup>380</sup> Vedovato, Giuseppe: Londra alle Porte del MEC. *Il Centro* vom 12.8.1962. S. 4.

<sup>381</sup> Falchetti, Carlo: De Gaulle a Berlino. Ebd. S. 4.

<sup>382</sup> So Scelba am 24.11.1962 vor der parlamentarischen Versammlung des Europarates. Die Rede wurde am 2.12.1962 im *Il Centro* unter der Überschrift abgedruckt: *Unità economica e unità politica*.

<sup>383</sup> Malvestiti, Piero: Comunità europea e sopranazionalità. *Il Centro* vom 16.9.1962. S. 5.

<sup>384</sup> Scalfaro, Oscar Luigi: Il dovere di votare per la DC unico baluardo della democrazia contro il comunismo. *Il Centro* vom 11.11.1962. S. 1.

<sup>385</sup> Gonella, Guido: Neutralismo e atlantismo. Ebd. S. 1 f.

<sup>386</sup> Der Brief des französischen Botschafters in Rom an den französischen Außenminister und die Zusammenfassung der Lage durch die britische Botschaft in Rom für den Lordsiegelberater sind abgedruckt in: Balini, Varsori, *L'Italia e l'Europa*, 2. S. 540 f. und 541 f.

publik vor allem die Atlantiker zum Handeln zu bewegen<sup>387</sup> Je mehr sich eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich anbahnte, umso eher tendierte Fanfani dazu, den britischen Beitritt zu unterstützen, wobei er mit Colombo und dem Außenminister Piccioni innerparteiliche Zweifler an dieser Strategie eines schnellen Beitritts Großbritanniens hatte, wie der britische Botschafter im Dezember 1962 zu berichten wusste.<sup>388</sup> La Malfa wies gegenüber Fanfani daraufhin, dass die europäische Einigung auch einen demokratischen Wert gegen die autoritären Bestrebungen in Deutschland und Frankreich habe. Diese Einschätzung werde wohl auch von Moro, Nenni und Saragat geteilt.<sup>389</sup> Auch Moro bekannte sich eindeutig zum britischen Beitritt.<sup>390</sup>

Die europäischen Integrationsbemühungen und die Diskussion über die nächsten Schritte standen da schon längst im Schatten der Kubakrise. Fanfani hatte bereits am 23.10.1962 den USA vor der *Camera* seine Unterstützung zugesagt, auch wenn die europäischen Regierungen nur von den Entscheidungen informiert, nicht jedoch in die Entscheidungsfindung Kennedys einbezogen worden waren. Die italienische Regierung war sogar soweit, die Stationierung der amerikanischen Jupiter-Raketen in einen Kompromiss für die Entschärfung der Lage aufzugeben, zumal diese eh veraltet waren und ersetzt werden sollten.<sup>391</sup> Die Position der Regierung wurde bei der jährlichen Haushaltsdebatte vom 25.10. bis zum 31.10.1962 in der *Camera* von Teilen der Rechten, aber auch der DC als zu weich kritisiert – und dies trotz Beteuerungen der amerikanischen Administration, dass man in Italien einen treuen Verbündeten sehe.<sup>392</sup> Die Verwerfungen in der DC gingen mit Annäherungen großer Teile der DC und der PSI sowie PSDI einher. Innerhalb der PSDI saß Saragat fest im Sattel, beförderte eine mögliche Vereinigung mit der PSI und forderte weitergehende soziale und wirtschaftliche Reformen – auch, um den Kommunisten das Wasser abzugraben. Inhaltlich wollte er aktuelle wirtschaftliche Wachstumsprobleme durch eine stärkere staatliche Rolle und eine stärkere Mitbestimmung durch die Gewerkschaften lösen.<sup>393</sup> An den Beiträgen der Sozialisten konnte man die unterschiedlichen europa- und allgemeinen außenpolitischen Positionen der beiden *correnti* um Nenni und Vecchietti erkennen. Ersterer sah in dem gemeinsamen Programm der Regierung erste sozialistische Forderungen erfüllt,<sup>394</sup> während Letzterer als Vertreter des linken *corrente* ständig die Nichterfüllung der Vereinbarungen

---

<sup>387</sup> Siehe als Beispiel die Besprechung des italienischen Botschafters in London mit Heath über dessen Besprechung mit Adenauer in Cadenabbia. So soll der italienische Botschafter in Deutschland Schröder aufgefordert haben, aktiver zu werden und an den Verhandlungen in Brüssel teilzunehmen. Dieser habe geantwortet, dass die Entscheidungen nicht in seiner Hand liegen würden. In Ballini, Varsori, *L'Italia e l'Europa*, 2. S. 543.545.

<sup>388</sup> Siehe die Berichte des britischen Botschafters vom 8. und 13.12.62. In: Ballini, Varsori, *L'Italia e l'Europa*, 2. S. 549 f.

<sup>389</sup> Brief La Malfas an Fanfani vom 19.12.62. In: Ballini, Varsori, *L'Italia e l'Europa*, 2. S. 551 f.

<sup>390</sup> Siehe Moros Erklärung im „European-Atlantic Review“ vom Oktober 1962. In: ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Moro. Sc. 159, fasc. 15.

<sup>391</sup> Martelli, Fanfani. S. 391 ff.

<sup>392</sup> Ebd. S. 394 f.

<sup>393</sup> Vgl. Fornaro, Saragat. S. 260 f.

<sup>394</sup> Nenni, Pietro: Interesse europeo. *Avanti* vom 11.2.1962. S. 1.

beklagte - gerade in der Außenpolitik.<sup>395</sup> Beispielhaft seien hier einige Reden genannt. Im Vordergrund der Beratungen stand aber die aktuelle Situation in Kuba.

Nach Giacomo Bologna von der DC war die Kubakrise neben der Situation in Berlin und den sowjetisch-chinesischen Beziehungen ein Zeichen für eine Periode der Spannungen. Angesichts dieser Situation könne ein „europäischer Block“ ausgleichend wirken, wobei er Europa mit einer „geeinten supranationalen Autorität“ weiter präziserte. Es ginge um die Schaffung einer Autorität, die internationales Renommee habe und darüber hinaus mit seinem politischen und ökonomischen Gewicht den Westen stärken solle. Es solle innerhalb der atlantischen Allianz ein „effizienter Vermittler“ sein, der jedoch einig sein müsse. Dafür reiche aber nicht die ökonomische Integration, sondern es müsse auch eine politische „*federazione europea*“ her.<sup>396</sup> Dazu könnten Erweiterungen und der Assoziierungen von anderen Staaten, zusammen mit einer stärkeren wirtschaftlichen und sozialen Integration beitragen. Man müsse schnell zu einer politischen Einheit gelangen, denn „*mi sembra legittimo, anzi necessario ed utile, dubitare anche dell'asserita « irreversibilità » del processo d'integrazione europea, non soltanto politica ma anche economico-sociale. [...]*“

Neben den bereits erfolgten Bemühungen im ökonomischen und sozialen Bereich, die in einer supranationalen Exekutive fortgeführt werden sollten, müsse man in Europa zu einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik gelangen. Man könne im Grunde drei Wege einschlagen: die ökonomische Gemeinschaft, die politische Union und die Föderation, wobei der föderale Weg der richtige sei. Es sei notwendig, dass die Regierung ihre Bemühungen intensiviere und der so genannten politischen Union zustimme, selbst dann, wenn diese nur einen vorläufigen Charakter habe. Auch eine Koordinierung der Außenpolitik der sechs Staaten sei unausweichlich. Die Föderation müsse noch vor 1970 erreicht werden. Dem Ziel sei alles unterzuordnen.<sup>397</sup>

Für die Sozialisten ergriff Vecchietti das Wort. Einmal mehr zeige die aktuelle Kubakrise, welche Auswirkungen eine Politik habe, die auf die Wiederaufrüstung setze, die ein „Gleichgewicht des Schreckens“ und eine „Politik der Blöcke“ verwirkliche. Es seien vor allem die Länder der NATO, die diese Politik verfolgen würden. So sei die kubanische Revolution erst durch das Eingreifen der USA in die Arme der Sowjetunion gedrängt worden.<sup>398</sup> Die Kubakrise sei typisch für das Scheitern der westlichen Staaten in ihren Beziehungen zu den Entwicklungsländern und der falschen Bewertung des „historisch-politischen Prozesses“, denn diese Politik müsse eigentlich charakterisiert sein durch Überlegungen „*fuori della subordinazione (vecchia o nuova che sia) colonialista, fuori dello sfruttamento imperialistico.*“ Die USA handelten aber immer noch nach der Monroe-Doktrin und würden daher die Staaten in Lateinamerika unterdrücken wollen.<sup>399</sup>

Vecchietti forderte die italienische Regierung auf, durch bi- und multilaterale Verbindungen auf die USA einzuwirken. Die künstliche und brüchige Unterscheidung in einen „*atlantismo moderato ed atlantismo oltranzista*“ trage aber nicht zur Lösung der Grundprobleme bei. Zu diesem trete noch die Achse Paris-Bonn hinzu, „*che oggi non è più soltanto una*

<sup>395</sup> Siehe: Vecchietti, Tullio: Il governo nella palude. In: Mondo Nuovo vom 16.9.62 S. 3.

<sup>396</sup> Atti Parlamentari. S. 35132. Die Protokolle der Camera sind abrufbar über [www.camera.it](http://www.camera.it).

<sup>397</sup> Atti parlamentari. S. 35133 ff.

<sup>398</sup> Atti parlamentari. S. 35143.

<sup>399</sup> Ebd. S. 35144.

tendenza, non è più soltanto un atteggiamento dei « due terribili vecchi », De Gaulle e Adenauer, i due grandi ma isolati“, sondern sei eine politische und militärische Realität. Die Achse sei eine ernste und reaktionäre Gefahr, gespeist aus Übereinstimmungen in der Atom- und Berlinpolitik, die jeweils mit der Politik der *Grandeur* und des Immobilismus korrespondieren würde, was wiederum den deutschen Revanchismus stütze.<sup>400</sup> Das sei umso erstaunlicher, da sich de Gaulle doch eigentlich auf die alten Kräfte der *Résistance* verlasse. Dies sei die eigentliche Gefahr, denn die Achse versuche nicht das Europa Karl des Großen wiederherzustellen – dies sei ein Versuch des ersten Europäismus gewesen –, sondern *di fare dell'Europa occidentale una forza con un volto conservatore, che dia un'impronta sempre più reazionaria ai problemi che il mondo impone all'Europa stessa*.

Er forderte die Regierung auf, etwas gegen deutsche Atomwaffen zu unternehmen. Es reiche nicht aus, die Achse Paris-Bonn allgemein abzulehnen, denn man sei durch die EWG mit der Politik beider Staaten stark verbunden.<sup>401</sup> Ein geeintes Europa könne eine Alternative zur reaktionären Politik sein, aber nur dann, wenn es von der europäischen Arbeiterklasse getragen werde und sein Hauptziel „der Frieden in Europa und der Welt“ sei. Die „Achse Paris-Bonn“ sei hingegen eine reaktionäre Antwort auf die Probleme der Welt, *“un nuovo fascismo, diverso da quello storicamente a tutti noto, ma altrettanto infausto nella sostanza e nelle conseguenze. È il tentativo disperato di fermare il corso della storia, di impedire che il progresso civile e umano vada avanti, nella pace e nella sicurezza di tutti i popoli. È questa l'alternativa che opponiamo alla falsa prospettiva europea che oggi è legata all'asse Parigi-Bonn e domani potrebbe essere legata anche ad altre potenze; una prospettiva che potrebbe essere la più pericolosa per il progresso civile e la pace del nostro paese, dell'Europa e del mondo.”*<sup>402</sup>

Nachdem Orlandi für die PSDI den Erfolg Kennedys in der Kubakrise herausgestellt und vor allem die Bedeutung der atlantischen Allianz herausgestrichen hatte, ohne auf Europa zu sprechen zu kommen,<sup>403</sup> äußerte sich Pieraccini für die PSI ausführlich zur Kubakrise und deren Lösung. Auch er stellte die Schuld der USA an der Radikalisierung Castros fest. Kuba und Lateinamerika bedürften einer anderen Politik als der von ökonomischen Interessen getragenen, amerikanischen Politik.<sup>404</sup>

Die Krise habe die Bedeutung der Vereinten Nationen und auch der neutralen Staaten gezeigt. Angesichts immer neuer Konfliktherde in der Welt sei es die Aufgabe der italienischen Außenpolitik *„agisse con coraggio per consolidare la pace.“* Nichts würde gegen diese Aktionen sprechen, auch nicht der Atlantikpakt, wie Kuba- und Suezkrise gezeigt hätten. Während sich Vecchiotti in seinen Ausführungen über Europa vor allem auf Angriffe auf die Achse Paris-Bonn versteifte, verlegte sich Pieraccini auf weniger aggressive Bemerkungen. Er sah die europäische Zusammenarbeit als eine „demokratische, friedliche und zur Hilfe bereiten Kraft“, auch gegenüber den Ländern der Dritten Welt. Dieses heute demokratische Europa, „offen für den Sozialismus von Morgen“, stehe im Gegensatz zu dem Europa der reaktionären Achse Bonn-Paris. Die Regierung habe dem Druck der Achse

<sup>400</sup> Atti parlamentari. S. 35147 f.

<sup>401</sup> Atti parlamentari, S. 35148 f.

<sup>402</sup> Atti parlamentari. S. 35150.

<sup>403</sup> Atti parlamentari. S. 35348 ff.

<sup>404</sup> Atti parlamentari. Debatte vom 30.10.1962. S. 35352 f.

standgehalten, hätte aber die Öffentlichkeit stärker in diese Politik einbinden müssen. Einigkeit mit der DC bewies Pieraccini beim Beitritt Großbritanniens. Er sei für die wirtschaftliche Öffnung der EWG wichtig und könne die demokratischen Kräfte gegen die Achse Bonn-Paris stärken. Dabei vernehme man als Sozialist durchaus die Opposition der *Labour Party* gegen den Beitritt, aber man müsse innerhalb des gemeinsamen Marktes gegen die monopolistischen und konservativen Kräfte für die Errichtung eines „Europas offen gegenüber dem Sozialismus, basierend auf der Demokratie“ kämpfen.<sup>405</sup> Ganz im Gegensatz zu Vecchietti, der ja zum Schluss die europäische Integration in die Nähe der „Achse Paris-Bonn“ gelegt hatte und diese wiederum mit dem Faschismus in Kontakt brachte.

Die Vertreter der DC thematisierten die Folgen der Verbindungen zwischen de Gaulle und Adenauer kaum und deuteten Folgen nur an. Stattdessen betonten sie in der europäischen Frage die altbekannten Positionen: Europa als Teil der atlantischen Gemeinschaft, Befürwortung des Beitritts Großbritanniens, Ausbau und Vertiefung sowohl der europäischen Integration als auch der atlantischen Gemeinschaft. Dabei bot gerade der Beitritt Großbritanniens eine Möglichkeit der gemeinsamen Politik mit der PSI. Vecchietti beschränkte sich aber auf die Beschreibung des neuen Feindbildes de Gaulle und Adenauer in ausschweifenden Worten, während Pieraccini konkrete Vorschläge machte, wie die italienische Regierung, auch mithilfe der Europapolitik, hierauf reagieren sollte. Die Unterschiede zwischen den *correnti* trat in Parteigremien und in den einschlägigen Publikationen der *correnti* selbst noch stärker zu Tage.

Nenni stuft am 6.11.1962 angesichts der Kubakrise die Gefahr eines Atomkrieges vom 22. bis zum 29.10.1962 als so hoch ein, wie sie seit 1948 nicht mehr gewesen sei. Er forderte die USA und die Sowjetunion auf, zu einem Abkommen zu gelangen.<sup>406</sup> Doch gerade die Kubakrise ließ die Vorbehalte der Gegner eines *centro-sinistra* in der DC als notwendig und richtig erscheinen. Denn obwohl die PSI auf dem letzten *Comitato Centrale* eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten in den zu schaffenden Regionen ausschließen würde, warf die internationale Situation nach Meinung der *Segretaria politica* der DC bezüglich der Zusammenarbeit mit den Sozialisten weiterhin Fragen auf. Als Folge der Kubakrise seien die *correnti* in der PSI vollkommen auf Konfrontationskurs gegangen, weshalb sich Nenni der Loyalität des linken *corrente* nicht mehr sicher sein könne. In den Regionen, in denen die Kommunisten und der linke *corrente* in der PSI stark seien, könnte es weiterhin zu einer Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Kommunisten kommen. Doch auch innerhalb des *corrente* der *autonomisti* unter Nenni würden die Anhänger des Neutralismus an Boden gewinnen, indem sich die Anhänger Lombardis mit anti-amerikanischen Parolen gebärden. Die PCI warte aber nur auf die Gelegenheit, Druck auf die PSI in einer Regierung auszuüben. Nenni müsse nun in seiner Politik die Spaltung der PSI verhindern und somit das Zugehen auf die Positionen der anderen Parteien des *centro-sinistra* beschränken.<sup>407</sup> Die Diskussion zwischen Kritikern in der DC, den Anhängern des *centrismo popolare* um Scelba und Gonella sowie den Befürwortern der *apertura*, wurde härter. Letztere und die Sozialdemokraten um Saragat schlugen aufgrund dessen eine langsamere Anwendung des Re-

<sup>405</sup> Atti parlamentari. S. 35354 f.

<sup>406</sup> ACS. Fondo Nenni. Busta 95, fasc. 2243.

<sup>407</sup> Siehe den leider nicht unterschriebenen *Appunto* in der Parteileitung der DC vom 5.11.1962. In: ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Moro. Sc. 152, fasc. 24.

gierungsprogramms vor. In der Tat stand die Führung der PSI vor dem Problem, sich einerseits der Regierung anzunähern und andererseits mit starken Strömungen zusammenzuarbeiten, die weitaus stärker links standen als die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas. So forderte De Martino in der Kubakrise einen *onesto compromesso*.<sup>408</sup>

In der DC trafen die unterschiedlichen Meinungen auf dem *Consiglio nazionale* vom 10. und 11.11.1962 aufeinander. Taktische Überlegungen, aber auch die grundsätzliche Frage, ob bei einer Koalition mit der PSI christliche Politik noch möglich sei, standen im Mittelpunkt der Diskussion. Dabei wurden unterschiedliche Politikfelder angesprochen, wobei die Einführung der Regionen, die Nationalisierung der Energiepolitik sowie allgemein staatliche Planung in der Wirtschaft und die Agrarpolitik die Hauptrolle spielten. Die Befürworter betonten einmal mehr, dass der neue Änderungsprozess in der PSI und deren Autonomiebestreben unterstützt werden müsse. Ziel sei die Erweiterung des demokratischen Lagers und die Loslösung von der PCI.<sup>409</sup> Mahnende Worte schlug hingegen Merlin an. Er warnte, dass die Sozialisten immer Gefahr liefen, erneut mit den Kommunisten gemeinsame Sache zu machen. Man müsse gegenüber den Nenni-Sozialisten vorsichtig sein, wo doch selbst Saragat diese als „noch nicht reif für die Demokratie“ einstufte.<sup>410</sup> Bereits De Gasperi habe mit seiner Entscheidung für den Atlantikpakt verhindert, dass Italien wie Ungarn oder die Tschechoslowakei eine Kolonie der Sowjetunion geworden wäre. Während sich aber in der Kubakrise die Standhaftigkeit des Westens erneut bezahlt gemacht habe, seien die Sozialisten wieder einmal in die Rolle der Neutralität verfallen. Merlin sprach im alten Duktus des *centrismo* von „*socialcomunisti*“.<sup>411</sup> Foglich könne niemand ernsthaft über die „Schwäche“ einer eventuellen Allianz hinwegsehen, besonders bei der internationalen Politik. Gerade bei der Kubakrise sei klar geworden, dass Moskau der Kriegstreiber sei. Die von der PSI verfochtene Neutralität helfe hingegen nur Moskau und schwäche das Defensivsystem der NATO. Folglich käme nur eine externe Unterstützung durch die Sozialisten in Frage.<sup>412</sup> Auch Galloni wies auf den Stolperstein Außenpolitik hin. Zwar würden sich die Sozialisten in der Außenpolitik mittlerweile von den Kommunisten unterscheiden, doch sei deren Position noch nicht zufriedenstellend.<sup>413</sup> Palmitessa sah dies kritischer, forderte die PSI doch weiter die Äquidistanz zwischen den Blöcken. Mit der Formel Lombardis des „a-Kommunismus“ überdecke sie nur die Unfähigkeit, endlich mutige Entscheidungen zu treffen. Letztendlich blieben die Sozialisten *“ancorati ad una sostanziale unità con i comunisti sul piano sindacale e su quello amministrativo, rifiutando nei fatti l'obiettivo di fondo di una politica che ha per obiettivo l'isolamento del comunismo.”*<sup>414</sup> Für Bettiol verfolgten die

<sup>408</sup> Vgl. Scirocco, De Martino. S. 64 f.

<sup>409</sup> So Marchiani am 10.11.1962 im Anschluss an Moros einleitendes Referat. Die Protokolle befinden sich im ALS, Fondo DC. Cons. Nazionale. Sc. 45, fasc. 66, sottofasc. 1. Protokoll vom 10.11.1962. Das Protokoll vom 11.11. in Sc. 45, fasc. 66, sottofasc. 2. Das Protokoll vom 12.11. in Sc. 46, fasc. 67, sottofasc. 1. Die hier zitierte Nummerierung richtet sich nach der kompletten Nummerierung des Protokolls und nicht an der einzelnen Unternummerierung des Redners. Also bei Marchiani S. 55-57 sowie S. 59. Siehe ebenso den Beitrag von Domingo Solari. Ebd. S.134 f.

<sup>410</sup> Ebd. S. 108 f. sowie S. 111 f.

<sup>411</sup> Ebd. S. 114 f.

<sup>412</sup> Ebd. S. 115.

<sup>413</sup> Ebd. S. 176 f.

<sup>414</sup> Ebd. S. 193 f.

Sozialisten nicht nur eine vollkommen andere Politik in der Kubakrise mit ihren „*posizioni di pseudo equidistanza*“, sondern auch deren Europapolitik sei „unserer Europapolitik entgegengesetzt“. Hier bedürfe es durch die DC einer Präzisierung dieser Politik, denn auch im Osten werde dieser Begriff benutzt. Es sei klar, dass man die Politik der „Dinosaurier Europas“, Frankreichs und Deutschlands, nicht mittragen könne. Der Beitritt Englands habe nicht nur positive Folgen, denn das *Commonwealth* könne durch Indien in kriegerische Auseinandersetzungen mit China gezogen werden. Außerdem würde mit Großbritannien eine supranationale Politik und somit eine politische Einheit Europas schwierig werden. Wenn man nur eine Zollunion wollte, könne man einem Beitritt direkt zustimmen. „*Questo è un punto sul quale la discussione deve intendersi libera, perché da parte dei nostri organi e dei nostri supremi consessi, una parola definitiva non è stata finora detta.*“ Die Regierung müsse an den traditionellen Allianzen festhalten und dies auch in den Medien klarmachen, denn im Fernsehen – „*nel mondo moderno lo strumento di illuminamento delle coscienze e di orientamento dei cittadini*“ – werde die Außenpolitik nicht in der „atlantischen Klarheit“ interpretiert, sondern in einer Interpretation „*socialista a venature neutralistiche*“, was bei den Partnern Sorgen auslösen müsse.<sup>415</sup>

Der Politiker Colombo argumentierte hingegen in doppelter Weise funktionalistisch. Demnach würde ein britischer Beitritt mit der Zeit die EWG automatisch stärken. Zweitens werde die PSI nach der Bejahung der europäischen Integration auch automatisch die atlantische Politik akzeptieren.<sup>416</sup>

Grundlage der Beratungen war ein Bericht über den letzten *Comitato Centrale* der PSI vom 17.-19.10.1962, der den Rednern zur Verfügung gestellt wurde, denn fast alle Redner nahmen auf die Materialien sehr konkret Bezug.<sup>417</sup> Nenni wurde in der Zusammenfassung durch die Parteileitung sehr positiv beschrieben. Bei der Außenpolitik hielt man fest, dass sich Nenni für den Einbezug der „europäischen Gewerkschaftsbewegung“ in den Prozess der wirtschaftlichen Integration in Westeuropa eingesetzt habe. Allgemein habe er zwar eine mangelnde Aktivität von Seiten der Regierung in der Außenpolitik festgestellt, habe aber weniger zuspitzend gesprochen als die Jahre zuvor. Er habe vor allem die Regierung für ihren Widerstand gegen die Politik de Gaulles und Adenauers gelobt und sich für einen Beitritt Großbritanniens ausgesprochen. Schlussendlich habe er sich gegen eine weitere Aufrüstung sowie einseitige Lösungsversuche für die Berlinfrage gewandt.<sup>418</sup> Der Bericht enthielt insbesondere kritische Äußerungen Nennis über den Kommunismus. Es sei an den Kommunisten dafür zu sorgen, dass in Mittel-Osteuropa die Demokratie und Freiheit garantiert würden. Auch wenn es teilweise gemeinsame Ziele mit den Kommunisten gäbe, wäre eine *unità politica* mit den Kommunisten aktuell nicht möglich.<sup>419</sup>

Die positive Einstellung der Parteiadministration der DC gegenüber der PSI zeigte sich auch in einer Bewertung eines Mitarbeiters über die Wirtschaftspolitik der PSI und dessen Einbettung in die europäische Integration. Demnach war die Wirtschaftspolitik der italieni-

<sup>415</sup> Ebd. S. 273-275. Zur Werbelinie der DC und ihre Anstrengungen, das Fernsehen für den Wahlkampf zu nutzen: Gelsomini, *campagne*. S. 280 ff. Zum Fernsehen: Ebd. S. 272 ff.

<sup>416</sup> Ebd. S. 305-307.

<sup>417</sup> Diese finden sich in ALS, Fondo DC, Serie Consiglio nazionale. Sc. 46, fasc. 6, sottofasc. 5.

<sup>418</sup> Siehe den Bericht über den Vortrag Nennis. Ebd. S. 3.

<sup>419</sup> Ebd. S. 5 f.



schen Regierung im Vergleich zum übrigen Westeuropa *insufficiente*. Die PSI forderte, die monopolistischen Strukturen im europäischen Markt zu bekämpfen und sich für die unterentwickelten Länder und die Entkolonialisierung einzusetzen. Die notwendige Modernisierung und Planung der Wirtschaft könne ein Schritt auf dem italienischen Weg zum Sozialismus sein und zur *solidarietà internazionale coi lavoratori degli altri paesi* beitragen.<sup>420</sup> Während der Mitarbeiter der DC jene antikartellischen Überlegungen für folgerichtig hielt, kritisierte er die europapolitischen Vorstellungen zum Schutz der unterentwickelten Regionen. Sie würden zu einem verstärkten Protektionismus führen und die Umkehrung der bisherigen Europapolitik bedeuten. Dennoch erkannte man viele Gemeinsamkeiten. So in der Formulierung gemeinsamer langfristiger Ziele, der Ablehnung autoritärer und zentralistischer Bewirtschaftungskonzepte, dem Wunsch nach einer ausgeglichenen wirtschaftlichen Entwicklung in Europa sowie der Anerkennung zusätzlicher Aufmerksamkeit gegenüber den unterentwickelten Ländern.<sup>421</sup>

Auch der Parteitag der Sozialdemokraten im November 1962 verband Fortschritt, Europa und das *centro-sinistra* miteinander. Saragat betonte in seiner eröffnenden Rede, dass die Sozialdemokraten sich stets für die Einigung Europas einsetzen würden. Die Zusammenarbeit mit den Sozialisten sei eine Möglichkeit zur Modernisierung Italiens, wobei er etwaige Bedenken in den Hintergrund stellte. Es gebe keine politische Kraft in Italien, die die demokratisierenden und bremsenden Kräfte in der PSI so gut einschätzen könne wie die PSDI. Die Zusammenarbeit sei für den *progresso civile della nostra nazione* notwendig. Er fuhr mit Allgemeinplätzen fort, wie einem Plan für fünf Jahre, einer *precisa definizione della politica generale interna ed esterna* und der Forderung nach einer *formazione governativa ancora più organica* zusammen mit den Sozialisten. Schlussendlich ging er auf die Vereinigung mit der PSI ein, die möglich sei und auf einer breiten Zusammenarbeit unterschiedlicher Bevölkerungsschichten fußen könne.<sup>422</sup> Hiermit wurden von Saragats ehemalige Befürchtungen, besonders was die außenpolitische Zuverlässigkeit der PSI anging, kaum noch thematisiert. In der PSDI hingegen fanden sich Positionen, die auf der einen Seite von der PSI als Partei sprachen, die veralteten Positionen nachhänge und keineswegs auf dem Stand der europäischen sozialistischen Parteien sei, und dabei gegen andere Positionen standen, die Saragat aufforderten, mit der PSI doch stärker zu kooperieren und diesem Zögerlichkeit vorwarfen.<sup>423</sup> Zu ihnen gehörte Tanassi. Aufbauend auf den Erfolgen der Sozialdemokraten müsse nun die PSI eingebunden werden, um eine breite Basis für die „politische Führung durch die italienischen Arbeiter“ zu schaffen. Das *centro-sinistra* sei die Fortsetzung der Politik, die mit Spaltung des *Palazzo Barberini* begonnen habe. Dabei sprach er von einer Erfolgsgeschichte des Wiederaufbaus, die sich auch an dem internationalen Prestige festmache, das Italien genieße und das sich daran zeige, dass „selbst England“ Italien bitte, für es bei „dem schwierigen Beitritt zum geeinten Europa“ einzutreten.<sup>424</sup>

In diesem geeinten Europa fiel der Sozialdemokratie eine besondere Rolle zu. In dem Beitrag des *corrente* „*centro-sinistra*“, hauptsächlich getragen von Saragat, Tanassi, Avver-

<sup>420</sup> Der Bericht findet sich in: ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Moro. Sc. 152, fasc. 24. S. 2-5.

<sup>421</sup> Ebd. S. 9 und besonders S. 12.

<sup>422</sup> Avverardi, *i socialisti democratici*. S. 291 ff. Zitat Saragat: S. 294.

<sup>423</sup> Ebd. S. 296.

<sup>424</sup> Ausführungen Tanassis: Ebd. S. 297 f. Ausführliches Zitat S. 297, sonst S. 298.

ardi, Orlandi, Lupis und Tremelloni, war die Rede vom Fortschritt, den die Welt in den letzten Jahrzehnten getan habe und zugleich von der Unfähigkeit des Kommunismus und des Kapitalismus, die Probleme moderner Gesellschaften zu lösen. Demnach sei der *socialismo democratico* der "Dritte Weg", der "richtige" Weg, dem privaten Kapitalismus und dem "Kapitalismus des totalitären Staates" entgegenzusetzen. Dies bedürfe einer Emanzipation und der neuen Bewertung des Menschen.<sup>425</sup>

Als ein Ort jener Gegenbewegung wurde die europäische Gemeinschaft gesehen. Sie sei in den Römischen Verträgen und den Europäischen Institutionen konkret geworden und ein Beispiel für die internationale Solidarität der Völker. Man sprach sich eindeutig für den Beitritt Großbritanniens zur EWG und für die Direktwahl des Europäischen Parlaments aus. In der aktuellen Situation müssten die Verträge umgesetzt werden und das „europäische Gewissen“ bei den Arbeitern wachgehalten werden. So habe die, wenn auch beschränkte, freie Zirkulation der Arbeitskräfte die Arbeiter gestärkt. Dem müsse nun eine europäische Sozialgesetzgebung folgen. Gleichzeitig habe die Marktöffnung dazu geführt, dass die Monopole auf nationaler Ebene ihre Kraft zunehmend verlieren würden, womit die Produktionskräfte sinnvoller eingesetzt würden. Die PSDI stellte am Schluss fest, dass es Probleme auf dem Weg zur Gemeinschaft gebe, egal, ob dies nun offene oder verdeckte Versuche industrieller oder finanzieller Krise seien, die versuchten, der neuen Gemeinschaft ihren gefährlichen Neokapitalismus oder ihre Machtpolitik aufzuzwingen. Diesen Bestrebungen sollten die Arbeiter Europas zusammen mit dem britischen Beitritt entgegentreten, *nella coscienza che il progresso generale e la stessa prospettiva socialista si identificano, nell'epoca attuale, con le istanze e le realizzazioni della politica di integrazione continentale*.<sup>426</sup>

Der *corrente* „*autonomia e unità socialista*“ schlug härtere Töne an, indem er vor einer Achse Paris-Bonn und einem karolingischen Europa warnte. Gerade hierzu sei eine Zusammenarbeit mit der PSI vonnöten - auch gegen ein Europa mit Franco und Salazar und für ein Klima der Verhandlungen für die großen Themen des Ost-West-Konflikts.<sup>427</sup> Die Regierungszusammenarbeit drohte indes die DC und die PSI zu spalten.

In der DC probten die Minister der rechten *correnti* wegen der regionalen Strukturen den Aufstand. Moro ging auf die Kritik der Rechten auf dem kommenden *Consiglio nazionale* ein, indem er der PSI eine *scarsa comprensione per le esigenze dell'ordine pubblico* und *sbandamenti e dissonanze di rilievo* in der Außenpolitik vorwarf. Für eine richtige Koalition müsse sich die PSI erst noch reif genug zeigen. Dennoch trafen auf dem *Consiglio nazionale* die beiden Einschätzungen aufeinander, wonach es entweder Sinn mache, weiter ein Reformprogramm zu verfolgen oder die gegenteilige Meinung zu hören war, wonach in der PSI das demokratische Potenzial bereits erschöpft sei.<sup>428</sup> Obwohl das gemeinsame Regierungsprogramm Fanfanis wegen der stark unterschiedlichen Interpretationen des formelhaften Kompromisses vor allem in der Wirtschaftspolitik nur sehr langsam und vorsichtig um-

<sup>425</sup> Avverardi, *i socialisti democratici*. S. 299.

<sup>426</sup> Ebd. S. 301 f. Zitat: S. 302. Auch die Gewerkschafter der PSDI stellten die Bedeutung der Europäischen Gemeinschaft als historisch revolutionär und für eine fortschrittliche Politik heraus. Ebd. S. 329-338, Hier S. 334 f.

<sup>427</sup> Antrag: Ebd. S. 315-326. Zitat: S. 324 f.

<sup>428</sup> Castellani, *dal centro sinistra al delitto Moro*. S. 18 f.

gesetzt wurde, barg der neue Kurs genügend Sprengstoff für die DC und die PSI. Hinzu kam die Problematik, dass sich auf lokaler und regionaler Ebene *giunte* gegen des *centro-sinistra* bildeten – im Süden vor allem mitte-rechts geführte, im „roten Gürtel“ sozialistisch-kommunistisch geprägte Administrationen.<sup>429</sup>

In der PSI forderten die Vertreter des linken *corrente* ein Ende der gemeinsamen Regierungsarbeit, da das Programm keineswegs erfüllt werde.<sup>430</sup> Vecchietti warnte Nenni vor einer weiteren Zusammenarbeit mit der DC.<sup>431</sup> So sah man überall in Europa Anzeichen einer faschistischen Entwicklung. So wollte der *Mondo Nuovo* erfahren haben, dass das diktatorische Griechenland mit sofortiger Wirkung in die EWG aufgenommen werde, während Großbritannien (sic!), das sonst immer als imperialistisch bezeichnet wurde, außen vor bleibe.<sup>432</sup> Genau in diesen Bahnen interpretierte der linke *corrente* die Ereignisse im Januar 1963. Die Streitpunkte im westlichen Bündnis waren Ausdruck der inneren Spannungen des kapitalistischen Systems. Gegen dieses helfe nur ein wahrhaft „sozialistisches Europa“, das nur durch eine wirklich sozialistische Arbeiterbewegung in Westeuropa geschaffen werden könne.<sup>433</sup> Libertini hob dabei gemeinsame Interessen mit der Außenpolitik der Sowjetunion hervor, wobei er gar den Ribbentrop-Stalin Pakt als geeignete Maßnahme gegen den bevorstehenden deutschen Angriff auf die Sowjetunion rechtfertigte, was zum Beispiel von Lombardi verkannt werde. Es müsse eine europäische, vereinigte Arbeiterbewegung geben, die der aktuellen europäischen Integration eine *integrazione socialista* entgegensetze. Die italienischen Sozialisten seien mit ihrem neutralistischen und antiimperialistischen Erbe für diese Aufgabe besonders geeignet und müssten auch mit den katholischen Gewerkschaften eine *unità d'azione* finden. „*Se lo vogliamo, possiamo impugnare la bandiera di un'Europa unita, indipendente, pacifica e socialista. Possiamo farlo se ci lasciamo alle spalle la teoria e la pratica dello Stato guida (che è condizione della nuova solidarietà con l'URSS) e se non cadiamo nell'errore di credere che il solo riparo contro l'asse Bonn-Parigi sia proprio l'imperialismo americano nelle sue nuove forme.*“<sup>434</sup> Oder wie es in der Zeitschrift Bassos ausgedrückt wurde: „*Lavorare per un'Europa democratica e socialista significa invece difendere l'indipendenza dell'Europa contro la colonizzazione americana non in nome del nazionalismo ma in nome della costruzione di un'Europa democratica che sviluppi le sue istituzioni sulla base del suffragio universale, significa opporsi alla trasformazione della comunità economica in una semplice zona di libero scambio dominato dagli americani, salvaguardando le possibilità di una pianificazione europea che non sia diretta dai monopoli ma dalle istituzioni democratiche da costruire e dalle masse lavoratrici da unifica-*

<sup>429</sup> Colarizi, Storia dei partiti. S. 237 und S. 249.

<sup>430</sup> Valori, Dario: I socialisti devono uscire dalla palude del centrosinistra. In: *Mondo Nuovo* vom 11.11.1962. S. 3 f.

<sup>431</sup> Brief Vecchiettis an Nenni vom 21.11.1962. In: Fondazione Nenni, Briefwechsel Vecchietti-Nenni. Busta 42, fasc. 1959, Sottofasc. 1.

<sup>432</sup> Una lettera da Atene. I fascisti di Atene entrano nel MEC. *Mondo Nuovo* vom 11.11.1962. S. 5.

<sup>433</sup> So Libertini, Lucio: Cinque domande sull'imperialismo e la coesistenza. *Mondo Nuovo* vom 3.2.1963. S. 3.

<sup>434</sup> Libertini, Lucio: La crisi del MEC e la sinistra europea. *Mondo Nuovo* vom 17.2.1963. S. 6-8. Zum Ribbentrop-Stalin Pakt und auch zum Vertrag von Brest Litowsk siehe S. 7, Zitat S. 8.

re.”<sup>435</sup> Ein richtiges, sozialistisches Europa erschien dem linken *corrente* der PSI wichtiger denn je.

#### V.2.2 Wie reagiert man auf de Gaulle? – Europa zwischen den *correnti*

De Gaulles Außenpolitik der zweiten Hälfte des Jahres 1962, gegen den Beitritt Großbritanniens aus Furcht vor einem größeren amerikanischen Einfluss in Europa gerichtet, vom Misstrauen gegenüber der amerikanischen Administration um Kennedy geprägt, angespornt durch den Aufbau der *force de frappe* und gestärkt durch das Referendum zur Direktwahl im November 1962 und den immer stärker werdenden Rückhalt durch Adenauer, kulminierte nach den Vereinbarungen von Nassau in den Ereignissen des Januars 1963:<sup>436</sup> Der Verkündung seines Vetos gegen den Beitritt Großbritanniens auf einer Pressekonferenz in Paris und der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags. Der italienischen Politik blieb nur die Reaktion. In mehreren Treffen mit britischen und amerikanischen Politikern, aber auch gegenüber der französischen Regierung, betonte Fanfani seine Unterstützung für den Beitritt Großbritanniens. Die britische Regierung habe sich endgültig für einen Beitritt entschieden und daher seien die schwierigen Verhandlungen zum Abschluss zu bringen.<sup>437</sup> Die Forderungen Großbritanniens nach Ausnahmen in der EWG wogen nicht schwer genug.<sup>438</sup>

Die Haltung der italienischen Regierung blieb im Januar 1963 vorsichtig kritisch. Auch wenn das Veto de Gaulles und der deutsch-französische Vertrag nicht den Zielen und Interessen Italiens entsprach, riskierte man keinen offenen Bruch, um bisher erreichte Erfolge im Rahmen der EWG, so die Zollsenkungen und die Verhandlungen in der Agrarpolitik, nicht zu gefährden.<sup>439</sup> Mahnende Worte wie die des italienischen Botschafters in London, wonach Fanfani klar machen müsse, dass man die französische Politik nicht unterstütze, drangen in die offiziellen Äußerungen kaum durch. Falls Großbritannien nicht eintreten werde, könne man zwar die EWG nicht verlassen, müsse aber energisch auf eine politische Union hinarbeiten.<sup>440</sup> Ausdruck der verhaltenen Position und gleichzeitigen Betonung der Verbundenheit mit den USA waren auch die Artikel des *Popolo*. Nachdem man noch am

<sup>435</sup> Ohne Autor: L'Europa, gli USA e i socialisti. In: *Problemi del socialismo*. 2 (1963). S. 137-145. Zitat S. 144 f. Dass es in Wirklichkeit keine Wahl zwischen Kennedy und de Gaulle, sondern nur eine sozialistische Alternative gebe, wurde betont in Basso, Lelio: "L'alternativa a de Gaulle è la politica kennediana?" in: *Problemi del socialismo* 1 (1963). S. 60-62. Basso betonte auch, dass es eines wirklichen *centrosinistra* mit dem Einbezug der Kommunisten bedürfe und dass die DC niemals demokratisch sein könne, da sie zu stark von der katholischen Kirche abhängig sei. Siehe dessen Rede auf einer Sitzung des *comitato dirigente della sinistra* (undatiert). Archivio Lelio Basso. Fondo Basso. Serie XV, Busta 11, fasc. 54.

<sup>436</sup> Zur Literatur vgl. Anmerkung 120.

<sup>437</sup> Ballini, Varsori, *L'europeismo italiano (1958-1967)*. S. 313. Siehe zum Beispiel das Protokoll des Treffens zwischen Pompidou, Couve de Murville und Fanfani sowie des Staatssekretärs Russo vom 15.9.1962. In: Ballini, Varsori, *L'Italia e l'Europa*, 2. S. 532-540.

<sup>438</sup> Vgl. Martelli, Fanfani. S. 410 ff.

<sup>439</sup> Ballini, Varsori, *L'europeismo italiano (1958-1967)*. S. 314.

<sup>440</sup> Archivio del Senato, Fondo Fanfani. *Attività politica*. Busta 15, fasc. 5. Brief vom 8.1.1963. Es finden sich in Fanfanis Korrespondenz fast nur Briefe der italienischen Diplomaten mit solchem Inhalt und mit dieser Rhetorik. Über die Gründe lässt sich nur spekulieren. Entweder sind die Briefe anderen Tenors nicht archiviert worden, was eventuell Aussagen über den Schwerpunkt der Arbeit erlauben könnte oder aber anderslautende Aussagen sind nicht gegenüber Fanfani geäußert worden.

13.1.1963 von einer „*Fondamentale convergenza di vedute dopo i colloqui di Piccioni a Bonn*“<sup>441</sup> berichten konnte und Fanfanis Bekenntnis zur europäischen Einigung wiederholte,<sup>442</sup> sprach man nur zwei Tage später von einer schwierigen Atmosphäre in Brüssel und einer *rigida posizione* Frankreichs bezüglich der Polaris-Raketen und der EWG.<sup>443</sup> Die Vorgänge nahmen in den Artikeln eine gleichberechtigte Stellung neben der Reise Fanfanis in die USA und der Bewertung Kennedys der internationalen Situation ein.<sup>444</sup> Kennedy betonte in einem Schreiben an Fanfani vor dessen Besuch, an dessen Meinung zu den Entwicklungen in der EWG besonders interessiert zu sein.<sup>445</sup> Ein Zeichen für die enge Zusammenarbeit und den Stellenwert Italiens in der Politik des Weißen Hauses gegenüber den deutsch-französischen Bestrebungen, die vor allem auf gemeinsamen Vorstellungen in der Verteidigungspolitik und dem Aufbau der Polaris-Flotte beruhte.<sup>446</sup> Anlässlich des deutsch-französischen Vertrages stellte der *Popolo* gar die Vermittlungsversuche Adenauers zwischen de Gaulle, den übrigen fünf und Großbritannien in den Mittelpunkt seiner Berichterstattung, wobei er natürlich auf die Gefahren eines zu stark auf Deutschland und Frankreich zugeschnittenen Europa hinwies. Statt den deutsch-französischen Vertrag zu verdammen, wies man eher auf die eigene europäische Berufung hin.<sup>447</sup> Die Bedenken Großbritanniens gegenüber dem deutsch-französischen Vertrag wurden gar erst auf der letzten Seite vom 24.1.1963 erwähnt.<sup>448</sup> Die war sicherlich auch eine technische Frage, doch wurden die britischen Reaktionen am Folgetag nicht mehr auf der ersten Seite aufgegriffen. Stattdessen durfte man von der *Omaggio di Kennedy all'unità europea* und von dem weiterhin großen Interesse der britischen Wirtschaft an einem Beitritt erfahren. Entscheidender war indes der Beschluss des Kabinetts, die amerikanischen Pläne zur MLF zu befürworten, die von der DC und der PSDI im gesamten Jahr 1963 unterstützt werden sollte.<sup>449</sup> In den kommenden

<sup>441</sup> So der Titel eines Artikels im *Il Popolo* von Angelo Paoluzi. S. 1 und 7.

<sup>442</sup> Fanfani riafferma l'impegno dell'Italia per l'unità europea. *Il Popolo* vom 13.1.1963. S. 1 f. Der Artikel erschien anlässlich eines Zusammentreffens des Ministerpräsidenten mit Vertretern der europäischen parlamentarischen Versammlungen in Rom.

<sup>443</sup> Tasca, Carlo: Rigida posizione francese sui 'Polaris' e per il M.E.C. *Il Popolo* vom 15.1.1963. S. 1 und 7. Pasquarelli, Gianni: Atmosfera difficile a Bruxelles dopo le dichiarazioni di De Gaulle. *Il Popolo* vom 15.1.1963. S. 1 und 6.

<sup>444</sup> Spaccarelli, Marcello: Kennedy giudica accresciute le speranze di pace nel mondo. Siehe ebenso: L'on. Fanfani parte oggi per la visita in America. *Il Popolo* vom 15.1.1963. S. 1 und 6.

<sup>445</sup> Brief Kennedys an Fanfani vom 8.1.1963. Archivio del Senato, Fondo Fanfani. Attività politica. Busta 11, fasc. 10.2.

<sup>446</sup> Vgl. Martelli, Fanfani. S. 396 ff.

<sup>447</sup> *Il Popolo* vom 24.1.1963. Ohne angegebenen Autor: Gli accordi franco-tedeschi. S. 1 f. Tasca, Carlo: La Francia accetterebbe la proposta di Adenauer. S. 1 und 10. Il Consiglio dei Ministri conferma l'impegno europeistico dell'Italia. S. 1 und 6. Tasca, Carlo: Mediazione di Adenauer a favore dell'Inghilterra. *Il Popolo* vom 23.1.1963. S. 1 und 7.

<sup>448</sup> Colombo, Franco: Deludenti secondo Londra i colloqui franco-tedeschi. *Il Popolo* vom 24.1.1963. S. 15.

<sup>449</sup> *Popolo* vom 25.1.1963. Spaccarelli, Marcello: Omaggio di Kennedy all'unità europea. S. 1-6. Colombo, Franco: L'economia inglese punta ancora sul MEC. S. 1 und S. 6. Il Consiglio dei Ministri concorde sulla proposta per la creazione della conferenza della forza multilaterale NATO. S. 1. Siehe ebenso beispielsweise die Äußerungen Fanfanis nach dessen Ankunft aus den USA in Fiumicino vom 20.1.1963. Er berichtete von dem Wohlwollen, mit dem die Amerikaner die italienische Entwicklung beobachten würden. Leider habe er von seinem Minister Piccioni erfahren, dass einige Wolken über dem Kontinent aufge-

Wochen sollten die Bemühungen der italienischen Regierung zur Vermittlung und der Führungnahme mit Großbritannien im Mittelpunkt der Berichterstattung stehen.<sup>450</sup> In den Zeitschriften der *correnti* spiegeln sich weitaus kritischere Positionen in der DC und interner Streit im Umgang mit den internationalen Ereignissen.

So stellte die *La Discussione* fest: „*Pur di sabotare l'ingresso della Gran Bretagna nel M.E.C. nuovo colpo di testa di De Gaulle*“. Dies reihe sich in die lange Politik de Gaulles gegen die NATO und EWG ein. Mit seiner willkürlichen Interpretation der Römischen Verträge unterhöhle er diese und versuche diese Position durch die Einführung eines Veto-Rechts auch noch zu stabilisieren.<sup>451</sup> Dem stellte man die wahren und ernsthaften Bemühungen Fanfanis für ein geeintes Europa gegenüber. Dies sei ein Zeichen für die „Linearität“ der italienischen Politik.<sup>452</sup> Durch einen „*Neo-Atlantismo*“ könnten sich die „entwickelten Staaten“ zu einer Gemeinschaft entfalten, wobei die MLF Versuchungen einzelner Staaten entgegenwirke.<sup>453</sup> Diese entspreche der „*dignità adeguata*“ Europas in der NATO, das durch „unseren Europäismus“ und nicht durch den „Bonapartismus“ de Gaulles geprägt sein müsse. Er wende sich gegen neutralistische Versuchungen, zumal das deutsche Problem mit den nationalistischen Vorstellungen de Gaulles nicht gelöst werde. Die Einheit des Westens sei gegen Chruschtschow gefragt.<sup>454</sup>

Gerade jene letzte Argumentation wandte sich gegen die innerparteilichen Kritiker des *centro-sinistra* um Scelba und Andreotti. Die europapolitische Annäherung zwischen den Hauptströmungen der PSI, der PSDI und der DC wurde anlässlich der Ereignisse des Januars 1963 offensichtlich, besonders in den Tageszeitungen. Hier nun konnte sich die PSI öffentlich als eine die EWG verteidigende Partei gebärden, die in heftigen Worten die Ablehnung des Beitritts Großbritanniens zur EWG durch de Gaulle und den Abschluss des deutsch-französischen Vertrages kritisierte. So stellte der *Avanti* am 4.1.1963 fest, dass de Gaulle nicht die Polaris-Raketen und lieber sein Atomprogramm ausbauen wolle. De Gaulle wolle wohl lieber sein konservatives und reaktionäres „Kleineuropa“ ausbauen, wobei er sich zwar mit Adenauer auf einer Linie befinde, aber dennoch unklar bleibe, ob de Gaulle nicht doch den Ausgleich mit dem Osten suche. Europa diene nur seinen eigenen nationalen

---

taucht seien. „*Ma, ai pericoli che si intravedono o possono profilarsi, si rimedia rafforzando l'unità: l'unità d'Europa, senza indulgere a particolarismi che dividono: l'unità dell'Occidente, senza pregiudizio per tutti gli sforzi anche esterni, che possono venire a secondare la nostra comune opera a favore della pace.*“

Die italienisch-amerikanische Freundschaft werde immer stärker. „*Questo punto di appoggio serve a noi, serve agli Stati Uniti d'America, servirà ancora all'Europa; e faremo di tutto – questo il comune proposito del governo degli Stati Uniti e del governo italiano – affinché questo punto di appoggio serva nel mondo a tutti gli uomini e a tutti i governanti amanti della pace.*“ Archivio del Senato, Fondo Fanfani. Attività politica. Busta 16, fasc. 10.7. Zur Unterstützung durch Fanfani siehe sein Treffen vom April 1963 mit einem ranghohen amerikanischen Vertreter. Ebd. Busta 17, fasc. 18.

<sup>450</sup> La cooperazione europea ed atlantica nei colloqui di Macmillan con Fanfani. Il Popolo vom 2.2.1963. S. 1 und 6. Ebenso: Gilmozzi, Marcello: La collaborazione italo-britannica nelle prospettive dell'unità europea. Il Popolo vom 3.2.1963. S. 1 und 6.

<sup>451</sup> Gilmozzi, Marcello: Diplomazia per televisione. In: *La Discussione* vom 20.1.1963. S. 1 und 10 f.

<sup>452</sup> Ebd. S.11 sowie Gilmozzi, Marcello: Significato del viaggio di Fanfani. *La Discussione* vom 27.1.1963. S. 3.

<sup>453</sup> Ebd.

<sup>454</sup> Pedini, Mario: La crisi della formula comunitaria. Untertitel: Oggi finalmente, in Italia e fuori, si comprendono i pericoli di un futuro nel quale non ci sia l'Europa come unità politica. Ebd. S. 13 f.

Ansprüchen und werde instrumentalisiert, wogegen Italien opponieren müsse.<sup>455</sup> Zufrieden stellte Fanfani am 26.1.1963 in seinem Tagebuch fest, dass die PSI im Vergleich zum März zuvor angesichts der Zustimmung zu den Polaris-Raketen und der MLF atlantischer denn je sei.<sup>456</sup> Grund konnte ein Vergleich der Redebeiträge Togliattis und Nennis in der Ratifizierungsdebatte zur MLF gewesen sein. Nach Togliatti hatte Fanfani versagt, war er doch nicht in der Lage gewesen, die Achse Paris-Bonn zu verhindern und sei einfach nach Washington gereist. Wie distanzierend klangen da die Aussagen Nennis. Demnach hatte der Regierungschef gerade durch die Reise nach Washington seine Ablehnung der Politik Frankreichs klar gemacht. Gegen die *“asse Parigi-Bonn, contro cioè quello che oggi è il pericolo maggiore di disintegrazione dei pochi e a volte maldestri passi fatti verso l’unione europea, contro le risorgenti posizioni di arroganza militaristica e di allargamento dell’area degli armamenti atomici; sono posizioni comuni a quanti, partendo da punti diversi, avvertono quanto grave sia la situazione creata in Europa. E che viaggio a Washington possa oggi assumere un tale significato dimostra come la capitale degli Stati Uniti non sia più la principale mecca dell’oltranzismo atlantico e bellico come lo è stata per tanti anni. L’oltranzismo ha cambiato sede e fa più rumore in Europa che in America.”*<sup>457</sup>

Fast im gleichen Duktus kritisierte die sozialdemokratische *La Giustizia* die Vorgänge von Paris. Sie sprach von Pariser „Sabotage“,<sup>458</sup> wobei Saragat warnte, eine Achse „Rom-London“, wie sie La Malfa formuliert hatte, gegen die deutsch-französischen Bestrebungen zu stellen, obwohl auch Saragat die Bedeutung eines britischen Beitritts zur EWG und die Verbindung Europas mit der atlantischen Gemeinschaft herausstellte.<sup>459</sup> De Gaulle gefährde mit seinen Forderungen den Westen und drohe, ein autoritäres Regime zu errichten.<sup>460</sup> Dem Fehler de Gaulles wurde die Reise Fanfanis und dessen Bemühungen gegenüber gestellt.<sup>461</sup> Nach der PSDI bewegte sich die „europäische Rechte“ wie ein Elefant, indem die „Achse Paris-Bonn“ durch einen Vertrag geschlossen worden sei. Dies zeige einmal mehr, dass für die Rechte der „atlantismo“ nur rein instrumentellen Charakter, nicht jedoch strukturelle Ziele wie die weltweite Durchsetzung der Demokratie habe.<sup>462</sup>

In der *La Giustizia* wurden die Bemühungen Erhards gelobt.<sup>463</sup> Bei letzterem ließ dessen Eintreten für den Beitritt Großbritanniens gar die Kritik verblassen, die dieser eigentlich durch seine Wirtschaftspolitik auf sich gezogen hätte, da er das Eingreifen des Staates voll-

<sup>455</sup> Avanti vom 4.1.1963. S. 1. Siehe die Artikel „De Gaulle: non voglio i “Polaris”“ sowie den Kommentar „Il compito per l’Europa“.

<sup>456</sup> Zitiert bei Martelli, Fanfani. S. 441.

<sup>457</sup> Nenni vor der *Camera* vom 25.1.1963. Atti parlamentari. S. 37186. Martelli, Fanfani. S. 405 f.

<sup>458</sup> *La Giustizia* vom 12.1.1963. S. 6. „Il ‘sabotaggio’ europeo di Parigi fa perdere la calma a Londra“. Siehe ebenso die Titelseite vom 15.1.1963. „De Gaulle sabota NATO ed Europa“.

<sup>459</sup> Saragat, Giuseppe: La situazione politica interna ed esterna. In: *La Giustizia* vom 13.1.1963. S. 1.

<sup>460</sup> M.R.: Una minaccia per l’Occidente. *La Giustizia* vom 15.1.1963.

<sup>461</sup> Saragat, Giuseppe: Il viaggio di Fanfani e l’errore di De Gaulle. In: *La Giustizia* vom 19.1.1963.

<sup>462</sup> Sforza, M. Cesarini: „L’atlantismo’ delle destre“. *La Giustizia* vom 22.1.1963.

<sup>463</sup> Erhards Rolle wird gerade gegenüber der Kritik, die man an Adenauer übte, deutlich. Siehe die Ausgabe der *Giustizia* vom 24.1.1963: „Adenauer esalta l’asse che l’Europa condanna“. Auf der gleichen Seite findet sich ein Artikel zu „Erhard andrà Bruxelles per sostenere gli inglesi“ und dessen Bemühungen für einen britischen Beitritt. Ebd. S. 1 f. und S.6.

kommen ablehnte.<sup>464</sup> Sowohl UIL als auch PSDI lobten den Willen der britischen Regierung, auch weiterhin beitreten zu wollen.<sup>465</sup> Die SPD wurde für ihre Haltung hervorgehoben, während die „europäische Berufung“ Adenauers nicht mehr überzeugte.<sup>466</sup> Die Kritik an der „Achse Paris-Bonn“ unterschied sich bei der PSDI kaum von der weiter links, im Grunde zwischen PSI und PSDI und auf einer Vereinigung der beiden Parteien hinarbeitenden und stehenden Zeitschriften *Critica Sociale* und *Iniziativa Europa*.<sup>467</sup> Die *Iniziativa* um Mario Zagari und Paolo Vittorelli wurde mehrheitlich von Politikern und Sympathisanten der PSI getragen. Natürlich forderte sie eine geplante europäische Wirtschaftspolitik bei gleichzeitiger Kritik de Gaulles. Nun erschien die PSI als Retter der wahrhaft europäischen Idee,<sup>468</sup> gegen die Bestrebungen des „Anti-Europa“,<sup>469</sup> dem auch Scelba anhängte.<sup>470</sup> Die *La Giustizia* stellte nur stärker den Zusammenhang mit der atlantischen Gemeinschaft her.<sup>471</sup> In der Negation der deutsch-französischen Politik und auch in der Wortwahl unterschied man sich kaum, wenn man die klassenkämpferischen Äußerungen des *Mondo Nuovo* außer Acht lässt, der sich in seiner Generalkritik bestätigt sah.<sup>472</sup>

In der PSI wurde dennoch angesichts des Wahlkampfes für die Wahlen 1963 Trennendes herausgestrichen. So stellte Luciano Paolicchi im *Mondo Operaio* im Januar fest, dass die Zurückweisung der Einrichtung der Regionen durch die DC rein wahltaktische Gründe habe. Moros Wahlkampfreden sei voll von Begriffen des *centrismo* gewesen, der „polemica anticomunista e della fedeltà atlantica“. Der Sieg dieser Kräfte in der DC bezeuge, dass die Kräfte innerhalb der DC gegen die Modernisierung, gegen die Zusammenarbeit von Sozialisten und Katholiken und für eine Interpretation des *centro-sinistra* als Umsetzung des Neokapitalismus noch besonders stark seien. Die *Dorotei* (also die Anhänger Moros und Fanfanis, P.B.) müssten sich stärker gegen diese wehren.<sup>473</sup> Trotz der inneren Zustände der DC sah der Autor positive Resultate des *centro-sinistra*. Auch in der neuen Legislatur sei ein *centro-sinistra* wichtig. Doch auch die internationale Politik begünstige die Koalition.

<sup>464</sup> Zur „Programmazione economica“ siehe zum Beispiel Tamburrano, Giuseppe: Programmazione e sindacati (I). In: *Critica Sociale* vom 5.2.1963. S. 65-67.

<sup>465</sup> Londra non volterà le spalle all'Europa. *La Giustizia* vom 31.1.1963. Appello della UIL all'unità europea. Ebd. S. 1.

<sup>466</sup> I socialdemocratici tedeschi contro il Patto Parigi-Bonn. Obertitel: La „vocazione europea“ di Adenauer non convince. *La Giustizia* vom 1.2.1963. S. 1.

<sup>467</sup> Siehe zum Beispiel die Ausgabe der *Critica Sociale* vom 20.1.1963. Hier: Vasconi, Luciano: I siluri di De Gaulle. S. 39. Ebenso: Grimaldi, U.A.: L'Europa delle patrie e l'Europa dei Popoli, in: *Critica Sociale*. 4 (1963). S. 114 f.

<sup>468</sup> Vgl. das Editorial der *Iniziativa Europea* 45-46 (1962): La Politica Socialista nella Comunità Economica Europea. Das Editorial der Nr. 48 (1963) „Il programma di politica estera del P.S.I.“ weist eindeutig auf die Rolle der europäischen Einigung bei der Überwindung der Blockpolitik hin. Zur Wirtschaftspolitik: Solari, Leo: Impresa pubblica e politica economica comunitaria. *Iniziativa Europa* 44. S. 27-30. Zur Europapolitik gegen de Gaulle siehe: Vittorelli, Paolo: Rifare l'Europa. *Iniziativa Europea* 48. S. 4-9. Ebenso abgedruckt im *Avanti* vom 1.3.1963. S. 7.

<sup>469</sup> G., F.: L'anti-Europa. Kommentar im *Avanti* vom 30.1.1963. S. 1.

<sup>470</sup> L'Europa di Scelba. *Avanti* vom 31.1.1963. S. 1.

<sup>471</sup> Fanfani e Mac Millan ribadiscono l'impegno europeo ed atlantico. *La Giustizia* vom 2.2.1963.

<sup>472</sup> Vgl. Libertini, Lucio: Cinque domande sull'imperialismo e la coesistenza. In: *Mondo Nuovo* vom 3.2.1963. S. 3.

<sup>473</sup> Paolicchi, Luciano: Centro-sinistra e dc: oggi e domani. *Mondo Operaio* 1 (1963). S. 1-6.



„*La trattativa sul disarmo, le modificazioni della strategia militare che eliminano la necessità per i blocchi, di basi militari, la stessa crisi europea che dà all'Italia, con questo governo, un ruolo di opposizione all'asse franco-tedesco, tutto dà prospettiva per una politica estera italiana che se non permette la coincidenza delle posizioni ideologiche di politica internazionale dei socialisti e degli altri partiti di governo, permette almeno una presenza nella politica atlantica, e forse anche nella ricerca dell'accordo tra est e ovest, che noi socialisti possiamo approvare.*“<sup>474</sup> Eine Mitarbeit in der zukünftigen Regierung sei notwendig, um eine gemeinsame Europapolitik gegen die „Achse Paris-Bonn“ zu verteidigen, denn diese sei für die Römischen Verträge schädlich und sei Ausdruck der Hilfe de Gaulles für die Rechte in Deutschland.<sup>475</sup> Auch im *Mondo Operaio* wurde die Gefahr von rechts mit dem Einbezug Francos beschworen,<sup>476</sup> gegen das eben nur die Wiedererrichtung Europas helfen würde,<sup>477</sup> wiederum im Gegensatz zum „*L'Europa delle patrie sovrane e della censura*“.<sup>478</sup> Da war es kein Wunder, dass insbesondere die Europavorstellungen Scelbas kritisiert wurden. So erschien im *Avanti* vom 13.3.1963 eine Karikatur, in der Scelba und Malagodi übereinander getürmt vor einem Spiegel standen und das Spiegelbild de Gaulle selbst war.<sup>479</sup>

Dieser europapolitische Gleichklang in der Kritik der Politik de Gaulles wurde somit zu einem Thema, in dem Kompromisse trotz Wahlkampfs möglich waren. Dies ist umso erstaunlicher, als es im Frühjahr 1963 zu einer Verschärfung des Tons zwischen der PSI und der DC kam. Die PSI hatte in der Sitzung des *Comitato Centrale* vom 11.-13.1.1963 eine „*inadempienza programmatica della DC*“ festgestellt, woraufhin der christdemokratische Parteivorstand bemerkte, dass sich die PSI schlichtweg nicht engagiert habe. Aufgrund der Kritik von außen ging die DC halbwegs geschlossen in die Wahl, wobei im Wahlprogramm die üblichen Programmpunkte des *centro-sinistra* wiederholt wurden: eine geplante Wirtschaftspolitik, eine gezielte Politik für den *Mezzogiorno*, die schrittweise und behutsame Anwendung neuer Reformen unter Berücksichtigung der Verfassung. Hierfür sei aber eine breite demokratische Mehrheit vonnöten, eine „*maggioranza democratica organica capace di sostenere il peso e di garantire il valore costruttivo ed unitario della grande riforma.*“ Diese Einheit konnte dennoch nicht darüber hinweg täuschen, dass die Erfahrung des *centro-sinistra* in den unterschiedlichen *correnti* auch verschieden eingeschätzt wurde.<sup>480</sup>

Gerade in der Europapolitik schien es, als ob die tragenden Kräfte des *centro-sinistra* nun einander näher standen als die *correnti* der DC. Während manche Kritik in der *La Discussione* der *Dorotei* an der deutsch-französischen Politik scharf ausfiel<sup>481</sup> und die Politik Fan-

<sup>474</sup> Ebd. S. 5.

<sup>475</sup> Vittorelli, Paolo: L'asse Parigi-Bonn. *Mondo Operaio* 1 (1963). S. 10 f.

<sup>476</sup> Vittorelli, Paolo: Gli accordi franco-spagnoli. *Mondo Operaio* 1 (1963). S. 11 f.

<sup>477</sup> Ders.: Rifare l'Europa. *Mondo Operaio* 1 (1963). S. 13-20, also derselbe Artikel wie in der *Iniziativa Europea*.

<sup>478</sup> Eben jenes wurde von Pio Baldelli beschrieben. Baldelli, Pio: L'Europa delle patrie sovrane e della censura. S. 32-35.

<sup>479</sup> *Avanti* vom 13.3.63. S. 1.

<sup>480</sup> Castellani, dal centro sinistra al delitto Moro. S. 19.

<sup>481</sup> Gilmozzi, Marcello: Diplomazia per televisione. *La Discussione* vom 20.1.1963. S. 1 und 10 f. Gilmozzi spricht von Vorurteilen de Gaulles gegenüber Großbritannien. Siehe ebenso das Interview Fabrizio Schneiders in der Ausgabe vom 27.1. mit dem Minister Colombo, das bereits auf der Titelseite mit der

fanis im Schulterschluss mit Kennedy dargestellt wurde,<sup>482</sup> sahen Vertreter rechter *correnti* wie die der *La Concretezza* Andreottis und des *Il Centro* Scelbas kaum Probleme bei den deutsch-französischen Vereinbarungen. Sie wurden in eine Linie der deutsch-französischen Aussöhnung gestellt. Die Entscheidungen de Gaulles wurden zwar nicht begrüßt, gefährdeten aber die atlantische Partnerschaft nicht besonders.<sup>483</sup> Stattdessen erschienen Vorschläge wie die La Malfas als wirklich gefährlich, gefährdeten sie doch die klare Linie der italienischen Außenpolitik und seien allein aus innenpolitischen Gründen motiviert. Und hier war das eigentliche Problem gegeben, schien doch die internationale Empörung einfachen parteipolitischen Reflexen zu folgen, war die Kritik an de Gaulle und Adenauer nichts anderes als die gewollte Reaktion der Sozialistischen Internationalen. Innenpolitisch kompromittierte die PSI „unsere[n] Außenpolitik“, im Besonderen den Europäismus.<sup>484</sup> „*Il neofusionismo di Nenni è basato sull'identità di vedute con il possibilismo comunista*“.<sup>485</sup>

Im *Il Centro* trafen die unterschiedlichen Interpretationen verschiedener DC-Politiker aufeinander. So griff Malfatti Scelba mit der Bemerkung an, dass es nicht darum gehe, für oder gegen die Politik de Gaulles zu sein, sondern dazu beizutragen, die politische Einheit Europas zu befördern. Scelba schweige zur Politik de Gaulles, obwohl dieser mit seinen „europäischen Gedanken“ und dem deutsch-französischen Vertrag dem Europäismus schade. Malfatti machte ähnlich wie Gonella bei der PSI nun bei Scelba innenpolitische Gründe aus, die ihn zum Schweigen gegenüber der Politik de Gaulles bewegten. „*Per una polemica di politica interna*“ äußere sich Scelba nicht zu der Politik, die die italienische Politik der letzten 15 Jahre konterkariere. De Gaulles Anti-Kennedy Politik der nuklearen Bewaffnung, sein Veto gegenüber einem britischen Beitritt, was die europäische Sichtweise und die Ziele der europäischen Einigung verletze, seine Vorstellung eines alternativen Europas gegenüber den USA. Seine Avancen gegenüber dem Osten und die Schwächung des Westens würden von Scelba nur deswegen unkommentiert bleiben, weil er sich einzig im Kampf gegen das *centro-sinistra* befinde.<sup>486</sup>

Scelba antwortete in der gleichen Ausgabe. Demnach waren die Behauptungen Malfattis absurd, denn es könne doch nicht sein, dass Adenauer und die übrigen Christdemokraten „Antiamerikaner, Antiatlantiker und *filosovietici*“ seien. Es sei doch nicht logisch, dass auf einmal die alte Politik der Allianzen betrieben werde, um eine deutsch-französische Suprematie in Europa und der Welt anzustreben. De Gaulle und Adenauer wüssten sehr wohl um

---

Aussage angekündigt wurde: „Intervista con Colombo: niente giustificerebbe una rottura a Bruxelles“. Das Interview selbst: Ebd. S. 12 f.

<sup>482</sup> Augenscheinliches Zeichen hierfür war das Titelbild der *La Discussione* vom 27.1.1963, das Fanfani neben Kennedy bei dessen Besuch in den USA zeigte. Die *La Discussione* betonte die Vermittlungsversuche der italienischen Regierung und die Unterstützung der britischen Regierung. Siehe die Ausgabe vom 10.2.1963. Artikel von Gilmozzi, Marcello: Il rinnovato ruolo dell'Italia nella futura evoluzione europea. Obertitel: Rinsaldata la collaborazione tra l'Italia e Gran Bretagna dopo la visita a Roma del Premier Macmillan e Lord Heath. S. 5.

<sup>483</sup> Siehe den Artikel von Conti, Franco: Dopo la presa di posizione del Generale De Gaulle. In: *Il Centro* vom 20.1.1963. S. 2.

<sup>484</sup> Gonella, Guido: Giro di valzer. In: *Il Centro* vom 13.1.1963. S. 1 f.

<sup>485</sup> So der Leitartikel von B. S. vom 3.2.63. *Il Centro* vom 3.2.1963. S. 1 f.

<sup>486</sup> Malfatti, Franco: Non si tratta di essere pro o contro De Gaulle ma di far progredire l'unità politica dell'Europa. In: *Il Centro* vom 3.2.1963.

die Bedeutung der USA und der NATO für die Berlinfrage und die Einheit Deutschlands. Es sei daher abenteuerlich, Frankreich durch die USA und die NATO zu etwas zwingen zu wollen. Der französische General habe darüber hinaus gerade in der Außenpolitik, zum Beispiel in der Frage der Unabhängigkeit Algeriens, immer wieder Weitsicht bewiesen. So verhalte sich de Gaulle auch keineswegs uneuropäisch. Es sei ein Trugschluss, den deutsch-französischen Vertrag und die Absage an einen britischen Beitritt zusammen als antieuropäische Aktionen aufzufassen. Es sei doch gerade de Gaulle gewesen, der die Schaffung einer politischen Union vorgeschlagen habe. Der Weg dorthin sei nun mal durch die Verträge nicht vorgezeichnet, so dass dessen Vorschläge zumindest einen Anfang darstellen würden. Eine politische Föderation sei momentan noch nicht möglich und mit einem beigetretenen England schon gar nicht. Scelba wandte das Argument Malfattis, wonach die Innenpolitik die Außenpolitik unberechtigterweise bestimme, auf die Befürworter des *centro-sinistra* selbst an. Demnach schien ein Europa mit England sozialistischer zu werden und könne somit die DC schwächen. Adenauer für dessen Standhaftigkeit gar als rückständig zu bezeichnen sei polemisch. Nun könne zwar der *centro-sinistra* nichts für die aktuellen Probleme in Europa, doch gebe dieser ein schlechtes Bild ab. Statt den Pariser Vertrag zu verurteilen gelte es, diesen für die europäische Einigung zu nutzen. Es gehe nicht darum, für oder gegen de Gaulle zu sein, sondern die politische Einheit voran zu treiben.<sup>487</sup> Dass dies möglich war, versuchte Scelba eine Woche später deutlich zu machen, indem er die Einigkeit des Westens beschwor, womit die europäische Einigung gefördert werden solle. Für diese Einigkeit müsse Rom seine Beziehungen zu Frankreich verbessern, denn immer wenn die Beziehungen zu Paris schlecht gewesen seien, sei die europäische Integration in schwieriges Fahrwasser geraten.<sup>488</sup> Italien müsse weiter Vermittlungsvorschläge machen, um die europäische Stimme „*in seno all'atlantismo*“ stärker werden zu lassen.<sup>489</sup> Dazu bedurfte es institutioneller Veränderungen wie der Einrichtung eines permanenten „Hohen Rates“ in der NATO und einer atlantischen Wirtschaftsgemeinschaft.<sup>490</sup> Ab März dominierten wieder die innenpolitischen Themen angesichts des Wahlkampfes. Außenpolitische Bemerkungen beschränkten sich auf allgemeine Forderungen. Scelba forderte die „bedingungslose Treue“ zum Atlantismus durch die neue Regierung, „*il ripudio di ogni forma di neutralismo, l'unificazione politica dell'Europa, il rispetto dell'iniziativa privata, anche nel campo economico – l'opposizione dichiarata a ulteriori nazionalizzazioni – i temi oggi più dibattuti - ci dicono che gli indirizzi che ispirarono l'azione politica di ieri rimangono validi per il futuro.*“<sup>491</sup>

Die italienische Regierung trat weiterhin für den Beitritt Großbritanniens ein. So wurde Fanfani von Kennedy und von dem amerikanischen Außenminister Rusk ermuntert, dass

<sup>487</sup> Ebd. S. 1f. Mit Artikeln wie „La funzione della Germania Occidentale nell'ambito del mondo libero“ von Mario Federici versuchte der *Il Centro* eine Gegenmeinung zu Behauptungen aufzubauen, wonach die Politik Adenauers überholt sei und die Bundesrepublik Gefahr laufe, autoritärer regiert zu werden. Siehe *Il Centro* vom 21.4.1963.

<sup>488</sup> Scelba, Mario: Più luce su l'Europa. In: *Il Centro* vom 10.2.1963. S. 1.

<sup>489</sup> Gonella, Guido: Resistere per progredire. *Il Centro* vom 17.2.1963. S. 1. Siehe ebenso Montanari, Mario: *Il „Trade Expansion Act“ e l'apertura verso l'interlocutore europeo.* *Il Centro* vom 21.4.1963. S. 6.

<sup>490</sup> Mario, Montanari: Lavorare per l'Europa e per l'Occidente. Ebd. S. 3.

<sup>491</sup> So Scelba in Wahlkampfreden in Mailand und Genua. *Il Centro* vom 7.4.1963. S. 1.

Italien zur Einigung des Westens nun eine historische Rolle spielen könne. Fanfani machte auf seiner USA-Reise klar, dass de Gaulles Pressekonferenz gar seine schlimmsten Vorstellungen übertroffen habe. Kennedy und Fanfani betonten, trotz eventueller wirtschaftlicher Nachteile für einen britischen Beitritt zur EWG zu sein.<sup>492</sup>

Großbritannien versuchte auf Italien einzuwirken. Es kam zu schnellen Staatsbesuchen von Macmillan und Lordsiegelbewahrer Heath in Italien. Macmillan und Fanfani waren sich sicher, dass politische Gründe, wie der Streit um die MLF und das Nassau-Abkommen, für die Ablehnung des britischen Beitrittsesuches von Seiten de Gaulles ausschlaggebend gewesen seien. Dabei sei doch gerade die Einheit der NATO angesichts der aktuellen Bedrohungen umso wichtiger.<sup>493</sup> Neben den Vermittlungsbemühungen galt Rom als der Vertreter supranationaler Einrichtungen. Es war daher kein Wunder, dass Hallstein seine Besuche in den sechs Hauptstädten nach dem Scheitern der Beitrittsverhandlungen Großbritanniens hier begann.<sup>494</sup> Fanfani erklärte gegenüber dem Kommissionspräsidenten, dass einzig der britische Beitritt der EWG aus der durch Frankreich verfahrenen Situation helfen könne.<sup>495</sup> Unterstützt von einer Lagebeurteilung der italienischen Botschaft in Paris, die de Gaulles Politik mit Großmachtstreben beschrieb, das sich in keiner Weise um die Belange der anderen europäischen Mächte schere und kaum auf Widerstand bei Adenauer und den skandinavischen Regierungen treffe, sollte eine härtere Gangart gegenüber Frankreich gewählt werden. Die italienische Regierung verweigerte die Unterschrift unter das Assoziationsabkommen mit den Überseeischen Gebieten. In einem Bericht aus dem Frühjahr 63 wurde festgestellt, dass dieser „*tono deciso*“ Eindruck hinterließ. „*Per la prima volta forse da alcuni anni il Generale realizza che sul piano europeo egli deve tenere presente anche la nostra volontà e le nostre esigenze e rendersi conto che un certo modo di procedere non può essere accettato da tutti.*“<sup>496</sup> Die Ablehnung des Assoziierungsabkommens wurde gar von der PSI als gerecht aufgefasst,<sup>497</sup> obwohl sich gerade die Sozialisten die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern auf die Fahnen schrieben. Eine Inkonsistenz, die auch Fanfani einging, indem er im Wahlkampf wiederholt betonte, dass die Assoziierung der Staaten notwendig sei.<sup>498</sup> Die italienische Regierung versuchte insbesondere die WEU als

<sup>492</sup> Siehe eine Zusammenfassung des Treffens Fanfanis mit Rusk vom 16.1.1963 und dem Treffen Fanfanis mit Kennedy vom 17.1.1963. In: Ballini, Varsori, *L'Italia e l'Europa*, 2. S. 556-558 und S. 589-561.

<sup>493</sup> Vgl. die Aufzeichnungen der Treffen in Ballini, Varsori, *L'Italia e l'Europa*, 2. S. 564-591. Siehe hier das Treffen Macmillans mit Fanfani vom 1.2.1963. Besonders: S. 566-568. Siehe ebenso Martelli, Fanfani. S. 421 ff.

<sup>494</sup> Hallstein erklärte allerdings am 11.2.1963 gegenüber Fanfani, dass er in Italien beginne, weil es scheine „*che l'Italia sia meno toccata dalle implicazioni delle vicende*“. Das Protokoll der Besprechungen vom 11.2.1963 findet sich im Archivio del Senato. Fondo Fanfani. Busta 17, fasc. 16. Hier S. 1.

<sup>495</sup> Martelli, Fanfani. S. 425. Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 240 Siehe auch den *Appunto* für den Staatssekretär im italienischen Außenministerium, Martino, vom 12.2.1963. In: Ballini, Varsori, *L'Italia e l'Europa*, 2. S. 598-600. Hier S. 599.

<sup>496</sup> Die beiden nicht unterschriebenen Lageberichte finden sich im Archivio del Senato. Fondo Fanfani. Busta 17, fasc. 16. Zitat Bericht 2, S. 1 f. Vgl. ebenso insbesondere zum Abkommen mit den afrikanischen Staaten: Martelli, Fanfani. S. 425 f.

<sup>497</sup> Vgl. die Titelseite des *Avanti* vom 27.2.1963, insbesondere auch den Kommentar „*La responsabilità della Francia.*“.

<sup>498</sup> Rede in Siena vom 20.3.1963. Archivio del Senato, Fondo Fanfani. *Attività politica*. Busta 17, fasc. 17

Ort des Dialogs zwischen der EWG und Großbritannien wieder ins Spiel zu bringen, was gegen französische Widerstände auch im Juli 1963 gelang.<sup>499</sup>

Doch schon ab Mitte Februar verdrängten innenpolitische Themen angesichts des Wahlkampfes die Europadiskussionen. Der Wahlkampf half, die jeweiligen Gräben in der PSI und der DC zu überdecken. Die Wahlprogramme der DC und der PSI stellten Kompromisse zwischen den widerstrebenden *correnti* dar. Unterschiede traten vor allem bei der Einschätzung der NATO zu Tage, die Forderungen in der Europapolitik unterschieden sich kaum. Fanfani versuchte die NATO und die akzeptierte MLF aus dem Wahlkampf heraus zu halten, weshalb er beispielsweise die Nutzung italienischer Häfen für die Schiffe mit Polaris-Raketen und die Nutzung des Kriegsschiffes Garibaldi herauszögern wollte.<sup>500</sup> Die Parteileitung um Moro versuchte, die Bildung des *centro-sinistra* als notwendige Weiterentwicklung der bisherigen christdemokratischen Politik darzustellen. Die DC habe schon immer versucht, Freiheit und soziale Gerechtigkeit in Einklang zu bringen. Das Experiment war nach Moro unvermeidlich, die vorgesehenen Schritte opportun und schließlich die Vormachtstellung der DC in der Koalition Garantie genug. Die Annäherung an die PSI und die Hoffnung, diese nun in die *area democratica* zu ziehen, wurden mit dem Antikommunismus im Wahlkampf in Einklang gebracht.<sup>501</sup> Neben dem Antikommunismus stand der wirtschaftliche Aufschwung im Zentrum des Wahlkampfes und damit das Versprechen der DC, den *miracolo economico in un miracolo sociale* zu verwandeln.<sup>502</sup>

In der DC wurde eine die *correnti* übergreifende Studienkommission gegründet, die das außenpolitische Programm der DC für das Wahlprogramm entwerfen sollte. Sie tagte am 5.2.1963 unter der Leitung Piccionis. Er sprach von einer internationalen Situation, in der die gleichberechtigten und Staaten kollaborieren müssten. Ziel sei eine Entspannung, „*anche se questa può a volte nascondere intenzioni diverse*“, wobei für eine internationale Entspannung eine „interne Entspannung“ Voraussetzung sei. Anschließend ging man auf die unterschiedlichen Bereiche der Außenpolitik ein. Die atlantische Allianz müsse in der Wahlkampagne herausgestrichen werden. Hier sprach man sich für die MLF aus, die die „*validità difensiva della NATO*“ garantiere und darüber hinaus dafür Sorge, dass die Verbreitung der Atomwaffen verhindert werde. Als zweite Säule sprach man den Europäismus an, „*inteso come integrazione economica e politica*“. Auch wenn man im wirtschaftlichen Bereich Dinge erreicht habe, die noch vor einigen Jahren undenkbar gewesen seien, scheiterten einige politische Bestrebungen wie die Direktwahl des Europäischen Parlaments. „*In compenso sono stati fatti invece tentativi atti a compromettere l'unità europea (accordo franco tedesco). Tutti sanno poi come siano finiti i negoziati per l'ingresso dell'Inghilterra nel MEC, per la volontà di uno che si è imposto a quelle degli altri cinque paesi membri.*“ Nach Piccioni mussten die Unterstützer eines wirtschaftlich und politisch geeinten Europas eine „*continua battaglia*“ führen. Einzig ein „offener Europäismus“ könne ein „*puro stru-*

<sup>499</sup> Hallstein wies gegenüber Fanfani darauf hin, dass die WEU bereits ein Forum der EWG mit Großbritannien sei und dass die deutsche Regierung zur Beeinflussung von Paris benutzt werden könne. Siehe das Protokoll des Gesprächs zwischen Fanfani und Hallstein vom 11.2.1963. S. 4. Im Archivio del Senato (wie Anmerkung 496).

<sup>500</sup> Vgl. Martelli, Fanfani. S. 408.

<sup>501</sup> Vgl. Gelsomini, campagne. S. 254 ff, besonders S. 260 f.

<sup>502</sup> So Pella im April 1963. Ebd. S. 264.

*mento di garanzia per la pace mondiale*“ sein und *“servirebbe a rinsaldare i rapporti con l’America già rafforzati dalla NATO.”*<sup>503</sup>

Pellas Hinweis, dass das Wahlprogramm zu einer einheitlichen Sprechweise der DC im Wahlkampf führen müsse, war ein Zeichen, dass dies bis dahin nicht geschehen war. Andreotti wiederum beschwor zumindest indirekt die Kräfte des alten *centrismo*, indem er eine Abstimmung mit der PSDI und dem PRI forderte und er mit Interesse auf das Programm der PSI warte.<sup>504</sup> Die Linke werde wohl das Schlagwort des Friedens in den Mittelpunkt ihrer Kampagne stellen. Hier müsse die DC einfach darauf hinweisen, dass gerade ihre Politik 18 Jahre des Friedens gebracht habe. Sie habe sich stets für die kontrollierte Abrüstung eingesetzt, was jetzt von der Sowjetunion anerkannt werde. Die Rechte werde wiederum der DC vorwerfen, keine Kontinuität in der Außenpolitik zu haben. Dagegen genüge es wohl, nur einige Passagen der zurückliegenden Programme zu zitieren, in denen stets die Verteidigung der Freiheit Thema gewesen sei. *„Un altro tema che molti si pongano è come conciliare l’Europeismo con la Comunità Atlantica, ma anche a questo proposito bisogna stare molto attenti a non svalutare l’Europa in atto, pur fermi nell’auspicio dell’adesione inglese.”*<sup>505</sup> Dass die atlantische Allianz noch immer wichtig sei, zeige die Opposition von links und rechts. Von dieser könne auch nicht die europäische Einigung getrennt werden, bei deren Erweiterung bedacht werden müsse, wie weit sich jedes einzelne Mitglied integrieren wolle.<sup>506</sup>

Zwischen den Zeilen erkannte man hier unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Andreotti schlug also eine vorsichtige Vorgehensweise bei der Vereinigung des Atlantismus und Europäismus vor, wobei er die Erweiterung der EWG meinte. Russo hingegen bezeichnete die atlantische Allianz als *„rappresentazione multilaterale“*, als stete Verbindung zwischen Europa und Amerika, die aktuell neue Bedeutung erhalte. Mehr noch: Er forderte, dass auf den Ministertreffen die italienischen Minister klar machen müssten, dass jede Forderung eines „Europas der dritten Kraft“ zurückgewiesen werden müsse und nicht weiter zugelassen werden dürfe, dass Europa intern gespalten sei. Die europäische Einigung müsse mittels der Schaffung eines europäischen Parlaments als Vorstufe eines föderalen Europas vorangetrieben werden. Daher sei es notwendig, in der Regierung eine eigene Stelle zu schaffen. Battista sprang ihm bei, indem er unberechtigte Kritik an der Europapolitik der Regierung aus den eigenen Reihen ausmachte. Man müsse konkrete Schritte angehen und darüber hinaus der Jugend klar machen, dass die DC *„all’avanguardia“* des Europäismus sei. Ein wichtiges Zeichen für ein geeintes Europa wäre die allgemeine Direktwahl der Versammlung.<sup>507</sup> Was den Vorschlag Russos betraf, ein eigenes Ministerium für die europäischen Angelegenheiten zu schaffen, wandte Pella ein, dass ein Staatssekretär schon ausreichen würde, zumal der für die Emigration bereits überholt sei.<sup>508</sup> Auch dies war ein Zeichen für den Wandel in der italienischen Außenpolitik.

<sup>503</sup> ALS, Fondo DC, Segreteria politica Moro. Sc. 159, fasc. 26. S. 1 f.

<sup>504</sup> Ebd. S. 3.

<sup>505</sup> Ebd., S. 3 f.

<sup>506</sup> Ebd. S. 6.

<sup>507</sup> Ebd. S. 4-6. Die Jugend als entscheidende Befürworter für eine europäische Einigung sprach ebenfalls Del Bo an. Sie könne für die DC durch das außenpolitische Programm gewonnen werden. Ebd. S. 8.

<sup>508</sup> Ebd. S. 7.

Der *Consiglio nazionale* vom 21.3.1963 zeigte noch einmal deutlich, wo intern die Grenzen verliefen, wobei die Auseinandersetzung jedoch nicht mehr so kontrovers verlief wie noch Anfang Februar zwischen Malfatti und Scelba. Allgemeiner Tenor war die Übereinstimmung mit dem Vortrag Gavas, der festgestellt hatte, dass der bilaterale Vertrag zwischen Frankreich und der Bundesrepublik den europäischen Gedanken und somit eine Konstante der italienischen Außenpolitik gefährde.<sup>509</sup> Diese Gefahr sah auch Scelba, doch legte er einen anderen Schwerpunkt. Demnach dürfe man den Vertrag nicht verurteilen, schliesse doch auch Italien bilaterale Verträge im Bereich der Energieversorgung sogar mit der Sowjetunion. Ihn störte vielmehr der Umgang mit dem Vertrag und die Geißelung der deutschen und französischen Regierung, denn ohne Frankreich und Deutschland werde es kein geeintes Europa geben.<sup>510</sup>

Trotz der Diskussionen über die Europapolitik<sup>511</sup> standen bei Scelba im Wahlkampf, so bei seiner Abschlussrede in Catania am 26.4.1963, andere Themen im Vordergrund, die besser gegen den politischen Gegner gewendet werden konnten. Er geißelte jeden Neutralismus und jede „*interpretazione di comodo del patto Atlantico*“, wobei er unterstrich, dass die DC eben ihre Außenpolitik nicht ändern wolle. Einmal mehr mahnte er wohl dosierte staatliche Interventionen in der Wirtschaftspolitik an, die dem subsidiären christlichen Menschenbild entsprechen müssten.<sup>512</sup>

Im Wahlprogramm der PSI machten aber jene staatlichen Planungen einen bedeutenden Teil aus. In der Außenpolitik erschien nun auch die Europapolitik als wichtiges Betätigungsfeld, an dritter Stelle hinter der „Überwindung der Blöcke“ und der Forderung nach einer umfassenden Abrüstung stehend. In den europäischen Organisationen müsse den Versuchen der europäischen Rechten, wobei de Gaulle nur das bekannteste Beispiel sei, entschieden entgegen getreten werden. Mittel hierzu seien die Stärkung des Europäischen Parlaments und die Mitarbeit der europäischen Arbeiterschaft. Nur so könne eine *programmazione adatta* geschehen und eine demokratische Alternative auf europäischer Ebene gelingen. Es folgten Forderungen nach einem Beitritt Großbritanniens und wonach die EWG ein offener Raum des Austauschs und der wirtschaftlichen sowie der sozialen Entwicklung werden müsse – auch nach außen. Dazu müssten die Zollgrenzen zwischen Europa und den USA abgebaut werden, aber auch die Initiativen in Richtung der sozialistischen Länder sowie der Dritten Welt gestartet werden. Für die gegenseitige Unterstützung wurde gar die Perspektive einer weltweiten Kooperation hervorgehoben.<sup>513</sup> Wirtschafts- und europapolitisch unterschieden sich die Sozialdemokraten und Sozialisten kaum noch voneinander. Einzig die atlantische Orientierung der Sozialdemokraten blieb ein wichtiger Scheidepunkt, der das *centro-sinistra* aus der Sicht Saragats nicht behindern sollte.<sup>514</sup>

<sup>509</sup> ALS, Fondo DC. Cons. Nazionale. Sc. 47, fasc. 68. Protokoll vom 21.3.1963 vormittags. S. 8 ff.

<sup>510</sup> ALS, Fondo DC. Cons. Nazionale. Sc. 47, fasc. 68. Sottofasc. 1. Protokoll vom 21.3.1963, nachmittags. S. 59

<sup>511</sup> Siehe die Antwort Gavas: Ebd. S. 83 ff.

<sup>512</sup> Die Rede ist teilweise wiedergegeben in der *La Sicilia* vom 23.4.1963. In: ALS, Fondo Scelba. Busta 65, fasc. 630.

<sup>513</sup> Das Wahlprogramm ist abgedruckt im *Avanti* vom 24.3.1963. Passagen zur Außenpolitik: S. 4.

<sup>514</sup> Vorstellung des Wahlprogramms durch Saragat vor dem *Comitato Centrale* im Februar 1963. Der entsprechende Artikel der *La Giustizia* lautete: *Uno stato efficiente e il benessere dei lavoratori*. *La Giustizia* vom 11.2.1963. S. 1. Im Untertitel heißt es: *Rafforzare il PSDI per portare avanti una politica di centro-*

Kurz vor dem Wahlkampf und vier Wochen nach Fanfani hatte sich Saragat im Februar 1963 in die USA begeben. Die amerikanische Regierung sicherte erneut den Sozialdemokraten, aber auch allgemein dem *centro-sinistra* ihre Unterstützung zu. Saragat bat Kennedy, Nenni erneut klar zu machen, dass sich die PSI endlich von ihrem Neutralismus verabschieden und sich endgültig „ohne Vorbehalte für die Politik der atlantischen Solidarität“ entscheiden müsse.<sup>515</sup> Die PSDI stellte heraus, welch guten Draht der eigene Parteichef zur amerikanischen Administration habe und dass eben Saragat die eigenen Positionen gegenüber Kennedy bezüglich der Europapolitik darstellen werde.<sup>516</sup> Saragat versicherte in den USA, dass das *centro-sinistra* geeignet sei, den kommunistischen Einfluss einzudämmen. Kennedy stellte Ähnlichkeiten zwischen der Wirtschaftspolitik des *centro-sinistra* und den USA fest. Die NATO habe einen entscheidenden Einfluss auch auf die Innenpolitik, da die *politica di sicurezza* stabilisierende Wirkung habe,<sup>517</sup> die durch einen britischen Beitritt zur EWG unterstützt werden sollte.

Die italienische Regierung unterstützte London dabei nicht blind, sondern warb für eine politische Einigung als langfristiges Ziel. Dies machte Piccioni im März in London deutlich. Es sei stets das italienische Bemühen gewesen, der wirtschaftlichen Integration eine politische Integration folgen zu lassen, unabhängig von jeglichen hegemonialen Tendenzen. „*It would be an open organization and would work in harmony with other countries in a wider framework, especially with the United States. The interruption of the Brussels negotiations must be taken as a reaction against this conception of Europe.*“ Der britische Lord-siegelbewahrer zeigte sich hier und bei der MLF, trotz einiger noch zu lösender Probleme, mit Piccioni einig. Nach Piccioni sollte die MLF de Gaulles „*multinational concept*“ mit einem „*multilateral concept*“ überwinden.<sup>518</sup> Die Mehrheit der italienischen Christdemokraten war sich offensichtlich sicher, dass die gaullistischen Einwände schlussendlich nur Episode bleiben würden.<sup>519</sup> Die DC setzte einerseits noch immer auf ihre Nähe zu der katholischen Kirche, indem sie am 16.4.1963 die Enzyklika „*Pacem in terris*“ an alle *comitati provinciali* versandte.<sup>520</sup> Andererseits bedeutete die Erweiterung der Koalitionsmöglichkeiten mehr Unabhängigkeit. Ein Argument für die Erweiterung des demokratischen Lagers war dabei, dass die Regierung des *centro-sinistra* in den europäischen Organisationen und in der atlantischen Allianz ein höheres Gewicht habe, wie Fanfani ausführte.<sup>521</sup>

---

*sinistra fedele ai principi democratici, nell'ambito dell'Alleanza atlantica e in un'Europa unita.* Siehe ebenso: L'azione dei socialisti democratici per il progresso generale del Paese. La Giustizia vom 12.2.1963. S. 1.

<sup>515</sup> Fornaro, Saragat. S. 262.

<sup>516</sup> Saragat illustrerà a Kennedy le tesi del PSDI su Europa e NATO. La Giustizia vom 13.2.1963. Im Artikel finden sich kaum inhaltliche Äußerungen, sondern nur Beschreibungen der anstehenden Reiseorte und des Zeitplans. Ebd. S. 1.

<sup>517</sup> Siehe den Bericht der Unterredung zwischen Kennedy und Saragat in Washington vom 15.2.1963. Zitiert nach: Martelli, Fanfani. S. 404 f.

<sup>518</sup> Englische Zusammenfassung des Treffens vom 15.3.1963 in Ballini, Varsori, L'Italia e l'Europa, 2. S. 603-607. Siehe S. 604-606.

<sup>519</sup> Siehe den Bericht Pedinis an Fanfani vom 9.4.1963 über die Bilderberg-Konferenz. In: Archivio del Senato, Fondo Fanfani. Attività politica. Busta 15, fasc. 5. Besonders S. 1-4 und S. 9.

<sup>520</sup> ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Moro. Sc. 116, fasc. 84.

<sup>521</sup> Siehe Fanfanis Rede in Grosseto vom 23.4.1963.



Nach Fanfani wartete ganz Europa mit Spannung und Wohlwollen auf das Experiment des *centro-sinistra*, dessen Ziele die Konsolidierung der Demokratie in Italien sei. Es solle die Gesellschaft modernisieren und Italien in die Lage versetzen, *“di esercitare una influenza equilibratrice e costruttiva in seno all'Unione europea, in seno all'Alleanza atlantica e di esercitare una attrazione esemplare verso i popoli nuovi ancora sottoposti alla tentazione delle soluzioni comuniste, sulla cui validità il signor Krusciov continua a sperare.”*

Italien müsse modernisiert werden, um zur Entwicklung Europas und der Sicherheit der freien Völker sowie des Friedens in der Welt beitragen zu können. Für eine *risoluzione socialmente avanzata dei problemi italiani* brauche man die PSI. Den Kritikern von der Rechten rief er zu, dass deren Befürchtung, wonach die Zustimmung zum geeinten Europa und der Freundschaft zu den Verbündeten und vor allem den Vereinigten Staaten gefährdet sei, falsch sei. Die Kritiker sollten die vollzogenen Schritte und den Brückenschlag zwischen Katholiken und Laizisten fundamental bewerten, wobei sich Fanfani in Reden auf die neue Enzyklika von Johannes XXIII. bezog, womit er das *centro-sinistra* als richtige Schlussfolgerung aus einem *pensiero sociale cristiano* herausstellte.<sup>522</sup> Auch wenn die DC-Spitze die Enzyklika als Bestätigung ihrer Politik auffasste, so kam sie doch zur Unzeit und traf sie unvorbereitet, hatte man doch im Wahlkampf erneut auf antikommunistische Slogans gesetzt.<sup>523</sup>

Bei den Wahlen 1963 verlor die DC rund 4%, die PSI erlitt einen leichten Verlust von 0,4%, während sich die PSDI um gut 1,5% steigern konnte. Dennoch verfügte der *centro-sinistra* mit 59% über eine klare Mehrheit. Angesichts der nun erstmalig stärkeren Position der PSI zusammen mit der PCI gegenüber der DC löste das Ergebnis in der PSI und der DC Diskussionen aus.<sup>524</sup> Nach den Aufzeichnungen in Nennis Tagebuches gab es zwei Verlierer: Fanfani und er selbst.<sup>525</sup> Die Regierungsbildung sollte sich als schwierig erweisen, sahen sich die Kritiker in der DC und der PSI mit ihrer These der schadhaften Folgen des *centro-sinistra* für ihre Parteien bestätigt.<sup>526</sup> Bei der PSI konnte dies durchaus so gesehen werden, war sie doch schlecht organisiert und verlor zunehmend Rückhalt in den Gewerkschaften, wovon zu Beginn der 60er Jahre vor allem die PCI profitieren konnte.<sup>527</sup> Bei den Verhandlungen um die Regierungsbildung spielte die Außen- und besonders die Europapolitik keine Rolle.<sup>528</sup> Saragat sah sich und die Sozialdemokraten durch die Wahlen gestärkt. Die Sozialdemokraten drängten auf eine Koalition, die ähnlich den nordeuropäischen Demokratien die Etablierung eines Wohlfahrtsstaates ermöglichen konnte.<sup>529</sup> Tremelloni sah angesichts der vergangenen Monate Licht und Schatten des *centro-sinistra*. In seiner Rede vor dem *Comitato Centrale* der PSDI vom 18.5.1963 war der Fortschrittsgedanke leitend.

<sup>522</sup> Die Reden sind aus den Ausgaben des Popolo vom 23 und 24. April entnommen.

<sup>523</sup> Gelsomini, campagne. S. 270-273. Die DC sprach von “Dämmen”, die gegen die Extreme errichtet werden müssten.

<sup>524</sup> Ghini, Celso: Il voto degli italiani. Rom 1975. S. 205.

<sup>525</sup> Nenni, Pietro: Gli anni del centro sinistra. Diari 1957-1966. Mailand 1982. S. 272.

<sup>526</sup> Castellani, dal centro sinistra al delitto Moro. S. 20.

<sup>527</sup> Galli, storia del socialismo italiano. S. 343 f.

<sup>528</sup> Siehe zum Beispiel Nennis Aufzeichnungen des Sondierungstreffens vom 4.6.1963 unter anderen mit Fanfani, Moro, Tremelloni, Lombardi, La Malfa. Archivio Centrale dello Stato Roma. Fondo Nenni. Busta 95. fasc. 2248. 1 parte.

<sup>529</sup> Fornaro, Saragat. S. 263 f.

Bezogen auf die Wirtschaftspolitik beschrieb Tremelloni eine Wirtschaftspolitik der gezielten Intervention, wobei er ein nachlassendes internationales Wachstum ausmachte. Es sei nun wichtig, die Nachfrage zu stärken und zugleich die steigenden Preise im Auge zu behalten. Es gehe darum, die Demokratie mithilfe der sozialen Errungenschaften zu verteidigen.<sup>530</sup> Der von Tremelloni beschriebene wirtschaftliche und soziale Fortschritt sollte durch die italienischen Sozialdemokraten geprägt werden, die nach Tremelloni die besten Werte des italienischen und europäischen Sozialismus repräsentieren würden.<sup>531</sup> Mehr noch: die Perspektive der gesamten freien, somit westlichen Welt wurde von der PSDI zu jedem Zeitpunkt der Verhandlungen als Fixpunkt hervorgehoben. Sei es nun bei der Wirtschaftspolitik<sup>532</sup> oder in der Verteidigungspolitik.<sup>533</sup> Das Wahlergebnis war für die PSDI die Bestätigung für die Notwendigkeit und die Unterstützung des *centro-sinistra*. Die Sozialdemokratie war die Alternative zum Kommunismus.<sup>534</sup>

Der DC blieb trotz des Wahlergebnisses angesichts des gescheiterten Mitte-Rechts Versuchs drei Jahre zuvor nichts anderes übrig, als weiter das Ziel einer Mitte-Links Regierung zu verfolgen. Trotz starker interner Widersacher, die sich in ihren Bedenken durch das Wahlergebnis bestätigt sahen,<sup>535</sup> startete Moro seine Initiative, im Sommer 1963 eine Mitte-Links Regierung zustande zu bringen. Diese scheiterte aber an den Mehrheitsverhältnissen im sozialistischen Zentralkomitee, in dem es der linke *corrente* zusammen mit den Anhängern Lombardis, die der DC mangelnde Reformbereitschaft vorwarfen, eine Koalition verhinderte.<sup>536</sup> Nenni bezeichnete dies als den „schwärzesten Tag in seiner Laufbahn als Politiker“. Der Riss zwischen Nenni und Lombardi konnte nur schwer mit Hilfe De Martinos, dem Direktor des *Mondo Operaio* und ehemaliger *Azionista* wie Lombardi, gekittet werden.<sup>537</sup> Es folgten weitere Monate der Übergangsregierung Leone und der Verhandlungen zwischen den Christdemokraten, den Sozialisten, Sozialdemokraten und Republikanern, bis im Oktober 1963 endlich eine Einigung erzielt wurde. Nach Nenni war dies „ein politi-

<sup>530</sup> Vortrag Tremellonis vor dem *Comitato Centrale* vom 18.5.1963. In: CIRIEC, Serie attività politica e parlamentare. Fasc. 14640. Insbesondere S. 2 ff. und S. 15.

<sup>531</sup> Offener Brief Tremellonis an die Sympathisanten der PSDI vom Mai 1963. In: CIIREC, Serie attività politica e parlamentare. Fasc. 14641.

<sup>532</sup> Siehe beispielsweise den Artikel „Una grande Comunità di tutto il mondo libero“ in der *La Giustizia* vom 19.5.1963 anlässlich der *Kennedy-Round* in Genf.

<sup>533</sup> Vgl. „Kennedy: superare ogni nazionalismo per una più stretta intesa atlantica.“ Obertitel: „Il forte discorso programmatico del presidente americano a Francoforte.“ *La Giustizia* vom 26.6.1963. S. 1.

<sup>534</sup> So Saragat in einem Interview in der *La Giustizia* vom 22.6.1963. Titelseite.

<sup>535</sup> Siehe als Beispiel die Diskussion auf dem *Consiglio nazionale* vom Mai 63. ALS, Fondo DC. Cons. Nazionale. Sc. 47, fasc. 69. Protokoll vom 17.5.1963. Ebenso vom *Consiglio nazionale* vom 29.7.-2.8.1963. Protokolle in: ALS, Fondo DC. Cons. Nazionale. Sc. 48 f, fasc. 70 f. Die Parteiführung um Moro versuchte die Gründe für die Niederlage durch einen Fragebogen bei den verantwortlichen Politikern in den *province* zu erfragen. Siehe den Brief Moros vom 1.6.1963. ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Moro. Sc. 116, fasc. 80.

<sup>536</sup> Galli, *storia del socialismo italiano*. S. 344. Nach Galli war eine verlangsamte Reformbereitschaft Folge der Wahlniederlage. Diese war umso stärker mit dem Namen Fanfanis verbunden, der deswegen ersetzt wurde. Galli, *Storia della DC*. S. 207.

<sup>537</sup> So Tamburrano in seiner autobiographischen Wiedergabe in Tamburrano, Giuseppe: „Nenni e De Martino: la rinascita del socialismo autonomista“, in: Bartocci, Enzo (Hg.): *Francesco De Martino e il suo tempo*. Rom 2009. S. 141-146.

scher Sieg in dem Kampf, den ich 1956 begonnen habe, um den PSI aus einer gefährlichen Isolierung (in die auch er die PSI geführt hatte, P.B.) zu führen“, wie Nenni seinem Tagebuch anvertraute.<sup>538</sup> Diesen Weg gingen jedoch nicht alle Parteimitglieder mit.

Der *Mondo Nuovo* hatte die Bildung eines *centro-sinistra* zusammen mit Nenni und Lombardi wiederholt kritisiert.<sup>539</sup> Das Scheitern der Koalitionsverhandlungen im Juni 1963 wurde als Rückweisung einer Erpressung von Seiten der DC gefeiert.<sup>540</sup> Außenpolitisch forderte man vor allem, dass Italien keineswegs die MLF unterstützen und von Raketenbasen frei bleiben solle.<sup>541</sup> Die internen Spannungen des westlichen Imperialismus zeigten sich gerade hier und bei den Zollverhandlungen zwischen den USA und der EWG.<sup>542</sup>

Dem standen die Bemühungen des *Mondo Operaio* für ein *centro-sinistra* gegenüber, das nicht nur Fortschritte in der Schul-, Agrar- und Sozialpolitik,<sup>543</sup> sondern auch in der Außenpolitik bringen sollte, die Paolo Vittorelli beschrieb. Demnach blieb die Überwindung der Blöcke oberstes Ziel, da nur dies dem Prinzip der *obbiettivi ideologici neutralistici* del PSI entsprechen könne. Die Akzeptanz der aktuellen Situation bedeute nicht, dass der Kampf gegen die NATO falsch gewesen sei, denn die Befürchtungen hätten sich ja leider bewahrheitet: Die militärischen Blöcke seien eine stete Gefahr für den Frieden. Doch die Welt habe sich seit dem Tode Stalins verändert. Nun müsse Italien für eine Entspannung in der Welt eintreten, gegen jede Möglichkeit eines Atomkrieges, indem die Völker abrüsten und die internationalen sozialen Unterschiede eingeebnet würden. Zwar müssten die eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden, doch müssten beide Blöcke abrüsten, um sie dann selbst überflüssig zu machen. Daher seien vor allem konkrete Vorschläge für die Lösung des Berlinproblems und der Deutschlandfrage angebracht, da sich die Gegner einer Entspannung um die Achse Paris-Bonn scharen würden. Gerade Italien könne in der europäischen Gemeinschaft für eine „europäische, demokratische Alternative“ eintreten. Ein erster Schritt sei die Verhinderung von Polaris-Raketen in Italien, zumal die MLF ohne Perspektive sei, da sie die deutsche nukleare Bewaffnung bedeute. Auch der Beitritt Großbritanniens sei zu befördern. Diese Politik der Abrüstung und Entspannung könne nur mit einer Beteiligung der Sozialisten an der Regierung sichergestellt werden.<sup>544</sup> Die restlichen Ausgaben des *Mondo Operaio* schenkten der Außenpolitik kaum mehr Beachtung. Sie wurde bei Treffen der Mehrheit innerhalb der PSI kaum angesprochen<sup>545</sup>. Auch bei Treffen zwischen führen-

<sup>538</sup> Woller, Geschichte Italiens. S. 282 f. Zitate S. 283.

<sup>539</sup> Zu Lombardi: PSI. Lombardi più a destra dei laburisti e Saragat: E' tornata la 'Voce dell'America'. *Mondo Nuovo* vom 3.3.1963. S. 4. Zu Nenni: Valori, Dario: Fallimento di Nenni. *Mondo Nuovo* vom 14.7.1963. S. 1 f.

<sup>540</sup> Der *Mondo Nuovo* titelte am 23.6.1963: Vittoria del socialismo: il PSI respinge il ricatto della DC.

<sup>541</sup> Vecchiotti, Tullio: L'Italia e il negoziato Est-Ovest. In: *Mondo Nuovo* vom 21.7.1963. S. 1 f.

<sup>542</sup> Barbadoro, Idomeno: Economia: Scontro USA-MEC. In: *Mondo Nuovo* vom 23.6.1963. S. 13.

<sup>543</sup> Siehe die entsprechenden Artikel aus dem *Mondo Operaio* 2-3 (1963) von Venerio Cattani, Luigi Bellani und Claudio Signorile. S. 12-28.

<sup>544</sup> Vittorelli, Pietro: La politica estera del PSI. *Mondo Operaio* 2-3 (1963). S. 44-46. Zur Regierungsbeteiligung: Bellani, Luigi: I socialisti al potere. *Mondo Operaio* 7 (1963). S. 1-4.

<sup>545</sup> Archivio Centrale dello Stato Roma. Fondo Nenni. Busta 95. fasc. 2248. 1 parte.

den Politikern der Parteien wurde die Außenpolitik nur gestreift.<sup>546</sup> Die PSI beschränkte sich darauf, im *Avanti* eine „aktivere Politik“ Italiens in Brüssel, aber auch in der NATO zu verlangen, die stärker auf eine Entspannung angelegt sein sollte. In der EWG müsse somit die „Politik der Sabotage“ vonseiten Frankreichs und Deutschlands überwunden werden.<sup>547</sup>

Auf dem 35. Parteitag der PSI in Rom vom 25.-29.10.1963 kam es zur Entscheidung für das Bündnis. Auf der Grundlage der Vorschläge Lombardis fand sich nun eine gemeinsame Mehrheit des *corrente* um Nenni und Lombardi. Basso sprach sich gegen eine Beteiligung an der Regierung aus und formulierte dies mit den Worten Luthers: „Wir können nicht anders.“ Schlussendlich stimmten 57% für die von Nenni und Lombardi vorgegebene Linie, während 39% bei den Linken blieben und nur 2% der Linie Pertinis folgten. Somit wurde der Antrag des Parteitages von Mailand vom März 1961 überwunden, der noch eine direkte Regierungsbeteiligung ausgeschlossen hatte. Nun wurden das Zentralkomitee und die Fraktionen ermächtigt, das *profondo programma di rinnovamento del Paese* durchzusetzen.<sup>548</sup>

Der Parteitag der PSI in Rom 1963 war von den inneren Kämpfen der *correnti* geprägt. Auf der Linken kämpften Basso und Vecchiotti nun gemeinsam gegen den Kurs der *autonomia* Nennis. Dazwischen versuchte Pertinis kleiner *corrente* *Unità del Partito* zu vermitteln. Doch auch innerhalb der *autonomia* war Nenni nicht unumstritten, denn zunehmend musste er mit dem Widerstand Lombardis rechnen, der anders als Nenni weiterhin forderte, gegenüber den Kommunisten zumindest die Möglichkeit zur Koalition zu haben, während Nenni eine solche ausschloss.<sup>549</sup> Die zwischen Regierungsbeteiligung und Beharrung auf Prinzipien gerade in der Außenpolitik schwankende PSI wurde durch Aussagen wie die von De Martino auf dem *Comitato Centrale* vom 11.12.1963 bestätigt. Er stellte klar, dass die PSI nie auf ihre neutralistische Position verzichtet habe. Nun bestehe die Möglichkeit, in Zeiten der Entspannung den Kampf für den Frieden in der Regierung zu führen. Ausgehend von der Anerkennung aktueller Fakten könne Italien helfen, die Blöcke zu überwinden.<sup>550</sup> Solche Aussagen waren Nahrung für die Diskussion in der DC.

Moro hatte es vermocht, im Sommer nach dem Scheitern der Regierungsbildung, seine Partei auf Kurs zu halten, obwohl auf dem *Consiglio nazionale* Kritik an dem Kurs laut und er gewarnt wurde.<sup>551</sup> Er betonte, dass das Scheitern der Verhandlungen „*non significa per noi il definitivo fallimento di questa politica per la grandissima importanza che noi attribuiamo alla prospettiva di collaborazione*“. Sein Mitstreiter Leopoldo Elia pflichtete ihm bei. In modernen Gesellschaften müssten Parteien stärker denn je den direkten Kontakt zu ihren Wählerschichten halten. Veränderten sich Gesellschaften, müssten sich auch die Parteien ändern.<sup>552</sup> Kritik perlte an Moro ab. Mehr noch, er bedankte sich bei den Kritikern für

<sup>546</sup> So beim Treffen Moros, Saragats, Nennis und anderer Politiker vom 16.6.1963. Siehe ACS. Fondo Nenni. Busta 95. fasc. 2248. 1 parte. Siehe auch die Aufzeichnungen des Treffens vom 4.6., an dem zusätzlich Lombardi, La Malfa und Tremelloni teilnahmen. Ebd.

<sup>547</sup> Piga, Vincenzo: Il „MEC verde“ è in crisi. *Avanti* vom 19.10.1963 S. 1.

<sup>548</sup> Galli, storia del socialismo italiano. S. 347.

<sup>549</sup> Merkel, Die sozialistische Partei Italiens. S. 193 ff.

<sup>550</sup> Zitiert nach Scirocco, De Martino. S. 65.

<sup>551</sup> Siehe als Beispiel den Brief Merlins an Moro, einen Tag nach dem Parteitag der PSI. In: ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Moro. Sc. 145, fasc. 9.

<sup>552</sup> Castellani, dal centro sinistra al delitto Moro. S. 21.

die geübte Kritik,<sup>553</sup> die er geflissentlich überging. Gleichzeitig versuchte Moro, einen außenpolitischen Primat der Parteiführung sukzessive durchzusetzen. So bat er Mitglieder des *Consiglio nazionale* und Parlamentarier im September 1963, vor Auslandsreisen und eventuellen Treffen Rücksprache mit der Parteizentrale zu halten.<sup>554</sup> Ein Zeichen dafür, dass dies vorher nicht geschehen war und die Außenwirkung der DC von Moro keineswegs als einheitlich wahrgenommen wurde, zumal er in dem Brief auf einen Rundbrief hinwies, der bereits vom Oktober 1962 datierte.<sup>555</sup> Überdeckt wurde der thematische Dissens durch das gemeinsame Wahlprogramm, das man ja beschlossen hatte und auf das Moro im Herbst 1963 seine Parteifreunde hinwies.<sup>556</sup> Auf ausdrückliche außenpolitische Bedenken Gonellas bezüglich einer Regierungsbeteiligung der PSI, geäußert auf dem entscheidenden *Consiglio nazionale*, ging Moro in seiner Rede und seiner Replik überhaupt nicht ein.<sup>557</sup>

Die Diskussionen in den Parteien drehten sich hauptsächlich um die Bedeutung der atlantischen Allianz, während die Auseinandersetzung um die Europapolitik nur marginale Bedeutung hatte.<sup>558</sup> Sie zeigte einmal mehr, welche Bedeutung die Loslösung der militärischen Integrationsbemühungen von dem Europabegriff für einen parteiübergreifenden Konsens in der Europapolitik in Italien hatte. Ausnahme blieb der linke Flügel der PSI. Nachdem Dario Valori nach dem Kongress bereits ob der 60 zu 40 Mehrheit bezweifelte, ob das beschlossene Programm die wirkliche Mehrheit in der Partei finde und somit dessen demokratische Legitimität anzweifelte,<sup>559</sup> wurde die Bildung der Regierung propagandistisch damit zurückgewiesen, dass hiermit der Atlantismus bestätigt worden sei,<sup>560</sup> zumal bereits zuvor Kennedy immer wieder bescheinigt worden war, die Abrüstung zu boykottieren.<sup>561</sup> Die EWG wurde in klassischer Weise verurteilt. Sie diene alleine den Monopolen und verschärfe die Probleme.<sup>562</sup> Nach dem Tode Kennedys drohte es nun sogar schlimmer zu werden, denn de Gaulle könne zur führenden Figur in der NATO werden. Darüber hinaus werde das italienische Außenministerium nun von dem *fedele amico e servitore* des *State Department*, Giuseppe Saragat geführt.<sup>563</sup> Ein unhaltbarer Zustand für die Linke, die am 15.12.1963 titel-

<sup>553</sup> Brief Moros an Ruffini vom 9.8.1963. In: ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Moro. Sc. 145, fasc. 9.

<sup>554</sup> Brief Moros an die Parlamentarier und die Mitglieder des *Consiglio nazionale* vom 17.9.1963. In: ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Moro. Sc. 116, fasc. 80.

<sup>555</sup> Siehe mehrere Briefe Moros in ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Moro. Sc. 145, fasc. 9.

<sup>556</sup> ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Moro. Sc. 116, fasc. 80.

<sup>557</sup> ALS, Fondo DC. Cons. Nazionale. Sc. 50, fasc. 72. Protokoll vom 7.11.1963.

<sup>558</sup> Dies spiegelte sich in der Debatte zum Außenhaushalt vom 8.-11. und 16.10.1963 wider. Siehe ebenso den Artikel über ein Treffen der *centristi* in Venedig vom 30.6.1963 in der Abendausgabe der "La Nazione" vom 1.7. ALS, Fondo Scelba. Busta 16, fasc. 133.

<sup>559</sup> Valori, Dario: Un nodo che deve essere sciolto. *Mondo Nuovo* vom 3.11.63. S. 3.

<sup>560</sup> Titel des *Mondo Nuovo* vom 8.12.: Il patto atlantico non si tocca. La sinistra socialista respinge l'operazione Moro.

<sup>561</sup> Vgl. Cappelli, John: Cuba, Berlino, riarmo atomico tedesco. Kennedy cede agli oltranzisti e sabota il negoziato con l'URSS. *Mondo Nuovo* vom 17.11.1963. S. 8 f.

<sup>562</sup> Vgl. Gorz, André: Il Movimento operaio europeo, il MEC e l'integrazione capitalistica. *Mondo Nuovo* vom 24.11.1963. S. 15-19.

<sup>563</sup> N.N.: Alleanza atlantica. Dopo la morte di Kennedy è il turno di De Gaulle? *Mondo Nuovo* vom 8.12.1963. S. 11.

te: „*Roma, 15 dicembre – La sinistra del PSI riunisce in un grande convegno i militanti che vogliono proseguire la lotta per la costruzione di una società socialista.*”<sup>564</sup>

Die Regierung Leone erklärte am 5.11.1963 ihren Rücktritt und 29 Tage später stellte sich die neue Regierung unter dem Ministerpräsidenten Moro und dessen Stellvertreter Nenni der Vertrauensabstimmung. Das Regierungsprogramm war bestimmt durch die volle Umsetzung der Verfassung und damit implizit die Einführung der Regionen, die wirtschaftliche *programmazione*, eine geordnete Investitionspolitik und Stärkung des Südens, eine verstärkte Sozialpolitik und schließlich die außenpolitische Bestätigung des Atlantismus bei gleichzeitigem Eintreten für die Entspannung. In der DC traf die neue Regierung keineswegs auf ungeteilte Zustimmung. Während im Vorstand vom 25.11.1963 nur Elkan als Exponent des *corrente* um Scelba gegen die Annahme stimmte, kündigten sie in der entsprechenden Fraktionssitzung an, nicht für die Regierung stimmen zu können. Schlussendlich stimmten die *Scelbiani* doch für die neue Regierung, wobei sicherlich auch der Druck von Seiten des Vatikans eine Rolle gespielt hat, der im *Osservatore Romano* vom 14.12.1963 zur Einheit aufrief. Fanfani war nicht mehr in der Regierung vertreten, während an der Parteispitze Rumor Moro nachfolgte.<sup>565</sup> In der PSI löste De Martino Nenni an der Spitze der Partei ab.<sup>566</sup> Der *Accordo programmatico* von DC-PSI-PSDI-PRI hielt die Kompromisse zur Außenpolitik fest, dass man den politischen und militärischen Verpflichtungen aus der atlantischen Allianz nachkommen und sich gleichzeitig für eine „ausgewogene und kontrollierte“ Abrüstung einsetzen wolle. Nicht zuletzt könnten die MLF und der Atomteststoppvertrag von Moskau ein Beitrag zur Sicherheit sein. Innerhalb der entsprechenden Organisationen wolle man die europäische Integration gemäß den Römischen Verträgen weiter vortreiben. Insbesondere wurde die Direktwahl des Europäischen Parlaments gefordert.<sup>567</sup> Die Europapolitik war ein geeignetes Politikfeld für Kompromisse zwischen PSI, PSDI und DC geworden – manifestiert durch das Regierungsprogramm.

Moro betonte die Treue zu den außenpolitischen Verpflichtungen vor der *Camera* am 12.12.1963 dennoch: „*In una situazione come l'attuale in cui le prospettive di distensione si sono accresciute, anche se sono tuttora fortemente contrastate, l'impegno dell'Italia è rivolto ad un più stabile e pacifico assetto delle relazioni internazionali, a misure, anche parziali, di disarmo bilanciato e controllato, ad accordi per prevenire gli attacchi di sorpresa, alla soluzione pacifica e concordata dei problemi ancora aperti nel mondo.*”

Die MLF erschien dabei sowohl als Kontrollinstrument gegen eine unkontrollierte Weiterverbreitung von Atomwaffen als auch zur Sicherung Italiens. Die Politik der „europäischen Solidarität“ müsse weiter verfolgt werden, in einer „demokratischen, wirtschaftlichen und politischen“ Form, „frei von jedem Partikularismus“. Nur so könne Italien seinen Weg weiter gehen, das sich an seinen Traditionen, seiner Kultur und seinem wirtschaftlichen sowie sozialen Gewicht orientieren müsse. Das Ziel der Römischen Verträge, die „Schaffung der demokratischen Einheit Europas“, bleibe. Es folgten Aussagen zu einer friedvollen

<sup>564</sup> *Mondo Nuovo* vom 15.12.1963. S. 1.

<sup>565</sup> Castellani, *dal centro sinistra al delitto Moro*. S. 23. Zur namentlichen Abstimmung siehe das Protokoll der *Camera* vom 17.12.1963 nachmittags. S. 4332 ff. Ebenso Galli, *Storia della DC*. S. 208.

<sup>566</sup> Galli, *storia del socialismo italiano*. S. 348.

<sup>567</sup> Unter anderem abgedruckt in *Atti e documenti della Democrazia Cristiana*. S. 1674-1700. Zur Außenpolitik: S. 1679 f. Ebenso im *Avanti* vom 26.11.1963. S. 8.

Zusammenarbeit in der internationalen Gemeinschaft auch im Rahmen der UNO.<sup>568</sup> Tanassi und Zagari betonten für die PSDI und die PSI stärker die europäische Dimension der Außenpolitik, stimmten aber im Grunde der Politik Moros zu.<sup>569</sup> Gerade der Bezug auf eine gemeinsame Europapolitik erwies sich als sinnstiftendes Element der neuen Koalition.

Die Regierung schlug in ihren ersten Wochen ein hohes programmatisches Tempo an, doch konnte dieses aufgrund der nachlassenden Konjunktur, der Kritik aus der Wirtschaft und innerparteilichen Kritikern in der DC und der PSI keinesfalls gehalten werden. Moro trat sogar Mitte 1964 zurück, um erneut Ministerpräsident zu werden. Die anfänglich überschwänglich formulierten Ziele bei der Regierungsübernahme im Dezember 1963 verloren sich im politischen Alltag. Die PSI zahlte für die Regierungsbeteiligung einen hohen Preis. Von der PSI spaltete sich die PSIUP mit ca. 1/3 der Abgeordneten und Senatoren sowie 1/5 der Mitglieder ab.<sup>570</sup>

Italiens Rolle als Partner für die Durchsetzung der europäischen Integration und der Treue in die atlantische Gemeinschaft war durch die Politik de Gaulles im Jahr 1963 stärker geworden. Kennedy wünschte, dass Italien in der EWG darauf hinwirken solle, die Kennedy-Runde zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.<sup>571</sup> Das Verhältnis zu den USA und Großbritannien blieb aber nicht ungetrübt. Mittlerweile traten Meinungsverschiedenheiten bei der MLF und der Einschätzung der Ergebnisse der *Kennedy-Round* auf.<sup>572</sup> Der lange Schatten de Gaulles und die Resolutionen des Aktionskomitees Monnets konnten dies nicht mehr verdecken.<sup>573</sup>

Auch nach der Einigung auf eine gemeinsame Regierung sollten die Sozialisten noch lange warten müssen, in den Delegationen für die Parlamentarischen Versammlungen auf europäischer Ebene vertreten zu sein. Noch im Oktober 1964 war die Besetzung der internationalen Delegationen Thema zwischen Saragat, Nenni und Moro. Nenni und Saragat beklagten sich über die mangelnde Berücksichtigung der eigenen Vertreter.<sup>574</sup> Nenni selbst wurde nun immer „europäischer“ eingebunden. Ein Anzeichen dafür war die Beratung durch Spinelli, mit dem nun ein stärkerer Briefwechsel einsetzte.<sup>575</sup> Möchte man die aktive Teilnahme am Komitee Monnets als Kriterium für das Ankommen Nennis im europäischen Netzwerk ansehen, so musste Nenni gar bis zum Mai 1967 warten, während die PSI spätestens mit Vereinigung mit der PSDI an den Treffen der sozialdemokratischen Parteien der

---

<sup>568</sup> Atti parlamentari. 4. Legislatur. S. 3962

<sup>569</sup> Ausführungen Tanassis vom 13.12.1963. Ebd. S. 4096 ff. Ausführungen Zagaris am 16.12.1963: Ebd. S. 4167 ff.

<sup>570</sup> Woller, Geschichte Italiens. S. 284 ff.

<sup>571</sup> So Kennedy gegenüber Colombo am 4.10.1963. In: Ballini, Varsori, *L'Italia e l'Europa*, 2. S. 618-620. Hier: S. 619.

<sup>572</sup> Siehe die Aufzeichnung des *Foreign Office* vom Besuch Saragats in London vom 22.1.1964. In: Ballini, Varsori, *L'Italia e l'Europa*, 2. S. 620-624.

<sup>573</sup> ACS. Fondo Moro. Busta 53, fasc. 55. Für die Mitglieder siehe den Anhang der Resolution des Komitees vom 1.6.1964.

<sup>574</sup> Der umfassende Briefwechsel findet sich in: ACS. Fondo Moro. Busta 51, fasc. 29, sottofasc. 3.

<sup>575</sup> Siehe hierzu sehr instruktiv einfach die Daten der Briefe in: Nenni, Pietro, Altiero Spinelli: *Carteggio Pietro Nenni - Altiero Spinelli. 1961-1971* (a cura di Edmondo Paolini). Rom 2007. Zur Zusammenarbeit in den 60ern siehe Graglia, Spinelli. S. 319 ff.

EWG teilnehmen konnte.<sup>576</sup> Die Konkurrenz um Europa hatte sich gewandelt. Die drei Parteien verfolgten nun eine oberflächlich gemeinsame Europapolitik, bei der unterschwellig Konfliktpotential wie beim Umgang mit de Gaulle vorhanden blieb.

### V. 3 Der Vergleich der Debatten

Europa als Katalysator – De Gaulle als Spalter – Verschiebung der Konfliktlinien weg von den Parteigrenzen in die Parteien selbst

Die Konkurrenzsituation in den um den Europabegriff und im Politikfeld Europa in den beiden Jahren 1962/63 zeigte deutlich, welche unterschiedliche Faktoren und Politikfelder hier zusammentrafen. Innen- und Außenpolitik, Verteidigungs-, Agrar- und Wirtschaftspolitik, gesellschaftliche Vorstellungen und innerparteiliche Entwicklungen beeinflussten das Europabild der Parteien, die in den beiden Jahren stärker denn je intern differierten. Einzig die beiden sozialdemokratischen Parteien schienen nach außen eine je einheitliche Politik betreiben zu können – bei beiden Parteien jedoch erkaufte durch die Trennung oder Marginalisierung von weiter links stehenden Parteimitgliedern.<sup>577</sup>

Wie bereits in dem darstellenden Teil beschrieben war die Diskussion um ein zu gestaltendes Europa in erheblichem Maße von den Entwicklungen des Kalten Krieges abhängig. Perioden der Entspannung und Zuspitzung, wie den Abrüstungsverhandlungen und dem Teststopp-Abkommen oder dem Bau der Berliner Mauer und der Kubakrise, hatten unmittelbaren Einfluss auf die geäußerten Strategien im Bereich der Europapolitik. Sie prägten die geäußerten Meinungen zur europäischen Integration und deren Verschränkung mit der NATO. Zusammen mit Grundannahmen zur Rolle der USA, ob und wie diese mit Europa im Ost-West-Konflikt zusammenarbeiten und wie diese insbesondere zu einem weiteren Engagement in Europa angehalten werden sollten, bildeten diese Ereignisse einen Rahmen europapolitischer Überlegungen. Der zweite Rahmen wurde durch die beiden nationalen Situationen gegeben. In beiden Ländern hatte sich die strikte Konfrontationsstellung zwischen DC, PSDI und PSI einerseits und CDU/CSU sowie der SPD längst gelockert. Koalitionen zwischen den Kontrahenten wurden beraten und waren im italienischen Fall auch möglich geworden. Dazu hatten Wirtschaftswachstum und gesellschaftlicher Wandel beigetragen, die die Unterschiede zwischen den Milieus, Schichten und deren Einstellungen zu Beginn der 60er Jahre stärker angeglichen hatten als vielleicht jemals zu anderen Dekaden des 20. Jahrhunderts. Der Begriff „Europa“ spiegelte die vorhandene Kontroversität und den Grad des erreichten Grundkonsenses zwischen den Parteien wider.

Sowohl in der Bundesrepublik als auch in Italien herrschte weitgehend ein Grundkonsens zwischen den hier behandelten Parteien, dass die erreichten Schritte der europäischen In-

<sup>576</sup> So findet sich die Resolution des sechsten Kongresses der sozialistischen Parteien in der europäischen Gemeinschaft im Bestand Nennis. Hier findet sich auch das Aufnahmeschreiben in das Aktionskomitee. ACS. Fondo Nenni. Busta 97, fasc. 2261.

<sup>577</sup> Vor allem in den beiden christdemokratischen Parteien existierten als typische Sammlungsparteien unterschiedliche außenpolitische Orientierungen fort. In Deutschland traten bei der SPD zunehmend außenpolitische Kritiker aus der Partei aus, organisierten sich aber nicht neu oder verblieben in unbedeutenden Parteien. In Italien wechselten die jeweiligen Vertreter zwischen den Parteien oder gründeten neue Parteien wie 1964 die PSIUP.



tegration die Grundlage für weitergehende Schritte sein müssten. Einzig der linke Flügel der PSI sah in dem Gemeinsamen Markt weiterhin eine unzulässige Akzeptanz der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Dabei gehörte es auch zum guten Ton, eine Erweiterung der Kompetenzen vor allem des europäischen Parlaments zu fordern. Die Argumente für eine europäische Einigung blieben gleich, die Gewichtung verschob sich jedoch. Europa war zwar immer noch eine Art Schicksalsgemeinschaft, doch wurde diese nicht mehr so stark mit einer Verteidigungsgemeinschaft Europa assoziiert. Bei der Verknüpfung Europas mit den einzelnen Nationalstaaten ließen sich Unterschiede feststellen. So bestand Adenauer darauf, dass die Nationen schlichtweg bestehen blieben. Sie müssten zusammenarbeiten, um einen weiteren Niedergang abzuwenden,<sup>578</sup> während beispielsweise die europäischen Sozialisten stärker auf eine übernational, maßgeblich von Sozialisten geprägte Gemeinschaft abhoben, die eher den Fortschrittsgedanken propagierte. Dies war ein gutes Bild gegen das plakative, gewissermaßen rückwärtsgewandt konnotierte „Europa der Vaterländer“, das mit de Gaulle assoziiert wurde.<sup>579</sup> Eine tiefgehende Diskussion über die Verbindung der beiden Ebenen Nation und Europa fand indes nicht statt. Eine europäische Einigung wurde stets als wichtiger Bestandteil für die nationale und europäische „Selbstbehauptung“ aufgefasst – gegen wen in welcher Intensität, wandelte sich über die Zeit und je nach Periode. So argumentierte Adenauer mit einer stärkeren europäischen Zusammenarbeit könne man sich natürlich gegen die Sowjetunion behaupten, aber auch gegen die neuen Mächte im Rahmen der Entkolonialisierung oder gegen China. Darüber hinaus könnte sich ein geeintes Europa in der NATO stärker gegen die USA oder Großbritannien profilieren.<sup>580</sup>

Auch wenn die Sozialisten und Sozialdemokraten den Fortschrittsgedanken in beiden Ländern stärker als die Christdemokraten thematisierten, war dieses Argument Letzteren nicht fremd. Das Argument war parteiübergreifend. Grundsätzliche Argumente wie die Forderung nach Gleichberechtigung, die Betonung christlicher oder humanistischer Wurzeln, die Erwähnung des Abendlandes oder des Universalismus Mazzinis, die Forderung einer gerechten internationalen Ordnung internationalen Rechts wurden kaum noch erwähnt. Das Sicherheitsargument war noch vorhanden, spielte aber bei der direkten Debatte der europäischen Integration, die zunehmend mit der EWG assoziiert wurde, nicht mehr die entscheidende Rolle. Sie verlagerte sich auf die „europäische Rolle in der NATO“. Hier war auch der Gleichberechtigungsdiskurs verortet. Er kletterte somit im Vergleich zu Beginn der 50er Jahre um eine Ebene nach oben – nämlich zur Frage, wie Europa innerhalb der atlantischen Gemeinschaft mit den USA gleichberechtigt sein könnte. Neben dem Fixpunkt USA wurden verschiedene Politikfelder und die Gesellschaftspolitik diskutiert, die durch eine europäische Einigung stimuliert werden sollte. Je nach den hier eingenommenen Standpunkten definierte sich die Position der einzelnen Parteivertreter in der Diskussion über die zukünftige Gestaltung der Institutionen und des Beitritts neuer Länder.

---

<sup>578</sup> Morsey, Rudolf und Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Adenauer, Teegespräche 1961-1963 (bearbeitet von Hans Peter Mensing). Berlin 1992. Gespräch vom 30.5.1963. S. 346-352. Hier: S. 348.

<sup>579</sup> So weist der SPD-Pressedienst in seinem Artikel „An gemeinsamen Maßstäben orientiert“ vom 14.9.1962, S. 3 explizit darauf hin, dass ein französischer Sozialist sich für den britischen Beitritt ausgesprochen habe. [www.fes.de](http://www.fes.de). Abgerufen am 11.2.2011.

<sup>580</sup> Vgl. Schwarz, Adenauer 2. S. 816.

Parteiübergreifend dominierte in den hier behandelten Parteien das Ziel des supranationalen Europas. Die Schritte dorthin waren indes umstritten, wie sich an der Einschätzung der Fouchet-Verhandlungen zeigte. Die Gegner sahen in geänderten Vorschlägen de Gaulles den Sargnagel für die Römischen Verträge, während die Befürworter, vor allem aus CDU/CSU und DC, stärker funktionalistisch argumentierten. Demnach war jeder Schritt zu einer gemeinsamen Politik zu begrüßen, wenn die aktuellen Errungenschaften, wie die Institutionen der EWG, garantiert wurden. Dieses funktionalistische *spill-over* Argument fand bei unterschiedlichen Forderungen Anwendung, so auch bei der beliebten Forderung, das Parlament mit mehr Rechten auszustatten, wobei hier das bis heute beklagte Demokratiedefizit ebenfalls angeführt wurde.

Das Ziel der politischen Einigung und eines Ausbleibens jenes *spill-over* Effektes konnte auch negativ gewendet werden. So betonte Adenauer, dass der Gemeinsame Markt zu schnell kommen würde, denn für eine gemeinsame Wirtschaft müssten gemeinsame Grundlagen zum Beispiel bei den Sozialsystemen erreicht werden, womit das große Ziel der politischen Einheit in weite Ferne rückte. Positiv wandte er die Prozesshaftigkeit des europäischen Projekts auf de Gaulles Veto an. Dessen Ablehnung erschien als gerechtfertigte Antwort auf das Nassau-Abkommen zwischen Großbritannien und den USA – ein „*Malheur*“, das vorübergehe.<sup>581</sup> Nicht zuletzt sollte die europäische Einigung wirtschaftliches Wohlergehen garantieren. Eine der Eigenschaften der Europapolitik ist es noch heute, dass diese eben aus vielen Teilbereichen besteht und die Meinungen der Parteien in diesen einzelnen Feldern eben maßgeblich für die Position auf der europäischen Ebene sind. Gerade für den Beginn der 60er Jahre ist hier die Agrarpolitik zu nennen, die entscheidenden Einfluss hatte. Folge war eine „Parzellierung der Entscheidungsstruktur“, da es die Europapolitik nicht gab, sondern folglich nur eine europäische Sozialpolitik, eine europäische Agrar- oder eine europäische Wettbewerbspolitik.<sup>582</sup> Dies war ein klares Indiz für die Etablierung der europäischen Ebene im politischen System. Gleichzeitig wurde der Begriff Europa Opfer des Erfolges der EWG. Der Begriff Europa war weniger pathetisch besetzt. Die Schicksalsgemeinschaft Europa wurde nicht mehr so häufig, nur noch in den viel zitierten „Sonntagsreden“ benutzt. Aus der Schicksalsgemeinschaft Europa wurde in der politischen Sprache der beginnenden 60er Jahre ein Werkzeug zur Modernisierung und ein Ort der beginnenden gemeinsamen Agrarpolitik.

Die Frage, wie die USA eingeschätzt wurden, war die Gretchenfrage der internationalen Ausrichtung der einzelnen Parteien im Doppeljahr 1962/63. Im Text ist mehrmals darauf hingewiesen worden, dass vor allem aus Teilen der deutschen Christdemokraten Zweifel bestanden, wonach die USA nicht bis zum äußersten bereit waren, für Europa gegen die Sowjetunion angesichts der eigenen Gefährdung einzustehen. Nach dieser Denkart war der atomare Schutzschirm der USA nicht besonders zuverlässig. Selbst wenn die Politiker gemeinsam zu dieser Analyse kamen, bedeutete dies aber noch lange keinen Konsens über die notwendige Gegenstrategie. Sollte Europa sich für den Fall der Fälle rüsten und selbst eine eigene Atomstreitmacht aufbauen oder würde es reichen, an einer multilateralen Streitkraft

<sup>581</sup> Adenauer, Teegespräche 61-63. S. 349 f.

<sup>582</sup> Vgl. zum Meinungsbildungsprozess in der Agrarpolitik in der SPD Bellers, die Godesberger SPD, S. 105 ff.

der NATO teilzuhaben? Würden eigene europäische Versuche die isolationistische Position in den USA nicht noch stärken und somit sogar die gegenteilige Wirkung haben? Reichte überhaupt ein „kleiner europäischer Schirm“? Wie sich die taktische Position innerhalb der Europadiskussion in der Bundesrepublik gewandelt hatte, machte ein Artikel des SPD-Politikers Günter Markscheffel vom November 1963 deutlich. Er beklagte, dass die europäische Integration nicht mehr weitergeführt würde und die angebotene atlantische Partnerschaft eines „freien Europas“ mit den USA nicht verfolgt werde. Die Folge wäre ein Erstarren der Sowjetunion und der Abschluss von Verträgen – wie dem Teststopp-Abkommen – über die Köpfe Europas hinweg. Zwar wollte der Autor den Schuldigen für die Krise nicht benennen, doch brauchte dieser auch nicht mehr benannt zu werden, war doch jedem klar, wer als Schuldiger ausgemacht war und wer ihm geholfen hatte.<sup>583</sup> Nun wurde also der CDU implizit vorgeworfen, dass diese mit ihrer Politik indirekt die Sowjetunion stütze und somit eine starke Position des Westens verspiele. Die Union und die SPD tauschten die Rollen des Garanten und des Gefährders der atlantischen Partnerschaft.<sup>584</sup>

Neben den militärischen Aspekten musste sich Europa zunehmend wirtschaftlich gegenüber den USA im Konkurrenzverhältnis positionieren - vor allem bei den stattfindenden GATT-Verhandlungen. Genau wie bei der Verteidigungspolitik stellten hier die Politiker der Parteien eine Notwendigkeit fest, dass Europa mit einer Stimme sprechen sollte. Doch auch in diesem Politikfeld traten die unterschiedlichen Interessen in den Ländern zu Tage, vor allem, wenn man die Agrarpolitik betrachtete.

Neben den „harten Fakten“ einzelner Politikfelder bestimmte die Einschätzung der amerikanischen Gesellschaft und Politik das Europabild der Parteien. Hier ist vor allem die Kennedy-Administration mit ihrer Politik der *new frontiers* zu nennen, die unterschiedliche Reaktionen hervorrief. In Teilen der CDU um Adenauer wurde die neue Richtung als verhängnisvolle Wende empfunden, während vor allem Sozialisten und Sozialdemokraten den jungen Präsidenten als Hoffnungsträger für eine neue Politik auffassten, ihn mit den Begriffen des Fortschritts, Aufbruchs und dadurch einem Mehr an sozialer Gerechtigkeit gleichsetzten. Er half sogar, antiamerikanische Einstellungen bei einer Mehrheit der PSI zu vertreiben. Nicht umsonst bewertete Nenni das Attentat auf Kennedy als eine „menschliche und politische Tragödie“.<sup>585</sup> Dem konnte die starke linke Minderheit um Vecchietti und Basso nicht folgen. Für sie waren auch die USA Kennedys immer noch imperialistisch.

Ebenso unterlag das Bild der Sowjetunion dem Wandel der Zeit. Für die westlich orientierten Politiker war sie noch immer der Feind des Kalten Krieges, was beim Mauerbau 1961 und der Kubakrise 1962 deutlich wurde. Für einen Großteil der Christ- und Sozialdemokraten war eine Politik der Stärke gefragt. Die italienischen Sozialisten setzten im Zuge

<sup>583</sup> Markscheffel, Günter: Aufgaben für Europa. Im Lichte der Sowjetstrategie. SPD-Pressedienst vom 8.1.1963. S. 1 f.

<sup>584</sup> Vergleiche die beiden Kapitel “Unionsparteien: Auf der Suche nach Sicherheit” und “SPD: Profilierung als „amerikanische Partei”” in: Marcowitz, Option. S. 109 ff.

<sup>585</sup> Nenni, Pietro: Tragedia umana e politica. In: Avanti vom 24.11.1963. S. 1. Siehe ebenso den Eintrag Nennis anlässlich seines Gesprächs mit Kennedy am 1.7.1963 in Rom. Nennis Beschreibung von Kennedy: “jung, offen, ehrlich“. Nenni fasst das Gespräch über de Gaulle so zusammen, dass beide sich einig sind, dass de Gaulle der Mann von vor 30 Jahren sei, Nenni und Kennedy jedoch Personen der Gegenwart und der Zukunft. Kennedy habe sich beschwert, dass er für die Politik der *new frontiers* kaum Mitstreiter in Europa habe. Nenni, diari 2. S. 289.

der Entspannung vor allem auf vermittelnde Versuche zwischen den beiden Blöcken. Die Organe der PSI betonten und begrüßten jeden Schritt, der auch nur irgendwie geeignet schien, eine entspannende Wirkung zu bewirken. Zu den Zuständen im Ostblock selbst schwieg jedoch die Mehrheit um Nenni in ihren Publikationen.

Die Einschätzung des Kalten Krieges und der Ost-West-Auseinandersetzung war die Grundlage jeglicher Bewertung der einzelnen Schritte in der Europapolitik und der sie angrenzenden Politikfelder. Die Forderungen und Bewertungen oszillierten um die Vorstellungen eines Europas in der atlantischen Gemeinschaft bei einer Mehrheit und eines vermittelnden, sozialistischen Europas zwischen den Blöcken, das die Linke der PSI anstrebte.<sup>586</sup> Doch auch innerhalb der ersten Gruppe traten immer wieder Diskussionen über die Ziele auf. Sollte ein geeintes Europa die USA in den Politikfeldern unter Druck setzen oder eher ein starker Pfeiler der atlantischen Gemeinschaft sein? Und wie sollte die Strategie aussehen? Der Kompromiss der PSI sah gar vor, die NATO mithilfe einer Entspannung und dem europäischen Einfluss langsam zu überwinden. Dies und die Frage nach der Finalität Europas, wonach eine zukünftige politische Einheit und eine möglichst große geographische Weite zumindest rhetorisch als gemeinsame Ziele ausgegeben wurden, waren die Grundlage zur Bewertung der Politik Frankreichs und des Beitrittsgesuchs Großbritanniens.

Die Außenpolitik de Gaulles traf bei der SPD auf harsche Kritik. Bellers unterschied verschiedene Felder, auf denen sich die Vorstellungen des Generals mit denen der SPD nicht in Einklang bringen ließen. Dies waren die Auffassungen von dem Verhältnis Europas zu den USA, den Vorstellungen von der europäischen Staatenwelt und bezüglich der Entspannungspolitik. Ferner war der Regierungsstil de Gaulles das Ziel sozialdemokratischer Kritik. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass die SPD dem französischen Nachbarn grundsätzlich positiv gegenüberstand.<sup>587</sup> Parteiübergreifend opponierten vor allem die Angehörigen der Bilderberg-Gruppe um Erler, dem jungen Helmut Schmidt und Kurt Birrenbach (CDU) gegen die Pläne de Gaulles. Hier wirkten Gespräche seit Mitte der 50er Jahre nach, in denen der transatlantische Dialog immer wieder gefördert und die Einbettung der europäischen Integrationsideen in die transatlantische Gemeinschaft stets gefordert worden war.<sup>588</sup> Erler nutzte die ihm entgegengebrachte internationale Resonanz. So verfasste er im Oktober 1963 einen Artikel in den *Foreign Affairs*, in dem er die Bedeutung der atlantischen Partnerschaft hervorhob und darüber hinaus de Gaulle für die „Erstarrung“ der Europäischen Gemeinschaften verantwortlich machte. Erneut stellte er fest, dass Frankreich nur ein europäischer Staat wie die anderen sein könnte. Die öffentlichen Aussagen waren gewollt zugespitzt, denn intern machte Erler bei mehreren Gesprächen deutlich, dass sich die Grundannahmen der französischen und amerikanischen Außenpolitik kaum unterschieden. So dürfe man sich keiner Illusion hingeben, dass sich die Vereinigten Staaten Mehrheitsbeschlüssen im Bereich der Nuklearwaffen beugen würden.<sup>589</sup> Die Politik de Gaulles traf in der CDU auf geteiltes Echo, was sich vor allem an der oben genannten Einschätzung zur

---

<sup>586</sup> Siehe besonders die zitierten Artikel in den Anmerkungen 433 und 435.

<sup>587</sup> Vgl. Bellers, die Godesberger SPD. S. 356 ff.

<sup>588</sup> Vgl. Aubourg, Valérie: Transatlantische Geschäftsbeziehungen. Die Bilderberg Gruppe. In: Gehler, Michael u. a. (Hg.): Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem. Wien/Köln/Weimar 2009. S. 69-85. V.a. S. 71 und S. 83.

<sup>589</sup> Soell, Erler. S. 454 f.

Verteidigungspolitik der USA orientierte. Die Ablehnung der de Gaulleschen Politik war in Italien größer, jedoch in unterschiedlichen Schattierungen. Auf die Ablehnung durch die Sozialisten und Sozialdemokraten wird weiter unten eingegangen. Bei den Christdemokraten kritisierte man vor allem, dass die Politik Frankreichs das atlantische Bündnis schwäche und den Beitritt Großbritanniens verhindere. Die Kritik Scelbas an der italienischen Regierung bezweifelte vor allem, dass diese auf die Politik de Gaulles angemessen reagiere. Eine einfache Verurteilung der Politik bringe wenig, denn die europäische Integration hänge in starkem Maße von einem guten französisch-italienischen Verhältnis ab, mit ihren beiden Seiten der Vertiefung und Erweiterung.

Der Beitritt Großbritanniens zur EWG war an der Oberfläche das entscheidende Thema der Europapolitik in dem betrachteten Zeitraum. Offiziell befürworteten alle entscheidenden Kräfte der hier behandelten Parteien einen britischen Beitritt, doch auch hier kam es vor allem zur Kritik bezüglich der gefahrenen Strategie der Regierungen in der Europapolitik. So warf die SPD Adenauer vor, mit dem durchaus richtigen deutsch-französischen Vertrag insgeheim Steigbügelhalter für de Gaulles antibritische und antiatlantische Politik zu sein. Auch in der CDU konturierten sich hieran die Konfliktlinien. So widersprach Schröder implizit Adenauer in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 10.1.1963. Adenauer hatte den Beitritt Großbritanniens ja immer grundsätzlich bejaht, aber Probleme *en detail* ausgemacht. Schröder hingegen wandte auf den britischen Beitritt die alte pragmatische Vorgehensweise Adenauers an. Demnach ließen sich alle institutionellen und wirtschaftlichen Probleme lösen, wenn man den Beitritt politisch wolle.<sup>590</sup> Die SPD forderte seit eh und je die Erweiterung des europäischen Integrationsprojekts um Großbritannien, wobei sie an die alten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Argumente der 50er Jahre anknüpfte.

Wie in den Jahren zuvor waren die Deutschlandpolitik und die Vorstellungen von Deutschland in Europa entscheidend für die Europapolitik. Sie spielte vor allem indirekt über die Sicherheitspolitik eine große Rolle, beeinflusste aber auch direkt die europapolitischen Überlegungen. So beschrieb Birrenbach in der „Welt“ vom 11.8.1962 die europäische Integration als wichtigen Schritt und Schlüssel hin zur deutschen Wiedervereinigung. Die europäische Integration habe den deutschen Wiederaufbau und die Gleichberechtigung ermöglicht und nur ein integriertes Deutschland mit seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten könne schlussendlich die osteuropäischen Staaten davon überzeugen, dass es gegenüber Polen und Tschechien ebenso friedlich sei wie gegenüber den westlichen Nachbarn. Ein demilitarisiertes Deutschland würde hingegen zwangsläufig kommunistisch werden und somit niemanden nutzen, zumal die Sowjetunion noch nie einen bolschewistischen Staat aus ihren Klauen entlassen habe. Wie denn auch, denn damit würde ja der geschichtliche Anspruch des Kommunismus verletzt.<sup>591</sup>

In der SPD waren das Postulat der Wiedervereinigung und die Europäische Einigung nun keine Gegensätze mehr. Beide Ziele waren vielmehr Prozesse, die es zu vereinbaren galt und die in Einklang gebracht werden konnten, wobei Überreste alter Vorstellungen weiterhin präsent waren. So verblasste zwar die institutionelle Struktur des 1959 präsentierten Deutschlandplanes der SPD zusehends, doch die Überlegungen zur Angleichung der Wirtschaftssysteme wurden auch in den kommenden Jahren wiederholt. So konnten nach Weh-

<sup>590</sup> Auswärtiger Ausschuss 61-65. S. 524 ff.

<sup>591</sup> DzD IV/8. S. 924-931.

ner in einem staatlichen Gebilde zwei Wirtschaftssysteme vertreten sein, womit ein vereintes Deutschland der EWG angehören könnte.<sup>592</sup> Dies ging mit einer wandelbaren Zielvorstellung für die europäische Einigung einher. Unterschiedliche Ansätze der Politiker, ob diese nun national wie Brandt oder mondialistisch freihändlerisch wie Kriedemann oder Helmut Schmidt argumentierten, waren aufgrund der funktionalistischen Orientierung und der Fixierung auf den Prozess kaum von Bedeutung.<sup>593</sup> An der Einschätzung Deutschlands und der geforderten Reaktion auf europäischer Ebene wurden aber die Unterschiede in der PSI deutlich.

Das Deutschlandbild des *Mondo Nuovo* düster. Demnach war die konservative Regierung Adenauer restaurativ, während die SPD mit ihrem Godesberger Programm eine *capitolazione ideologica* begangen habe und auf den grundsätzlichen Kurs der Regierung eingeschwenkt sei. Ihre Zustimmung zum Elysée-Vertrag war gar eine „Schande“.<sup>594</sup> Gleichzeitig spielten einige Artikel auf die steten Unstimmigkeiten im deutsch-amerikanischen Verhältnis an, wobei vor allem auf das wirtschaftliche Konkurrenzverhältnis hingewiesen wurde.<sup>595</sup> Die Artikel strichen Kontinuitäten zur Zeit vor 1945 heraus. Noch immer sei der Einfluss Krupps groß und somit die Gefahr eines deutschen Revanchismus. Somit bekamen die deutsch-französische Achse und das Drängen der deutschen Regierung nach einer Teilnahme an der atomaren Bewaffnung geradezu beängstigende Züge. Nach Meinung des linken *corrente* der PSI marschierten hier bereits wieder die Faschisten<sup>596</sup> - mit Hilfe des autoritären Frankreichs. Die imperialistischen Tendenzen konnten dabei nur von einem wirklich sozialistischen Europa bekämpft werden, einem Europa ohne „trusts“. In der Hitze der Auseinandersetzung warf man der italienischen Regierung sogar vor, sich nicht genug auf die amerikanische Seite zu schlagen, sondern durch die vermittelnde Position dem deutschen Imperialismus zu helfen.<sup>597</sup>

Für die *autonomisti* in der PSI bedeutete ein geeintes Europa stattdessen die passende Antwort auf die als reaktionär eingestufte Politik de Gaulles. Ein gemeinsames Europa konnte demnach die demokratische Struktur in den einzelnen europäischen Staaten stärken. Mit dem Jahr 1963 war der schwierige Weg der PSI auf die Europäische Gemeinschaft zu abgeschlossen. Die (Mehrheit der) PSI war in dem aktuellen Europa angekommen.<sup>598</sup> PSDI und die Mehrheit der PSI teilten nun gemeinsame Bilder von Frankreich, Großbritannien

<sup>592</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 291 ff. Zitat Arnold Brechts. Ebd. S. 295 f.

<sup>593</sup> Vgl. Bellers, die Godesberger SPD. S. 303-306.

<sup>594</sup> So die Einschätzung des *Mondo Nuovo* am 26.5.1963 nach der Zustimmung der SPD zum Elysée-Vertrag. Siehe den Artikel: Germania. I socialdemocratici votano a favore dell'asse Bonn-Parigi. Ebd. S. 5.

<sup>595</sup> Siehe zum Beispiel den *Mondo Nuovo* vom 20.5.1962: Continua il duello a distanza tra Kennedy e Adenauer. Ebd. S. 10.

<sup>596</sup> Siehe sinnbildlich die Titelseite des *Mondo Nuovo* vom 6.1.1963. Hier sah man links oben Krupp, dann rechts daneben Hitler stehen. Darunter stand links wieder Krupp, rechts daneben Adenauer. Über dem gesamten Bild: Promemoria per i tedeschi.

<sup>597</sup> Libertini, Lucio: Cinque domande sull'imperialismo e la coesistenza. *Mondo Nuovo* vom 3.2.1963. S. 3. Kennedy warf der *Mondo Nuovo* ohne weiteres imperialistische Absichten vor. So auf der Titelseite vom 28.10.1962 anlässlich der Kubakrise, auf der Kennedy mit der Überschrift "L'imperialismo ha gettato la maschera" abgelichtet war.

<sup>598</sup> Ripa di Meana, Carlo: "I socialisti e l'Europa", in: Benzoni (Hg.), *La dimensione internazionale*. S. 249-260. Hier S. 257 f.

und Europa. Europa mit Großbritannien sollte gegen die französischen, als autoritär eingeschätzten Tendenzen de Gaulles helfen. Europa sollte frei und fortschrittlich, demokratisch und sozial ausgewogen sein. Mit der Forderung nach mehr Demokratie traf sie sich nun mit den Föderalisten. Ausdruck dessen war die ab 1961 auftretende Korrespondenz zwischen Spinelli und Nenni.<sup>599</sup> Dieses Europa sollte zur Entspannung und zur Abrüstung beitragen, gleichzeitig die koloniale Vergangenheit der europäischen Staaten überwinden, die neutralen Staaten unterstützen und Italien selbst, nach Meinung der PSI, zu einer neutralen Außenpolitik verpflichten. Hierzu war aber die genaue Positionierung zur NATO notwendig und somit ein möglicher Streitpunkt gegeben.<sup>600</sup> Gerade dies war ein Angriffs- und Kritikpunkt der christdemokratischen Exponenten, obwohl gerade die Kennedy-Administration nach ersten Annäherungsversuchen bereits in der späten Ära Eisenhower einem *centro-sinistra* positiv gegenüber stand und ein ehemaliges amerikanisches „Veto“ zu einer Mitte-links Regierung, das bis Mitte der 50er Jahre bestanden hatte, aufhob.<sup>601</sup> Die positive Perzeption des neuen amerikanischen Präsidenten durch die Mehrheit der PSI traf in den USA auf Gegenliebe und war ein sich gegenseitig bedingender Prozess.

Der Blick der deutschen Parteien auf Italien beschränkte sich im Grunde auf die Christdemokraten. Das *centro-sinistra* wurde von Teilen der Union als Gefahr wahrgenommen. Darüber hinaus war dieses zusammen mit der nachlassenden Europabegeisterung, die man in der NEI und in Italien merkte, für Brentano ein Zeichen dafür, dass die Gefahr aus dem Osten nicht mehr so stark wahrgenommen und die Ziele der Sowjetunion unterschätzt wurden. Nach Brentano musste hiergegen die europäische Einigung belebt werden.<sup>602</sup> Europa erschien wieder einmal als Ausweg.

Die europäische Integration wurde von den meisten Parteien in der atlantischen Partnerschaft verankert. Sie jetzt aber als besonders westlich und antitotalitär zu bezeichnen, machte angesichts der offensichtlichen Zugehörigkeit der aktuellen Institutionen und aufgrund der geringeren Konfrontation durch die Entspannung nur noch wenig Sinn. Interessant erscheinen hingegen Forderungen der italienischen Sozialisten, mittels eines europäischen Einflusses schlussendlich sogar die Blöcke überwinden zu können. Es waren vor allem Sozialdemokraten und Sozialisten in beiden Ländern, die vor autoritären Tendenzen in Frankreich und Deutschland sowie vor einer Zusammenarbeit mit Spanien und Portugal warnten. Autoritäre Regime gefährdeten demnach zwar die europäische Einigung, konnten aber durch diese eingedämmt werden. Eine gelungene Mitarbeit in den aktuellen Gremien und eine Erweiterung um demokratische Staaten schien hier eine mögliche und sinnvolle Gegenmaßnahme zu sein. Dass dies reichen würde, bezweifelten indes die linken Vertreter der PSI. Sie sahen faschistische Tendenzen in Europa, die folglich nur mit einem wirklich sozi-

---

<sup>599</sup> Carteggio Pietro Nenni - Altiero Spinelli. S. 35 ff. Das Jahr 1962 zeigte jedoch eine geringe Quantität auf, was mit persönlichen Gründen der beiden Briefpartner erklärt werden kann. Ebd. S. 54.

<sup>600</sup> Benzoni, Alberto und Achilli, Michele: "Il 'neutralismo' del PSI: speranze nel 'non allineamento', analisi dei blocchi, interpretazione dei vincoli atlantici", in: Benzoni (Hg.), *La dimensione internazionale*. S. 261-267. Hier S. 262 ff.

<sup>601</sup> Vgl. Di Scala, Spencer: "I socialisti, il centro-sinistra e l'amministrazione Kennedy", in: Benzoni (Hg.), *La dimensione internazionale*. S. 268-275.

<sup>602</sup> Vgl. den Bericht Brentanos vor der CDU/CSU-Fraktion vom 12.11.1963 nach einem Rombesuch. CDU/CSU-Fraktion 63-65. S. 863.

alistischen Europa bekämpft werden konnten. Abendländische, imperialistische, autoritäre, kapitalistische und faschistische Vorstellungen hatten für sie die gleiche Wurzel.

Spielarten des Abendlandes lebten in der Union fort, verloren aber weiter an Bedeutung, obwohl man Ende 1962 grob die beiden außenpolitischen Denkschulen, „eine stärker abendländisch-kontinentaleuropäische und eine mehr großeuropäisch-transatlantisch orientierte“, in ihr unterscheiden konnte.<sup>603</sup> Beide Denkschulen hatte die Sammlungspartei in sich vereint. Ausdruck dieser Sammlungsbewegung war der Übertritt ehemaliger DP Politiker wie bei von Merkatz, wobei sich das Bild der Abendländer zu Beginn der 60er Jahre bereits verwestlicht hatte. Die Abendländische Akademie und die Zeitschrift waren eingeschlafen. Reste der Bewegung lebten in der Paneuropa-Bewegung des Grafen Coudenhove-Kalergi fort.<sup>604</sup> Adenauer grenzte sich von jenen zu konservativen Spielarten des Europagedankens ab, was aus sehr reservierten Antworten auf Anfragen des Grafen hervorgeht. So hatte das Werben Coudenhove-Kalergis Mitte der 60er Jahre, Adenauer zur Übernahme des Ehrenvorsitzes in der Paneuropa-Union zu überreden, keinen Erfolg, obwohl der Graf Antigauillismus und Anti-Europäismus gleichsetzte. Adenauer wies mehrmals von 1964 bis 1966 Einladungen zu Reden aus terminlichen Gründen zurück.<sup>605</sup> Und dies, obwohl Adenauer auch weiterhin seinem Nachfolger insbesondere in der Außenpolitik die nötige Kompetenz absprach und eine stärkere Zusammenarbeit mit Frankreich forderte.<sup>606</sup> Das antikommunistische Argument polarisierte auch in Italien nicht mehr so stark. Trotz antikommunistischer Parolen verlor die DC bei den Wahlen 1963 ungefähr 4% der Stimmen. Gleichzeitig war aber die Ausgrenzung der PCI intern ein wichtiges Argument für die Annäherung an die PSI.<sup>607</sup>

Gegen Ende seiner Kanzlerschaft stellte Adenauer in seiner Argumentation des Schutzwalls gegenüber der Sowjetunion nicht mehr so stark das kommunistische Argument in den Vordergrund, sondern argumentierte stärker mit einem historisch sozialpsychologisch motivierten Argument, wonach Russland schon immer einen Expansionsdrang gehabt habe und stets nur durch Härte aufgehalten werden konnte. Dies spitzte er in einem Interview im Juni 1961 zu: „Chuschtschow ist ein Zar! Der verehrt Iwan den Schrecklichen und Peter den Großen doch mehr als Karl Marx ... Chruschtschow ist in erster Linie Russe, in zweiter Linie Kommunist, und als Russe hat er den Drang nach Westen.“<sup>608</sup> Damit reagierte er auf die zunehmende Skepsis, mit der man in der Bevölkerung dem antikommunistischen Ar-

<sup>603</sup> Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. S. 176.

<sup>604</sup> Vgl. Conze, Das Europa der Deutschen. S. 197 ff. Zu von Merkatz: Ebd. S. 92-99.

<sup>605</sup> ACDP. 07-001-10002.

<sup>606</sup> So forderte er seinen Nachfolger bei einer Rede im Juni 1964 in Düsseldorf vor Mitgliedern des Industrie-Clubs und dem Deutsch-französischen Kreis zu einer aktiven Politik der Einigung auf, denn bereits Bismarck habe gesagt: „Die allerschlechteste Regierung ist diejenige, die nichts tut.“ Die französische Regierung habe in den letzten Jahren einige Vorschläge gemacht, die leider abgelehnt worden seien. Ferner wies er auf die britischen Bedenken und Schwierigkeiten eines Beitritts hin. ACDP. 07-001-10006. S. 12 ff. Zitat Bismarcks: Ebd. S. 14. Die Rede ist auch abgedruckt in: Adenauer, Reden. S. 459-470.

<sup>607</sup> Das Argument der Wahlverluste lässt sich natürlich auch drehen. So kann die DC verloren haben, eben weil sie antikommunistische Parolen benutzt hat und dies zu ihrer Politik einfach nicht mehr gepasst hat. Sie wäre dann als unglaubwürdig wahrgenommen worden. Genauere Schlüsse ließen sich ziehen, wenn Wählerwanderungen verfügbar und die Motivation erfragt worden wären.

<sup>608</sup> Vgl. Weidenfeld, Adenauer und Europa. S. 147 ff. Das Zitat findet sich hier auf S. 149.



gument begegnete. Seit dem Tode Stalins und dem 20. Parteitag der KPdSU schien die Sowjetunion in Bewegung zu sein und konnte schlichtweg nicht mehr als Block barbarischer Horden angesehen werden. Darüber hinaus ordnete er den aktuellen Konflikt historisch ein, perpetuierte ihn sozusagen. Da war der Schluss nicht mehr fern, dafür sorgen zu müssen, dass auch nach seiner Kanzlerschaft gegen die stete Gefahr vorgesorgt sein müsse.

Adenauers Konzept eines starken Europas, gegen expansionistische Bestrebungen der Sowjetunion gerichtet und zugleich von der Skepsis an der Zuverlässigkeit der USA gestärkt, bot einen idealen Anknüpfungspunkt an die politischen Ziele de Gaulles eines stärkeren Europa, durch das die ehemalige *Grandeur* Frankreichs wieder auferstehen könne. Die Vorstellung der durch Integration wieder erstarkenden Nationalstaaten war dabei nicht neu, sondern hatte die bereits bei der Annahme des Schumanplans oder der Römischen Verträge eine wichtige Rolle gespielt.<sup>609</sup>

Die erneute Verknüpfung der Europapolitik mit der Sicherheitspolitik durch die Vorschläge der atlantischen Partnerschaft durch Kennedy, den Vorschlägen zur MLF und der unmittelbaren Reaktion de Gaulles mit der Ablehnung Großbritanniens nach dem Gipfel von Nassau führten zu einer erneuten Unschärfe des Begriffs Europa. War 1956/57 eine zunehmende Fokussierung des Begriffs auf die Verhandlungen zu den Römischen Verträgen festzustellen gewesen – eine Erweiterung um die Freihandelszone war quasi Ergänzung, das immer wieder ventilierte Sicherheitssystem wurde auf einer eigenen Ebene thematisiert – sorgte diese Verknüpfung nun zu einer erneuten babylonischen Sprachverwirrung. Sie erhöhte erneut die Komplexität der Europapolitik.

Die europäische Einigung war dabei weder thematisch noch geographisch begrenzt. Sie etablierte nun aber endgültig eine neue Ebene politischer Auseinandersetzung. Die Parteienkooperation zwischen den christdemokratischen Parteien erlahmte zu Beginn der 60er Jahre angesichts des abnehmenden Gewichts der Parteien in den Regierungen.<sup>610</sup> Hier merkte man, dass die internationale Kooperation zwischen den christdemokratischen Parteien doch stark von den Regierungsbeteiligung und den sich daraus ergebenden inoffiziellen Netzwerken belebt worden war. Sie bekam darüber hinaus in den einzelnen Ländern zunehmend Konkurrenz durch die Sozialdemokratie, die eine intensive internationale Zusammenarbeit durch die Internationale und die Zusammenarbeit in den europäischen Gremien pflegte.

Die europäische Ebene wurde maßgeblich durch die politischen Kulturen in den Ländern beeinflusst. So symbolisierte Willy Brandt für die SPD nicht nur den Aufbruch,<sup>611</sup> sondern die Ablehnung stark ideologischer Zuspitzung in der Politik. Einzig auf Basis bereits getroffener Grundentscheidungen - Westorientierung, soziale Marktwirtschaft, Wiederbewaff-

---

<sup>609</sup> Zur Europakonzeption de Gaulles: Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen 1958-1963. München 2001. S. 1446 ff. Die de Gaulle vorgeworfenen antieuropäischen und nationalistisch geprägten Entscheidungen werden relativiert in Loth, Wilfried: "De Gaulle und Europa. Eine Revision", in: Historische Zeitschrift 253 (1991). S. 629-660.

<sup>610</sup> Vgl. Kaiser, Christian Democracy. S. 304 ff.

<sup>611</sup> Brandt wurde im Inland von der SPD als Staatsmann verkauft. Vgl. „Sie sind ein großer europäischer Staatsmann“. Willy Brandt in Scarborough. Auftakt zum *Labour*-Parteitag. SPD-Pressedienst vom 30.9.1963. S. 1a. <http://library.fes.de>, abgerufen am 19.2.2011.

nung – sollten die Entscheidungen nun nur durch Argumente und möglichst im Kompromiss gefunden werden. Damit kam man einer weit verbreiteten Einstellung in der Bevölkerung entgegen, die stärker auf Konsens hin orientiert war und zunehmend von der Forderung getragen war, Politik müsse unideologisch sein. Auf der Basis jener Grundhaltung verloren sowohl die konservativen Kreise als auch die Wirtschaftsliberalen in der Union ihren Boden, währenddessen die Vertreter des Kronberger Kreises und des Evangelischen Arbeitskreises gerade jene Position vertraten. In einer Gesellschaft, die zunehmend eine unideologische Politik forderte, war es für die Christdemokraten schwierig, sich zu positionieren, was interne Programmdiskussionen zur Folge hatte und die Vertreter des EAK wie von Hassel, Stoltenberg und Schröder förderte.<sup>612</sup> Dies spiegelte sich in der Europapolitik wieder. So spielten die Theorien der europäischen Integration kaum noch eine Rolle. Entscheidend war die Frage der konkreten Zusammenarbeit. Auch war die Zusammenballung von Wirtschaftsmacht laut SPD nicht mehr das entscheidende Problem, sondern wie diese Macht kontrolliert werde.<sup>613</sup> Bei den Motiven der SPD für ihre Politik im Rahmen des Elysée-Vertrages spielten sowohl innenpolitische und koalitionspolitische Motive als auch integrations- und europaspezifische Argumente eine Rolle.<sup>614</sup> Durch die neue Strategie des Verhandeln im *package dealing*, von Metzger als „Kuhhandel“ beschrieben, der eben auf dem alten Prinzip des *do ut des* basierte, hatte die SPD durch die Präambel den Vertrag entscheidend verändern können.<sup>615</sup> Die von Soell Erler zugeschriebene Maxime, nun nicht mehr nur Recht zu haben, sondern auch Recht zu bekommen, fand hier ihren Ausdruck.<sup>616</sup> Formelhafte Kompromisse und pragmatisches Handeln waren ebenfalls die Grundlage der Zusammenarbeit des *centro-sinistra*. Deutlich wurde das bei der Einführung der Regionen, die im *accordo programmatico* 1963 als „Umsetzung der Verfassung“ festgehalten wurde.<sup>617</sup> Diese Formulierung bot viel Spielraum und war somit konsensfähig.

Dennoch bot „Europa“ noch so viel Pathos, dass die DC versuchte, sich trotz interner Auseinandersetzungen zur Außen- und Europapolitik als die Europapartei zu verkaufen. Interessant erscheint hierbei die stete Verknüpfung von Jugend und Europa. Die Befürworter einer europäischen Einigung forderten, die Jugend für ein geeintes Europa gewinnen zu wollen. Gleichzeitig postulierte man, dass ein geeintes Europa für die Jugend geschaffen werden solle, die quasi automatisch gegenüber einer europäischen Einigung positiv eingestellt sei. Folglich schloss die DC, dass eine standhafte Europapolitik im Wahlkampf 1963 besonders helfe, die Jugend anzusprechen.<sup>618</sup> Somit unterlag man aber einem sich gegenseitig bedingenden Effekt, wenn nicht gar einem klassischen Zirkelschluss.

Die Europapolitik war aber nicht nur ein beliebtes Wahlkampfthema, sondern war für die Selbstdefinition der DC entscheidend. Fast alle *correnti* bezogen sich explizit auf den „eu-

<sup>612</sup> Siehe Doering-Manteuffel, wie westlich. S. 131-133.

<sup>613</sup> Markscheffel, Günter: Neue Perspektiven für die EWG. Zur Konferenz der Sozialdemokratischen Parteien Europas. In: SPD-Pressedienst vom 7.11.1962. S. 1 f.

<sup>614</sup> Vgl. Bellers, die Godesberger SPD. S. 398 f.

<sup>615</sup> Bellers, die Godesberger SPD. S. 401.

<sup>616</sup> Immer wieder auftauchendes Motiv bei Soell, Erler.

<sup>617</sup> Zur Quelle siehe die Anmerkung 567.

<sup>618</sup> Siehe die Redebeiträge del Bos und Battistas auf der Sitzung der Unterkommission Außenpolitik für das Wahlprogramm vom 5.2.1963. S. 5 und S. 8. Wie Anmerkung 507.

ropäischen Gründervater“ zurück. So in der *Concretezza*, die damit ihre Verbundenheit mit dem *centrismo* offen zur Schau trug. Diesen Rückbezug auf De Gasperi hatte es bereits Mitte der 50er Jahre gegeben - auch bei der *La Discussione*.<sup>619</sup> Sowohl die Befürworter einer *apertura* als auch deren Gegner beriefen sich auf De Gasperi, der somit wirklich als Gründer- zu einem Übervater der DC wurde. Das Ziel der europäischen Einigung war in Italien nun allgemein anerkannt. Gar die *Confindustria* gab eine europäische politische Union als Notwendigkeit aus.<sup>620</sup> Obwohl aber ein geeintes Europa ein parteiübergreifendes und häufig propagiertes Ziel war, ließ die Mitarbeit in den europäischen Gremien die gewünschte Intensität vermissen. Sowohl die Teilnahme an den europäischen parlamentarischen Versammlungen als auch die unregelmäßige Beschickung der Ministerräte wirkten sich nicht positiv auf Italiens Gewicht in den geschaffenen Institutionen aus.<sup>621</sup> Die allgemeine Forderung und parteiübergreifender Konsens für ein geeintes Europa standen im Widerspruch zur realen Praxis und den immer wieder aufflammenden Diskussionen auf europäischer Ebene in den einzelnen Politikfeldern. Eine Begebenheit, die die Europadiskussion in den Parteien bis heute prägt und die Konkurrenz um die richtige Europapolitik zu einem komplexen Untersuchungsgegenstand macht. Europa war und ist chimärenhaft, eine Zielvorstellung, das Ergebnis realer Politik, eine politische Ebene, ein Politikfeld, geographisch undefiniert und ideell unterschiedlich fundiert zugleich.

---

<sup>619</sup> Vgl. Andreotti, Giulio: *Attualità di un discorso. La Concretezza* vom 15.8.1956. S. 3 f. Vgl. geradezu sinnbildlich das Titelbild der *La Concretezza* vom 16.8.1962. Hier ist De Gasperi auf seinem letzten Parteitag in Neapel zu sehen. Genau das gleiche Foto verwendete die *La Discussione* Fanfanis am 14.10.1956 als Titelbild.

<sup>620</sup> Thomas, *Die Europa-Politik Italiens*. S. 206.

<sup>621</sup> Siehe als Beispiel den Brief des ehemaligen Außenhandelsministers Preti an Moro vom Oktober 1963, in dem dieser mangelnde Kontinuität italienischer Minister in den Ministerräten bemängelt und hofft, dass eine von Moro geführte Regierung dieses Problem beheben werde. ALS, Fondo DC. Segreteria politica, Moro. Sc. 152, fasc. 32. Zur mangelnden Legitimation der parlamentarischen Delegationen Italiens in den europäischen Versammlungen durch die unklaren Mehrheitsverhältnisse in den beiden Kammern siehe exemplarisch den Brief Montinis an Moro vom 20.9.1963. In: ALS, Fondo DC, Segreteria politica, Moro. Sc. 159, fasc. 23.



---

## VI. Fazit

In den einleitenden Worten wurden die drei zentralen Fragestellungen der Arbeit beschrieben, die die Konkurrenzsituation und die Definition des Begriffs Europa näher spezifizieren sollten. Diese lauteten: 1. Wie wurde der „Begriff“ von den Parteien benutzt? 2. Mit welchen weiteren Begriffen wurde der diskursiv geprägte Terminus Europa beschrieben und schlussendlich mit Bedeutung gefüllt? 3. Welche Bedeutung hatte der Begriff Europa in der politischen Debatte und welche Rolle spielte die damit verbundene und geforderte Europapolitik in den einzelnen Parteien? Es ging also darum, die Determinanten des Europabegriffs in den einzelnen Parteien zu identifizieren und ihren Einfluss auf die Konkurrenzsituation der Parteien in der Europapolitik deutlich zu machen. Perception, Konstruktion und Begleitung der europäischen Integrationsschritte waren sich gegenseitig bedingende Prozesse.

Zur Beantwortung dieser Fragen wurde auf den zurückliegenden Seiten die Konkurrenzsituation beschrieben und in jeweils vergleichenden Abschnitten analysiert. Vergleicht man nun diese Analysen, werden der zeitliche Verlauf und die sich verändernde Gewichtung der Argumente deutlich. Der Europadiskurs hatte in den betrachteten Zeiträumen unterschiedliche Schwerpunkte. Er stand erst unter den Auspizien des Wiederaufbaus und ging dann fließend in die Debatte um die Westorientierung in beiden Staaten über, wobei dies erst in Italien, dann in der Bundesrepublik aufgrund der späteren Staatsgründung geschah. Dem Scheitern militärischer Integrationsversuche folgte 56/57 ein weitverbreiteter Konsens über die Notwendigkeit einer kontinentalen Einheit als Voraussetzung für wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt. Die letzte hier betrachtete Etappe zeigte neue Fronten in der Europadiskussion – geprägt durch neue Positionen der Parteien in den Ländern und aufgrund der veränderten internationalen Lage durch die Kennedy-Administration und die Avancen de Gaulles.

Der Europabegriff war hochgradig komplex strukturiert und vor allem durch ambivalente Bedeutungszuweisungen geprägt. Ideen- und Politikgeschichte trafen sich gerade in diesem Begriff. Dies wird insbesondere durch den Vergleich der beiden nationalen Situationen und deren zeitlich bedingte Änderung deutlich. In der zusammenfassenden Betrachtung sind drei analytische Ebenen auszumachen, die den Europabegriff der Parteien prägten und somit die Konkurrenzsituation in den beiden Ländern bestimmten. Dies waren auf einer ersten Ebene Werte, die Europa zugeschrieben wurden und die vom politischen Standort der Politiker abhingen. Dieser konnte sich gerade aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen wandeln. Eine zweite Ebene war der internationale Rahmen. Der Ost-West Konflikt und die Politik der Supermächte sowie der europäischen Staaten, hier vor allem Frankreichs und Großbritanniens, bestimmte das Europabild der Parteien. Die Einschätzung beeinflusste die konkreten europapolitischen Entscheidungen. Eine dritte Ebene ist mit den benachbarten Politikfeldern auszumachen. Europa zu schaffen heißt gesellschaftliche Verhaltensweisen gemeinsam regeln zu wollen, also sich konkret in der Verteidigungspolitik, Wirtschafts- oder Sozialpolitik abzustimmen. Vorstellungen in diesen Bereichen waren Bewertungsgrundlage europäischer Schritte. Waren europäische Institutionen und damit eine europäische Ebene geschaffen, wurden die auf dieser Ebene getroffenen Entscheidungen mit bera-

ten, beeinflusst und anschließend bewertet. Dieser Prozess beeinflusste die Bewertung der europäischen Integration durch die Parteien.

Die Komplexität des Konkurrenzverhältnisses der Parteien um Europa wird deutlich, wenn man bedenkt, dass die drei hier beschriebenen Rahmen als Deutungsmuster beweglich waren. Die letzten beiden Rahmen beeinflussten die konkreten Entscheidungen, der erste Rahmen beschreibt Grundhaltungen. Gegenläufige, sich teilweise widersprechende oder auch bedingende Entwicklungen zwischen den Rahmen und auch in einem selbst machten die Janusköpfigkeit des Europabegriffs und die Konkurrenz um „Europa“ aus.

#### Europa – Ein Kontinent als Wertegemeinschaft mit offenen Grenzen

Einem zu einenden Europa wurden Werte zugewiesen. Dabei zeigte sich von 1945 bis 1964 eine abnehmende Intensität. In beiden Ländern war Europa in den Anfangsjahren Teil eines „Wiederaufbaudiskurses“. Wirtschaftliche Erholung und Gleichberechtigung sollte den beiden Ländern nach der Niederlage durch ein geeintes Europa – als Teil einer neuen internationalen Ordnung – widerfahren. Europa erschien dabei in den 40er Jahren in Deutschland und Italien als Projektionsfläche unterschiedlicher Vorstellungen, die sich erst mit von außen angestoßenen, wenn nicht gar aufgezwungenen Entscheidungen, wie der Zuspitzung des Kalten Krieges und des Marshallplans, konkret wurden. Während Politiker in Italien vor 1947 und in Deutschland vor 1949 nur pauschal Wunschvorstellungen an ein zu schaffendes Europa formulierten, mussten sie sich nun politisch entscheiden. Dabei wurden, anknüpfend an zuvor allgemein geäußerte Vorstellungen, die teilweise parteiübergreifenden Anforderungen politisch instrumentalisiert und geschärft. Gerade das Gleichberechtigungsargument wurde von Befürwortern und Gegnern in beiden Ländern für und gegen die europäische Integration angeführt. DC und mehrheitlich die Sozialdemokraten sahen in der europäischen Integration und der NATO Anzeichen eines Prozesses, der Italien eine gleichberechtigte Position bringe. Die PSI und die PCI bezweifelten dies. Für sie wurde Italien durch die USA im Kalten Krieg instrumentalisiert. In der jungen Bundesrepublik entzündete sich die Konkurrenz, zugespitzt vorgetragen durch die Kontrahenten Adenauer und Schumacher, ebenfalls an der Frage der Gleichberechtigung. Dies war das häufigste Argument bei den in der Bundesrepublik stattfindenden Beratungen der EVG – neben der Verhinderung einer möglichen deutschen Wiedervereinigung. Ein gemeinsames Europa sollte Fortschritt und Sicherheit bringen, es war ein Mittel und Instrument, gewisse politische Ziele zu erreichen und zugleich Symbol für einzelne politische Ziele.

Europa als Wertegemeinschaft wurde in beiden Ländern vor allem in den frühen 50er Jahren *ex negativo* definiert. Es galt vor allem, die faschistische und die nationalsozialistische Diktatur, aber auch übertriebenen Militarismus und Kapitalismus zu überwinden. Kurzum: Europa sollte moralische Missstände in beiden Ländern überwinden. Hierzu sollte man sich auf Werte besinnen, wobei Vertreter aller Parteien auf teilweise dieselben geschichtlichen Wurzeln der europäischen Geschichte zurückgriffen. Europa wurde demnach durch seine antiken, christlichen, humanistischen, liberalen und sozialistischen Traditionen definiert. Je nach politischer Richtung wurden die einzelnen Wurzeln mal stärker, mal schwächer hervorgehoben. Das Nebeneinander von Bedeutungen ermöglichte es, Europa als geeignetes Objekt zur Konsensfindung aufzufassen und es gleichzeitig so unterschiedlich zu definieren, dass man sich vom politischen Gegner abgrenzen konnte. Es war gerade die

Argumentation *ex negativo* für ein Europa gegen etwas anderes, die das Konfliktpotential begründete, das die Europadiskussion in den jeweiligen Untersuchungszeiträumen hatte. So konnte Schumacher Anfang der 50er Jahre die europäischen Integrationsbestrebungen als klein, katholisch (stärker noch: klerikal und konservativ), kartellisch und kapitalistisch kritisieren, Adenauer die europäische Integration als antikommunistisch, antitotalitär, antimaterialistisch und antisozialistisch definieren. Ähnlich verlief dies in Italien, mit dem Unterschied, dass sich die PSI eindeutig im Fahrwasser der PCI befand. Sie stellte die europäische Integration als Teil einer kriegstreibenden Politik dar, die gegen universelle Werte wie die des Frieden-Bewahrens verstoße. Über die Exklusion sehr konkreter politischer Bestrebungen distanzieren sich die Parteien von den Europabildern der anderen.

Insgesamt lässt sich für beide Länder feststellen, dass mit zunehmender Etablierung der europäischen Institutionen die Notwendigkeit der europäischen Integration immer weniger angesprochen und somit ihre Wertefundierung seltener thematisiert wurde. Sie war eine Gewissheit geworden. Nur dann, wenn der europäische Integrationsprozess ins Stocken zu geraten schien, wurden Appelle laut, wonach die europäische Integration fortgesetzt werden müsse. Diese wurde in den Jahren 56/57 und 62/63 allerdings weniger stark mit Wertbegriffen wie Abendland oder humanistischen und universalistischen Werten, wie dem Rückbezug in Italien auf Mazzini oder den Katholizismus, aufgeladen. Waren zum Beispiel Adenauers Reden zu Beginn der 50er Jahre von Argumenten durchtränkt, wonach Europa geistig gefestigt sein und sich vor allem von materialistischen Einstellungen distanzieren müsse, wurden die Anlässe, an denen Adenauer diese Argumente bemühte, weniger. Nur die italienischen Sozialisten forderten weiterhin ein sozialistisches und demokratisches Europa. Die italienischen Christdemokraten setzten dem in der Diskussion 62/63 zwar ein wertgebundenes Europa gegenüber, definierten dies aber nicht mehr näher. Einzig der Slogan der Freiheit wurde beschworen, während die „atlantische Allianz“ und die Treue zu den Verpflichtungen selbst quasi zu Werten wurden, die keiner weiteren Fundierung mehr bedurften. Hier zeigte sich vor allem bei den abgrenzenden Werten die Konflikthaftigkeit des Begriffs. Kritiker in der DC, die die neue Koalition mit Einbezug der PSI anprangerten, warfen der PSI vor, dem Kommunismus eben nicht entsagt zu haben, während die Mehrheit der PSI im Gegenzug den Gegnern in der DC entgegen hielt, sich nur auf den Antikommunismus und einem übersteigerten Atlantismus zu beschränken. Die DC baute die europäische Einigung zunehmend in ihren Gründungsmythos ein. De Gasperi wurde nicht nur zu einem Gründervater der DC, oft zusammen mit Sturzo genannt, sondern auch der italienischen Republik und der europäischen Integration sowie der atlantischen Orientierung. Alle vier Aspekte gehörten zusammen. Auch in Deutschland betonten die Christdemokraten, die europäische Integration entscheidend durchgesetzt zu haben. Alle hier analysierten Parteien nahmen im gesamten Zeitraum für sich in Anspruch, die Partei des „wahren Europas“ zu sein und verurteilten verengte Europabegriffe des jeweiligen politischen Gegners.

Dennoch blieb bis zum Schluss in beiden Ländern Konsens, Europa als Wertegemeinschaft anzusehen. Demokratische und sozial ausgewogene Strukturen zu fordern, war allgemein anerkannt - was dies real auch immer heißen mochte. Europa bot sich als Zukunftsvision an, die möglichst viele Probleme der Vergangenheit lösen konnte, wobei sich der Fokus zeitlich verschob: War in beiden Ländern zu Beginn die Diskussion auf die Überwindung der Vergangenheit gerichtet, gewann bei den Römischen Verträgen der nach vorne gerichtete Blick an Bedeutung. Der sich in beiden Ländern zunehmend bemerkbar machen-

de Ideologieverzicht paarte sich mit der Annahme, dass die europäische Einigung pragmatisch wirtschaftliche und technologische Probleme lösen könne. Dass dies nicht immer möglich war, zeigte sich an den aktuellen Institutionen. Die EWG musste in Politikfeldern konkret handeln. Damit verlor die europäische Integration, die immer stärker mit der EWG identifiziert wurde, ihren Pathos. Die Europapolitik wurde angesichts nachlassender Dichotomisierung komplizierter, indem immer mehr Politikfelder fast gleichberechtigt nebeneinander in die Europapolitik eingriffen. Mehr noch: Durch einen zunehmenden Ideologieverzicht wurden nun vielschichtige Lageanalysen statt einfacher Zuspitzung verlangt, zumal sich auch in den Parlamenten verstärkt Experten für einzelne Politikfelder herauskristallisierten.<sup>1</sup> Ein geeintes Europa wurde vom Projekt zur Ebene.

Die Grenzen Europas blieben indes offen – geographisch und bezüglich eines politischen Fernziels. Eine Konstante, die von Beginn an in der Debatte um die europäische Integration vorhanden war. Die prominente Forderung eines „Mehr an Europa“ verband sich dabei nicht zwangsläufig mit der theoretischen Forderung nach einer Methode. Zu Beginn der 50er Jahre waren Vorstellungen eines föderalen Europas sehr beliebt und hielten sich insbesondere in Italien parteiübergreifend. Dabei fiel der revolutionäre Impetus der europäischen Föderalisten Ende der 50er Jahre besonders bei den Sozialisten auf fruchtbaren Boden, während die Föderalisten zu Beginn der 50er Jahre vor allem mit den Christdemokraten kooperiert hatten. Christ- und Sozialdemokraten waren bei der Bewertung der Integrationschritte Ende der 50er Jahre flexibel. Die Vorschläge mussten nur geeignet sein, um als sukzessiven Fortschritt zu einem Fernziel des politisch geeinten Europas hin interpretiert werden zu können. Ob ein intergouvernementales Europa als wichtiger Zwischenschritt bewertet werden könnte, war dabei umstritten. Ob eine europäische Einigung aufbauend auf den geschaffenen europäischen Institutionen erreicht werden sollte, war nicht mehr Gegenstand der Diskussionen. Die europäische Einigung war quasi ein Wert und Ziel an sich geworden, das verfolgt werden sollte. Und weil dieses Ziel eben universell anerkannt war, eignete es sich besonders, um den politischen Gegner anzugreifen. Wer wollte schon in den beiden hier behandelten Ländern als „uneuropäisch“ gelten?

#### Europa – Allgemein anerkannte Notwendigkeit der Einigung und Streit um den internationalen Rahmen

Ein zu einendes Europa war ein beliebter Topos. In beiden Ländern waren parteiübergreifende Argumentationen selbstverständlich, wonach der wirtschaftliche Fortschritt größere Räume benötigte. Folglich wurde parteiübergreifend im gesamten Zeitraum gefordert, den grenzüberschreitenden Handel zu erleichtern. Hierbei bezogen sich alle Parteien noch in den 40ern und zu Beginn der 50er Jahre auf die Nationalbewegungen des 19. Jahrhunderts in Deutschland, abgeschwächt in Italien. Die historischen Beispiele dienten der allgemeinen Gewissheit, dass einer wirtschaftlichen Einheit irgendwann automatisch eine politische Einheit folgen könne, wenn nicht gar müsse. Ein geeintes Europa wurde als Schicksalsgemeinschaft definiert – mal zur Selbstbehauptung, mal als vermittelnde Instanz zwischen den

<sup>1</sup> Vgl. für die Bundesrepublik: Niedhart, Gottfried: "Außenpolitik in der Ära Adenauer", in: Schildt, Axel u. a. (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1993. S. 805-818. Hier S. 812 f und S. 813 f. Er macht die zunehmende Expertenbildung zum Beispiel an der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955 und der Publikation von Zeitschriften fest.



Blöcken, stets jedoch mit einem gewissen moralischen Impetus für Europas Rolle im Westen beziehungsweise in der Welt ausgestattet. Europa wurde als kulturelle Gemeinschaft definiert, die der kriegerischen Auseinandersetzungen abgeschworen habe. Eine taktische durchaus interessante Bemerkung, wenn gerade die Besiegten dies feststellten.

Die europäischen Parteien sahen die Notwendigkeit, sich nach dem Zweiten Weltkrieg in ihren Parteienfamilien zu organisieren. In einem zugespitzten politischen Diskurs über Werte, die in den neuen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg herrschen sollten, versuchten sowohl Christ- als auch Sozialdemokraten beziehungsweise Sozialisten ihre Gesellschaftsvorstellung durchzusetzen. Dass dies nicht alleine im nationalen Rahmen geschehen konnte, war den Beteiligten klar. Eine parteipolitische, europäische Ebene war notwendig. Möglichst in vielen Ländern sollte die eigene politische Richtung bestimmen, um die eigenen Vorstellungen durchsetzen zu können. Die internationale Parteienkooperation war Ausdruck dieses Ansatzes und noch mehr. Sie wurde zur Bühne der Aussöhnung zwischen den Politikern der unterschiedlichen Nationen, vor allem bei den Christdemokraten. Für die italienischen und deutschen Christdemokraten war sie ein Instrument, um wieder internationale Anerkennung zu erlangen. Sie war ein Ort, um Forderungen nach einer Gleichberechtigung vorsichtig zu erheben. Die sozialistische Internationale und ihre Vorgänger waren schlagkräftiger, doch hatte die SPD erst Probleme, in ihr aufgenommen zu werden und dann den Makel, in wichtigen Fragen mit der Mehrheit der anderen westlichen sozialistischen Parteien nicht übereinzustimmen. Die italienischen Sozialisten wurden aus ihr ausgeschlossen und erst nach langen Kämpfen wurden die Sozialdemokraten als italienische Vertreter zugelassen. Gerade bei der SPD lässt sich der Effekt nicht gering schätzen, den die internationale Parteienkooperation auf ihre Einstellung gegenüber der europäischen Integration hatte. Sie war maßgeblich daran beteiligt, neben dem Mitwirken von SPD Politikern in der Europäischen Bewegung, stärker noch im Komitee Monnets und in den parlamentarischen Gremien Europas, dass die SPD den zu schaffenden europäischen Institutionen gegenüber positiver eingestellt war als bei der Ablehnung der Montanunion 1952. Die Sozialisten entwickelten eine sehr effektive Kooperation in der Internationalen und in den europäischen Versammlungen. Die Christdemokraten hingegen waren stärker auf personale Netzwerke angewiesen, die durch nachlassende personelle Vertretung in den Regierungen Anfang der 60er Jahre zunehmend in Bedrängnis gerieten. Die christdemokratische Parteienkooperation stand in ihrem Organisationsgrad der sozialistischen Kooperation in einigen Punkten nach.

Die sich wandelnde Einstellung zu Europa korrespondierte mit den Bildern, die von den beiden Supermächten und den europäischen Partnern in den Parteien kursierten und sich über den Zeitraum wandelten. Beide hier behandelten politischen Systeme waren *penetrated systems*. Beide Staaten waren in erheblichem Maße auf die Entscheidungen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, besonders aber auf die der beiden Supermächte angewiesen. Das Bild der internationalen Bezugsgrößen beeinflusste maßgeblich die Bedeutungszuweisung eines zu einenden Europas. Dies soll hier in der zeitlichen Entwicklung an den beiden Beispielen des Amerikabildes der PSI und des Frankreichbildes der SPD kurz rekapituliert werden. Die Einstellung der Mehrheit der PSI zur USA wandelte sich im Laufe der Zeit von der Verurteilung „Washingtons als Hauptstadt des Kapitalismus“ hin zur Trauer Nennis über den Tode Kennedys, der mit seiner Politik der *new frontiers* die Regierungsbildung mit der PSI in Italien positiv begleitete. Wurden die ersten europäischen Schritte, richtigerweise, als Teil der Westintegration ausgemacht und daher ideologisch im Zusammen-

hang mit der NATO verurteilt, machte der Wandel des Amerikabildes die Akzeptanz der europäischen Integration durch die PSI erst möglich, was an der Ablehnung durch die Minderheit um Basso und Vecchiotti deutlich wird. Für sie blieben die USA imperialistisch und deshalb nach der eigenen Ideologie nicht beeinflussbar, während die gemäßigten Sozialisten um Nenni eben auf eine Beeinflussung auch durch die europäischen Institutionen vertrauten. Die akzeptierten europäischen Institutionen sollten ein Instrument sein, um eigene außenpolitische und sicherheitspolitische Überzeugungen weltweit und in der NATO zur Geltung zu bringen.

Der Einfluss des Frankreichbildes wird an der europapolitischen Position der SPD deutlich. Die SPD-Politiker, von Schumacher bis Schmid, betonten die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Aussöhnung. Doch schon schnell wurde die französische Politik in der Besatzungszone kritisiert. Es folgten weitere Punkte, die das Frankreichbild vor allem Schumachers weiter eintrübten und schlussendlich die Ablehnung des Europarates, der Montanunion und der EVG zur Folge hatten. Die Einrichtung der Ruhrbehörde und das französische Vorgehen in der Saarfrage wurden als Verletzung der erhofften Gleichberechtigung und der deutschen Souveränität mit Signalwirkung für den Osten aufgefasst. Frankreich traue Deutschland nicht und wolle insbesondere die deutsche Wirtschaft mit Hilfe der europäischen Integration niederhalten. Das negative Bild der französischen Politik war ein Hauptargument gegen die europäischen Bestrebungen, auch gegen die Argumente in der eigenen sozialistischen Parteienfamilie. Durch einen schleichenden personellen Wandel in den 50ern an der Spitze der SPD wurde diese frankophiler. Darüber hinaus schritt die deutsch-französische Aussöhnung voran, Beschränkungen wurden aufgehoben, die Saarfrage löste sich. Die SPD arbeitete nun in den europäischen Gremien und im Komitee Monnets mit. Das Frankreichbild wurde zunehmend positiver, zumal die französische Wirtschaftspolitik den sozialdemokratischen Vorstellungen sehr nah kam und innenpolitisch als Gegenbeispiel zur Politik Erhards angeführt wurde. Die SPD stellte die nun kommende EWG als Überwindung der EGKS dar und mahnte stets eine Erweiterung der EWG an. Als diese dann von de Gaulle abgelehnt wurde, war dies kein Grund mehr, die europäische Integration zusammen mit der NATO in ihrer jetzigen Form abzulehnen, sondern diese gegen de Gaulle zu verteidigen.

Aus den Beispielen wird deutlich, wie stark das Europabild der Parteien und deren Europapolitik von der Politik der europäischen Staaten und der Supermächte abhingen. Waren die Europa zugeschriebenen Werte grundlegend für die ideale Zukunftsvorstellung Europas, so lieferten die aktuellen Schritte der anderen Staaten und deren gesellschaftliche Entwicklungen Anlässe für europapolitische Entscheidungen.

Europa – Ein Politikfeld *sui generis* mit unzähligen Abhängigkeiten und Spiegelbild interner Auseinandersetzungen

Die Einigung Europas wurde parteiübergreifend gefordert und barg als solche kein großes Konfliktpotential. Die konkret verfolgte Europapolitik hing aber von verschiedenen Politikfeldern ab, die die Diskussionen um Europa an den nationalen Kontext banden. So lässt sich erkennen, dass in der Bundesrepublik zwischen 1945 und 1949 zwar unterschiedliche Europabilder in den Parteien existierten, eine wirkliche Konkurrenz zwischen den Parteien angesichts mangelnder Staatlichkeit allerdings kaum aufkam. In Italien wurde je-

doch schon ab 1947, mit der Verkündung des Marshallplans, politisch um ein zu schaffendes Europa gerungen. Anfängliche Kompromisse durch die Koalition von DC, PSI und PCI erübrigten sich angesichts des sich zuspitzenden Ost-West-Konflikts hin zum Kalten Krieg. Allgemein lässt sich über den gesamten Zeitraum festhalten, dass die Wortwahl und die Aktionen in Italien weitaus extremer ausfielen als in Deutschland, was angesichts des stärker fragmentierten Parteiensystems und der bloßen Existenz der PCI auch nicht verwunderlich ist. Dies wird noch 1962/63 deutlicher, als es in der DC zu heftigen Auseinandersetzungen um eine Beteiligung der PSI kam und gleichzeitig die Linke der PSI die EWG nicht nur als autoritär einschätzte, sondern darüber hinaus faschistische Tendenzen erkannte.

Das propagierte Europabild der einzelnen Parteien spiegelte die internen Auseinandersetzungen wider. Ein typisches Beispiel waren die italienischen Sozialisten. Deren Spaltungen und Wiedervereinigungen entschieden sich an den *cleavages* der internationalen Orientierung im Ost-West-Konflikt und der Frage, wie weit man sich an der Partei der gleichen ideologischen Grundorientierung, den italienischen Kommunisten, anlehnen sollte. Die Spaltung vom *Palazzo Barberini* 1947 generierte unterschiedliche Europabegriffe in der sozialistischen Parteienfamilie. Europa wurde einmal über den Umweg eines wertenden Neutralismusbegriff dem Osten zugeschrieben, von einer zweiten Gruppe als dritte Kraft zwischen den Blöcken konzipiert und von einer dritten Gruppe schon ab 1948 dem Westen zugeschrieben. Am Beginn der internen Diskussion auch um Europa stand also die Spaltung der Partei. Diese stand ebenfalls am Ende des hier betrachteten Zeitraums. Der Großteil der PSI fand sich mit den geschaffenen Institutionen der EWG und gar der NATO zu Beginn der 60er Jahre ab, während die linke Strömung weiter am Klassenkampf festhielt. Die Abspaltung der PSIUP Anfang 1964 war die unmittelbare Folge. Das Europabild, auch einzelner Politiker, war ein Indiz sich wandelnder Vorstellungen. So setzten die Christdemokraten in beiden Ländern und der Großteil der Sozialdemokraten in Italien bereits früh auf ein Europa, das sich verteidigen müsse. Auch die deutschen Sozialdemokraten wiesen auf diese Notwendigkeit hin, sahen aber durch die vorgeschlagenen Lösungen die Gleichberechtigung Deutschlands nicht berücksichtigt und die deutsche Wiedervereinigung in weite Ferne rücken. Somit wurden Vorstellungen eines vermittelnden Europa zwischen Ost und West marginalisiert. Erst in der CDU/CSU und der DC, dann in der SPD und bei den italienischen Sozialdemokraten, bis diese Vision schließlich nur noch hauptsächlich bei der italienischen PSI vertreten wurde. Sie versuchte zu Beginn der 60er Jahre die Vision eines friedlichen, vermittelnden Europas mit den realen Verteidigungsbündnissen, wie der NATO, in Einklang zu bringen. Hier startete ein Akklimatisierungsprozess, den die SPD bereits seit Ende der 50er Jahre durchlaufen hatte. Die NATO wurde als Ausgangspunkt akzeptiert und durch Mitarbeit vor allem in der europäischen Integration sollte das Bündnis langsam in seiner Zielsetzung beeinflusst werden. Während sich die Mehrheitsverhältnisse in den Parteien zuungunsten eines Europas der dritten Kraft änderten, blieben einige Journalisten und Politiker bei dieser Zukunftsvision und wechselten einfach die Parteien beziehungsweise die Zeitschriften, für die diese schrieben. So ist Paolo Vittorelli zu nennen, der für je unterschiedliche Zeitschriften von Christ- über Sozialdemokraten bis hin zu den Sozialisten in dem Zeitraum schrieb. Angefangen beim linken christdemokratischen *corrente* der *Cronache Sociali* über die sozialdemokratische *Critica Sociale* und *La Giustizia* bis hin zum sozialistischen *Mondo Operaio*. Durch das Beibehalten seines Europabildes blieb ihm nichts anders übrig, als sich immer wieder eine neue, besser passende politische Heimat zu

suchen. Er vermochte (oder wollte) es nicht, seine Zukunftsvision von Europa mit den realen Gegebenheiten in Einklang zu bringen.

Der Konnex zwischen der Europapolitik und einzelnen Politikfeldern steuerte die Konfliktualität der Europadiskussion. Die Verbindung mit der Verteidigungspolitik und dem Kalten Krieg erklärte die Verbissenheit, mit der Anfang der 50er Jahre um Europa als Teil der Westintegration gerungen wurde. Als sich 56/57 die Diskussion vor allem auf die Wirtschaftspolitik fokussierte, war in beiden Ländern eine geringere Konfliktintensität erkennbar. Die Debatte 62/63 bestätigt diese These, wurde die Europadiskussion angesichts der Einbettung Europas in die NATO doch wieder hauptsächlich unter verteidigungspolitischen Gesichtspunkten und somit in einem heiklen Feld geführt. Die Verknüpfung führte erneut zu einem Ansteigen der Konfliktualität – nun allerdings in den Ländern mit neuen Konfliktlinien, die sich insbesondere durch die veränderte Einstellung der SPD und der PSI ergaben. Die SPD baute ihre Politik nun auf den verteidigungspolitischen Annahmen Adenauers der 50er Jahre auf und machte nun der Union den Ruf als „atlantische Partei“ streitig. Die PSI erkannte ebenfalls die Mitgliedschaft in der NATO an, wollte sie aber anders interpretieren, was insbesondere bei Teilen der DC Widerspruch provozierte.

Mit der Sicherheitspolitik war die Lösung der deutschen Frage, die als entscheidend für die Sicherheit Europas aufgefasst wurde, im gesamten Zeitraum eng verbunden. Die Europapolitik vor allem in der Bundesrepublik hatte dies stets zu berücksichtigen. So stand der wiedervereinigungspolitische Vorbehalt der SPD bis Mitte der 50er Jahre einer Zustimmung im Weg. Durch die Trennung der Verteidigungspolitik vom Projekt Europa hatten die Auseinandersetzungen zwischen SPD und Union, wie zum Beispiel um die immer wieder ventilierten Pläne eines kollektiven Sicherheitssystems, auf die Akzeptanz der europäischen Integration durch die SPD keinen Einfluss mehr. Ebenso wird der Zusammenhang zwischen der Deutschlandpolitik und der europäischen Integration an der Unterstützung Adenauers für die Politik de Gaulles deutlich. Adenauer unterstützte den General auch deswegen, weil dieser die Berlinpolitik des Kanzlers stützte. Darüber hinaus wurde auch in Italien im gesamten Zeitraum die Aufhebung der deutschen Teilung für eine wirklich friedliche Lösung in Europa hervorgehoben. Nicht zuletzt erhofften die Befürworter der europäischen Integration durch wirtschaftlichen Erfolg die deutsche und europäische Teilung überwinden zu können.

Die europäische Integration gelang vor allem durch Projekte in der Wirtschaftspolitik. Wie bereits angedeutet, erhofften sich fast alle Parteien im Grundsatz eine höhere Produktivität und einen höheren Wohlstand, wenn vor allem Zollgrenzen fallen würden. Darüber hinaus schien es lohnenswert, einen europäischen Wirtschaftsraum zu schaffen. Doch auch hier steckte der Teufel im Detail, sollte eine europäische Integration doch den eigenen wirtschaftspolitischen Vorstellungen entsprechen. Eine „falsche Europäisierung“ drohte für die einzelnen Staaten negative Konsequenzen zu haben. So beschwor die SPD hohe Einbußen durch die EGKS und dem damit verbundenen Ende des deutschen Kohlehandels. Die PSI sah das Ende der italienischen Stahlindustrie und Erhard warnte seit Schaffung der EWG stets vor einer zu dirigistischen europäischen Politik. Das Bekenntnis zur europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurde bei den eigenen schwachen Wirtschaftszweigen noch weiter eingeschränkt. So forderten italienische Politiker unterschiedlicher *Couleur* den Schutz des Südens und vor allem Übergangszeiten für die Landwirtschaft – ein Politikfeld, das auch die deutsche Politik und vor allem die christdemokratisch geführte Bundesregie-

rung immer wieder in ihrer Politik angesichts ihres traditionellen Wählerklientels berücksichtigte. Die sozialdemokratischen Parteien und die Sozialisten nutzten die neue europäische Ebene, um weitgehende Forderungen auch in der Sozialpolitik auf europäischer Ebene zu stellen. Nur so könne ein gerechter Wettbewerb erreicht werden, der nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehe. Europa wurde somit Projektionsfläche eigener Vorstellungen und zugleich mit der Hoffnung belegt, von hier aus eine Korrektur der Politik in den nationalen Politikfeldern zu erreichen. Gerade deshalb wurde im gesamten Zeitraum von der SPD der Beitritt Großbritanniens gefordert. Neben der anfänglichen Fokussierung auf *Labour* erhofften sich deutsche und italienische Sozialdemokraten und Sozialisten durch eine Beteiligung Großbritanniens und der skandinavischen Staaten europaweit das Modell des modernen Wohlfahrtsstaates umzusetzen. Die europäische Ebene wurde in das eigene politische System eingebaut, war nun also Aktionsebene.

Neben den drei vorgestellten Politikfeldern prägte die Frage nach den Grenzen, in Italien zu Triest, in Deutschland zur Saar, die Debatte um die außenpolitische und europäische Orientierung. Befürworter einer europäischen Einigung hatten in Italien immer darauf hingewiesen, dass in Folge einer erfolgreichen Integration Großbritannien und Frankreich Italien bei den Ansprüchen gegenüber Jugoslawien helfen würden. Die Bedeutung der Saar ist schon beim Verhältnis der SPD zu Frankreich thematisiert worden, belastete aber auch das Integrationsverständnis von Unionspolitikern wie Jakob Kaiser. Durch die Lösung der Probleme traten sie auch nicht mehr in der Debatte auf. Eine ähnliche Abwertung erfuhr die Forderung nach einer erleichterten Emigration durch italienische Politiker. Das Auftauchen neuer Politikfelder, wie der Entwicklungspolitik, und das Wegfallen alter Politikfelder, wie der eigener Kolonien im italienischen Fall, war Spiegelbild der politischen Entwicklung – genau wie die Europapolitik selbst.

Die Konkurrenz um Europa war ein besonderes parteipolitisches Aufeinandertreffen, die in beiden Ländern mit nationalen Argumenten vor dem Hintergrund eines gemeinsamen internationalen Rahmens geführt wurde. Europa erwies sich dabei als wandelbarer Begriff – zeitlich abhängig, mit unterschiedlichen Werten füllbar und in den Parteien selbst wandelbar. Hierin lag die Ambivalenz begründet, dass parteiübergreifend in beiden Ländern ein geeintes Europa gefordert, über die konkreten Schritte jedoch in je unterschiedlicher Intensität gefochten wurde.



---

## Anhang

### Abkürzungen

|       |   |
|-------|---|
| AC    | Azione Cattolica  |
| ADK   | Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise   |
| BRD   | Bundesrepublik Deutschland  |
| CECA  | Comunità europea del carbone e dell'acciaio   |
| CED   | Comunità europea di difesa  |
| CDU   | Christlich Demokratische Union Deutschlands   |
| CDUD  | Christlich Demokratische Union Deutschlands (Bezeichnung nach 1945 unter anderem in Berlin) |
| CIR   | Comitato Interministeriale per la Ricostruzione   |
| CGIL  | Confederazione Generale del Lavoro  |
| CISL  | Confederazione sindacale italiana   |
| CSU   | Christlich Soziale Union  |
| DC    | Democrazia Cristiana  |
| DDR   | Deutsche Demokratische Republik   |
| d.h.  | das heißt   |
| DP    | Deutsche Partei   |
| DUD   | Deutschland Union Dienst  |
| EFTA  | European Free Trade Association   |
| EGKS  | Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl  |
| ENAOI | Ente Nazionale per l'Assistenza agli Orfani die Lavoratori Italiani                         |
| ENI   | Ente Nazionale Idrocarburi  |
| ERP   | European Recovery Program   |
| EWG   | Europäische Wirtschaftsgemeinschaft   |
| EZU   | Europäische Zahlungsunion   |
| FDP   | Freie Demokratische Partei  |
| GATT  | General Agreement on Tariffs and Trade  |
| GG    | Grundgesetz   |
| IRI   | Istituto per la Ricostruzione Industriale   |
| KPD   | Kommunistische Partei Deutschlands  |
| KZ    | Konzentrationslager   |
| MEC   | Mercato Europeo Comune  |
| MFE   | Movimento federalista europeo   |
| MSEUE | Mouvement Socialiste pour les États-Unis d'Europe   |
| MSI   | Movimento Sociale Italiano  |
| MUE   | Movimento per l'unità europea   |
| NATO  | North Atlantic Treaty Organization  |
| NEI   | Nouvelles Équipes Internationales   |
| OECE  | Organizzazione Europea per la Cooperazione Economica  |
| OEEC  | Organization for European Economic Cooperation  |
| PCI   | Partito Comunista Italiano  |

---

|         |  |
|---------|--|
| PLI     | Partito Liberale Italiano  |
| PRI     | Partito Repubblicano Italiano  |
| PS-SIIS | Partito Socialista – Sezione Italiana dell’Internazionale Socialista                           |
| PSDI    | Partito Socialista Democratico Italiano  |
| PSLI    | Partito Socialista dei Lavoratori Italiani   |
| PSI     | Partito Socialista Italiano  |
| PSIUP   | Partito Socialista Italiano di Unità Proletaria  |
| PSU     | Partito Socialista Unitario  |
| SFIO    | Section française de l’Internationale ouvrière   |
| SILO    | Socialist Information and Liaison Office   |
| SPD     | Sozialdemokratische Partei Deutschlands  |
| SPES    | Studi, propaganda e stampa. Zuständiges Ressort der Geschäftsstelle der DC für Werbemaßnahmen. |
| UEF     | Union of European Federalists  |
| UID     | Union im Dienst  |
| UIL     | Unione Italiana del Lavoro   |
| USA     | United States of America   |
| WEU     | Westeuropäische Union  |



## Quellen und Literaturverzeichnis

Gesichtete Bestände in Archiven

Konrad-Adenauer-Stiftung

Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP)

Bestand:

CDU-Bundespartei und Bundesvorstand

CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Friedrich-Ebert-Stiftung

Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)

Bestände:

Bundestagsfraktion

SPD-Parteivorstand

Persönlicher Nachlass Ollenhauer

Persönlicher Nachlass Erler

Online verfügbar:

SPD-Pressedienst unter [library.fes.de](http://library.fes.de) (durchgesehen für die behandelten Zeiträume im Zeitraum; heruntergeladen vom Server vom Oktober 2008 bis zum Juni 2011)

Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung sind verfügbar über <http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/index.html>. Letzter Zugriff erfolgte im September 2011.

„Plakat und Filmarchiv der Konrad-Adenauer-Stiftung“. [www.kas.de](http://www.kas.de).

Archivio Centrale dello Stato di Roma (ACS)

Fondo Aldo Moro

Fondo Consiglio dei Ministri, Segreteria Particolare Alcide De Gasperi

Fondo Presidenza del Consiglio

Fondo Pietro Nenni

Centro italiano di ricerche e d'informazione sull'economica pubblica, sociale e cooperativa – CIRIEC (Milano)

Fondo Roberto Tremelloni

Fondazione Nenni

Fondo Pietro Nenni (nur die Korrespondenz)

Fondazione Lelio Basso

Fondo Lelio Basso

Istituto Luigi Sturzo

Fondo Democrazia Cristiana: le Serie Direzione Nazionale, Consiglio Nazionale, Segreteria Politica

Fondo Gruppo parlamentare DC alla Camera dei Deputati

Fondo Cingolani

Fondo Gonella

Fondo Gronchi

Fondo Scelba

## Archivio del Senato

Fondo Fanfani

Online verfügbare Quellen:

ACS Fondo Moro (über [archivionline.senato.it](http://archivionline.senato.it))

Fondazione Turati, Direzione PSI (über [archionline.senato.it](http://archionline.senato.it))

Istituto Luigi Sturzo, Gruppo parlamentare al Senato della Repubblica ([archivionline.senato.it](http://archivionline.senato.it))

Plakatsammlung auf [www.archividc.it](http://www.archividc.it)

Die Protokolle der Camera und der Assemblea Costituente auf [www.camera.it](http://www.camera.it)

## Zeitungen

Folgende Zeitungen wurden in den jeweils behandelten Zeiträumen explizit durchgesehen. Weitere Zeitungen wurden indirekt über die Archivbestände konsultiert.

Offizielle Zeitungen der Parteien in Italien jeweils in den gesamten Zeiträumen, sofern diese, insbesondere im Fall der Sozialdemokraten, erschienen sind:

Il Popolo

L'Avanti

La Giustizia

L'Umanità

Zeitschriften der *correnti*: (durchgesehene Zeiträume)

Bollettino del PSI (50/51)

Critica Sociale (50/51;56/57;62/63)

Cronache Sociali (47-51)

Giustizia Sociale (50/51)

Il Mondo Operaio (49-51; 56/57; 62/63)

Il Mondo Nuovo (62/63)

I Problemi del socialismo (62/63)

Il Centro (62/63)

Iniziativa Democratica (51-52)

Iniziativa Europea (62/63)

La Concretezza (56/57; 62/63)

La Discussione (56/57; 62/63)

Per l'azione (50/51)

Politica Sociale (50/51)

Sinistra Europea (56/57)

Stato Democratico (62/63)

Frankfurter Hefte mit den Jahrgängen 50/51, 56/57 und 62/63.

#### Gedruckte Quellen und schriftliche Selbstzeugnisse

Adenauer, Konrad: Die Demokratie ist für uns eine Weltanschauung. Herausgegeben von Felix Becker. Köln 1998. (=Adenauer, Die Demokratie ist für uns eine Weltanschauung).

Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1945-1953. Stuttgart 1965. (=Adenauer, Erinnerungen 1945-1953).

Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1955-1959. Stuttgart 1967. (=Adenauer, Erinnerungen 1955-1959).

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963. München 1994. 3 Teilbände. (=AAPD).

Albrecht, Willy (Hg.): Kurt Schumacher. Reden-Schriften-Dokumente 1945-1952. Bonn 1985. (= Schumacher, Reden).

Atti e documenti della Democrazia Cristiana 1943-1967 (a cura di Andrea Damilano). Rom 1968. 2 Bände. (=Atti e documenti della Democrazia Cristiana).

Atti parlamentari der *Camera* aus den Legislaturperioden 1-4. Ebenso die Atti parlamentari der verfassungsgebenden Versammlung. Abrufbar über [www.camera.it](http://www.camera.it)

Atti parlamentari des *Senato* der ersten Legislaturperiode.

Baring, Arnulf (Hg.): Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949-1964. Hamburg 1974. (=Baring, Bundeskanzler).

Basso, Lelio: Due totalitarismi. Il fascismo e democrazia cristiana. Rom 1951. 1975 unter dem Titel fortgesetzt: Fascismo e Democrazia Cristiana. Due regimi del capitalismo italiano. Mailand 1975.

Bracher, Karl Dietrich, Morsey, Rudolf und Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966 (bearbeitet von Corinna Franz). Düsseldorf 2004. 1. Teilband 1961-1963. (=CDU/CSU-Fraktion 61-63).

Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hg.): Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966 (bearbeitet von Corinna Franz). 2. Teilband. 1963-1965. Düsseldorf 2004. (=Die CDU/CSU-Fraktion 63-65).

Bracher, Karl-Dietrich u.a. (Hg.): Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1961-1965 (bearbeitet von Wolfgang Hölscher). Düsseldorf 2004. (CD-Rom Ausgabe). (=Auswärtiger Ausschuss 61-65).

Bracher, Karl-Dietrich u.a. (Hg.): Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953-1957 (bearbeitet von Helge Heidemeyer). 2. Halbband 1956-1957. Düsseldorf 2003. (=CDU/CSU-Fraktion 1956-1957).

Bracher, Karl Dietrich u.a. (Hg.): Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages 1953-1957. Zwei Halbbände (bearbeitet von Wolfgang Hölscher). Düsseldorf 2002. (=Auswärtiger Ausschuss 53-57).

Bracher, Karl Dietrich u.a. (Hg.): Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 1949-1966. Sitzungsprotokolle 1949-1953. Düsseldorf 1998. (=CDU/CSU-Fraktion 1949-1953).

Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hg.): Der Auswärtige Ausschuß des deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1949-1953. 1. Halbband Oktober 1949 bis Mai 1952. Düsseldorf 1998 (bearbeitet von Wolfgang Hölscher). (=Auswärtiger Ausschuss 49-53).

Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hg.): Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961-1965 (bearbeitet von Günter Buchstab). Düsseldorf 1998. 1. Teilband. (=CDU-Vorstandsprotokolle 4).

- Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hg.): Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957-1961 (bearbeitet von Günter Buchstab). Düsseldorf 1994.
- Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hg.): Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949-1957. 1. Halbband 1949-1953 (bearbeitet von Petra Weber). Düsseldorf 1993. (=SPD-Fraktion 1949-1953).
- Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hg.): Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949-1957. 2. Halbband 1953-1957 (bearbeitet von Petra Weber). Düsseldorf 1993.
- Bracher, Karl-Dietrich u.a. (Hg.): Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966. 1. Halbband 1961-1963 (bearbeitet von Heinrich Potthoff). Düsseldorf 1993. (=SPD-Fraktion 61-63).
- Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hg.): Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953-1957 (bearbeitet von Günter Buchstab). Düsseldorf 1990. (=CDU-Vorstandsprotokolle 2).
- Brentano, Heinrich von: Deutschland, Europa und die Welt. Reden zur deutschen Außenpolitik. Bonn/Wien/Zürich 1962. (=Brentano, Reden).
- Buchstab, Günter, Gotto, Klaus; Hockerts, Hans Günter; Morsey, Rudolf; Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die Unionsparteien 1946-1950 (bearbeitet von Brigitte Kaff). Düsseldorf 1991. (=Buchstab, Die Unionsparteien 1946-1950).
- De Gasperi, Alcide: Discorsi politici. Rom 1956. (=De Gasperi, discorsi politici).
- De Gasperi, Alcide. Scritti e discorsi politici. Edizione critica. Die hier zitierten Bände sind stets mit „De Gasperi, Scritti e discorsi politici“ zitiert und können durch die fortlaufende Nummerierung in den Teilbänden unterschieden werden.
- De Gasperi, Alcide: Scritti e discorsi politici. Alcide De Gasperi e la stabilizzazione della Repubblica 1948-1954. Turin 2009. (=De Gasperi, Discorsi e scritti politici).
- De Gasperi, Alcide: Alcide De Gasperi e la stabilizzazione della Repubblica, 1948-1954. Teil 2. La politica estera di De Gasperi fra Alleanza atlantica e Comunità europea di difesa, 1948-1954. Bologna 2009 (a cura di Sara Lorenzini e Barbara Taverni). (=De Gasperi, la stabilizzazione della Repubblica).
- De Gasperi, Alcide: Scritti e discorsi politici. Edizione critica. Alcide De Gasperi e la fondazione della democrazia italiana, 1943-1948. Mailand 2008. Band 3, Teilbände 1 und 2.
- De Gasperi, Alcide: L'Europa. Scritti e discorsi. A cura di Maria Romana De Gasperi. Brescia 2004. (=De Gasperi, L'Europa).
- Deist, Heinrich: Die wirtschaftspolitische Konzeption der SPD. Bonn 1963.

Democrazia Cristiana: Dieci congressi D.C. 1946-1967. Turin 1967. (=Dieci congressi D.C.).

Dokumente zur Deutschlandpolitik. Die Bände zu 1950/1951, 1956/1957 und 1962/1963. (=DzD. [Serie] x, [Band] y, [Teilband] z).

Ehard, Hans: Die europäische Lage und der deutsche Föderalismus. München 1948.

Erler, Fritz: Sozialismus als Gegenwartsaufgabe. Schwenningen 1947.

Gehler, Michael und Kaiser, Wolfram (Hg.): Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945-1965. München 2004. (=Gehler, Kaiser, Transnationale Parteienkooperation).

Glisenti, Marcella und Elia, Leopoldo (Hg.): Cronache sociali. Rom 1961. (=Glisenti, Cronache sociali).

Gonella, Guido: Lo spirito europeo. Scritti e discorsi. Rom 1979. (=Gonella, spirito).

Hacke, Christian (Hg.): Wir haben Brücke zu sein. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik. Reden Jakob Kaisers. Köln 1988. (=Hacke, Kaiser).

Hohmann, Karl (Hg.): Ludwig Erhard: Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften. Wien 1988. (=Hohmann, Gedanken).

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1956/57. Bonn 1958. (=Jahrbuch SPD 1956/57).

Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1947-1955. Allensbach 1956.

Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1957. Allensbach 1957.

Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1958-1964. Allensbach 1965.

Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Abgerufen auf [www. bundesarchiv.de](http://www.bundesarchiv.de). ebenso: Booms, Hans (Hg.): Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Band 2 (1950). Boppard am Rhein 1984.

Keesings Archiv der Gegenwart 1950.

Krone, Heinrich: Tagebücher 1961-1966. Düsseldorf 2003.

Lenz, Otto: Im Zentrum der Macht: das Tagebuch von Staatssekretär Lenz, 1951-1953 (bearbeitet von Klaus Gotto). Düsseldorf 1989. (=Lenz, Im Zentrum).

Majonica, Ernst: Das politische Tagebuch 1958-1972 (bearbeitet von Hans-Otto Kleinmann und Christopher Beckmann). Düsseldorf 2011. (=Majonica, Tagebuch).

Marjolin, Robert und Tremelloni, Roberto: L'ERP e l'economia europea: conferenze. Mailand 1950.

- Mayer, Tilman (Hg.): Jakob Kaiser: Gewerkschafter und Patriot. Köln 1988. (=Mayer, Kaiser).
- Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe. Wiesbaden 1946.
- Monnet, Jean: Mémoires. Paris 1997.
- Moro, Aldo: Scritti e discorsi (a cura di Giuseppe Rossini). Zweiter Band 1951-1963. Rom 1982
- Morsey, Rudolf und Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Adenauer. Briefe 1961-1963 (bearbeitet von Hans Peter Mensing). Paderborn u.a. 2006. (=Adenauer, Briefe 61-63).
- Morsey, Rudolf und Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Morsey, Adenauer Briefe 1955-1957 (bearbeitet von Hans Peter Mensing). Paderborn 1998.
- Morsey, Rudolf und Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Adenauer. Teegespräche 1961-1963 (bearbeitet von Hans Peter Mensing). Berlin 1992. (=Adenauer, Teegespräche 61-63).
- Morsey, Rudolf und Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Adenauer. Teegespräche 1955-1958. (bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters). Berlin 1986. (=Adenauer, Teegespräche 55-58).
- Morsey Rudolf und Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Adenauer. Briefe 1949-1951 (bearbeitet von Hans Peter Mensing). Berlin 1985. (=Adenauer, Briefe 49-51).
- Morsey, Rudolf und Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Adenauer. Briefe 1947-1949 (bearbeitet von Hans Peter Mensing). München 1984. (=Adenauer, Briefe 47-49).
- Morsey, Rudolf und Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Adenauer: Briefe. 1945-1947 (bearbeitet von Hans Peter Mensing). München 1983. (=Adenauer, Briefe 45-47).
- Nenni, Pietro: Gli anni del centro sinistra. Diari 1957-1966. Mailand 1982. (=Nenni, diari 2).
- Nenni, Pietro: Tempo di guerra fredda. Diari 1943-1956 ( cura di Giuliana Nenni e Domenico Zucàro). Mailand 1981.
- Nenni, Pietro: Per una iniziativa europea ed italiana di distensione con l'URSS. Rom 1952.
- Nenni, Pietro, Altiero Spinelli: Carteggio Pietro Nenni - Altiero Spinelli. 1961-1971 (a cura di Edmondo Paolini). Rom 2007. (=Carteggio Pietro Nenni - Altiero Spinelli).
- Ollenhauer, Erich: Reden und Aufsätze (bearbeitet und herausgegeben von Fritz Sänger). Bonn 1977. 2. Auflage.



Osterheld, Horst: "Ich gehe nicht leichten Herzens..." Adenauers letzte Kanzlerjahre - ein dokumentarischer Bericht. Mainz 1986.

Pedone, Franco (Hg.): Il socialismo italiano di questo dopoguerra. Mailand 1968. Reihe: Il Partito Socialista Italiano nei suoi Congressi. Vol. V: 1942-1955. (=Pedone, Congressi).

Protokoll des SPD Parteitags vom 10. bis 14. Juli 1956.

Protokoll des 32. Parteitags der PSI 1957. Mailand-Rom 1957.

Ricci, Aldo G.: Verbali del Consiglio dei ministri: luglio 1943 - maggio 1948. Rom 1994. Mehrere Bände.

Romita, Giuseppe: Taccuini politici. 1947-1958. Mailand 1980. (=Romita, Taccuini politici).

Scardaccione, Francesca Romana (Hg.): Verbali del Consiglio dei ministri: maggio 1948-luglio 1953. Rom 2005. Mehrere Bände, die leider noch nicht die gesamte erste Legislatur abdecken. (= Verbali Consiglio 1948-1953).

Schmid, Carlo: Erinnerungen. Wien 1979.

Scholz, Arno, Oschilewski, Walter (Hg.): Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher. Berlin 1953-56. 2. Band. (= Turmwächter II).

Schumacher, Kurt: Bundestagsreden (hg. von Annemarie Renger). Bonn 1972. (=Schumacher, Bundestagsreden).

Schumacher, Kurt: "Politische Richtlinien der SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren", in: Klotzbach, Kurt (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. Bonn 1984. S. 257-292.

Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Konrad Adenauer, Reden 1917-1967. Eine Auswahl. Stuttgart 1975. (=Adenauer, Reden).

Sforza, Carlo: Cinque anni a palazzo Chigi. Rom 1952.

Solari, Leo: "I socialisti e la politica estera nel dopoguerra: il caso dell'Internazionale giovanile", in: Benzoni, Alberto u.a. (Hg.): La dimensione internazionale. Rom 1993. S. 180-184.

Stamm, Christoph: Die SPD-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat 1947-1949. Bonn 1993 (= 13. Beiheft des Archivs für Sozialgeschichte). (=Stamm, Die SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat).

Stenographische Berichte des Bundestags. 1.-4. Legislaturperiode.

Varsori, Antonio und Ballini, Pier-Luigi (Hg.): *L'Italia e l'Europa (1947-1979)*. Soveria Mannelli 2004. 2 Bände. 1947-1957 und 1958-1979. (=Ballini, Varsori, *L'Italia e l'Europa*, 1 und Ballini, Varsori, *L'Italia e l'Europa*, 2).

Wehner, Herbert: *Wandel und Bewährung. Ausgewählte Reden und Schriften 1930-1967* (herausgegeben von Graf Finckenstein, Hans-Werner und Jahn, Gerhard). Frankfurt-Berlin-Hannover 1968. (=Wehner, *Wandel und Bewährung*).

Zagari, Mario: "Iniziativa socialista e la dimensione internazionale del PSI dalla Liberazione a Palazzo Barberini", in: Benzoni, Alberto u.a. (Hg.): *La dimensione internazionale del socialismo italiano*. Rom 1993. S. 173-179.

Zagari, Mario: "Il socialismo italiano e l'Europeismo", in: Fondazione Brodolini und Fondazione Filippo Turati (Hg.): *I socialisti e l'Europa*. Mailand 1989. S. 245-261. (=Zagari, *il socialismo italiano*).

#### Sekundärliteratur

Aga-Rossi, Elena: *De Gasperi e la scelta di campo*, in: *ventunesimo secolo* 12 (2007). S. 13-39.

Angster, Julia: *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB*. München 2003.

Ardia, Danilo: "Il rifiuto della potenza: il Partito Socialista Italiano e la politica di potenza in Europa (1943-1950)", in: di Nolfo, Ennio (Hg.): *L'Italia e la politica di potenza in Europa: (1945-50)*. Mailand 1990. (=Ardia, *il rifiuto della potenza*).

Aubourg, Valérie: *Transatlantische Geschäftsbeziehungen. Die Bilderberg Gruppe*. In: Gehler, Michael u. a. (Hg.): *Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem*. Wien/Köln/Weimar 2009. S. 69-85.

Avverardi, Giuseppe: *I Socialisti Democratici*. Como 1977. (=Avverardi, *i socialisti democratici*).

Baget-Bozzo, Gianni: *Il partito cristiano al potere: la DC di De Gasperi e di Dossetti: 1945-1954*. Florenz 1974.

Bagnato, Bruna: *Storia di una illusione europea. Il progetto di unione doganale italo-francese*. London 1995.

Bald, Detlef und Wette, Wolfram (Hg.): *Alternativen zur Wiederbewaffnung. Friedenskonzeptionen in Westdeutschland 1945-1955*. Essen 2008.

Ballini, Pier-Luigi und Varsori, Antonio: *L'europeismo 'nazionalista' (1947-1950)*, in: Dies. (Hg.): *L'Italia e l'Europa: (1947-1979)*. Rom 2004. Band 1 (1947-1957). S. 15-34.

- Ballini, Pier-Luigi und Varsori, Antonio: L'europèismo degasperiano tra ideali e realismo (1950-1953), in: Dies.: L'Italia e l'Europa (1947-1979). Band 1. S. 73-88. (=Ballini, Varsori, L'europèismo degasperiano).
- Ballini, Pier-Luigi und Varsori, Antonio: Dal 'nazionalismo' di Pella all'europèismo 'pragmatico' (1953-1957), in: Dies. (Hg.): L'Italia e l'Europa (1947-1957). S. 221-238. (=Ballini, Varsori, europèismo pragmatico)
- Ballini, Varsori, L'europèismo italiano tra aspirazioni fanfaniane e mediazioni morotee (1958-1967), in: Dies. (Hg.): L'Italia e l'Europa (1958-1979). S. 305-318. (=Ballini, Varsori, L'europèismo italiano (1958-1967)).
- Baumgart, Winfried: Adenauers Europapolitik, in: Festgabe Heinz Hürten zum 60. Geburtstag. (Hg. v. Harald Dickerhof). Frankfurt a. M. 1988. S. 609-631.
- Bange, Oliver: Deutschland und der britische Beitritt, 1960-1963, in: Hrbek, Rudolf und Schwarz, Volker (Hg.): 40 Jahre Römische Verträge: Der deutsche Beitrag. Baden-Baden 1998. S. 278-290. (=Bange, Deutschland und der britische Beitritt).
- Bellers, Jürgen: EWG und die "Godesberger" SPD. Siegen 2003. (=Bellers, die Godesberger SPD).
- Benz, Wolfgang: "Kurt Schumachers Europa-Konzeption", in: Herbst, Ludolf u.a. (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt. München 1990. S. 47-61. (=Benz, Schumachers Europakonzeption).
- Benzoni, Alberto u.a. (Hg.): La dimensione internazionale del socialismo italiano. Rom 1993. (=Benzoni, La dimensione internazionale).
- Benzoni, Alberto: "La politica di 'Riscossa' e la polemica Lombardi/Morandi", in: Ders, La dimensione internazionale. S. 185-196. (=Benzoni, La politica di 'Riscossa').
- Benzoni, Alberto und Achilli, Michele: "Il 'neutralismo' del PSI: speranze nel 'non allineamento', analisi dei blocchi, interpretazione dei vincoli atlantici", in: Benzoni, La dimensione internazionale. S. 261-267.
- Bermanseder, Markus: Die europäische Idee im Parlamentarischen Rat. Berlin 1998. (=Bermanseder, Parlamentarischer Rat).
- Bernardi, Emanuele: La Democrazia cristiana e la guerra fredda: una selezione di documenti inediti (1947-1950), in: ventunesimo secolo 10 (2006). S. 127-138.
- Bösch, Frank: Die Adenauer-CDU. Stuttgart 2001. (=Bösch, Adenauer-CDU).
- Bouvier, Beatrix: Zwischen Godesberg und großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Bonn 1990. (=Bouvier, Godesberg).

- Brunn, Gerhard: Die Europäische Einigung von 1945 bis heute. Lizenzausgabe der BpB. Bonn 2005. (Originalausgabe: Brunn, Gerhard: Die Europäische Einigung. Stuttgart 2002). (=Brunn, Die Europäische Einigung).
- Brunori, L.: "I Partigiani della Pace e la CED: il caso italiano (1950-1954)", in: Storia delle relazioni internazionali 2 (1991). S. 299-332.
- Buchheim, Christoph: Vom Wirtschaftswunder zur Krise des Wohlfahrtsstaates in (West-) Deutschland, in: Rusconi, Gian-Enrico und Woller, Hans (Hg.): Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945-2000. Berlin 2006. S. 361-374.
- Buchheim, Christoph: Die Wiedereingliederung der Bundesrepublik in die Weltwirtschaft 1945-1958. München 1990.
- Buchstab, Günter: Einleitung. In: Bracher, Karl Dietrich, Morsey, Rudolf und Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953-1957 (bearbeitet von Günter Buchstab). Düsseldorf 1990. S. VII-XXXIV.
- Bühlbäcker, Bernd: Europa im Aufbruch: Personal und Personalpolitik deutscher Parteien und Verbände in der Montanunion. 1949-1958. Essen 2007. (=Bühlbäcker, Europa im Aufbruch).
- Bührer, Werner: "Abschied von der Supranationalität: Deutsche Europapolitik und europäische Integration 1958 bis 1972", in: Schildt, Axel u. a. (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000. S. 248-272. (=Bührer, Abschied von der Supranationalität).
- Bührer, Werner und Schröder, Hans-Jürgen: "Germany's Economic Revival in the 1950s. The Foreign Policy Perspective", in: di Nolfo, Ennio (Hg.): Power in Europe? II Great Britain, France, Germany and Italy and the Origins of the EEC 1952-1957. Berlin/ New York 1992. S. 174-196.
- Bührer, Werner: "Der BDI und die Außenpolitik der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren", in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 40 (1992). S. 241-261. (=Bührer, Der BDI und die Außenpolitik der Bundesrepublik).
- Burgess, Michael: Politischer Katholizismus, europäische Einigung und der Aufstieg der Christdemokratie, in: Loth, Wilfried und Greschat, Martin: Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft. Stuttgart 1994. S. 125-137. (=Burgess, Politischer Katholizismus).
- Burkhardt, Armin: Das Parlament und seine Sprache: Studien zu Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation. Tübingen 2003.
- Cahn, Jean-Paul: "Die sozialdemokratische Opposition und die Saarfrage 1947-1957", in: Rauls, Bernd (Hg.): Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945-1960. St. Ingbert 1997.

- Canavero, Alfredo: "La Ced tra solidarietà atlantica e integrazione politica europea", in: Ciampani, Andrea (Hg.): L'altra via per l'Europa. Forze sociali e organizzazione degli interessi nell'integrazione europea (1947-1957). Mailand 1995. S. 320-349. (=Canavero, La Ced).
- Canavero, Alfredo: "Nenni, i socialisti italiani e la politica estera", in: di Nolfo, Ennio (Hg.), L'Italia e la politica di potenza in Europa: (1945-50). Mailand 1990. S. 223-251. (=Canavero, Nenni e la politica estera).
- Capperucci, Vera: Il partito dei cattolici. Soveria Mannelli 2010. (=Capperucci, Il partito dei cattolici).
- Capperucci, Vera: La sinistra democristiana e la difficile integrazione tra Europa e America (1945-1958), in: Craveri, Piero und Quagliariello, Gaetano (Hg.): Atlantismo ed europeismo. Soveria Mannelli 2003. S. 71-93. (=Capperucci, La sinistra democristiana).
- Castellani, Pierluigi: La Democrazia Cristiana dal centro-sinistra al delitto Moro (1962-1978), in: Malgeri, Franco (Hg.): Dal Centro Sinistra agli "Anni di Piombo". Rom 1989. S. 3-116. (=Castellani, dal centro-sinistra al delitto Moro).
- Cattani, Venerio: Italienska delegatja, in: Benzoni, La dimensione internazionale. S. 210-215.
- Ciampani, Andrea (Hg.): L'altra via per l'Europa. Forze sociali e organizzazione degli interessi nell'integrazione europea (1947-1957). Mailand 1995.
- Colarizi, Simona: I socialisti italiani e l'internazionale socialista: 1947-1958", in: Mondo Contemporaneo 2 (2005), S. 5-66. (=Colarizi, L'internazionale socialista).
- Colarizi, Simona: Storia dei partiti nell'Italia repubblicana. Rom 1996. 2. Auflage. (=Colarizi, Storia dei partiti).
- Colarizi, Simona: "The Italian Political Parties and Foreign Policy in the 1950s: DC, PSI, PCI, MSI", in: di Nolfo, Ennio (Hg.): Power in Europe? II Great Britain, France, Germany and Italy and the Origins of the EEC 1952-1957. Berlin/ New York 1992. S. 384-406. (=Colarizi, The Italian Political Parties).
- Colombo, Arturo (Hg.): La Resistenza e l'Europa. Florenz 1983.
- Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. München 2009. (=Conze, Suche nach Sicherheit).
- Conze, Eckart: Wege in die Atlantische Gemeinschaft. Amerikanisierung, Westernisierung und Europäisierung in der internationalen Politik der Bundesrepublik Deutschland, in: Rusconi, Gian-Enrico und Woller, Hans: Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945-2000. Berlin 2006. S. 307-329.

- Conze, Eckart: "Al di là di miti e leggende. Il posto di Alcide De Gasperi nella storia europea", in: Conze, Eckart u.a. (Hg.): Alcide De Gasperi: un percorso europeo. Bologna 2005. S. 291-306. (=Conze, Al di là di miti e leggende).
- Conze, Eckart: Die gaullistische Herausforderung. München 1995. (=Conze, Herausforderung).
- Conze, Vanessa: Das Europa der Deutschen. München 2005. (=Conze, Das Europa der Deutschen).
- Corciulo, Maria Sofia und Guerrieri, Sandro: "Dall'Assemblea comune della CECA al Parlamento europeo: la contrastata nomina dei rappresentanti italiani", in: Ballini, Pier-Luigi u.a. (Hg.): Le istituzioni repubblicane dal centrismo al centro-sinistra (1953-1968). Rom 2006. S. 124-141. (=Corciulo, rappresentanti italiani).
- Corina, Rocco Aldo: Breve storia del PSI. Foggia 2008.
- Cruciani, Sante: L'Europa delle sinistre. La nascita del mercato comune europeo attraverso i casi francese e italiano (1955-1957). Rom 2007. (=Cruciani, L'Europa delle sinistre).
- De Leonardis, Massimo: L'atlantismo dell'Italia tra guerra fredda, interessi nazionali e politica interna, in: Ballini, Pier-Luigi u.a. (Hg.): Le istituzioni repubblicane dal centrismo al centro-sinistra (1953-1968). Rom 2006. S. 253-271.
- De Pascalis, Luciano: "Dalla guerra fredda alla distensione", in: Benzoni (Hg.), La dimensione internazionale. S. 216-228.
- Deg'Innocenti, Maurizio, u.a. (Hg.): Storia del PSI. Rom 1993. 3 Bände.
- Del Pero, Mario: L'alleato scomodo. Gli USA e la DC negli anni del centrismo (1948-1955). Rom 2001. (=Del Pero, L'alleato scomodo).
- di Nolfo, Ennio. Storia delle relazioni internazionali. Rom/Bari 2005<sup>6</sup>.
- di Nolfo, Ennio: La Repubblica delle speranze e degli inganni: l'Italia dalla caduta del fascismo al crollo della Democrazia Cristiana. Florenz 1996. (=di Nolfo, La repubblica).
- di Nolfo, Ennio: "Von der Konfrontation zur Partnerschaft. Italien und der Vatikan 1943-1948", in: Woller, Hans (Hg.): Italien und die Großmächte 1943-1949. München 1988. S. 179-208. (=di Nolfo, Italien und der Vatikan).
- di Nolfo, Ennio: "Das Problem der europäischen Einigung als ein Aspekt der italienischen Außenpolitik 1945-1954", in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 28 (1980). S. 145-167. (=di Nolfo, Das Problem der europäischen Einigung).
- Di Scala, Spencer: "I socialisti, il centro-sinistra e l'amministrazione Kennedy", in: Benzoni (Hg.), La dimensione internazionale. S. 268-275.

- Doering-Manteuffel, Anselm: *Wie westlich sind die Deutschen?* Göttingen 1999. (=Doering-Manteuffel, *wie westlich*).
- Doering-Manteuffel, Anselm: "Rheinischer Katholik im Kalten Krieg. Das "christliche Europa" in der Weltsicht Adenauers", in: Loth, Wilfried (Hg.): *Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft*. Köln 1994. S. 237-246.
- Doering-Manteuffel, Anselm: "Die Europakonzeptionen von Kurt Schumacher und Konrad Adenauer", in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): *Kurt Schumacher als deutscher und europäischer Sozialist. Dokumentation einer internationalen Fachtagung im Kurt-Schumacher-Bildungszentrum der FES in Bad Münstereifel vom 6.-8.3.87*. Bonn 1988. S. 38-59. (=Doering-Manteuffel, *Die Europakonzeptionen*)
- Donno, Michele: *Giuseppe Saragat e la socialdemocrazia italiana 1947-1952*. Bologna 2007. (2009 bei Rubbettino erschienen). (=Donno, *Saragat e la socialdemocrazia*).
- Donno, Michele: *Il piano Marshall e la „parabola terzaforzista“ del Partito socialista dei lavoratori italiani*, in: *ventunesimo secolo* 13 (2007). S. 153-182. (=Donno, *Il piano Marshall*).
- Donno, Michele: *Roberto Tremelloni e l'attuazione del piano Marshall in Italia*, in: *ventunesimo secolo* 10 (2006). S. 89-118. (=Donno, *Tremelloni e l'attuazione del piano Marshall*).
- Dülffer, Jost und Kruke, Anja: "Von der Geschichte der europäischen Integration zur Gesellschaftsgeschichte Europas nach 1945", in: *Archiv für Sozialgeschichte* 49 (2009). S. 3-24.
- Eibl, Franz: *Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961-1966*. München 2001. (=Eibl, *Politik*).
- Fauri, Francesca: *Il Piano Marshall e l'Italia*. Bologna 2010.
- Felisini, Daniela: "1943-1957. Il Partito socialista italiano e l'integrazione europea", in: *Annali dell'Istituto Ugo La Malfa* 3 (1987). S. 213-350. (=Felisini, *Il PSI e l'integrazione europea*).
- Formigoni, Guido: *Alla prova della democrazia: Chiesa, cattolici e modernità nell'Italia del '900*. Trient 2008.
- Formigoni, Guido: *Alcide De Gasperi 1943-1948. Il politico vincente alla guida della transizione*. In: *De Gasperi, Alcide: Scritti e discorsi politici*. Mailand 2008. Band 3, Teilband 1. S. 11-147.
- Formigoni, Guido: "L'Europa vista dal Vaticano: De Gasperi commentatore della politica internazionale", in: *Conze, Eckart u.a. (Hg.), Alcide De Gasperi: un percorso europeo*. Bologna 2005. S. 169-193.

- Formigoni, Guido: *La Democrazia cristiana e l'alleanza occidentale: (1943-1953)*. Bologna 1996. (=Formigoni, l'alleanza occidentale).
- Formigoni, Guido: "I sindacati italiani e il processo di integrazione europea (1947-1960)", in: Ciampini, Andrea (Hg.): *L'altra via per l'Europa. Forze sociali e organizzazione degli interessi nell'integrazione europea (1947-1957)*. Mailand 1995. S. 19-52. (=Formigoni, i sindacati italiani).
- Formigoni, Guido: "Il mondo cattolico e la scelta occidentale' dopo le elezioni del 1948", in: Vigezzi, Brunello (Hg.): *La dimensione atlantica e le relazioni nel dopoguerra. 1947-1959*. Mailand 1987. S. 191-237.
- Fornaro, Federico: *Giuseppe Saragat*. Venedig 2003. (=Fornaro, Saragat).
- Fornaro, Federico: *Giuseppe Romita: l'autonomista socialista e la battaglia per la repubblica*. Mailand 1996. (=Fornaro, Romita).
- Friedel, Mathias: "Die Bundestagswahl 1953", in: Jakob, Nikolaus (Hg.): *Wahlkämpfe in Deutschland: Fallstudien zur Wahlkampfkommunikation 1912 – 2005*. Wiesbaden 2007. S. 112-136.
- Gabriel, Karl: "Die Katholiken in den 50er Jahren: Restauration, Modernisierung und beginnende Auflösung eines konfessionellen Milieus", in: Schildt, Axel u.a. (Hg.): *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*. Bonn 1993. S. 403-417.
- Galante, Severino: "The International Policies of the Italian Christian Democratic and Communist Parties in the Fifties", in: di Nolfo, Ennio (Hg.): *Power in Europe? II Great Britain, France, Germany and Italy and the Origins of the EEC 1952-1957*. Berlin/ New York 1992. S. 407-434. (=Galante, The Italian Christian Democrat and Communist Parties).
- Galli, Giorgio: *Storia del socialismo italiano: da Turati al dopo Craxi*. Mailand 2007. (=Galli, Storia del socialismo italiano).
- Galli, Giorgio: *Storia della DC*. Mailand 2007. (=Galli, Storia della DC).
- Gassert, Philipp: *Kurt Georg Kiesinger: 1904-1988; Kanzler zwischen den Zeiten*. Düsseldorf 2006.
- Gassert, Philipp: "Im Schatten Adenauers: Kurt Georg Kiesinger als parlamentarischer Außenpolitiker in den 1950er Jahren", in: Buchstab, Günter (Hg.): *Kurt Georg Kiesinger: 1904 - 1988; von Ebingen ins Kanzleramt*. Freiburg 2005. S. 269-302. (=Gassert, Im Schatten Adenauers).
- Gauger, Jörg-Dieter: *Hans Erich Stier (1902-1979)*. In: *Historisch Politische Mitteilungen* 14 (2007). S. 187-212.



- Gehler, Michael: Der „Genfer Kreis“: Christdemokratische Parteienkooperation und Vertrauensbildung im Zeichen der deutsch-französischen Annäherung 1947-1955. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49 (2001). S. 599-625.
- Gehler, Michael, Kaiser, Wolfram: Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten 1945-1965. München 2003.
- Gehler, Michael und Kaiser, Wolfram: "Transnationalism and early European Integration: the Nouvelles Equipes Internationales and the Geneva Circle, 1947-1957", in: Historical Journal 44 (2001). S. 773-798.
- Gehler, Michael u.a. (Hg.): Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem. Wien/Köln/Weimar 2009.
- Geiger, Tim.: Atlantiker gegen Gaullisten. München 2008.
- Geiger, Tim: "Konrad Adenauer e l'Europa", in: Conze, Eckart u.a. (Hg.): Alcide De Gasperi: un percorso europeo. Bologna 2005. S. 231-261. (= Geiger, Adenauer e l'Europa).
- Gelsomini, Elena: Le campagne elettorali della Prima Repubblica (1948-1963). Manduria-Bari-Roma 2008. (=Gelsomini, campagne).
- Geppert, Dominik: Die Ära Adenauer. Darmstadt 2002. (=Geppert, Ära Adenauer).
- Ghini, Celso: Il voto degli italiani. Rom 1975.
- Giacomini, Ruggero: I partigiani della pace: il movimento pacifista in Italia e nel mondo negli anni della prima guerra fredda. Mailand 1984. (=Giacomini, I partigiani).
- Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. München 1999.
- Graglia, Piero S.: Altiero Spinelli tra atlantismo e Terza Forza: De Gasperi, Eisenhower, Nenni (1948-1969), in: Craveri, Piero und Quagliariello, Gaetano (Hg.): Atlantismo ed europeismo. Soveria Mannelli 2003. S. 293-330. (=Graglia, Spinelli).
- Greschat, Martin: "Der Protestantismus und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft", in: Loth, Wilfried u.a. (Hg.): Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft. Köln 1994. S. 25-96.
- Greschat, Martin: "Protestantismus und Evangelische Kirche in den 60er Jahren", in: Schildt, Axel u.a. (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000. S. 544-581.
- Gualtieri, Roberto: Il sistema politico italiano e il sistema internazionale, in: Ballini, Pier-Luigi u.a. (Hg.): Le istituzioni repubblicane dal centrismo al centro-sinistra (1953-1968). Rom 2006. S. 293-308.

- Gualtieri, Roberto: Cambiamenti sociali e mutamenti politici: il partito di maggioranza, in: Ballini, Pier-Luigi u.a. (Hg.): Le istituzioni repubblicane dal centrismo al centro-sinistra (1953-1968). Rom 2006. S. 334-350.
- Gualtieri, Roberto: De Gasperi e l'Europa, in: Gualtieri, Roberto (Hg.): A. De Gasperi, Discorsi sull'Europa. Rom 2004. S. 5-42.
- Guerzoni, Corrado: Aldo Moro. Palermo 2008.
- Guiotto, Maddalena: Der Europagedanke in den christdemokratischen Parteien. CDU/CSU und DC in den fünfziger Jahren. In: Rusconi, Gian-Enrico und Woller, Hans: Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945-2000. Berlin 2006. 175-202.
- Habermas, Jürgen: Ach, Europa. Frankfurt 2008.
- Hausmann, Frederike: Kleine Geschichte Italiens von 1943 bis Berlusconi. Berlin 2004.
- Heidemeyer, Helge: Einleitung, in: CDU/CSU-Fraktion 1949-1953. S. I-CLXXXI. (=Heidemeyer, Einleitung).
- Hentschel, Volker: Ludwig Erhard. München 1996. (=Hentschel, Erhard).
- Herbst, Ludolf (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt. München 1990.
- Hiepel, Claudia: "Europa gehört keiner Partei": Die SPD und der Weg vom Socialist Information and Liaison Office zur Sozialdemokratischen Partei Europas.", in: Mittag, Jürgen (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Essen 2006. S. 271-288. (Hiepel, Europa gehört keiner Partei).
- Hofmann, Robert: Geschichte der deutschen Parteien. München 1993. (=Hofmann, Geschichte der deutschen Parteien).
- Hölscher, Wolfgang: Einleitung, in: Auswärtiger Ausschuss 49-53. S. XI-CXXXI.
- Hörner, Stefan: Der Vatikan und die Neuordnung Europas: die Bundesrepublik Deutschland und die katholische Kirche im europäischen Integrationsprozeß; 1948-1958. Frankfurt am Main 1996. (=Hörner, Der Vatikan und die Neuordnung Europas.)
- Höver, Ulrich: Joseph Goebbels. Bonn/Berlin 1992.
- Hrbek, Rudolf: Die SPD – Deutschland und Europa. Bonn 1972.
- Hrbek, Rudolf und Schwarz, Volker (Hg.): 40 Jahre Römische Verträge: Der deutsche Beitrag. Baden-Baden 1998.

- Ignesti, Giuseppe: La Chiesa, i cristiani e la politica da Pio XII a Giovanni XXIII, in: Malgeri, Francesco: La stagione del Centro Sinistra. Rom 1988 S. 269-330.
- Jachtenfuchs, Markus: Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung. Baden-Baden 2002.
- Jansen, Christian: Italien seit 1945. Göttingen 2007.
- Kaiser, Wolfram: Christdemokratische Netzwerke und die Genese Kerneuropas. In: Gehler, Michael u.a. (Hg.): Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem. Wien/Köln/Weimar 2009. S. 87-103. (=Kaiser, Christdemokratische Netzwerke).
- Kaiser, Wolfram: Christian Democracy and the origins of European Union. Cambridge 2007. (=Kaiser, Christian Democracy).
- Kaiser, Wolfram: Quo vadis, Europa? Die deutsche Wirtschaft und der Gemeinsame Markt 1958-1963, in: Hrbek, Rudolf und Schwarz, Volker (Hg.): 40 Jahre Römische Verträge: Der deutsche Beitrag. Baden-Baden 1998. S. 195-213. (=Kaiser, Quo vadis, Europa?).
- Kaiser, Wolfram: Begegnungen christdemokratischer Politiker in der Nachkriegszeit. In: Loth, Wilfried und Greschat, Martin: Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft. Stuttgart 1994. S. 139-157.
- Kaiser, Wolfram und Gehler, Michael (Hg.): Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945-1965. München 2004.
- Kämper, Heidrun: Der Schulddiskurs in der frühen Nachkriegszeit: ein Beitrag zur Geschichte. Berlin 2005.
- Kleinmann, Hans-Otto: Geschichte der CDU. Stuttgart 1993. (=Kleinmann, Geschichte der CDU).
- Kleßmann, Christoph: "Kontinuitäten und Veränderungen im protestantischen Milieu", in: Schildt, Axel (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1993. S. 418-430.
- Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Berlin/Bonn 1982. (=Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei).
- Knipping, Franz: Rom, 25. März 1957. Die Einigung Europas. München 2004. (=Knipping, Rom, 25. März 1957).
- Koch-Wegener, Anette: "Der Bundestagswahlkampf 1949 von CDU und SPD im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft", in: Jakob, Nikolaus (Hg.): Wahlkämpfe in Deutschland: Fallstudien zur Wahlkampfkommunikation 1912 - 2005. Wiesbaden 2007. S. 97-111.

- Koerfer, Daniel: Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer. Stuttgart 1987.  
(=Koerfer, Kampf ums Kanzleramt).
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946-1949. Bonn 1975.
- Körner, Klaus: "Die rote Gefahr". Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950-2000. Hamburg 2003.
- Kosthorst, Daniel: Brentano und die deutsche Einheit: die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955-1961. Düsseldorf 1993.  
(=Kosthorst, Brentano).
- Krieger, Wolfgang (Hg.): Adenauer und die Wiederbewaffnung. Bonn 2001.
- Kruke, Anja: Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Düsseldorf 2007.  
(=Kruke, Demoskopie).
- Küppers, Heinrich: Johannes Hoffmann (1890-1967): Biographie eines Deutschen. Düsseldorf 2008.
- Küppers, Heinrich: "Johannes Hoffmann", in: Rauls, Bernd (Hg.): Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945-1960. St. Ingbert 1997. S. 151-162.
- Küsters, Hanns Jürgen: "Konrad Adenauers und Walter Hallsteins Vorstellungen vom zukünftigen Europa", in: Durchhardt, Heinz (Hg.): Europäer des 20. Jahrhunderts. Wegbereiter und Gründer des 'modernen Europa'. Mainz 2002. S. 91-114.
- Küsters, Hanns Jürgen: "Adenauers Europapolitik in der Gründungsphase der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft", in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 31 (1983). S. 646-673. (=Küsters, Adenauers Europapolitik).
- Küsters, Hanns Jürgen: Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Baden-Baden 1982.
- Lacaita, Carlo G. und Punzo, Maurizio (Hg.): Milano, Anni Sessanta. Dagli esordi del centro-sinistra alla contestazione. Manduria-Bari-Roma 2008.
- Landolfi, Antonio: "I socialisti ed il Piano Marshall", in: Benzoni, La dimensione internazionale. S. 197-202.
- Ders.: "Nenni e i partigiani della pace", in: Benzoni (Hg.), La dimensione internazionale. S. 203-209. (=Landolfi, Nenni e i partigiani della Pace).
- Landoni, Enrico: Il laboratorio delle riforme. Milano dal centrismo al centro-sinistra (1956-1961). Mailand 2007.

- Lappenküper, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990. München 2008.
- Lappenküper, Ulrich: Die deutsch-französischen Beziehungen 1949-1963. München 2001. Band 1. (=Lappenküper, Beziehungen).
- Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen 1958-1963. München 2001.
- Lappenküper, Ulrich: "Adenauer, die CDU/CSU und Europa (1949-1963)", in: Cahn, Jean-Paul (Hg.): La République Fédérale d'Allemagne et la construction de l'Europe (1949-1963). Paris 1999. S. 123-137.
- Lauzi, Giorgio: "I nuovi collegamenti internazionali del socialismo italiano", in: Benzoni (Hg.), La dimensione internazionale. S. 276-289. (=Lauzi, i nuovi collegamenti).
- Lipgens, Walter: Zukunftsplanungen christlicher Kirchen und Gruppen während des Zweiten Weltkriegs, in: Loth, Wilfried und Greschat, Martin: Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft. Köln 1994. S. 13-23.
- Lipgens, Walter: Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940-1945. München 1968. (=Lipgens, Europa-Föderationspläne).
- Lorenzini, Sara: Introduzione, in: De Gasperi, Alcide: Alcide De Gasperi e la stabilizzazione della Repubblica, 1948-1954. Teil 2. La politica estera di De Gasperi fra Alleanza atlantica e Comunità europea di difesa, 1948-1954 (a cura di Sara Lorenzini e Barbara Taverni). Bologna 2009. S. 2139-2167. (=Lorenzini, introduzione).
- Lorenzini, Sara: "Alcide De Gasperi e il reinserimento dell'Italia nella scena internazionale, 1944-1948", in: Alcide De Gasperi, Scritti e discorsi politici. Alcide De Gasperi e la fondazione della democrazia italiana, 1943-1948. Edizione critica. Mailand 2008. S. 1335-1359.
- Lorenzini, Sara: "L'impegno di De Gasperi per un'Europa unita", in: Conze, Eckart u.a. (Hg.): Alcide De Gasperi: un percorso europeo. Bologna 2005. S. 195-230. (=Lorenzini, De Gasperi).
- Loth, Wilfried: 50 Jahre Römische Verträge. In: Integration 1 (2007). S. 36 - 43.
- Loth, Wilfried: Deutsche Europa-Konzeptionen in der Gründungsphase der EWG, in: Hrbek, Rudolf und Schwarz, Volker (Hg.): 40 Jahre Römische Verträge: Der deutsche Beitrag. Baden-Baden 1998. S. 24-35. (=Loth, Deutsche Europa-Konzeptionen).
- Loth, Wilfried: Der Weg nach Europa. Göttingen 1996<sup>3</sup>. (=Loth, Der Weg).
- Loth, Wilfried: "Europapolitische Leitbilder in der italienischen und deutschen Geschichte", in: Wilking, Susanne (Hg.): Deutsche und italienische Europapolitik. Historische Grundlagen und aktuelle Fragen. Bonn 1992. S. 13-21.

Loth, Wilfried: "De Gaulle und Europa. Eine Revision", in: Historische Zeitschrift 253 (1991). S. 629-660.

Loth, Wilfried: Die Anfänge der Europäischen Integration 1945-1950. Bonn 1990.

Loth, Wilfried: "Die Europa-Diskussion in den deutschen Besatzungszonen", in: Ebd. S. 103-128. (=Loth, Die Europa-Diskussion in den deutschen Besatzungszonen).

Loth, Wilfried: "Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik", in: Herbst, Ludolf (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt. München 1990. S. 63-77. (=Loth, Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren).

Loth, Wilfried: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas. Stuttgart 1977.

Löwke, Udo: Die SPD und die Wehrfrage. Bonn 1976.

Magagnoli, Ralf: Italien und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Zwischen europäischem Credo und nationaler Machtpolitik. Frankfurt am Main 1997.

Malgeri, Francesco: Cambiamenti sociali e mutamenti politici: il partito di maggioranza, in: Ballini, Pier-Luigi u.a. (Hg.): Le istituzioni repubblicane dal centrismo al centro-sinistra (1953-1968). Rom 2006. S. 334-350.

Malgeri, Francesco (Hg.): Dal centro sinistra agli "anni di piombo". Rom 1989.

Malgeri, Francesco (Hg.): De Gasperi e l'età del Centrisimo. Rom 1988.

Malgeri, Francesco (Hg.): La stagione del Centro Sinistra. Rom 1988. (=Malgeri, la stagione).

Malgeri, Francesco: "Gli anni di transizione: da Fanfani a Moro (1954-1962)", in: Ders. (Hg.), La stagione del Centro Sinistra. Rom 1988. S. 3-265. (=Malgeri, transizione).

Malgeri, Francesco (Hg.): Le origini: la Dc dalla Resistenza alla Repubblica. Rom 1987. (=Malgeri, Storia della DC 1).

Malgeri, Francesco: Sturzo e la Dc: l'avvio di un rapporto difficile (1943-1946), in: Ders.: Storia della Democrazia Cristiana. Band 1. Rom 1987. S. 231-244.

Malgeri, Francesco: De Gasperi e l'età del centrismo (1948-1954) in: Storia della Democrazia cristiana (a cura di Francesco Malgeri). 2. Band. 1948-1954 – De Gasperi e l'età del centrismo. Rom 1987. S. 3-249. (=Malgeri, l'età del centrismo).

Marcowitz, Reiner: Option für Paris. München 1996. (=Marcowitz, Option).

- Martelli, Evelina: L'altro atlantismo. Fanfani e la politica estera italiana (1958-1963). Mailand 2008. (=Martelli, Fanfani).
- Marucci, Alessandro: Armintore Fanfani e la costruzione europea: dall'Ueo ai trattati di Roma (1954-1957), in: ventunesimo secolo 14 (2007). S. 45-82. (=Marucci, Fanfani).
- Masala, Carlo: "Die CDU und die Democrazia Cristiana Italiana, 1949-1969. Eine schwierige Beziehung." In: Historisch-politische Mitteilungen 3 (1996). S. 145-162.
- Matl, Saskia: "Europäische Christdemokraten auf dem Weg zur transnationalen Zusammenarbeit?", in: Mittag, Jürgen (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Essen 2006. S. 289-312.
- Mattera, Paolo: Il partito inquieto: organizzazione, passioni e politica dei socialisti italiani dalla Resistenza al miracolo economico. Rom 2004.
- Mayer, Tilman: Medienmacht und Öffentlichkeit in der Ära Adenauer. Bonn 2009 (=Rhöndorfer Gespräche Nr 23).
- Mayer, Tilman: Einleitung. In: Ders. (Hg.): Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Köln 1988. S. 17-133. (=Mayer, Einleitung).
- Meneguzzi Rostagni, Carla: "Il Vaticano e la costruzione europea (1948-1957)", in: di Nolfo, Ennio (Hg.): L'Italia e la politica di potenza in Europa: (1950-60). Mailand 1992. S. 143-172.
- Mergel, Thomas: Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949-1990. Göttingen 2010. (=Mergel, Propaganda nach Hitler).
- Merkel, Wolfgang: Die sozialistische Partei Italiens: Zwischen Oppositionssozialismus und Staatspartei. Bochum 1985. (=Merkel, Die sozialistische Partei Italiens).
- Merseburger, Peter: Der schwierige Deutsche: Kurt Schumacher; eine Biographie. Stuttgart 1995. (=Merseburger, Schumacher).
- Miller, James Edward: "Der Weg zu einer "special relationship". Italien und die Vereinigten Staaten 1943-1947", in: Woller, Hans (Hg.): Italien und die Großmächte 1943-1949. München 1988. S. 49-68. (=Miller, special relationship).
- Milward, Alan S.: The European rescue of the nation state. London 1992.
- Mittag, Jürgen (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Essen 2006.
- Mori, Giorgio: Die italienische Wirtschaft 1948-1963. Von der Aufholjagd bis zum Ende des „Golden Age“, in: Rusconi, Gian-Enrico und Woller, Hans (Hg.): Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945-2000. Berlin 2006. S. 375-411.

- Morsey, Rudolf: "Vorbereitung der Großen Koalition von 1966. Unionspolitiker im Zusammenspiel mit Herbert Wehner seit 1962", in: Kocka, Jürgen (Hg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. München 1994. S. 462-478.
- Müller, Hartmut (Hg.): Begegnungen mit Wilhelm Kaisen. Bremen 1980. (=Müller, Kaisen).
- Müller-Härlin, Maximilian: Nation und Europa in Parlamentsdebatten zur europäischen Integration. Baden-Baden 2008. (= Müller-Härlin, Nation und Europa).
- Müller-Roschach, Herbert: Die deutsche Europapolitik. 1949-1977; eine politische Chronik. Bonn 1980. (=Müller-Roschach, Die deutsche Europapolitik).
- Neri Gualdesi, Marinella: La battaglia dei federalisti italiani per costruire l'alternativa europea federale (1950-1956), in: di Nolfo, Ennio, Rainero, Romain, Vigezzi, Brunello (Hg.): L'Italia e la politica di potenza in Europa: (1950-60). Mailand 1992. S. 253-287. (=Neri Gualdesi, la battaglia).
- Neulen, Hans Werner: Europa und das 3. Reich. München 1987.
- Neuss, Beate: Geburtshelfer Europas? Die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozess 1945-1958. Baden-Baden 2000.
- Niedhart, Gottfried: "Außenpolitik in der Ära Adenauer", in: Schildt, Axel u. a. (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1993. S. 805-818.
- Nuti, Leopoldo: Gli stati uniti e l'apertura a sinistra. Rom/Bari 1999.
- Oppelland, Torsten: Atlantiker und Gaullisten, in: Schwarz, Hans-Peter: Die Fraktion als Machtfaktor. München 2009. S. 67-84. (=Oppelland, Atlantiker und Gaullisten).
- Oppelland, Torsten: Gerhard Schröder (1910-1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession. Düsseldorf 2002.
- Oppelland, Torsten: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU, 1952-1969, in: Historisch-politische Mitteilungen 5 (1998). S. 105-143. (=Oppelland, EAK).
- Pasquinucci, Daniele: „L'osservatore Romano“ e le origini dell'integrazione europea (1947-1957), in: Muragni, Marco (Hg.): Stato, chiesa e relazioni internazionali. Mailand 2003. S. 173-191. (=Pasquinucci, L'osservatore Romano).
- Pastorelli, Pietro: Die Europapolitik von Alcide De Gasperi. In: Loth, Wilfried u.a. (Hg.): Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft. Stuttgart 1994. S. 203-228.
- Pastorelli, Pietro: La politica estera italiana del dopoguerra. Bologna 1987.



- Penzlin, Carsten: Wahlkampf und Außenpolitik. Eine vergleichende Studie zu den Bundestagswahlen von 1957 und 1972. Rostock 2009. (=Penzlin. Wahlkampf und Außenpolitik).
- Petrangeli, Giulio: "Partigiani della Pace in Italia: 1948-1953", in: *Italia Contemporanea* 32 (1999). S. 667-692.
- Petri, Rolf: Von der Autarkie zum Wirtschaftswunder. Tübingen 2001. (=Petri, Wirtschaftswunder).
- Petrini, Francesco: *Il liberismo a una dimensione. La Confindustria e l'integrazione europea 1947-1957*. Mailand 2005. (=Il liberismo).
- Pistone, Sergio: *L'Unione dei Federalisti Europei*. Neapel 2008. (=Pistone, Federalisti Europei).
- Pistone, Sergio: "Die Europadiskussion in Italien", in: Loth, Wilfried (Hg.): *Die Anfänge der Europäischen Integration 1945-1950*. Bonn 1990. S. 53-68. (=Pistone, Die Europadiskussion in Italien).
- Piva, Francesco: "La gioventù cattolica in cammino..." *Memoria e storia del gruppo dirigente (1946-1954)*. Mailand 2003.
- Poidevin, Raimond und Hudemann, Rainer: *Die Saar 1945-1955*. München 1995.
- Pombeni, Paolo: *Die politische Stabilisierung in Italien und Deutschland (1945-1958)*. Rusconi, Gian-Enrico und Woller, Hans (Hg.): *Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945-2000*. Berlin 2006. S. 261-289.
- Pombeni, Paolo und Corni, Gustavo: "La politica come esperienza della storia", in: Conze, Eckart u.a. (Hg.): *Alcide De Gasperi: un percorso europeo*. Bologna 2005. S. 7-61.
- Potthoff, Einleitung. In: Bracher, Karl-Dietrich u.a. (Hg.): *Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966*. 1. Halbband 1961-1963 (bearbeitet von Heinrich Potthoff). Düsseldorf 1993. S. I-CXXIV.
- Prati, Giulia: *Italian foreign policy, 1947-1951. Alcide De Gasperi and Carlo Sforza between Atlanticism and Europeanism*. Göttingen 2006.
- Preda, Daniela: *Alcide De Gasperi federalista europeo*. Bologna 2004. (=Preda, De Gasperi).
- Preda, Daniela: *Storia di una speranza. La battaglia per la CED e la Federazione europea*. Mailand 1990.
- Prettenthaler-Ziegerhofer, Anita: ""Die Männer des europäischen Widerstandes werden morgen das neue Europa bauen." Leitbilder für ein vereintes Europa, in: Elvert;

- Jürgen (Hg.): Leitbild Europa? Europabilder und ihre Wirkungen in der Neuzeit. Stuttgart 2009. S. 126-138.
- Puletti, Ruggero: Saggio introduttivo, in: Romita, Giuseppe: Taccuini politici. 1947-1958. Mailand 1980. S. 5-246. (=Puletti, Saggio introduttivo).
- Ramuschkat, Dietmar: Die SPD und der europäische Integrationsprozess: Kontinuität und Wandel in der sozialdemokratischen Europapolitik 1949-1955. Niebüll 2003. (=Ramuschkat, Die SPD).
- Ripa di Meana, Carlo: "I socialisti e l'Europa", in: Benzoni (Hg.), La dimensione internazionale. S. 249-260.
- Rogosch, Detlef: Vorstellungen von Europa. Europabilder in der SPD und bei den belgischen Sozialisten 1945-1957. Hamburg 1996. (=Rogosch, Vorstellungen von Europa).
- Romero, Federico: Emigrazione e integrazione europea. Rom 1991.
- Rusconi, Gian-Enrico und Woller, Hans (Hg.): Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945-2000. Berlin 2006.
- Rusconi, Gian-Enrico: Germania, Italia, Europa. Turin 2003.
- Russo, Ivano: Politica estera e "diplomazia personale". Fanfani, de Gaulle e le relazioni italo-francesi negli anni Cinquanta. Mailand 2008. (=Russo, Politica estera).
- Saba, Vincenzo: "Una identità sindacale triplice: nazionale, europea, mondiale", in: Ciampani, Andrea (Hg.): L'altra via per l'Europa. Forze sociali e organizzazione degli interessi nell'integrazione europea (1947-1957). Mailand 1995. 383-412.
- Sani, Roberto: „La Civiltà Cattolica“ e la politica italiana nel secondo dopoguerra (1945-1958). Mailand 2004. (=Sani, La Civiltà Cattolica).
- Santarelli, Enzo: Pietro Nenni. Turin 1998.
- Sartori, Giovanni: Teoria dei partiti e caso italiano. Mailand 1982.
- Sauer, Thomas: Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises. München 1999. (=Sauer, Kronberger Kreis).
- Schildt, Axel: Das „christliche Abendland“ als Zentrum politischer Integration in der Frühzeit der Ära Adenauer. In: Mayer, Tilmann (Hg.): Medienmacht und Öffentlichkeit in der Ära Adenauer. Bonn 2009. S. 39-54.
- Schildt, Axel: Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre. München 1999. (=Schildt, zwischen Abendland und Amerika).

- Schildt, Axel: "Ende der Ideologien? Politisch-ideologische Stömungen in den 50er Jahren", in: ders. u. a. (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1993. S. 627-635.
- Schlemmer, Thomas: Zwischen Weimar und Bonn. Das westdeutsche Parteiensystem 1945 bis 1961, in: Rusconi, Gian-Enrico und Woller, Hans (Hg.): Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945-2000. Berlin 2006. S. 235-259.
- Schlemmer, Thomas: Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955. München 1998.
- Schmale, Wolfgang: Geschichte und Zukunft der Europäischen Identität. Stuttgart 2008. (=Schmale, Geschichte und Zukunft der Europäischen Identität).
- Schmidtchen, Gerhard: Die befragte Nation. Frankfurt 1965. (=Schmidtchen, Die befragte Nation).
- Schmitz, Kurt Thomas: Deutsche Einheit und Europäische Integration. Bonn 1978. (=Schmitz, Deutsche Einheit und die Europäische Integration).
- Schröder, Hans-Jürgen: "Wahlkampfbilder: Die Visualisierung von Adenauers Amerika-reisen 1953 und 1957 in Propagandafilmen der CDU", in: Jakob, Nikolaus (Hg.): Wahlkämpfe in Deutschland: Fallstudien zur Wahlkampfkommunikation 1912-2005. Wiesbaden 2007. S. 137-150.
- Schwarz, Hans-Peter: Die CDU/CSU-Fraktion in der Ära Adenauer. In: Ders. (Hg.): Die Fraktion als Machtfaktor. München 2009. S. 9-37. (=Schwarz, die CDU/CSU-Fraktion).
- Schwarz, Hans-Peter: Erbfreundschaft. Adenauer und Frankreich. Bonn-Berlin 1992. (=Schwarz, Erbfreundschaft).
- Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Staatsmann 1952-1967. Stuttgart 1991. (=Schwarz, Adenauer 2).
- Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg: 1876-1952. Stuttgart 1986. (=Schwarz, Adenauer 1).
- Schwarz, Hans-Peter: Adenauer und Europa. Melle 1985.
- Schwarz, Hans-Peter: "Adenauer und Europa", in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 27 (1979). S. 471-523. (=Schwarz, Adenauer und Europa).
- Schwarz, Hans-Peter: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949. Neuwied/Berlin 1966.
- Scirocco, Giovanni: "Politique d'abord". Il psi, la guerra fredda e la politica internazionale (1948-1957). Mailand 2010. (Scirocco, politique d'abord).

- Scirocco, Giovanni: „Legato a un passato irripetibile, proiettato in un futuro imprevedibile“: Francesco De Martino e la politica internazionale, in: Bartocci, Enzo (Hg.): Francesco De Martino e il suo tempo. Rom 2009. S. 55-90. (=Scirocco, De Martino).
- Scoppola, Pietro: La repubblica dei partiti. Profilo storico della democrazia in Italia (1945-1990). Bologna 1991.
- Sechi, Salvatore: "Die neutralistische Versuchung. Italien und die Sowjetunion 1943-1948", in: Woller, Hans (Hg.): Italien und die Großmächte 1943-1949. München 1988. S. 95-130. (Sechi, Italien und die Sowjetunion).
- Seebacher-Brandt, Brigitte: Biedermann und Patriot. Erich Ollenhauer - ein sozialdemokratisches Leben. Rheinbreitenbach 1984.
- Serra, Enrico: "Schwieriger Neubeginn. Italien und Frankreich 1943-1951", in: Woller, Hans (Hg.): Italien und die Großmächte 1943-1949. München 1988. S. 161-178. (=Serra, Italien und Frankreich).
- Serra, Francesca: "Alcune osservazioni sulla presenza della rappresentanza degli interessi nella delegazione italiana al Piano Schuman", in: Ciampani, Andrea (Hg.): L'altra via per l'Europa. Forze sociali e organizzazione degli interessi nell'integrazione europea (1947-1957). Mailand 1995. S. 127-137. (=Serra, rappresentanza degli interessi nella delegazione italiana).
- Sgambati, Valeria: "Saragat e la scelta dell'Occidente", in: Craveri, Piero und Quagliariello, Gaetano (Hg.): Atlantismo ed europeismo. Soveria Mannelli 2003. S. 463-483. (=Sgambati, Saragat).
- Soell, Hartmut: Fritz Erler – Eine politische Biographie. 2 Bände. Bonn 1976. (=Soell, Erler).
- Sommer, Antje: Vom Pressedienst zur Pressemitteilung. Der Wandel der politischen Kommunikation von Partei und Bundestagsfraktion der SPD (1946-1995), in: v. Mengersen, Oliver u.a. (Hg.): Personen, Soziale Bewegungen, Parteien. Festschrift für Hartmut Soell. Heidelberg 2004.
- Sommer, Karl-Ludwig: Wilhelm Kaisen. Bonn 2000.
- Steiner, André: "Wachstum als wirtschaftspolitisches Leitbild. Zu seiner Wirksamkeit in der westeuropäischen Integration", in: Elvert, Jürgen (Hg.): Leitbild Europa? Europabilder und ihre Wirkungen in der Neuzeit. Stuttgart 2009. S. 244-255. (=Steiner, Wachstum).
- Steininger, Rolf: Deutschland und die sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg. Bonn 1979. (=Steininger, Sozialistische Internationale).

- Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg. München 2007. (ebenso Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2007.) (=Stöver, Der Kalte Krieg).
- Tamburrano, Giuseppe: "Nenni e De Martino: la rinascita del socialismo autonomista", in: Bartocci, Enzo (Hg.): Francesco De Martino e il suo tempo. Rom 2009. S. 141-146.
- Tamburrano, Giuseppe: "Il revisionismo nenniano negli anni cinquanta", in: Benzoni (Hg.), La dimensione internazionale. S. 229-238.
- Thomas, Brigitta: Die Europa-Politik Italiens. Der Beitrag Italiens zur europäischen Einigung zwischen EVG und EG. Baden-Baden 2005. (=Thomas, Die Europa-Politik Italiens).
- Tramontin, Silvio: La Democrazia cristiana dalla Resistenza alla Repubblica. In: Malgeri, Storia della DC 1. S. 15-48.
- Traniello, Francesco: Christliche Kultur – europäische Kultur. Entwicklungen und Wandlungen einer Idee im italienischen Katholizismus zwischen 1920 und 1950, in: Rusconi, Gian Enrico und Woller, Hans: Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945-2000. Berlin 2006. S. 143-173. (=Traniello, Christliche Kultur – europäische Kultur).
- Trunk, Achim: Europa, ein Ausweg. Politische Eliten und europäische Identität in den 1950er Jahren. München 2007. (=Trunk, Europa, ein Ausweg).
- Van Dijk, Ruud: Encyclopedia of the Cold War. 2 Bände. New York 2008.
- Varsori, Antonio: La Cenerentola d'Europa?: l'Italia e l'Integrazione europea dal 1947 a oggi. Soveria Mannelli 2010. (=Varsori, Cenerentola).
- Varsori, Antonio: "Bestrafung oder Aussöhnung? Italien und Großbritannien 1943-1948", in: Woller, Hans (Hg.): Italien und die Großmächte 1943-1949. München 1988. (=Varsori, Italien und Großbritannien).
- Varsori, Antonio: "La scelta occidentale dell'Italia", in: Storia delle relazioni internazionali 1 (1985). S. 95-159.
- Vigezzi, Brunello: "L'Italia e i problemi della "politica di potenza". Dalla crisi della CED alla crisi di Suez", in: di Nolfo, Ennio (Hg.): L'Italia e la politica di potenza in Europa: (1950-60). Mailand 1992. S. 3-29.
- Vigezzi, Brunello: "La politica estera italiana e le premesse della scelta atlantica", in: Vigezzi, Brunello (Hg.): La dimensione atlantica e le relazioni nel dopoguerra, 1947-1959. Mailand 1987.

Violi, Roberto P.: Democrazia cristiana e sindacato: dal Patto di Roma all'autonomia, in: Malgeri, l'età del centrismo. S. 339-381. (=Violi, Democrazia cristiana e sindacato).

Weber, Petra: Carlo Schmid 1896-1979. Eine Biographie. München 1996. (=Weber, Schmid).

Weber, Petra: Einleitung, in: Die SPD-Fraktion im deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949-1957. 1. Halbband. Düsseldorf 1993. S. XI-CXX. (=Weber, Einleitung).

Wegmann, Milène: "Das neoliberale Europakonzept", in: Elvert, Jürgen (Hg.): Leitbild Europa? Europabilder und ihre Wirkungen in der Neuzeit. Stuttgart 2009. S. 220-231. (=Wegmann, Das neoliberale Europakonzept).

Weidenfeld, Werner: Konrad Adenauer und Europa. Die geistigen Grundlagen der westeuropäischen Integrationspolitik des ersten Bonner Bundeskanzlers. Bonn 1976. (=Weidenfeld, Adenauer und Europa).

Weilemann, Peter: Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft. Baden-Baden 1983.

Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen. Band 2. Deutsche Geschichte vom "Dritten Reich" bis zur Wiedervereinigung. Ausgabe der BpB Bonn 2000. (=Winkler, Der lange Weg nach Westen).

Woller, Hans: Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert. München 2010. (=Woller, Geschichte Italiens).

Woller, Hans: "Amerikanische Intervention oder kommunistischer Umsturz? Die Entscheidungswahlen vom April 1948", in: Ders. (Hg.): Italien und die Großmächte 1943-1949. München 1988. S. 69-94. (=Woller, Entscheidungswahlen).

Wünsche, Horst Friedrich: Wirtschaftliche Interessen und Prioritäten. Die Europavorstellungen von Ludwig Erhard, in: Hrbek, Rudolf und Schwarz, Volker (Hg.): 40 Jahre Römische Verträge: Der deutsche Beitrag. Baden-Baden 1998. S. 36-49.

|                       |  |
|-----------------------|--|
| Name                  | Patrick Bredebach  |
| Geburtsort            | Siegen   |
| Geburtsdatum          | 18.02.1982   |
|                       | verheiratet  |
| Schulischer Werdegang | Besuch der Katholischen Grundschule Rothemühle von 1988 bis 1992   |
|                       | Besuch des Städtischen Gymnasiums Olpe von 1992 bis 2001   |
| Wehrdienst            | Vom 1.1.2002 bis zum 30.09.2002 Wehrdienst   |
| Studium               | Studium der Geschichte, Politik und Wirtschaft, der Erziehungswissenschaft sowie der Mathematik an den Universitäten Marburg und Mailand von Oktober 2002 bis April 2008. Abschluss: Erstes Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien.<br>Vom April 2008 bis März 2011 Promotionsstudent an der Universität Frankfurt am Main und Stipendiat am Internationalen Graduiertenkolleg „Politische Kommunikation von der Antike bis in das 20. Jahrhundert“ |
| Berufliche Tätigkeit  | Seit Dezember 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Siegen.   |

Hiermit versichere ich, dass ich die Dissertation selbständig verfasst und nur die in der Dissertation angegebenen Hilfsmittel in Anspruch genommen habe.